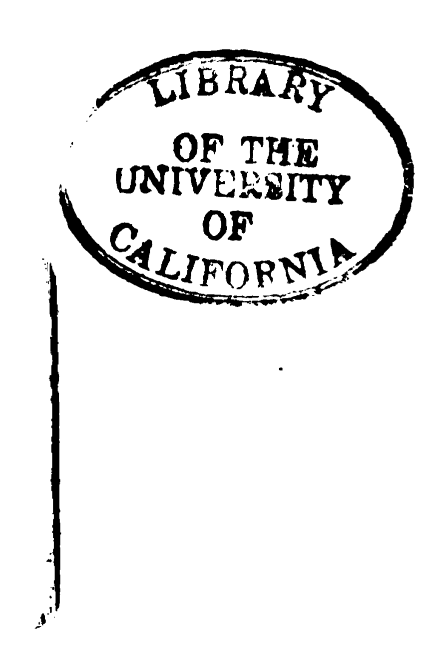



LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrganges 1919

erster Band.



Historisch-politische

Blätter

für das

katholische Deutschland

herausgegeben

von

Georg von Jochner.

(Gegründet von Joseph und Guido Görres.)

Hundertdreiundsechzigster Band.

München 1919.
In Kommission von Theodor Riedels Buchhandlung.

Inhaltsverzeichnis.













I.

Neujahr 1919.

Moriamur superstite jure!

Schwerer als je liegt im fünften Jahre des großen Unheils, welches wir jetzt mit einer neuen Ziffer in die Blätter der Geschichte eintragen, das unerbittliche Verhängnis auf uns, welches, gleichviel heißt es Krieg oder Frieden, die Völker noch immer in seiner eisernen Umarmung festhält.

Die Friedenshoffnungen, welche im ersten Halbjahr 1918 nach der großen Wendung im Osten tröstlich aufzudämmern schienen, haben sich im Westen mit dem Schwinden der Kräfte im Balkan so unheimlich verdüstert, daß jetzt der Gedanke an den Frieden eine viel größere Belastungsprobe bildet als früher der Gedanke an den Krieg.

Was ist mittlerweile aus Deutschland und Österreich geworden, seit sich Amerika wie eine ungeratene Tochter gegen ihre gottvergessene Mutter Europa zum Vernichtungskampf erhoben hat! Das monarchische Mitteleuropa existiert nicht mehr.

Dem deutschen Volk schien in der Drangsal dieses gewaltigen Krieges von Anfang an jene Rolle zugedacht, welche der scheinbar mit Unrecht Verfolgte gewöhnlich in der Tragödie spielt, wenn übergewaltige Feinde von allen Seiten ihn bedrängen.

Leider ist es im ungleichen Kampf zwischen Macht und Recht seiner Aufgabe, Träger des Rechtsbewußtseins zu sein, nicht immer treu geblieben und muß jetzt sehen, wie sich die Ungunst des Schicksals mit erdrückender Schwere auf seine

Schultern legt. Als wäre ihm, wie einst dem Knaben Benjamin der Becher einer geheimen Blutschuld verstohlens in den Sack gelegt worden, soll jetzt Deutschland allein als Auswürfling aller Völker die ungeheure Last des großen Unheils tragen und alle Kosten dafür ganz allein begleichen. Damit ist in der beispiellos grausamen Entwicklung des furchtbaren Trauerspiels ein Knoten geschürzt, der unmöglich den letzten Akt der seltsamen Schicksalswendung bilden kann. Schon künden die schlagenden Wetter der Revolution allenthalben neues Unheil an. Was mag die nächste Zukunft Schreckliches in ihrem Schoße bergen? Nicht genug, daß die goldene und rote Internationale sich bereits ingrimmig die Zähne zeigen, auch das Hungergespenst wirft drohender als je seine schwarzen Schatten voraus. Und steht nicht zu befürchten, daß die erbitterten Feinde Deutschlands bei der Weltfriedenskonferenz in Versailles über der Rache auf die Gerechtigkeit ganz und gar vergessen werden, wie der Völkerbund sie nahe legt?

Völkerbund — o wie schön lautet dieses Wort! Und wie häßlich sieht sich größtenteils die Physiognomie der Männer an, die dieses Wort zur Zeit im Munde führen! Ja, wenn auch der Papst unter ihnen sich befände!

Aus seinem Munde könnten sie als Lösung aller Rätsel das Wort vernehmen, welches allein imstande ist, die einander fremd gewordenen Völker wieder versöhnlich zu stimmen und für einen wahren und dauernden Frieden empfänglich zu machen. „Vergebliches Bemühen" würde er wohl sagen, „die Gerechtigkeit und den Frieden zu suchen, so lang ihr nicht im Besitz der Wahrheit seid. Die christliche Völkerfamilie hat einst mit der Wahrheit auch die Gerechtigkeit gefunden, ihr aber habt mit der Wahrheit auch die Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit verloren."

Mit dieser Grund- und Kernfrage steht und fällt der ganze Völkerbund. Ohne Wahrheit und Gerechtigkeit gibt es keine Völker, welche sich verstehen und verständigen können; erst im Licht der ewigen Wahrheit werden die ent-



fremdeten Völker das Unrecht ihrer Blutschuld als ein gemeinsam verübtes Verbrechen erkennen und sich die Hände zum Frieden reichen können, wie die Brüder Benjamins, als sie in Josef ihren Bruder erkannten.

Der Satz: „summum jus summa injuria“ kann nach Umständen auch in seiner Umkehrung eine Wahrheit sein. Schon oft ist die Gerechtigkeit durch eine höchst gesteigerte Missetat ins hellste Licht gestellt worden, wenn die Finsternis des Karfreitags dem hellen Lichte des Tages weichen mußte.

Der Kampf um das mit dem Verlust der Wahrheit verloren gegangene gemeinsame Rechtsbewußtsein hat zur Zeit die Völker in nicht geringe Aufregung versetzt.

Gleich Blitzlichtern durchzucken bedenkliche Schlagwörter die Gewitternacht — alles redet von der freien Selbstbestimmung der Völker zum Zeichen, daß in den Geistern bereits eine gewaltige Gärung begonnen hat, um die rohen Gedanken der bisherigen Machtpolitik, wie sie in den Kreisen der Diplomatie und in der volksfremden Oberschicht der Intellektuellen seit der Zeit der Renaissance sich eingebürgert hatten, aus dem Bewußtsein der Völker auszuscheiden. Staatssekretär Payer und Prinz Max von Baden haben in diesem Sinne sehr beachtenswerte Worte fallen lassen, sie sind weit abgerückt vom Standpunkt der zünftigen Diplomatie, indem sie von der Unmöglichkeit sprachen, in Zukunft eine einseitig nationalegoistische Politik mit Ausschluß der Rechtsidee und ohne aktive Mitwirkung der Völker zu verfolgen. Im kommenden Völkerbund wird, wenn das Rechtsbewußtsein der Völker über das Machtbewußtsein der volksfeindlichen Politiker obsiegen wird, zum Ausgleich aller scheinbar sich widerstreitenden Interessen eine Ordnung erforderlich sein, in welcher Selbstbestimmung und Selbstbeschränkung gleichbedeutend sind. Mit aller Bestimmtheit gab der Reichskanzler in seiner welthistorischen Programmrede vom 22. Oktober die Erklärung ab: Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teils der unbedingten

Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den andern.

Nach dieser Auffassung, welche der Papstnote in jeder Weise Rechnung trägt und für wirtschaftliche Interessenkämpfe ebenso Geltung hat wie für politische, ist die neudeutsche und undeutsche Behauptung des Völkerrechtslehrers Lasson, daß es ein Völkerrecht überhaupt nicht geben könne, weil der Staat als die ungebändigte Willkür der Selbstsucht etwas Höheres über sich nicht anerkennen könne, mit aller nur wünschenswerten Gründlichkeit desavouiert.

Dem gegenüber stehen die Ententepolitiker noch ganz auf dem Standpunkt des uneingeschränkten Machtwillens. Nationale Selbstbestimmung und Völkerbund sind in ihren Augen etwas wesentlich anderes. Hinter ihnen steht die Börse und die Loge, diesen aber gilt das Interesse weit mehr als die Gerechtigkeit. Das vae victis der Heiden soll trotz aller Komplimente, welche Wilson in seinen 14 Punkten der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu machen scheint, gegen die verhaßten Barbaren mit rücksichtsloser Schärfe zur Anwendung gebracht werden. Oder ist vielleicht zu hoffen, daß sich das Rechtsempfinden der Ententevölker gegen die Brutalität ihrer leitenden Staatsmänner auflehnen wird? Im Gegenteil! Die Bolschewisten der freien Selbstbestimmung verstehen sich auf ihr Geschäft ebensogut wie die Sanskulotten der Menschenrechte. Man spricht von Gerechtigkeit, ohne den Säbel aus der Hand zu lassen, man dringt auf Abrüstung bei den andern und denkt nicht von ferne daran, auch selbst den Waffenrock auszuziehen.

So erleben wir jetzt nach innen und außen eine Zeit der Trostlosigkeit, wie es seit den Tagen der Machabäer und der Zerstörung Jerusalems eine solche kaum gegeben hat, wir leben in jener Mitternachtsstunde der Karfreitagsfinsternis, von der der gefesselte Heiland sprach: Das ist eure Stunde, ihr Mächte der Finsternis.

Beängstigend für alle Welt schwebt jetzt die Schicksals-



wage jener Gerechtigkeit, welche wie ein immanentes Gesetz der Geschichte alle Zeiten beherrscht, über den vor Schrecken zitternden Völkern mit der großen Frage: Macht oder Recht? Und je nachdem die Entscheidung fallen wird, wird die allgemein gefürchtete Hand wieder einmal ihr Menetekel an die Wand schreiben wie einst beim Gastmahl des Königs Baltassar in Babylon. Wird die moderne Welt auch jetzt noch den Mut haben, jenem Größenwahn zu huldigen, der seit 6000 Jahren von einer Weltzeit zur andern Völker und Fürsten irre geführt hat und jetzt eine ganze Welt in ein Trümmerfeld verwandelt hat? Das Geschlecht derjenigen, die der Verheißung: „Ihr werdet sein wie die Götter" lieber glauben als dem Evangelium des Kreuzes, ist noch immer nicht ausgestorben.

Mit unübertrefflicher Feinheit und Schärfe hat die göttliche Weisheit selbst dem Größenwahn der Mächtigen in der hl. Schrift ein Denkmal aere perennius gesetzt und ihnen ihre Torheit sichbar vor Augen gestellt. In einem Traum — es war der Traum eines Wahnsinnigen — sah einst einer der mächtigsten Herrscher, der sich selbst wie einen Gott anbeten ließ, seine vermeintliche Größe in kolossalen Umrissen vor sich, ein Kulturphantom ganz eigener Art, schreckbar und ungeheuer — er wußte selber nicht, sollte er sich daran ergötzen, es hatte ja einen goldenen Kopf und eine silberne Brust — oder sollte er darüber sich entsetzen, denn es stand auf tönernen Füßen und stürzte vor seinen Augen zuletzt niedergeschmettert in den Staub. War es Wirklichkeit oder Traum, was er schaute, oder beides zugleich? Offenbar letzteres. Daniel löste dem König von Babylon das grausame Rätsel: sowohl der goldene Kopf wie auch die silberne Brust und die ehernen Lenden waren beim Emporkommen des babylonischen, persischen und griechisch-römischen Weltreiches jahrhundertelang für die alte Kulturwelt eine allgemein angestaunte Wirklichkeit, zuletzt aber, nachdem alle diese goldene, silberne und eiserne Herrlichkeit in nichts verfallen war, sah es sich an, als wäre es nur ein



Traum gewesen wie damals, als der Koloß vor den Augen Nebukadnezars zu Boden stürzte. Leider ist das Delirium dieses Traumes noch immer nicht völlig ausgeträumt.

Als über den Trümmern der römischen Kaiserpaläste das Szepter einer völlig anderen Weltherrschaft sich erhob mit dem Zeichen des hl. Kreuzes, da schien es, als ob die Fürsten und Völker die trügerischen Vorstellungen ihrer eigenen Größe, womit sie sich im Übermut ihrer absoluten Hoheitsgedanken Gott gleich stellen wollten, endlich vergessen hätten. Doch nur für kurze Zeit.

Nach schweren Kämpfen mit dem Statthalter Christi, der selbst im Mittelalter und mit den maßvoll denkenden Geschlechtern der christlich-germanischen Weltperiode Mühe hatte, die tiefgewurzelten Instinkte heidnischen Übermutes im Zaum zu halten, fiel die europäische Völkergemeinschaft wieder in die Paroxysmen ihrer alten Träume zurück und begann abermals sich zu ergötzen im Gedanken an die goldene und silberne Pracht vergänglichen Reichtums und an der stolzen Einbildung ihrer eisernen Macht und Gewalt. Stolz, Herrsucht und Habgier wurden statt der Eintracht und Liebe wieder die bewegenden Kräfte einer neuen, völlig anderen, dem Christentum und dem Evangelium des Kreuzes und der Demut durchaus feindlichen Zeit.

Im völkerrechtlichen Gefüge der christlichen Vergangenheit gab es keine eigentlich sogenannten Großmächte; so lang wahrhaft christkatholisches Denken und Empfinden in den Geistern mächtig war, konnte es solche gar nicht geben. Wahrhaft christliches Denken verträgt sich nicht mit dem Stolz und mit der Habgier herrschsüchtiger Eroberungspläne, wie sie den Expansionsbestrebungen zentralisierter Großstaaten eigen zu sein pflegen.

Das hat seiner Zeit Professor Albert Ruville in seiner Schrift vom Kennzeichen des echten Ringes trefflich festgestellt, indem er den Nachweis lieferte, daß die vornehmste Charaktereigenschaft des unverfälschten Glaubens die Demut sei, wäh-

rend alle falschen Denominationen desselben ihre Kraft aus dem Stolz zu schöpfen pflegen.

Zur Zeit hat die bisher von aller Welt angestaunte Größe der europäischen Großstaaten, wie sie aus dem Gegensatz zur Wahrheit und im Widerstand gegen das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit sich entwickelt haben, fast jeden Reiz verloren; das Ergötzen ihrer früher so glanzvollen Herrlichkeit hat sich in allgemeines Entsetzen verwandelt; eben ihre Größe, wie sie jetzt nach einem Kriegsaufwand von nahezu 700 Milliarden und nach einem Mannschaftsverlust von 30 Millionen sich offenbart, ist für die Völker zu einer erdrückenden Last geworden, so daß überall das Bestreben hervortritt, sich aus zentralisierten Staatsvölkern in föderalistische Volksstaaten umzuwandeln. Man sieht jetzt ohne viel Leidwesen die größten Reiche sich auflösen und in Trümmer fallen.

Die seltsame Völkerverbrüderung der Entente führt heute allerdings mit ungeheurem Siegesjubel den Triumphwagen ihrer glücklichen Zufallserfolge hin über die Ruinen einer zertrümmerten Welt. Sie glaubt auf Grund ihrer tatsächlichen Überlegenheit auch ein Recht zu haben, die ganze Schuld des angerichteten Schadens einem einzigen Sündenbock aufbürden zu dürfen; viel besser wäre es, in den überschäumenden Wein ihres Machtbewußtseins ein wenig Wasser der Gerechtigkeit zu gießen.

Statt einzig nur auf die Liquidierung der verlorenen Milliarden zu sinnen, wäre es jetzt höchste Zeit über die Größe der Frevel nachzudenken, durch welche die einzelnen Mächte aus christlichen Gemeinwesen, was sie früher waren, allmählich heidnische Weltmächte und nationale Großstaaten geworden sind, groß nicht durch jene Seelengröße, welche in der Wahrheit gründet, sondern durch ihre eiserne Gewalt und durch ihre goldene und silberne Herrlichkeit, welche das Staatsgötzentum der alten und neuen Zeit gleichmäßig ausgezeichnet hat. Diese Herrlichkeit ist ihrem Kulturwert nach von sehr fragwürdiger Natur. Das zeigt sich umso mehr,



je weniger Aussicht besteht, daß eine politische Neuordnung der Dinge ohne eine gründliche soziale Umschichtung möglich sein wird.

War es ein Glück oder ein Unglück für Europa, daß in der Entwicklung seiner Geschichte eine Wendung eingetreten ist, durch welche die Entstehung großer Weltmächte mit ausschließlichen Diesseitstendenzen begünstigt worden ist? War es ein Fortschritt der Kultur, daß infolge dieser verhängnisvollen Kursänderung der völkerrechtliche Zustand einer Zeit, wo es in kleinfürstlichen Staatsverbänden zwar glückliche Völker aber keine Großstaaten gab, unterbrochen und alteriert worden ist?

Entsprechend seiner zentralen Lage war damals Deutschland in Verbindung mit dem Vater der Christenheit sozusagen das Herz von Europa und hatte so in der Lebensmitte der christlichen Völkergemeinschaft gemäß dem Axiom res parvae concordia crescunt die Aufgabe, deren Einheit zu hüten und zu pflegen. Das war nicht eine kriegerische Mission, weil es dem Herzen am allerwenigsten geziemt, sich nach Art der Arme und Beine zu panzern und zu rüsten und sich aus einem warmblütigen Organ in einen Igel der Selbstsucht zu verwandeln, der mit seiner Stachelrüstung nach allen Seiten anstößt und verletzt.

Indem sich damals im Sturm und Drang der romfeindlichen Neuerungen allenthalben die tierisch dämonischen Instinkte der Selbstsucht zu regen begannen, bildeten sich im Gegensatz zur Concordia der früheren Einheit zufolge jener Discordia, durch welche das, was wahrhaft groß ist, auseinanderfällt, mit den nationalen Großmachtsbestrebungen verschiedene sich wechselseitig abstoßende zentrifugale Kraftmittelpunkte, und was aus diesen zuletzt resultierte, war nicht eine in Eintracht verbundene Völkergemeinschaft, sondern eine rohe, in beständiger Zwietracht fiebernde Masse, wodurch die Völker mehr uud mehr jener Hydra ähnlich wurden, welche nach der geheimen Offenbarung mit sieben Köpfen aus dem Ozean emporstieg. Hat es im jetzigen Weltkrieg nicht beinahe



den Anschein, als hätte in jeder der kämpfenden Großmächte irgend eines der großen Weltlaster sich verkörpert, um sich wechselseitig in grenzenlosem Übermut mit Haß und Neid und Zorn grimmig zu bekämpfen? Wäre es ein Schaden, wenn die sämtlichen Köpfe dieses Ungeheuers zertreten werden würden?

Das Papsttum ist der unglücklichen wahnsinnigen Verirrung, durch welche die Völker in die Sackgasse des jetzigen Weltkrieges hineingeraten sind, stets fern gestanden. Wer dessen Geschichte kennt, weiß, wie sehr der Vater der Christenheit oft mit den Fürsten und Völkern zu kämpfen hatte, um den heidnischen Gerngroßbestrebungen ihrer nationalen Eitelkeit Halt zu gebieten. Daher die haßerfüllten romfeindlichen Ausfälle der national angehauchten Historiker, welche sich darin gefallen, die kosmopolitische Weltpolitik der Päpste bald als antideutsch, bald als franzosenfeindlich, bald als unvereinbar mit dem nationalen Empfinden der Engländer und Italiener hinzustellen und anzuschwärzen. Im Licht des tobenden Weltkrieges dürfte wohl manchem dieser heißblütigen Chauvinisten die Einsicht aufgedämmert sein, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn ihre Fürsten und Machthaber sich öfter zu einem Gang nach Canossa veranlaßt gesehen hätten.

Das wäre freilich nur möglich gewesen, wenn das gemeinsame Rechtsbewußtsein der christkatholischen Völkergemeinschaft, welches in der göttlichen Wahrheit gründet, nicht erschüttert worden wäre. Die Völker stehen und fallen, steigen und stürzen zugleich mit dem in ihnen lebendigen Wahrheitsgehalt und Rechtsgefühl; nur in der Wahrheit und Gerechtigkeit, welche keinen Unterschied der Sprache und des Stammes kennt, weil sie allen Völkern gemeinsam ist, hat das Völkerrecht jene Kraft und jenen Halt, welche stark genug sind, sie gegen die Gefahr wechselseitiger Vergewaltigung zu stützen und einen dauernden Frieden zu verbürgen.

Das ist leider bei dem großen Geistersturz, der vor 400 Jahren einen völligen Umschwung der Ideen eingeleitet



hat, ganz und gar vergessen worden. Es wurde dadurch zwar dem Emporkommen großer Nationalstaaten und Weltreiche gewaltig Vorschub geleistet, aber die Kräfte und Potenzen, welche dieser Umwälzung zugrunde lagen, waren keine solchen, wodurch die Völker wahrhaft groß und glücklich werden können. Es war weit weniger der Genius des Rechtes und der Freiheit als der Trutzteufel der Gewalt, der über die neue Zeit die Flügel ausgebreitet hat. Der Geist der Renaissance, der die modernen Großstaaten auf Kosten der Völker und ihrer Eintracht mächtig werden ließ, war wesentlich von anderer Art als jener, der tausend Jahre früher die christlichen Völker zu einer friedlichen Gemeinschaft zusammengeführt hat.

Das in dieser unglückseligen Zeitströmung wirksame Prinzip der Entzweiung erwies sich in doppelter Hinsicht als ein Gesetz des Verfalls und des Todes; nicht blos nach außen mußten die Nachbarvölker durch den politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb um Reichtum und Macht immer mehr sich entfremden, auch innerhalb der einzelnen Völker selbst mußte der Geist der Uneinigkeit und Unzufriedenheit um so mehr sich steigern, je mehr sich im wechselnden Glücksspiel des Geldes und der Waffen die intellektuelle Oberschicht der Besitzenden und Herrschenden durch ihre verkehrten Rechtsanschauungen mit dem gesunden Sinn und dem Gewissen des Volkes in Gegensatz brachte.

Für die breite Masse des Volkes kann es nicht gleichgiltig sein, wenn im politischen und wirtschaftlichen Aufbau der Gesellschaft der goldene Kopf immer größer, die silberne Brust immer breiter und die eiserne Rüstung so schwer wird, daß die tönernen Füße sie nicht mehr tragen können. Und wenn dem glänzenden Idol eines solchen Götzen auch ein Geist innewohnen soll, von welcher Art wird wohl derselbe sein? Einheitlich von oben bis unten oder anders im Kopf und anders im Herzen? Wird das stolze Machtbewußtsein des goldenen Schädels und der silbernen Brust sich jemals vereinigen lassen mit dem gekränkten Rechtsbewußtsein der

unteren Teile? Etwa so wie Wilson und Lloyd George den Arbeitern stets einzureden suchten, daß ihre Interessen mit denen der Geldfürsten identisch seien? Wird sich auf diese Weise, so lange im Widerstreit der Interessen einzig nur der Machtgedanke gilt, jemals das Volksgewissen zur Kraft eines lebendigen und einheitlichen Rechtsbewußtseins erheben lassen?

Unmöglich. Zwischen Interessengruppen, die sich ohne Gefühl für Recht und Pflicht als bloße Machtfaktoren gegenüberstehen, kann es keine solidarische Rechtsgemeinschaft geben. Mögen sie auch zeitweilig sich vertragen, zuletzt werden sie immer wieder gegensätzlich aufeinanderstoßen, ähnlich wie jetzt die goldene Internationale in Paris der roten in Moskau und Berlin drohend gegenübersteht.

Der nach den Prinzipien der modernen Weltanschauung aufgebaute atheistische und pantheistische Staat ist, mag er sich monarchisch oder republikanisch nennen, ein unpersönliches und seelenloses Unding, ein Koloß, dem außer den rohen Instinkten der Selbstsucht nichts inne wohnt, was man Geist nennen könnte. Wie soll ein Volk im Zustand einer staatssozialistischen Vergewaltigung, welche das Atemholen verbietet und alle Pulse stocken macht, sich noch auf sein Recht besinnen können gegenüber einer Gewalt, welche eben darin ihre Aufgabe erblickt, sich an die Stelle der Gerechtigkeit zu setzen? Eben zu diesem Zwecke ist alles Rüstung und Zwang, was ein solches Gemeinwesen kenntzeichnet — der geistlose Goldschädel der Geldaristokratie, die herzlose Silberbrust der bureaukratischen Zentralisation, welche wie ein Schnürleib alles organische Leben zusammenpreßt und erstickt, der eiserne Lendenschurz der unerträglich schweren Waffenrüstung — das alles deutet nicht auf freie Kraftentfaltung und inneres Leben sondern auf äußere Bindung und zwingende Gewalt. Erst wenn der Druck der goldenen und eisernen Rüstung fällt, womit die Völker in der Befangenheit ihrer selbstsüchtigen Instinkte sich selbst gefesselt haben, werden sie wieder frei aufatmen und im lebendigen

Bewußtsein ihrer gemeinsamen Rechte und Pflichten sich zum friedlichen Ausgleich ihrer Interessen im Geiste der Versöhnung die Hände reichen können. Dann erst wird der Volksstaat und die allgemeine Völkerverbrüderung eine Wahrheit werden. Mit den Waffen in der Hand schließt man keinen Frieden.

Wenn nicht alles täuscht, ist nach dem Plan der Vorsehung für die Zeitgeschichte jener entscheidende Wendepunkt gekommen, welcher in der Parabel vom Unkrautsamen, der unter den Weizen geworfen wurde, deutlich angekündigt ist. Die Toleranz der göttlichen Langmut, die Unkraut und Weizen nebeneinander wachsen läßt, kann nur so lange dauern, bis alles zur Ernte reif geworden ist. Dieser Zeitpunkt ist jetzt offenbar gekommen. Schon ist, wie es den Anschein hat, der Befehl gegeben: Colligite omnia scandala! Das Motto der erbarmenden Liebe und Gerechtigkeit: Christus regnat! welches wie ein tröstlicher Friedensstern über dem Zeitalter des christlichen Königtums leuchtete, hat sich, je mehr mit dem Überhandnehmen des Unkrautes alle Rechtsbegriffe sich verdunkelten, je mehr im friedlosen Zeitalter des verfälschten Königtums und der imperialistischen Gewaltherrschaft die Weltkriegskatastrophen sich vermehrten, zu der unheilkündenden Drohung sich verdunkelt: Christus imperat. Weil Völker und Fürsten seine Liebe und Barmherzigkeit nicht dulden wollten und mit wütender Intoleranz die göttliche Wahrheit und Gerechtigkeit verfolgten, begann die beleidigte göttliche Langmut das Schwert der Gerechtigkeit aus der Scheide zu ziehen, um den Mächtigen der Welt ihre Allmacht zu zeigen. In der jetzigen Weltkrisis sind allem Anschein nach bereits jene Schnitter an der Arbeit, welchen in Verbindung mit den apokalyptischen Reitern die furchtbare Aufgabe obliegt, den großen Erntetag des göttlichen Zornes vorzubereiten, an dem es heißen wird: Christus judicat.

Diese welthistorische Vorarbeit für das Weltgericht mag wohl ziemlich lange dauern; sie ist mit der bis jetzt geleisteten Blutarbeit des Krieges offenbar noch keineswegs



vorbei. Es ist noch viel Unkraut übrig, welches erst ausgerissen werden muß.

Die moderne Welt hat in der dreifachen Rüstung ihrer goldenen, silbernen und eisernen Herrlichkeit im Kampf gegen das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit anscheinend viel Großes geschaffen und Glänzendes geleistet. Ob all diese Pracht, wenn sie auf der Menetekelwage der ewigen Wahrheit auf ihre Echtheit geprüft werden wird, nicht als bloße Spreu dem Urteil der Verwerfung anheimfallen wird? Ganz gewiß. Mit dem Zusammenbruch der Schöpfung Bismarcks, in welcher der Geist der Welt, was äußeren Glanz und innere Korruption betrifft, wohl eines seiner größten Wunderwerke geschaffen hat, das jemals den blöden Augen der geistlosen Sinnenkultur ist vorgetäuscht worden, ist noch lange nicht alles zu Fall gebracht, was wert ist, daß es zu grunde geht. Noch vieles andere von dieser Art Kultur wird dem Gesetz des Todes und der Hinfälligkeit verfallen, so gewiß es ein Werk nicht des erlösten, sondern des unerlösten Menschen ist, von dem die Schrift sagt, daß er ein Mensch der Sünde ist. Solches Menschenwerk kann vor Gott die Probe nicht bestehen. Schon bisher floß den sämtlichen Großmachtsgötzen, so lang sie mit der Goliatrüstung ihrer Gewaltpolitik im Weltbrand des Krieges standen, der Metallglanz ihrer gesamten goldenen, silbernen und eisernen Herrlichkeit milliardenweise wieder von der Ungestalt ihrer vermeintlichen Größe.

Wird dieser Auflösungsprozeß mit dem Krieg ein Ende haben? Ist anzunehmen, daß in diesem Riesenkampf, den die von Menschenhand geformten Götzen miteinander führen, das Letzte, was als Resultat des Endsieges übrig bleiben wird, auch wieder ein Menschenwerk und ein Götzenbild sein wird? Muß vielleicht, nachdem der Hauptheld des Kampfes unter den Streichen der siegreichen Gewalt halbtot zu Boden fiel, auf den vierten Akt des tragischen Spiels noch ein fünfter folgen?

Die Geschichte zeigt uns neben jedem Triumph der



triumphierenden Gewalt auch die alles überwindende und überdauernde Macht der Gerechtigkeit. Das Blut jener Krieger, welche nach dem Beispiel der zur Zeit des Kaisers Heinrich IV. kämpfenden Helden mit der Losung in den Kampf zogen: Moriamur superstite jure! ist nie umsonst geflossen!

Hunderttausende und Millionen von tapferen Kriegern sind auf beiden Seiten der sich wechselseitig bekämpfenden Heerlager mit der Hoffnung ins Grab gesunken, daß die Gerechtigkeit nicht mit ihnen untergehen wird. Diese Hoffnung wird, so wahr der alte Gott noch lebt, nicht zu Schanden werden. Die ganze Weltlage spitzt sich in der Pointe ihrer Entwicklung zu auf einen spannenden Punkt, wo es aller Welt klar werden wird: Nur eine augenscheinliche Gottestat kann helfen. Und diese Gottestat, welche nicht bloß durch zahlreiche, sehr beachtenswerte Privatoffenbarungen sondern auch durch zuverlässige Andeutungen der Bibel für die jetzige Weltkrisis in Aussicht gestellt ist, wird sicher eintreten, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Der Endsieg wird nicht irgend einer menschlichen Großmacht gehören, sondern dem Herrn der Heerscharen; nicht ein hinfälliges Menschenwerk, ein Gotteswerk wird jenen Frieden bringen, den die Welt nicht geben kann.

Gott dem Herrn stehen außer dem feurigen Roß des Krieges in seinem apokalyptischen Heerbann noch andere Reiter zur Verfügung; auch gibt es keinen Goliath, der nicht durch einen David überwunden werden könnte. Gesegnet das Volk, welches zuerst im Bewußtsein seiner Schuld den Wahrspruch der hl. Schrift begreifen wird: Non est pax impiis! Wenn einmal nicht mehr die mammonistischen Götzen des stolzen Machtbewußtseins sich wie Ungeheuer im Kampfe gegenüber stehen werden mit eiserner Brust und steinhartem Herzen, wenn das im Schuldbewußtsein geläuterte Gewissen der Völker gegen den Größenwahn sich erheben wird, dann wird jene wahrhaft königliche Gerechtigkeit sich wieder auf sich selbst besinnen, welche zugleich

demokratisch und monarchisch ist, weil sie das allgemein menschliche Rechtsgefühl, welches Völker und Fürsten im Gewissen gleichmäßig mit Gott, dem Urquell der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit, verbindet, wie ein göttliches Geheimnis in sich trägt. Dafür ist David durch sein Königtum ein sprechendes Symbol. Mitten aus dem Volk heraus betrat er nicht in der Rüstung Sauls wie ein Ungeheuer, sondern wie ein Mensch mit warmfühlendem Herzen den Kampfplatz — nur so war er ein würdiges Werkzeug, um die Schlachten Gottes zu schlagen, und konnte im Vertrauen auf die Macht des Himmels dem Riesen entgegengehen, weil die Losung „mit Gott!" in seinem Munde eine Wahrheit war. Im Größenwahn des ungebändigten Machtwillens trägt jedes Volk einen Feind in sich, der weit ärger ist als alle äußeren Feinde. Soll wahrhaft Friede werden, dann muß jedes Volk den Machtgötzen der Ungerechtigkeit, welcher Mammonismus heißt, in sich selbst umstürzen und zu Fall bringen und so sich der Ehre würdig machen, daß Gott ihm einen Helfer sendet, der imstande ist, mit übermenschlicher Kraft der Wahrheit zum Siege zu verhelfen, weil es ohne Wahrheit keine Einheit und ohne Einheit keine Ordnung der Gerechtigkeit und keinen Frieden geben kann. An einem Samuel, der diesen Retter salben könnte, fehlt es nicht: er befindet sich in Rom, wo er auf die Stunde wartet, welche ihm gestatten wird zu tun, was seines Amtes ist.



II.

Novalis Religion [1]).

Von Ludwig Kleeberg.

Sobald irgendwo und -wann die Dichtung den höchsten Aufschwung nimmt, besinnt sie sich ihres Ursprungs und kehrt wie aus einem inneren Triebe zu den Formen und Symbolen des religiösen Glaubens zurück. Allumfassend und allmächtig hat er die Beziehungen des Übersinnlichen zum Sinnlichen am vollkommensten dargestellt. Beide befinden sich in jeder Religion, die sich auf Kenntnis der menschlichen Natur und ihrer Bedürfnisse aufbaut, in lebendiger Wechselwirkung von Leib und Seele. Form und Inhalt vermögen nicht willkürlich ohne großen Schaden getrennt zu werden. Innerhalb des christlichen Gebietes hat sich die Dichtung, wo sie nicht ausgesprochen kirchlichen Charakter hatte, gern der religiösen Formen und Gestalten angenommen, wie sie die katholische Kirche, und eben nur diese, in reichem Maße besaß.[2]) Aber sogleich erhebt sich der Einwand: wohl hatten sich die Dichter der Formen und Symbole bemächtigt, den Inhalt aber dort zurückgelassen, woher sie das Andere genommen. Hier stehen wir denn in der Tat vor einem beklagenswerten Zwiespalt des poetischen Gewissens, aus dem nur Glaube und Überzeugung retten kann. Wir sehen die einst bestehende Einheit des dichterischen Schaffens mit der religiösen Welt zerrissen und erkennen die Unkraft

1) Es darf hier vielleicht auf Bd. 13, 659; 14, 207; 17, 374; 20, 463; 30, 354; 31, 576 der histor. pol. Blätter verwiesen werden. Der Herausgeber.

2) Eine spezifisch protestantische Dichtung, auf protestantischem Dogma aufgebaut, gibt es nicht (Gutberlet, Apologetik (Münster 1899) III, 294 ff.



der von ihm entliehenen Bilder, uns emporzuheben zu einer höheren Wirklichkeit. Jedes wahrhafte, aus der Religion geschaffene Kunstwerk erweist dadurch seinen Ursprung, daß es in uns dieselbe Kraft lebendig macht, aus der es entstand. Gleichwie das Holz des Baumes, welches uns als Feuer wärmt, gebundenes Sonnenlicht ist, so ist auch das wahrhafte Kunstwerk die Hervorbringung und Verdichtung überirdischer Kräfte, die wir aufzulösen vermögen in Licht und Wärme. Dies ist das Kennzeichen ihrer Echtheit. Andernfalls bleibt das Kunstwerk kalt und verbreitet kein Licht.

Künstlerisch empfindende Gemüter mochten durch die Pforte der Kunst den Zugang zu den religiösen Wahrheiten finden. In dem Zeitalter der deutschen Romantik wurde jener Zugang neu entdeckt. Die katholische Kirche bot das Bild der Einheitlichkeit — untrennbar verbundene Kunst und Religion. Die erste konnte nicht ohne die zweite angenommen werden. Mit unerbittlicher Konsequenz galt es, die Einheit des Schönen und Wahren zu vollziehen, sollte nicht das erste zum bloßen Scheine herabgewürdigt werden. Eichendorff betonte, wie gefährlich es sei, mit dem Heiligen zu spielen und die ewigen Wahrheiten und Geheimnisse als beliebigen Dichtungsstoff zu übernehmen; denn die Religion gehöre dem Glauben und dem Verstande und der Poesie an.[1]) Die wahre Religion sei poetisch, die Poesie ebenso religiös.[2]) Überraschend muß auf uns A. W. Schlegels Erklärung wirken, daß seine geistlichen Sonette nur einer prédilection d'artiste ihre Entstehung verdankten.[3]) Das eben führte zum Untergange der deutschen Romantik, daß

1) Eichendorff, Geschichte der poetischen Literatur Deutschlands (Kempten 1906) 518.

2) Eichendorff 513.

3) Kolerstein, Geschichte der deutschen Nationalliteratur 4. Bd. 2. T.[5] (Leipzig 1873) 794. Eichendorff 340.

ihre Vertreter „die Kirche fast nur als eine grandiose Kunstausstellung betrachteten".[1])

Wie verhielt sich ein Charakter wie Novalis innerlich zu dem, was er schrieb? Wußte er sich im Einklange mit dem katholischen Christentum, als er die geistlichen Lieder dichtete? Fielen bei ihm der Dichter und der Mensch auseinander, und konnte der eine verwerfen, was der andere glaubte? Es ist eine Tatsache, daß Novalis in seinen Hymnen, geistlichen Liedern, sodann in seinem Roman nicht nur ein tief innerliches Christentum bekennt, vielmehr auch der Gedankenwelt des katholischen im Besonderen Gestalten und Bilder entnimmt. Sein Europaaufsatz vollends ist eine Verherrlichung des Katholizismus in Betracht der geschichtlichen Entwicklung des Christentums, die ihm viel begeisterte Bewunderung, aber auch den Vorwurf der Unkenntnis historischen Geschehens eintrug. Dieser Aufsatz wurde bekanntlich im Kreise der Romantiker verworfen. Tieck läßt ihn nur als historische Studie gelten; auf dem Gebiete der Geschichte sei Novalis mehr ein Ahnender als ein Wissender gewesen, die historische Konstruktion des Aufsatzes aber durchaus hinfällig.[2]) Novalis gab dem Urteile seiner Freunde nach. Indessen dürfen wir ihm zutrauen, daß er wohl imstande gewesen, ihren Einwendungen zu begegnen. Sagt er doch einmal: „Wer hier mit seinen historischen Erfahrungen angezogen kommt, weiß gar nicht, wovon ich rede und auf welchem Standpunkt ich rede; dem spreche ich arabisch und er tut am besten seines Weges zu gehen und sich nicht unter Zuhörer zu mischen, deren Idiom und Landessprache ihm

1) eb. 335.

2) Novalis Schriften (hggb. von Winer, Jena 1907) 2, XXV f. Tieck bemerkte indessen mit Recht, daß dieser von den Bauleuten verworfene Stein zum Eckstein geworden ist. Die Wirkung dieses Aufsatzes ist weitreichend. S. die Ausführungen von Max Lenz über Janssens Geschichte des deutschen Volkes in seinen „Kleinen historischen Schriften", München 1910.



durchaus fremd ist."[1]) Er war sich bewußt, daß er, wie der Wanderer eine Landschaft von der Anhöhe, so die geschichtlichen Vorgänge von einem „höheren Standpunkt" aus betrachte und beurteile und infolgedessen sein Bild mit dem des Mikroskoptikers nicht zusammenstimmen könne.

Mehr oder weniger leidenschaftlich haben die verschiedenen Darsteller versucht, Novalis von dem Verdacht des Vorwurfs zu befreien, daß er katholisch gedacht oder gar gewesen sei. Noch Heinrich Heine sprach das letztere als eine Tatsache aus und Goethe selbst, wird berichtet, habe dahin zielend eine mißbilligende Äußerung getan.[2]) Schon Tieck glaubte den verstorbenen Freund in Schutz nehmen zu müssen,[3]) ebenso Steffens[4]): für Novalis sei das poetische Element des Katholizismus anziehend gewesen. In des getreuen Biographen Just Sinne lag es, den Europa-Aufsatz, dessen Prosa aus ästhetischer Prédilection allein nicht zu erklären war, auf Novalis' entschiedene Vorliebe für Konsequenz im Denken und Handeln zurückzuführen.[5]) Schlechterdings aber versagen beide Erklärungsweisen, um Novalis' Vorliebe für katholische Erbauungsbücher zu verstehen, welche sich nach Sophiens Tode bei ihm bemerkbar machte.[6]) In den Bedürfnissen des Herzens hat sich immer das eigentliche Wesen des menschlichen Charakters geoffenbart. Aus der Beschäftigung mit jener Literatur leitete Just, welcher den klaren und durchdringenden Verstand seines Schülers rühmt, den Umstand ab, daß in seinen geistlichen Liedern „Stellen vorkommen, die man von dem aufgeklärten Denker nicht erwartet hätte"; was man also verzeihlich finden möge: in seiner religiösen Stimmung, in welche ihn Sophiens Tod versetzte, habe ihm seine Phantasie und sein ästhetischer Sinn

1) 2, 149
2) Heine, Werke (Hamburg 1876) 3, 139. Nov. Schr. 1, XXVIII.
3) 1, XXIV.
4) Was ich erlebte. 4, 324 f. (Breslau 1841.)
5) 1, LVII.
6) 1, LXXIX.

einen andächtigen Seitenblick auf Maria erlaubt.[1]) Der brave Amtmann ahnte nicht, wie wenig Verstand dazu gehört, „aufgeklärt“ zu sein.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, die Beurteilungen der Literaturgeschichtsschreiber vorbeipassieren zu lassen. Schubart meint: „Die Mutter Gottes sei nur eine Märchengestalt des Dichters.“[2]) Bartels folgt der Meinung der Nachlese, daß die Marienlieder lediglich als Einlagen in den Ofterdinger Roman gedacht waren, also aus eines Andern Sinne gesprochen. Mystiker gehörten überhaupt keiner Kirche an.[3]) Nach Busse hat sich Novalis lediglich in die „katholische Seele“ hineinversetzt. Er findet überhaupt keinen Widerspruch der geistlichen Lieder mit den protestantischen Glaubenslehren, es sei nur ein Kunstkatholizismus, weiter nichts.[4]) Pfleiderer verrät einen sehr starken Dogmatismus des Urteils und eine eigentümliche Auffassung von Konsequenz und Dichtung, wenn er sich also ausläßt: „Die andern Romantiker haben die praktische Konsequenz auch tatsächlich mehr oder weniger entschieden gezogen, davor blieb aber Novalis durch die hohe reine Idealität seiner kindlich frommen und dichterisch harmlosen Seele bewahrt. Bei ihm blieb die katholisierende Neigung ein leichtes Spiel der dichterischen Phantasie, das nicht, wie bei den Schlegel, in Fehlern des Herzens und Charakters seine tiefere Wurzel hatte. Im Grunde seines Herzens und Charakters war Novalis doch immer ein guter, protestantischer Christ.“[5]) Beyschlag begreift den „Anhauch der Marienverehrung“ in den Hymnen aus dem phantastischen Standpunkte, auf welchem die neuerwachte

1) 1, LXXX.

2) A. Schubart, Novalis Leben (Gütersloh 1887) 428.

3) Ad. Bartels, Geschichte der deutschen Literatur (Leipzig 1901/2) 2, 106. Harnack ist hinsichtlich des Letzteren anderer Anschauung. „Ein Mystiker, der nicht katholisch wird, ist ein Dilettant.“ (Vgl. histor.-polit. Bl. 149, 188 ff.)

4) C. Busse, Novalis' Lyrik (Oppeln 1898) 48 f. u. 64.

5) Geschichte der Religionsphilosophie[3] (Berlin 1893) 266.

Religiösität des Dichters sich dort befindet. „Religiöse Verehrung für ideale Weiblichkeit suchte und fand in der Jungfrau Maria ihre altgeheiligten Anschließungspunkte, ihr höchstes poetisches Symbol." Dagegen träte in den Liedern die Jesusgestalt allein hervor. Diese Lieder seien viel zu ernstlich und unmittelbar erfaßt, also viel zu evangelisch, um eine mittlerische Gottesmutter oder Anstaltskirche zu ertragen. Bei weiterer männlicher Lebensentwicklung würde Novalis derartige katholisierende Romantik abgestreift haben. Der Europa-Aufsatz, auch nach Beyschlag nur eine Studie, meine zudem nicht den römischen Papstglauben, sondern den Ideengehalt des vorrömischen Katholizismus. „Hiernach können unsere Altkatholischen den Dichter unter ihre Propheten rechnen, die Römischen und Päpstlichen werden wohl auf ihn Verzicht leisten müssen."[1])

Minor dagegen entscheidet: man müsse sich abfinden mit der Tatsache, daß Novalis katholisch gedacht, und erweise ihm den schlechtesten Dienst durch die Annahme, seine Lieder seien aus bloßer prédilection d'artiste enstanden. Er beeilt sich indessen hinzuzufügen, daß Novalis nicht katholisch-konfessionell gestimmt gewesen sei.[2]) Eduard Engel, um mit diesem die Reihe zu schließen, meint: „Novalis, das darf man bestimmt sagen, wäre bei längerem Leben zum katholischen Glauben übergetreten."[3]) — Diese Urteile stellen alles andere vor als wissenschaftliche Bestimmtheit. Novalis würde sich gewiß nicht zu einem einseitig-konfessionellen Christentum bekannt haben. Historisch betrachtet ist jedoch der Katholizismus die universale (wie sein Name sagt) Gestaltung des Christentums, die als solche denkbar ist ohne Protestantismus, wogegen das Umgekehrte nicht mit gleichem Rechte behauptet werden darf.

Es ist eine häufig zu machende Beobachtung, daß die Feindschaft gegen die Lehre und die Einrichtungen der katholischen Kirche in höherem Maße eine überlieferte und eigener

1) Willibald Beyschlag, Novalis Gedichte (Leipzig 1886) 23 f., 28 ff.
2) Anzeiger für deutsches Altertum 28, 92 ff., 122.
3) Ed. Engel, Geschichte der deutschen Literatur (Leipzig 1906) 2, 718.

Unkenntnis ihren Ursprung verdankt. Man kann in Deutschland ein hochgebildeter Mann sein und genau Bescheid wissen über die Gottheiten des alten Griechenland und die Stammbäume homerischer Helden, — und hängt gleichwohl den geläufigen abenteuerlichen Vorstellungen über den katholischen Glauben an. Da Genaueres über die tieferen Grundlagen nicht bekannt ist, hält man sich an das Augenfällige und ist hierin nicht in Verlegenheit gesetzt. Somit ist nicht wunderbar, daß es auch Novalis in seinen Jugendtagen an glühendem Haß gegen den Katholizismus nicht fehlen ließ. In Gedichten auf Joseph den Zweiten preist er dessen Kirchengesetzgebung, brandmarkt er „die Schwärmereibrut der Mönche, die mit selbstersonnenen Fabeln ungelehrte Laien und leichtgläubigen Pöbel täuschen", spricht er von dem „hohen Stuhle des dreifach Gekrönten, auf Finsternis und Aberglauben gebaut", welchem „der Hoheit Maske Joseph II. vom Antlitz gerissen: nach einem spannenlangen Menschenleben werde die Hoheit des Italieners nur ein Traumbild der Vorzeit sein".[1]) Aus Novalis' Worten spricht jener tief gefühlte Haß, dem vorzugsweise die Jugend wirklichen und vermeintlichen Unterdrückern von Geist und Gewissen ins Antlitz schleudert. Aber indem seine Glut nicht das Objekt, sondern sich selbst verzehrte, wurde die bessere Einsicht der Dinge gebildet. Das Objekt rächte sich auf die edelste Weise: „Um eine Wahrheit recht kennen zu lernen, muß man sie auch polemisiert haben".[2]) So war Novalis zu vergleichen dem jungen Mortimer in Schillers Maria Stuart, der „im finstern Haß des Papsttums aufgewachsen" nach Rom kam, die Wunder der Kirchen sah und „den Papst, das Hochamt halten und die Völker segnen": „ein wahrhaft Reich, der Himmel ist sein Haus, denn nicht von dieser Welt sind diese Formen". Es waren die Formen des Kultus, welche den begeisterungsfähigen Mortimer emporzogen. Ihm wurde klar, daß „Äußerlichkeiten" ein sich offenbarendes Inneres sind und

1) 1, 212 2 14, 244.
2) 2, 182.

daß der Mensch nach seiner sinnlich-geistigen Natur ihrer bedarf, sich zum Übersinnlichen aufzuschwingen. Bei Novalis ist es als erster der religiöse Inhalt gewesen, der ihm Trost gab nach Sophiens Tode, und der allseitig sich in den schönsten poetischen Formen entfaltete. Wir mögen annehmen, daß der übermächtige Schmerz ihn, wie schon oben erwähnt, zu katholischen Erbauungsbüchern greifen ließ (neben diesen wird auch Jakob Böhme erwähnt): sicher ist, daß ihn der Katholizismus auch rein intellektuell beschäftigte. Alexander Baumgartner zeigte in einem Aufsatze über Friedrich Schlegel,[1]) daß der Werdegang eines Menschen sich nicht stets in Dokumenten, Schriften, Briefen, Tagebuchblättern festlegen lasse, daß vielmehr ein Rest bleibe, der sich der biographischen und literarhistorischen Erklärung entzieht. Tatsache ist, daß Novalis seine Stellung gegen Katholizismus und Protestantismus in der Richtung zum ersteren verändert hat.

(Schluß folgt.)

III.

Ernst Zander und die Neue Würzburger Zeitung.

Ein Beitrag zur Geschichte des katholischen Zeitungswesens.

Von Anton Doeberl.

I.

Ernst Zander spielt in der Geschichte des katholischen Zeitungswesens keine geringere Rolle als Pfeilschifter, dessen wir einmal in diesen Blättern gedachten. Als Redakteur zuerst der „Neuen Würzburger Zeitung", dann des „Fränkischen Kuriers", endlich des „Bayerischen Volksboten" hat er 30 Jahre lang die katholische Sache verfochten. Man mag, wenn man will, seine staatstheoretischen Anschauungen belächeln — Zander steht, um es gleich zu sagen, in jener

1) Al. Baumgartner, Geschichte der Weltliteratur. Ergänzungsband (Freiburg 1906) gesammelte Aufsätze.

Ära der Revolutionen zu sehr unter dem Eindruck der Revolutionsfurcht und vertritt zu einseitig das „Recht" —, aber das was er für die Kirche getan, was er anfangs allein in der Kölner Krisis getan, das sichert ihm einen Platz unter den katholischen Journalisten. Er verdiente eine Spezialforschung, die von der Neuen Würzburger Zeitung ausgehend zeigt, ob und wie weit Zander später in staatstheoretischen Dingen umlernte und wie er in catholicis die Kontinuität wahrte gegenüber den einander ablösenden und nachfolgenden Parteigebilden.

In zwei knappen Aufsätzen will ich geben, was verschiedene Briefe von Zander uns über Zander besagen.[1]) Zugleich ist es mir gelungen, von den zwei wichtigsten Jahrgängen der N. Würzburger Zeitung 1837 und 1838 wenigstens den ersten in zwei Bänden, der bis jetzt nicht aufgefunden worden war, aufzuspüren. Ich will ihn, wenn auch nur ganz kurz, verwerten.[2])

Zander hat in einem Schreiben an den bayerischen Kronprinzen Max vom Juni 1837 seine Grundsätze bekannt und über sein Verfahren und seine Erfolge berichtet. In einem anderen Schreiben an den uns schon bekannten Grafen Rechberg vom Dezember 1837[3]) hat er sich noch deutlicher über kirchenpolitische Dinge und sein Vorgehen rechtfertigend ausgelassen. Zander huldigt, wie er selbst sagt, den „streng konservativen" Grundsätzen. Was er damit meint, hat er

---

1) Vgl. über Zander: Rosenthal, Konvertitenbilder I 2 (nur ein paar Zeilen), Bachem, Kath. Presse I., Vogel, Beiträge zur Geschichte des Kölner Kirchenstreits. Bergsträßer hat nichts. Von meinen Beilagen stammt der Brief an den Kronprinzen aus dem Nachlaß des ehedem kronprinzlichen Sekretärs, späteren Staatsrat von Daxenberger, das übrige aus dem Nachlaß des Ministers Abel.

2) Der Jahrgang 1837, I u. II., findet sich in der Bibliothek des histor. Vereins von Unterfranken. Herrn Universitätsprofessor Dr. Th. Henner besten Dank für liebenswürdiges Entgegenkommen.

3) Zander schreibt 1838. Das kann nach dem Inhalt des Briefes nicht richtig sein.

auf vielen Seiten des Jahrgangs 1837 ausgesprochen, namentlich in der Nr. 176 vom 27. Juni 1837, wo er den Wahlspruch, „den wir von heute an oben an die Spitze unseres Blattes stellen“: „Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!“ des näheren begründet. „Heutzutage stehen sich“, so führt Zander aus, „zwei Prinzipe feindlich gegenüber, nämlich das Prinzip der Erhaltung und das Prinzip des Umsturzes, und damit auch zwei Parteien. Zwischen beiden das Schaukelsystem. Soll eine wirkliche Aussöhnung der Meinungen erfolgen, so darf man zu keiner Amalgierung von Gegensätzen seine Zuflucht nehmen, sondern man muß sich streng an das Recht halten. Wer dieses Prinzip des Rechtes verachtet, der huldigt dem Absolutismus oder der Revolution, zwei Dinge, die wir in diesen Blättern mehr denn einmal als in Ursprung und Folgen gleichbedeutend hingestellt haben.“ So schön das klingt, bei näherem Zusehen findet man, daß Zander unter Recht zumeist doch nur Privatrecht versteht, daß das bonum publicum ihm zu wenig klar geworden. Er bekämpft die Expropriation und zwangsweise Ablösung der Zehnten, bekämpft Geldwirtschaft und Geldaristokratie, hofft wenig von Industrie und alles vom Grundbesitz. Die liberale Kammermehrheit, insbesondere die beiden Wortführer Hornthal und Schwindel, den Fränkischen Merkur und nicht zuletzt den Fürsten Wallerstein, sie alle beschuldigt er jener Doktrin des Juste Milieu, „jener unseligen Halbheit, die die Revolution nicht will, aber die Revolution auf sanfterem Wege zu bewirken strebt“. „Wir unsererseits wünschen ebenfalls einen Fortschritt, aber im Sinne der Erhaltuug und nicht des Umsturzes des Rechtes. Wir wünschen die Entfernung bestehender Mißbräuche und Übel und vertreten alles, was das Vorrücken der Völker auf rechtlicher und weiser Bahn begünstigen kann“ (II, S. 809).

Aus welcher Quelle Zander seine Ideen geschöpft hat, das verrät er in etwa in seinem Brief an Rechberg. Was er schon zuvor in seiner Seele getragen, das glaubt er in dem Bayern Ludwigs I. verwirklicht zu finden. Es wird



wohl jener Kreis um das Berliner Wochenblatt gewesen sein, dem er seine Ideen verdankt. Dieses Blatt rühmt er wiederholt ob seines strengen Festhaltens am Prinzip des Rechts und seines konsequenten Verfechtens alles Rechtes (I,693). Von diesem Kreis trennt er sich aber seit dem Kölner Ereignis. „Sagen Sie doch Phillips", so schreibt er am 27. I. 1838 an einen unbekannten Adressaten, offenbar ein Mitglied des Görres-kreises, „er soll ohne Aufschub eine Erklärung wegen des Berliner Wochenblattes in die Allgemeine Zeitung einrücken lassen; aber versteht sich stärker als Jarcke's, dem seine Stellung keine andere erlaubte. Wer sonst nicht mitarbeitete, muß dasselbe tun oder Phillips beauftragen „im Nameu mehrerer Anderer" hinzuzusetzen".

Man mag Zanders staatstheoretische Ansichten bekritteln, unvergessen aber bleibt uns, was Zander für die Kirche getan zur Abwehr des preußisch-protestantischen Geistes. Er ist keineswegs ein unbedingter Gegner Preußens. Er weiß im Gegenteil „die vielen, trefflichen Institutionen Preußens" zu schätzen, aber er ist Gegner des preußischen Geistes, jenes Strebens nach der Hegemonie und jenes Wesens, das für das Empfinden der Katholiken so wenig Verständnis hatte. Und dieser Gegner ist er gewesen vom ersten Jahrgang der N. Würzburger Zeitung bis zum letzten Jahrgang des Münchener Volksboten, bis zum Militärprozeß des Jahres 1866. Treitschke hat Zander diese Gegnerschaft nie verziehen. Die Frage ist nur, ob man heute nach diesen Erfahrungen über dieses und vieles andere nicht gerechter urteilt. Jedenfalls glaubte Zander, und das muß ich gegenüber Rhein und Vogel betonen, nur in der Abwehr zu sein. „Man wird diesem Blatte", so schrieb Zander am 18. Nov. 1837, also zwei Tage vor dem Kölner Ereignis, „zuversichtlich auch nicht einen einzigen Fall nachweisen können, wo es in religiösen Beziehungen aus der strengsten Defensivpolitik herausgetreten wäre." Daß er sich des Kölner Erzbischofs gegen die Hermesianer annahm, war Recht und Pflicht.



über das Benehmen der N. Würzburger Zeitung in der Kölner Sache demnächst mehr.

Was er mit dem Brief an den Kronprinzen erreichte? Zunächst wie es scheint, nichts. Später hat König Max II. den Volksboten unterstützt. Die staatstheoretischen Anschauungen mochte der Kronprinz vielleicht teilen, den kirchenpolitischen stand er kaum nahe. Oder sollte der Brief, hinter dem wieder einmal Graf Rechberg stand, bezwecken, den Kronprinzen für die kirchenpolitischen Ideale zu gewinnen? —

* * *

Ernst Zander an Kronprinz Max von Bayern.

Königlicher Prinz,

Durchlauchtigster Kronprinz und Herr!

Eure Königliche Hoheit haben geruht, die „Neue Würzburger Zeitung“, welche ich gegenwärtig redigiere, Höchstdero Aufmerksamkeit zu würdigen und dieselbe, wie S. Exzellenz der Herr Obersthofmeister Graf von Rechberg mich benachrichtigt, zu bestellen. Diese Gnade Eurer Königlichen Hoheit weiß ich um so höher zu schätzen, da sie mir die freudige Überzeugung gibt, daß Höchstdieselben den Grundsätzen, welche ich vertrete und denen mein ganzes Sein angehört, Ihren Beifall erteilen. Diese Betrachtung, Durchlauchtigster Kronprinz, ist es, welche mich ermutigt, heute an Eure Königliche Hoheit vertrauensvoll diese Zeilen zu richten und mich darin um so freimütiger auszudrücken, da dieselben allein für Eure Königliche Hoheit bestimmt und von keinem andern Interesse als von der treuen Anhänglichkeit an Thron und Altar diktiert sind.

Meine Prinzipien, Durchlauchtigster Kronprinz, sind streng konservativ, und die Aufgabe, welche ich mir bei meiner publizistischen Tätigkeit gestellt habe, ist die Aufrechthaltung des Rechts und der göttlichen Ordnung, daher Verbannung revolutionärer Grundsätze und Ansichten, Stärkung der Gutgesinnten, Befestigung der Schwankenden, Bekehrung der Verirrten und — furchtloses Entgegentreten allen denen, die verderbliche Grundsätze und An-



sichten predigen, oder in Form eines „Juste Milieu“ denselben Tor und Tür öffnen, wie es leider gegenwärtig bei vielen Staatsmännern an der Tagesordnung zu sein scheint. Je tiefer aber dieses mein politisches Glaubensbekenntnis mir aus dem Herzen kommt, je weniger ich durch dasselbe, wie wohl andere, eigennützige Zwecke irgend einer Art zu erreichen suche, — um so mehr habe ich zu beklagen, daß in jüngster Zeit meine Bestrebungen von einem hochgestellten Staatsmann in München nicht bloß verkannt, sondern ihnen sogar schlimme Tendenzen zugeschrieben worden sind. In der Tat glaube ich, daß Eure Königliche Hoheit nicht minder staunen werden, als ich selbst, wenn Höchstdieselben erfahren, daß man meine publizistische Tätigkeit sogar allen jenen revolutionären Blättern von den Jahren 1831—32 an die Seite stellt, ja daß selbst über jene Nr. 125 der Neuen Würzburger Zeitung, welche S. Exzellenz der Herr Obersthofmeister Eurer Königlichen Hoheit auf meine Bitte vorgelegt haben wird, ein Verdammungsurteil ausgesprochen worden ist, das ich hier nicht näher zu erörtern wage. Deshalb, Durchlauchtigster Kronprinz, kann ich nicht umhin, Höchst Ihnen auszudrücken, wie hohe und aufrichtige Freude es mir verursacht, daß Eure Königliche Hoheit die Redlichkeit meiner Gesinnungen anerkennen. Erlauben Höchstdieselben mir daher, ein Näheres über meine hiesige Wirksamkeit zu melden und darauf die Bitte zu bauen, daß Eure Königliche Hoheit die Gnade haben wollen, mich desjenigen Schutzes, dessen ich gegenwärtig bedürfen möchte, zu würdigen.

Obgleich der „Herold“, welchen ich in Regensburg redigierte, wegen Unfähigkeit des Verlegers aufgehört hatte, so konnte ich doch nicht wünschen untätig zu bleiben, sondern hielt es für meine Pflicht und für meinen Beruf nach Kräften für die Förderung der guten Sache auch ferner zu wirken. Ich wandte mich daher, weil meine sehr beschränkten Mittel mir nicht die Gründung eines eigenen Blattes erlaubten, am Ende des verflossenen Jahres nach Würzburg und suchte mich hier der Redaktion der Neuen Würzburger Zeitung zu bemächtigen. Da dieses Blatt bisher und besonders bis vor anderthalb Jahren zwar stets aus anderen

kompiliert, aber in einem sehr schlechten Geiste geführt worden war und einzig auf den Titel seines Liberalismus seine Abonnenten gewonnen hatte, so zweifelte selbst Se. Exzellenz der Herr Regierungspräsident des Untermainkreises sehr, daß ich zum Ziele kommen werde; dennoch gelang es mir und zwar dadurch, daß ich auf alles Honorar für meine gemiß sehr sauren Arbeiten, oft bis drei Uhr morgens, kontraktmäßig so gut wie ganz verzichtete und mich ungeachtet meiner eben nicht zu günstigen Vermögensumstände sogar noch manchen Kosten unterzog, woraus Eure Königliche Hoheit entnehmen werden, wie ernst es mir um die gute Sache sein mag.

Der Geist, welcher seit Jahren beinahe ohne Opposition von der guten Seite sich über ganz Deutschland verbreitet, hat namentlich auch in Franken schlimme Wurzel gefaßt, wenn gleich derselbe von manchen Staatsmännern unerkärlicher Weise gegenwärtig sehr leicht genommen zu werden scheint, da man sich in törichter Verblendung schmeichelt, daß die Übel von 1831—32 geheilt seien, weil man sie unterdrückt und ihre äußere Erscheinung aufgehört hat. Täusche man sich jedoch nicht! Das Feuer glimmt unter der Asche fort nnd ein einziger Pistolenschuß in Frankreich oder die Stürme, welche der vielleicht sehr nahe Tod des Königs Wilhelm IV. in Großbritannien und Irland veranlassen dürfte, können sehr leicht dazu dienen, den bösen Geist auch bei uns in den schlimmsten Formen wieder in Tätigkeit zu setzen, wenn wir der Propaganda nicht entgegenarbeiten und ohne Aufschub soviel als möglich für die Verbreituug und Festigung besserer Grundsätze sorgen. Die ewigen optimistischen Vorspiegelungen, welche man sich und anderen zu machen strebt, können zu nichts Gutem führen und mit Halbheit wird nichts ausgerichtet: Konsequenz allein kann von Nutzen sein. Wie ich daher von der wahren Lage der Dinge hier unterrichtet war, mußte ich begreifen, wie not es tue, daß kräftig eingewirkt werde, aber auf eine eigentümliche Weise und mit besonderer Umsicht. Ich fand daher für nötig, die Änderung in den Grundsätzen und selbst in der Form der Neuen Würzburger Zeitung nicht zu schroff und auf einmal hervortreten zu lassen. Mit Theorien richten wir überhaupt gegenwärtig wenig aus, denn

unsere Theorien will man nicht; die Bekehrung muß also auf praktischem Wege bewirkt werden und deshalb vermied ich es, die Theorien der Revolution direkt anzugreifen oder ihre Unhaltbarkeit und Verkehrtheit darzutun, sondern beschränkte mich darauf, beständig nur auf die verderblichen Folgen der Revolution für die materiellen Interessen der Völker hinzuzeigen, so oft sich nur eine Gelegenheit darbot. Ebenso aber verfocht ich, in Bezug auf innere Politik, strenge das Recht in allen seinen Formen und vertrat zugleich namentlich auch diejenigen materiellen Interessen, welche das gesamte Publikum nahe berühren, soweit dies ohne die geringste Untreue an meinen Grundsätzen geschehen konnte. Nehmen Eure Königliche Hoheit hiezu noch möglichste Schonung von Antipathien und vorsichtige Benutzung von Sympathien für meinen Zweck, so liegt Höchstdenselben die von mir eingehaltene Taktik vor.

Dies Verfahren hat sich, wie ich Eurer Königlichen Hoheit mit Freuden melden kann, im Lauf von weniger als sechs Monaten bereits als richtig bewährt und die Wirkung, welche in dieser kurzen Frist auf die Gesinnungen hervorgebracht worden ist, ist größer, als ich zu hoffen Ursache zu haben glaubte. Dinge, die von den hiesigen Liberalen vor 6 Monaten als „absolutistisches Geschwätz" beiseite geschoben worden wären, werden jetzt schon von ihnen mit Interesse gelesen und ich glaube, Eurer Königlichen Hoheit nicht unerwähnt lassen zu dürfen, daß ich in diesem Sinne nicht allein von allen Seiten Äußerungen höre, sondern aus entfernten Teilen des Kreises, oft von mir persönlich unbekannten Leuten, täglich Briefe und sogar förmliche Dankadressen erhalte. Genüge es noch hinzuzufügen, daß einem der eingefleischtesten Liberalen Würzburgs, der vor einigen Jahren sehr entgegengesetzter Meinung war, vor einigen Tagen geäußert hat, „eine Revolution sei Unsinn; jedermann verliere dabei und nur ein paar Schelme beuteten sie aus; es sei sicherlich besser, alles beim Alten zu lassen; so wisse man doch, was man habe, und dürfe nicht fürchten, das Seinige zu verlieren usw." —

Da ich nicht meine Ehre oder meinen Vorteil suche, so werden Eure königliche Hoheit mir glauben, daß ich alles

dies nicht aus eitler Ruhmredigkeit, sondern nur aus Freude über den Fortgang der guten Sache und deshalb erwähne, um Höchstdenselben zu beweisen, wie unrecht und töricht gewisse Staatsmänner handeln, wenn sie die Tendenzen meiner Wirksamkeit anfeinden, ja vielleicht gar dieselbe zu unterdrücken streben. Aber leider werden Eure Königliche Hoheit den wahren Grund für ein solches Streben eben in der obenerwähnten Nummer 125 der N. Würzburger Zeitung finden, über welche mir eine höchst merkwürdige Äußerung aus München mitgeteilt worden ist. Die moderne Halbheit kann unglücklicherweise entschiedene Grundsätze nicht vertragen; konservative Prinzipien sind ihr fast noch anstößiger und unbequemer als die revolutionären, wofür die Art, wie Reden der Abgeordneten von Ringseis und von Moy in den Kammern behandelt worden sind, einen sehr starken Beleg liefert, wenn ein solcher überhaupt noch nötig wäre. Inzwischen werden Eure Königliche Hoheit leicht erwägen, ob nicht z. B. ein Journal des Debats schlimmer und tiefer gewirkt habe als selbst die wildesten ultrarevolutionären Blätter. Wer sich aber die Mühe nehmen will, alle Nummern der N. Würzburger Zeitung seit dem Januar durchzugehen, der wird sich leicht überzeugen, wie sehr alle die verschiedenen Aufsätze mit Vorzeichen, sie mögen sich unter England, Frankreich, Spanien oder sonst finden, ohne Unterschied auf ein und denselben Punkt hinarbeiten, und eben dieser Konsequenz muß die zu Tage kommende Wirkung des Blattes zugeschrieben werden.

Ehe ich diese Zeilen schließe, durchlauchtigster Kronprinz, glaube ich Eurer Königlichen Hoheit noch eines Umstandes erwähnen und dabei besonders das Interesse des erhabenen Thronfolgers in Anspruch nehmen zu dürfen. Ich höre unter der Hand, daß der Kgl. Preußische Gesandte in München gegen die Neue Würzburger Zeitung reklamiert habe und zwar wegen einiger ihrer Aufsätze über Münzangelegenheiten. Ich habe Ursache diesen offensiblen Grund mindestens nicht für den alleinigen zu halten, wenn gleich die wahre Ursache aus Klugheit wohlweislich nicht erwähnt wird. Diese dürfte aber in nichts Anderem als in der entschiedenen Partei liegen, welche ich für die



katholische Kirche und deshalb auch für die schwer gekränkten Rechte des Erzbischofs von Köln genommen habe. Die Neue Würzburger Zeitung, obgleich jetzt nur noch ein kleines Blatt — denn der Anfang ist schwer —, steht jetzt als die einzige politische Zeitung in Deutschland da, welche die politischen Ereignisse aus dem rein katholischen Gesichtspunkte behandelt und den Staub zu entfernen strebt, welchen die Organe des Protestantismus uns in die Augen zu streuen bemüht sind. Dies, durchlauchtigster Kronprinz, ist in Preußen unbequem; ob aber Eure Königliche Hoheit darin ein Vergehen erblicken werden oder ob Höchstdieselben nicht vielmehr wünschen müssen, daß dem feindseligen, aber schlauen Verfahren gegen unsere Kirche und unsere Religion entgegengewirkt werde, kann mir nicht zweifelhaft erscheinen, und ich bitte Eure Königliche Hoheit deshalb nur, der morgenden Nummer (171) unserer Zeitung einige Aufmerksamkeit zu schenken, falls ein Aufsatz in obigem Sinne die Zensur passiert.

Was nun den ostensiblen Reklamationsgrund des Gesandten anlangt, so werden Höchstdieselben ihn vorzugsweise aus dem untertänigst angeschlossenen Blatte der N. W. Zeitung ersehen können. Die darin aufgestellten Behauptungen beruhen auf Beobachtungen und Kombinationen, deren Richtigkeit seitdem durch manche mir zugekommenen Nachrichtigen bestätigt worden ist. Ich glaube daher nur im Interesse Bayerns gehehandelt zu haben, wenn ich gegen dergleichen Einwirkungen offen und vielleicht etwas stark aufgetreten bin. Da man uns unsere Halb- und Viertelkronenthaler herabgesetzt hat, während bis vor kurzem selbst die schlechtesten Teilstücke des Preußischen Thalers hier so hoch über ihren Wert angenommen wurden, daß Franken im eigentlichsten Sinne eine Niederlage dieser Münzen geworden ist, so meinte ich Bayern und Würtemberg eine moralische Stütze auf dem Münzkongreß gegen das Übergewicht Preußens und der durch dasselbe gewonnenen Länder zu verschaffen, wenn ich darauf hinwirkte, daß das preußische Geld hier nicht höher als zu seinem inneren Werte angenommen würde. Die Folge meiner Aufsätze ist gewesen, daß das preu-



tzische Geld faktisch durch das Publikum ziemlich allgemein in ganz Franken auf den rechten Stand herabgewertet und dadurch fernerem Einschwemmen eine Schranke gesetzt worden ist. Wenn dies aber auch Preußen mißfällig sein mag, so weiß ich doch nicht, ob Bayern billiger Weise darüber ungehalten sein kann. Ich hege keine Animosität gegen Preußen, im Gegenteil ich weiß die vielen trefflichen Institutionen jenes Landes hochzuschätzen, aber ich bin der Ansicht, daß wir auch das Interesse der katholischen Kirche und eine Überflügelung Bayerns nicht mit gleichgiltigen Augen betrachten dürfen.

Wenn Eure Königliche Hoheit daher meine, mindestens wohlgemeinten, Schritte nicht tadeln, so flehe ich Höchstdieselben an mir auch in dieser Beziehung Höchstdero Protektion gnädigst angedeihen lassen zu wollen. Bei der erhabenen Stellung Eurer Königlichen Hoheit dürfte vielleicht eine etwas markierte Erklärung zu Gunsten der Höchstdenselben nun vorliegenden Tendenz der Neuen Würzburger Zeitung allein schon hinreichen, mir denjenigen Anhalt zu verleihen, dessen ich unter den Umständen wohl zu bedürfen scheine. Das hohe Interesse, welches Eure Königliche Hoheit als ein katholischer Prinz und einstiger Thronfolger nächst unserem allverehrten König und Herrn an der Erhaltung und Festigung guter Grundsätze bei der jetzigen und künftigen Generation, sowie an der Unversehrterhaltung der völligen Selbständigkeit Bayerns als Bundesstaat haben, läßt mich die frohe Hoffnung hegen, daß Höchstdieselben die redlichen Absichten meiner Bestrebungen nicht verkennen und ihnen Höchstdero gnädigsten Beifall und Stütze nicht versagen wollen.

Darf ich schließlich noch eine Bitte hinzufügen, so ist es die, daß Eure Königliche Hoheit diese Zeilen, als vom untertänigsten Vertrauen diktiert, auch nur so aufzunehmen geruhen wollen, da ein weiteres Bekanntwerden derselben der guten Sache leicht mehr schaden als nützen dürfte,

In tiefster Ehrfurcht

Eurer Königlichen Hoheit alleruntertänigster

Würzburg, deu 21. Junt 1837. E. Zander.

IV.

Zwei Nachklänge zur Jahrhundertfeier der Reformation.

1. Zur Zeit des Lutherjubiläums von 1917 sind die gelehrtesten Namen des deutschen Protestantismus auf das Feld der volkstümlichen Literatur zur Verherrlichung der Anfänge ihrer Konfession und deren Gründers herabgestiegen. Harnack, Köhler, Brieger (†), Kawerau, Loofs, Seeberg, Th. Kaftan und unzählige andere, Männer aller Richtungen, haben eine bunte Menge von Blättern zu den Kränzen geliefert, welche die Person des Wittenberger Lehrers hügelhoch überdeckten. Auch der Verfasser der sehr geschätzten, wenngleich oft einseitigen Kirchengeschichte Deutschlands Albert Hauck wollte nicht zurückbleiben. Er hat vor Kurzem am Orte seiner langjährigen akademischen Tätigkeit, zu Leipzig, sein tätiges Leben beschlossen. Die letzte Gabe von ihm bilden sechs aus Anlaß der Jahrhundertfeier gehaltene Hochschulvorträge. Sie erschienen noch von seiner Hand unter dem Titel: Die Reformation in ihrer Wirkung auf das Leben (Teubner, Leipzig und Berlin 1918).

Hauck war durch seine ausgebreiteten Studien über das kirchliche Mittelalter in Deutschland näher zu den Quellen für die Kenntnis katholischer Vorzeit herangetreten, als die meisten anderen protestantischen Historiker. Eine Arbeit seiner geschulten Feder über die Wirkungen der Kirchenspaltung in unserem Vaterlande ließ etwas Außergewöhnliches erwarten. Zu dem hatte er durch seine umsichtige und mühereiche Herausgabe der 24 Bände der dritten Auflage der protestantisch-theologischen Realenzyklopädie einen gewissen geistigen Mittelpunkt im Herzen Deutschlands für die gewaltige Zahl von Theologen und Historikern dargestellt, die

an der Ausführung des enzyklopädischen Neubaues beteiligt waren. Darum beansprucht sein Wort zum Jubiläum Luthers ein besonderes Gehör. Die Schrift bietet aber auch so viel interessante Seiten, daß sie als Nachklang zur Säkularfeier aus der großen Literatur hier einzeln herausgelesen werden darf. In ihrer Popularität ist sie edel gehalten, verleugnet nicht den wissenschaftlichen, akademischen Ton, dürfte vielmehr in einzelnen Teilen, besonders in den sehr bevorzugten theologischen Ausführungen und Voraussetzungen für die Zuhörerschaft der Volkshochschule zu hoch angelegt sein. Sie behandelt die Reformation und hauptsächlich die Person Luthers nacheinander in den folgenden sechs Beziehungen: Frömmigkeit, Sittliche Anschauungen, Kirche, Staat, Gottesdienst, Kulturleben.

Beim Überblick dieser Auswahl von Gegenständen fällt es angenehm auf, daß das fast stereotyp gewordene Kapitel „Luther und das Deutschtum" nicht aufgenommen wurde. Wir wurden zur Zeit des Weltkrieges mit dem Lobpreis Luthers als des wahren, starken und trotzigen Deutschen und mit der Verheißung seines Sieges unter den Klängen des Liedes „Eine feste Burg" so heimgesucht, daß der Verzicht eines vor dem Kriegsausgange geschriebenen Jubelbuches auf ein eigenes Ehrengedächtnis des „deutschen" Luther alle Anerkennung verdient. Nicht als fehlten dem Buche protestantisch-deutsche Farben. Heißt es doch auf der ersten Seite stark enthusiastisch: „Was Deutschland ist und was es in der Welt bedeutet, beruht zum großen Teile auf der Reformation. Gelänge es den Feinden, den Widerstand der deutschen Heere zu brechen und das deutsche Volk zu vernichten, so wäre auch dem Protestantismus in der Welt eine unheilbare, eine tötliche Wunde geschlagen".

Trotz seiner sonst nüchternen Art läßt Hauck seinen ersten Vortrag über „Reformation und Frömmigkeit" in der Behauptung gipfeln, erst Luthers Religiosität und seine Lehre vom Alleinglauben, d. h. vom kühnen Vertrauen auf den gnädigen Gott ohne Werkverdienst, habe „die unheilvolle

Kluft zwischen Gott und dem Menschen überbrückt", die angeblich in der früheren Kirche bestanden (18). Der Verfasser selbst ist allen Dogmen und Formeln, die jenseits des kühnen Glaubensvertrauens liegen, abhold. Über die Kluft, die ihn damit von Luther trennt, läßt er sich nicht klar verlauten. Von seiner Stellung zum Glauben an die Gottheit Christi schweigt er ebenso. Verschwommen ist auch im zweiten Vortrag die Zusammenfassung der angeblich neuen von Luther entdeckten Sittlichkeit, wonach ihr Ziel wäre, „ein Leben, das stark ist im Glauben, willig in der Berufserfüllung und hingebend im Dienste der Gesamtheit" (38). Ist das ein neues Ziel? Ebenso unbestimmt bleibt im dritten Vortrag die Kirchenidee Luthers, da nur vom Abräumen des alten Zustandes, der sichtbaren Hierarchie nämlich, geredet wird. Von dem zum Ersatz Geschaffenen heißt es offen: „Die Reformation hat es nicht zu einem gemeinschaftlichen Kirchentume gebracht" (53). Der vierte Vortrag, über den Staat enthält nach Anführung mannigfacher Förderungen des Staatslebens seitens des neuen Religionswesens die ebenfalls recht offene Erklärung: „Man braucht nicht zu sagen, daß die Reformation einen unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung der staatlichen Verhältnisse nicht gehabt hat"; die Umbildung des mittelalterlichen Staates in den gegenwärtigen Staat habe vor der Reformation eingesetzt; sie habe auch nicht vorwiegend auf protestantischem Gebiet sich vollzogen; sie sei das Ergebnis eines sehr verwickelten Prozesses, auf den Luther und seine da und dort hingeworfenen, nirgends im Zusammenhang entwickelten Gedanken keinen Einfluß gehabt hätten (73 f.). Dieses Urteil sticht sehr ab gegen die in der Jubiläumszeit oft wiederholten protestantischen Behauptungen von der erneuernden Umbildung des Staatslebens durch die schöpferische Kraft Luthers. Die Ausgestaltung des Gottesdienstes (5. Vortrag) ist nach Hauck „ein Beweis für die Herrschaft evangelischer Freiheit"; der reformatorische Kultus hat die verdienstliche Eigentümlichkeit, „nicht ein Werk zu sein, das der Mensch Gott leistet, sondern eine kirchliche



Einrichtung, um immer von neuem die vielfältige Gnade Gottes allen Gliedern der christlichen Gemeinde nahe zu bringen“ (90). Klar ist bei den begleitenden Ausführungen nur die Opposition des Verfassers gegen das katholische Opfer als Zentrum des Gottesdienstes, wieder nur eine der unausweichlichen falschen Überlieferungen Luthers.

Der letzte den Kulturfragen gewidmete Vortrag möchte aus Einzeltatsachen nachweisen, daß noch „protestantische Luft überall im deutschen Kulturleben weht“. Er stellt es als Sache von größter Bedeutung hin, daß Luther die Kultur als etwas von der Religion Gelöstes aufgefaßt und einer wahren „Diesseitskultur“ den Weg geebnet habe; diese stehe in unlösbarer Spannung zur mittelalterlichen Frömmigkeit und „entwickle sich frei nach immanenten Gesetzen“. Er rühmt an der Reformation die Hochschätzung und „den Preis der Vernunft als Mutterschoßes von Recht, Wissenschaft und Kunst“ (113). Hier gestatten wir uns ein blankes Wort. Hat Hauck etwa in der Kirchengeschichte des deutschen Mittelalters gelernt, daß der Katholizismus nicht damals Recht, Wissenschaft und Kunst auf seinen Fittichen getragen, sondern „die Entwicklung“ derselben geschädigt hat? Stehen nicht viele Seiten seines eigenen kirchenhistorischen Hauptwerkes in lautem Widerspruch mit seinem obigen Satze? Ist es nicht lediglich Feststimmung der Reformationsfeier, wenn der „Preis der Vernunft“ einem Luther zugeschrieben wird, dessen ehrenrührige Worte wider die Vernunft bekannt sind? Soll es ferner wirklich ein Ehrentitel für die Kultur sein, daß sie herausgerissen wurde aus ihrer Verbindung mit dem höchsten und allein beglückenden Ziele der Menschheit, nämlich dem ewigen Schöpfer und Erhalter aller Dinge zuzusteuern und so den Weg ewiger Vollendung zu finden? Der Nachhall des Jubiläums, der aus Haucks Vorträgen sich vernehmen läßt, ist, wie sich zeigt, insoferne charakteristisch und belehrend, als die Reformation hier ihre bedenklichen nicht bloß dem Mittelalter sondern dem christlichen Gedanken von Kultur widerstrebenden Seiten enthüllt.



Ebenso wie vieles von Hauck Gesagte Widerspruch weckt, so erhebt sich Widerspruch wegen dessen, was er nicht gesagt hat. Wäre nicht auf den Seiten über Staats- und Kulturleben einer Reihe von negativen Einflüssen der Reformation zu gedenken gewesen? Daß die Schulen, die Erziehung, die wissenschaftlichen Studien durch lange Zeit infolge der Glaubensstreitigkeiten unsäglich litten, ist eine auch von protestantischen Historikern zugestandene Tatsache. Die allgemeine Mißachtung der Moralgesetze beklagen die Schriftsteller des 16. Jahrhunderts von hüben und drüben einstimmig. Die bereits gefährdete Einheit der deutschen Stämme unter kaiserlicher Oberhoheit schwand dahin; dem katholischen Träger der höchsten Krone in der Christenheit raubten die Schmähworte Luthers die letzte Autorität; aber die Schmähungen des Stürmers griffen auch alle anderen Herrscher, wenigstens die Herrscherwürde und das monarchische Prinzip, in den Augen der Zeitgenossen und der Späteren unheilvoll an. Allmählich kamen die Kräfte des gespaltenen Reiches zum Versiechen. Die Theokratie, mit der sich das evangelische Landesfürstentum umkleidete, förderte wohl bei den Einen stumpfen Gehorsam und zähe Untertanenpflicht, bei den Anderen aber den murrenden Widerspruch, der seinerzeit in kühnen Auflehnungsgeist übergehen sollte. Schon in die schreckliche Erhebung der Bauern gossen Luthers Rufe von der Freiheit des Christenmenschen und die aufreizenden Predigten vieler Prädikanten gefährliches Öl. Der Geist des Subjektivismus, der in der Bibelauslegung, oder richtiger im ganzen neuen Religionswesen waltete, entfesselte auch im sozialen Leben Gewalten, die seitdem bis auf unsere Tage immer mehr Oberwasser erhielten. Dabei aber war der zurückdämmende religiöse Einfluß der „reduzierten" Religion so schwach, daß heute von ehrlicher protestantischer Seite eingestanden wurde, der Weltkrieg habe „in erschütternder Deutlichkeit gezeigt, wie wenig bisher die vierhundertjährige Arbeit des Protestantismus von Erfolg begleitet gewesen ist" (Theologisches Literaturblatt, Leipzig 1918, S. 373, aus

Lietzmanns Jubiläumsschrift). Man unterstützt die Forderung auf Lösung der Verbindung zwischen Staat und Kirche mit der Feststellung, jene Arbeit habe nur dazu geführt, den kirchlichen Einfluß „auf die breiten Volksmassen" immer mehr sinken zu lassen (ebd.). Auch, als die Stunde schlug zu eifriger sozialer Betätigung durch Fürsorge für die niederen Stände, versagten die Vertreter der Reformation die längste Zeit, auf die Spuren Luthers eingeschworen, dessen „ethisch-soziale Minderwertigkeit", wie sich der protestantische Theologieprofessor Martin Rade ausdrückt, von „der ruhigen Wissenschaft nachgewiesen ist" (Luther in Worten aus seinen Werken, 1917, S. XIV). Von allen diesen Dingen hört man in Haucks Vorträgen so gut wie nichts. Unsere Erinnerung daran möge einen Nachklang bilden zu seinem Buche, dem protestantischen Nachklang des Lutherjubiläums.

Doch nicht bloß durch das gerügte Schweigen zeichnet sich die Schrift Haucks aus, sondern auch als ein Muster der zahlreichen Jubelschriften, deren Verfasser weit über Luther hinausgewachsen sind. Bei aller übertriebenen Verherrlichung der Reformation verrät er, wie wenig ihm Luther im letzten Grunde genügt. Zunächst und vor allem, weil er noch viel zu dogmatisch, noch viel zu sehr überlieferten und überlebten theologischen Anschauungen ergeben war. Man muß zufolge Hauck sich blos an die großen Grundgedanken Luthers halten, die dieser nicht weiter ausbildete. „Durch eine Verweisung auf eine persönliche Erkenntnis durch Gottes Wort geht der endliche Weg frei in die persönliche Forschung überhaupt hinaus." Es führt sich insoferne auf Luther „alles Moderne zurück". An Luther ist schließlich nur „die beispiellos dastehende Vereinfachung der Religion zu preisen", von der Haucks Fach- und Hochschulgenosse Theodor Brieger spricht (Die Reformation, 1914 S. 153), nur ist statt Vereinfachung richtiger zu sagen Verflüchtigung der Religion. Von dem ganzen theologischen Gewande, das Luther unter Selbstwidersprüchen getragen hat, nimmt man also blos einen kleinen Fetzen und spinnt daraus ein modernes



dogmen- und kirchenfreies System. In diesem fehlen vor allem die von Luther (wenn auch mit Ausnahme) so gefeierte Zuverlässigkeit der Bibel als Offenbarung Gottes und die Tatsächlichkeit der Wunder als Erweis der Göttlichkeit des Christenglaubens. Es fehlen ferner gerade die charakteristischen Lehrpunkte Luthers, die Verrottung des natürlichen Menschen durch die immer in ihm zurückbleibende Erbsünde, die rein passive Gerechtigkeit mittels Zudeckung durch das fremde Verdienst Christi, von seinem unlogischen Reste der Sakramentenlehre und dem Abendmahlgenusse des im Brode gegenwärtigen, nach seiner Menschheit aber allgegenwärtigen Christus ganz zu schweigen. Haucks Schrift ist ein Zeugnis, daß man einen aufgegebenen Luther im Jubiläumsjahre 1917 gefeiert hat. Was man an ihm feierte (von dem kleinen Häuflein der wirklich Orthodoxen reden wir jetzt nicht), würde Luther selbst entweder sehr gering angeschlagen haben, weil es gegenüber seiner beanspruchten Entdeckung des Evangeliums eine Äußerlichkeit war, wie z. B. das Verdienst um die deutsche Sprache durch die Bibelübersetzung, oder er würde es als Mißachtung und Herabsetzung seines Glaubensgehaltes, sei es des festgehaltenen überlieferten, sei es des von ihm umgestalteten, mit entrüsteter Entladung seiner bekannten Rhetorik beantwortet haben. Fast als wollte er dem Gedanken solcher Entladung vorbeugen, sagt Hauck: „Niemand kann ihn für einen Vertreter der theologischen Wissenschaft halten. Die Wissenschaft hat nur ein Ziel: zu erkennen und festzustellen, was ist und was war, und die Beziehungen klarzulegen, die ihre Objekte tatsächlich verbinden. Aber diese, ich möchte sagen: ruhige Absicht lag Luther stets ferne. Er war ein Kämpfer" (96). Er weist seinen Helden nicht bloß aus dem Kreis der Theologen hinaus, sondern schränkt auch seine Betätigung für die Kultur sehr ein trotz aller gelegentlichen Anerkennung: „Fragt man nach Luthers Stellung zum Kulturleben seiner Zeit, so findet man verhältnismäßig wenig Berührungspunkte mit demselben" (ebd.). Blickt man auf die Beziehungen zu den Naturwissenschaften

und der Technik, so heißt es: „Seine krausen Vorstellungen über den Gehalt der natürlichen Kunst beweisen, daß ihm die Fühlung mit ihr abging.“ Ferner: „Völlig außerhalb seines Gesichtskreises lag das ganze Gebiet der bildenden Künste“ (97). Kurz „Luther war kein Mann des Kulturlebens“ (98). Unsere Zeit mit ihrer Bildung steht seiner Geistesrichtung darum ferne. Überhaupt ist „das Interesse an der Kirche gegenwärtig auf dem Gebiet des Protestantismus sehr gering“ (39).

Warum, fragt man sich weiter, bei Hauck so viele Spitzen gegen den Katholizismus, die sich als Wirkung einer verschwommenen Theologie — vielleicht des väterlichen fränkischen Pfarrhauses — beständig unangenehm vordrängen? Es sei mit einer einzigen dieser Spitzen geschlossen. Wo er den Gottesdienst Luthers in günstiges Licht zu rücken sucht und hoch über den katholischen stellt (S. 76), sagt er: „Die schweigende Gemeinde ist (bei den im Gotteshaus versammelten Katholiken) nicht Teilnehmerin an dem, was geschieht, nur Zeugin desselben“; im Protestantismus hingegen ist die Gemeinde nicht nur Zeugin des Gottesdienstes, sie ist „die Trägerin desselben; im Gemeindelied drückt sie die Empfindungen aus, mit denen sie, je nach der Zeit des Kirchenjahrs, zur Kirche kommt; sie erwidert die Segenswünsche, die ihr vom Altar aus dargeboten werden . . . Die Predigt ist ein Zeugnis des Glaubens, der sie erfüllt.“ — Aber entbehren wir denn des Kirchenliedes, der Beantwortung der „Segenswünsche“, der Verkündigung des Wortes Gottes, an das wir glauben, in der Predigt? Hat nicht Luther all das in den katholischen Gotteshäusern, wo er aufwuchs, vorgefunden? Hat er es nicht von da mit seinen Änderungen übernommen? Der Pulsschlag des katholischen Kultus liegt in dem von ihm beseitigten Opfer des Leibes und Blutes Christi, in der heiligen Meßfeier. Da hätte nun Hauck, wenn er kein katholisches Gebetbuch, keine Meßerklärung aufschlagen wollte, aus Luther selbst wissen müssen, wie enge die Verbindung der Gemeinde mit dem Priester

bei dieser liturgischen Handlung ist. Luther hebt diese Verbindung in seinen Schriften gegen die Messe sehr oft hervor. Er hat sogar zu Anfang 1525 den lateinischen Meßkanon, der ein Spiegel dieser Verbindung ist, ins Deutsche übersetzt, nämlich um ihn aus Gründen seiner sonstigen Polemik mit plumpen und öden Schmähungen anzugreifen. (Vom Greuel der Stillmesse, Erlanger Ausg. 29 S. 114 ff. Weimarer Ausg. 18 S. 22 ff.) Darin heißt es von den Umstehenden nach Luthers Wiedergabe: „welche dir selbst opfern dies Opfer des Lobes für sich und für alle die Ihren" usw., ferner von den nämlichen: „so da Gemeinschaft haben und ehren das Gedächtnis" der angerufenen Heiligen. Es wird nach Luthers Verdeutschung Gott gebeten anzunehmen „dieses Opfer unseres Dienstes, dazu auch alles deines Gesindes (familiae)." Es heißt: „Darum gedenken wir, Herr, deine Knechte, dazu auch dein heiliges Volk, Christi, deines Sohnes ... und opfern deiner Majestät ein reines Opfer" usw. Viel enger verknüpft ist also mit der Kultushandlung das katholische als das protestantische Volk, das bei dem Elemente der Erbauung und Belehrung stehen bleibt, ohne zu dem höchsten Akte der Gottesverehrung zu gelangen, der sich im gemeinsamen Opfer darstellt.

Aus dem Mangel an genügender Kenntnis nicht bloß der katholischen Lehre und Praxis sondern auch ihres eigenen Luther erklären sich ähnlich viele andere falsche Vorwürfe prostantischer Schriftsteller, die während der Jubiläumsfeier der Reformation gegen die Katholiken erhoben wurden.

München. H. Grisar, S. J.

(Schluß folgt.)



V.

Ein neues Vitruv-Werk.

Zwei Schriftsteller des römischen Altertums überstrahlen an Ruhm alle übrigen: Vergil und Vitruv. Wieder sind von diesen beiden dem letzteren größere sichtbare Erfolge beschieden gewesen. Seitdem seine „Zehn Bücher der Architektur" geschrieben wurden, sind sie durch alle Jahrhunderte maßgebend geblieben, haben seine für römische Verhältnisse berechneten Vorschriften und Lehren eine Lebenskraft erwiesen, die sich allen Änderungen äußerlicher Stilformen gegenüber zu behaupten vermochte. Für das frühe wie für das spätere Mittelalter, hervorragend für die Renaissance (Vignola, Palladio u. a.), für das Barock und allen folgenden Kunstepochen ist Vitruv der Führer gewesen, dem man unbedingt folgte. Auch heute gilt, ungeachtet einer nicht mehr ganz so hohen Einschätzung, sein Ansehen doch immer noch, sind wichtigste Theorien der Baukunst auf den in Vitruvs „Zehn Büchern" niedergelegten begründet. Dem Architekten wird Vitruv stets etwas zu geben haben, mag auch seine sonstige Wissenschaft von der heutigen weit überholt sein.

Über das Leben des Marcus Vitruvius Pollio besitzen wir nur spärliche Nachrichten, die wir zumeist seinen eigenen Angaben, außerdem einigen Bemerkungen bei Servius, Sidonius Apollinaris, dem älteren Plinius und Frontinus verdanken. Seine Heimatstadt war vermutlich (einer römischen Inschrift zufolge) Verona, wo er 80 v. Chr. zur Welt gekommen sein mag. Nach andern war er aus Formia (Mola di Gaeta), das aber vielleicht nur der Stammesort seiner Familie war. Als Vitruvs Todesjahr wird am wahrscheinlichsten 10 v. Chr. angenommen werden können Die Entstehungszeit seiner „Zehn Bücher der Architektur" setzt

man gegen das Jahr 20. Offenbar können sie wegen der in ihnen niedergelegten großen Summe vielseitigster Erfahrungen und Kenntnisse nur das Werk eines in vorgerücktem Lebensalter stehenden Mannes sein. Zwar verdankt Vitruv seinen Ruhm hauptsächlich der in seinem vierten Buche dargelegten Lehre von den Säulenordnungen. Daneben enthalten aber die anderen neun Bücher die Summe des gesamten technischen Wissens jener Zeit.

Die unbegrenzte Bewunderung, die man in ehemaligen Zeiten dem großen römischen Baumeister zollte, findet einen wesentlichen Ausdruck in der großen Zahl von Handschriften und Drucken seines Werkes. Die ersteren sind vor allem dazu berufen, wenigstens für den Text des verlorenen Originales Ersatz zu leisten. Ob auch für dessen Zeichnungen, ist mir nicht gewiß, doch möchte ich nicht für unmöglich halten, daß sich aus der Vergleichung gewisse Ähnlichkeiten und Spuren feststellen ließen, die den Weg zu den Urbildern anzudeuten vermöchten. An mittelalterlichen Vitruvhandschriften ist kein Mangel. Prestel (Straßburg 1912) zählt ihrer 55 auf. Leider gehen die ältesten nicht über das 9. Jahrhundert zurück; die jüngsten sind aus dem 15. Jahrhundert. So ist die Herstellung geschriebener Vitruvausgaben unmittelbar durch die von gedruckten abgelöst worden.

Ihrer ist eine nach hunderten zählende Menge. Sie kritisch gesichtet, geordnet und beschrieben zu haben, ist das Verdienst der jüngsten literarischen Arbeit des Berliner Architekten Prof. Bodo Ebhardt.[1]) Seit vielen Jahren betriebene Vitruvstudien und eine eifrige und erfolgreiche Sammeltätigkeit haben ihm das Material dazu geliefert. Als Besitzer der vollständigsten existierenden Sammlung gedruckter Vitruvausgaben war er auch imstande, sein Buch mit 100 Abbildungen auszustatten, die den verschiedensten Ausgaben

1) Bodo Ebhardt, Die zehn Bücher der Architektur des Vitruv und ihre Herausgeber seit 1484. Groß 4°, 96 S. m. 100 Abb. Burgverlag G. m. b. H. Berlin-Grunewald. Preis geb. ℳ 28.



entnommen sind. Aufs lebhafteste muß es interessieren zu beobachten, wie die Lehren des Römers sich in den so verschiedenen Stilgebilden späterer Zeiten wiederspiegeln, wie die Wahrheit dieselbe bleibt, gleichviel in welchem Gewande sie auftritt.

Als Einleitung liefert Ebhardt eine kurze Untersuchung über Vitruvs Leben, ferner einen ausführlichen Überblick über den Inhalt der 10 Bücher. Sodann geht er auf seine Hauptsache, die Besprechung und Würdigung der Druckausgaben, ein. Unter Einschluß einiger moderner Textstudien und kritischer Erörterungen sind ihrer 260, die in den wichtigsten europäischen Sprachen verfaßt sind. Am fruchtbarsten war die Renaissancezeit; sie erzeugte nicht weniger als 30 Neudrucke des Vitruv, von denen verschiedene mehrmals aufgelegt wurden. Bedeutendste Verleger sind die Giunta in Florenz, Knoblauch in Straßburg, Henripetri in Basel; wichtigste Druckorte sind außerdem Nürnberg, Lyon, Paris, Venedig.

Rom hat das Verdienst, die erste Vitrus-Ausgabe veranstaltet zu haben. Sie erschien nach 1486; Herausgeber war Johannes Suplicius aus Veroli, Archäolog an der römischen Akademie des Papstes Innocenz VIII. Auf mehrere Ausgaben, die noch im 15. Jahrhundert erschienen, folgten dann seit 1511 vier des Architekten Giovanni Giocondo (Frater Jucundus), der mit Lorenzo de Medici befreundet war, bei Maximilian I. und Ludwig XII in hohem Ansehen stand und am Bau der Peterskirche mitwirkte. Die schönste der frühen Ausgaben ist die 1521 in Como erschienene, die den Schüler Bramantes und Lionardos, Cesare di Lorenzo (Cesariano) zum Bearbeiter hat. Er gehörte zu den Baumeistern des Mailänder Domes. Besonders wichtig ist die Ausgabe des Cesariano durch ihre Zeichnungen, die einen noch bis ins 17. Jahrhundert fortwirkenden Einfluß auf spätere Ausgaben übten. Den italienischen schlossen sich zunächst eine spanische (1542 von Sagredo) und zwei französische Ausgaben an. Von den letzteren war eine 1544

erschienene von Philander aus Chatillon, Schüler des berühmten Sebastiano Serlio; die andere veranstaltete 1547 Jean Martin in Paris. Die erste deutsche Ausgabe ist die des Hermann Riff (Rivius), der um die Mitte des 16. Jahrhunderts als Arzt und Mathematiker in Straßburg lebte. Sein Vitruv erschien 1548 in Nürnberg. Die Bilder sind vielfach der Como-Ausgabe entnommen. Anteil an der Illustrierung hatte auch Peter Flötner. Von den übrigen Ausgaben des 16. Jahrhunderts verdienen endlich noch zwei venezianische erwähnt zu werden. 1556 erschien die des Daniele Barbaro; die wundervollen Holzschnitte stammen von Palladio. Bezüglich des Buchschmuckes sehr bemerkenswert ist auch die Ausgabe des Gianantonio Rusconi von 1590. Gerade nach illustrativer Richtung hin sind alle diese Ausgaben späterhin nicht übertroffen worden. Freilich ist die Bedeutung der Vitruv-Werke auch des 17. Jahrhunderts beträchtlich genug. Erwähnt sei zunächst die 1699 erschienene Elzevier-Ausgabe des Johann van Laet aus Antwerpen; er widmete sie der Königin Christine von Schweden, die als Verehrerin Vitruvs dessen wichtigste Handschriften sammelte und die älteste davon der vatikanischen Bibliothek schenkte. Künstlerisch höher als die Amsterdamer Ausgabe steht die 1673 Ludwig XIV. gewidmete Pariser des Claude Perrault, Baumeister beim Louvre. Die in prachtvollen Kupferstichen gegebenen Abbildungen spiegeln den Glanz und die Selbstüberhebung des damaligen französischen Königtums wieder. Aus dem 18. Jahrhundert sind die bedeutendsten Vitruv-Ausgaben die neapolitanische des Bernardo Galiani (1758), die Londoner des W. Newton (1771—91). 1800 erschien die lateinische Berliner Ausgabe des August Rode. — Das 19. Jahrhundert schuf die umfangreichste aller Vitruv-Ausgaben. Es ist die 1825—30 in Udine erschienene des Simon Stratico. Sie besteht aus acht Groß-Quart-Bänden, ist lateinisch geschrieben und besitzt 120 Kupfer- und Holzschnitttafeln. So groß war die Teilnahme, die das Werk fand, daß schon 1830 eine zweite, diesmal italienische Ausgabe



davon veranstaltet werden konnte. Trotzdem sind die Abbildungen, sowohl was bautechnisches Verständnis als was malerischen Reiz betrifft, nicht einwandfrei. Weit hervorragender sind die lateinische und die italienische Vitruv-Ausgabe, die 1836—37 in Rom durch Luigi Marini besorgt wurden. Von außerordentlichem Werte sind besonders die 140 von bedeutendsten Künstlern ausgeführten Kupfertafeln. Das 20. Jahrhundert hat von wertvollen Veröffentlichungen bisher nur die Ausgabe von Dr. J. Prestel (Straßburg 1912) zu verzeichnen. Sie ist zuverlässig und sorgfältig gearbeitet, Wort und Bild gehen bestens zusammen.

Der Besprechung der wichtigsten Ausgaben, von denen hier nur wenige der allerbedeutendsten kurz genannt werden konnten, fügt Ebhardt einen beschreibenden Katalog aller Vitruvausgaben an — eine vom Standpunkte der Kunstgeschichte, der Bautechnik, der zeichnenden und nachbildenden Kunst, der Philologie, der Bibliographie gleich bedeutende Leistung. Diese sehr eingehend gearbeitete Abteilung ist die wertvollste des Buches, das zweifellos eine Lücke der Literatur ausfüllt. Es verdient Anerkennung wegen der in ihm sich kundgebenden außerordentlichen Sorgfalt und Sachkenntnis. Dem Verfasser gebührt auch Dank dafür, daß er in unserer Zeit, den Blick auf einen Verkünder edler Gesetzmäßigkeit zu lenken unternimmt. Das Ebhardt'sche Vitruv-Werk sei darum der Beachtung aller empfohlen, deren Interessen in einer der genannten wissenschaftlichen oder technischen Richtungen liegen.

Dr. O. Doering.

VI.

Die Arcana der Revolution.

Alle Ereignisse, alle Wandlungen zumal im Leben großer Völker finden ihre Darsteller, Erklärer, Deuter. Die Art der neuen Geschichtsschreibung betont diese Erscheinung, die an sich selbstverständlich ist. Dokumente, Briefe, Reden, „Ermittlungen“

jeder Art sollen die Wahrheit, d. h. den Tatbestand, auf das Papier fesseln. Die Memoirenliteratur wird durch archivalische Forschungen ersetzt und ergänzt. Das System steht in hohem Ansehen; indem man in sein Lob einstimmt, soll man nicht vergessen, daß „die Wahrheit nicht im Wissen erkannt wird, sondern im Gewissen". Onno Klopp hat eine Reihe von „geschichtlichen Tatsachen" nachgewiesen, die in Wahrheit nichts anderes sind als Erfindungen. Dahin gehört die Erzählung, daß Tilly Magdeburg verbrannt hätte. Man mag Onno Klopp ergänzen und hinzusetzen, daß auch die herkömmliche Darstellung der Bartholomäusnacht eine Erfindung ist. In Wahrheit war sie eine Episode in der Fehde der Häuser Guise und Coligny und, als politische Aktion betrachtet, ein defensiver Schlag der Monarchisten gegen Republikaner. Katholisch und protestantisch hatten mit den Motiven des Ereignisses nichts zu schaffen —, das alles hindert natürlich nicht, daß dem Geschichtsschreiber Berge von Dokumenten zur Verfügung stehen, um zu beweisen, daß (nicht Dietrich von Falkenstein, sondern) Tilly Magdeburg verbrannt hat, und selbst das Zeugnis Poltro de Mérées, des Edelmanns aus Angoulême, daß er den Herzog Franz von Guise im Auftrag Coligny's erschossen hat, bildet keinen Damm gegen die Dokumente, mit denen bewiesen wird, daß Coligny „als Opfer finsteren Glaubenshasses" gefallen sei.

Unsere Tage haben wiederum bewiesen, daß „die Wahrheit nicht im Wissen leuchtet, sondern im Gewissen". Eine Flut von „Dokumenten, an denen die angesehensten Männer der Zeit mitgearbeitet haben", schildert uns Deutsche als „Hunnen oder Goten". Das Volk der Goten, die zu ihrer Zeit in Italien und Spanien mehr geistige Arbeit geleistet haben, als heute in ganz England und Amerika zu finden ist (wenn man von den Höhen in England absieht, aber nicht von den Höhen in Amerika), als „Banditenvolk" vorgestellt zu haben, gebührt anscheinend dem englischen Romancier Rudjard Kipling. Hat er nie von Theoderich dem



Großen gehört? von Alarich? von den Goten in Spanien, deren Geist noch heute in dem spanischen Hidalgo lebt? Kipling ist vielleicht damit entschuldigt, daß in den Literaten und Publizisten des heutigen England und Amerika die Kenntnis anderer Völker gering ist. Mit der Ausbreitung des amerikanischen Pragmatismus wird diese „passive Handelsbilanz" auf Seiten der Anglo-Amerikaner immer ausgeprägter.

Sollte es gelingen, Deutschland zu vernichten — was unzweideutig die Absicht dieser Leute ist — so würde alles in Europa von dem angelsächsischen Pragmatismus überflutet. Woher aber dieser Haß gegen die Goten? Man findet ihn gemeiniglich nur in Südfrankreich, wo das aus canis und Gote gebildete Scheltwort „cagot" noch heute in Gebrauch ist, namentlich in den Ländern der lanque doc. Es ist ein Rest der politischen und Glaubenskämpfe alter Zeiten. Nicht die Goten, nicht die Deutschen gleichen dem Bild, das heute Engländer und Franzosen von ihnen malen, aber der Haß dieser beiden und anderer gegen den Deutschen gleicht dem Haß, mit dem die Goten, nach ihren Niederlagen, nach ihrem Sturz von fast unvergleichlich glänzender Höhe, von ihren Gegnern, den erbarmungslosen Siegern, verfolgt und vernichtet worden sind. Seht St. Bertrand de Comminges in den Pyrenäen, zwischen Tarbes und Bagnères de Luchon an; einst zur Gotenzeit eine Stadt von einigen hunderttausend Einwohnern, heute ein Flecken, nur bekannt durch die ruhmvolle Vergangenheit und die schöne Basilika. Ebenso stark wie der Haß gegen die Goten war der Entschluß die Goten zu vernichten. Ein Haß von nicht geringerer Stärke und eine Entschließung gleicher Art beseelt heute die Feinde Deutschlands. Wenn, nachdem das irdische Schwert in die Scheide getan wurde, das Schwert St. Michaels, des deutschen Reiches Schutzpatron, nicht dazwischentritt, wenn nicht jeder Deutsche Blick und Herz zur Vorsehung erhebt, dann stehen Deutschland furchtbare Zeiten bevor. Noch sind die Pforten des Janustempels nicht geschlossen, und schon besitzen wir eine Fülle von Büchern,

Zeitungsartikeln, Reden, Mitteilungen in allen Sprachen, die uns sagen wollen „wie es kam“. Zunächst wie es zum Kriege kam. Wie es zum Kriege kam, — ist das einfachste Problem, wenn man überhaupt von einem Problem sprechen will. „Diplomatische Enthüllungen“ und andere Veröffentlichungen können die Tatsachen nur verschleiern, selbst wenn sie in guter Absicht erfolgen, was selten der Fall ist. Wenn Graf Czernin in Wien, „vor Vertretern der Politik und der Presse“, wie es heißt, darlegt, daß Österreich 1917 den Friedensschluß dringend geraten habe, so läuft das darauf hinaus, den Stein, der ins Rollen gekommen ist, aufzuhalten. Eine Diskussion über die Friedensversuche der Mittelmächte, wenn sie vor der Öffentlichkeit geführt wird, kann zur Zeit nichts anderes sein als „eine Sensation“, welche die Köpfe verwirrt und es unseren Feinden erleichtert, die Mär von der „deutschen Schuld“ am Krieg vor der ganzen Welt und auf immer wurzelhaft zu machen; zu Zweidrittel ist es ihnen schon gelungen. Ein tragisches Geschick, den Kaiser Wilhelm II., den Kronprinzen, die deutschen Könige und Fürsten, das deutsche Volk kriegerischer Absichten anzuklagen, wo dieselben doch den Frieden durch fünfzig Jahre in Europa erhalten haben und wo es überdies „aktenmäßig feststeht“, daß sie 1914 alles getan haben, um dem Krieg auszuweichen. Der Kongreßvorschlag Lord Greys war nur dann annehmbar, wenn Grey die Verpflichtnng übernehmen konnte, Rußland an der Ausdehnung der Mobilmachung wirksam zu hindern. Da er dies nicht konnte und nicht wollte, so ist es Unrecht und zeugt von bösem Willen, Deutschland wegen seiner Ablehnung des Kongreßvorschlags der kriegerischen Absicht zu beschuldigen.

Wilhelm II. und seiner Ratgeber, unter denen sich viele Gelehrte, Bankiers, Industrielle usw. befanden, die von Politik nichts verstanden, „Schuld“ kann allenfalls darin gefunden werden, daß er sich (und Deutschland) einen Feind wie England auf den Hals zog, ohne daß es ihm zuvor gelungen war, die Feindschaft Frankreichs unwirksam zu machen.



Es war möglich eine Politik zu treiben, welche die Aufmerksamkeit aller Franzosen von der äußeren Politik dauernd abgelenkt hätte. Das wie? bildet ein Thema für sich.

Hamann, Lichnowsky, Eckardstein, Haußmann u. a. haben uns seit nicht ganz einem Jahr ihre Ansichten mitgeteilt, wie es hätte gemacht werden müssen. Liest man diese Mitteilungen, so bedauert man, daß keiner von ihnen in den letzten fünfzehn oder zehn Jahren Reichskanzler oder Kaiser war; denn dann gäbe es Schokolade und gute Zigarren zu erschwinglichen Preisen und die Welt hätte das furchtbare Drama nicht erlebt, von dem wir jetzt erst den zweiten Akt sehen. Nicht den letzten Akt, wie Toren meinen.

Die Wirklichkeit ist ganz, ganz anders. Es hat nie ein Mittel gegeben im Bereich der Staatsmänner, die in allen europäischen Staaten seit 1871 (also nicht nur in Deutschland) am Ruder waren, um den Krieg zu verhindern. Bismarck hat nie etwas anderes angestrebt, als den Krieg aufzuschieben. Ohne Zweifel, wenn es ihm nicht gelungen wäre, 1887 wäre eine Niederlage kaum und nicht annähernd so verhängnisvoll gewesen wie jetzt. Frankreich war stets entschlossen zum Angriff auf Deutschland, sobald ihm die Gelegenheit günstig schien. Das Prinzip der englischen Politik, keine Macht auf dem Kontinent so stark werden zu lassen, daß ihr die Vorherrschaft zufalle, in welchem Fall sie als „Bedrohung Englands“ erschien, ist niemals von einem Engländer aufrichtig bestritten worden. König Eduard VII. nannte dies: „Kein napoleonisches Europa!“ Manches an uns Deutschen ist dem Ausland auf die Nerven gefallen, peccavimus, aber den Krieg haben Kaiser, Kanzler, die Deutschen nicht gesucht und nicht gewollt. Die Kriegsschürer sind in Frankreich, England und Rußland anzutreffen. Das jedoch muß zugegeben werden, viele unter uns haben ihnen in die Hände gearbeitet. Deshalb ist es Torheit und nicht nur Torheit, sondern Versündigung am Geist der Wahrheit, wenn man von der Schuld des Kaisers spricht und wenn man in Bezug auf andere vom „Staatsgerichtshof“ spricht.



Es sieht ja so aus, als sollten wir noch mit Revolutionstribunalen beschert werden.

Größere Bedeutung als die Frage: wer ist schuld daran und wer nicht? hat die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs, der Revolution. Auch in dieser Hinsicht bringen die Mitteilungen von Czernin, Haußmann u. a. keine Erleuchtung, denn in diesen Mitteilungen begegnet man bereits dem Bild des Zusammenbruchs und die Frage bleibt: weshalb?

Um die Wurzeln zu finden, muß man zunächst fragen: in welchem Geist hat Deutschland seit 1871 gelebt und welches war der Seelenzustand der Mehrheit der Deutschen in den Jahren 1914, 1915, 1916, 1917? Wir erinnern uns der Gründerzeit, der Jahre des Kulturkampfes, der wirtschaftlichen Kämpfe seit 1878, der volkswirtschaftlichen Tätigkeit ohne Beispiel, die in der Rede des Staatssekretärs Delbrück im Februar 1914 in glänzender Darstellung vor den Augen der neidischen Welt vorgeführt wurde, der Wandlungen auf dem Felde des Intellekts und der Ethik.

In einem im Jahr 1909 erschienenen kleinen Buch von Morawski stehen die folgenden Betrachtungen über Deutschland:

„Es sind Sachen geschrieben, Worte gesagt, Erörterungen öffentlich betrieben worden, die man vorher für unmögliich gehalten hätte, Prozesse, die an jene des sinkenden französischen Königtums erinnern, wurden weiter geführt und Skandale breiter getreten, die vor zwei Jahrzehnten durch ein energisches Veto der öffentlichen Meinung und des Volkswillens unterdrückt und verschwiegen worden wären. Dem Volk wurde wie 1907 so auch 1908 täglich in Millionen von Zeitungsnummern die Verderbtheit von Hof und Adel, von Offizieren und überhaupt konservativen Kreisen vor Augen geführt. Eine Verderbtheit, die nicht sowohl durch den Grad ihrer Schlechtigkeit im verdorbenen Europa Erstaunen erregte als vielmehr durch den Erfolg, mit welchem sie von weitausschauenden und zielbewußten Regisseuren vor dem deutschen Volk auf die Bühne gebracht und monatelang von ihnen und den Zuschauern zum National-

schauspiel erhoben wurde. Und dann kam der zweite Akt, die Novembertage (1908). Diesmal ging es noch höher. Auf die Bühne zerrten die Deutschen ganz offen ihren Kaiser. Daß dieses geschehen konnte in der Weise, wie es geschah, dazu mußte eine ganze Welt von Begriffen und Gefühlen im innersten Wesen des deutschen Volkes sich verändert haben. Denn, wohlgemerkt, im zweiten Akt wie im ersten handelte es sich um nichts neues, um keine etwa unbekannten oder nicht schon etwa hundertmal vorgekommenen Tatsachen. Nein, nicht der Stoff war sensationell, sondern der Mut der Regisseure, ihn der Nation zu bieten und die Lust der Nation, sich das lange und drastische Schauspiel vorführen zu lassen. Die offen auftretenden und die verborgenen Regisseure kannten ihr Publikum. Als Vorkämpfer der zukünftigen inneren Umwälzung in Deutschland wußten sie, daß es reif geworden für die Vorstellung . , . Ebenso rührig wie praktisch veranlagt, meiden sie es, ihre Hauptkraft da einzusetzen, wo die Konservativen am stärksten sind, nämlich in Geldfragen, in welchen es sich um unmittelbare Zahlen handelt, so z. B. in Steuer- und Zollangelegenheiten . . . Die Eingeweihten, die Regisseure, die Ideenbildner der Linken sind keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß in den kleinen Tagesfragen nicht viel für sie zu erreichen ist. Umso mehr dagegen auf dem weiten Feld der öffentlichen Meinung, der Volksempfindung, der alten Ideale wie der angebornen Traditionen. Hier wird alle Kraft eingesetzt, die schärfsten und besten Geisteswaffen werden gebraucht . . . Diese vorbereitende Arbeit ist zum Teil schon fertig. Das haben die beiden letzten Jahre (1907 und 1908) zur Genüge bewiesen. Es fehlt nur noch der äußere Anstoß, um die untergrabenen Mauern umzustürzen; ein unglücklicher Krieg, aber ebenso gut ein mitten in der Friedenszeit unternehmender Staatsmann, der aus einer unbequemen innerpolitischen Lage die Konsequenz einer neuen Orientierung in der Regierungssoziologie zöge."

Auf welche „Regisseure" zielen diese im Jahr 1909, fünf Jahre vor Kriegsausbruch geschriebenen Zeilen? Herr von Morawski hat anscheinend, wenn nicht Maximilian Harden selbst,

so doch die Kreise im Auge, als deren regsamster, lautester und erfolgreichster Regisseur und Vorkämpfer er auftritt. Sie sind, namentlich in Berlin, Legion und es wird eine dankenswerte Aufgabe sein, sich gelegentlich einmal ausführlich damit zu befassen. Harden soll sich Paul Louis Courier zum Vorbild genommen haben, dessen Stil er, ohne ihn entfernt zu erreichen, vielfach nachgeahmt. Wohlgemerkt, ohne dieses Vorbild entfernt zu erreichen, denn sowohl die Klassizität als der Geist des Franzosen lehnen sich gegen diesen Nachahmer auf. Die Ethik der Beiden scheint die Brücke zur Parallele herzustellen. Das Milieu, in dem er seine publizistischen Erfolge feiert, rühmt sich der „Intelligenz" und vor allem gehören die zu ihm, die von dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten zwei Jahrzehnte die goldenen und silbernen Früchte am eifrigsten eingeheimst haben: es handelt sich um das Milieu, das man als den nach „geistreichen Redensarten" krampfhaft strebenden „Berlinismus" bezeichnen könnte, obgleich die wirklichen Berliner wenig damit zu tun haben. Inmitten solcher Betrachtungen mögen die Bemerkungen einen Platz finden, welche vor Jahren der Professor der Philosophie Windelband in seiner Studie über „Normen und Naturgesetze" niederschrieb. Der Leser möge jedoch auf die darin enthaltenen Unterscheidungen zwischen Individien und Völkern achten; denn sonst entgeht er nicht dem Mißverständnis. Windelband sagt:

„Während der intellektuelle Fortschritt in der uns übersehbaren Geschichte des Menschengeschlechtes kaum je angezweifelt werden kann, ist bekanntlich der ethische Fortschritt vielfach bestritten und keinesfalls liegt er so auf der Hand wie jener. . . . Moralität ist kein Vorteil im Kampf ums Dasein, im Gegenteil, sie ist ein Nachteil, — wenigstens so weit es sich um den Kampf der Individuen handelt. . . . Moralität ist Einschränkung der Motivation; der sittliche Mensch kann einen großen Teil der Mittel nicht anwenden, die dem unsittlichen skrupellos zur Verfügung stehen. . . . Wo dagegen ganze Völker miteinander ringen, da ist diejenige Nation am ent-



schiedensten im Vorteil, welche sich die ethischen Tugenden, die Hingebung des einzelnen an das Ganze die Selbstlosigkeit, die Unterordnung, den Gehorsam, das Pflichtgefühl und die Selbstbeherrschung bewahrt hat. Im Kampf der Völker ist die Moralität die, stärkste aller ausschlaggebenden Kräfte. Dadurch wird im Laufe der Jahrtausende der umgekehrte Vorgang, der sich zwischen den Individuen abspielt, immer wieder ausgeglichen und das Gewissen wieder in seine Rechte eingesetzt."

Wollte jemand behaupten, daß in dem Milieu, das sich aus der Berliner Publizistik nährt, jene Tugenden: Hingebung des einzelnen an das Ganze, Selbstlosigkeit, Unterordnung, Gehorsam, Pflichtgefühl, Selbstbeherrschung hervortreten? Man braucht nicht an alte Zeiten, an das Urteil des englischen Gesandten in Berlin zur Zeit Friedrichs des Großen, Lord Howe, nicht an Mirabeau („pourriture avant maturité") zu erinnern. Das Urteil Bischofs von Ketteler genügt. Natürlich handelt es sich nicht um die Mehrzahl der Bevölkerung, arm und reich, die der bürgerlichen Tugenden keineswegs ermangelt. Es gibt in Berlin mehr Religiösität, mehr Idealismus, als man im allgemeinen zugibt. Aber dieser Teil der Bevölkerung, obgleich die Mehrheit, wird von der rührigen Minderheit beherrscht und geführt. Sie ist nicht aktiv um ein Gegengewicht zu bilden. Selbst in den konservativen Kreisen Berlins, ja in einem großen Teil Preußens, läßt man die Kräfte, die volks- und staatsverderbend genannt werden müssen, auf allen Gebieten gewähren. Es ist unter anderm bezeichnend, daß die gesamte konservative und konservativ gefärbte Publizistik in Preußen, vor allem in Berlin, keinen mutigen und fähigen Verfechter der monarchischen und der christlichen Grundsätze hervorgebracht hat. Man beschränkt sich auf die gelegentliche Betonung einiger Prinzipien, erwartet alles von der Regierung, treibt eifrig „Interessen-Politik" und überläßt sich steriler Routine. Ganz anders im anderen Lager! Durch 20 oder 30 Jahre war das ganze öffentliche Leben in Deutschland unter dem Einfluße von Berlin, von „Interessen-



Kämpfen" beherrscht. Der Einfluß der Banken, Industrie-Gesellschaften, Interessen-Vereine, der großen Zeitungs-Gruppen u. s. w. unterwarf sich alles. Selbst beim Kampf für den Bau der Flotte trat dieser Umstand in der Publizistik hervor. In den anderen Ländern, in Frankreich, England, Italien, Amerika feierte der Materialismus ebenfalls Orgien, aber dort, namentlich in Frankreich, hielt sich eine Mehrheit dem frevelhaften Treiben fern. Sie ließen Regierung, Parlament, Presse, Politik allein und bauten sich Zisternen, die Wasser hielten. Nicht das Kriegsfieber gegen Deutschland, aber die kein Opfer scheuende Liebe für das Vaterland — la patrie —, der unbeugsame Wille, la patrie zu retten, hat in Frankreich seinen vornehmsten Sitz in dem katholischen Volksteil; er war der Träger des Widerstandes und nicht Clémenceau und Poincaré, sondern die katholischen Kräfte Frankreichs sind es, die, soweit es von Frankreich abhing, durch ihre Selbstopferung die Wendung im Krieg ermöglicht haben. Ohne dieses Frankreich hätten Generäle und Staatsmänner ihre Pläne in die leere Luft gebaut.

Dieselbe Selbstopferung war auch in unserem Deutschland in demselben Maß, von derselben Art vorhanden. Als jedoch jener andere Teil, nicht des deutschen Volkes, aber der Einwohner Deutschlands entdeckten, daß die Quellen der Bereicherung, die von 1914 bis Ende 1916 flossen, zu versiegen begannen und die ausschweifenden Pläne zur Bereicherung durch „wirtschaftliche Expansion" zerflossen, da wendete sich das Blatt. Man wollte wieder zu den „Friedensquellen des Wohlstandes" zurück. Zugleich wendeten sich die Blicke den Spekulationen zu, die sich in unentschiedenen unglücklichen Kriegen auftürmen. Enorme Werte waren in der Etappe, in Rußland, Belgien, Frankreich usw. aufgespeichert; desgleichen im Inland. Wer die Geschichte der napoleonischen Kriege, der Festlandsperre, des Hauses Rothschild usw. kennt, hat nicht nötig, daß ihm mehr über dieses Thema gesagt wird. England brauchte nur die Kampfmittel wieder aufzunehmen, mit denen es von 1792—1814 Frankreich bekämpft hat. Die Entente hatte, namentlich für den



Eintritt Amerikas in den Krieg, ohne Zweifel (es zu beweisen ist unmöglich) zahllose Agenten in Deutschland und war über die Notlage in weiten Schichten des Volkes, den öffentlichen Geist unterrichtet, ähnlich wie England in seinem Krieg gegen die erste französische Republik, in denen es seine Agenten sogar im Wohlfahrtsausschuß in Paris hatte. — So erklärt sich die siegesgewisse Sprache, die man, überzeugter als in Paris, stets seit 1916 in London geführt hat. Die neuerdings enthüllten Machenschaften des russischen Botschafters Joffe in Berlin, der Geld und Schriften zur Anstiftung der Revolution in Deutschland verteilte, stellten wahrscheinlich nicht einmal den bedeutendsten Teil ähnlicher Leistungen dar. Ohne große Geldmittel kann keine Revolution gemacht werden. Es ist von hohem Interesse, das Bild zu sehen, das sich die englischen Staatsmänner von der Entwicklung in Deutschland seit 1916 gemacht haben.

Mr. Asquith sagte am 19. Dezember 1916 im Unterhaus: „So groß die Schwierigkeiten sind, so kommt doch von vielen verschiedenen Seiten unwiderstehlicher und sogar erdrückender Beweis, daß der Druck unserer Flotte die Quelle des deutschen Lebens untergräbt und die Gedanken und Hoffnungen des deutschen Volkes auf den Frieden lenkt.

Ein erdrückender Beweis findet sich in der Anzahl der Gefangenen und in dem übereinstimmenden Zeugnis aller, welche authentische Kenntnis dieses Feldzuges besitzen. Und auf was ist es zurückzuführen, daß die Moral unserer Truppen beständig zugenommen hat, die Moral des Feindes beständig sinkt?"

Lord Curzon sagt am 19. Dezember 1916 im Oberhaus: „Es ist klar, daß die Moral der Deutschen bedeutend erschüttert ist und daß ihre Truppen der Sache überdrüssig werden. Die Beweise häufen sich auch hinsichtlich der schlechten inneren Verfassung Deutschlands."

Sir Cave am 18. Dezember 1916 im Unterhaus: „Für die Führung des Krieges ist die Arbeiterfrage von entscheidender Bedeutung. Mißverständnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern dürfen den Krieg nicht behindern. Es muß eine starke



Autorität da sein, welche den Blick auf die Klippen richtet und mit beiden Parteien verhandelt. Die Regierung betrachtet es als notwendig einen Minister zu besitzen, der sich dieser Aufgabe widmet. Wenn die neuen Minister ihre Pflichten in dem Geiste der Entschlossenheit erfassen, welche das ganze Land beseelt, so wird diese Vorlage dazu beitragen, mit dem Geschäft des Krieges so schnell als möglich voranzukommen."

Mr. Lloyd George am 19. Dezember im Unterhaus: „. . . . sich einzubilden, daß Sie die Hilfe, die beste Hilfe eines starken Volkes erhalten können, indem sie ihm die Schwierigkeiten verbergen, bedeutet einen fundamentalen Irrtum. Das britische Volk liebt wie andere Völker angenehme Dinge, aber das ist nicht die Nahrung, mit der es groß geworden ist. Britannien hat sich niemals besser gezeigt, als wenn es einer wirklichen Gefahr gegenüberstand und sie erkannte." „Unter dem, was wir verlangen, ist eine freiere und vollere Anerkennung des Anteils der Arbeiter in der Regierung dieses Landes. Niemals hat eine Regierung eine so große Anzahl von Männern enthalten, die ihr ganzes Leben lang mit der Arbeit und den Arbeiterorganisationen dieses Landes verknüpft waren. Wir erkennen an, daß es unmöglich ist einen Krieg zu führen ohne die vollständige und unbedingte Unterstützung durch die Arbeiter zu erhalten und wir waren darauf bedacht, ihre Unterstützung und ihren Rat zum Zwecke der Kriegführung zu erhalten."

„Durch dieses Mittel (Verbesserung der Lebensmittelproduktion, Zufuhr und Verteilung) allein wird die Nation im Stand sein, den Krieg auszuhalten bis zu dem siegreichen Ausgang, den wir alle erwarten."

„Wenn die Nation als Gesamtheit nicht einen Teil der Last des Sieges auf ihre Schulter nimmt, so wird sie von dem Triumph keinen Gewinn haben, denn eine Nation wird nicht groß durch den Gewinn sondern durch das, was sie dahingibt, um groß zu werden."

„Der Krieg hätte nicht durch $2\frac{1}{2}$ Jahre geführt werden können ohne die Dienste der Flotte."

„Es gibt eine Zeit in jedem langen und harten Krieg,



wenn inmitten von Leidenschaft und Zorn die Menschen die höheren Zwecke, für die der Krieg geführt wird, vergessen."

Mr. Lloyd George am 4. Februar 1917 im Unterhaus:

„Wenn die Deutschen das Vertrauen in ihr Heer verlieren, wenn dasselbe gebrochen ist, so kann es nicht wieder hergestellt werden. Die Deutschen setzen in einer Art, die Sie kaum verstehen können, ihr Vertrauen auf ihr Heer, wie wir in unsere große Flotte. Aber mehr als das: das Heer ist stets drückend, es greift in das ganze Leben der Nation, seine Anmaßung schreitet durch die Straßen. Das deutsche Volk fürchtet es und heute haßt es dassesbe. Aber sie verlassen sich auf ihr Heer. Sie werden von ihm terrorisiert, aber sie finden sich damit ab, so lange das Heer ihre Nachbarn einschüchtert. Es ist ihnen lästig, aber sie ertragen es, so lange sie durch dasselbe in den Stand gesetzt werden, Europa zu belästigen. Obgleich sie sich vor ihm beugen, verehren sie dasselbe wie einen Gott. Wir müssen ihnen zeigen, daß der preußische Baal ein falscher Gott ist, daß seine Ansprüche Schande sind, seine Priester grausame Betrüger; daß er den Hunger in ihr Land gebracht hat, daß er sich nicht selbst schützen kann, geschweige denn sie. Wenn sie das einmal wissen, werden sie seine Altäre niederreißen und seine Bildnisse in den Staub werfen."

„Sie (England) werden 1917 den Frieden erhalten, wenn der Feind weiß, daß er, wenn er bis 1918 durchhält, schlechter und nicht besser daran sein wird."

Diese Anführungen aus den Reden englischer Staatsmänner lassen sich leicht vervollständigen. Sie beweisen, daß man in der Entente schon seit 1916 auf die Entwicklung der Dinge in Deutschland gerechnet hat, die am 9. November 1918 durch die Revolution zum Ausbruch gekommen ist. Es ist das Werk der Entente. Jedoch dieses Werk ist nicht vollendet. Die Artikel des Friedensvertrages werden zeigen, daß die Pläne der Entente weiter gehen.



VII.

„Gott allein kann helfen.“

Die obige Überschrift trägt ein nach den revolutionären Stürmen des Jahres 1848 in den Historisch-politischen Blättern veröffentlichter Artikel. In dessen Einleitung, die in unseren Tagen geschrieben zu sein scheint, heißt es: „Kein redlicher und wohlgesinnter Deutscher kann sich heute mehr darüber täuschen, in welche beweinenswerte Lage unser Vaterland geraten ist, und welchen noch größeren Gefahren, trotz der uns neuerdings gewährten, vielleicht sehr kurzen Frist zur Buße und Besinnung, es raschen Schrittes entgegengeht, wenn die Barmherzigkeit des Himmels nicht auf Wegen hilft, die außerhalb der menschlichen Berechnung liegen.“[1])

Die Hoffnung auf menschliche Hilfe, die nach den Tagen der Märzrevolution fraglich war, ist heute aussichtslos. Gott allein kann helfen. Die Lage Deutschlands erscheint trostloser als nach dem dreißigjährigen Kriege. An Stelle der Verwüstung des Landes haben wir die in einem Jahrhundert nicht abzuwälzende Schuldenlast und die hohe Kriegsentschädigung. Wir haben dazu einen revolutionären Umsturz von nie gesehenem Umfange, die Erschütterung aller politischen und sozialen, religiösen und sittlichen Grundlagen. Wir haben einen einer nie heilenden Wunde gleichenden Strich durch die ganze geschichtliche Entwicklung gemacht, einen vollen Zusammenbruch all unserer Hoffnungen und irdischen Ideale erlebt. Wir sind arm und elend, unser politischer Horizont ist dunkel und aussichtslos geworden.

[1]) Bd. 24, S. 429.

Auch in der tiefsten Not gibt die menschliche Seele, geben die Völker die Hoffnung auf Rettung nicht auf. Der schwärzeste Pessimismus weicht immer wieder einem Licht verkündenden Optimismus. Man hofft auf irdische Hilfe auch dann noch, wenn wie heute jeder Hoffnungsstrahl zu erlöschen, der Boden unter den Füßen zu versinken droht. Und je radikaler die Parteien, desto hoffnungsvoller ihre Politik. Man erwartet von dem Siege des parteipolitischen Programms, dessen Forderungen von der Erde, wenn nicht aus der Tiefe stammen, das Heil des „frei gewordenen" Volkes, das Heil des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens.

Die Tage nach dem revolutionären Umsturz haben uns mit einer Reihe von politischen Programmen und Parteiforderungen beglückt. Sie alle, die revolutionären wie antirevolutionären, intendieren oder versprechen die Rettung des Landes oder Reiches, eine Besserung wenigstens der Lage. Auch die nichtsozialdemokratischen Parteien haben sich auf den Boden der gänzlich veränderten Verhältnisse gestellt und den herrschenden Männern und Richtungen erhebliche Konzessionen gemacht. Auch sie stellen sich auf den Boden der „Volkssouveränität", auch sie haben die Sätze ihres Programmes so modern und weitherzig als möglich gestaltet. Man erhofft vieles, wenn nicht alles, von einer umfassenden Organisation, von einer Sammlung aller nichtrevolutionären Volkskreise, von ruheloser Agitation und eifriger Arbeit auf allen Gebieten. Man erhofft, mit anderen und kürzeren Worten, alles von menschlicher Klugheit und von irdischen Mitteln.

Und doch bleibt trotz aller Arbeit und aller Hoffnungen die Gegenwart düster und die Zukunft so aussichtslos wie die Lage eines Mannes, der händeringend vor dem unabwendbaren Bankerotte und dem wirtschaftlichen Ende steht. Alle irdischen Mittel sind hier macht- und erfolglos, wenn nicht mit ihnen sich die Hilfe desjenigen verbindet, den Millionen vergessen haben und der allein noch helfen kann: von



Gott. Wenn aber der allmächtige und zugleich barmherzige Schöpfer der Menschen und der Völker Hilfe senden soll, dann muß um diese Hilfe auch gefleht werden; gebetet aus Millionen Herzen, gebetet ohne Unterlaß, gebetet in gläubiger, bußfertiger und vertrauensvoller Gesinnung.

Daß die Sendboten der für den Wiederaufbau der Ordnung eintretenden Parteien durch die Lande ziehen, ist dringend notwendig und erfreulich. Dringend notwendig und eine Gewissenspflicht ist es für uns alle mit dem Stimmzettel am 12. und 19. Januar einzutreten für Ordnung, Recht und Gesetz. Aber noch viel notwendiger halten wir den Massenzug des katholischen Volkes zu den Beichtstühlen und Kommunionbänken und zu den alten Gnadenstätten des Reiches. Wir warteten am Ende des Krieges und wir warteten am Anfange der Revolutionsepoche umsonst auf eine derartige religiöse Volksbewegung. „An Stelle der großen Bußprediger wie sonst in den Zeiten der Völkerkatastrophen," schreibt Pfarr-Rektor R. Mäder-Basel,[1]) „ziehen jetzt die Politiker und Demagogen durch die katholischen Länder. Unsere Zeit ist ein Advent, aber es fehlen die Johannes- und Eliasnaturen."

Lassen wir den Zug der politischen Agitatoren revolutionären und nichtrevolutionären Charakters durch die Niederungen des Landes wandern, tragen wir unter Zurückdrängung manches pflichtgemäßen Wunsches das Unserige gerne und freudig dazu bei, daß es uns gelingt, die Elemente des Umsturzes zurückzudrängen, helfen und arbeiten wir alle mit, daß wieder einigermaßen Ruhe werde in unserem armen Vaterlande —, aber ziehen wir selbst auch wieder nach dem Berge, von dem allein das Heil kommt. Ziehen wir im gemeinsamen Gebete zu den alten Gnadenstätten des katholischen Volkes, vergessen wir neben der Bitte um Hilfe Christi auf die nicht, welche wir als „auxilium Christi-

1) Die Schildwache. Jahrg. 1918/19, Nr. 10.



anorum" preisen und anflehen. Schön schreibt der Verfasser der „Gedenkblätter und Kulturbilder aus der Geschichte von Altötting":[1])

„Keine Gewalt, die der Macht derjenigen widerstehen könnte, welche die Allmacht in ihren Händen trägt. Wir sehen die Dämonen vor ihr zitternd zurückweichen, die Krankheiten vor ihr fliehen, die Fesseln der Sünde durch sie zersprengt werden, ja selbst die Gräber sich öffnen, um ihre Beute wieder loszugeben . . . . . .

Mit vollem Rechte richten sich darum in ganz Bayern alle gläubig frommen Blicke auf Altötting und das Volk tut sehr gut daran, wenn es in jeder Bedrängnis vor allem hier die Hilfe sucht, die es daselbst schon oft erfahren hat. Wer weiß, was über Bayern schon gekommen wäre, wenn das Volk in der treuen Anhänglichkeit und Liebe zu Derjenigen, in der es seine himmlische Königin und Beschützerin verehrt, sich hätte irre machen lassen. Mehr als einmal war ja Bayern in den letzten drei Jahrhunderten nahe seinem Untergang und mancher ist in den unglücklichen Kriegsjahren, die er erlebt hat, beinahe versucht gewesen einzustimmen in die traurig ernste Klage, welche ein Freund des Vaterlandes im vorigen (achtzehnten) Jahrhundert einmal im Ton des dies irae über Bayern angestimmt hat:

Patria dilecta, vale!
Tempus premit te fatale —
Male vivia, peris male.

Diese Befürchtungen haben sich damals glücklicherweise als eitel erwiesen. Das Volk stand noch fest in seinem Glauben, es war noch immer ein schwerwiegender Faktor zur Aufrechthaltung katholischen Lebens und Denkens in Deutschland und darum nicht unwert, in seiner politischen Selbständigkeit erhalten zu bleiben. Altötting aber trifft ein guter Teil an dieser erfreulichen Wendung — hier hält seit dreizehn Jahrhunderten am Inn und an der Donau die Patrona Bavariae getreulich ihre Wacht über ein treues Volk und diese Wacht hat ohne

1) Wilhelm Maier, Augsburg 1885. S. 285 f.



viel Lärm und Waffengeräusch sich mächtiger erwiesen als mancher Kaiserthron, der unterdessen in den Staub gesunken ist. So lange das bayerische Volk seinem von Alters her überkommenen „Rupertusglauben" treu bleiben wird, wird auch seine Beschützerin ihm huldreich zur Seite stehen."

So lange das bayerische, so lange das deutsche Volk in seiner Mehrheit der Religion der Väter treu bleiben wird, so lange eine große Minderheit ihre Hände vertrauensvoll zu ihrem Herrn und Gotte und zur Mutter des Herrn erheben wird, so lange wird das Volk nicht verloren sein. Das andauernde Gebet aus sündenlosem Herzen vermag Berge zu versetzen; das tausendstimmig zum Himmel steigende Gebet vermag uns aus dem Zusammensturz durch Niederlage und Revolution wieder emporzuheben und die tötlichen Wunden zu heilen. „Man soll nur nicht bange sein," tröstete A. K. Emmerich zur Zeit der napoleonischen Kriege ihre Umgebung, „es gibt viele Christen, die fürs Vaterland beten."[1]) Möchte heute vom christlichen Volke noch ungleich mehr gebetet werden! Der Ansturm der inneren wie äußeren Feinde wird nicht vor Maschinengewehren, sondern vor den zum Himmel erhobenen unbefleckten Händen zurückweichen. Si Deus pro nobis, quis contra nos?

[1]) Vergl. Dr. J. Niessen, A. K. Emmerichs Charismen und Gesichte. Trier 1918, S. 58.

An die Leser!

Technische Schwierigkeiten haben das verspätete Erscheinen dieses Heftes verschuldet, es wird um gütige Nachsicht gebeten.



VIII.

Zwei Nachklänge zur Jahrhundertfeier der Reformation.

(Schluß.)

2. Ein Nachklang zum Jubiläum ganz anderer Art tönt in der unter Pustets „Büchern der Stunde“ erschienenen ausgezeichneten Schrift des Deutsch-Österreichers Franz Pichler zu Linz: Luther in Vergangenheit und Gegenwart (1918). Diese katholische Beleuchtung Luthers stellt sich enge in Beziehung zur Jahrhundertfeier der Reformation, jedoch ohne den Charakter einer bloßen Gelegenheitsschrift anzunehmen; sie steht höher, sie behandelt den Stoff von den weitesten Gesichtspunkten aus. Mit historischer Ruhe und mit überlegenem Quellenmaterial wird im ersten Teile ein Bild Luthers nach den Hauptzügen seines Charakters und seiner Geschichte gezeichnet. In der kleineren zweiten Hälfte findet eine gründliche Sichtung der beim Lutherjubiläum auf protestantischer Seite kundgewordenen Strömungen, insbesondere der Angriffe in den Literaturerzeugnissen statt, jedoch auch hier ohne durch kleinliche Polemik den großen Maßstab zu verlieren. Schon in der Einleitung kündigt die Schrift ihre friedlich-objektive, dem bitteren Streiten fremde Art an durch eine sympathische Erinnerung an den zu Linz bestatteten Adalbert Stifter, den katholischen Dichter von „bezauberndem Natursinn und Wirklichkeitsgefühl“, den Erziehungslehrer von „freundlichem, versöhnendem Geiste“, dessen fünfzigster Todestag in das Jahr 1918 fiel.



Im zweiten Teile, den wir als den eigentlichen Nachklang der Lutherfeier zunächst berücksichtigen (wie er auch laut der Vorrede eigentlich zuerst zu lesen wäre), wird dargelegt, wie im Schoße des Protestantismus vor der neuesten künstlichen Wiederbelebung des Namens Luther ein langer Zeitraum fortschreitender Gleichgültigkeit gegen den jetzt neu erweckten Helden voranging, schon seit der Entstehung des sogenannten Pietismus im 17. Jahrhundert. Es war eine Erkältung, die dann durch das Emporkommen des Rationalismus, durch die Selbstzersetzung der protestantischen Theologie und durch die freisinnige Predigt und Seelsorge im letzten Jahrhundert bis tief in das Volk hinein genährt wurde. Vor allem galt die Abwendung den von Luther hinterlassenen Lehren. Nach dem Ausspruch eines feurigen protestantischen Theologen von gläubiger Richtung möchte sich selbst „weder einer der positiven Professoren noch auch die meisten positiven Pfarrer mit dem Standpunkt des Glaubens identifizieren lassen, den einst die orthodoxe Lehre inne hatte“ (S. 174). Wenn das aber bei den Positiven zutrifft, was ist dann von den Liberalen zu halten? Die Abwendung galt aber auch der Person Luthers und seiner Art des Auftretens. Denn wie der Verfasser mit Recht schreibt, es kamen diese „gegen frühere Zeiten in der Schätzung der Urteilsfähigen in ein sehr erhebliches Schwanken“. Unter der Wirkung der neueren Geschichtsstudien und infolge der Befreiung des wissenschaftlichen Urteils mußte sich Luther allerdings üble Dinge gefallen lassen, wie z. B. die Vorwürfe auf „massiven Aberglauben“, auf „Zynismus der Sprache“, auf „raubtierartige Wut der Polemik“, wie denn einer der ersten Lutherforscher der Gegenwart, Gustav Kawerau (†), gegen die Entschuldigungen von Wilh. Walther (und Walther Köhler) Luther vorhielt, daß er „die Ungerechtigkeit wider die Gegner (in einem berühmten Ausspruch gegen Zwingli) für erlaubt erklärt um des guten Zweckes willen“ (179).

Da kam nun die Reformationsfeier von 1917 eben recht, um die Losung zum Kehrtmachen zu geben; die



häuslichen Kritiker und die steigende Mißachtung konnten sonst von den Gegnern zu sehr für den eignen Nutzen ausgebeutet werden. Zudem war es Zeit, einmal wieder große Einigkeit zu zeigen. Das Fest rief dazu auf, der Welt das Schauspiel gesammelter Kräfte darzubieten. Es wirkte zwar das unglückliche Zusammentreffen des Weltkrieges mit der Feier auf die äußeren Veranstaltungen sehr ungünstig. Keine großen Versammlungen zugereister Gäste, keine Umzüge, Festreden, Festessen, noch weniger die früher erhoffte Beteiligung des Protestantismus im feindlichen Auslande. Um so begieriger griff man den Gedanken auf, daß eben in der Kriegszeit Luthers Eigenschaften als „deutscher Mann“ und angeblicher Vertreter des Deutschtums seinem Sterne eine neue Zugkraft bei den protestantische Massen verleihen sollten. Mit der vaterländischen Gesinnung, die erfreulicherweise mächtig loderte, gingen die Lutherweckrufe von Hunderten von Schriftstellern aus dem Theologen- und Pfarrerstande den engsten Bund ein. Alle Kundgebungen des Jubiläums wurden also von den Worten durchtönt: Luther ist uns die leuchtende Verkörperung des durch den Kriegsfeind gefährdeten Deutschtums! Unser Luther, der Führer zur Weltstellung des deutschen Volkes, „das Unterpfand unserer Kraft“, „der Fahnenträger des Sieges!“

Es ist ein besonderes Verdienst Bichlers, daß er durch viele bezeichnende Aussprüche aus den Jubelschriften diese Hauptseite des Reformationsgedächtnisses klar gestellt hat. Noch stärkere Dinge in dieser Hinsicht als in den von ihm angeführten Schriften hätte er finden können in v. Schuberts Festbuch „Luther und seine lieben Deutschen“ und in den Schriften von Fuchs, Conrad und namentlich von Karl König. Ich darf hier verweisen auf meine Schrift „Die Literatur des Lutherjubiläums, ein Bild des heutigen Protestantismus“ (Sonderabdruck aus der Zeitschrift für katholische Theologie, 1918, H. 3 u. 4, Innsbruck, F. Rauch).

An die Feststellung der „nationalen Umformung“ Luthers reiht B. schlagende Ausführungen an. Dieser



„deutsche Luther" ist eine betrübende Beleidigung für die Katholiken deutscher Zunge, im Reiche wie in Österreich, die alle in den Beweisen ihrer Vaterlandsliebe während der Kriegsschrecknisse wahrlich nicht hinter den Anhängern Luthers zurückgeblieben sind. Wir leben doch auch davon abgesehen in keinem Lutherstaate, sondern unter paritätischen Regierungen. Oder ist das Staatswesen nur für Lutheraner da? (195). Ferner, „war der historische Luther wirklich so national deutsch, ein Vorbild des Deutschtums, ein Schöpfer deutscher Kraft, Einheit und Volksentwicklung?" (148). Die richtige Antwort hierauf wird dem Leser nicht vorenthalten. Liegt nicht auch in der einseitigen Verherrlichung des „deutschen Luther" für die Protestanten die Gefahr des allmählichen Hinübergleitens zu der sogen. deutschen Religion, d. h. zu der neuen Diesseitsreligion, die eben jetzt weite Propaganda in Deutschland macht und die sich mit den Zielen eines monistischen glücklichen Daseins und der angeblichen Pflege reinen Deutschtums begnügt? Schon sind ja die Scheidelinien zwischen vielen protestantischen Theologen und der Religion eines Avenarius, Bonus, Johannes Müller, Lehmann usw. schwer zu ziehen. Während man so übertrieben um den deutschen Luther bemüht war, vergaß man auf den religiösen Luther, wenigstens ließ die beim Reformationsfeste weit überwiegende Stimme des liberalen Protestantismus Luthers religiöse Stellung, also sein eigentliches Wesen ganz zurücktreten. Dafür wurden neben seinem Deutschtum mancherlei nebensächliche Züge seiner Erscheinung aufgebauscht, sein häusliches Leben als Vorbild des evangelischen Pfarrhauses, oder wie man einfach sagte, „des deutschen Pfarrhauses", ja jeden Familienlebens, dann seine Verdienste um die Bibelübersetzung, seine freie Offenheit gegenüber den Großen usw.

Das Lob, mit dem Luther hiebei überschüttet wurde, war betäubend. Es wirkte weithin wie ein Taumel. Auch auf manche Protestanten machte es keinen einladenden Eindruck. Umsonst hatten gewisse Vorsichtigere vor dem

Übermaß gewarnt, wie z. B. Otto Baumgarten, der liberale Theologieprofessor von Kiel, welcher von „theatralischer Steigerung“ abriet und sich auf seine Erfahrungen bei der Jahrhundertfeier von Luthers Geburt 1883 berief, wo ihn „der ewige Panegyrikus auf Luther in eine wahre Manie der Skepsis versetzt habe“ (209). Die stärksten antikatholischen Gehässigkeiten, die sich mit dem Lobe verbanden, namentlich in den neu verbreiteten Luthertexten mit den Zutaten des bekannten Geschwürms und Gewürms, der Drachen- und Antichristfiguren berührt B. aus geflissentlicher Schonung nur auf das flüchtigste, um zusammenfassend zu erklären, daß der Ausspruch sehr berechtigt war, den der verstorbene wohlgesinnte v. Bezzel, der Präsident des Münchener Oberkonsistoriums, in der Neuen kirchlichen Zeitschrift tat: „Wenn doch dieses Jubiläum schon vorüber wäre!“ Er versagt es sich jedoch nicht, an der in Szene gesetzten Verbreitung von längst widerlegten Lutherfabeln die Rückständigkeit der neuerstandenen unberufenen Lutherbiographien nachzuweisen.

In sehr treffenden kurzen Ausführungen handelt der Verfasser zuletzt vom Burgfrieden der nächsten Jahre. Damit tritt nach dem Luther der Vergangenheit und der Gegenwart auch der Luther der Zukunft in die Verhandlung herein. Der Deutsch-Österreicher findet hier wohltuende Töne geistiger Gemeinsamkeit mit den deutschen Katholiken. Er verlangt vor allem als Bedingung jenen anzustrebenden „friedlichen Wettstreit“ zwischen beiden Konfessionen, von dem ein schönes kaiserliches Wort Wilhelms II. gesprochen hatte; die Katholiken der gesamten deutschen Zunge seien in ihrem Rechte und ihrer segensvollen Tätigkeit anzuerkennen, während viele Protestanten in der Jubelfeier von einem nach siegreichem Abschluß des Krieges zu erfolgendem Neubau Deutschlands nur unter Luthers Aegide geredet hatten, als wäre kein Katholizismus neben ihnen. „Die Träumer, die außerhalb der Welt leben, mögen wissen, daß wir nicht bloß sind, sondern auch stolz sind, zu sein, was wir sind, und daß

wir uns gehobenen Bewußtseins nicht im Winkel, sondern am deutschen Sonnenplatz als Katholiken freudig fühlen im Hinblick auf unsere kirchliche Geschlossenheit und Kraft, auf unsere kulturelle und staatliche Stellung, auf unsere Leistungen für Leben und Wissenschaft und alle Zweige der sozialen Aufgaben“ (221 f.). Nach dieser Elementarforderung auf weitherzige Anerkennung folgt die ebenso begründete dringliche Einladung, sich einige Treppenstufen höher hinaufzubemühen in der „Kenntnis des Katholischen“. Es wird aus der Schrift eines jüngst in Österreich verstorbenen norddeutschen protestantischen Predigers die Klage angeführt: „Die Unwissenheit unserer besten Leute in der besten katholischen Literatur ist eine Schande. Unzählige Pfarrer leben und sterben ohne je ein katholisches Buch gesehen zu haben. Dabei stellen sie sich an, als gäbe es bei den Katholiken nur Legenden und Gebetbücher“ (223). Ebenso nachteilig aber wie die Unkenntnis wirkt auf der protestantischen Seite auch die „übergroße Empfindlichkeit“ (225), wie sie selbst z. B. gegenüber dem hochsinnigen Friedensschreiben des Papstes Benedikt XV. an die Staatsoberhäupter sich geltend machte und ähnlich gegenüber dem katholischen Kanzler und vorher bei der Aufhebung des Jesuitengesetzes. Möchte statt dessen die dringende Aufgabe des Kampfes wider die Herrschaft des Unglaubens und die materialistische Zeitrichtung alles mit uns vereinigen, was auf der Gegenseite religiöse Antriebe und kulturerhaltende Kräfte besitzt!

Wenn im bisherigen den zeitgemäßen Nachklängen des Jubiläums im zweiten Teile der Bichlerschen Schrift allein Aufmerksamkeit geschenkt wurde, so soll das nicht heißen, daß der erste Teil, die zusammenfassende historische Schilderung Luthers oder der Luther der Vergangenheit, nicht ebenso die größte Beachtung verdiente. Es ist eine abgerundete und fesselnde geschichtliche Charakteristik. Die Sprache der Tatsachen bildet hier die richtige Grundlage für die Urteile und Forderungen des zweiten Teils. Zugleich gibt sie die richtige Antwort auf die Entstellungen bezüglich der Person



Luthers und seines Werkes, die in der Jubiläumszeit angehäuft wurden, und die noch heute, ein gutes Jahr nach Ablauf der Feier, unentwegt fortdauern. Die Gewandtheit überrascht, mit der alles Wesentliche zur Kenntnis Luthers vereinigt wird und die auf dem engsten Raum den Verfasser doch noch Platz finden läßt für Erörterungen wie die ansprechende und tiefe über den inneren Werdegang Luthers bis zu seinem offenen Abfalle. Die Klosterlegende von dem bis zum Tode sich kasteienden heiligmäßigen Mönch, der den „gnädigen Gott" mit dem katholischen Dogma nicht finden kann, sondern erst mit Entdeckung der neuen Lehre sich und Tausenden das frohe Gnadenbewußtsein erobert, diese polemische Dichtung des späteren Luther über sein Leben, wird gründlich beseitigt. Dafür wird als Ursache des Abfalls, statt der vermeintlichen öfter irrig vorausgesetzten sittlichen Verrottung, ein krankhafter Hyperspiritualismus, genährt von hartnäckigem Prädestinationsglauben und von eigensinniger, absprechender Rechthaberei des Augustiners nachgewiesen. Erst im Verfolge trat die Idee, die Kirche zu reformieren, zu dem blinden Enthusiasmus für sein vermeintlich paulinisches Neuevangelium hinzu.

Damit bewegt sich der Verfasser auf den Spuren meines Lutherwerkes. Überhaupt hat er dieses, wie er wiederholt erklärt, seiner schönen Skizze zu Grunde gelegt. Ich verarge es ihm so wenig, daß ich vielmehr in seinem wohlgelungenen kleinen Buche einen Reiz für viele Leser erblicke, zu meinem Werke zu greifen, um sich ausführlichere Belehrung zu holen.

Er tat nach meinem Dafürhalten besonders gut daran, daß er die psychologische und psychopathische Seite Luthers hervorkehrte. Das geschieht schon gleich mit einem wohl geglückten Wurf am Anfang, wo er nach einem anziehenden Besuche auf der mittelalterlichen Wartburg, der Zeitenfolge vorgreifend, den Luther der Wartburgtage, seine pathologischen Geisteskämpfe und seine verhängnisvolle „Geistestaufe" mit lebhaften, aber treuhistorischen Farben vor die Augen



hinmalt. Man versteht den Grund der originellen Anordnung. Denn wenn er darauf sich der Frage zuwendet, wie kam Luther in diesen gährenden Zustand der Auflehnung wider Kirche und Reich und wider sich selbst, so erteilt das auf der Wartburg gewonnene persönliche Bild, durch die vielen vorhandenen Briefe von Luther selbst gezeichnet, nach rückwärts wertvolle Aufschlüsse über den Charakter und die Entwicklung zu einer Zeit, wo weniger Quellen vorhanden sind, die reden können.

Großes Gewicht legt B. mit Fug und Recht, was die Entwicklung Luthers betrifft, auf die Stufe vom Ende des Jahres 1518, nämlich das vielbesprochene Turmerlebnis. Erst da gelangte der ringende Geist des Mönches ziemlich plötzlich zu der Idee von einer ganz gewissen und unfehlbaren Rechtfertigung allein durch den Glauben. Bis dahin hatte er sich, statt auf den Alleinglauben, auf Demut, Erwartung, Ergebung, auch auf „heilige“ Resignation zur Hölle gestützt. Sein neuentdeckter Römerbriefkommentar aus seiner Frühzeit gibt darüber Belehrungen, die trotz ihrer reichen Verwendung in meinem Werke der Masse der neuen Lutherbiographen unbekannt geblieben sind, und mit denen sich auch die Theologen von drüben noch nicht haben zurechtfinden wollen. Aber das Resultat ist sicher: Erst von 1518/19 an galt für Luther als unumstößlich, daß es für den kühnen Glauben, d. h. für die Vertrauenszuversicht auf die persönliche Zuwendung von Christi Verdienst, eine unbedingte Heilsgewißheit gebe ohne das eigene Tun, ohne gute Werke, die ja nach ihm dem durch die bleibende Erbsünde verpesteten und des freien Willens für das Gute beraubten Menschen unmöglich sind. Bei der Beleuchtung der historischen Umstände des Turmerlebnisses lehnt B. zutreffend die willkürlichen Deutungen von Scheel u. a. ab, mit denen man gewisse als unliebsam betrachtete Einzelheiten abschieben, auch an der chronologischen Einreihung vorüberkommen wollte. Gegen Scheels neue Lutherstudien gehen auch andere verdienstliche Bemerkungen des Verfassers. So

namentlich gegen die dogmatische Voraussetzung, von welcher der ganze „Luther" katholischer Zeit des Tübinger Theologen ausgeht, daß nämlich erst Luther „das wahre Zeugnis vom Gott Jesu und Pauli" wiedergefunden habe, das schon in der ersten christlichen Zeit durch eingedrungenen „Judaismus" verunstaltet worden wäre. Und das ist nicht die einzige verfehlte Schablone, nach der Scheel mit großen Worten und unter Hintansetzung objektiver historischer Methode arbeitet.

Die neueste Literatur berücksichtigt B. mit Umsicht. Infolgedessen geht er in Einigem über meinen „Luther" hinaus. Man stößt auch sonst bei ihm auf selbständige überraschende Beobachtungen. Beim Begräbnisse Luthers zu Wittenberg am 22. Februar 1546 hebt er z. B. hervor, daß zu gleicher Stunde in der ganzen katholischen Christenheit das „Du bist Petrus . ." gebetet und gesungen und der Fels, auf dem die Kirche vom Herrn gebaut ist, gefeiert wurde, weil auf diesen Tag das Fest der Stuhlfeier Petri (zu Antiochien, ehemals Fest der Einsetzung des Primates) fiel (S. 159 und Anm. 161).

Wann wird die Christenheit geeint das Tu es Petrus wieder hören lassen? Welche künftige Feier Luthers wird dazu bestimmt sein, die Aussöhnung mit der alten Mutterkirche bei den getrennten Brüdern in großen Kreisen angebahnt zu sehen?

München. H. Grisar S. J.

IX.

Ernst Zander und die Neue Würzburger Zeitung.

Ein Beitrag zur Geschichte des katholischen Zeitungswesens.

Von Anton Doeberl.

II.

Schon vor dem Kölner Ereignis war Ernst Zander kein Wohlgefallen vor dem Antlitz des preußischen Geistes zuteil geworden. Was Zander über schlechte preußische Münzsorten, über die heimlich alliierten Hermesianer und die schutzbefohlenen Zillerthaler Bauern schrieb, galt als Sünde gegen diesen Geist. Der Anwalt des gefangenen Bekennerbischofs verdarb es erst recht. Wir müssen die Neue Würzburger Zeitung in der Kölner Krisis ein wenig beleuchten.

Kein Blatt in Deutschland hat so rasch und entschieden die Sache des Bischofs aufgegriffen als die Neue Würzburger Zeitung. „Kein einziges deutsches Blatt", so betont die Neue Würzburger Zeitung selbst in Nr. 342 vom 10. Dezember 1837, „die Aschaffenburger Zeitung abgerechnet, hat es für gut befunden die von uns mitgeteilten Tatsachen und die von uns allein veröffentlichten Dokumente abzudrucken." Pfeilschifter hat, wie er selbst in der Neuen Würzburger Zeitung Nr. 349 erklärt, von den Artikeln keine Zeile geschrieben. Die Artikel der Neuen Würzburger Zeitung fanden so starken Absatz, daß sie in 2. Auflage erschienen (Neue Würzburger Zeitung Nr. 344). Über den Ton und die Form der Artikel meint Vogel: „die Neue Würzburger Zeitung hatte unmittelbar vor der Verhaftung des Erzbischofs einen sehr herausfordernden Ton gegen Preußen angeschlagen. Sie befolgte die Taktik, die Rheinländer zwar vor Empörung zu warnen, aber gleichzeitig religiösen Fanatismus unter ihnen zu entflammen." Ich

kann diesem Urteil nicht beipflichten. Nur einen Artikel des Jahrgangs 1837 über Brüggemann müßte ich zurückweisen. Im übrigen soll man nicht von Fanatismus reden, wo es galt an religiöse Pflichten zu erinnern, und soll keinen akademischen Aufsatz erwarten, wo es gilt auf das Volk einzuwirken. Da müssen hellere Farben gewählt werden. Zander hatte natürlich seine Mitarbeiter, aber sie können wohl kaum mehr ermittelt werden.

Wie nicht anders zu erwarten war, wurde die preußische Regierung arg nervös über die Artikel „Aus Franken“; bereits am 26. XI. 1837 beantragte der preußische Gesandte in München zuerst auf eigene Faust, am 10. XII. auf Weisung seines Hofes Maßregeln und Genugtuung. Am 30. XII. 1837 übergab Graf Dönhoff namens seines Hofes eine neue Beschwerdeschrift, verlangte die Bestrafung des Zensors und die Entfernung Zanders von der Redaktion, und forderte, daß diese Note zur Kenntnis Seiner Majestät gelange. Aber erst als Preußen mit dem Bundestag drohte, im Juni 1838 lenkte Bayern ein. So Treitschke und nach ihm Vogel. In Wirklichkeit verhielt sich die Sache doch ein wenig anders.

In der Zeitungsangelegenheit war der Minister Abel der Ängstliche, psychologisch begreiflich mit Rücksicht auf seine neue, noch wenig befestigte, von allem Anfang an vielbefeindete Stellung. Die Zensur hatte sich zuerst der Präsident Graf Rechberg als Präsidialsache vorbehalten. So streng katholisch gesinnt Graf Rechberg war, er ließ der Neuen Würzburger Zeitung nicht volle Freiheit (Neue Würzburger Zeitung Nr. 331 vom 29. XI. und Nr. 337 vom 5. XII.) Nach dem Weggang des Grafen Rechberg ernannte der Minister „aus freundschaftlicher Gesinnung gegen Preußen“ den liberalen Protestanten Grafen Giech zum Zensor und erließ unterm 13. Dezember eine neue geschärfte Zensurinstruktion, wenn er auch eine ruhige Erörterung der Rechtsfrage ausdrücklich und wiederholt gestattete. Über die Art, wie dieser protestantische Zensor seines Amtes waltete, ist Zander voller



Klagen![1]) Als Zander wieder eine entschiedene Sprache führte, erging am 9. III. 1838 die Warnung, daß im Rückfall jede Erörterung der Kölner Sache unbedingt und für immer untersagt würde. Zugleich sprach sich der Minister dem Könige gegenüber auf Entfernung Zanders aus. Der Minister hat also alles getan, was er tun konnte. Er war sogar zu ängstlich. „Nur keine Angst!", so beruhigte der König selbst den Minister: der Minister wußte übrigens aus einem juristischen Gutachten, daß der Bundestag die Sache als religiöse Angelegenheit behandeln müßte.

Anders der König. Er gefiel sich eine Zeitlang in der Rolle eines Protektors der katholischen Sache und schätzte die freie Diskussion, wenn er auch wollte, daß Preußen nicht verbittert würde. Ein Einfluß Metternichs auf den König ist nicht nachzuweisen, eher ein Einfluß Bayerns auf Österreich. Erst als Zander auf die Märzverwarnung hin wieder etwas boshaft wurde, ließ der König Zander fallen. Ungehorsam verzieh der Herr nicht.[2])

Ehe der König aber auf Entfernung Zanders erkannte, hatte er zwei Bedenken: das bekannte Bedenken, das so oft in den Signaten Ludwigs I. wiederkehrt, ob die Entfernung nicht verfassungswidrig. Er beruhigt sich aber selbst: „Es

1) Zander an ein Mitglied des Görreskreises, 27. I. 1838: „Mir geht es jetzt sehr schlecht. Graf Giech chikaniert und drückt, so daß es bereits zwei Tage kaum möglich wurde, eine Zeitung zu liefern. Zwei Mal hielt er die Zensur 7 Stunden zurück, so daß die Setzer untätig standen. Die Silbenstecherei ist lächerlich; neulich wollte er Hegel nicht den preußischen Staatsphilosophen genannt wissen, sondern ließ ihm nur den Philosophen."

2) König Ludwig an Minister von Abel, Aschaffenburg, 3. Mai 1838: Mein werter Minister! Eben erst kommt mir die Neue Würzburger Zeitung vom 26. April zu Gesicht. Festhalten auf die Rechte der Kirche soll stattfinden, aber Spottaufsätze (persiflage) dürfen nicht geduldet werden. Ich würde nicht herrschen solches angehen lassend. Dafür steht mir mein Minister des Innern. Solche Aufsätze sind Waffen für Preußen gegen Bayern. Bayerns Feinde könnten nichts mehr wünschen. —



war Ihr Gedanke schon vor Monaten". Und das andere Bedenken, ob der Nimbus des Protektors nicht zerfließe. „Ich wiederhole", schrieb er am 1. Juni 1838 dem Minister, „daß es mir äußerst schmerzlich sein würde, wenn ich, obgleich mit Unrecht, für wankelmütig gehalten würde." Abel schrieb deshalb an die bayerischen Bischöfe, sie beruhigend, daß die N. W. Z. erhalten bleibe und daß Tatsachen und Aktenstücke in der Kölner Sache mitgeteilt, wissenschaftliche Erörterungen vorgenommen werden dürften.[1])

Am 1. Juni 1838 trat Zander nominell von der Redaktion zurück. Für ihn sprang der Landarzt Dr. Weisenseel in die Bresche. Aber die Seele der Zeitung blieb immer noch Zander. Einer, der es wissen konnte, Prof. Marcus, schrieb am 23. Dezember 1838 an Graf Rechberg deutlich genug: „Weisenseel das ist Zander werden zurücktreten, durch unaufhörliche Intriguen der Gebrüder Stahl dazu veranlaßt." Die N. W. Z. ist auch jetzt noch katholisch, aber der Ton ist gedämpft, vorsichtig und zurückhaltend. Ende Mai 1839 ging auch Weisenseel, das Blatt verlor damit seine entschiedene katholische Farbe.

Rechberg scheint sich Zanders angenommen zu haben. In einem Brief Rechbergs an den Minister vom 21. Dez. 1838 ist die Rede, dem Konvertiten Zander Renten des Konvertitenfonds zuzuwenden. Rechberg ist es auch, der den Minister Ende Mai 1839 beschwört, an die Gründung eines anderen katholischen Blattes zu denken: „Es hat hohen Grad von Wahrscheinlichkeit, daß, wie E. E. mir vor Ihrer Abreise schon bemerkten, Stahel von Preußen erkauft worden ist. Sollte dieser Umstand, der — ich möchte sagen — moralisch gewiß ist, den König nicht vermögen, etwas für die Begründung einer neuen Zeitung in der katholischen Richtung zu tun? Oder wissen E. E. ein anderes Auskunfts-

1) Am 29. Juni 1838 fragt der König: Lief von den sechs Bischöfen noch keine Äußerung über die die N. W. Z. betreffende Mitteilung ein?

mittel, um dieses einzige Organ der Katholiken in Deutschland (denn die hiesige Zeitung kann doch nicht so frei sprechen) auch für die Folge zu erhalten? Ich beschwöre Sie diesem gewiß hochwichtigen Gegenstande Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die Sache könnte leicht z. B. durch den Domdekan Benkert dahin eingeleitet werden, daß das Publikum auch nicht den entferntesten Verdacht einer Regierungssubvention schöpfen würde."

Das neue Blatt, das der katholischen Sache gewonnen wurde, war der „Fränkische Courier" und sein Redakteur — Ernst Zander.

Ernst Zander an Graf Rechberg.

Eure Exzellenz

haben mir soviele Beweise der Gnade und des Wohlwollens gegeben, daß ich im gegenwärtigen Augenblick um so vertrauensvoller Hochderer geneigte Fürsprache erbitten zu dürfen glaube. Hochdieselben kennen meine politischen und religiösen Grundsätze und wissen auch, daß ich, obwohl Familienvater und Gatte einer kränklichen, erblindenden Frau, für die gute Sache, der mein ganzes Streben geweiht ist, bedeutende Opfer nicht gescheut habe, denen sich nun in den letzten Tagen noch ein sehr schweres wieder beigesellt hat. Durchdrungen von der Überzeugung, daß es durchaus notwendig sei, der liberalen und irreligiösen Tagespresse endlich wenigstens ein streng conservatives und katholisches Blatt entgegenzustellen, bemächtigte ich mich vor einem Jahre der neuen Würzburger Zeitung und habe damit seither nach Kräften gearbeitet, um den Grundsätzen, welche bereits ein Gegenstand des Hohns geworden waren, allmählich wieder Eingang zu verschaffen. Das Berliner politische Wochenblatt abgerechnet steht die Neue Würzburger Zeitung noch bis auf diesen Augenblick allein da, und daß sie täglich mehr Terrain gewinnt, beweist am besten die schnell steigende Zahl der Abonnenten. Ob dieselbe während des verflossenen Landtages, wenn auch nur teilweise auf die Kammer, doch auf das Land eine nützliche Wirkung geäußert habe, kann wohl nicht in Abrede gestellt

werden, und es läßt sich daher um so mehr hoffen, daß es mir gelingen werde, in der Zwischenperiode bis zum nächsten Landtage manches Gute vorzubereiten, manchem Schlechten entgegenzuarbeiten. Aber leider scheint es, als ob in diesem Augenblicke meiner Tätigkeit nicht bloß Hemmnisse, sondern geradezu der Untergang bevorstehe.

Ich kann mit Wahrheit sagen, daß Verehrung des Königs von Bayern und Anhänglichkeit an die Grundsätze, welche sich in allen Seinen Regentenhandlungen beurkunden, mich bewogen haben, Bayern zu meinem zweiten Vaterlande zu wählen. Aber so treu und warm ich dem Könige ergeben bin, so innig hänge ich auch der katholischen Kirche an. Lange genug, Eure Exzellenz, haben wir den Hohn und die Schmähungen geduldet, welche die gesamte Tagespresse, besonders aber die norddeutsche, fortwährend auf den Katholizismus häuft und deshalb auch es sich vorzugsweise zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, jeden Schritt, welchen unser König zur Wiederbelebung der Religiosität seines Volkes tut, auf die gehässigste Art zu bespötteln und dabei ohne Unterlaß die sogenannte preußische Aufklärung gegen den sogenannten bayerischen Obscurantismus hervorzuheben. Welches die Lage der Katholiken in Preußen sei, wie die ganze preußische Politik darauf hinzweckt, den Katholizismus bei sich und auch anderwärts systematisch zu untergraben und mit Nichtachtung heiliger Verträge in allen Kreisen indirekten Zwang unter dem Deckmantel der Toleranz zu üben, ist seit manchen Jahren kein Geheimnis mehr; aber obwohl Preußen sich veranlaßt hält, von Zeit zu Zeit sich als die Hauptschutzmacht der Protestanten in fremden katholischen Ländern hinzustellen und dadurch einen immer weiter greifenden, immer gefährlicher werdenden Einfluß zu erlangen, so hat doch bis jetzt noch kein katholischer Monarch sich auf Grund der garantierten Gewissensfreiheit für die katholischen Untertanen Preußens verwendet, obwohl dieselben beinahe die Hälfte der Bevölkerung jenes Landes ausmachen; ja es ist der preußischen Diplomatie sogar gelungen in den katholischen Ländern diejenigen katholischen Kirchenblätter zum Schweigen zu bringen, welche durch Ver-



öffentlichung des preußischen Verfahrens gegen die Katholiken das Publikum aufklärten und somit durch die Gewalt der öffentlichen Meinung dem Akatholisierungssystem Eintrag zu tun drohen konnten. Je mehr man alle diese, hier nur kurz angedeuteten, Verhältnisse ins Auge faßt, je ernstlicher man dabei erwägt, daß bei der Einheit der katholischen Kirche jeder Katholik, ob hoch oder niedrig gestellt, durch alles mit betroffen wird, was irgendwo gegen seinen Glauben und die Gewissensfreiheit der Bekenner desselben geschieht, desto erklärlicher wird die Entrüstung, welche jeder gute Katholik über die Gewaltmaßregeln fühlen mußte, die an dem ehrwürdigen Erzbischofe von Köln vollzogen worden sind. Diese Entrüstung mußte aber noch mehr steigen, wenn man erst alle die Umstände nach und nach an das Tageslicht gebracht sah, welche jenen Gewaltschritten vorangingen, und wenn man hiemit nun noch obendrein die Perfidie zusammenhielt, wodurch das Verfahren gegen den Prälaten, man kann nicht sagen, gerechtfertigt, aber doch beschönigt werden sollte, ja, wenn man einen würdigen alten Ehrenmann, der Zeit seines Lebens in politischer so gut, wie in religiöser Beziehung conservativen Grundsätzen gehuldigt hatte und gerade diesen Grundsätzen die königliche Beförderung zum Erzbischofe verdankte, wenn man einen solchen Herrn revolutionärer Absichten bezichtigt sieht, weil gewissenlose Verleumder sie ihm unterschieben und das Ministerium ihnen glaubt. Diese und ähnliche Erwägungen waren es, die mich bei Abfassung der Artikel leiteten, welche ich seit dem 23. November in der Neuen Würzburger Zeitung über diese Angelegenheit schrieb. Aber ich hatte noch andere Zwecke bei diesen Aufsätzen im Auge, einesteils jetzt einmal durch faktische und dokumentarische Darlegung der Dinge die öffentliche Meinung so zu gewinnen, daß durch die allgemein erweckte Aufmerksamkeit es mindestens bis zu einem gewissen Grade für Preußen unmöglich gemacht würde, die bisherige Verfahrungsweise fortzusetzen, sondern daß es vielmehr, statt des angenommenen Scheines von Tolerantismus im Sinne wirklicher Gewissensfreiheit, im Sinne heiliger, aber bisher unerfüllter Verträge handeln müsse. Die plötzliche Ein-



führung katholischen Gottesdienstes für die männlichen katholischen Soldaten, welche bis dahin gezwungen worden waren, mit den protestantischen in protestantische Kirchen zu marschieren und protestantischen Predigten zuzuhören, scheint zu beweisen, daß ich mich in meinen Absichten nicht ganz getäuscht habe. Aber ich hatte noch einen andern Zweck vor Augen; ich glaubte, daß man dieses Ereignis auch benützen müsse, um der Anhänglichkeit an die Kirche überhaupt und namentlich bei uns einen starken Impuls zu geben und solcher Gestalt die frommen Bemühungen unseres Königs zu unterstützen. Auch in dieser Beziehung beweist der Erfolg, daß ich mich nicht geirrt habe; denn in der Tat hätte ich nicht geglaubt, daß die Anhänglichkeit an die Kirche sich so stark zeigen würde, wie sie sich mindestens in Franken weit und breit in diesem Augenblicke offenbart.

Es bleibt mir nun noch übrig, Eure Exzellenz, mich noch über einen andern Punkt, wo nicht zu rechtfertigen, doch zu entschuldigen. Wenn man, wie ich, tagtäglich eine Masse von deutschen Zeitungen liest, so findet man darin fortwährend die gehässigsten Angriffe auf Personen, deren Hauptverbrechen darin besteht, daß sie conservativ und Gegner des Liberalismus, oder daß sie gut katholisch sind. Diese Angriffe dehnen sich nicht nur auf die achtungswertesten Männer Bayerns, sondern selbst bis auf unsern König aus, und ein großer Teil derselben rührt aus berlinischer Quelle her. Außerdem haben die Gegner des Erzbischofs, der doch sicher eben so hoch steht, wie irgend ein weltlicher Beamte, sich solche Äußerungen über den Prälaten erlaubt, wie ich sie mir über Niemand gestattet habe. So wird z. B. dem Fränkischen Merkur unter dem 10. d. M. aus Berlin geschrieben: Die allgemeine Stimmung spreche sich dort dahin aus, daß es vielleicht weit besser gewesen wäre, den Erzbischof einfach über die Grenze zu bringen und ihm dort einen Paß nach der ewigen Stadt zu geben. Solche Sachen gehen von einer Zeitung in die andere, und niemand führt Beschwerde darüber, weil sie gegen einen katholischen Erzbischof gerichtet sind; indessen sind sie doch sicherlich wohl geeignet zu entschuldigen, wenn ich dagegen die Waffe der Tatsachen scharf

gegen die Feinde des Erzbischofes gerichtet und namentlich einige derselben in ihrer ganzen Perfidie dargestellt habe. Allerdings ist ein Artikel über Brüggemann, der übrigens nicht von mir selbst war, über das Maß gegangen, aber wenn Eurer Exzellenz die Nachrichten über die Art des, freilich von ihm abgeleugneten Anteils an den Manövern gegen den Erzbischof vorlägen, die ich in Händen habe, so würde selbst jener Aufsatz nicht so tadelnswert erscheinen.

Daß Preußen ebenso und vielleicht noch mehr aufgebracht ist über die von mir zu Tage geförderten Tatsachen und bisher so sorglich verheimlichten Documente, als über die gänzliche Refutation der Beschuldigungen gegen den Erzbischof und über die starke Sprache, welche ich gegen die Gegner desselben geführt habe, darf man wohl mit Gewißheit annehmen. Bedenkt man aber dagegen noch, daß die Neue Würzburger Zeitung von allen deutschen Blättern das einzige war, das hier für Wahrheit und Recht in die Schranken trat, und also um so stärker sprechen mußte, um sich gegen den ganzen deutschen Journalismus hörbar zu machen und diesem, der ringsum von Berlin so wohl versorgt wird, die Spitze zu bieten, so erklärt sich um so mehr, weshalb sich eine so große Masse von Grimm gegen dies einzige Blatt kehrt und weshalb man Alles aufbieten wird, um diese letzte Stimme für Wahrheit und Recht zu unterdrücken. Wie ich erfahre, will Preußen jetzt den Bundestag zur Unterdrückung der Zeitung anrufen, da es wohl weiß, daß es nach Ruinierung derselben schwer halten wird, eine andere zu gründen, die zumal jetzt, in einer so wichtigen Zeit, sich der übrigen gefällig gemachten Presse gegenüber Einfluß auf das Publikum so schnell verschaffen könnte. Aber ich bitte Eure Exzellenz nun zu erwägen, ob es im Interesse der politisch conservativen oder der katholischen Sache, ob es überhaupt im Interesse Bayerns liegen könne, Preußen hierin abermals nachzugeben und dasselbe solcher Gestalt gewissermaßen das Terrain wieder gewinnen zu lassen, welche es unfraglich in Folge des Kölner Schrittes und der darüber gegebenen Aufschlüsse der Würzburger Zeitung verloren hat. Meines unmaßgeblichen Dafürhaltens wäre der gegenwärtige wohl ein Zeit-

punkt, den Bayern sehr glücklich zu seinem Vorteil kehren könnte und den man daher nicht durch Conzessionen aus den Händen geben sollte, um noch mehr Preußens Streben nach der Hegemonie in die Hände zu arbeiten. Wenn ich mich nicht irre in meinen Vermutungen, so hat Herr von Abel die Sache ähnlich angesehen, denn er hat unterm 13. Dezember eine neue geschärfte Censurinstruktion hieher ergehen lassen, um vorzubeugen, dabei aber ausdrücklich jede ruhige Erörterung der Rechtsfragen wiederholt gestattet. Ich begreife die Notwendigkeit dieser Instruktion und bin daher auch gewiß sehr gern bereit, mich ihr im Sinne des Herrn v. Abel zu fügen. Leider wird ihr aber hier ein, wie ich überzeugt bin, ganz verschiedener Sinn untergelegt, so daß mir Artikel auf Artikel gestrichen wird, obwohl ich überzeugt bin, daß an jedem andern bayrischen Ort dieselben die Censur passieren würden. Selbst Tatsachen dürfen allerhöchstens ohne irgend angefügte Bemerkungen nur dann noch durchgehen, wenn sie der Regierung Preußens allenfalls zum Lobe ausgelegt werden können. Über „hermesianische Sekte“ darf nichts mehr gesagt werden. Ich war deshalb gestern beim Herrn v. Andrian, habe aber leider gar nichts ausgerichtet, obwohl er mich sehr gütig aufgenommen hat. Nach seiner Ansicht ist die Toleranz Preußens unbezweifelt, von einem Proselytierungsystem dort keine Spur. „Preußen, glaubt er, sei nur darin unklug gewesen, daß es einen Mann, wie den Freiherrn v. Droste zum Erzbischof gemacht habe. Die Regierung oder irgend eine mit derselben in Verbindung stehende Person darf nicht besprochen werden, namentlich aber soll über die Folgen jener Gewaltmaßregeln nichts gesagt, sondern sollen dieselben lieber unterdrückt und geheim gehalten werden. In politischer Hinsicht hält er dafür, daß es Personen gibt, von denen Ludwig von Frankreich hätte sagen können: ils sont plus royaux que moi. Die gemischten Ehen sind ein Punkt, in dem Preußen eigentlich Recht hat.“ Kurz, wenn ich in diesem Sinne, der mir übrigens nicht aufgedrungen werden soll, schreiben würde, so bin ich überzeugt, daß Preußen statt mich beim Bundestag zu verklagen, mir sehr dankbar für die Umstimmung zum gut Preußischen

sein könne. Daß eine solche Umwandlung für Jemand, der Charakter und Grundsätze hat, unmöglich ist, versteht sich von selbst; aber E. Ex. werden ermessen, ob eine solche Reaktion wünschenswert im Sinne der Regierung ist oder nicht. Ich habe Hochdenselben Alles ausführlich vortragen zu müssen geglaubt und erlaube mir nun nur die Bitte um eine Fürsprache für die gute Sache und für meine Person.

In tiefster Verehrung und treuer Ergebenheit

E. Ex.
Würzburg, den 18. Dezbr. 1837. untertänigster
E. Zander.

X.

Novalis Religion.

Von Ludwig Kleeberg.

(Schluß.)

Novalis war historisch genügend gebildet, trotzdem ihm gerade dieses bestritten werden möchte, um die allgemeinen politischen und kirchlichen Verhältnisse zu begreifen, aus denen heraus der Protestantismus entstand. Und er hatte genügend Einsicht in den Werdegang menschlicher Entwicklung — die geruhigen Frieden, Kampf, Niederlage und Sieg bezeichnet —, um die kulturelle Bedingtheit des Protestantismus zu verstehen und seine Wiederaufhebung in den umfassenden Gedankenkreis des Katholizismus vorzubereiten.

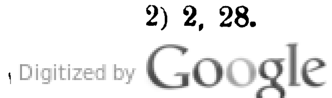
Nicht nur in der Lebensentwicklung des einzelnen Menschen, sondern auch in derjenigen der Völker tritt eine Krisis zu Tage, welche die kleine und die große Welt gewaltig erschüttert. Die Harmonie des bisherigen Lebenskreises wird durchbrochen. Auflehnung gegen die Autorität — sei sie geistig, geistlich oder weltlich —, welche doch nichts anderes vorstellt als über das Individuum hinausgehendes



Bewußtsein, sollte gewaltsam überwunden werden: die Persönlichkeit verlangte in ihre natürlichen Geburtsrechte eingesetzt zu werden. Sie fühlt sich mündig und protestiert gegen jeden Zwang, der von Außen kommt und nicht von Innen aus den Gesetzen der Wahrheit und der Sittlichkeit als Notwendigkeit erkannt und geheiligt ist. Wäre es nur dieses! Aber der Mensch muß durch Erziehung hingeführt werden zu der Freiheit, die nur dem freien Menschen zum Heile dient. Jeder Erzieher weiß, wie er die revoltierenden Kräfte leitet und lenkt und den Zögling zum vernünftigen Gebrauch der Freiheit führt. — Was sich im Leben des Einzelnen mehr oder weniger heftig abspielt, ist Revolution in aller Form. Im Leben der Nationen nimmt sie ungleich gewaltigere und selbst gewaltsamere Gestaltungen an. Die größte politische ist die französische; die religiöse war die Reformation oder als deren Prinzip der Protestantismus. Beide liegen in einer Linie. Von der Verkündigung des allgemeinen Priestertums führt der Weg zur Proklamierung des allgemeinen Königtums. Mit Recht beginnt Louis Blanc die Vorgeschichte der französischen Revolution mit der protestantischen Reformation. Daß dieser Zusammenhang besteht, ist von den verschiedensten Autoren (unabhängig gegeneinander) ausgesprochen, z. B. von Heinrich Heine („Die Revolution ist die Tochter der Reformation"), Ad. Harnack und Treitschke.[1]) Auch Novalis verkannte die hier gekennzeichneten Beziehungen nicht. Er erkannte den Revolutionscharakter der Reformation und ihre Bedingtheit. Nur dürfte nicht, darin erblickt er ihr Verhängnis, „die Revolutionsregierung permanent erklärt werden".[2]) Er bildete sich eine „medizinische Ansicht" der Revolution und vergleicht sie nicht nur, sondern stellt sie gleich mit der Krise der eintretenden

1) Heinrich Heine, Werke 3, 155. Harnack, Wesen des Christentums (1908) 173. Treitschke, Deutsche Geschichte 5, 719 u. 3, 497. Luther und die deutsche Nation in „Essays" (Deutsche Bücherei 29, 11). Vgl. Hettinger, Apologie des Christentums 5[6] (Freiburg 1908) 167.

2) 2, 28.



Pubertät, wo freilich durch gewaltsames chirurgisches Eingreifen alles behoben, aber nichts gebessert wäre. Ein andermal spricht er von der Erscheinung des Fiebers, indem er es als eine notwendige Erscheinung im Gesundungsprozeß erklärt, schließt jedoch daran die Bemerkung im Sinne des vorhin angeführten Zitates: es würde aber niemand im Ernste das Fieber permanent machen wollen.[1]) Wie nun, wenn der rebellierende Verstand sich wider sich selbst kehrte? was verschlug es, wenn Novalis seinerseits gegen den Protestantismus protestierte und ihn seinerseits aufhob? Die protestantische Bewegung, einmal in Tätigkeit gesetzt, wirkt fort und fort, indem hier und dort das ursprüngliche Prinzip neue Antriebe erzeugte. Die so entstehenden Richtungen geben sich die Namen historischer Persönlichkeiten, was doch St. Paulus bereits für mißbräuchlich erklärte (1. Kor. 3, 21 ff.). Novalis unterschied wohl Protestantismus und Luthertum, nicht nur weil das letztere ein Spezialfall des ersteren, sondern auch dessen persönliche Ausgestaltung war.[2]) Tatsächlich ist der Protestantismus in seiner reinen, ursprünglichen Form kaum erhalten. Dauernd kann der Mensch nicht auf Kampf gestellt bleiben. Nur künstlich wird der Zwiespalt aufrecht erhalten. Das Bedürfnis des Menschen nach religiöser Betätigung erweist sich als unüberwindlich und sucht sich so oder so entsprechende Formen, macht auch wohl eine Anleihe bei den Reichtümern der alten Kirche. „Religion", sagt Novalis, ist teils theoretisch, teils praktisch. . . . Die katholische Religion ist gewissermaßen schon angewandte christliche Religion. — Die katholische Religion ist weit sicht-

1) 4, 192, 2, 316 f. 28. 40. 152. Genau so sagt Schiller, der Mediziner: „Skeptizismus und Freidenkertum sind die Fieberparoxismen des menschlichen Geistes und müssen durch eben die unnatürliche Erschütterung, die sie in gut organisierten Seelen verursachen, zuletzt die Gesundheit befestigen helfen." (Philosophische Schriften. Herausg. von O. Weltzel, 1, 109. Philosophische Briefe 1786. Vorerinnerung.)

2) 3, 296. 2. 31. 315.



barer, verwebter und familiärer als die protestantische. Außer den Kirchtürmen und der geistlichen Kleidung, die doch schon sehr temperisiert, sieht man nichts davon."[1]) „Das Gebet und der Segen sind die eigentlich religiösen Akta unseres Gottesdienstes, der sonst musikalisch und scientifisch oder theologisch ist."[2]) Der Protestantismus ist einerseits hinter der Reformation zurückgeblieben, da er sie nicht durchführte, und hat andererseits den Konflikt kanonisiert. Im übrigen kann er der Mittel nicht entraten, welche die alte Kirche den Menschen zur Stütze und Erquickung darbot.

Novalis zeichnet das Bild jener Zeit, als Europa noch ein christliches Land war, beherrscht von einer geistlichen Macht, die Einheit an Wissen, Glauben und Leben gewahrt blieb und vor den Gefahren einer Erschütterung zu sichern war. Solche waren die Vorboten eines neuen Zeitalters, das nun hereinbrach. Die Reformation hat sie zerstört, die schöne Welt, prächtiger soll sie wieder aufgebaut werden. Novalis ist dessen gewiß, daß „aus der Anarchie sich eine neue Zeit erheben wird".[3]) Er erblickt die Hauptursache der reformatorischen Bewegung darin, daß sie einerseits — notgedrungen — die Religion zu einer Angelegenheit der fürstlichen Kanzleien machte,[4]) andererseits der Protestantismus den Widerspruch in Permanenz erklärte. Indessen ist Novalis der Überzeugung, daß der Protestantismus das Kulturbewußtsein der Menschheit um die Freiheit des Gewissens und der religiösen Überzeugung im besonderen positiv bereichert habe. Jener behauptet, den Menschen — die Persönlichkeit — in die Rechte der Freiheit eingesetzt zu haben. Wir stehen vor Entwicklungen, da es nicht nützt zu beklagen, sondern zu begreifen und zu lenken. Novalis stellte sich unter diesen Gesichtspunkt und sah nicht eine „mechanische Wiedererweckung" des katholischen Mittelalters voraus, sondern war des Glaubens, daß der Katholizismus

1) 2, 294. 3, 198. 2) 3, 2?6.
3) 2,35 ff. 4) 2,28 ff.

die wertvollen Errungenschaften des Protestantismus in sich aufnehmen müsse. Auch Adam von Müller hat diesem Gedanken gelegentlich Ausdruck gegeben.[1])

Im Vorhergehenden ist jedoch das negative Bild des Gegenstandes vorherrschend betont worden. Das andere ist, daß Novalis sich den Glaubenslehren des Katholizismus mit warmem Herzen, worauf das Licht seines klaren Verstandes schien, zuneigte.[2]) Dieses wird, wie sich dem vorurteilslosen Betrachter gibt, offenbar nicht aus dem Zusammenhang dichterischer Figuristik, sondern auch verstandesmäßiger Überlegungen. Die Kunst selbst war hier die Offenbarerin einer höheren Wirklichkeit und das Mittel sich dieser zu nähern.[3]) Nicht aus „ästhetischer Vorliebe" entsprungen, sondern tiefbegründet in seinem Innern ist seine Verehrung der Gestalt der heiligen Jungfrau.[4]) In ihr verehrt Novalis das Vorbild der Schönheit, die Blüte der reinen Menschlichkeit.[5]) Alle Schmerzen schweigen, wenn die Königin der Frauen dem betrübten Menschen das getreue Herz gibt. Die Mutter Gottes ist auch unsere Mutter.[6]) Ihr Bild beschäftigt ihn in den Tagen der Krankheit „Mußte nicht Christus seine Mutter auch unendlich leiden sehen? O! er weiß, wie einem zumute ist, wenn man seine Geliebten leiden sieht, weil wir leiden".[7]) Rafaelische Bilder in Worten stehen in seinen Hymnen und den Marienliedern vor uns: „Der ersten

1) Adam von Müller, Vorlesungen über deutsche Wissenschaft und Literatur (Dresden 1807) 92 u. 96. Elemente der Staatskunst (Berlin 1809) 3, 323. Vgl. Fr. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat (München 1908) 71. Meinecke hielt Novalis katholisierende Gesinnung für nicht ernsthaft (69). Er befürchtet geistigen Niedergang, muß aber bei Ad. von Müller zugeben, daß mit dessen katholischer Periode die interessanteste Arbeit beginne (149).

2) S. Eichendorffs Ausführungen 313 ff.

3) Vgl. 7, 291.

4) 1, 11, 49, 80, 99, 107 und besonders die Marienlieder 1, 84 ff.

5) 2,23, 1,80 „Der schönsten Mutter schönstes Kind."

6) 1, 107, 4, 223. 7) 2, 102.



Jungfrau und Mutter Sohn — des Vaters hohem Antlitz zugewandt und ruhend an dem ahndungsseligen Busen der lieblich ernsten Mutter.[1]) Die Mutter eilte bald dir nach in himmlischem Triumph — Sie war die erste in der neuen Heimat bei dir." Dort im Reiche der Liebe waltet die himmlische Jungfrau mit ihrem Sohne und in Gemeinschaft mit allen Heiligen: sie, die Zuflucht der bedrängten Herzen.[2]) Es sind Klänge, wie sie die religiöse Lyrik mit gleicher Innigkeit und Kraft nicht oft fand. Leise und deutlich genug werden wir gemahnt an die Andacht, welche die Kirche dem Herzen Jesu zuwandte; zu dem „himmlischen Herzen", das sich „zu einem Blütenkelche allmächtiger Liebe entfaltete".[3]) Unserm Dichter, dem das Herz galt als der Mittelpunkt der Liebe und der Gefühlskräfte, mußte das Herz, welches eine ganze Welt mit seiner Liebe umfing, als wahrhaft verehrungswürdig erscheinen. Die Andacht, mit der Novalis von dem Bilde der heiligen Jungfrau spricht,[4]) von Kruzifix und heiliger Messe und der Inbrunst des Gebetes,[5]) sie hat ihren Grund in den Anlagen des Herzens, nicht in der Technik des Romanes oder der Poesie. Aus eigenen schmerzlichen Erlebnissen verstand Novalis auch die Verehrung, welche innerhalb der katholischen Kirche den Reliquien der Heiligen entgegengebracht wird. J. Görres sagte in seiner Mystik, die Neigung zu einem geliebten äußeren Gegenstande mache, daß die Seele leicht in höhere Verhältnisse überströmt.[6]) „Wir halten einen leblosen Stoff wegen seiner Beziehungen fest", sagt Novalis. „Wir lieben den Stoff, insofern er zu einem geliebten Wesen gehört." Nicht nur dieses: die Reliquien der Heiligen haben noch wunderbare Kräfte erhalten.[7])

Eigenes Leiden lehrt ihn das Märtyrertum der Heiligen verstehen. „Märtyrer sind geistliche Helden. Christus war

1) 1, 38 f. 2) 1, 47, 49. 3) 1, 39.
4) 4, 176. 5) 4, 115, 121
6) J. Görres, Die christliche Mystik (1836—42), 2, 270.
7) 2, 23 f., 120, 3, 176, s. auch 1, LXVI.

der große Märtyrer unseres Geschlechtes. Durch ihn ist das Märtyrertum unendlich tiefsinnig und heilig geworden."[1]).

Das Verhältnis von Christus und der Kirche betrachtet Novalis als eine Ehe, in welcher sich Gott in Brot- und Weingestalt zum Genusse hingibt.[2]) Katholisch ist seine Auffassung vom Wirken des Heiligen Geistes. Er ist es, der lebendig fortwirkt in der Überlieferung und den Lehren der Kirchenväter. So konnte Novalis im Hinblick auf den Protestantismus, welcher das Christentum zur Buchreligion gemacht habe, sagen, daß „der Heilige Geist mehr sei als die Bibel und die Bibel noch im Wachstum begriffen sei." Der Heilige Geist ist es, der jede wahrhafte Predigt inspiriert.[3]) Novalis, dessen Zeit von heftigen Stürmen bewegt war, lebte der Überzeugung, nur die Religion könne den Völkern Europas den Frieden wieder geben. Ja, er stellt den Satz von der „Notwendigkeit eines Papstes und Concilii zur Regeneration von Europa" auf und will die „Herstellung der Hierarchie" verwirklicht sehen.[4]). „Nur die Religion," schreibt er, kann Europa wieder aufwecken und die Völker sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes friedenstiftendes Amt installieren. Nie wird der Krieg aufhören, wenn man nicht den Palmenzweig ergreift, den allein eine geistliche Macht darreichen kann. Sollte etwa die Hierarchie, diese symmetrische Grundfigur der Staaten, das Prinzip des Staatenvereins als intelektuelle Anschauung des politischen Ichs sein? Es ist unmöglich, daß weltliche Kräfte sich selbst ins Gleichgewicht setzen, ein drittes Element, das weltlich und überirdisch zugleich ist, kann allein diese Aufgabe lösen. Unter den streitenden Mächten kann kein Friede geschlossen werden, aller Friede ist nur Illusion, nur Waffenstillstand; auf dem Standpunkt der Kabinette, des

1) 2, 102, 297.
2) 2, 38, 1, 87.
3) 2, 28 f., 297, 290.
4) 2, 36, 42 f. 3, 300.

gemeinen Bewußtseins ist keine Vereinigung denkbar".[1]) Ob solche merkwürdige prophetischen Aussichten auch in unserer Zeit anerkannt oder befehdet werden, ist unerheblich, sobald sie wesentlich die Bedingungen für Leben und Tod europäischer Kultur darstellen, — wenn wirklich immer noch jene Botschaft zu Recht besteht: „Friede auf Erden" wird die Menschheit beglücken, wenn sie das „Ehre sei Gott in der Höhe" verwirklicht. Es scheint, daß jene Worte des Novalis ihre innere Wahrheit, falls sie solche enthalten, zu erweisen Gelegenheit haben. „Staat und Kirche stehen und fallen zusammen." Der Staat wird, wie die Ehe, unter kirchlicher Sanktion geschlossen.[2]) Die Kirche ist ihm das wahrhaft universale Reich. Es erscheint ihm ein Unding, die Religion in Landesgrenzen einzuschließen,[3]) die Kirche zu einem Instrument des Staates zu machen, indes sie es ist, welche die soziale Ordnung heiligt. Die Kirche ist die Braut Christi, nicht des Staates.

Am Schlusse unserer Betrachtungen soll nicht unerwähnt bleiben, welche kräftige Lanze Novalis — für den Jesuitenorden einlegt. „Noch war keine solche Gesellschaft in der Weltgeschichte anzutreffen gewesen. Mit größerer Sicherheit des Erfolges hatte selbst der alte römische Senat nicht Pläne zur Welteroberung entworfen. Mit größerem Erfolg war an die Ausführung einer größeren Idee noch nicht gedacht worden. — Alle Zauber des katholischen Glaubens wurden in seiner Hand noch kräftiger, die Schätze der Wissenschaften flossen in seine Zelle zurück." Novalis schildert die allumfassende Wirksamkeit der Mitglieder dieses Ordens auf dem ganzen Erdenrund, — in Schulen und Beichtstühlen, auf Kathedern und in der Presse, als Dichter und Weltweise, Minister und Märtyrer, — bis schwache Obere, Eifersucht der Fürsten und anderer geistlicher Orden, Hofintriguen und andere sonder-

1) 2, 42 f.
2) 3, 226, 286.
3) 2, 43.

bare Umstände ihren kühnen Lauf unterbrochen und mit ihnen diese letzte Schutzwehr der katholischen Verfassung beinahe vernichtet hatten. Jetzt schläft er, dieser fruchtbare Orden, in armseliger Gestalt an den Grenzen von Europa, vielleicht daß er von daher sich, wie das Volk, das ihn beschützt, mit neuer Gewalt einst über seine alte Heimat, vielleicht unter anderem Namen verbreitet.[1])

Alles Anderes als prédilection d'artiste! Wir lassen den Dichter Novalis beiseite und suchen ihn lediglich in der verstandesmäßigen Betrachtung des Katholizismus zu beobachten. In seinen Schriften finden wir bedeutsame Zeugnisse eingehender Beschäftigung mit dem katholischen Christentum und seiner Geschichte. Der Europa-Aufsatz ist dessen ein beredtes Dokument. Novalis ist jung gestorben. Es stand noch Großes von ihm zu erwarten, vielleicht sollte er sich auf dem politischen Gebiete einen Namen machen. Ein früher Tod versagte ihm das irdische Feld. Wir können den Entwicklungsgang des Menschen nicht bestimmen gleich dem Lauf der Planeten. Und doch! wenn wir bedenken, daß zu des Menschen wertvollstem Charakterbesitz derjenige der Folgerichtigkeit zu rechnen ist, dürfen wir annehmen, daß Novalis, wäre er nicht vor der Zeit gestorben, den Anschluß an die alte Kirche aufgenommen hätte.[2]) Vielleicht war ein solcher Gedanke seinen Freunden deshalb zuwider, weil sie befürchteten, ein freier, hoher Geist könne sich der Knechtschaft ausliefern, und das edle, bewegliche Antlitz des Dichters würde in dumpfe Starrheit verfallen sein. Novalis wäre immer ein „Eigener" geblieben.

1) 2, 30 ff.

2) Karl Sell, Übertritte von der evangelischen zur katholischen Kirche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Preußische Jahrbücher 121, 26 ff.

XI.

Die revolutionäre Rechtfertigung unpopulärer Überzeugungen.

In einem Aufsatze „Der soziale Verwesungsprozeß“[1]) schreibt Pfarr-Rektor R. Mäder: „Die Gesellschaft liegt in den letzten Zügen. Der Fäulnisprozeß ist unaufhaltbar. Die schwärzesten Pessimisten bekommen heute Recht. Es ist undankbar, in einem Irrenhause die Gesetze der gesunden Vernunft zu verkünden. Trotzdem besteht die Aufgabe der katholischen Presse in nichts anderem. Der Mut zur Unpopularität ist heute ihre erste Standestugend.“

Wir waren, wie die die Aufgabe der Stunde erfassende Presse, seit Jahrzehnten, infolge unserer begründeten Überzeugung und unserer pessimistischen Voraussicht, zu einem unpopulären und undankbaren Schriftstelleramte, zu einem erfolglosen Schwimmen gegen den Strom der Tagesmeinung verurteilt. Wir fanden Widerspruch auch im katholisch-politischen Lager und empfanden zuletzt bitter das Alleinsein mit unseren Zielen und Gedanken. Der Weltkrieg kam und drückte das blutrote und schwarze Siegel einer schmerzlichen Bestätigung auf den Inhalt der übergroßen Mehrzahl unserer Äußerungen und Publikationen. Diese Bestätigung hier zu skizzieren möge den weniger unpopulären Abschluß eines unpopulären Unternehmens bilden.

1. Seit Jahren kämpften wir gegen den modernen, individualistischen Parlamentarismus und für eine der natürlichen Struktur des Landes und Volkes angepaßte Vertretung. Ein sichtbarer Erfolg war, wie vorauszusehen, ausgeschlossen. Wir fanden nur vereinzelte Zustimmungen, wir konnten nur konstatieren, daß wenige scharf beobachtende

1) Die Schildwache, Jahrg. 1918/1919, Nr. 7.



Geister den Rückgang oder Tiefstand unseres parlamentarischen Lebens, die Verflachung der politischen Debatten behaupteten und klagten, daß unsere Land- und Reichstage immer mehr zu Versammlungen der Mittelmäßigkeit werden.[1]) Die falschen Grundlagen der modernen Volksvertretungen, aus denen die beklagten Erscheinungen resultieren mußten, zu erkennen, blieb indes auch diesen Geistern versagt.

Der Beginn des großen Krieges zeigte allen Sehenden die Einflußlosigkeit der Parlamente bei den wichtigsten, die Existenz der Staaten berührenden Fragen und Entschlüssen. Die demokratischen Parlamente waren bei den politischen Geschehnissen und den diplomatischen Kontroversen des Jahres 1914 ausgeschaltet, sie waren im Gegensatz zu der aristokratisch-ständischen Vertretung der Vorzeit zur Ohnmacht verurteilt.

Wenn im Verlaufe des Krieges der Deutsche Reichstag sich einen größeren Einfluß errang, dann lag die Ursache nicht im Reichstage selbst, sondern in der immer stärker anschwellenden radikalen und sozialdemokratischen Strömung und der damit gegebenen wachsenden Macht und Einflußnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, vor der die übrigen Fraktionen und die Regiernng schrittweise zurückwichen und teilweise kapitulierten. Im übrigen wurde den urteilsfähigen deutschen Volksgenossen es täglich mehr zur Klarheit und zur beängstigenden Gewißheit, daß das von ihnen gewählte Parlament den ihm gestellten ernsten und schwierigen Aufgaben in keiner Weise gewachsen war, und es ist ihnen schon heute zur geschichtlichen Wahrheit geworden, daß der „Parlamentarisierung der Regierung" genannte Verfassungsbruch: die Einleitung zur Revolution, keine Besserung der Lage bringen konnte und auch nicht brachte. Denn der Parlamentarismus ist „die Regierungsform des Dilletantismus", wie ein Mitarbeiter dieser Blätter richtig

1) Vgl. u. a. Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1909, S. 513.



sagt.[1]) Große Hoffnungen auf unseren derzeitigen Parlamentarismus kann nur die sein Wesen nicht kennende politische Naivität stellen — das war das Endergebnis, das sich zwar nicht bei der Majorität, jedoch bei einer wachsenden Zahl der wählenden Staatsbürger zeigte.

2. Der auf dem demokratisch-individualistischen Prinzipe der allgemeinen Gleichheit ruhende Deutsche Reichstag war ein Produkt der Bismarckschen Politik der sechziger Jahre. Wie die Schaffung dieses Reichstages sich als verfehlt erwies, so fast die gesamte Bismarcksche Staatskunst.

Wir waren seit Beginn unseres politischen Denkens Gegner der bismarckisch-preußischen inneren wie äußeren Politik. Wir konnten insbesondere dieser äußeren Politik, der Politik der skrupellosen Rechtsverletzung und des augenblicklichen Erfolges, niemals unsere Überzeugung unterordnen, und wir mußten auch unseren katholischen Freunden jederzeit widersprechen, wenn sie behaupteten: in der inneren, d. h. in der kirchlichen Politik hat ja Bismarck riesige Fehler begangen, aber in der äußeren Politik war er groß. Wir sahen in diesen und anderen Äußerungen nur die faszinierende Wirkung und die Anbetung des Erfolges, eines Erfolges, der die ältesten historischen Rechte mit eisernem Tritte vernichtete und der die Augen niemals zu den in sichtbarer Ferne auftauchenden Konsequenzen erhob. „Mit all seinen Augenblickssiegen“, so schrieb Björnson 1890, „war Bismarck doch ein kurzsichtiger Mensch, der nicht die Zukunft aufbaute, sondern nur Sieg auf Sieg gewann im Kleinkram der Gegenwart — ein Schachspieler, der alle Spiele gewann, darüber aber die Zukunft verlor.“[2])

Bismarck war der Zerstörer Mitteleuropas; der ersten Friedensbürgschaft für den Kontinent. Er hat durch seine Politik von 1866 den Dualismus und den Zerfall Öster-

---

1) Bd. 162, S. 654.

2) Fr. W. Foerster, Weltpolitik und Weltgewissen. München 1919, S. 13.



reichs mitvorbereiten helfen, durch den durch ihn herbeigeführten Krieg von 1870/71 das französische Revanchegeschrei entfesselt und das franco-russische Bündnis angebahnt. Er war der Vertreter einer verschlimmerten machiavellistischen Politik, die, nach seinem eigenen Geständnis, selbst mit dem Teufel paktiert, wenn die Größe des Staates, d. i. Preußens, dadurch vermehrt werden kann. Die Bismarcksche Schwert- und Erfolgspolitik, der Bismarckisch-Treitschkesche Geist, die beide den alten deutschen Geist bis in sein Gegenteil umbildeten, haben uns die Unbeliebtheit der Deutschen im Auslande gebracht und mit in vorderster Linie dazu beigetragen, die Koalition der Mächte und endlich den Weltkrieg hervorzurufen; die letzte Konsequenz und den tieftragischen Zusammenbruch der Politik des ersten Kanzlers des Reiches.

3. In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts begann die Entwicklung der deutschen Großindustrie; mit der Gründung des Bismarckschen Kleindeutschland erfolgte die rasche Umbildung des neuen Deutschland von einem Agrar- zu einem Industriestaat. Wir haben diese Umbildung von Anfang an bedauert und uns jederzeit als Gegner der Industrialisierung Deutschlands bekannt.

Eine kurzsichtige, in den Bahnen Adam Smiths wandelnde, die Reichtumsaufhäufung als erstes Ziel der menschlichen Arbeit betrachtende Nationalökonomie strebte aus letzterem Grunde die volle Umbildung der deutschen Lande in Industriebezirke an. Die volle Durchführung dieses Zieles und Programmes hätte das Deutsche Reich in die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande gebracht und die Ernährungsschwierigkeiten während des Krieges und der Blockade noch schlimmer gestaltet, als sie waren. Immerhin trägt die Industrie, welche das Anwachsen der deutschen Nation zu einem Siebzig Millionen-Volke mitbedingte und ebenso eine Mitursache des ungesunden Anwachsens der Großstädte war, einen großen Teil der Schuld an der unzureichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln. Sie verursachte zugleich in allererster Linie das unheimliche Anwachsen der Sozialde-

mokratie und der roten Arbeiterbataillone: die Träger der mit den Novembertagen einsetzenden Revolution. Die vierzig Friedensjahre haben dem deutschen Volke nur die glänzende Seite unserer hochgesteigerten Industrie gezeigt, Krieg und Umsturz wiesen uns die schwarze Kehrseite; die Riesengefahr einer einseitigen materialistisch-wirtschaftlichen Entwicklung.

4. Mit dem Wachstum der Industrie und der Industriebevölkerung hing enge die Entwicklung unserer wirtschaftlichen, in staatssozialistischen Bahnen sich bewegenden Gesetzgebung zusammen. Wir haben wie jeden Staatssozialismus so auch die reichsdeutsche Arbeiterpolitik für mehr als bedenklich gehalten, wir schauten in ihr eine Vorarbeit für den Sozialismus und wir haben den Kampf gegen diese Politik in mehreren unbeachteten Publikationen: in einem erfolglosen Schwimmen gegen den Strom versucht. Wir waren überzeugt, daß die mit der Bismarck-Wagnerschen Alters- und Invaliditätsversicherung eingeleitete, die staatstreue Gesinnung der Arbeiter intendierende[1]) Arbeiterschutzgesetzgebung die Industriearbeiter nicht glücklicher und zufriedener machen werde, weil der Grund des fehlenden Glückes anderswo, vorab in der fehlenden religiösen Grundlage und nicht zuletzt in der modernen industriellen Arbeitsweise liegt. Wir sahen, daß die zunehmende staatliche Arbeiterfürsorge das persönliche Verantwortungsgefühl des Arbeiters immer mehr erstickte, daß dem Staate jegliche Verantwortung bei Arbeits- und Industriekrisen aufgebürdet und von ihm das Unmögliche gefordert wurde und daß die Unzufriedenheit mit den steigenden Löhnen wuchs, anstatt sich zu vermindern.

Der staatssozialistische Arbeiterschutz hat so die deutsche Sozialdemokratie nicht reduziert, sondern potenziert und ihre Riesengefahr verschärft, ganz im Gegensatze zu jenen Ländern, die uns im Kriege als Feinde gegenüberstanden und die eine staatliche Sozialpolitik in jenem Sinne nicht kannten. Die

1) Man vergleiche die große Rede Bismarcks bei der Vorlage der Alters- und Invaliditätsversicherung.



deutsche Revolution zeigte das ganze, niederschmetternde Fiasko der seit dem Jahre 1878 verfolgten sozialen Innenpolitik, zeigte, daß die weitgehendste staatliche Fürsorge und der höchste Lohn nicht eine legal und loyal denkende, Staat und Regierung zugeneigte Arbeiterschaft zu erziehen vermögen. Hauptherde des radikalen Umsturzes im Novembermonate 1918 waren gerade jene Arbeiterkreise, welche sich im Kriege des höchsten Lohnes und der größten Fürsorge erfreuten: die Rüstungsarbeiter. Während in Frankreich, England, Italien, den Vereinigten Staaten sich die Arbeiter ziemlich willig der Führung der Regierungen überließen,[1] suchten in Deutschland die orgauisierten Arbeiter schon während des Krieges durch Streik und offene Drohungen den Regierenden in die Arme zu fallen und das Fiasko der fast vierzigjährigen Versöhnungsarbeiterpolitik vor aller Welt zu dokumentieren.

5. Wie auf politischem nnd sozialem Gebiete fanden wir uns seit Jahren geistig vereinsamt bezw. in einer kleinen Minorität mit unseren Auffassungen und Befürchtungen auf religiösem und sittlichem Felde. Eine der größten Gefahren erblickten wir von jeher in der *modernen Schule*, in der aus ihr hervorgehenden Jugend.

Wir waren seit unseren frühesten Jahren Gegner des staatlichen Schulmonopols und insbesondere der heutigen staatlichen Lehrerbildung. Wir standen in diesem Punkte auf dem Boden der Resolution des aufgelösten Mainzer „Vereins deutscher Katholiken“ vom Jahre 1875: „Der Staat hat nicht das Recht, die Schule als ein Monopol für sich in Anspruch zu nehmen. Ein solches Monopol in Verbindung mit dem Schulzwang ist eine unerträgliche Vergewaltigung des Gewissens, indem der Staat dadurch in die Lage gesetzt wird, den Kindern unter Anwendung von Zwangsmaßregeln Grundsätze und Lehren beizubringen, welche zum Verderben derselben gereichen.“

Unsere moderne staatliche Schule mußte, je nachdem der

1) Vergl. Histor.-pol. Blätter, Bd. 162, S. 652.

Einfluß von Religion und Kirche mehr oder minder zurückgedrängt war, ein religiös laues, indifferentes oder ein der Religion und damit der göttlichen und menschlichen Autorität feindselig gegenüberstehendes Geschlecht heranziehen. „Was wird aus dem Volke?" schrieb im Jahr 1875 G. M. Pachtler S. J.[1]) „Eine Herde von Sklaven und von Rebellen." Und zu Beginn der 1870er Jahre erklärte ein hervorragender Staatsmann dem Kaiser Franz Joseph freimütig: „Majestät! Wenn die Kinder, welche jetzt die moderne konfessionslose Schule besuchen, zu Männern herangereift sein werden, so haben Eure Majestät keine Untertanen mehr, sondern wilde Tiere, die nicht regiert sein wollen."[2])

Beide Voraussagungen hat der Weltkrieg und die ihm folgende Katastrophe erfüllt. Die Staatsschule der letzten Jahrzehnte, in der die Religion nicht mehr die Grundlage von Unterricht und Erziehung, sondern einen mit kurzen Stunden bedachten Lehrgegenstand gleich den übrigen Fächern bildete, war eine der nichtgesehenen Hauptursachen des Anschwellens der autoritätslosen, zum Zertrümmern der alten Ordnung sich zur Verfügung stellenden Massen. Die Revolution zeigte uns neben dem Anarchismus der Massen auch den Radikalismus eines großen Prozentsatzes der Lehrerschaft, der in vielfachen Kundgebungen an die sozialdemokratischen Kultusministerien Ausdruck fand. Der Geist eines Großteiles der heutigen Lehrerschaft ist aber mit eine Folge einer verfehlten staatlichen Seminarerziehung, welcher Geist seine Pflege und Weiterentwicklung in den liberalen und radikalen Lehrervereinen fand.

6. Zu den größten Unbegreiflichkeiten zählten wir seit den Kulturkampfsjahren den Optimismus vieler, auch geistlicher Kreise bezüglich der religiösen und sittlichen Lage. Noch unbegreiflicher erschien uns, daß mit dem Sinken des religiösen und sittlichen Geistes jener Optimismus wuchs.

---

1) Das göttliche Recht der Familie und der Kirche auf die Schule. Mainz 1879. S. 80.

2) Vergl. Histor.-pol. Blätter Bd. 122, S. 592.

Eine völlige Blindheit gegenüber den hier drohenden Gefahren machte sich in hundert Fällen geltend, und die Widersprüche, die uns bei der Betonung dieser ernstesten aller Gefahren begegneten, waren die leidenschaftlichsten von allen.

Das Sinken und Verschwinden des religiösen Geistes in der Gesellschaft, die zunehmende Entkirchlichung und Verweltlichung, wurde mit der Aufzählung einer Reihe erfreulicher Erscheinungen: Zunahme des Sakramenteempfanges, der Missionstätigkeit, des kirchlichen Vereinswesens usw. bestritten. Man sah nicht, oder ignorierte den pfarramtlich oder stillschweigend vollzogenen Massenabfall in den Großstädten und das Heranwachsen eines neuen Heidentums, die Auflösung der städtischen Kirchengemeinde, das Mit-Füßen-Treten der göttlichen und kirchlichen Gebote, das rapide Schwinden des christlichen Familiensinnes, die Abnahme der Neigung für den geistlichen Beruf, die Verflüchtigung der letzten Reste des öffentlich-christlichen Geistes und des überlieferten christlichen Brauches; die ganze Öde und Nüchternheit des modernen Lebens. Man fühlte auch in gläubigen Kreisen den versengenden Frost dieses Lebens und dieser Diesseitskultur kaum mehr. „Es besteht eine traurige Tatsache", schreibt ein pseudonymer Th. C.[1]). „Sie heißt **Kälte** gegen unsere Mutter, die katholische Kirche. Sie heißt **Undankbarkeit** gegen jene Mutter, die die Mütter der ganzen Erde mit all ihrer Treue nicht zu ersetzen vermögen. . . . . Das Thermometer steht tief. Es ist, als hätte ein kalter, frostiger Nordwind die wogenden Kornfelder in Schneefelder, die fruchtbaren Weinberge in Eisberge umgewandelt." Die Kälte wird in der Welt von Tag zu Tag zunehmen, verkündete Lacordaire schon vor sechzig Jahren.

Nur wer das religiöse Leben vor mehr als einem halben Jahrhundert miterlebt, wer die öffentlichen Äußerungen dieses Lebens gehört, gesehen und gefühlt hat, kann die anheimelnde Wärme des einstigen und die rationalistische Nüch-

1) Die Schildwache. Jahrg. 1918/19, Nr. 8.



ternheit[1]) des heutigen Lebens vergleichen und bewerten.[2]) Uns fehlen heute felsenfest vertrauende Armeen von Betern, uns fehlen die Büßer, uns fehlen die Heiligen. Uns fehlten die Beterscharen selbst in den ernstesten Tagen des Krieges, und die Optimisten, welche in den ersten Kriegsmonaten bereits eine religiöse Aufwärtsbewegung „konstatierten", sie konstatieren heute in schmerzlicher Enttäuschung das Gegenteil.

Dem religiösen Tiefstande entspricht immer der moralische. Nur die hundertfach geleugnete, aber trotzdem vorhandene religiöse und sittliche Dekadenz vor dem Kriege konnte die moralischen Zustände während und am Ende des Krieges und den folgenden revolutionären Zusammenbruch erklären. „Nichts auf Erden geschieht ohne Ursache", sagt Job, „und aus dem Boden sproßt das Leid nicht empor."

Unsere Großstädte waren seit langem zu Kloaken geworden und verseuchten in weitem Umfange auch das Land; das Kasernenleben verdarb trotz aller offiziellen Ableugnung Tausende der Söhne des Volkes; der anschwellende Fremdenverkehr übte die schlimmsten Wirkungen auf halbe Provinzen; ein genußsüchtiger Materialismus hatte fast alle Schichten des Volkes erfaßt, die Forderung Heinrich Heines wurde das Verlangen von Millionen: „Champagner wollen wir — Rosen — und Tanz von lachenden Nymphen!" Kunst und Literatur standen im Dienste dieses Verlangens, das Theater, das Schaufenster, die illustrierte Zeitung übten den Kultus des Sinnlichen und des Nackten.

Schlimm war dieser sittliche Tiefstand, schlimmer, daß

1) Eines der krassesten Beispiele dieser rationalistischen Nüchternheit ist wohl die Behandlung der A. K. Emmerich-„Frage" seitens eines Teiles katholischer Literaten. (Vergl. Dr. J. Niessen, A. K. Emmerichs Charismen und Gesichte, Trier 1918, S. 308 f.)

2) Als Dr. Frz. Lorinser im Jahre 1841 mit seinem Vater nach München kam und abends ein Gasthaus in der Sendlingerstraße besuchte, da betete beim Läuten des „Englischen Grußes" ein junger, frischer Bursche laut vor und alle Gäste beteten andächtig nach. Und heute? —. — (Dr. F. Lorinser, Aus meinem Leben. 1. Bd. Regensburg 1891. S. 376.)

man sich seiner nicht lebendig bewußt war. Man schritt über Abgründe, ohne sie zu sehen, man ging durch Leichenhallen, ohne den Verwesungsgeruch zu spüren. Bereits die ersten Kriegsmonate zeigten eine sittliche Verwilderung vorab unseres weiblichen Geschlechtes, die wenige Beispiele hat. Jetzt mußten auch die naivsten Optimisten bekehrt werden, wenn sie die ungezählten Ehebrüche[1]) und Ehescheidungen, den schamlosen Verkehr mit den Kriegsgefangenen, die wachsende Zahl der Illegitimen[2]) usw. schauten. Wenn sie einen Waren- und Lebensmittelwucher sahen, eine Unreellität im Geschäftsleben, eine Ausbeutung der Not des Volkes, eine ungerechte Reichtumsansammlung und Vermögensverschiebung, wie sie die ganze Vergangenheit in dieser Ausdehnung nicht kannte.

Das Wesen unserer Zeit ist, mit einem Worte ausgedrückt: Materialismus: Materialismus durch Genuß und Sinnenfreude, Materialismus durch Wucher und kapitalistische Erwerbsgier, Materialismus durch technische Kultur und voraussetzungslose Wissenschaft, Materialismus im Parteigetriebe und in den sozialen Organisationen — nur Diesseits- und keine Jenseitsgedanken! Kein Ideal und kein himmlisches Streben! Das war das Bild, welches die Volksmehrheit vor dem großen Kriege und im Verlaufe desselben darbot;

1) Schon Ende 1914 berichtete die Oberin eines Kinderhortes ihrem Vorstand, daß wiederholt Kriegerfrauen ihr erklärten, da der Krieg nun so lange dauere, hätten sie sich um Ersatz für ihre im Felde stehenden Männer umgesehen. Und in welchen Gesellschaftskreisen ob hoch oder niedrig ist es anders? Wie steht es überhaupt mit der Achtung des Mein und Dein? Es ist begreiflich, daß jeder lange dauernde Krieg eine Verwilderung der Sitten bringt, aber, fragen wir, wo ist denn unsere vielgepriesene moderne Kulturhöhe geblieben? Zusammengebrochen zu einem Schutthaufen, weil auf religionslosem Fundamente aufgebaut!

2) In einer zu 95 Prozent katholischen Stadt mit einem regen, über die moralischen Schäden hinwegtäuschenden Kirchenbesuch zählte man z. B. im Januar 1917 88 Prozent uneheliche Geburten. Man vergleiche einen Ausspruch A. K. **Emmerichs** bei Dr. J. Niessen S. 87.



ein grelles Gemälde, dessen häßliche Farben und drohende Gestalten man damals absichtlich nicht sah, die man aber heute als solche erkennt und mit dieser Erkenntnis die einst Warnenden und darum Unpopulären rechtfertigt.

Wir hätten auf diese Rechtfertigung, die sich als ein jäher Zusammenbruch der ethischen und politischen Grundlagen unserer Kultur darstellte, gerne Verzicht geleistet. Wir hätten verzichtet auf eine Rechtfertigung, die nicht tröstet und erhebt, sondern wie die sich einstellende Gewißheit des befürchteten Todes zu Boden drückt. Wir hätten das Odium der Unpopularität und des Alleinstehens auch noch ferner getragen und hätten gerne unsere Tage mit der Überzeugung beschlossen: Wir haben uns einer langjährigen Täuschung hingegeben, die Grundlagen der Völker stehen im Ganzen noch fest, die Katastrophe wird vorerst nicht eintreten.

Die Katastrophe ist gekommen und hat auch uns zu Boden geworfen. Wir alle liegen hilflos auf der Erde, von der wir leiblich stammen und der wir seit Jahren gedient. Im furchtbaren Ernste dieser Lage kann nicht die Weisheit und die Kraft, die von der Erde stammt, nicht die weitgehendste Konzession an die augenblicklich Herrschenden, sondern nur die Allmacht und die Liebe, die über den Sternen thront, uns emporrichten, heilen und kräftigen. Den demütigen und vereinigten, den den Mut zur Unpopularität besitzenden Beterscharen wird Gott heute wie ehemals seinen Trost und seine Hilfe senden.

XII.

Aus dem ehemaligen Oesterreich.

—6. Jänner.

Zur Zeit des seligen Frankfurter Bundestages hat man in Deutschland gesungen:

> Da kam ein Mann aus Österreich her,
> Der wollt' gern wissen, wo Deutschland wär'.

Heutzutage mag wohl umgekehrt im ehemaligen Öster=



reich, wer zu heiteren Gesängen überhaupt noch disponiert ist, fragen:

Da kam ein Mann aus Deutschland her,
Der wollt' gern wissen, wo Österreich wär'.

Man weiß noch gar nicht genau und sicher, in wie viele Teile die ehemalige Habsburger Monarchie schon zerfallen ist oder noch zerfallen wird.

Man wird heute wohl fragen, wie das so plötzlich hat kommen können. Die auflösende, zersetzende Wirkung des modernen Nationalitätenprinzipes oder Selbstbestimmungsrechtes, das sich einzig auf die Sprache stützen will, ist in diesen Blättern wiederholt beleuchtet worden. Nachdem dieses Prinzip den Kitt, der die alten Verbände zusammenhielt, ausgelaugt hatte, bedurfte es nur mehr eines äußeren Anstoßes, damit die Teile auseinander fielen. Und diesen Anstoß hat der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte gegeben.

Aber es ist dabei auch sofort die Unaufrichtigkeit und logische Undurchführbarkeit dieses Prinzips zu Tage getreten. Unter den kuriosesten Vorwänden wird das Prinzip jetzt nach der einen oder anderen Seite zu korrigieren gesucht. Und im Grunde genommen ist all das, was sich jetzt im Raume der alten Monarchie abspielt, nur die Fortsetzung des alten Streites in neuer Form. Auch ganz natürlich. Denn mit dem Zerfall der äußeren Form haben sich die natürlichen Grundlagen und Verhältnisse der einzelnen Teile nicht geändert. Czechen und Deutsche beispielsweise sind in Böhmen heute ganz ebenso unmittelbare Nachbarn wie vordem und müssen also entweder nachbarlich miteinander auszukommen suchen oder sich fortwährend in den Haaren liegen. Es gäbe da viel, viel über die Torheiten, ja fast Tollheiten vergangener Regierungen und noch mehr der Parteien zu rekriminieren, aber das hat jetzt doch wenig Zweck mehr; beschränken wir uns lieber auf eine Skizzierung des dermaligen tatsächlichen Zustandes, woraus sich vielleicht ein beiläufiger Ausblick auf die Zukunft ergeben mag.



Mit ein paar Worten aber muß doch auf die Vergangenheit zurückgegriffen werden, weil ansonst die Gegenwart gar zu unverständlich wäre. — Den früheren zisleithanischen Reichsrat hat man gerne das Kurienparlament genannt, weil damals die Wahlen ins Parlament in vier Abteilungen oder Kurien vorgenommen wurden: 1. Großgrundbesitz und Handelskammern, 2. Landgemeinden, 3. Städte und Märkte, 4. allgemeine Kurie, in welcher bereits das allgemeine Wahlrecht galt, die Zahl der Mandate aber sehr beschränkt, folglich die Wahlbezirke unverhältnismäßig groß waren. Von irgendwelchen nationalen Gesichtspunkten war in diesem Wahlsystem keine Rede, nur allerdings waren die deutschen Länder in der Verteilung der Mandate merklich bevorzugt. Als es sich dann um die Abschaffung des Kuriensystems handelte, glaubten die Regierung und die einzelnen Parteien, es werde wesentlich zur Milderung oder Schlichtung der nationalen Streitigkeiten beitragen, wenn man die Wahlbezirke möglichst nach nationalen, d. i. sprachlichen Gesichtspunkten abgrenze, denn dadurch würden Ausgleichsverhandlungen „von Volk zu Volk", wie man damals sagte und sich einbildete, möglich werden, was beim Bestande von sprachlich gemischten Bezirken untunlich gewesen sei.

In einer Beziehung war der Erfolg dieser Wahlkreispolitik wahrhaft glänzend, denn von da an hat es keinen einzigen, selbst keinen sozialdemokratischen Abgeordneten mehr gegeben, der nicht entweder ein enragierter Deutscher oder ebenso enragierter Czeche usw. gewesen wäre, und im Abgeordnetenhause bestanden von da an gar keine politischen, sondern ausschließlich nur noch rein nationale Parteien und selbst in die Klubbildungen des Herrenhauses hat dieselbe Nationalisierung übergegriffen. Auch in der anderen Beziehung, auf die man hauptsächlich gerechnet hatte, war der Mißerfolg ebenso, oder wo möglich noch glänzender. Jetzt, wo es nur mehr prononciert nationale Abgeordnete gab und die vermittelnden Elemente vollständig fehlten, hat sich der nationale Streit andauernd, von Session zu Session ge-



steigert. Und als während des Krieges von Washington die Parole des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker ausgegeben wurde, als die czechoslowakischen Legionen sich bildeten, ließen die gewissen Czechen- und Südslavenführer allmählig alle Rücksichten fallen und erklärten endlich, mit den Deutschen, weil überflüßig, überhaupt nicht mehr verhandeln zu wollen.

Ungefähr parallel mit diesen Vorgängen in Zisleithanien lief in Ungarn die Aktion des Grafen Michael Karolyi, der immer unzweideutiger zu den Tendenzen der Entente sich bekannte, was für Ungarn die vollständige Auflösung der Verbindung mit den übrigen Ländern der Monarchie besagen wollte. Ganz offen auch forderten einzelne Anhänger Karolyis schon jetzt die Abberufung der ungarischen Truppen vom Kriegsschauplatz in der wenig verschleierten Hoffnung, auf diese Weise für Ungarn einen günstigen Separatfrieden zu erlangen. Diese Reden und Erklärungen scheinen an der Piave-Front verhältnismäßig frühzeitig ihre Wirkung getan zu haben. Die Wiener Regierung kam so in ein verhängnisvolles Dilemma. Auf der einen Seite konnte sie sich unmöglich mehr verhehlen, daß eine regelmäßige, nämlich verfassungsmäßige und parlamentarische Führung der Staatsgeschäfte zur puren Unmöglichkeit geworden sei, daß also ein sogenannter Staatsstreich nicht länger aufgeschoben werden könne, auf der anderen Seite aber mußte sich dieselbe Regierung ernstlich fragen, ob ihr zum wirklichen Staatsstreich noch die nötige Macht und Kraft zur Verfügung stand. Und vermutlich wollte man auch Gewalt nicht anwenden, sondern hatte zunächst überhaupt nur die Absicht, die Vorbedingungen zur Erlangung eines Waffenstillstandes und Friedens zu schaffen. Aber welches Motiv immer ausschlaggebend war: am 16. Oktober erschien ein kaiserliches Manifest, welches die zisleithanischen Abgeordneten einer und derselben Nationalität aufforderte und ermächtigte, sich zu Nationalräten zu vereinigen und in dieser Form die Regierung ihrer Wahlkreisgebiete wie auch die Regelung der gegenseitigen staats-



rechtlichen Beziehungen dieser Gebiete selber in die Hand zu nehmen.

Man hat also mit diesem Manifest aus der oben erwähnten nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke die politische Konsequenz gezogen: die Wahlkreise derselben Sprache sollten zu Nationalstaaten konstituiert werden und diese Nationalstaaten sollten sich dann zu einem Bundesstaat vereinigen, wobei die Regierung ihrerseits nur etwa als Vermittlerin zu fungieren gehabt hätte.

Das war gewiß eine ganz ungewöhnliche Form eines Staatsstreiches, die Aktion muß vielmehr als stille Liquidation der Regierung bezeichnet werden, denn indem diese mit dem Manifest die Absicht oder wenigstens Bereitwilligkeit ausdrückte, alle ihre Funktionen den Nationalräten zu übertragen, hatte sie im Prinzip, und, sobald die Nationalräte tatsächlich die Regierungsgeschäfte übernahmen, auch in der Praxis zu funktionieren aufgehört. Und das war dann nach verschiedenen Zwischenstadien, auf die hier nicht eingegangen werden kann, auch wirklich so das Ende, mochte nun diese Absicht schon von Anbeginn bestanden sein oder nicht. Nur in einer Beziehung hat die Logik versagt, oder wenigstens einen Umweg gemacht. Ungefähr zehn Tage nämlich nach dem Manifest, am 27. Oktober, demissionierte Graf Burian aus Gründen, die nie bestimmt angegeben wurden, und an seiner Stelle übernahm Graf Andrassy das Ministerium des Äußern. Schon am nächsten Tage suchte dieser neue Minister des Äußern bei Wilson und der Entente um einen Separatfrieden nach und unterstützte dieses Ansuchen mit der Erklärung, daß die österreichisch-ungarische Regierung der von der Entente ausgesprochenen Anerkennung der Selbständigkeit des tschecho-slowakischen und südslawischen Staates zustimme. Nun aber hatte die Entente nicht eigentlich die genannten Staaten als solche, die ja damals ihrem Einflußbereich noch mehr oder minder entrückt waren, sondern nur die respektiven Emigranten-Komitees als unabhängige und zugleich als alliierte Regierungen dieser Staaten anerkannt. So zogen also die Entente und

die erwähnten Komitees aus der Note Andrassys den Schluß, daß sie, die letzteren, nunmehr von Andrassy selbst als mit der Entente alliierte, somit feindliche Regierungen der genannten Staaten anerkannt seien. Und in dieser Auffassung und Rolle verfahren diese Regierungen bis auf den heutigen Tag.

Die praktische Folge hievon ist die, daß von einer Vereinigung der neuen Nationalstaaten zu einem großen Bundesstaat natürlich so lange nicht mehr die Rede sein kann, als einerseits die vorgenannten zwei Staaten sich als Alliierte der Entente betrachten müssen, während andererseits dieselbe Entente dem deutschösterreichischen und ungarischen Staat die Anerkennung verweigert. Um jedoch die Vorstellung von der wunderbaren neuen Ordnung, welche die Entente in diesem Teile Europas aufgerichtet hat, zu vervollständigen muß noch beigefügt werden, daß die gleichen Staaten, welche die Entente auf die geschilderte Weise auseinandergerissen hält, in anderen Beziehungen doch wieder zum Verhältnis einer Realunion zu einander sich bekennen müssen. Die vorbestandene Zoll- und Handelsgemeinsamkeit aller Teile zwar ist schon durch die Kriegsverhältnisse faktisch durchbrochen worden, aber die allen Teilen gemeinsame Notenbank mit der ebenso gemeinsamen Währung, sowie das gemeinsame Kriegsmaterial stehen noch aufrecht, aufrecht stehen auch die — dualistisch geteilten, aber in dieser Form doch wieder gemeinsamen — Staatsschulden, und aufrecht endlich stehen in derselben dualistischen Form auch die gemeinsamen Aktiven, wie die Staatsbahnen, Staatsforste, Telegraphen, eine Menge Staatsanstalten, Staats- und Amtsgebäude usw., bezüglich welcher natürlich kein Teil seine Ansprüche aufgeben will. Aber auch innerhalb dieser Details selbst wieder offenbart sich nochmals die wunderbar ordnende Hand der Entente. Die Slowakei beispielsweise, welche die Entente großmütig den Czechen zugesprochen hat, partizipiert bezüglich Schulden und Aktiven am ungarischen Teil, weil sie bisher ja zu Ungarn gehört hat, während Czechien selbst am zisleithanischen Teil partizipiert; an welchem Teil Bosnien partizipiert, weiß überhaupt niemand, denn die Ordnung dieser

Frage ist gerade durch den Krieg verhindert worden und das ehemalige Königreich Serbien, das jetzt mit dem Banat, Bosnien, Kroatien, Dalmatien, Krain ꝛc. einen Staat bilden will, partizipiert selbst an all dem gar nicht. So hat die Entente mit der Anerkennung der Emigranten-Komités einen gordischen Knoten geknüpft, den sie allein auch mit dem Schwert kaum zu lösen vermögen wird. Einstweilen allerdings muß sie schon jetzt bald da bald dort mit eigener Gewalt eingreifen.

Der jetzige, also zu Anfang des neuen Jahres bestehende Zustand ist sonach etwa dahin zu formulieren, daß die alte Monarchie in sieben Teile, einen deutschen, czechoslowakischen, polnischen, ukrainischen, rumänischen, magyarischen und südslawischen Teil zer- und versplittert ist, doch so, daß diese Teile allesamt sich weder vollständig von einander zu trennen, noch auch zu einem neuen Gebilde wieder zu vereinigen vermögen; der vollständigen Trennung stellen sich vitale gemeinsame wirtschaftliche Interessen entgegen, außerdem gelten überall im wesentlichen noch die alten Verwaltungs-, Justiz-Finanz- ꝛc. Gesetze und -Einrichtungen, die etwaige Wiedervereinigung aber, sofern sie angestrebt werden wollte, wird durch die Entente dadurch unmöglich gemacht, daß sie die Czechen, Südslawen und Rumänen in ihrer (der Entente) Gewalt festhält, den anderen Staaten aber die Anerkennung der vollen Rechtsfähigkeit vorenthält. Die Entente erprobt sich da als der abgehärteste Vivisektor.

Was kann oder wird nun aus diesem chaotischen Zustand herauskommen? Zunächst natürlich kann daraus nur das erstehen, was die momentanen Machthaber, die Ententegenossen, daraus machen wollen. Was will die Entente? Wenn den Reden des Präsidenten Masaryk der czechoslowakischen Republik zu trauen ist, liegen der Entente derzeit zwei Gesichtspunkte im Sinn. Der erste Punkt ist der, daß eine Donaukonföderation oder eine ähnliche politische Konstruktion, wenn überhaupt, nur in der Form wieder erstehen darf, daß sie zu einer mitteleuropäischen Dependance der Entente sich eignen und etwa ein Großböhmen

darstellen könnte. Zu diesem Zwecke sollen einerseits die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens von Deutsch-Oesterreich abgezogen und politisch unter czechische Oberherrschaft gestellt, andererseits die ungarischen Ukrainer, Rumänen und Serben ihren benachbarten Konnationalen angegliedert, Ungarn selbst also hauptsächlich auf die Magyaren beschränkt werden. Überdies könnten die kleinen kroatischen und slowakischen Dörfer, die sich von Preßburg ungefähr längs dem Leithazug gegen Kroatien hinunter verstreut finden, in der Weise verwertet werden, daß sie zwischen Deutschösterreich und Magyarien eine Scheidewand, zwischen Czechoslowakien und Südslawien aber einen Verbindungskorridor zu bilden hätten. Das alles wäre erst der eine Punkt.

Zur wirksamen Niederhaltung aber des germanischen und magyarischen Imperialismus muß noch ein zweiter und viel stärkerer Damm, ein förmlicher Ring aufgebaut werden, der aus Großpolen, Großrumänien, Großserbien und Großitalien zu bestehen, also sich etwa von Danzig rund herum bis zum Brenner auszudehnen hätte. Dann wird der Zwinger für die deutsche Bestie doch wohl stark genug sein.

Die momentane Macht hat die Entente ja zweifellos, das ganze östliche und südliche Europa für einige Zeit in diese Linien zu zwingen. Und wenn solche Pläne derzeit wirklich bestehen sollten, so finden sie sicherlich nach Osten noch eine Ergänzung in dem Sinne, daß zugleich ungefähr vom Pruth über Odessa, Persien und China eine Einkreisung des russischen Bolschewismus sich bewerkstelligen soll, denn das große Fragezeichen, das die Entente trotz aller Siege noch immer vor sich stehen sieht, ist eben das bolschewikische Rußland. Jedenfalls also sind solche Pläne, wenn sie wirklich bestehen, nur momentane Mittel, noch nicht der endgiltige Zweck. Auch sind die Tschechen und besonders die Polen zu gebildete und selbstbewußte Leute, um sich dauernd in der Rolle von Kettenhunden der Entente zu gefallen; daran mögen Serben und Montenegriner gewöhnt und auch dazu erzogen sein, aber kein anderes Volk mag — siehe

die Bulgaren — eine solche ihm zugemutete Kettenhunde-Existenz dauernd ertragen.

Die zukünftige Gestaltung des östlichen Europa hängt selbstverständlich nur teilweise und nur vorübergehend von den mannigfachen Dividendenrechnungen der Entente ab. Denn das, was man mit Recht das Selbstbestimmungsrecht der Völker nennen darf, kann auch Wilson weder erst verleihen noch nachträglich nehmen, im richtigen Sinne aufgefaßt sind und bleiben die Völker immer ihre eigenen Herren. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß das, was man früher das moderne Nationalitätenprinzip genannt und was zuerst den Kirchenstaat in Trümmer gelegt hat, jetzt unter dem veränderten Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auch die österreichische Monarchie zerstört hat. Es läßt sich aber auch nicht übersehen, daß demselben Prinzip vorher schon das großmächtige Rußland zum Opfer gefallen ist, das nun, wie schon gesagt, auch für Wilson und die Entente ein großes beängstigendes Rätsel bildet. Das alles sind eben nur Zerstörungen. Wo jedoch sind die aufbauenden Elemente? Gewiß kann man sagen, daß der Orthodoxismus, der in den Sturz des Zarismus unrettbar mitverwickelt schien, mit der Vergrößerung Rumäniens und Serbiens, die er der Entente zu danken hat, wieder an politischer Lebenskraft gewonnen hat. So lange aber nicht auch die Polen, Tschechen, Kroaten und Slovenen sich dem Orthodoxismus in die Arme werfen, kann derselbe die durch den Zerfall der österreichischen Monarchie entstandene Lücke unmöglich ausfüllen; schon die verhältnismäßig wenigen Magyaren und noch wenigeren Italiener der gewesenen Monarchie wären im Stande, dem Orthodoxierungsprozeß, zumal derselbe patriarchal geteilt ist, Widerstand zu leisten. Also führt diese Auffassungsweise zum Schlusse, daß für die Zukunft Osteuropa's Alles auf die zur Führung berufenen Katholiken der vorgenannten slavischen Völker und Länder ankommen wird. J—l.

XIII.

Die Neugründung Deutschlands.

Edmund Jörg hatte in seinem Gutachten zu den Versailler Bündnisverträgen am 23. Dezember 1870 folgenden Antrag gestellt:

„Es sei an die Kammer der Antrag zu bringen: dieselbe wolle den vorgelegten Bündnisverträgen zwischen Bayern und dem Norddeutschen Bunde die Zustimmung versagen;

die Kammer wolle aber an Seine Majestät den König die allerehrfurchtsvollste Bitte richten:

Allerhöchst Anordnung treffen zu wollen, daß die Verhandlungen mit der Regierung des Norddeutschen Bundes von Neuem aufzunehmen seien, zu dem Zwecke, damit auf Grund der inneren Ausbildung des Allianzvertrags und der Ausdehnung jener verfassungsmäßigen Verbindung, welche durch den Zollverein bereits besteht, auf andere Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse ein weiterer Bund mit dem engern des künftigen deutschen Reichs abgeschlossen werde."[1])

Der Antrag wurde am 29. Dezember 1870 im Ausschusse mit 11 gegen 4 Stimmen angenommen, am 21. Januar 1871 in der Abgeordnetenkammer durch Annahme des Regierungsantrags mit 102 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Heute befinden sich das Deutsche Reich und die Einzelstaaten, nachdem all die Folgen eingetreten sind, welche treubesorgte Patrioten von der Art der Reichsgründung befürchteten, in der gleichen Lage wie damals, als Jörg seinen Antrag stellte.

Nach der Reichsverfassung ist das Deutsche Reich gegründet als ein „ewiger Bund" zwischen dem König von Preußen namens des Norddeutschen Bundes, dem Könige von Bayern, dem König von Württemberg, den Groß-

1) Verhandlungen der Bayer. Abgeordnetenkammer 1870/71, Beilagenband IV, Seite 82.



herzögen von Baden und Hessen. Es war ein Bund der Fürsten. Der Reichsgründer Fürst Bismarck hielt gerade die Fürstenhäuser der Einzelstaaten für das festeste Bindemittel des neuen Bundesstaates.

Der preußische Historiker Dr. v. Sybel wandte sich bei Gründung des Deutschen Reiches scharf gegen den Kaisertitel für die Krone Preußen. In einem Nachtrag zu seinem Referat führt Jörg folgende Worte Sybels an:

„Es ist nichts Gleichgiltiges um den Titel bei großen politischen Einrichtungen, denn nur zu häufig entscheidet der Titel über die künftige Entwicklung der Sache. Ich würde es im höchsten Grade beklagen, wenn hier ein Titel gewählt würde, der, solange Deutschland existiert hat, immer nur das Signal zu Katastrophen und tragischen Niederlagen gewesen ist. Plötzliches momentanes Aufraffen und definitives Zugrundegehen!"

Diese Worte Sybel's, auf die sich Jörg berief,[1]) sind eine in Erfüllung gegangene Prophetie geworden. Durch den Sturz des Kaisertums und der Monarchien in den Bundesstaaten ist der „ewige Bund" zerrissen und an seine Stelle die sozialistische Republik gekommen, die naturnotwendig und programmgemäß zur deutschen Einheitsrepublik führt. Dem trachten sich die deutschen Stämme zu entziehen. Eine allgemeine Flucht der deutschen Bundesstaaten vor Berlin ist eingetreten und selbst lebenswichtige Provinzen Preußens, wie die Rheinlande, Westfalen und Oberschlesien, streben darnach, eigene Republiken zu gründen, um so von Preußen loszukommen und von sich aus Einfluß auf die Reichsgründung zu nehmen.

Um eine neue Reichsgründung auf streng föderativer Grundlage und ohne überwiegende Vormachtstellung eines einzelnen Staates oder einer Gruppe von Staaten handelt es sich jetzt. Darüber sind alle bürgerlichen Parteien einig. Das ist insbesondere im Programm der Christlichen Volkspartei (des früheren deutschen Zentrums) und der Baye-

1) Bayer. Abgeordnetenkammer 1870/71, Beilagenband IV, Seite 92

rischen Volkspartei, in die sich das frühere bayerische Zentrum nach rechts und links erweitert hat, ausgesprochen.

Die Einzelstaaten sind das Gegebene, sie schließen den Bund zur Gründung eines neuen Reiches unter den Bedingungen, die sie zu stellen haben. Die sozialistische Republik mit ihrer Regierung in Berlin hat keine Reichsgewalt, sie kann nicht die Modalitäten für die Reichsgründung festsetzen, sondern nur übernommene Verpflichtungen des alten Reiches durchführen, bis an dessen Stelle die Neuschöpfung getreten ist. Weder kann von einer Veränderung der Territorien der Einzelstaaten durch Reichsgewalt noch von einer neuen Reichsverfassung durch die gegenwärtige usurpierte Reichsmacht die Rede sein. Das sind Aufgaben, welche die zum Bunde zusammentretenden Einzelstaaten nach ihrem Bedürfnis, nach ihren staatsrechtlichen Grundsätzen und Erfahrungen ordnen.

Die Revolutionsregierung in Bayern hat eine Verfassung oktroyiert, die ausspricht, daß Bayern Mitglied der Vereinigten Staaten von Deutschland sei. Das ist hinfällig, weil über die Verfassung die Nationalversammlung allein zu bestimmen hat; es ist auch widersinnig, Bayern im Voraus festzulegen. Bayern würde dadurch in dieselbe Zwangslage geraten wie 1870. Damals war sie ein Produkt der Umstände, die sich letzten Endes ohne Zutun Bayerns gebildet hatten und durch die bayerischen Staatsmänner nicht bezwungen werden konnten oder wollten, heute würde sich Bayern die Hände selbst binden und sich der Freiheit der Entschließung begeben, die alle anderen süddeutschen Staaten sich wohlweislich bewahrt haben.

Die Einigung der deutschen Stämme hat sich 1870 unter Formen vollzogen, die eine erdrückende Vormachtstellung Preußens schufen und dem föderativen Charakter des neuen Staatsgebildes die Elemente der Verzehrung beimischten. Wäre nicht der wirtschaftliche Zwang durch das Ablaufen des Zollvereins und die Beitrittserklärung Württembergs und Badens zum neuen Reiche schon in Aussicht ge-

wesen, so würde Bayern niemals auf den Boden der Reichsverfassung mitsamt den Verträgen getreten sein, sondern hätte ein anderes Reichsrecht verlangt. Warnend steht die Vergangenheit vor uns.

Als am 30. Dezember 1870 die Versailler Verträge in der Reichsratskammer beraten wurden, legte Prinz Ludwig, der nachmalige König, dar, daß das neue Deutsche Reich keinen eigentlichen Bundesstaat bilde, sondern eine Hegemonie Preußens darstelle, die überdies noch den Übelstand habe, daß den einzelnen Staaten gegen allenfallsige Übergriffe der Präsidialmacht soviel wie kein Schutz gewährt sei und daß diese Hegemonie gleich jeder Hegemonie die Gefahr mit sich bringe, daß die Kräfte des Ganzen zu Sonderzwecken der Präsidialmacht, daß Deutschlands Kräfte zu preußischen Sonderzwecken verwendet werden. [1])

Der liberale Referent Reichsrat von Neumayr hob, obwohl er, wie Prinz Ludwig, unter dem Zwang der Umstände für die Annahme der Verträge und der Reichsverfassung eintrat, in kritischer Beleuchtung hervor, daß die Souveränitäts- und Regierungsrechte, auf welche die Einzelstaaten verzichten müssen, nicht an die im Bundesrate repräsentierte Gesamtheit der Bundesregierungen, sondern an Preußen fallen, und daß die Gesetzgebungs- und Verwilligungsrechte, welche von den Volksvertretungen der einzelnen Staaten abgetreten werden, nicht unverkümmert und unverkürzt an den Reichstag kommen, sondern zu einem beträchtlichen Teile verloren gehen. Neumayr bemerkte zusammenfassend:

„In den hier angeführten Tatsachen erblickt der Ausschuß einerseits eine effektive Minderung desjenigen Maßes bürgerlicher Freiheit, welcher dermalen Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten in ihren konstitutionellen Verfassungen sich erfreuen; er erblickt darin andererseits — und ich glaube, die Richtigkeit dieser Anschauung wird kein Unbefangener bestreiten können, mag er einen Parteistandpunkt haben, welchen er will — er

1) Verhandlungen der Reichsratskammer 1870/71, Bd. II, S. 52 ff.

erblickt ein das föderative Prinzip gefährdendes Übergewicht der Präsidialmacht und eben deshalb wenigstens den Keim und die Grundlage, aus deren Entwicklung sich eine absolutistisch-militärische Hegemonie und schließlich ein absolutistisch-militärischer Einheitsstaat, ich will nicht sagen, heranbilden muß, aber unter gegebenen Verhältnissen und fördernden äußeren Umständen heranbilden kann. Aus diesen Umständen hat Ihr Ausschuß die Anschauung gewonnen, daß, wenn die Lage der äußeren Verhältnisse nicht eine andere, eine weniger zwingende wäre, der Beitritt zu diesen Verträgen trotz der anerkannten Vorteile so lange zu versagen wäre, bis diese Bedenken gehoben sind."

In der Abgeordnetenkammer wurde an den Versailler Verträgen auf der rechten Seite in gleicher Richtung Kritik geübt wie in der Reichsratskammer, unter scharfer Betonung des einheitsstaatlichen Grundzugs und der aus ihnen hervorgehenden absolutistisch-militärischen Hegemonie Preußens. Jörg stellte darum den eingangs mitgeteilten Antrag für Aufnahme neuer Verhandlungen. Er bemerkte aber auch weiter noch:[1])

„Die Sicherheit in jedem Bundesverhältnisse, in das wir eintreten könnten, hat aufgehört, seitdem nicht mehr zwei große Mächte in dem Verbande sich das Gleichgewicht halten. Überdies haben die Annexionen von 1866 nicht nur das natürliche Übergewicht Preußens sehr vermehrt, sondern auch den militärstaatlichen Charakter dieser Macht entschiedener als je ausgeprägt. Es ist und bleibt ein gewaltiger Militärstaat nicht bloß der geschriebenen Verfassung nach, sondern mehr noch nach seiner durch Generationen eingewohnten Lebensform, mit dem wir das engste Bundesverhältnis eingehen sollen."

Auf die Tage der ersten Reichsgründung sei der Blick gelenkt, um die Erkenntnis zu schärfen für das, was heute not tut. Die deutsche Auslandspolitik, welche durch den Fürsten Bismarck als eine absolute Kontinentalpolitik unter weiser Selbstbeschränkung geführt wurde, unter Kaiser Wilhelm II. aber in die Weltpolitik hinausglitt, hat das Deutsche Reich in den Verfall getrieben. Sie war stets ungehemmt und unkontrolliert und eigene Angelegenheit der preußischen Vormachtstellung, wie sie sich aus den Reichs-

1) Verhandlungen der Reichsratskammer 1870/71, Bd. II, Seite 48.



gründungsverträgen ergeben hatte. Allein was von Bismarcks Hand noch durch die Klippen geleitet wurde, mußte unter seinen Nachfolgern scheitern. In vollster Souveränität und ohne Beachtung der Mitverantwortung der Bundesstaaten bei Leib und Leben ist man vorwärts gegangen, trotz Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, in dem Bayern den Vorsitz hat und der 1870 vom Minister Lutz so gepriesen, von Windthorst und Jörg aber außerordentlich kühl eingeschätzt wurde. Während dieses Weltkriegs ist dieser Bundesausschuß unter dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg häufiger zusammengetreten, allein stets war das verkündete offizielle Schlußergebnis: der Bundesratsausschuß sprach sein vollstes Vertrauen in die Politik des Reichskanzlers aus! Unter der Notlage der Zeit ein begreiflicher Refrain! Von einer Beeinflussung im vorbereitenden Entwicklungsstadium hat wenigstens die Außenwelt nichts vernommen.

Die Zentralisation in der inneren Politik ist von Jahr zu Jahr vorgeschritten. Der württembergische Ministerpräsident Frhr. v. Mittnacht führte schon vor 40 Jahren bei Beratung des Stellvertretungsgesetzes im Reichstag (8. März 1878) aus:

„Wie werden denn die Reichsgesetze gemacht? Sie werden entworfen in preußischen Ministerien oder in den Reichsämtern und von den letzteren auch nur im Benehmen mit der preußischen Regierung und teilweise nach langen Verhandlungen mit den preußischen Ministerien, deren Ausgang wir anderen ruhig abwarten. Und wie werden diese Vorlagen im Bundesrat behandelt? Macht denn der Bundesrat große prinzipielle Schwierigkeiten? Im Gegenteil, der Bundesrat gibt oft in unglaublich kurzer Zeit seine Zustimmung (Heiterkeit), ohne daß er prinzipielle Abänderungen vorzunehmen für angemessen hielte."

Was Minister Mittnacht damals mit solcher Sachkunde darstellte, das ist das wurzeltiefe Übel, welches dem Deutschen Reich bei seiner Geburt in die Wiege gelegt worden ist dadurch, daß Deutschland nach dem Ausscheiden Österreichs nur mehr von einer einzigen Großmacht geführt wurde, gegenüber welcher die Einzelstaaten zu klein waren, keinen Halt mehr



in sich hatten und in allem kapitulieren mußten. Viele haben das für einen wünschenswerten Zustand gehalten, allein diese einheitsstaatliche Führung bei bundesstaatlicher Gliederung hat neben anderen Gründen die große Abneigung deutscher Stämme gegen die preußische Hegemonie geschaffen und wachsen lassen.

Die Lage ist heute eine andere als bei der Reichsgründung von 1870. Das ganze deutsche Bundesgebiet ist jetzt in eine elementare Bewegung geraten und kein Bundesstaat kann gegen den anderen ausgespielt werden, wie 1870 geschehen ist, da man Bayern isoliert hatte, nachdem Baden und Württemberg für den im wesentlichen bedingungslosen Eintritt in das Deutsche Reich gewonnen waren.

Minister v. Lutz erinnerte in der bayerischen Abgeordnetenkammer (14. Dezember 1870) bei Beratung der Versailler Verträge daran, daß Preußen bei Lösung des alten Bundes Vorschläge gemacht hat, die den Eigentümlichkeiten der einzelnen Staaten noch ein wesentlich freieres Feld ließen, als später die norddeutsche Reichsverfassung. Gemeint ist hier der Vorschlag Preußens vom 10. Juni 1866 über die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung. Jörg war damals der einzige Mann in ganz Bayern, der diesen Bundesreformentwurf dem Wohlwollen der Kabinette empfahl. Jene Vorschläge hat die bayerische öffentliche Meinung zurückgewiesen, weil sie zu weit gingen mit der Einordnung der Bundesglieder in den reformierten Bund. Ganz Süddeutschland war gegen die damaligen preußischen Vorschläge, mit denen man sich nicht vertragen konnte. Von da führte der Weg über den Norddeutschen Bund ins Deutsche Reich. Auf jeder Station wurde den deutschen Einzelstaaten weniger geboten. Minister v. Lutz wandte darauf das Beispiel der Sibyllinischen Bücher an, die bekanntlich immer weniger wurden an Umfang, aber desto teuerer im Preise. Lutz bemerkte dann noch, daß, wenn vor dem Krieg von 1870/71 Bayern das Anerbieten gemacht hätte, sich mit dem Norddeutschen Bunde abzufinden, die Bedingungen, die zu erlangen gewesen wären, noch ein ganz anderes Bild geboten hätten als die Versailler Verträge, auf die schließlich das

Deutsche Reich gegründet wurde. Noch im Herbst 1870 wurde in den Münchener Verhandlungen der bayerischen Regierung durch den preußischen Minister Dr. Delbrück freundlichere Eintrittsbedingungen gestellt, als später erlangt wurden. Preußen hat damals die Siege gegen Frankreich zu Siegen gegen die deutschen Einzelstaaten geprägt, was Jörg „moralisch revoltierend" nannte.

Das neue Deutschland kommt unter anderen äußeren und inneren Gründen zustande wie die heute zusammengebrochene Gründung vom Jahre 1870. Es gibt keine siegreiche deutsche Vormacht, welche die Einzelstaaten in ihren Bannkreis zwingt, nicht Fanfarenstöße regen die deutschen Volksstämme auf, sondern schlicht und in sich gekehrt müssen die Deutschen ein Reich zu schaffen suchen, das in allem einen Kräfteausgleich bringt, die politische, finanzielle und wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen Glieder im Staatenbunde wahrt und einen staatsrechtlichen Gesamtverband gewährt, der sich nach der Überwindung des Militarismus in den Völkerbund einfügt — vorausgesetzt, daß Ersterer wirklich überwunden und Letzterer nicht eine Utopie bleibt.

XIV.

Zur Geschichte des Anarchismus.

II.

Ein Gegenstück zur Geschichte des Terrors in der ersten französischen Revolution bildet der Bolschewismus in Rußland, der Oktober 1917 zur Alleinherrschaft gelangte. Auch hier wurden die gemäßigten Revolutionäre, die im März 1917 den Zaren gestürzt, durch die extremen Elemente, die Kommunisten (Bolschewiki), zerschmettert.

Die gemäßigten Sozialdemokraten begingen zwei Fehler, durch die sie ihren Sturz herbeiführten; erstens schreckten sie vor einem festen Bündnis mit der demokratischen Bourgeoisie

zurück und zweitens fanden sie nicht den Mut, bei Zeiten zwischen sich und den Bolschewiki reinen Tisch zu machen. In solchen Kämpfen siegt naturnotwendig die Partei, die am besten organisiert ist und am entschiedensten ihre Sache verficht.

Für das, was der Bolschewismus während seiner bereits über ein Jahr dauernden Herrschaft geleistet bzw. zu Grunde gerichtet, dafür bedarf es zunächst gut beglaubigter Zeugnisse. Ein Schweizer möge den Reigen der Zeugen eröffnen.

Der französische Schweizer Camille Dudan, Professor in Moskau, war sieben Jahre in Moskau und hat dort den ganzen Krieg und die Revolution miterlebt. Er ist ein großer Freund Rußlands und ein begeisterter Lobredner der dortigen Märzrevolution, aber die Greuel des russischen Bolschewismus zwangen ihn, Rußland zu verlassen. Die heutige Schweiz erschien ihm ein Paradies bei der Rückkehr aus „der bolschewistischen Hölle“. Trotz seines Ruhebedürfnisses fühlte er sich verpflichtet, als Augenzeuge über seine Erfahrungen und Erlebnisse zu berichten. Die Vorrede ist Mai 1918 geschrieben.[1])

Die Ursachen der russischen Revolution sind mit lebhaften Farben geschildert: schrankenloser Absolutismus, Korruption oben und unten, Unterdrückung der bürgerlichen und kirchlichen Freiheit. Der Haß gegen das alte Regime einigte alles, aber kaum hatte dieser Haß gesiegt, als die größte Uneinigkeit selbst die einzelnen Familien zerriß. Ein Russe erzählt im Zuge: Ich habe fünf Söhne, der älteste ist liberal, der zweite Revolutinärsozialist, der dritte demokratischer Sozialist, der vierte Bolschewik, der fünfte Anarchist.[2]) Kein

1) Camille Dudan, La Russie Ronge. Impressions d'un témoin suisse de la revolution russe. La Russie Bolchéviste peinte d'après nature. Lausanne 1918.

2) Als Unterschied zwischen der anarchistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung wird in dem noch anzuführenden Programm der Bolschewiki bezeichnet, daß die Anarchisten Kleinbetrieb von kleinen Gruppen, die Kommunisten (Bolschewiki) zentralisierten Großbetrieb verlangen.



Friede mehr zu Hause: alles gegen einander. Tag und Nacht Versammlungen, Reden, Debatten, Beschlüsse. Die sozialistischen Parteien regten sich am meisten, aber sie zeigten nur Mißtrauen gegen die Bürgerlichen und waren ganz Schwäche gegen ihren bolschewistischen Flügel. In der allgemeinen Verwirrung stürzte eine kleine Gruppe entschlossener und energischer Anarchisten, Lenin, Trotzky und Genossen alle Ordnung und begann den Revolver in der Faust die allgemeine Plünderung. Sie allein waren organisiert. Der Sowjet (Rat) wurde ein Staat im Staate. Eine Partei vergewaltigte die andere, und dann wurde diese Partei ihrerseits vergewaltigt durch ihren extremen Flügel, ihren „Berg". Die gemäßigten sozialistischen Parteien verstanden es nie, ihre Sache von der der Bolschewiki zu trennen, sie liehen ihnen stets eine Hand und schließlich waren es die Bolschewiki, die sie an der Leine führten.

Das demokratische Rußland lebte weniger als 30 Tage und starb langsam in sieben Monaten; weder Kerensky mit seinen hochtönenden Reden noch Korniloff mit seinen rohen Kosaken konnten es retten. Der Advokat Kerensky, Sohn eines russischen Vaters und einer jüdischen Mutter, eine Mischung von Utopie und Geschicklichkeit, suchte mit flammenden Worten die extremen Parteien zu einigen; alles war bei ihm Illusion. Die Parteien, die ihn erhoben hatten, stürzten ihr Idol.[1]) Die Bolschewiki, d. h. der äußerste linke Flügel der sozialistischen Partei treten die Erbschaft an. Sie nennen sich Internationalisten. In der Tat sind sie die extremsten Anarchisten, die nur eine Idee haben, den eigenen Despotismus, aber einen blutigen, an die Stelle des alten zu setzen. Lenin ist der rote Zar, aber grausamer als alle seine Vorgänger, seine Politik ist die systematische Anarchie. Im Schutze der Schweizeralpen haben Lenin, Trotzky und ihre Freunde ihren Kampfplan ausgearbeitet und in kleinerem Maßstab zu erproben versucht.

1) Über diese Periode bietet manche Einzelheiten Vladem. Zabughin, Il Gigante Folle. Instantanee della Revoluzione Russa, Firenze 1918, so über Kerensky S. XXIII ff., über Lenin S. 23 ff.



Trotzky-Bronstein hatte als in Rußland verfolgter Jude einen besonderen Haß zu kühlen. Jedenfalls haften an den beiden Namen Lenin und Trotzky soviele Greuel, daß der Versuch stets unmöglich sein wird, ihre erbärmlichen Personen zu verteidigen.

Die Werkzeuge, deren sie sich bedienten, waren Soldaten-Räte. Um die Offiziere zu überwachen und zu beschränken, organisierte man in jeder Kompagnie einen Rat (Sowjet). Die Ordre Nr. 1 unterdrückte den militärischen Gruß und erlaubte den Soldaten den freien Zugang in den Tram- und Eisenbahnen auch zur ersten Klasse. Damit begann eine Leidenszeit der Offiziere; Verhöhnungen und Mißhandlungen derselben von Seiten der Soldaten waren an der Tagesordnung. Die Soldaten politisierten, meistens stimmten sie dem letzten Sprecher zu. Einig waren alle in dem Ruf: Frieden um jeden Preis.

Nachdem Petersburg eine Beute der Bolschewisten geworden, kam Moskau an die Reihe. Ausführlich schildert Dudan die dortigen Kämpfe im November 1917, die sieben Tage dauerten. „Es sind die schrecklichsten Tage meines Lebens." Im Oktober bereiteten anarchistische Zeitungen den Schreckenstagen die Wege. Eine derselben „Anarchie" führte in großen Typen die Devise: „Die Anarchie ist die Mutter der Ordnung." Für die wirkliche Ordnung kämpften junge Aspiranten, Offiziere und Studenten in Moskau: tausend gegen hunderttausend Soldaten und rote Garden, die zu ihrer Deckung Frauen vor sich hertrieben. Eine ganze Woche hielten diese tausend jungen Leute die hundertfache Übermacht in Schach, und sie hätten gesiegt, meint Dudan, wenn man ihnen zu Hilfe gekommen wäre, aber weder Soldaten noch Kosaken kamen, alles war zermürbt. Nach Beendigung des Kampfes begann die allgemeine Plünderung der Bürger. In ihrer Not rafften sich die Bürger endlich zu einer Art Verteidigung auf. Sie schufen sogenannte „Hauswachen", und so ungeschickt sie waren, meint Dudan doch, in ihnen den Keim für den sozialen Wiederaufbau erblicken zu dürfen. Diese Hauswachen sind geboren unter

dem Feuer der Novembertage, wo sie ihre Taufe empfingen. Alle Mieter eines Hauses vereinigten sich zum Schutz ihres Hauses gegen die Angriffe von Räubern und Mördern. Wachen werden ausgestellt an den Türen, auf Treppen, im Hofe. Nachts haben zwei Mieter, die alle zwei Stunden abgelöst werden, die Wache. Sie sind, so gut es eben geht, bewaffnet. Wichtiger noch war, allein schon das Alarmzeichen zu geben, denn der größere Teil der Einbrecher scheute die Öffentlichkeit mehr als die Pistolen. Im Falle von Haussuchungen hatten die Mieter die Weisung nie zu öffnen, ohne vorher die anderen Mieter zu verständigen, um Zeugen zu haben. Die Gegenwart von Zeugen konnten die Durchsucher nicht verweigern, jedenfalls mußten sie sich dann mehr in Acht nehmen. Eines Tages erschien eine Bande von fünfzehn bewaffneten Männern vor einem Hause. Der Mieter bat, sie möchten einen Augenblick verweilen, er wolle den Hausmeister rufen. Ah, erwiederte der Führer der Bande, dann ist es nicht nötig, wir werden ein anderes Mal wieder kommen. Sie gingen weiter, weil sie in einem anderen Hause leichter Beute zu machen hofften. Die Hauswachen vereinigten sich zu Quartierwachen und die Quartierwachen in eine Zentralwache für die Stadt. Sie leisten, so betont Dudan, unschätzbare Dienste, lassen wenigstens einen Schatten von Sicherheit bestehen, erlauben zuweilen ruhig zu schlafen. Ihnen allein verdanken die Bürger, daß sie nicht des Hungertodes gestorben sind. Die Bürger vereinigten sich zu Kooperativ-Verbänden, um Lebensmittel zu beschaffen, wie sie sich vereinigt hatten, um ruhig zu schlafen. Jedes Haus, jedes Bureau, jede Schule usw. sammelte ein Einkaufskapital, und jeder gab den Freunden die Einkaufsgelegenheiten bekannt. Im Notfalle schickte man Boten auf das Land. Unter der Verpflichtung der Gegenseitigkeit teilte man Brot, Reis und Fleisch, soweit man etwas auftreiben konnte.

Was Dudan an Einzelheiten über die Greuel des Bolschewismus mitteilt, stimmt überein mit den anderweitigen Berichten. Die Bauern plünderten und verbrannten die Güter der Grundherrn. Die Bolschewiken hatten ja die oberste Gewalt

der Bauern proklamiert und ihnen gesagt: Niemand wird euch etwas geben, wenn ihr es nicht selbst nehmet und zwar sofort. Die Einzelheiten bei den Plünderungen und Brandstiftungen spotten aller Beschreibung. Der Vater eines meiner Schüler, so erzählt Dudan, hatte ein Gut und lebte mit den Bauern in guter Harmonie. Eines Tages kamen die Bauern unter Führung von zwei entsprungenen Verbrechern und zündeten das Haus an. Den Hausherrn, den man erwischt, wirft man in das Feuer. Es gelingt ihm sich zu retten. Man stößt ihn zurück. Er rettet sich zum zweiten Mal mit einem verbrannten Auge und einem verbrannten Arme. Man wirft ihn ein drittes Mal ins Feuer und hält ihn nun mit einer langen Gabel im Feuer fest, bis er zu Kohle verbrannt war. Die rote Garde ist nichts anderes als eine Bande von verkommenen, zu allen Schandtaten bereiten Verbrechern. Am schlimmsten sind die Matrosen. Die Gerichte sind zur Komödie geworden. Keine Sicherheit, keine Freiheit. Die persönliche Freiheit, die Preßfreiheit, die Versammlungsfreiheit sind vernichtet. Während an einzelnen Orten für Millionenwerte Nahrungsmittel verderben, herrscht fast überall die grausamste Hungersnot. Die Fabriken stehen still, die Verkehrsmittel funktionieren nicht mehr.

Das Resultat faßt der Schweizer in die Worte zusammen: der Bolschewismus hat die Armee vernichtet, Stadt und Land zu Grunde gerichtet. Durch ihn endigt die schönste Revolution in einer Orgie. Welche Schmach! Die Herrschaft Lenins nützt nur der Reaktion. Sie nähert sich und wird vielleicht bis zur Restauration des Zaren gehen. Mit der sozialistischen Republik ist es in jedem Fall vorbei. Schon ruft das terrorisierte Volk nach dem früher so verhaßten Gendarmen und beklatscht sein Auftreten auf dem Theater mit frenetischem Jubel!.

Ein Russe, meint Dudan, wäre mehr berechtigt, seine Stimme zu erheben. Das ist auch geschehen und zwar mehrfach. Auch diese russischen Berichte sind geradezu vernichtend für das Treiben der Bolschewiki.

Von besonderem Wert sind die Berichte von Maxim

Gorkij wegen seiner Stellung und seines Charakters. Maxim Gorkij (eigentlich Alexej Pjeschkow) wurde geboren 1869 zu Nischnij-Nowgorod als Sohn einer Tagelöhnerin und eines Tapezierers. Nach dem Tode seiner Mutter (den Vater hat er nie gekannt) kam er mit neun Jahren zu einem Schuster, dann zu einem Drucker, dann zu einem Koch in die Lehre. Bis zum zwanzigsten Jahre war er bald Bäcker, Verkäufer, Eisenbahnarbeiter, zuletzt Hafenarbeiter in Odessa. Ein verkommener Student riet ihm, seine Erlebnisse aufzuschreiben, und so wurde Gokij Schriftsteller. Seine Erzählungen und Romane, besonders sein Drama „Nachtasyl" (1903), hatten großen Erfolg. In der politischen Bewegung 1904/05 trat er entschieden auf die Seite der Sozialdemokraten. Nach dem Sturze des Zaren bekämpfte er Kerensky und vertrat die kommenden Bolschewisten. Kaum hatten diese aber die Macht erlangt und ihr wahres Gesicht enthüllt, trat er als anständiger, ehrlicher Mensch mit Gefahr seines Lebens gegen sie auf und veröffentlichte in seiner Zeitung „Nowaja Shisn" 1917/18 fast Tag für Tag, eingehende, durchaus zuverlässige Schilderungen. Da dieselben von Prof. P. N. Coßmann in den Süddeutschen Monatsheften (Oktober 1918) verdeutscht und auch vielfach in Tageszeitungen nachgedruckt wurden, mögen hier nur einige kurze Notizen genügen.

Am 10. November 1917 schrieb Gorkij: Lenin und Genossen zwingen das Proletariat, der Abschaffung der Pressefreiheit zuzustimmen, und erheben damit das Recht der Gegner der Demokratie, ihr den Mund zu verstopfen, zu einem Gesetz; indem sie allen, die mit der Lenin-Trotzkiischen Despotie nicht einverstanden sind, mit Hunger und Pogromen drohen, rechtfertigen diese „Führer" die Despotie der Gewalt, gegen die die besten Kräfte des Landes so furchtbar lange gekämpft haben.

Einen Monat später (19. Dezember 1917) betont Gorkij, wie die zügellose Demagogie der Bolschewiki für die Interessen der Arbeiterklassen verderblich wirken muß. Intelligente Arbeiter sind von der größten Sorge für das Schicksal der Revolution erfüllt. „Ich fürchte, schreibt mir einer von ihnen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo die Massen, die im Bolschewismus

keine Befriedigung gefunden haben, jeden Glauben an eine bessere Zukunft und an den Sozialismus verlieren und ihre Blicke wieder in die finstere Vergangenheit richten und sich dem Monarchismus zuwenden. Dann ist aber der Kampf für die Befreiung der Völker für Jahrhunderte hinaus unmöglich gemacht." Im selben Berichte schreibt Gorkij: „Das Volk hat sich der Banken bemächtigt. Das wäre gut, wenn in den Banken Brot aufgespeichert wäre, mit dem man wenigstens die Kinder sättigen könnte. In den Banken liegt aber kein Brot; die Kinder hungern und die Sterblichkeit unter ihnen nimmt von Tag zu Tag zu. Der Bürgerkrieg hat die Eisenbahnen lahmgelegt; wenn die Bauern auch Brot hergeben würden, so könnte man es nicht sobald in die Städte bringen. Am meisten erstaunt und erschreckt mich aber, daß die Revolution keinerlei Anzeichen einer geistigen Wiedergeburt der Menschen in sich trägt, daß sie die Menschen weder ehrlicher macht, noch ihre Selbsteinschätzung und die moralische Wertung ihrer Arbeit hebt."

Von den Vertretern des Bolschewismus bemerkt Gorkij am 6. Dezember 1917: „Unter den Personen, die angeblich den Willen des revolutionären Proletariats vertreten, befinden sich zahllose Verbrecher jeder Art, gewesene Schergen der politischen Polizei und Hochstapler. Lunatscharskij, der Volkskommissar für Volksunterricht, empfiehlt dem Proletariat einen so anrüchigen Dichter wie Jassinkij (Pornograph). Das heißt die Fahnen der Arbeiterklassen beschmutzen, das Proletariat sittlich verderben."

Über die „Weinpogrome" in Petersburg schreibt Gorkij am 7. Dezember 1917: „Seit vierzehn Tagen schon plündert man in Petersburg die Weinkeller; die Leute betrinken sich, schlagen einander mit Flaschen die Schädel ein, zerschneiden sich mit den Glassplittern die Hände und wälzen sich wie die Schweine in Schmutz und Blut. In diesen Tagen hat man Wein für einige zehn Millionen Rubel vernichtet, und wird wohl noch für einige Hundert Millionen vernichten. Wir könnten aber diese wertvolle Ware nach Schweden verkaufen und dafür Gold oder Waren, die das Land braucht: Stoffe, Medikamente und Ma-

schinen bekommen. Bei diesen Weinpogromen werden einzelne Plünderer wie tolle Wölfe niedergeschossen; auf diese Weise gewöhnt man die Leute an die kaltblütige Vernichtung ihrer Mitmenschen. In der „Prawda" (Organ der Bolschewiki) heißt es aber, daß diese Pogrome „von der Bourgeoisie" provoziert worden seien; es ist natürlich eine Lüge, die das Blutvergießen nur noch vergrößern wird." Dann fährt Gorkij fort: „Diebstähle und Raubanfälle nehmen in erschreckender Weise zu; schamlose Beamte lassen sich ebenso bestechen, wie die Beamten des alten Regimes; dunkle Ehrenmänner, die sich um das Smolnyi-Institut scharen, beuten die geängstigten Bürger auf die gemeinste Weise aus. Die Roheit und Grobheit der Vertreter der „Regierung der Volkskommissare" ruft bei allen eine durchaus gerechte Empörung hervor. Allerlei kleine Leute, die plötzlich ans Ruder gekommen sind, behandeln den Bürger wie einen besiegten Feind, genau so wie ihn die Polizei des Zaren behandelt hat. Man schreit die Leute so an, wie es sich bisher nur die Polizisten in der entlegensten Provinz zu tun erlaubten. Das alles geschieht im Namen des „Proletariats" im Namen der „sozialen Revolution" und ist ein Triumph unserer Vertierung, des Asiatentums, an dem wir bei lebendigem Leibe verfaulen."

Charakteristisch ist der Brief einer Dame, den Gorkij am 2. Juni 1918 mitteilt: „Ich gehörte immer der äußersten Linken an, sympathisierte mit den Bolschewisten, und der Sozialismus war meine Religion. Und jetzt. . . . Sie schreiben, daß man an die Zukunft und an den Menschen glauben soll. In meiner Seele stirbt aber der Glaube. Die Gegner des Sozialismus sagten immer, daß das Leben ein Kampf sei, in dem der Stärkere immer siege: der eine oder der andere müsse immer oben sein, und alle Veränderungen bedeuteten nur einen Rollenwechsel. Heute kommt es mir oft vor, daß es sich wirklich so verhält. Gibt es denn jetzt auch nur die leiseste Spur von Gleichheit? Es ist das gleiche Spiel von Ehrgeiz, das gleiche Streben, ein möglichst fettes Stück vom Gemeindekuchen zu erwischen und dieselbe Ungleichheit. . . . Und wie tief ist bei uns überhaupt die Moral gesunken! Wie

furchtbar haben sich die primitivsten Begriffe von Ehrlichkeit verändert! Wie schändlich klang doch beim Beginn des Krieges das Wort ‚Kriegswucherer'. Und heute — wer hat sich heute am Hunger des Volkes noch nicht bereichert? Männer mit akademischer Bildung befassen sich mit Aufkauf und Wiederverkauf von Lebensmitteln und verheimlichen es gar nicht. Arbeiter und Beamte tun dasselbe. Niemand erhebt mehr seine Stimme gegen den Kriegswucher; dieses Wort hat seine schändliche Bedeutung gänzlich verloren. . . . Es ist genau so wie früher: gewisse Bevölkerungsschichten haben ihre Vorrechte, nur hat sich der Schwerpunkt verschoben. Es gibt auch jetzt Glückliche, die Vorrechte genießen und an ihnen festhalten: das sind die Rotgardisten und die Eisenbahner, die eine erhöhte Ration bekommen. Das wird damit erklärt, daß die Sowjets wie vor den einen, so auch vor den anderen Angst haben. War es aber auch nicht schon früher, vor dem sogenannten ‚Sozialismus' genau so? Vor dem ‚Sozialismus' galt es als Schande, wenn der Arbeitgeber denjenigen, der aus Not für ihn arbeiten mußte, verhöhnte. Die heutigen Machthaber verhöhnen aber laut, von den Rednertribünen herab und in den Zeitungen, die das ganze Land durchfliegen, die Leute, die sie in ihre Dienste einladen. Wolodarskij nennt in der ‚Roten Zeitung' die Offiziere, die in die Revolutionsarmee eintreten wollen, ‚feile Knechte, die bereit sind, einer jeden Gewalt zu dienen'. Wer wird nach einer solchen Erklärung, außer der wirklich Ehrlosen, der Einladung Folge leisten wollen? Die Sowjets scheinen absichtlich die Leute zu filtrieren, damit nicht zufällig ein anständiger Mensch in ihre Dienste tritt."

Was Gorkij sonst noch von Schand- und Mordtaten und den Greueln der bolschewistischen Lynchjustiz mitteilt, übergehen wir, indem wir uns einem weiteren Zeugen zuwenden.

(Schluß folgt.)

XV.

Sebastian Brunner.

Von Dr. Franz Schnürer.

In Wien wogte das bunte Leben des Kongresses; die Beratungen der Monarchen und der zahlreich anwesenden Diplomaten und Geschäftsträger wurden vielfach unterbrochen durch rauschende Festlichkeiten, — Bälle, Redouten, Assembléen wechselten im Winter 1814 auf 15 mit Schlittenfahrten, Maskeraden und glanzerfüllten Gesellschaften, — „der Kongreß tanzte", wie ein geflügeltes Wort sagt, — und die dem Frohsinn so zugänglichen Wiener fanden sich leicht und gern in das laute, lustige Treiben. Freilich fehlte diesem heiteren Sichgehenlassen auch das ernste Gegenstück nicht: zur selben Zeit stand in Wien das Wirken des heiligen Klemens Maria Hofbauer auf seinem Höhepunkte, F. L. Z. Werner hielt seine eindrucksvollen Predigten und um Friedrich und Dorothea von Schlegel sammelte sich ein Kreis ernster, religiös gerichteter Naturen.

In diesem Winter, am 10. Dezember 1814, ward in einem Stadtteile Wiens, der wegen der bürgerlichen Wohlhabenheit eines großen Teiles seiner Bewohner, reicher Seidenzeugfabrikanten, der „Brillantengrund" hieß — die Gegend der heutigen Schottenfeldgasse und ihrer Umgegend —, einem jung vermählten Ehepaare, dem „Hausinhaber und bürgerlichen Seidenzeugfabrikanten" Jakob Brunner und seiner Gattin Anna, geborenen Stetter, ein Söhnlein geboren,

das an demselben Tage in der Pfarre zu St. Laurenz am Schottenfeld getauft wurde und dabei den Namen Sebastian erhielt. Taufpate war der Schwager der Kindesmutter, der sehr bemittelte Sebastian Kargl, gleichfalls Hausbesitzer und Seidenzeugfabrikant auf dem Schottenfeld, nach dem der Neffe und Täufling jedenfalls den Taufnamen erhielt. Der Pfarrkurat Cölestin Hauer, ein Priester des Benediktiner-Ordensstiftes zu den Schotten in Wien, dem die Pfarre inkorporiert war (daher auch die Bezirksbezeichnung Schottenfeld) nahm den Täufling in die Kirche auf.

Es war ein tüchtiges Bürgergeschlecht, dem der kleine Sebastian von väterlicher, — ein ebenso wackeres Bauerngeschlecht, dem er von mütterlicher Seite entsproßte. Der Großvater Brunner war Gold- und Silberschmied von Beruf und hatte sich durch die ausschließliche Anfertigung silberner und goldener Rokokoschnallen, wie sie zu jener Zeit häufig auf den Schuhen und an den Kniegelenken der kurzen Beinkleider getragen wurden, zu einem behäbigen Wohlstand emporgeschwungen; auch er war ein gebürtiger Wiener (geb. 1737 im Hause „bei denen zwey goldenen leewen" auf dem Neustift, der Nachbarpfarre von St. Laurenz), aber die Tradition, die in der Familie lebendig war und der der Großvater gern anhing, ging dahin, daß sein Großvater aus dem Frankenlande stamme und daß dort das Geschlecht den Reichsadel besessen und sich „Brunner von Lehnstain" geschrieben habe; in einem Gartenhäuslein hatte der Großvater das auf Pergament gemalte Wappen dieses Geschlechts (drei blaue Lilien, zwei in der oberen, eine in der unteren Hälfte des Schildes, auf goldenem Grunde), vermutlich nach Weigel-Siebmachers Wappenbuch angefertigt, an einer Wand hängen. Die Großmutter, die eine sehr tätige Frau gewesen zu sein scheint, betrieb, auch nachdem ihr Gatte sich längst vom Schnallenverfertigen zurückgezogen hatte und nur mehr seinen kleinen Passionen: der Tauben- und Kanarienvögelzucht, der Pflege des Hausgärtchens und — der Lektüre Abrahams a S. Clara lebte, einen Spitzenhandel in einem

kleinen Kaufladen in der Seilergasse (innere Stadt), der, so gering er war, doch den Wohlstand der Familie mehren half. Die Mutter Brunners war die Tochter eines begüterten Großbauern in Nieder-Fladnitz (Gerichtsbezirk Retz in Niederösterreich, nahe der mährischen Grenze), dessen Grundbesitz zum größeren Teile aus Weingärten bestand, weshalb ihn Brunner einen Hauer nannte (in Niederösterreich Bezeichnung für Weinbauern). Es war für die Familie und insbesondere für die Kinder jedesmal ein Fest, wenn dem Großvater Stettner ein — sich meist auf Wochen hinziehender — Besuch abgestattet wurde; schon die Reise mit dem vom Großvater gesandten Wagen — die Bahn verkehrte damals noch nicht — über die Donau und das Marchfeld, das Nächtigen in Stockerau oder Hollabrunn waren Ereignisse; in dem Dorf aber spielte das Stadtkind, der Enkel des „reichen Stettner", eine Rolle unter der Dorfjugend. Und dann das freie Leben in den weiten Wäldern, die Fladnitz umrahmen, mit ihren Fischteichen, ihren scheuen Rehen und kecken Hirschen, den Felsenschluchten und brausenden Gewässern, — und die Weinlese in den dem Großvater gehörigen Weingärten von Markersdorf und Nalb, das Einbringen der Trauben und die Arbeit in der Weinpresse Tage und Nächte hindurch! Leider nahm die Herrlichkeit ein frühes Ende; der Großvater wurde vom Schlage gerührt und siechte dahin; über den Tod der Großmutter mag mit Brunners eigenen Worten berichtet werden:

„Ich war dreizehn Jahre alt und schlief im elterlichen Hause neben dem Schlafzimmer meiner Eltern. Da erwachte ich einst zur Nachtzeit, geweckt durch einen heftigen Schrei meiner Mutter; gleich darauf hörte ich die Stimme meines Vaters, der laut rief: ‚Um Gotteswillen, was ist's, was ist dir geschehen?' Die Mutter antwortete: ‚Ist's ein Traum, was war's? Meine Mutter stand eben hier beim Bett, in weiße Tücher gehüllt, totenbleich, wie sterbend, und sagte: Da bin ich.' Der Vater beruhigte, es sei ja nur ein Traum gewesen. Aber die Mutter blieb dabei, das war was anderes als ein Traum —



so habe ich noch nie geträumt. Sie ließ sich nicht abhalten, am Morgen sogleich Anstalten zu einer Reise nach Fladnitz zu treffen. Sie hatte keine Ruhe mehr. Ich und mein jüngerer Bruder wurden mitgenommen. Im Walde vor Fladnitz begegnete uns ein Mann, den meine Mutter ansprach: ‚Seid Ihr von Fladnitz?‘ — ‚Ja.‘ — ‚Wißt Ihr nicht, was die alte Stetterin macht?‘ — ‚Die Stetterin? Nun, die ist ja heute Nacht gestorben.[1])

Das war im Oktober 1828, im nächstfolgenden Juli starb auch der Großvater; die Grundstücke und Weingärten wurden verkauft und die schöne Zeit der Fladnitzer Jugendidylle war damit zu Ende.

Inzwischen — schon Jahre vor dem Tode der Fladnitzer Großeltern — war an den kleinen Sebastian durch den Beginn seiner Schulzeit der Ernst des Lebens, der erste

1) Ein ähnliches eigenes Erlebnis berichtet Brunner gelegentlich des Todes seines Vaters. Am 2. Juli 1849 speiste er wie gewöhnlich im elterlichen Hause, sein Vater war mehr als sonst heiter und gut aufgelegt. Für den Nachmittag hatte Brunner mit einigen Freunden einen Ausflug, Treffpunkt in Nußdorf, verabredet. Auf dem Wege dorthin wurde er plötzlich von einer ihm ganz ungewohnten und unerklärlichen Traurigkeit befallen, „als ob ich an diesem Tage an keiner Freude teilnehmen solle“; er kehrte um, besuchte einen befreundeten Kaplan und ging abends nach Hause; der Weg führte ihn durch eine Gasse, in welche die Fenster der Totenkammer des allgemeinen Krankenhauses gingen. „Da wurde es mir zum Weinen, ich wußte nicht warum.“ In seiner Wohnung im Pfarrhof angelangt, erfuhr er, er sei nachmittags schon mehrmals gesucht worden, er möge schnell nach Hause kommen, der Vater sei plötzlich schwer erkrankt, und zwar nicht zu Hause. Bangster Ahnungen voll eilte Brunner in die nahe elterliche Wohnung, wo er erfuhr, daß sein Vater nachmittags an Lungenödem plötzlich verschieden sei, da er eben in einer Badeanstalt ein Bad nehmen wollte; er konnte gerade noch seinen Namen und Wohnort angeben. Die Leiche wurde, wie in solchen Fällen üblich, behufs Feststellung der Todesursache in die Leichenkammer des allgemeinen Krankenhauses gebracht, ebendorthin, wo Brunner beim Vorübergehen von jener unerklärlichen Traurigkeit befallen worden war.



Pflichtenkomplex herangetreten. Eine allgemeine Schulpflicht, ein staatlich organisiertes Schulwesen bestand zu jener Zeit noch nicht. Das Schulhalten war eine private Angelegenheit, die ohne jede behördliche Einmengung oder Kontrolle sich abspielte. In der Nähe des Brunner'schen Hauses befand sich die Schule eines Herrn Embler, der vordem Mesnergehilfe an der Pfarrei Schottenfeld gewesen war und nun mit Hilfe seiner Frau, der Madame Embler, und zweier Gehilfen eine Volksschule leitete. Was Brunner über den Betrieb jener Volksschule in seinen autobiographischen Skizzen „Woher? Wohin?" mitteilt, klingt uns fast wie ein Märchen. Die unterste Klasse leitete tabakschnupfend Madame Embler. „Mit dem Buchstabentäfelchen mußte jeder vor ihr erscheinen; einige Buchstaben wurden ihm beigebracht, das dauerte eine Minute lang, und dann mußte jeder vor- und nachmittags jedesmal vier Stunden sitzen und sollte hierbei ruhig verbleiben. Um diese Ruhe systematisch herzustellen, wurden jene Bankreihen, welche bereits ihre Lektion überstanden, förmlich zum Schlafen kommandiert. Man legte hiebei die Arme verschränkt vor sich auf das Bänklein und den Kopf auf die Arme." Die Eltern waren es zumeist zufrieden, daß ihre Kinder auf diese Art so lange als möglich vom Hause ferngehalten wurden und keiner weiteren Aufsicht bedurften. Die beiden Schulgehilfen, die bei Embler angestellt waren, erhielten für tägliche acht Unterrichtsstunden einen Lohn von monatlich vier Gulden; den Lebensunterhalt mußten sich die jungen Männer nebenher durch Privatlektionen in den Häusern bemittelter Eltern zu erwerben suchen. An Sonntagen wurde außerdem zwei Stunden lang für Lehrlinge die sogenannte Sonntagsschule gehalten, wobei die Schulgehilfen die Arbeit zu leisten hatten, während zugleich Herr Embler von jedem der mehreren hundert Jungen Stunde um Stunde das Schulgeld (einen „Kupferschser", etwa 6 Pfg.) einkassierte. Aber während die Schulgehilfen ein Leben in Not und Elend führten, — nach einer 20- bis 30jährigen Dienstzeit konnte es einem, wenn er es erlebte, vielleicht gelingen, selbst Prinzipal



zu werden, — war das Schulhalten für den Scholarchen kein unrentables Geschäft: als Herr Embler in hohem Alter starb, hinterließ er, wie Brunner berichtet, ein Haus und viele Kübel voll blanker Silbertaler. In der Umgebung Wiens und auf dem flachen Lande stand es mit den Schulgehilfen noch schlechter; sie bekamen nebst magerer Kost jährlich 12 bis 20 Gulden, und manchmal wurde auch das nur versprochen und sie mußten das durch ihre Privatstunden mühselig erworbene Honorar noch mit den Hauptlehrern teilen.

Die Embler'sche Schule besaß drei Abteilungen, in deren letzter Brunner infolge eindringlichen Zuredens des Lehrers an den Vater drei Jahre lang aufgehalten wurde, damit er im Rechnen besonders fest werde, da dies „bei den jetzigen Zeitläufen" eine Hauptsache sei. Mit dem Rechnen ging es auch ganz leidlich, dagegen galt der junge Sebastian in der Schule als der Unbegabteste im schriftlichen deutschen Ausdruck, da sich in seinem Kopf „für die Wortfügung gar kein Sinn vorfinde". Aber schließlich konnte sein Wissensschatz in der Embler'schen sogenannten Trivial-Schule doch nicht weiter bereichert werden, und er wurde in die Zoller'sche „Hauptschule" im nahen Bezirk Neubau geschickt, um für den Besuch des Gymnasiums vorbereitet zu werden. Diese Vorbereitung nahm nur einen Jahreskurs in Anspruch; seiner beiden Lehrer: des Direktors der Schule, Carl Giftschütz, in dem Sebastian das Vorbild eines inmitten des Josephinismus und Rationalismus kindlich fromm gebliebenen Priesters kennen lernte, und des Lehrers seiner — der dritten — Klasse, Professor Schödlberger, der weniger als Pädagoge denn als Maler von Bedeutung ist (vgl. über ihn Wurzbach, Biogr. Lexikon, 31, 70—75; über Giftschütz s. ebda. 5, 183), gedenkt Brunner noch in späteren Jahren mit warmer Dankbarkeit.

Nun aber trat die schwere und wichtige Frage der Berufswahl des Knaben an diesen und die Eltern heran, die sich in die Frage zuspitzte: Industrie oder Studium? Der Vater meinte, ein Versuch mit dem Studium könne ja gewagt werden,



ein paar Jahre Gymnasium würden auf keinen Fall schaden. „Geht es, so ist's gut, und geht's nicht, so ist immer noch Zeit zu etwas anderem." So wurde denn der Knabe in das Schottengymnasium aufgenommen, das allerdings von der elterlichen Wohnung an dreiviertel Stunden entfernt lag, sich aber eines hervorragenden Rufes — wie auch heute noch — erfreute. Die „Schottenschüler" gehörten und gehören stets zur Auslese des studierenden Nachwuchses. Hier erwachte, in der dritten Klasse, die gemeiniglich in diesem Alter auftretende Lesewut des Schülers und loderte bald beängstigend empor. Wenn man die Namen der Autoren liest, deren Werke der Knabe in kurzer Zeit wahllos verschlang, so gibt deren Liste nahezu einen Überblick über die Literatur jener Zeit: Goethe, Schiller, Körner, Kotzebue, Iffland, Hauff, Spindler, Van der Velde, Weisflog, die Schopenhauer, Blumenhagen, Cervantes, Lesage, Lessing, Herder, Tieck, Grillparzer, Klingemann, Tasso, Ariost, Camoens, Washington Irving, Cooper, Bulwer, Dante, Calderon, Seume, Hoffmann, Marryat, — drei dichtgefüllte und umfangreiche Bücherkasten wurden in drei Jahren durchgearbeitet. Sein Lieblingsschriftsteller aber wurde Shakespeare, aus dem er ganze Szenen und Monologe auswendig deklamieren konnte. Durch Shakespeare wurde er auf die ältere englische Dramenliteratur geführt von Marlowe und Green bis auf Sheridan. Durch den Bücher- und Meinungsaustausch mit gleichgestimmten Kameraden bildete sich von selbst eine Art von literarischem Verein, aus fünfzehn bis zwanzig Schülern bestehend, der zwar vielfach anregend wirkte, den Schulfleiß der Teilnehmer aber nicht eben bestärkte. Größere und kleinere Landpartien und Reisen in die Umgebung Wiens, bis Mariazell, auf die er von seinem Vater in Ferialzeiten mitgenommen wurde, — besonders die Schwefelstadt Baden mit ihrer romantischen, burg- und ruinenreichen Umgegend war dem Knaben ans Herz gewachsen, — erweiterten den Gesichtskreis und riefen früh das Interesse an der heimatlichen Geschichte und Sage wach. Zu Hause ergab sich allmählich auch ein reger Ver-

kehr aus den Mitgliedern des gymnasialen „Dichterklubs", dem gar bald ein Schauspielerklub zur Seite trat; besonders der letztere scheint einen starken Einfluß auf die empfängliche Jugend ausgeübt zu haben, da nicht weniger als acht Schüler derselben Klasse sich dem Theater als Lebensberuf zuwandten. Und wie früher im Brunner'schen Hause Schattenspiele und das weihnachtliche prächtige „Kripperl" eine starke Anziehungskraft für die Jugend besaßen, so trat an deren Stelle später das Haustheater und die Liebhaberbühne bei den verschiedenen Klubteilnehmern.

Aber Brunner ging in diesem Treiben nicht auf. Die Jahre, die er am Schottengymnasium zubrachte (1826—1832), also die Zeit seines zwölften bis achtzehnten Lebensjahres, bilden — zumindest in der zweiten Hälfte — diejenige Lebensperiode, in der bei ernster angelegten Naturen religiöse Zweifel sich zu bilden oder zu verdichten pflegen, sowie andererseits bei solchen, die bisher in Hinsicht auf religiöse Fragen in einer indifferenten Atmosphäre gelebt hatten, häufig Bedenken an der Richtigkeit ihrer Weltanschauung sich zu regen beginnen. Brunner war in einer vom besten Geist erfüllten Umgebung aufgewachsen; abgesehen davon, daß ein Großonkel als Kapuzinerpater in Bologna gestorben, eine Tante in ein Kloster in Bukarest eingetreten war, war das ganze häusliche und Familienleben im Hause Brunner religiös gerichtet und von gut katholischem Geiste erfüllt. Aber teils durch Lektüre und durch Gespräche mit den Kollegen, teils, wie Brunner selbst angibt, durch die zweckwidrigen und ungenügend abgefaßten damaligen Religionslehrbücher war sein Kindesglaube sehr erschüttert worden.

„Dunkle Zweifel bemächtigten sich meiner und lagen wie schwere, schwarze Wolken auf meiner Seele. Die Religionshandbücher gingen an der Strömung der Zeit, an der ganzen Richtung der modernen Literatur unbeachtet vorüber, die dogmatischen Beweise waren so schwach abgefaßt und hingestellt, daß man über das zu Beweisende erst durch sie zum Zweifel kam, wenn man bis dahin auch den Glauben, den von Haus



aus mitgebrachten, noch bewahrt hatte. Es war in der Schule modern geworden, die wenigen Schüler, die noch eine Achtung vor der Kirche äußerlich zur Schau trugen, zu verspotten; leider habe ich da oft an die Spötter mich angeschlossen und es wacker mit ihnen gehalten, — während ich, und das ist eine psychologische Erscheinung, die ich darnach in der Seelsorge bei vielen Leuten wiederholt beobachtet, doch nie aus meinem kleinen Gebetbüchlein das Morgen- und Abendgebet versäumte. So habe offen ich es mit der Welt und im stillen mit unserm Herrgott gehalten."

Diese Zweifel, dies Ringen mit dem Unglauben lähmten seine Kraft und verleideten ihm auch die Freude am klassischen Altertum, brachten ihn im Studium zurück, an dem er das Interesse einzubüßen begann, und es war ein Glück für ihn, daß mit dem sechsten Jahrgange des Gymnasiums das eigentliche Mittelschulstudium ein Ende nahm. Die Studieneinteilung war in Österreich damals — bis zur Thunschen Gymnasialreform — so organisiert, daß die Mittelschule (Gymnasium) sechs Jahrgänge umfaßte, an die sich ein zweijähriger sogenannter Philosophischer Kursus als Übergang zum Hochschulstudium anschloß. Erst nach Absolvierung dieses Kurses hatten sich die jungen Herren zu entscheiden, welches Fakultätsstudium sie erwählen wollten. Die sechs Gymnasialjahre vermittelten einen in sich abgeschlossenen Bildungskreis.

Brunner stand also nun abermals vor der Entscheidung, wie sein künftiger Lebensgang einzurichten sei. Es scheint, daß der Vater es gern gesehen hätte, wenn Sebastian das Studium aufgegeben und eine Seidenzeugfabrik übernommen hätte, ein Geschäft, das damals in Wahrheit einen goldenen Boden hatte. Aber dazu verspürte der junge Mann, in dem doch ein starker Trieb nach geistiger Höherbildung lebendig war, durchaus keine Lust. Von dem Betreten des Weges zu den höheren Studien schreckte ihn wieder der Umstand, daß in Wien damals eine besondere Strenge bei den Prüfungen geherrscht haben soll, so daß die Gefahr,



durchzufallen und ein Jahr wiederholen zu müssen, auch den fleißigsten und begabtesten Schülern drohte. Um nun da einen Ausweg zu finden, schlug Brunner vor, den Philosophischen Kurs in einer anderen Studienstadt zu absolvieren, und dazu ward Krems a. d. Donau als die nächstgelegene ausersehen. Der Vorschlag fand die elterliche Genehmigung, und so trat Brunner denn im Herbst 1832 in das von Professoren aus dem Piaristenorden geleitete Konvikt ein.

(Fortsetzung folgt.)

XVI.

Die Krisis des Sozialismus.

Von L.

Weltkrieg und Revolution haben nicht nur die bürgerlichen, wirtschaftlichen, staatlichen, sozialen und politischen Einrichtungen bis in ihre tiefsten Grundlagen erschüttert, sondern auch die revoltierende Partei, die revolutionären Machthaber selbst in eine schwere Krisis gestürzt, von deren Entwicklung viel, ja vielleicht alles für die künftige innen- und außenpolitische Gestaltung Deutschlands abhängt.

Vor 1914 war der deutsche Sozialismus im wesentlichen „evolutionistisch" und „historisch-realistisch". Auf den gemeinsamen Voraussetzungen dieses „wissenschaftlichen" Sozialismus entfalteten sich erst die praktisch oft so tief einschneidenden Gegensätze, die der Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland früher ihr bestimmendes Gepräge verliehen; so vor allem der Zwist zwischen orthodoxem Marxismus und Revisionismus. Begründet wird aber jene Gemeinsamkeit der theoretischen Grundlagen und damit die Zugehörigkeit zum „wissenschaftlichen" Sozialismus hauptsächlich durch die besondere Weise, in der die sozialistische Doktrin



das Verhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus auffaßt und dartut.

Der Kapitalismus ist hienach zum ersten Gegenstand der sozialistischen Kritik. Die Gedankenreihen, die sich unter diesem Gesichtspunkt ergeben, sind kurz folgende:

Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt durch ihre Trennung der Produktionsmittel von den produktiven Kräften das „Proletariat" in seiner Notlage und seinem Elend; der Kapitalismus beruht darum auf einer Ausbeutung der wirtschaftlich und politisch geknechteten Arbeitermassen. Die andere Folge der kapitalistischen Gütererzeugung ist die Anarchie der Produktion, die Unfähigkeit des expansiven privatwirtschaftlichen Kapitalismns, Produktion und Konsumption miteinander in Einklang zu bringen; als unvermeidliche Folge der Anarchie ergeben sich die wirtschaftlichen Krisen. Die Krisen-Theorie des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus ist zwar auch in der sozialistischen Literatur nicht mehr unbestritten, erfreut sich aber doch noch eines sehr großen Ansehens und besitzt zudem gerade gegenwärtig eine außerordentliche Aktualität. Nach Marx sind die Wirtschaftskrisen notwendig Absatzkrisen, sie beruhen auf der kapitalistischen Überproduktion, auf dem Zwiespalt „zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumption auf kapitalistischer Basis und einer Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinausstrebt"; eine wirtschaftliche Krisis dieser Art wird darum nach Marx auch den Anlaß zur Sprengung der kapitalistischen Hülle, zur Umwandlung der privatwirtschaftlichen in die sozialistische Produktionsweise geben.

In dieser Kritik des Kapitalismus liegt nun schon einbeschlossen, daß die kapitalistische Produktionsart für den wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur Gegenstand einer ablehnenden Beurteilung, sondern zugleich ökonomische Voraussetzung der Reformvorschläge und notwendige Durchgangsphase für die Verwirklichung dieser Vorschläge ist. Innerhalb des Kapitalismus, auf dem Boden der durch ihn

und nur durch ihn geschaffenen sozialen, technischen, ökonomischen und psychologischen Tatsachen vollzieht sich — und das ist der zweite Programmpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus — jene innere Umbildung, als deren reife Frucht sich die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschafts- und Produktionsordnung notwendig ergeben muß; die Entwicklung bleibt solange eine spezifisch kapitalistische, bis sie an einem bestimmten Punkte gleichsam von selbst und kraft immanenter Gesetzlichkeit umschlägt. Wie sich die wissenschaftlichen sozialistischen Doktrinen im einzelnen diesen Entwicklungsprozeß vorstellen, ob in der Form der von Marx aufgestellten dynamischen Gesetze (Akkumulations-, Konzentrations-, Verelendungs-, Zusammenbruchs-, Sozialisierungs-Theorie) oder in der revisionistischen Formulierung, welchen Anteil die Theorien der politischen, psychologischen, wirtschaftlichen Vorbereitungsarbeit und Mitarbeit des Proletariats (dem Klassenkampf) einräumen, all das ist gegenüber der gemeinschaftlichen Grundannahme, daß der Kapitalismus Voraussetzung der sozialistischen Ordnung und notwendiges Übergangsglied in der Kette der Wirtschaftssysteme bildet, bedeutungslos; es sind wissenschaftlich formulierte, theoretisch fundierte Fragen der Taktik, nicht der Prinzipien.

Genau das Gleiche gilt auch für einen dritten, mit dem eben erörterten eng zusammenhängenden Punkt, nämlich für die Frage, in welcher Form der „Umschlag" der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsweise, die entscheidende Ablösung der Privatwirtschaft durch die Gesellschaftswirtschaft zu denken sei. Die Antwort, die der „wissenschaftliche" Sozialismus auf diese Frage gefunden hat, lautet trotz des evolutionistischen, realistischen und geschichtlichen Charakters der Doktrin und kann nur lauten: durch Revolution, d. h. durch Zerbrechung der formalen Rechtsschranken, die unter der Herrschaft des Kapitalismus der Verwirklichung des sozialistischen Ideals entgegenstehen; die Antwort kann nicht anders lauten, weil sie in den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus begründet ist; Staat und Recht sind ja lediglich

Formen, in denen das wirtschaftliche Leben zum Ausdruck kommt; ihre Begründung ist lediglich eine ökonomische. Politische Ziele sind nur Mittel zur Verwirklichung wirtschaftlicher Zwecke. An der sozialistischen Rangordnung aller Werte, der Unterordnung aller unter den wirtschaftlichen Wert hat auch der fortgeschrittenste Revisionismus nichts geändert. Die Besonderheiten, in denen sich das revolutionäre Grundprinzip bei den verschiedenen Richtungen ausgestaltet hatte, sind daher lediglich Besonderheiten der Taktik, nicht der letzten Grundsätze; sie hängen ab von der Stellungnahme in den vorhin erörterten taktischen Problemen und letzten Endes von der Beurteilung rein tatsächlicher Fragen, als da sind: In welcher Phase der Entwicklung des wirtschaftlichen Prozesses befinden wir uns gegenwärtig? Ist der Zeitpunkt des geringst möglichen Widerstandes, der Sprengung der Hülle, unter der sich die reife Frucht bereits entwickelt hat, in einem bestimmten Augenblick gegeben oder nicht?

Evolutionistisch, realistisch und geschichtlich ist somit der wissenschaftliche Sozialismus lediglich in seiner Theorie der sozialen Revolution, in seiner Behauptung, daß der Entwicklungsprozeß von der kapitalistischen zur sozialistischen Ordnung ein stetiger sei und von der Herrschaft immanenter ökonomisch-sozialer Gesetze abhänge. Daß aber die politische Umwandlung, die die soziale Revolution zum Abschluß bringt, anders denn durch Bruch mit dem formalen Recht geschehen könne, nnd daß dieser Bruch durch die ökonomisch-soziale Entwicklung seine Rechtfertigung finde, ist und bleibt, wenn auch nicht bewußter Programmsatz, so doch vielleicht unbewußter Fundamentalsatz aller „wissenschaftlichen“ sozialistischen Ideen.

Es ist lediglich eine notwendige Folgerung aus dem allgemeinen Revolutionsprinzip des deutschen Sozialismus, wenn gesagt wird, daß auch seine Stellungnahme zu den einzelnen politischen uud staatlichen Ideen, zumal zur Frage des Wahlrechts, des demokratischen Ideals, der politischen und bürgerlichen Freiheit usw. ausschließlich taktischer Natur



sei. Der politische und wirtschaftliche Klassenkampf macht das Bekenntnis zur Demokratie so lange notwendig, als die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen des Kapitalismus liegt; aber nichts in dem Gefüge der grundlegenden wirtschafts-sozial- und rechtsphilosophischen Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus fordert die Demokratie und Freiheit um ihrer selbst willen und einer andern, dem wirtschaftlichen Wert übergeordneten Idee halber. Daran ändert auch die Überzeugung der sozialistischen Theoretiker nichts, daß die Verwirklichung des ökonomisch-gesellschaftlichen Ideals notwendig auch die des demokratischen — sei es in staatlicher oder überstaatlicher Form — mit sich führen müsse. Denn weder ist der Beweis für diese Notwendigkeit jemals erbracht worden, noch auch eine innere Ableitung der demokratischen von der sozialistischen Idee jemals geglückt.

Hätte es noch einer Bestätigung dafür bedurft, daß auch der „wissenschaftliche" Sozialismus die Idee der politischen Revolution vertrete, die Geschichte der deutschen Revolution hätte sie erbracht. Wohl ist richtig, daß die technische Vorbereitung und die eigentliche Ausführung der Revolution nicht in den Händen der „Mehrheitssozialisten" d. h. der von den typischen Vertretern des „wissenschaftlichen" Sozialismus geführten Arbeiter, sondern haupt-sächlich in den Händen der „Unabhängigen" (U. S. P.) lag; auch dies mag zugegeben werden, daß die theoretische Begründung der deutschen Revolution nicht so sehr Sache der Marxisten als der Syndikalisten war. Aber dadurch wird weder die Tatsache aus der Welt geschafft, daß ohne die aktive Teilnahme der Massen und Führer der Mehrheitssozialisten die Durchführung des Umsturzes undenkbar gewesen wäre, noch die andere Tatsache, daß zwar nicht die technische, wohl aber die geistige Vorbereitung mit auf der Tätigkeit der Mehrheitssozialisten beruhte. Allerdings so ganz freudig und unbekümmert war die Mitarbeit zumal der Führer der Mehrheitspartei nicht, und wenn sie es war, so wich das Gefühl bald einer bangen Sorge, einer entsetzlichen Ahnung. Die

Erkenntnis, daß gerade die Revolution auch für den „wissenschaftlichen" Sozialismus die furchtbarste Krisis in sich schließe, griff immer weiter und bestimmt immer deutlicher die Haltung der maßgebenden Führer.

Denn diese Revolution ließ nicht nur Kaiser- und Königskronen zerschellen, sie brachte auch die Grundpfeiler des Lehrsystems der Revolutionäre zum Bersten; sie unterzog nicht nur die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ideen der bisherigen Gewalten, sondern auch die der jetzigen Machthaber einer unerbittlich strengen Kritik. Sie enthüllt Zusammenhänge, die bisher im Dunkeln lagen, und läßt Antinomien erkennen, von denen sich der wissenschaftliche Sozialismus nichts träumen ließ. Es trifft aber die Kritik der Revolution die Doktrin des realistischen Sozialismus gerade in jener Lehre, die die Wissenschaftlichkeit des Systems begründen sollte, in die Lehre vom Verhältnis des Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Revolution hat Deutschland in einem Augenblick überrascht, wo es von der schwersten wirtschaftlichen Notlage, bewirkt durch Krieg und Niederlage, heimgesucht war; sie hat dann ihrerseits diese Notlage noch gewaltig gesteigert. Der Krieg als solcher hatte gleichzeitig die Kreditbasis des nationalen Wirtschaftslebens durch die ungeheueren Kriegsausgaben und die Art ihrer Deckung ins Wanken gebracht, sowie die nationale Produktion durch die Einstellung der Industrie in den Dienst des Krieges, den Verlust von Arbeitskräften, den Mangel an Rohstoffen jeglicher Art, den Mangel an Nahrungsmitteln und die Verteuerung der Löhne aufs Schwerste erschüttert. Dazu kommt der völlige Mangel von finanzpolitischen Vorkehrungsmaßregeln für den Fall der Niederlage und die wirtschaftlichen Folgen der Niederlage selbst, der Verlust wertvollster Landesteile, die Einbuße ungeheuerer Vorräte von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten, die weitere ungeheuere Belastung der nationalen Wirtschaft durch die an den Feind zu zahlenden Entschädigungssummen, der Stand der deutschen Valuta im Auslande.



Das also im Innersten erschütterte wirtschaftliche Leben der Nation ward durch die Revolution mit ihren Folgeerscheinungen vollends gestört; die allgemeine Unsicherheit, ständig neu ausbrechende Streiks und Unruhen, eine mitunter wahnsinnige Steigerung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, die Abkehr der politisierenden Massen von der Arbeit, die Kosten des revolutionären Haushalts, die weitere Verschlechterung der Kreditbasis durch eine unkontrollierbare Verwendung der Notenpresse, die Furcht der Unternehmer vor der Sozialisierung ihrer Betriebe, all das wirkt geradezu lähmend auf die nationale Produktion.

Die allgemein wirtschaftliche Lage beim Ausbruch des Umsturzes stellte demnach genau das Gegenteil der von Marx gezeichneten Krisis dar, die den Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung bilden sollte. Marx ging aus von der Annahme einer ungeheueren Kraftentwicklung des Kapitalismus, die zur Überproduktion, zu Absatzstockungen und damit zur katastrophalen Krisis führen sollte. Die gegenwärtige Krisis aber beruht auf der Schwächung der kapitalistischen Erzeugung und auf einer Unterproduktion. Konnte man sich unter den Marxschen Voraussetzungen vielleicht noch die Umwandlung der alten in die neue Wirtschaftsordnung ohne völligen Zusammenbruch der gesamten nationalen Volkswirtschaft vorstellen, so ist doch klar, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen jeder Versuch, im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus die kapitalistische „Hülle" zu sprengen, zur Vernichtung der Gesamtwirtschaft führt. Staatsbankrott, Zertrümmerung der Industrie, ungeheuere Verarmung, allgemeine Arbeitslosigkeit, wahnsinnige Teuerung, Verelendung der Massen wären die Folge des Versuchs. Die Antinomie, die hier vorliegt, bezieht sich nicht nur auf die Verwirklichung des sozialistischen Programms in seiner Gesamtheit, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern erstreckt sich ebenso auf jede einzelne soziale Forderung. Die Durchführung des sozialen Programms, das auch im kapitalistischen Rahmen zu

verwirklichen ist (Erhöhung der Löhne, Herabsetzung der Arbeitszeit, Arbeitslosenfürsorge, Sozialversicherung usw.), führt gegenwärtig in „immanenter Gesetzlichkeit" zu einer Verschlechterung der Produktionsbedingungen des Kapitals, damit zu einer Schwächung der nationalen Wirtschaft und damit wieder zu einer Verschlechterung der Lage des Proletariats. Der unselige Zirkel scheint geschlossen.

Verstrickt in diesen Zirkel, verwickelt in die Ketten wirtschaftlicher und kapitalistischer Gesetzlichkeiten kann der herrschende Sozialismus seine Zuflucht auch nicht zur Zerreißung jener Ketten nehmen, die ihm von zwei Seiten her vorgeschlagen wird; einmal von seiten des vulgären Kommunismus, d. h. des Kommunismus an den Genußgütern und des Anarchismus Bakunins und Blanquis. Die Einsicht, daß die Verwirklichung dieser Theorien die wirtschaftliche Lage des Proletariats auf die Dauer nicht verbessern, sondern nur maßlos verschlechtern kann, ist dem „wissenschaftlichen" Sozialismus ebenso geläufig, wie die theoretische Abgrenzung der kommunistischen und anarchistischen Theorie von der sozialistischen klar und einleuchtend ist. Ein Anderes aber ist die praktische Abgrenzung der Anhänger der beiden Theorien; hier sind die Unterschiede durchaus gleitend und die Übergänge von Spartakus über U.S.P. zur Mehrheitspartei stetig. Und wenn es auch an strafferen Versuchen, die Abgrenzung organisatorisch zu sichern nicht fehlt, so wird doch die Sorge um den Verlust der nach links orientierten Anhänger die praktische Politik des Rechtssozialismus in manchen Punkten maßgebend beeinflussen.

Der zweite Vorschlag, die Kette der kapitalistischen Entwicklung zu brechen, kommt vom revolutionären Syndikalismus. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts lediglich auf Italien und Frankreich beschränkt, haben die syndikalistischen Ideen namentlich im Weltkrieg auch in den übrigen Ländern (vor allem in Rußland, aber auch in Deutschland, wo sich die Syndikalisten mit den extremen Marxisten in der U.S.P.D. zusammenfanden) rasch Fuß gefaßt und in Rußland in der

Form des Bolschewismus ihre historische Verwirklichung gefunden. Was den Syndikalismus vom „wissenschaftlichen“ Sozialismus im Kerne unterscheidet, ist eben seine Stellungnahme zum Problem des Kapitalismus. Der Syndikalist stellt sich die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung nicht in der Form einer inneren Umbildung des Kapitalismus vor, er kennt keine automatischen Gesetze, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führen; für ihn liegt vielmehr die Entscheidung allein in der revolutionären Kraft des Proletariats; hierin sind ausschließlich die Keime der neuen Produktionsordnung beschlossen, deren Träger und Zellen die autonomen, über jede hierarchische oder bürokratische Gliederung der Arbeit erhabenen „Syndikate“ sind. Der Gegensatz zwischen der evolutionistischen Theorie der sozialen Revolution, wie sie der „wissenschaftliche“ Sozialismus aufstellt, und der rein revolutionären des Syndikalismus ist so einschneidend und scharf ausgeprägt, daß die Versuche einer synkretistischen Vereinigung der beiden Lehrmeinungen nur wenig theoretisches, vielleicht aber ein um so größeres praktisches Interesse haben. Ein solcher Versuch ist von dem derzeitigen bayerischen „Ministerpräsidenten“ Kurt Eisner ausgegangen, der zwar mit den Mehrheitssozialisten die Einsicht teilt, daß da, wo nichts ist, auch nichts zu sozialisieren ist, der aber trotzdem an der Notwendigkeit der rein revolutionären Organisation der Syndikate (Arbeiterräte) festhält. Der Versuch läuft auf den unvollziehbaren Gedanken einer legalen Stabilisierung der Revolution und zwar der politischen, nicht der sozialen, hinaus. Herr Eisner will die kapitalistische Ordnung der Produktion noch so lange dulden, bis erstens die sozialistischen Vergesellschafter wieder etwas zum Sozialisieren vorfinden und bis zweitens die Erziehung der Mitglieder der Arbeiterräte zu produktiven, den Unternehmer voll ersetzenden Arbeitskräften abgeschlossen ist; der Übergang von der privatwirtschaftlichen zur sozialistischen Produktion erfolgt dann selbstverständlich in revolutionärer Form; eine Anschauungsweise, die sich ebenso durch eine seltsame Verschmitztheit wie durch

eine hochgradige Wirklichkeitsfremdheit auszeichnet. In seinen praktischen Wirkungen auf die Volkswirtschaft unterscheidet sich der evolutionistische Syndikalismus Eisners von dem russischen nur wenig.

Zu dem grundlegenden theoretischen Motiv, aus dem heraus der „wissenschaftliche" Sozialismus zu einer Ablehnung des Syndikalismus und seiner Theorie von der Überwindung des Kapitalismus kommt, gesellen sich noch eine Reihe weiterer Motive mehr praktischer und taktischer Art. Der deutsche Sozialismus hat gemäß seiner ganzen Vergangenheit kein Verständnis für den syndikalistischen Haß gegen Parlament und Demokratie; er ist nicht geneigt, den Sperling der Gewerkschaften, den er fest in seiner Hand hat, gegen die Taube auf dem syndikalistischen Dach (die Syndikate) einzutauschen, so wenig wie er auf die sozialen Errungenschaften, die unter seiner Mitarbeit zu stande kamen, syndikalistischen Chimären zu Liebe verzichten will; ihm ist der Streik in der Regel eine wohlberechnete Lohnbewegung, nicht ein bloßes Dokument revolutionärer Gesinnung; seine Vorliebe für die — taktische — Legalität des Klassenkampfes stößt der anarchistische Zug des Syndikalismus ab. Dem Vorwurf der Verbürgerlichung, der Schlappheit und Philisterhaftigkeit begegnet er vielleicht mit den Worten Sombarts („Dennoch", 90 f.): „Die Arbeiterschaft zu befreien von den seichten, hirnlosen Schwätzern, die jetzt noch in der Presse, in den Volksversammlungen und Vereinen vielfach den Ton angeben, von jenen faulen Kerls, die zu nichts gut sind, als ein paar auswendig gelernte, unverstandene Phrasen .... papageimäßig nachzuplappern oder stiermäßig in die Menge hineinzubrüllen, die zu jeder Arbeit außer der ‚Parteiagitation' verdorben sind, die Arbeiterschaft von diesen Zerrbildern politischer Agitatoren zu befreien: dazu halte ich vor allem die Gewerkvereine für berufen." Und ebenso weist er den an sich schwer wiegenden syndikalistischen Einwand, daß die Sozialisierung des wissenschaftlichen Sozialismus auf nichts anderes als eine bürokratische Zentralisierung der

Produktion hinausliefe, mit dem Gegenbedenken zurück, daß die syndikalistische Konstruktion der Vergesellschaftung mit ihren autonomen den Kapitalismus ersetzenden Syndikaten auf reiner Utopie beruhe. Auch der bedingungs- und vorbehaltslose Internationalismus des Syndikalismus und dessen schrankenloser Antimilitarismus, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Militarismus des schmarotzenden, arbeitsscheuen Proletariats mit all den Nachteilen, die der alte Militarismus gezeitigt hat, ist dem herrschenden deutschen Sozialismus keineswegs sympathisch.

Entscheidend aber für die Ablehnung des Syndikalismus ist dem wissenschaftlichen Sozialismus eine taktische Erwägung, der Kautsky (also ein Mitglied des U. S. P.) in der „Freiheit“ eine scharfe Formulierung gegeben hat (s. Leipz. Volksz. Nr. 288); der marxistische Theoretiker unterscheidet hier zwischen den verschiedenen Phasen der Revolution; in der ersten Phase, dem „Stadium der revolutionären Aktion“ seien die Räte eine unentbehrliche und nützliche Einrichtung gewesen. Die zweite Phase aber müsse die der Konsolidierung sein, bei der gewaltsame Ausbrüche, Unruhe und Unordnung nur Schaden stifteten. Man müsse die politische Revolution von der sozialen unterscheiden; nur jene würde durch Umsturz ermöglicht, diese aber gerade im Gegenteil dadurch schwer geschädigt; es sei darum die Rückkehr von Ruhe und Ordnung und auch die baldige Einberufung der Nationalversammlung eine „ökonomische Notwendigkeit“. Die kapitalistische Industrie könne nicht in einem Stadium der Unruhe gedeihen; sie sei aufgebaut auf der Arbeitsteilung, der wechselseitigen Abhängigkeit der Betriebe von einander, auf dem Weltverkehr, auf dem Kredit; jede Störung, jede Unsicherheit an einem Punkte erzeuge gleich weittragende Krisen.

Damit ist die Verflechtung der evolutionistisch-sozialistischen Ziele mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung (denn um diese, und nicht nur um eine Solidarität der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber handelt es sich



hier) völlig blosgelegt. Da der kommunistische und syndikalistische Weg dem „wissenschaftlichen" Sozialismus verschlossen ist, bleibt ihm kein anderer Weg zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten als der — kapitalistische; der „Klassenkampf" gewinnt kapitalistisches Gepräge; die Förderung des Kapitalismus erscheint geradezu als Bedingung der Möglichkeit der sozialistischen Ordnung; es gilt zunächst, den Kapitalismus wieder aufzubauen, um sozialistische Ziele überhaupt wieder diskussionsfähig zu machen.

Es geht demnach jene Verflechtung kapitalistischer und realistisch-sozialistischer Ziele viel weiter, als es der wissenschaftliche Sozialismus in seinen programmatischen Sätzen wahr haben will. Der Kapitalismus ist nicht nur Durchgangspunkt und negative Voraussetzung für die Verwirklichung des positiven Ideals; er verhält sich zu diesem nicht nur wie die Nacht zum Tag. Sondern beide sind ökonomische Korrelate; nur wo das Licht der kapitalistischen Ordnung leuchtet, wird sich der Schatten eines sozialistischen Ideals (im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus) abheben können/und wer das Licht verlöscht, bringt auch den Schatten zum verschwinden. Die kapitalistische Entwicklung ist positive Voraussetzung für die Bildung des sozialistischen Ideals und darum ist der Kapitalismus nicht nur überwindbarer Durchgangspunkt, sondern dauernde, bleibende Grundlage für die Möglichkeit einer „wissenschaftlichen" sozialistischen Konstruktion überhaupt.

Auch der Einwand, jene Verflechtung sei nur für die Zeit des Tiefstandes der kapitalistischen Produktion gegeben, gelte aber nicht für die Zeiten der Blüte, führt nicht weiter. Denn in Zeiten der wirtschaftlichen Blüte des Kapitalismus ist die politische Revolution, die ja immer notwendige Bedingung für den Übergang der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsart ist, wenn überhaupt, so nur unter den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen zu erreichen; damit wäre aber wieder der erste Zustand der wirtschaftlichen Zerrüttung als Ausgangspunkt der Sozialisierung



gegeben. Man denke nur daran, ob gegenwärtig in England oder Amerika überhaupt eine Revolution möglich wäre, und wenn ja, welche wirtschaftliche Folgen sich daran knüpften.

Der Kapitalismus ist somit auf dem Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt nicht zu überwinden und zwar deshalb nicht, weil beide Theorien das gesamte Gesellschaftsleben ausschließlich unter dem Gesichtspunkte des ökonomischen Wertes orientieren und weil die — beschränkte — Rolle, die das formale Recht bei beiden spielt, eine ganz ähnliche ist. Die Idee einer auf ordnungsmäßigem, legalem Wege erfolgenden, allmählich sich entwickelnden sozialen Revolution ist darum kaum anders zu werten als die einer legalen politischen Revolution.

Gebannt in ein System von Halbheiten greift der herrschende Sozialismus auch jetzt wieder — wie schon im August 1914 — zu einem Verfahren der Aushilfen, der Kompromisse, der von Fall zu Fall und von Zeitpunkt zu Zeitpunkt wechselnden Methoden; er wird zur revolutionären Ordnungspartei und vertritt einen kapitalistischen Sozialismus.

XVII.

Lenin und Trotzky.

Zufällig ist uns eine Schrift in die Hände gefallen, die jetzt unter den schweizerischen Sozialisten viel verbreitet wird. Sie hat den Titel „Lenin und Trotzky. Krieg und Revolution. Schriften und Aufsätze aus der Kriegszeit“ (1918), und enthält in der Hauptsache eine Sammlung von Aufsätzen, die Lenin und Trotzky während ihres Aufenthaltes in der Schweiz von 1914—1917 schrieben, ehe sie nach dem Ausbruch der Revolution 1917 nach Rußland zurückkehrten. Außerdem gibt sie im Anhang das Manifest des Zentral-



komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vom 1. November 1914, ferner die Resolution der Berner Konferenz der Auslandsgruppen der genannten Partei vom 29. März 1915, und den Abschiedsbrief Lenins an die Schweizer Arbeiter vom 8. April 1917. Die Aufsätze waren ursprünglich in russischer Sprache abgefaßt, wurden dann ins Deutsche übersetzt und zuerst teils separat, teils in sozialistischen Zeitschriften („Vorbote", „Jugend-Internationale", „Sozialdemokrat") veröffentlicht.

In diesen Aufsätzen findet sich vieles, das helles Licht auf die gegenwärtigen Vorgänge in Deutschland und in der Schweiz wirft, und wir halten es daher für nützlich, den Lesern der gelben Hefte einige Auszüge daraus mitzuteilen. Hauptziel Lenins und Trotzkys ist es, den Arbeitern die Überzeugung beizubringen, daß der jetzige Krieg von den Regierungen und dem Kapitalismus aus Raubsucht und zur Unterjochung fremder Nationen angezettelt worden sei; daß es Aufgabe der Sozialdemokratie sei, diese Bedeutung des Krieges aufzudecken; daß die Sozialisten den Krieg und die dadurch entstandene allgemeine Unzufriedenheit für ihre Zwecke ausbeuten müßten; daß der sozialistische Zukunftsstaat nur durch Gewalt und Bürgerkrieg zu Stande kommen könne, und daß man daher vor diesen Mitteln nicht zurückschrecken dürfe. Darum wird die rücksichtslose Besitzergreifung der öffentlichen Gewalt und Konzentration aller Macht in den Händen des revolutionären Proletariats empfohlen; und als Mittel dazu wird die Forderung aufgestellt: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats.

Als nachahmenswertes Muster wird die Pariser Kommune hingestellt, die das Beispiel der Umwandlung des Krieges der Regierungen in einen Bürgerkrieg gegeben habe.

„Sie war der Höhepunkt in der Epoche der ersten Internationale. Wie das kommunistische Manifest (1847) die theoretische Vorwegnahme der modernen Arbeiterbewegung war, und die erste Internationale die organisatorische Vorwegnahme der



Arbeitervereinigung der ganzen Welt, so war die Pariser Kommune die revolutionäre Vorwegnahme der Diktatur des Proletariats." Daß die Kommune zusammenbrach, habe darin seinen Grund gehabt, weil das Proletariat noch zu schwach war, und weil damals an ein Zusammenwirken der revolutionären Bewegungen aller kriegführenden Länder nicht zu denken war, und auch weil ein Teil der Pariser Arbeiter noch zu viel Schwärmerei für die „nationale Ideologie" (die Tradition von 1792) hatte. Jetzt, „ein halbes Jahrhundert später, sind die Bedingungen, die die damalige Revolution geschwächt haben, verschwunden; und heute wäre es unverzeihlich, wenn ein Sozialist auf die Wirkung im Geiste der Pariser Kommune verzichten wollte."

Als eines der wirksamsten Agitationsmittel wird empfohlen die friedensfreundliche Stimmung in den Massen auszunützen, denn diese Stimmung bedeute häufig den Anfang des Protestes, der Empörung und des Bewußtseins, daß der Krieg reaktionär sei. Diese Stimmung auszunützen, sei Pflicht aller Sozialdemokraten. Sie müssen daher an jeder Bewegung und jeder Demonstration auf dieser Grundlage wärmsten Anteil nehmen. Das wird auch die Sozialisten wieder einigen.

„Sofortiger Abbruch des Krieges", erklärt Trotzky, „ist die Losung, unter der die Sozialdemokratie ihre aufgelösten Reihen wieder sammeln kann, sowohl innerhalb der einzelnen Landesparteien, wie in der gesamten Internationale. Seinen Willen zum Frieden kann das Proletariat nicht von den strategischen Erwägungen der Generalstäbe abhängig machen, sondern es muß im Gegenteil mit aller Entschiedenheit diesen Erwägungen seinen Friedenswillen gegenüberstellen."

Leidenschaftlich werden die sogenannten „Sozialpatrioten" bekämpft, die am Anfang des Krieges den Zusammenbruch der Internationale verschuldeten, da sie „unter der Maske des Patriotismus und der Vaterlandsverteidigung" sich in allen Staaten auf die Seite ihrer Regierungen stellten, die Kriegskredite bewilligten und in die Ministerien eintraten. Das alles bildete einen direkten Verrat am Sozialismus

Sie werden als Opportunisten, Sozialchauvinisten, reaktionäre Sozialpfaffen und Verräter gebrandmarkt. Sie werden übrigens in zwei Klassen geschieden: die Opportunisten-Chauvinisten, die offen die Reihen des Proletariats verließen, wie die Grütlianer in der Schweiz; und das Kautsky'sche „Zentrum", das „in verdeckter Form" die gleiche Politik verfolgt. In der Schweiz gehören zu diesem Zentrum R. Grimm, F. Schneider und Jacques Schmid, in Deutschland Kautsky und Haase, in Frankreich Longuet und Pressemane, in England Snowden und Ramsay Macdonald, in Italien Turati und Treves, in Rußland Paul Axelrod, Martow, Tscheidse und andere. Sie werden beschuldigt, die Beschlüsse des Basler Kongresses (1912) beiseite geschoben zu haben, welche den Sozialismus verpflichteten, den Chauvinismus in allen Situationen zu bekämpfen und die durch den Krieg verursachte schwierige Lage der Regierungen auszunützen und die Volksmassen für die soziale Revolution aufzurütteln.

Auf den Einwand dieser Sozialpatrioten, daß die Sozialisten doch ihr Vaterland verteidigen müßten, wird von der Berner Konferenz der Auslandsgruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (1915) geantwortet: „Mehr als je entsprechen jetzt die Worte des kommunistischen Manifestes (1847) der Wahrheit: Die Arbeiter haben kein Vaterland."

Die Resolutionen dieser Konferenz führen dann weiter aus: „Nur der internationale Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie kann seine bisherigen Eroberungen retten und den unterdrückten Massen den Weg zu einer besseren Zukunft bahnen. Die Verwandlung des jetzigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, das ist die einzig richtige proletarische Losung, auf die uns zuerst die E r f a h r u n g d e r K o m m u n e hingewiesen hat ... Der Bürgerkrieg, das ist der Kampf des Proletariats mit den Waffen in der Hand gegen die Bourgeoisie für die Expropriation der Kapitalistenklasse in den führenden kapitalistischen Ländern, für die demokratische Revolution in Rußland (demo-



kratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des Großgrundbesitzes), und für die Republik in anderen rückständigen Monarchien. Die schrecklichen Folgen des Krieges müssen revolutionäre Stimmungen und Bewegungen erzeugen, die zu verallgemeinern und zu leiten eben dann die Aufgabe unserer Losung: Bürgerkrieg, ist . . .

Als erste Schritte auf dem Wege, der zum Bürgerkrieg führt, sind zu nennen: 1. Die rücksichtslose Ablehnung der Kriegskredite und der Austritt aus dem bürgerlichen Ministerium; 2. völliger Bruch mit der Politik des Burgfriedens; 3. die Bildung illegaler Organisationen überall, wo die Regierungen und die Bourgeoisie den Kriegszustand einführen und die Verfassungsrechte aufheben; 4. Unterstützung der Verbrüderung der Soldaten der kriegführenden Parteien in den Schützengräben und auf den Kriegsschauplätzen überhaupt; 5. die Unterstützung aller Arten von revolutionären Massenbewegungen des Proletariats . . . Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands wird alle internationalen und revolutionären Massenbewegungen des Proletariats unterstützen und die Annäherung aller antichauvinistischen Elemente der Internationalen anstreben . . . .

In keinem Lande darf der Kampf gegen die Regierung, die einen imperialistischen Krieg führt, vor der Möglichkeit Halt machen, daß die revolutionäre Agitation zur Niederlage des Landes führen kann. Die Niederlage der Armee schwächt die bestehende Regierung, fördert die Befreiung der von ihr unterjochten Nationen und zugleich den Bürgerkrieg gegen die besitzenden Klassen."

Mit gleicher Schärfe drückte sich Lenin in einem Aufsatz aus, den er im Jahre 1917 unter dem Titel „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" veröffentlichte. Er wendete sich darin gegen die Sozialisten, die den alten Punkt ihres Programms: „Miliz" oder „Volksbewaffnung" durch einen neuen „Entwaffnung" ersetzen wollten.

„Die Sozialisten", sagte er, „können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören Sozialisten zu sein. . . . Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner



revolutionärer Kriege sein. . . . Zweitens: Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.

Drittens schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht in den verschiedenen Ländern höchst ungleichmäßig vor sich. Das kann im Zeitalter der Warenproduktion nicht anders sein. Daraus folgt der unvermeidliche Schluß: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen; andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Reibungen erzeugen, sondern auch das direkte Streben der Bourgeoisie anderer Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie. . . .

Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande, niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriiert haben, werden die Kriege unmöglich werden! Und es ist wissenschaftlich gar nicht richtig — und gar nicht revolutionär —, wenn wir gerade das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das, was beim Übergang zum Sozialismus den schwersten Kampf erfordert, umgehen oder vertuschen. . . .

Dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung. Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffen zu kennen, sich in Waffen zu üben und Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, miß-

handelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns selbst zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß keine Rettung daraus möglich und denkbar ist, als nur durch Klassenkämpfe. . . . Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten und wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die Forderung der „Entwaffnung“ aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, sie zu expropriieren und zu entwaffnen — das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, begründet und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher dann — aber nicht früher — tun wird.

Und wenn der heutige Krieg in reaktionären Sozialpfaffen und weinerlichen Kleinbürgern vor Schrecken und Furcht nur Abscheu vor Waffengebrauch, vor Tod und Blut erzeugt, so sagen wir dagegen: Die kapitalistische Gesellschaft war und ist immer ein Schrecken ohne Ende. Und wenn jetzt durch diesen reaktionärsten aller Kriege dieser Gesellschaft ein Ende mit Schrecken bereitet wird, so haben wir keinen Grund zu verzweifeln.“ . . .

Dieselben Grundsätze entwickelte Lenin in dem Abschiedsbrief, den er im Frühjahr 1917 vor seiner Abreise aus der Schweiz im Auftrage der abwesenden russischen Genossen (die diesen Brief in einer Versammlung vom 8. April 1917 guthießen) an die Schweizer Arbeiter richtete. Er erklärte darin:

Wir sind keine Pazifisten. Wir sind Gegner der imperi-



alistischen Kriege, die von den Kapitalisten wegen des Anteiles an der imperialistischen Beute geführt werden. Aber wir haben es immer für einen Unsinn erklärt, wenn man dem revolutionären Proletariat zumutet, auf die revolutionären Kriege zu verzichten, die sich im Interesse des Sozialismus als notwendig zeigen können. Die Aufgabe ist riesenhaft groß. Sie kann nur in einer großen Reihe von Klassenschlachten zwischen dem Proletariat und der Bourgeosie gelöst werden. ... Dem russischen Proletariat ist die große Aufgabe zuteil geworden, eine Reihe von Revolutionen zu beginnen, die mit objektiver Notwendigkeit durch den imperialistischen Krieg erzeugt worden sind. Vollkommen fremd ist uns aber der Gedanke, das russische Proletariat als das auserwählte Glied der proletarisch-internationalen Familie zu betrachten. Wir wissen sehr gut, daß das russische Proletariat schwächer organisiert und weniger geistig vorbereitet ist als die Arbeiterklasse anderer Länder. Nicht besondere Qualitäten, sondern besondere historische Bedingungen haben das russische Proletariat für eine möglicherweise kurze Zeit zum Vorkämpfer des revolutionären Proletariats der ganzen Welt gemacht. ... Das russische Proletariat ist nicht imstande, mit eigenen Kräften allein die sozialistische Revolution siegreich durchzuführen. Aber es kann der jetzigen russischen Revolution eine Schwungkraft verleihen, die die besten Bedingungen für eine derartige Umwälzung schaffen und sie in gewissem Sinne beginnen würde. Es kann die Bedingungen erleichtern, unter denen sein hauptsächlichster und treuester Bundesgenosse, das europäische und amerikanische Proletariat, in den entscheidenden Kampf treten würde.

Mögen die Kleingläubigen sich dem Pessimismus ergeben, weil im europäiichen Sozialismus solche abstoßende Lakeien der imperialistischen Bourgeosie vorübergehend gesiegt haben, wie die Scheidemänner, Legien, David u. Co. in Deutschland, Huesde, Sombat, Renaudel u. Co. in Frankreich, die Fabin und die Mitglieder der „Labour Party“ in England. Wir sind fest überzeugt, daß die Wellen der Revolution diesen schmutzigen Schaum, der auf der internationalen Arbeiterbewegung schwimmt,



schnell wegspülen werden. In Deutschland kochte es schon im Kessel der proletarischen Masse, die so viel der Menschheit und dem Sozialismus durch ihre ununterbrochene und hartnäckig-standhafte organisatorische Energie im Laufe vieler Jahrzehnte des europäischen „Stillstandes" (1871—1914) gegeben hat. Die Zukunft des deutschen Sozialismus repräsentieren nicht die Verräter, die Scheidemann, Legien, David und Co., und auch nicht die wankenden, charakterlosen, in der Routine der „friedlichen" Zeit verrosteten Gestalten Haase, Kautsky und Co. Die Zukunft des deutschen Sozialismus gehört derjenigen Richtung an, die Karl Liebknecht hervorgebracht, die „Spartakusgruppe" gebildet und die in der Bremer „Arbeiterpolitik" ihren Ausdruck gefunden hat.

Die objektiven Bedingungen des imperialistischen Krieges leisten die Gewähr, daß die Revolution nicht auf der ersten Etappe der russischen Revolution stehen und auf Rußland nicht begrenzt bleiben werde. Das deutsche Proletariat ist der treueste und zuversichtlichste Bundesgenosse der russischen und der internationalen proletarischen Revolution. Als unsere Partei im November 1914 die Losung aufstellte: „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg der Unterdrückten gegen die Unterdrücker und für den Sozialismus", da stieß diese Losung auf den feindlichen und böswilligen Spott der Sozialpatrioten, und auf das ungläubig-skeptische, charakterlos abwartende Schweigen der Sozialdemokraten des „Zentrums" . . . Jetzt, nach dem März 1917, vermag nur ein Blinder nicht einzusehen, wie richtig diese Losung war. Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg fängt an, Tatsache zu werden. Es lebe die beginnende proletarische Revolution in Europa!"

Die anderen Aufsätze, die Lenin in Verbindung mit Zinowjew schrieb, haben folgende Aufschriften: Die Grundsätze des Sozialismus und der Krieg vom Jahre 1914/15; Klassen und Parteien in Rußland im Zusammenhang mit dem Kriege; Wiederaufbau der Internationale; Geschichte



der Spaltung und die heutige Lage der Sozialdemokratie in Rußland.

Die Aufsätze Trotzkys sind überschrieben: Die Balkanfrage; Österreich-Ungarn; Der Kampf gegen den Zarismus; Der Krieg gegen den Westen; Der Verteidigungskrieg; Der Zusammenbruch der Internationale; Die revolutionäre Epoche.

Schriften dieser Art liest man mit ganz anderen Gefühlen und mit weit größerem Interesse als in früheren Zeiten, als man noch des Glaubens lebte, es handle sich um Theorien, die wohl nie oder doch nur in beschränktem Maße und vielleicht nur in Rußland in die Tat umgesetzt würden. Denn heute müssen wir konstatieren, daß da Grundsätze entwickelt und Pläne geschmiedet worden, nach denen schon jetzt die Revolutionäre bei uns ihre verderbliche Arbeit tun. Und mit Schrecken erkennt man daraus, was uns noch bevorsteht, wenn man sich nicht endlich ermannt, um dem drohenden Verderben Einhalt zu tun.

XVIII.

Zur Geschichte des Anarchismus.

II.

(Schluß.)

Der Nieuwe Rotterdamsche Courant brachte am 29. November 1918 Äußerungen über die gegenwärtigen Zustände in Rußland von seiten des aus St. Petersburg zurückgekehrten holländischen Gesandten Oudendijk, der volle 25 Jahre in Rußland war.

Bismarck solle einmal, so äußert sich Oudendijk, den Wunsch ausgesprochen haben, man möge den Sozialisten ein Land zur Verfügung zu stellen, wo sie nach ihrem System schalten und walten und so zeigen könnten, was sich mit ihrem System



erreichen lasse. Es scheint, daß die göttliche Vorsehung Rußland für dieses Experiment bestimmt hat. Das Ergebnis aber ist, daß das neue „erlösende" Regime mehr Tyrannei, Greuel, Bestechung und Elend gebracht hat, unendlich viel mehr, als bisher irgend ein System in Rußland gebracht hat.

Der nationale Reichtum, Wohlfahrt, ja die ganze Zukunft Rußlands sind durch eine kleine Clique von Leuten mit Wissen und Willen, sogar mit dem größten Raffinement und einer erschreckenden Energie vernichtet. St. Petersburg ist menschenleer, und die wenigen Leute, denen man überhaupt noch begegnet, gehen umher wie Skelette mit ausgezehrten Gesichtern und tiefliegenden Augen. Die Pferde stürzen auf der Straße tot vor dem Wagen nieder. Es waren Russen bei mir, denen man gesagt hatte, der holländische Gesandte können ihnen helfen, die in meinen Armen ohnmächtig vor Hunger und Elend zusammenbrachen. Handel und Industrie, Bank- und Grubenwesen, alles ist stillgelegt: die Banken geplündert, das bare Geld und die Wertpapiere beschlagnahmt. die Wechsel-Portefeuilles nach den vier Windgegenden zerstreut; mit den konfiszierten Gütern und Geldern sucht man einen Tauschhandel nach dem Auslande zu führen.

Das Land und seine Bewohner sind dem allergrößten Elend und der Verzweiflung überliefert, Lebensmittel gibt es sozusagen keine, auch wenn Karten dafür ausgegeben werden. Die Lebensmittel sind einfach nicht da. Das Eisenbahnwesen und damit die Zufuhr von Lebensmitteln ist absolut gelähmt. Nur auf den Hauptlinien besteht noch einigermaßen ein Verkehr. Die Züge kriechen von Bahnhof zu Bahnhof: ist ein Zug eine Stunde gefahren, so bleibt er wieder anderthalb Stunden liegen; von irgendwelchem Fahrplan ist keine Rede; die Eisenbahnabteile sind leergestohlen, die Polsterung, die Vorhänge, alle Kupferteile sind weggenommen. Nachdem die Grenzen hermetisch verschlossen sind, ist eine Reise ins Ausland nur für den möglich, der über die nötigen Geldmittel zur Bestechung der Grenzbehörden verfügt. Auch bei Reisen im Inland herrscht ein unerhörter Paßzwang: auf einer Fahrt von St. Petersburg



nach Moskau hat man sich dreimal einer Zollrevision zu unterwerfen.

Das Volk hat jegliche Energie verloren. Alles, was es an Energie besaß, ist systematisch niedergeschlagen und zertreten. Polizei, Sicherheitsdienst, Gerichte bestehen nicht mehr und haben den Platz geräumt für Terrorismus und Willkür. Nie sind die Verhaftungen und Hinrichtungen unter dem früheren Regime so zahlreich gewesen wie jetzt. Wie oft habe ich laut weinende Frauen gesehen vor den Toren der Gefängnisse; sie suchten nach ihren Gatten, Söhnen und Vätern, die man ihnen ohne weiteres genommen hatte und von denen sie keine Spur zu entdecken vermochten. Herzzerreißend war es, wenn man sich unter die Gruppen solch unglücklicher Menschen mischte!

Das Regime der „Freiheit" der Bolschewiki hat nur niedergerissen und verwüstet, aufgebaut hat es nichts. Die Bolschewiki machen große Worte in der Presse und in Versammlungen; das praktische Ergebnis von allem ist lediglich, daß das Volk dem Hunger und Elend überliefert ist, wie nie zuvor in irgend einem Lande der Welt. Selbst für das Proletariat ist nichts mehr übrig geblieben. Nur im Schleichhandel ist für Blutgeld noch manches zu haben, und wenn man sich das Leben erhalten will, ist man gezwungen, sich auf diesem Wege das allernotwendigste zu beschaffen. Der geheime Handel mit Lebensmitteln ist deshalb ein unbeschreiblicher: ein russisches Pfund (d. h. 400 Gramm) Butter kostet 50 bis 70 Rubel, ein Pfund Fleisch 22 bis 25 Rubel (früher 25 Kopeken), ein Pfund Brot 15 Rubel (früher wenige Kopeken) und dazu ist das Brot eine feuchte, ungenießbare Masse. Dies sind die Preise im Schleichhandel; die Tatsache aber, daß man dieselben bezahlt, ist ein Beweis dafür, wie groß die Hungersnot ist.

Für die rationierten Lebensmittel ist die Bevölkerung in vier Gruppen geteilt. Zu der ersten Klasse, die am meisten bekommt, gehört die „Elite" der Arbeiter, die sogen. Schwerarbeiter; in Wirklichkeit das allerschlimmste Gesindel, die größten Verbrecher. Diese bekommen nominell täglich 200 Gramm Brot. Zu der zweiten Klasse gehören die gewöhnlichen — wirklichen —

Arbeiter, die leichtere Arbeit verrichten; sie haben ein Recht auf 100 Gramm Brot. Die dritte Klasse umfaßt den kleinen Beamtenstand mit 50 Gramm Brot. Die vierte Klasse endlich bilden die Bourgeois, in St. Petersburg „Boursjous" genannt, mit 25 Gramm Brot im Tag. Letztere Gruppe bekam seit einiger Zeit gar nichts mehr. Die ganze Rationierung bedeutet in der Praxis, daß die große Mehrheit des Volkes gar nichts bekommt. Kohlen sind schon lange nicht mehr zu haben. Brennholz kostet pro Badem statt früher 7 Rubel heute 220 Rubel. Der Betrieb der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerke wird, so gut es geht, aufrechterhalten mit Naphtha als Heizmaterial; aber auch mit diesen Vorräten geht es zu Ende. Man zittert bei dem Gedanken an das namenlose Elend des russischen Volkes in diesem Winter. Der Gesundheitszustand ist unter solchen Verhältnissen naturgemäß schlecht. Der Hospitaldienst ist völlig desorganisiert. Medikamente gibt es sozusagen keine mehr.

Anläßlich des Revolutionsfeiertages (7. und 8. November) hat man in St. Petersburg überall Ehrenpforten errichtet; die öffentlichen Gebäude wurden in verschwenderischer Weise mit Stoffen behängt, die in futuristischem Stile bemalt und mit bolschewistischen Aufschriften versehen waren. Es wurden daran etwa 300 000 Ellen Stoff vergeudet, während das Volk keinen Zentimeter Stoff für ein Hemd kaufen kann. Die Löhne der Arbeiter, die diese Ehrenpforten zu errichten hatten, betrugen pro Tag und Mann 250 Rubel.

Der Leichtsinn, mit dem man das Geld verschleudert, ist fabelhaft. Kurz vor meiner Abreise aus St. Petersburg erschien ein Regierungserlaß, der eine einmalige Steuererhebung von 10 Milliarden anordnete, die von den „Boursjous" aufzubringen sind. Dieselben sind aber dazu gar nicht imstande, da man sie bereits völlig ausgeplündert hat. Diese Steuererhebung wird deshalb praktisch darauf hinauslaufen, daß man ihnen den letzten Rest ihrer Habe wegnimmt.

Im übrigen ist das Geld heute billig; man braucht es nur zu drucken. Die Druckpressen sind geduldig. Man hat nur die eine Sorge, daß die blaue Farbe ausgeht. Täglich er-

scheinen neue Geldwerte, unnumeriertes, nicht unterzeichnetes Papiergeld. Niemand weiß, welche Beträge bereits im Umlauf sind; dabei fehlt jede entsprechende Deckung. Man kann ruhig annehmen, daß der Gesamtbetrag des auf diese Weise in den Verkehr gebrachten Papiergeldes 50 Milliarden Rubel beträgt. Man begreift nicht, wie es unter diesen Umständen mit dem Kredit des Landes gehen soll.

Die Hälfte der Läden in St. Petersburg ist geschlossen, nachdem man sie zuvor völlig zerstört hatte. Die Geschäftsbesitzer haben alle Gewalt über ihr eigenes Geschäft verloren; Arbeiter und Angestellte führen den Befehl, setzen selbst ihren Lohn und die Arbeitszeit fest. Ich habe selbst folgendes Beispiel bei dem Verwandten einer meiner Diener erlebt. Der Betreffende hatte ein kleines Geschäft in der Provinz, war jedoch kaum besser gestellt als ein Arbeiter. Da er aber ein Geschäft das seinige nannte, gehörte er zu den „Boursjous"; das Geschäft wurde ihm deshalb geraubt, er selber ins Gefängnis geworfen, seine Familie der Armut und dem Elend überliefert. Ein jeder, der versucht, ein paar tausend Rubel für sich zu behalten, gehört zu den „Boursjous" und ist gebrandmarkt als Kapitalist. Es sind daher neben den Soldaten nur die Aller-Allerärmsten, auf die die Regierung sich stützen kann. Auch unter den Bauern kann sie nur auf die Allerärmsten rechnen, die gar nichts besitzen; diese werden organisiert, damit sie den besser situierten Bauern ihr Hab und Gut wegnehmen. Der Grundbesitz ist, wie man sagt, „nationalisiert", was tatsächlich bedeutet, daß der eine sich das aneignet, was dem andern mit Gewalt genommen ist. In vielen Fällen aber wollen die Diebe selbst das „nationalisierte" Land nicht haben, weil sie fürchten, dadurch „Boursjous" zu werden. Das Ergebnis ist, daß die Äcker unbebaut liegen bleiben oder doch ungenügend bearbeitet werden, so daß man ruhig behaupten kann, der russische Ackerbau habe größtenteils aufgehört zu bestehen.

Große Plakate an den Straßenecken fordern die Ärmsten unter den Proletariern auf, die Wohnungen der „Boursjous"



in Besitz zu nehmen. Die Bewohner werden gezwungen, die Häuser in einer Frist von zwei Stunden zu räumen und dabei alle Möbel zurückzulassen. Unaufhörlich kann man beobachten, wie solche Wohnungseinrichtungen „konfisziert", in Wirklichkeit gestohlen werden. Die Bewohner können zusehen, wie sie sich ein Obdach beschaffen. Diese traurigen Vorfälle sind so alltäglich, daß man sie kaum mehr beachtet. Die Dienstboten führen ein kümmerliches Dasein. Niemand hat Arbeit für sie, so daß sie nicht wissen, was sie tun sollen. Sie bieten ihre Dienste an, indem sie nur Nahrung und Unterkunft fordern. Viele „Boursjous" suchten ihr Leben zu fristen, indem sie auf der Straße Zeitungen oder Süßigkeiten feilboten; die Erzählungen, daß Generale hausieren und Fürstinnen als Ladenmädchen tätig sind, beruhen vollkommen auf Wahrheit. Aber auch das wurde ihnen verboten, um ihnen die letzten Einnahmequellen zu entziehen. Diejenigen, die schöne Möbel, Kostbarkeiten, Antiquitäten und ähnliches besaßen, haben dies eiligst verkauft, um von dem Erlös zu leben. Aber auch das geht nicht mehr. Jeder Abtransport von Möbeln ist nur erlaubt, wenn man einen Erlaubnisschein der Regierung besitzt, und einen solchen bekommen die „Boursjous" natürlich nicht.

Die Armee ist vollkommen zerrüttet. Die Truppen, über die die jetzige Regierung verfügt, bestehen aus den Radikalsten der Radikalen, die man durch exorbitant hohe Besoldung und besonders gute Verpflegung zusammenhält.

Von dem, was in der Welt, im Inlande oder Auslande, vor sich geht, erfährt man nichts. Es erscheinen nur die Regierungsblätter, und diese bringen nur einseitigste Tendenzberichte. Die Zensur übt einen bisher nie gekannten Terrorismus. Im Anfang der Schreckenszeit erhielt man noch deutsche Zeitungen. Seitdem die Einfuhr derselben verboten ist, war man in St. Petersburg bezüglich der Vorgänge in der Welt völlig im Dunkeln.

Die Arbeitslosigkeit herrscht in erschreckendem Maße. Alle Fabriken sind ruiniert. Die Maschinen werden abtransportiert, bezw. von einer Fabrik in die andere geschleppt. Den wenigen Arbeitern, die noch arbeiten, müssen fabelhafte Löhne gezahlt

werden, bei einer Leistung gleich null. Die Unternehmer sind dadurch gezwungen, ihre letzten Barmittel mit vollen Händen hinauszuwerfen. Nur ein mächtiger Zufluß von ausländischem Kapital ist imstande, die vernichtete Industrie wieder zu heben.

Von irgendeiner Begeisterung für das neue Regime ist nichts zu merken. Die Bolschewiki unterhalten sich in Theatern, Bioskopen usw. Im kaiserlichen Palast wurde ein Bioskop-Theater eingerichtet. Die „Bourgjous" wagen sich kaum auf die Straße, nachdem die öffentliche Sicherheit ganz geschwunden ist.

Die Zustände auf dem Lande sind im allgemeinen bedeutend besser als in den Städten, da die Bauern ihr weniges Getreide nicht abgeben, so daß sie sich besser ernähren können. Die in Sibirien aufgehäuften Mengen von Getreide und Rohstoffen sind für die Regierung in St. Petersburg unerreichbare Güter.

Das Ergebnis der in Rußland angewandten Methoden ist dieses: Anstatt die unteren Volksklassen zu heben, hat man alle Klassen der Bevölkerung hinuntergezogen in den Kot; man hat alle „gleich" gemacht in Hunger und Elend.

So weit der holländische Gesandte Oudendijk.

Als letzter Augenzeuge sei noch angeführt der Hamburger Großkaufmann Rudolf Petersen, der am 30. Nov. 1918 einen Vortrag hielt über „Russische Zustände unter bolschewistischer Herrschaft". Die Berliner Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen „Bank-Archiv" hielt den Vortrag für so bedeutend, daß sie denselben in der Nr. 5 vom 1. Dezember 1918 vollständig abdruckte.

Einleitend bemerkt Petersen: „Während der letzten fünf Monate lebte ich in Moskau, wo ich an der Leitung der mit der Fürsorge und Heimschaffung der Kriegs- und Zivilgefangenen betrauten Kommission beteiligt war. . . . Meine Stellung bot mir reichlich Gelegenheit, mit den Führern der russischen Volksrepublik zu arbeiten und die Lage des Landes zu beobachten. Ich erwähne gleich, daß ich persönlich zu denselben bis zum Schluß angenehme Beziehungen unterhielt und sogar die zweifelhafte Ehre genoß, von ihnen als einer der immerhin noch erträglichsten „Bourjous", wie man die Bürger dort nennt, an-



gesehen zu werden. Mein Urteil ist deshalb nicht etwa durch persönliche Feindschaft beeinflußt." Er erachtet es aber für seine Pflicht zu sprechen: „Unser geliebtes Deutschland an meinem schwachen Teil vor dem Martyrium zu bewahren, unter dem ich fünf Monate ein ganzes Volk habe bluten sehen, habe ich geglaubt, diese Worte heute an Sie richten zu sollen." Wenn Petersen auch die Gefahr in Deutschland nicht für so groß erachtet, wie in Rußland mit seinen 65% Analphabeten, hält er doch die größte Wachsamkeit und Tatkraft für geboten: „Es dürfen aber (bei uns) die nicht bolschewistischen Elemente nicht schlafen und dem Schicksal seinen Lauf lassen, insbesondere muß das Bürgertum seine bisher ausschließlich den Gebieten des Erwerbs und der Bildung gewidmete Energie zukünftig auch politisch anwenden. Es muß begreifen, daß es jetzt nicht nur um materiellen Wohlstand geht, sondern um die Möglichkeit, auch weiterhin ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Religion und Freiheit stehen auf dem Spiel."

Auch Petersen hebt stark hervor, daß es sich in Rußland um eine kleine Minorität handelt, die die Majorität vergewaltigt: „Wie wenig der Bolschewismus als Ausfluß der Gesinnung des russischen Gesamtvolkes gelten kann, geht daraus hervor, daß 90% der Regierungsmitglieder **Juden**, einige weitere Prozent Letten und nur der Rest wirkliche Russen sind. . . . Das 130 Millionen starke russische Volk läßt sich also tatsächlich fast ein Jahr lang ausschließlich von fremden oder bisher unterjochten Völkern regieren. Jeder wird zugeben, daß es ein unmöglicher Zustand ist, daß ein Bruchteil der russischen Bevölkerung, nämlich die etwa 1% Juden, in ausschließlicher Weise das Land beherrscht." An der Spitze der augenblicklich unumschränkt ganz Rußland beherrschenden außerordentlichen Kommission gegen Spekulation und Gegenrevolution „steht jetzt ein Jude Herr Peters".[1])

1) Petersen erklärt den Parteinamen Bolschewiki, weil diese im Gegensatze zu den Menschewiki (mensche = weniger), die weniger radikale Forderungen aufstellten, mehr (= bolsche) verlangten. Den eigentlichen Ursprung des Namens gibt wohl richtiger der



Nur einige Einzelheiten aus dem Berichte.

Auf Grund der sozialistischen und antikapitalistischen Überzeugungen der Bolschewisten wurden zunächst alle Staatsanleihen, Obligationen, Aktien für ungültig erklärt. Alle Banken wurden geschlossen unter Überführung ihrer Debitoren und Kreditoren auf die neugegründete Volksbank, Auszahlungen von Guthaben aber nur zu ganz geringen Beträgen mit jeweiliger Genehmigung der betreffenden Arbeiter- und Soldatenräte geleistet, Grund und Boden samt Häusern für Staatseigentum erklärt und unter die Bauern verteilt. In den Städten ging das Einzelwohnhaus in den Besitz des Staates, die übrigen in die Verwaltung der Hauskomitees über, welche die Mieten zugunsten der Verwaltung der Häuser vereinnahmten. — Alle Fabriken und der Engroßhandel wurden verstaatlicht, jeder Handel mit dem Auslande oder im Inlande verboten, kurz und gut, jede freie Erwerbstätigkeit unterbunden, jeder Privatbesitz aufgehoben. Wohlverstanden, alles ohne jegliche Entschädigung an die bisherigen Besitzer! Was wunder, daß Not und Arbeitslosigkeit entstanden in breiten Schichten der Bevölkerung, daß Angestellte, Handwerker usw. brotlos wurden, weil das ganze Wirtschaftsleben stockte und die Gegner des Bolschewismus sich so vermehrten, daß dieser bei den Wahlen zur Konstituante eine glatte Niederlage erlitt. Um sich an der Regierung zu halten, jagten nun die Bolschewisten die Konstituante mit Waffengewalt auseinander und errichteten offiziell das Regiment des Roten Terrors. Jede öffentliche Bekundung einer nichtbolschewistischen Meinung wurde untersagt, also das Erscheinen aller nichtbolschewistischen Blätter eingestellt. Eine Beschränkung machte immer weitere notwendig! Jede Fahrt von einem Platze zum andern wurde von der jeweiligen

hier kompetente Lenin. Derselbe schreibt in seinem Buche „Staat und Revolution", Bern 1918, S. 120: „Bolschewik (Mehrheitler) drückt nichts weiter aus als den rein zufälligen Umstand, daß wir 1903 auf dem Brüssel-Londoner Kongreß die Mehrheit hatten". Später sei der Name zum weltberühmten Ehrennamen geworden. Der offizielle Name der Partei sei jetzt „Kommunisten (Bolschewiki)".



Erlaubnis der Arbeiter- und Soldatenräte abhängig gemacht, jede Versammlung nichtbolschewistischer Parteien überhaupt verboten. Alle Zivil- und Strafgerichte wurden aufgehoben und die alleinige richterliche Macht in die Hand des Revolutionstribunals gelegt.

Die Verzweiflung trieb das Bürgertum zu Putschen und Attentaten, die durch immer drakonischere Maßnahmen beantwortet wurden. Fast auf jedes Vergehen wurde Todesstrafe festgesetzt. Als auch dieses nicht half, wurden Geiseln in jeder Stadt verhaftet und bei jedem Attentat rücksichtslos erschossen. So sind Hunderte und Tausende, selbst offiziell für unschuldig erklärte Menschen, hingemordet worden. Man ging noch weiter! Alles genügte nicht. Das Attentat auf einen bolschewistischen Politiker namens Uritzki in Petersburg wurde dadurch bestraft, daß die ganze Verwandtschaft des Täters, bestehend aus zwei Familien, bis zu den Säuglingen herunter getötet wurde. Verhaftungen ohne jeden Grund erfolgten auf Schritt und Tritt. Einer großen Anzahl auch meiner Mitarbeiter wurde dieses Los zuteil, und in der letzten Zeit bestand ein erheblicher Teil meiner Tätigkeit darin, diese Leute wieder aus den Wachen und Gefängnissen zu befreien. So erhielt ein Balte, weil sein Haus, in dem er zu Miete wohnte, nicht vorschriftsmäßig angemeldet war, einen Zahlungsbefehl auf 100 000 Rubel. Weil er über diese Summe nicht verfügte, wurde er gefangen genommen und zu drei Monaten Zwangsarbeit, bestehend in Entladung von Eisenbahnwaggons, verurteilt.

Um zu leben, begann das Bürgertum sich seinen Lebensunterhalt durch allmählichen Verkauf seiner Kunstgegenstände und Möbel zu verschaffen. Zur Kontrolle des Bürgertums fanden planmäßig Einquartierungen aus den Arbeiterhäusern in die besseren Wohnungen statt. Alle oberen Stockwerke wurden aus strategischen Gründen wegen der Wahrscheinlichkeit der Verwendung der Balkons und Dächer zur Aufstellung von Maschinengewehren geräumt. Ferner beschloß der Rote Terror, alle Bürgerlichen unter Zurückhaltung ihres gesamten Mobiliars, Kleidung usw. mit 24stündiger Frist auszusiedeln und in den Arbeiter-



wohnungen unterzubringen. Die Arbeiter mußten in die Bürgerquartiere ziehen. Daß diese geniale Maßnahme die Arbeiter weit weg von ihren Fabriken wohnen ließ, daß die Arbeiter sich, wenn sie zwei Zimmer in einem modernen Palast bewohnen mußten, für dessen Unterhalt ihnen die Mittel natürlich fehlten, dort unglücklich fühlten, schien den weisen Regenten um so weniger ein Hinderungsgrund, als die Fabriken in letzter Zeit doch durch den Mangel an Rohmaterial und die übrigen Regierungsmaßnahmen zu 90 v. H. zum Stillstand verurteilt sind. Dieser Rest von 10 v. H. wird dadurch künstlich in Gang gehalten, daß die bisherigen Besitzer, Direktoren und Angestellten bei Todesstrafe ihre Stellung beibehalten müssen, das Gehalt dafür aber von der jeweiligen Bewilligung der Arbeiterräte abhängig ist. — Da die Löhne der Arbeiter unabhängig von der Beschäftigung derselben bezahlt werden müssen und phantastische Höhe erreicht haben, ist an eine Rentabilität nicht zu denken. Auch das hindert nicht, denn es wird als wünschenswertes Ziel betrachtet, das Bankguthaben der Besitzer durch Zahlung der Löhne an die Arbeiter möglichst bald aufzubrauchen.

Wenn durch diesen Ruin des Mittelstandes die arme Bevölkerung glänzende Zeiten erleben würde, ließe sich noch vieles verstehen, das Gegenteil ist aber der Fall! Der Großgrundbesitz ist restlos an die Bauern verteilt. Diese liefern aber freiwillig keine Vorräte ab, weil alles Gold und das meiste Papiergeld doch längst in ihren Händen ist und sie keine Industrieerzeugnisse oder den früher so ersehnten Schnaps dafür erhalten können. So muß auch hier rohe Gewalt angewendet werden! Durch Bauernräte, in denen nur der Dorfbewohner Mitglied ist, der kein Eigentum hat, werden mit Gewalt Requirierungen bei den übrigen vorgenommen. Erfolg: Kampf in jedem einzelnen Dorf und doch ohne Erfolg für die Regierung, da die armen Bauern ebensowenig geneigt sind, das Ergatterte abzuliefern, sondern es vorziehen, ihre Erzeugnisse in die Erde zu vergraben, Korn darüber zu säen und es dort lieber vermodern zu lassen, als herauszugeben. — So lange durch Teilung noch etwas zu bekommen war, waren sie Bolschewisten, nachdem alles Land in ihrem Besitz ist, und es



gilt, mit den Städtern zu teilen, ist die Begeisterung gänzlich verflogen, und der Bolschewismus hat auf dem Lande gänzlich ausgespielt.

Strafexpeditionen wurden aus den Städten entsandt. Die Bauern reißen die Schienen auf und morden die Regierungsvertreter, wo sie nur können. Infolgedessen wird die Lebensmittelnot in den Städten immer größer. Von der in vier Gruppen eingeteilten Bevölkerung erhält die am besten gestellte, die der Arbeiter, $^1/_8$ Pfund Brot russisch = 50 Gramm für den Tag, die zweite etwas weniger, die dritte und vierte überhaupt nichts. — Bürgerliche haben, wie offiziell in den Regierungserlassen erklärt ist, keinen Anspruch auf Ernährung, da sie dem Staate keine nützliche Arbeit leisten! Trotz der härtesten Maßnahmen ist im Schleichhandel dabei alles zu haben! Ein Stück Zucker kostet 1 Rubel, Brot etwa 30 Rubel das Pfund. Butter 40 Rubel das Pfund, ein Anzug 1800 Rubel usw. Die kleinste Droschkenfahrt in Moskau kostet 20 Rubel, eine Fahrt von der Bahn zur Stadt bei gutem Wetter 50 bis 60 Rubel, bei schlechtem Wetter 150 bis 200 Rubel. Die Kaufkraft des Geldes ist auf ein Mindestmaß gesunken! Muß es da nicht wie Hohn erscheinen, wenn die russischen Machthaber sich großmütig erbieten, für Waffenhilfe gegen die Entente uns Lebensmittel liefern zu wollen? —

Die Großstädte sind entvölkert, Petersburg hat über die Hälfte, Moskau ein Viertel seiner Einwohner verloren. Jeder, nicht nur der Kapitalist, sondern auch der Erwerbtreibende, denn für diese ist die Lage am schlimmsten, weil sie die Ersparnisse längst aufgezehrt haben, ja, ein großer Teil des Proletariats versucht, durch Flucht unter Beschaffung von Flüchtlingspässen auf dem Bestechungswege, die umliegenden Gebiete, das Baltikum, die Ukraine und das von den Engländern besetzte Nordrußland unter Zurücklassung seiner gesamten Habe zu erreichen. — Was hilft es dem Beamtentum, daß die Gehälter immer weiter erhöht werden, kürzlich durch einen Befehl der Regierung im ganzen Reiche von einem Tag zum anderen um 100 v. H.! Wo nichts ist, nützt kein Geld mehr!



Man fragt sich angesichts dieser Lage immer wieder, wie den zum Teil doch intelligenten Mitgliedern der Regierung nicht allmählich die Augen aufgehen, was sie anrichten. Auf meine Frage habe ich dann stets die Antwort erhalten, das wären notwendige, vorübergehende, unvermeidliche Übel. Es müsse in der neuen Menschheit jeder Trieb zum persönlichen Erwerb mit Gewalt ausgerottet werden. Erst dann werde sich eine befriedigende neue Gesellschaftsordnung entwickeln. —

Die vorstehenden Mitteilungen Petersens werden noch ergänzt durch einen im „Bankarchiv" wiedergegebenen Bericht eines Schweizers, der bis zum Oktober 1918 in der Volksbank der russischen Republik in Moskau tätig war. Der Bericht stellt klar, wie schnell die russische Volkswirtschaft unter dem Bolschewismus sich der Auflösung nähert. Vor dem Krieg betrug der Banknotenumlauf etwa 4½ Milliarden Rubel, die mit fast 98 v H. in Gold gedeckt waren. Ende Oktober 1917 war der Notenumlauf auf 46 Milliarden gestiegen, die nur noch mit 21 v. H. gedeckt waren. Mitte Oktober 1918 belief sich die Papierzirkulation auf 179 Milliarden, wovon 133 Milliarden von den Bolschewiki ausgegeben waren. Die Golddeckung kann höchstens 2 v. H. dieser Papiermasse betragen. — —

Das hier angestellte Verhör von Augenzeugen verschiedener Nationen und Richtungen könnte vielleicht etwas zu weitläufig erscheinen, aber es war nötig, um den jeder Kritik standhaltenden unwiderleglichen Beweis zu erbringen, daß der Bolschewismus Bankrott gemacht und nur Hungersnot, Verelendung und Barbarei gezeitigt hat.[1])

1) Die letzten Nachrichten berichten von keiner Minderung, sondern von einer täglich wachsenden Steigerung des Elendes. Eine Depesche aus dem Haag vom 21. Januar 1919 besagt: Flüchtlinge aus Moskau berichten, daß die Hälfte der Bevölkerung zugrunde gegangen ist. In der während des Abends herrschenden Finsternis stürzt man auf den Straßen über zahlreiche herumliegende Tierkadaver und auch Menschenleichen, aber auch noch lebende Menschen, die verhungert oder krank zusammengebrochen sind. Die Geistlichen sitzen meist im Gefängnis. Die Leichen der

Dieser Beweis ist um so beweiskräftiger, als die hier bezeugten greuelhaften Einzelheiten teils von dem Bolschewisten-Programm direkt gewollt sind, teils sich mit psychologischer Notwendigkeit aus demselben ergeben.

Eine deutsche Ausgabe dieses Programms ist Mitte 1918 in Bern erschienen: „N. Bucharin, Programm der Kommunisten (Bolschewiki) Bern-Belp 1918.“ Als Herausgeber nennt sich der Züricher Nationalrat Fritz Platen.[1]) Hier wird die einseitigste, alleinige Diktatur des Proletariats als leitender Grundsatz aufgestellt.

„Die Diktatur des Proletariats bedeutet eiserne Macht, eine Macht, die kein Erbarmen hat mit ihren Feinden. Die Diktatur der Arbeiterklasse bedeutet die Regierungsgewalt der Arbeiterklasse, welche die Bourgeoisie und die Grundbesitzer erstickt.“ Der Weg dazu ist die Revolution. Die März-Revolution in Rußland hat den Gutsbesitzern und dem Zaren Gewalt angetan; die Oktober-Revolution bedeutet die Vergewaltigung der Bourgeois durch die Arbeiter und Soldaten. „Diese Gewalt ist heilig“. Auf dem Wege der Versöhnlichkeit, wie es die Menschewiki und die Sozialisten-Revolutionäre wollen, kommt nichts Gutes heraus. Auch nach Niederwerfung der Bourgeois müssen diese weiter vernichtet werden, damit sie sich nicht wieder rühren können. Deshalb darf kein Parlament und keine allgemein zugängliche demokratische Republik geduldet werden, deshalb ist die allgemeine Waffenpflicht nur für die Arbeiter und Bauern festgelegt. Die Bourgeoisie muß entwaffnet bleiben, sie darf nicht zur roten Armee zugelassen werden, für sie besteht keine Wahlberechtigung, keine Freiheit der Person, der Versammlung, der Presse. Die Feinde müssen eben „an die Wand gequetscht werden“ im Interesse der Arbeiter. Für die Gegner des

Gestorbenen werden ohne geistlichen Beistand in Gruben geworfen. Die zur Hinrichtung Verurteilten werden zu großen Haufen zusammengetrieben und Mann für Mann in den Kopf geschossen. Dann werden sie ihrer Kleider beraubt und in die Grube geworfen.

1) Eine theoretische Begründung des Programms enthält die besonders gegen Kautsky als „Helfer der Weltbanditen“ gerichtete Schrift von Lenin, Staat und Revolution, Bern 1918.



Volkes kann es keine Freiheit geben: „Das ist ein klarer unwiderleglicher Schluß." Unsere Partei fordert die stete Bereitschaft, die bürgerliche Presse zu unterdrücken, die Versammlungen der Volksfreunde aufzulösen: „Das ist die Diktatur des Proletariats".

Des Weitern führt das Programm als unerläßlich auf die Besitzergreifung der Banken, die Verstaatlichung der Großindustrie, die Arbeitspflicht der Reichen; ihre Arbeiten werden in Arbeitsbüchern eingetragen und nach Befund derselben erhalten sie Brot.

Die ganze Macht liegt in den Sowjets. Der Unterschied zwischen parlamentarischer Regierung und der Sowjetsrepublik besteht (nach S. 28) darin, daß in der Sowjetsrepublik die nicht werktätigen Klassen kein Stimmrecht haben und an den Regierungsgeschäften nicht teilnehmen. Die Sowjets werden von den Arbeitern in den Werkstätten, Bergwerken, Dorfschaften gewählt, ausgeschlossen sind die Intellektuellen, Händler, Gutsbesitzer usw.

Ein besonderes Kapitel (Nr. 17 S. 89 ff.) handelt über „die geistige Befreiung: Kirche und Schule in der Sowjetrepublik". Hier wird der ödeste Atheismus als Grundlage festgelegt. Ein Mittel zur Verdunkelung des Volksbewußtseins ist der Glaube an Gott. „Religion ist das Gift, mit dem das Volk vergiftet wurde und vergiftet wird. Dann wird begreiflich, warum die Kommunistenpartei eine so entschiedene Gegnerin der Religion ist. Die moderne Wissenschaft hat nachgewiesen, daß die ursprüngliche Form der Religion die Verehrung der Seelen der verstorbenen Ahnen war." „Der Glaube an Gott ist also das Abbild der niederträchtigen irdischen Beziehungen, das ist der Glaube an das Sklaventum . . . Selbstverständlich ist in Wirklichkeit nichts von alledem wahr" (S. 90, 93). „Die Religion läßt das Volk nicht allein im Zustande der Barbarei, sondern trägt auch dazu bei, daß es in der Sklaverei verharrt" (S. 94.) „Daraus folgt, die Religion muß bekämpft werden, aber nicht mit Gewalt, sondern durch Überzeugung" (S. 95). Worin



dieser Kampf nur durch Überzeugung besteht, sagen dann die folgenden Punkte des Programms: Kein Geistlicher bezieht Gehalt, kein Geistlicher wird in der Schule geduldet. Forderungen, die, wie das Programm erklärt, momentan in Rußland verwirklicht sind.

Als letztes Ziel stellt das Programm auf nicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern das Absonderungsrecht der arbeitenden Klassen in jeder Nation, die alle zusammengefaßt werden von der Internationalen Sowjetrepublik. Die rechtsstehenden Sozialdemokraten sind die wahren Verräter an der Arbeiterklasse. Männer wie Scheidemann sind die direkten Henker der Arbeiter. Wenn die deutschen Arbeiter gesiegt haben, werden sie gut tun, Scheidemann am selben Galgen wie Wilhelm aufzuhängen.

Die Schlußworte des Programms lauten (S. 118): „Wir Kommunisten haben auf das Banner die goldenen Worte gesetzt, die Marx im „Kommunistischen Manifest“ geschrieben hat: Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Mai 1918.“

In den letzten Worten liegt die große Gefahr für die nächste Zukunft: aus dem Weltkrieg in die Weltanarchie! Eine doppelte Niederlage und ein doppelter Zusammenbruch der nicht auf Gott eingestellten und auf Gott aufgebauten modernen Kultur.

XIX.

Von Friedens-Bedingungen.

(Der finanzielle Teil.)

Was bis jetzt (Mitte Januar) über den finanziellen Teil der Forderungen, unter welchen die Entente mit uns Frieden schließen will, verlautet, klingt höchst unbestimmt; in wesentlichsten Punkten handelt es sich um willkürliche Schätzungen

oder um Hypothesen. An den letzten hat sich selbst Lloyd George beteiligt, als er, vor den Wahlen, Reden hielt.

Ribot, ehemals Finanzminister und ein ernst zu nehmender Mann, gibt die Erfordernisse des französischen Schatzamtes mit 27 Milliarden Fr., das Budget mit 17 Milliarden an; die Herstellung Nord Frankreichs bildet ein besonderes Konto daneben. England, ohne die Dominions, gibt seine Kriegskosten mit rund 500 Milliarden Mark an, wobei die „Entschädigungen“ nicht eingerechnet sind. Eine oder die andere englische Zeitung behauptet, daß man an 200 Milliarden Mark von Deutschland fordern müsse. Eine Angabe berechnet die „Entschädigung“ für Belgien auf 30 Milliarden Fr. und für Nord-Frankreich auf 20 Milliarden Fr.

Angesichts dieser Gebilde der Phantasie ist darauf hinzuweisen, daß es im Interesse des „Gläubigers“ liegt, dem „Schuldner“ keine Bedingungen aufzuerlegen, welche denselben leistungsunfähig machen. Daran erinnert eine aus der Schweiz stammende Berechnung, welche das Höchstmaß der Geldforderung, die die Entente an Deutschland stellen will, auf 100 Milliarden Mark annimmt. Um diese Summe flüssig zu machen, soll eine internationale Anleihe, unter Garantie der Ententemächte und der Vereinigten Staaten, zu 4% Zins und 2% Tilgung ausgegeben werden. Um die Tilgung innerhalb 28 Jahren zu bewirken, würde Deutschland jährlich 6 Milliarden Mark zu zahlen haben.

Auch diese Schätzung ist unverbürgt; sie sei hier erwähnt, weil sie die einzige zu sein scheint, die die wirklichen Verhältnisse nicht ganz und gar außer acht läßt. Auch diese Forderung würde an den Tribut erinnern, den das alte Reich in Tagen der Zerrüttung an die Ungarn zu zahlen hatte, und der schließlich von Kaiser Heinrich III. in der Art abgelöst wurde, daß er den ungarischen Boten, die kamen, um den Tribut zu holen, einen räudigen Hund übergab, und bald darauf das ungarische Heer bei Merseburg aufs Haupt schlug. Vorüber war dann die „kaiserlose, die schreckliche Zeit“ und „ein Herrscher war wieder auf Erden.“



Bekannt ist, daß am 25. Dezember in Trier ein Protokoll unterzeichnet wurde, welches der Entente sämtliche Einnahmen des Reiches und der Bundesstaaten aus Erwerbsbetrieben als Bürgschaften überweist; ferner den Goldbestand der Reichsbank, den Besitz an Auslandwechseln des sogenannten „Devisenausschusses" und den Bestand der Banken usw. an ausländischen Wertpapieren immobil macht. Auch diese Maßregeln sind als „Sicherheiten" für die Entente gedacht. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Ententemächte im neutralen Auslande dahin wirken, daß keine Zahlungen an Deutschland geleistet werden und daß keine Zahlungen aus Deutschland angenommen werden. Der englische Gesandte in Kopenhagen hat an die dänischen Banken ein Rundschreiben gerichtet, des Inhalts, daß die Fortsetzung des gegenseitigen Zahlungsverkehrs mit Deutschland als „unfreundliche Handlung" (gegenüber der Entente) angesehen wird.

Diese Vorgänge bekunden das Bestreben der Ententemächte, den deutschen Zahlungsverkehr mit dem Auslande zu unterbinden. Diesem Bestreben unterliegt zunächst die Absicht, alle Zahlungsmittel Deutschlands, — das Gold, Fonds und Effekten, die deutschen Guthaben im Auslande, in der Folge die deutsche Ausfuhr von Waren jeder Art — als der Entente dienende „Sicherheiten" zu betrachten und gewissermaßen zu beschlagnahmen. Um dieses Ziel möglichst vollständig zu erreichen, waltet, nach einer Äußerung des französischen Ministers Loucheur, der Plan ob, die deutschen Industriegruppen zu einer Kombination zu nötigen, welche der Entente erlaubt, den größten Teil der Produktion, wenn nicht alles, als „Sicherheit" zu betrachten und vom Gewinn einen erheblichen Teil zu beziehen. Der Gedanke ist technisch nicht unausführbar; man brauchte nur die Syndikate und Kartelle zu diesem Zwecke zu entwickeln. Die Kühnheit der Pläne erhellt u. a. aus dem Umstand, daß Loucheur davon sprach, den übrigbleibenden Reingewinn der deutschen Industrie auf zwei Prozent zu beschränken.

Indessen viele dieser Pläne beruhen auf Konjektur.

„Leicht bei einander wohnen die Gedanken und hart im Raum stoßen sich die Dinge." Es wird noch Zeit sein, diese Angelegenheiten zu erörtern, wenn die Forderungen der Entente formuliert vorliegen werden. Zeit zur Erörterung, gewiß. Ob zu nützlicher Erörterung, das ist eine andere Frage. Denn die Entente legt es offenbar darauf an, den deutschen Mitgliedern der Waffenstillstandskommission „die Hand zu brüskieren" und ihnen keine Zeit zur Überlegung zu lassen. Darauf deutet die unhöfliche Mitteilung des französischen Kommissars in Mainz am 5. Januar hin und jetzt die seitens des Generals Foch erteilte Verfügung, daß „die Verhandlungen der Kommission im Bahnhof (in Trier) stattfinden und daß General Foch nur 48 Stunden in Trier bleiben wird." Eine solche Sprache hat sich selbst Bonaparte nach Rivoli und Marengo nicht geleistet. Was hat denn Marschall Foch so Eiliges noch zu tun, daß er behauptet, nicht mehr als 48 Stunden mit einem Gegner verhandeln zu können, der seine Waffen selbst zerbrochen hat und mit dem Foch im Sinne Wilsons auf die Schwelle des Völkerbundes treten will, um an Stelle des Kaiserthrones den Thron des weltbürgerlichen Idealismus aufzurichten und mit den Palmen des ewigen Friedens zu schmücken?[1])

Will — wozu sie anscheinend den Versuch macht — die Entente den deutschen Zahlungsverkehr mit dem Auslande, um Sicherheiten zu erhalten, unter ihre Kontrolle stellen, so würde sie damit die Kontrolle über unseren gesamten Auslandhandel (Einfuhr und Ausfuhr) erhalten. Der gesamte Wirtschaftsbetrieb, Handel, Industrie, Kleingewerbe, Landwirtschaft, würden dadurch in solchem Grade beeinflußt, daß alles von dem Willen der Entente, in erster Linie von England und Frankreich abhängen würde. Es würde keine

1) Ich bin weit entfernt davon, an der Weise der Waffenstillstandskommission Kritik zu üben. Mir will aber scheinen, daß es Momente gab und gibt, in denen man gut getan hätte, den Verhandlungstisch zu verlassen.

Übertreibung sein, wenn man an den Methuenvertrag (1703) erinnert, der Portugal zu einer englischen Wirtschaftsprovinz gemacht hat, und ferner an die Art der Abhängigkeit Egyptens und Chinas von England bezw. von den anderen Mächten. Deutschland würde in solchem Falle nicht in der Lage sein, seine Einfuhren nach seinem Willen zu bemessen, noch mit seiner Ausfuhr frei auf den Märkten der Welt zu konkurrieren. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen würde ihm von der Entente zugemessen (kontingentiert) und die deutsche Ausfuhr würde so kontrolliert, daß von freiem Handel auf dem Weltmarkt nicht die Rede sein kann. Auf den Märkten der Welt würden die englischen, amerikanischen und französischen Waren der deutschen Konkurrenz ledig sein. Wir möchten indessen eine einigermaßen eingehende Erörterung des handelspolitischen Ausblicks verschieben, bis Genaues über die Absichten der Entente bekannt ist.

Auf finanzpolitischem Gebiet treten die Absichten der Entente in dem Trierer Protokoll vom 25. Dezember 1918 an den Tag.

Es ist die, um mit den Franzosen zu reden, Main-Mise, die Beschlagnahme auf das Rückgrat der deutschen Finanzen, indem die Entente die Immobilisation der Einkünfte des Reiches und der Staaten aus Erwerbsbetrieben für sich fordert.

Die deutschen Finanzen beruhen in erster Reihe auf den Erwerbseinkünften; zum Unterschied von anderen Ländern. Die heute sehr beachtenswerte Schrift des Vorstandes des „Kgl. Bayerischen statistischen Bureaus", Dr. F. Zahn,[1]) bemerkt dazu:

„Während in Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan nur $^1/_{10}$ bis $^1/_7$ aller staatlichen Einkünfte aus Staatsbesitz und Staatsbetrieb fließen, bringen in Deutschland die Erwerbsanstalten 53 Prozent des gesamten Staatsbedarfes auf. In noch stärkerem Maße ist die Finanzwirtschaft der deutschen Bundesstaaten eine domanial- und erwerbswirt-

1) Die Finanzen der Großmächte. Berlin 1908.



schaftliche; bei ihnen steigt der Prozentsatz sogar auf 67 Prozent, während das Reich seine Haupteinnahmequellen bekanntlich in Zöllen und Steuern hat und nur etwas über $^1/_4$ aus Erwerbseinkünften erhält. In keinem anderen Lande sind die privatwirtschaftlichen Deckungsmittel des Staatsbedarfs auch nur annähernd so groß, wie in Deutschland, wo sie 3,8 Milliarden Mark (oder 63 Mark pro Kopf der Bevölkerung), das ist mehr als die Hälfte der Mittel, bringen, die zur Bestreitung aller Ausgaben erforderlich sind."

Auf diese Mittel legt die Entente ihre Hand. Ihre Finanzberater haben den Vorsprung erkannt, den Deutschland auf diesem Gebiete vor den anderen Ländern hat, und sie haben zugleich erkannt, daß diese Erwerbseinkünfte das Rückgrat der deutschen Finanzen darstellen. Dr. Zahn hat darüber die folgenden Zahlen gegeben:

Roherträge der Erwerbs-Anstalten im Jahre 1906:

In	Domänen	Forsten	Bergwerke	Staatseisenbahnen
Deutschland . . . . (1000 Mark)	55,833	209,733	279,071	2,374,264
Frankreich . . . . (1000 Franken)	23,300	30,531	—	—
Großbritannien . . . (1000 Pfd. St.)	675		—	—

In	Post und Telegraph	Sonstige Betriebe	Total der Erwerbs-Einkünfte
Deutschland . . . . (1000 Mark)	668,993	241,237	3,799,181
Frankreich. . . . . (1000 Franken)	303,663	—	357,493
Großbritannien . . . (1000 Pfd. St.)	24,044	722	25,441

An der Spitze der Erwerbseinkünfte stehen, ihrer Bedeutung nach, die Staatseisenbahnen, wie man an der folgenden Aufstellung sieht, welche die Erwerbseinkünfte in Preußen 1907 bis 1914 darstellt:

Jahr	Aus Staatseisenbahnen		Aus den anderen Erwerbseinkünften	
	Rohertrag	Reinertrag	Rohertrag	Reinertrag
	Mark	Mark	Mark	Mark
1907	1'886,519,241	536,504,123	513,828,890	106,956,483
1908	2'001,366,166	599,017,474	532,751,440	107,613,956
1909	1'904,349,775	415,168,620	543,942,510	108,527,866
1910	1'994,428.598	449,720,340	593,016,070	119,443,297
1911	2'138,700,439	520,854,508	638,578,345	123,896,933
1912	2'283,056,122	539,954,191	660,194,875	118,030,575
1913	2'456,395,826	654,267,800	735,742,075	136,009,283
1914	2,631,531,770	662,321,200	761,101,655	142,322,169
1915	2'634,470,911	657,082,000	762,320,370	156,729,323
1916	2'586,892,489	665,729,000	766,547,130	162,088,710

Die Zusammensetzung der einzelnen Erwerbseinkünfte ersieht man fur Preußen aus dem Haushalt der Jahre 1914 und 1916:

Preußen	(Millionen Mark)			
	1914		1916	
	Rein	Roh	Rein	Roh
Erwerbseinkünfte	786,63	3,155,33	827,33	3,353,44
Domänen	15,3	31,04	17,97	30,90
Forsten	69,52	142,64	88,79	156,51
Bergwerkc, Hütten, Salinen, Bernstein	14,14	291,04	35,75	369,54
Staatseisenbahnen	677,10	2,758.95	665,24	2,586,47
Sonstige Betriebe	10,74	111,16	19,58	209,60
Lotterie	4,02	96,61	12,93	196,49
Seehandlung	7,02	8,60	4,47	6,06
Münze	0,60	1,18	0,24	0,77
Badeanstalten	0,85	2,69	1,55	2,94
Porzellan-Manufaktur	0.32	1,21	0,13	1,81
Andere Betriebe	0,26	1,37	0,26	1,54

Die Bedeutung, welche die Erwerbseinkünfte für die anderen Staaten haben, ersieht man aus den folgenden Summen aus dem Jahr 1915: (in 1000 Mark).

Ausgaben im ordentlichen Etat	Zusammen	Davon aus Erwerbseinkünften
Deutsches Reich	3'615,726,6	978,478,8
Preußen	4'395,957,1	2,621,396,7
Bayern	736,683,8	354,041,3
Sachsen	459,070,7	251,975,6
Württemberg	241,439,1	113,692,1
Baden	241,880,4	103,374,5
Hessen	105,888,6	42,122,7
Mecklenburg-Schwerin	48,005,9	24,730,6
Großh. Sachsen	17,653,1	816,1
Mecklenburg-Strelitz	7,609,5	1,282,8
Oldenburg	40,489,7	20,631,4
Braunschweig	35,266,7	13,130,5
Sachsen-Meiningen	10,892,5	2,723,5
Sachsen-Altenburg	6,571,7	222,2
Sachsen-Coburg-Gotha	7,745,7	707,0
Anhalt	16,712,2	3,905,9
Schwarzburg-Sondershausen	3,770,1	857,7
Schwarzburg-Rudolstadt	3,681,2	542,6
Waldeck	1,717,2	1,4
Reuß ältere Linie	1,619,1	—
Reuß jüngere Linie	3,700,8	—
Schaumburg-Lippe	1,128,4	—
Lippe	4,723,9	30,5
Lübeck	19,946,2	4,200,3
Bremen	53,334,4	6,032,6
Hamburg	218,783,3	8,517,8
Elsaß-Lothringen	79,810,5	6,643,9

Zahlen zu lesen ist für gewöhnlich keine anziehende Beschäftigung. Aber hier trifft das Wort Napoleons I. zu: „Die Statistik ist das Budget der Dinge.“ Ohne Budget kein geordneter Haushalt; ohne Zahlen kein Budget der Dinge, das uns in den Stand setzt, zu erkennen, wie es um uns steht und um die Zukunft der deutschen Menschheit.



Wenn man sich sagen muß, daß die Revolution uns in diese Lage gebracht hat, wer hätte den Mut, die Revolution als etwas Gutes zu bezeichnen?

Die Absicht der Entente, von unterrichteten Finanziers und Wirtschaftspolitikern beraten, geht dahin unser Finanzwesen (wird doch schon die Kontrolle der Eisenbahnen, Forsten, der Reichsbank u. a. als Verlangen der Entente berichtet) und unser Wirtschaftsleben in ihre Hand zu bringen.

Es ist leider so: Warnend erhebt sich vor uns der Schatten des Methuenvertrages.

XX.

Foersters Urteil über das deutsche Volk.

Das Urteil Professor Foersters über das Verhalten des deutschen Volkes während des Krieges in seinem Buche „Weltpolitik und Weltgewissen“[1]) ist zu hart. Foerster geht davon aus, daß das deutsche Volk die Machtentscheidung deshalb angestrebt habe, weil es durch den preußischen Militarismus ganz mit dem Machtgedanken erfüllt gewesen sei. Er läßt dabei einen schwerwiegenden Gesichtspunkt ganz außer acht:

Die Idee der Verständigung auf der Grundlage einer interstaatlichen Rechtsordnung wurde dem deutschen Volke während des Krieges im Wesentlichen in der Form des Wilson'schen Völkerbundes geboten. Das deutsche Volk hat sich gegenüber dieser Idee allerdings lange Zeit ablehnend verhalten. Ich glaube aber nicht, daß das geschehen ist — wie Foerster annimmt — im Wesentlichen, weil der Militarismus das deutsche Volk ganz mit dem Machtgedanken erfüllt habe. Ich meine vielmehr, daß die große Zurückhaltung gegenüber dem Gedanken der interstaatlichen Rechtsordnung darauf beruhte, daß ein klarer Sinn deutlich das erkannte, was Foerster selbst Seite 51 a. E./52 sagt, daß nämlich eine durch einen Weltenbund zu begründende

1) Vergl. Bd. 162 S. 730.



Rechtsordnung bei der heutigen Menschheit „ein Spott und ein Traum bleiben wird". Nicht die Liebe zum Machtgedanken, sondern die schweren Zweifel an der Durchführbarkeit des Rechtsgedankens und des darauf beruhenden Wilson'schen Völkerbundes waren es, die dem deutschen Volk in seinen besten Kreisen, nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war, eine Lösung des Konfliktes durch Waffengewalt als — bittere — Notwendigkeit erscheinen ließen. Hätten diese schweren Zweifel nicht bestanden, hätte das deutsche Volk in der Gründung des Völkerbundes einen Ausweg aus dem furchtbaren Unglück zu erblicken vermocht, so hätte es m. E. in seinen besten Teilen mit Freuden den Machtgedanken fallen gelassen und hätte mit Begeisterung sich dem Baue einer neuen Rechtsordnung der Völker gewidmet.

Weil nüchterner Sinn die Undurchführbarkeit eines wahrhaft gerechten Völkerbundes in der Jetztzeit erkannte, verhielten wir uns ablehnend und glaubten, daß aus dem Machtkonflikt nur die Macht erlösen würde. Pries der Gegner die Lösung des Konfliktes auf dem Wege der Gründung des Völkerbundes an und erkannte man auf deutscher Seite diesen Weg als ungangbar, so konnte die ganze Propaganda des Völkerbundgedankens seitens Amerikas nur mißtrauisch machen. Es konnte in der schlagwortartigen Propaganda des Völkerbundes nicht ein Friedensweg gesehen werden, sondern nur eine neue Waffe des Feindes im geistigen Kampfe. Dieses Mißtrauen mußte gestärkt werden durch die dilettantenhafte Behandlung der Völkerbundsidee durch die Gegner, insbesondere durch Wilson. Ein Völkerbund mit einem Weltschiedsgericht! Woher sollte die Rechtsordnung kommen, auf die dieses Weltschiedsgericht sich aufbauen sollte? Ein Gericht setzt doch immer eine Rechtsordnung voraus, die das Gericht zu schützen, deren Verletzung es zu sühnen hat. Woher sollte diese Rechtsordnung kommen in einer Zeit der Verwüstungen aller Rechtsordnungen und des Tobens aller egoistischen Leidenschaften?

Und da warf sich für den Juristen wie für den Philosophen zunächst die große Frage auf: Ist denn der Wilson'sche Völkerbund nicht tatsächlich mit seinem starren Nebeneinander

der großen und kleinen, der reichen und armen, der mächtigen und ohnmächtigen, der geistig hoch veranlagten und der tiefstehenden Völker, mit seinem sinnlosen Nebeneinander der Völker der verschiedensten Gaben und Anlagen überhaupt eine große Irrlehre?

Muß nicht die Grundlage der Organisation der Völker das suum cuique sein? Und kann man glauben, daß der heute im „Ich-Krampf" befindliche Geist der Menschheit für jedes einzelne Volk das suum in gerechter Weise auszuarbeiten, festzustellen und zur rechtlichen Geltung zu bringen in der Lage wäre, zumal ja die Ordnung dieses suum wesentlich auch das geistige Gebiet, das Gebiet der geistigen und Charakteranlagen der einzelnen Völker berücksichtigen müßte?

Walter Rathenau sagt in seiner Schrift „An Deutschlands Jugend", S. Fischer, Berlin 1918 S. 86, nicht ohne Grund: daß der Völkerbund und Schiedsgerichte wirkungslos bleiben müssen, sofern nicht vorher ein Wirtschaftsbund, eine gemeinsame Wirtschaft der Erde geschaffen wird. Das ist der Ausschnitt der durchaus notwendigen Regelungen, den Rathenau als Industrieller und Kaufmann insbesondere klar zu sehen glaubt. Es ist auch wohl richtig, daß ein Völkerbund ohne jegliche Wirkung ist, wenn nicht darin die Hauptpunkte des Wirtschaftslebens der Welt geregelt sind. Der Jurist und der Philosoph werden sehen, daß das Problem ein noch unendlich weitgehenderes ist, daß das Recht der Völker nicht allein die Wirtschaft der Völker, sondern auch das geistige Leben, die geistigen Interessen regeln und schützen muß.

Aber selbst wenn man mit Rathenau zunächst nur die Regelung der gemeinsamen Wirtschaft für notwendig halten wollte, so ergab sich doch für den gründlichen Deutschen bei der Betrachtung dieses Problems sofort die schwerwiegende Frage: Können denn die Völker der Erde jetzt durch Recht und Vertrag wirklich ihre Gemeinwirtschaft regeln, während im Innern jedes einzelnen Staates und Volkes die wirtschaftlichen Kräfte noch ganz ungeregelt toben?

Und neben dieser Frage stand dann gleich die fernere noch größere Frage auf: Ist denn wirklich Amerika, das Land der



riesenhaften Kapitalzusammenballungen, das Land der Herrschaft der Truste, das Land der sozialen Ungerechtigkeit und Unfreiheit, in der Lage, der Welt Recht und Freiheit zu bringen? Kann ein Land, das selbst von Trustwirtschaft beherrscht und geknechtet wird, der Welt Freiheit und Gerechtigkeit bringen? Kann das Wilson, der in seinem Buche „Die neue Freiheit“ noch kurz vor Beginn des Krieges in beweglichen Worten die absolute Unfreiheit Amerikas und seiner Regierung gegenüber den Trustmächten geschildert hatte, der mit all seinen Klagen trotz allen Hinweises auf die unendliche kulturelle und wirtschaftliche Schädigung, die das gesamte Land durch die Trustwirtschaft erleide, kein Jota an der Macht dieser Trustherrschaft hat ändern können?

Ich glaube, es waren nicht die Schlechtesten unter uns, die das bezweifelten, die den Glauben an den Völkerbund nicht fassen konnten und die deshalb notgedrungen mit tiefstem inneren Schmerze keine andere Lösung des bewaffneten Konfliktes finden konnten als die auf dem Wege der Machtentscheidung.

Also nicht die Liebe zur Macht, sondern die bittere Notwendigkeit hat einen großen Teil des deutschen Volkes veranlaßt, die Entscheidung durch die Macht zu befürworten. Das ist eine zweifellose Tatsache. Diese Tatsache übersieht Foerster fast vollständig. Er wird deshalb in seinem Urteile ungerecht gegen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Gewiß, wir wollen unseren Anteil an der Schuld am Weltkriege ehrlich auf uns nehmen und ehrlich unsere Mitschuld bekennen. Die Welt kann aber nicht gesunden und wir können nicht gesunden, wenn wir uns ungerechter Weise unseren Anteil an der Weltschuld vergrößern lassen. Es ist unser Recht und unsere heilige Pflicht, gegen eine solche Irreführung des Weltgewissens mit aller Entschiedenheit zu kämpfen. Wahre Gerechtigkeit kann durch den Friedensschluß nur erblühen, wenn auch die feindlichen Völker ihren Anteil an der Schuld am Kriege auf sich nehmen. Denn alle Völker sind mitschuldig am Kriege. Den Grundsatz hat Papst Benedikt XV. mit Recht aufgestellt (vgl. Erzberger „Der Völkerbund“ S. 59, ähnlich Foerster „Weltpolitik und Weltgewissen“ S. 4).



Und je mehr die feindlichen Völker das ablehnen, je mehr sie alle Schuld auf Deutschland abwälzen, je mehr sich Wilson als den Richter des schuldigen Deutschland fühlt, je mehr er das falsche und gleisnerische Schlagwort von der „strengen“ Gerechtigkeit, das ihm Clemenceau geprägt hat, aufgreift, und je mehr wir uns diese großen Ungerechtigkeiten gefallen lassen oder gar selbst unseren Anteil an der Schuld ungerechter Weise vergrößern, um so mehr wird der Friedensschluß beweisen, daß die Teile des deutschen Volkes, die Zweifel an der Durchführbarkeit eines gerechten Völkerbundes hegten, leider Recht hatten und daß das richtig ist, was Foerster selbst in anderem Zusammenhange, und ohne die richtigen Folgerungen für die Beurteilung des deutschen Volkes zu ziehen, S. 50 sagt: „Kein Pazifismus und kein Völkerbund wird uns aus dieser Not erretten können, das alles steht in der Luft, wird garnicht Wurzel fassen im Leben, wird ein Spott bleiben, ein Traum, mit dem niemand rechnet, bevor nicht ein neues Leben aus dem Reiche der himmlischen Güte in die Verstocktheit der Kreatur dringt . . .“

Justizrat Dr. Eibes-Dresden.

XXI.

Unser Elend.

Als in den Sommertagen des Juli 1917 der Deutsche Reichstag jene berühmte oder berüchtigte Friedensresolution faßte, da waren deren Urheber wohl zumeist der Überzeugung, daß uns eine so weithin schallende Erklärung auch wirklich dem Frieden, einem Verständigungsfrieden näher bringen werde. Das Gegenteil ist naturnotwendigerweise eingetreten. Die Feinde mußten nach allem, was in der weiteren oder näheren Vergangenheit vorausgegangen war, zu dem Glauben kommen, daß die Mittelmächte am Ende ihres Latein angelangt und fertig seien.

Die dann mächtig im Schlepptau der Sozialdemokratie und teilweise aus Angst vor ihr einsetzenden Bestrebungen nach Parlamentarisierung mußten wieder naturnotwendiger-

weise das Ende bringen. Parlamentarismus ist Dilettantismus, hieß es jüngst in einem Aufsatz dieser Blätter, ein vernichtendes Urteil, das auch — welche Ironie — ein nach dem Urteil Vieler politischer Dilettant nicht gewöhnlicher Art als Schlagwort in eine Münchener Versammlung gerufen haben soll: der neue bayerische „Ministerpräsident", der, nachdem er über Nacht den altehrwürdigen Thron der seit mehr als siebenhundert Jahren so innig mit dem Volke verwachsenen Wittelsbacher umgestürzt, sich — bildlich gesprochen — höchstselbst die Krone aufs ungesalbte Haupt gesetzt; an Stelle des Königstums von Gottes Gnaden trat aber nicht etwa das israelitische Königtum des alten Bundes, nein, eine Revolutions-Despotie schlimmster Sorte. Dem bayerischen Umsturz reihten sich wie im Wirbelsturm in wenigen Tagen die Revolutionen der anderen Bundesstaaten an und die obenauf gekommenen Männer des Umsturzes, die ihr Recht einzig von der Macht der Maschinengewehre ableiten, haben sofort die Notenpressen und die illegalen Gesetzgebungsmaschinen in Bewegung gesetzt. Die ersten sollen dem Geldhunger der Massen, denen leider nur zu oft Gelderwerb und Genuß höher stehen als solide Arbeit, fröhnen und werden den unausbleiblichen Staatsbankrott bringen, bei dem dann jüdische und christlich-jüdische Händlerkreise neuerdings im Trüben fischen können, soweit sie nicht ihr Scherflein schon früher ins Trockene gebracht haben. Für sie existiert ja, wie es scheint, das Verbot der Vermögensausfuhr nach England und in das übrige Ausland nicht. Die Gesetzgebungsmaschine aber unserer neumodischen Autokraten arbeitet mit Überstunden, um den Staat zu „sozialisieren", wozu als bestes Hilfsmittel offenbar die Entchristlichung der Gesellschaft dient — wenn anders nicht gerade diese das Hauptziel der offen oder geheim regierenden Logenmänner ist, die heute mit der systematisch vorbereiteten Niederwerfung der christlichen Throne ihre längst ersehnten Triumphe feiert. Dem Throne folgt in logischer Konsequenz der Altar.

Der Boden hiezu ist so geeignet als möglich, seit langem, besonders auch seit Kriegsausbruch ist er ja emsig gepflügt



und beackert worden mit der Saat der Unzufriedenheit, welche die Folge des Mangels an wahrer Opferfreudigkeit und innerer Religiosität gewesen. Wer die sozialdemokratische Presse während der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, der hat auch deren Absicht erkennen müssen, die sich wie ein roter Faden durch all ihre Erörterungen hindurch gezogen hat: Schürung der Unzufriedenheit zum Zwecke der Revolution. Es zeigt von der Kurzsichtigkeit gewisser Kreise, die da hofften, durch Entgegenkommen oder durch Konzessionen die Partei des Umsturzes gewinnen zu können, und noch unbegreiflicher ist das Vorgehen jener, welche in der Parlamentarisierung das Allheilmittel erblickten: das verfassungsstürzende Vorgehen des Reichstages hat sich bitter gerächt, die meinten durch ihr überragendes taktisches Geschick oder Mundstück die Flut in ihre Gewässer leiten zu können, sind erbarmungslos in den Strudel mit hineingerissen worden. Ob sie zur Erkenntnis des Unheils gelangt sind, das sie angerichtet, man möchte es bezweifeln.

Unsere Feinde und deren einheimische Bundesgenossen aller Art hegten den dringenden Wunsch nach möglichster Zerrüttung des deutschen Volkes. Unsagbares hat dieses auch gelitten und lange Zeit hindurch heldenmäßig getragen; dann kamen die Tage und Monate, wo der sittliche Halt verloren ging und damit die Saat des Umsturzes mächtig emporschoß. Wäre nicht der Geist der Heimat auf solchem Tiefstand angelangt gewesen, man könnte das Rätsel, wie es an der Front nach all den Siegen und Großtaten unserer unvergleichlich tapferen Verteidiger so gekommen ist, nicht lösen. Die Neue Preußische Kreuzzeitung schreibt im Abendblatt des 24. Januar 1919 sehr charakteristisch:

„Seit dem 25. Januar 1918 haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet.“ So berichtete in Magdeburg der Führer der dortigen Unabhängigen, Vater, in einer Versammlung des A.- und S.-Rates. Er plauderte auch aus, wie man das gemacht hat: „Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und

unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front, geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen und so hat sich der Zerfall allmählich aber sicher vollzogen." ... Es kann darnach kaum ein Zweifel sein, daß schon der militärische Rückschlag, der im Hochsommer vorigen Jahres eintrat, unter dem Zeichen revolutionärer Einflüsse stand. Man weiß, daß infolge der moralischen Zersetzung des Heimatersatzes schon auf der Fahrt zur Front Massendesertationen vorkamen. Im Felde haben sich dann Disziplinwidrigkeiten gezeigt, die unter den alten Verhältnissen unmöglich waren und die, zum Teil von weittragenden Folgen für den Erfolg der militärischen Operation gewesen sind. Dennoch konnte zum mindesten ein erträglicher Frieden erreicht werden, wenn nicht die Meuterei der Matrosen und die Novemberrevolution uns vollends wehrlos gemacht hätten. Immer wieder wird von englischer Seite bestätigt, daß man dort nahe daran war, das Rennen aufzugeben. Nur um eine Nasenlänge hätten die Deutschen den Krieg verloren, so haben englische Offiziere sich, wie aus dem besetzten Gebiete berichtet wird, geäußert. ... Sie haben auch erzählt, daß man in ihren Kasinos Wetten abgeschlossen hatte, welche Flotte zuerst meutern werde, die deutsche oder die englische. Denn daß bei beiden mit russischem Gelde stark agitiert wurde, sei den Engländern seit längerer Zeit wohlbekannt gewesen. Natürlich sind wir aber diesen russischen Einflüssen stärker ausgesetzt gewesen. Wir wissen ja jetzt, wie die Ehrenmänner Cohn und Barth bei uns mit russischem Gelde gearbeitet haben. Der bisherige dänische Gesandte in Petersburg, Skavenius, hat dem Londoner Mitarbeiter des „Matin" Mitteilungen darüber gemacht, welchen Umfang die russische Agitation in Deutschland gehabt hat und wie sicher sie gearbeitet hat. ... Mit anderen Mitteln arbeiteten unsere westlichen Gegner an der Revolutionierung Deutschlands. Die Mittel, die sie anwendeten, sind bekannt. In der „Action française" vom 9. d. M. schreibt Jacques Bainville:

„Wir hatten die Wahl zwischen einem ruhigen Deutschland, das immer wieder machtvoll, mithin gefährlich werden konnte, und einem innerlich aufgewühlten, anarchistischen, das seine teutonische Wut gegen sich selbst und nicht gegen uns richtete.



Diese Wahl wurde getroffen, man entschied sich für die zweite Lösung. Eindringlich forderte man die Deutschen auf, eine demokratische Staatsverfassung anzunehmen."

Es ist die ungeheure Schuld unserer Demokratie, die sich jetzt als die Retterin des Vaterlandes aufspielt, daß sie diese Absicht unserer Gegner nicht erkannte, oder, soweit sie sie erkannte, ihnen, die Partei über das Vaterland setzend, dennoch in die Hände arbeitete. Dadurch, daß sie das Verlangen nach der demokratischen Staatsverfassung zum Mittelpunkt des politischen Lebens in Deutschland machte, zerstörte sie die Einheit des Nationalwillens, der ausschließlich auf den Sieg gerichtet werden mußte, und schuf so die Bedingungen für die Revolution, deren Durchführung sie dann der Sozialdemokratie durch ihre ganze Stellung zu dieser Partei so wesentlich erleichterte.

Angesichts der niederschmetternden, wenn auch an sich nichts Neues enthaltenden Äußerung des Unabhängigen Vater muß einen jeden, der sein deutsches Vaterland liebt, tiefes Weh ergreifen ob der Schmach, die Deutsche den Deutschen angetan, die uns ehrlos und wehrlos gemacht. Ob nicht manchen der Überläufer längst schon Reue heimgesucht, daß er den schamlosen Verführern sein Ohr geliehen, besonders wenn er drüben beim Feinde den gebührenden Lohn der Verachtung empfangen. Gleichwohl dürfen wir weder ihnen noch der großen Zahl der bedauernswerten sonstigen Kriegsgefangenen unser Mitgefühl versagen und unsere Waffenstillstands- und Friedensvertreter dürfen in den Bemühungen ihr Los zu mildern und sie sobald als möglich der Heimat zurückzugeben, nicht nachlassen. Wie verkommen freilich muß diese Heimat sein, wenn sie heute, der Not der Volksgenossen nicht achtend, in tollem Sichvergessen in der Großstadt wie auf dem flachen Lande — tanzen kann. Daß dies möglich ist, darf allerdings wiederum nicht in erster Linie dem verführten Volke, das heute wie gestern und morgen den Einflüsterungen von außen zugänglich ist und bleibt, angekreidet werden, auch das steht auf dem Konto derer, die seit Jahren den Umsturz und die rote Internationale gepredigt haben. Internationale und Vaterland, wie sollen sich die beiden Begriffe nicht ausschließen, wie

sich vereinigen? Wer aber kein Vaterland hat, hat auch keine Liebe zur Scholle, keine Liebe zur Familie.

Weder König noch Vaterland, weder Gott noch Herr! Wie soll es eben auch anders sein in den Tagen des gewaltsamen Umsturzes? Was haben wir denn anderes als eine illegale Regierung? Auf welchem göttlichen oder menschlichen Rechte fußt sie, wenn nicht auf dem vorher so heftig befehdeten Rechte der Macht und Gewalt? Ist denn irgend eine Verfügung dieser unserer selbstherrlichen Regierungen in und außerhalb Bayerns rechtsgiltig, legal? Sind denn die eben erfolgten Wahlen in den Einzelstaaten oder im Reiche gesetzmäßig? Wer hatte das Recht, sie anzuordnen und durchzuführen? Etwa die souveräne Gewalt der paar Revolutionsmänner, welche ohne jegliche Autorisation die Macht an sich gerissen? Bestehen nicht vielmehr der bisherige Reichstag, der bisherige bayerische Landtag, um nur sie zu nennen, zu Recht?

Die Ungesetzmäßigkeit der jetzigen deutschen „Regierung“ gibt sogar ein Mitglied derselben, der Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium des Innern, Herr von Gerlach, zu, der jüngst Pressevertretern gegenüber sich äußerte, diese sei „juristisch nicht vertretbar“.

Es mangelt eben, wie die Köln. Volkszeitung (Nr. 60 v. 22. Jan. 1919) hiezu sehr richtig bemerkt, der Revolutionsregierung jede Legalität.

Wie liegen die Dinge? Am 9. November nachmittags 10 Minuten vor 2 Uhr hat der damalige Staatssekretär und sozialistische Abgeordnete zum Reichstag Scheidemann die deutsche Republik ausgerufen. Damit hat er sein eigenes Verhältnis zur bestehenden Reichsform geleugnet. Damit hat er aber auch den Stein ins Rollen gebracht. Nachdem einmal ein Staatssekretär, also ein ganz hervorragendes Mitglied der Regierung, das neue System angekündigt hatte, brauchten seine parteilosen und seine geistigen Freunde ihm nur zu folgen. Derselbe Herr Scheidemann will jetzt mit den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung, wie sich jetzt die Volksbeauftragten genannt wissen möchten, die Nationalversammlung zusammenrufen, stützt sich dabei auf seine ungesetzliche Tat, die er seinerzeit selbst begangen hat.

Ungesetzlichkeit bedarf aber dar nachträglichen Rechtfertigung. Nach dieser Richtung hin hat Herr von Gerlach seine Regierungskollegen in eine sehr unangenehme Lage gebracht. Sein Geständnis zwingt zur Prüfung und zur nochmaligen Überlegung der Marschroute, die die Abgeordneten zur Nationalversammlung einschlagen sollen. Es ist für uns klar, daß die Nationalversammlung nicht um eine Erörterung ihrer eigenen Vorgeschichte herumkommt. Die Vorgeschichte der Nationalversammlung ist eben die Geschichte der Revolution, und die Geschichte der Revolution ist wiederum nichts anderes als die Entwickelung von Ungesetzlichkeiten. Die Ungesetzlichkeit des Aktes vom 9. November ist ja schließlich nach den Revolutionsentwicklungen anderer Länder und anderer Zeiten verständlich und begreiflich. Das Wesen der Revolution ist eben die Tatsache, daß vor das Recht die Gewalt tritt . . .

Man hat in den politischen Kreisen, die mit der Politik des 9. November nicht einverstanden waren, bisher nicht mit Nachdruck unterstrichen, daß man die Scheidemannsche Tat einer nachträglichen Kontrolle unterziehen werde. Heute wird man nicht mehr darum herumkommen. Vor allem sprechen reine Zufallsgründe für die Tat Scheidemanns; und reine Zufälligkeiten haben die Sozialisten ja auch in den Sattel gehoben. Ich selbst habe den Proklamationsakt vor dem Reichstagsgebäude mit erlebt. Das „deutsche Volk“, das zwischeu Siegessäule und Reichstagsgebäude versammelt war, bestand aus jungen unreifen Schreiern und deren unvermeidlichen weiblichen Begleitung. Dieses Volk stimmte ab, und damit war aus dem Kaiserreiche eine Republik geworden. . . . Der Vorgang selbst beweist auch an sich schon, was dankenswerterweise Herr von Gerlach zugegeben hat, die Ungesetzlichkeit der jetzigen Regierung.

Das gilt in gleicher Weise wie für das Reich, so für Bayern. Pflicht derjenigen aber, die berufen sind in der sogen. Nationalversammlung wie im Landtag, falls der letztere überhaupt zusammentreten darf, für das Wohl des weiteren und engeren Vaterlandes zu wirken, ist es demgemäß zu reden und zu — handeln.

XXII.

Die blutige Revision der Ideen und Tatsachen.

XIV.[1])

Rasch und sicher wie der Bluff des Hauptmanns von Köpenick ist den geheimen Agenten der Loge und ihren Helfershelfern der große Schlag gelungen, durch welchen die Reste des christlichen Königtums in Mitteleuropa bei Seite geschafft wurden. Soweit es galt, das Alte umzustürzen und zu zerstören, wurde gründliche Arbeit geleistet. Nun stehen die Werkmeister der großen Umwälzung ratlos vor den Ruinen, wenig froh und geneigt, das vollbrachte Werk als ein Meisterstück zu loben. Es ist bei diesem Fehlschlag und im Krieg mehr umgestürzt, als ihnen selber lieb und angenehm ist, darum machen sie als Baumeister der Zukunft riesige Anstrergungen, die Verantwortung für die Schuld, welche angesichts der ungeheuren Größe des Unheils heiß auf ihrer Seele brennt, von sich abzulehnen. Indeß fühlen sie, soweit sie der Loge angehören, wohl selbst und wissen genau, was für jeden Klarsehenden unleugbar[2]) feststeht: Der Krieg war in seinem Beginn und Verlauf ebenso wie in seinem Ende hauptsächlich ein Werk der Freimaurerei und jener geheimen Mächte, die seit mehr als hundert Jahren alle Geister der Verneinung organisiert und zur allgemeinen Weltrevolution

1) S. Bd. 162 S. 405 ff.

2) Vergl. das unlängst in Basel erschienene Buch von Karl Heise: Entente, Freimaurerei und Weltkrieg.



mobil gemacht haben; er ist hervorgegangen aus der modern liberalen Weltanschauung und aus jener Korruption, welche als deren Folgeerscheinung das gesamte Kulturstreben der Völker auf Abwege geführt und dem Christentum entfremdet hat.

Durch eine Situation, welche von der Vorsehung eigens dazu geschaffen zu sein scheint, die Geister zu erproben, ist jetzt die ganze Welt zu einer Entscheidung zwischen Rechts und Links an den Scheideweg gestellt. Mehr als je ergeht wie einst an das Volk Israel an die zwischen Glaube und Glaubenslosigkeit schwankenden Völker wie zu einer letzten Warnung der Ruf: Separamini! Macht euch los von den führenden Geistern der Verführung! Die Stunde drängt! Es ist höchste Zeit zu wählen zwischen Ordnung und Zuchtlosigkeit, roher Gewalt und Gerechtigkeit!

Wie in Hinsicht der materiellen Kultur steht auch in Anbetracht der höchsten geistigen Güter Alles auf dem Spiel.

Wie wird die Entscheidung fallen, wohin wird sich die Schicksalswage senken? Große, furchtbar ernste Frage!

Wird man auf Seite der Entente der Stimme des Papstes Gehör schenken? Werden die empörten und bis zur Erschöpfung abgehetzten Massen endlich von der liebgewonnenen Finsternis ihrer falschen und trostlosen Weltanschauung lassen? Wird der Hunger vermögen, was der Krieg nicht fertig bringen konnte?

Da und dort zeigen sich mancherlei Anzeichen, welche zu der Hoffnung berechtigten, daß die Morgendämmerung einer besseren Einsicht zu tagen beginnt. In Berlin ist in der letzten Neujahrsnacht eine ungeheure Volksmenge am Palais des kulturkämpferischen Kultusministers Hoffmann vorbeigezogen mit dem Ruf: Es lebe das Christentum! Auch über den Besuch Wilsons beim Papste verlauten zuverlässige Meldungen, welche eine internationale Sicherstellung der kirchlich religiösen Freiheit im kommenden Völkerbund in Aussicht stellen. Wären die Männer der Pariser Friedenskonferenz nicht zum weitaus größten Teil Logenbrüder, dann

wäre vielleicht Grund, darüber einige Freude zu empfinden in der Erwartung, daß auf die schönen Worte keine häßlichen Taten folgen werden.

Leider erheben sich gegenüber diesen freundlichen Lichtstrahlen wie drohende Wetterzeichen ganz andere Stimmen, welche mit dem Ruf: Ans Kreuz mit ihm! die Freilassung des Barrabas verlangen. Derselbe ist auch tatsächlich bereits losgelassen; allenthalben haben sich die Gefängnisse geöffnet, während für Volksmissionen und für das freie Wort der Priester die Gotteshäuser geschlossen werden sollen. Gegen die Rückkehr zum praktischen Christentum sträubt sich eine ganze Welt von Feinden des Glaubens, deren antichristliches Denken nicht blos in den bedenklichen Ziffern der letzten Wahlen, sondern auch in Worten und Taten zum Ausdruck kommt, die geradezu Entsetzen einflößen. Das christliche Volk soll mit Gewalt daran gehindert werden, durch Wiederbelebung des Glaubens sich geistig soweit zu erneuern, um die verlorene Ruhe der Ordnung wieder zu finden. Die Sturmpropheten der Revolution wissen eben gar wohl, daß ihnen die Herrschaft über die Massen nur so lange sicher ist, so lang dieselben im Zustand wilder Aufregung für die Suggestionskünste hetzerischer Aufwiegler zugänglich sind. Laut und deutlich hat sich unlängst aus den Reihen des Unglaubens in diesem Sinne eine Stimme vernehmen lassen mit dem offenen Geständnis, es sei entsetzlich nur daran zu denken, es könnte schließlich die Kirche als einzige Retterin in der Not die Führung des Volkes wieder übernehmen.

Dem muß für jeden Fall vorgebeugt werden: ob die Plutokratie mit Hilfe der Freimaurerei das Monopol ihrer Herrschaft über den Welthandel in Sicherheit bringen wird oder ob das Proletariat in allen Ländern mit der roten Fahne triumphieren wird — keinenfalls darf im kommenden Weltreich dem Christentum die Vorherrschaft überlassen werden, sowenig die geheimen Brüder der Entente den Papst für die Geschäftsinteressen ihrer Weltfriedens-Aktiengesellschaft brauchen können, ebensowenig können die

Kommunarden und Bolschewisten der sozialistischen Weltrepublik den Gottesgedanken aufnehmen ins Programm ihrer Reichsverfassung. Weder die Atheisten des freien Gedankens und des Geldes noch die Atheisten der seelenlosen Werktätigkeit können sich mit der Ordnung einer Gerechtigkeit befreunden, welche der Willkür in der Güterverteilung und Preisbestimmung unliebe Schranken setzen würde.

Die moderne Welt hat zwar schon bisher nach allen Regeln der deistischen und atheistischen Humanitätstheorie dem unerlösten Menschen im Staat ohne Gott jede nur erdenkliche Freiheit gewährt, und eben deshalb sind die Völker statt ins Elysium ihrer Traumseligkeit ins Elend einer unerhört grausamen Katastrophe hineingeführt worden. Nun schicken die Heilkünstler der neuen Erlösung, aller bisher erlebten Enttäuschung zum Trotz, sich an, die arme gequälte Menschheit mit Anwendung der nämlichen Mittel aus dem Sumpf herauszuziehen, durch welche sie hineingeraten ist. Der Mensch der Sünde muß noch mehr entfesselt werden, die von Adam ererbte Korruption mit all jener Herrschsucht und Habgier, welche im Mammonismus und Imperialismus so unheilvolle Formen angenommen hat, muß nicht nur unangetastet bleiben und gegen jede Einschränkung einer christlichen Gegenwirkung gesichert werden, sie muß im Universalstaat der Zukunft bis zur Höchststufe unersättlicher Habgier und gewalttätiger Willkür gesteigert werden, damit vollends an den Tag komme, wessen der von Gott und Christus losgelöste Mensch fähig ist.

An schönen Worten kanns dafür nicht fehlen. Was stünde auch im Wege, den Universalstaat des Welthandels, mit welchem die Agenten der Börse und die Brüder der Loge ihren bisherigen Bemühungen um die Zivilisation die Krone aufsetzen wollen, Völkerbund zu nennen? Mögen auch neben dieser Zusammenfassung überlegener Geldmächte und wohlausgerüsteter Streitkräfte ganze Völker wehrlos als Zwangsarbeiter und Heloten herlaufen, sie ist und heißt deßungeachtet Völkerbund der freien Nationen. Es lebe der



Völkerbund und die Sklaverei! Auch den Proletariern aller Länder steht es frei, die Zwangsanstalten, welche sie mit Hilfe ihrer Soldatenräte zur Unterdrückung der gesamten Bürgerschaft zu schaffen gedenken, Volksstaaten zu nennen. Warum nicht? Schöne Redensarten sind niemals notwendiger als zu einer Zeit, deren Tun und Treiben jeder Schönheit und Würde entbehrt.

Ein Volksstaat, eine res populi, etwas was nicht gegen das Volk ist sondern für dasselbe, sollte wohl jeder Staat sein, und wenn er es nicht ist, möchte er wenigstens als solcher erscheinen. In Wahrheit ist er nur soweit eine Sache des Volkes, als jene Gerechtigkeit in ihm lebendig ist, deren wachsames Auge stets aufs Wohl des ganzen Volkes gerichtet ist; nur so wird die Staatsordnung von allen Volksschichten als eine Rechtsordnung und als eine Wohltat empfunden. Erst durch diese Gerechtigkeit ist ein Staat wahrhaft ein Staat und ein Volk in Wahrheit ein Volk, wie schon der alte Szipio im römischen Senat mit Recht hervorgehoben hat.

Nicht die äußere Form seiner vorwiegend monarchischen oder demokratischen Struktur ist die Hauptsache in einem politischen Gemeinwesen, sondern der Geist der Ordnung und des Friedens, der seine Organe beseelt. Nach Umständen kann eine Republik weit mehr eine Ordnung der Gerechtigkeit darstellen als eine Monarchie, welche formell nach ihrem äußeren Ansehen zwar ein Königreich zu sein scheint, während sie in Wahrheit nichts anderes ist als eine Beamtenrepublik; umgekehrt wird eine Monarchie weit mehr als irgend eine Republik sich als ein Volksstaat erweisen, wenn seine Herrscher es verstehen, ihre Macht nicht gegen, sondern für das wohlverstandene Interesse des ganzen Volkes zu gebrauchen.

Überhaupt darf nicht übersehen werden, daß die Bezeichnungen Staat und Volk, Monarchie und Republik sehr vieldeutige Begriffe sind, welche im Munde gedankenloser Dilettanten alle möglichen Farben annehmen können, während sie für das klare Denken berufener Männer nur in der



begrenzten Fassung der auf den Wegen der Wahrheit wandelnden Vernunft einen erträglichen Sinn haben können. Es gibt eine falsche und eine wahre Wertung alles dessen, was man Staat und Volk nennt und was man sich unter Monarchie und Demokratie vorzustellen pflegt. Die moderne Menschheit hat in der Schule ihrer liberalen Weltweisheit den Maßstab des vernünftigen Denkens großenteils vollständig verloren und ist selbst in ihren sogenannten führenden Geistern im geflissentlichen Bestreben, der Wahrheit in jeder Richtung auszuweichen, dazu verurteilt, wie eine Nachtwandlerin Irrlichtern und Gespenstern nachzujagen.

Über Rechtsbegriffe von so weittragender Bedeutung zu urteilen, wie die vielgebrauchten Worte Staat und Volk, Monarchie und Republik solche sind, sollte niemand sich unterfangen, der nicht vorher über die Natur und Bestimmung des Menschen sich völlig klar geworden ist.

Es gibt Leute — und ihre Zahl ist Legion — welche im Menschen das Merkzeichen der Gottähnlichkeit, das ihn als eine geistig unsterbliche Persönlichkeit hoch über die gesamte Welt der Sinne erhebt und ihm als einem Mikrokosmos eine königliche Herrscherstellung über der Erde anweist, gänzlich ignorieren. Sie übersehen vollständig jene geheimnisvolle Lebensmitte, welche den Menschen mit Gott als seinem Lebensgrund verbindet und darum das innerste Wesen des Menschen ausmacht. Nach ihrer Auffassung ist der Mensch nichts weiter als ein natürliches Sinnenwesen, ein hochentwickeltes Individuum der Tierwelt, welches kraft seiner animalischen Veranlagung nur abwärts gravitiert.

Nach dieser grundfalschen Humanitätstheorie muß das menschliche Zusammenleben naturnotwendig in einen wilden Kampf ums Dasein ausarten und die Entwicklung der Staatenbildung und Weltwirtschaft Formen annehmen, welche denen einer ungezähmten und entarteten Tierwelt ähnlich sind.

Diese geistlose Seelenverfassung — man könnte sie ebensogut einen tierischen Animalismus nennen, wie sie sich selbst Individualismus oder auch Liberalismus zu nennen beliebt —



hat der antiken und modernen Rechtsentwicklung den Stempel jener unheilvollen Roheit und Seelenlosigkeit aufgedrückt, welche wie ein böses Prinzip der Finsternis alle Geister niederdrückt und alle Begriffe fälscht und verdunkelt. Soll wirklich, wie ein Horneffer[1]) meint, im System des modernen Gedankens das Wort Persönlichkeit begrifflich in eines zusammenfallen damit, was man sonst Individualismus, Selbstherrlichkeit und Selbstsucht nennt? Dann muß auch das Lebensgesetz des geistigen Lebens, das Gewissen, welches allen Menschen ursprünglich und unveräußerlich eigen ist, dem blinden Naturtrieb der Selbstsucht gleichgestellt oder vielmehr untergeordnet werden. Diese Selbstsucht ist aber im Grunde nichts anderes als eine Zusammenfassung alles dessen zur Einheit, was man Erbsünde nennt. Nun ist aber gerade das Gewissen, womit alle Menschen das königliche Bewußtsein in sich tragen, daß sie in allen jenen Handlungen unverletzlich sind, in welchen sie mit dem göttlichen Willen und mit der göttlichen Weltordnung übereinstimmen, der feste Grund der Solidarität aller Rechte, während der nur von Interessen beherrschte Naturtrieb der egoistischen Instinkte jede Gemeinschaft auflöst und alles lebendig Verbundene zerreißt. Ganz offen hat das erst vor kurzem auch Präsident Wilson in Manchester erklärt: Durch die Verschiedenheit der Interessen werden die Menschen getrennt, eine Vereinigung derselben ist nur möglich durch die Gemeinsamkeit jener Verbindlichkeiten, welche nicht blos Rechte, sondern auch Pflichten in sich schließen.

Zufolge jener solidarischen Rechtsgemeinschaft, welche im sittlichen Bewußtsein der unsterblichen Menschenseele wurzelt, und in der geistigen Persönlichkeit, die sich vor Gott verantwortlich weiß, können die richtig verstandenen Interessen verschiedener Einzelpersonen oder Standesgruppen sich niemals kreuzen und gegensätzlich verhalten. Weil alle

1) Siehe hierüber Albert Weiß, Geistes- und Gewissensfragen, Bd. II, S. 188.

Menschen als persönliche Vernunftwesen für ihr Tun und Lassen im Gewissen das gleiche Lebensgesetz für ihre sittliche Betätigung in sich tragen, ist stets das Recht des einen auch das Recht der andern, die Menschenrechte sind im Lichte der ewigen Wahrheit nicht verschieden von den Gottesrechten und diese fallen mit den richtig verstandenen Rechten des Menschen in einer Linie restlos ausgeglichen zusammen. Hienach ist auch eine Kollision der Rechte des Staates mit denen der Kirche undenkbar; das Recht hat, weit entfernt, blos eine Schutzwehr der persönlichen Unverletzlichkeit gegen fremde Angriffe zu sein, in seiner idealen Auffassung nicht blos eine negative Seite sondern auch einen positiven Inhalt. Darum ist jedes Unrecht, das in weitester Entfernung einer einzelnen Person zugefügt wird, im Grunde ein Attentat auf die Gesamtheit aller, so daß jeder Einzelne sich in seiner eigenen Person dadurch verletzt fühlen muß.

Im Gegensatz zu diesem Lebensgesetz des geistig persönlichen Daseins ist das Prinzip der unpersönlichen und individualistischen oder tierisch animalischen Kulturauffassung, welche den Schwerpunkt des menschlichen Daseins, sofern es lediglich im irdisch vergänglichen Diesseits sich auswirkt, vom Herzen in den Magen verlegt, ein in jeder Hinsicht ungeistiges und unpersönliches Gesetz der Auflösung und des Todes. Hier tritt die Gewalt prinzipiell an die Stelle des Rechtes. Keine Gemeinsamkeit der Rechte und Pflichten! Im Gegenteil, völlige Trennung der pflichtenlosen Rechtssubjekte und der rechtlosen Objekte der Kultur! Die einen bewaffnet und die andern wehrlos!

Darin liegt das innerste Wesen des atheistischen Staatsgedankens, wie die Freimaurerei sich denselben vorstellt und denkt. Jener Liberalismus, der sich mit den Grundanschauungen der modernen Weltansicht völlig wesensgleich und einig fühlt, weiß, warum er sich das Recht beilegt, sich selbst und den Egoismus der absoluten Selbstsucht heilig zu sprechen. Dieser Egoismus — man könnte ihn, sofern die ganze Unnatur des gefallenen Menschen in ihm wie in



einer Knospe des Unheils zusammengefaßt ist, eben so gut Korruptionismus nennen — fühlt sich in seiner absoluten Selbstherrlichkeit erst dann sicher, wenn Gott und der erste Fundamentalsatz der Gerechtigkeit: Gebet Gott, was Gottes ist! gestürzt am Boden liegt. So erst verwandeln sich die obersten Grundsätze des Rechtes und der Moral ins Gegenteil dessen, was sie nach den Regeln des gesunden Denkens zu bedeuten haben. Was könnte auch einem erklärten Gottesläugner, dem Freiheit, Hoffart und Habgier gleichwertige Begriffe sind, der Rechtsgrundsatz: Cuique suum — anderes bedeuten, als jedem zu nehmen, was sein ist? Hat er vorerst durch die Leugnung aller Pflichten der ersten Gesetztafel des Dekalogs dem Allerhöchsten gottesräuberisch entzogen, was sein ist, was könnte ihm, nachdem er sich selbst als höchstes Wesen auf den Thron der Weltherrschaft gesetzt hat, im Wege stehen, mit Mord und Plünderung über alle herzufallen, die bisher nach göttlichem oder menschlichem Recht sich befugt glaubten, etwas ihr Eigentum zu nennen? Warum sollte jener Mensch, der im Sinn und Geist der Loge die Schlangenfreiheit der Erbsünde zum ersten Prinzip der modernen Kultur erhoben hat, innerhalb der Schranken der zweiten Gesetztafel nicht ebenso als Mensch der Sünde sich austoben dürfen wie im Bereiche der ersten?

Die grundsätzliche Gottlosigkeit, welche der freimaurerischen Humanität ebenso zu grunde liegt wie dem antichristlichen Sozialismus, kann in ihrer praktischen Durchführung nur giftiges Unkraut hervorbringen und barbarische Zustände schaffen. Die Atheisten der intellektuellen Oberschicht und die Apostel des Unglaubens der Massen stehen sich zwar mit bitteren Vorwürfen äußerlich als Feinde gegenüber und schreien einerseits über Empörung uud Unbotmäßigkeit, andererseits über Unterdrückung und Volksausbeutung — es ist aber ganz derselbe Geist, der sie innerlich beherrscht. Die ungläubigen Wortführer der Arbeiterschaft können, wenn sie zur Herrschaft gelangen, ebenso gewalttätig sein wie die Großfürsten der absoluten Autokratie und die exorbitanten



Lohnforderungen der geldhungrigen Postulanten des Achtstundentages sehen dem Dividendenhunger hochbesoldeter Aufsichtsräte gleich wie ein Ei dem andern. Mammonismus hier und Mammonismus dort. Ebenso zeigt der Militarismus der Massen ein ebenso grimmiges Gesicht wie die martialische Waffenliebhaberei der bevorzugten Klassen.

Blickt man etwas tiefer hinein in das Getriebe der modernen Staats- und Volkswirtschaft, dann muß geradezu gesagt werden, daß im System der modernen Kultur- und Weltanschauung alle volksfeindlichen und gemeingefährlichen Auswüchse, wie sie im mammonistischen Kapitalismus, im übertriebenen Militarismus und Industrialismus, im ungläubigen Sozialismus und Kommunismus sich entwickelt haben, ein zusammengehöriges Ganzes bilden, eine einzige Kette von unheilvollen Ursachen und Wirkungen, welche, wie sie aus ein- und derselben Giftquelle hervorgegangen sind, zuletzt auch insgesamt das Unglück des großen Weltunheils verschuldet haben, unter dem jetzt alle Völker seufzen.

Neuestens haben die Verheerungen, welche der Abfall vom Christentum unter dem Einfluß der Börse und Presse in Europa angerichtet hat, in zwei Schriften[1]) eines bestqualifizierten Publizisten eine treffliche Beleuchtung erfahren. Dr. Eberle, der Verfasser des bekannten Buches „Großmacht Presse", dem in Wien wie selten einem Gelegenheit geboten war, hinter die Kulissen zu schauen, hat in einer Reihe von Darlegungen gezeigt, daß die geheimen Triebkräfte, welche als ursächliche Hauptfaktoren die Gräuel des Krieges veranlaßt haben, im Grunde weit entsetzlicher sind als die trostlos traurige Wirklichkeit der Ereignisse des Tages. Läßt man an der Hand dieser Schriften, welche allen, die zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Gesellschaft berufen sind, für ihr

1) Vgl. die beiden neuesten Publikationen „Zertrümmert die Götzen!" und „Überwindung der Plutokratie" von Dr. Josef Eberle, erschienen im Verlag der Tyrolia in Wien, Innsbruck und München (Bd. 162, S. 597 ff. dieser Blätter.)

politisches Urteil als Leitfaden dienen könnten, die Schreckensbilder intellektueller Verirrung und moralischer Entartung an sich vorüberziehen, dann ist es einem nicht anders, als sähe man in einen höllischen Abgrund satanischer Bosheit und Falschheit hinein.

Mit der Erhebung der Selbstsucht und ihrer tierischen Triebe zum obersten Prinzip der Kultur und des Rechtes wird die Gottlosigkeit für jeden, der allein oder mit einer Gruppe gleichgesinnter Genossen gern sagen möchte: l'état c'est moi — der Staat — versteht sich mit seinem Geld und seinen Waffen, „das bin ich" zu einem Postulat der praktischen Vernunft, zu einer Sache des eigenen Vorteils, und Glaubensfeindschaft zu einem selbstverständlichen Grundgesetz der Staatsraison, gleichviel, ob der atheistische und pantheistische Staat Monarchie heißt oder Republik. Der Absolutismus jener Selbstherrlichkeit, welcher sich im Größenwahn der Herrschsucht wohlgefällt, liegt diesem Staat ebenso im Blut, wie der Bolschewismus der in ihm verkörperten Habgier ein Merkmal seines Wesens bildet. Angriffe gegen das Eigentum sind diesem Staat jederzeit eigen gewesen, bald in Form gewaltsamer Enteignung der Kirchengüter, bald nach Art kapitalistischer und kommunistischer Volksausbeutung.

Ein Staat, der sich in was immer für einer Form, gleichviel, ob er sich monarchisch oder republikanisch tituliert, auf antichristlicher Grundlage aufbaut, wird nie ein wahrer Volksstaat sein, er wird immer und unter allen Umständen etwas sein, was nicht für das Volk ist, sondern gegen dasselbe. Würden die angeblich monarchischen oder republikanischen Träger dieser Geistesrichtung bei Aufstellung ihrer verfassungsmäßigen Staatsgrundsätze aufrichtig und ehrlich sein, dann müßten sie entweder eine Gottesleugnung oder eine Gotteslästerung an die Spitze der grundlegenden Staatsverfassung stellen. Erste Voraussetzung für eine Verfassung dieser Art ist die blasphemische Behauptung: Menschenwille geht als einzige und höchste Quelle allen Rechtes über Gottes Gesetz. Dieser Satz legt das Schwergewicht der Staats-



Omnipotenz entweder in die gewaltige Macht der Massen oder in die Präponderanz bevorzugter Klassen und wirft so, indem er sowohl dem Naturrecht wie dem Dekalog jede Geltung abspricht, jede Autorität vernichtet zu Boden. So werden in diesem System einer Staatsauffassung, die sich statt auf christlicher Grundlage auf schlechthin heidnischen Gedanken aufbaut, den Trägern der Gewalt nach dem Wegfall aller hemmenden Fesseln die Hände frei für jegliche Willkür rechtloser Unterdrückung, soferne ihnen mit der Verwerfung der ersten Tafel des Dekalogs eine Gewalt eingeräumt wird, welche nach einer Bemerkung Dantes selbst die Allmacht Gottes in gewissem Sinne übersteigt, welche nur Gutes, aber nichts Böses wirken kann. So verlangt es das Interesse aller Tyrannen und jener Massen und Klassen, welche deshalb der Gewissenlosigkeit und Gottlosigkeit vor der Gerechtigkeit den Vorzug geben müssen, weil sie nur so im Staat ohne Gott einen Zustand der umgekehrten Rechtsordnung aufrecht halten können, der die einen gegen die andern bewaffnet, um sie zu vergewaltigen. Das ist, wenn Könige es tun, jedenfalls höchst unköniglich, und wenn Republikaner es so machen, ist es nichts weniger als demokratisch. Jede Staatsverfassung, welche in ihren obersten Grundsätzen auf die Gerechtigkeit verzichtet und an die rohen Instinkte der Massen oder an den Geldsack bevorzugter Klassen appelliert, reißt den Herrschern die Krone ihrer unverletzlichen Hoheit vom Haupte und zieht sie von den Stufen des Thrones herab in den Schmutz und Staub niedriger Gemeinheit. Es darf nicht Wunder nehmen, wenn eine Zeit, welche an der strengen Zucht der Ordnung des Gottesreiches und an ihrer königlichen Gerechtigkeit weniger Gefallen findet als an der Zuchtlosigkeit des unerlösten Menschen, allenthalben ein wildes Geschrei nach demokratischer Freiheit erhebt. Man braucht darin keineswegs einen Fortschritt der Kultur oder einen Beweis staatsmännischer Klugheit zu erblicken, wie Maximilian Harden unlängst in seiner übersalomonischen Weisheit gemeint hat, nach dem Aufhören der göttlichen Weltordnung des



Christentums sei jetzt mit viel helleren Sternen eine neue Zeit der menschlichen Weltordnung angebrochen.

Herrliche Aussichten in einem Völkerbund und in einem Volksstaat, der allenthalben die bolschewistischen Instinkte befreit und in jeder Menagerie die Verschlußgitter öffnet, damit die wilden Bestien ungehindert in alle Häuser eindringen und alle Zäune überspringen können! Glückliche Gesetzlosigkeit, welche im Staat ohne Gott der Gewissenlosigkeit das Privilegium der Waffen einräumt und die Rechtschaffenheit zur Wehrlosigkeit verurteilt! Welche Freude, in einer Zeit zu leben, wo die Mehrzahl der Nationen in voller Ausrüstung einer wehrlosen Minderheit gegenübersteht, um sie vom gedeckten Tisch der Mutter Natur wegzustoßen und vor der Türe des reichen Prassers wie einen armen Lazarus auf die Straße zu werfen! Schönes Vergnügen, in einem Lande zu wohnen, wo das Recht, die Höhe der Arbeitslöhne und die Niedrigkeit der Lebensmittelpreise zu bestimmen, bewaffneten Haufen zusteht, die der Meinung sind, daß für die Befriedigung unersättlicher Begierden am besten dann gesorgt ist, wenn möglichst viele vom Gebrauch der nötigen Bedarfsgegenstände ausgeschlossen sind und Frost und Hunger leiden!

So ungefähr sieht die Gerechtigkeit aus, welche im Zeitalter der menschlichen Weltordnung die Völker beglücken soll; der bevorstehende Friedenskongreß und die Verfassungskämpfe der neuen Republiken, welche uns erwarten, werden dafür sorgen, daß weder die goldene noch die rote Internationale zu kurz kommt mit den bolschewistischen Gedanken, womit beide es auf die Ausbeutung der Völker abgesehen haben.

Wenn jetzt diese Art Gerechtigkeit in Paris und Moskau ihr entsetzliches Medusenhaupt erhebt und ihre Schlangenhaare schüttelt, dann mögen Clemenceau und Lenin jeder in seiner Art der Freimaurerei dafür Dank wissen; denn der Bolschewismus der Geheimdiplomatie ist ebenso wie der Bolschewismus der Proletarier eine Frucht vom Baume



jener gottlosen Wissenschaft, welche mit der atheistischen Staatsidee und mit der Weltanschauung der Loge identisch ist. „Gewalt geht vor Recht!" heißt der oberste Grundsatz der Waffenbrüder der Entente und der bewaffneten Banden Lenins und Trotzki's; im Namen dieser seltsamen Gerechtigkeit ist der Krieg auf Betreiben der Freimaurerei, welche nachweislich die Hauptschuld dafür trägt, begonnen worden und namens derselben Geschäftsfirma soll derselbe auch sein Ende finden. Der Friede des Völkerbundes wird, wenn die Absichten der Feinde Deutschlands sich verwirklichen werden, die Aufschrift tragen: Sieg der internationalen Freimaurerei und der anglo-amerikanischen Plutokratie. Das macht sich nicht gut ohne Waffen und Geld; mag sich diese Art Weltordnung demokratisch nennen, sie wird weit mehr imperialistisch als wahrhaft republikanisch sein; die Völker werden in einem Völkerbund, der sie daran hindert, wahre Volksstaaten der ausgleichenden Gerechtigkeit zu sein, sich nicht wohl befinden können. Die überwiegende Hauptsache in jedem Gemeinwesen und im Leben der Völker ist jene Gerechtigkeit, welche im göttlichen Recht ihr Fundament und in der unsterblichen Menschenseele ihre Wurzel hat. Mag ein Staat oder ein Volk, welches sich eines solchen Rechtes erfreut, sich Monarchie nennen oder Republik, das Wichtigste ist, daß er eine Ordnung der wahren und unverfälschten Gerechtigkeit ist, eine Ordnung, in welcher Gottesrecht und Menschenrecht keinen Gegensatz bilden, in welcher das Recht des kleinen Mannes ebenso unverletzlich ist wie die Hoheitsrechte des höchsten Trägers der Gewalt. Diese Gerechtigkeit ist eine königliche Tugend, weil sie im ewig unabänderlichen Willen Gottes, des höchsten Gesetzgebers, ebenso wie im Gewissen jedes Einzelnen jene Norm erblickt, welche alle Vernunftwesen solidarisch verbindet und verpflichtet. Jeder Herrscher, der im Namen und in der Kraft dieser Gerechtigkeit regiert, verdient es, als Hoheitszeichen seiner Majestät eine Krone zu tragen, denn er ist als Repräsentant des Königs der Könige und des ewigen Rechtes in Wahrheit



ein König, wenn er auch als Präsident einer Republik nur der erwählte Mandater seines Volkes zu sein scheint. Ist ja auch der Gesamtwille des Volkes nur insoweit wahrhaft königlich und souverän als er mit dem souveränen Herrscherwillen des höchsten göttlichen Gesetzgebers in Übereinstimmung sich befindet. Ein also souverän gedachtes Volk gibt dem Erwählten seines Vertrauens bei Übertragung der höchsten Gewalt nicht etwas, was es aus sich selber hat, sondern etwas, was es selbst empfangen hat von demjenigen, der im Gewissen mit derselben Kraft zu Jedem spricht, wie er sich im lebeudigen Gotteswort der Offenbarung als Gesetzgeber ganzer Völker kundgibt.

Dessen sollten bei Volkswahlen die Bürger aller Klassen und Stände stets eingedenk sein; dann würde der Wahlakt wie ein Kirchgang nach der Ordnung einer friedlichen Bittprozession im Namen Gottes sich vollziehen, nicht in Weise einer stürmischen Mobilmachung zum Krieg, und was aus einer solchen Willenskundgebung wie aus einem Bußgang der Bekehrung hervorgehen würde, würde nicht ein babylonisches Wirrsal der Unordnung und Zwietracht sein, sondern ein Triumph der Eintracht und Gerechtigkeit. Nur soweit ein Volk in seiner Gesamtheit oder in seiner überwiegenden Mehrheit im Besitz dieser von Gott geheiligten und gesegneten Gerechtigkeit ist, ist es ein wahrhaft königliches Volk und wert, Regenten der gleichen im gemeinsamen Gottesbewußtsein wurzelnden Rechtsanschauung an seiner Spitze zu haben. Qualis grex, talis rex. Herrscher und Untertanen sind zufolge ihrer inneren Geistesverwandtschaft stets durch eine gewisse Notwendigkeit darauf angewiesen, auf dem Boden der Verfassung sich mit gleichen Gedanken und Wünschen wie auf einer gemeinsauen Plattform zu begegnen. Wehe ihnen, wenn diese Plattform die Lüge zum Dach und die rechtlose Gewalt zur Unterlage hat! In diesem Fall wird der Geist und Fürst dieser Welt sein neckisches Spiel mit ihnen treiben und an der beständigen Angst und Qual ihrer Zwietracht sich ergötzen. Heil ihnen,



wenn das Fundament, auf welchem ein Volk mit seinem Fürsten steht, Wahrheit und Gerechtigkeit heißt — es wird in diesem Fall der Gott des Friedens mit seinem Segen über ihnen walten.

XXIII.

Sebastian Brunner.

Von Dr. Franz Schnürer.

(Fortsetzung.)

Die zwei Kremser Jahre bezeichnet Brunner selbst als sehr angenehm. An dem Präfekten und Geschichtsprofessor Dr. Jos. Siebinger fand er einen Freund der Literatur, der ihn mit Lektüre versah und sich auch sonst seiner wohlwollend annahm. Die Philosophievorträge nach einem Lehrbuch von Harpe wurden nur durch die witzige Vortragsweise erträglich, aber das nach Kantischen Prinzipien ausgearbeitete Religionslehrbuch des sel. St. Pöltener Bischofs Frint (1766—1834) war, nach Brunners späterem Urteil, „mehr schädlich als nützlich“, jedenfalls vermochte es des ernst nach gläubiger Erkenntnis strebenden Studenten Zweifel an der Gottheit Christi nicht zu lösen, sondern versenkte ihn eher noch tiefer in völligen Unglauben, aus dem ihn — eine psychologisch merkwürdige Erscheinung — die Lektüre von Pez' „Scriptores rerum austriacarum“ teilweise rettete; er fand sich auf historischem Wege der Kirche wieder näher gekommen. Nicht daß dieser alte Chronist ihn von Zweifeln an Glaubenslehren befreit hätte, aber er lernte durch diese Quellenlektüre einsehen, wie die Feinde der Kirche in ihren historischen Werken die Vergangenheit, zumal das katholische Mittelalter verfälschten, und das erweckte wieder starke Sympathien mit der so verleumdeten Kirche. Disputationen mit glaubenslosen Kollegen verstrickten ihn aber wieder in neuerliches Schwanken und



Zweifeln, aus denen er durch einen glücklichen Zufall — wenn man es so bezeichnen darf — zum Teile befreit wurde. Von einem Besuch im Elternhause hatte er sich aus des Vaters Bücherkasten die Dramen von Zacharias Werner mitgenommen und dabei versehentlich ein ganz ähnlich gebundenes Exemplar der Bekenntnisse des hl. Augustinus mit eingepackt. Dies fiel ihm in Krems in die Hand, er schlug es auf, las darin und war bald ganz davon gefangen genommen. „Der Inhalt hatte mich gepackt, der war einmal in mir; er zertrümmerte meine hoffärtige Skepsis so sehr, daß sie mir nicht mehr genügen konnte; ich bekam Respekt vor der Theologie und gelangte in Anbetracht der nahen Berufswahl zu dem Resultat: Kannst du innerlich Sicherheit und Überzeugung vom Glaubensinhalt der katholischen Kirche und Lehre erlangen, so ergreifst du den geistlichen Stand. Jedenfalls aber gehst du ins Seminar und bleibst daselbst wenigstens ein Jahr lang. Willst du wieder austreten, so ist immer noch Zeit genug, etwas anderes zu ergreifen." Als er dann seinem Vater seinen Entschluß mitteilte, war dieser sehr erfreut und ließ ihm vollkommen freie Hand.

So trat denn Brunner am 27. September 1834 in das fürsterzbischöfliche Klerikal-Seminar — in Wien zumeist Alumnat genannt, da die Zöglinge im Seminar Wohnung und Verpflegung finden — ein, mit dem festen Vorsatz, die Zeit daselbst so viel als möglich zu benützen, um seine geistige Arbeit zu einem Abschlusse zu bringen. Schon die dreitägigen Exerzitien, womit das Studienjahr begann, machten auf den jungen Kleriker einen tiefen Eindruck, der noch verstärkt wurde dadurch, daß der Spiritual des Hauses, Leopold Horni, sich seiner gütig annahm, ihn mit passender Lektüre versah und durch sein liebevolles Eingehen auf des jungen Alumnus Bedenken wie durch sein ganzes vorbildliches Wesen den größten und wohltätigsten Einfluß auf ihn ausübte. Und bald — zu Ostern des nächsten Jahres, da er eine Rückschau auf seine bisherige Theologenzeit hielt, — konnte er erkennen, daß trotz der ungünstigen Veränderung seiner

äußeren Lebensbedingungen — „denn das Alumnatsleben als solches kann kein vergnügliches genannt werden", — ein Frieden in ihm eingekehrt war, der ihn auf alle Genüsse der Freiheit getrost und gern verzichten ließ. „Ich hatte nun ein Lebensziel gefunden, kein provisorisches mehr, sondern ein festes; die Überzeugung war in mir eingekehrt, und ich wurde heiterer, als ich es je gewesen." — Die Ferien benützte er zu Fußpartien in Niederösterreich, ging die Stifter des Waldviertels ab, ein andermal wurde Preßburg, dann das Salzkammergut besucht, nach dem dritten Jahr ging die Reise nach Bayern, an dem Chiemsee, nach München, wo der junge Theologe bei Görres und Möhler freundliche Aufnahme fand, weiter durch das Schwabenland an den Bodensee, in die Schweiz (wo er in Schaffhausen Hurter aufsuchte) nach Einsiedeln, auf den Rigi, Luzern und über Innsbruck wieder nach Hause. Diese Reise vermittelte ihm auch in Wien die lang ersehnte Bekanntschaft mit dem berühmten Domprediger J. E. Veith, an den ihm Görres Grüße aufgetragen hatte. — Das vierte und letzte Alumnatsjahr verging in einem Kreise gleichstrebender junger Männer, denen das noch in voller Blüte stehende josephinische Kirchenregiment widerstrebte und die in Ernst und Humor dagegen ankämpften, sehr rasch. Die Gefangennehmung des Kölner Erzbischofs Clemens August bewegte die Herzen der leicht entflammten Jugend, und Görres' „Athanasius", der in eben diesem Jahre erschien, übte eine begeisternde Wirkung aus. „Mit welchem Enthusiasmus", berichtet Brunner über jene Zeit („Woher? Wohin?" II.[3] 146 f.) „begrüßten wir die Historisch-politischen Blätter! Jedes neu angekommene Heft ging von Hand zu Hand; wir fühlten uns aufgeweckt wie zu einem neuen Leben." Endlich am Tage der Apostelteilung (15. Juli 1838) erhielt Brunner mit etwa 30 anderen Klerikern das Subdiakonat, am 20. Juli das Diakonat und am 25. die Priesterweihe. Die Feier seiner ersten heil. Messe beging der junge Priester am 5. August 1838 in der Wallfahrtskirche zu Maria Zell in Steiermark, und in der Primizoktav hielt er



das Hochamt in seiner Geburtspfarre zu St. Laurenz am Schottenfeld zu Wien, wo eben das Kirchweihfest stattfand.

Ein paar Wochen gönnte sich der Neopresbyter Rast bei etlichen Freunden am Lande und kehrte dann heim, um sein weiteres Schicksal abzuwarten, — war aber „wie vom Donner gerührt“, als er zu Hause schon sein Bestallungsdekret vorfand ... zum Kooperator in Neudorf im Viertel unterm Manhartsberg nahe der mährischen Grenze, einem der ödesten und ärmlichsten Pfarrdörfer der Diözese. Der Rektor des Alumnats, der ihm sehr wohlwolleud gesinnt war, erzählte ihm, wie es gekommen war: er war mit der Liste der Neuordinierten zum Erzbischof gegangen, der ihn mit den Worten empfing: „Zuerst brauchen wir einen nach Neudorf.“ Der Rektor, dem nur das schön gelegene Neudorf im Viertel unterm Wienerwald zwischen Wien und Baden gegenwärtig war, brachte dafür Brunner in Vorschlag, der ja in der alphabetischen Liste auch zu oberst stand; der Erzbischof genehmigte es, und damit war die Sache entschieden.

Aber, wie es so oft im Leben kommt, daß sich das anscheinend Ungünstige in Erfreuliches wendet: Brunner fand dort einen prächtigen alten Pfarrer namens Kumanz, einen Franken aus Kissingen, ein Original der angenehmsten Art, einen jener Männer, die unter einer unscheinbaren Hülle ein goldenes Herz verbergen, einen lieben, biederen, aufrichtigen Menschen und zugleich musterhaften Priester, der für den jungen Kooperator das Vorbild aller pastoralen Tugenden wurde, so daß dieser es aufrichtig bedauerte, als Kumanz nach fünf Monaten (31. Januar 1839) auf eine andere, bessere Pfarrei (Wolkersdorf) ernannt wurde. Genau ein Jahr nach seinem Amtsantritt wurde Brunner selbst abberufen und an die Pfarre Perchtoldsdorf bei Wien versetzt. Die romantische Lage des Ortes an der östlichen Abflachung des Wienerwaldes gegen die Ebene des Wiener Beckens, die Nähe Wiens und die bessere Gelegenheit zu gesellschaftlichem Verkehr mit Gleichgesinnten, die ihm in Neudorf fast ganz

gefehlt hatte oder doch nur in sehr beschränktem Ausmaße möglich war, alles das machte ihn sehr glücklich.

Es sei hier, da das Leben Brunners des weiteren sehr einförmig und geradlinig verläuft, gleich sein fernerer Lebensgang kurz dargestellt.

In Perchtoldsdorf blieb Brunner, nachdem er im April 1842 die Pfarrkonkursprüfung gemacht, bis Ende September dieses Jahres, wurde dann zum Pfarrprovisor auf die erledigte Pfarre Wiener-Herberg (östlich von Wien gegen die ungarische Grenze) bestimmt, welches Amt er vom 1. Oktober 1842 bis Mitte Januar 1843 versah, und kam dann als Kooperator an die Vorstadtpfarre Altlerchenfeld in Wien, in der nächsten Nähe des Wohnhauses seiner Eltern. Diese Stelle füllte er zehn Jahre lang aus, und dieses Jahrzehnt ist das reichste, fruchtbarste und für seine Entwicklung als Mensch, Priester und Dichter wie für seine ganze künftige Laufbahn entscheidendste seines Lebens. Er trat in unmittelbaren Verkehr mit einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten, von denen besonders die Bekanntschaft mit dem Diplomaten und Schriftsteller Baron Clemens Hügel für ihn wichtig wurde, da Hügel ihn mit dem Staatskanzler Fürst Metternich zusammenführte. Dieser fand an dem gebildeten, geistvollen und gelehrten jungen Priester Gefallen und zog ihn in den Kreis seiner näheren Bekannten, ja er dachte daran, ihn direkt in den diplomatischen Dienst zu übernehmen und ihn der Botschaft in Paris als Attaché zuzuweisen oder ihn als Direktor des Geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchives in seiner Nähe festzuhalten. Aber Brunner, dessen Sinn niemals nach einer Karriere in landläufigem Sinne stand, lehnte beide Anträge ab, zufrieden, in dem Zirkel hervorragender Männer, die Metternich um sich versammelte, verkehren zu dürfen. Als Brunner eine Reise nach Deutschland antrat, gab ihm Metternich Empfehlungsschreiben an bedeutsame Persönlichkeiten „im Reich“ mit und beauftragte ihn wiederholt mit Studien über die politischen und sozialen Zustände in den deutschen Staaten,



worüber Brunner auch Berichte ablieferte, in denen er das Herannahen der 1848er Umsturztage mit fast prophetischer Sicherheit voraussagte. — Wichtig wurde dieses „Explosionsjahr“ für Brunner besonders dadurch, daß er zur Verteidigung der von allen Seiten angegriffenen christlichen Tendenzen die „Wiener Kirchenzeitung“ ins Leben rief, die er bis 1865 leitete. Darüber wird später noch zu berichten sein.

Mitte Januar 1853 wurde ihm das Benefizium eines Feiertagspredigers an der Universitätskirche verliehen, das er Ende 1856 aufgab, als die Universitätskirche wieder den Jesuiten, denen sie vor 1773 gehört hatte, zurückgegeben wurde. Seither lebte er, dank seinem väterlichen Erbteil im Besitz einer für seine bescheidenen Ansprüche zureichenden Rente, als freier Schriftsteller. Im Sommer machte er bis in sein hohes Alter gern weite Reisen, die ihn durch ganz Deutschland, die Schweiz, England und Frankreich, am häufigsten aber nach Italien führten. Eine Anzahl von kunst- und kulturpolitischen Schriften über diese Länder sind die Früchte dieser Ausflüge. — Seit 1865 schon Protonotarius apostolicus, wurde er am 6. Mai 1875 als Praelatus Referendarius utriusque Signaturae zu Rom vereidigt und am 10. Oktober desselben Jahres zum wirklichen fürsterzbischöflichen Konsistorialrat ernannt. Schon 1875 hatte er das philosophische Doktorat an der Wiener Universität erworben, im Jahre 1878 erteilte ihm die theologische Fakultät der Universität Freiburg i. Br. die Würde eines Dr. theol., die, um in Österreich Giltigkeit zu besitzen, an einer österreichischen Universität „nostrifiziert“ werden mußte. Die theologische Fakultät zu Salzburg nahm diese Nostrifikation 1863 vor, aber allerhand Kabalen verhinderten die Durchführung drei Jahre lang.

In seinen letzten Lebensjahren, da sich die Beschwerden des Alters dem einsam lebenden Manne immer stärker fühlbar machten, übersiedelte er in das von den Barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus geleitete Greisenasyl



in Währing (Wien XVIII), wo er am 27. November 1893 starb.

Das Charakterbild Brunners zu zeichnen, ist eine der schwersten Aufgaben, denn seine Bedeutung erschöpft sich nicht in Büchern, die er geschrieben: die literarische Betätigung bezeichnet nur eine Seite seines Wesens, neben der der Politiker, der Theologe, der Geschichtsforscher und -schreiber, der Literarhistoriker, der Kunstgelehrte, der Journalist, der schneidige Polemiker gleichermaßen ihr Recht verlangen. Eine erschöpfende Würdigung dieses Mannes könnte nur ein gleich vielseitig begabter Mensch oder eine Gesellschaft von Fachmännern in gemeinsamer Arbeit unternehmen. Ich kann hier nur auf die Schriften Brunners Rücksicht nehmen, in denen sich immerhin seine Eigenart am klarsten widerspiegelt; und auch hier ist es im Rahmen eines räumlich enger begrenzten Aufsatzes nicht möglich, die einzelnen Werke kritisch oder referierend zu besprechen, — laut Ausweis des Kayser'schen Bücherlexikons, das nur die im offiziellen Buchhandel erschienenen Werke verzeichnet, nicht aber die zahlreichen, oft sehr umfänglichen Zeitschriftenaufsätze, ist von Brunner die stattliche Zahl von 84 Schriften erschienen. Es dürfte sich demnach empfehlen, die Werke in Gruppen zu teilen und nur die wichtigeren Arbeiten, gewissermaßen als Reprä sentanten, herauszuheben.

(Fortsetzung folgt.)

XXIV.

Staat und Kirche.

Prinzipielle Bedenken gegen die Trennung.

Die Forderung der Trennung von Staat und Kirche ist älter als die deutsche Revolution; sie ist durch die Erschütterungen im Spätjahr 1918 nur akut geworden und als reife Frucht vom Baume der nachreformatorischen Gnosis abgefallen. In den romanischen Ländern hat sich dieser Prozeß rascher entwickelt; die Gründe dafür anzugeben, ist hier nicht der Platz; es genügt der Hinweis auf die sehr verschiedene Reaktionsfähigkeit und Denkungsweise des Südens und Westens, den Hang des Romanen zum Radikalismus, das raschere Tempo seiner Geschichte. Der Wahlkampf der vergangenen Wochen hat keinen Zweifel mehr darüber gelassen, daß auch Deutschland und seine Bundesstaaten entschlossen sind, in Weltanschauungsfragen eine Orientierung nach westlichem Vorbild zu suchen. Ein verlorener Krieg beschwört mit der materiellen auch geistige Umwälzungen herauf, ruft radikale Veränderungen im Lebensgefühl eines Volkes hervor, und beeinflußt so die Stellung zu den Weltanschauungsfragen und geistigen Lebensvoraussetzungen einer Nation wesentlich und nachhaltig. Die deutsche Revolution hat in ihrem ersten Stadium gerade diejenigen Volkskreise zu führenden gemacht, welche schon im Frieden radikalistisch, d. h. im wahren Sinn ohne Tradition waren. Ich kann nicht ermessen, ob unter den obwaltenden Umständen ein nüchternes Wort noch gehört wird, ob eine rein sachliche Untersuchung ihre Verehrer findet und den allzulauten Wunsch nach Änderung gegebener und in jeder Hinsicht zu Recht bestehender Verhältnisse zu gunsten einer rein prinzipiellen Betrachtung des Gegenstandes zurückzudrängen vermag. Trotzdem sei der Versuch gewagt, den prinzipiellen Bedenken Ausdruck zu

verleihen, welche dem katholischen Gewissen angesichts der nahebevorstehenden Trennung von Kirche und Staat erweckt werden. Es handelt sich im Folgenden vor allem um Vorbehalte grundsätzlicher Natur, die jeweiligen tatsächlichen Beziehungen beider Gewalten bleiben außer Betracht.

Ich fühle mich zu dieser Untersuchung um so mehr angeregt, als Mißverständnisse und Irrtümlichkeiten in Dingen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker eine Aufklärung in wichtigen, tiefeinschneidenden Lebens- und Kulturfragen erwünscht sein lassen. Die Stimme des Volkes ist nicht immer die Stimme der Vernunft und noch weniger die Stimme des Gewissens. Eine Volksvertretung hat die hohe Aufgabe das Volk zu führen, nicht von ihm sich unter allen Umständen führen zu lassen. Das Volksleben ist in seiner innersten Existenz von den ewigen und unantastbaren Wahrheiten des Sittengesetzes abhängig; an diese Wahrheiten zu rühren hat weder das Volk noch die von ihm gewählte Regierung ein Recht. Die Majestät der ewigen Wahrheit läßt sich nicht entthronen. Wert nnd Allgemeingiltigkeit der ewigen Wahrheiten hängt nicht von der Gewogenheit oder Abneigung des menschlichen Herzens ab; sie bleiben von Zeitumständen und sozialen Erschütterungen unberührt. Dagegen macht es das Getöse und Gelärm einer Revolution der Stimme des Gewissens schwer, sich Gehör zu verschaffen.

Das Denken des Katholiken ist nicht ausschließlich auf die jetzige Zeit gerichtet, sein Glaube weist ihn an die Zukunft. Die Weltgestaltung dieser Jahre ist keine ewig dauernde, sie wird vorübergehen. Politischer Anwandlungen wegen kann und wird die Kirche nie ihre erhabenen, durch den Lauf der Jahrhunderte erprobten Grundsätze opfern, noch weniger darf sie als Erzieherin der Völker und Führerin zu Christus den durch die Umsturzbewegung in Verwirrung geratenen Gewissen Folge leisten. Heute ist sie reaktionär und empfindet nicht so wie das Volk. Indessen, was will das sagen? Eine Organisation wie die katholische Kirche kann sich doch nicht von jeder Woge des Lebensgefühls



heben und fallen lassen! Wie denkt denn die Masse morgen und übermorgen? Der Boden der Volksmeinung und Volksgunst ist zu schwankend, man kann nicht auf ihn bauen. Rascher als die Gestalt des Leibes verändern die Jahre menschliche Vorstellungen. Heute verbrennt die Menge, was sie morgen verehrt, und zerstört morgen, was ihr in der gegenwärtigen Stunde einzig zeitgemäß und dem Fortschritt entsprechend erscheint. Wir tun, als schafften wir für Jahrhunderte, allen vergangenen Geschlechtern zum Trotz; allein unsere Worte sind größer als wir. Darin liegt ein gut Stück Tragödie der heutigen Menschheit. Wir überschätzen das Maß unserer Kräfte und vor allem fehlt uns, fehlt den Führern des Volkes eine lebendige Kenntnis der menschlichen Seele. Ich finde keine Worte für die Verblendung einer Regierung, die in ihren Vertretern so wenig Hochachtung vor dem Geist der Religion bekundet, daß sie offen und ausgesprochenermaßen zum Kampf gegen die christlichen Kirchen — ich spreche für unsere andersgläubigen Reichsgenossen mit, obwohl es nur zu deutlich ist, wem letzten Endes der Kampf gilt — vorzugehen entschlossen ist und dabei die Autorität im Volksleben auf die Dauer erhalten zu können glaubt. Das heißt man die Steine aus dem Fundament brechen, um seinen Gipfel zu erhöhen. Von jetzt an wird es anders! Von jetzt an? Als ob Revolutionen nicht durch Jahrzehnte schritten, um am Ende aller nationalen Blütenträume dem Volk doch nur das Bewußtsein menschlicher Schwäche zu hinterlassen, menschlicher Hilfsbedürftigkeit und einer großen sittlichen Unkraft zu höheren Zielen. Ich wiederhole, der Revolution fehlt die Kenntnis vom lebendigen Menschen.

2.

In der verfassunggebenden Versammlung wird sich kaum eine Mehrheit für die Beibehaltung des früheren Verhältnisses von Staat und Kirche finden. Man muß mit der Trennung wie mit einem feststehenden Programm rechnen;



wir stehen also vor der Aufgabe, die Trennung unter möglichst günstigen Bedingungen zu vollziehen. Das ist leichter gesagt als getan. Die Trennungsfrage schließt einen ganzen Komplex von Problemen in sich; sie berührt staatsrechtliche und kirchenrechtliche Fragen, sie greift in den Ideenkreis der Staatspolitik und Kirchenpolitik hinein; sie rührt an Rechte und Verhältnisse, die aus der Geschichte des eigenen Volkes und der Weltanschauung der katholischen Kirche herausgewachsen sind. Die Trennungsfrage hat, nachdem die mittelalterliche Gesellschaftsanschauung durch den Lauf der Ereignisse seit den Tagen der Reformation **politisch** entwertet worden ist, ihre eminent kulturelle, ideelle Seite beibehalten. Sie ist ein **ethisches Problem** im wahrsten Sinn des Wortes, das seine geistigen Voraussetzungen in Weltanschauungsgrundsätzen hat, von den verwaltungstechnischen und praktischen Schwierigkeiten zu schweigen, welche mit der tatsächlichen Durchführung der Trennung verbunden sind.

Die offizielle Kirche hat wiederholt, zuletzt unter Pius X. ihre grundsätzlich ablehnende Haltung einer Lehre gegenüber zum Ausdruck gebracht, die mit wertvollen und unveräußerlichen Anschauungen der katholischen Welt- und Lebensauffassung nicht in Einklang zu bringen ist. Das hat die Kirche nicht gehindert, in ihren Konkordaten, welche das Verhältnis von Staat und Kirche in einzelnen Ländern und Landesteilen näher umschreiben, weitgehende und entgegenkommendste Toleranz zu üben. Klarheit und Folgerichtigkeit in den Grundanschauungen des Lebens befähigt überhaupt erst zum Kompromiß; denn nur eine so gebildete Geistesverfassung verbürgt eine lebendige Intuition für die vitale Grenze eines Prinzips, welche ohne Gefahr für persönliches und soziales Leben nicht überschritten werden kann. Und um ein solches, **Persönlichkeit und Sozietät umspannendes Lebensprinzip** handelt es sich bei Trennung von Kirche und Staat.

Wenn im Folgenden der Gegensatz zwischen katholischer und nichtkatholischer Weltanschauung zum Ausdruck kommt, so geschieht es nur um der **Wahrheit** willen. Denn nichts



wäre verächtlicher und eines vernünftigen Wesens unwürdiger, als in den letzten geistigen Lebensfragen, auf die Individuum und Gesellschaft Zweck und Sinn ihres Daseins zurückführen, der Verschwommenheit und Ziellosigkeit zu huldigen. Die Ehrfurcht, die wir unserer Überzeuguug schuldig sind, ist sehr wohl mit der Hochachtung vereinbar, die wir der menschlichen Persönlichkeit entgegenbringen, auch wenn sie anderer Meinung ist als wir, vorausgesetzt, daß wir es mit einer ernsten, sittlich gerichteten Persönlichkeit zu tun haben.

Und so möchte ich die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf eine Seite der Frage lenken, von der ich fürchte, daß sie zu wenig in Betracht gezogen wird. Sehen doch auch viele Katholiken in der Trennung nicht das große Übel, für welches die Kirche sie hält. Sie glauben sich sogar von der Trennung für ihre Kirche, die sie lieben, mancherlei Vorteile versprechen zu können. Sie weisen nicht ohne Grund auf die Schäden des Staatskirchentums hin; man braucht dabei nicht gleich an die berüchtigte Form des alten Polizeistaates zu denken; der Geist des Staatskirchentums äußert sich in wohltemperierten Abstufungen. Was diesen Geist so gefährlich macht, ist die innere Freiheitsbedrohung der Kirche. Von einem großen Kirchenfürsten stammt das charakteristische Wort: „Gott liebt auf Erden nichts so sehr als die Freiheit seiner Kirche.“ Deshalb empfindet die Kirche jeden Eingriff in ihre Bewegungsfreiheit als Angriff auf ihr Wesen und Sein; daraus erklärt sich die Energie, mit der ein wahrhaft gläubiges katholisches Volk jeden Versuch der Staatsgewalt abwehrt, sich an die Grundrechte der Kirche heranzuwagen. Jede Regierung, ob monarchisch oder revolutionär, muß bei einem Angriff auf unbestreitbare Rechte der Kirche mit dem elementaren religiösen Instinkt des katholischen Volksteils rechnen. Sie wird sich deshalb bemühen, zwischen beiden Gewalten ein erträgliches Verhältnis zu schaffen. Und wieder sind es wohlmeinende Stimmen aus den Reihen der Katholiken selbst, die eine Trennung des Staates von der Kirche vorschlagen, um jeder Rivalitätssucht und Eifersüchtelei



ein für allemal die Tore zu schließen. Sie erwarten von der Trennung eine selbständigere Entwicklung des innerkirchlichen Lebens, ein tieferes Aufatmen der religiösen Seele. Dabei gehen sie von einer feinen psychologischen Beobachtung aus; sie sagen sich, die öffentlichen Organe der Kirche wären unwillkürlich mehr auf die Gewinnung der freien Zustimmung der menschlichen Persönlichkeit und deren selbsttätige Mitarbeit angewiesen, wenn die Staatskrücken fallen.

Nun, das sind zunächst Berechnungen, die in einem bestimmten Fall und unter günstig gelagerten äußeren Umständen zutreffen können. Allein die Prinzipienfrage wird dadurch nicht im mindesten berührt. Einmal gibt es überhaupt keine reinliche Scheidung von Staat und Kirche, so lange die gleichen Menschen Glieder der Kirche und Bürger eines Staates sind; und überdies lassen sich die sachlichen Interessen beider nie ganz auseinanderflechten. Das Wort von der freien Kirche im freien Staat ist ein agitationstechnisch brauchbares Schlagwort, das die Massen begeistert, ohne ihnen eine klare und anschauliche Vorstellung von der Sache zu geben, um die es sich handelt; bei näherem Zusehen kann es nicht einmal den Wahrheitswert für sich beanspruchen, den Thomas Mann gemeint hat, wenn er Schlagwörter geistvoll „Abbreviaturen der Wirklichkeit“ nennt. Und wissen wir denn, in welchem Geist die Trennung bei uns durchgeführt werden soll? Es wäre das erstemal in der Geschichte, daß eine Regierung, zumal eine Revolutionsregierung, keine angelegentlichere Sorge hätte, als der katholischen Kirche eine möglichst große Freiheit zu gewähren. Sollte die Volksvertretung sich in edlem Sinne liberal erweisen und erträgliche Zustände zu schaffen bemüht sein, werden das die Katholiken dankbar anerkennen.

Die Vorteile, welche aus der Trennung für die Kirche möglicherweise entspringen, dürfen niemals mit einem an sich verkehrten Prinzip in Zusammenhang gebracht werden. Wo die Trennung von Staat und Kirche nach-



träglich als Wohltat empfunden wird, da hat entweder der Staat seine Pflicht nicht erkannt und die erhabene Aufgabe eines Beschützers und Begleiters der Kirche mit den Funktionen eines Polizeidieners verwechselt oder aber die Gläubigen und ihre geistlichen Leiter haben sich in menschlich naheliegender und begreiflicher Bequemlichkeit allzusehr auf den starken Arm staatlich schützender Macht verlassen und ihr religiöses Leben zu wenig unter die Macht der Ideen gestellt. Im einen wie im andern Fall liegt die Schuld beim Menschen, nicht am Grundsatz des Zusammenseins von Staat und Kirche.

Man kann sich an einem sachlich richtigen und in seinen Lebensauswirkungen wohltätigen Prinzip in zweifacher Hinsicht versündigen. Durch falsche Auffassung einer Idee und, was damit zusammenhängt, durch ihre verkehrte Anwendung; nicht weniger häufig dürfte der zweite Fall eintreten: nämlich mangelhafte Kenntnis vom Seelenleben des Menschen; dann verfehlen wir uns durch Verkennung, bezw. Verachtung derjenigen Lebensgesetze, auf welchen die Wirksamkeit der Ideen ruht. Die Idee hat Leo XIII. in der Enzyklika Immortale Dei vom 1. November 1885 folgendermaßen formuliert: „Die Staaten können sich nicht ohne schwere Schuld so verhalten, als ob Gott nicht existiere, oder die Sorge für die Religion als etwas, das sie nichts angeht, von sich weisen. Es ist ein großer und verderblicher Irrtum, die Kirche, die Gott selbst gegründet hat, vom öffentlichen Leben, von den Gesetzen, der Jugenderziehung, der häuslichen Gesellschaft auszuschließen.“ Damit ist die Auffassung der katholischen Kirche unzweideutig dargelegt und jede Regierung oder Volksvertretung, die von Freiheit etwas mehr als das bloße Wort in sich trägt, muß sich mit der Glaubensanschauung des katholischen Volksteils auseinandersetzen; das soll aber nicht heißen, das Verhältnis von Staat nnd Kirche, wie es in einem bestimmten geschichtlichen Augenblick bestehe, müsse unbedingt festgehalteu werden. Die Gesellschaft ist kein Totes, sondern ein Lebendiges und



die Beziehungen beider Gewalten können sich auf mannigfachen, den wechselnden Zuständen des staatlichen Lebens entsprechenden konkreten Formen aufrichten. Was aber von diesen Formen als deren geistiger Inhalt eingeschlossen werden muß, hat die Enzyklika grundsätzlich festgelegt.

Mit der richtigen Erfassung ideeller Werte und Anschauungen muß sich notwendig eine gründliche Kenntnis des menschlichen Herzens verbinden, denn geheimnisvolle Lebensgesetze verbinden Ideenwelt und Persönlichkeit. Die Wirksamkeit der Ideen hängt von dem Grade der Aufnahme- und inneren Verarbeitungsfähigkeit der menschlichen Persönlichkeit ab. Die menschliche Seele ist auf die christliche Ideenwelt hin angelegt; anima naturaliter christiana; das religiöse Verlangen des menschlichen Herzens ist ein Elementargefühl des Seelenlebens, ein menschheitlicher Akt; daher die unbesiegliche Energie, mit der die christliche Ideenwelt seit zwei Jahrtausenden im Kampf mit ihren Gegnern liegt. In ihr wehrt und schützt die Menschheit sich gegen sich selbst.

Neben der Urkraft der religiösen Gefühle ist ihre lebengestaltende, formschaffende Macht ein unverkennbares Charakteristikum. Ideen im allgemeinen, die religiösen im besonderen, am intensivsten die christlichen Ideen drängen mit vitaler Eigenkraft nach Organisation, suchen sich in gesellschaftlichen Verbänden zu gestalten und auszuleben. Bei den religiösen, zumal bei den christlichen Ideen ist dieses Bedürfnis so groß, daß es über den Lebenskreis der Einzelpersönlichkeit weit hinausgreifend wie von selbst gemeinschaftsbildend, sozialisierend wirkt. Man kann den Drang, die menschliche Einzelpersönlichkeit aus dem Schema ihrer geistig-biologischen Existenz hinauszuheben, sie mit anderen Persönlichkeiten in lebensvolle Beziehungen zu setzen, den Zustand der menschlichen Atomistik zu überwinden und in die Verbundenheit eines ethisch-geistigen Organismus überzuführen, als ein wahres Merkmal der religiösen Ideen bezeichnen. Wo dieses geistige Lebensgesetz verkannt wird,



leidet das individuelle und soziale Leben, die Ideen verblassen und büßen an formender Kraft ein, die Persönlichkeit verholzt, die Gesellschaft zersetzt sich. Die logische Richtigkeit, die metaphysische Giltigkeit, die moralische Vorzüglichkeit eines in sich wahren Prinzips werden durch mangelhafte Erfassung der Idee oder falsche Einschätzung der geistig-sittlichen Voraussetzungen ihrer geschichtlichen Wirkungsmöglichkeiten nicht berührt. Das gilt ingleichen vom Grundsatz der kirchlichen Doktrin, daß Staat und Kirche von der Vorsehung zur gemeinsamen Arbeit an der Sozietät berufen sind. Die Kirche gibt ihrem Prinzip eine weltumspannende Zweckbeziehung, Staat und Kirche sollen nach ihrer Vorstellung den Menschen für das zeitliche und ewige Heil erziehen; besteht die Aufgabe des gemeinsamen Tuns von Staat und Kirche darin, dann ist die völkerpädagogische Maxime kirchlicher Lehrweisheit der Variabilität geschichtlicher Erscheinungsmöglichkeiten entrückt, entgegen auch den Einfällen menschlicher Willkür.

Die Trennung von Staat und Kirche ist ein unhaltbares Prinzip, das aus sich nie Gutes schaffen kann; wo es bei praktischer Durchführung günstige Wirkungen hervorruft, liegen die Voraussetzungen dafür im ganzen Ensemble der äußeren Umstände. Wenn die Kirche in der Trennung einen Vorteil für ihr ureigenes Leben wie ihre überweltliche Aufgabe erblicken dürfte, wäre sie die letzte, welche auf eine engere Verbindung mit der Macht drängen würde, von der unabhängig zu sein ihr nur zum Segen gereichte. Sie verfolgt wesentlich andere Ziele als die Vertretung der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Heimat ist nicht auf dieser Welt, ihre Interessen decken sich großenteils nicht mit denen des Staates, die Beweggründe ihres Handelns schöpft sie aus Glaube und Offenbarung, es ist nicht einzusehen, was für Gewinne die Kirche aus ihrer Verbindung mit dem Staat ziehen sollte, mit dem sie für den oberflächlichen Blick nicht viel mehr gemeinsam zu haben scheint als den lebendigen



Menschen, den natürlichen Träger und die gegebene Voraussetzung der eigenen überindividuellen Existenz. Es müssen schwerwiegende und hohe, erhabene Gesichtspunkte sein, welche die Kirche zur Aufrechterhaltung eines engeren Verhältnisses mit dem Staate zwingen.

(Schluß folgt.)

XXV.

Zur Geschichte des Anarchismus.

III.

Auf seinem blutigen Siegeszug drang der Bolschewismus aus dem Innern Rußlands zunächst an die Ostsee. Auch hier liegen zuverlässige Zeugnisse von Augenzeugen vor.

Unter dem Titel „Verschleppt! Erlebnisse während der Bolschewikenzeit" erzählen Leon Goertz-Wenden und Eugen Bergmann-Smilten ihre und ihrer Mitgefangenen Leiden (Riga, G. Löffler 1918, 164 S.); die Vorrede ist vom Juli 1918.

In Wenden herrschten die Bolschewiken seit Beginn des Jahres 1918. Im schönsten Hause der Stadt, dessen Bewohner auf die Straße gesetzt wurden, regierte der „Iskowend", das ausführende Komitee des Wendener Arbeiter- und Soldatenrates. In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar wurde Goertz von einem Soldaten auf die Filiale der Dorpater Bank gebracht, um sein Safe revidieren zu lassen. Dort fand er noch mehrere Schicksalsgenossen, die von Rotgardisten und lettischen Schützen bewacht wurden. Gegen 5 Uhr morgens begann die sogenannte Revision. Alles Gold, Silber und alle Kostbarkeiten wurden den Safes entnommen und als „Nationaleigentum" erklärt. Dann wurden die Besitzer mit etwa 200 Männern und Frauen aus den besseren Kreisen der deutschen und lettischen Gesellschaft Wendens abtrans-



portiert. Man wollte möglichst viele aus den „Burschuis“ fortschaffen, ehe die Deutschen ins Land kämen. Unter Leiden und Qualen aller Art, vielfach in steter Todesgefahr, wurden die Gefangenen nach Jekaterinburg gebracht, von wo sie in Folge des Friedens mit den Deutschen unter großen Mühseligkeiten wieder in ihre Heimat gelangten (20. April). „Die Zeit hat manchen wieder das Beten gelehrt“, so schließt Goertz seine Schilderung.

Als „Sechs Wochen im Elend“ schildert der Apotheker Eugen Bergmann aus Smilten seine Erlebnisse von seiner Gefangennahme bis zur Rückkehr. 74 Personen, unter ihnen 8 Frauen, hatte man unter irgendeinem Vorwande ins Gemeindehaus bestellt und sie dort verhaftet; sie waren ohne Geld, ohne Wäsche und ohne Brot. Der Abtransport zu Fuß, dann auf der Eisenbahn brachte Leiden aller Art, für einen Teil auch den Tod; sie wurden herausgerufen und im Schnee erschossen, nur weil man sie nicht in die Hände der Deutschen fallen lassen wollte. Auch die übrigen befanden sich mehrfach in Gefahr, ohne weiteres erschossen zu werden. Die Leiden der Rückreise waren fast noch schlimmer als die Reise in das Gefängnis zu Staraja Russj. Am 10. März ging es zurück in der Richtung auf Moskau.

Haben wir es bei diesen Schilderungen aus der Bolschewikenzeit in Livland mehr mit persönlichen Erlebnissen zu tun, so liegen über die Bolschewiken in Finnland Berichte vor, die einen mehr allgemeinen und dokumentarischen Charakter tragen und deshalb größere Beachtung verdienen. Es ist Henning Söderhjelm, der unter dem Titel „Der rote Aufruhr in Finnland im Jahre 1918. Eine Schilderung auf Grundlage offizieller Urkunden“. Leipzig 1918 (180 S.), uns einen tiefen Einblick in den Ursprung und Verlauf der Bolschewikenherrschaft in Finnland ermöglicht.

Die Elemente bilden in Finnland die zahlreichen finnischen Arbeiter, die von den Russen bei den wahrhaft großartigen Befestigungsarbeiten in Finnland verwandt wurden, dann

desorganisierte und meuternde Soldaten, schließlich Matrosen. Letztere zeichnen sich besonders durch Gemeinheit der Gesinnung und Ruchlosigkeit in Wort und Tat aus.

Die Mannschaften der großen russischen Panzerschiffe hatten während der ganzen Kriegszeit in den Häfen gelegen und genügend Zeit gehabt, sich zu vollkommenen Bolschewiki und überhaupt zu allem anderen als zu guten Arbeitern und anständigen Charakteren auszubilden. Diese Matrosen wollten sich das Leben so bequem wie möglich machen. Den Matrosen der Ostseeflotte standen mehrere erstklassige Vergnügungslokale zur Verfügung. Sie hatten in Petersburg die beiden sehr großen und schönen kaiserlichen Dampfjachten „Standard“ und „Polarstern“ beschlagnahmt und sie nach Helsingfors gebracht; sie hatten ferner eines der größten und modernsten Hotels in der Stadt gekauft und mit einem eigenen Theatersaal versehen. Tanzabende wurden in den Kasernen veranstaltet und zahlreiche „Balldamen“ ließen sich für Wochen und Monate in den Kasernen nieder (S. 83). Diese Matrosen hatten natürlich mehr Freude an Raub und Plünderung als am Kampfe. In den späteren Kämpfen kam z. B. von der Björnborger Front die Nachricht, daß eine Schaar Matrosen, die dort angelangt, ganz plötzlich kehrt gemacht und die friedliche Bevölkerung ihrer Gold- und Silbergeräte und anderer Dinge zu berauben begonnen habe. Die Ursache war, daß jemand ihnen erzählt hatte, daß es in einer Kirche Wein gebe. Sie waren in die Kirche eingebrochen, hatten den Abendmahlswein ausgetrunken und waren dann auf Plünderungszüge ausgezogen. Man wagte nicht, sie zu hindern, „weil daraus ein großer Streit hätte entstehen können.“ (S. 119 f.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte die Bildung eines Schutzkorps zum Schutz von Eigentum und Leben möglichst erschwert und gegen die Korps gehetzt als „Blutpartei der Bürgerlichen“, dagegen die „Ordnungspartei der Arbeiter“, die rote Garde, in jeder Weise gefördert. Diese Rotgardisten zogen bei dem Novemberausstand in Helsing-



fors umher und schlossen die Läden. Sie besetzten das Polizeiamt und vernichteten im Verbrecheralbum die Bildnisse von 31 Verbrechern, nunmehr Vertrauenspersonen der Garde. Acht von diesen waren Mörder. Auf Befehl des „revolutionären Zentralrates" wurden 18 Banditen aus dem Provinzialgefängnis in Helsingfors befreit. Diese zogen, nachdem sie sich im Volkshaus bewaffnet, in ihre Heimat zu Raub, Plünderung und Mord (S. 63 f.). Die Parteileitung ging Januar 1918 ganz in die Hände dieser Roten Garden über (S. 79 f.). Und doch lebten die Roten Garden wie in Feindesland. Wonach ihnen gelüstete, das nahmen sie sich. Bald brauchte man ein Hotel, bald ein Restaurant, bald ein Automobil, bald einen Extrazug. Das nannte man Beschlagnahmungen. Sie erschwerten im höchsten Grade die Lebensmittelversorgung, indem sie die Vorräte, die ihnen in die Hände fielen, wegnahmen und die für die Städte bestimmten Lebensmittelzüge zum Stehen brachten und ausplünderten (S. 136). Bei ihren Kämpfen brachten die Rotgarden soviele um, wie man nur eben konnte. Die Gefangenen wurden regelmäßig getötet, die Verwundeten sofort niedergemacht. Der Redakteur einer Arbeiterzeitung meinte am 27. März 1918 in einer Eingabe an die rote Regierung, viele Feinde würden sich sicher gefangen geben, „wenn wir nur unsere Leute bewegen könnten, die Gefangenen nicht mehr zu töten". Einen traurigen Beweis für die Roheit der Roten Garde liefert die Tatsache, daß sich russische Soldaten gegen deren Grausamkeiten wendeten (S. 141 ff.).

Die Gerichte wurden als „Revolutionsgerichte" in die Hände der Arbeiter gelegt, die „nach Gewissen und Vernunft" gegen die „gegenrevolutionären" Elemente entscheiden sollten. Als einzige Richtschnur wurde ein Verzeichnis der zur Anwendung kommenden Strafen gegeben. An einem solchen Gerichte fungierte z. B. in Toijala als öffentlicher Ankläger ein Schuster namens Tanner, den die Roten aus dem Zuchthause befreit hatten, wo er dreimal nacheinander gesessen, zuletzt wegen eines Raubmordes. Zur Verfügung dieses

Gerichtes stand eine „fliegende“ Kolonne, die von einem Schneider Wuori geführt wurde. Dieser fuhr mit seiner Kolonne umher und verhaftete die Hausväter in der umliegenden Gegend, brachte sie zum Verhör, schoß sie aber dann unterwegs nieder und plünderte die Leichen. Tanner gestand nach seiner Verhaftung, daß er etwa 30 Morde begangen, bei denen Wuori als Henker gedient hatte. Eine Amnestie ließ eine große Zahl von Schwerverbrechern frei, besonders alle auf Lebzeiten verurteilten Verbrecher, wenn sie fünf Jahre abgesessen hatten.

Die Preßfreiheit wurde unterdrückt. Bei dem Generalausstand, der am 13. November 1917 um Mitternacht verkündet wurde, war die erste Maßregel der Arbeiterpartei, mit Hilfe der roten Garde die Druckereien sämtlicher bürgerlichen Zeitungen zu besetzen, so daß die Morgenzeitungen am 14. November nicht mehr erscheinen konnten (S. 50). Später, als die Bolschewiken sich der Herrschaft ganz bemächtigt, brachten sie die Zeitungspresse völlig zum Schweigen und gestatteten nur ihren eigenen Blättern zu erscheinen. Die einzige Ausnahme war die Zeitung der Heilsarmee, „Der Kriegsruf“. (S. 40.)

Die Finanzen wurden geregelt, indem die Roten die Staatsbank erbrachen. Sie erbeuteten 160 Millionen, weitere 25 Millionen in den Zweigstellen. Diese 185 Millionen waren bald verbraucht, dann gings in die Privatbanken, Schließlich gab man sich an den Druck von Noten für eine zwangsweise Zettelausgabe. Bis zum 8. April 1918, dem Tag der Flucht, druckte man Banknoten im Nennwerte von 77 Millionen finnischer Mark. Diese trugen nicht die Namen der druckenden Regierungsbeamten, sondern die der verabschiedeten Finanzbeamten. Bei der Flucht nahmen die Roten dann noch alles Bargeld, 17 Millionen Mark, mit, einige Tage früher hatten sie schon 13 Millionen Mark ostwärts gesandt (S. 131 f.). Unter den späteren Gefangenen trugen so gut wie alle, die irgendeinen Vertrauensposten bekleidet hatten. Mengen von Geld und Wertgegenständen bei sich. Aber auch



bei gewöhnlichen roten Arbeitern und Arbeiterinnen war es keine Seltenheit, einige hunderttausend Mark in den Kleidern eingenäht zu finden (S. 176 f.)

Bei dem Einrücken der Deutschen bereiteten die Roten rechtzeitig ihre Flucht vor. Es ist vielleicht der häßlichste Zug bei diesen Volksführern, so Söderhjelm —, daß sie im Augenblicke des Unterganges fortfuhren, ihre Scharen gegen einen übermächtigen Feind aufzuhetzen, während sie selbst flohen, nachdem sie ihre Taschen mit Millionen aus den Kassen der Staatsbank gefüllt hatten. Am 8. April 1918 verließ die rote Regierung Helsingfors. Die letzte Nummer ihrer offiziellen Zeitung von demselben Tage enthält noch einen Aufruf des großen „Zentralrates", der an Lügen und Aufpeitschung der Massen das Unglaublichste leistet. Söderhjelm hat ihn (S. 169 ff.) wörtlich abgedruckt. Hier wird mit Vaterlandsliebe und Demokratie geprahlt in demselben Augenblicke, in dem die Führer die verführten Massen im Stiche ließen: „Die finnische Arbeiterpartei hatte niemals Führer mit Haltung, Mut und Charakter besessen" (S. 171).

Bei dem Rückzuge der Roten wurden Massen von wertvollem Eisenbahnmaterial, Maschinen, Waren und Lebensmitteln nach Rußland geschleppt, zahlreiche Einwohner, auch Frauen und Schüler ermordet. Um Gefangene nicht in die Hände der Befreier gelangen zu lassen, stellten sich z. B. in Riihimäki bewaffnete rote Frauen an die Türe des Gefängnisses und begannen aufs Geratewohl unter die Gefangenen hineinzuschießen. Im Bahnhofsgebiet von Kouwolna in der Nähe des Flusses Kymmene ermordeten die Roten 400 Gefangene. Mehr als 200 Leichen, die teils im Sumpf begraben, teils in den Fluß geworfen worden waren, sind aufgefunden worden, aber viele andere sind von der Strömung weggetrieben worden. Unter den hier ermordeten war auch der Leiter des größten industriellen Unternehmens in Finnland, der, ein großer Wohltäter der Arbeiter, seine Fabrik zu einer sozialen Mustergemeinde ausgestaltet hatte. Aber

die eigenen Arbeiter brachten ihn ums Leben, weil er ein Bürgerlicher war (S. 176).

Auch in Finnland ist das Schuldkonto der Sozialdemokratie mit dem Bolschewismus erheblich belastet. Die Sozialdemokraten bereiteten dem Bolschewismus den Boden, unterstützten ihn anfangs auf jede Weise und fanden schließlich nicht den Mut und die Kraft, seinen schauderhaften Ausschreitungen entgegenzutreten.

Als bei den Wahlen am 1. Oktober 1917 die Bürgerlichen im finnischen Landtag die Majorität erhielten, verkündeten die Sozialdemokraten in Reden und Proklamationen, daß „die Arbeiter andere Machtmittel als den Wahlzettel hätten, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben". Am 31. Oktober forderte der Parteitag der sozialdemokratischen Partei die Rote Garde auf „sich schleunigst fertig zu machen und die Kräfte sämtlicher Arbeiter für alle Fälle zu sammeln, denn große Ereignisse könnten ihrer harren" (S. 38 f.). Bei der Anarchie im Januar 1918 ordnete sich die Partei, wenn auch zum Teil mit Widerstreben, den Plänen der russischen Bolschewiken unter. Die wildesten Elemente der Partei übernahmen die Führung. „Unsicher und schwankend schauten die Parteigrößen dem Vormarsch der wildesten Elemente zu. Es ist typisch, daß sie nicht wagten, ein einziges männliches Wort der Warnung auszusprechen, sondern sich mit nichtssagenden Redensarten durch die Schwierigkeiten hindurchschlängelten." So wurden sie schließlich gezwungen, sich der Macht der Garde zu unterwerfen (S. 72) und halfen durch ihre Proklamation vom 24. Januar 1918 und durch die am 26. Januar erfolgte Errichtung eines „Ausführenden Revolutionskomitee" der Roten Garde.

Zusammenfassend brandmarkt Söderhjelm das Verfahren der sozialdemokratischen Partei in scharfen Ausdrücken, die die tiefe Entrüstung des für sein Land begeisterten Patrioten wiederspiegeln.

„Die Führer der Arbeiterpartei machten sich des größten Verbrechens schuldig, als sie den Strom des (finnischen) Freiheits-



begehrens gegen ihre eigenen Landsleute richteten, gegen die erste Regierung des selbständigen Finnlands, gegen das demokratischste aller Parlamente. Wenn sie diejenigen, die in den ersten Reihen gegen die russische Unterdrückung gekämpft hatten und die ausgeprägtesten Demokraten waren, als Handlanger des Zarismus, schwarze Reaktionäre und Henker des Volkes bezeichneten, dann begingen sie eine Gemeinheit, eine Niederträchtigkeit und eine Schändlichkeit, die niemals verziehen werden kann. Denn es geschah gegen besseres Wissen, und es war eine offenbare und absichtliche Lüge" (S. 99).

Und im Schlußwort betont Söderhjelm: „Die finnische Arbeiterpartei nannte sich sozialdemokratisch. . . . Sie entnahm die Waffen zur Hetze aus allen Rüstkammern. Sozialdemokratische Phraseologie, Syndikalismus, russischer Nihilismus und Terrorismus, alles fließt in ihrer Agitation und in ihren Handlungen durcheinander. Sie konnte unter solchen Umständen natürlich niemals einen folgerichtigen und in ideeller Beziehung gesicherten Weg durch das politische Leben finden. Sie versuchte eine Zeitlang sich innerhalb der Schranken einer parlamentarischen Partei zu halten, vermochte es jedoch nicht und fühlte sich auch nicht wohl dabei. Sie griff zu den Waffen und zur Revolution". Das einzige Ziel war dabei die Stillung des Machthungers. „Als die Niederlage drohte, war man ebenso ratlos. Die eigenen Scharen hetzte man gegen einen übermächtigen Feind, selber aber floh man" (S. 177 f.).

Also auch hier in Finnland dieselbe Erscheinung: die Tendenzen der Sozialdemokratie treiben folgerichtig große Massen zum Bolschewismus, bieten aber nicht die sittliche Kraft und den selbstlosen opferbereiten Mut, um den schauderhaften Verbrechen der Bolschewiken zur rechten Zeit eine Schranke zu setzen. Das ist nichts anderes als der tatsächliche Bankerott des Sozialismus.

XXVI.

Auf dem Wege zur neuen Reichsverfassung.

Von L.

Daß die innenstaatliche Einheit des „Bundesstaats" ausschließlich auf dem Wege der juristischen Vereinbarung zu Stande kommen kann, wird bekanntlich — und wohl mit gutem Recht — in der Staatsrechtstheorie bestritten. Wenn indes der den Bundesstaat gründende Akt zugleich als Vorgang rein tatsächlicher Art (etwa als Organisationsparallelismus, der auf gleichinhaltlicher Landesgesetzgebung beruht) aufgefaßt werden muß, so ist damit nicht die Bedeutungslosigkeit des dem tatsächlichen Vorgang doch immer zu Grunde liegenden rechtlichen Vorgangs des Vertrags dargetan, sondern nur bestritten, daß dieser Rechtsvorgang zur Erklärung für die Entstehung des Bundesstaats genügt. So irrig es auch wäre, das Entstehen und Vergehen von Bundesstaaten lediglich unter dem Gesichtspunkte des Vertragsrechtes zu betrachten, so verfehlt wäre es, diesen Gesichtspunkt bei der Betrachtung ganz auszuschalten.

Das bisherige Deutsche Reich beruhte auf einer Reihe von Verträgen, deren Inhalt die Abgrenzung der gliedstaatlichen und bundesstaatlichen Befugnisse bildete. Die so geschehene Abgrenzung erscheint für die vertragsmäßige Vereinbarung des Bundesstaats von wesentlicher und entscheidender Bedeutung, derart, daß eine Verschiebung jener Abgrenzung die Voraussetzungen dieser Vereinbarung hinfällig macht. Es fragt sich darum in erster Linie, in welcher Art und in welchem Umfang der Novemberumsturz auf die Abgrenzung der einzelstaatlichen und bundesstaatlichen Befugnisse eingewirkt hat.

Die Revolution hat in den Gliedstaaten die monarchische Regierungsform und im Bundesstaat vor allem jene Organe

und Einrichtungen beseitigt, die auf der monarchischen Form der Gliedstaaten beruhten: in erster Linie den Bundesrat und das an die preußische Krone geknüpfte Kaisertum. Im monarchischen Bundesstaat ist Träger der Souveränität die Gesamtheit der verbündeten Fürsten; ihr verfassungsmäßiges Bundesorgan war in dem Bismarckischen Bau der Bundesrat. Im republikanischen, volkssouveränen Bundesstaat ist Träger der Bundessouveränität das Gesamtvolk, dessen Repräsentationsorgan die allgemeine Nationalversammlung ist. Damit hat sich aber das Verhältnis von Gliedstaatsgewalt zur Bundesgewalt — und zwar zunächst formell — wesentlich verschoben. Die Gliedstaatsgewalt entbehrt nach der Beseitigung der Monarchie solange eines bundesstaatlichen Schutzes als nicht die Nationalversammlung, mithin ein Organ von zentralistischer Funktion, sich zu einem solchen Schutze bequemt. Materiell ist über die Regelung der gliedstaatlichen nnd bundesstaatlichen Beziehungen an sich nichts durch die Änderung der Staatsform entschieden; vielmehr beweisen zahlreiche historische Präzedenzfälle (Amerika, Schweiz), daß die Souveränität des Gesamtvolkes keineswegs zu unitarischen Ergebnissen führen muß; unter der Voraussetzung nämlich, daß die förderalistische Gestaltung bereits verfassungsmäßig verbürgt ist. So lange dies aber nicht der Fall ist, so lange gerade den zentralistischen Organen die Ausgestaltung der bundesstaatlichen Beziehungen anvertraut ist, so lange muß die Souveränität des Gesamtvolkes notwendig in der Richtung der Begründung des Einheitsstaates wirken. Die Änderung der Staatsform führt daher eine so wesentliche Verschiebung in der Abgrenzung der einzelstaatlichen und bundesstaatlichen Rechte mit sich, daß durch sie die Voraussetzungen der ursprünglichen Bundesverträge hinfällig werden, und die Vertragsteile ihre Freiheit zur Wiedergewinnung ähnlicher oder gleicher Bedingungen, wie sie früher maßgebend waren, zurückerhalten.

Zum gleichen Ergebnis führt eine andere Erwägung. Wie die Gesamtheit der Bundesfürsten bisher Träger der



Bundessouveränität waren, so waren bisher die Monarchen der Gliedstaaten als Souveräne Vertreter ihrer Staaten bei der Anteilnahme an Gesetzgebung, Verwaltung, Organisation des Bundesstaats; der Schutz der Rechte der Gliedstaaten (einschließlich der Sonderrechte) geschah in der Form der Gewährleistung der monarchischen Rechte der Fürsten. Mit dem Wegfall der Monarchie tritt nun — oder sollte treten — an Stelle des Monarchen das einzelstaatliche souveräne Volk. Die Gefahr besteht aber, daß die Gliedstaatrechte, die in den Monarchen ihre Vertreter gefunden hatten, mit dem Wegfall der Monarchie als erloschen gelten. Wiederum ist auch hier zu betonen, daß der republikanische oder volkssouveräne Bundesstaat an sich nicht zu dieser Entwicklung neigt, die auf einer Mißachtung der Volkssouveränität des Gliedstaats beruht, vielmehr (Amerika, Schweiz) besonders wachsam die Rechte der einzelstaatlichen Volkssouveränität wahrt. Dies aber immer unter der Voraussetzung, daß die Verbürgung und Gewährleistung dieser Rechte bereits geschehen ist und nicht dem guten Willen zentralistischer Instanzen überantwortet bleibt.

Mit der Beseitigung des Kaisertums ist auch das System von „Unionen" beseitigt, auf denen die verfassungsmäßig verbürgte Hegemonie des preußischen Staates beruhte: die Verbindung der Kaiserwürde mit der preußischen Krone und des Reichskanzleramtes mit der preußischen Ministerpräsidentschaft. Gleichviel ob man in jener Hegemonie eine zentralistische oder partikularistische Einrichtung zu sehen geneigt ist, jedenfalls ist durch ihre Beseitigung eine weitere wesentliche Verschiebung der gliedstaatlichen und bundesstaatlichen Beziehungen erfolgt.

Nach allem kann kein Zweifel sein, daß die Gliedstaaten die völkerrechtlich wie staatsrechtlich anzuerkennende Befugnis haben, die durch die Revolution erfolgte Beeinträchtigung der einzelstaatlichen Rechte, sei es durch einen neuen Gesamtgründungsakt, sei es durch die Durchsetzung von Einzelbestimmungen, wieder aufzuheben. Die Gliedstaaten



haben dies Recht nicht nur — wie selbstverständlich ist — auf dem Standpunkte der Legitimität, sondern auch **auf dem Standpunkt der Revolution selbst.** Denn als Ziel und als „Errungenschaft" der Revolution ist nach Anschauung der maßgeblichen revolutionären Partei die Begründung der Volkssouveränität, die Einführung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes und zwar in gleicher Weise für Bundesstaat und Gliedstaaten anzusehen; **aus der Einführung der Souveränität des Gesamtvolkes folgt aber in keiner Weise eine Erweiterung der Bundesrechte, wohl aber aus der Souveränität des Einzelstaatsvolkes das Verbot einer gegen den Willen der Einzelstaaten erfolgten Beeinträchtigung der Gliedstaatsrechte.** Die Souveränität des Gesamtvolkes bedeutet lediglich, daß in dem Umfang, in der Form und den Grenzen, in denen die verbündeten Fürsten früher die Bundessouveränität besessen haben, nunmehr das Gesamtvolk Träger der Reichsgewalt geworden ist, keineswegs aber dies, daß eine Erweiterung der Reichsgewalt über diesen Rahmen hinaus lediglich vom Willen des souveränen Gesamtvolkes abhinge; denn die Gewalt des Gesamtvolkes findet an der Souveränität des Einzelstaatsvolkes notwendig ihre Grenzen, wie umgekehrt diese durch jene beschränkt ist. Bundesstaatliche Demokratie ist begrifflich und historisch nicht demokratischer Unitarismus, sondern demokratischer Föderalismus.

Die vorläufige revolutionäre Reichsregierung (Rat der Volksbeauftragten und Zentralrat der A.- und S.-Räte) hat trotz mannigfacher Übergriffe den Fortbestand der Einzelstaaten und die Notwendigkeit der Neuregelung der glied- und bundesstaatlichen Beziehungen anerkannt. Da diese Regelung als Gesamtregelung und nicht etwa in der Form von **Verfassungsänderungen** geplant ist, so folgt daraus, daß auch nach dieser Anschauung eine abermalige „Reichsgründung", ein Wiederaufbau von Grund auf erforderlich ist. Kraft legitimen Rechtes besteht eben das Reich



nicht mehr, sondern nur kraft revolutionären und vorläufigen Rechtes. Der Schein einer Kontinuität zwischen dem alten und dem neuen Reich beruht lediglich auf der ausdrücklichen oder stillschweigenden Übernahme eines Bestandes von alten Gesetzen ins neue Staatswesen. Kraft revolutionären Rechtes ist auch die Zugehörigkeitserklärung der einzelnen Gliedstaaten, die einzelverfassungsmäßige Erklärung der Reichsmitgliedschaft erfolgt. Zweck und Umfang der staatlichen Betätigung der vorläufigen Regierungen (in Gliedstaaten wie im Reich) ist die Herstellung von Ruhe und Ordnung und die Ermöglichung des Wiederaufbaues eines Rechtsstaates auf demokratischer Grundlage; in dieser Aufgabe liegt nach dem Urteil der Mehrzahl der deutschen Volksgenossen wie des Auslandes, vor allem des feindlichen Auslandes, die Legitimation der vorläufigen Regierung beschlossen. Jede Machtausübung, die über diese Aufgabe hinausgeht, zumal eine solche, die in Widerspruch dazu steht, ist rechtswidrig auch vom Standpunkte der Revolution aus, ist geeignet, das Vertrauen des eigenen Landes wie das des Auslandes und damit auch die Verhandlungsfähigkeit der neuen Regierung zu zerstören. Wie aber auf diesem Boden die einzelstaatliche vorläufige Regierung die Pflicht der unbedingten Anerkennung der Souveränität des Einzelvolkes hat, so hat die vorläufige Reichsregierung die Rechtspflicht, die Regelung der glied- und bundesstaatlichen Beziehungen denjenigen Souveränitätsfaktoren zu überlassen, die auch nach demokratischem Recht dafür zuständig sind: d. h. im Rahmen der bisherigen Kompetenzverteilung dem Organ des Gesamtvolkes, der Nationalversammlung, und darüberhinaus den einzelnen sich selbst bestimmenden Gliedstaaten und zwar den ordnungsgemäß kraft demokratischen Rechtes, nicht aber kraft der Diktatur bestellten einzelstaatlichen Regierungen.

Die Haltung der vorläufigen Reichsregierung hat dieser Rechtspflicht bisher in keiner Weise entsprochen. In der



Reichskonferenz über den Erlaß einer vorläufigen Reichsverfassung und ebenso in der dritten öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung vertrat die Regierung den Standpunkt, daß zur Verfassunggebung lediglich die Nationalversammlung als souveräne Vertreterin des souveränen Volkes kompetent sei; die Nationalversammlung habe sich mit niemandem zu vereinbaren, sondern nur endgültig zu beschließen; eine Ausnahme dieser unbeschränkten reichsverfassungsgründenden Gewalt wird nur insofern zugestanden, als die Änderung des Gebietsstandes der Einzelstaaten an deren Zustimmung gebunden sein soll. Die Kompetenz des nach dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt zu errichtenden „Staatenausschusses", der in der äußeren Organisation dem Bundesrat ähnelt, soll nur auf eine Mitwirkung bei jenen Gesetzen beschränkt sein, die nicht zum Gebiete der Reichsverfassung gehören. Dieser Staatenausschuß soll gemeinsam mit der Nationalversammlung gesetzgebende Gewalt besitzen; im Falle eine Einigung nicht zu Stande käme, soll die Volksabstimmung entscheiden.

Eine solche Kompetenzregelung bedeutete für die Gliedstaaten die Entziehung des entscheidenden Grundrechtes, dessen Ausfluß die einzelnen konkreten Rechte sind, dessen Beseitigung demnach eben diese Rechte völlig wertlos macht, weil ohne Verwirklichung nicht in die ursprüngliche Verfügungsgewalt des Berechtigten, sondern in das diskretionäre Ermessen der jenes Grundrecht sich anmassenden Macht gestellt wäre. Die Annahme des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt wäre daher nichts gewesen als die völlige Beseitigung der staatlichen Selbständigkeit der Einzelstaaten, die gänzliche Vernichtung ihrer Souveränität, die endgültige Zertrümmerung des deutschen Bundesstaates und die Aufrichtung eines rechtlich vollkommenen Einheitsstaates.

Auch in dem beschränkten Rahmen, in dem das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt ein Mitwirkungsrecht der Gliedstaaten zugesteht, genügt es in keiner Weise den An-



forderungen, die die Einzelstaaten im Hinblick auf ihre früher durch den Artikel 78 der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte stellen müssen; er schützt weder die einzelnen Gliedstaaten, die sich im Besitze von Sonderrechten befinden, gegen Majorisierung von Seiten der übrigen Gliedstaaten, noch schützt er die Gesamtheit der Gliedstaaten gegen eine Majorisierung durch das souveräne Gesamtvolk, weil im Konfliktfalle das zentralistische Organ der Volksabstimmung entscheidet. Das Gesetz läßt schließlich eine Prüfung der Legitimation der einzelstaatlichen Vertreter, m. a. W. das Erfordernis der ordnungsgemäßen Bestellung dieser Vertreter vermissen. Ein solcher Schutz scheint aber in den Tagen der Eisner und Jaffé unbedingt erforderlich; ohne Gewährleistung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Gliedstaaten durch das Reich ist die Zusicherung von Mitwirkungsrechten der Gliedstaaten im Kerne nutzlos.

Eine Reichsverfassung, wie auch immer sie gestaltet sein möge, die auf dieser Grundlage zu stande käme, eine Verfassung, die auf der Entrechtung der Gliedstaaten und zwar der demokratisch organisierten Gliedstaaten aufgebaut wäre, eine Reichsverfassung, die die Diktatur der einzelstaatlichen Regierungen und zugleich die Knebelung der Gliedstaaten zur Voraussetzung hätte, birgt notwendig den Keim furchtbarer Konflikte in sich; dies um so mehr, je gespannter einerseits die internationale Lage ist, je mehr damit die deutsche Frage zu einer internationalen wird und je mehr sich andererseits die neue Reichsverfassung inhaltlich der Idee des Einheitsstaates nähern wird. Daß diese Gefahr in hohem Grade gegeben ist, wird niemand bestreiten können, der die Entwicklung der deutschen Frage in Presse, Literatur[1]) und Öffentlichkeit in den letzten Wochen näher verfolgt hat.

1) Aus der zahlreichen Literatur heben wir hervor: Entwurf des allgemeinen Teils der künftigen Reichsverfassung und Denkschrift zum Verfassungsentwurf von Staatssekretär Dr. Preuß; Erich Brandenburg, Wie gestalten wir unsere künftige Verfassung (Quelle und Meyer 1919); Stier-Somlo, Die Verfassungs-



Im Vordergrund des Interesses steht naturgemäß wegen seines amtlichen Charakters der Preuß'sche Entwurf einer neuen Reichsverfassung und seine Begründung. Wir lassen zur Kennzeichnung dieses Entwurfes und der Denkschrift zunächst Josef Görres sprechen:

„Diese Zeit hat sich in ihrem Dünkel gewöhnt, Bibeln, Verfassungen, Philosophien, alles über Nacht hervorzubringen und unerhört von Grund auf, daß es vollendet am Morgen dasteht, wo dann aber freilich am Abend auch wieder der Pflug über die Stätte hingeht." „Das Volk, welches seine Vergangenheit von sich wirft, entblößt seine feinsten Lebensnerven allen Stürmen der wetterwendischen Zukunft. Wehe also uns, wenn unsere neue Gestalt so neu würde, daß sie nur aus Bedürfnissen der Gegenwart ihr Dasein schöpfte. Glaube keiner, daß er im Stande sei, aus eigenem Dünkel heraus frisch von der Hand weg einem Volke eine neue, vorher fremde, erfundene Verfassung auszulegen. Das wird alles Franzosenkram sein, ein Hemdlein nnd ein Röcklein,

urkunde der Vereinigten Staaten von Deutschland, (Tübingen, Mohr); Stier-Somlo, Die neue Reichsverfassung, Köln. Zeitung Nr. 18, 23 und 24, 1919; Max Weber, Die Staatsform Deutschlands, Frankf. Zeitung Nr. 324, 326, 330, 332, 337, 1918 (auch als Flugschrift unter dem Titel „Die deutsche Staatsform" herausgegeben); ferner Frankf. Zeitung Nr. 344, 346, 354, 1918 „Zum Neuaufbau des Reiches"; Robert Piloty, Das künftige Verhältnis der deutschen Staaten zum Reich, Bayr. Staatszeitung vom 24. 12. 18; E. Ritter, Auf dem Wege zum Volksstaat, Karlsruhe 1919; Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches, herausgegeben vom Verein „Recht und Wirtschaft", Reimer Hobbing, Berlin; Anschütz, Die kommende Reichsverfassung, Deutsche Juristenzeitung vom 1. Februar 1919; Ministerialrat Meyer, Einzelstaat oder Bundesstaat, Bayer. Staatszeitung Nr. 41; Staatsminister von Knilling, Bayern und die künftige Reichsverfassung, Bayer. Kurier Nr. 25; Ministerialrat Dr. Schweyer, Bundesstaat oder Einheitsstaat, Bayer. Kurier Nr. 28. Von älterer, aber sehr zeitgemäßer Literatur verzeichnen wir noch: Josef Görres, Teutschland und die Revolution und den „Rheinischen Merkur" von 1814.



das siebenmal in der Woche wechselt, aber kein Tempelbau stattlich und wohlgebaut, der die ganze Nation in sich bergen und hegen mag." „Während die einen nicht zu rühren wagen an das Überlieferte und, mit den Leichen des in seinem Alter Erstorbenen sich bis zur Verwesung schleppend, als Leibeigene dienen auf dem Hofgut, an das eine kecke Vorzeit sie gefestet, halten die anderen alles Gewesene dem Tode heimgefallen, sich aber für Herren der Gegenwart und zu Tyrannen der Zukunft berufen. Kinder des Tages, der sie geboren, verneinend alles was vorhin gewesen, hoffen sie doch, daß ihr Wille bejahend sein werde für das Kommende, dem sie selbst wieder ein Vergangenes geworden, und das Morgen sie mit dem gleichen Rechte negiert, wie sie das Gestern vernichteten. Schaltend nach freiester Willkür mit allem Vorhandenen, von dem jene sich bemeistern lassen, werfen sie in unaufhörlicher Umkehr die Dinge durcheinander . . . In geilem Bildungstrieb muß bald diese, bald jene Einseitigkeit sich zu einer mißgeschaffenen Gestalt verkörpern, die sie dann nach Gutbefinden zerschlagen, um anderen Aftergeburten Raum zu verschaffen. Rastlos, wie vom bösen Geist besessen, hetzen und jagen die Dinge und Menschen durcheinander, daß nichts in Ruhe sich bewurzeln mag."

Damit ist der Geist des Preußischen Verfassungsentwurfes und seiner Begründung in fast erschöpfender Weise geschildert; es ist der Geist eines atomistischen, rationalisierenden, ungeschichtlichen Demokratismus, ein Geist, der alles aus den geschichtlichen, staatlichen und sonstigen organischen Zusammenhängen und Gliederungen herausreißt und aus den isolierten Elementen das Ganze im Sinne eines völlig unhistorischen Radikalismus „ganz bewußt" zu konstruieren sucht. Der Staat ist für Preuß keine dauernde, auch die Generationenfolgen zu einer sie umfassenden höheren Einheit verknüpfenden Lebensgemeinschaft, das Volk ist nicht die Einheit der vergangenen und künftigen Geschlechter; vielmehr ist Staat und Volk nur die Summe der lebenden wirtschaftlich und vielleicht in gewissem Sinne auch kulturell interessierten Individuen. Nicht das Dasein der geschichtlich



gewordenen Einzelstaaten „weder in ihrer monarchischen noch in ihrer freistaatlichen Form ist das Erste und Entscheidende für die politische Lebensform des deutschen Volkes, vielmehr das Dasein dieses deutschen Volkes selbst". Daß dieses Dasein eines deutschen Gesamtvolkes, sofern es das Dasein der Einzelstaaten nicht umschließt, sondern aufhebt, keineswegs eine „geschichtlich gegebene politische Einheit", sondern eine geschichtliche Fiktion ist, eine rationalistische Konstruktion, der nichts im tatsächlichen Leben des Reiches entspricht, hindert den Verfasser des Entwurfes nicht, die fiktive unbedingte Souveränität des Gesamtvolkes zum Ausgangspunkt und Fundament des staatsrechtlichen Baues zu machen, und in dem Versuch der Reorganisierung und Konsolidierung der durch die Revolution aufgelösten Gliedstaaten „eine ernste Gefährdung für das Werk der deutschen Nationalversammlung" zu sehen. Die geschichtliche Gliederung des deutschen Volkes in Einzelstaaten wird so zum „Krebsschaden des deutschen politischen Lebens", weil jene Gliederung lediglich auf „Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik" beruhen soll. Die Heilung dieses Krebsschadens soll geschehen in der Form der Abgrenzung der Stämme und Landschaften „nach natürlichen Zusammenhängen" und in der Verleihung des Selbstverwaltungsrechtes an diese neu zu schaffenden Einheiten; also in der Form der Neubildung von Gemeinwesen, deren politische Einheit trotz aller natürlichen Zusammenhänge im Grunde doch eine künstliche wäre, und zugleich in Form der staatlichen Erdrosselung dieser Gemeinwesen, denen nur noch die Bedeutung entwickelter Selbstverwaltungsbezirke verbleiben soll. Dieses Verfahren der „demokratischen Selbstorganisation des deutschen Volkes" soll aber eben diesem Volke dadurch schmackhafter und mundgerechter gestaltet werden, daß ihm in erster Linie der bisherige Hegemonialstaat Preußen zum Opfer fallen soll. Nun soll das Vorhandensein eines „preußischen Problems" in keiner Weise verkannt werden; aber eben darum darf auch nicht vergessen werden, daß die allgemeine Ab-

neigung, die die preußische Politik genoß, keineswegs auf der Tatsache des preußischen Partikularismus, der preußischen staatlichen Selbständigkeit als vielmehr die Tatsache des preußischen Unitarismus und Zentralismus beruhte; die Meinung, daß eine noch schärfere und rücksichtslosere Ausspannung des unitarischen Bogens — wie sie der Entwurf der Reichsverfassung vorsieht — die zweifellos vorhandene Mißstimmung beseitigen und nicht etwa ungleich stärker vergrößern würde, beruht darum auf einer ganz seltsamen Verkennung der Sachlage.

Der gleiche Geist der mechanischen und ungeschichtlichen Konstruktion kommt auch bei den Vorschlägen über die Bildung eines Staatenhauses zum Ausdruck; die Vertretung, die die einzelnen Gliedstaaten, richtiger Selbstverwaltungskörper, in dem Staatenhause finden sollen, bemißt sich nach rein numerischen Gesichtspunkten; das überall sonst anerkannte Prinzip der Gleichberechtigung der Einzelstaaten im Staatenhaus wird so zu Gunsten einer rein mechanischen Demokratie außer Acht gelassen. Der Geist des Entwurfes ist eben nicht nur rationalisierend, atomistisch und ungeschichtlich, sondern zugleich unduldsam und majorisierend. Es ist der Geist einer Demokratie, für die der Mehrheitswille gleich dem Willen der Gesamtheit ist, einer Demokratie, für die eine Pflicht der Schonung von Minderheiten nicht besteht, einer Demokratie, die die Parteilichkeit zum politischen Prinzip macht, einer Demokratie, die den Mehrheitswillen mit dem Volkswillen und den Parteiwillen mit dem Mehrheitswillen gleichsetzt; es ist der Geist eines auf schroffster Parteiherrschaft aufgebauten Palamentarismus, der den Entwurf kennzeichnet; diesem Parlamentarismus wird der Rest von Föderalismus, der sich mit dem Standpunkt der entwickelten Selbstverwaltungsbezirke noch verträgt, bedingungslos geopfert; die Beteiligung der Gliedstaaten an der Bundesexekutive, die föderalistische Funktion des „Staatenhauses", all das verschlingt der unersättliche Moloch des Parlamentarismus. Weder das Zweikammersystem — da das Staatenhaus nur eine zahlenmäßig verkleinerte Ausgabe des Volkshauses ist —, noch die Wahl des Präsidenten durch



das Volk — da der Präsident in der Bestellung seiner Minister ausschließlich vom Volkshause abhängt —, noch das spärlich eingeführte Referendum — da zu befürchten ist, daß die Parteien nach amerikanischem Muster das Referendum monopolisieren —, bilden eine Schranke gegen den unbedingten Parlamentarismus des Entwurfes. Und wenn Erich Brandenburg behauptet, daß Zweikammersystem, Volkswahl und eigene Regierung des Präsidenten auf der einen Seite, Einkammersystem, Wahl des Präsidenten durch die Kammer und parlamentarische Regierung auf der anderen Seite verschiedene politische Systeme bildeten, aus denen man nicht willkürlich ein Stück herausnehmen und in das andere einsetzen könne, so trifft das wohl für ein organisches Ineinanderfügen der Systemteile zu, nicht aber für das dekorative Aufkleben von heterogenen Stücken, wie es der Preuß'sche Entwurf beliebt.

Es ist früher oftmals bezweifelt worden, ob die parteipolitischen Voraussetzungen des Parlamentarismus, die Möglichkeit der Bildung einer homogenen Mehrheit, die Möglichkeit eines Regierungswechsels, d. h. der Ablösung der einen Partei oder der einen Parteikonstellation durch die andere, die trotz aller Verschiedenheiten im Grunde bestehende innere Verwandtschaft der sich ablösenden Regierungsparteien (wie sie vor allem die früheren englischen Hauptparteien auszeichnete) im politischen Leben Deutschlands verwirklicht sind. Durch die Revolution, die nicht nur sozialistischen, sondern auch zweifellos bürgerlichen — und zwar kapitalistisch-radikalen Charakter trägt, ist nun die erste Bedingung, die Möglichkeit der Bildung einer innerlich homogenen Mehrheit, ganz gewiß der Verwirklichung näher gebracht worden, allerdings wohl auf Kosten der beiden anderen Bedingungen. Ein gemeinsames sozialistisch-radikales Programm, in dessen Dienst der neue Parlamentarismus arbeiten soll, zeichnet sich immer schärfer von dem politischen Hintergrunde ab; die Hauptlinien dieses Programms sind: Zentralisierung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens, allmählich durch-

gängige Einführung des Großbetriebs in der gewerblichen Produktion, Verstaatlichung des zur Sozialisierung reifen Teiles der Produktion, Durchführung eines „freiheitlichen", d. h. im Kerne antiklerikalen und christentumsfeindlichen Schul-, Kirchen- und Kulturprogramms. Es ist unverkennbar, daß der wirtschaftliche Teil dieser politischen Zielsetzung ausgesprochen imperialistischen-kapitalistischen Charakter trägt; daran ändert weder die allgemeine demokratische Form des Programms etwas, noch im Besonderen die Sozialisierungsforderungen; denn die Sozialisierung ist zum Teil Versicherungsprämie für das ungestörte Fortarbeiten des Kapitalismus im übrigen, zum Teil wirkt sie als zentralisierende Funktion durchaus im Sinne eines imperialistischen Industrialismus.

Diesem allgemeinen Programm entspricht nun durchaus die Kompetenzabsteckung, die der Preuß'sche Entwurf im Hinblick auf die Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeit des neuen Reiches vornimmt. Die Erweiterungen der Reichskompetenz, wie sie der Entwurf vorschlägt, betreffen zunächst die administrative Vereinheitlichung des gesamten Verkehrswesens (Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen), die Beseitigung der einzelstaatlichen Verwaltungsvorbehalte im Post-, Telegraphen- und Telephonwesen, die Einführung der Reichsverwaltung für das Zollwesen und die einheitliche Regelung und Verwaltung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen zu Lande nnd in der Luft. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahmen wirkt um so einschneidender, als hier wie überall sonst auf dem Gebiete der Reichsverwaltung den Gliedstaaten jede Möglichkeit der Beeinflussung der Reichsexekutive genommen ist. Der Abschnürung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Gliedstaaten und der Zentralisierung des Wirtschaftslebens dienen in noch höherem Maße die Bestimmungen über Sozialisierung, wie sie der Preuß'sche Entwurf und dessen Ergänzungen durch die Sozialisierungskommission (vom 30. Jan.) vorschlagen; der Kompetenz des



Reiches unterliegen hienach: Die Vergesellschaftung von Naturschätzen und Wirtschaftsbetrieben, von Grundbesitz, die Bildung von Zwangsverbänden und Unternehmungen einzelner Wirtschaftszweige mit dem Zwecke der einheitlichen Regelung der Gütererzeugung und Preise (der Zwangssyndikate nichtsozialisierter Betriebe, wie sie Kautsky in seinen Richtlinien vorschlägt), die Regelung des Einflusses der Arbeiter und Verbraucher und das Gemeinwesen in Wirtschaftsbetrieben. Die Finanzhoheit der Gliedstaaten soll nach Entwurf und Denkschrift nur als subsidiär weiterbestehen; es sei unmöglich, irgendwelche Steuerquellen prinzipiell den Reichsfinanzen zu entziehen; das Reich müsse überall „unbedingt den Vortritt haben". Die Grundlinien der Kirchen- und Schulpolitik werden, soweit sie im Entwurf noch nicht festgelegt sind, reichsgesetzlich geregelt; die Gliedstaaten haben nur das Recht der Durchführung.

Die Begründung des Preuß'schen Entwurfes legt besonderen Wert auf die Behauptung, daß die vorgeschlagene Regelung der bundesstaatlichen Beziehungen durch die Beseitigung der preußischen Hegemonie, „die so schwer belastete internationale Stellung Deutschlands" in günstigster Weise entlasten würde. Nun ist ja gewiß, daß sich der neue Entwurf durchaus im Rahmen der Gedankengänge westlicher Demokratie hält und insofern rein formell der Entente schwerwiegende Zugeständnisse macht; aber daß materiell die Umwandlung des deutschen Bundesstaats in einen industrialistischen Einheitsstaat mit streng zentralisierter Wirtschaft zu einer Entlastung gerade der internationalen Beziehungen Deutschlands führen würde, erscheint doch mindestens ebenso fraglich, wie die Behauptung, daß die vorgeschlagene neue Reichsform den Eintritt der Deutsch-Österreicher in das Reich irgendwie erleichtern würde.

XXVII.

Der englisch-amerikanische Pragmatismus.

Das vielberufene Wilsonsche Friedensprogramm wird in der Geschichte eine hervorragende Stellung einnehmen — wenn auch die spätere Zeit sich der Auffassung nicht anschließen wird, die demselben im Oktober 1918 und zum Teil, erheblich vermindert, noch jetzt entgegengebracht wurde.

Der Begriff „Annexion" spielt in dieser Auffassung eine Rolle, welche vielfach für die Stellungnahme des deutschen Volkes entscheidend war. Im Volke war die Meinung verbreitet worden, daß das Wilsonsche Programm jede Annexion, die nicht die Zustimmung der Völker der betreffenden Gebiete findet, ausgeschlossen wissen wolle. Darüber hinaus machte sich die Vorstellung breit, daß, sobald der Kaiserthron verschwunden sei, ein Friede ohne wesentliche Gebietsveränderungen, also ohne Annexionen, ein Friede der Versöhnung unter den Völkern gesichert sei. Im Volk hatte sich der Wahn gebildet, daß die Völker, ihre Regierungen an der Spitze, sich die Hand zu Friede und Freundschaft bieten würden. Diese Vorstellung drückte sich einmal — es war Mitte November 1918 — in den naiven Worten einer Frau aus dem Volke aus: „Die Brüderschaft ist so groß! Die Franzosen sind schon in Köln!"

Die Propaganda der Revolutionäre hatte so gut gearbeitet, daß in der Tat einem Teil des Volkes, namentlich den Arbeitern, der Kaiserthron als das einzige, zum wenigsten als das Haupthindernis auf der Bahn zu einem sofortigen Frieden erschien. Und nach Frieden sehnte sich das darbende Volk, das einem harten Winter entgegensah.

Wilson hatte in einer seiner Reden den Ausdruck gebraucht: „no terms with the Hohenzollern"; etwa ein Jahr, nachdem er bei der Nachricht vom Sturz des Zaren-



thrones im Senat ausgerufen hatte: „Look, what joyful news come from Russia!“ Diese Freudenbotschaft bedeutete die grausame unter unsagbaren Qualen erfolgte Ermordung des Zaren, der Zarin, ihres Sohnes und ihrer Töchter; die Vernichtung von hunderttausenden von Menschenleben in Rußland und die Zerstörung von Reich, Land und Volk. Neben dem Schlechten, das fortgeräumt worden ist, wie viel Edles, Hohes! Wer die Monarchie begreift, wer den christlichen Staat versteht, wird mit Schaudern an die russische Revolution denken und er wird auch nicht übersehen, daß Wilson die Nachricht von dieser Revolution als eine „Freudenbotschaft“ bezeichnet hat. Man wird sagen, Wilson konnte den Gang der Dinge nicht voraussehen. Aber kennt er die Geschichte nicht? Die Geschichte der Revolutionen? Der Staatsmann muß bis zu einem gewissen Grad die Gabe der Voraussicht besitzen.

Als Wilson den Ruf „no terms with the Hohenzollern“ erhob, wurde derselbe nur in den demokratischen Kreisen Englands als Ankündigung eines Entschlusses aufgefaßt; in Frankreich sah man darin eine sensationelle Redensart, die sich zur publizistischen Verwertung eignete.

Die englische Regierung war abgeneigt, die Äußerung Wilsons ernst zu nehmen. Als Ende 1917 Lord Cecil darüber im Parlament befragt wurde, gab er ausdrücklich die Erklärung ab, daß die staatsmännische Einsicht der Regierung es ablehne, die Forderung „kein Friede mit den Hohenzollern“ anzunehmen.

Der Ruf Wilsons gewann erst Bedeutung im Sommer 1918, nachdem die deutsche Offensive bei Soissons gescheitert war und die bisher geheime revolutionäre Propaganda in Deutschland offen auftrat.

Die Revolutionäre erkannten in Wilson einen nützlichen Schrittmacher und in dem Ruf „no terms with the Hohenzollern“ einen Hebel, um Monarchie und Thron aus den Angeln zu heben. Indem sie den Thron als das einzige



Hindernis auf der Bahn zum Frieden darstellten, verbreiteten sie die Ansicht, daß es genüge, den Thron zu stürzen, um — aus der Hand Wilsons — den Frieden zu erhalten.

Hier ist die Stelle, an der die Feder einen Augenblick innehalten muß, um dem verstorbenen Grafen Hertling eine Palme auf das frische Grab zu legen. Der Reichskanzler Graf Hertling hat das Trügerische in der Politik Wilsons wohl erkannt; zum mindesten sah er voraus, daß Wilson die Schwierigkeiten, welche Franzosen und Engländer auf dem Wege zu einem Versöhnungsfrieden auftürmten, nicht übersteigen würde. Er riet dem Reichstag, er bat den Reichstag, die Entwicklung der Dinge bis in den November abzuwarten. Wäre es geschehen, so würde sich die Folge für Deutschland nicht ungünstiger gestaltet haben, als es seitdem geschah, und es besteht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir einen Waffenstillstand erlangt haben würden, der uns zum Rückzug einige Monate Zeit gelassen hätte. Chi va piano va sano.

Der Schlußpassus in der letzten Antwortnote Wilsons auf das deutsche Waffenstillstandsangebot ist nicht genug beachtet worden. Wenn Deutschland sich keine Volksregierung anschafft, dann — „Germany cannot ask for peace but she must surrender“, (dann kann Deutschland keinen Frieden erwarten, sondern muß sich ergeben).

Lesen und Lesen ist zweierlei. Man gebe zwölf gescheidten Männern den Brief des zweiten Generals der Gesellschaft Jesu, P. Lainez, des Nachfolgers Loyolas, über die Jesuiten in Portugal, oder den Brief, in dem er sich zu dem Gedanken, ihn zum Ordensgeneral zu machen, äußert. Es sind zwei der strahlendsten Perlen in der Weltliteratur. Fast alle zwölf werden etwas anderes aus den Briefen lesen, obgleich sie für den, der die Verhältnisse, unter welchen die Briefe geschrieben wurden, kennt, die Klarheit selbst sind.

Niemand wird es einfallen, Wilson auf die geistige Höhe zu stellen, auf der Loyolas erster Nachfolger steht. Dessen



Ausdrucksweise ist edel und klar. Jene Wilsons ist banal-konventionell (Washington-New-York) und unklar.

Aber auch im Fall Wilsons werden zwölf Leser an zwölf verschiedene Deutungen des Schlußpassus gehen.

Das Wahrscheinliche ist, daß Personen in der Umgebung Wilsons zum wenigsten indirekte Fühlung mit den Führern oder den Freunden der Führer der Revolution in Deutschland hatten und daß den letzteren unter anderem die Rolle der Ratgeber zufiel. Jener Schlußpassus der Wilson-Note macht ganz den Eindruck, als ob daran viel geändert und gefeilt worden sei. Sicherlich ist die Note nicht aus einem Guß. Der oder die Verfasser des Passus wollten offenbar mit der Wirkung auf die Massen in Deutschland rechnen. Es mußte vermieden werden, das deutsche Nationalgefühl zu verletzen, was hätte eintreten können, wenn man kurzweg den Sturz des Thrones als Bedingung des Friedens hingestellt hätte und dennoch mußte die Fassung so lauten, daß die Massen in Deutschland, von der Revolution schon halb gewonnen, zu der Überzeugung kämen: „wenn der Thron verschwindet, dann haben wir den Frieden sogleich." Wer nun hat bei der Note Wilsons Pate gestanden? Is fecit cui prodest. Mit Hilfe der drahtlosen Telegraphie konnten die Agenten sich schnell verständigen. Jedenfalls ist der Schlußpassus der Note mehrmals geändert und gefeilt worden.

Als die Note bekannt wurde, tat der Schlußpassus seine Wirkung. Er wurde alsbald von den Literaten und Rednern der Revolution in dem beabsichtigten Sinn ausgelegt. Wilson erschien als Friedensengel im weißen Kleid, mit Rosen an den Füßen und Flügeln an den Schultern. — Bismarck hatte einmal vorgeschlagen, Gortschakoff so abzubilden, als derselbe sich in Frankreich (1887) als Friedensengel feiern ließ.

Jene Note Wilsons, namentlich der Schlußpassus mag manchem als das Signal zur Erhebung gegen den Thron und die Regierung erschienen sein. Wie ein Lauffeuer ging es durchs Land, in die Etappe und bis an die Front:



„Wilson verspricht uns den sofortigen Versöhnungsfrieden, den Völkerbund, wenn der Thron verschwindet."

Seit jenen Tagen haben wir weit Phantastischeres erlebt, gesehen, vernommen. Wer hätte gedacht, daß der russische Botschafter die deutsche Revolution mit Geld und Waffen versehen würde?

Diese Enthüllungen haben den Anteil Wilsons an der Revolution übersehen lassen und vor allem hat man sich verleiten lassen, den Anteil der englischen und französischen Agenten und des englisch-französischen Geldes an der Revolution zu unterschätzen. Geld ist der Nerv der Dinge und auch Revolutionen lassen sich nicht ohne Geld machen. Schon im Jahre 1789 fiel im französischen Konvent das Wort, daß die Revolution das Werk der Bankiers war.

Lloyd George, Asquith, Bonar Law und andere englische Staatsmänner haben in ihren Reden angedeutet und gelegentlich offen erklärt, daß sie über den Fortgang der revolutionären Bewegung in Deutschland unterrichtet waren.

Lloyd George führte in mehreren Reden aus, daß die englische Regierung zuverlässige Nachrichten über die Kriegsmüdigkeit in Deutschland besitze und daß der moralische Zusammenbruch im deutschen Volke nur eine Frage der Zeit sei. In allen Reden, im Parlament und außerhalb desselben, haben die englischen Staatsmänner betont, mit Emphase betont, daß sie keinen Friedensvorschlag in Erwägung ziehen würden, der nicht die Unterwerfung Deutschlands bedeutete.

Demzufolge sind alle Reden der deutschen Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Michaelis, Graf v. Hertling[1]) als Nichtigkeiten behandelt worden, deren Anregungen zu Friedensverhandlungen für die Entente nicht in Betracht kämen. An dieser Rethorik war stets der charakteristische Zug, daß die ausschweifendsten Erwartungen der Entente als „Forderungen

1) Man erinnere sich übrigens an jene Äußerung des Grafen Hertling, nun sei es genug des Redens hinüber und herüber — das war die richtige Erkenntnis der wahren Sachlage.



der Gerechtigkeit und der Menschheit" bezeichnet wurden, die nicht zu gewähren eine Schmach für Deutschland sei. — Um die Dialektik in diesen Reden zu verstehen, muß man sich den Standpunkt einer spezifisch englisch-amerikanischen Lebensphilosophie näher ansehen, wie er z. B. in den Lehren des Pragmatismus, (von James, Dewey u. a. vorgetragen) auftritt. Davon ein andermal.

Eine Sammlung der Reden der englischen Staatsmänner während des Krieges wird jedermann (auch den voreingenommensten Pazifisten) überzeugen, daß dieselben im Jahr 1915 zwar die Niederlage Englands erwarteten, aber seitdem von dem Sieg Englands so sehr überzeugt waren, wobei sie sich auf die Wirkungen der Blockade, den Hunger in Deutschland hauptsächlich verließen, daß seit Anfang 1916 niemals eine Aussicht auf Frieden bestanden hat; es sei denn gegen Abtretung Elsaß-Lothringens, „Internationalisierung" der Rheinlande und der Pfalz und Herstellung Polens.

Kein deutscher Staatsmann hätte den Frieden anders haben können als auf dem Schlachtfeld, — wenn er nicht auf diese Bedingungen eingehen wollte.

Wie man sich die Frage der Annexionen (und zu den 14 Punkten Wilsons) stellte, zeigt die Rede, die Mr. Asquith, der Führer der Liberalen und keineswegs der schlimmste der englischen Kriegshetzer, am 16. Mai 1917 im Unterhaus gehalten hat:

„Der Satz „keine Annexion" mag wegen der Unvollkommenheit der internationalen Wörterbücher nicht vollkommen und und nicht allgemein erfaßt werden. Möge es mir erlaubt sein, dem Haus die verschiedene Deutung darzulegen, welcher dieser zweideutige Satz fähig ist. Das Wort Annexion kann vier verschiedene Bedeutungen haben. Es kann sich um Annexion handeln und es wird sich darum handeln, wenn dieser Krieg zu einem dauerhaften und ehrenvollen Frieden führt, welcher die geketteten, unterdrückten Völker vom Despotismus und den sich daraus ergebenden Leiden befreit. Die Ziele, für welche wir das Schwert



gezogen haben, würden nicht erreicht oder unvollkommen erreicht, wenn keine Annexion in dem Sinne von Emanzipation ausgeführt würde. — Annexion ist nicht allein legitim, sondern notwendig für die Vereinigung der künstlich getrennten nationalen Staaten. Zu diesem Zweck ist es nicht notwendig zu zeigen, daß der getrennte Teil unter tatsächlicher Bedrückung leide. Nehmen Sie den Fall des Trentino, die sogenannte Italia irredenta. Ich weiß von keinem Fall besonderer Mißregierung im Trentino. Die Gesetze werden wahrscheinlich ziemlich gerecht angewendet. Aber wir würden allen unseren Überlieferungen untreu und untreu den erklärten Zielen dieses Kampfes, wenn wir der Annexion widersprächen, welche notwendig ist, um eine zusammenhängende politische Einheit unter den Völkern zu schaffen, welche künstlich getrennt sind, welche aber in Bezug auf Religion, Rasse und Überlieferung eins sind.[1]) Annexion dieser Art braucht das Gewissen nicht zu stören, sondern dieselbe ist notwendig um das Gewissen der zivilisierten Welt zufrieden zu stellen. — Annexion kann notwendig sein für die Übertragung der Oberhoheit oder von Gebieten zu dem Zwecke, strategische Stellungen zu erlangen, die sich als notwendig erwiesen haben, nicht für den Angriff, aber für den Selbstschutz und die Verteidigung gegen zukünftige Angriffe. Daß die Übertragung von Landgebieten zu diesem Zweck gerechtfertigt sein kann, erscheint nur als der gesunde Menschenverstand selbst."

Diese Rede Asquiths ist ein Kabinettstück von Dialektik. Sie zeigt, wie man sich an den vierzehn Punkten Wilsons vorbeidrücken kann. Sie zeigt aber nicht nur das Können, sondern auch das Wollen.

Man sollte den Professoren der Philosophie die oben angeführte Rede von Mr. Asquith empfehlen; sie ist ein Kabinettstück des Pragmatismus. Der Pragmatismus würdigt,

1) Man erkennt an dieser Stelle, daß Mr. Asquith gar nichts von den Verhältnissen im Trentino weiß. Er würde sich nicht einmal die Mühe nehmen, sich zu unterrichten.



und darin denkt er naturalistisch, das Denken und Erkennen wesentlich in seiner Bedeutung für die Erhaltung und Förderung des Lebens. Als mehr gilt ihm darum ein Denken, das biologisch nützlich ist, das sich im praktischen Leben „bewährt“. Diese Voranstellung des Nützlichen und praktisch Brauchbaren entspricht dem amerikanisch-englischen Geist.

So kann man die oft gehörte Frage beantworten, wie die englischen und amerikanischen Staatsmänner, Politiker, Publizisten u. a. es fertig bringen, ihre eigene Sache als die Sache der Gerechtigkeit und der Menschheit, als gut und gerecht und unser gutes deutsches Recht als Unrecht darzustellen. Dieses ihr Verfahren ist mehr als ein dialektischer Kunstgriff; es fließt aus ihrem Geist, dem Pragmatismus. Damit taucht ein Aporem auf: ist dieser ihr Geist noch christlich? Handelt es sich dabei um eine Abirrung von den Pfaden der Erkenntnis des esse immobile, firmum incorruptumque?

Ist der augenblickliche Sieg der Entente, in dem der englisch-amerikanische Pragmatismus weit tödlichere Waffen aufgeboten hat, als Frankreichs Geist und Heer führten, nicht nur ein Sieg im politischen und militärischen Sinne, sondern auch ein Sieg der Geister? Dann, wenn dem so wäre (was sich zeigen muß), dann wäre auch Frankreich von seinen beiden Verbündeten besiegt, sowohl das christliche als das ideologisch-revolutionäre Frankreich.

Sollte der amerikanisch-englische Geist in Europa zur Herrschaft gelangen, so würden nicht nur die Gedanken des Grafen Joseph de Maistre, Bonalds, auch die von Lamartin, Viktor Hugo versiechen, Adam Müller, von Haller, Metternich, sie alle würden zum alten Eisen geworfen. Mehr: die alte, glänzende Kultur Europas würde mit der pragmatischen Tünche übermalt. Tausend Quellen des Geistes würden austrocknen. Will man das in Frankreich?



XXVIII.

Kürzere Besprechung.

Katholisch-sozialistische Mittelstandsbewegung. Eine neue Gefahr im Deutschen Katholizismus. Von Karl Jünger. Bonn, Verlag von A. Falkenroth. 67 S. Pr. 2 ℳ.

Die Schrift schildert einleitend die katholische Mittelstandsbewegung, wie sie sich aus der Gesellschaft der göttlichen Liebe in Maria-Martental (Rhld.) und aus der in Koblenz erschienenen „Ständeordnung" entwickelt hat, beschäftigt sich aber in drei Vierteilen derselben mit Dingen, welche mit dieser Mittelstandsbewegung keinen unmittelbaren Zusammenhang haben. Man hat bei der Lektüre den Eindruck, als verfolge der Verfasser als Hauptzweck: die Schatten und Skandale der „römischen Mißwirtschaft" und der mittelalterlichen Hierarchie aufzuzählen und dieselben zu generalisieren, die einschlägigen Behauptungen neuerer Apostaten zu zitieren und Bibelstellen in untheologischer Auffassung und Folgerung anzuführen, um das moderne, entwickelte Christentum und die moderne Zeit in möglichst hellem Lichte erscheinen zu lassen. Den im Titel der Broschüre ausgedrückten Zweck erfüllt diese somit in keiner Weise. Man mag im übrigen zu der katholisch-„sozialistischen" Mittelstandsbewegung sich stellen, wie man will, jedenfalls ist es eine lächerliche Übertreibung, dieselbe als einen „unübersehbaren mittelbaren Schaden für Staat und Gesellschaft" (S. 66) hinzustellen. H.



Königin Maria Theresia von Bayern.



Als uns der Abend des 3. Februar die leider nicht mehr unerwartete Trauerkunde vom Ableben unserer verehrten Königin brachte, da wird wohl gar Mancher im weiten Bayerlande die Hände zu innigem Gebete erhoben haben: Herr, gib der schwergeprüften Dulderin die ewige Ruhe!

Und wenn wir unsere Landesmutter auch nicht in feierlichem Gepränge und Glockengeläute zu Grabe geleiten durften, um so treuer schlagen unsere Herzen in Dankbarkeit für das, was sie uns geworden, weil sie in Wahrheit erfaßte und bewiesen hat, daß Geben seliger denn Nehmen sei.

Was sie uns gegeben, das war ihre unbegrenzte Liebe zum Volke, zum Volke in seiner Gesamtheit und besonders zum armen, bedrückten Volke.

Eine Königin von Gottes Gnaden hat sie zuerst Gott die Ehre gegeben und in schlichter Einfachheit und bescheidener Natürlichkeit, aber in königlicher Würde und Selbstverständlichkeit ihre Pflichten erfüllt als Tochter der katholischen Kirche und darum als leuchtendes Vorbild einer christlichen Frau und Mutter, Mutter ihrer Kinder und des ganzen Landes.

Wären wir Alle ihrem schönen Beispiele gefolgt, hätten wir Alle gleich ihr in unbedingter Opferfreudigkeit unsere Pflicht getan gegen uns, gegen Volk und Vaterland, wahrlich es stünde heute besser um uns, besser um Bayern.

Darum konnte sie, die den Glanz der irdischen Krone nie gesucht, deren strahlendes Diadem vielmehr in stillem Wohltun bestand, den Sturm der Leidenschaften, der die Tragik ihrer menschlich bitteren und doch durch heiligmäßige Entsagung und Ergebung in Gottes unerforschlichen Willen verklärten letzten Tage mit sich brachte, reinen Gewissens über sich und die Ihrigen ergehen lassen. Schuld an der schmerzlichen Heimsuchung sind alle die, die da beschworene Treue verletzt, weil sie vergaßen zu tun, was die Königin ein reichbegnadetes Leben hindurch in Gott und mit Gott geübt und gewirkt.

Eine hehre Beterin ist vor dem Throne des Königs der Könige uns nun erstanden, die ohne Unterlaß bitten und flehen wird, bis der Richter und Lenker der Völker sich der Schuldigen erbarmt, sich erbarmt unserer Not und unseres selbst geschaffenen Elends.

Helferin aber wird ihr sein diejenige, der die hohe Verstorbene ihr liebes Bayerland in tiefster Frömmigkeit geweiht: die Patrona, regina Bavariae!

Mit solchen Fürbitterinnen wollen auch wir uns vereinigen in dem Wunsche und Gelöbnis: Gott tröste und stärke unseren geliebten König, Gott schütze und segne ihn und das angestammte Haus der Wittelsbacher!

In Treue fest!



XXIX.

Staat und Kirche.

Prinzipielle Bedenken gegen die Trennung.

(Schluß.)

3.

Ich scheide für die grundsätzliche Erörterung des Problems begreifliche und sehr naheliegende Besorgnisse um die wirtschaftliche Existenz der Kirche aus. Solange die Kirche keine bloße Idee ist, sondern ein sozialer Körper, muß sie mit zeitlichen Mitteln zur Erhaltung ihrer Existenz rechnen. Eine freundschaftliche Verbindung mit dem Staat nimmt ihr viele Sorgen ab und macht sie für ihre höheren sittlichen und sozialen Zwecke freier. Die geschichtliche Tatsache, daß in einer Reihe von Staaten: Nordamerika, Frankreich, Belgien, Mexiko, Brasilien, Ecuador, Cuba und den Philippinen, Holland, Genf, Basel-Stadt, Italien, Portugal, Irland, Wales, Kanada und britische Kolonien (vgl. Sägmüller J. B., der rechtliche Begriff der Trennung von Kirche und Staat, Akad. Festrede S. 21) die Trennung durchgeführt ist, kann nicht für das Prinzip der Trennung geltend gemacht werden. Denn einmal kommt es sehr auf den Geist der Gesetzgebung, sowie deren praktische Ausführungsbestimmungen an, und im weitern ist nicht zu übersehen, daß der Trennung auch in solchen Ländern, wo sie, wie etwa in Nordamerika, nicht unter dem leidenschaftlichen Ansturm einer religionsfeindlichen Volksbewegung in Szene gesetzt worden ist, jene bewußte

Indifferenz gegen die geoffenbarte Wahrheit zu Grunde liegt, welche die Kirche immer und überall grundsätzlich verurteilen muß, auch wenn sie die eigenartigen geschichtlichen Bedingungen voll zu würdigen weiß, unter denen z. B. die nordamerikanische Gesetzgebung ihren Charakter gewonnen hat. Diejenigen, welche uns das Land der United States in vollen Tönen preisen, denken nicht daran, daß, was bei uns aus Abneigung gegen die Religion ins Werk gesetzt wird, dort von der Energie des religiösen Bewußtseins gefordert worden ist.

Man weist auf die ersten christlichen Zeiten. Der Hinweis ist berechtigt, wenn es sich um die nackte geschichtliche Tatsache handelt, er ist unberechtigt, falls er der Idee gelten sollte. Das Christentum hatte vom ersten Augenblick seines Entstehens an Weltabsichten; es war keineswegs nur auf die Religion des stillen Herzenskämmerleins eingestellt; vor Könige, Fürsten und Statthalter ist es hingetreten, ganze Völker hat es unter das sanfte Joch Christi zu beugen versucht. In diesem Sinn nehmen wir das Wort Foersters an: Christus ist auch für die Staaten gestorben. Der christliche Geist hat nicht die Tendenz, sich vom Staat zu scheiden, er dringt auf Verbindung mit der Sozietät. Allein die Frage, wie diese Verbindung sein, welche konkrete Darstellung sie erfahren soll, läßt keine schematische Lösung zu. Die Leitung der römischen Kirche hat in hoher Weisheit und Weitsichtigkeit stets die geschichtlichen, völkischen, nationalen und politischen Zustände eines Volkes berücksichtigt und der Leitung der Staaten großes Entgegenkommen gezeigt, freilich unter zielbewußter Wahrung derjenigen Grenzen, über die sie als Erbhalterin des Geistes Christi nicht hinausgehen kann.

Wir unterscheiden demzufolge zwei Problemstellungen; in der Trennungsfrage handelt es sich zuerst um ideelle Werte, um ein Prinzip des geistig-sozialen Lebens; die Frage nach den wirtschaftlichen Existenzbedingungen folgt erst an zweiter Stelle, so stürmisch und unabweislich sie auch nach



einer gerechten oder wenigstens erträglichen Lösung schreit. Die praktische Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche findet letztere zu Konzessionen in gewissen Grenzen bereit, vom Prinzip selbst kann sie, ohne sich und dem Geist ihrer Tradition untreu zu werden, nicht abweichen. Die Trennungsfrage ist kein bloßer Fall der Kasuistik, sie ist Weltanschauungsfrage. Daraus erklärt sich die Haltung der Päpste. Wiederholt und nachdrücklich haben sie gegen eine Anschauung protestiert, die in ihren Folgen unerbittlich zur Auflösung des Begriffs der öffentlichen Gottesverehrung und damit zur Absage an eine Anerkennung Gottes als des höchsten Herrn von seiten der Sozietät führen muß.

Lassen wir einen Augenblick den erhabenen und ehrwürdigen Gedanken auf uns wirken, der die Stiftung Jesu Christi ganz und gar erfüllt, einen Gedanken, der von der menschlichen Gesellschaft selbst, solange noch keine zersetzenden Rationalismen an ihrem Marke zehren, mit freudiger innerer Zustimmung aufgegriffen wird, einen Gedanken so alt wie das religiöse Empfinden der Menschheit, eine gewaltige Vorstellung, die schon von den ersten Blättern der hl. Schrift ihre Strahlen leuchten läßt, die uns vom primitiven Opferaltar des Abel bis zur Herrlichkeit des Salomonischen Tempels begleitet, eine Vorstellung, von der die Religionsgeschichte ganz durchtränkt ist, ein innerstes Bewußtsein, das man aus der Seele des Menschen nicht wegrauben kann ohne sich eines Anschlags auf die allverpflichtende Majestät Gottes schuldig zu machen, — ich meine den öffentlichen, von der menschlichen Gesellschaft als solcher geübten Akt der Gottesverehrung. Nach dem Glauben der Kirche ist nicht bloß der einzelne Mensch, in seiner gesellschaftlichen Isoliertheit betrachtet, zur Pflicht der Gottesverehrung gerufen, die Sozietät teilt diese Inpflichtnahme an ihren Gott und Herrn. Religion ist keineswegs Privatsache, Religion ist vor allem und zuerst ihrer ganzen Idee nach öffentlicher Kult. Kein Ideenkreis drängt so sehr

nach Darstellung im öffentlichen Leben als der religiöse. Die Religion als Glaube oder Übung in den Bereich des privaten Lebens zurückweisen, ihren Aktionsradius auf das Wirkungsfeld des Individuums beschränken wollen, hieße sich am natürlichen Recht der menschlichen Gesellschaft versündigen, die menschliche Natur vergewaltigen. Religion gehört zur Wesensausrüstung der menschlichen Seele. Der leidenschaftliche Kampf, der allenthalben gegen die christliche Religion und die menschlichen Träger des öffentlichen Kultes entbrannt ist, spricht eine deutliche Sprache. Denn der Kampf gegen einen Gegner nimmt nur dann leidenschaftliche Formen an, wenn man diesen Gegner fürchtet, seine Person oder seinen Einfluß innerlich zu schätzen genötigt ist, mag der äußere Kampf noch so sehr im Zeichen der Verachtung und einer zur Schau getragenen Überlegenheit stehen. In den Kampf gegen die Religion werden immer die glühendsten Affekte geworfen, denn stets ist es bewußt oder unbewußt ein Ringen um die eigene innerste Existenz und ausnahmslos wird dabei die ganze menschliche Natur in Mitleidenschaft gezogen. Ich spreche vom Kampf gegen die Religion und nicht mehr vom Kampf gegen die Kirche, denn die katholische Kirche hat in Sachen des öffentlichen Kultes so sehr das Erbe und die Angelegenheiten der Menschheit übernommen, daß der Streit wider sie unwillkürlich zum Kampf gegen die Religion wird.

Die Kirche fordert den Akt der Gottesverehrung für die Sozietät. Was verstehen wir unter „Sozietät“, „Gesellschaft“? Auf keinen Fall die bloße Summe der in einem staatlichen Verband lebenden Individuen. Insofern diese nur das Ergebnis einer zahlenmäßigen Zusammenfassung sind, bilden sie keine Gemeinschaft. Solcher Art ist auch das Zusammensein von Tieren. Unter Gemeinschaft verstehen wir mehr als die bloße Additionssumme der Staatsbürger. Zum Gemeinschaftsbegriff gehören vor allem die aus dem wechselseitigen Zusammenwirken vernünftiger Wesen entspringenden sozialen, rechtlichen und sittlichen Beziehungen



der Menschen untereinander, der ganze Organismus geistiger Verbindungen, Einschränkungen, Erweiterungen des individuellen Selbst, in dem sich das Leben einer Gesamtheit auswirkt und abbildet. Ein unveräußerliches Merkmal im Gemeinschaftsbegriff bilden ferner die aus dem menschlichen Gemeinschaftsleben in gegenseitiger geistiger Befruchtung aufquellenden Erkenntnisse, Ideen, moralischen Bindungen und Verpflichtungen, die Individuum und Gesellschaft zu einem geistigen Sein höherer Art verbinden, in dem das Einzelne vom Ganzen getragen und das Ganze durchs Einzelne gefördert wird. Das Individuum hat seine geistige Existenz ebenso in sich wie in der Gesellschaft. Der Mensch des Rousseau'schen Naturzustandes ist eine Fiktion, und die Robinsonseelen gefühlsseliger deutscher Romantik sind nie gewesen. So lebt der Mensch streng genommen zwei Leben, ein individuelles und ein soziales; indessen nicht so, als ob die beiden Lebenskreise sich nebeneinander bewegen würden; sie sind ein gesetzhaftes, einheitliches Ganze, das in folgestrenger Entwicklung individuelles Leben und gesellschaftliches Sein zu einer höheren Einheit zusammenwebt. Wenn wir also von menschlicher Gemeinschaft sprechen, greifen wir weit über die körperliche Sphäre des Menschendaseins hinaus; die Sozietät wurzelt in ihr, aber sie vollendet sich nicht in ihr, das Individuum ist ihr menschlicher Träger, aber nicht ihr ausschließlicher Inhalt. Menschliche Gemeinschaft ist ein Geistiges, aber keineswegs bloß ein Gedachtes; menschliche Gemeinschaft ist eine das Individuum weitübergreifende Realität, eine Realität, die in dem Maße sich schwer in Begriffe fassen läßt, als sie in lebendiger und unwiderstehlicher Gegenständlichkeit sich dem Gefühl aufzwingt. Es gibt Gefühle, die ganz und gar Eigentum des persönlichen Lebens sind und trotzdem bisweilen nur wie eine Reflex- oder Reagenzerscheinung auf eine gewaltige, der Persönlichkeit souverän und unabhängig gegenüberstehende Macht erscheinen, wie das Ehrgefühl. Die sozialen Gefühle weisen unerbittlich über das Individuum hinaus, deuten auf

eine überindividuelle Wirklichkeit, der sich die menschliche Persönlichkeit ohne schwere Bedrohung der eigenen geistig-persönlichen Existenz nicht entziehen kann. Und diese überindividuelle Wirklichkeit nennen wir Sozietät.

Menschliche Regierungen sind demzufolge nicht nur die Vertreter einer gewissen Zahl von Individuen, sie sind Vertreter und Willensvollstrecker einer menschlichen Gemeinschaft, eines überpersönlichen Lebenskreises, einer höheren Realität. In den regierenden Männern eines Volkes sollen sich diejenigen Ideen verkörpern, welche das Leben eines Volkes beherrschen. Zu diesen Ideen gehören immer und überall die religiösen, anima naturaliter christiana. Von jeher haben die Führer der Nationen ihren Stolz dareingesetzt, die lebendige Verkörperung des nationalen Gedankens zu sein, all der Wünsche, Hoffnungen und Ansprüche, welche das Individuum nicht in seinem Namen erhebt und erheben kann, sondern nur die höhere überindividuelle Realität des Staates, der Gemeinschaft. Die Zeiten sind nicht mehr, wo nationale und religiöse Gefühle in beiderseitigem Durchdringen und wechselseitiger Kraft die europäische Gemeinschaft formten. An ihre Stelle trat die absolute Vorherrschaft des nationalen Bewußtseins, vielfach nicht mehr in Verbindung, sondern gegen alle Gefühle und Wertungen des religiösen Bewußtseins. In dieser Unausgeglichenheit der gestaltenden Kräfte des Gemeinschaftslebens liegt eine der Grundtatsachen des europäischen Niederbruches. Das natürliche Gleichgewicht der seelischen, sozialen Kräfte ist zerstört und die innere Desorientierung der Individuen hat sich notwendig dem Gemeinschaftskörper mitgeteilt. Die bewußte und grundsätzliche Ausschaltung der religiösen Mächte aus der höheren Realität des Gemeinschaftslebens, wie sie im 16. Jahrhundert angebahnt und in der Folgezeit von einer die religiösen Inspirationen der christlichen Offenbarung abweisenden Philosophie begründet, in ein System gebracht und zur Bedeutung einer Weltanschauung erhoben wurde, hat sich bitter gerächt. Obwohl die erste und unmittelbare Folge der Kirchentrennung



mit großer Konsequenz zum engsten Zusammenschluß von Staat und Kirche, ja zur Identifikation beider geführt hat, so mußte doch der Gedanke von der Säkularisation aller Gewalten, der in der nachreformatorischen Ära das europäische Gesellschaftsbild mehr und mehr zu prägen begann, mit der den Ideen eigenen Energie über alle Widerstände eines natürlichen Empfindens hinweg zu dem Zustand führen, den wir heute in der politischen Trennung von Staat und Kirche prinzipiell beklagen. Was der Sozietät von heute nottut, ist die Wiederherstellung des inneren Gleichgewichtes der seelischen, sozialisierenden, gemeinschaftsbildenden Mächte; sie müßte sich, würde sie die Stunde ihrer seelischen Erneuerung recht verstehen, ernstlich darauf besinnen, mit der sozialen Gemeinschaft, welche die gottgeweihte Hüterin der religiösen Wahrheiten ist, in ein fruchtbares, positives Verhältnis zu kommen, die äußeren Beziehungen von Staat und Kirche grundsätzlich aufzubauen. So aber laufen wir Gefahr, statt einer grundsätzlichen Orientierung in den letzten Lebensfragen der menschlichen Gemeinschaft den Verzicht auf eine solche als höchste politische Weisheit und Forderung des Tages zu preisen. Nicht so fast der äußerlich mechanische Vollzug der Trennung von Staat und Kirche als die damit gesetzte geistige Tat greift als Gemeinschaftstat, als Werk der Sozietät an jene geistigen, den sozialen Körper mitbildenden Kräfte, deren innere Harmonie zur Genesung eines im Innersten verwundeten und untergrabenen Gemeinschaftslebens so unentbehrlich ist.

Die Männer, welche das Vertrauen des Volkes an die Spitze eines Staatswesens gerufen hat, mögen als Privatpersonen ihre Meinung über Religion und religiöse Dinge nach Belieben geäußert und entsprechend gehandelt haben; jetzt, nachdem sie zu Trägern der obersten Vollzugsgewalten eines Gemeinschaftswesens geworden sind, haben sie diese Freiheit nicht mehr. Sie stehen im Dienste der Gemeinschaft, der Sozietät, und haben sich unter den Zwang dieser höheren und eigengesetzlichen Realität zu stellen. Keine



Regierung hat das Recht, die Beziehungen von Staat und Kirche einfach zu lösen; die regierenden Männer sind nicht Vollstrecker des eigenen, sondern des sozialen Willens. Nehmen wir einmal den unlogischen Fall an, die Glieder eines sozialen Verbandes wollten alle miteinander nichts mehr von Religion wissen, dann würden die Beziehungen beider Mächte einfach erlöschen, aber auch so hätten die Leiter eines im wahrhaften Sinne gottlosen Staatswesens prinzipiell kein Recht, dessen Beziehungen zur Religion für aufgehoben zu erklären. Staat und Religion sind nicht identisch. Die Hegelsche Staatsphilosophie, einst so einflußreich, hat den Gedanken von der Identität beider bis zur brüsken Formel hinaufgesteigert: der Staat ist der präsente Gott. Allein, wer fühlt nicht, daß auf diesem Standpunkte für persönliche Freiheit kein Raum mehr ist? Die Kirche hat es sich stets zur Ehre angerechnet, Hüterin des natürlichen Rechtes wie der persönlichen Freiheit zu sein. Sie konnte gar nicht anders, denn die christliche Religion ist kein Kulturerzeugnis, sie ist auf dem Wege der übernatürlichen Offenbarung der Menschheit zu teil geworden. Ihr Ansehen und ihre verpflichtende Kraft ruht nicht im menschlichen Geiste, sie hat ihre Auktorität nicht auf dem Wege der gesellschaftlichen Sanktion empfangen, sie stammt aus Gott und führt zu Gott. Sie ist eine Realität, eine Wirklichkeit, aber ihr Sein gehört einer höheren Ordnung der Dinge an, die zu verstehen, zu würdigen und als der Menschheit zu teil gewordene Gnade anzunehmen höchste Aufgabe der in der christlichen, katholischen Kirche vereinigten Gläubigen ist. Die Verpflichtung zur Gottesverehrung ist für den Katholiken eine überpersönliche, eine überstaatliche, nicht menschliche Erfindung, sondern göttliches Gebot, dem sich keine irdische Regierung ohne schwere Schuld und Verantwortung für sich und andere entziehen kann.

Religion und Nation sind nicht dasselbe, die Religion Jesu Christi ist wesentlich übernational, eine Realität, die alle menschlichen Gemeinschaftsbildungen weit übergreift,



eine Realität, mit der alle andern geistigen Ordnungen in irgend einer Form zusammenhängen, und es war gar kein glücklicher Griff führender Geister und ganzer Kulturepochen, diese Zusammenhänge zu verkennen und in eine organisch gegebene grundlegende Einheit künstliche Scheidungen hineinzutragen. Niemand kann die logisch-methodische Trennung verschiedener Provinzen des menschlichen Geisteslebens tadeln; eine solche ist unerläßlich, wenn überhaupt Klarheit und Ordnung in unsere Beziehungen zu den Gemeinschaftswerten des sozialen Lebens kommen soll; Ordnung gehört zum Wesen des Geistes. Umsomehr ist die tatsächliche Trennung zu bedauern, die bewußte Ausschaltung einer über dem ganzen geistigen Sein herrschenden Realität aus dem staatlichen Organismus eines Volkes. Jeder Versuch, eine solche Trennung zum Ausgangspunkt irgend welcher gemeinschaftsbildenden Prinzipien machen zu wollen, ist verfehlt und stellt ein Attentat auf die innerste Anlage des menschlichen Gemeinschaftslebens dar. Irgend welcher Einwand derart, die Loslösung staatlicher Gemeinwesen von den Organisationen des religiösen Geistes sei von der Absage an die Religion wohl zu unterscheiden, ist hinfällig. Denn eine bewußte Trennung von Staat und Kirche macht ja gerade das unmöglich, was der kirchliche Glaube in völliger Übereinstimmung mit dem religiösen Bewußtsein der Menschheit fordert, den öffentlichen Akt der Gottesverehrung, eine Tat der Gotteshingabe, die ausgesprochen Werk und Wille jener höheren geistigen Realität ist, die wir in der Sozietät wirksam erkennen.

Für das katholische Glaubensbewußtsein besteht noch eine ganz besondere Verpflichtung, an der öffentlichen Gottesverehrung, an der Anerkennung Gottes durch die Sozietät festzuhalten. Durch die Menschwerdung Jesu Christi wurden nach der Lehre der Kirche die Menschen erlöst; diese Erlösung ist zunächst eine objektive und schließt die Erlösung aller Einzelseelen der Möglichkeit nach in sich. Bei dem durch die Glaubenslehre garantierten physischen Zusammen-



hang des ganzen Geschlechtes wurde durch die Tat der Menschwerdung auch das Menschengeschlecht als solches, die höhere, geistige, überindividuelle Realität der ganzen Gesellschaft, in eine weihe- und geheimnisvolle Verbindung mit dem Erstgeborenen der neuen Schöpfung gebracht. Nicht bloß die durch die Taufe und Gnade Geheiligten, nein, die ganze Menschheit wurde irgendwie in den Segensbereich der hochheiligen Menschheit Christi gerufen, in eine mystische Verbindung mit ihrem Haupt gesetzt. Die Menschheit hat daher die Pflicht von sich aus, als die große gotterschaffene Menschengemeinschaft, als die universelle Sozietät und Verkörperung aller transsubjektiven geistigen Realitäten, die Gottesverehrung zu organisieren und zu betätigen, ohne Rücksicht auf den jeweiligen Grad der Gotteserkenntnis in den verschiedenen Sozietäten.

In der Frage nach der praktischen Ausgestaltung des Trennungsgedankens gleitet der Blick über dem mühevollen Versuch, für aufgedrungene Lebensnotwendigkeiten eine Lösung zu finden, zu leicht von prinzipiellen Gesichtspunkten ab. Man spricht von loyaler Scheidung, von schiedlich-friedlichem Auseinandergehen und vermischt unglücklich genug politisch-taktische Notwendigkeiten mit prinzipiellen Erkenntnissen. Vortrefflich bemerkt Erzbischof Bonomelli, daß es sich im Falle der Trennung nicht um Anwendung eines Prinzips, sondern um einen Ausweg handelt. Grundsätzlich bleibt die römische Kirche stets unerbittlich; in den Fragen des politischen und praktischen Lebens offenbart sie eine vielbewunderte Klugheit, in der wir das Ergebnis ihrer aus vielen Jahrhunderten und Völkern gesammelten Erfahrung erblicken dürfen. Sie hat Gründe, wenn sie sich der Trennung von Staat und Kirche aufs äußerste widersetzt. Führt die Trennung, die meist mit dem Abfall des Staates von jeder positiven Religion endet, nicht rasch und aller Augen sichtbar die gesellschaftliche Katastrophe herbei, die sie psychologisch nach sich ziehen muß, so rührt das einmal davon her, daß auch religionsfeindliche Menschen selten die Konsequenz aufbringen,



einen Gedanken gegen alle aus der menschlichen Gesellschaft und Natur erwachsenden Schwierigkeiten durchzudrücken; und vergessen wir nicht die bereits ausgesprochene Wahrheit, die religiösen Ideen sind ihrer Natur nach unausrottbar, sie verlangen unwiderstehlich nach Verkörperung in und durch die Sozietät, weshalb sie auch von keiner äußerlich-mechanischen Repressalie auf die Dauer in ihrer Wirksamkeit unterbunden werden können.

4.

Die Frage nach der Trennung von Kirche und Staat ist eine Menschheitsfrage, eine Frage des religiösen Gewissens, eine Kardinalfrage der europäischen Zivilisation. Für die Entwicklung der europäischen Seele ist es gar nicht gleichgiltig, wie die Begegnung von Staat und Kirche sich vollziehen wird. Ich kann in der Absicht, Staat und Kirche an einer Kultur- und Zeitenwende voneinander trennen zu wollen, nur eines der vielen Warnungszeichen erblicken, die auf den Abgrund hinweisen, dem wir zusteuern. Wie denkt man sich die Kindererziehung in einem nach sozialistischen Maximen dirigierten Staatsverband? Viele unter uns haben vor dem Umsturz und was darauf folgte weit milder und zuversichtlicher über unsere politischen Gegner, bezw. deren Programm geurteilt. Aber in den letzten Wochen ist viel geschehen, was Mißtrauen erwecken mußte und die unbedingt ablehnende Haltung der kirchlichen Leitung einer Partei und einem Programm gegenüber gerechtfertigt hat, die auch vor den Grundlagen der Kultur und den Voraussetzungen des christlichen Glaubens und Lebens nicht Halt machen. Man klagt schon jetzt über Verrohung und Entartung der Jugend; was soll da noch werden? Gerade jetzt müßte die Jugend durch die feinen, zarten und doch so starken Bindungen des Gewissens von innen heraus der neuen Zeit entgegengeführt und für deren schwere Aufgaben sittlich gestärkt und ausgerüstet werden. Wagt es nicht, sie schon in der Seele der Jugend zu lockern, ihr zieht euch Geißeln groß, unter deren



Schlägen ihr stöhnen werdet. Oder sollte uns so alle Kenntnis des Menschen entschwunden sein, daß wir nicht wüßten, wessen der Mensch im Zustand des entchristlichten Gewissens fähig ist, das fessellos einhergeht auf der eigenen Spur? Und wie will der künftige Staat Arbeiterpolitik treiben? Glaubt er ohne geistige Anleihe beim Christentum auskommen zu können? Ohne das Aufgebot geistig-moralischer Mächte werden alle wirtschaftlichen Vorbeugungs- und Versorgungspläne, deren Notwendigkeit nicht bestritten wird, das nicht geben können, wonach die Seele des Arbeiters dürstet, Glück und Zufriedenheit. Im übrigen hat die hohe bürgerliche Gesellschaft an den Arbeitermassen oft schwer gesündigt. Sie hat ihre überlegene Bildung vielfach nicht dazu benützt, Gottesglauben und Gewissensreinheit in die dunkelsehnenden Mächte des menschlichen Herzens hineinzutragen, ja, sie hat den Vorsprung ihrer materiellen Mittel mißbraucht, die Verachtuug gegen Religion und Christentum großziehen helfen und ihre eigene Meinung von den ewigen Dingen zu Kosten unveräußerlicher, unantastbarer Werte des christlichen Glaubens auf den Thron erhoben. Über solches Gebahren ist ein Gericht ergangen, von dem man glauben sollte, daß es das Auge derer gereinigt habe, die auf den Zinnen der Stadt wohnen und nach dem Feinde Ausschau halten.

Seit der Zersetzung der mittelalterlichen Gesellschaftsanschauung ist es der bürgerlichen Gesellschaft Europas nicht mehr gelungen, ein einheitliches Weltbild und damit eine einheitliche Kultur aufzurichten. Die Krisis der europäischen Kultur hat damals, wie heute, in einem entscheidenden Augenblick, an einem Wendepunkt derselben eingesetzt. Die Zivilisation Europas hatte um die Wende des 15. Jahrhunderts einen in jeder Beziehung höchst komplizierten Charakter. Die positiven Wissenschaften brachen sich mächtig Bahn und eröffneten dem sinnenden Geist mächtige Fernblicke. Die Entdeckung der Neuen Welt hatte den engen Horizont der überkommenen Gesellschaftsanschauung gewaltig aufgerissen, die sozialen Zustände Europas zeigten Annäherungstendenzen und bereits

jenen Zug ins Universelle, der, wenn ich mich nicht täusche, in der gegenwärtigen Stunde wieder mit vieler Kraft nach Ehre und Ansehen in den Augen der Menschen verlangt. Das Wirtschaftsleben entrollt sich als ein mannigfach verschlungenes System sich ergänzender und fordernder Interessen, die mit innerer Notwendigkeit nach einer über die nationalen Grenzen hinausweisenden höheren kulturellen Verbundenheit deuten. Und dieses höchst anziehende, von den reichsten Ideen getragene, von dem Geist der kühnsten Unternehmungen fortgerissene Völkerleben Europas trägt in seiner tiefsten Seele noch die sammelnde, bewahrende Kraft einer gemeinsamen religiösen Weltanschauung — da trifft nach dem Ratschluß der göttlichen Vorsehung Kultur und Menschheit von Europa ein Schlag, von dem sich beide bis zur Stunde nicht erholt haben.

Nie war Europa eine geschlossene Weltanschauung notwendiger als in jenen Tagen der folgenschwersten Umwälzung. Je höher das Geistesleben einer Kultur ist, je reicher die Zivilisation einer Epoche, desto feiner, empfindsamer, aufnahme- und verarbeitungsfähiger ist sie, desto leichter verliert sie sich aber auch an die äußere Welt, desto mehr läuft sie Gefahr auszuströmen. Hier tritt die christliche Religion so recht als die geistig ordnende und zusammenhaltende Kraft der menschlichen Seele in die Erscheinung, als der stärkste Hort des jeder hochentwickelten Zivilisation innewohnenden Freiheitsgefühls, dem sie Form und Inhalt verleiht und damit die Gefahr der Verirrungen und Entgleisungen ferner rückt. Diese seelenbewahrende Macht wurde zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts in ihrem Einfluß auf das junge Leben eines neu heraufdämmernden Zeitalters wesentlich geschwächt; die Schicksalsstunde des Erdteils hatte geschlagen, der Geist der Revolution, nie erloschen in der menschlichen Brust und stets zum Angriff auf die Gesellschaft bereit, wurde mächtig und stark.

Die europäische Seele verlor ihre innere Harmonie, ihr inneres Gleichgewicht. Ihrer mächtig herflutenden per-



sönlich-subjektiven Produktivität ging der Gegenpol verloren. Unter der einseitigen und reißenden Entwicklung der Ereignisse verlor sich der naturgesetzliche Drang jeder Persönlichkeit und Kultur, zu objektiven endgiltigen Gestaltungen zu kommen. Und als er mit der Wucht einer Naturmacht sich durchzusetzen versuchte, waren die starken religiösen Bindungen und Orientierungen der alten, kirchlichen katholischen Weltanschauung durch die Sturmflut des Geschehenen weggeschwemmt, und wie von selbst suchten die religiösen Bedürfnisse des neuen Geschlechtes ihren Halt und ihre Stütze in der einzigen neben der Kirche mit autoritativer Vollzugsgewalt ausgestatteten Macht, das war der Staat und die im Staat organisierte weltliche Kultur.[1])

Damit war den Trägern der irdischen Gemeinschaftsgewalt eine ungeheure Macht in die Hände gespielt, ohne daß ein Gegengewicht vorhanden gewesen wäre. Der Weg zum Absolutismus, zur Staatsomnipotenz war frei geworden.

Eine solche Entwicklung lag gar nicht in der Anlage der ausgehenden mittelalterlichen Gesellschaft. Freiheitssinn und Kulturhöhe eines christlich erzogenen Volkes fordern einander. Der gewaltige Freiheitsdrang des späten Mittelalters formte sich zum sozialen Willen; überall sehen wir den menschlichen Geist auf der Bahn zu freiheitlicher Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse; die Vermutung legt sich nahe, daß eine geradlinige Entwicklung der Geschichte und eine ungestörte Weiterbildung des sozialen Formungswillens im Lauf der folgenden Jahrhunderte zu einem freiheitlich organisierten Europa geführt hätte, das bei ungebrochener innerer Kraft der religiösen Weltanschauung eine unbedingt dominierende Stellung in der Welt einzunehmen wohl in der Lage gewesen wäre. Nur ahnen läßt sich, was an außenpolitischer Kraftentfaltung ein sozial

1) Vergl. Dr. Neundörfer, Protestant. Kirchenwesen und Trennung von Staat und Kirche in Deutschland, Katholik, Jahrgang 89; Heft 11.



und religiös geeintes Europa hätte leisten können. So aber geriet der in der Seele Europas lebende Freiheitsdrang auf Abwege, und was hindert uns, einen der Gründe für die vielen revolutionären Erschütterungen unseres Erdteils während der letzten Jahrhunderte auf jene seelische Störung der europäischen Völker zurückzuführen, die im sechzehnten Jahrhundert wie ein Erdbeben die alte katholische Welt durchlief?

Die Losung kann heute nicht heißen: Trennung von Kirche und Staat, sondern Zusammengehen beider. Die Ausschaltung der höchsten geistlichen Gewalt aus dem sozialen Leben der Menschheit, die Lahmlegung der mächtigsten organisierten religiösen Gemeinschaft, der katholischen Kirche, für die Interessen der Sozietät ist eine verwegene Tat, die durch die vorgesehene Einführung eines allgemeinen Moralunterrichts in den nicht konfessionellen Schulen in keiner Weise gutgemacht wird. Wann war die seelenbindende, welterneuernde Segensmacht der christlichen Religion unentbehrlicher als jetzt in den Tagen der allgemeinen Umwälzung? Die Frage nach der Trennung von Staat und Kirche ist schon keine Frage der Konvenienz mehr, es geht um eine Glaubens- und Gewissensfrage, um eine Frage der Völkererziehung, kurz um eine Kardinalfrage der europäischen Zivilisation. Die Lösung wird ganz dem Geiste derer entsprechen, die sie herbeiführen, und in diesem Geist und seiner Charakterveranlagung haben wir die geistigen Voraussetzungen der kommenden Gesellschaftswertung zu erblicken.

Mooshausen i. Wttbg. Joseph Weiger.

XXX.

Auf dem Wege zur religionslosen Schule.

Zum Schulkampf in Bayern.

Als die derzeitige provisorische Regierung des Volksstaates Bayern ihre Absicht kundgab auf dem Gebiete des Volksschulwesens grundlegende Änderungen vorzunehmen, haben namhafte Pädagogen und auch sehr weit linksstehende Politiker dagegen entschieden Einspruch erhoben: auf keinem Gebiete würden gewaltsame Eingriffe schmerzlicher empfunden und überstürzte Neuerungen so großen und unheilbaren Schaden anrichten als auf dem der Erziehung; man möge es deshalb der allein berufenen Volksvertretung überlassen, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Die gut begründeten Warnungen waren leider in den Wind gesprochen. Der provisorische Kultusminister des Volksstaates Bayern, Johannes Hoffmann, will die vorübergehende Macht, zu der ihm die Revolution verholfen hat, nach Kräften ausnutzen, um das sozialdemokratische Schulprogramm, das er seit Jahren im Landtag als Abgeordneter vertreten hat, soweit als möglich durchzuführen und den bereits gewählten und inzwischen auch einberufenen neuen Landtag vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Er hält sich dabei an das Arbeitsprogramm, das sein Genosse, der sozialdemokratische Abgeordnete Kuhnert, in der 181. Sitzung des Reichstages vom 3. Mai 1902 ausgesprochen hat: „Die Religionslosigkeit der Schule und der Lehrerbildungsanstalten, sowie die fachmännische Aufsicht sind die drei wesentlichen Stücke, welche sich in das eine Wort und zu dem einen Begriff zusammenfassen lassen: die Weltlichkeit der Schule.“ [1]) In jedes dieser drei Gebiete hat Hoffmann eingegriffen. Am 13. Dezember 1918 wurde die Verordnung

1) Archiv für katholisches Kirchenrecht, 84. Bd. (1904), S. 699.



über die Bildung der Schullehrer vom 29. September 1866 dahin abgeändert, daß die geistlichen Inspektoren der Präparandenschulen beseitigt wurden, bei Bestellung der Direktoren der Bischof nicht mehr zu hören ist und der Stellvertreter des Direktors (Präfekt) nicht mehr ein Geistlicher sein muß. Durch Verordnung vom 16. Dezember 1918 wurde die bisherige geistliche Orts- und Distriktsschulaufsicht abgeschafft, obwohl letztere jedenfalls für die Protestanten verfassungsmäßig (durch § 6 des 2. Anhanges zur II. Verfassungsbeilage) festgelegt war. Durch Ministerialerlaß vom 7. Januar 1919 wurde die Religionslehre als Prüfungsfach zunächst für die außerordentliche Anstellungsprüfung für den Volksschuldienst gestrichen. Am 10. Januar 1919 wurde der organisierte freireligiöse Sittenunterricht vollständig freigegeben und Unterstützung desselben mit Gemeindemitteln gestattet. Nach den Wahlen erfolgte sodann der Hauptschlag: mit Verordnuog vom 25. Januar 1919 wurde für alle öffentlichen Schulen des Volksstaates Bayern der Religionsunterricht als Pflichtfach beseitigt. Die letztgenannte Verordnung trägt an ihrer Spitze den Grundsatz: „Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf kein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden" und verfügt zu dessen Durchführung im wesentlichen folgendes:

1) Auf Grund einer mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klaßlehrer abgegebenen Erklärung des Erziehungsberechtigten sind Schüler und Schülerinnen ohne weiteres vom Besuche des Religionsunterrichtes entbunden; 2) ohne Rücksicht darauf, ob die Schüler und Schülerinnen vom Religionsunterricht entbunden sind oder nicht, können vom Standpunkte der Schule aus die Erziehungsberechtigten frei, d. h. ohne besondere Anzeige und Genehmigung darüber bestimmen, ob und in welchem Umfange die Kinder den Gottesdienst und Schulgottesdienst besuchen und die sonstigen religiösen Verpflichtungen erfüllen sollen; 3) die Schule darf — den lehrplanmäßigen Religionsunterricht ausgenommen — zur Erfüllung



religiöser Auflagen keine disziplinären Zwangsmittel anwenden; 4) Die Lehrpersonen sind nicht verpflichtet, bei der Beaufsichtigung der Schüler und Schülerinnen während der Christenlehre, des Gottesdienstes und Schulgottesgienstes und sonstiger religiöser Veranstaltungen mitzuwirken.

Der Satz, den Minister Hoffmann seiner Verordnung in Anführungszeichen als Begründung vorangestellt hat, ist mit einer keineswegs bedeutungslosen Änderung (s. unten) dem sog. Toleranzantrag entnommen, aber wohlgemerkt, nicht dem Antrage, wie er 1900 vom Zentrum gestellt wurde, auch nicht den diesbezüglichen Beschlüssen des Deutschen Reichstages von 1902, sondern der Fassung, die der Antrag in den Kommissionsberatungen des Jahres 1905 erhalten hat und über die es zu einer Beschlußfassung des Reichstagsplenums nicht gekommen ist. Der ursprüngliche Antrag enthielt keine diesbezügliche Bestimmung. In den Kommissionsberatungen wurde gegenüber weitergehenden Anträgen der Freisinnigen und Sozialdemokraten vom Zentrum (Gröber) als neuer § 2b beantragt, daß gegen den Willen der Erziehungsberechtigten ein Kind nicht zur Teilnahme an dem Religionsunterrichte oder Gottesdienste einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden darf, als in der es nach dem Willen der Erziehungsberechtigten erzogen werden soll; so wurde auch 1902 von Kommission und Reichstagsplenum beschlossen. Von allen Seiten wurde damals betont und u. a. auch vom Abgeordneten von Vollmar[1]) ausdrücklich zugegeben, daß in der Ausdehnung der Schulpflicht auf den Besuch des Religionsunterrichtes der eigenen Konfession kein Gewissenszwang liege, daß es sich dabei um eine Frage nicht der Gewissensfreiheit, sondern lediglich der Schuldisziplin handle. Bei den Kommissionsberatungen im Mai 1905 wurde obiger Zentrumsantrag abgelehnt und durch eine Zufallsmehrheit der freisinnige Antrag angenommen, den jetzt Hoffmann an die Spitze seiner Verordnung gestellt

1) a. a. O. Bd. 82 (1904), S. 162 f.; S. 164 f. (Dr. Hieber).



hat; zu einer Beschlußfassung im Plenum ist es aber wegen Schluß der Session nicht mehr gekommen. Im November 1905 hat sodann das Zentrum den Toleranzantrag wieder eingebracht und darin als § 4 vorgesehen: „Zur Teilnahme an einem Religionsunterrichte oder Gottesdienste, welcher der religösen Überzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Kind gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden." Die Änderung gegenüber der Formulierung von 1902 war durch Wünsche von protestantischer Seite veranlaßt: mit Rücksicht auf die Scheidung der Protestanten in eine orthodoxe und eine freigeistige Richtung war von verschiedenen Seiten wiederholt hervorgehoben worden, daß den Eltern der einen wie der anderen Richtung die Freiheit gewahrt werden solle, die Kinder in einen ihrer persönlichen Überzeugung entsprechenden Religionsunterricht zu schicken. Daß bei Katholiken diese Schwierigkeit nicht bestehe, sondern es sich nur um eine Art des Religionsunterrichtes, die nach den Lehren und Vorschriften der katholischen Kirche, handeln könne, wurde dabei allgemein anerkannt. Die Zentrumsanträge haben sich also jederzeit wesentlich und grundsätzlich von denen der Sozialdemokraten und Freisinnigen unterschieden.

Für die rechtliche Würdigung des Hoffmann'schen Erlasses kommt in erster Linie in Betracht, daß er von einem provisorischen Minister des Volksstaates Bayern stammt. Die derzeitige Regierung hat sich selbst von Anfang an bis heute als eine provisorische bezeichnet. Sie hat Bayern als einen demokratischen Staat erklärt, in dem der Mehrheitswille des Volkes zu entscheiden hat und hat deshalb schon am 8. November 1918 die baldigste Einberufung einer frei gewählten Volksvertretung versprochen. Ihre Gewalt ist also nach der Natur der Sache und ihren eigenen Erklärungen durchaus beschränkt: sie hat für ein möglichst baldiges Zusammentreten der verfassunggebenden Nationalversammlung zu sorgen und bis dahin nur die durch das Staatswohl

unbedingt geforderten Notwendigkeiten zu erfüllen. Eine Neuordnung des Schulwesens gehört ohne Zweifel nicht zu solchen unbedingt geforderten und unaufschieblichen Notwendigkeiten. Deshalb hat sich die provisorische Regierung in Württemberg, Baden und Hessen von vornherein jedes Eingriffs in dieses Gebiet enthalten und in Preußen sind die diesbezüglichen Erlasse des preußischen Hoffmann vom Gesamtministerium wieder zurückgenommen worden. Der provisorische Kultusminister Bayerns kann sich für seinen Erlaß auch nicht auf das provisorische „Staatsgrundgesetz der Republik Bayern" vom 4. Januar 1919 berufen. Aber diesem „Staatsgrundgesetz" fehlt fürs erste die verpflichtende Kraft, weil es von der provisorischen Regierung unter Überschreitung ihrer Befugnisse erlassen wurde; wie für das Reich auch die provisorische Reichsverfassung vom 10. Februar 1919 nur durch die Beschlußfassung der deutschen Nationalversammlung zustande kommen konnte, so kann auch für Bayern ein, wenn auch nur vorläufiges Staatsgrundgesetz nur durch die Volksvertretung erlassen werden. Sodann enthält dieses „Staatsgrundgesetz" allerdings in Ziffer 15 den Satz: „Die Erziehungsberechtigten können von Staats wegen nicht gezwungen werden, die ihnen anvertraute Jugend zur Teilnahme am Religionsunterricht oder an den religiösen Übungen anzuhalten", aber der Hoffmann'sche Erlaß geht in mehrfacher Hinsicht über diesen Satz hinaus und außerdem ist die Ziffer 15 des „Staatsgrundgesetzes" nach dessen ausdrücklicher Bestimmung in Ziffer 18 noch gar nicht in Kraft getreten. Indem Hoffmann sie eigenmächtig in Kraft zu setzen versucht, setzt er sich in Widerspruch mit dem von ihm selbst unterschriebenen vorläufigen „Staatsgrundgesetz" und mit dem Gesamtministerium. Letzterer Umstand ist auch von Bedeutung im Hinblick auf ein Urteil des Obersten Landesgerichts vom 19. Dezember 1918. Der höchste bayerische Gerichtshof hat sich auf den Standpunkt gestellt: Die Gesetzgebungsgewalt ist ein Ausfluß der Staatsgewalt, sie steht dem zu, der die Staatsgewalt tatsächlich inne hat, also zur



Zeit der Regierung des Volksstaates Bayern, deren Anordnungen deshalb verbindliche Kraft haben. In dieser Begründung ist der provisorische Charakter der darzeitigen Regierung und die daraus sich ergebende Beschränkung ihrer Gewalt ganz außer Acht gelassen und deshalb kommt sie zu einem unrichtigen Ergebnis; aber jedenfalls hat auch nach der Auffassung des Obersten Landesgerichtes nur die Gesamtregierung eine gesetzgebende Gewalt, nicht der einzelne Minister und dies um so weniger, wenn es sich nicht um die Aufhebung bloßer Ministerialvorschriften, sondern wie in unserem Falle um die Beseitigung verfassungsmäßiger Rechte der Religionsgesellschaften und teilweise auch der Eltern, insbesondere der Mütter handelt. Nach allem kann somit der Hoffmann'sche Erlaß nicht als rechtsverbindlich betrachtet werden.

Der Inhalt des Hoffmann'schen Erlasses soll nur eine Forderung der Gewissensfreiheit sein. Das ist unrichtig. Der Gewissensfreiheit hinsichtlich des Religionsunterichtes war bereits im bisherigen Recht vollkommen Rechnung getragen. Nach der Ministerialentschließung vom 5. November 1861 waren Kinder, welche keiner anerkannten Religionsgesellschaft angehörten, vom Besuche des schulplanmäßigen Religionsunterrichtes zu dispensieren, wenn sie ihn nicht mit Zustimmung der Eltern freiwillig besuchen wollten; es wurde also kein Zwang zum Besuche des Religionsunterrichtes einer fremden Konfession ausgeübt. Ferner konnten freireligiöse oder konfessionslose Eltern nach der Plenarentscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 23. Oktober 1889 ihre Kinder ungehindert religionslos erziehen und eine neue Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 20. Juli 1917 hat wiederum und grundsätzlich ausgesprochen, daß weder nach dem bürgerlichen Gesetzbuche noch nach dem bayerischen Verfassungsrechte die Eltern verpflichtet seien, ihre Kinder in einer bestimmten religiösen Richtung erziehen zu lassen, es konnten also auch Eltern, die selbst noch einem Bekenntnisse angehörten, ihre Kinder außerhalb jedes reli-

giösen Bekenntnisses erziehen, sei es indem sie dieselben nicht taufen ließen oder daß sie später für die Kinder den Austritt aus der Kirche erklärten (Sammlung Bd. 38, S. 205 ff.). In der gleichen Entscheidung hat aber der Verwaltungsgerichtshof, der den Begriff der Gewissensfreiheit sicherlich nicht eng gefaßt hat, aufs neue daran festgehalten, daß die Ausdehnung der Schulpflicht auf den Besuch des Religionsunterrichtes der eigenen Konfession keine Verletzung der Gewissensfreiheit bedeute (S. 212 f.). Den gleichen Standpunkt hat noch Max von Seydel in seinem bayerischen Staatsrecht vertreten (Bd. III² S. 509). Es handelt sich somit bei dem Hoffmann'schen Erlasse nicht um Schutz der Gewissensfreiheit, die ja bereits gesichert war, sondern um eine staatliche Förderung der religionslosen Erziehung; es ist jetzt nicht mehr eine persönliche Erklärung des Erziehungsberechtigten vor dem Pfarrer oder bei gemischten Ehen ein notarieller Vertrag bezw. die Änderung eines solchen notwendig, sondern durch eine ganz formlose mündliche oder schriftliche Erklärung vor dem Schulvorsteher oder Klaßlehrer kann jetzt die religionslose Erziehung erfolgen. Den früher notwendigen Schritt haben sich die Erziehungsberechtigten in der Regel doch reiflich überlegt, manchmal haben sie sich auch durch Zureden davon abhalten lassen, und das war ja gerade der Zweck dieser Verfassungsvorschriften, übereilte Schritte in dieser wichtigen Frage zu verhindern. Jetzt ist die Entscheidung nicht nur der Willkür, sondern auch der Laune des Erziehungsberechtigten anheimgegeben; in einer augenblicklichen Verärgerung, die vielleicht mit dem Religionsunterricht als solchem gar nichts zu tun hat, kann er nunmehr die Erklärung abgeben, und sie wieder rückgängig machen, das wird sehr schwer fallen. Mit Recht hat der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hieber seinerzeit in den Verhandlungen über den Toleranzantrag es als einen unerträglichen Eingriff in die Gewissensfreiheit und Gewissensrechte des Kindes bezeichnet, wenn es dieser Art der Willkür und Laune des Vaters preisgegeben



wäre.[1]) Die Gewissensfreiheit der Kinder war ferner durch die bayerische Verfassung bisher auch in der Weise geschützt, daß sie nach Empfang der hl. Kommunion oder Konfirmation, also in einem Alter, wo sie bereits eine im gewissen Sinne abgeschlossene religiöse Erziehung genossen hatten, dem Bestimmungsrecht der Erziehungsberechtigten entrückt waren; durch den neuen Erlaß ist auch dies beseitigt. Ferner hatte, wenn es sich um Kinder aus gemischten Ehen handelt, nach bisherigem Recht auch die Mutter ein entscheidendes Wort über die religiöse Erziehung mitzureden und gegen ihren Willen konnte an den getroffenen Vereinbarungen nichts geändert werden. Jetzt ist auch das anders; der Erlaß spricht im Gegensatz zu dem Beschluß der Toleranzkommission nicht von der Entscheidung der Erziehungsberechtigten, sondern von der Erklärung des Erziehungsberechtigten, d. h. des Vaters, der bei Meinungsverschiedenheit zwischen den Gatten allein zu entscheiden hat. Die bisherige Gewissensfreiheit der Mutter ist also in Gewissenszwang verwandelt, es steht ihr gegen die Entscheidung des Mannes kein Rechtsschutz zur Verfügung. Das gilt auch für gemischte Ehen: die katholische Mutter war bisher gesichert durch den notariellen Vertrag über katholische Kindererziehung — Kultusminister Hoffmann hat ihr mit einem Federstrich diese Sicherung genommen, denn der Vater kann trotz des Vertrages erklären, er schicke sein Kind nicht mehr in den katholischen Religionsunterricht. Somit bedeutet der Hoffmann'sche Erlaß hinsichtlich der Gewissensfreiheit keinerlei Fortschritt, sondern in mehrfacher Hinsicht bezüglich der Rechte der Mütter und der Kinder einen wesentlichen Rückschritt und eine Quelle zahlreicher Gewissenskonflikte.

Was die Wirkung des Hoffmann'schen Erlasses auf Schule und Erziehung betrifft, so gebe man sich ja nicht der Täuschung hin, daß sie sich nur auf jene Kinder erstrecke, die nunmehr auf Grund des Erlasses ohne Religionsunter-

1) a. a. O. Bd. 34 S. 725.

richt erzogen werden. Es wäre ja diese eine Wirkung schon schlimm genug, nicht nur vom Standpunkte des Christentums aus, sondern auch von dem des Staates aus, der durch die Förderung der Religionslosigkeit seine eigenen Grundlagen untergräbt, wenn es auch die derzeitigen Machthaber — gleich den früheren Bureaukraten — nicht glauben wollen. Aber die gläubigen Katholiken und Protestanten könnten sich dann wenigstens damit trösten, daß für die Erziehung ihrer Kinder alles beim alten bliebe. Gerade das ist aber nicht der Fall. Durch den Erlaß wird der Religionsunterricht von einem Pflichtfach zu einem Wahlfach herabgedrückt und bekanntlich werden Wahlfächer an allen Schulen nicht so hoch eingeschätzt wie Pflichtfächer, sie gelten mehr als Nebensache. Der Religionsunterricht war sodann bisher wenigstens in der Volksschule das Hauptfach, der ganze Unterricht und die ganze Erziehung war auf ihn aufgebaut, es konnte und sollte auf die religiösen Wahrheiten auch in anderen Unterrichtsfächern Bezug genomen werden. Gerade das machte unsere Volksschulen bisher zu christlichen, zu wahrhaft konfessionellen Schulen, denn das Wesen der konfessionellen Schule ist damit nicht erschöpft, daß der Lehrer der Konfession der Kinder angehört, es ist auch notwendig, daß die ganze Schularbeit in Unterricht und Erziehung im Geiste der betreffenden Konfession geleistet wird. Nunmehr werden sich jedenfalls in den Städten häufiger als bisher in den konfessionellen Schulen Kinder finden, die religionslos erzogen werden. Wenn nun der Lehrer Anlaß nimmt, im Geschichtsunterricht vom Walten der göttlichen Vorsehung zu sprechen, in der Naturkunde auf die Allmacht und Weisheit Gottes hinzuweisen, so kann er dadurch bei den Eltern dieser Kinder leicht Anstoß erregen und auf deren Beschwerde hin muß er davon absehen. Die weitere Folge wird sein, daß aus den Lesebüchern unserer Schulen der letzte Rest von Lesestücken verschwindet, die noch religiösen Inhalt haben und daß im Gesangsunterricht die alten schönen Kirchenlieder keinen Platz mehr finden. Kurz: Religionsunterricht wird zwar

noch erteilt, aber er ist mit dem übrigen Unterricht nur mehr äußerlich verbunden. Dazu kommt, daß auch die Teilnahme an den religiösen Übungen nicht mehr pflichtgemäß ist, sondern auch für jene Kinder, die noch den Religionsunterricht besuchen, ganz der Willkür und Laune des Erziehungsberechtigten überlassen wird; damit fehlt nicht nur für die religiöse Erziehung, sondern für die Erziehung überhaupt ein wesentliches und sehr wirksames Erziehungsmittel. Unsere Volksschulen sind in Zukunft nicht mehr konfessionelle Schulen im wahren Sinne des Wortes, nicht mehr christliche Schulen wie bisher, die Erziehung, die sie vermitteln ist — abgesehen von den paar Stunden des fakultativen Religionsunterrichtes — eine im Kerne religionslose. In den Großstädten besteht sodann die weitere Gefahr, daß wegen der Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, die Stunden für diesen an den Anfang oder das Ende der Schulzeit gelegt werden, wodurch es der Pfarrgeistlichkeit tatsächlich unmöglich würde, ihn in ausreichendem Maße zu erteilen. So hat man den Religionsunterricht vorläufig in die Ecke gestellt, um ihn bei gegebener Gelegenheit ganz aus der Schule zu entfernen. Das ist ja das Ziel der Sozialdemokratie, und wenn sie kann, wird sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kuhnert hat ja bei den Verhandlungen über den Toleranzantrag wiederholt erklärt, daß ihnen die bloße Freiwilligkeit des Religionsunterrichtes nicht genüge, da dann viele Eltern ihre Kinder immer noch aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und anderen Gründen in den Religionsunterricht schicken müßten;[1]) sie verlangten deshalb vollständigen Ausschluß des Religionsunterrichtes, nicht nur aus den öffentlichen, sondern auch aus allen *Privat*schulen![2])

Wir sind in Bayern durch den Hoffmann'schen Erlaß nicht nur auf dem Wege zur religionslosen Schule, sondern

---

1) a. a. O., Bd. 82, S. 179; Bd. 84, S. 697.

2) a. a. O., Bd. 82, S. 179, 182.

diesem Ziele auch schon sehr nahe gekommen. In Preußen hat der Entrüstungssturm der gläubigen Katholiken und Protestanten den ähnlichen Erlaß des „Zehn-Gebote-Hoffmann" mit seinem Urheber wieder hinweggefegt. Auch in Bayern wollen Katholiken und Protestanten sich die christliche Schule nicht ohne Widerspruch nehmen lassen: möge ihren kraftvollen Kundgebungen der gleiche Erfolg beschieden sein!

Dr. A. Scharnagl.

XXXI.

Zur Geschichte des Anarchismus.

IV.

Der russische Bolschewismus hat seine Fäden auch nach anderen Ländern gesponnen. Am meisten Erfolg hatte er bis jetzt in Deutschland und in der Schweiz: Deutschland ist mit seiner Beihilfe in den Abgrund gestürzt und die Schweiz demselben bedenklich nahegebracht worden. Die Agitation der bolschewistischen Gesandten und Geschäftsträger in Berlin und Bern wurde so gefährlich und offenkundig, daß die Regierungen sich zur Ausweisung gezwungen sahen.

Die Art dieser bolschewistischen Einwirkung, ihre Erfolge und ihre Bekämpfung verdient eine nähere Beleuchtung.

In der Schweiz fand der Bolschewismus einen von langer Hand wohl vorbereiteten Boden. Hier war 1862 die Internationale Arbeiter-Vereinigung ins Leben getreten und 1866 deren erster Kongreß in Genf gehalten worden; hier hatte Bakunin sein Programm des Kollektivismus verkündet. Bern, Zürich, Basel, Genf wurden Hauptzentren des Marxismus, wo besonders Russen eine große Rolle spielten. In Genf verherrlichte Krapotkin am 18. März 1881, am Jahrestag der Kommune in Paris, die Mörder



des am 13. März ermordeten Zaren. Nur schwer und langsam ließ sich der schweizerische Bundesrat zu schwachen Schritten gegen die Weltanarchisten bewegen.[1]) So konnten denn auch Lenin, Trotzki und Konsorten hier ihr Programm entwerfen und ihren Feldzug vorbereiten. Eine Unmenge bolschewistischer Bücher und Schriften sind in Bern gedruckt. Der Dank des Bolschewismus für diese selbstmörderische Nachsicht sollte nicht ausbleiben.

Der revolutionäre Generalstreik in der Schweiz November 1918, durch den die Schweiz dem Abgrund des Anarchismus ganz nahe gebracht wurde, war ein Werk des Bolschewismus. Dies wurde in der Sitzung des Nationalrates in Bern am 13. Nov. 1918 von mehreren Rednern einwandfrei festgestellt. Schmid (Zürich) stellte fest, daß die Behörden in Zürich die Macht nicht mehr in Handen hatten. Seit Wochen war durch Wort und Schrift zur Revolution aufgefordert worden. „Die Leninschen Instruktionen dienten als Grundlage. Die Agitatoren lieferte Rußland, auch das Geld." Andere Abgeordnete hoben hervor, daß Freunde und Schüler Lenins an der Spitze stehen, daß die Sozialisten die Jungburschen und Bolschewiki nicht abschütteln können.[2])

Am eingehendsten beleuchtete Dr. Feigenwinter die Zusammenhänge.[3]) Indem er die gewaltsame Schließung sämtlicher Zeitungsdruckereien in Basel mit Ausnahme des „Basler Vorwärts", der Banken, der Wirtschaften, Coiffeurgeschäfte usw. schildert, führt er u. a. an: Ein halbes Dutzend Burschen stellt sich vor ein Coiffeurgeschäft und sagt: „Hier wird heute nicht gearbeitet." Warum fragt man, und die Antwort lautet: „Es ist die Feier der Soviet-Republik in Rußland." Der Basler Vorwärts lieferte eine Festnummer

1) Vergl. Anarchisten in der Schweiz in dieser Zeitschrift Bd. 101, 340 ff., 416 ff.

2) Vgl. die Verhandlungun im Vaterland (Luzern) Nr. 268, 14. November 1918.

3) Wortlaut dieser Rede in der Schweizerischen Kirchenzeitung Nr. 48 und 49, 28. Nov. und 5. Dzb. 1918.

zum Jahrestag der Soviet-Revolution. Es wurde ein Schreiben Lenins publiziert, in welchem Lenin gegenüber dem deutschen Sozialdemokraten Kautsky polemisiert. Kautsky hatte gesagt, was in Rußland jetzt besteht, ist keine Demokratie sondern Diktatur. Darauf erwidert Lenin: Vollständig richtig. Was Ihr Demokratie nennt, das ist eine formale Geschichte, wir führen die Demokratie praktisch aus, indem wir das arbeitende Volk dahin setzen, wo der Kapitalismus gesessen ist.

Im Luzerner Vaterland vom 14. Nov. 1918 führt ein Luzerner Arzt aus:

Eine kleine, verwegene Minorität, wohlversehen mit russischen Geldern, welche dorten den Bourgeois abgenommen wurden, terrorisiert das Schweizer Volk. Allzu lange duldeten unsere Behörden Münzenberg, Balabanoff und Konsorten, und interpretieren das Asylrecht in einer Weise, wie es der Schweizer Bürger, der sein Land liebt, nicht mehr versteht.

Diese fremden Gäste wühlen und verführen unser Volk. Nicht erst seit gestern, sondern in systematischer Arbeit seit Monden und Jahren. Sieht denn niemand ein, daß diese Herrschaften nur ihre eigenen Geschäfte besorgen? Wo ist der starke Mann in unserem Volk, wo sind unsere Staatsmänner, die es wagen, in dieser Zeit, unbekümmert um die Gunst der Straße, das eigene Leben zu wagen und zu opfern?

Der Generalstreik wurde befohlen vom Oltener Komitee, über dessen altschweizerische Abstammung die Stammbäume dieser Diktatoren vielleicht unserem Volke die Augen öffnen würden. Sie blasen und schüren das Feuer mutig weiter. Inzwischen führen wir die reine Tragikomödie auf. Unser Haus brennt an allen Ecken, Truppen werden aufgeboten, eine, zwei und mehr Divisionen, bald sind es über 50 000 Mann! Diese müssen ruhig zusehen, Gewehr bei Fuß, und dürfen höchstens einige arme Verführte abführen. Aber die Rädelsführer, die Revolutionäre von Olten, welche unsere Landesregierung nach Holland schicken wollen, wie man heute lesen konnte, die läßt



man ruhig weiter wühlen und hat sogar längere Konferenzen mit ihnen, aber niemand hat den Mut, das Nest auszunehmen! —

Durch die Außerbetriebsetzung der Eisenbahnen ist unsere nationale Verteidigung aufs schwerste bedroht. Wenn wir nicht Ordnung schaffen, kann über Nacht der Nachbar bei uns einrücken und das besorgen, wozu uns die Nerven und Entschlossenheit mangelte.

Ein formalistisch-juristisch ausgelegtes Recht auf Streik verbietet unseren Behörden, die Revolutionäre, die diesen Weg für ihre Sonderziele gebrauchen, zu packen. Ja! Heute handelt es sich nicht mehr um die kleinliche und schwächliche Auslegung und eventuelle Verletzung eines toten Gesetzesbuchstabens, heute handelt es sich um den Bestand und die Sicherheit der ältesten Demokratie unseres lieben Schweizerlandes.

Den Ernst der Lage zeigen u. a. zwei Kundgebungen über die Vorgänge in Zürich:

Zürich, 12. November. Oberstdivisionär Sonderegger erließ folgende Kundgebung an die Bevölkerung der Stadt Zürich: Unsere Truppen sind mit Handgranaten ausgerüstet. Sie haben Befehl, sie zu gebrauchen, wenn aus Fenstern und Kellerlöchern geschossen wird. Die Truppe weiß, daß auf die bloße Vermutung hin, daß aus einem Fenster geschossen worden sei, keine Handgranate verwendet werden darf. Wenn aber einwandfrei festgestellt, daß das Angegebene der Fall ist, ist das Handgranatenwerfen befohlene Pflicht.

Ferner richtete Sonderegger folgende Erklärung an das Präsidium der Arbeiterunion Zürich: Eine genaue Untersuchung der Vorfälle vom Sonntag Nachmittag, 10. November, auf dem Fraumünsterplatz hat folgendes ergeben: Unsere Infanterie hat, als der Platz geräumt werden sollte und sie bedrängt war, in die Luft geschossen. Als Antwort darauf haben Zivilisten direkt auf die Truppe geschossen, mit dem Ergebnis, daß einer der unsern durch einen Pistolenschuß auf den Tod getroffen wurde. Darauf kann ich meinen Leuten nicht mehr zumuten, daß sie weiterhin die trotz Beschimpfungen und Drohungen bewiesene Langmut wahren. Die Truppen werden daher von

ihrem Rechte Gebrauch machen und nach vorangegangener Warnung auf diejenigen feuern, die sich ihnen widersetzen. Das unbeteiligte Publikum wird dringend ersucht, sich von allen Konflikten zwischen Truppen und Aufrührern fernzuhalten und sich so wenig als möglich auf den Straßen zu zeigen.

Nachdem bereits Blut geflossen, erfolgte endlich die Ausweisung der Bolschewiki-Regierung, worüber eine Nachricht, datiert Bern 12. Nov. 1918 besagt:

Heute Nachmittag erfolgte die Ausweisung der immer noch in Bern sich aufhaltenden Bolschewiki-Regierung. Sie gestaltete sich zu einer dramatischen Szene, zu der sich viele Neugierige einfanden, als das Personal der Gesandtschaft, worunter sehr viele Frauen, samt ihrem Gepäck auf dem vom Militär abgesperrten Bahnhofplatz in 15 Autos verladen wurde. Eine Schwadron besorgte den Ordnungsdienst. Als Begleitmannschaft der Autokolonnen bis an die Landesgrenze dienten zwei auf Lastwagen untergebrachte Züge Infanterie mit scharfen Befehlen für den Fall, daß sich dem Abtransport Schwierigkeiten in den Weg stellen sollten. —

Auch in Deutschland sah man sich schließlich gezwungen Joffe, den Gesandten der Bolschewisten, Anfang November 1918 auszuweisen, nachdem derselbe seinen Zweck zum Teil schon erreicht hatte. Joffe rühmte sich später seines Erfolges und gab genaue Einzelheiten über seine Tätigkeit, die besonders den unabhängigen Sozialisten sehr unangenehm waren.

Anfang Dezember 1918 richtete Joffe aus Moskau einen Funkspruch an den Volksbeauftragten Haase, in dem er sagt, daß die russischen Propagandaschriften, deren Verbreitung der Berliner Vertretung der Sowjetregierung zum Vorwurfe gemacht worden sei, von der unabhängigen Sozialdemokratie verbreitet worden wären. Weiter spricht Joffes Funkspruch von 159 Mauserpistolen, 28 Browning- und Parabellumpistolen und 27000 Patronen, die in der Wolf'schen Meldung über die völkerrechtswidrige Tätigkeit der Berliner Vertretung der Bolschewistenrepublik erwähnt waren, und fährt dann fort:



Die angeführten Waffen waren nur zur Ausfuhr nach Rußland bestimmt. Die Zahl der angekauften und dem jetzigen Minister Barth übergebenen Waffen ist, wie Sie wissen, viel höher. Auch entspricht die ungefähre Gesamtsumme der Gelder nicht den Tatsachen. Herrn Barth sind seinerzeit zum Zwecke der Beschaffung von Waffen nicht 105000 Mark übergeben worden, sondern mehrere hunderttausend Mark. Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben.

Diese Meldung sagt klipp und klar, daß von der Sowjetregierung an die Leitung der unabhängigen Sozialdemokratie Geld und Waffen geliefert worden sind zur Beförderung des gewaltsamen Umsturzes, Mittel und Waffen, um deutsche Soldaten und Bürger, die sich etwa der Revolution widersetzen würden, blutig niederzumachen. Was Joffe den Haase und Barth nachsagt, ist also Bestechung und Hochverrat.

Gegen Joffes Behauptung haben sich die beiden Beschuldigten mit Erklärungen gewandt. Haase behauptet, die Parteileitung der Unabhängigen sei in keiner Weise an der Verbreitung der Propagandaschriften beteiligt. Sie habe auch Geldangebote zur Waffenbeschaffung abgelehnt. Er hätte nicht gewußt, wie viel Waffen Barth besessen und mit welchen Mitteln er sie beschafft hätte. Waffen für die Revolution habe Barth angeschafft, aber nur aus persönlichen und von deutschen Parteigenossen gegebenen Mitteln. In Barths Erklärung heißt es:

„Ich erkläre hierzu, daß ich niemals weder von ihm noch von einem anderen russischen Genossen Geld oder Waffen erhalten habe. Durch meine Hände gingen zur Vorbereitung und Propaganda der Revolution mehrere 100000 Mark, die ich lediglich von deutschen Genossen erhielt. Ich habe den Genossen nur einmal, etwa 14 Tage vor der Revolution, gesehen und gesprochen, nachdem ich bereits den größten Teil der Waffen angeschafft hatte. Ferner erkläre ich, daß ich von der Waffenbeschaffung der Parteileitung der Unabhängigen sozialdemo-



kratischen, insbesondere Haase erst Mitteilung machte, als ich die Waffen besaß, sie also vor vollzogene Tatsachen stellte."[1])

Haase und Barth bezichtigen also Joffe der Unwahrheit. Darauf blieb Joffe die Antwort nicht schuldig. In einem Funkspruch vom 15. Dezember 1918 „an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands" werden Haase, Barth und Cohn vor aller Öffentlichkeit als Lügner gebrandmarkt. Joffe stellt in seinem Funkspruch fest, daß es dem Volksbeauftragten Barth, dem er die zum Ankauf von Waffen bestimmten Gelder nicht unmittelbar habe aushändigen können — da dieser Herr ihm kein großes Vertrauen einflößte — ganz genau bekannt war, daß die ihm übergebenen mehreren hunderttausend Mark von ihm (Joffe) stammten. Joffe stellt ferner fest, daß Haase und seine politischen Freunde russisches Material für ihre Reichstagsreden empfangen und daß sie finanzielle Beihilfe für den Verlag von Druckschriften erhalten haben. Endlich stellt Joffe fest, daß der unabhängige Abg. Dr. Cohn (Nordhausen) 700000 Rubel zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hat, daß Cohn ferner ein Depot von 10 Millionen Rubel zu gleichen Zwecken erhalten hat. Endlich hat Cohn auch 200000 Rubel zur Hilfeleistung an die in Deutschland verbliebenen Russen bekommen. Der Funkspruch Joffes besagt im Wortlaut:

Auf die Erklärung der Herren Volksbeauftragten Emil Barth und Hugo Haase erkläre ich zunächst, daß ich allerdings ein lächerlicher Konspirator und in der illegalen Organisation der russischen sozialdemokratischen Partei 15 Jahre lang umsonst tätig gewesen wäre, wenn ich in meiner streng illegalen revolutionären Tätigkeit in Berlin so gehandelt hätte, wie es den beiden Herren darzustellen beliebt. Es versteht sich von selbst, daß ich die zum Ankauf von Waffen bestimmten Geldbeträge nicht unmittelbar an Barth aushändigen konnte, da dieser Herr ein Neuling in der Arbeiterbewegung war und mir kein großes Vertrauen einflößte. Ich mußte vielmehr als Mittelspersonen solche Genossen auswählen, die auf mein Vertrauen mehr An-

1) Vgl. Reichsbote Nr. 627, 12. Dez. 1918.

spruch und deren Namen besseren Klang in der Arbeiterbewegung hatten. Es war jedoch Herrn Volksbeauftragten Barth ganz genau bekannt, daß die mehreren hunderttausend Mark, die er, wie er selbst zugibt, von den deutschen Genossen erhalten hatte, letzten Endes von mir stammten. Mir gegenüber hat er dies bei unserer von ihm erwähnten Zusammenkunft, 14 Tage vor Ausbruch der Revolution bestätigt, als er sagte, er wisse ganz genau, wo diese Gelder ihren Ursprung hatten.

Bei dieser Gelegenheit machte er mir darüber Vorwürfe, daß ich ihm die von ihm bei einem namhaften Mitgliede der kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin erbetene Summe von zwei Millionen Mark seinerzeit nicht ausgehändigt hatte. Hätte ich dieses getan, so wäre das deutsche Proletariat längst bewaffnet und imstande gewesen, die revolutionäre Erhebung erfolgreich durchzuführen. Es versteht sich weiter ebenfalls von selber, daß bei dieser revolutionären Tätigkeit, in der die russischen Sozialisten Hand in Hand mit der USP gingen, keine offiziellen Vereinbarungen weder mit der Parteileitung, noch mit den einzelnen Mitgliedern derselben getroffen werden konnten. Ich möchte aber Herrn Haase fragen, ob er bei verschiedenen Gelegenheiten, so zum Beispiel als er und seine politischen Freunde von mir das Material und nicht nur das russische Material für ihre Reichstagsrede empfingen, als er im Namen seiner politischen Freunde an mich mehrmals die Anforderung stellte, keine Zahlungen an Deutschland zu leisten, da diese nicht im Interesse der Entwickelung der deutschen Revolution lägen, als die USP unsere Beziehungen zu Georgien in ausgesprochener Weise zu beeinflussen bestrebt war, als die USP von uns finanziell Beihilfe für den Verlag der Druckschriften empfing, als sie unsere schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch nahm, ob er bei diesen Gelegenheiten nicht der Meinung gewesen ist, das alles geschehe zum gemeinsamen Nutzen und zum gemeinsamen Zwecke, die Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland wie überall zu fördern.

Ich würde mir diese Erinnerungen an unsere frühere gemeinsame Tätigkeit nicht wachrufen, wenn Herr Haase nicht



den Standpunkt der Herren von Kühlmann, Solf und Nadolny eingenommen hätte, wonach gerade unsere engen Beziehungen mit der USP uns als ein Verbrechen ausgelegt würden, wofür man uns alsdann durch Ausweisung aus Deutschland strafte. Wenn die USP, die sich sozialistisch und revolutionär nennt, sich öffentlich erlaubt, uns gerade dessen anzuklagen, was wir mit ihren Mitgliedern, als sie noch Revolutionäre waren, gemeinsam unternahmen, so fallen für mich alle jene Rücksichten fort, die nicht nur einem politischen Freunde, sondern auch einem anständigen Gegner gegenüber üblich und am Platze wären.

Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um dem Rechtsbeistand der Russischen Botschaft in Berlin, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Oskar Cohn mitzuteilen, daß jene 550 000 Mark und 150 000 Rubel, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausweisung, und zwar als Mitglied der USP zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte, in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Botschaftsgebäude verhaftet saß, daß er diese Summen zur Zeit nicht an die USP auszuzahlen braucht. Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von zehn Millionen Rubel, worüber ich Herrn Dr. Cohn Dispositionsrecht im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe. Auch diese Gelder sind nicht mehr zur Verfügung der USP zu stellen. Was endlich die Summe von 350 000 Mark und 50 000 Rubel anbetrifft, die Herr Dr. Cohn von mir zur Hilfeleistung an die in Deutschland zurückgebliebenen russischen Staatsangehörigen erhalten hat, so bitte ich ihn, über diese Gelder auftragsgemäß zu verfügen, da ich nicht zweifle, daß Herr Dr. Cohn bei seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit diesen Auftrag in bester Weise zur Ausführung bringen wird. Joffe.

Die Freiheit, das Organ der Unabhängigen, verschweigt diese letzten Anweisungen und Angaben des ehemaligen russischen Gesandten in Berlin, und auch der Volksbeauftragte Haase kommt in seinem Rechtfertigungsversuch in dem genannten Blatt auf diese Dinge nicht zu sprechen. Er bestreitet auch nur, daß die USP finanzielle Beihilfen für den Verlag von Drucksachen erhalten habe; daß in der Tat Gelder für den Ankauf von



Waffen für den Bürgerkrieg gegeben und verwandt worden sind, bestreitet er nicht.[1])

Der Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt, Dr. Oskar Cohn, gab zu diesem Funkspruch eine längere Erklärung ab. Er rechtfertigte darin die Annahme des Geldes von Rußland für die Zwecke der Revolution damit, daß die deutschen Parteien die russischen Genossen und andere befreundete Parteien selbst wiederholt mit Geldmitteln unterstützt haben. Die Erklärung schließt: „Bedarf es umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe? Revolutionen verschlingen zwar nur einen kleinen Bruchteil dessen, was ein Tag Weltkrieg gekostet hat — die Menschenleben ungerechnet — aber immerhin beträchtliche Summen, und diese Summen muß die internationale Sozialdemokratie aufbringen, die in der Revolution die sozialistische Gesellschaftsordnung durchsetzen will ...

Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben; mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedauere nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann. Auf einen Irrtum darf ich den Genossen Joffe hinweisen: Die in Deutschland hinterlegten Werte hat er mir nicht ganz, sondern nur in der Höhe von vier Millionen Rubel für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt. Leider hat mir das Bankhaus wegen formeller Bedenken gegen die Vollmacht diese Summe nicht ausgehändigt, desgleichen nicht die übrigen Millionen, die ich für russische Kriegsgefangene und andere russische Notleidende verwenden sollte. Davon habe ich der Sowjetregierung schon früher durch

1) Vgl. Köln. Volksztg. Nr. 1000, 21. Dez. 1918.



Funkspruch Kenntnis gegeben. Was mir Genosse Joffe an barem Geld zur Unterstützung russischer Staatsangehöriger gegeben hat (350 000 Mark und 50 000 Rubel) ist für diesen Zweck aufgebraucht. Ich erwarte eine Erklärung des Genossen Joffe, ob ich die notleidenden russischen Staatsangehörigen vorläufig aus den noch vorhandenen Parteigeldern unterstützen darf.“[1])

Die russische Zeitung Ssowernaja Kommuna vom 23. November 1918 brachte eine Rede Bucharins auf dem allrussischen Kongreß der Arbeiterinnen in St. Petersburg, in der er einen Überblick über die deutsche Revolution gab. Interessant ist hierin folgende Darstellung, die er von der Tätigkeit Liebknechts gibt:

Liebknecht und seine bolschewistische Spartakusgruppe haben unsere bolschewistische Taktik angenommen und gehen mit uns Hand in Hand. Ich werde den Augenblick nie vergessen, als Liebknecht zu uns in das Gebäude der russischen Botschaft kam. Die Regierung hatte, um Liebknecht die Flügel zu beschneiden und seine unausgesetzte Tätigkeit in den Fabriken usw. lahmzulegen, zu einer List gegriffen und ihm vorgeschlagen, in den Vollzugsrat einzutreten. Liebknecht kam nun ganz furchtbar aufgeregt zu uns und fragte, was er tun solle. Wir beschlossen gemeinsam, daß Liebknecht nur dann eintreten solle, wenn diese folgende von uns aufgestellten Forderungen vertrete: Auseinandertreibung des Reichstags, Terror gegen die Bourgeoisie und die Offiziere, wenn sie gegen uns auftreten würden.

Um die Zeit des blutigen Dezemberkampfes in Berlin waren wieder viele russische Bolschewisten in Berlin tätig, sogar der bekannte Führer Radek (Sobelsohn), so daß sich die deutsche Regierung am 2. Januar 1919 genötigt sah, folgenden Funkspruch nach Moskau zu richten:

Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Verband eingetreten. Radek und seine

1) Vgl. Köln. Volkszeitung Nr. 1016, 28. Dez. 1918.



Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen russischer Vertreter nachdrücklichst Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten. (Depesche der W. B. 2. Jan. 1919.)

Der von Joffe als Lügner gebrandmarkte Volksbeauftragte Barth bekannte sich am 11. Dez. 1918 in der „Freiheit" ganz offen zum Abschlachtungssystem Marats, indem er in einem Artikel gegen die „Deutsche Tageszeitung" ausspricht, daß man das Bürgertum leben lassen will, wenn es sich widerstandslos in alles fügt und das Fell über die Ohren ziehen läßt, daß es aber durch den „notwendigen" Terror „vernichtet" werden wird, wenn es das nicht tut. Nach Barths Theorie ist das „Notwehr". Barth, der mit Schimpfworten wie „blutdürstige Hyänen", die vom „Leichenschmause lebten", die „immer mehr nach Blut und Leichen schrien, um aus dem Blute der Ermordeten und Verstümmelten Geld und wieder Geld zu münzen", um sich wirft, bekennt offen, daß er so viel Waffen für den Bürgerkrieg beschaffte, „daß es keine Großbetriebe in Berlin gegeben, die nicht bei dem Ausbruch der Revolution in der Lage gewesen wären, mit ihrer Sturmtruppe an der Spitze der Schutzleute Herr zu werden. „Ich leugne nicht, daß, wenn es zum Kampfe gekommen wäre, es viele Opfer gekostet hätte." [1])

(Schluß folgt.)

1) Reichsbote Nr. 627, 12. Dez. 1918.

XXXII.

Vom deutschen Revolutionsparlament.

Selbsterlebtes von Fritz Zinnecke.

In die deutsche Nationalversammlung ist keine sozialistische Mehrheit eingezogen, eine „revolutionäre Versammlung" wird sie demnach nicht genannt werden können. Der Name eines „Revolutionsparlamentes" kommt also ausschließlich dem im Dezember zu Berlin stattgehabten „Rätekongreß" zu. Es wird daher nicht uninteressant sein, einige Erinnerungen an dieses einzige deutsche Revolutionsparlament festzuhalten. „Unter Larven die einzig fühlende Brust", so kam ich mir etwa darin vor, d. h. unter Sozialisten aller Schattierungen und Demokraten wohl der einzige Zentrumsanhänger. Wie kommt aber ein Zentrumsmann in den Rätekongreß?

Drei Gründe mögen es gewesen sein, deretwegen mich meine Kameraden unten in der Ukraine einstimmig zum Vorsitzenden des dortigen Soldatenrates erwählten: Erstens mein Ruf als „Politikus"; hatte es sich doch herumgesprochen, daß ich über die Ukrainepolitik geschrieben hatte (Histor.-pol. Bl. „Zum ukrainischen Problem", Bd. 162 S. 239); zweitens mein Ansehen als „politischer Märtyrer": war ich doch wegen eines unliebsamen Artikels (Hist.-pol. Bl. „Zur Cholmer Frage", 162. Bd. S. 132) mit Arrest bestraft und mit Strafversetzung bedroht worden; drittens mein Eintreten für Demokratie und Pazifismus, weshalb ich, und wenn der Krieg noch ein Jahrzehnt gedauert hätte, stets simpler Unteroffizier und von Orden und Ehrenzeichen wie bisher verschont geblieben wäre. Das Vertrauen, das ich als Vorsitzender des Soldatenrates erworben, mag dann wohl bestimmend für meine Entsendung in den Rätekongreß gewesen sein.

Ich hatte darin meinen Platz unter den Vertretern der Ostfront auf dem rechten Flügel, was ganz gut zu meiner politischen Gesinnung, d. h. in dieser Versammlung paßte. Dieser



Gesinnung etwa im Plenum Ausdruck zu geben, wäre zwecklos gewesen; nützlicher für Kenntnis und Verständnis der neuen Ära schien es mir, sich die verschiedenen Parteien näher anzusehen, Meinungen und Stimmungen zu studieren, dort am Regierungstisch das Benehmen und gelegentliche Äußerungen der neuen führenden Männer wahrzunehmen. Denn all diese Dinge sind ja oft bezeichnender als wohlgesetzte Reden und öffentliche Programme.

Man hat dem Rätekongreß vielfach die heftigen Tumulte und Lärmszenen zum Vorwurf gemacht. Sehr mit Recht meine ich; denn, wenn man auch ein Revolutionsparlament nicht mit gleichem Maße messen darf wie den seligen Reichstag, so übertraf doch das, was man darin zu sehen und zu hören bekam, auch die kühnste Phantasie. Jede Spur von Ansehen und Berechtigung, irgend eine Lebensfrage des deutschen Volkes zu entscheiden, ward durch diese leidenschaftlichen Auftritte selbst in den Augen vieler Teilnehmer vertilgt.

Am wildesten gebärdete sich natürlich die äußerste Linke, teils aus Lust am Radau, teils zum Protest gegen gelegentliche Vergewaltigungsversuche der Mehrheit, teils auch im Sturm und Drang ihrer revolutionären Begeisterung. Unter dieser „Partei der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten", deren Führer Dr. Laufenberg aus Hamburg war, befanden sich auch unsere Spartakisten, trotz der Neuheit ihrer Ideen für Deutschland, mir von der Ukraine her wohlbekannt. Es waren dieselben bolschewistischen Anschauungen, für die sie sich hier im Plenum sowohl als auf den Gängen und im Restaurationsraum Propaganda zu machen bemühten, was stets lebhafte Streitigkeiten hervorrief. Mehr als einmal konnte ich feststellen, daß die Kampfhähne andauernd aneinander vorbei redeten, indem die einen stets die reine Idee des Bolschewismus, wie sie etwa von Lenin, Tschitschernin und Sinowjew aufgefaßt wird, meinten, die andern dagegen mehr die Mordbrennerhorden im Auge hatten, die in Rußland, im Baltikum und in der Ukraine unter bolschewistischer Flagge segelten. Mir scheint es, daß zu wenig beachtet wird, daß die bolschewistischen Ausschreitungen



zwar nicht vom Bolschewismus gewollt, aber doch die notwendigen Folgen seiner Lehren und Forderungen sind. Heiterkeit erregte ein Bolschewik, der zu den gemäßigten Sozialisten gewandt, die Lobpreisung seines Systems folgendermaßen beschloß: „Darum sage ich zu Ihnen mit dem hl. Paulus (Heiterkeit), . . . lachen Sie doch nicht, Sie wissen ja gar nicht, was der hl. Paulus gesagt hat, darum also sage ich mit dem Apostel Paulus: Weil du weder warm bist noch kalt, sondern lau, speie ich dich aus aus meinem Munde. (Große Heiterkeit, Zwischenruf: Johannes!) Der Präsident, der vermutlich den Spruch nie gehört und jetzt falsch verstanden hatte, ruft den Redner zur Ordnung, weil es ungehörig sei, Mitglieder des Hauses, wenn auch nur mit Worten anzuspeien.

Die geschickteste Führung hatten unstreitig die Unabhängigen, die in den Händen des Schriftleiters Geyer von der Leipziger Volkszeitung lag, ein Blatt, das uns die Franzosen s. Zt. in die Schützengräben hinüberwarfen, weil sie sich von dessen Lesung dieselbe Wirkung wie von Handgranaten versprachen. Überall trieb sich der kleine behende Herr herum, bald auf den Gängen, bald zwischen den Plätzen der Delegierten, bald am Regierungstisch oder beim Präsidenten. Mehr als einmal geschah es, daß er just im rechten Augenblick durch ein geschicktes „zur Geschäftsordnung" die ganze Regie der Mehrheitssozialisten aus dem Konzept brachte, daß er durch einen überraschenden Antrag den Gegner zwang, Farbe zu bekennen, wo er es lieber nicht getan hätte. Ich selbst fand bei Herrn Geyer, mit dessen Bruder ich drunten in der Ukraine zusammen im Soldatenrat gearbeitet hatte, manch praktischen Fingerzeig und Entgegenkommen für die Wünsche der Soldaten. Im allgemeinen spielte die Fraktion der Unabhängigen eine unglückliche Rolle, bald pendelte sie nach rechts, bald nach links, meist zur Hälfte dahin und zur Hälfte dorthin. Revolutionäres Feuer besaß sie ja genug, hatte aber keine bessere Verwendung dafür, als es gegen die drei Volksbeauftragten von der Mehrheitspartei zu verbrauchen. Ihre beste Leistung war jedenfalls ihre sog. Sezession. Als Geyer trotz aller Versuche das „Abwürgen" eines Antrages



— es war der wichtige Antrag, Exekutive und Legislative dem Rat der Volksbeauftragten zu übertragen und dem Zentralrat nur ein Kontrollrecht zu lassen — nicht verhindern konnte, forderte er die gesamte Linke zum Verlassen des Saales auf. Der Antrag ging daher glatt durch und eine einigermaßen feste Regierungsgewalt war damit für die Übergangszeit hergestellt. Im Anschluß daran fanden die Wahlen für den Zentralrat statt, in den somit kein Unabhängiger gelangte, was dann kurz hernach das Ausscheiden der drei unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung zur Folge hatte, wodurch diese wenigstens arbeitsfähig wurde. Wenn daher der Reichskarren bis heute bloß am Rande des Abgrundes steht und noch nicht hinabgestürzt ist, so ist jene Sezession der Unabhängigen auf dem Rätekongreß die Ursache davon. Das einzige, was diese bislang zum Wohle des deutschen Volkes getan haben.

Im Gegensatze zu dieser unentwegten Opposition standen die Getreuen von der Mehrheitspartei, auch Scheidemänner genannt. Kein Fünkchen revolutionären Feuers bei diesen sogenannten Gewerkschaftsführern, die den Kern der Mehrheitspartei bildeten. Man sah es diesen guten Leuten an, daß sie sich trotz ihres gelegentlichen revolutionären Gebahrens in dieser radikalen Versammlung nicht recht wohl fühlten. Am glücklichsten waren sie, wenn einer ihrer Meister, auf deren Worte sie schwören, geredet hatte, dann wußten sie doch wenigstens, wie zu stimmen war. Wir können noch vom Glück sagen, daß diese Elemente in der Arbeiterschaft die Mehrheit haben, aber viel Sympathie vermögen sie bei einem Außenstehenden nicht zu erringen. Man merkt doch zu bald, daß Sozialismus und alles, was drum und dran hängt, ihnen im Grunde gleichgültig ist, und daß sie von der fortschreitenden Radikalisierung, Revolutionierung und Sozialisierung den Verlust ihrer Posten als Gewerkschaftsführer und -sekretäre befürchten. Meiner Ansicht nach sind die „Scheidemänner" keine Sozialisten mehr, sondern eine „Arbeiterpartei"; „Verräter" nannte sie daher einmal der Volksbeauftragte Barth in seiner bekannten geschmacklosen Weise. Viel zu gute taten sich die Mehrheitssozialisten darauf, daß sie alte Organisierte



seien und als solche „die Geschichte verständen", ohne dabei zu bedenken, daß zwischen der Leitung eines Arbeitervereins und der eines Siebzigmillionen-Volkes denn doch ein Unterschied ist. Mir wurde angst und bange um unser deutsches Volk und Land, wenn ich mir vorstellte, daß diese Leute mit ihrem begrenzten Horizont und ihren Klasseninteressen die Regierung erhalten bezw. behalten würden. Statt der junkerlichen hätten wir die Klassenwirtschaft der Arbeiter, und ich weiß nicht, was wir dabei gewonnen hätten.

Die demokratische Fraktion, die etwa zwei Dutzend Mitglieder zählte, trat wenig hervor, es wäre auch zwecklos gewesen. Bezeichnend ist, daß die Verkündigung ihrer Konstituierung durch den Vorsitzenden des Kongresses lebhafte Unruhe, spöttisches Lachen und „hört, hört!" im Hause hervorrief, was den Vorsitzenden zu der Bemerkung veranlaßte: „Lassen Sie doch jedem Gesinnungsfreiheit."

Interessanter war die „Soldatenfraktion", die „Unpolitischen", wie sie genannt wurden. Ja, wäre sie nur noch weniger parteipolitisch gefärbt gewesen und hätte sie sich mehr um die militärischen und soldatischen Fragen gekümmert, zu deren Vertretung sie von den Kameraden bestimmt worden war, alle die elenden späteren Streitigkeiten über die Kommandogewalt, die Heeresorganisation und die Rangabzeichen wären uns erspart geblieben. Ich wies in der Fraktionssitzung energisch darauf hin, sich nicht als Unabhängige oder Mehrheitssozialisten zu fühlen, sondern als Soldaten, sie seien nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern unter soldatischen gewählt worden. Verlorene Liebesmüh, die parteipolitische Zerrissenheit in der Soldatenfraktion wurde so stark, daß sie überhaupt nicht mehr zu einer militärischen Frage geschlossen Stellung zu nehmen vermochte und ihre Mitglieder von der Rechten und Linken lediglich als Stimmvieh benutzt wurden.

Der Volksbeauftragte Dittmann erörterte in einer auf dem Kongreß gehaltenen Rede an Hand einer Bebel'schen Schrift die Frage, ob die Massen die Führer oder die Führer die Massen dirigierten. Ich will nun beileibe nicht diese Streit-



frage hier anschneiden, sondern nur meine Ansicht dahin aussprechen, daß auf dem Rätekongreß wenigstens die Parteien von ihren Häuptlingen dirigiert wurden und zwar derart, daß sich mir mehr als einmal der Vergleich mit einem Marionettentheater, in dem bekanntlich die Drahtzieherei auch eine große Rolle spielt, aufdrängte.

Gleich am ersten Tage der Tagung lernte ich den wildesten dieser Häuptlinge, dessen fragwürdiger Ruhm bereits bis in die Steppen Kleinrußlands gedrungen war, kennen, nämlich Karl Liebknecht alias Spartakus. Ich hatte mir diesen als einen mehr oder weniger blutrünstigen Menschen vorgestellt und sah einen schlichten, älteren Herrn, einfach gekleidet, eine große Brille tragend. Er sprach gerade vom Balkon des Abgeordnetenhauses zu der unten versammelten Berliner Arbeiterschaft, die gekommen war, den Kongreß zu begrüßen. Er sprach langsam und feierlich, fast wie ein protestantischer Prediger, und die Menge lauschte seinen Worten wie denen eines Propheten. Einige Tage darauf sprach ich mit Liebknecht im Gange des Hauses, er wollte mich bereden, in die Ukraine zurückzukehren und dort die Kameraden zu veranlassen, mit den Bolschewisten daselbst gemeinsame Sache zu machen gegen unser Oberkommando, gegen die Hetmansregierung, ja gegen die Entente. Ich erhielt bei dieser Unterredung den Eindruck, es mit einem Kranken zu tun zu haben, der an einer fixen Idee leidet. Seine großen, verschwommenen Augen, die immerzu ins Leere starrten, bestärkten mich darin. „Kinderaugen“ sagte einmal ein Spartakist, „die nach der Lösung der Rätsel des Lebens fragen.“ Geschmackssache!

Eine ganz andere Erscheinung war der Volksbeauftragte Haase von der unabhängigen Partei. Bei vielen von uns Soldaten war ja schon seit der ersten Verweigerung der Kriegskredite der Name des Abgeordneten Haase verbunden mit der Vorstellung des unerschrockenen Vorkämpfers gegen den Militarismus, und manch heimliches Wort der Anerkennung und Bewunderung ward Haase gezollt. Man muß auch dem Gegner gerecht werden, und Haase, dessen politische und wirtschaftliche



Ziele an sich nicht scharf genug bekämpft werden können, ist ein achtungswürdiger Gegner. Schon sein ruhiges, bescheidenes Wesen, seine von Sachlichkeit und Prinzipienklarheit getragenen Reden nahmen mich für ihn ein. Als Mann von gründlicher humanistischer, philosophischer und juristischer Bildung war er der gegebene Kopf des Kabinetts, dessen übrige Mitglieder mit Ausnahme Landsbergs aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen sind. Ein führendes Mitglied der deutschen demokratischen Partei, das lange mit Haase an einem Berliner Gericht zusammen gearbeitet hatte, sagte mir, das Wesen des unabhängigen Führers drücke man am trefflichsten aus mit: Menschenfreundlichkeit. Die paar Sätze, die ich mit ihm wechseln konnte, haben bei mir den gleichen Eindruck hervorgerufen. Es war dies bei der aufgeregten Szene, da die Deputation der Berliner Truppen den Kongreß zu sprengen drohte. Da zeigte sich so recht Haases geistige Überlegenheit und sein gewaltiger Einfluß auf die Masse. Die Deputation war in den Saal eingedrungen, hatte ihre Forderungen verlesen und bestand trotz der vorgerückten Stunde auf deren sofortiger Annahme. Ein ungeheuerer Tumult erhob sich. Die Spartakisten und große Teile der Unabhängigen unterstützten diesen Antrag. Die Tribünen vollführten einen ohrenbetäubenden Lärm. Die Abgeordneten drängten sich streitend und lärmend nach vorn, die Mitglieder der Regierung und des Vollzugsrates waren aufgesprungen und sprachen beruhigend oder hetzend auf die Menge und die Deputation ein. Alles vergebens. Die Kopflosigkeit wurde derart, daß die Mehrheitssozialisten den Saal verließen, was zu einem Terror der Linken geführt haben würde. In diesem kritischen Momente steht der Volksbeauftragte Haase von seinem Platze auf und stellt sich ans Rednerpult. Dies sehen und rufen: Haase will sprechen, Ruhe, Ruhe! war für Haus und Tribüne eins. Der Sturm legte sich sofort und Stille trat ein. Haase nahm nun das Wort und bat, heute wegen der allgemeinen Erregung nicht mehr zu verhandeln, morgen aber an erster Stelle mit kühlem Kopf an die Behandlung des Antrages heranzugehen. Dann schloß er die Sitzung. Widerspruch regte sich nicht. Man zog



nach Hause. Nur Ledebour knurrte unzufrieden zwischen den Zähnen.

Überhaupt der Abgeordnete Ledebour, Mitglied des Berliner Vollzugsrates, der älteste Parlamentarier des Hauses! Er sorgte unfreiwillig dafür, daß bei dem Trauerspiel: Rätekongreß der Humor nicht zu kurz kam. Seine Ausfälle gegen die Regierung, z. B. „Ebert ist das Schandmal der Republik", seine Zwischenrufe, sein frisches Gebahren am Rednerpult, seine hitzigen Auseinandersetzungen — ohne das Wort zu haben — mit Mitgliedern der Regierung oder des Kongresses erweckten Unwillen und Heiterkeit. Den Umfang der „persönlichen Bemerkung" schien er nicht zu kennen, da er sie ständig zu sachlichen Ausführungen zu mißbrauchen suchte. Der Vorsitzende aber lag auf der Lauer, und sobald Ledebour den Rahmen der persönlichen Bemerkung verließ, schwang er die Glocke. Ledebour protestierte dann und sprach weiter, um schon nach zwei, drei Sätzen wieder auszugleiten. Das wiederholte sich so etwa sechs bis acht Mal, bis es uns zu viel wurde und wir ihn niederschrien. Ernst nahm den alten Ledebour wohl keiner, das hinderte aber nicht, ihm Einfluß und Anteil an den Regierungsgeschäften zu geben. Armes deutsches Volk!

Auch die Poesie kam auf dem Kongreß nicht zu kurz. Dafür sorgte der alte Herr Däumig, führendes Mitglied des Vollzugsrates, der im Pathos der Achtundvierziger das Rätesystem verhimmelte. Trotz seiner gutgemeinten bald in schmelzendem, bald in dröhnendem Tone gehaltenen Rede konnte er mich weder begeistern noch überzeugen. Der kurze Aufenthalt in Berlin hatte mich so abgekühlt, daß keine Revolutionslyrik mehr verfangen wollte. Draußen hatten wir die Revolution aufgefaßt als „Notwehr des Volkes", um den Ausdruck eines Achtundvierzigers zu gebrauchen, hier war sie im Grunde eine Lohnbewegung bei günstiger Konjunktur. Natürlich will ich nicht verallgemeinern, und der Jüngling, von dem Däumig erzählte, daß er am 9. November beim Sturm auf die Kaserne der entgegengestreckten Schußwaffe nicht achtete und tot niedergestreckt wurde, mag Idealist vom reinsten Wasser gewesen sein.



Ein Demagoge von reinstem Wasser dagegen war der Volksbeauftragte Barth, dessen Gebahren wohl manchem Kongreßteilnehmer die Augen darüber geöffnet haben mag, daß einseitige Arbeiterherrschaft und Diktatur des Proletariats um keinen Pfifferling besser sind als „das Regiment der Junker und Schlotbarone“. Nur die blinden Wogen einer Revolution konnten auf die Schultern eines Mannes, wie des ehemaligen Metallarbeiters Barth, ein Sechstel der Reichsleitung und der Verantwortung für das Wohl des deutschen Volkes legen. Wie sich der jugendliche Volkstribun diese Leitung und Verantwortlichkeit vorstellte, davon einige Proben. Schon wie er dasaß in einem gewissen Abstande von den übrigen Volksbeauftragten ganz im Stile des großen finstern Mannes, des Revolutionärs, wie er im Bilderbuche steht! Wie er nach Schluß der Debatte „wegen einer wichtigen Sache“ das Wort erbat und dies zu einem unerhörten Vorstoß gegen seine Kollegen, zumal Ebert und Scheidemann, ausnutzte, steht wohl einzig da in der Geschichte des modernen Parlamentarismus. Und wie er da schwatzte über den „überflüssigen“ Grenzschutz, über die „eingebildete“ Polen- und Bolschewistengefahr und über „Konterrevolution“, wie er sich da bemühte, seine Verdienste in geschmacklosester Weise ins rechte Licht zu setzen — es war zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen gewesen wäre. Schade, daß mir das Stenogramm des Kongresses nicht vorliegt, sonst würde ich zur Kennzeichnung des Genossen Barth den tollen Antrag, den er am Schlusse seiner „Rede“ einbrachte, hier wörtlich hersetzen. Natürlich nahm Ebert den hingeworfenen Fehdehandschuh auf und kanzelte seinen jungen Kollegen gehörig ab. Es war ein Schauspiel für Götter, wie sich da unsere Regierenden vor versammeltem Kongreß rauften, daß die Haare flogen, aber ein bitterernstes, tieftrauriges. Wie sich der Volksbeauftragte Barth die Lösung der so heiklen Sozialisierungsfrage denkt: Er stellt sich ans Rednerpult, schlägt mit der Faust darauf und schreit: „Erklären Sie, der Bergbau ist sozialisiert, dann ist er sozialisiert“. „So siehste aus!“ rief jemand aus einer Ecke des Saales und sprach damit aus, was alle dachten.



Wenn solche Leute wie der Komiker Ledebour, der Lyriker Däumig und der Demagoge Barth regieren, dann braucht man sich über nichts mehr im lieben Vaterlande zu wundern.

Nachdem wir Parteien und Führer des deutschen Revolutionsparlamentes betrachtet haben, wollen wir zur Vervollständigung des Bildes noch einige Szenen, die sich darin abgespielt, an uns vorüberziehen lassen. — Götzen sind Götzen und jeder Götzendienst, ob er nun zu Tage tritt in Bismarckfeiern, -Türmen und -Fackelzügen oder in Liebknechttrauer, -Demonstrationen und -Prügelszenen ist mir gleich verhaßt. Dieser Liebknechtkult trieb schon zu Lebzeiten des Götzeu auf dem Kongreß seine Blüten. Hielten es da seine Anhänger für eine Pflicht der Anerkennung und Dankbarkeit seitens des Kongresses, eine Ansprache Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die keine Delegierten waren, entgegenzunehmen. Nachdem die Versammlung dies abgelehnt hatte, ward am folgenden Tage der nämliche Antrag abermals eingebracht. Bei der Abstimmung kam es zu tumultuarischen Auftritten. Die Linke versuchte mit allem Stimmenaufwand die Mehrheit einzuschüchtern. Als abgestimmt wurde, rief ein Mitglied der Soldatenfraktion: „Steht auf für einen Mann, der für Euch im Zuchthaus gesessen." Der andere Flügel verstand: „Da stehen sie auf für einen, der im Zuchthaus gesessen", und nun gabs kein Halten mehr, alles sprang von den Sitzen, die Spartakusse stürmten durch den Saal auf die Rechte zu, ein wüstes Geschimpfe erhob sich, Drohungen wurden ausgestoßen, mit den Fäusten gefuchtelt. Aus dem Tumult heraus klang die weinerliche Stimme eines Mehrheitssozialisten: „Man hat mir mit der Faust gedroht, Herr Präsident, man hat mir mit der Faust gedroht." Zwei, drei „beherzte" Spartakusse streiften schon die Rockärmel hoch und machten die bedenklichsten Anstalten. Nun es ging nochmal ohne Prügel ab, der kommunistische Prophet aber und die russische Sibylle blieben vom Kongreß ausgeschlossen.

Dr. Laufenberg-Hamburg hatte den Antrag auf Wiedervereinigung der gespaltenen sozialistischen Gruppen eingebracht, ein Ulan von der Front nahm hiezu das Wort, ein vorzüglicher



Redner. Das kam von Herzen und ging zu Herzen, der Rechten sowohl wie der Linken. Und als er nun die infolge ihrer Kriegspolitik kompromittierten Führer bat, der Vereinigung nicht im Wege zu stehen, sondern zurückzutreten, da ihr Bleiben das einzige Hindernis sei, da herrschte Totenstille im Hause, und jeder fragte sich, was jetzt geschehen würde. Der junge Redner fuhr fort: Auch die Spartakisten dürfe man nicht verdammen. Wer diese abgezehrten Männer- und Frauengestalten gesehen, in deren bleichen Zügen die Hungerjahre ihre Spuren gezeichnet, wenn man all das Elend, die Not und Bedrückung bedenke, die die letzten vier Jahre über diese Ärmsten der Armen gebracht, dann müsse man sich fragen, wer die Schuld an den Verzweiflungstaten dieser Menschen trage. „Der Krieg, der Krieg, und alle, die dazu gehetzt." Da ging es wie ein Schrei durch das Haus: „Scheidemann, Scheidemann!" Ein Aufruhr erhob sich, so leidenschaftlich, so elementar, daß ich nicht weiß, soll man ihn entsetzlich oder prächtig nennen. Das war keine Radauszene mehr, das war der Ausbruch vier Jahre lang aufgespeicherter Wut über all die Grausamkeit und Willkür, über Hunger, Tod und Elend, die unter diesen Arbeitern und Soldaten gewütet hatten. Man ballte die Fäuste, wies auf den Regierungstisch, drängte sich dahin, und aus dem allgemeinen Tosen, das die Glocke des Vorsitzenden und jedes weitere Wort des Redners verschlang, hörte man nur die geschrieenen Worte: „Scheidemann raus, Kriegskredite, Verräter, U-Boote." Selbst Scheidemanns getreue Gefolgschaft, die Gewerkschaftler, waren kleinlaut geworden. Wir hatten alle das Gefühl, nun ist Scheidemanns politische Rolle ausgespielt, jetzt gilt es nur noch mit großem Gestus zu verschwinden. Ich beobachtete ihn scharf, er war bleich geworden und die schreibende Hand zitterte. Bestürzung malte sich auf den Gesichtern seiner Kollegen. Aber er faßte sich und trat ans Rednerpult, konnte jedoch bei dem erneut einsetzenden Trampeln, Pfeifen und Brüllen nur sagen: „Wenn Sie mich nicht hören wollen, dann werden Sie die Antwort am 19. Januar bekommen." Nun die haben sie ja



bekommen, wohl auch etwas anders als Herr Scheidemann es sich damals dachte.

Die ganze Plattheit des materialistisch orientierten Sozialismus trat so recht hervor in dem mit allseitigem Beifall aufgenommenen Antrag eines Berliner Schauspielers oder Theaterfreundes auf Demokratisierung und Sozialisierung des Theaters. Mit Stentorstimme zählte der Antragsteller die Vorteile dieser Neuordnung auf, nur den Vorteil, den die Kunst davon haben würde, vergaß er zu nennen. Alle Vorliebe für Demokratie und Selbstverwaltung in Ehren, im Reiche der Kunst und Wissenschaft hat allein die Aristokratie des Geistes zu herrschen, sonst ist es mit beiden zu Ende. Das wird der Herr Stentor doch zugeben, daß die Mehrzahl der Schauspieler nicht Genies sondern Durchschnittskünstler sind. Denen aber ist es mehr um den Reinertrag denn um die Kunst zu tun und die Folge wäre, daß auf Mehrheitsbeschluß hin stets „zugkräftige" Stücke gespielt würden, wodurch das Theater aufhören müßte eine „Bildungsanstalt des Volkes" zu sein und zum Tingeltangel herabsänke. Das Verlangen auf Sozialisierung des Theaters analog auf Orchester, Akademien, Museen angewandt, würde den Niedergang der Kultur bedeuten. Aber was scheerte sich der Kongreß um Kulturabstieg, Lohnaufstieg war ihm viel wichtiger!

In Grund und Boden Deutschlands erstes Revolutionsparlament zu verdammen, wäre nun auch ungerecht, eines jedenfalls muß ihm hoch angerechnet werden, seine „Selbstentleibung", wie die „Rote Fahne" es nannte, indem es nicht „alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" gab, wie Spartakus es gefordert, sondern dem Rat der Volksbeauftragten und nur pro forma dem neuen Zentralrat eine Art Kontrollrecht verlieh. Damit machte es der Regierungswurstelei, die bis dato seit dem 9. November bestanden, ein Ende. Einen zweiten Rätekongreß aber wolle man uns gütigst ersparen; denn das abermalige Schauspiel einer derartigen Vertretung des „Volkes der Dichter und Denker" würde uns um den letzten Rest des Ansehens im Auslande bringen.

XXXIII.

Sebastian Brunner.

Von Dr. Franz Schnürer.

(Fortsetzung.)

Die ersten Anfänge der Schriftstellerei Brunners reichen in seine Perchtoldsdorfer Kooperatorenzeit zurück. Er selbst erzählt darüber: „In Petersdorf“ (dies die in Wien gebräuchliche Bezeichnung der Aussprache für Perchtoldsdorf) „fühlte ich mich sehr glücklich. Kaum hatte ich einige Tage in meiner Wohnung zugebracht, als mir im Auf- und Abwandeln vor der Schlafenszeit der Gedanke durch den Kopf fuhr: diese Wohnung sei ja ganz prächtig geschaffen, um in selbiger einmal etwas für den Druck zu schreiben. „Zeit erübrigt dir genug von deinen Berufspflichten. . . . Es war in mir ein unbestimmter Drang, etwas zu schreiben, nur über den Gegenstand wurde ich nicht einig. Einige Tage darnach kam ich in Wien mit einem Verleger von Gebetbüchern Grottendiek) zusammen. Dieser stellte mir den Antrag, für ihn ein Gebetbuch zu verfassen.“ Nach kurzem Bedenken ging Brunner auf den Vorschlag ein, und so entstand, zum Teil durch Übersetzung von Gebeten aus den hl. Kirchenvätern und lateinischen Kirchenhymnen, das Gebetbuch „Jesus mein Leben“, das in wenigen Jahren fünfmal aufgelegt, auch in einer „Prachtausgabe“ (1878) ausgegeben wurde. Es erschienen dann noch weitere Andachtsbücher: „Das Heil aus Sion“ (und als Separatabdruck daraus „Die heiligen Sakramente“), „Die Andacht des Kindes“, „Frieden in Christus“, „Christkatholisches Lehr- und Gebetbuch für die Jugend“, „Der betrachtende Geist in einsamen Stunden der Andacht“ (anonym, 4. Auflage, Heilbronn), „Glaube, Hoffnung, Liebe. Ein Gebet- und Andachtsbuch für katholische Christen“ (Freiburg, Herder). Ferner besorgte er: „Goldene Regeln, in denen der Mensch gelehrt wird, wie er sich in allen Dingen halten soll, gegen Gott, gegen seine Oberen, gegen seine Brüder und Schwestern, gegen



seinen Nächsten und gegen sich selbst. Bevorwortet und herausgegeben von C. Fr. v. H., nach dem Paläotype mit möglichster Treue geordnet von Seb. Brunner" und „J. B. v. Winklerns Vollständiges Gebetbüchlein für die katholische Jugend. Neu herausgegeben, verbessert und vermehrt von Seb. Brunner" und arbeitete noch 1879 für die Woerl'sche Reisebibliothek ein „Gebetbuch für Reisende" aus. Die meisten dieser Andachtsbücher erlebten viele Auflagen und fanden weiteste Verbreitung.

An die Gebetbücher reihen sich die homiletischen und sonstigen theologischen Werke, deren Würdigung einer berufenen Feder überlassen bleiben muß. Außer einigen Predigten (Petrus und Pius; Zweifel und Trauer, beide 1853) gehören hierher: „Einleitung zur Homiletik der Neuzeit" (1849), „Kanzel und Politik. Für Dr. Veiths Freunde und Feinde" (1850), „Homilienbuch für die Sonn- und Feiertage des Kirchenjahres" (2 Bände 1851, Band III 1854), „Kirchen- und Staatsgedanken" (1851), „Mene, thekel, phares. Ein letztes Wort an die armen Reichen" (1851), „Rom und Babylon. Eine Beleuchtung konfessioneller Zustände der Gegenwart" (1852), „Büchlein gegen die Todesfurcht" (1856), „Das Hohenpriestergebet Jesu Christi. In sieben Homilien" (1856), „Clemens M. Hoffbauer und seine Zeit" (1858), „Der Atheist Renan und sein Evangelium" (1864), „Der Predigerorden in Wien und Österreich" (1867), „Das Leben des Norikerapostels St. Severin von seinem Schüler Eugippius" (1879), „Ein Benediktinerbuch" (1880), „Ein Cisterzienserbuch" (1881), „Ein Chorherrnbuch" (1883), „Die vier Großmeister der Aufklärungstheologie (Herder, Paulus, Schleiermacher, Strauß), in ihrem Schreiben und Treiben verständlich und nach Möglichkeit erheiternd dargestellt" (1888). Auch „Das Buch der Natur, mit oder ohne Verfasser? Aphorismen zur Darwinslehre" (1879) kann hieher gerechnet werden. —

Zur Kunstgeschichte steuern „Die Kunstgenossen der Klosterzelle" (2 Teile, 1863) und die beiden Hefte



der „Frankfurter Zeitgemäßen Broschüren": „Fra Giov. Angelico Fiesole. Sein Leben und Wirken" (1887) und „Joseph Ritter von Führich" (1888) nicht unwichtige Kapitel bei. In den „Kunstgenossen" befaßt er sich als Erster mit den Kunstbestrebungen der Klöster und religiösen Orden. Ist auch das Buch heute natürlich als kunstgeschichtliche Arbeit überholt, so war es für seine Zeit doch eine bedeutsame Leistung, zumal er den Stoff hiezu in langen Jahren auf seinen weiten Reisen mit wohl beachtendem Aug und Geist zusammengetragen hatte. Die „Histor.-polit. Blätter" nennen es in einer Anzeige (52, 446—61) mit Recht einen „Mauerbrecher für die Zukunft". — Vielleicht darf hierher auch der Text gerechnet werden, mit dem Brunner den Führich'schen Zyklus von den klugen und törichten Jungfrauen des Evangeliums begleitet hat (1849, Regensburg bei Manz). Mit dem Künstler selbst stand er lange schon in freundschaftlichem Verkehr.

In geschichtliche Studien hat sich Brunner schon sehr früh vertieft. Schon in seiner Perchtoldsdorfer Kooperatorenzeit stellte er, durch den Wiener Altertumsforscher Albert v. Camesina aufgefordert, eine kurze Geschichte von Wiener Neustadt, wo die Grabsteine an der Domkirche sein Interesse erregt hatten, zusammen. Sie erschien unter dem Titel „Wiener Neustadt in Bezug auf Geschichte, Topographie, Kunst und Altertum" 1842. Auch eine Geschichte des Marktes Perchtoldsdorf soll Brunner verfaßt haben. Doch finde ich diese nirgendwo weiter erwähnt. Später bot er, als Frucht einer Reise in die südslawischen Länder, auch „Einige Notizen aus Vergangenheit und Gegenwart von Agram" (Wien, 1871). Sein erstes größeres Werk auf diesem Gebiete, wodurch er sich mit einem Schlage einen Platz unter den quellenforschenden Historikern Österreichs sicherte, war „Die theologische Dienerschaft am Hofe Josephs II. Geheime Korrespondenzen und Enthüllungen zum Verständnis der Kirchen- und Profangeschichte in Österreich von 1770—1800 aus bisher unedierten Quellen der k. k. Haus-, Hof-, Staats- und Ministerialarchive" (1868),

das Quellenwerk zur Geschichte des Josephinismus. Den wesentlichsten Teil des Buches nehmen Auszüge aus der Korrespondenz des wenig charakterfesten Bischofs Franz Graf von Herzan (Hrzan) ein, die einen hochwichtigen Unterbau einer Geschichte der Kirche in Österreich in diesen von Parteirücksichten bis zur völligen Dunkelheit gestalteten Tagen bilden. Von hohem Wert ist auch die Darstellung des Verhaltens eines Teiles des österreichischen Episkopats gegenüber den neuen Verordnungen, besonders in Hinblick auf das größte Monstrum, das die josephinische Periode hervorgebracht: die Generalseminare. „Daß in Österreich", bemerkt ein Beurteiler des Buches (Allg. Literatur-Ztg. 1868, Nr. 34), „bei diesen Vorgängen noch ein Funken des Katholizismus übrig geblieben, ist der stärkste Beweis für die Göttlichkeit des Christentums." Die Reaktion gegen jene verflachende Richtung hatte zwar schon vor Brunner eingesetzt, aber seinem unermüdlichen Kampfe gegen die Ausstrahlungen des Josephinismus ist es zum guten Teile zu danken, daß „diese verderbliche Pest" bis in ihre Wurzeln hinein ausgerottet werden konnte. — Ein zweites Hauptwerk, welches das vorgenannte in mancher Hinsicht ergänzt, ist „Die Mysterien der Aufklärung in Österreich 1770—1800". Die „Histor.-polit. Blätter" (64, 512 ff.) charakterisieren das Werk folgendermaßen: „War es Aufgabe der ‚Theologischen Dienerschaft', vor allem den Anteil der Schuld nachzuweisen, welche den Klerus trifft an der Kirchenstürmerei in Österreich, so ist es den ‚Mysterien der Aufklärung' vorbehalten, in größerem Rahmen ein Bild des Zustandes zu geben, wie ihn zäsaropapistische Herrschergelüste im Bunde mit ‚Hammer und Kelle' auf dem kirchlichen Gebiete wie auf dem der Literatur und Kunst geschaffen haben." Im übrigen ist das „aus archivalischen und andern bisher unbeachteten Quellen" geschöpfte Werk so überaus reich an geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Details, daß sich ein näheres Eingehen auf den Inhalt an dieser Stelle erübrigt. (Es sei auf die obbesagte Besprechung in diesen Blättern verwiesen.) — Diesen beiden Werken reiht sich als drittes an „Der Humor in

der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrhunderts. Hof-, Adels- und diplomatische Kreise Deutschlands, geschildert aus geheimen Gesandtschaftsberichten und andern durchwegs archivalischen bisher unedierten Quellen" (2 Bände, 1872), eine Bildergalerie hervorragender Staatsmänner und teils größerer, teils kleinerer Machthaber weltlichen wie geistlichen Ranges. Ist dieses Werk auch aus archivalischen Quellen geschöpft, so verstand Brunner es mit seinem scharf gewürzten Humor, daraus zugleich ein amüsantes Werk zu schaffen. (Vgl. Hist.-polit. Bl. 70, 616 ff.) — Zwei weitere Quellenwerke sind „Das Necrologium von Wilten von 1142—1698" aus dem „Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen", der kais. Akademie der Wissenschaften in Wien 1870 separat ausgegeben) — und „Correspondances intimes de l'empereur Joseph II. avec son ami le comte de Cobenzl et son premier ministre le prince de Kaunitz. Avec une introduction et des notes historiques" (1871), neben denen eine Anzahl kleinerer, zumeist kirchen- und kulturgeschichtlicher Schriften einhergingen, so: „Die ‚höchst vergnüglichste Raiß' des Churfürsten Carl Albrecht von Bayern nach Mölk 1739. Ein heiteres und getreues Bild des deutschen Hoflebens und Hofzeremoniells im 18. Jahrhundert. Nach einer Handschrift der Münchener Hof- und Staatsbibliothek, mit einer historischen Einleitung" (1871), „Der Prädikant Caspar Tinktor. Seine Schicksale zu Raumberg in Niederösterreich, und sein Widerruf in der Kirche ad novem Choros zu Wien. Ein archivalisches Kabinettsstück zur Schilderung der kirchlichen und gesellschaftlichen Zustände Österreichs in den Jahren 1620—30" (1871) und „Der arme Hauthaler. Eine Kriminalgeschichte, aufgeführt 1874 in Schweinfurth-Kissingen. Der Heroismus und die Begeisterung damaliger Juristen und Polizisten, aktenmäßig beleuchtet." (Aus der Salzburger „Kathol. Kirchenzeitung", 1889). — Über Kaiser Joseph, dessen Regierungszeit den Mittelpunkt von Brunners historischem Interesse bildet, handeln zwei Werke: „Joseph II. Charakteristik seines Lebens" (Sammlung historischer Bild-

nisse, II, 8. 1872) und „Joseph II. als absoluter Beherrscher seiner Länder" (Frankfurter Zeitgemäße Broschüren, XIV, 2. 1893). — Dasjenige Werk aber, welches Brunners Namen in die weitesten Kreise trug und noch immer eine höchst anziehende Lektüre bildet, ist: „Woher? Wohin? Geschichten, Gedanken, Bilder und Leute aus meinem Leben" (1855), dessen zwei Bände in späteren Auflagen (3. Auflage 1890/91) auf fünf Bände anwuchsen. Diese köstlichen Bilder, die uns die Jugend- und erste Manneszeit Brunners in lebendigster Weise schildern, sind wahre Kabinettstücke autobiographischer Kunst, die das Wien der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts getreulich widerspiegeln. Besonders gilt das von dem Inhalt der ersten Ausgabe, während die Fortführung zumeist polemischer Natur ist oder einzelne Abhandlungen, Gedanken über religiöse und soziale Zustände und Vorurteile, Episoden aus der Geschichte der Wiener Universität u. ä. enthält. In manchem Sinne eine Ergänzung dazu bilden die „Denkpfennige zur Erinnerung an Personen, Zustände und Erlebnisse vor, in und nach dem Explosionsjahre 1848" (1886).

Es ist schon oben bei der Skizzierung des äußeren Lebensganges Brunners die Rede gewesen von seinen häufigen und großen Reisen. Brunner war nun keiner von jenen Reisenden, die mit oder ohne Baedeker ihre vorgesetzten Routen absolvieren. Er suchte nicht bloß die Natur- und Kunstbesonderheiten kennen zu lernen, sondern studierte auch gern die Sitten und Gebräuche des Volkes, in dessen Mitte er verweilte, trat — besonders in jüngeren Jahren — in persönliche Beziehungen zu hervorragenden Männern, die er aufsuchte, und knüpfte literarische und wissenschaftliche Beziehungen an zu den Koryphäen der katholischen Welt. So besuchte er schon auf seiner ersten größeren Reise 1837, noch als Alumnus, in München Görres und Möhler (über diesen und einen folgenden Besuch bei Görres im Jahre 1846 schrieb er nach dessen Tod 1848 die Broschüre „Einige Stunden bei Görres"), in Schaffhausen F. E. v. Hurter (der dann 1844 konvertierte und über den Brunner 1846 eine kleine

Verteidigungsschrift „Hurter vor dem Tribunal der Wahrheitsfreunde" veröffentlichte), in Einsiedeln den als Dichter bekannten P. Gall Morel; auf einer Reise nach Norddeutschland lernte er in Halle den Historiker Heinrich Leo und die protestantischen Theologen Julius Müller und Friedr. Aug. Tholuck, im Jahre 1846 in München Phillips, Ringseis, Haneberg, E. v. Lasaulx, Baron Aretin, Döllinger, Fallmerayer, Constantin Höfler, den positiv gläubigen protestantischen Naturphilosophen G. H. v. Schubert, in Tübingen den Kirchenhistoriker Hefele, den Buchhändler Benj. Herder, in Freiburg Professor Buß, den Erzbischof v. Vikari, Alban Stolz, den Dogmatiker Staudenmayer, den Orientalisten H. J. Wetzer u. a. kennen. Aber auch auf die sozialen Zustände hatte er ein wachsames Auge, und es ist schon berichtet worden, daß er über Metternichs spezielles Ersuchen über seine Erlebnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet während einer Reise in Deutschland Bericht abfaßte. Über seine — zumeist Italien betreffenden — Reisen handelt ein Halbdutzend von Schriften, die, wenn sie natürlich als Reisewerke auch veraltet sind, doch heute noch durch die Frische des Tones, durch die Menge der eingeschalteten Exkurse und als kulturgeschichtliche Bildchen das lebendigste Interesse wachrufen; zum Teil sind sie vor ihrer Zusammenfassung in Buchform als Artikel in den Histor.-polit. Blättern erschienen. Ohne in die Einzelheiten dieser Werke einzugehen, seien hier nur ihre Titel angeführt: „Kennst du das Land? Heitere Fahrten durch Italien" (1857), „Ein eigenes Volk. Aus dem Venediger- und Longobardenlande" (1859, 2. Auflage 1860), „Unter Lebendigen und Toten. Spaziergänge in Deutschland, Frankreich und der Schweiz" (1862, 2. Auflage 1863), „Heitere Studien und Kritiken in und über Italien" (2 Bände, 1866) und „Kreuz- und Querfahrten in Italien. Eine Lektüre für Jene, die nach Italien reisen, als auch für Jene, die zu Hause bleiben wollen" (als Band von Woerls „Reisebibliothek", 1888).

In die späteren Lebensjahre Brunners fallen seine Studien zur deutschen Literaturgeschichte. Seine streit-



bare, aller Unwahrheit und Überstiegenheit, allem Phrasen- und Koteriewesen abholde Natur mußte sich gegen die maßlose Überschätzung und Vergötterung auflehnen, welche der Troß der Literaturgeschichtsschreiber und ihre Nachbeter gewissen Größen des deutschen Schrifttums zuteil werden ließen und lassen. Hat sich doch sogar der des Klerikalismus gewiß nicht verdächtige Naturforscher du Bois-Reymond in seiner Rektoratsrede 1882 („Goethe und kein Ende") scharf gegen die übertriebene Verehrung Goethes gewendet. Brunner kämpfte, seiner ganzen Anlage und literarischen Eigenart entsprechend, mit den Waffen der Satire, der Ironie und des „bissigen Humors" gegen die innere Lüge der Klassiker-Verhimmelung, wie er früher schon gegen die phrasenführenden Vertreter des religiösen Liberalismus, des verflachenden Josephinismus, die platte Aufklärerei zu Felde gezogen war. Er begann mit einer Serie kleiner Hefte, die den Gesamttitel „Hau- und Bausteine zu einer Literaturgeschichte der Deutschen. Wahrheit und keine Dichtung" (1885) führt und deren 6 Hefte folgende Untertitel haben: 1. „Vater Gleim, ‚der Seher Gottes'"; 2. „Voßens Luisen-Tempel"; 3. „Drei Stichproben aus der Goethe-Literatur"; 4. „Voß und Dichter-Bataillen"; 5./6. „Der Himmel voller Geigen zu Weimar". Es ist klar, daß die wässerige Weinbegeisterung, die bänkelsängerische Kriegslyrik des „Vater Gleim" Brunner ebenso anekeln und zur „scharflaugigen" Kritik herausfordern mußten, wie der religiöse Nihilismus des „würdigen Pfarrers zu Grünau"; die Nr. 3 vereinigt drei Aufsätze über Goethe: im ersten wird die so viel gerühmte angebliche Kunsthöhe des Weimarer Theaters auf Grund zeitgenössischer Berichte auf ihr wirkliches, ziemlich klägliches Niveau zurückgeführt; der zweite Aufsatz legt das Verbrechen dar, das der Dichter an der bedauernswürdigen Pfarrerstochter zu Sessenheim beging, und im letzten schildert er den angeblich so tüchtigen und hochgeachteten Sohn Goethes, August, als einen nicht ohne Mitschuld des Vaters früh zu Grunde Gegangenen (F. Hülskamp in Lit. Handw. 1885, 191). Dieses Heft bildet den Vorläufer zu: „Die Hofschranzen des Dichter-

fürsten. Der Goethekult und dessen Tempeldiener, zum ersten Male aktenmäßig von der humoristischen Seite betrachtet" (1889), worin nach einer allgemeinen Charakterisierung und Beleuchtung des Goethekultus insbesondere Goethes Beziehungen zu Knebel und dem „sechsbändigen Panegyriker" Zelter unter die Lupe genommen, die „hochgelobten Frauenbilder aus dem Lebenskreise Goethes ohne Schminke und Aufputz mittels Tatsachen und Korrespondenzen geschildert" werden und Werther als der Urtypus der Liebeshelden Goethes nachgewiesen wird.

Mit der österreichischen Literatur im besonderen befaßt sich: „Don Quixote und Sancho Pansa auf dem liberalen Parnasse. Der Herren Anastasius Grün und v. Bauernfeld Fanfaronnaden in Politik und Religion, nach Erfahrung und Verdienst gewürdigt" (1886). Als Gegenstück zu dem Goethebuch „Die Hofschranzen des Dichterfürsten" mag „Friedrich Schiller. Kuriose Freunde, trübselige Tage, Mißachtung bis ins Grab hinein, kein Ehrenbuch für Weimars Größen" (1887) angeführt werden. „Allerhand Tugendbolde aus der Aufklärungsgilde. Gegen den Willen ihrer Verehrer ins rechte Licht gestellt" (1888) ist gegen die Helden der sogen. Aufklärungsepoche, Nicolai, Wieland, Fichte und Platen (der allerdings in diese Reihenfolge nicht paßt) gerichtet, denen Brunner den gemütvollen Claudius und den edlen Graf Friedr. Leop. Stolberg gegenüberstellt. — In die Werk- und Lebensstatt eines Philosophen leuchtet hinein: „Kniffologie und Pfiffologie des Weltweisen Schopenhauer. Im Schreiben und Treiben des Meisters und seiner Gesellen plastisch und drastisch dargestellt" (1889), ein Mosaikbild, zusammengesetzt aus Schopenhauers Briefwechsel und den Enthüllungen seiner Apostel und Jünger. Was da entstand, ist freilich kein Heiligenbild, ja in manchen Partien recht widerlich und geradezu unanständig; aber die Schrift zeigt recht deutlich, wie tief auch der reichste Geist sinken kann, wenn er erst den Glauben von sich geworfen hat. — Die „Lessingiasis und Nathanologie. Eine Religionsstörung im Lessing- und Nathankultus" (1890) zeigt,

wie Lessing sein ganzes Leben lang von jüdischen „Gönnern“ finanziell abhängig war, denen zu Gefallen er den „edlen“ Juden Nathan zeichnete, und wie nun umgekehrt die Juden wieder ihren laudator Lessing auf den Schild hoben. Daß dabei eine Reihe damit verwandter Themen gestreift wird, ist bei Brunners Arbeitsweise selbstverständlich. — Endlich, von den judenfreundlichen zu den jüdischen Dichtern selbst fortschreitend, weist Brunner in „Zwei Buschmänner. Aktenmäßig geschildert“ (1891) nach, daß Börne und Heine — dies die zwei „Buschmänner“ — keinen Anspruch auf den Ehrennamen deutscher Dichter, keinen Anspruch auf wahre Größe erheben können. „Die antisemitische Tendenz, welche das Buch durchdringt, ist hier jedenfalls berechtigt, und wenn der Kritiker auch nicht nach allen Seiten gerecht wird, so kann doch seine Einseitigkeit nicht schaden. Die Stellung und Aufgabe des Kritikers ist ja eine andere als die des Historikers“ (Hist.-polit. Blätter 109, 75). — Der Vollständigkeit halber sei auch noch der aus den „Weckstimmen“ übernommenen kleinen Schrift „Jacopone da Todi (Vorläufer Dantes, Dichter des Stabat mater). Ein christliches Lebensbild aus dem 13. Jahrhundert in Italien“ (1889) gedacht.

(Fortsetzung folgt.)

XXXIV.

Politik und wirtschaftliche Not.

Von den Mitgliedern der Waffenstillstandskommission könnte man sagen, was Goethe dem Egmont in den Mund legt: „Wie von unsichtbaren Geistern gepeitscht gehen die Sonnenpferde der Zeit mit unseres Schicksals leichtem Wagen durch, und uns bleibt nichts übrig, als mutig, gefaßt die Zügel festzuhalten und bald rechts, bald links vom Steine hier, vom Sturze da die Räder wegzulenken. Wohin es geht, wer weiß es?“

Nach der Auflösung des deutschen Heeres, nach der von innen heraus erfolgten Zertrümmerung von Reich und Staaten,

was bleibt zum Widerstand gegen den Feind übrig? Der Geist von 1813, könnte man sagen, der Geist von Görres, Andreas Hofer, Lützow und vielen anderen. Allein was hat Fürst Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten geschrieben?

„Wie schnell die politischen Verhältnisse sich ändern können, zeigt die Frankfurter Revolte, wo nicht viel gefehlt hätte, daß man die rote Republik ausrief. Unsere ganzen sozialen und politischen Verhältnisse sind furchtbar zerrüttet, insbesondere im Südwesten von Deutschland und überall da, wo das Christentum seit Jahren ausgerottet ist. Diese Verworfenheit zeigt die Ermordung Lichnowskys und Auerwalds, über die ich nicht im Stande bin, hier zu schreiben. Es ist die grauenhafteste Tat, welche je die Weltgeschichte gesehen hat. So groß ist aber die Verblendung unter den Deutschen, daß selbst die schrecklichsten Verbrechen ohne Eindruck vorübergehen und das Ganze noch aus bloßer, purer Dummheit der Barbarei und dem Untergang der Zivilisation jeden Tag mehr und mehr in die Arme rennt. Es legt sich mehr und mehr eine Hoffnungslosigkeit ohnegleichen über mein politisches Bewußtsein. Zu dem Aufblühen eines großen, freien Deutschlands, an das ich noch vor zwei Monaten glaubte, gehört ein gesundes, kräftiges und frommes Volk. Mit Skeptikern und da, wo der Zweifel in die Schichten der Gesellschaft eingedrungen ist, kann man kein staatliches Leben mehr hervorrufen. Da geht die soziale und staatliche Ordnung zu Grunde. Keine Zeit hat in dieser Beziehung mehr Ähnlichkeit mit der unseren als die des Untergangs des römischen Reiches. Christentum und Zivilisation werden sich ein anderes Volk aussuchen als das europäische. Es ist, als wollte Gott die Zivilisation nie bis zu ihrem Kulminationspunkt gelangen lassen, damit der arme Erdenwurm nicht gar zu übermütig werde."

Von den ethischen und den politischen Wirkungen der seit der Zeit, von welcher Hohenlohe spricht, gewaltig fortgeschrittenen Verwirrung und Zerrüttung soll an dieser Stelle heute nicht die Rede sein. Man könnte uns erwidern: „Die Moral steht nicht auf der Tagesordnung."

In diesen Stunden pflegt in der Öffentlichkeit nur das Wort nach Shakespeare zu gelten: „Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!"

Der Vers Juvenals (Sat. 10, 81) ist heute am Platz:

„ . . . . . Qui dabat olim
Imperium, fasces, legiones, omnia, nunc se
Continet atque duas tantum res anxius optat,
Panem et circenses."

Während die Politiker den Staat von Grund aus „reformieren", ruft das Volk nach Brot, Spiel und Tanz und man kann sagen, die meisten pfeifen auf die ganze Politik: après nous le déluge.

Das Reich hat 161 Milliarden Mark Schulden angehäuft, wovon 14 Milliarden nicht einmal ordnungsmäßig bewilligt waren. Die bewilligten Anleihen machten 146 Milliarden aus, einschließlich 6 Milliarden Schatzscheine. Darlehen an Bundesgenossen und in neutralen Staaten aufgenommene Kredite 9½ Milliarden. Die Verbindlichkeiten an Schatzscheinen und Wechseln betragen 58 Milliarden. Der Papiergeldumlauf, der im Jahre 1914 2 Milliarden betrug, erreicht heute, ohne die Emissionen der Kreise und Städte, 34½ Milliarden. Diese Summe stellt eine der Ursachen der gewaltig sich entwickelnden Preissteigerung dar.

Die Finanzgebahrung allerseits muß als zügellos bezeichnet werden, die laufenden Ausgaben erfordern 19 Milliarden (gegen früher 2 Milliarden) und steigen. Von der Verwertung des Heeresgutes ist nicht viel zu erwarten; ursprünglich rechnete man auf 8 Milliarden; heute erhofft man höchstens noch 3 Milliarden und bei der eingerissenen Verschleuderung und Veruntreuung wird auch diese Ziffer zu hoch gegriffen sein. Für Besoldung der entlassenen Soldaten (im Dezember standen noch 3 Millionen Mann unter Waffen; Mitte Februar 1 Million), als „freie Arbeiter", Grenzschutz, Reichsanteil an der Erwerbslosenunterstützung, die von 17 Millionen Mark im Dezember auf 67 Millionen Mark im Februar stieg, werden Summen aufgewendet, die jedem Finanzminister als fantastisch erscheinen müssen.

Tiefeingreifend müssen die Folgen für das gesamte wirt-



schaftliche Leben sein — und die Arbeiter werden ebenso Leid tragen müssen wie die „kapitalistischen" Kreise.

Die staatlichen Versicherungsanstalten haben mehr als die Hälfte ihres Vermögens in den Kriegsanleihen angelegt. Die Versicherten sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Schicksal der Versicherten ist unzertrennlich vom Schicksal der Versicherungsanstalten. Dieselben sind ernstlich bedroht von der Gefahr, daß die Industrie in die Unmöglichkeit kommen kann, die seitherigen sehr hohen Beträge weiter zu zahlen, wenn der Mangel an Rohstoffen und die Steigerug der Löhne anhalten. Die Spartakusbewegung vollends ist die Bedrohung der Arbeiter selbst.

Die Steigerung der Löhne muß das gewerbliche Leben zu Grunde richten. Ein Beispiel, aus vielen herausgegriffen, bietet die Lohnsteigerung in Schlesien. Nach dem „Reichsanzeiger" betrug dieselbe in der Kohlenindustrie, nach Abzug der Beiträge für Versicherung usw., im letzten Viertel der Jahre:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	
Oberschlesien	303	279	293	388	510	621	Mark
Niederschlesien	287	276	298	363	439	584	„

Die dadurch beeinflußte Preissteigerung der Produktion betrug (per Tonne):

Kohle	von	Mk.	7.50	auf	Mk.	24.50
Roheisenblöcke	„	„	82.50	„	„	285.—
Träger	„	„	110.—	„	„	320.—
Stabeisen	„	„	97.—	„	„	335.—

Der um zehn Prozent erhöhte Kohlenpreis und die Kohlensteuer von 20 Prozent machen für das deutsche Volk (von dem ein so großer Teil vorgibt oder glaubt, daß das Heil von der Revolution kommen wird) eine Mehrausgabe von 3 Milliarden Mark jährlich.

Diese Entwicklung ist seit Jahresbeginn gewaltig vorgeschritten; die Dinge sind heute weit schlimmer als Ende 1918.

Im Ausland kann die deutsche Industrie nicht konkurrenzfähig bleiben, wenn die Preissteigerung so weiter geht.

Was wird nun aus unserem Volksvermögen (von



Helfferich auf 400 Milliarden geschätzt), wenn die „Unsicherheit im Land um sich greift? Ist alsdann noch mit der erwarteten Ergiebigkeit der Steuern auf Kriegsgewinn und Vermögen zu rechnen? Schließen wir aus den Zahlen des letzten Jahres, so zeigen die Kurse einiger führender Börsenwerte die folgende Entwicklung:

	25. Juni 1914	31. Dez. 1917	30. Dez. 1918
Deutsche Bank	239	263	205
Bochum Gußstahl	221	322	190
Harpen	177	214	168
Phönix	235	267	194
Daimler	391	473	175
D. Waffenfabriken	344	424	152
Rheinmetall	102	627	156
Allg. El.-Ges.	242	232	170
Badische Anilin	594	618	270
Aluminium	262	502	605

Bei der Allg. Elektr.-Gesellschaft, Aktienkapital 200 Millionen Mark, beträgt der Kursverlust im Jahr 1918 an 124 Millionen Mark. Bei der Rheinischen Metallwaarenfabrik, 12 Millionen Kapital, 57 Millionen Mark Verlust am Kurs der Aktien. Im Jahr 1919 haben sich die Aussichten noch verschlimmert. Diese Fälle sind für die Gesamtlage charackteristisch. Dehnt sich die Verheerung der Aktienwerte aus, was wird dann noch für die Steuer übrig bleiben?

Das Kapital sammelt sich bei den Banken als Depositen, bei den Sparkassen als Einlagen an. Diese ununterbrochene Anhäufung des Geldes ist stets ein Zeichen, daß das wirtschaftliche Leben stockt. Im Frieden betrugen die Einlagen bei den Sparkassen rund 900 Millionen Mark; 1917 sind sie auf 4 und 1919 auf 7 Milliarden Mark gestiegen.

Der Notenumlauf der Reichsbank (die im Frieden streng auf $^1/_3$ Deckung durch Gold hielt) betrug im Dezember rund 22 Milliarden Mark, Umlauf an Darlehenskassenscheinen rund 10 Milliarden.

Wie sieht es nun mit der **Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen**, mit der Volksernährung durch **Einfuhr von Lebensmitteln** aus?



Ohne Rohstoffe kann die Industrie nicht arbeiten, weder das eigene Volk versehen, noch Waren ausführen. Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren betrug 1913 6242 1/2 Millionen Mark und die Einfuhr von Lebensmitteln 2759 Millionen Mark. Von Lebensmitteln wurden 1913 eingeführt:

Eier, Eigelb	194,1	Millionen	Mk.
Schmalz	146,7	„	„
Milchbutter und Butterschmalz	118,7	„	„
Kaffee	219,8	„	„
Kakaobohnen	67,1	„	„
Reis	103,9	„	„
Fische, frisch	59,9	„	„
Obst	73	„	„

Die Fleischeinfuhr betrug i. J. 1912 718,432 Doppelzentner. Der Überschuß der Einfuhr an Vieh betrug 1912:

Ochsen	39,358	Stück
Kühe	84,360	„
Jungvieh	67,699	„
Schweine (außer Spanferkeln)	127,159	„
Stiere	6,741	„

Zu beachten ist, daß die Einfuhr an Schweinen im Jahre 1912 um 100 Prozent gegen 1905 gestiegen ist und daß die Einfuhr von Fleisch um 50 Prozent gegen 1905 zugenommen hat.

Die Getreideeinfuhr betrug 1913:

Weizen	417,3	Millionen	Mk.
Roggen	42,2	„	„
Gerste	390,4	„	„
Hafer	60,4	„	„

Diese vier Artikel stellen allein einen Wert von 777 Millionen Mark dar.

Alle diese ausländischen Zufuhren fehlen uns heute. Unter den drückendsten Bedingungen wird jetzt in Spaa und Trier um die Zulassung der Einfuhr verhandelt. Wir gehen ein andermal auf dieses Thema ein, indem wir diesen Überblick beschließen mit dem Hinweis darauf, wie sehr die innere Zerrüttung unseren Unterhändlern ihr schwieriges Werk erschwert.



XXXV.

Sebastian Brunner.

Von Dr. Franz Schnürer.

(Fortsetzung und Schluß.)

Es erübrigt noch ein Kapitel über die poetischen und belletristischen Werke aus Brunners Feder. Zu jenen gehört, der Reihenfolge der Entstehung nach als erstes, „Der Babenberger Ehrenpreis"; den Entschluß zur Abfassung eines Zyklus von Gedichten zum Ruhme dieses Fürstengeschlechtes, das über die Ostmark bis zum Jahre 1246 herrschte, hatte Brunner schon in seiner Knabenzeit gelegentlich eines Ausfluges nach Stift Heiligenkreuz gefaßt, wo etliche dieses Stammes ihre Grabstätte gefunden haben. Als Kooperator zu Perchtoldsdorf lebte er nun „in der Gegend, in welcher dies Fürstengeschlecht wie oft mit seinen Reisigen herumzog", und so verdichtete sich der Gedanke aus der Jugendzeit zu einem Werke von hoher poetischer Schönheit, das auch heute noch gelesen zu werden verdiente. Es erschien 1843 in Wien (bei Rohrmann), erlebte 1846 und in den Ausgaben von Brunners Werken mehrere Auflagen, ist aber seit Jahren, wie fast alle Schriften Brunners, im Buchhandel vollständig vergriffen. Es seien, als Proben Brunnerscher Dichtkunst, hier zwei der Lieder Ofterdingens eingestellt, das eine, in dem er den Tod Leopolds des Glorreichen besingt:

Ich träumte einen Traum so lieb,
Der ist vorbeigegangen,
Es ist mein Auge zährentrüb
Und feucht sind meine Wangen;
Es starb mein Lieb; der Grabesschrein
Umschließet meines Herrn Gebein,
Wir waren gute Freunde.

Die Laute leg' ich auf sein Grab,
Ich will kein Lied mehr singen,
Ich riß die Saiten selber ab,
Daß schrillend sie verklingen.
Der Eine, der des Liedes Preis,
Der machte seine letzte Reis', —
Ich werde bald ihm folgen.

Ich liebte ihn so stark und rein
Und wollt' nichts anders haben;
Er war mir lieber ganz allein
Als alle seine Gaben.
Es wallet dort aus offnem Tor
Der letzte Weihrauchduft hervor
Wie meine letzte Weise.

Ade, du liebes Saitenspiel,
Die Lust ist mir vergangen;
Es war die Minne oft dein Ziel
Und Helden, welche rangen.
Wohl mag noch mancher Kämpe sein,
Auch mag er kämpfen, minnen, frein;
Doch ich will nicht mehr singen.

Glückselig, der am Weg des Herrn
Ist für und für geschritten;
Dann leuchtet auch sein Abendstern
Ihm auf des Pfades Mitten —
Was ist es denn, was er befahrt?
Wenn er die Satzung treu bewahrt,
So ist er ja bereitet.

Vom Garten tönt es klagend her,
Weiß nicht, obs nur so scheinet,
Es ist, ob alles traurig wär'
Für jenen, welcher weinet.
Es wird beim heitern Vogelsang
Ihm selbst das Herz so schwer u. bang,
Als wie bei Klageliedern.

Wie dürres Laub im Wirbelwind,
So drehen sich im Kreise
Auch die Gedanken mir geschwind
Auf ihrer kurzen Reise;
Und will ich flieh'n gerade fort,
Ich komm' doch immer auf das Wort:
Der Herzog ist gestorben!

So wie der Mund des Freundes nun
Kein Wort mehr ausgesprochen,
So soll auch meine Laute ruhn
Bei ihm, stumm und zerbrochen.
Und statt dem frohen Lied der Lust
Da steig' für ihn aus meiner Brust
Ein ehrlich Vater unser! Amen!

und ein zweites, das der Dichter ebenfalls dem Ofterdingen in den Mund legt, zum Lobe Österreichs:

Wo ist ein Land, das diesem gleich?
So mag ich oft wohl fragen;
Wo ist ein Land wie Österreich
In holden Maientagen?
Es mag wo anders schöner sein,
Doch mir gefällt es hier allein,
Ich hab da meine Freude.

Im Mai verlasse ich mein Haus,
Die Welt wird mir zu enge,
Ich geh waldein, ich geh waldaus
Die Quer und auch die Länge.
Da seh' ich mich erst um und um,
Dann grüßen mich Bekannte stumm
Von allen, allen Seiten.

Wer sind denn die Bekannten dein,
Die dich so freundlich grüßen?
Das sind die lichten Blümelein,
Die aus dem Erdschoß sprießen;
Das sind die Bäume hoch u. schlank,
Das ist die weiche Rasenbank
Mit Samt neu überzogen.

Das sind die Berge für und für,
In Ketten fest verschlungen;
Das ist das dunkle Waldrevier,
Von Vöglein ganz durchsungen.
Das ist der Quellen Silberstaub,
Der blitzet auf dem grünen Laub
Wie Perl' und Diamanten.

Gott grüß Euch, Freunde, gar sehr lang
Hab ich Euch nicht gesehen,
Bis Euer Bot' ins Haus mir drang,
Ein lieb und duftig Wehen.
Wer hat Euch denn das Linnen weiß
Vom Bett gezogen, gar so leis',
Daß Ihr es kaum gespüret?

Daß Ihr noch lang gelegen seid,
Und auf nicht wolltet schauen,
Das war wohl in dem güldnen Kleid
Die lichtgezierte Frauen,
Das war die Sonn', die muttergleich
Am Morgen hebt die Decke weich
Von ihren lieben Kindlein. . . .

Der Weinstock zeigt den Blütenstaub
Und seine Äuglein glänzen,
Er will im Herbst auf dürrem Laub
Die frische Frucht kredenzen;
Dann kriegst ein hölzern Röcklein du,
Das halten Eisengürtel zu,
Das ist ein lieb Gewande.

Sieh' an, die Flur ist voll Geschmeid,
Wie Gold ins Grün gewoben,
Der Safran hält sein rötlich Kleid
Ganz züchtiglich erhoben.
Wo ist in Deutschland solche Zier,
Die frei zum Himmel schaut wie hier?
Ich hab' sie nirgends funden!

Bildet „Der Babenberger Ehrenpreis", wie schon J. W. Nagl in der „Deutsch-österreichischen Literaturgeschichte" es ausgesprochen, ein Mittelding zwischen Reimchronik und Romanzenzyklus, das an Anastasius Grüns und Ed. Dullers epische Dichtungen erinnert, so setzt er „den modernen Interpretationen der Schöpfungsgeschichte in der apologetischen Dichtung ‚Die Welt ein Epos' (1844) ein energisches Bekenntnis zum Buchstäblichen entgegen":

Das ist ein Epos, wunderbar erklungen:
Die Schöpfungstage sind die sechs Gesänge,
Der Sänger: Gott, — er selber hat's gesungen
Und ewig währen seine Liebesklänge.

Diese theologisch-philosophische Dichtung hat sich nichts Geringeres zur Aufgabe gestellt, als den Schöpfergedanken Gottes poetisch zu erfassen und darzustellen. Daß die Poesie dabei nicht blindlings dem Drange der Phantasie nachgeben,



daß die Errungenschaft der Forschung auf dem Gebiete der Naturphilosophie nicht außer acht gelassen werden durfte, hat der Dichter im Vorworte zu späteren Auflagen selbst ausgesprochen. Die schönen Schlußverse des auch formell überaus anziehenden Gedichtes lauten:

Zum Schlusse noch Ein Wort: es heißet Friede!
Wir ehren jeden, der es redlich meinet,
In wahrer Freundschaft ist er uns vereinet —
Ihm gilt kein hartes Wort in unserm Liede!
Mag der Gesang auch wie ein Streit erklingen,
Der Gottsohn selber brachte ja auf Erden
Die Wahrheit, daß sie soll zur Flamme werden,
Die Welt umkreisend auf den lichten Schwingen;
Die Kriegstrommete muß mit hellem Klange
Erschallen vor dem heiligen Gesange,
Weil wir im Streite nur mit unsern Sünden
Den Sieg, die Freiheit und den Frieden finden.

Die nächste poetische Publikation Brunners ist „Der Nebeljungen Lied", 1845 erschienen; in ihr wollte der Autor, wie er sagt, „seine Erfahrungen, die er damals im halboffiziellen Verkehr mit in- und ausländischen Diplomaten einerseits und in seiner ganz offiziellen Stellung mitten unter dem arbeitenden Volke gesammelt, in einer etwas humoristischen Form zu Papier bringen". H. Keiter gibt in seinem viel zu wenig gewürdigten Buche „Katholische Erzähler der neuesten Zeit" (2. Aufl. 1890, S. 99—105) eine ausführliche Analyse dieses Werkes, das er „ein wahres Kompendium Brunnerschen Witzes" nennt, welches dessen Wesen am besten wiedergibt. Die Nebeljungen[1]) sind die Vertreter der atheistischen Philosophie, die alles Bestehende vernichten, die Kirchen zerstören, die Fürsten entthronen möchten, ohne zu wissen, wie das neue Reich ewiger Glückseligkeit einzurichten sei. — „Der

1) Bekannt ist, daß der Zensor in Wien, als er das in Regensburg verlegte Buch in die Hand bekam, es wieder in den Korb warf mit den Worten: „Passiert, wie oft wird denn der alte Schmarren noch gedruckt werden!" Er meinte es mit einer Neuausgabe des Nibelungenliedes zu tun zu haben.



deutsche Hiob" (1846) ist nicht der alttestamentliche Dulder, dem wir die erste Theodicee in dichterischem Gewande verdanken, sondern kein anderer als der ehrliche deutsche Michel, der hier mit satirischer Rute gegeißelt wird. Wir finden hier in zumeist sehr witzigen Expektorationen Betrachtungen über Zustände des modernen Germanentums hinsichtlich des literarischen, politischen, religiösen und sozialen Lebens. Ein guter Einfall ist es, daß die Szene in Michels Krankenstube verlegt wird, wo Michel, mit der Schlafhaube am Kopf, fiebert. In betreff der modernen Lyrik wird gezeigt, wie das sentimentale Gewinsel unserer einstigen erotischen Dichter antiquiert und wie Industrie und materielle Interessen an dessen Stelle getreten seien; wie man wähne das „Buch der Natur" durchlesen und verstanden zu haben, wie es mit der Hegelei, dem Pantheismus und den modernen Blaustrümpfen stehe. Unter diesen kommt besonders Bettina übel weg. Michel liest ihr tüchtig den Text; das greift aber den schwachen Mann so an, daß er in Delirien verfällt und in diesem Zustande eine „Apotheose Goethes" von sich gibt. Dieser Lobpsalm wird von Börne unterbrochen, der von Wut über Michels Apotheose und seine Servilität überhaupt erfüllt ist; sein Wutanfall führt sein plötzliches Ende herbei und auf seinen Grabhügel setzt sich sofort Heine, jauchzt dem Toten eine Nänie in seiner Weise zu und wehrt sich gegen einen Chor humanistischer Philologen, die ihn einen Barbaren schelten, weil er der griechischen Dichtkunst göttliche Formen verschmähe. Inzwischen wird der Schauplatz nach Berlin verlegt; unter den Linden fallen die Hegelianer von der Rechten über ihn her, ihnen wird aber von den Hegelianern zur Linken hart zugesetzt, was Michel zu dem Ausspruch veranlaßt: „Ihr großen deutschen Geister — ihr kritisiert nicht schlecht! — Ihr nennt einander Lumpen, — und jeder von euch hat recht." Etliche Schattenbilder, die Bettina dem Michel an der Wand zeigt, und die Kommentare dazu, die etliche ernste und lustige Räte liefern, geben dem Dichter wieder Anlaß zu verschiedenen Zeitsatiren (Beethovens Toten-

feier zu Bonn, Abbé Liszt, Ronge und Konsorten usw.), mit denen das von Geist sprühende Büchlein schließt. — Die weiteren kleineren und minder bedeutsamen poetischen Satiren: „Blöde Ritter. Poetische Galerie deutscher Staatsschiffe" (gegen Joh. Heinr. Voß gerichtet) (1848), „Schreiberknechte. Eine Serenade für das papierene Kirchenregiment" (1848) mit dem hübschen Motto:

Ihr erzeigt euch gegen jene
Nur in Gnaden wohlgewogen,
Die vor euch stehn: gleich der Bittschrift
In der Mitte eingebogen.

„Das deutsche Reichsvieh. Eine Serenade für das Frankfurter Parlament" (1849) und „Keilschriften. Geflochtenes Reimwerk" (1856) führen die Satire in den in den Titeln bezeichneten Richtungen weiter.

Die vier Romane, die wir von Brunner besitzen, sind sämtlich vor dem Jahre 1848 entstanden. Drei davon schildern, jeder in seiner eigenen Art, den Lebensgang eines Künstlers: „Fremde und Heimat" ist der Dichter-, „Des Genies Malheur und Glück" der Maler-, „Diogenes von Azzelbrunn" der Musikerroman, denen sich der politische und Erziehungsroman „Die Prinzenschule zu Möpselglück" — auch zeitlich als letzter — anschließt. Stellt auch unsere Zeit erheblich andere ästhetische und literarische Anforderungen an einen Roman als die Vierziger und Fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, so würden doch zweifellos wenigstens die erstgenannten drei Bücher auch heute noch einen weiten und dankbaren Leserkreis finden. — Als den anziehendsten bezeichnet H. Keiter (Katholische Erzähler der neuesten Zeit, S. 105 ff.) „Fremde und Heimat. Aus einem Dichterleben" (1845), dessen Humor stellenweise drastisch wirkt und gelegentlich an Raabe gemahnt. Glänzend sind die Charaktere gezeichnet, voll Leben und Farbe, köstlicher Humor tritt in den Episoden zutage. Und wie gemütvoll finden wir das „Milieu", das Wien und Krems des Vormärz, mit welcher Liebe versenkt sich der Dichter in die feinsten Regungen der



erwachenden Knabenseele! — Früher noch, 1842, entstand „Des Genies Malheur und Glück. Ein Spiegelbild mit Land- und Wiener-Figuren samt Reflexen und Reflexionen“ (2 Bände, 1843), worin Brunner den Entwicklungsgang eines Malers vorführt, sein Ringen und Kämpfen um die Palme des Ruhmes, sein sich Verlieren in die Niederungen des Lebens und das Wiederfinden seines besseren Selbst am Totenbette. Der Roman weist in seinem Aufbau manche Ähnlichkeit mit G. Kellers „Grünem Heinrich“ auf, dem er zwar künstlerisch nachsteht, wogegen er den ethisch höher zu bewertenden Abschluß, die sittliche Läuterung des Helden, vor ihm voraus hat. Als Typus seines Helden dient Brunner das Leben eines Vorarlberger Landschaftsmalers namens Schreiber, des Zeichenlehrers eines Vetters des Verfassers, der nach einem verfehlten Leben tatsächlich mit Gott und sich versöhnt im Spitale bei den Barmherzigen Schwestern in Gumpendorf (Wien) starb.

Der dritte Roman ist betitelt „Diogenes von Azzelbrunn. Mit Fragmenten aus den Papieren seiner Freunde“. Zeigt „Des Genies Malheur und Glück“ einen Lebenslauf nach absteigender Linie, so bietet „Diogenes von Azzelbrunn“ einen solchen nach aufsteigender Linie; man würde ihn heute einen Bildungs- oder Entwicklungsroman nennen. Auch der Born der Phantasie im Hinblick auf den romanhaften Kern fließt hier reicher und lebendiger. Der Held ist ein Findelkind, neben dessen Körbchen eine Laterne stand, weshalb ihm der Dorfhumorist von Azzelbrunn den Spitznamen Diogenes verlieh. Er entwickelt sich zu einem Geigenkünstler, bahnt sich den Weg in die Gesellschaft und findet da auch seine Braut, nachdem sich seine „gute“ Abkunft durch ein von ihm zufällig entdecktes Dokument herausgestellt hat. Mehr noch als in den übrigen Romanen sprüht und funkelt es hier von geistvollen Beobachtungen und Aussprüchen, so daß sich ein Neudruck gerade dieses Werkes heute noch lohnen würde. Im November 1847 endlich erschien „Die Prinzenschule zu Möpselglück. Schildereien aus der jungen Welt“ mit



dem Motto: „Es ist daher im Scherz zu sehn, wie wir im Ernst zum Teufel gehn". Nach meinem Empfinden ist dieser inhaltlich wie formell der schwächste von Brunners Romanen, wie er auch der letzte ist, den er geschrieben hat; er ist heute veraltet. Die erziehliche Tendenz, die sich hier breit macht, — auch wenn wir mit ihr übereinstimmen, — geht auf Kosten des ästhetischen Genusses und des literarischen Wertes. Geistvolle Einzelheiten finden sich auch hier in Menge, aber sie kommen, wie Edelsteine in ungünstiger Fassung, nicht zur vollen Geltung. Interessant und für Brunners richtigen politischen Blick bezeichnend ist, daß in dem, wie gesagt, im November 1847 ausgegebenen Buche (18. Kapitel) die nächste Zukunft Deutschlands durch ein großes schwarzes Quadrat ersichtlich gemacht ist, — eine Prophezeiung, die schon ein Vierteljahr später pünktlich in Erfüllung ging. Als politische Tendenzschrift wird die „Prinzenschule" ihren Wert behalten, — als Roman fände sie heute wohl kaum mehr viele begeisterte Leser.

Ein eigenes und nicht das unwichtigste, vielleicht eines der lehrreichsten Kapitel in einer Lebensskizze Sebastian Brunners müßte überschrieben werden: Brunner als Journalist. Durch die Gründung der „Wiener Kirchenzeitung für Glauben, Wissen, Freiheit und Gesetz in der katholischen Kirche. Redigiert und herausgegeben von Sebastian Brunner, Phil. et Theol. Doctor", deren erste Nummer Samstag, 15. April 1848 ausgegeben wurde, hat sich Brunner in die Reihe der Kämpfer gestellt, und das Kämpferlos ist ihm auch nicht erspart geblieben. Die siebzehn Jahre seiner Schriftleiterzeit sind ausgefüllt mit der Tagesarbeit des Journalisten, mit Abwehr von Angriffen und — bei der streitbaren Natur Brunners, die kein Nachgeben in dem als Recht Erkannten, keine Kompromisse kannte, begreiflich und natürlich — mit Angriffen auf die liberale, glaubens- und kirchenfeindliche Presse und ihre Vertreter. Sehr schön und richtig spricht sich Brunner in der zweiten Nummer der Kirchenzeitung über deren Aufgabe aus:



„Die Wiener Kirchenzeitung lebt als Zeitung in der Zeit von der Zeit dadurch, daß sie sagt, was an der Zeit und was nicht an der Zeit ist. Das heißt, was gar nicht, was nicht mehr oder noch nicht an der Zeit ist. An der Zeit ist ein freies Wort für die Freiheit der Kirche, in diesem Augenblick, wo alles im sonnigen Lichte der Freiheit wandeln will. Die Kirche hat unveräußerliche, unverjährbare, heilige Rechte von dem Staate oder besser von dem Bureaukratismus zurückzufordern; sie will die volle, uneingeschränkte Autonomie znrück, die ihr auf ihrem Felde gebührt . . . Kirche und Staat stehen nicht unter, nicht über, sondern neben einander, wie das Diesseits und Jenseits. Sie stehen neben und mit einander für das Eine Menschenindividuum, das auf dieser Erde lebt, nicht um nach in Wohl und Wehe verlebten Jahren gänzlicher Auflösung zu verfallen, sondern fortzuleben in alle Ewigkeit im jenseitigen Wohl oder Wehe. . . . An der Zeit ist ein freies Wort für den Glauben des Christen dem falschen Glauben gegenüber, ein freies Wort für die freie Entfaltung des christlichen, des kirchlichen Lebens der Ungebundenheit des Radikalismus gegenüber, der alle Freiheit für sich allein begehrt und nichts gewähren läßt, das ihm nicht gleicht. Die Kirche muß frei werden vom papierenen Regiment der alten, die Kirche muß frei bleiben von der Tyrannei der neuen Zeit.[1]) An der Zeit ist der Wiederaufbau der zerstörten Mauern des typischen Jerusalems, an der Zeit ist es, daß wir gottbegeistert, gottgeweiht Alle für Einen und Einer für Alle dastehen, das Schwert in der einen, die Maurerkelle in der andern Hand (2. Esdr. 4, 15—23). An der Zeit ist es zu kämpfen, wie Israel unter dem Makkabäer gegen Nikanor kämpfte, „ringend mit der Faust, im Herzen ein Gebet“ (2 Makk. 15, 26. 27). — Gar nicht an der Zeit ist und war die Fraubaserei und die Klatschsucht, die in so vielen religiös und kirchlich sein wollenden Blättern sich breit

1) Alle gesperrt gedruckten Worte und Stellen sind im Original gesperrt gedruckt.

machte ... Nicht mehr an der Zeit ist der Soutanellenstreit, der Kampf für und gegen Stiefelhosen oder Pantalon, die Katechismusfrage und die Primiztafel. Nicht mehr an der Zeit ist die wort- und werklose Jeremiade über die traurige Gegenwart und die schöne Vergangenheit, die weichherzige Sehnsucht nach dem Idyllenleben à la Vicar of Wakefield; nicht mehr an der Zeit ist das Kopf und Zopf hängen lassen, — wer diesen sich nicht selbst abschneiden will, dem wird er ausgerissen werden. — Noch nicht an der Zeit ist das Kampferglühen für jene Tausende von ehrwürdigen Vehikeln zur Belebung christlicher Andacht und Gesinnung, die Debatten für und wider Gnadenpfennige und Schußgebetlein, der Eifer für die tausend „Wege und Weisen, selig zu werden“, die stets ehrwürdig bleiben sollen, gut und nützlich sind, wenn sie Rat und Mittel bleiben, wenn sie nicht zu Ziel und Zweck erhoben werden. Nicht um Rosenkränze handelt sich's jetzt, sondern um die Existenz des historischen Christus und seiner Kirche! ... Ich sage deshalb, es ist noch nicht wieder, noch nicht überall, noch nicht für ein Kirchenblatt an der Zeit, Bußpredigerberichte zu liefern, wenn es Schlachtberichte gibt von der großen Geisterschlacht, die jetzt geliefert wird zwischen Christ und Antichrist, zwischen dem Engel des Glaubens und dem grinsenden Sachwalter der Negation aus der Hölle. Ihr friedlichen und stillen Seelen, deren reiner Kindessinn an allem sich erbaut und auf tausend geschaffenen Sprossen zum unerschaffenen Vater emporzuklimmen trachtet, — dem die Dornenkrone kostbar ist, weil sie das Haupt des Heilandes schmückte, betet für die Streiter an der Grenze, betet ohne Unterlaß für die, welche Wissenschaft und Mut, freies Wort und kühne Schrift der wachgewordenen Hölle gegenüberstellen. Ärgert euch nicht ob der rauhen Art der Kämpfer; sie kommt nur von Schwert und Panzer, und unter diesem schlägt ein treues Herz für unsere gemeinschaftliche höchste Angelegenheit — für Gott, für Jesus Christus, für die Kirche!“ Der Programmaufsatz schließt dann mit den Worten: „Die Zeit des Schweigens ist



vorüber, die Zeit des Wortes ist gekommen; wohl dem, der es mit **gutem** Gewissen für eine **gute** Sache führt!"

Und dies Lob darf Brunner für sich in Anspruch nehmen: er hat die Feder allzeit mit gutem Gewissen für eine gute Sache — und er hat sie gut geführt. Es kann nicht Aufgabe dieser Skizze sein, die siebzehn Jahrgänge der Kirchenzeitung, die unter Brunners Leitung erschienen, und die von ihm darin veröffentlichten Aufsätze zu besprechen, so wenig es hier am Platze ist, auf die mannigfachen Preß- und Ehrenbeleidigungsprozesse, die ihm aus seinen Zeitungspolemiken erwuchsen, einzugehen. Über einige derselben berichtet er selbst in den „Denkpfennigen" in ebenso amüsanten wie lehrreichen Aufsätzen. Aber man kann Brunner nie genug Dank wissen dafür, daß er — in der schwersten Zeit — die Fahne der christkatholischen Überzeugung hochgehalten und dem — man würde heute bei uns in Österreich sagen: christlichsozialen Gedanken den Weg bereitet hat.

Nach diesem Rückblick auf Brunners literarische Lebensarbeit drängt sich wohl unwillkürlich der Gedanke auf: Wie kommt es, daß die Schriften Brunners — **des** Brunner, wie er nach der vorstehenden Porträtskizze erscheinen muß — keine tiefere Auswirkung erfahren haben, daß zumal seine belletristischen und halbbelletristischen Schriften, die doch für weitere Kreise Interesse haben müßten, heute fast verschollen und vergessen sind?

Verschiedene Umstände wirken da zusammen, objektive sozusagen und subjektive, solche, die außerhalb des Verschuldens des Autors liegen, und solche, an denen er selber Schuld trägt. Die ersteren lassen sich in aller Kürze zusammenfassen in dem alten Wort: Catholica sunt, non leguntur, das bis in die jüngste Zeit herein noch viel unumschränkter galt als jetzt; und Brunners Werke fielen in die Tage der Maienblüte jener Kritik, die alles, was nur von Fern her christlichen, gar was katholischen Geist atmete, entweder mit Stillschweigen zu töten versuchte oder mit dem giftigsten Hasse verfolgte. Totgeschwiegen, begeifert oder



lächerlich gemacht zu werden, war das Schicksal jedes Buches, das sich gegen die Herrschaft des Liberalismus auflehnte. Man braucht nur die Besprechungen nachzulesen, die in dem damals einflußreichsten kritischen Organ der Deutschen, den „Blättern für literarische Unterhaltung“ über Brunners Werke erschienen, oder die Gesamtcharakteristik, die Heinrich Kurz im vierten Bande seiner großen und einst viel verbreiteten „Geschichte der deutschen Literatur“ (1868 ff., S. 349 f.) von Brunner gab, anzusehen. „Gemeinheit und Pöbelhaftigkeit“, Schriften, die mit „Widerwillen, ja oft sogar mit Ekel erfüllen“, „fanatisch-geistlose Verlästerung“, „Nichtswürdigkeit“, „kapuzinermäßige Phrasen, in ungefüge und harte Reime gebracht“, „gemeine Gesinnung, die sich in pöbelhaften Ausfällen . . . gefällt“, „überall blickt der Pfaff durch“, der andere „mit einer an Unsinn grenzenden Wut verlästert“; frühere Werke lassen „den Charakter, den er später bis zur Abscheulichkeit entwickelte, schon durchblicken“, — dies eine kleine Blütenlese aus dem eine halbe Druckseite füllenden Artikel. — Andere größere Darstellungen der deutschen Literatur, wie z. B. R. Gottschall's vierbändige „deutsche Nationalliteratur des 19. Jahrhunderts (7. Aufl. 1902) nennen Bruners Namen überhaupt nicht.

Aber es liegt auch ein Verschulden Brunners selbst vor: eine gewisse Nachlässigkeit der sprachlichen Form, die man nur auf Rechnung jener „Schlamperei“ setzen muß, die zu den Grundeigenschaften des Österreichers und am meisten des Wieners jener Zeit zu gehören scheint. Es war nicht ein Mangel des Könnens, denn Brunner verfügte über eine Gewalt, Fülle und Reinheit der Sprache, die an vielen Stellen seiner — poetischen wie prosaischen — Schriften leuchtend zutage tritt. Aber lagen in ihm schon, wie gesagt, die Keime einer stilistischen Nachlässigkeit, eines sprachlichen Sichgehenlassens, so wurde diese Eigenschaft wesentlich verstärkt durch die Leichtigkeit und Raschheit seiner Produktion und durch den Journalismus, dem er über anderthalb Jahrzehnte frohnte; der Zeitungsschreiber, zumal der Polemiker, gewöhnt sich,

die Konturen schärfer und gröber zu ziehen, als es oft an sich nötig wäre, er will auf das große Lesepublikum stark einwirken, er schreibt sozusagen mit dem Zimmermannsbleistift. Und wie, nach einem alten Worte, die Politik den Charakter verdirbt, so verdirbt die journalistische Arbeit leicht den Stil. Manches gute Talent ist schon daran zu Grunde gegangen. Auch Brunner hat seinen Tribut gezahlt, aber er hat sich aus der Stilsklaverei zu erretten vermocht in die reineren Lüfte wissenschaftlicher und literarisch-künstlerischer Betätigung.

Ich möchte diesen Versuch mit den Worten schließen, mit denen schon früher ein (ungenannter) Mitarbeiter dieser Blätter den literarischen Gesamtcharakter Brunners zeichnete (Hist.-pol. Bl., 103. Bd., 1889, S. 628 f.):

„Brunner ist eine ganz originelle Schriftstellernatur, eine durchgebildete Individualität, welche ihre Eigenart rücksichtslos zur Geltung bringt. Alles ihr Widerstrebende und Fremdartige stößt sie mit einer Energie und Schärfe zurück, welche leicht des Maßes zu entbehren scheint. Durch alle Schriften Brunners, auch jene, in welchen er sich mit rühmlicher Objektivität in die Sachen und Personen versenkt, zieht sich wie ein roter Faden sein Lebenskampf gegen alles Liberale und Kirchenfeindliche hindurch. Eine fortwährende Polemik gegen alle die bestehende Ordnung zersetzenden Ideen, ein beinahe radikal zu nennendes Ringen und Anstürmen gegen die Tagesgötzen der öffentlichen Meinung bleibt der gemeinschaftliche Grundzug, die einheitliche Tendenz seiner Werke. Dennoch lassen sich in seinem literarischen Wirken (drei) scharf getrennte Perioden unterscheiden, in denen je eine mildere Funktion des geistigen Lebens in Tätigkeit und Übung tritt. Der vorwärts drängenden Jugendzeit gehören jene schöpferischen Werke an, in welchen eine mutwillig heitere Phantasie aus dem Stoff gesunder Lebenserfahrung eine Fülle bunter Gestalten schuf. Es waren immer typische Vertreter bestimmter Ideen, um welche sich die Geschichten bewegten, und es waren Prinzipienkämpfe, die sich in das leichte dichterische Gewand kleideten. In eine zweite Periode fallen sodann die



sich der Wirklichkeit genau anschließenden Reisebeschreibungen und geschichtlichen Studien. Der Schwung der Phantasie erlahmte, sie mußte sich an die Wirklichkeit halten, aber vermochte auch diese zu anschaulicher Wirkung zu erheben und in plastische Bilder zu prägen. Ein dritte Periode endlich bilden die kritischen Werke, in welchen die Größen der deutschen Literatur einer scharfen moralisch-kritischen Beurteilung unterworfen werden. In einer ziemlich freien Mischung der historischen Methode mit dem poetischen Stil führt er uns in diesen letzten Schriften die alten Gestalten vor, mit welcher er sich sein Leben lang befaßt, Männer der Aufklärung und des Liberalismus. Es ist, als ob er alle seine Kräfte nochmal zusammennehmen wollte, um den verhaßten Gegnern, die mehr als je das öffentliche Leben beherrschen, einen Stoß zu versetzen".

XXXVI.
Zur Geschichte des Anarchismus.
IV.
(Schluß.)

Unbehindert von der revolutionären Regierung setzten russische und deutsche Bolschewisten in Wort und Schrift ihre Propaganda fort; sie hetzten auf zu Mord und Plünderung und empfahlen alle bolschewistischen Rezepte, besonders die Unterdrückung aller bürgerlichen Blätter.

Einige Proben aus den Brandreden der Münchener Bolschewisten mögen genügen.

In einer bolschewistischen Soldatenversammlung in München am 21. November 1918 verbreitete sich der Anarchist Sontheimer über das Thema: „Allen gehört Alles."

Er forderte die Abschaffung alles Privateigentums. Die revolutionären Soldaten haben nicht das private Eigentum zu



beschützen. Wenn die Kriegsanleihen, auch der kleinen Leute, verloren sind, hat Redner kein Bedauern. Wer Geld übrig hat zum Menschenmorden, der soll es verlieren! Wenn es einen Herrgott gab oder gibt, dann war er schon der erste Kommunist. Den Generälen hätten die Soldaten kurzer Hand die Hirnschale mit dem Kolben einschlagen sollen, ehe sie sich zur Schlachtbank treiben ließen.

Kommunismus bedeutet Wohlstand für alle! Sontheimer verzichtet auf den Himmel, weil er nicht immer in Gesellschaft von Betschwestern und Pfaffenknechten sein will. Dem Herrn im Himmel müssen die Menschen den wohlverdienten Fußtritt versetzen und ihm den Laufpaß geben. Um den Abfluß des Geldes ins Ausland zu verhindern, sollte man alles bisherige Geld sofort außer Kurs setzen. Die Enteignung von Fabriken muß zunächst eintreten. Die Expropriation der Expropriateure und die Abschaffung alles privaten Eigentums muß folgen. Wir wollen kein Recht auf Arbeit, sondern ein Recht auf Nahrung, Kleidung und Obdach und alle Kulturgüter. Wenn man lebt, um zu arbeiten, ist das eine Krankheit. Der sechsstündige Arbeitstag ist lange genug, es liegt auch nichts daran, wenn alle nur drei Stunden arbeiten. Ein Staatswesen, in dem nicht jeder so viel verdient, daß er leben kann, muß vernichtet werden. Die Pensionierung der Offiziere war nur eine Prämie auf ihre Dummheit. Wenn die neue Staatsform nicht jedem Menschen das Wohlergehen im Alter sichern kann, dann muß ein zweitesmal Revolution gemacht werden. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns, und wie man mit dem verfährt, das habt ihr im Kriege gelernt. Die Titel und Auszeichnungen müssen abgeschafft werden, das Polizeigebäude hätte am ersten Tage gestürmt werden müssen. Wenn die Herren der geheimen Polizei in eure Hand fallen, dann wißt ihr, wie ihr sie behandeln müßt. Die Weltrevolution kann nicht ohne Waffe gemacht werden, hätte ich Waffen, ich würde sie nicht aus der Hand geben. Unser Offiziersstand ist der unkultivierteste, der rückständigste. Die Kirche ist die Geburtsstätte der geistigen Erniedrigung, sie muß beseitigt werden. Die „tonsurierten Gauner"



waren immer die Zuhälter der Machthaber, bewußte Betrüger. In wenigen Tagen wird die Trennung von Kirche und Staat bei uns folgen, man muß die Kirchenvermögen beschlagnahmen. Die Kirchen müssen Gemeingut aller Menschen werden, auch für Freidenker zu Versammlungen zur Verfügung stehen. Das Individuum muß sich ebenfalls von der Kirche trennen. Die Tempel müssen Paläste der Aufklärung werden, oder sie müssen niedergerissen werden.

In der Sitzung des provisorischen Nationalrates zu München am 30. Dezember 1918 führte der unabhängige Sozialdemokrat Fritz Schröder aus:

Heute lautet die Frage: Kapitalismus oder Sozialismus? Es kann Momente geben in diesem Kampfe, wo man nicht ganz einwandfrei demokratisch handeln kann. Wenn ich zu wählen habe zwischen Demokratie und Sozialismus, wähle ich den Sozialismus, selbst auf die Gefahr hin, weniger demokratisch zu handeln. Die Mehrheitssozialdemokratie ist schuld an der viereinhalbjährigen Dauer des Krieges. Es gibt kein Paktieren mit der bürgerlichen Gesellschaft, es gibt da nur Kampf auf Leben und Tod. Den reaktionären Herren wird zu viel Freiheit gestattet, damit muß aufgeräumt werden. Den Herren muß einmal beigebracht werden, was Diktatur ist. Der Kampf muß von den Sozialisten nur nach rechts, gegen alle bürgerlichen Parteien geführt werden, der Kampf auf Leben und Tod. Die Nationalversammlung ist der einzige Ausweg der Reaktion. Um sehr weitgehende Eingriffe in das Wirtschaftsleben kommen wir nicht herum, die Enteignung muß so weit wie möglich vorgenommen werden. Wir müssen lieber etwas mehr Unruhe in den Kauf nehmen und entschlossenen Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen, um ihr die Machtmittel aus der Hand zu nehmen. Auch Schröder unterschreibt die auf Einschränkung der Preßfreiheit gerichteten Forderungen Landauers. Das Preßmonopol muß unter allen Umständen beseitigt werden, sonst ist wahre Demokratie unmöglich. Nehmen wir kurz vor der Wahl der bürgerlichen Gesellschaft die ganze Presse, nehmen wir ihr



die ganzen staatlichen und kirchlichen Machtmittel, in vier Wochen ist das Volk ganz anders.[1])

Was die Bolschewisten in Deutschland erreichten, haben die Kämpfe in einer ganzen Reihe von Städten gezeigt. In Berlin kam es Weihnachten 1918 und zweite Januarwoche 1919 zu blutigen Schlachten, bei welchen sich ganze Divisionen mit Kanonen, Minenwerfern und Flammenwerfern beteiligen mußten. In Hamburg, Bremen, Braunschweig, Düsseldorf usw. gelangte die Anarchie zur Herrschaft. Alle bürgerlichen Zeitungen wurden unterdrückt. In den Kohlenzechen löste ein Streik den andern ab, wobei russisches Geld und polnischer Radikalismus mächtige Hilfe leisteten. Viele Zechen und Fabriken wurden gewaltsam stillgelegt. Arbeitsscheu und Arbeitslosigkeit richteten ungeheure wirtschaftliche Verheerungen an, und es ist jetzt (Ende Januar) noch kein Ende der Kämpfe und Verwüstungen abzusehen.

Die Furchtbarkeit der Lage zeigt ein Aufruf der Berliner Regierung vom 8. Januar 1919, in dem es heißt:

„Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen, seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben, die Presse unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind in die Stätten blutiger Kämpfe verwandelt, andere sind schon ohne Wasser und Licht, Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und der Zivilbevölkerung wird unterbunden. Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für alle Mal zu verhindern."

Am 14. Januar 1919 veröffentlichte der Vorwärts (Berlin) das Faksimile einer Erklärung, die am 6. Januar abgefaßt und unterzeichnet worden vom „Revolutionsausschuß",

1) Neues Münchener Tagblatt, 31. Dezember 1918.



nämlich von Liebknecht, Ledebour und Scholze. Die Erklärung lautet:

„Kameraden, Arbeiter! Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß, der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (unabhängige sozialdemokratische Partei und kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Kameraden! Arbeiter! Schließt euch den Maßnahmen des Revolutionsausschusses an. Berlin, den 6. Januar 1919. Der Revolutionsausschuß. J. V.: Ledebour, Liebknecht, Scholze."

Für den abwesenden Ledebour hatte Liebknecht unterzeichnet. Aus dieser Urkunde ergibt sich, daß die unabhängigen Sozialdemokraten und die Spartakisten am 6. Januar eigentlich die Reichsregierung formell abgesetzt und die Regierungsgeschäfte übernommen hatten.

Wie früher bei anarchistischen Ausschreitungen hat auch hier in Berlin die Revolution ihre eigenen Kinder aufgefressen. Sozialisten kämpften gegen Sozialisten. Die Führer der Bolschewisten, der halbwahnsinnige Liebknecht und die exaltierte russische Jüdin Rosa Luxemburg wurden in den Januarkämpfen erschossen bezw. erschlagen.

Zum Schluß noch ein Wort über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Bolschewismus.

Im Dezember 1918 verbreitete die sozialdemokratische Parteileitung in München in vielen tausenden Exemplaren ein Flugblatt mit dem folgenden Wortlaut:

Sozialismus und Demokratie oder Bolschewismus und Anarchie? Der neue bayerische Justizminister Timm, der seit Jahren in der Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in führender Stellung tätig war, äußerte sich am 22. November (1918) in einer Rede über die Gefahr des Bolschewismus folgendermaßen:

Wir deutsche Sozialdemokraten haben der russischen Freiheitsbewegung stets die allergrößte Sympathie entgegengebracht. Wir hegen aber die ernste Besorgnis, ob die Methoden des



Bolschewismus endgültig zum Siege führen werden. Fragen wir uns doch ehrlich, was hat der Bolschewismus in Rußland bisher erreicht? Der Notstand ist nach einjähriger Dauer seiner Herrschaft schlimmer wie unter dem Zarismus. Die Arbeiterbevölkerung in Petersburg ist von über 300000 auf 75000 gesunken. Von der Hungersnot getrieben sind 225000 aufs Land hinaus gewandert, um sich notdürftig zu ernähren. Zum Jahrestag der Revolution waren 12000 Bauern nach Petersburg geladen, um die Befreiung mitzufeiern. Sie fanden entsetzliche Zustände vor und kaum das Nötigste, um sich zu ernähren. Wir deutsche Sozialdemokraten, die wir von Karl Marx gelernt haben, daß auf dem Gegebenen aufzubauen ist, müssen uns deshalb gegen jede Anwendung bolschewistischer Methoden in Deutschland auf das entschiedenste wehren. Nichts wäre gefährlicher, als wie auf dem Trümmerhaufen unserer gegenwärtigen Verhältnisse fantastische Experimente durchzuführen, die den sicheren Zusammenbruch bedeuten. Es wäre das ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse, die als erste die Wirkungen solcher Experimente zu spüren bekäme. Würden die Fäden der deutschen Ernährungsorganisation durch eine innere Auflösung zerrissen werden, so würde das die allergrößte Katastrophe bedeuten, die wir bis jetzt erlebt hätten, und keine Regierung, gleichviel welcher Richtung, würde imstande sein, die Verhältnisse meistern zu können, das arbeitende Volk aber hätte die Wirkungen einer solchen Katastrophe zu büßen. Das deutsche Volk will endlich den langersehnten Frieden, und diesen Frieden kann es nicht erhalten, wenn es zu einer inneren Auflösung kommt. Werden Versuche mit der sogen. Diktatur des Proletariats gemacht, versucht man es, die bolschewistischen Methoden auf Deutschland anzuwenden, so liegt es klar auf der Hand, daß damit das Interesse des ganzen deutschen Reiches auf das ernsteste gefährdet wird. Denn wie der Ausgang auch sein wird, darüber besteht kein Zweifel: die Sieger haben bündig erklärt, wenn es dem deutschen Volke nicht selber gelingt, die Ordnung seiner inneren Verhältnisse herzustellen, dann werden sie diese Aufgabe übernehmen. Das bedeutet mit

anderen Worten, daß die Ententeheere in Deutschland einziehen werden, um die Ordnung herzustellen. Abgesehen davon, daß alles unnötige Blutvergießen nach diesem entsetzlichen Weltkriege vermieden werden sollte, wäre es eine Schmach für uns Deutsche, wenn die Ordnung in unserem Lande erst vom Auslande kommen müßte. Niemand kann ein Interesse daran haben, daß nach den entsetzlichen Folgen des Weltkrieges Deutschland sich in Einzelstaaten, die für sich abgeschlossen sind, auflöst. Wenn aber auch durch terroristische Methoden Berlin ein gesondertes Verfahren wählt, das von den übrigen Teilen Deutschlands als zersetzend betrachtet werden muß, so wird damit die Einheit Deutschlands auf das allerschwerste gefährdet. Denn die Wirkung müßte sein, daß die übrigen Teile Deutschlands sich ihrer organischen Fortentwicklung wegen von einer solchen wahnsinnigen Politik lossagen müßten. Es ist deshalb zu hoffen, daß bei ruhiger Überlegung die besonnenen Elemente alles aufbieten werden, um nicht die Einheit des Deutschen Reiches zu zerstören. Der Terror ist und bleibt ein reaktionäres Mittel, möge er angewendet werden von unfähigen und verbrecherisch veranlagten Autokraten oder möge er angewendet werden von einer Minderheit des Volkes, die damit ideologische Ziele verfolgen will. In jeder großen Volksbewegung finden sich genügend unsaubere Elemente, die aus eigensüchtigen Gründen im Trüben fischen wollen. Wie die Not des Krieges von gewissenlosen Menschen zu ihrer persönlichen Bereicherung ausgenützt worden ist, so findet sich jetzt schon eine genügende Anzahl von Personen, die die Revolution zu ihren eigensüchtigen Zwecken ausnützen möchten. Besonders der deutschen Arbeiterklasse, die in erster Linie die leidtragende sein wird, kann nicht warnend genug zugerufen werden: Hütet Euch vor falschen Freunden! Demokratisches Mißtrauen ist immer die höchste Tugend gewesen; erst recht muß dieses Mißtrauen in der gegenwärtig gärenden Zeit geübt werden, weil es sich um das Ganze handelt. Es bleibt deshalb nur der eine Weg, im Reich wie in den Bundesstaaten durch Anteilnahme des ganzen Volkes, sobald nur irgend die Voraussetzungen dazu gegeben sind, durch



ordnungsgemäße Wahlen die Volksvertretungen zu schaffen, die dann die Verfassung des Deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten festzulegen haben. Je eher dies geschehen kann, um so besser!

Philipp Scheidemann, der langjährige Führer der Sozialdemokratie im Reichstag, der jetzt als Volksbeauftragter Mitglied der neuen Revolutionsregierung ist, schreibt im „Vorwärts", dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in der Nummer vom 24. Nov. 1918 folgendes: Mit großem Bedauern muß festgestellt werden, daß viele ungenügend informierte Männer und Frauen die Gefahr des Bolschewismus nicht erkennen und ihm bewußt oder unbewußt Vorschub leisten. Spartakus ist nichts anderes als der Schrittmacher des Bolschewismus. Der Bolschewismus hat das unglückliche Rußland vollends zugrunde gerichtet. Der russische Bolschewismus arbeitet in der rücksichtslosesten Weise gegen alles und jedes, was nicht mit ihm ist. Die bei uns während des Krieges ausgeübte Zensur war eine kindliche Spielerei im Vergleich zu der Presseknebelung in Rußland. In dem bolschewistischen Experimentierland der Herren Lenin und Radek hungert, friert und leidet das arme Volk viel mehr als unter der schlimmsten Schreckensherrschaft irgend eines der Blutzaren. Rußlands Handel und Industrie sind ruiniert — was bedeutet der Industrialismus in Rußland, wenn man ihn vergleicht mit Deutschlands hochentwickelter Wirtschaft? Eine Kleinigkeit! In Deutschland gibt es hundertmal mehr zu zerstören als in dem unglücklichen östlichen Nachbarlande. In unserem Reiche also würden Elend und Not dementsprechend größer werden als in Rußland, wenn der Bolschewismus die Oberhand gewänne. Unsinn zu behaupten: „Bolschewismus ist Sozialismus". Sozialismus ist planmäßig zur höchsten Produktivität gesteigerte Arbeit, Bolschewismus ist Desorganisierung der Arbeit und, weil nur die Arbeit Werke schafft, Verelendung. Im Interesse des Sozialismus, für den wir arbeiten und kämpfen, können wir gar nicht deutlich genug sagen, daß er etwas ganz anders ist als Bolschewismus. Die sozialdemokratische Regierung kann gegen



die Bolschewisten nicht mit bolschewistischem Terror arbeiten, aber sie hat die Pflicht, das Volk auf die ungeheuren Gefahren des Bolschewismus aufmerksam zu machen. Bolschewismus heißt Zertrümmerung des Reichs, Zerstörung unserer Industrie, Vernichtung unseres Handels, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend in schlimmster Weise. Wer helfen will am Auf- und Neubau des Reiches, der stelle sich an die Seite der sozialistischen und republikanischen Regierung, die entschlossen ist zu tun, was menschenmöglich ist, um unserem Volke eine bessere Zukunft zu sichern. Aktionsausschuß für den freien Volksstaat Bayern. Martin Zizler.

Aus diesem Flugblatt spricht deutlich die Angst des Vaters vor dem ungeratenen Sohn.

Akzeptieren können wir aus demselben die Schilderung des Bolschewismus und seiner Verheerungen, die, wie treffend hervorgehoben wird, in Deutschland mit seiner unvergleichlich größeren nnd höher entwickelten Industrie sich naturgemäß noch viel furchtbarer gestalten müßten. Durchaus abzulehnen ist die Läugnung des inneren und äußeren Verhältnisses der Sozialdemokratie zum Bolschewismus.

Der Bolschewismus fußt auf denselben Grundsätzen, wie die Sozialdemokratie; beide berufen sich auf denselben Vater, nämlich Karl Marx,[1]) beide sind gewachsen durch die Untergrabung jeder Autorität, die Verhetzung der Massen und die Zermürbung der Armee. Mit demselben Recht, aber auch mit demselben Unrecht haben beide die Revolution in Szene gesetzt.

Jetzt wo der ungeratene Sohn dem Vater an den Hals springt, rufen die sozialdemokratischen Führer: Mordio! Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, daß die von ihnen aufgepeitschten Massen vor ihrem Kragen Halt machen werden; sie täuschen sich, wenn sie meinen, es genüge nur, die Massen aufmerksam zu machen auf die Torheiten, Ausschreitungen

1) Lenin nimmt in seiner Schrift Staat und Revolution (Bern 1918) die alleinige Folgerichtigkeit aus den Marxistischen Grundsätzen für seine Partei in Anspruch.

und Verbrechen des Bolschewismus; sie irren, wenn sie sich stellen, als könnten sie doch nicht mit Terror den Terror niederhalten. Nein nicht mit Terror sollen sie Ordnung schaffen, sondern mit den Mitteln des Staates, dessen Leitung sie sich widerrechtlich bemächtigt haben. Aber hier versagen sie.

Die Position der Sozialdemokratie ist in Wirklichkeit bereits verloren. „Manche überzeugte Anhänger der jetzigen (sozialdemokratischen) Regierung prophezeien mit einer ebenso hellseherisch sicheren, wie fatalistisch ergebenen Gewißheit, daß wir dem Schicksal Rußlands bis in diese bolschewistische Anarchie hinein nicht entgehen können." So wird in Naumanns „Hilfe" vom 12. Dezember 1918 ausgeführt, und als Grund gibt derselbe Verfasser an die falsche Toleranz und die schwächliche Unschlüssigkeit der sozialdemokratischen Machthaber. Dafür sei der letzte Grund: es fehle eben der Mut des guten Gewissens und die entschlossene Festigkeit des Verantwortlichkeitgefühls. Unrecht hat noch immer den eigenen Herrn gestraft!

XXXVII.

Parlamentarismus und Bundesstaat.

Kritik des zweiten Entwurfes der deutschen Reichsverfassung von L.

> „Placés au milieu d'un fleuve rapide, nous fixons obstinément les yeux vers quelques débris qu'on aperçoit encore sur le rivage; tandisque le courant nous entraîne et nous pousse à reculons vers les abîmes."
>
> Tocqueville, de la Démocratie en Amerique, Introduction.

Die dem Staate als solchem innewohnende Tendenz zur strafssten Vereinheitlichung und zur schrankenlosesten Allmacht erfährt, indem sie mit der allgemeinen Entwicklungs-



richtung der modernen Kultur zusammentrifft, zugleich eine starke Förderung und Hemmung. Auf der einen Seite kommt das Fehlen einer objektiv bindenden Einordnung des Staatszweckes in ein System der Zwecke und Werte, der Wegfall einer teleologischen Begründung des Staates, jener Tendenz nicht minder entgegen wie die fortschreitende *Demokratisierung* des Verfassungslebens. Wird der Staatswille als eine Synthese einer ungeheueren Vielzahl von Einzelwillensrichtungen erzeugt, so liegt darin nicht nur an sich eine außerordentliche Kräftigung der Staatsgewalt, sondern auch eine beängstigende Allgegenwart der Staatsmacht, wie sie auch der schroffste Despotismus nicht zu verwirklichen vermag. Die Gefahr, daß uns gerade die Demokratie zwar „sehr gleich, aber gleich geknechtet“ macht, die Gefahr, daß jeder Schritt, den die Nationen zur Gleichheit machen, sie dem Despotismus näher bringt (Tocqueville), besteht und bedroht so das zweite grundlegende moderne Kulturideal, die *Freiheit*. Da nun — entsprechend dem Wegfall einer objektiven Rangordnung der Werte — der Freiheitsbegriff rein formell gefaßt wird, so kann die Lösung jener Antinomie von Demokratie und Freiheit nur in der Form einer *innerstaatlichen Bindung der Staatsgewalt* liegen. Anknüpfend an die Mannigfaltigkeit der verschiedenen Staatsaufgaben oder auch an die Mannigfaltigkeit der Staatsorgane als solcher, zerlegt man die Staatsgewalt in eine Vielheit von Kräften, die sich einander hemmen, begrenzen und beschränken. Die Mechanik des modernen Verfassungslebens beruht so auf der Bindung differenzierter, zu einer dynamischen Einheit zusammengefaßter Kräfte, auf der Herstellung eines inneren Gleichgewichts verschieden gerichteter Funktionen. Je nach der Form dieser Trennung und Bindung der Staatsgewalt ergeben sich bestimmte *Typen* von Demokratien: die gewaltentrennende, unmittelbare und parlamentarische Demokratie.

Die *gewaltentrennende*[1]) Demokratie (Vereinigte

1) Hatschek, Allgemeines Staatsrecht.



Staaten von Nordamerika) scheidet mit Montesquieu die drei Funktionen der Legislative, Exekutive und Rechtsprechung. Die Organe dieser drei Tätigkeitsgebiete werden völlig unabhängig von einander bestellt; das trotzdem drohende Übergewicht der Legislative wird durch das Zweikammersystem und durch Verbindung des schwächeren Teiles der Legislatur mit der Exekutive ausgeglichen. Die unmittelbare Demokratie beruht — wenn man von der mystischen Einkleidung ihrer von Rousseau stammenden staatsphilosophischen Ideen (volonté générale) absieht — auf einem Zurückgehen auf die Quelle der demokratischen staatlichen Willensbildung, d. h. auf die nur in der allgemeinen Staatsform rechtlich organisierten Willenseinheiten. Die innere Bindung der Staatsgewalt geschieht hier durch dauernde oder vorübergehende Ausschaltung der besonderen verfassungsrechtlichen Organisationen (Vertretungskörper und Einzelrepäsentanten), die als Träger und Organe der Staatsgewalt zu einer unbilligen Ausdehnung der Staatsmacht neigen. An ihre Stelle tritt das „Volk", d. h. die lediglich in der staatlichen Einheit zusammengefaßte, aber im Übrigen ungeheuer mannigfaltige Vielheit der Wahlberechtigten als eigentlicher Träger und zugleich als Schranke der Staatsgewalt. Es liegt demnach der Idee der unmittelbaren Demokratie die Überzeugung zu Grunde, daß nur die organisatorisch und programmatisch erstarrten Staatsorgane (Vertretungskörper, Bürokratie, Parteien) eine Gefahr für die individuelle Freiheit darstellen, nicht aber der gleichsam flüssige und dynamische Zustand der unmittelbaren „Volkssouveränität", die auch allen geschichtlichen, ethischen, sozialen Mächten den Weg öffnet, die nicht mehr oder noch nicht zur staatlichen Anerkennung gekommen sind. Beide Formen der Demokratie, die gewaltentrennende und die unmittelbare, sind sachlich wie historisch wohl vereinbar mit der Idee des Bundesstaats; bei beiden zeigt bereits der einzelne Staatsorganismus eine ausgesprochen föderalistische Struktur, eine dezentralistische Tendenz. So rechtfertigt schon die „Bibel des demokratischen



Geistes", der „Federalist" (Chap. 5) die Union mit der Erwägung, daß die parlamentarischen Körper der Einzelstaaten etwaige Übergriffe der Unionsregierung viel eher bemerken und wirksamer hindern würden, als wenn die Union lauter Einzelnen gegenüberstünde.[1]) Darum ist auch in den Vereinigten Staaten wie in der Schweiz die staatliche Selbständigkeit der Gliedstaaten das Palladium, an das niemand zu tasten wagt.

Auch die parlamentarische Demokratie strebt Schranken und Bindungen der Staatsgewalt an; dies allerdings nicht kraft ihres innern Wesens, das gerade auf der Vorherrschaft des Parlaments beruht. Ihr eigentliches Kernproblem ist nicht die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Freiheit, so bedeutsam auch historisch der Parlamentarismus unter diesem Gesichtspunkt gewesen sein mag, sondern das Problem des demokratischen Führertums; ihr leitender Gedanke ist der Wille der größten Zahl und das Gesetz der Mehrheit (Prevost-Paradol, La France nouvelle chap. I). Dennoch beruht der Idealtypus auch der parlamentarischen Demokratie auf der Herstellung eines innern Gleichgewichts der Gewalten. „Die erste Bedingung für eine normale Funktion des parlamentarischen Regimes ist die, daß Parlament und Regierung gleiches Ansehen und Einfluß haben."[2]) Das Bild, das sich unter Zugrundelegung dieser Forderung von dem Parlamentarismus ergibt, würde etwa folgende Züge aufweisen:[3]) Eine doppelte Bindung beschränkt Kabinett und Parlament; das Kabinett darf sich

---

1) Ähnlich Montesquieu, Espr. des Lois IX; Roscher, Politik 453 (2 Aufl.): „Weil die Hauptgefahren demokratischer Ausartung mit einer übertriebenen Zentralisation und Vielregiererei zusamenhängen . . ., so hat man oft bemerkt, daß Bundesstaaten eine gesunde Demokratie länger behaupten als geschlossene Einheitsstaaten."

2) Duguit, Traité de droit constitutionel, 1911, Tome I, 411.

3) Redslob, die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und unechten Form, 1918.



nicht in Widerspruch zur Parlamentsmehrheit setzen; das Parlament darf nicht der Regierung seinen Willen aufzwingen. Es bestimmt das Parlament die allgemeine Politik und das Ministerium regiert selbständig in dem so gesteckten Rahmen. Da beide Teile, Legislative wie Exekutive, hier notwendig ineinander übergreifen, so ergeben sich Konflikte, und damit die Notwendigkeit der Schlichtung durch eine höhere Gewalt, das Volk, dem beide Gewalten verantwortlich sind. Das Mittel der Konfliktsschlichtung ist die Volksbefragung, die die Exekutive durch die Auflösung unmittelbar, die Kammer durch ihre parlamentarischen Machtbefugnisse mittelbar herbeiführen kann. Das Korrelat der Ministerverantwortlichkeit ist so die Kammerauflösung. Dem Staatsoberhaupt fällt hiebei die doppelte Aufgabe der Ministerernennung und der Kammerauflösung zu. „Das parlamentarische Regime ist gleich einer Wage; das Staatshaupt hält sie in Händen; die beiden Platten sind Kabinett und Parlament. Die Schwerkraft ist der Volkswille. Das Staatshaupt soll das Gleichgewicht herstellen.“ (Redslob.)

Die Herstellung eines solchen Gleichgewichts zwischen Legislative und Exekutive erheischt nun aber eine Reihe von soziologischen, historischen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, die keineswegs allerwärts gegeben sind. In erster Linie steht das Erfordernis einer außerkonstitutionellen politischen Organisation der Wählermassen in Form festgefügter, dauernder, wohldisziplinierter **Parteien**. Wo es, wie im romanischen Parlamentarismus, an fest organisierten Parteien fehlt, verliert die Exekutive von vornherein allen Einfluß;[1]) die parlamentarische Mehrheitsbildung wird zum Hauptproblem der Regierung, deren ganze Kraft und Tätigkeit sich darin erschöpfen muß. Die Kammer, abhängig von allen möglichen persönlichen und partikularen Einflüssen, ist ein Chaos parlamentarischer Gruppierung „beweglicher Sand“,

1) Laveleye, Le Gouvernement dans la démocratie, Tome II, Livre X.

in dem keine dauerhafte Regierung wurzeln kann. Die Folge ist jene oft getadelte Kurzlebigkeit der Kabinette, die um so schädlicher ist, je umfassender die Verwaltungsaufgaben des modernen Staates sind und je wichtiger die Kontinuität der Verwaltung auf einzelnen Gebieten (äußere Politik, Heereswesen) ist. Nur wo die Organisation der Parteien soweit gediehen ist, daß sie im Innern die staatlichen Gesamtfunktionen bereits ausgebildet haben und lediglich gleichsam das außerkonstitutionelle Gewand mit der verfassungsrechtlichen Form zu vertauschen brauchen, wo also ein festes Regierungsprogramm, eine allseitig anerkannte Parteileitung, die Fähigkeit und der Wille zur Übernahme der Staatsgeschäfte vorhanden ist, nur da ist die Selbständigkeit der Exekutive einigermaßen verbürgt; nur dann ist das Kabinett nur in den großen Zügen des Programms nicht aber in Einzelfragen vom Parlament abhängig. Ob der Dualismus der Parteien begriffliche oder auch nur tatsächliche Voraussetzung für eine derartige Ausreifung der außerkonstitutionellen Organisation ist, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls nähert sich ein auf die Koalitionspolitik aufgebautes parlamentarisches System trotz straffer Organisation der Einzelparteien um so mehr dem romanischen Typ des Parlamentarismus, je größer die programmatischen Unterschiede der Koalitionsparteien und je kleiner so die Möglichkeit eines positiven Koalitionsprogramms ist. Auch die weitere Frage, ob der Dualismus der Parteien oder die Koalitionspolitik mehr im Sinne einer inneren Binduug der Staatsgewalt wirkt, ist keineswegs leicht zu entscheiden. Die fortwährend gegebene Notwendigkeit, mit einem Sieg der Gegenpartei rechnen zu müssen, schränkt Willkürgelüste der Parteien wohl nicht weniger ein als der Zwang zu gegenseitigen Konzessionen, der im Interesse der Aufrechterhaltung der gemeinsamen Herrschaft erfolgt, oder gar das Verantwortlichkeitsgefühl einer einzigen über eine sichere und bleibende Mehrheit verfügende Partei.

Wie auch immer diese tatsächlichen Verhältnisse für die



parlamentarische Demokratie liegen, jedenfalls besteht für sie die Antinomie, daß sie im Interesse der Bindung der Staatsgewalt Organisationen erzeugen muß, denen die Tendenz der maßlosen staatlichen Vorherrschaft notwendig innewohnt. Das allgemeine Problem der Herstellung des staatlichen Gleichgewichts nimmt also für den Parlamentarismus die Form der Errichtung von Schranken gegen die Parteiherrschaft mit allen ihren oft erörterten Nachteilen an. Man ist gewohnt auch im modernsten englischen Parlamentarismus die Verwirklichung der parlamentarischen Grundforderung des Gleichgewichts zwischen Exekutive und Legislative zu zu sehen. Unter den Gründen, in denen die Unabhängigkeit des englischen Kabinetts wurzelt, steht aber in erster Linie die Tatsache, daß es der demokratischen Parteiorganisation („Caucus") bisher nicht gelungen ist, die Machtstellung der „leaders" zu erschüttern.[1]) „Wäre, so sagt Ostrogorski, der Boden Englands gleichmäßiger und demokratischer, so wäre der Siegeslauf des „Caucus" wahrscheinlich nicht aufgehalten worden; eine der größten englischen Kolonien, Australien, das frei ist von den sozialen Traditionen des Mutterlandes . . . liefert uns dafür den Beweis. Die bestorganisierte und mächtigste Partei, die Arbeiterpartei, hat sich dort auf der Grundlage des „Caucus" gebildet; ihre Organisation stützt sich auf die überall verbreiteten „Labour leagues" und findet ihre Sitze in einer Parteiorganisation des Parlaments; dank dieser ist das parlamentarische Regime ein bloßer Schein geworden. Die Parteichefs und das Kabinett . . . sind nur ein „phonographe du caucus"; das Ministerium ist völlig seiner Unabhängigkeit und seiner Verantwortlichkeit entkleidet worden. Die Parlamentsdebatten sind eine reine Formalität; alles ist im voraus im „Caucus" entschieden; hat dieser ein Gesetz angenommen, so kann es durchaus als vom Parlament angenommen gelten."[2]) In

1) Ostrogorski, La Démocratie et les partis politiques, 2. Aufl. Paris 1912, 1—4. Buch.

2) An gleicher Stelle S. 287.



England aber vermochte der „Caucus“ seine Macht nicht auf die höchsten Parteihäupter auszudehnen; er hat sie vielmehr stillschweigend anerkannt.

In zweiter Linie ist es die verfassungsrechtliche Entwicklung, die die Unabhängigkeit des englischen Kabinetts vom Parlament begünstigt. Zwar ist die eine Schranke, die die Demokratie gegen die Allmacht der Legislative errichtet, die zweite Kammer, durch die „Parliament Bill“ nahezu bedeutungslos geworden. Um so wirksamer aber ist eine andere Beschränkung, die Unterwerfung des Parlaments unter den Willen der „Nation“, des „Volkes“. Eine solche Unterwerfung ist aber im parlamentarische System nur möglich, wenn ein unabhängiges Organ vorhanden ist, das über die Ausführung der Volksbefragung entscheidet; es ist das englische Staatshaupt, dem die Befugnis der Kammerauflösung zusteht. So bildet sich seit Pitt ein Gewohnheitsrecht aus, daß das Volk bei jeder wichtigen politischen Angelegenheit und bei jedem Ministerwechsel befragt wird.[1]) Auch in Frankreich hat formell das Staatshaupt ein Auflösungsrecht, aber als Geschöpf der Legislative, die ihn wählt, ist er durchaus von dieser abhängig; tatsächlich ist es denn auch nur ein einziges Mal (1877, Mac Mahon) zur Kammerauflösung gekommen. Ebenso ist auch das Veto-Recht des Präsidenten praktisch bedeutungslos. Die Minister sind lediglich dem Parlament gegenüber verantwortlich. Das Volkshaus ist in Wahrheit allmächtig.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich die Gesichtspunkte für die Beurteilung des **deutschen Parlamentarismus**, wie er in den beiden Regierungsentwürfen gleichlautend vorgeschlagen worden ist. Was zunächst das erste Problem des parlamentarischen Regimes, die Frage der vollkommenen außerkonstitutionellen Organisation der Wähler in den Parteien anlangt, so ist wohl zweifellos, daß das Erfordernis der straffen Gliederung und Disziplinierung der Parteien in

---

1) Redslob 35 f., 136 f.

Deutschland im großen und ganzen gegeben ist, allerdings mit zwei wesentlichen Einschränkungen. Zum ersten fehlt es in Deutschland vorerst noch an ausgebildeten Leadern d. h. Persönlichkeiten, die nicht nur zur Parteileitung sondern auch im Rahmen der Parteiregierung zu Staatsleitern hinreichend befähigt sind. Man mag mit Max Weber an eine erzieherische Wirkung des Parlamentarismus in diesem Punkte glauben; jedenfalls ist bis jetzt das Bild auch in der neuen Nationalversammlung nicht durchweg erfreulich. Die Berufung auf die englische Entwicklung aber darf nicht vergessen machen, daß die Ausbildung der „leader" keineswegs ausschließlich auf demokratische Motive zurückgeht. Zum zweiten fehlt die Gewißheit, ob die deutschen Parteien und ihre Anhänger nicht nur die zur Aufrechterhaltung der Partei erforderliche Parteidisziplin, sondern auch die nach der Übernahme der Regierung durch eine Partei notwendig werdende „Staatsdisziplin" besitzen. Mancherlei Anzeichen der letzten Entwicklung lassen daran zweifeln. Die sich aus dem Erfordernis der Dualität der Parteien ergebenden Probleme sind vorerst durch die Tatsache, daß die ungeheure außen-, innenpolitische und wirtschaftliche Not der Zeit zu einer Koalitionspolitik führte, in den Hintergrund gedrängt worden. Die Möglichkeit aber besteht, daß auch das Koalitionsministerium, und zwar gerade wegen seines Koalitionscharakters, den gegenwärtigen Aufgaben nicht gewachsen ist; und es besteht die weitere Möglichkeit, daß dem deutschen Parlamentarismus überhaupt nur ein kurzes Dasein beschert sein werde. Sollte er sich trotz aller Stürme der Zeit behaupten, so wäre vor allem in Hinblick auf die Spaltungen im Sozialismus anzunehmen, daß seine künftige Enwicklung, soweit sie von der Struktur und Eigenart der Parteien abhängt, mehr in der französischen als in der englischen Richtung sich bewegen wird.

Verfassungsrechtlich strebt auch der Entwurf der deutschen Reichsverfassung nach englischem Vorbild eine Bindung des parlamentarischen Einflusses, ein Gleichgewicht zwischen



Exekutive und Legislative an. Die Stellung des Staatshauptes soll durch Gewährung einer Reihe von Rechten (auswärtige Vertretung, Oberbefehl über die Armee, Ernennung von Beamten und Offizieren, das Recht, den Reichskanzler und die Minister zu ernennen und abzuberufen, Vertagungsrecht gegenüber dem Reichstag 2c.), sowie hauptsächlich durch die plebiszitäre Bestellung und durch Verleihung des Rechtes der Auflösung gestärkt und gekräftigt werden. Dem Auflösungsrecht des Präsidenten entspricht die Befugnis des Parlaments, durch Volksabstimmung die Absetzung des Präsidenten zu erwirken. Ob indes durch alle diese Bestimmungen eine wirkliche Ausgleichung der Machtstellung von Präsident und Parlament erreicht ist, erscheint mehr als fraglich. Da der Parlamentarismus begrifflich auf dem Übergewicht des Parlaments beruht, kann jene Ausgleichung nicht auf dem Wege der Zuteilung materieller Kompetenzen, sondern nur durch Gewährleistung der formalen Unabhängigkeit der Stellung des Präsidenten beruhen. Denn lediglich in diesem Falle hat der Präsident im Konflikte die Macht, den Schiedsspruch der übergeordneten Instanz, des Volkes, anzurufen. In England ist die Unabhängigkeit des Staatshauptes in der verfassungsrechtlichen Stellung der Krone verankert, die trotz des Verlustes ihrer materiellen Kompetenzen nicht des Rechtes der Berufung an den eigentlichen Souverän (das Volk) beraubt werden kann. In der Republik bleibt nur die Wahl zwischen der plebiszitären und der parlamentarischen Bestellung. Die zweite Form macht von vornherein das Staatshaupt zum Werkzeug des Parlaments. Die erste Form führt dann zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn die eigentlichen Machtfaktoren bei der plebiszitären Wahl dieselben sind wie bei der parlamentarischen, wenn m. a. W. in beiden Fällen das Ergebnis von der Stellungnahme der Parteien als solcher abhängt. Das aber scheint bei den deutschen Verhältnissen wohl anzunehmen sein. Die Schwierigkeiten, die hier beim Problem des Staatshauptes der parlamentarischen Republik vorliegen, scheinen



vielen unlösbar; auf der einen Seite wird behauptet, daß die Ausgleichung der Gewalten nur bei monarchischer Staatsform möglich ist; auf der anderen Seite (gemeint sind hier die Theoretiker der französischen Verfassung der dritten Republik) wird gesagt, daß die Gewährleistung der vollen Unabhängigkeit des Präsidenten notwendig zur Monarchie oder zum Despotismus führen müsse.

Daß der Präsident bei seiner Bestellung von den Parteien abhängig ist, macht ihn noch nicht notwendig zu einem Werkzeug des Parlaments; er würde dies erst werden, wenn das Parlament auch die Macht hätte, ihn zu *stürzen*. In Frage kommt hier nicht das dem Parlament in der Verfassung eingeräumte Recht, durch Volksabstimmung mittelbar die Absetzung des Präsidenten zu erwirken, sondern die unmittelbare Befugnis, durch *parlamentarische* Mittel den Rücktritt des Staatshauptes zu erzwingen. Ein solches Recht hat aber der Reichstag Kraft der parlamentarischen Maxime, daß Reichskanzler und Reichsminister „zu ihrer Amtsführung des Vertraues des Reichstags bedürfen." Es kann der Reichstag daher alle Vorschläge des Präsidenten über die Kabinettsbildung ablehnen und kann durch diese Ablehnung die Stellung des Staatshauptes unhaltbar machen.[1]) Mithin ist zur Schlichtung eines Konflikts zwischen Staatshaupt und Parlament die Volksvertretung keineswegs genötigt, an das Volk zu appellieren; sie besitzt vielmehr schon aus eigener Machtbefugnis unter Umgehung des Schiedsspruchs des Volkes das Mittel, den Konflikt zu lösen. Absetzung des Präsidenten durch das Volk und Auflösungsbefugnis des Präsidenten sind aber Korrelate. Wo daher das Parlament den Präsidenten auch ohne Berufung aufs Volk absetzen kann, hat jener auch nicht die Macht, seinerseits zur Volksbefragung zu schreiten, d. h. die Kammer aufzulösen. Da

---

1) Vgl. den Präcedenzfall in der französischen Kammer, wo das Parlament in dieser Weise den Rücktritt des Präsidenten Grévy erzwang.



aus dem gleichen Grunde die Minister tatsächlich nur dem Parlament verantwortlich sind, wäre es praktisch wohl ausgeschlossen, daß das Staatshaupt die zur Rechtsgültigkeit der Auflösung erforderliche Gegenzeichnung eines Ministers erhalten würde. Aus all diesen Gründen ist anzunehmen, daß das formelle Auflösungsrecht des deutschen Staatshauptes ähnlich wie die gleiche Befugnis des französischen Präsidenten in Wirklichkeit bedeutungslos sein wird. Das Parlament wird so tatsächlich Alleinherrscher; das Volk ist nur souverän am Tage der regelmäßigen Wahlen. Die Staatsgewalt liegt nicht beim Volk, wie der berühmte auch in den zweiten Entwurf übernommene Artikel 2 der Verfassung sagt, sondern bei den Mehrheitsparteien des deutschen Reichstags.

Auch die Bestimmung, daß jeder einzelne Minister zurücktreten muß, wenn ihm der Reichstag das Vertrauen entzieht, wirkt in der gleichen Richtung, sofern der englische Grundsatz, daß das Parlament durch das Mißtrauensvotum nur ein Urteil „über das Gesamtverhalten des Ministeriums“,[1]) nicht aber über Einzelfragen abgeben darf, zu Gunsten der französischen Handhabung der parlamentarischen Rechte, also im Sinne einer außerordentlichen Erweiterung der Parlamentsrechte verlassen wird.

Mit der Allmacht des Parlaments ist nun aber der bundesstaatliche Charakter des parlamentarisch verwalteten Staates schlechterdings nicht vereinbar. Die zentralistische Tendenz eines solchen Staatengebildes hebt notwendig und kraft eines immanenten Entwicklungsgesetzes mit der föderalistischen Struktur der Staatsorgane auch die föderalistische Beschaffenheit des Staatsgefüges auf. Schon aus der gemäßigten und gebundenen Form des Parlamentarismus erwachsen dem Bundesstaat schwer überwindliche Schwierigkeiten; das legislative Übergewicht der Volkskammer gegenüber der föderativen Vertretungskorporation, die technische Schwierigkeit einer Doppelverantwortlichkeit des in erster

1) Lawrence Lowell, Die englische Verfassung 1912 I, 331.



Linie dem Volkshaus verantwortlichen Ministeriums, die grundsätzlich geforderte Abhängigkeit der gesamten Verwaltung vom Parlament: all das bedroht die bundesstaatliche Organisation aufs schwerste. Es war darum nur folgerichtig, wenn sich der erste Entwurf der deutschen Reichsverfassung[1]) zu einem strengen Unitarismus bekannte. Der zweite Entwurf, ein Kompromiß zwischen der früheren Reichsregierung, den Koalitionsparteien und dem Staatenausschuß (dem durch das Reichsgesetz über die vorläufige Reichsgewalt geschaffenen föderalistischen Organ), macht rein äußerlich betrachtet eine Reihe von Zugeständnissen an die bundesstaatliche Idee, hält aber im übrigen wie an der parlamentarischen Grundlage, so auch an der zentralistischen Gesamttendenz durchaus fest.

Im Vordergrund des Interesses steht die Ersetzung des im ersten Entwurf vorgeschlagenen „Staatenhauses“ durch den „Reichsrat“ als des förderalistischen Organs. Die nicht nur von politischer Seite, sondern auch von zahlreichen staatsrechtlichen Autoren (Anschütz, Gmelin &c.) geforderte Rückkehr zum Bundesratsprinzip ist damit an sich vollzogen. Selbst nach Jellineks durchaus vertragsfeindlicher Theorie ist der Bundesstaat eine Staatenverbindung, deren Teilnehmer stets die Staaten selbst sind, sodaß sie zugleich in ihrer Gesamtheit herrschen oder doch mitherrschen, als einzelne hingegen auf bestimmten Gebieten untertan sind. Die sich daraus ergebende Forderung, daß „die obersten Organe dieser Staaten entweder selbst Organe der höchsten Bundesgewalt sind oder diese erzeugen“ (Allg. Staatslehre 2. Aufl. 754) wurde im Preuß'schen Entwurf völlig beiseite geschoben. Wenn sich der neue Entwurf deshalb zum Delegationsprinzip bekennt, und die Gliedstaaten durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten sein läßt, so ist damit formell der bundesstaatliche Charakter des neuen Reiches gewahrt. Die materiellen Kompetenzen des Reichsrates sind indessen so spärlich bemessen,

1) S. oben Heft 4.

daß der Unterschied gegenüber dem ersten Entwurfe nur geringfügig ist. Die Anteilnahme der Gliedstaaten an der Exekutive beschränkt sich auf die Mitwirkung des Reichsrats bei den Ausführungsverordnungen der Reichsgesetze; ein entscheidender Einfluß auf die übrige Verwaltung steht den Gliedstaaten so wenig zu wie auf die Zusammensetzung der Regierung. Und dies, obwohl gerade der bundesratartige Charakter des förderalistischen Organs die Einführung einer Doppelverantwortlichkeit des Kabinetts, einer allgemeinen gegenüber dem Reichstag und einer besonderen, praktisch auf das Gebiet der Reichskompetenzen beschränkten gegenüber dem Reichsrat, technisch erleichtert hätte. Nicht einmal die in den parlamentarischen Bundesstaaten von Kanada und Australien gefundene Lösung, daß sich die Regierung aus Mitgliedern des Volkshauses und der Bundesvertretung zusammensetze, hat man aufgenommen. Das einzige Zugeständnis, das hier gemacht wurde, die Gewährung einer beratenden Stimme in Verwaltungsangelegenheiten, versagt naturgemäß in jedem Konflikt.

Die gesetzgeberischen Befugnisse des Reichsrats sind gleichfalls außerordentlich beschränkt. Zwar wird ihm eine Mitwirkung an der gesetzgeberischen Initiative eingeräumt, und damit — angesichts der parlamentarischen Entwicklung, die die Initiative zur ausschließlichen Prärogative der Regierung (bezw. der Parteien) macht und dem Parlament entzieht —, ein an sich bedeutungsvolles Recht. Dieses Recht aber wird ihm für den Ernstfall, d. h. für den Fall des Konflikts mit der Regierung wieder entzogen; die Regierung ist nämlich berechtigt, auch gegen den Willen des Reichsrats Gesetzentwürfe einzubringen. Nicht anders verhält es sich mit der Mitwirkung der Gliedstaaten bei der Gesetzgebung selbst; das suspensive Veto, das hier der Reichsrat hat, kann doppelt gebrochen werden; entweder durch Anrufung der Volksabstimmung, die demnach hier als eine Waffe des mit der Regierung verbundenen Parlaments gegen die förderalistische Körperschaft angesehen werden muß, eben deshalb auch trotz



der Allmacht des Parlaments vom Präsidenten gebraucht werden kann und naturgemäß in der Regel zu einem unitarischen Ergebnis führen wird. Oder aber durch einen zweiten Beschluß des Reichstags, sofern er die für die Verfassungsänderungen vorgeschriebene Mehrheit (Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln des Hauses) findet. Es ist dem Präsidenten nach dem Wortlaut des Entwurfes nicht nur die Entscheidung darüber freigestellt, welche Form der Lösung des Konfliktes er wählen will, sondern auch darüber, ob er dem mit Zweidrittelmehrheit zustandegekommenen Beschluß des Reichstags Gesetzeskraft verleihen will. Tatsächlich ist er aber auch hier an den Willen des Reichstags gebunden, der nach Gutdünken darüber verfügen wird, welche Form zu wählen ist. Daraus aber ergibt sich die praktische Folge, daß das suspensive Veto des Reichsrats in der Regel durch die Volksabstimmung entkräftet werden wird, die Bestimmung über die qualifizierte Reichstagsmehrheit also im allgemeinen nur akademischen Wert hat.

Am meisten in die Augen fallend ist die völlige Wertlosigkeit der dem Reichsrat eingeräumten Rechte auf dem Gebiete der Verfassungsänderungen. Der Entwurf bestimmt, daß auch im Reichsrat bei Verfassungsänderungen die Zustimmung von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich ist, während im übrigen bei der Abstimmung die einfache Mehrheit entscheidet. Zu einer Abstimmung über Verfassungsänderungen kann es nun im Reichsrat aus zwei Gründen kommen. Einmal aus Anlaß der Initiative der Verfassungsänderung. Hier bedeutet das Erfordernis der qualifizierten Mehrheit lediglich eine Erschwerung der reichsrätlichen Initiative, also eine Beschränkung der Rechte des Reichsrats. Zum andern aus Anlaß der Stellungnahme des Reichsrats gegenüber einem verfassungsändernden Reichstagsbeschluß. Hier aber ist das Erfordernis praktisch völlig bedeutungslos. Denn entweder findet im Reichsrat der Beschluß jene Mehrheit; dann gehen Reichsrat und Reichstag einig. Oder er findet sie nicht, dann gilt der Reichsrats-



beschluß als suspensives Veto. Dieses aber kann mit eben jener Mehrheit vom Reichstag gebrochen werden, die für das Zustandekommen des verfassungsändernden Beschlusses erforderlich ist. Mit anderen Worten, der Reichsrat ist in Fragen der Verfassungsänderung völlig wehrlos; die Entscheidung *hängt allein und ausschließlich vom Reichstag*, von der Allmacht des Parlamentes ab. Der bereits im Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt ausgesprochene Grundsatz der ausschließlichen Souveränität des Reichstages ist in voller Schärfe gewahrt. Alle übrigen Bundesstaaten der Welt gewährleisten ihren Gliedstaaten bei Verfassungsänderungen in doppelter Weise ihre Rechte[1]) einmal dadurch, daß diesen hiebei ein bestimmender Einfluß (Zustimmung der Einzellegislaturen) gesichert wird, und zum andern durch den Rechtssatz, daß ihre Sonderrechte nur unter der Voraussetzung ihrer Zustimmung entzogen werden können, also durch eine ausdrückliche Beschränkung der Kompetenz-Kompetenz des Bundes.[2]) Eine solche generelle Bestimmung kennt der Entwurf der deutschen Verfassung nicht, wenngleich bei den einzelnen Sonderrechten der Hinweis nicht fehlt, daß die Aufhebung dieser Rechte nur im Einverständnis mit den berechtigten Gliedstaaten erfolgen darf. Bei der reinen Rechtsnatur der neuen Verfassung mag dieser Unterschied rechtlich ohne besonderen Belang sein; *moralisch* ist er aber von größter Bedeutung. Der Geist der deutschen Verfassung ist eben genau so unitarisch, wie der der amerikanischen und schweizerischen Verfassung föderalistisch ist.

Im engen Zusammenhang mit der Frage der Verfassungsänderung steht die Frage der Änderung der *Gliedstaatsgebiete*. Es ist ein gesicherter und überall sonst anerkannter Rechtssatz, daß eine Aufhebung der Mitgliedschaft eines Gliedstaates oder eine Zusammenlegung von Gliedstaatsgebieten nur durch ein Zusammenwirken der Bundes- und der Glied-

1) Hatschek, Allgemeines Staatsrecht III 156.
2) Vgl. Art. 78 der früheren Reichsverfassung.

staatsgewalten erfolgen kann. Der Entwurf aber gewährt dem Reiche auch die Möglichkeit, die Zusammenlegung von Gliedstaaten und Gliedstaatsteilen auch gegen den Willen der beteiligten Staaten zu erzwingen; im Falle eine Einigung nicht zustande kommt, soll die Zusammenlegung durch verfassungsänderndes Reichsgesetz, also durch Ausschaltung jedes gliedstaatlichen Einflusses und lediglich durch Machtspruch des souveränen Parlaments erfolgen. Wird der Entwurf Gesetz, so läuft Bayern Gefahr, die Rheinpfalz und vielleicht auch Teile von Nordbayern zu verlieren. Die zur Rede stehende Bestimmung ist übrigens eine der wenigen, die nicht die Zustimmung des Staatenausschusses gefunden haben, und von diesen wenigen weitaus die wichtigste. In allen sonstigen grundsätzlichen Fragen hat sich der Staatenausschuß mit dem Entwurf abgefunden.[1])

Die Abgrenzung der Reichs- und Gliedstaatskompetenzen im zweiten Entwurf weist gegenüber dem ersten einige nicht unwesentliche Verbesserungen auf, bringt aber auf wirtschaftspolitischem bezw. produktionspolitischem Gebiete, also da, wo eines der politisch wirksamsten Motive der Zentralisierungstendenzen zu suchen ist, eine wesentliche Verschärfung des unitarischen Charakters. Der Entwurf behält neben dem Enteignungswesen „die Regelung der Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft“ der Gesetzgebung des Reiches vor. Diese an sich reichlich dunkle Bestimmung gewinnt durch den Entwurf des Sozialisierungsgesetzes klarere und schärfere Umrisse. Hienach hat das Reich zwei produktionspolitische Aufgaben: zum ersten die gemeinwirtschaftliche Organisation von vorhandenen Wirtschaftszweigen, vor allem von solchen,

---

1) Der Berliner Gesandte des Volksstaates Bayern (richtiger: der provisorischen Sowjetrepublik Bayern) Dr. von Preger behauptet in dem offiziösen Berliner Regierungsorgan (Deutsche Allg. Ztg. Nr. Nr. 102 vom 28. Febr.) von dem neuen Entwurf wörtlich: „Der föderalistische Gedanke hat über den unitarischen den Sieg davongetragen.“



die auf der Ausbeutung und Verwertung von Bodenschätzen und Naturkräften beruhen, bezw. auch die Neuschaffung solcher gemeinwirtschaftlicher Organisationen; und zum zweiten die Regelung der Produktion und Verteilung für diese Betriebe im Interesse des Reiches, der Gliedstaaten, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Begriff der Gemeinwirtschaft wird dabei nur insoweit bestimmt, als festgesetzt wird, daß die Verwaltung oder Leitung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper, die unter der Aufsicht des Reiches stehen, erfolgt. Die Sondergesetze, die unter das Mantelgesetz des Sozialisierungsgesetzes fallen, lassen es ebenso wie der Sprachgebrauch als sicher erscheinen, daß die „Gemeinwirtschaft“ nur eine Form der Verwaltungsvergesellschaftung (Betriebsverstaatlichung im weitesten Sinne) darstellt und daß die Besitzverstaatlichung nicht unter das Gesetz fällt. Diese Besitzverstaatlichung gehört aber nach dem neuen Entwurf der Reichsverfassung (der sich hier dem ersten anschließt) ebenfalls zur Kompetenz des Reiches. Die wirtschafts- und produktionspolitische Beurteilung dieser Vorschläge scheidet hier, wo nur die verfassungspolitische Frage der Reichs- oder Gliedstaatskompetenzen in Frage steht, aus. Verfassungspolitisch ist aber dieser seiner ökonomischen Struktur nach zum Teil dezentralistische Wirtschaftsplan rein zentralistisch. Irgend ein bestimmendes Mitwirkungsrecht haben die Gliedstaaten weder bei der Besitzverstaatlichung, also auch nicht bei der Verstaatlichung ihres eigenen Besitzes, noch bei der Gemeinwirtschaft. Die Rolle, die sie bei der künftigen Sozialisierung spielen, beschränkt sich im wesentlichen darauf, die zur Beaufsichtigung der Selbstverwaltungskörper erforderlichen Behörden unter Oberaufsicht des Reiches zu stellen. Welcher Anteil an den in der deutschen Gemeinwirtschaft produzierten Gütern (also zunächst Kohle und Energie) auf die einzelnen Staaten fällt, das hängt völlig vom Ermessen der Reichsverwaltung ab, also von einem Organ, auf das der Reichsrat nur beratenden Einfluß ausüben kann. Mag auch im Staatenausschuß die

Reichsregierung erklärt haben, daß sich „das Reich bei einer gemeinwirtschaftlichen Regelung mit den Gliedstaaten über deren Interessen auseinandersetzen“ werde, entscheidend ist doch, daß die Gliedstaaten bei dieser Auseinandersetzung nur beratenden Einfluß haben. Auch hier, in der Frage der wirtschaftspolitischen Selbständigkeit, liegt der sachliche Schwerpunkt der Diskussion nicht so sehr in der gerade im gegebenen Augenblicke vorhandenen Machtabgrenzung, als vielmehr in der Festsetzung der Bedingungen der künftigen Gestaltung, in der Entwicklungsrichtung des Verfassungslebens. So betrachtet, bedeutet die deutsche Gemeinwirtschaft, deren weitere Ausgestaltung wohl außer Frage steht, bei der vorgeschlagenen allgemeinen Verteilung der Staatsgewalt die allmähliche Erwürgung der wirtschaftspolitischen Selbständigkeit der Gliedstaaten.

Bei der geschilderten allgemeinen Sach- und Rechtslage ist die Regelung der Sonderrechte einzelner Gliedstaaten (vor allem Bayerns) trotz wesentlicher Fortschritte gegenüber dem ersten Entwurfe in keiner Weise als entscheidende Festlegung auf den bundesstaatlichen Gedanken zu deuten. Es sind augenblickliche Zugeständnisse, die sofort beseitigt werden, wenn es die Verhältnisse erlauben; es sind Bestimmungen unwesentlicher Art, insofern sie kraft der entscheidenden Rechtssätze über die Machtverteilung jederzeit wieder aufgehoben werden können. Mag zugegeben werden, daß die schlimmsten Vergewaltigungen der gliebstaatlichen Selbständigkeit im zweiten Entwurf fehlen; ausschlaggebend ist doch allein die Erwägung, daß die rechtlichen Grundlagen des Unitarismus, die zentralistischen Prinzipien, deren Ausfluß jene besonderen Beeinträchtigungen waren und jederzeit wieder werden können, unangetastet bestehen bleiben. Das neue Reich, geformt nach dem zweiten Entwurf, wäre wohl noch ein Bundesstaat, aber ein Bundesstaat, in dem die Gliedstaaten zum Tode verurteilt sind und als Henkersmahlzeit einen Teil ihrer Sonderrechte vorgesetzt erhalten. Mag das föderalistische Beiwerk, die an den Bundesstaat



erinnernden Äußerlichkeiten manchen blenden und zu falscher Überzeugung führen; für den, der hinter diese Äußerlichkeitem schaut, sind die Grundlinien der neuen Verfassung klar und scharf gezogen: ein allmächtiges einheitliches Reichsparlament, dem das föderalistische Organ hilf- und wehrlos gegenüber steht. Die Reichsgewalt ist umhüllt von undurchdringlichem Panzer und bewehrt mit schneidendem Schwerte. Der Gliedstaatsgewalt ist zum Schutze ein Papierschild und zum Angriff ein Holzdegen gewährt.

XXXVIII.

Die Scheidung der Geister.

Eine Stimme aus Böhmen.

Trotz jahrzehntelanger Träume von Eigenstaatlichkeit und einer in durchgreifender nationaler Agitation in den weitesten Volksschichten geschürten Abneigung gegen Österreich und das Haus Habsburg kam jäh und überraschend mit dem militärischen Niederbruche der Mittelmächte für das czechische Volk der Tag der „Freiheit". Die zwei Generationen umfassende Regierung Franz Josefs I. sah Böhmen unbestritten auf dem Höhepunkte seiner geistigen und materiellen Entwicklung. Die Politik von 1866 ließ das czechische Volk sogar in den Vordergrund treten als Säule und Träger des nun in anderer Richtung orientierten österreichischen Staatsgedankens. Sein nationales und kulturelles Streben wurde vom österreichischen Staate in keiner Weise behindert, ja periodenweise sogar bis zu einem Maße gefördert, daß die deutsche Bevölkerung Böhmens in der Abkehr vom österreichischen Staate die einzige Hoffnung einer gedeihlichen Existenzmöglichkeit sah! Eine Versöhnung der beiden Volksstämme war und ist praktisch undurchführbar, weil sowohl die Stammeseigenart als auch die beiderseitigen territorialen und

wirtschaftlichen Ansprüche einander schroff widersprechen. Eine gewaltsame Lösung dieses gordischen Knotens rückte tagtäglich näher, je mehr die alte österreichische Regierung ihre Unfähigkeit zur Lösung dieses Problems außer Zweifel ließ. Auch der heutige Zustand gleicht mehr einer latenten schweren Krise als der begründeten Erwartung einer glücklicheren Zukunft.

Seit etwa zwei Jahrzehnten hat das geistige Leben des czechischen Volkes, das bis dahin unter dem Einfluß seiner „Erwecker" den edlen Traditionen seiner Vorfahren, der Verbesserung und Veredlung seiner feinfühligen, ausdrucksfähigen Sprache lobenswerte Pflege widmete, eine ausgesprochene Wendung zum Fremdländertume vollzogen. Die panslavistische Strömung und der in der slavischen Volksseele unläugbar vorhandene geheimnisvolle Zug zum Zauber orientalischen Kirchentums ließ in Poesie und Literatur neue Saiten erklingen, während die gleichzeitig machtvoll einsetzende Tendenz, deutsche Geisteserzeugnisse als fremd und feindlich dem Ideenkreis eigener Gelehrsamkeit zu entrücken, ihre Befruchtung vorwiegend in französischer Philosophie und Literatur suchte.

Wie einst die Lehrsätze Wikleffs, im eigenen Vaterlande kaum beachtet, in Böhmen unverdiente Bedeutung erlangten, so haben in unseren Tagen die Lehrsysteme gallischer und verwandter Modephilosophen mit ihrem giftsprühenden Glaubenshasse und ihren Sozialtheoremen voll demagogischen Ungestüms ein in tiefster Seele religiös veranlagtes, gläubig denkendes und empfindendes Volk, dem neben reichen Gemütsanlagen ein leicht bildsamer Verstand und feiner Scharfsinn eignet, zu einer Rasse herabgewürdigt, der Meineid und Fahnenflucht, Boulevardmoral und Kirchenraub, Priesterhetze und Legionistengräuel nichts überraschendes mehr sind. N u r g e r i n g i s t d a s G e g e n g e w i c h t v o n k a t h o l i s c h e r S e i t e. Die der neuen Republik künstlich angefügten slavischen Gebiete Mährens — das kleine Schlesien kommt kaum in Betracht — und der nordungarischen Slovakei



weisen auf geistigem Gebiete zwar einen anderen Werdegang auf, die katholische Organisation ist stärker, der Wille zur Religion mächtiger, doch bis zur Klärung des jetzigen Chaos und zur Durchführung der völligen staatlichen Einheit aus dem bisherigen Partikularismus heraus ist ein Zustand allseitiger Bevormundung durch das hegemonisierende Czechoböhmen, das selbst seinerseits wieder unter französischer Kuratel steht, kaum zu umgehen: den zahlreichen Anhängern dekadenter Philosophie und Moral eröffnet sich demnach dank der mühelos errungenen politischen Führerrolle die fast unbehinderte Möglichkeit, auf allen Gebieten die Schlußfolgerungen auf das praktische Leben zu ziehen. Daß dies in der kurzen Zeit des Bestandes der czechoslovakischen Republik mit radikaler Ausgiebigkeit geschah, ist aus den Tagesblättern zur Genüge bekannt.

Am Geburtstage der neuen „Freiheit" (28. Oktober v. J.) des — bis auf ein kleines Häufchen abgefallener und andersgläubiger — seinem Bekenntnisse nach katholischen Czechenvolkes, war der ehrwürdige, himmelstrebende St. Veitsdom mit den altersgrauen Königsgräbern, den stummen Zeugen einer großen, gläubigen Vorzeit, leer, kein Liturg erflehte Segen und Licht für das junge Staatswesen, die herrliche Grabkapelle des hl. Wenzeslaus mit den kostbaren Kroninsignien und das jüngst erst wiederhergestellte Grab der hl. Ludmilla, einst eifersüchtig gehütete und begeistert gepriesene Nationalheiligtümer, blieben vergessen, das „Svaty Václave!" und „Hospodine promiluj ny!", sonst tausendmal in ihren herrlichen Choralmelodien von kunstvollen Kirchengewölben widerhallend, blieben heute stumm! Ein neuer Hauch wehte über den Gefilden Tschechiens — nicht mehr der Geist der Väter! Man läutete zwar hie und da die noch vorhandenen Glocken: als man die Zeichen der verdrängten österreichischen Staatshoheit, Kaiseradler und amtliche deutsche Inschrifttafeln, ins Wasser oder Feuer warf! . . .

Indes ein tötliches Gedränge und Jagen nach den Ministerstühlen und ersten Staatsämtern der neuen Republik,



das eilige Versorgen von Söhnen und Töchtern mit gutbesoldeten Repräsentationsposten, die eben erst dem Galgen oder lebenslänglichem Kerker entflohenen „amnestierten" und sonstigen Streber in hastvoller Aufregung hielt, wurde die Mariensäule am Altstädter Ring, wo die Rädelsführer der böhmischen Empörung nach der Schlacht am weißen Berge den Verrat am Vaterlande mit ihrem Blute sühnten, ebenso der Wut des ins Maßlose verhetzten Pöbels preisgegeben, wie die braven Beuroner Mönche, die im Kloster Emaus eine blühende Stätte religiöser Hochkultur geschaffen hatten. Bald auch war der Erzstuhl des hl. Adalbert seines Hirten beraubt und pünktlich traf die von den derzeitigen Machthabern erhoffte Konsequenz ein: auch der Klerus wurde mit in den Strudel hineingerissen.

Unter den „Erweckern" der czechischen Nation stehen im Glorienscheine nationalen Heroismus neben den Laien Palacky, Safarik und Jungmann auch manch klangvolle Namen aus dem Priesterstande. War doch der Priester neben dem Arzte und Gutsbesitzer bis in die allerletzten Dezennien der einzige Repräsentant akademischen Wissens in weltentlegenen Weilern und Ortschaften. Er war mithin auch der berufene Kenner und Hüter historischen Volkstums, der Wächter der Sprache in national gemischten Gemeinden und erlangte allgemach als sehr wirksamer Propagator nationaler Aspirationen hervorragende Bedeutung, zumal es ja ganz in seiner Hand lag, Anderssprachige aus ihrem religiösen Kulturzentrum, der Pfarrkirche, und somit auch aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Der Druck nationaler Fanatiker, die unvermerkt schleichende, aber eifrig geförderte slavische Kolonisation reindeutscher Gebiete, Angriffe und Kritiken in der czechischen Tagespresse boten dem nationalen Pionier im geistlichen Kleide stets triftige Entschuldigungsgründe, indes die religiöse Lauigkeit vieler Deutschen, die die Erfüllung ihrer Christenpflichten als bloße Gefälligkeit gegen den Seelsorger auffaßten, ihm durch ihr Fernbleiben von der Kirche sein Vorgehen und zugleich die Verantwortung erleichterten.



Zu Hunderten erlagen so gemischtsprachige und reindeutsche Ortschaften der slavischen Hochflut!

Für die nationale Tätigkeit wurde der Theologe schon im Priesterseminare geschult. Rednerische, organisatorische und schriftstellerische Übungen, das Studium vaterländischer, panslavistisch tendenziöser Geschichtsschreiber und die rastlose Teilnahme an der Politik, die in den Tagesblättern jeder Richtung, je nachdem sie dem persönlichen Geschmacke oder der von Hause oder vom Gymnasium mitgebrachten Überzeugung entsprach, eifrig verfolgt wurde, schienen gar oft das eigentliche geistliche Berufsstudium zu überwuchern. Solche Mißstände brachten es dahin, daß der czechische Klerus zwar genügend Redner, gewandte Politiker und Literaten, aber einen unverkennbaren Mangel an gründlichen Theologen, Predigern und Aszeten aufweist. Vollends vom Übel war seit den Neunzigerjahren — seit dem Siege der Jungtschechenpartei in Reichsrat und Landtag und der Badeni'schen Sprachenverordnung — die Duldung, ja nicht selten stillschweigende Protegierung der Zugehörigkeit zu Vereinen mit liberaler und mehr oder weniger antikirchlicher Tendenz. Ein solcher Verein war beispielsweise die „Matice skolská", der czechische Schulverein, in dem ein Auswurf von radikalen Lehrern durch sein destruktives Wirken in den Gemeinden an der Sprachgrenze gar oft dem Pfarrer die Heller schlimm heimzahlte, die er als armer Theologe vom saueren Verdienst seiner Eltern in den Studienjahren dem Verein gewidmet hatte. Als später die nationalen Vereine und Unternehmungen — zumeist schon auf freisinniger Basis — wie die Pilze nach einem warmen Regen aus der Erde aufschossen, da galt es als „nationale Pflicht" unter den Theologen jedem neuen: „Spolek, podnik oder krouzek" (Verein, Unternehmen, Zirkel) durch Unterstützung auf die Beine zu helfen, mochte sich sein Zweck noch so sehr vom priesterlichen Standesbewußtsein entfernen. Es wurden unter den Augen der Vorsteher Gaben gesammelt, selbst auf die Gefahr hin, daß dieses Geld ein Kampfmittel gegen die katholische Kirche



würde! — Der kirchliche Geist und die solide Charakterbildung wurde auf diese Weise tief herabgestimmt durch den immer üppiger wuchernden Nationalismus, der seine Größe darin sah, ein gefeierter Heros seines Stammes, nicht aber ein seeleneifriger, aufopferungsvoller Hirte seiner Herde zu werden. Gewiß hat es auch solche trotz der herrschenden Zeitströmung gegeben und sie sind auch heute noch nicht ausgestorben. Ein nur kurzer Hinweis auf die große Anzahl musterhafter czechischer Priester in der Budweiser Diözese möge hier genügen. Wenn wir aber behaupten, daß heute die Kirche des slavischen Böhmen mehr denn je auf menschlichen Schultern ruhe, so sind wir uns bewußt, nicht zuviel gesagt zu haben!

Die intensive nationale Tätigkeit und die allzureichliche Pflege der Gesellschaftlichkeit in Gasthäusern und „Beseda's" (Klublokalen) waren nicht geeignet, die geistliche Autorität des Priesters zu erhöhen. Der in Böhmen immer deutlicher werdende gallische Trieb: die Abkehr von der Kirche und Religion fand den berufenen Wächter des Heiligtums entweder nicht auf seinem Posten oder in gewohnter Passivität der Wucht der Strömungen nicht gewachsen. Daß dabei nicht wenige von der Strömung selbst mitfortgerissen wurden, daß manche in der Jugend liebgewordene Idee als Unkraut im Heiligtum zu wuchern anfing, schien man anfangs an maßgebender Stelle übersehen zu haben. Eine Publikation wie „Bily prapor" („die weiße Fahne"), — ein ewiges Schandmal für ihre Hintermänner — durfte mehrere Jahrgänge hindurch ohne wirksamen Widerspruch der Standesgenossen den Pesthauch giftigen Apostatentums unter dem czechischen Klerus verbreiten. Und als ein Dekret des böhmischen Episkopats Lesung und Bezug unter Strafe der Suspension verbot, ließen sich deren Herausgeber nicht im mindesten behindern, sie unter dem Titel: „Urezany jazyk" („die abgeschnittene Zunge") noch geraume Zeit weiter erscheinen zu lassen. Die Affäre des Erzbischofs Kohn in Olmütz (resigniert 12. März 1904) hatte die Stellung der

Bischöfe erschwert, zugleich aber zweifelhaften Elementen das Rückgrat gestärkt. Der demokratische Zug im czechischen Klerus gewann an Wucht, das gemeinsame Auftreten ward ungestümer, zumal die „Jednota“ (Landesverband des czech. Klerus) in der Kongruafrage eine herausfordernde Stellung annahm. Eine sentimentale, unmännliche Stimmungsmache für die Leiden des Priesters im „Novy zivot“ („Neues Leben“) des mährischen Pfarrers Dostal-Lutinov, wo die realistischen Dysmorphien czechischer Malerepigonen das Originelle, die nach entsprechenden literarischen Beiträgen immer wiederkehrenden priesterlichen Leidenssymbole (gefaltete, dorngekrönte Priesterhände, dornumrankter Kelch ꝛc.) die Wirklichkeit und leise mit dem Sirenengesang einer kunstvollen Sprache vorgetragene „moderne“ Reformideen das Ideale vertraten, fand sehr bald bei jenen empfindsameren Gemütern Anklang, die den Ton schroffer Forderung und das Hervortreten in der Öffentlichkeit scheuten. So fand der Modernismus in Czechien fruchtbaren Nährboden, noch ehe seine Lehren wissenschaftlich genau umschrieben waren.

In der „Jednota“, die die talentvollsten Köpfe und hoffnungsvollsten Männer aus der czechischen Priesterschaft umfaßte, und somit erstklassig befähigt gewesen wäre, auf religiös organisatorischem Gebiete Nachhaltiges zu leisten, gewannen stark radikalisierende Bestrebungen das Übergewicht. Als Schmerzenskind der Bischöfe, weitabgeirrt vom ursprünglichen Ziele fand sie nach fünfjährigem Bestande am 2. April 1907 ein unrühmliches Ende. Durch einen Erlaß des böhmischen Episkopates wurde sie — unter Zuhilfenahme der staatlichen Gewalt — aufgelöst und ihre Mitglieder zur Erreichung ihrer Wünsche auf legalere Wege verwiesen. Die Wogen ' waren bereits hochgegangen! Fürstbischof Jeglic von Laibach hat diese „Jednota“ knapp vor ihrem Erlöschen gebührend gebrandmarkt. In Anlehnung an das Pastoralschreiben der österreichischen Bischöfe an den Klerus (vom 18. Oktober 1906) kommentiert er im „Laibacher Ordinariatsblatt“ (Nr. 2 vom 21. Januar 1907) die in der Wiener

Bischofskonferenz abgeführte Debatte über „Priestervereinigungen“ und warnt seinen Klerus vor den Irrwegen allzu individualistischer Anschauungen von Priesterberuf und Priesterpflicht. Dann führt er die Prager Jednota als abschreckendes Beispiel an. Sie vernichte die Autorität der Bischöfe, maße sich Rechte an, die weit über ihren Wirkungskreis hinausgehen, so hätte sich ihr Obmann in Versammlungen gebrüstet, er sei Metropolit von Prag und Primas von Böhmen, hinter ihm stehe der Klerus, man bekämpfe den Cölibat und die religiösen Orden, verachte die Andacht zum hlgst. Herzen Jesu u. a. . . . . !

Elf Jahre glomm der Funke unter der Asche, nur ab und zu noch sein Dasein verratend, als der gewaltsame staatliche Umsturz, das Scheiden des schwerkranken Oberhirten, Grafen Huyn, — gegen dessen unverdrossenes Wirken man die öffentliche Meinung seit Monaten in unverantwortlicher Weise aufgestachelt hatte, — und die dauernde Verwaisung des Prager Erzstuhls, die man als die „ersehnte Befreiung“ empfand, neue Stürme in die versteckten Gluten blies. War es ein Zufall, daß am 28. Oktober v. J., demselben Tage, wo der czechoslovakische Staat sich für unabhängig und selbständig erklärte, das Vorbereitungskomitee der czechischen Priester in Prag versammelt war, mit der wohlüberlegten Absicht, die einst verbotene „Jednota“ wieder ins Leben zu rufen?

Überraschend schnell waren die Vereinssatzungen ausgearbeitet und ihre Genehmigung am 3. November figuriert unter den allerersten Akten der soeben ins Amt getretenen neuen Regierung. Unter den Wiedererweckern der „Jednota“ fand sich mit entscheidender Stimme auch der der freisinnig-agrarischen Partei angehörige Pfarrer Krojher ein, der als Obmann einst die alte „Jednota“ zu Grabe getragen hatte. Die erste Woche brachte schon einen Mitgliederstand von 1300 Priestern, von denen sich 50 mit bedeutenden Spenden als „Gründer“ eintragen ließen. Ein 23-gliedriger Ausschuß, (in dem auch der nicht auf positiv katholischem Stand-

punkt stehende Prager Advokat Dr. Choc eine Stelle fand!) verteilte in 9 Sektionen die umfassende Vereinsagende. Das Wiener „Correspondenzblatt für den katholischen Klerus“ (Nr. 24 vom 25. Dez. 1918) gab der czechischen Priestervereinigung folgendes bemerkenswerte Geleitwort mit auf den Weg: „Wichtige Aufgaben harren der „Jednota“. Das religiöse Gefühl scheint sehr gesunken zu sein, besonders die Freidenkerbewegung, die Huspropaganda, der Umsturz der Mariensäule, die Vertreibung der Emauser Mönche, die Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen ꝛc. beweisen dies!“ —

Man erwartete kräftige Proteste seitens der zu einer so starken Phalanx gescharten czechischen Priesterschaft. Noch hielt das czechische Militär und die Sokoln das Kloster Emaus besetzt und hielt die Patres wie Verbrecher gefangen, indes der wütende Pöbel unbehindert von Regierung und Polizei gegen die ehrwürdigen Klosterhallen Sturm lief. Noch rief der geborstene Stumpf der Mariensäule klagend zum Himmel ob des schnöden Sakrilegs, noch war der Straßenkehrer nicht gekommen, um den von einigen treuen Priestern wenige Stunden vorher darauf gelegten Kranz im Kehricht mitfortzunehmen, noch seufzten die frommen Wallfahrer ob der Kunde, daß auch der heilige Berg bei Przibram in den Händen der czechischen Soldateska sei, die alles nach Gold und Weihgeschenken durchwühlte, — die „Jednota“ fand keine Worte des Protestes! Einige Anfragen an maßgebender Stelle, auf die das übliche Achselzucken als Antwort folgte, sollten der Öffentlichkeit genügen. Der 23. Januar löste das Rätsel.

Im großen Smetanasaal des Prager Gemeindehauses fand an diesem Tage die erste öffentliche Sitzung der „Jednota“ statt, zu der sich 500 Vereinsmitglieder einfanden. Ein Beweis, welch' mächtiges Interesse sich unter der Priesterschaft kundgibt für die Reform ihres Standes, der die Sitzung galt(!) (So der katholische „Čech“ Nr. 23 vom 24. Jan. 1919 S. 2). Der als Novellist in der czechischen Literatur bekannte Pfarrer Heinr. S. Baar eröffnete die



Sitzung mit dem Leitmotto: „Ist uns der Staat Vater, so ist uns die Kirche Mutter" und schloß seine Einleitungsworte mit einem „Sláva" (Hoch) auf den hl. Vater und einem „Nazdar" (Glück auf!) auf den Präsidenten Dr. Masaryk.

Die erste Rede hielt der Romanschriftsteller und Pfarrer von Dubienitz Zahradnik-Brodsky, (ein Bruder des jetzigen revolutionären Eisenbahnministers und Strahover Prämonstratensers Dr. Isidor Zahradnik). Als behauptetes Ergebnis einer Umfrage im czechischen Klerus empfahl er den Anwesenden eine Reihe von in die kirchliche Ordnung und klerikale Disziplin tief einschneidenden Reformvorschlägen zur Annahme, deren schließliche Formulierung als „Forderungen des czechischen Klerus an den hl. Stuhl" von allen begeistert applaudiert wurde. Nur mit tiefer Beschämung wird man noch nach Jahren die spaltenlangen Ausführungen des Redners (vgl. „Čech" Nr. 23 vom 24. Jan. d. J. S. 2 und die folgenden Nummern) lesen können, die heute Freund und Feind ein Bild traurigsten Tiefstandes enthüllen! Selten hat sich in der Geschichte der Fall ereignet, daß zugleich mit dem politischen Umsturz ein erheblicher Teil der Priesterschaft, jahrhundertalte Irrtümer auffrischend, zum Ärgernis der Gläubigen mit erhobener Hand zum Schlage gegen Rom ausholte. Hauptsächlich sind es 7 Punkte, deren ungesäumte Erfüllung seitens des römischen Stuhles der Redner unter Androhung des Schismas „forderte":

1. Aufhebung der Patronatsrechte und Einführung einer gerechten und gleichmäßigen Besetzung der einzelnen Stellen.

2. Die Wahl der Bischöfe durch die Geistlichen und Gläubigen(!).

3. Standesgemäße materielle Versorgung während der Dienstzeit und im Ruhestande.

4. Die Einführung der Muttersprache beim Gottesdienste und den kirchlichen Funktionen im größten Ausmaße, soweit nur immer tunlich.

5. Die Abschaffung des Zölibats der Bischöfe und Priester(!).



6. Demokratisierung der Consistorien und Vikariate.

7. Abschaffung der Bartlosigkeit und des Priesterkollars, Revision des Hußprozesses(!).

Die näheren Ausführungen charakterisierte ein in solcher Umgebung ungewohnter Zynismus! Vollends als der Pilsner Religionslehrer Farsky die Versammelten zum Schwure (!) aufforderte, von diesem Programm nicht abzugehen und die Anwesenden ihn auch leisteten, schien ein Bruch vollbracht, der nur schwer mehr zu heilen sein wird!

Die beiden Kontraredner, der Prager Weihbischof und gewesene Generalvikar Dr. Sedlák und Prof. Dr. Franz X. Novák aus Skala bei Humpoletz konnten nur mit großer Mühe ihren Worten Gehör verschaffen. Während ersterer nach einer prinzipiellen Erklärung die Versammlung zum Zeichen seiner Mißbilligung verließ, gelang es Dr. Novák trotz stürmischen Widerspruches den Standpunkt der katholischen Kirche, den Wert der Autorität, den Geist Christi und die Würde des Priestertums mit glühender Beredsamkeit darzulegen und mit zerschmetternder Wucht die unerhörten Forderungen und Angriffe der Versammelten auf hl. Einrichtungen der Kirche abzuweisen. Dr. Novák em. Professor des Kirchenrechts und Verfasser der „Pohledi“ und „Problémy“ („Blicke in's Priesterleben“, „Priesterprobleme“) ist gegenwärtig der bedeutendste aszetische Schriftsteller czechoslavischer Zunge und war zu dieser Bekennertat unbestritten der berufene Mann. Sein Verdienst bleibt es, die dunklen Ziele des Radikalismus in der czechischen Priesterschaft in diesem folgenschweren Momente mit grellem Lichte beleuchtet zu haben.

Die gegnerische Presse registrierte alsbald die Geschehnisse in der „Jednota“-Versammlung mit Zeichen freudiger Beistimmung. Die czechisch-agrarischen Blätter forderten offen Zahradník-Brodsky auf, die Trennung von der katholischen Kirche samt seinen Gesinnungsgenossen zu vollziehen und hussitischer Erzbischof von Prag zu werden. Auch die „Bohemia“ (Nr. 28 vom 29. Januar d. J.), das Prager deutsche



Freidenkerorgan, ließ einen mächtigen „Los von Rom"-Schrei durch alle deutschen Gaue ertönen und einem Ausfrager der „Daily News" gegenüber betonte der Präsident Dr. Masaryk: „Das Joch ist gefallen, der hussitische Geist ist erwacht!" Die Früchte der bösen Tat beginnen zu reifen. Sowohl im deutschen, als im czechischen Klerus wurde eine Protestaktion eröffnet. Von den czechischen Protesten heben sich bisher vorteilhaft hervor die Kundgebungen der Vikariate Turnau, Semil, Przibram und des Klerusverbandes von Budweis. Zögernd folgen die anderen, viele halb oder ganz der „Jednota" beistimmend und Forderungen vertretend, die einen langjährigen Wandel auf unkirchlichen Wegen verraten. Einmütig steht die deutsche Geistlichkeit Böhmens solchem Treiben mit Abscheu gegenüber. Aus ihren Reihen erfloß der erste Protest gegen die Umfrage Zahradnik-Brodskys schon am 28. November v. J. durch den Rektor des Wallfahrtsortes zu Filippsdorf (Warnsdorfer „Österr. Volkszeitung" vom 29. November 1918) und seitdem sind die einmütig ablehnenden Proteste aus den deutschen Gegenden vollzählig geworden.

Der Protest des Leitmeritzer Bischofs Dr. Groß und das Pastoralschreiben des böhmischen Episkopats an den czechischen Klerus (20. Februar d. J.) kargen nicht mit scharfer Mißbilligung des Geschehenen und mahnen eindringlich zur Besinnung. Nach welcher Richtung sich die Wage neigen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Die Prüfung hat begonnen, die Entscheidung kann nicht ausbleiben! — Wenn aber selbst katholische Blätter offen darauf hinweisen, die Judasse würden dereinst die Anzahl der Silberlinge noch unter dreißig herabmindern müssen, da die gegenwärtigen Machthaber solche Dienste nicht immer so hoch[1]) bewerten würden, so enthüllt sich damit der breiten Öffentlichkeit ein Abgrund von Pflichtvergessenheit bei gewissen tonangebenden Führern!

1) Zahradnik-Brodsky wurde Sektionschef im Prager Ministerium des Innern.



Ob das so üppig gewordene Unkraut im Weizenacker so schnell ausgerottet sein wird? —

Noch lagert eine Menge Zündstoff in den kirchlichen Verhältnissen Böhmens, deren Neuordnung die Aufgabe der nächsten Zukunft sein wird. Die Prager Bischofsfrage, das in den Plänen Kramarschs projektierte Konkordat nach serbischem Muster, die mit der endgiltigen Festsetzung der neuen Staatsgrenzen wieder brennend werdende Frage der Zirkumskription der böhmischen Bistümer, der bereits hell lodernde Kulturkampf (Kanzelparagraph, Abschaffung des Religionsunterrichts und der pflichtmäßigen Teilnahme der Schuljugend am Gottesdienst, Abschaffung des Militärgottesdienstes, Verdrängung der Ordensleute aus ihren Prager Klöstern und Verwendung derselben zu Mietwohnungen rc.) der Einfluß der Priester freisinnig-agrarischer und staatsrechtlich-demokratischer Richtung, all das sind schwere Probleme, die Klerus und Volk innig berühren und zu friedlicher Einigung wenig Aussichten bieten. In dem Chaos der politischen Umwälzung und der beginnenden staatlichen Übergriffe auf rein kirchliches Gebiet steht zudem in weiten Gebieten das czechische Volk sich selbst überlassen da, wie ein Rohr im Winde der Tagesmeinungen hin- und hergepeitscht. Wird es in sich selbst die Kraft zu christlichem Bekennertume finden und einst jene hinwegfegen, die ihm statt der Heilswahrheiten schwankende Irrlichter vorgaukeln oder dem allseitigen Druck und hypernationalem Irrwahne erliegend, jenen Glauben mit Füßen treten, der in den Tagen Karls IV., des „Vaters des Vaterlandes", ihm sein „goldenes Zeitalter" schuf?

Möge in diesem wichtigen Prozesse der Scheidung der Geister dem besonneneren Teil des czechischen Volkes der Ausspruch des (nicht auf katholischem Standpunkte stehenden) Schriftstellers Dyck in der 20. Session der Prager Nationalversammlung zum Geleitworte dienen: „*Kein Umsturz wird uns Gedeihen bringen, solange in unseren Reihen nicht eine moralische Wandlung stattgefunden hat!*"

XXXIX.
Wirrnisse in Bayern.

— 12. März 1919.

„Am 15. Februar hat der Ministerpräsident Eisner in der Tagung der Landes-Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eine Rede gehalten, die in der „Münchener Post" folgendermaßen wiedergegeben ist:

Wir stehen heute vor einer entscheidenden Wendung der bayerischen Republik. Wir sind stolz darauf, daß Bayern in der Revolution vorausgegangen ist. Unser Ehrgeiz war es, jeden Rückschlag und jedes Blutvergießen zu verhindern. Wenn man jetzt die Zusammensetzung der Regierungen in den Bundesstaaten und im Reich ansieht, glaubt man gar nicht, daß zwischen jetzt und früher eine Revolution stattgefunden hat; wir haben wieder dasselbe Durcheinander und Miteinander. Wir in Bayern sollten den Ehrgeiz haben, auch die Revolution weiterzuführen, nach Überwindung der Bürokratie und des Militarismus zum Sozialismus. Mit dem Sozialismus müssen wir heute schon beginnen. Das Rätesystem ist der fruchtbare Boden für alle künftige Demokratie. Der Kampf gegen den Militarismus in jeder Form ist die Voraussetzung zur Sicherung gegen Kontrerevolution, die da ist, wenn vielleicht auch unter dem Deckmantel des Sozialismus . . . Ferner fordert Eisner den Kongreß auf, sich nicht zu vertagen, sondern beisammen zu bleiben. Es wäre möglich, daß Bayern jetzt der Welt ein Zeichen gibt, daß Deutschland wirklich neu geworden ist und daß es mit neuen Mitteln den Weg zum Sozialismus findet.

Wenn Worte einen Sinn haben sollen, so bedeutet diese Rede die Ankündigung einer neuen Revolution."[1])

„Am 16. Februar ist eine revolutionäre Demonstration durch die Straßen Münchens gezogen — eine Demonstration, in der der Geist des Spartakus lebte. Wer sich nur die kleine Mühe nahm, die Inschriften auf den im Zuge herumgetragenen Papptafeln zu studieren, der mußte sofort fest-

1) Münchener Post vom 16. Februar 1919 Nr. 40.

stellen, daß die Demonstration ihre Spitze gegen die Demokratie und den Parlamentarismus, gegen die Prinzipien und die Taktik der Sozialdemokratie richtete. Viele rote und schwarze Inschriften beschimpften überdies Scheidemann, Ebert, Noske als Bluthunde". „Wir müssen sagen, die Veranstalter und Organisatoren der Demonstration waren ehrliche Leute: sie machten nicht in süßlichen, heuchlerischen Phrasen, sondern setzten uns — bildlich gesprochen — den Gewehrkolben auf die Brust und streichelten uns mit dem blanken Seitengewehr. Sie schrieen uns ihr Nieder mit der Regierung Scheidemann und Ebert offen ins Gesicht."[1]) An der Spitze des Zuges aber fuhr an der Seite seiner Gemahlin im Auto Herr Kurt Eisner.

Der Mann, der die erste Revolution in Bayern vom 7/8. November gemacht hatte, schien sich also seiner Sache bereits sicher und die um Auer, Roßhaupter und Timm wußten gleichfalls, was die nächste Zeit bringen werde, wenn sie sich nicht in letzter Stunde zur Wehr setzten. Aber ob es nicht bereits zu spät war? Wohl forderten die Mehrheitssozialisten am 18. Februar den Rücktritt Eisners. „Das ganze Verhalten Eisners steht unzweifelhaft im Widerspruch mit den Wünschen und Forderungen, die das bayerische Volk in der Wahl des 12. Januar zum Ausdruck brachte. Unzweideutig entschied sich in dieser Wahl das Volk für den Aufbau eines freiheitlichen Volksstaates durch die parlamentarische Demokratie, durch die Gesetzgebung eines souveränen Landtags. Es wählte natürlich nicht, um eine nur scheinkonstitutionelle Versammlung, die sich bedientenhaft der Räteversammlung unterordnen muß, zu schaffen. Durch sein Verhalten in den jetzigen kritischen Tagen hat sich Eisner vom bayerischen Volke völlig isoliert. Er ist als Minister, das heißt als Diener des Volkes, einfach unmöglich. Der Rücktritt Eisners ist deshalb eine politische Notwendigkeit. Seine sich auf das Rätesystem stützende Politik muß zu den schwersten Konflikten mit dem bayerischen Volke führen."[2])

1) Münchener Post vom 17. Februar 1919 Nr. 39.

2) Münchener Post vom 18. Februar 1919 Nr. 40.



Die am 19. und 20. Februar stattfindenden ausführlichen Ministerberatungen oder -Kämpfe hatten offenbar Herrn Eisner bestimmt, dem gemeinsamen Rücktritt des provisorischen Ministeriums sich anzuschließen. Die noch immer im Landtagsgebäude tagenden Räte zogen ins Deutsche Theater und beschlossen am 20. Februar ihre Vertagung (Antrag Landauer) mit einer Resolution: „Die Versammlung vertagt sich zunächst, um bald wieder zusammenzutreten. In der Zwischenzeit sollen die Räte im ganzen Lande Massenversammlungen für die Eingliederung des Rätesystems in die Verfassung abhalten. Auf der Tagesordnung der neuen Tagung soll stehen: 1. Stellungnahme zur neuen Regierung; 2. Rätedemokratie und bayerische Verfassung."

Ministerpräsident Eisner nahm dann das Wort zu folgenden Ausführungen[1]:) Vor wenigen Tagen sagte ich im Landtag, daß wir vor einer entscheidenden Wendung der Ereignisse stehen, und daß wir entschlossen sein müßten, unsere Macht geltend zu machen. Ein Blatt, das ebenso zärtliche Liebe zu meiner Person hat wie ein tiefgründiges Verständnis für meine Politik, fragte mich danach, ob ich nun eine zweite Revolution machen wollte. Vermutlich eine zweite Revolution gegen mich selbst! Das ist meine Antwort. Was ich meinte, war, daß wir auch in Bayern vor dem Versuch der Wiederherstellung des Militarismus stehen, und vor dem ferneren Versuch oder der Möglichkeit, daß auch Bayern wieder in den parlamentarischen Sumpf geführt wird, wo es sich anscheinend nur darum handelt, ob Ämter verteilt und Ministerposten vergeben werden. Daß der Militarismus auch heute noch in Bayern lebt, haben wir gestern erfahren. Ich glaube, man hat noch nicht volles Verständnis für das, was gestern geschah. Ungefähr so fing nämlich die Sache auch in Berlin an. Es hätte nur noch gefehlt, daß man auch auf der anderen Seite sich aufgeregt zur Wehr gesetzt hätte, dann hätten wir auch hier den Bürgerkrieg gehabt. Diesem blödsinnigen Putsch lag das provokatorische Element zugrunde. Man wollte die Massen

1) Bayerische Staatszeitung vom 25. Februar 1919 Nr. 52.

aufpeitschen zu unüberlegten Handlungen und dann reinen Tisch machen. Wir haben bisher in Bayern gezeigt, daß wir mit Vernunft, Ruhe und Entschlossenheit die Revolution bis heute gesichert haben. Bei uns ist es noch nicht zum Bürgerkrieg gekommen und es soll und wird auch nicht zum Bürgerkrieg kommen. Aber ebensowenig wird es zur Konterrevolution kommen. Was hat man denn in Weimar erreicht? Die Waffenstillstandsbedingungen sind schärfer geworden, und niemand glaubt uns. Dagegen sieht man mit großer Spannung auf die Entwicklung in Bayern. Es gibt ausländische Blätter, die sich mit Bayern mehr beschäftigen als mit den anderen Ländern, weil man hier neue Gedanken und ein wirklich neues Deutschland zu erkennen glaubt. Wir sind mit der Revolution am 7. November vorangegangen. Es gibt keine Revolution der Weltgeschichte, die so ohne Blutvergießen ewige Ergebnisse gezeitigt hat. Diese Ergebnisse sind nicht mehr zu beseitigen. Aber in dieser Stunde, wo ich vielleicht am tiefsten von der Sehnsucht erfüllt bin, daß ich wieder in die Massen gehen und dort arbeiten kann als freier Mann, in dieser Stunde möchte ich Sie bitten, daß wir den Stolz auf Bayern und auf die bayerische Revolution und auf die großen Ergebnisse nicht verlieren. Wir müssen uns gegen den Militarismus und gegen eine Kompromißpolitik wenden. Was diese anlangt, so weiß ich nicht, wie man entscheiden wird, ob man es auch hier so machen wird wie im übrigen Reich. Sie sehen im übrigen Reich eine ungeheuere Gärung und Unruhe. Überall flackert es auf, Bürgerblut fließt, die Wirtschaft geht zugrunde und alles das hat man damit erreicht, daß kein neuer Gedanke, keine große Idee die Massen begeistert und kein Ziel voranleuchtet. Geben Sie den Massen ein Ziel!

Was werden wir in Bayern machen? Wir haben zwei Aufgaben, die wir lösen können: Die eine ist Kulturpolitik zu treiben. Können wir das mit dem Zentrum? (Zuruf: Nein!) Wir können das nur gegen das Zentrum. Also ist es ausgeschlossen, daß ein Sozialdemokrat, der noch des Namens wert ist, in einem Ministerium sitzt, in dem ein Zentrumsmann ist. Die zweite Aufgabe, die wir lösen könnten, wäre die Soziali-



sierung. Wir können die Demokratie in den Betrieben einführen, wir können verstaatlichen, wir können gegen den Großgrundbesitz vorgehen, das alles können wir tun. Glauben Sie aber, daß wir das mit dem Kapitalismus zusammen tun können? Die kapitalistischen Vertreter sind die Liberaleu, die sich heute Demokraten nennen. Also können wir auch die zweite Aufgabe nichi erfüllen, wenn wir mit den Bürgerlichen zusammengehen. Dagegen können wir mit den Bauern, die vor dem Kriege doch nur die Arbeiter zur Zinszahlung an das Kapital waren und die das in der kommenden schweren Zeit wieder sein werden, jene Einheit zwischen ,Stadt und Land herstellen, jene neue Demokratie, die uns zum Sozialismus führt. Die zweite Revolution, vor der man Grauen machen will, das ist keine Revolution mit Plünderung und Straßenkämpfen, das ist die Sammlung der Massen in Stadt und Land, die ausführen, was die erste Revolution gewonnen hat. Keine Unbesonnenheit in diesen Tagen, ich beschwöre Sie, sondern die Sammlung der Massen! Unwiderstehbar müssen die Massen zusammenstehen und entschlossen sein, das Werk der Revolution zu vollenden. Nur die Masse, nur die geistige Kraft und Geschlossenheit in der Aktion, das ist die zweite Revolution. Wer glaubt, in Ungeduld heute mit irgendwelchen Überfällen, Putschen von links oder rechts, diese Entwicklung stören zu wollen, der soll auch an dem Widerstand dieser Massen scheitern.

Das bayerische Volk hat sich den Landtag zusammengewählt, der nun einmal da ist. Es haben ja auch Kretinenanstalten mitgewählt. (Heiterkeit.) Die Mehrheit ist bürgerlich. Sollen sie also auch bürgerliche Politik treiben! Wir werden sehen, ob sie regierungsfähig sind. Inzwischen müssen die Räte ihr Werk tun, die neue Demokratie aufzubauen, die lebendige, unzerstörbare Demokratie, dann kommt vielleicht, wie auch von Bayern die Revolution ausgegangen ist, auch der neue Geist, daß es sich wahrlich nicht darum handelt, Ministerposten zu besetzen, zu kuhhandeln und Koalitionsregierungen zu schaffen, sondern daß es sich darum handelt, daß die Regierung demokratische und sozialistische Politik treibt und einheitlich, ohne nach links oder rechts zu schauen, vorwärts schreitet.

Beginnen wir in Deutschland mit einer neuen Entwicklung des Sozialismus! Ich sehne mich danach, daß die *Sozialisten ohne Unterschied der Richtung* endlich aufhören zu regieren, und endlich wieder *Opposition* werden, um das Volk zu überzeugen. Es gibt nur diese eine Möglichkeit, daß wir in Deutschland die Demokratie und den Sozialismus erleben. Lassen Sie die Schwarz-Rot-Goldenen regieren; sie sollen ihre Art von Demokratie haben! Aber gehen wir nun einen anderen Weg! Glauben wir, daß wir durch Ausgleich, durch Kompromisse und Koalitionsregierung etwas erreichen? Was hat eine *Koalitionsregierung* für einen Sinn? Da sitzen Leute drinn, die voreinander Angst haben und am meisten vor den Massen, und die darum eine Versicherung auf Gegenseitigkeit abschließen. Aber inzwischen wächst das Elend und die Leidenschaft der Massen. Und dann kommt das Chaos. Entweder sind die Sozialisten Regierung und Vertreter der proletarischen Interessen, oder sie sind in Opposition. Und dann wachsen wir wieder zusammen, und es ist eine Lust zu kämpfen, um die Revolution siegreich zu Ende zu führen, nicht mit Maschinengewehren und Handgranaten — das überlassen wir den Lotterbuben —, sondern durch die Masse.

Morgen beginnt der Landtag; morgen soll auch die Arbeit der Räte aufs neue beginnen. Man hat Angst gehabt, daß wir die Leute in der Prannerstraße nicht arbeiten lassen wollen. *Ich bin ja auch gezwungen in der Prannerstraße zu arbeiten*, wenn auch nicht am Ministertisch, dann unter den Abgeordneten. Also lassen Sie auch mich arbeiten! Ich weiß, daß dieser Landtag arbeitsunfähig ist, der gewählt ist von einem Volk, das noch nicht zur Aktion reif ist. Wir müssen das Volk aufklären; dann wird es reif, und dann kommt die ganze Macht des Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Diese letzte Rede Kurt Eisners[1]) ist in mehr als einer Hinsicht interessant und beleuchtet den Zwiespalt, in welchen

1) Der Privatsekretär des ermordeten Ministerpräsidenten, Felix Fechenbach, veröffentlicht soeben den Text einer letzten Rede, die Eisner in der ersten Sitzung des Landtages verlesen wollte gewissermaßen als seinen Rechenschaftsbericht (vergl. übrigens auch Fechenbachs Ausführungen in der Frankfurter Zeitung vom 11. März 1919, Nr. 187 „Kurt Eisner und seine Epigonen“).

der Führer der ersten Revolution mit den Mehrheitssozialisten und deren Vertretern im Ministerium geraten war durch die drohende zweite Revolution, die dann prompt am nächsten Tage einsetzte und die schrecklichen Begleiterscheinungen mit sich brachte. Es wird daran festgehalten werden müssen, daß die Ermordung Eisners als solche Begleiterscheinung nicht anzusehen ist, sie hat mit den Vorgängen im Landtagsgebäude nichts zu tun.

Noch am 18. Februar 1919 (Nr. 40) hatte die Münchener Post geschrieben: Die Minister des bayerischen Volksstaates aber, die nicht mit der Katastrophenpolitik Eisners einverstanden sind, haben vor dem ganzen Lande zu erklären: daß sie die Politik Eisners mißbilligen, daß sie die in den bayerischen Landtagswahlen ausgesprochene Forderung des Volkes auf die Einberufung einer wirklich gesetzgebenden Versammlung mit allen Kräften unterstützen und alle Sicherheitsmaßnahmen für den ruhigen und geordneten Verlauf der Landtagsverhandlungen treffen wollen.

Wie es mit diesen Sicherheitsmaßnahmen leider bestellt war, lehrt der Verlauf der Dinge, über den ein bayerischer Landtagsabgeordneter als Augenzeuge dem Vorwärts berichtet.[1]) Was da zu lesen ist, klingt in der Tat recht erbaulich und läßt es begreiflich erscheinen, wenn das ganze hohe Haus sein Heil in der Flucht gesucht hat, sobald dieselbe möglich war. Daraus einen Vorwurf zu machen, wäre gewiß verwerflich und ungerecht. Weniger begreiflich erschien es vielenorts, daß die Mitglieder nicht sofort in einer anderen Stadt Bayerns oder des Reiches eine außerordentliche Tagung erreichen konnten.

Das Schauspiel aber, das München und Bayern seit den Tagen der zweiten Revolution der Welt geboten hat mit seiner Regierung der Räterepublik und des Zentralrates, darf wohl mit Fug und Recht als politischer Wirrwarr bezeichnet werden. Charakterisiert doch ein Mitglied des Rätekongresses diesen selber, der mehr ein Rede- als ein Räte-

---

1) Siehe Münchener Post vom 5. März 1919, Nr. 53.

kongreß, in seinem Auf und Ab und Hin und Her als ein Narrenhaus; das, was der Rat heute beschloß, wurde am nächsten Tage als Unrat auf den Misthaufen geworfen, um dann vielleicht neuerdings herausgeholt zu werden.

Die persönliche Freiheit des Individuums, einst als unantastbares Menschenrecht gepriesen, löste sich in eitel Dunst auf, indem zur Sicherheit der öffentlichen Ruhe und Ordnung eine große Anzahl von Zivil- und Militärpersonen kurzweg als Geiseln verhaftet und gefänglich eingezogen wurden, während die Verhaftung des oder der Attentäter auf den Minister Auer, den Abgeordneten Osel und den Major Jahreiß, einen Mann, der eben nach vierjährigem Heeresdienste wieder in die Heimat zurückgekehrt war, noch heute nicht erfolgt ist. Dabei herrschte in München nach der Versicherung des Zentralrates Ruhe und Ordnung — „es seien in ganz München keine Plünderungen vorgekommen" — freilich begann dann am 11. März im Gefängnis Stadelheim die erste Serie der Aburteilungen wegen schwerer Plünderungen am 21. Februar, wobei der Staatsanwalt bemerkte, es seien an diesem Tage viel mehr Gewalttätigkeiten in München geschehen, es wurden ganze Häuser ausgeraubt, es wurden auch Menschenleben vernichtet und hohe Werte zerstört.[1]) Derartige Dinge werden neuestens auf „Kriegspsychose" zurückgeführt und dementsprechend milde beurteilt.

Um so strenger wurde die Pressezensur gehandhabt, um Störungen der Ruhe in Stadt und Land vorzubeugen und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Einige Tage hindurch durften gar keine Zeitungen erscheinen außer dem offiziellen Nachrichtenblatt des Zentralrats, herausgegeben vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, und der „Neuen Zeitung"; sogar die mehrheitssozialistische „Münchener Post" wurde besetzt. Den Redakteuren war der Zutritt in das Haus versagt. Am folgenden Tage hätte das Blatt erscheinen können, jedoch nur unter Vorzensur. Unter diesen Umständen lehnten Redakteure, Setzer- und Druckerpersonal die Herstellung des

1) Neues Münchener Tagblatt vom 12. März 1919, Nr. 71.

Blattes ab.[1]) Alle Anerkennung dieser Haltung des sozialdemokratischen Organs, das ja allerdings den nächsten Tag freigegeben wurde, während die bürgerliche Presse weiterhin nur mit dem Vermerk „erscheint unter Aufsicht des Zentralrates“ erscheinen darf und genötigt wird, dessen Einsendungen und Korrekturen abzudrucken. Als jüngst die Meldung durch die Zeitungen lief, daß das französische Besatzungskommando in der Pfalz, die bekanntlich bisher auch als ein Teil Bayerns gegolten hat, die dortige Presse veranlaßt habe, Artikel aufzunehmen, welche für Frankreich Stimmung machten,[2]) konnte man allerlei Kraftausdrücke über ein derartiges Gebahren hören. Weit entfernt, diese auf den Zentralrat anzuwenden, muß doch gegen solche moralische Vergewaltigung — denn eine solche ist es trotz aller versuchten Schönfärberei — energisch Verwahrung eingelegt werden.

Daß die bürgerliche Presse sich dem Zwang des Zentralrates beugt, kann verstanden werden; ob es aber nicht doch besser gewesen wäre, das Beispiel der sozialdemokratischen Kollegen nachzuahmen und das Erscheinen einzustellen? Vielleicht wäre dann doch manche bürgerliche Schlafhaube zum Denken angeregt worden, eine Gehirnfunktion, von welcher zur Zeit im Allgemeinen ein erschreckend geringer Gebrauch gemacht zu werden scheint.

Am 21. Februar Mittags in der Siedehitze der Aufregung, welche hauptsächlich die Ermordung Eisners bei der Menge ausgelöst hatte, erzwangen sich die Leute das Geläute der Glocken unserer ehrwürdigen Kathedrale, und nachdem einmal der Anfang gemacht war, ordnete die Regierung der zweiten Revolution das Geläute sämmtlicher Kirchenglocken des ganzen Landes auch am Tage an, da die Einäscherung Eisners stattfand; diese Vergewaltigung des religiösen Empfindens der christlichen Bevölkerung Bayerns reihte sich jener Knebelung der Pressefreiheit in gleich unwürdiger Weise an. Wir Katholiken erfüllen nur unsere Pflicht, wenn wir

1) Münchener Post vom 24. Februar 1619 Nr. 45.

2) Vergl. neuestens Bayer. Staatszeitung vom 18. März 1919 Nr. 67.

feierlich Protest erheben gegen das gewaltsame Eindringen in unsere Gotteshäuser; jene Revolutionsmänner, die das Geläute angeordnet, mögen überzeugt sein: die ehernen Zungen der Glocken haben laut und deutlich zum Himmel geschrieen, und der Himmel hat sie gehört. Die Katholiken machen keine Revolution, aber Revolution erzeugt wieder Revolution, eine radikaler als die andere.

Und die dritte Revolution ist nach der Ankündigung des bekannten Dr. Levien bereits auf dem Marsche. Vor dieser aber herrscht, besonders nach den entsetzlichen Vorgängen in Berlin, doch allgemeines Bangen. Daher haben sich die streitenden Parteien, Mehrheitssozialisten, Unabhängige Bauernbund und Rätekongreß am 11. März zu einem rettenden Kompromiß zusammenkompromittiert, nachdem vorher in Nürnberg zwischen Vertretern der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Mittelpartei mit Einschluß der Nationalliberalen, der Deutschen demokratischen Partei, des Bauernbundes, der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Sozialisten eine Verständigung erzielt war, die inzwischen freilich schon wieder ein Loch bekommen hat.[1])

Wir sollen also erhalten erstens einen neuen Rätekongreß, zweitens ein rein sozialistisches Ministerium, das drittens von dem für kurze Tagung einzuberufenden und dann wieder abgehenden Landtag mit besonderen Vollmachten ausgestattet wird. Die vordringlichste Aufgabe dieses Ministeriums soll es sein, „die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen", „Ruhe und Ordnung, Nahrungsmittel und Arbeitsgelegenheit zu schaffen."[2])

Möge die wahrhaft herkulische Arbeit gelingen.

---

1) Bayer. Kurier vom 11. März 1919 Nr. 70; Bayer. Staatsanzeiger vom 13. März 1919 Nr. 69.

2) Münchener Post vom 12. März Nr. 59.

XL.

Die blutige Revision der Ideen und Tatsachen.

XV.[1])

Die Blicke der ganzen Welt sind jetzt auf Paris und Weimar gerichtet und auf die peinliche Geistesarbeit, die dort geleistet wird. Wird man endlich gründliche Abrechnung halten mit den Wahnideen, welche von diesen beiden Polen aus durch die französische und deutsche Freigeisterei über alle Länder sich verbreitet haben, um das kalte Nordlicht der Aufklärung überall dort leuchten zu lassen, wo vorher Christus als Sonne der Gerechtigkeit die Seelen befruchtet und die Herzen erwärmt hatte? Ob sich Gutes erwarten läßt von einer Friedenskonferenz, wo mit Ausschaltung der Völker und des Papstes Diplomaten über den Völkerbund beraten, die bei Machiavelli und Voltaire in die Schule gingen und an nichts weniger denken als daran, den Grundsätzen der Revolution von 1789 den Abschied zu geben? Und ist die Versammlung der Männer und Frauen in Weimar nach ihrer jetzigen Zusammensetzung bereits eine Volksversammlung, von der sich erwarten läßt, daß der neuzeitliche preußisch-deutsche Geist endlich überwunden werden wird vom wahrhaft deutschen Wesen, an dem die Welt soll gesunden und genesen? Ist es nicht hier wie dort, in Weimar ebenso wie in Paris, die unverbesserliche Staatsidee des Unglaubens, welche im Brutnest ihrer altgewohnten falschen

1) S. oben S. 193 ff.



Freiheitsträume sitzt, um neues Unheil für die Völker auszubrüten? Man scheint nicht übel Lust zu haben, die Rollen zu wechseln und in Paris nach den Heften Bismarcks und in Weimar nach den Rezepten Rousseaus und Voltaires arbeiten zu wollen.

Wer wird bei diesem Wettbewerb mit den neuen Plänen der Weltverbesserung die Palme verdienen? Durch die soziale Revolution hat sich vor den Meistern und Dilettanten der Politik und Weltwirtschaft ein Problem aufgerollt von so unermeßlicher Größe, wie ein solches noch nie die Welt beschäftigt hat. Würden die zur Vertretung des deutschen Volkes jetzt in Weimar versammelten Männer und Frauen den Sinn der Zeitereignisse richtig erfassen, dann könnten sie der Welt unschätzbare Dienste leisten und die ganze Menschheit sich zum Dank verpflichten.

Ja wir leben in einer großen Zeit. Leider sind es vorwiegend sehr kleine Geister, die sich jetzt als weltbeherrschende Faktoren an den Webstuhl der Geschichte drängen, um einerseits der Plutokratie, andererseits dem sozialistischen Kommunismus für die Neugestaltung der Zukunft freie Bahn zu schaffen.

Soeben hat der gewaltigste Orkan, der jemals brausend über den Erdball hingefahren ist, durch ein mehr als vierjähriges Kriegsungewitter allenthalben die faulen Früchte von den Bäumen geschüttelt, welche von falschen Propheten gepflanzt und dem Lebensbaum des Kreuzes Christi gegenüber gestellt worden sind; zu gleicher Zeit wurde in Konstantinopel der Islam und in Petersburg das Schisma in der Wurzel getroffen; zuletzt wurde, als bestände ein gewisser historischer und ideologischer Zusammenhang zwischen den älteren und neueren Sekten, mit welchen der Geist der Lüge die Völker seit Jahrhunderten in seinem Banne festgehalten hat, in Berlin mit den Hohenzollern die Idee des protestantischen Kaisertums begraben. Nun erhebt sich gemäß dem Vers der Lehninischen Weissagung: princeps nescit quod nova potentia crescit — als neue Macht mit dem



Anspruch, die ganze Welt zu erobern, der Sozialismus. Die Wortführer desselben nennen sich Sozialdemokraten, was höchst verwunderlich ist. Noch nie ist eine Partei so wenig wahrhaft sozial und demokratisch gewesen als eben sie. So wie sie gemäß dem Erfurter Programm nach den irreführenden Tendenzen ihrer eigenen Parteileitung beschaffen sind, sind sie nichts weniger als Freunde der menschlichen Gesellschaft; als mißbrauchte Werkzeuge in der Hand herrschsüchtiger und machtgieriger Verführer stehen sie sich vielfach in ihren ureigensten Interessen selbst hinderlich im Wege und haben insofern, weil sie jeder lebendigen Volksgemeinschaft mehr wie Fremdkörper denn als gesunde Glieder sich gegenüberstellen, ebensowenig ein Recht sich sozial zu nennen, so wenig die Feinde der Bibel sich evangelisch nennen dürfen. Das hat sich bei ihrer revolutionären Schilderhebung sofort augenfällig gezeigt und zeigt sich mit jedem Tag mehr, je länger sie die Gewalt in Händen haben. Die Revolution, welche Europa jetzt erleidet, war von Anfang an sowohl in Petersburg wie in Berlin nichts anderes als eine Kriegserklärung an die Völker und an die menschliche Gesellschaft. Was heißt denn sozial? Ist der Mensch ein soziales Gemeinschaftswesen durch seinen sterblichen Leib oder durch seine unsterbliche Seele? Ist es die Affenverwandtschaft und das Gebiß seiner Kauwerkzeuge, was ihn mit der Menschheit befreundet? Sind es die Klauen und langen Finger der Habgier und die zu Mord und Todschlag erhobenen Fäuste, was ihm das friedliche Zusammensein mit Seinesgleichen erleichtert oder sind es die werktätigen Hände, die nur dann zu einer gemeinnützigen Segensarbeit fähig sind, wenn sie auch zum Gebet sich falten können? Wahrhaft sozial ist der Mensch nur dann, wenn er sich als ein geistiges Vernunftwesen fühlt und in sich und seinesgleichen das Gotteszeichen der Persönlichkeit und Unsterblichkeit achtet, nicht aber dann, wenn er seine Menschenwürde mit Füßen tritt und als Sklave seiner perversen Instinkte unter die Tiere sich erniedrigt. Das Gleiche gilt auch im Bereich der politischen

Ordnung; demokratisch im wahren Sinn dieses Wortes kann einer nur sein, wenn die Souveränität seines Willens nicht in hochmütiger Selbstüberhebung wurzelt, sondern im Pflichtgefühl und im Gewissen, das ihn durch beständigen Hinweis auf Gott antreibt und mahnt, alle persönlichen Rechte, in denen er selbst unverletzlich ist, auch in allen Mitmenschen zu achten.

Hätten alle diese Gesichtspunkte in Erfurt die Beachtung gefunden, welche sie verdienen, dann hätte die Wirtschaftspolitik Deutschlands eine ganz andere Richtung eingeschlagen und die Sozialdemokraten wären dann nicht das Gegenteil dessen, was ihr Name sagt. Wird man in Weimar endlich einsehen und erkennen, was in Erfurt vergessen worden ist? Mancher von denen, die jetzt mit schweigsamer Niedergeschlagenheit am Goethedenkmal vorübergehen, mag vielleicht mit Gedanken an Deutschlands einstige Größe sich das Bild einer schönen Zukunft ausmalen und auf die schöpferische Kraft des einst so vielgepriesenen deutschen Geistes sein Vertrauen setzen. Ja wenn dieser sogenannte deutsche Geist durch den berlinerischen Beigeschmack, der ihm anhaftet, nicht so verdächtig und verächtlich geworden wäre! Niemand in der Welt wagt es, nur daran zu denken, daß Deutschland durch die Kraft dieses Geistes sich jemals wieder zu irgend welcher Bedeutung werde erheben können. Was kurz noch Vielen der Grund der Größe des deutschen Volkes zu sein schien, erscheint jetzt mehr und mehr als Ursache seines Niederganges, so daß es jetzt gänzlich außerstande, sich wieder zu erheben, von einer Ohnmacht in die andere taumelt und in immer tiefere Abgründe seines Elendes versinkt.

Wie würde alle Welt mit lautem Jubel sich freuen, wenn Deutschland jetzt in einer der entscheidendsten Schicksalsstunden seiner Geschichte sich seiner großen christlichen Vergangenheit erinnern würde und an das große Geheimnis jener Kraft, welche allein imstande wäre, ihm eine neue, schöne Zukunft zu verbürgen!

Ach leider — weit entfernt! Der preußisch deutsche



oder modern heidnische Geist, der vom liberalen Weltmenschentum des englisch-französischen Wesens weit mehr in sich aufgenommen hat, als ihm zuträglich war, trägt die Hauptschuld für das namenlose Unglück des deutschen Volkes, welches sich jetzt gezwungen sieht, unweit von Jena wie auf einer Schaubühne seiner Schmach sich vor allen Völkern bloß zu stellen.

Armes deutsches Vaterland! Mehr als je möchte man heute mit einem Freunde Deutschlands wie vor anderthalb hundert Jahren in die Klage einstimmen: Patria dilecta vale — Tempus premit te fatale — Male vivis peris male!

Was ist es doch, was dich zugrund gerichtet hat? Dein Unglück und dein Verbrechen bestand leider darin, daß es dir gelungen ist, im Wettbewerb mit den bösen Geistern der modernen Zivilisation den englisch-französischen Geldgeist und Weltgeist durch den mit Unrecht sogenannten deutschen Geist beinahe zu übertreffen. Ohne Umschweif sei es gesagt: Es war hauptsächlich der Geistesstolz der Arbeit ohne Gott im Staat ohne Gott, was Europa und namentlich Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt hat, vor dem sie jetzt alle insgesamt stehen.

Beim Aufbau und Ausbau des preußisch deutschen Kaiserreiches ist auf den Bibelspruch der göttlichen Weisheit ganz vergessen worden: Wenn der Herr das Haus nicht baut, arbeiten die Bauleute umsonst.

Durch eine mehr als vierhundertjährige Entwicklung ist das altdeutsch christlich germanische Wesen, an dem die kranke Kulturwelt hätte genesen können, in die glaubensfeindliche und kulturkämpferische Strömung der Renaissance hineingezogen und allmählich so sehr depraviert worden, daß der sogenannte modern deutsche Geist, den die Geistesheroen der Neuzeit gezüchtet und großgezogen haben, dem christlich germanischen Kulturideal zuletzt als diametraler Gegensatz gegenüberstand. Nachdem es den Baumeistern dieses Geistes durch die Maurerarbeit der Loge gelungen war, die Ober-



schicht der Intellektuellen allmählich in Atheisten und Deisten des freien Gedankens umzubilden, konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Massen der Werktätigen immer mehr in Atheisten der gottvergessenen und geistlosen Arbeit sich verwandelten. Die gottlose Geistesarbeit der Freidenker bedurfte zur Ausführung ihrer Baupläne eine Arbeiterschaft, welche gleichfalls dem Christentum entfremdet war. Bei einer Rutschpartie auf einer schiefen Ebene kann es keinen Stillstand geben. Hatten einmal die Theologen mit dem Prinzip ihrer verwegenen Forschungsfreiheit zur maßlosen Bibelkritik und Glaubensfälschung den ersten Anstoß gegeben, dann war auch für die sublime Sophistik der Vernunftkritiker die Stunde gekommen, im allgemeinen Wettrennen des Zweifels das Ihrige beizutragen, um wo möglich die Fundamente der natürlichen Erkenntnis und damit die Unterlage des Glaubens zu erschüttern. So waren der Freigeisterei alle Türen und Tore aufgestoßen und niemand war mehr imstande, das weitere Abwärtsgleiten der einmal begonnenen Abfallsbewegung aufzuhalten; nach Lessing und Kant stiegen die Parterre-Philosophen mit Marx, Häckel und Nietzsche ins unterste Stockwerk der deutschen Wissenschaft hinab, um als Apostel der Straße die Massen aufzureizen und den gesunden Menschenverstand vollends tot zu reiten. War einmal im Bereich der Vernunft und des Glaubens jede Sicherheit fester Grundsätze des Denkens und Wollens geschwunden, dann gab es auch für den Bestand des Staates und der Gesellschaft keinen Halt mehr für eine Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit. Anfangs verstieg sich die schüchterne Halbheit des Irrglaubens zu der törichten Behauptung, für den Glauben sei die Mitwirkung des werktätigen Willens entbehrlich — zuletzt versteifte sich der vollendete Unglaube in dem unmenschlichen Wahnsinn, die schaffende Werktätigkeit genüge für sich allein, ohne jede Spur eines Gedankens an Gott und Ewigkeit das Glück des irdischen Wohlbefindens für den Menschen sicher zu stellen.

Die Parole der gottvergessenen und gottentfremdeten



Werktätigkeit entspricht ganz und gar dem Freiheitsprinzip der oberen Klassen, die als Schildträger des atheistischen Staates in ihrem Interesse es für geboten erachten, Gott aus ihren Gedanken auszuschließen. Wie die einen als Atheisten des freien Gedankens es für lächerlich halten, wenn sie einen Menschen mit gefalteten Händen beten sehen, so glauben die Atheisten der Tat und der freireligiösen Werktätigkeit sich berechtigt, den christlichen Grundsatz „Bete und arbeite!“ zu vertauschen mit der unmenschlichen Regel: Arbeiten und gar nicht beten. Sucht man sich angesichts der Massen unglücklicher Arbeiter, die jetzt in Deutschland über alle bürgerlichen Kreise obenauf zu kommen hoffen, einigermaßen darüber klar zu werden, was das heißt, dann möchte sich das Herz zusammenkrampfen vor Grauen und Entsetzen. Was die jetzige Lage so über jede Beschreibung trostlos erscheinen läßt, ist nicht die bevorstehende Hungersnot und das Drängen und Drohen der Feinde an den Landesgrenzen, sondern die traurige Tatsache, daß nicht blos die Diplomaten der Friedenskonferenz, sondern auch die Mehrheit der in Weimar tagenden Volksvertretung mit der christlichen Weltanschauung den einzig zuverlässigen Maßstab zur richtigen Schätzung der Dinge vollständig verloren hat. Bei der Schreckenskatastrophe der Titanik stand vor dem Untergang des Schiffes wenigstens noch ein kundiger Steuermann auf der Brücke und die unglücklichen Passagiere wußten sich zuletzt noch zu trösten mit dem Gebet: Näher hin zu Gott! Aber wo ist für das dem Versinken nahestehende Deutschland der Stern, auf den es vertrauen, der Anker, an dem es sich festhalten könnte? Weder das Massengeschrei der Proletarier in Weimar: Die Arbeit ist alles! noch der Klageruf der Plutokraten in Paris: Das Geld ist alles! wird die Welt retten können. Mögen die einen sich mit dem Schatzgräber die Hälse heiser schreien: Armut ist die größte Plage! und die anderen von Paris die Antwort herüberbrüllen: Reichtum ist das höchste Gut — damit wird die Not der allge-



meinen Verzweiflung nicht gemindert sondern nur gesteigert werden.

Atheisten, seien es solche des freien Gedankens, wie die Freimaurer, oder seien es solche der Arbeit, wie die Sozialisten, werden mit ihrer verkehrten Weltanschauung das sinkende Schiff nicht zu retten vermögen.

Überall hört man jetzt, nachdem sich nicht blos die Zahl der Erwerbslosen sondern auch die der Arbeitsscheuen ins Ungemessene gesteigert hat, die Losung verkünden: Arbeiten! Es lebe die schaffende Arbeit der Werktätigen! Ganz recht. Es wird leider ganz vergessen, daß zwischen Arbeit und Arbeit ein gewaltiger Unterschied ist; die Arbeit jener vernünftigen Männer, die sich mit dem Fahnenspruch begrüßen: Gott segne die christliche Arbeit! ist etwas wesentlich anderes als die unfreiwillige Zwangsarbeit derjenigen, welche außer dem Erwerbszweck kein anderes Motiv der Arbeit kennen als höchstens noch den sinnlichen Genußwert, der in der übertriebenen Lohnhöhe zum Ausdruck kommt. Diese Art Arbeit, die schlechthin egoistische Arbeit der Genußmenschen und Lohntreiber, welche ihre Pflicht nur widerwillig leistet, welche in der Arbeit nicht eine sittliche Verpflichtung erkennt sondern eine Last, die je eher, je lieber weggeworfen werden soll, gehört nicht zum gesunden deutschen Wesen, sie ist vielmehr eine Erscheinungsform der modernen Weltanschauung und ein Teil jener rohen Kraft, von welcher der Dichter sagt, daß sie nichts Gutes schaffen kann, weil sie sinnlos waltet. Diese Arbeit steht mit ihrem trotzigen Unwillen und mit ihrer roh sinnlichen Tendenz nicht auf dem Standpunkt der Liebe und Gerechtigkeit jener klugen Werkleute, die mit fünf und zwei Talenten wuchern und nur im Vertrauen auf Gottes Hilfe mit Gebet und Arbeit etwas Gutes wirken zu können glauben. Menschen dieser Art mögen sich im stolzen Bewußtsein ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit vorkommen, als wären sie absolute Herren der Stoffe und Kräfte, deren oberste Leitung dem Lenker aller Dinge zusteht; sofern sie durch die trotzige Haltung ihrer niedrigen Selbst-



sucht es verschmähen, im Dienste der allgemeinen Menschenliebe Mitarbeiter der göttlichen Vorsehung zu sein, sind sie im Grund nichts weiter als sinnlose Arbeitstiere, die für eine unsterbliche Seele nicht zu sorgen brauchen. Ihr Standpunkt ist durchaus menschenunwürdig und entspricht der grundsätzlichen Gottvergessenheit jenes Arbeiters, der sein einziges Talent, seine unsterbliche Seele, weil er nichts von ihr wissen wollte, ins Schweißtuch seines sterblichen Körpers einwickelte, um es in der Erde zu vergraben. Sein ganzes Schaffen und Raffen ist nichts anderes als ein geschäftiger Müßiggang, eine unnütze schweißtriefende Plage um nichts, weil er, um den sterblichen Leib zu erhalten, seine Seele verhungern läßt. Als wären am Menschen nicht die edlen Organe der oberen Körperhälfte mit dem Herzen die Hauptsache, sondern der Unterleib als Sitz der tierischen Triebe, verurteilt diese Art Tätigkeit den Menschen dazu, dem geistlosen und gottlosen Staatswesen Vorspanndienste zu leisten, welches der Seher der geheimen Offenbarung als das Tier (Apok. 12, 2) bezeichnet, das seine Kraft dem höllischen Drachen verdankt. Trostlose Finsternis umgibt das traurige Dasein eines solchen Menschen; kein Gedanke an Gott und Ewigkeit erheitert seine Seele, kein Gebet heiligt sein Schaffen und Tun, keine vernünftige Erwägung mildert die Wildheit seiner maßlosen Begierden, nur Flüche und Lästerungen begleiten die Arbeit seiner Hände. Diese Arbeit ist außer Stand die Probe schwerer Zeiten glücklich zu bestehen. So rührselig und schaffensfroh sie auch sein mag in Tagen der wirtschaftlichen Prosperität, so groß ist ihre ohnmächtige Erschlaffung, wenn böse Zeiten kommen. Sie kann, wie jetzt zu sehen ist, während das Haus an allen Ecken brennt, kalten Blutes um den Lohn feilschend vor den Löschmaschinen stehen, ohne Hand und Fuß zu rühren.

Das ist früher, als man noch zu beten wußte, ganz anders gewesen. Damals hat sich die arbeitsuchende Jugend nicht ohne ernste Prüfung der Berufsfrage sinnlos und führerlos hineingestürzt in den breiten Strom des wirtschaft-



lichen Kampfes; vor der Frage um Gewinn und Verdienst stand die Sorge um die Gesundheit und das Heil der Seele und die Frage, wird Gott mit seinem Segen mich begleiten, wenn ich Ehre und Tugend frevelhaft aufs Spiel setze und Scham und Sittlichkeit mißachte. Man machte sich wie Tobias mit dem Schutzengel und nicht mit dem Teufel auf den Weg, wenn es galt, das Glück aufzusuchen. Jetzt denkt der verlorne Sohn, wenn er gedankenlos und sorglos dem Vaterhaus entflieht, um der Zucht und Ordnung und der Arbeit auf dem Lande auszuweichen, weder an Gott noch Ewigkeit, noch kümmert er sich um das, was seiner Seele nützlich oder schädlich ist. Weit entfernt, in der erwählten Arbeit einen Beruf und eine gesellschaftliche Pflicht zu erkennen oder bei Beginn der Laufbahn ans Ende zu denken! Ein flottes, freies Leben, wenig Arbeit für hohen Lohn womöglich mit gleichgesinnten Genossen in der Nähe einer Großstadt — das ist alles!

Wozu gäbe es auch in jetziger Zeit Kraftwerke mit Walzen und Rädern, die Tag und Nacht arbeiten, als dazu, die Stunden der verfluchten Arbeit immer mehr zu verkürzen und immer höhere Löhne zu schaffen für die Genußsucht und den Müßiggang!

Und wäre dieses geistlose Zusammenarbeiten mit dem rastlosen Gepolter der Maschinen nur ein Schaffen ohne Gott, ginge dessen Tendenz nicht oft auch direkt gegen Gott! Wenn Menschenhände Zwecke fördern helfen, die geradezu sittlich verwerflich und gemeingefährlich sind? Im System einer Volkswirtschaft, der es einzig nur um die Vermehrung des Reichtums zu tun ist und um die Erschließung ausgiebiger Steuerquellen? Was wäre auch einzuwenden gegen Unternehmungen, welche durch Massenproduktion von Schwindelwaren ganze Länder mit dem Schund falscher Werte überschwemmen, wie die schmutzige Genußliteratur, welche kein Bedenken trägt, ganze Generationen moralisch zu verseuchen?

Nach einem solchen Arbeitsprogramm muß ein Volk zu grunde gehen.



Mit einem solchen System politischer und wirtschaftlicher Geistlosigkeit muß ein Volk, und wenn es das begabteste wäre, naturnotwendig in einen Zustand gänzlicher Verwahrlosung und Verwilderung verfallen, in einen kulturellen Tiefstand, der in seiner Art schlimmer ist als die urwüchsige Roheit der barbarischen Naturvölker, weil er die unterste Stufe selbstgewollter Versunkenheit darstellt, planmäßig vorbereitet und zielbewußt herbeigeführt von Leuten, die zwischen Bestialität und wahrer Menschlichkeit nicht zu unterscheiden vermögen. Ein Volk, welches auf diese Art sich selbst erniedrigt, streicht sich sozusagen selbst aus aus der Adelsmatrikel der zivilisierten Nationen; indem es die Auszeichnung des Tauscharakters für nichts achtet, lehnt es sich auf gegen die väterlichen Absichten der allgütigen Vorsehung und überliefert sich jener Schlange, der es nach einer Bemerkung der hl. Seherin Hildegard in den letzten Zeiten ein höllisches Ergötzen sein wird, durch die Vernichtung und Verhinderung der Taufe alle Wasser des Jordans zu verschlingen. Indem es sich selbst zum geistigen Hungertod verurteilt und sich weigert, ein auserwähltes Volk priesterlichen und königlichen Geschlechtes zu sein, macht es sich unwert der Ehre, nach göttlichem Ratschluß Könige und Priester zu besitzen, sofern es sich lieber Häuptlinge der Lüge und des Lasters zu Führern erwählt. Ein solches Volk hat, nachdem es den Geist des jüdischen Unglaubens sich angeeignet hat, wahrlich kein Recht sich zu beklagen, wenn Emporkömmlinge des von Gott verworfenen Judenvolkes im Dienst und Sold des Fürsten dieser Welt jene Throne besteigen, die einst von Gottes Gnaden waren. Und wenn zuletzt jede Ordnung sich auflöst und die Anarchie mit Mord und Plünderung das ganze Land zu verwüsten droht, dann muß es die Schuld und Schmach einer solchen Erniedrigung sich selbst zuschreiben, wenn Neger und Senegalesen kommen müssen, um die Ordnung wieder herzustellen.

Und was dabei das zumeist Entsetzliche ist — aus der Tiefe solcher Schmach wagt es der Stolz, sein Haupt zu



erheben, um von der Größe des neuen Geistes zu sprechen. Man preist mit verächtlichen Seitenblicken auf das alte Regime die Errungenschaften der Revolution und vergißt dabei gänzlich, daß der neue Geist gottvergessener Verblendung völlig gleichen Wesens ist mit dem alten, ganz der gleiche Faden nur eine Stufe tiefer mit einer anderen viel dickeren Nummer.

Immer noch ist es der Staat ohne Gott, der mit den rohen Kräften seiner segenslosen Arbeit ohne Gott die Völker glücklich machen oder vielmehr zugrunde richten will. Und zwar noch viel gründlicher als der halbchristliche Obrigkeitsstaat diese Arbeit sich angelegen sein ließ. Wollte dieser die Mitwirkung göttlicher Heilskräfte nur widerwillig und mit großer Einschränkung dulden, so will man jetzt mit dem Geschrei Trennung von Kirche und Staat! den Heiland aus der Sehweite der menschlichen Kulturtätigkeit gänzlich verstoßen und sein Bild in den Schulen ebensowenig mehr erblicken wie das Portrait eines Königs oder Kaisers.

Wie ehedem heißt auch heute noch die Losung: Selbst ist der Mann! Soll der Mensch frei und glücklich werden, braucht er nur seiner eigenen Einbildung zu folgen und der eigenen Kraft zu vertrauen. Nicht Gottes Wort und Wille, nicht der Segen von oben, nur die Kunst und Kraft des Menschen selbst ist es, was ihn glücklich macht. Nicht glauben und beten, nein, arbeiten und studieren und der eigenen Kraft vertrauen — das ist es, was nötig ist!

Daran hat es bereits in den letzten Jahrzehnten wahrlich nicht gefehlt. Es wurde gearbeitet nicht bloß in den Werkstätten und Fabriken, auch in den Hörsälen der Wissenschaft und in den Laboratorien der Technik, in den Amtsstuben der Behörden und an den Wechslertischen der Börse, in Kaufläden und auf den Exerzierplätzen und es wurde nicht bloß gearbeitet, es wurde auch etwas geleistet, es füllten sich die Riesenspeicher der Warenhäuser, es verbreiterte sich das Netz der Eisenbahnen und Dampferlinien, es erhoben sich Kunstbauten und Paläste und vor allem wuchsen die



Großstädte mit ihren Schaufenstern und Vergnügungsanlagen; im Reichspatentamt häufte sich Nummer auf Nummer von geistvollen Erfindungen aller Art, und den Arbeitermassen wurde es, je mehr unter ihren Händen diese Herrlichkeit wuchs, so schwindeltoll im Kopf, daß ihnen fürs richtige Denken beinahe Hören und Sehen verging, um so mehr, weil der Wahn ihrer gesellschaftlichen Wichtigkeit und ihrer überlegenen Macht von gewissenlosen Hetzern mit zielbewußter Schlauheit immer mehr angeblasen und künstlich genährt wurde. Die allgemeine Betäubung und Betörung wurde immer größer und steigerte sich beinahe bis zu dem Wahn, es könnte dem himmelstürmenden Übermenschen Prometheus mit dem Zauberstab seiner schöpferischen Kunstfertigkeit und Vielgeschäftigkeit wohl möglich sein, es Gott selbst gleich zu tun oder ihn zu übertreffen. In dunkler Vorahnung dieser hochfliegenden Träume hatte der Alte von Weimar in seinem Faust schon einige Menschenalter früher den Geist der neuen Zeit also zu Wort kommen lassen:

Schreitet in dem engen Bretterhaus
Den ganzen Kreis der Schöpfung aus,
Und wandelt mit bedächt'ger Schnelle
Vom Himmel durch die Welt zur Hölle.

Was er wohl jetzt sagen würde, nachdem statt der flüchtigen Theaterherrlichkeit jetzt eine namenlos traurige Wirklichkeit sich abspielt auf jenen Brettern, die die Welt bedeuten? Die unglückselige Sturm- und Drangperiode, während welcher sich das gottvergessene Deutschland durch die vielgeschäftige Werktätigkeit seiner Industrie eine neue Welt schuf, welche in weitem Abstand von seiner christlichen Vergangenheit mehr der neuen Gedankenwelt seiner revolutionären Schwarmgeister entsprach, sieht sich jetzt beinahe an wie die täuschende Kulissenpracht einer Schaubühne oder wie ein Roman, dem jeder feste Hintergrund einer realen Wirklichkeit fehlt. Neunzig Prozent Einbildung und Täuschung und nur ganz wenig Wahrheit. Nicht die vielgeschmähte altchristliche Werkheiligkeit, nein, eine höchst unheilige und



heillose Arbeitswut war es, welche diese theatralische Zauberwelt geschaffen hat.

Arbeiten und Schaffen ohne alle Rücksicht auf denjenigen, dem nicht bloß das Sein sondern auch das Wirken aller Dinge und Kräfte unterworfen ist, ist ebenso töricht wie eine Denktätigkeit, welche unabhängig von jeder höheren Einwirkung einzig auf sich selbst sich stützen will. Erzieherisch bildend und heilkräftig für den Einzelnen und ersprießlich fürs Gemeinwohl kann nur eine Arbeit sein, welche ein vom Gewissen geleitetes Zusammenwirken mit jener göttlichen Wirksamkeit darstellt, ohne welche nichts wahrhaft Gutes geleistet werden kann. Arbeiten und Schaffen im Widerspruch mit den Absichten Gottes und mit dem Heilsplan der Vorsehung kann nur Unheil schaffen und keinen Segen bringen. Wie könnte es auch anders sein? Wenn schon ein bloßer Wortglaube, dem die Werke fehlen, nicht auf Gottes Beistand rechnen kann, dann noch weniger eine stolze und selbstgefällige Werktätigkeit, welche in ihrer gänzlich gottvergessenen Vielgeschäftigkeit aufs Beten ganz vergißt, weil sie keine Zeit dazu hat. Und so ein absolut eigenwilliges und eigenmächtiges Schaffen ohne Gott ist die deutsche Geistesarbeit und industrielle Manufakturarbeit leider seit langer Zeit großenteils gewesen. Gewiß ist im Bestreben, in dieser Hinsicht alle umliegenden Völker und selbst die Engländer zu übertreffen, Großes erreicht und Erstaunliches geleistet worden. Aber weil diese selbstklugen Diesseitsbestrebungen im Staat ohne Gott eine höhere Führung und geistig sittliche Zügelung nicht duldeten, mußten sie mehr und mehr die Gott gewollte Zielrichtung verlieren, so daß sie, statt mit Gott und für Gott dem Besten der Menschheit zu dienen, vielmehr gegen Gott der ganzen Welt zu einem unglückseligen Verhängnis werden mußten.

Kein Wunder darum, wenn wir jetzt überall, wohin wir uns wenden mögen, nichts anderes mehr sehen als das Nichts. Was war die gesamte neudeutsche Geistesarbeit des Unglaubens und Irrglaubens anderes als Nihilismus, ein schnell auf-



leuchtendes Augenblicksphantom, welches zuletzt wie Seifenblasenschaum in sich zusammensinken mußte? Und alles Schaffen und Wirken einer stolzen und gottvergessenen, einzig nur aufs Geld bedachten Werktätigkeit, von welcher jetzt außer dem häßlichen Bodensatz der Arbeitsscheu und des Müßigganges nur wenig mehr übrig ist, was war sie anderes als ein unfruchtbarer Geschäftsnihilismus, der unter der Last des in ihm wirksamen Fluches zuletzt zusammenbrechen mußte? Es war keine innere Kraft in all diesem geschäftigen Treiben — ohne Wahrheit aber kann der Mensch ebenso wenig leben und sein wie ohne Brot!'

Wohl haben während der Kriegsjahre die Millionenheere und Arbeitermassen ihre Kräfte in musterhafter Ordnung zu einer Höchstleistung vereinigt, die ohne Beispiel ist. Zuletzt mußte trotzdem jedermann sagen: Alles umsonst! Die Ordnung, welche das Ganze im sogenannten Obrigkeitsstaat zusammenhielt, war nur eine scheinbare. Die gesamte Rüstungsarbeit seit Jahrzehnten, der ganze Riesenaufwand an Geist und Kraft und Geld, die ungeheueren Anstrengungen zu Wasser und zu Land — alles umsonst. Es war nicht ein schöpferisches Wirken mit Gott und für Gott zur sittlichen Hebung des Volkes und zur Förderung der Kultur, sondern eine einzige Kette von Werken der Zerstörung und zur Verwilderung der Massen. Zwar lag selbst noch in den letzten Tagen der Ermüdung und Erschöpfung mit dem Gesetz der Ordnung und Einheit scheinbar noch ein letzter Hauch des Lebens auf dem Ganzen. Aber auch dieser letzte Atemzug des Lebens war schnell dahin, wie er vom Todeshauch der Unordnung berührt wurde, der sich von den Arbeitermassen auf die Truppen übertrug.

So standen zuletzt beim allgemeinen Zusammenbruch die organisierten Arbeitermassen einer desorganisierten Armee gegenüber — haben sie vielleicht dadurch an Kraft und Bedeutung gewonnen? Ist die Ordnung dieser Organisation, durch welche die Proletarier schon bisher ein Staat im Staate waren, ein Ersatz für jene Ordnung, die von Gottes



Gnaden zu sein schien? Lebt nicht der Geist der Verneinung und Unordnung, der die alte Ordnung des sogenannten Obrigkeitsstaates trotz all seiner scheinbaren Kraft zu grunde gerichtet hat, im Staat der neuen Unordnung in verstärktem Maße fort? Zur Zeit hat es den Anschein, als wäre der Kampf um die Ordnung nichts weiter als ein Kampf um die Übermacht des Geldes und der Waffen. Es ist aber für jeden Vernünftigen klar, daß es keine wahre Ordnung und keinen wahren Frieden geben kann ohne Wahrheit und Gerechtigkeit. Gott bewahre uns vor einer Ordnung oder vor einem Frieden ohne Wahrheit! Ein solcher Friede wäre gleichbedeutend mit dem Kladderadatsch, von dem nur die Geister der Verzweiflung sich etwas Gutes versprechen können. Dieser Kladderadatsch ist leider jetzt in den Tagen der tiefsten Schmach und Erniedrigung für Deutschland Tatsache und Wirklichkeit geworden. Anscheinend haben die Proletarier, nachdem sie jetzt zur Macht gelangt sind, erreicht, was sie lange erstrebt haben; gleichwohl sind sie von dem Ziel jener Glückseligkeit, welche Bebel ihnen vorhergesagt hat, weiter entfernt als je zuvor. Wenn sie jetzt, da sie auf dem Gipfel ihrer Macht zugleich den Abgrund erblicken, der sie zu verschlingen droht, Augen hätten um zu sehen, könnten sie wohl erkennen, daß die Hauptursache ihrer geistigen Ohnmacht und ihres materiellen Elendes der trotzige Unverstand ihrer unchristlichen Weltanschauung ist.

Das ist vor Kurzem in Berlin durch ein Antwortschreiben der Geistlichkeit an die Sparkassendirektion auf eine Weise klar gestellt worden, welche nichts zu wünschen übrig läßt.

Wie überall in Deutschland suchten die Arbeiter auch in Berlin nach ihrem großen Sieg über die Armee sich's möglichst angenehm zu machen. Es wurde gezecht und getanzt wie noch nie, nachdem die Schlaraffenseligkeit des lang ersehnten Zukunftsstaates endlich gekommen schien. Und weil man sich der Gewißheit nicht freuen konnte, daß diese Herrlichkeit lange dauern werde, wurden die hohen Löhne



mit vollen Händen hinausgeworfen. Ans Sparen dachte kein Mensch in dieser Atmosphäre der Leichtfertigkeit, aus welcher die Begriffe der Zufriedenheit und Enthaltsamkeit gänzlich ausgeschlossen waren. Entsetzt über diese Gedankenlosigkeit wandte sich der Direktor der Sparkassen an die Geistlichkeit mit der Bitte, der stets wachsenden Verschwendungssucht entgegenzuwirken. Und er erhielt eine Antwort, die den Umständen angemessen war.

„In den Kreisen, über deren Verschwendungssucht Sie klagen", antwortete der Pastor Lasson, „werden wir Geistliche wenig helfen können. Seit Jahrzehnten hat man — nicht zum mindesten die Berliner Stadtverwaltung — daran gearbeitet, die Massen von der geistlichen Bevormundung zu befreien. Nun scheint sich die Erkenntnis zu regen, daß die Einwirkung der Kirche und ihrer Diener auf die Bevölkerung nicht zu verachten sei.

Man hat dem sogenannten souveränen Volk die sogenannte Freiheit verschafft und es zeigt sich nun, daß das Volk damit weder souverän noch frei geworden ist. Denn die innere Voraussetzung dafür oder die Fähigkeit sich selbst zu beherrschen und die Leidenschaften zu zügeln, hat ihm gemangelt, und geht ihm jetzt, wo keine äußeren Schranken mehr es hemmen, mit jedem Tage mehr verloren. Die Meinung, daß die Masse des Volkes mündig sei, hat sich als ein verhängnisvoller Wahn erwiesen.

Das ist von der unseligen Bewegung verkannt worden, die den bisherigen Bestand unseres Vaterlandes zertrümmert hat, ohne irgendwelche Ordnung dafür an die Stelle setzen zu können, um den maßlosen Begierden und dem gedankenlosen Leichtsinn Einhalt zu gebieten. Jetzt stehen die Urheber der Bewegung entsetzt vor der Verwüstung, die sie angerichtet haben und die auf geistig sittlichem Gebiet noch weit ärger ist als auf dem wirtschaftlichen. Der Auflösung steuern ist viel schwerer als sie herbeizuführen. Suchen Sie dafür wirksame Helfer, dann müssen Sie sich an jene Personen wenden, welche Einfluß auf die irregeleiteten Massen besitzen, zu denen uns Geistlichen längst der Zugang versperrt worden ist."

Die Sozialdemokratie hat bisher den Geist der Negation, den sie vom atheistischen Staat des alten Regimes als Erbschaft übernommen hat, sorgfältig gehütet. Die Kirche kann ihre Dogmen nicht ängstlicher bewahren. Mit der ganzen Macht ihrer unvergleichlichen Parteiorganisation steht die Sozialdemokratie ein für die antichristlichen Grundsätze der modernen Weltanschauung, in welchen sie ebenso wie die Freimaurerei das Heil der Welt erblickt. Nun ist sie im Vertrauen auf dieses Palladium ihrer blutroten Freiheit auf einem toten Punkt angelangt, der für sie ebenso verhängnisvoll werden kann wie für den atheistischen Staat von ehedem und für seine Schutzherren von der Loge. Beiderseits hat man die freie Entfaltung des Unglaubens für eine fortschreitende Aufwärtsbewegung gehalten, nicht vom Himmel abwärts durch die Welt zur Hölle, sondern umgekehrt für einen Aufstieg ins Paradies völliger Gleichheit mit den Göttern. Statt mit bedächtiger Schnelle ist man in rasender Eile auf dem einmal betretenen Weg vorangegangen. Man hat nicht entfernt daran gedacht, auch die sittlich moralischen Voraussetzungen der Kultur in Erwägung zu ziehen und sich etwa mit der Frage zu beschäftigen, ob nicht die Berufswahl der Jugend und die sittliche Qualität der industriellen Unternehmungen einer vernünftigen Kontrolle zu unterstellen seien. Auch der Gefahr, die Preisbildung der Lebensmittel und den gerechten Ausgleich der Arbeitslöhne ohne jede Aufsicht und Vorsorge dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, stand man gänzlich blind und sorglos gegenüber. Um das alles ordnungsmäßig vorzusehen, wäre in allen Ländern eine Art Bremsministerium gegen übereilte Kulturfortschritte nötig gewesen; dadurch wäre freilich die Fahrt vom Himmel zur Hölle mit allzu bedächtiger Langsamkeit vor sich gegangen und am Ende gar durch das Dazwischentreten der schwarzen Garde ganz verhindert worden. Das mußte um jeden Preis vermieden werden.

Einmal mußte ja doch Bebels Prophezeiung sich er-



füllen, daß der Christusglaube mit dem Troste seiner Jenseitshoffnung am selben Tage sich als eine Illusion erweisen werde, an welchem die Menschheit angesichts der Fortschritte der Kultur sich überzeugen werde, daß ein vollkommen glückliches Erdendasein im Diesseits für sie kein Ding der Unmöglichkeit sei.

Ob er jetzt auch noch also sprechen würde? Der große Kladderadatsch zeigt ein ganz anderes Gesicht! Der kalte Wasserstrahl der angekündigten Illusion trifft nicht die Freunde, sondern die Feinde des Glaubens.

Die beiden geistesverwandten Gegenfüßler, die plutokratische Freimaurerei und die sozialistische Bruderschaft der Proletarier, sind jetzt als Anwärter der gepriesenen Herrlichkeit eines Himmels auf Erden, von dem sie so lange geträumt haben und um dessen willen der Weltkrieg hauptsächlich entbrannt ist, in gewissem Sinn am Ziele ihrer Wünsche angelangt — beide sind im Besitze der Macht, die einen in Weimar, die andern in Paris und fühlen sich wie Götter im Olymp. Es gilt eine neue Verteilung der Welt nach dem bekannten Grundsatz des Mephistopheles: Allen alles! Mit höhnischem Grinsen gibt der Verschlagene, der vor dem Krieg als Fürst dieser Welt den Kämpfenden die Parole ausgegeben hatte: Das alles will ich euch geben! jetzt den Takt zu den Verhandlungen der Plutokraten und Bolschewisten und zeigt ihnen die Milliarden, die verteilt werden sollen. Allen alles! heißt noch heute die Losung, aber wohlgemerkt, nicht geben, sondern nehmen! Dabei wird den Teilnehmern des Konkursprozesses hüben und drüben so gruselig, daß sie nicht mehr wissen, ob sie im Olymp oder im Hades sich befinden.

XLI.

Unveränderliches und Veränderliches.

Gegen alte und neue Illusionen.

Die alte Zeit ist unwiederbringlich dahin! So lautet hundertfach die Überzeugung, die Krieg und Revolution gebracht haben. Alles muß neu, auf neuem Fundamente und in neuen Formen aufgebaut, alles muß neu gedacht oder umgedacht, alle alten Werte müssen umgewertet werden. Eine radikale Minderheit verlangt offen das Auf den Kopf-Stellen der alten Anschauungen, Dinge und Verhältnisse, in der Familien- und Schulerziehung, im staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben das direkte Gegenteil von dem, was unsere Väter seit Jahrhunderten geübt und worauf sich unsere Zivilisation und unser gesellschaftliches Leben aufgebaut hat.

Eine neue Zeit ist gekommen, vieles ist gestürzt und vieles muß neu erstehen. Vieles, aber immerhin nur das, was der Veränderung unterworfen und was sich den veränderten Verhältnissen anpassen muß oder anpassen kann. Das ewig Unveränderliche wird auch der radikalste Umsturz nicht verändern können. Wir müssen darum, wenn wir von der Entwicklung der neuen Zeit eine ungefähre Vorstellung bekommen wollen, unterscheiden zwischen dem Festen und Unveränderbaren und dem Umbildungsmöglichen und Veränderlichen. Und wir müssen in letzterer Beziehung wieder unterscheiden zwischen dem relativ wenig Änderungs- und dem völlig, fast bis in sein Gegenteil Umbildungsfähigen. So ergeben sich drei Gesichtspunkte für die kommende Entwicklung und ihre Möglichkeiten.

I.

Der letzte Grund alles Unveränderbaren ist Gott, der Schöpfer des Menschen und der Menschheit. „Bei Gott ist kein Wechsel und kein Schatten von Veränderlichkeit.“



(Jak. 1, 17.) Gott ist das absolut Unwandelbare. Und unveränderlich wie Gott, d. h. verbesserungsunfähig, ist zugleich alles absolut Vollkommene. Unveränderbar sind die Wahrheiten, welche Gott verkündet, und die Gesetze und Gebote, die er gegeben hat. Unveränderlich bleiben nicht nur diejenigen Gesetze. welche Gott in die organische und unorganische Natur, in das ganze Universum gelegt hat, ewig gleich bleiben auch jene Grundgesetze, die er für die Einzelpersönlichkeit, für die Gesellschaft und für die große Organisation derselben: für den Staat gelegt hat. Die geistige Persönlichkeit, die Gesellschaft, der Staat sind fort der Entwicklung und Umbildung fähig, ihr gesetzmäßiges Wesen, ihre natürlichen Fundamente aber werden fort dieselben bleiben.

1. Wie eine wissenschaftlich allgemein anerkannte wesentliche Veränderung des von Gott durch einen besonderen Willensakt geschaffenen menschlichen Körpers bis heute nicht konstatiert werden konnte,[1]) so ist auch eine Veränderung des geistigen Menschen, so wie wir ihn durch die Geschichte aller Zeiten kennen, nicht nachzuweisen. Der Mensch ist heute derselbe wie damals, als er, als Folge der ersten Sünde, mit seinem sterblich gewordenen Leibe und mit seiner geschwächten geistigen und sittlichen Natur aus dem Paradiese vertrieben wurde. Seine geistige Veranlagung hat sich seitdem nicht erweitert, seine sittliche Schwäche hat sich nicht gemindert, es hat im Nietzscheschen Sinne keine Entwicklung

---

1) Die Veröffentlichungen über den „Neandertalmenschen", vorab von H. Obermaier, über die „Pygmäenvölker" von P. W. Schmidt, S. V. D., sind und bleiben Hypothesen. Eine fortschreitende Entwicklung des Menschenleibes vom tierähnlichen bis zum heutigen Körper ist wissenschaftlich nicht zu konstatieren; wohl aber vielleicht ein gewisser Rückschritt. Ähnlich verhält es sich mit dem, was den Menschen am meisten adelt: mit der Religion. Hettinger sagt in seiner Apologie (II, 3. 423): „Während Einfachheit und Reinheit die ältesten Religionsformen auszeichnen, wächst die Vielheit der Götter mit der Zeit." (Vgl. A. Frhr. v. Ow in „Apologet. Rundschau", Jahrg. 7, S. 415 ff.)

zum höheren und größeren, zum Übermenschen stattgefunden. Der moderne Durchschnittsmensch steht seinem angeborenen Intellekte nach nicht höher als der Mensch der Vorzeit, er kann sein geistiges Talent vielfach besser ausbilden, allein er kann dieses Taleut oder die Begabung selbst nicht vervielfältigen.

Der Mensch bleibt im Wesen immer derselbe. Wir werden nie ein vollkommenes Geschlecht erziehen, wir werden uns nur der Vollkommenheit mehr oder minder nähern können, insoferne wir uns mit Hilfe der Gnade und des Gebetes der absoluten Vollkommenheit, Gott, ähnlich zu werden bestreben. Die Theorie von der Perfektibilität des Individuums und der Rasse bleibt im Ganzen eine Illusion. Die moderne Zeit hat keine größeren geistigen und künstlerischen Genies aufzuweisen als die alte. Größere Geister als einen Plato und Aristoteles, einen hl. Augustinus und hl. Thomas haben auch die letzten Jahrhunderte nicht zu verzeichnen. Es ist auch falsch, wie jeder Kenner der Verhältnisse konstatieren wird, daß z. B. die wissenschaftlichen Leistungen der mittleren und höheren Schule heute größere seien als vor Jahrzehnten. Der Rückgang des ernsten geistigen Strebens und der Leistungen der Schuljugend war gerade in den letzten Jahren ein fast allgemeiner und hat durch Weltkrieg und Umsturz weiter zugenommen. Zur geistigen Überhebung über die Vergangenheit besteht keine Veranlassung.

2. Unveränderlich wie das Wesen der Persönlichkeit und der Grad ihrer durchschnittlichen geistigen Fähigkeit ist auch das Wesen der Gesellschaft. Im Wesen ewig gleich muß vor allem die kleinste Gesellschaft: die Familie bleiben. „Wollte . . Gott die Fortpflanzung des Menschengeschlechtes und seine Erziehung in einer der vernünftigen Menschennatur geziemenden Weise sichern, so gab es hiefür keinen andern Weg als die dauernde Vereinigung der Gatten und Kinder in der häuslichen Gesellschaft, in der Familie.“[1])

1) Heinr. Pesch S. J., Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung. Freiburg i. Br. 1898, S. 38.

Die Entstehung und Erziehung der Kinder durch die durch die Ehe verbundenen Eltern wird eine elementare, unabänderliche Bedingung, die kommunistische Staatserziehung eine stete Utopie bleiben. Ohne Liebe gibt es keine Erziehung. Wenn radikale Pädagogen in öffentlichen Versammlungen, denen auch die Schuljugend beizuwohnen hat, erklären: Künftig müssen nicht mehr die Eltern die Kinder, sondern die Kinder die Eltern erziehen, und nicht mehr die Lehrer die Schüler, sondern die Schüler die Lehrer kontrollieren, so ist das eben die Pädagogik des Toll- und Zuchthauses.

Wie die Grundgesetze der Familie bleiben die Grundgesetze der menschlichen Gesellschaft ewig die gleichen. Der Mensch als geselliges Wesen kann nur in der Gesellschaft leben, er kann nur in und mit der Gesellschaft, die kein historisches Produkt sondern ein Werk der Natur ist, seine wirtschaftliche und kulturelle, seine höhere menschliche Aufgabe erfüllen. Eine kulturelle Entwicklung des Menschen in Isolierung, als Robinson Crusoë, ist undenkbar. Ein Individuum ist auf das andere angewiesen, eines muß dem anderen dienen. „Würde jedes Individuum alle Art von Arbeit tun müssen, welche nötig ist, ihm eine würdige Existenz zu sichern, längst wäre die Menschheit im Elend verkommen. Von einem Fortschritt, von materieller und geistiger Kultur könnte keine Rede sein.“[1])

Ein Gesetz der Erhaltung der Gesellschaft ist somit die gemeinsame Arbeit. Eine Gesellschaft von Müßiggängern wäre keine Stunde lang möglich. Je weniger eine Gesellschaft arbeitet, je weniger Tätigkeitstrieb physischer und geistiger Art sie erfüllt, desto niedriger ihr Wohlstand und ihre Kulturstufe. Ein damit zusammenhängendes unabänderliches Gesetz der Gesellschaftserhaltung bleibt die Verbindung der Arbeit mit dem Kapital bezw. der Natur zum Zwecke der Gütererzeugung. Es ist der Riesenirrtum des wirklichkeitsformenden Karl Marx und der ihm nachredenden Sozial-

1) Ebenda S. 47.

demokratie, daß die Arbeit allein Quelle der Güterproduktion sei. „Es ist einfach nicht wahr", sagt Konstantin Frantz in einer Kritik des Sozialismus, „daß die Produktion ökonomischer Güter lediglich auf Arbeit beruhe, sondern, so gewiß zwar jedes ökonomische Gut Arbeit voraussetzt — gelte es selbst nur die reifen Früchte eines Baumes zu pflücken —, so gewiß produziert die bloße Arbeit gar nichts. Immer hilft die Natur dabei, und zwar nach den verschiedenen Produktionszweigen in so verschiedener Weise und in so verschiedenem Grade, daß der Natureinfluß überall besondere Berücksichtigung fordert, und nicht etwa als eine sich gleich bleibende Größe sich ein für alle Mal aus der Rechnung eliminieren läßt."

Neben der gemeinsamen Arbeit und dem Gesetze der Güterproduktion ist eine dauernde und notwendige Eigenschaft der Gesellschaft das gemeinsame Interesse. Wie das überwuchernde Selbstinteresse die Gesellschaft aufzulösen droht, so schließt sie das gemeinsame Interesse und die gemeinsame Not wieder zusammen. Die Interessen der innerhalb der Gesellschaft bestehenden Berufsgruppen ergänzen sich, sie werden sich nur in abnormen Zeiten und Lagen feindselig gegenüberstehen. Mit diesem notwendigen Ausgleich der Interessen hängt auch das unumstößliche Gesetz der Ungleichheit der Gesellschaftsglieder zusammen. An dieser Ungleichheit wird jedes kommunistische Programm scheitern. Es gibt nichts „Ungleicheres als die Menschen. Die einen sind gesund, die andern krank, die einen schwach, die andern kräftig, die einen begabt, die andern talentlos, die einen halbe Engel, die andern halbe Teufel, die einen geborene Nurarbeiter, die anderen geborene Liebhaber des Dolce far niente".[1]) Diese Ungleichheit ist nicht ein beseitigungsfähiger Mangel, sondern eine notwendige Eigenschaft und Einrichtung der Gesellschaft. Eine Gesellschaft von gleich Begabten und

1) Dr. Jos. Eberle, Zertrümmert die Götzen! Innsbruck 1918. S. 137.

gleich Hochstrebenden wäre nicht nur auf die Dauer, sondern von Natur aus unmöglich.

3. Der Staat, die abgegrenzte, organisierte und einheitlich geleitete, ein bestimmtes Territorium dauernd bewohnende Gesellschaft, ist eine von Gott gewollte und in der Natur des Menschen begründete Einrichtung. Die Wesens-, die zu seinem Bestande notwendigen Merkmale und Aufgaben des Staates sind und bleiben durch alle Jahrhunderte: Einheit und einheitliche Führung, Ordnung und Autorität, Verwirklichung der natürlichen Rechtsordnung, Förderung des Gemeinwohles.

Es kann niemals einen Staat geben, der auf die einheitliche Leitung verzichtet, niemals einen Staat, in dem das Volk sich selbst regiert und in welchem das Recht und der Rechtsschutz vollständig ignoriert werden. Der Verzicht auf eine zentrale Leitung wäre Anarchie; die Volksregierung ist in sich unmöglich, denn jede Regierung setzt Über- und Unterordnung voraus; die Außerachtlassung des Rechtsschutzes würde den Staat zu einer Verbrecherkolonie machen und, wie das Beispiel des russischen Reiches zeigt, und wie eine Minorität des deutschen Volkes es zu beweisen versuchte, dessen politische und wirtschaftliche Auflösung herbeiführen.

Die Staatsbürger können nicht insgesamt regieren, aber sie können die Staatsregierung mittelbar beeinflussen durch ihre gewählten Vertreter. Es wird aber stets eine Utopie bleiben, daß durch die Wahl der Wille der Staatsbürger bezw. des Volkes auf die Gewählten übertragen werde. Das ist psychologisch, elementar unmöglich. Der moderne Parlamentarismus bleibt in dieser Hinsicht eine dauernde Lüge und die Volksregierung eine bleibende Täuschung.

4. Das Gesetz der Unveränderlichkeit des Wesens, das wir bei Gesellschaft und Staat gefunden, gilt in erhöhtem Grade für die Kirche. Unveränderlich ist ihre Lehre, unveränderlich sind die Grundzüge ihrer Organisation. Es gibt keine Evolution des Dogmas im Sinne einer Wesensänderung desselben, es gibt keine Veränderung der Glaubens-



substanz, sondern nur einen Fortschritt der Glaubenserkenntnis.[1]) Es gibt keinen Umsturz der hierarchischen Einrichtung, so wie sie Christus und die Apostel selbst in dem Papste, den Bischöfen und Priestern festgelegt haben. Die Kirche kennt, wie sie irrende mittelalterliche Theologen, Jansenisten und Gallikaner und das neueste tschechische Schisma anstrebten, keine demokratische Verfassung. „Nicht ihr habt mich erwählt, sondern ich habe euch erwählt“ (Joh. 15, 16), belehrte der Heiland seine Jünger. Es gibt keine Aufhebung oder Änderung der von Gott gegebenen Gebote, keine Vermehrung oder Verminderung der Siebenzahl der hl. Sakramente, keine Aufhebung des Opfers des neuen Bundes. Die Kirche des zwanzigsten Jahrhunderts unterscheidet sich in keinem wesentlichen Teile von der Kirche der Apostelzeit, sie ist die allein unveränderliche Gestalt in der Flucht und dem Wechsel der Erscheinungen.

Die von Gott geoffenbarte und die vom Wesen Gottes abgeleitete Wahrheit bleibt ewig dieselbe. Man kann diese Wahrheit entstellen, läugnen, bekämpfen und an Stelle des Reiches der Wahrheit das Reich des Irrtums aufbauen: das Gebäude der Lüge wird in kurzer Zeit in seine haltlosen Fundamente zusammenstürzen und die Sonne der Wahrheit

---

1) Nach Vincenz von Lerin und nach der Definition des Vaticanums gibt es drei Arten des Fortschrittes des kirchlichen Lehrbegriffes:

1. Die göttliche Wahrheit wird im Laufe der Zeit immer mehr in festen und scharf abgegrenzten Begriffen, bestimmten, unzweideutigen Ausdrücken fixiert und ausgeprägt oder formuliert (profectus intelligentiae).

2. Bisher latente oder blos materielle d. h. noch nicht definierte Dogmen werden zu offenkundigen und formellen Dogmen gemacht (profectus scientiae).

3. Dieselben Glaubenswahrheiten werden in reicherer und vollerer, tieferer und allseitiger Entwicklung vorgetragen, indem durch genauere Erklärung und Betrachtung oder durch theologische Schlußfolgerung aus der Predigt der Vorzeit das herausgehoben und entwickelt wird, was früher nur in confuso oder implicite darin enthalten war (profectus sapientiae). (Vergl. Apologet. Rundschau Jahrg. 7, S. 344.)

wird wieder siegreich über den Ruinen des Menschenhochmutes und den Verwüstungen der antichristlichen Mächte emporsteigen. Der Herr wird sie wie Töpfergeschirr zertrümmern (Geh. Offenbg. 2, 27) und er wird seinen treuen Dienern von neuem Macht über die Geister der Finsternis geben.

Die vorübergehend verdunkelte Wahrheit wird bleiben.[1]) Und bleiben wird auch jene Wahrheit und Überzeugung aller alten Völker, daß der Mensch und die menschliche Gesellschaft, daß die Erde und ihre Einrichtungen stets mangelhaft und unvollkommen bleiben werden. Es ist die große Lüge des Kommunismus und Sozialismus, der Menschheit ein Paradies in Aussicht zu stellen. „Das Paradies war einmal. Wir haben es durch den Sündenfall verloren. Das Paradies wird wiederkommen nach dem Weltgericht und der Auferstehung. Zwischen dem verlorenen und zukünftigen Paradies aber gibt es kein drittes in der Mitte, sondern nur eine Bußerde und ein Tränental.“[2])

II.

Unveränderlich ist die Wahrheit, unveränderlich ist das Grundwesen und die geistige Veranlagung des Durchschnittsmenschen, unveränderbar bleiben die fundamentalen Voraussetzungen der Familie, der Gesellschaft und des Staates. Neben diesem ewig Gleichen kennen wir aber eine große

---

1) Die an die Stelle der absoluten, der von Gott ausgehenden Wahrheit gestellte „relative Wahrheit“, die u. a. Paulsen vertritt, ist unhaltbar. Über diese fällt A. Deneffe S. J. folgendes Urteil: „Sie ist der Tod aller Wissenschaften und alles Erkennens. Wenn Harnack sagt: „Absolute Urteile vermögen wir in der Geschichte nicht zu fällen“, und wenn Paulsen den Verzicht auf die absolute Wahrheit verlangt, so ist das eine falsche Bescheidenheit. Tatsächlich ist es eine Bankerotterklärung aller Wissenschaft, alles Wissens, und, weil das Wissen die unerläßliche Vorbedingung des Glaubens ist, alles Glaubens. . . . Die Proklamierung der Relativität der Wahrheit ist ein Attentat auf die Wahrheit, das dem Attentäter selbst zum Verderben wird.“ (Stimmen aus Maria-Laach, Bd. 78, S. 66.)

2) R. Mäder in „Schildwache“ Jahrg. 1918/19, Nr. 13.



Reihe von Merkmalen und Einrichtungen der genannten Gruppen, die einer begrenzten Veränderung, jedoch niemals der vollständigen Umbildung fähig sind.

1. Einer fortwährenden Veränderung sind vor allem die Berufsstände oder Berufsschichten unterworfen. Manche Berufe können im Laufe der Zeit völlig verschwinden, aber ein Stand wird immer und in allen wirtschaftlichen Verhältnissen bleiben müssen: der Bauernstand. „Es ist nicht zu viel gesagt, was Jörg behauptet: Wenn alle andern Stände außer dem Bauernstande vernichtet sind, so werden sie mit der Zeit wieder aus diesem hervorgehen."[1]) Der Bauernstand wird sich im Laufe der Zeit in seiner äußeren Erscheinung, in seiner rechtlichen Stellung, in seiner Betriebsart und Organisation ändern, aber er wird als solcher fortbestehen müssen. Er kann von der extensiven zur intensiven Wirtschaft übergehen, er kann statt mit Geräten mit Maschinen arbeiten, er kann die Form des Klein- oder Großbetriebes, des Klein- und Großbesitzes oder auch die ideale Form des mittleren Gutes annehmen, aber seine Hauptaufgabe wird immer der Bodenbau und die Ernährung des Volkes bleiben.

Nach dem Bauerntum ist in zweiter Linie das Handwerk notwendig. Auch dieses wird trotz aller geschichtlichen Veränderungen seinen wesentlichen Charakter beibehalten. Wohl kann die Gesellschaft auch auf Grund der Hauswirtschaft, in welcher alle notwendigen gewerblichen Produkte im Hause selbst erzeugt werden, bestehen. Aber dieser höchst primitive wirtschaftliche Zustand kann doch niemals ein dauernder sein. Jeder wirtschaftstechnische Fortschritt differenziert die Arbeit. Das Handwerk kann sich in der Folge zur Großindustrie entwickeln, aber notwendig ist diese Entwicklung so wenig wie die Erweiterung des Kleinhandels zum Großhandel. Das Handwerk hat durch Jahrhunderte, wenn auch

1) A. M. Weiß O. Pr., Soziale Frage und soziale Ordnung. 3. Aufl. Freiburg i. Br. 1896. S. 877.



in vielfacher Umbildung, neben der Landwirtschaft seinen Platz behauptet, die Großindustrie war, im Gegensatze hiezu, durch Jahrhunderte unbekannt. Das Handwerk ist fort notwendig als Trägerin des Kunstgewerbes, das, allein von den Armen der Großindustrie getragen, in kurzer Zeit hinsterben würde.

2. Die Staatseinrichtung und die Staatswissenschaft können weitgehend umgebildet, aber sie können nicht auf eine gänzlich neue Basis gestellt werden. Die Theorie der allerneuesten Staatslehre, daß künftig die Staaten nicht mehr auf die Macht, sondern auf den freien Willen, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker[1]) gegründet sein sollen, ist eine Illusion und vermengt Irrtum mit Wahrheit. Der Macht und Gewalt werden auch die zukünftigen Staaten bedürfen, und sie werden diese Macht in so höherem Grade benötigen, je mehr sie sich von der Gewalt, welche die Völker allein zügeln und einigen kann, von dem christlichen Geiste und Gesetze abwenden. Eine von atheistischen Fanatikern geführte Demokratie hat keine Zukunft. „Un peuple athée“, sagte einst Napoleon I., „on ne le gouverne pas: on le mitraille!“

3. Eine grundstürzende Änderung ist wie bei mancher sozialen und staatlichen so auch bei mancher pädagogischen Einrichtung unmöglich. Die Schule hat im Laufe der Jahrtausende einschneidende Umgestaltungen erlebt, aber das Wesen des Unterrichts und der Erziehung ist geblieben. Es ist geblieben die fundamentale Notwendigkeit, daß jeder Unterricht des Systems und der Methode bedarf, daß ohne Autorität des Lehrers und ohne Schulzucht ein Unterricht undenkbar ist, daß die Schule kein „System beständiger Beunruhigung“ erträgt, daß sich mit der verstandesmäßigen Erfassung eines Lehrgegenstandes die geregelte Übung verbinden muß, daß ohne Anstrengung: bei einer Unterrichtsspielerei noch niemals ein Schüler das Lehrziel erreicht

1) Vergl. Histor.-polit. Blätter Bd. 163, S. 217.



hat, usw. usw. Wenn übermoderne Schulmänner, Anhänger des absolut Neuen und Abstrusen, in Wort und Schrift gegen diese elementaren Bedingungen des Unterrichts angekämpft haben, dann ergibt sich daraus die ebenso elementare Forderung der Beseitigung derartiger Pädagogen.

Wie die Elemente der Erziehungslehre und der Unterrichtsmethode werden die Grundgesetze der meisten der zu lehrenden Disziplinen, speziell der Mathematik und der alten Sprachen, bleiben. „Daraus, daß einiges sich entwickelt, folgt nicht, daß alles sich entwickelt; und wenn auch alles sich entwickelt (d. h. sich entwickeln würde), so wird doch nie ein Viereck sich zu einem dreieckigen Kreis entwickeln.“ [1])

4. Entwicklungsfähig innerhalb bestimmter Grenzen, aber nicht im Wesen veränderbar, ist fast alles mit der Natur des Menschen Gegebene. Das gilt u. a. auch von der *Sprache*. Die Sprache wird bei jedem Volke einen ununterbrochenen Entwicklungsgang aufweisen; sie wird sich verbessern, abschleifen, oder auch verschlechtern, sie wird fremde Sprachelemente aufnehmen und sie umbilden, sie wird sich aber — von ein paar geschichtlichen, kleine Stämme betreffenden Ausnahmen abgesehen — nicht unterdrücken lassen, um an ihre Stelle ein völlig ueues Idiom zu setzen. Alle künstlichen Sprachbildungen, alle Versuche eine Weltsprache, heiße sie nun Volapük oder Esperanto, zu schaffen, haben bis jetzt fehlgeschlagen und mußten fehlschlagen. So wenig wie ein neuer Baustil läßt sich eine neue Sprache erfinden und der Menschheit aufoktroyieren.

Veränderlich, aber nur innerhalb einer gewissen Gesetzmäßigkeit, ist die Volkssprache, veränderlich, aber *ohne* gesetzmäßige Entwicklung, ist der *Volksgeist*. Doch ungeachtet dieser Veränderung, um nicht zu sagen Wankelmütigkeit, werden gewisse erfreuliche und unerfreuliche Erscheinungen der „Volksseele“ immer bleiben. Es wird bleiben die Naivität des Volkes, das Interesse vorab für das Nächst-

1) A. Denesse S. J. in Stimmen aus Maria-Laach Bd. 78, S. 65.

liegende und das Kleine; es werden bleiben die zum Zusammenschluß drängenden Volksleidenschaften, die Gefühle der Liebe und des Hasses, die undefinierbaren Stimmungen der großen Volksmassen; es wird bleiben die Unerfahrenheit und der Optimismus der Jugend und die Erfahrung und Enttäuschung des Alters; es werden immer im Volke der kritischen Köpfe wenige und der leichtgläubigen und widerspruchsvollen viele sein, usw. usw.

5. Auch die Kirche ist, als eine in die Welt gestellte Gesellschaft, dem Wechsel der Zeit unterworfen. Wird ihre Lehre unwandelbar sein, so wird sich doch manche ihrer Einrichtungen umformen. Aber bleiben wird dabei der alte christliche, der göttliche Geist, der die Institutionen der Kirche von Anfang beseelte. Bleiben wird die Rangordnung der Hierarchie: Papst, Bischöfe, Priester und Diakone. Dabei kann anderes, im Laufe der Zeiten Geschaffenes für immer verschwinden. Der Pfarrer kann durch den Missionspriester, der Ordensgeistliche durch den Weltgeistlichen, und umgekehrt, ersetzt werden, die kirchlichen Gebote können eine Verschärfung oder Milderung und, wie die Fastengebote, sogar eine vorübergehende Aufhebung erfahren usw. Aber die fortwirkende Tradition der Kirche, die geheiligte Überlieferung wird ununterbrochen bei diesen sich verändernden Einrichtungen bleiben müssen. Die Stiftungen der Kirche müssen im Geiste ihrer Stifter erhalten werden. Wir glauben beispielsweise nicht, daß die religiösen Orden an den seit mehr als tausend Jahren festgehaltenen Hauptpunkten ihrer Statuten und an ihren Gelübden etwas preisgeben werden; wir glauben nicht, daß, wie am 22. April 1918 ein geistlicher Redner in der ersten bayerischen Kammer forderte, die Ordenspriester künftig den Bildungsweg der Weltpriester nehmen werden. Die Orden werden ihre Tätigkeit den veränderten Zeitverhältnissen anpassen, sie werden modern im guten Sinne des Wortes sein, sie werden aber die Tradition ihrer heiligen Stifter durch alle Stürme der Zeit bewahren.



III.

Unveränderlich sind die von Gott gegebenen Gesetze und Wahrheiten, unveränderlich ist das geistige und physische Grundwesen des Menschen und der Gesellschaft; bis zu einer bestimmten Grenze nur veränderlich ist darum alles, was mit diesem Wesen zusammenhängt. Veränderlich jedoch bis zum Gegenteil des ursprünglichen Bildes oder der ehemaligen Einrichtung ist fast alles von Menschenhand und Menschengeist Geschaffene. Veränderbar bis in die letzten Teile sind die kulturellen Errungenschaften, sind die Formen aller menschlichen Organisationen und Ordnungen, sind tausend Einrichtungen und Übungen des Tageslebens, sind alle Tagesmeinungen und Anschauungen.

1. Völlig umbildungsfähig ist die Form des Staates. An die Stelle der Despotie kann der Freistaat, an die Stelle der Einherrschaft oder Monarchie die Volks- oder Vielherrschaft, die demokratische Republik treten. Die Volks- und Vielherrschaft allerdings nur in der Theorie und in der Illusion der Menge. Immer werden es, auch in der ausgebildetsten Demokratie, einer oder einzelne sein, welche den Staat leiten und seine Geschicke wie seine innere und äußere Politik bestimmen. Die Demokratie als Herrschaft aller ist ein Nonsens; ihre Verwirklichung wäre Anarchie. Die durch die Revolution der bolschewistischen Sozialdemokratie geschaffenen Republiken oder „Freien Volksstaaten" haben nicht die Herrschaft des Volkes, sondern die rücksichtslose und rohe Diktatur Einzelner, nicht die Sprache der Freiheit, sondern die Sprache der Maschinengewehre gebracht.

Veränderungsfähig bis zum Gegenbilde ist die Organisation und Gliederung und der Verband der Staaten. Partikularistisch gebildete, föderalistisch eingerichtete Reiche haben sich im Laufe der Geschichte zu uniformen Einheitsstaaten entwickelt, aus selbständigen Grafschaften, Fürsten- und Herzogtümern sind Provinzen geworden, Gemeinden und Kantone haben ihre alten Rechte und ihre alte Bedeu-



tung verloren, aus ehemals zu Schutz und Trutz verbundenen Staaten sind feindliche Gegner erwachsen; aus einem einst christlich geeinten Europa haben sich die schärfsten politischen Interessengegensätze und europäische Kriege entwickelt, bis endlich Weltkrieg und Revolution den vollen Zusammensturz Ost- und Mitteleuropas im Gefolge hatten.

Die Hoffnung, daß sich aus der Revolution ein höheres staatliches Leben entwickle, hat sich stets als eitel erwiesen. Jeder gewaltsame Umsturz war ein nationales Unglück. Die Revolution ist das große Verbrechen der Völker, und dieses Verbrechen bedarf, wenn es sich nicht zur dauernden Strafe gestalten soll, der Sühne der Völker. Die staatliche Ordnung darf sich nur gesetzlich entwickeln und verändern, sie darf niemals verbrecherisch vernichtet und radikal erneut werden. Die große Revolution war das Verhängnis Frankreichs vor 120 Jahren. Das Land ist seitdem nicht mehr zur inneren Ruhe gekommen. Die Revolution wird auch das Verhängnis Deutschlands bleiben, falls es dem Lande nicht gelingt, die Fäden der staatlichen Tradition von neuem anzuknüpfen. —

2. Radikal umbildungsfähig wie die staatliche ist manche gesellschaftliche oder wirtschaftliche Ordnung. An die Stelle der Zwangsorganisationen können freie Organisationen, an die Stelle der gebundenen Wirtschaft kann die Freiwirtschaft, an die Stelle des Kleinbetriebes der Großbetrieb treten. Die Gesellschaft kann atomisiert oder aufgelöst werden bis in ihre letzten Bestandteile, an die Stelle der alten Berufsstände, an die Stelle des Mittelstandes kann der Gegensatz von Arm und Reich und die amorphe und abstoßende Massen- und Klassenbildung treten. Falls das Gefüge des Staates noch ein festes und dessen Regierung eine starke ist, vermag eine solche „Gesellschaft“ für einige Dauer zu bestehen; aber es ist und bleibt der Zustand der Unnatur und der sozialen Erkrankung, die zuletzt auf den Staat selbst übergehen wird. Jede individualistische Epoche

der Gesellschaft, sagt ein großer Soziologe, ist eine niedergehende Epoche.

Wie die gesellschaftliche Ordnung oder Gliederung sich radikal verändern kann, so können einzelne Glieder oder Berufsgruppen, wie oben angedeutet, gänzlich verschwinden und neue entstehen. So hat die von dem kapitalistischen Systeme gestützte und geförderte technische Entwicklung der neuen Zeit eine Anzahl von Fachgruppen des alten Handwerks völlig oder nahezu vollständig beseitigt und neue Gruppen erzeugt. Sie hat die große Berufsschichte der im modernen Verkehre Tätigen hervorgerufen und wird fort neue Berufe und Erwerbszweige bilden. Außer dem Bauernstande als solchem hat kein Berufsstand die Gewähr dauernden Bestandes oder der Erhaltung seiner wesentlichen Einrichtung.

3. Verändern bis zum Gegensatze, bis zur Karrikatur vermag sich das nationale Wesen eines Volkes, verändern durch Vermischung mit anderen Volksteilen, verändern aber auch durch künstliche Beeinflussung des Volkscharakters und der Volksmeinung. So hat sich seit dem Jahre 1870, durch den Einfluß der Bismarckschen Erfolgspolitik, durch Militarismus und Pflege der Machtidee, durch Hegelsche Staatsvergötterung und eine im preußischen Sinne gehaltene Geschichtsschreibung, durch die Kultivierung eines pseudonationalen Gedankens in Schule und Presse der alte deutsche Volksgeist bis in sein Gegenteil umgewandelt.[1]) Aus einem weltbürgerlichen ist ein hypernationales, aus einem deutsch ein preußisch denkendes Volk geworden. „Uns bleibt Bismarck“, erklärte Universitätsprofessor E. Marcks, „die menschgewordene Nation.“ Heute ist der Rückschlag gekommen; heute liegt das Werk Bismarcks in Trümmern vor uns, heute haben deutsche Volksstämme ihr nationales Bewußtsein in der Weise verloren, daß sie gelassen Semiten und Ausländer als Führer und Herrscher ertragen.

1) Vgl. Fr. W. Foerster, Weltpolitik nnd Weltgewissen, München 1918, S. 155 ff.

4. Veränderlich bis zur Vernichtung des ursprünglichen Bildes ist, wie bereits hervorgehoben, alles von Menschenhand Geschaffene; alle Werke der Kunst und der Technik, alle sichtbaren Ergebnisse der Kulturarbeit vergangener und gegenwärtiger Tage. Die bildende Kunst hat, mögen auch, solange sie auf einer gewissen Höhe steht, ihre ewigen Gesetze bleiben, im Laufe der Jahrtausende die gegensätzlichsten Erscheinungen hervorgerufen. Man stelle nur einen griechischen Tempel und eine gotische Kathedrale nebeneinander. Gleich sind an ihnen nur die statischen Bedingungen, vorab die senkrechte Aufeinanderschichtung des Materials. Die größten Werke, die Weltwunder künstlerischer und kunstloser Technik sind verschwunden, neue sind an ihre Stelle getreten.

„Wo blieb dein Glanz, Minervas
Stadt, dein Volk und deine Tempelzier?
Die Distel rauscht im Parthenon und in der
Stoa grast der Stier.“

(Fr. W. Weber.)

Das Angesicht der Erde hat sich vielfach gänzlich umgestaltet. Die Wildnis ist zur Kulturstätte geworden, aber auch hundert herrliche Landstrecken sind zur Wildnis und Wüste herabgesunken. Die Entstellung des Landes hat besonders in den letzten Jahrzehnten beängstigende Dimensionen angenommen. Entzückende Hügelgelände sind zu Schlackenbergen, anheimelnde Dörfer und Niederlassungen zu abstoßenden Proletarierstätten geworden. Habgier und Unvernunft haben die Erde mehr entstellt als elementare Katastrophen und blutige Kriege. Der Mensch ist nicht nur der größte Feind des Menschen, er ist auch der größte Feind der Natur.

5. Veränderlich, entstellbar und vernichtungsfähig sind die menschlichen Kulturwerke; zu entstellen, vielfach bis zur Unkenntlichkeit, versucht der Mensch auch die an sich unveränderbare Wahrheit. Jede Irrlehre hat in der Folge die ursprüngliche gesunde Lehre bis zur Unkenntlichkeit verändert. Der Entwicklungsgang zahlreicher Sekten zeigt dieses. Glaube,

Glaubenszweifel, Irrglaube, Unglaube, das ist der dutzendsache, um nicht zu sagen der gewöhnliche Weg der Apostasie. An die Stelle der göttlichen Wahrheit tritt die unbewußte oder bewußte Unwahrheit, die „relative Wahrheit", die Lüge. Sie erfüllt die Einzelnen, sie erfüllt die Parteien, sie erfüllt die Völker, sie erfüllt die Welt. Sie ist zum Zeichen der von Christus, der Sonne der Wahrheit, abgefallenen Menschheit geworden. Das Reich des Lügners von Anbeginn beginnt sich aufzurichten, wenn auch für kurze Tage. Der Satan „wird ausgehen und die Völker verführen, die an den vier Enden der Erde sind . . . . und wird sie zum Kampfe versammeln, deren Zahl ist wie der Sand des Meeres." (Geh. Offenbrg. 20,7).

Entstellbar ist die Wahrheit. Umbildungsfähig bis zur Unkenntlichkeit ist ein Volk, das einst die Wahrheit besaß und welches Heilige erzeugte, das durch den Glanz heroischer Tugenden und charitativer Werke, durch die felsenfeste Treue zum Altare und zum Throne leuchtend unter allen Völkern dastand, umbildungsfähig bis zu einem Verräter- und Verbrechervolke, bis zu einem Volke, das alle Kulturwerte und -Werke zerstört, welche die christlichen und besseren Väter in mehrhundertjähriger Arbeit gesammelt und aufgebaut. Die Überkultur, die Kultur ohne Gott, die auf dem Atheismus begründete Kultur des Sozialismus, Nihilismus und Bolschewismus sinkt wieder in die einstige Barbarei und unter dieselbe zurück.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben Veränderungen herbeigeführt, die an Größe und Bedeutung sich nur mit jenen der Völkerwanderung vergleichen lassen. Die Keime zu diesen Änderungen lagen aber schon in den vorausgegangenen Jahren. Ohne den religiösen und sittlichen Tiefstand großer Massen bereits vor dem Kriege wäre der radikale Umsturz am Ende des Krieges nicht denkbar gewesen. Die Überraschung über den allgemeinen Umsturz war nur für jene eine unfaßbare, welche gegenüber den zur Kata-

strophe treibenden Kräften seit Jahrzehnten die Augen verschlossen hatten.

Schon vor dem Kriege sahen wir das Heranwachsen eines jede Tradition verachtenden, nach stets Neuem strebenden, religions- und damit pietätslosen Geschlechtes. Mit dem Umsturze im Novembermonat 1918 fiel die Herrschaft und Gewalt in die Hände der traditionslosen Massen, die ihre erste Aufgabe in dem Niederreißen alles Bestehenden, in der Veränderung auch des ewig Unveränderlichen erblickten.

Doch mögen die gegen das Unveränderbare anstürmenden revolutionären Massen und die sie treibenden Geister der Tiefe noch mehr Truppen sammeln, mag der Siegeszug des Bolschewismus sich auch auf das westliche Europa und die Länder der neuen Welt ausdehnen und Leichen auf Leichen und Ruinen auf Ruinen häufen — bleiben wird hiebei der Mensch als solcher. Der Mensch mit seinen gemeinsamen Interessen und selbstsüchtigen Instinkten, mit seinen Vorzügen und Fehlern, mit seinem zum Aufbau und zum Niederreißen abzielenden Streben und seinen zur Höhe und zur Tiefe ihn ziehenden Leidenschaften. Bleiben werden die irrenden und geprüften Völker, bis der große Tag der Veränderung alles Irdischen und Zeitlichen erscheint; der Tag der Vernichtung der alten Erde und der Auferstehung der neuen veränderungsunfähigen Menschheit.

R. F. X. H.



XLII.

Die Edelfreien von Hundelfingen in Bayern.[1])

Von Dr. Alfred Schröder.

Die Forschung über die Edelgeschlechter im bayerischen Schwaben ist über Anfänge noch kaum hinaus gediehen. Seitdem der um den Historischen Verein für Schwaben und Neuburg hochverdiente Regierungsdirektor Joh. N. v. Raiser seine oft recht kühnen und phantastischen Streifzüge in dieses Gebiet unternommen, ist nur mehr ab und zu und seit 43 Jahren überhaupt nicht mehr in den Veröffentlichungen des Vereins von alten Edelgeschlechtern die Rede gewesen. Beiträge hat fast nur noch — von einzelnen Untersuchungen F. L. Baumanns abgesehen — Steichele in dem Werk „Das Bistum Augsburg" geliefert, so oft der nach örtlichen Gesichtspunkten geordnete Stoff des Werkes Forschungen über ein Edelgeschlecht nahelegte, und dieser Gepflogenheit ist auch der Fortsetzer des Werkes treu geblieben.

Den größten Gewinn zieht die Wissenschaft bei solchen Forschungen aus dem Nachweis der genealogischen Zusammenhänge und des Eigen-, Lehen- und Amtsbesitzes der Geschlechter. Für die Darbietung der Ergebnisse wird sich dabei, wo immer der Stoff, den fast ausschließlich die Urkunden bestreiten, einigermaßen umfangreich ist, eine Trennung von Stoff und Darstellung und die Vereinigung des Stoffes in numerierten Regesten empfehlen, auf die dann in der Darstellung bequem verwiesen werden kann. Sonst ist man entweder genötigt, einen Teil des oft mühsam genug zusammengebrachten Stoffes der Forschung vorzuenthalten, oder man läuft Gefahr, in Form einer Darstellung lediglich eine geordnete Materialiensammlung zu bieten und darüber die höheren Aufgaben der

1) Den Ausführungen liegt ein Vortrag zu Grunde, den der Verfasser am 5. März 1919 im Historischen Verein Dillingen gehalten hat



Forschung zu verabsäumen, die da erst beginnen, wo die Materialiensammlung aufhört. Dieser Gefahr ist manches mühsame, umfangreiche und kostspielige Unternehmen, auch aus neuester Zeit, nicht entgangen.

Wenn wir indes hier nun von den Edelfreien von Gundelfingen sprechen, so kann es sich freilich um eine derart erschöpfende Untersuchung von vornherein nicht handeln. Eine solche vorzuführen ist diese Zeitschrift, die sich an einen weiteren Leserkreis wendet, nicht der Ort. Es soll vielmehr nur ganz schlicht, doch allerdings durchaus quellenmäßig, auf Grund von etwa 200 Urkunden, die sich über das Edelgeschlecht der Gundelfinger erhalten haben, ein Überblick geboten werden über Charakter und Leistungen des Geschlechtes, nachdem der äußere Rahmen abgesteckt ist, innerhalb dessen es sich bewegte.

Die erwähnten Urkunden, zumeist in verschiedenen Beständen des Allgemeinen Reichsarchivs aufbewahrt, teilweise auch (in verschiedenen Urkundensammlungen) veröffentlicht, jedoch bisher noch nie zu einer Geschichte des Geschlechtes zusammengefaßt, erstrecken sich beiläufig über die Jahre 1120—1320. Die Verteilung über diesen Zeitraum ist sehr ungleichmäßig: während für die 120 Jahre von 1120—1240 nur 30 Urkunden vorliegen, steigert sich deren Zahl für die übrigen 80 Jahre bei der zunehmenden Ausgestaltung des Privaturkundenwesens auf 170. Infolgedessen sind wir über die ältere Geschichte mangelhaft unterrichtet, besonders auch über Herkunft und Geschlechtsfolge; ein zuverlässiger Stammbaum ergibt sich erst von 1220 an. So läßt sich auch, obwohl sich die Gundelfinger seit 1250 oft nach Hellenstein benennen, einer bedeutenden Burg ob Heidenheim in Württemberg, die der Mittelpunkt einer ausgedehnten reichslehenbaren Herrschaft war, nicht bestimmt nachweisen, ob die Geschlechtseinheit (Gundelfingen gleich Hellenstein) schon für die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts gilt, in der von 1150—1182 ebenfalls Hellensteiner auftreten, die Brüder Degenhart und Beringer nämlich, von denen der erste dem Kaiser Friedrich Barbarossa



namhafte Dienste leistete und von ihm zum Verwalter aller Güter und Rechte des Reiches in Schwaben bestellt wurde. Ebenso wenig ist völlig klar, obwohl sich Anzeichen dafür finden, ob die bayerischen Gundelfinger mit den württembergischen, die sich nach Gundelfingen im Oberamt Münsingen benannten und ebenfalls zu den Edelfreien zählten (1546 erloschen), eines Stammes sind. Jedenfalls sind die Gundelfinger, die sich nach dem bayerischen Städtchen an der Brenz benannten, hier nicht ein bodenwüchsiges Geschlecht, hervorgegangen aus der Ursippe der an der Brenz angesiedelten Gundelfinger; sie müßten sonst mit den Allmendgerechtsamen des Ortes in oberherrlichen Beziehungen gestanden haben, was nie der Fall war. Sie nannten sich überhaupt erst seit etwa 1125 nach Gundelfingen, vorher hießen sie sich „von Fachberg“, ein Name, den wir freilich bloß aus der Tradition des benachbarten Klosters Echenbrunn kennen, da er urkundlich nicht vorkommt. Nach dieser Tradition, die sich bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts zurückverfolgen läßt, haben Gumpert und sein Sohn Kuno, Herren von Fachberg, das Kloster gestiftet. Die älteste Urkunde des Klosters, eine päpstliche Bestätigungsbulle von 1122, nennt in der Tat die Edelherren Gumpert und Kuno, Vater und Sohn, als Stifter des Klosters, ohne indes einen Familiennamen beizufügen; demnach dürfen wir auch die so ganz unprätentiöse Bezeichnung „von Fachberg“ als eine echte Überlieferung gelten lassen. Daß aber die Stifterfamilie mit der der Gundelfinger identisch ist, ergibt sich aus der Vogteigeschichte des Klosters; denn die Mönche waren durch jene päpstliche Bestätigung verbunden, den Vogt stets aus der Blutsverwandtschaft der Stifter zu nehmen, und schon seit 1127 sind die Gundelfinger als Vögte nachweisbar. Wo indes Fachberg lag, ist nicht bekannt. Man darf annehmen, daß die Burg ganz nahe der neuen Gründung stand; vielleicht ist sie, wie das anderwärts bei Klosterstiftungen durch Edelgeschlechter mehrfach vorkam, dem Kloster als Gründungsstätte überwiesen worden, woraus sich der Wechsel der Benennung erklären



würde, der eine Übersiedelung des Herrengeschlechtes an einen neuen Wohnsitz zur Voraussetzung hat.

Bis 1170 erscheinen nicht weniger als zwölf weitere Namen von Gundelfingern, ohne daß wir sie doch in Verbindung miteinander bringen könnten oder einen genaueren Einblick in ihre Verhältnisse erlangten. Ihre Träger werden zumeist nur als Zeugen aufgeführt in den knappen Traditionsnotizen von Klöstern. Seit 1170 treffen wir die Gundelfinger wiederholt mit anderen schwäbischen Edeln am Hoflager Friedrich Barbarossas, Ottos IV., Konrads IV. und des unglücklichen Konradin.

Um 1220 zweigte sich vom Hauptstamm die Linie der Edelherrn von Faimingen ab, deren namengebende Burg nahe bei Gundelfingen errichtet wurde. Ihr Besitz, selbst auch ihre Mannschaft, ist gundelfingisch. Immerhin bleibt die Möglichkeit offen, daß die Faiminger nicht der Wegteilung eines gundelfingischen Sohnes, sondern der Verheiratung einer gundelfingischen Tochter mit einem Edelherrn unbekannten Geschlechtes ihr Entstehen verdanken und demnach eine mit erheiratetem gundelfingischen Besitz ausgestattete Linie eines andern Hauses bilden, dessen früheren Namen wir nicht kennen. Schon um 1285 starb die Linie aus.

Die Gundelfinger selbst benannten sich seit 1250, wie erwähnt, auch nach Hellenstein; aber bereits 1275 überließ Sophie von Hellenstein die Burg mit aller Zugehör ihrem Bruder, dem Markgrafen Heinrich von Burgau.

Die ehelichen Verbindungen weisen auf die hohe gesellschaftliche Stellung der Gundelfinger hin. Wiederholt fanden Heiraten in Grafengeschlechter statt. Degenhart von Gundelfingen und Hellenstein nahm um 1250 Agnes von Dillingen zur Frau, Tochter des Grafen Hartmann und Schwester des letzten Dillinger Grafen, des Bischofs Hartmann von Augsburg. Eine Schwester Degenharts war mit Otto Grafen von Brandenburg (Linie der Grafen von Kirchberg) vermählt. Die vornehmste Verbindung war die schon erwähnte der Markgrafentochter Sophia mit einem Bruder Degenharts.



Nach kurzer Glanzzeit erlosch das Geschlecht. Daß eine beträchtliche Zahl seiner Mitglieder dem geistlichen Stande sich zugewendet hatte, mag dazu beigetragen haben. Um 1305 gab es nur mehr im geistlichen Stande Gundelfinger und Hellensteiner, freilich zwei davon in der Würde von Reichsfürsten.

Indes das alles sind Äußerlichkeiten, Zufälligkeiten, Dinge, die sich aus dem Hineingeborensein in Stand und Verhältnisse, aus den Sitten und Gepflogenheiten der Zeit und Umwelt von selbst ergeben. Viel näher berührt uns das allgemein Menschliche und doch wieder so Persönliche, das Individuelle, die Charaktereigenschaften, das Verhältnis zur menschlichen Gemeinschaft, das soziale Streben und Wirken.

Spärlich, doch immerhin deutlich, zeichnen sich auch nach dieser Richtung die Hauptlinien ab in den urkundlichen Quellen: auch nach Gesinnung und Wirksamkeit stehen diese Freiherren als ein Edelgeschlecht vor uns. Friedensliebe und Versöhnlichkeit, Güte und Familiensinn, Freigebigkeit und Frömmigkeit leuchten aus ihrem Wandel und Wirken hervor. Der Duft der Hochblüte des Rittertums umweht uns.

Eine einzige unter den vielen Urkunden berichtet von einem Rechtsstreit: um 1220 focht die gundelfingische Tochter Adelheid, Gemahlin des Edeln Heinrich von Schlaitdorf (bei Tübingen), einen Besitz des Klosters Kaisheim an und ließ den Streit bis an den apostolischen Stuhl gehen, vor dessen delegierten Richtern sie unterlag. Aber dieser einen Urkunde stehen mindestens zwei Dutzend gegenüber, in denen sich Gundelfinger Herren als Schiedsrichter betätigten, gewiß ein ehrendes Zeugnis ihrer Friedensliebe und rechtlichen Gesinnung. Und schwierige Fragen waren es oft, in denen man sie als Vertrauensmänner anrief! Besonders Andreas von Gundelfingen und Degenhard von Hellenstein, jener in Würzburg, dieser in Augsburg Domherr, beide zu einer Zeit, wo die Wogen des Kampfes zwischen Bischöfen und Städten um die Stadtherrschaft hoch gingen, wurden immer wieder



herangezogen, wenn es galt zu schlichten und künftigem Streit vorzubeugen. Andreas gehörte dem ständigen Ausschuß an, der bei drohenden Streitigkeiten zwischen den Stiften zu Würzburg und der Stadt vermitteln sollte; er wurde mit einigen anderen Domherren zum Kompromissar bei der Wahl eines neuen Bischofs bestellt und in einen Ausschuß gewählt, der nicht weniger als 23 erledigte oder demnächst frei werdende Kanonikate am Domstift besetzen sollte. Degenhard wirkte beruhigend und begütigend auf seinen Oheim, den Bischof Hartmann von Augsburg ein, der wohl etwas gar zu stramm auf den überkommenen und doch nicht mehr voll aufrecht zu haltenden Rechten der bischöflichen Stadtherrschaft bestand, und bewog ihn, den Minoritenbruder Eberhard als Schiedsmann anzuerkennen; er beriet seinen bischöflichen Herrn bei den Vereinbarungen mit der Stadt über die bischöfliche Münze und den Brückenzoll; er stand dessen Nachfolger zur Seite bei der Bestätigung der städtischen Freiheiten. Wir werden kaum irre gehen mit der Annahme, daß gerade um seiner Friedfertigkeit willen bei der nächsten Erledigung die Wahl des Kapitels auf ihn fiel; sicher ist, daß er während seiner Regierung ein freundnachbarliches Verhältnis zur Stadt aufrecht erhielt, wofür sich gerade damals im deutschen Reich wenige Beispiele finden dürften.

In dem Kampf zwischen der staufischen und päpstlichen Partei beobachteten die Gundelfinger eine maßvolle Zurückhaltung. Das Erscheinen Ulrichs von Gundelfingen am Hoflager des Welfen Otto IV. zu Aufkirch im Ries am 5. Februar 1209 kann für Parteinahme nicht herangezogen werden, da Otto damals bereits auch von der staufischen Partei anerkannt war und demnach nicht mehr als Gegenkönig und Parteihaupt galt. Bestimmtere Schlüsse gestattet Ulrichs II. Erscheinen in Augsburg am 29. August 1246, wo er in Gegenwart König Konrads IV. eine Rechtshandlung des Grafen Hohenlohe bezeugte; Ulrich stand also auf der Seite des Hohenstaufen, wie ja auch sonst der päpstliche



Gegenkönig Heinrich Raspe bei den schwäbischen Großen wenig Anhang fand. Ebenso hielten die Gundelfinger zu Konradin, wenigstens noch im Oktober 1266, zu einer Zeit also, da sich die Dinge noch nicht aufs äußerste zugespitzt hatten und selbst der stets papsttreue Bischof Hartmann von Augsburg das beste Einvernehmen mit Konradin wahrte.

Ein warmer Familiensinn war im Hause Gundelfingen lebendig. Nie hören wir von Streitigkeiten in der Familie. Die Urkunden, so geschäftlich trocken in ihrer Ausdrucksweise, können doch das innige Verhältnis zwischen den Familiengliedern nicht völlig verbergen: von seinen teuren Söhnen spricht mitunter der alte Herr Ulrich von Gundelfingen, und seinen vielgeliebten Oheim nennt Hiltbrand Marschall von Pappenheim den Domherrn Degenhard von Hellenstein. Diesem wieder hatte sein Oheim, der Würzburger Domherr Andreas, zu dem Augsburger Kanonikat ein solches am Domstift Würzburg verschafft. Und unzähligemal erscheinen Brüder und Vettern, Väter, Söhne und Neffen gemeinsam in den Urkunden.

Aber nicht engherzig beschränkte sich solch gütige Gesinnung auf die Familie, sie erweiterte sich zu tatkräftiger sozialer Fürsorge. Einem so hochstehenden und reich begüterten Geschlecht waren nach damaliger Kriegs- und Lehensverfassung zahlreiche ritterliche Mannen untergeben, die auf kleineren Burgen der näheren und ferneren Nachbarschaft hausten. Ihnen vor allem wandte sich die sorgende Güte des lehensherrlichen Hauses zu. Schon die Stiftung des Klosters Echenbrunn ist als soziale Tat in diesem Sinne zu würdigen: hier fanden nach Ausweis von Mönchslisten nachgeborne Söhne der gundelfingischen Ritterschaft Beruf und Versorgung. Zahlreich sodann sind die Urkunden, in denen das Haus seinen Mannen Wünsche und Bitten erfüllt, auch dann, wenn die Gewährung mit eigenem Verzicht und Opfer verbunden ist. Da und dort lesen wir in diesen alten, vergilbten Pergamenten mitten unter den rechtlichen Verklausulierungen ausdrücklich bezeugt, wie die Gewährung erfolgte

im Hinblick auf die vielen und annehmlichen Dienste, die der Ritter gar oft seiner Herrschaft in Treuen erwiesen. Noch in weitem Feld waren soziale Kämpfe, wo der Geist christlicher Liebe die Gemüter beherrschte und Herrschaft und Mannschaft gemeinsam umspannte. Denn wie heute noch in unserem Gesindewesen schließen wir mit Recht aus der Anhänglichkeit der Untergebenen auf die Vorzüge der Herrschaft, auf ihr soziales Verständnis. Und ganz unzertrennlich erscheinen diese Ritter und Mannen von ihren Herren: in allen Urkunden der Gundelfinger treten sie als Zeugen auf, die Ritter von Sontheim und Bächingen, von Medlingen und Münster, und wie sie alle heißen.

Selbst auch die Vorteile der Bildung seinen Untergebenen zugänglich zu machen, war das Haus besorgt. Frühzeitig finden wir in Gundelfingen eine Schule; 1267 erscheint als Lehrer ein Bertoldus. Es wäre gewagt, daraufhin die Schule ohne weiteres mit dem Herrengeschlecht in Verbindung zu bringen: da sich jedoch jener Lehrer zugleich als Notar bezeichnet und als solcher doch wohl von der Herrschaft zur Erledigung der zahlreichen Rechtsgeschäfte aufgestellt war — auch anderwärts hielten sich um diese Zeit angesehene Edelgeschlechter eigene Notare —, so ist von selbst eine Beziehung der Herrschaft zur Schule gegeben. Auch 1290 wird ein doctor puerorum in Gundelfingen genannt. Die Schule war natürlich eine Lateinschule, und von der Bildungsgelegenheit machte wieder vornehmlich die Ritterschaft Gebrauch für ihre Söhne, deren sie eine beträchtliche Zahl dadurch dem geistlichen Stande zuführte. Die Gundelfinger sind von 1270 an häufig von Geistlichen aus ihren Ritterfamilien umgeben, wie die Urkunden ausweisen.

Auch die Bildung war damals noch ganz auf den Dienst Gottes gestellt; nur wer sich dem geistlichen Stand widmen wollte oder sollte, begab sich „unter die Rute". Die Bildungsgelegenheiten vermehren war daher in erster Linie ein Werk der Gottseligkeit. In diesem Sinne haben gewiß auch die Herren von Gundelfingen der Schule ihre Sorge zu-

wendet. Denn auch sonst ist dem Geschlecht ein Zug spendefreudiger Frömmigkeit eigen: kein Kloster gab es auf viele Stunden im Umkreis, dem sie sich nicht wohltätig erwiesen. Vor allem ihr Hauskloster Echenbrunn, dem sie als Vögte verpflichtet waren, in dessen Kapitelssaal, wie wir annehmen dürfen — das Kloster ist schon in den Stürmen der Reformationszeit eingegangen und seine Spur ist längst verschwunden — sie ihre Grablege hatten, dann die Klöster der Benediktiner in Fultenbach und Anhausen a. d. Brenz, die der Augustiner in Wettenhausen und Herbrechtingen, das Prämonstratenserkloster Ursberg, die Dominikanerinnenklöster in Mödingen, Obermedlingen und St. Margaret in Augsburg, die der Zisterzienserinnen zu Kirchheim im Ries und Niederschönenfeld, ganz besonders reichlich das Zisterzienserstift Kaisheim, erfuhren die Gunst des freiherrlichen Hauses.

Und auch persönlich, wie schon angedeutet, stellte das Geschlecht dem Weltgeistlichen- wie dem Ordensstand eine namhafte Zahl von Mitgliedern. Bei den bescheidenen Ordensleuten weiß man freilich nicht immer, ob man einen Edelherrn oder einen Angehörigen des Geschlechtes der Burgmannen von Gundelfingen vor sich hat, da ihren Namen die Bezeichnung nobilis nicht beigesetzt zu werden pflegt. Aber sicher dem Edelgeschlecht ist der Subdiakon Ludwig von Gundelfingen zuzuteilen, der 1269 Stiftsherr in Kempten war; freilich wissen wir nicht, aus welchem der Gundelfinger Häuser er hervorgegangen ist. Die beiden Priester Heinrich und Ulrich, die um dieselbe Zeit in Kaisheim lebten, wie auch den Zisterzienser Ulrich in Heilsbronn bei Ansbach (1302) dürfen wir deshalb hier einreihen, weil die bayerischen Edeln von Gundelfingen gerade für diese Klöster auffallend häufig (für Heilsbronn der Domherr Andreas) eingetreten sind. Wahrscheinlich ist auch Gotebold, der erste Abt von Echenbrunn, ein Gundelfinger gewesen.

Jene Mitglieder des Hauses, die sich dem Weltgeistlichenstande widmeten, fanden nach der Sitte der Zeit Aufnahme in die adeligen Domstifte. So ist Diemo von 1169—1182



als Domdekan in Augsburg bezeugt; die Brüder Gottfried und Andreas erlangten um 1255 Domherrnstellen, der eine in Straßburg, der andere in Würzburg. Andreas wurde auch Propst und Archidiakon des Gumpertusstiftes in Ansbach und Propst der Stiftskirche zu Öhringen in Württemberg; 1303 bestieg er den bischöflichen Stuhl von Würzburg. Er eiferte als kraftvoller Regent für die Rechte seines Hochstifts und suchte den Mißbräuchen im Bistum durch eine Synode zu steuern. Nach elfjähriger Regierung starb er 1314. Sein Neffe Degenhard, seit etwa 1275 Domherr in Augsburg, bald auch Propst des Kollegiatstiftes St. Moritz daselbst, um das er sich durch Festigung des Friedens im Kapitel und zwischen Stift und Stadt verdient machte, 1296 auch in Würzburg Domherr, 1302 Dompropst in Augsburg, gelangte hier ebenfalls 1303 zur bischöflichen Würde. Er regierte Bistum und Hochstift nur viereinhalb Jahre, aber in Ruhe und Frieden, „fern von Kriegen und Zwistigkeiten“, wie Placidus Braun, der Geschichtsschreiber der Bischöfe von Augsburg, den Gesamtcharakter seiner Regierung zusammenfaßt. Als er am 26. November 1307 das Zeitliche gesegnet hatte und ihm 1314 auch sein Oheim zu Würzburg im Tode gefolgt war, scheint das edle Geschlecht im Mannesstamme erloschen zu sein. Doch 21 Jahre später, 1335, wird ganz vereinzelt ein Eberhard Graf von Hellenstein als Domherr in Augsburg genannt. Es ist indes zweifelhaft, ob er hierher gezogen werden darf; den Grafentitel hat sonst nie ein Glied des Hauses geführt. Vielleicht liegt ein Versehen des Urkundenschreibers vor, ein lapsus calami: Helenstain statt Helfenstain; die Helfenstein waren ein Grafengeschlecht und bevorzugten den Namen Eberhard. Kontrollieren können wir das Zeugnis der Urkunde nicht, weil dieser Domherr sonst nirgends genannt wird.

Mag aber immerhin wie der Anfang so auch der Ausgang des Geschlechtes in Dunkel gehüllt sein, um so heller und freundlicher leuchtet, was inzwischen liegt, als eine Aus-



strahlung christlicher Sitte und Sinnesart, und ist das Geschlecht auch längst schon dahingesunken, so verdient es doch heute noch in dankbar ehrendem Gedenken zu leben als eine Macht, die aufbauend gewirkt, als eine Edelsippe, die den Besten ihrer Zeit genug getan.

XLIII.

Wirrnisse in Bayern.

26. März 1919.

II.

Der sozialdemokratische Verein München veranstaltete am 20. März 1919 eine Reihe von Versammlungen. In einer derselben (Bürgerbräukeller) sprach der neue Kriegsminister Schneppenhorst. „Um seine Stellung zu Eisner und zur Revolution zu erklären, verwies er darauf, daß er es gewesen sei, der Eisner nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis veranlaßte, zu Ludwig Gandorfer, dem Freund des Redners, nach Pfaffenberg zu gehen, wohin die Söhne Liebknechts gekommen waren, um die Frage der Erhebung des bayerischen Volkes zu besprechen. Er sei also mit Eisner auf die Dinge in München wohl vorbereitet gewesen.“[1])

Dieses interessante Bekenntnis des bayerischen Kriegsministers läßt die Frage erklärlich erscheinen, ob irgend jemand aus der alten bayerischen Regierung von dieser Reise und diesen Besprechungen auch nur eine Ahnung gehabt habe? Doch soll damit keine billige oder unbillige Anklage gegen eine einzelne führende oder verantwortliche Stelle erhoben werden, viel wichtiger für den geschichtlichen Werdegang der Revolution in Bayern und Deutschland ist der durch Minister Schneppenhorst festgelegte Zusammenhang der Namen Liebknecht—Gandorfer—Eisner. Dieses Dreigestirn leuchtet hinein in die Finsternisse und Irrgänge der dann einsetzenden sich überstürzenden Ereignisse als aufklärender Wegweiser.

1) Bayer. Staatszeitung vom 22. März 1919 Nr. 76.

Was seither als Verdienst oder Schuld zu buchen ist, je nach der Auffassung des beglückten oder bedrückten Zeitgenossen, ist darauf zurückzuführen.

Ein Zeichen dafür, wie herrlich weit wir es durch den Umsturz in Bayern gebracht haben, sind die Loslösungsbestrebungen, die sich allenthalben geltend machen. Daß Anstrengungen einsetzen würden, die Rheinpfalz der neuzugründenden westdeutschen Republik anzugliedern, war vorauszusehen. Möglicherweise machen jedoch „alte historisch begründete Ansprüche" Frankreichs auf linksrheinische bayerische Gebietsstrecken einen Strich durch solche Rechenkünste. Neuerdings ist aber auch eine Bewegung im Gange unser schönes bayerisches Schwaben mit der württembergischen Republik, zu der auch ein Teil der Vorarlberger hinüberstrebt, zu vereinigen und so die stammverwandten Schwaben zusammenzuschließen. In Memmingen fand eine große Bürgerversammlung statt, bei der die Vereinigung aller Schwaben in einen Bundesstaat behandelt wurde. Es wurde folgende Entschließung angenommen: Von immer lauter werdenden Wünschen der Wiedergutmachung hundertjähriger gewaltsamer Trennung und der Vereinigung mit den württembergischen Stammesbrüdern beseelt, richtet die Versammlung an die deutsche Nationalversammlung die dringende Bitte, die Wiederherstellung schwäbischer Einheit durch uneingeschränkte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Stämme in der Reichsverfassung zu ermöglichen.[1])

Und ebenso wollen weite Kreise nördlich der Donau von der Münchener Regierung nichts mehr wissen und streben gleichfalls nach Westen oder nach Norden.

Der „Fränk. Kurier" veröffentlicht „über Franken und Altbayern" eine Zuschrift:

„Bayern ist wirtschaftlich, geographisch und nach der Stammesart seiner Bewohner kein einheitlicher Begriff. Franken schickt seine Erzeugnisse nach dem Norden und Westen Deutschlands.

1) Mittagsblatt der Wiener „Reichspost", Nr. 131 v. 18. März 1919.

Von dorther empfängt es auch Waren im Austausch. Geographisch schaut Frankens Antlitz nach dem Westen, dorthin weisen seine Flüsse und das angestrebte Kanalsystem. Von dort her kommt auch die Kohle — unser Lebensnerv . . . Bei aller Vorliebe Einzelner für Weißwürste und Wadelstrümpfe ist uns Franken der bayerische Charakter wesensfremd. Die Sprache ist uns gemeinsam mit den angrenzenden Deutschböhmen und Thüringern, der Dialekt der Hessen, Pfälzer und Rheinländer ist ihr nahe verwandt. Bayern ist ein Kunstprodukt aus einer Zeit, da Fürstenkongresse Länder und Völker verschacherten, München eine künstliche Pflanze, gehegt und verhätschelt durch Fürstengunst zum Nachteil der schaffenden Städte, besonders Nürnbergs, Augsburgs usw. Übrigens verdankt München seinen Kunst- und Gewerbefleiß fast ausschließlich dem Zuzug aus Franken und Schwaben und dem Reiche. Die heutigen politischen Verhältnisse in München sind im Interesse des ganzen Reiches tief bedauerlich. Trotzdem brauchen wir Franken nicht gerade um „unser Bayerland" zu wimmern. Wenn in München das Chaos so weitergeht, so gibt es für uns einen höchst einfachen Ausweg: Wir gründen eine Republik Nordbayern, die die drei fränkischen Kreise und die Oberpfalz umfaßt . . . München mag dann sehen, wo es bleibe. München und Altbayern ist auf uns und das übrige Deutschland angewiesen, nicht umgekehrt."[1])

In dieselbe Kerbe der Drohung schlägt eine Entschließung in der von weit über 300 Teilnehmern besuchten Versammlung der Bauernräte der unterfränkischen Landgemeinden in Waigolshausen (16. März 1919):

„Die versammelten Bauernräte verlangen endlich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Abtrennung der drei Frankenkreise und eventuell der Oberpfalz zwecks Bildung einer Republik Nordbayern in die Wege zu leiten, wenn in München nicht alsbald Besonnenheit und Ruhe, Ordnung und Gesetz an Stelle der despotischen Gewaltherrschaft und des schmutzigen, terro-

1) Bayer. Staatszeitung vom 19. März 1919, Nr. 73.

ristischen Klassenkampfes Platz greift. Sie lehnen es ab, noch länger Zuschauer jener von norddeutschen Literaten und russischen Agenten geleiteten Narrenhauspolitik zu bleiben."[1])

Vom ehemaligen Königreiche Bayern wären dann nur mehr Ober- und Niederbayern übrig mit dem Wasserkopf München; und von diesem Reste wollen sich neuesten Gerüchten zufolge auch noch die Bewohner des sogen. Ruperti-Winkels im Südosten (Salzburg) lossagen.[2])

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung solcher Sonderbestrebungen dürfte der in der Sitzung des Verfassungsausschusses in Weimar am 20. März 1919 nach langer scharfer Debatte über den Artikel 15 angenommenen Antrag des Mehrheitssozialisten Meerfeldt werden:

„Die Gliederung des Reiches in Länder soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Völker erfolgen. Die Neubildung von Ländern oder die Veränderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird, oder ein überwiegendes allgemeines Interesse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch die Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen, die auf Antrag eines Viertels der beteiligten Bevölkerung durch die Reichsregierung anzuordnen ist. Entstehen bei der Vereinigung oder Abtrennung Streitigkeiten über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich."[3])

Von irgend einem bundesstaatlichen Rechte oder einer Einwirkung der Regierung oder des Landtages des Glied-

1) Bayer. Staatszeitung vom 23. März 1919, Nr. 77. Nach einer Pariser Meldung der „München-Augsburger Abendzeitung" soll zudem der Westabhang des Böhmerwaldes mit Furth i. W. der czechisch-slovakischen Republik zugewiesen werden.

2) Abgeordneter Speck in der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 24. März 1919 (Neues Münchener Tagblatt vom 26. März Nr. 85.)

3) Bayer. Kurier vom 21. März 1919, Nr. 80.



staates ist hier keine Rede mehr; maßgebend sind nur wirtschaftliche und kulturelle Interessen und der Wille der Bevölkerung, worüber letzten Endes die Reichsregierung zu entscheiden hat. Die Bayerische Staatszeitung bemerkt dazu: „Die Annahme des Antrags fand gegen den scharfen Widerspruch des bayerischen Gesandten Dr. v. Preger statt.“[1])

In Weimar aber läßt man den bayerischen Gesandten und den Berichterstatter, Professor Dr. Beyerle, Mitglied der bayerischen Volkspartei, ruhig reden und beschließt mit einer bisher unerhörten Gewalttätigkeit und Roheit den sozialistischen Einheitsstaat unter rücksichtsloser Abschlachtung der früheren Bundesgenossen, besonders Bayerns.

Was wäre wohl früher die Antwort auf eine so beispiellose Provokation des bayerischen Volkes gewesen? Wer sich noch zurückzuerinnern vermag an die Bewegung, welche die Versailler Verträge ausgelöst — beim Träger der bayerischen Krone sowohl wie im größten Teile des bayerischen Volkes, den kann nur tiefste Trauer ergreifen über die Schmach der jetzigen Lage. Bayern, was machen sie aus Euch? Sklaven eines sozialistischen Großpreußen. Man nimmt Euch Eure Selbständigkeit und raubt mit ihr Eure Naturschätze und -Kräfte zur Bereicherung des preußischen Nordens, der nur eigennützige Ausbeutung all derer kennt, die durch Gottes Verhängnis mit ihm in Berührung kommen.

Die Zeitungen brachten eben mit dem lauten Klageruf: „Bayerns Opfer“ eine Zusammenstellung dessen, was die bayerische Regierung bisher in den Verhandlungen über die Reichsverfassung an bayerischen Rechten „im Interesse der Reichseinheit“ preisgegeben hat, sowie die noch drohenden weiteren Schmälerungen der Gliedstaatrechte, wie der schöne Ausdruck lautet. Wenn man es für angezeigt gehalten hat, die jüngste Programmrede des Ministerpräsidenten in allen Gemeinden und Ämtern des ehemaligen Königreiches anzuschlagen, so wäre es noch viel wichtiger und geradezu eine Pflicht des

1) Nr. 75 vom 21. März 1919.

Selbsterhaltungstriebes, über die geplante Erwürgung Bayerns Aufklärung bis in die kleinste Hütte des neuen freien Volksstaates zu tragen und die seelisch zusammengebrochene Bevölkerung aufzurütteln mit der Losung: „Bayern heraus!"

Entweder haben die Versailler Verträge nach wie vor der Königskatastrophe ihre Geltung beibehalten — dann ist das sozialistische Reich verpflichtet, sie zu achten, oder aber die Versailler Verträge haben durch die Revolution ihre Geltung verloren — dann sind wir Bayern frei und können — nicht bloß nach dem famosen Recht der Selbstbestimmung der Völker — in freier Entschließung dem neuen Reiche beitreten unter freigewählten Bedingungen, wie uns auch freistehen müßte, dem Neugebilde ganz fern zu bleiben — trotz des Gezeters des Frankfurter Judenblattes, das in gänzlicher Verkennung historischer Entwicklung heute noch den traurigen Mut hat von einem „leidigen Partikularismus, diesem Gezücht dynastischer Interessen" zu faseln.[1]) Liest man die Berichte über die Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in München, so bekommt man den unangenehmen Eindruck, als ob Alle, Regierung wie Volksvertretung, unter dem Banne der Angst vor Preußen bezw. vor dem Reiche mehr oder minder ratlos und daher geneigt wären demütig zu Kreuze zu kriechen um nicht ganz aufgefressen zu werden — das bayerische Mäuslein von der preußisch-deutschen Schlange. Aber Nachgiebigkeit dem Norden gegenüber hat noch nie Glück gebracht, hat dessen Machthunger im Gegenteil immer wieder aufs neue gereizt. In solch ernster Schicksalstunde, wo es sich um Sein oder Nichtsein, um Leben oder Sterben eines ganzen Volkes handelt, das auf eine Vergangenheit hinweisen kann, wie nicht leicht ein Stamm in der großen deutschen Völkerfamilie, tritt das Recht und die Pflicht der Notwehr in Kraft. Und darum ist es Recht und Pflicht der heutigen bayerischen Regierung, wenn anders sie eine Vertretung des bayerischen

1) „Frankfurter Zeitung" vom 22. März 1919, Nr. 220.



Volkes sein will, den Herren in Weimar laut und deutlich zuzurufen: „Hände weg!" — „Hände weg!" muß auch die Losung des bayerischen Landtags sein, wenn anders er des bayerischen Volkes Wohl sich zur Richtschnur des Handelns genommen. „Hände weg" muß jeder Bayer rufen, der da noch einen Funken patriotischen Pflicht- und Ehrgefühls in sich glimmen hat.

Wenn wir einig sind, dann mögen sie kommen die Herren, denen nach Bayern gelüstet: lieber bayerisch sterben, als preußisch verderben! Aber sind wir denn einig? sind wir gerüstet zur Parade, zum Auffangen des Stoßes oder zum Gegenhieb?

Armes Bayern! Du hast ja nicht einmal mehr einen eigenen Minister des Äußern in den Tagen, wo Dein Schicksal sich entscheiden soll.

Der Privatsekretär des in blindem Frevel gegen göttliches Gesetz ermordeten provisorischen Ministerpräsidenten Eisner Felix Fechenbach bricht in der „Bayer. Staatszeitung" vom 12. März 1919 Nr. 66 eine Lanze für Beibehaltung eines eigenen Ministers des Äußern.

„Man ging bei dieser Regelung (daß das Ministerium des Äußern vom Kultusminister im Nebenamt besorgt werden solle) wohl von zwei Gesichtspunkten aus. Einmal wollte man „sparen" — und wie immer, so auch hier an falscher Stelle —; weil zwei neue Ministerien (Landwirtschaft und Handel und Industrie) errichtet werden . . . Dann hat man wohl daran gedacht, daß die bundesstaatlichen Gesandtschaften im Ausland in absehbarer Zeit aufgehoben und die ganze äußere Politik vom Reiche gemacht wird. Wer die ausländische Presse liest, weiß aber, daß Männer wie Rantzau, Erzberger und Scheidemann im Auslande nicht allzuviel gelten. Soll nun Bayern darunter leiden, daß man in Berlin und Weimar blind und taub ist? Nein! Wenn man im Auswärtigen Amte in Berlin nicht den Mut hat, die richtigen Männer an die richtige Stelle zu setzen und damit die ganze Außenpolitik Deutschlands von vorneherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt, dann muß Bayern als zweitgrößter Bundesstaat die nötigen Wege weisen. Oder sind wir schon so

unitarisch geworden, daß wir uns jedem Wink von Berlin beugen? Nein und abermals Nein! Wir betonen unsere Zugehörigkeit zum Reiche, wollen keinen Separatismus, aber wenn Lebensinteressen des bayerischen Volkes auf dem Spiele stehen, dann müssen wir selbst handeln und dürfen nicht warten, bis man in Berlin zur Einsicht kommt.

Das bayerische Ministerium des Äußern gewinnt in dem Augenblick Bedeutung, in dem es wieder von einem Manne geleitet wird, der im Ausland mehr Vertrauen genießt als Brockdorff-Rantzau. Und gerade für die schwierige Übergangszeit ist es notwendig, daß im Ministerium des Äußern ein Mann sitzt, der durch den europäischen Kredit, den er genießt, allein schon Gewähr dafür bietet, daß die bayerische Regierung nichts gemein hat mit den Sünden der Vergangenheit ꝛc. Neben den rein politischen Wirkungen auf das Ausland und auf die Reichspolitik sind auch die wirtschaftlichen Wirkungen einer solchen Besetzung des Ministeriums des Äußern von größter Bedeutung."

Herr Fechenbach hatte, als er das schrieb, allerdings eine bestimmte Persönlichkeit im Auge, für welche er, freilich ohne Erfolg, sich ins Zeug legte.

„Daß selbst von der gewaltigsten politischen Persönlichkeit eine dreifache Geschäftsbelastung" (wie es die Vereinigung der Ämter des Kultusministers, der auch Ministerpräsident ist, und des Ministers des Äußern in einer Person darstellt) „in diesen Zeiten nicht geleistet werden kann, ist ohne weiteres offensichtlich; nicht minder aber, daß man mit einer solchen Anordnung bewußt und gewollt das bayerische Ministerium des Äußern zu völliger Bedeutungslosigkeit herabzusetzen beabsichtigt. Cui bono? Die Antwort auf diese Frage ist einfach genug! Allen denjenigen, die an die Stelle eines einflußreichen Staates Bayern im Reich und einer wirksamen Betätigung süddeutscher Wesensart und Kultur im deutschen Volke einen straff zentralisierten Einheitsstaat setzen wollen; und allen denjenigen, die hoffen, daß die ziffernmäßige Überlegenheit des deutschen Nordens automatisch über kurz oder lang ein Großpreußen schaffen wird; und endlich allen denjenigen, die in den Rezepten der heutigen deutschen



Reichsleitung die Summe der höchsten politischen Weisheit sehen! . . . Für Bayern soll nach deren Meinung ein Drittel-Minister des Äußern genügen in einer Zeit, in der ein neues deutsches Staatsrecht in Weimar geschaffen wird; in einer Zeit, in der das neutrale und gegnerische Ausland mit besonderem Interesse nach Bayern und München sieht; in einer Zeit, in der für jeden nicht mit politischer Blindheit Geschlagenen bei weiteren Umwälzungen nach innen und außen eine starke Steuerhand als eine unbedingte Notwendigkeit erscheint.

Es ist eine furchtbare Verantwortung, die mit diesem politischen Harakiri Bayerns dessen offenen und verdeckten Urhebern zufällt. Eine Verantwortung nicht nur dem Staate Bayern und dem Bayernvolke, sondern auch ganz Deutschland — ja Europa gegenüber."[1])

Wir haben also keinen Minister des Äußern, und was der Ministerpräsident und Minister des Äußern im „Nebenamt", Herr Kultusminister Hoffmann im Landtagsausschuß zur Frage der bayerischen Selbständigkeit nach den vorliegenden kurzen Zeitungsberichten vorgebracht hat, sah fast wie eine versteckte heimliche Liebeserklärung an die Schöne in Weimar aus, konnte ja im Grunde genommen kaum anders lauten im Munde eines Sozialisten, der Unitarier sein muß. Dementsprechend schwierig ist die keineswegs beneidenswerte Lage des bayerischen Gesandten Herrn von Preger. Und die Volksvertretung im Landtag? Der Landtag büßt eigene und fremde Schuld, wenn der Abgeordnete Speck von der bayerischen Volkspartei klagt: „Wäre der bayerische Landtag früher gewählt und einberufen worden, so hätte unsere Partei nicht gesäumt, energisch für die Rechte Bayerns einzutreten. So aber waren wir zum Schweigen verurteilt." Warum wohl?

1) Bayer. Staatszeitung vom 14. März 1919 Nr. 68, wo der Einsender abermals auf eine geeignete Persönlichkeit deutlich genug hinweist. Inzwischen verlautet, daß der Schwager des Ministerpräsidenten, Rechtsanwalt Ackermann, als Unterstaatssekretär für das Außenministerium in Aussicht genommen sein soll.



Die „Bayer. Staatszeitung“ vom 22. März 1919 Nr. 76 bringt folgende „Erklärung der pfälzischen Landtagsabgeordneten der Bayer. Volkspartei“:

Die pfälzischen Landtagsabgeordneten nehmen an der am 17. ds. Mts. begonnenen Tagung der bayerischen Nationalversammlung nicht teil. Ihr Senior Hofrat Dr. Jäger (Speyer) erläßt dazu eine Erklärung, die besagt: Die rechtsrheinische Leitung der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) hat offenbar unter schwerem politischen Druck den Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Parteien zugestimmt. Die derzeitige provisorische Regierung hat dem Landtag keine Gewähr für freie Beratung und Beschlußfassung gegeben. Die verfassungsmäßige Freiheit des Landtags ist daher schwer bedroht, weshalb die pfälzischen Abgeordneten der Bayer. Volkspartei beschlossen haben, dieser Tagung fern zu bleiben.

Mancher mag sich ja, ob mit Recht oder Unrecht lassen wir dahingestellt, fragen, ob sie nicht den klügeren Teil erwählt haben?

Wenn man die resignierte Rede des Abgeordneten Speck in der Sitzung vom 16. März 1919 (Bayer. Staatszeitung Nr. 72) liest, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß dem bayerischen Landtag und im Besonderen auch der Bayerischen Volkspartei jegliche Bewegungsfreiheit vorweggenommen war und ist und daß man einerseits dem Ministerium Hoffmann, andererseits der aus den Räten drohenden Gefahr wehrlos und willenlos gegenüberstand.

Wenn keine Beratung und kein Widerspruch erfolgen durfte, dann war es leicht nachher im Triumph dem Lande zu verkünden: Der Landtag hat in kurzer Tagung „in einmütigem Zusammenwirken aller Parteien“ nicht weniger als sieben Gesetze „von grundsätzlicher Bedeutung“ erlassen.[1])

Es ist in der Tat wahr, sie sind von grundsätzlicher Bedeutung. Es befindet sich darunter das vorläufige Staatsgrundgesetz, weiter ein Gesetz, durch welches das sozialistische Ministerium ermächtigt wird „ohne Mitwirkung des Landtags“

1) Bayer. Staatszeitung vom 21. März 1919 Nr. 75.

eine Reihe von Maßnahmen auf sozialem Gebiete zu treffen, sowie ein Übergangsgesetz, das die von der einstweiligen Regierung seit 7. November 1918 erlassenen Verordnungen sanktioniert.

Am 18. März 1919 hat der bayerische Landtag beinahe einstimmig — wie verlautet, haben lediglich eine der bayerischen Volkspartei angehörige Dame und ein zweiter Abgeordneter der gleichen Partei die Möglichkeit und den Mut gehabt, dagegen zu stimmen — eine Gesetzesvorlage angenommen, die in zwei kurzen Paragraphen lautet: „§ 1 Der bayerische Adel wird aufgehoben. Den bayerischen Staatsangehörigen ist es verboten, die Verleihung des Adels eines anderen Staates anzunehmen. § 2 Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft". Hiezu schreibt der Demokrat Professor Dr. L. Quidde in den Münchener Neuesten Nachrichten [1]:

„Zum ernsten Drama gehört auch ein Satyrspiel . . . Eine Aufhebung des Adels in diesem Sinne hat mit echter Demokratie m. E. nichts zu tun, wäre vielmehr ein Akt lächerlicher Gleichmacherei und zugleich empörender Vergewaltigung der betroffenen Familien . . . Lächerlichkeit tötet. Vor dem Schicksal sind auch gesetzgeberische Akte des Volksstaates Bayern und seines sozialistischen Ministeriums nicht bewahrt."

Dem bräuchte eigentlich nichts beigefügt zu werden. Wer die Geschichte des bayerischen Adels kennt, weiß auch, daß die Entwicklung unseres Bayerlandes nicht zu denken ist ohne eben diesen Adel. So wenig im Allgemeinen ein Gegensatz bestand zwischen Fürst und Volk, so wenig bestand ein solcher zwischen Adel und Volk und mit einem gewissen Stolze wies man gerne darauf hin, daß gerade in Bayern und in München von einem Gegensatz von Volk, Beamtentum, Adel und Fürst im täglichen Leben — ganz anders als in sonstigen Teilen Deutschlands — nicht die Rede sein konnte. Daß Parteien, welche vielleicht im letzten Wahlkampfe noch

1) Nr. 129 vom 20. März 1919.

kaum vergeblich an der Tür des Adels klopften, um ihre Kassen mit den nötigen Geldern zu füllen, wenige Monate später ohne Widerspruch sich dem Machtgebot derer fügen mußten, die das caudinische Joch aufgerichtet hatten, ist ein trauriges Zeichen der Zeit.

Mit der gleichen Schnelligkeit und Oberflächlichkeit wurden die Gesetze über Familienfideikommisse, adelige Stamm- und Hausgüter, sowie über die Lehen erledigt. Wie viele von den abstimmenden Volksvertretern mochten wohl über Schlagworte hinaus eine Kenntnis des rechtlichen, ethischen und sozialen Charakters der so sehr schwierigen Angelegenheit sich angeeignet haben in dem Maße, daß sie ohne weitere Bedenken in der geschehenen Weise zu urteilen oder besser gesagt abzuurteilen befähigt gewesen!

Die Landesvorstandschaft der Bayer. Volkspartei beschloß am 18. März 1919 zur Abwechslung wieder einmal eine beruhigende Erklärung unter Billigung der „einzig möglichen politischen Entscheidungen" der Parteileitung und der „mit den anderen Parteien abgeschlossenen Vereinbarungen".[1])

In einer Bezirksversammlung (9. Münchener Stadtbezirk) sprach neulich der Abgeordnete Bäckermeister Scharnagl über die politische Lage. Redner wies darauf hin, wie die Bayer. Volkspartei in der Hoffnung, hiedurch den Wiederaufbau unseres staatlichen Lebens zu ermöglichen, sich zu Opfern und Zugeständnissen bereit gefunden habe, die in der parlamentarischen Geschichte ohne Vorbild seien.[2]) Im Weiteren betonte der Redner, daß die geplante Sozialreform die Erhaltung eines selbständigen Mittelstandes nicht in Frage stellen dürfe. Wie Letzteres angesichts der Sozialisierungspläne des mit diktatorischen Rechten ausgestatteten Ministeriums Hoffmann möglich sein soll, erscheint mehr oder minder rätselhaft.

Eine andere Erklärung der Bayer. Volkspartei und zwar diesmal der Landtagsfraktion legt die Gründe dar,

1) Bayer. Kurier vom 19. März 1919 Nr. 78.

2) Bayer. Kurier vom 21. März 1919 Nr. 80.

weswegen sie darauf verzichtet hat, für das Ehrenamt des ersten Landtagspräsidenten einen Abgeordneten aus ihrer Mitte vorzuschlagen. Damit habe sie den letzten ihr möglichen Schritt getan, das Ihrige zur Entspannung und Erleichterung der schwer belasteten, hochernsten politischen Lage beizutragen.[1]) Bekanntlich war die Bayer. Volkspartei bisher zahlenmäßig die stärkste Fraktion in unserm Landtag, der das Ministerium zu wählen hatte. Nachdem dieses ausschließlich mit Sozialisten zu besetzen war, erscheint es selbstverständlich, daß das Landtagspräsidium gleichfalls den Sozialisten zu überlassen war. Die Bayer. Volkspartei wird sich nicht wundern, wenn ausgedehnte Kreise ihrer Wähler ihrer Haltung während der letzten Wochen nicht immer zu folgen vermochten und über die politische Stellungnahme der größten Partei des bayerischen Landtags Befremden nicht unterdrücken können. Man darf den Ast nicht absägen, auf dem man Platz genommen hat.

Die Histor.-polit. Blätter sind, ohne sich irgend einer Partei zu verschreiben, jederzeit eingetreten für das katholische Deutschland — das will sagen für Kirche, König und Vaterland im engeren und weiteren Sinne; und dabei soll es bleiben selbst auf die Gefahr hin, einmal unangenehme Wahrheiten sagen zu müssen. Wir wollen uns, so Gott will, keines Treubruchs schuldig machen.

Kein Zweifel; unsere Lage nach innen und außen ist denkbar schwierig, die Not könnte, meinen viele, kaum noch größer sein; die seelische Zermürbung, die nervöse Überspannung drängen fast mit Gewalt zum Zusammenbruch. Aber niemand will das einzige Heilmittel sehen, das uns retten kann.[2])

Der Sozial- und Wirtschaftspolitiker Herr Dr. Heinz Potthoff[3]) erhebt in der Bayerischen Staatszeitung vom

1) Bayer. Kurier vom 18. März 1919 Nr. 77.

2) Siehe auch den ersten Aufsatz dieses Heftes.

3) Verfasser u. A. von „Kriegswucher und Kriegsgewinne", „Bekämpfung des Wuchers."



23. März 1919 Nr. 77 aus gequältem, man möchte sagen verzweifelndem Herzen ergreifende Notschreie: „Es müßte einer aufstehen, der predigte wie Luther oder wie Savonarola oder Bernhard von Clairvaux.“ Im selben Atemzuge aber fährt er fort: „Aber nicht von Gott müßte er reden, sondern von seinem Volke“ — Nein, Herr Dr. Heinz Potthof, Sie irren: von Gott müßte er reden zu seinem Volke; und so lange wir nicht wieder von Gott zum Volke reden, ist Ihr Rufen umsonst, wird „das Wort der Erlösung“ aus unserer Not nicht gesprochen sein. Die Worte der Bergpredigt, an die Sie sich erinnert haben, müssen wir alle wieder befolgen, aber wir müssen sie befolgen im Sinne dessen, der sie gesprochen: Jesu Christi, des Heilands der Welt! Es ist kein Heil als nur im Kreuz zu finden, sagt darum der katholische Dichter Friedrich Wilhelm Weber. Darum gibt sich auch der neue bayerische Ministerpräsident Hoffmann einem bei seiner Eigenschaft als berufsmäßiger Erzieher doppelt schwerwiegenden Irrtum hin, wenn er in seiner Programmrede vom 18. März (im Landtage) den lapidaren Satz aufstellt: „Arbeit ist das einzige Heilmittel für unser wirtschaftlich und seelisch gebrochenes Volk. Es gibt kein anderes.“ [1]) Uns ist es als gläubigen Christen wohl gestattet, auf einen zweiten lapidaren Satz aus alter und junger Zeit hinzuweisen, der da lautet: Ora et labora! Bete und arbeite!

Ora et labora! Bete und arbeite! Der Herr Ministerpräsident muß verzeihen, wenn wir trotz Allem, was jetzt geschehen ist, geschieht und noch geschehen wird, daran festhalten, daß Arbeit ohne Gebet des Segens entbehren muß. Und noch ein Sprüchlein möchten wir beifügen, das die Weltgeschichte schon oft bestätigt hat; es heißt: „Not lehrt beten!

Muß denn die Not noch größer werden, bis sich diese Erkenntnis durchringt?

1) Bayer. Staatszeitung vom 19. März 1919, Nr. 73.



XLIV.

Kürzere Besprechung.

Die Weltliteratur im Lichte der Weltkirche von Richard v. Kralik. Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck 1918. Drei Symbole des Lebens auf drei Staffeln am Altare im Tempel des heiligen Gral: Der Donauhort der Nibelungen, nimmer das Rheingold, nationales Votivgut auf die erste Stufe hingebreitet zwischen Staub und Altar, die achatene Schale, Haus- und Glückskleinod in der Schatzkammer zu Wien, das feste Becken des göttlichen Blutes auf der zweiten Stufe, dort wo die Stufe zum Opfertisch aufsteigt, der Schwertträger die Waffen senkt, wenn er dem Priester dient, die Eucharistie im goldenen Kelche am Altare selbst, wo die Übernatur sich herabläßt die Natur zu adeln, das Symbol zur Mystik wird und zum anbetungswürdigen Wunder. Drei Symbole der Gralshüter, Heimat, Fürst und Gottesminne.

Seit langen Jahren kämpft die Gralgemeinde um Franz Eichert und Richard von Kralik für ein klares, katholisches Kunstprogramm, ringt um die katholische Kunst. Allgemein heißt katholisch, alles Sein in Liebe umfassend, daran sei die Vergeßlichkeit erinnert, allgemein, nicht beschränkt, konfessionell beschränkt sagt man ja gerne. Ein Wagnis wars die selbstverständlichste Lehre aller philosophia perennis, aller Ewigkeitsphilosophie in die ästhetische Praxis umzusetzen, die Lehre, daß alles Wahre, Gute, Schöne eins sei, dreifaltig-dreieinig, dreifaltig in dieser Welt der Erscheinungen, des bedingten Seins, der Relationen und des Relativen, dreieinig im Urquell des Lebens, im unbedingten absoluten Sein, in Gott. Kunst ist Ordnung, verkörperter splendor ordinis. Kunst ist nicht Thema, Kataster, Kaserne, Kopie, Klischée, aber auch nicht Titanentrotz, Willkür, Individualismus. Kunst ist lebendige Harmonie, lebendige Ordnung, geadelt vom Stigma göttlichen Lebens: Die Einheit in der Zweiheit ist die Dreiheit. Schon die ästhetische Geometrie eines P. Desiderius Lenz, der solche Weisheit ja nur auf die Archi-



tektur und die kirchliche Kunst anwandte, war ein Wagnis, das seit Dezennien unbelohnt. Erst gar der Versuch dies Prinzip aller Literatur zu Grunde zu legen! Darans entstand der sog. „Literaturstreit“. Und nun, da dieser im Weltkriegauftakt längst verebbt, beschert uns die nimmermüde Schaffenslust Richard von Kraliks ein Nachwort zu dieser Entwicklungsperiode der katholischen Literatur, völlig unpolemisch, lediglich die reifen Summen eines reichen literarischen Kämpferlebens ziehend, ein Nachwort, das aber in seiner ausschließlich positiven Argumentation zugleich ein Vorwort ist, ein Wegweiser ins romantische Neuland, das sich uns im Zentrum der Welt und der Kultur erschließen muß, ist nur erst einmal die alles zerstörende, alle Konturen auflösende, blutigrote Flut der Weltrevolution verrieselt, haben wir nur erst einmal aus unserer Heimsuchung die rechten Lehren geschöpft, gilt es nur wieder erst einmal aufzubauen, statt zu negieren.

Kralik entwirft uns eine geniale Skizze der Weltliteratur zum Beweis seiner These, daß alle echte Kunst katholisch sei. Anima humana naturaliter christiana. Alle Schönheit leitet zu Gott, denn sie quillt aus Gott. Nicht nur der mosaische Pentateuch, die biblische Lyrik und Prophezie, auch Homer und Hesiod, die griechische Dramatik und Philosophie, die antike Rhetorik und Historik sind Vorbereitungen der Menschheit auf die Erlösung, Ahnungen der Genialsten, der Einfältigsten. In Jesus Christus erklimmt die Weltliteratur ihren Gipfel. Das Evangelium, die höchste Offenbarung des nur-menschlich unergründbaren Wahren und Guten ist zugleich auch Offenbarung des allein-menschlich unausschöpfbaren Schönen. Christus und seine Kirche ist der Urquell aller Kunst, nicht nur der heiligen Schriften, nicht nur der volkstümlichen Legende, der kirchlichen Hymnik, sondern auch der geadelten deutschen Heldensagen von Parzifal und vom Gral. In Dantes „Göttlicher Komedie“ feiert die Kunst im bewußten Dienste der Kirche jene Triumphe, auf die jahrhundertlange Pädagogik vorbereitet. Die Renaissance, die wir noch heute anstaunen, war katholisch, in Italien und Deutschland, in Spanien und in England. Die französische Klassik dankt



das Gediegene an ihrem Inhalt, das sie über leeren Formalismus erhob, katholischen Vorbildern. Die deutsche Klassik, zwar ein Kind der Reformation und der Aufklärung, ist dort, wo sie genial wird, universal, statt fragmentarisch, katholisch. Klopstock nnd Lessing, Wieland und Herder, Schiller und Goethe beweisen in ihren genialsten Werken, daß tiefstes Kunstempfinden sie oft gegen ihr Aufklärerwissen und vom Zeitgeist verdorbenes Gewissen zwang, katholische Akkorde anzuschlagen, daß sie um der Ästhetik willen anders schreiben mußten, als sie wollten. Die Romantik gar am Wendepunkt der Zeiten, am Beginne eines neuen Weltenjahres dient mit vollem Bewußtsein wieder der Katholizität aller Kunst. In allen Ländern Europas flackerte sie auf, brannte in hellen Flammen, und wenn auch die moderne, revolutionsgeborene Dekadenzkunst sie fast überall wieder erstickte, was immer das 20. Jahrhundert an bleibendem Kunstwert hervorgebracht, es wurzelt nicht in der Revolution, in der Aufklärung, sondern in der Romantik. Pseudokunst, von Laune und Leidenschaft gezeugt, Subjektivismen und Individualismen entstammend, verflattert, wie Spreu, zerkräuselt sich, wie Schaum. Bleibend allein ist das Schöne, das zugleich wahr und gut!

Wenn ich an Kraliks herrlichem Gemälde etwas vermisse, so ist es nur dies, daß er die parallelen romantischen Strömungen sämtlicher mitteleuropäischer Kleinvölker unerwähnt ließ, obwohl ein dieser spotanen Erscheinung gewidmetes Kapitel mir gerade die Katholizität und Universalität der Romantik, wie auch die Einwirkung der Weltkirche auf die ganze Weltliteratur am anschaulichsten bewiesen hätte. Als Österreicher, wurzelnd in einem buntnationalem Boden, hätte Kralik sicherlich auch davon eine konzentrierte Miniature bieten können, die seine sonstige Diktion trefflich ergänzt, vielleicht sogar noch anschaulicher gemacht hätte.

E. K. W.

XLV.

Der Diplomat und Schriftsteller Karl Heinrich von Gleichen.

(Nach einem Vortrag.)

Denkmäler erfüllen ihren Zweck nur dann, wenn die Persönlichkeiten, denen sie gelten, tiefere Wurzeln in der Erinnerung und im Herzen eines Volkes oder einer Bevölkerung geschlagen haben. Für die meisten und zwar für die Einheimischen nicht minder wie für die Fremden ist das Denkmal für den Diplomaten Karl Heinrich Freiherrn von Gleichen in der Allee zu Regensburg zu einem bloßen Schmuck des Platzes geworden: die Sphinx, die es bekrönt, bedeutet ihnen nicht mehr als ein beliebtes Symbol der klassizistischen Zeit, die Inschrift, die es trägt, nicht mehr als einen bloßen Namen. Allein, wenn auch die Erinnerung an Gleichen zunächst hauptsächlich durch seine persönlichen Freunde wach gehalten wurde, so lebt sein Name in der Literatur doch über die Kreise jener hinaus bis zur Stunde fort. Von seinen Freunden war es zunächst der fürstlich thurn- und taxissche dirigierende Geheime Rat Alexander Graf von Westerholt († 1827), der ihm ein literarisches Andenken sicherte in den Mémoires de M. le Baron Charles Henri de Gleichen, Ministre de Danemark, à differentes cours depuis 1760—1771 publiés par A. W., Sulzbach 1813. Das Wertvollste an dieser Veröffentlichung sind die Notices biographiques sur M. le Baron de Gleichen, während mit den Denkwürdigkeiten aus der Feder Gleichens selbst hier kaum ein nennenswerter Anfang gemacht ist. Vierzig Jahre nach dem Tode

Gleichens, im Jahre 1847, ließ ein damals noch lebender Bekannter Gleichens, der sich nicht nennen wollte, erscheinen „Denkwürdigkeiten des Barons Carl Heinrich von Gleichen. Eine Reihe aus seiner Feder geflossener Aufsätze über Personen und Verhältnisse aus der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts“, Leipzig 1847. Diese Denkwürdigkeiten wurden später für ein französisches Publikum neu herausgegeben in der Schrift Souvenirs de Charles Henri Baron de Gleichen précedés d'une notice par M. Paul Grimblot, Paris 1868 und zwar in der Weise, daß die Gleichen'schen Texte unverändert abgedruckt und die sie verbindenden biographischen Bemerkungen ins Französische übersetzt wurden. In den jüngsten Jahren beschäftigten sich mit Gleichen A. Bettelheim in den Nachträgen der Allgemeinen deutschen Biographie, 49. Band (Leipzig 1904), S. 381—385 und ein Glied der Familie Gleichen, Alexander von Gleichen-Rußwurm „Aus den Wanderjahren eines fränkischen Edelmannes“ (Würzburg 1907 Neujahrsblätter, herausgegeben von der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Nr. II). Hier ist als der von Bettelheim vergeblich gesuchte Ort des literarischen Nachlasses Gleichens das Archiv des Schlosses Greifenstein ob Bonnland genannt, aus dem die Schrift sehr beachtenswerte Ergänzungen zur Jugendgeschichte Gleichens zu bieten vermag.

In allen diesen Publikationen ruht das Augenmerk hauptsächlich auf dem Leben Gleichens, den von ihm hinterlassenen Denkwürdigkeiten, Korrespondenzen usw., während die von ihm selbst herausgegebenen Arbeiten philosophischer Art keine weitere Beachtung finden. Auch auf sie kurz einzugehen und an ihrer Hand die Welt- und Lebensauffassung eines deutschen Edelmannes zu skizzieren, dessen Geistesleben fast ausschließlich unter dem Einfluß der französischen Aufklärung stand und sich im unmittelbaren Verkehr mit ihren bekanntesten Vertretern gestaltete, ist die Absicht der folgenden Zeilen.

Karl Heinrich von Gleichen ist 1733 zu Nemersdorf in Franken geboren. Sein Vater war markgräflich bay-



reuthischer Oberjägermeister. In sehr jungen Jahren wurde er mit einem Hofmeister an die Universität Leipzig gesandt, wo er an Gellert einen Mentor und Freund fand. Nachdem er als Kammerjunker in die Dienste des Markgrafen Friedrich von Bayreuth (1711—63) getreten war, begab er sich zur Vervollständigung seiner Ausbildung nach Italien und Frankreich. In Paris, im Salon der Madame de Graffigny, hatte er damals bereits Gelegenheit, mehrere der tonangebenden Geister Frankreichs kennen zu lernen. Der Verkehr im Hause dieser Frau bildete für ihn eine Schule weltmännischer und philosophischer Erziehung. Die Pariser Salons jener Zeit haben in literarischer Beziehung eine Art weltgeschichtlicher Bedeutung.

Am Bayreuther Hof bemühte man sich unterdessen 1755 um die Errichtung einer Kunstakademie und zugleich suchten die Bayreuther Herrschaften im gleichen Jahre noch „das Mutterland aller Hofkunst", Italien auf. Gleichen machte die Reise mit als Kammerherr der Markgräfin Wilhelmine, der Schwester Friedrichs II. von Preußen, deren Denkwürdigkeiten nicht ganz zu ihren Gunsten berühmt geworden sind. Nachdem die Fürstlichkeiten den Rückweg angetreten hatten, wurde Gleichen damit betraut, in Rom dem Papste für die erwiesenen Aufmerksamkeiten zu danken und zugleich auch mehrere Kunstaufträge der Markgräfin zu bestellen. Damals trat er dem französischen Botschafter Grafen Stainville, späteren Herzog von Choiseul näher, dessen Bekanntschaft für ihn in der Folge von Bedeutung werden sollte. Denn als Choiseul 1758 französischer Minister geworden war, bewirkte er beim Markgrafen, daß er Gleichen als Gesandten nach Paris schickte. Choiseul war es auch, der Gleichen noch vor Ablauf eines Jahres den Übergang in dänische Dienste ermöglichte. Es lag nun aber nicht ganz im Sinne Gleichens, daß er von Kopenhagen aus den Gesandtschaftsposten in Madrid übernehmen mußte. Seinen Wünschen hätte Paris oder Rom, die ihm vor allem ans Herz gewachsen waren, mehr entsprochen. Erst nach drei Jahren

(1763) konnte er als dänischer Gesandter nach Paris zurückkehren. — Von großen Staatsaktionen, an denen er hier beteiligt gewesen wäre, ist nicht viel zu sagen. Als besonderes Verdienst wurde es ihm angerechnet, daß er nach dem Hubertusburger Frieden Dänemarks Geldforderungen an Frankreich wirksam vertrat und daß es ihm 1768 bei einem Besuche des Königs Christian VII. in Paris gelang, die an den Höfen jederzeit und im 18. Jahrhundert ganz besonders kitzlichen Etikettefragen zur vollen Zufriedenheit seines königlichen Herrn zu regeln. Aber bei jener Gelegenheit geschah es auch, daß er sich mit dem dänischen Minister Bernstorff verfeindete und infolgedessen 1770 an den viel weniger geschätzten Gesandtschaftsposten in Neapel verwiesen wurde. Die dänische Gesandtschaft in Neapel war erst einige Jahre vorher zur Pflege der Handelsbeziehungen zwischen Dänemark und Neapel errichtet worden, wurde aber breits 1771 wieder offen gelassen, und damit fand die öffentliche Wirksamkeit Gleichens überhaupt ihren Abschluß, — nach unserm Ermessen viel zu früh. Denn er stand damals erst im 38. Lebensjahre.

Nun war Gleichen imstande sein Leben ganz nach seinem Geschmack einzurichten, wozu ihm außer seinem Ruhegehalt namentlich sein väterliches Vermögen die Grundlage bot. Seinen kosmopolitischen Neigungen entsprach es, sich zunächst ganz dem Wandertrieb zu überlassen. In den nächsten acht Jahren sehen wir ihn in Italien und in der Schweiz, in Holland, England und Frankreich, überall alte Beziehungen pflegend und neue anknüpfend. So verkehrt er mit den Enzyklopädisten in Frankreich, Diderot, D'Alembert, Baron von Holbach, mit Buffon und Marmontel, mit Rousseau und dem Orakel der französischen Aufklärung, Voltaire, den er mehrmals in Ferney aufsucht. Zu gedienten Ministern, wie zu dem vom Hofe verbannten Choiseul, und zu den aktiven hat er ungehinderten Zutritt, er findet auch den Weg zu den gekrönten Häuptern. Eine besondere Liebhaberei von ihm war es aber auch à voyager dans les espaces



imaginaires, d. h. er suchte den Geheimnissen der Magie und des Okkultismus auf die Spur zu kommen. Und zwar bemühte er sich durch alle möglichen Mittel, durch geheime Gesellschaften wie durch persönliche Begegnung mit Abenteurern und Schwindlern seiner Zeit, wie Cagliostro, diesen krankhaften Wissenstrieb zu befriedigen.

Aber endlich fühlte er doch das Bedürfnis nach mehr Ruhe und nach einem festen Wohnsitz. Seine Wahl fiel auf Deutschland und auf Regensburg, wo er sich 1779 niederließ. Hier in der Stadt des Reichstags mit dem diplomatischen Korps glaubte er am ehesten seine Befriedigung zu finden. Sein Leben war fortan der Geselligkeit, der Literatur, seinen wissenschaftlichen und okkultistischen Bestrebungen gewidmet. Ein Kreis gleichgesinnter Freunde schloß sich enger zusammen, zu welchem Chevalier Gabriel de Bray, Graf Joh. Eustach von Görtz, Alexander Graf von Westerholt u. a. gehörten. Allwöchentlich pflegte Gleichen ein paar Mal eine Auswahl seiner Freunde in seinem gastlichen Junggesellenheim zu einem Symposion um sich vereinigt zu sehen. Graf Westerholt, der 1813 die oben erwähnte biographische Skizze verfaßte, kann nicht genug rühmen die Feinheit des Hauses, den raffinierten Geschmack der Mahlzeiten und das nie versagende Konversationstalent dieses vollendeten Weltmannes. Il analysait un plat aussi soigneusement qu'un système. — Zuweilen regte sich dann doch wieder die alte Reiselust. So war Gleichen gerade in Paris, als sich die ersten Szenen der Revolution abspielten, jenes welterschütternden Dramas, dem er im Grunde zustimmte, das aber schließlich für seine politischen Anschauungen doch nur den Erfolg hatte, daß er, wie er in seiner Abhandlung „Über den Despotismus" (1794) dartut, die absolute Monarchie als die allein richtige Staatsform anerkennt.

Gleichen starb am 5. April 1807 aus Aufregung über den Selbstmord seines Verwalters und zwar weniger wegen des ihm von demselben zugefügten Schadens, als wegen



des durch die Verzweiflungstat bekundeten Mißtrauens in seine verzeihende Güte. In seinem Testamente verfügte er für sein Gesinde und die Armen der Stadt beträchtliche Legate. Auch die Hunde sind darin nicht vergessen. Seine letzte Ruhestätte fand der Verewigte auf dem protestantischen Friedhof der oberen Stadt.

Da Gleichen in den besten Jahren sich ins Privatleben zurückgezogen hatte, so fand er reichliche Gelegenheit sich seinen literarischen Neigungen hinzugeben. Als das fernere Vorbild seines schriftstellerischen Schaffens schwebt ihm unverkennbar Michel de Montaigne vor Augen. Alle seine Schriften, auch die nach systematischer Geschlossenheit trachtenden, tragen den essaiistischen Charakter an sich. Was er niederschrieb, war vorher im Salon durchgesprochen worden und hatte hier seine Rundung, Farbe und die aufgesetzten Lichter des Esprit erhalten. Sein sozusagen natürliches Idiom ist ihm dabei nicht das deutsche sondern das französische. Als er 1791 mit einem deutschen Druckwerk vor die Öffentlichkeit trat, glaubte er bekennen zu müssen: „Mein Stil ist schlecht, trivial und wegen öfterer Wiederholung nämlicher Worte übellautend; denn ich habe nie in meiner Muttersprache geschrieben.“ Hier unterschätzte er sich selbst. Seine Diktion ist klar und erregt den Wunsch, daß beispielsweise sein Zeitgenosse Kant sich hätte gleicher Deutlichkeit befleißigen mögen. Aber richtig ist, daß sein Französisch geradezu klassische Form besitzt. Der Herausgeber seiner Denkwürdigkeiten vierzig Jahre nach seinem Tode, wohl ebenfalls ein Diplomat der älteren Schule, kann seine Bewunderung nicht unterdrücken und macht da und dort auf wahre Kabinettstücke französischen Stiles aufmerksam. Die Sache hat freilich auch ihre Kehrseite. Sie zeigt, wie sehr die vornehme Welt von damals im Schlepptau der französischen Kultur ging und zwar nicht nur in der Form, sondern auch in der Gedankenwelt.

Das beste seiner literarischen Ergeugnisse nun sind eben seine Denkwürdigkeiten. Es sind Charakterbilder, die er nach



dem Leben zeichnet, d. h. nach seinem eigenen Erleben. In Farben übertragen würden sie wetteifern mit den lebensvollsten Porträts aus jener Zeit in den Schlössern des Adels und in unseren Galerien. Sie können als „Quellenwerk für die Kenntnis der Menschen und Zustände seiner Zeit“ bezeichnet werden.

Er schildert da unter anderem Karl III. von Spanien und Herzog und Herzogin von Choiseul, die Kaiser Joseph II. und Leopold II., die Staatsmänner Kaunitz und Neker, die Familie Mirabeau, die Madame Geoffrin und ihre Tochter, die viel genannten und teilweise rätselhaften Figuren eines St. Martin und Cagliostro, St. Germain und Lavater. Er weiß von phantastischen und wunderbaren Begebenheiten seiner Zeit zu berichten, die ans Unglaubliche grenzen. Zu guter Letzt hat er eine Menge von Anekdoten und Histörchen zur Verfügung, die nach den „véritables regles dogmatiques de l'art de raconter“ Voltaires zugestutzt sind. Die von ihm selbst veröffentlichten Schriften ließ Gleichen durchaus anonym und ohne Druckort erscheinen. So gab er heraus: „Metaphysische Ketzereien oder Versuche über die verborgensten Gegenstände der Weltweisheit und ihre Grundursachen“ (1791), „Schöpfung durch Zahlen und Worte; etwas über Magie, Cabala und geheime Gesellschaften“ (1792), „Glaubensmethode für Glaubensbedürftige von dem Verfasser der metaphysischen Ketzereien“ (1793), „Gedanken über verschiedene Gegenstände der Politik und freien Künste von dem Verfasser der metaphysischen Ketzereien“ (1797). Hier bietet er eine Sammlung von Abhandlungen in deutscher Sprache, die er vorher französisch hatte erscheinen lassen. Den Reigen eröffnen „Lobsprüche und Bemerkungen über die vornehmsten Meister der italienischen Musik“. Es folgen die Abhandlungen „Über die Baukunst“, „Bemerkungen über die Mahlerey“, „Anthropologische Diatribe eines Menschenkenners“, „Über den Despotismus“, „Versuch eines Entwurfes zu einem ewigen Frieden“ u. a.

Durch diese Veröffentlichungen hat uns Gleichen einen



Einblick in sein Geistesleben ermöglicht. Wir lernen aus ihnen seine Weltauffassung, seine ästhetischen, politischen und religiösen Anschauungen kennen.

Der umfassendsten unter diesen Schriften gibt er den Titel „Metaphysische Ketzereien", vielleicht weniger um auf das Dilettantische, als auf das in Deutschland damals weniger Normgemäße seiner Ausführungen hinzudeuten. Hier stellt er sich nämlich in bewußten Gegensatz zu Leibniz, dessen Lehre in der Jugend Gleichens die herrschende Schulphilosophie Deutschlands gewesen war. Leibniz ist Spiritualist, d. h. als die letzten Bestandteile alles Wirklichen denkt er einfache, seelenähnliche, also geistige Elemente, die er Monaden nennt. Gott ist die Urmonade, das vollkommenste, mit schöpferischer Kraft begabte Wesen. Von ihr stammen die übrigen Monaden. Der schöpferische und ordnende Geist jener Urmonade ist der Grund der Vollkommenheit und der Harmonie in der Welt. Die Harmonie ist von Gott vorher bestimmt. Diese Anschauungen treten mit der christlichen Weltauffassung nicht in Widerspruch. Nicht das nämliche kann gesagt werden von dem philosophischen Standpunkte Gleichens.

Auf Gleichen hat offenbar sein Verkehr mit den Sensualisten und Materialisten unter den französischen Enzyklopädisten maßgebend eingewirkt. Ein rein geistiges Erkennen existiert für ihn nicht. Alles Erkennen ist nach ihm „Fühlung" (Sensation). Auch die allgemeinen Begriffe sind nur um- oder fortgebildete Fühlungen. Sensations transformées hatte sie Condillac genannt. Es ist daher begreiflich, wenn er so rein geistige Wesen nicht gelten lassen will. Weder die Seele, noch die Gottheit sind von der Art. Was Gott betrifft, so kann er sich ihn nur mit den Eigenschaften des Körperlichen behaftet denken, also mit Ausdehnung, Bewegung, Elastizität. Er ist das Wesen, aus dem alles wird. Deshalb muß er, sagt Gleichen, „allezeit und kollektiv alles gewesen sein, was er brauchte, um alles zu werden" (76).



Nicht durch eine unbegrenzte Macht, nämlich die seines Willens, ist die Welt aus dem Nichts geschaffen worden, sondern sie wurde aus seinem eigenen Wesen gebildet. Aus ihm entstand durch Trennung auch das, war wir geistig nennen. „Ein Geist oder die Seele ist meines Erachtens, sagt er, ein Teil der Substanz des Allwesens, welcher durch den Punkt der Ichheit eine besondere Wesenheit erhalten hat . . . Ich glaube, daß alles, was wir Seelenkräfte heißen, sich auf Bewegung, Berührung und Gefühl zurückführen läßt" (229). Die Weltauffassung von Gleichen ist also Pantheismus und Materialismus, wir sagen heute auch materialistischer Monismus. Sein Materialismus unterscheidet sich aber von der aus dem Altertum überkommenen Atomlehre dadurch, daß er das Körperliche zuletzt nicht auf kleinste Stoffteilchen, sondern auf Kräfte zurückführt. Der Körper ist nach seiner Ansicht also nicht eine komplette Masse, sondern ein Kräftesystem. Gleichen glaubte, daß das Körperliche in einer Verbindung kompressiver und repressiver Kräfte bestehe, die durch eine elastische Kraft zusammengehalten werden. Er bemüht sich diese Theorie bildlich zu veranschaulichen und zwar durch zwei senkrecht sich schneidende Gerade, die in einer Kreislinie eingeschlossen sind. „Wenn ich, sagt er, das Wesen der Materie in einer Hieroglyphe ausdrücken sollte, so würde ich es durch ein von einem Zirkel umschlossenes Kreuz vorstellen." „Wenn man nun diesen Grundriß kubisch betrachtet, so hat man eine vollkommen bildliche Definition von einem Körper oder von der Materie. Mit Verwunderung habe ich diese Hieroglyphe dem ägyptischen Sphinx beigesetzt gefunden. Dieses geheimnisvolle Ungeheuer scheint sie als ein vorzügliches Rätsel unter seiner Löwenklaue zu bewahren . . . Doch scheint mir meine Auslegung gedankenreicher als die gemeine Ansicht, welche diesen durchkreuzten Zirkel für ein Rad hält" (87). — Die Sphinx mit dem radförmigen Symbol ist auch als Vignette auf dem Titelblatt von Gleichens „Metaphysischen Ketzereien" zu sehen. Wenn man nun dieses nämliche Bild



als den einzigen figürlichen Schmuck auf seinem Denkmal erblickt, so ist klar, daß hiemit ein Hinweis auf seine philosophischen Spekulationen beabsichtigt ist.

Eine Kritik dieser Ansichten würde zu weit führen.

(Schluß folgt.)

XLVI.

Zur See nach Nauplia.[1])

(Von Suebimontanus. Rottweil a. N.).

VI. Die Schifferinseln. Am Ziel.

(Schluß).

Zugleich mit der makedonischen Knabenschar hatte sich in Poros ein sonderbarer Passagier eingeschifft, dessen Gehaben und ganze Erscheinung nicht gut zu übersehen war. Ein hochgewachsener, stämmiger, nach meiner Schätzung im fünften Lebensjahrzehnt stehenden Kerl, auf dessen Kopf ein Helm feuerroten, tief in die Stirne gewachsenen Haares saß. Sein Gesicht war geradezu knabenhaft weich und rosig, voll Sommersprossen und mit einer rot leuchtenden Nasenampel geschmückt. Flackernde Unruhe in den Augen. Zwischen dicken, bläulichen Lippen schimmerte das reinste Elfenbein in feuchtem Schmelz. Die Hände bärentatzig und braun gepünktelt wie das Gesicht. Kein Adonis fürwahr! Aber der alte Zieten hat es ja schon gesagt: Je häßlicher der Mensch, desto schöner der Husar. Die Kleidung war stilecht: weite, blaue Hosen, die zu Beginn ihrer Laufbahn aber sicherlich schöner waren, Fustanella, Wickelgamaschen; im Gürtel ein ganzes Arsenal blitzender, teilweise verzierter Waffen. Anfangs trieb er sich ruhelos und autoritativ wie ein Schäferhund unter den Knaben herum. Was hat der da zu schaffen? Ist es ein Aufseher? Irgend ein Paradestück griechischen

1) S. Bd. 162 S. 605 ff.

Waisenhausbetriebs? Ehe ich das Geheimnis lüfte, muß ich eine zeitgeschichtliche Bemerkung vorausschicken. Während der heißen Augusttage 1910 waren die Beziehungen Griechenlands zur Türkei wegen der Veniselosfrage zum Brechen gespannt. Ihren Höhepunkt erreichte die Erregung der Geister, als knapp vor meiner Abreise Athener Zeitungen eine Drahtmeldung verbreiteten, wonach der Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei ausgebrochen sei. Es war eine Ente, aber sie wurde geglaubt und alle politischen Hazardeure hofften, daß nun auch Griechenland losschlagen werde. Für diesen Fall mußte der unvermeidliche Banden- und Freischärlerkampf organisiert werden. So kamen sie nun alle aus ihren Schlupfwinkeln hervorgekrochen, die reisigen Bandenführer, um ja beim mazedonischen Schlachtfest nicht zu fehlen. Ein Komitadschi denn also — ein garantiert echter Komitadschi — das war unseres Pudels Kern. Die Griechen an Bord nannten ihn mit gewisser Ehrfurcht Kapetanos. Mit mir bekannt gemacht, war seine erste Frage, ob ich auch wohl der Ansicht sei, daß man einen Türken töten dürfe, wann und wo man ihn treffe. Verblüfft, wie ich war, zögerte ich mit einer Antwort. Da richtete er sich auf, feierlich und großspurig, als stünde er hier im Namen seines Volkes, und entwickelte grinsend in schlechtem Griechisch, das ich mir verdolmetschen ließ, eine Mordphilosophie, die einen wahrhaft dämonischen Fanatismus verriet. Es war, als ob er in unheiliger Freude zum voraus das Vergnügen auskostete, im Blut und Gedärm des Erbfeindes zu wühlen. Der Türkenhaß beherrscht das neugriechische Denken wie eine Zwangsvorstellung. Das trat natürlich in jenem politisch so erregten Sommer mit elementarer Wucht hervor. Aber auch sonst ist, wie ein anderer Reisender sich ausdrückte, der Türke das dritte Wort der Griechen. Von ihrer Unduldsamkeit gegen alles, was irgend an die Türkenzeit erinnern könnte, ist bereits die Rede gewesen. So hat bekanntlich auch der Fez überall in Griechenland dem Hute weichen müssen; die türkische Wasserpfeife steht auf dem Aussterbeetat; der Kopf-



schleier der Frauen scheint nur noch spärlich vorzukommen. Im Zappeionpark, wo Sommers die vornehme Welt Athens ihre Abendpromenade macht, sah ich fast regelmäßig eine in eine schwarze Feredsche (Straßenanzug türkischer Frauen) gehüllte Bettlerin; sie wurde schweigend, oftmals aber auch mit unaussprechlicher Verachtung ohne Gabe abgewiesen. Das Verschwinden dieser Dinge ist verständlich, hat aber dazu mitgewirkt, das griechische Volksleben seines orientalisch bunten Grundzuges zu entkleiden. Weit bedauerlicher ist, daß die malerischen Moscheen so gut wie restlos beseitigt wurden. Auch die königliche Zypresse ist an vielen Orten, besonders auf dem Lande, nur deshalb der Axt zum Opfer gefallen, weil sie der Lieblingsbaum der Osmanen ist. Warum der Wurm des Türkenhasses nicht stirbt, dafür glaube ich aus meinen eigenen Erlebnissen einen kleinen, aber bezeichnenden Beitrag liefern zu können. Der Besitzer meines Hotels in der Stadionstraße zu Athen hatte ein etwa fünfjähriges Töchterchen. Sie hieß Kalliopi (Schönstimmige). Wenn der verwöhnte Fratz, von Zorn und Eigensinn gepackt, in den Privaträumen hart unterhalb meiner Krankenstube mit kindlicher Grausamkeit und unverwüstlicher Lungenkraft, um die Wette mit den Zikaden, geradeaus schrie, dann mag die holde Muse, nach der der schrillstimmige Affe genannt war, ihr Antlitz verhüllt haben, mir aber drehten sich jeweils die Eingeweide im Leibe herum. Von dieser werdenden Huldin wurde eines Tages die Mutter, wie sie mir selbst betrübt erzählt hat, gefragt: Ist es wahr, daß man alle Türken umbringen darf? Die Mutter, eine geborene Badenerin, also aus dem „Barbaren"lande stammend, war entsetzt über einen solch unmenschlichen Gedanken und forschte nach, wer ihrem Kinde diesen Gifttropfen eingeflößt habe. Sie erhielt zur Antwort: Papa hat mir das schon oft gesagt. So wird schon von der häuslichen Erziehung das Fiebergift des Volkshasses in die Blutbahn des kindlichen Fühlens und Vorstellens eingeführt — tropfenweise. Und die Schule, vermute ich, setzt das Vergiftungswerk fort, ohne aber lange



nach dem Tropfenzähler zu greifen. Man kann sich daher nicht wundern, wenn der natürliche Gegensatz von Volk zu Volk in blindwütigen Fanatismus übergeht und heute noch zu phantastischer Gewalt emporlodert, wenn der rührend bescheidene, menschlich über dem Griechen stehende Türke, nach Bismarcks Wort, der einzige Gentleman des Orients, in ganz Hellas als gemeiner Schurke gilt und gewissermaßen gesellschaftlich geächtet ist. In den Tagen der Revolution erließ der Bischof von Elos Anthimos einen Hirtenbrief, der den griechischen Soldaten nur dann zum Abendmahl zuließ, wenn er nachwies, einen Türken getötet zu haben. Und ein neugriechisches Volkslied gibt die Losung aus:

Eh' als mit den Türken leben,
Lieber mit den wilden Tieren.

Bei solcher Gesinnung sollte man Ehen zwischen Griechen und Türken für ausgeschlossen halten. Dennoch kommen sie vor. Aus welchen Beweggründen, das dürfte nicht schwer zu mutmaßen sein und ist mir vollends klar geworden durch ein Vorkommnis, das ich in Athen aus nächster Nähe und bis zu einem gewissen Grad als Eingeweihter miterlebt habe. Zugleich ein neuer Beweis für den türkenfeindlichen Fanatismus der heutigen Griechen. Meine Andeutungen können heute um so weniger jemand schädigen, als längst die Presse die Geschichte an die große Glocke gehängt hat. Das Wesentliche jedenfalls habe ich bald nach meiner Abreise von Athen zu Konstantinopel im „Osmanischen Lloyd" selber gelesen. Ich wäre freilich in der Lage gewesen, dessen Darstellung mit pikanten Einzelheiten zu ergänzen. Es handelt sich kurz um folgendes. Eine schöne Athenerin aus sehr gutem Hause war mit einem — steinreichen Türken unglücklich verheiratet. Sie wurde von ihrem Gatten, so sagte man mir wenigstens, gewohnheitsmäßig mißhandelt. Daher Beschluß des Familienrats: die Arme muß dem türkischen Unhold entrissen und auswärts in Sicherheit gebracht werden. Eines Tages ist unser Hotel voll Getuschel und nervöser Unruhe. Koffer, große und kleine, rücken an und verschwinden geheimnisvoll und



mit staunenswerter Geschwindigkeit im Innern des Hauses. Polizisten kommen und gehen; Gerichtspersonen erscheinen; das Verhör spinnt sich tagelang fort. Neue Erregung auf die Meldung, der geprellte Gatte habe einen, angeblich nur fingierten, Selbstmordversuch gemacht. Die flüchtige Dame, eine Verwandte des Hotelbesitzers, befand sich samt den mitgenommenen Geldern und Juwelen tatsächlich im Hause versteckt. Aber heraus kam nichts. Die Dienerschaft log das Blaue vom Himmel herunter. Ihre widersprechendsten Aussagen ließ man gelten. Eine Haussuchung wurde nicht vorgenommen. Eine bloße Komödie — das war mein erster persönlicher Eindruck gewesen. Er wurde durch alles, was ich später sah und hörte, vornehmlich durch das Augurenlächeln der Hausgenossen, vollauf bestätigt. Man wollte das Recht gar nicht zum Siege führen. Es handelte sich ja nur um einen Türken. Daß die Geschlechter, die einst am eigenen Leibe die Türkenfaust zu spüren bekamen, sich im Haß verhärteten, ist ohne weiteres zu begreifen. Aber heute? „Noch liegt die bittere Leidenszeit nicht weit genug zurück, um vergessen zu sein.“ So lautet das Urteil, das etwa vor Jahresfrist ein Grieche in einer angesehenen deutschen Zeitschrift ausgesprochen hat. Türkei und Griechenland — eines der traurigsten, aber auch lehrreichsten Beispiele für die Rolle des Hasses im Gemeinschaftsleben der Völker. Freundschaft, Liebe und Begeisterung, sie quellen aus der Gleichheit der Interessen und wandeln sich leicht wie diese. Der Haß aber ist Dauerware wie alles Böse. Jahrzehnte und Jahrhunderte lang verleiht er dem Volkswillen eine furchtbare Spannkraft auf ein hartnäckig festgehaltenes Racheziel hin. Und insofern ist er ein fruchtbares Laster und nicht selten die einzige Wehr und Zukunftshoffnung zertretener Völker von ausgeprägtem Nationalstolz. Diese geschichtliche Erkenntnis will man heute in grandiosem Maßstabe ausschroten und zum Axiom der hohen Politik erheben. Bereits harren die Menschen des Zeitalters der Völkerverbrüderung. Und der Völkerhaß, der leidige? Er wird durch Konferenz-



beschluß in einen Äolusschlauch gesperrt und an Bord des Völkerschiffes mitgeführt. Was dann weiter geschieht, lehrt das Odysseeische Märchen. Unsere Ära der politischen Athletik hat es wirklich weit gebracht, bis an die Sterne weit. Was in Jahrtausenden die höchsten sittlichen Mächte von innen heraus nicht vermocht, das wird nächstens von einem Hexenmeister aus Amerika nach dem ersten Frühstück gemacht werden unter Beihilfe einiger Haßgenies aus dem Seine- und Themsebabel. Schon sind sie alle versammelt im Saale, um das neue Pfingstwunder vor sich gehen zu lassen. Schon hat einer der Verantwortlichen programmatisch geredet, des Geistes voll, der über das Erdenrund ausgegossen werden soll. Nicht Selbsterkenntnis aber heißt dieser weltverjüngende Geist, nicht Liebe, nicht Versöhnung, sondern Selbstgerechtigkeit, Machtgier, Zwang, Verfemung. Eine Erneuerung der Weltmoral auf einem Weltkonzil der Unmoral — wäre das nicht geradezu ein überamerikanisches Beginnen? Aber wenn sie wirklich Samenkörner neuen Hasses streuen, dann bleibt uns nur um so gewisser, was Gambetta gesagt hat: L'avenir ne peut être interdit à personne.[1])

Doch zurück von diesem nordisch düsteren Rabensteinspuk zu unserem griechischen Komitadschi! Wegen meines Staunens über seine seltsame Frage verachtete er mich unverkennbar und brach die diplomatischen Beziehungen zu mir ab. Zunächst kletterte er über die Reeling und saß nun, stumm brütend und wie mit einer Hornhaut der Unnahbarkeit überzogen, lange Zeit außenbords in einem der Rettungsboote. Eine wirksame Illustration zu den meerhinschallenden Kleftenliedern, die von seinesgleichen sangen, von Türkennöten und Türkentöten in vergangener Heldenzeit. Was in ihm wühlte, war leicht zu ahnen, wenn seine Blicke aus den schmalen, borstenüberschatteten Augenlöchern vorfühlten und den kuriosen Fremdling überlegen musterten. Lange wird er seine ungeheuere Siegermiene nicht mehr zur Schau getragen

1) Diese Sätze wurden bereits im Februar d. Js. niedergeschrieben.



haben. Denn die Wetterwolke verzog sich. Es kam nicht zum Kriege. Vielleicht hat er schon am andern Tag die Heimreise angetreten, um wieder sein Räuberzivil anzulegen und auf seinen Vorschußlorbeeren auszuruhen bis zum nächsten Türkenrummel.

* * *

Schon wieder klopfen die Pulse des Schiffes. Langsam rückt Hydra von uns ab. Das Festlandsufer drüben umsäumen zahlreiche Gärten, die Eigentum der Hydrioten sind. Charakteristisch für das landschaftliche Bild der Südostküste von Argolis ist der anmutige Wechsel von Felsvorsprüngen und Sandstrand, „in deren Hintergrund jedesmal ein Tälchen mündet" (Philippson). Feste Niederlassungen sind hier nicht vorhanden. Nur in den Wintermonaten belebt sich die Gegend, wenn arkadische Wanderhirten hier vorübergehend ihre Zelte aufschlagen. Für den Seeverkehr kommt die argivische Südküste so gut wie nicht mehr in Frage. Hydra und Spetsae haben ihn gänzlich an sich gezogen. Im Altertum war Hermione, die Dryoperstadt, der beherrschende Hafen- und Handelsplatz im westlichen Winkel der hydriotischen Bucht. Gehandelt wurde Meersalz, das hier, wie heute, so schon im Altertum gewonnen wurde. Die Hauptquelle des Reichtums bildete aber für die Stadt die zahlreich in diesen Gewässern vorkommende Purpurschnecke. Der hermionische Purpur war weltberühmt. Plutarch (Alex. 26) berichtet, die Mazedonier hätten in Susa 50000 Talente hermionischen Purpurs vorgefunden. Könnten wir, wie die Gedanken, so auch die Augen senkrecht in die dunklen Tiefen schicken, über die unser Schiff hingleitet, welch absonderliche Gebilde würden sie da neben der Purpurschnecke entdecken! Allenthalben würden sie auf jene niedrigen Tierorganismen stoßen, die man mit dem doppeldeutigen Namen Schwämme (Poriferen) bezeichnet. Die Schwammbänke scheinen hier nicht sehr tief zu liegen. Wenigstens werden sie in der Regel nicht mittels Skaphandern oder Taucherglocken, son-



dern mit dem Fanghaken ausgebeutet. Diese einheimischen Schwammerzeugnisse zählen übrigens nicht zu den qualitativ besten. Ein von mir gekauftes Prachtexemplar von riesigen Ausmaßen hatte nur einen sehr geringen Gebrauchswert. Einer Merkwürdigkeit aus dem Altertum möge hier noch Erwähnung geschehen. In Hermione befand sich ein Erdschlund, von dem man glaubte, daß er direkt ins Schattenreich hinabführe. Die sonst nicht zu umgehende Fahrt über den acherusischen See erübrigte sich also für die verstorbenen Hermioneer. Aus diesem doch wohl von den Hermioneern selbst aufgebrachten Glauben zogen sie auch die kaufmännisch praktische Folgerung, ihren Toten den als Fährgeld für Charon erforderlichen Obolos nicht in den Mund zu legen. Damit sparte der wirtschaftlich denkende Hermioneer pro Kopf den Betrag von 13$^1/_2$ Pfennigen, eine Summe, die für die antiken Geldverhältnisse immerhin ins Gewicht fiel. Jetzt liegt die einst so blühende Stadt in Schutt und Trümmern. Auf ihrem Gebiete erhebt sich heute, von Ölhainen umgeben, das Fischer- und Schwammsucherdorf Kastri. Für die ganze Strecke vom Kap Skyllaion bis Hermione hat uns Pausanias, der Beschreiber Griechenlands aus der Zeit der Antonine, der einst forschungshalber dieselbe Reise zur See gemacht hat, im 2. Buche seiner Periegese einen ziemlich eingehenden Führer hinterlassen. Ein reiches Sammelsurium von Schilderungen, Denkwürdigkeiten und Ortsnamen. Leider werden genaue Ortsbeschreibungen und Entfernungsangaben vermißt. Das an sich wertvolle Material ist daher der modernen Archäologie nicht in dem Maße, wie man erwarten sollte, zugute gekommen. Der alte Perieget hat dieselbe Natur, dieselben Landschaftsbilder geschaut, wie sie vor dem modernen Reisenden sich ausbreiten. Aber er sah sie ohne lebendige Veranschaulichung lediglich mit den Augen des nüchternen Forschers, nicht mit den Augen des gemüt- und phantasievollen Romantikers. Keine Spur von Meeressymbolik und Naturpoesie. Eine dürre, trocken geschäftsmäßige Statistik. Das Märchen von der Empfindungslosigkeit

der Alten gegenüber dem Naturschönen, den Reizen der Landschaft, den Geheimnissen und Wundern des Meeres ist längst widerlegt. Aber der gleichwohl nicht unbedeutende Abstand zwischen dem modernen und antiken Naturgefühl kommt deutlich genug dem zum Bewußtsein, der einmal desselben Weges fährt, wie vor bald zweitausend Jahren der antike Bädeker. Auch der nüchternste Forscher oder Weltbummler von heute wird, glaube ich, wenn er zur Feder greift, niemals hinwegsehen und hinweggehen können über den Zauber des Meer- und Landschaftsbildes von Hermione. Der Eindruck ist um so harmonischer uud unwiderstehlicher, als wir uns mitten in einem großen, scheinbar lückenlosen Uferring befinden, der die Festlandsküste und die Inseln, die großen, Hydra, Dokos, wie die zahlreichen kleinen und kleinsten, zu einem einheitlichen, übersichtlichen Ganzen zusammenschließt. Und des Wassers Bläue leuchtet in der Nähe des buchtenreichen Landes, als ob hier ganze Ströme von Indigo dem Meere zuflössen. Unser nächstes Ziel ist die Insel Spetiae, im Altertum Tiparemus oder nach anderen Pityussa genannt. Nochmals genießen wir hier den Anblick eines malerischen, hügelanstrebenden Bergstädtchens, dessen albanesische Einwohner vom Fischfang leben und im Rufe stehen, ernste, unternehmungslustige Leute zu sein. Als Ganzes macht die Insel viel weniger Eindruck als Hydra, weil sie erheblich niedriger (244 m) ist. Aber auch sie ist historisch verklärter Boden; auch auf ihr liegt ein Abglanz jener Ruhmestaten, die Neuhellas schufen.

Schon hatte sich der Tag geneigt, als wir aus dem Archipelagus heraus- und in den Golf von Argos hineinfuhren. Die drückende Hitze war einer angenehmen Kühle gewichen. Und Poseidon, der vormittags so zornig um sich schlug, war ruhiger geworden, wenngleich seine silbermähnigen Rosse immer noch schäumend und breitreihig gegen unser Fahrzeug ansprengten. Dieses hat Kurs auf das bergige Peloponnesufer zu. Im Nordwesten taucht, blau verhängt, ein alter Bekannter, der himmelsuchende Ziria (Kyllene 2374 m),



wieder auf. Hinter uns auf der Halbinsel Argolis hebt sich das 1200 m hohe Arachnaion über die benachbarten Berghäupter hinaus. Gerade uns gegenüber streckt sich unabsehbar der mächtige Rücken des Parnon hin. Die kahlen, kaum mit einigem Buschwerk und Staudenwuchs bekleideten Bergwände fallen, schrundig und von Erdrillen gestrichelt, überall in starkem Neigungswinkel, stellenweise senkrecht zum Meere ab. Eine strenge, großlinige Bergwelt, die wasserarm und unwegsam, wie sie ist, zu den unerschlossensten Gegenden des Königreichs gehört. Ihr Kern ist das antike Kynuria, jene Landschaft, die, unfähig, einen selbständigen Staat zu bilden, seit alters der Zankapfel der beiden Angrenzer Argos und Sparta war. Schließlich blieb sie im Besitze Lakoniens, auf das sie ihre natürliche Bodengestaltung am meisten hinwies. Heute heißt die ganze Eparchie amtlich wieder Kynuria. Ihr Hauptort ist Leonidi(on), die letzte Station, die wir anlaufen. Hier mündet ein meist trockener Wildbach ins Meer. Zwischen Gebirg und Meer hat er im Laufe der Zeit eine mäßig ausgedehnte, ölbaumbepflanzte Strandebene eingeschoben, in deren Hintergrund sich das Städtchen angesiedelt hat. Es zählt heute wenig über 3000 Einwohner. An der Skala (Landungsstelle) erheben sich nur wenige Häuser. Unser Schiff nimmt Ladung ein. Unförmliche Kisten werden an Bord geschafft mit greulichem Getöse. Die Bodenbretter des Schiffsdecks erzittern, als wären sie dünn wie Geigenböden. Das Fähnlein der Schiffsbekannten lichtet sich stark. Hier verlassen wieder zwei Getreue das Bot. Sie werden morgen ihre Reise fortsetzen, der eine auf Eselsrücken über die Berge landeinwärts, der andere zu Schiff nach Monemwasia, dem einst berühmten Weinausfuhrort, dessen italianisierter Namensform die Welt den „Malvasier" verdankt. Auf der Weiterfahrt erhaschen wir einen Blick des freundlich aus seinem Versteck herausäugenden Leonidi. Der es umhegende Bergwall, hier ganz unbewaldet, zeigt eine merkwürdige Doppelfärbung, ist hell und dunkel gebändert wie durchwachsener Speck. Was jedem mächtig ans Herz greift,



ist die unendliche, gott- und weltverlassene Einsamkeit inmitten einer wilden, düsteren Natur. Tief im Abendschatten liegt das Städtchen da, als habe man es böswillig an dieser undurchdringlichen, siedelungslosen Steilküste ausgesetzt. Nur oberhalb desselben zieht sich ein schmaler, weißer Pfad den Hang hinan, die tröstliche Versicherung gebend: auch zu Lande ist dieser Wohnplatz von Menschen angeschlossen an die übrige Welt. Der ganze Gebirgsabschnitt von Leonidi bis Hagios Andreas ist bewohnt von den Tsakonen, jenem merkwürdigen Völkchen, das sich rühmt, unmittelbar und unvermischt von den antiken Lazedämoniern herzustammen. Der tsakonische Dialekt jedenfalls ist nachweislich ein echter Abkömmling der altlakonischen Mundart (*Τσάκων-Λάκων*). Wenn irgendwo, so konnten sich in den wilden, unzugänglichen Bergschluchten des Parnon ethnographische Sonderexistenzen entwickeln und in ihrer ursprünglichen Reinheit forterhalten. Heute entvölkert sich die tsakonische Kynuria merklich. Der Erwerbsmöglichkeiten sind zu wenige. Der übrigens nur mäßig betriebene Fischfang vermag natürlich allein das Land bei weitem nicht zu ernähren. So wandern die Tsakonen, die als tätig gerühmt werden, teilweise für immer aus. Manche verdienen ihr Brot, indem sie zeitweilig im Peloponnes besonders als Köhler und Kalkbrenner umherziehen. Auch als Kaufleute arbeiten sie im Auslande. Ihr Ideal ist, sich ein kleines Vermögen zu erwerben, um dann in der Heimat, nach der es jeden Griechen so unwiderstehlich zurücktreibt, sorgenlos den Lebensabend zu verbringen.

Die Abendfahrt trägt uns tiefer und tiefer in den argivischen Meerbusen hinein. Die sinkende Sonne hat alle Höhen des Himmels und der Erde in Brand gesetzt und auch das Meer ist von dem Himmelsfeuer überloht. Die ganze Atmosphäre glüht von Scharlach und Purpur. Das ewig Rottmann'sche in der griechischen Abendlandschaft. Grauer Dämmerflor breitet sich mählich über See und Land. Der Gesichtskreis zieht sich rasch zusammen, bis die Nacht die Dinge in ihre weichen Arme schließt und dem Blicke entzieht.



Gespenstisch streckt die nahe Insel Hypsili (240 m) ihre Polypenarme ins dämmerfahle Meer hinein. Schwarz, wie aus der Tinte gezogen, stehen dahinter die steil und strandlos zum Meere abstürzenden Felswände des Avgogebirges. Eine einzige, ununterscheidbare Masse. Da kommt der Vollmond herauf. War das nun ein Schauspiel, wie er aus grünlich hellen Himmelskammern über Wasser und Land, über Strand und Hang und die phantastischen Bergformen seinen Silberreichtum ausschüttete! Wie ein Fremdkörper schwimmt auf dem geschmolzenen Metall das Platiainselchen. Zwischen ihm und einem anderen, noch kleineren Eiland öffnet sich ein flüchtiger Durchblick auf die Ebene von Tolon, aus der einzelne Bergkegel aufragen. Sie soll zu den bestbebauten, aber auch heißesten und ungesundesten Gegenden des ganzen Peloponnes gehören. Sie scheidet vom argolischen Massiv das Gebirge von Nauplia ab. Ein klotziger Ausläufer legt sich zuletzt noch quer vor unseren Weg, als wollte er den Zugang zum ersehnten Ziele sperren. Umso packender ist der Eindruck, als plötzlich das mondbeglänzte Nauplia wie eine zauberschöne Blume der Nacht hinter der Bergkulisse des Itsch Kale hervorblühte. Ein wundervolles Finale der wundervollen Fahrt.

Ja einer wundervollen Fahrt durch alle Schönheiten der griechischen Natur, wo Sage und Geschichte aus allen Winkeln harfen, einer genuß- und gewinnreichen Fahrt, so beschaulich und kaleidoskopisch wechselnder Erlebnisse voll, wie sie in den schwimmenden Palästen des modernen Weltverkehrs rein zur Unmöglichkeit geworden ist. In seinem sarkastischen Buche Nell' estremo Oriente geberdet sich Luigi Barzini ganz untröstlich darüber, daß seit langem alle Reisepoesie, wie zu Lande, so vor allem auch zur See verschwunden sei. La nave moderna non è più una nave; è una specie di grande albergo. . . . Wohl sei der Anblick des unendlichen Meeres geblieben; aber dem Globetrottertum von heute fehle das Auge und Interesse für seine Reize und Heimlichkeiten. Dazu komme die Qual der Etiquette- und



der Toilettesorgen. „Hätte Christoph Kolumbus, so ruft der Italiener aus, sich alle Abende in Frack und steifen Kragen werfen müssen, ich wette, er würde darauf verzichtet haben, Amerika zu entdecken.“ Ich aber bin, wenn es an dem liegt, zu wetten bereit, daß er auf unserem Schiff gleich auch Australien mitentdeckt haben würde samt den den Südpol. So gänzlich fehlte bei uns jeder Komfort und jede gesellschaftliche Tortur, die wohl jeder, der durch die Welt fährt, vor allem zu Schiff, einmal über sich ergehen lassen muß, die aber das Köstlichste am Reisen, das Glück der Freiheit und Natürlichkeit, mordet.

XLVII.

Politik ohne Gott.

„Die Politik hat keine Moral.“
Graf Mirabeau.

Ein bekannter deutscher Ordensmann sprach im Jahre 1915 über das Thema „Weltkrieg und Weltpolitik“ mit einem katholischen Abgeordneten. Er gab am Schlusse der Unterredung der Meinung Ausdruck, daß man den Krieg nicht bloß vom politischen und natürlichen, sondern auch von einem höheren, einem übernatürlichen Standpunkt aus betrachten solle. Sehen Sie, sprach der Vertreter des Volkes, so weit habe ich gar nicht gedacht. — Diese charakteristische kurze Äußerung illustriert drastisch die Geistesverfassung auch bei unseren Besten, die ihr religiöses Denken auf Kult und Glaube beschränken und die Trennung der staatlichen Politik von der christlichen Lehre absichtslos und ahnungslos, aber praktisch vollzogen haben. Es illustriert diese Verfassung die mehrstündige Rede christlicher Volksführer, die eingehend Ursache, Verlauf und Folge des Krieges darlegen, ohne das Wort Gott oder göttliche Vorsehung nur entfernt zu berühren.



Die Verweltlichung des öffentlichen Lebens und die Entgöttlichung der Welt hat niemals in der Geschichte den Grad von heute erreicht. „Der göttliche Geist herrscht zwar über die Ecclesia docens et regens", sagt Kardinal Manning,[1]) „aber der Weltgeist hat die Herrschaft über die christliche Gesellschaft." Staatliches Leben und Wirken, soziale Organisationen, gesellschaftliches Treiben, sie alle haben die religiösen Zusammenhänge und die religiöse Orientierung verloren, und das Schlimmste an dieser Erscheinung ist nicht die Verweltlichung selbst, sondern die Tatsache, daß man selbst in christlichen Kreisen ihrer nicht mehr bewußt ist, und daß dieses Bewußtsein auch die vierjährige Prüfung des blutigsten Krieges nicht zu wecken vermochte.

I.

Wir müssen weit zurückgreifen, wenn wir den Verlauf der Loslösung der Staatslehre und der Politik von Kirche, Religion und Übernatur verfolgen, wenn wir uns wieder der engen Verbindung bewußt werden wollen, welche einst zwischen den staatlich-politischen und kirchlich-religiösen Mächten bestand. Wir müssen uns, wie bei der Beurteilung vieler Erscheinungen des modernen Lebens, zurückversetzen in die Zeit des mächtigsten Einflusses des Papsttums und der Kirche, in die mittelalterliche Glanz- und Blüteperiode.

„Das Mittelalter", sagt J. B. v. Weiß,[2]) „ist die Zeit des Glaubens. Die Religion hat die erste Stelle in den Gedanken der Menschen, sie durchdringt das häusliche wie das öffentliche Leben, Kunst und Wissenschaft. Der Glaube gibt der ganzen Welt den Ton". Die großen Regierungs- und politischen Handlungen waren von der Weihe der Religion umgeben und von dem Segen der Kirche begleitet. „Rudolf von Habsburg gebrauchte in Aachen das Kruzifix

1) Zitiert nach Dr. Aug. Egger, Zur Stellung des Katholizismus im 20. Jahrhundert. Freiburg i. Br. 1902, S. 115.

2) Weltgeschichte. 3. Aufl. Bd. 4. Graz u. Leipzig 1891. S. IV.



statt des Szepters und gab auf dem Schlachtfelde an der March die Losung „Christus“, — es war dies mehr als Symbol. Der Geist der Regierung war christlich.“ [1])

Das enge Band, das die staatlichen und kirchlichen Autoritäten, Politik und Religion umschlang, wurde gelockert mit dem Eindringen antik-heidnischer Ideen und mit dem Verdrängen der christlichen Staatslehre durch eine politische Klugheitslehre, zuerst durch Niccolo Macchiavelli. Für den in einer geistigen Zersetzungsperiode lebenden Florentiner ist das Christentum eine Lehre von Schafen inmitten einer Welt von Wölfen, er opfert mit dem Rechte alle Gefühle der Menschlichkeit sowohl in den inneren wie in den äußeren Regierungshandlungen.

Wie das Recht sich von der Moral getrennt hatte, so trennte sich jetzt das Recht auch von der staatlichen Politik. Die Staatslehre wird ohne Beziehung auf Gottes Gebote und auf die christliche Philosophie aufgebaut. Typisch ist hiefür Montesquieus „Geist der Gesetze“. Auf die christliche Religion ist in dem bahnbrechend wirkenden Werke nirgends Bezug genommen: sie ist keine Voraussetzung des Staatsrechtes und der Verfassungen mehr. Staat und staatliche Gewalt werden damit fundamentlos und haltlos, losgerissen von der Auffassung der christlichen Jahrhunderte, in die Luft gestellt. Die vollständige Absetzung Gottes in der Staatsregierung und im Staatsleben vollzog Rousseau, der als Vater der modernen atheistischen Demokratie an die Stelle der göttlichen Souveränität die „Souveränität“ und Selbstbestimmung des Volkes setzte.

Dem vorbildlichen Frankreich folgte die deutsche Staatslehre. Der Weg dieser Lehre war verschieden, aber das Ziel war dasselbe. Am verhängnisvollsten wirkte auf diesem Gebiete Hegel, der Begründer der neuen, preußisch-deutschen Staatsauffassung. Hegel stellt im pantheistischen Sinne den Staat an die Stelle Gottes, mit ihm wird die Staatsver-

1) Ebenda S. V.



götterung zum wissenschaftlichen Systeme. Der Staat ist dem Berliner Philosophen „der wirklich präsente Gott“, die „Wirklichkeit der sittlichen Idee“. Die Quelle des Rechtes ist damit nicht mehr der christliche Gott, sondern der Staat oder der Staatswille; jedes Gesetz, jede Verordnung, jede politische Handlung hat den Grund ihrer Berechtigung im omnipotenten Staate. Weil der Staat die „sittliche Idee“ verkörpert, ist jedes Unternehmen, jeder Gewaltakt des Staates an sich sittlich, und so entspricht bald die Praxis der gelehrten Theorie. Nach dem Siege von Sadowa ging ein Wort durch die mitteleuropäische Menschheit: „Macht schafft Recht.“ Dieses Wort ist ein Ausfluß des Hegelschen Rechtsprinzipes, das den Staatswillen zur Rechtsquelle macht und Gott aus den Regierungs- und Diplomatenstuben hinausweist. Die Politik muß in Konsequenz der Hegelschen Lehre gottlos und morallos werden.

Eine das Recht niedertretende Gewalt- und Schwertpolitik haben in mehrfachen Fällen auch die alten christlichen Staaten zu verzeichnen; aber eine das Recht abweisende Machtpolitik wissenschaftlich zu begründen und zu rechtfertigen, das blieb erst der modernen Zeit und insbesondere dem neunzehnten Jahrhundert vorbehalten.

Wie nach der Hegelschen Philosophie ist auch nach der liberalen Auffassung und dem modern-demokratischen Prinzipe der Staat Rechtsquelle und die Politik ohne Gott, ohne Orientierung nach Gottes Gesetz und Wille. Das Abstrahieren von allem, was zur Religion gehört, ist für den Liberalismus und für die wesensverwandte heutige Demokratie nicht nur charakteristisch, sondern durchaus wesentlich. Denn der bloß negative liberale Freiheitsbegriff kennt keine Bindung an eine andere und auch nicht an eine höhere Macht, keine Unterwerfung unter übermenschliche Gebote. Der Liberalismus ist der eigentliche Zerstörer des noch aus dem Mittelalter herrührenden christlichen Staatsbaues und der mittelalterlichen, gegliederten Gesellschaft; und er ist zugleich der Baumeister des modernen, emanzipierten und autonomen



Staates. Er hat die Absetzung Gottes im Staatsleben nicht offen proklamiert, er hat sie aber tatsächlich vollzogen.

„Im Zeichen des Liberalismus“ sagt Dr. Jos. Eberle,[1]) wurde der Staat offiziell religionslos, indifferent, tolerant gegenüber jeder Meinung. Tatsächlich wurde er immer nur die Beute der jeweils mächtigsten Modephilosophie und hat, getrieben von deren Vertretern, den Kampf gegen die geführt, die dieser Modephilosophie die Reverenz verweigerten. Daher im Zeichen des Liberalismus die großen Kulturkämpfe.“

Der politische Liberalismus, der seine Hauptstützen von jeher im städtischen Bürgertum und im Beamtentum hatte, laisiert das ganze öffentliche Leben. Der einzelne Liberale mag, in nicht begriffener Inkonsequenz, für seine Person religiös sein, allein Staat, Schule, gesellschaftliches Leben hat nach ihm mit Religion und Kirche keinen Zusammenhang. Das Übernatürliche spielt in der modernen Menschheit und Öffentlichkeit keine Rolle mehr. Der Liberalismus profaniert, entheiligt die Welt. Das Mittelalter, sagte uns einst ein angesehener Dozent der Kunstgeschichte, zog alles Irdische ins Himmlische hinauf, die Renaissance, d. i. die beginnende liberale Epoche zog alles Himmlische ins Irdische herab. Am irdischsten ist die Politik geworden, angefangen von der Politik der Gemeinden und der Parteipolitik bis hinauf zur Politik der Staaten und der Weltpolitik.

II.

Die Ausscheidung Gottes aus der Staatswissenschaft und den Staatsverfassungen vollzogen sowohl republikanische wie monarchische bezw. konstitutionelle Staaten. Der alte christliche König, das alte Gottesgnadentum: das Fundament der Throne fiel. In Frankreich wurde mit der orleanistischen Dynastie das „Bürgerkönigtum“ eingeführt: die Karikatur einer Monarchie und die Vorbereitung für den kommenden Zäsarismus und die atheistische Republik. Das Kreuz sank

1) Die Überwindung der Plutokratie. Innsbruck 1918. S. 249.



von den Kronen und Szeptern, aus den Beratungssälen der Regierungsmänner und der Abgeordneten des Volkes verschwand jedes christliche Symbol. Der moderne Staat, der seine Gewalt nicht von Gott, sondern vom Volke, bezw. aus sich herleitet, kam zur allseitigen, praktischen Verwirklichung.

Auch in allen jenen Staaten, die trotz der prinzipiellen Ausschaltung des Christentums und des christlichen Namens aus der Staatsverfassung noch die Beziehungen zur christlichen Kirche aufrecht erhielten, gestalteten sich diese Beziehungen immer unerquicklicher. Der Staat übte zwar seinen bevormundenden Einfluß auf die Diener und Einrichtungen der Kirche aus, aber die Kirche hatte keine geistige Macht mehr über den Staat. Der Einfluß des Christentums auf staatliches Leben und staatliche Politik wurde gelähmt und ertötet.

Der moderne Staat, schreibt Bischof Dr. Aug. Egger,[1]) scheint sich immer mehr von dem christlichen Ideal „entfernen zu wollen. Einen Staat, der auf katholischem Boden stünde, gibt es überhaupt nicht mehr, allfällig noch einen protestantischen; aber fast durchweg ist er konfessionslos und oft genug religionsfeindlich. Der moderne Staat hat sich auf den Standpunkt des religiösen Indifferentismus gestellt, ist aber vielfach geneigt, denselben zu Ungunsten der Kirche wieder zu verlassen. Grundsätzlich ist er säkularisiert und die fast allgemeine Durchführung dieser Entchristlichung läßt ersehen, daß sie nicht als etwas Zufälliges, durch die Willkür Einzelner Geschaffenes zu betrachten ist."

Mit dem Abfalle vom Christentum mußte der Staat Selbstzweck werden, und da Selbstzweck Gott allein ist, mußte sich auch der moderne Staat göttliche Eigenschaften beilegen. Aber neben dem zum Gotte gewordenen Staat hat eine freie Kirche keinen Platz mehr. Die Staatsvergötterung war die erste Ursache des deutschen Kulturkampfes.

Von der völligen Ablehnung des kirchlichen Einflusses auf den Staat, von der Erklärung, daß der Monarch als

1) A. a. O., S. 63.

Monarch und die Regierung als Regierung keine Religion habe,[1]) war nur ein kurzer und konsequenter Schritt zur **Trennung von Kirche und Staat.** Von ehemals katholischen Staaten hat Frankreich zuerst diesen Schritt unternommen und Land und Nation als atheistische Republik proklamiert. „Wir haben die Lichter am Himmel ausgelöscht", verkündete triumphierend Minister Viviani; wir haben Gott aus der Verfassung, aus dem Strafkodex, aus den Schulbüchern und Schulprogrammen, aus der ganzen inneren und äußeren Politik gestrichen. Die Kirche, die Stellvertreterin Gottes, hat in einer gottlosen Republik keinen Platz mehr. Da sie, die lästige Mahnerin, nicht vollständig vernichtet werden kann, muß sie aus den Staatseinrichtungen hinausgewiesen und ausgeplündert werden, ähnlich wie brutale Kinder die warnende Mutter ins Elend hinausstoßen.

Wie die Trennung des Staates von der Kirche, ist die Proklamierung des atheistischen Staates nicht nur eine Loslösung von Gott, sondern zugleich die Aufkündigung des Gehorsams, die Kriegserklärung gegen Gott: ein Raub an göttlichem Rechte und Besitze. Es ist die Aufrichtung des Reiches des Antichrists und die blasphemische Herausforderung der Gerichte Gottes. Hier gelten die Worte der Schrift: „Sie haben den Herrn verlassen, die Quelle lebendigen Wassers." (Jerem. 17, 13.) „Die Quelle lebendigen Wassers haben sie verlassen und sich Zisternen gegraben, die kein Wasser halten können." (Jerem. 2, 13.) „Wehe dem Volke, das den Herrn, seinen Gott verlassen und bei dem keine Furcht mehr ist vor ihm! Es wird eine Beute sich bekämpfender Leidenschaften und Laster, und stürzt ohne Halt in die Tiefe jeglichen Elends."[2])

Mit der Kirche verschwindet aus den Staaten zugleich die Lehrerin der Moral und der Gerechtigkeit. Die Wissen-

1) Vgl. Dr. J. Beidtel, Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung, 2. Bd., Innsbruck 1898, S. 55.

2) Histor.-polit. Blätter, Bd. 24, S. 208.

schaft wird zur Verkünderin eines fundamentlosen Rechtes, zu einer Geschichtsbaumeisterin, die jede rechtslose Gewalttat rühmt, die vielleicht nach innen das Recht geschützt wissen will, die aber in der äußeren Politik jeder Rechtsverletzung, wenn sie von Erfolg begleitet ist, ihre Sanktion erteilt. Niemand hat in dieser Hinsicht in der neueren deutschen Geschichte bahnbrechender und verhängnisvoller gewirkt als Treitschke. Es ist „der tragische Irrtum von Treitschke", schreibt Fr. W. Foerster,[1]) „daß er geglaubt hat, man könne den Staat nach außen hin ganz auf die bloße Macht stellen und ihn von allen Rechtsbindungen freisprechen und doch im Innern des Volkslebens das Rechtsleben intakt erhalten."

Der von der Kirche losgelöste und von Gott abgefallene Staat trennt sich nicht nur vom Rechte, sondern auch von der Moral und verliert jedes sittliche Motiv und jeden sittlichen Maßstab in der Politik. Die Staaten sind „in ihren Unternehmungen nur zu sehr versucht", sagt Leo XIII. in seiner Enzyklika vom 19. März 1902, „über die Begriffe der Moral und Gerechtigkeit und über die Pflicht, die Schwachen und Unterdrückten zu schützen, sich hinwegzusetzen und im Verlangen nach dem grenzenlosen Zuwachs des nationalen Reichtums nur dem Erfolg nachzujagen und mit vollendeten Tatsachen zu rechnen im Vertrauen auf die Sicherheit, welche ihnen die Stärke gibt, sofern sie von niemand gezwungen werden können, die Gerechtigkeit zu achten." Der Macchiavelismus in alter oder neuer Auflage feiert seine Augenblickserfolge. Mit Recht sagt wieder Foerster,[2]) daß man die Unmoral in der Politik „wissenschaftlich" begründete. Die Machtpolitik tritt immer mehr an die Stelle der Rechtspolitik, sie wird zum Systeme und findet ihre Verteidigung und Verherrlichung durch eine Anzahl der ersten Schriftsteller der Nation. Der Grund für die späteren Niederlagen wird mit diesem Systeme gelegt. „Ohne eine

1) Weltpolitik und Weltgewissen. München 1919. S. 138.
2) Vergl. ebenda S. 15 u. 44.



gewisse Kälte und Härte“, sagt Gustav Schmoller[1]) in einem Nachrufe auf Bismarck, „ist ein großer Staatsmann so wenig zu denken, als ohne die Kunst, die Menschen unter Umständen zu täuschen und rücksichtslos die guten und schlechten Mittel für die höchsten (!) Zwecke einzusetzen.“ Und der Staatsmann, dem diese Worte gelten, antwortete einst einem hannoveranischen Edelmann, der ihn an Gottes Gebot und an Gottes Gericht erinnerte: „Um Preußen groß zu machen, alliiere ich mich auch mit dem .....!“[2])

Von den Schülern der Kunst Macchiavellis, schreibt der geistvolle Verfasser der Artikelserie „Die blutige Revision der Ideen und Tatsachen“[3]), „sucht einer den andern zu übertrumpfen. Es ist leider wahr, was ein berühmter Geschichtsforscher von den Gaunerstreichen der modernen Diplomatie behauptet hat: selbst ein Räuberhauptmann würde sich vor den Genossen seines Handwerks der Schandtaten schämen, welche von den Intriguanten einer Politik geleistet worden sind, die der einen und anderen unserer sogenannten Großmächte auf die Beine halfen.“

Die Folgen dieser diabolischen Diplomatie und Politik hat heute das niedergeworfene deutsche Volk zu tragen. Was nicht auf Gott und Recht, sondern auf das Schwert gegründet ist, wird das Schwert wieder zerschlagen. Eine Rechtsverletzung fordert die andere heraus — „ein Abgrund ruft den andern.“ (Psalm 41,8).

III.

Die an die Stelle der auf sittlichen Grundlagen aufgebauten Politik getretene Machtpolitik war die Ursache der meisten Kriege in den letzten zwei und einhalb Jahrhunderten und sie war auch einer der ersten Gründe des mehr als vierjährigen Völkerkampfes. Es hat heute keinen Sinn mehr

1) Zitiert nach „Die Schildwache“, Jahrg. 7, Nr. 39.
2) Vergl. Historisch-politische Blätter, Bd. 103, S. 11.
3) Ebenda Bd. 156, S. 309.



zu verschweigen, daß die Macht- oder Schwertpolitik — abgesehen von dem Frankreich Ludwig XIV. und Napoleon I. — von keinem Kulturstaate mehr theoretisch gelehrt und mehr praktisch geübt wurde als von Preußen. Preußen folgte Preußen-Deutschland: beide offenbarten hiedurch den Abfall ihrer Regierungen und ihrer Diplomatie von den Grundsätzen des Christentums. „Von dem Augenblicke an", bemerkt Fr. W. Foerster,[1]) wo der systematisierende und nationalisierende deutsche Geist sich vom lebendigen Christentum abwandte und seine einseitige abstrakte Anlage ohne Gegengewicht philosophisch auslebte, da war er auch schon dafür bereitet, in dem wunderbar rationellen Mechanismus des preußischen Militärstaates die irdische Verkörperung seiner Ideen zu verehren . . . . . Es war die deutsche Seele, die freiwillig das preußische Element tief in ihr Innenleben aufnahm und tief dadurch umgewandelt wurde."

War die friderizianisch-preußische Politik eine Reihe von Rechtsbrüchen, so war das in erhöhtem Maße die Politik Bismarcks. Eine Rechtsverletzung gegenüber dem Herzog von Augustenburg war der Krieg von 1864, eine Niedertretung des Rechtes, wie die Geschichte wenige zu verzeichnen hat, bildeten die kriegerischen Unternehmen von 1866. „Rühme und preise das", schreibt Constantin Frantz[2]) über den deutschen Bruderkrieg, „wem Macht vor Recht geht. Wer aber das Recht noch immer über die Macht setzt, wird darin keinen Gewinn erblicken, vielmehr eine Quelle von Gefahren, welche über kurz oder lang zu einer bitteren Enttäuschung führen dürften. Zu einer noch bitteren vielleicht, als die einst auf den Baseler Frieden folgte." Und gegenüber den den Bismarckschen Rechtsbruch sanktionierenden preußischen „Hochtories" sagt derselbe Autor:[3]) „. . . es scheint wohl, ihr Christentum ist ihnen ganz ebenso in Preußentum aufge-

1) A. a. O. S. 154.
2) Abfertigung der nationalliberalen Presse. Leipzig 1873, S. 57 f.
3) Ebenda S. 59.

gangen wie ihr Deutschtum, indem sich ihnen die Ehre Gottes zur Ehre Preußens verwandelte, gerade wie die deutsche Einheit nur die Folie für die preußische Machtstellung wurde. „Christlich-monarchisch-konservativ" hatten sie sich einst genannt, aber auch den Konservatismus hat dasselbe Schicksal getroffen wie die Christlichkeit. Er ist so gut wie verschwunden, und was in dieser großen Katastrophe noch von Monarchismus übrig blieb, erweist sich hinterher zu Zäsarismus geworden." Und der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Wilh. Liebknecht apostrophierte die konservativen Herrn in der Reichstagssitzung vom 4. Mai 1880: „Sie haben sich 1866 auf den Boden der Annexionspolitik gestellt, d. h. auf den Boden der Revolution von oben. Damit ist ihnen der konservative Boden unrettbar unter den Füßen weggerissen worden. Sie haben von dem Moment an, wo Sie sich für die Vernichtung des Legitimitätsprinzipes, für das revolutionäre Prinzip der Annexion ..... erklärt haben, aufgehört eine konservative Partei zu sein."

So verwerflich die macchiavellistisch-moralloſe Politik des eisernen Kanzlers war, noch bedenklicher und verderblicher war die Verwirrung der moralischen Begriffe, die sie bis in die Reihen der gläubigen Protestanten und einzelner Katholiken anrichtete, eine Verwirrung, welche sich in Schule, Presse, Literatur und öffentlichem Leben geltend machte und die währte bis in die ersten Jahre des Weltkrieges hinein.

Eine unabweisbare Folge des Krieges und Rechtsbruches von 1866 war der Krieg von 1870/71 und eine weitere, von Bismarck und seinen Geschichtsschreibern selbst geahnte Konsequenz — mögen auch ein Dutzend andere Ursachen mitgewirkt haben — der mit dem Augustmonate des Jahres 1914 beginnende Weltkrieg. Dieser Völkerkampf hat nicht nur eine Reihe von Rechtsverletzungen bei fast allen Staaten zutage gefördert, er hat durch die ihm folgende Revolution zugleich das Fundament des Rechtes und der Staaten hinweggefegt und mit den Thronen jede legitime Autorität ge-



stürzt. Kein Gott und kein König! Das war die Parole fast aller im Novembermonate 1918 aufgerichteten „Volks“-Regierungen.

Die freimaurerische Parole vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, ein Ausfluß des häretischen Nationalitätsprinzipes, schloß die Verletzung tausendjähriger historischer Rechte und die Beseitigung des göttlichen Rechtes über die Staaten in sich. So richtig der Satz ist, daß die Staatenbildung auf die vorhandenen Nationalitäten Rücksicht nehmen muß, so falsch ist es, diese Bildung zu einem ausschließlichen Rechte der Völker zu machen. Und die Krone des Irrtums ist hiebei die proklamierte „Selbstregierung der Völker“.[1]) „Selbstregierung“ ist ein Widerspruch in sich. Jede Regierung setzt Gehorsam und damit Über- und Unterordnung voraus. Wehe dem, heißt es in der Schrift, der sein eigener Führer sein will; und wehe darum auch dem Volke, das sich selbst regieren will. Die „Selbstregierung“ schließt nicht nur die Ablehnung der Autorität Gottes und der von Gott kommenden Gewalt in sich, sie bedeutet prinzipiell die Ablehnung jeglicher Autorität, und damit auch die Ablehnung der Vernunft.

Im Deutschen Reiche wurde die „Volksregierung“ mit der Parlamentarisierung der Regierung eingeleitet. Diese Parlamentarisierung war der erste unblutige revolutionäre Akt: ein Verfassungsbruch von oben, wenn auch ein von der in einer Zwangslage sich befindenden Krone sanktionierter. Die schiefe Ebene der Rechts- und Gesetzesverletzungen war damit betreten. Bei der einschneidenden Verfassungsänderung und bei der Aufrichtung des neuen Regimentes fehlte charakteristischer Weise jeder Hinweis auf Gott. Als Reichskanzler Prinz Max von Baden — welcher der

1) Satz 60 des Syllabus Papst Pius IX. verurteilt die Lehre, daß die Autorität (und damit auch die Regierung dieser Autorität) nichts anderes als die Gesamtheit der Zahl sei.

Loge sehr nahe stehen soll — in der seine Kanzlerschaft einleitenden großen Rede das Bekenntnis zur demokratischen staatlichen Entwicklung ablegte, da fehlte jedes Bekenntnis zu dem Urgrunde, auf dem alle Menschheitsschicksale ruhen, jedes Bekenntnis zur ewigen Quelle jeglicher Gewalt.

Als wir die Reichskanzlerrede „durchgelesen hatten", schreibt ein geistlicher Einsender der „Augsburger Postzeitung" (Jahrg. 1918, Nr. 471), „da war es uns, als hörten wir jenes alte Wort, dessen Wahrheit Jahrtausende erprobt haben: „Wenn der Herr das Haus nicht baut, dann mühen sich alle umsonst, die daran bauen." Wir erwarten in dieser Zeit, deren Wuchtigkeit uns noch viel zu wenig ins Bewußtsein gekommen ist, noch viel zu viel, zwar nicht mehr alles wie früher, von der mit vollen Backen gepriesenen deutschen Technik und dem unübertroffenen deutschen Organisationstalent und dem deutschen Wesen, an dem die Welt genesen soll usw. usw.: also von rein menschlichen Mitteln. Aber all diese morschen Stützen, auch die demokratischen, sie brechen zusammen unter der Wucht der mit rasender Eile sich drängenden Ereignisse. Nur ein Programm, das auf dem Felsengrund Gottes gebaut ist, hält stand, und hält fest alle, die darauf stehen."

Die neue parlamentarische und demokratische Regierung verzichtete darauf, sich auf den Felsengrund Gottes zu stellen, die bald kommende Revolution zerschmetterte auch ihre menschlichen Grundlagen, beseitigte den König von Parlaments Gnaden und pflanzte die alle ehemalige Autorität und Kultur verhöhnende Fahne der bolschewistischen Republik auf die Regierungsgebäude. An die Stelle der Macht des Beamten- und Militärstaates trat die Macht der Straße und der Menge, des roten Terrors und einer den Fahneneid brechenden, mit Maschinengewehren Vernunftgründe widerlegenden Soldateska.

Aber über der Errichtung halbanarchischer Regierungen und bolschewistischer Terrorisierungen richtete sich auf die



Weltregierung der Loge und der ihre Fäden in der Hand haltenden, mit dem Diadem der Unterwelt gekrönten internationalen Leiter. „Und ich sah Throne und sie setzten sich darauf, und es wurde ihnen verliehen Gericht zu halten."[1]) Der Politik ohne Christentum, der Politik ohne Gott folgte die Politik gegen Gott: die freimaurerische Politik der Vorboten des Antichrists. Die neue Welt, das Reich des größten und ungerechtesten Mammons und der zahlreichsten freimaurerischen Geheimbünde,[2]) wurde zur Herrin der Welt. Der Dollar und das Schurzfell bestimmen künftig das Schicksal der Staaten und Nationen. — —

Es gab Zeiten, in denen Heilige auf dem Throne saßen und den Beweis erbrachten, daß die Politik des Kreuzes die Völker glücklicher und größer mache als alle raffinierten Künste und politischen Skrupellosigkeiten des Macchiavellismus. Die Heiligen haben die Erde verlassen, die christlichen Regierungsmaximen sind aus den Regierungsstuben und den Kabinetten der Diplomatie verschwunden, die alle Autorität und alte Kultur vernichtende Revolution ist durch die Reiche gezogen, Blut und Schmerz, Hunger und Elend hat die Erde erfüllt, die Gerichte Gottes vollziehen sich an der mit ungemessener Schuld und himmelschreiendem Frevel beladenen Menschheit.

---

1) Geh. Offenbarung 20, 4.

2) Nach P. Gruber S. J. zählte am Anfange des 20. Jahrhunderts Nordamerika 12 990 weiße und 1300 schwarze Logen.

XLVIII.

Das Zentrum im sozialwirtschaftlichen Kampf der Gegenwart.

Von A. W. Hopmann, Essen.

Der Kurs bleibt derselbe, Volldampf voraus! — So durfte die Zentrumspartei ihr sozialwirtschaftliches Weiterarbeiten charakterisieren, als die Revolution über unser Land dahinbrauste und es den Anschein haben konnte, als ob außer den Sozialdemokraten alle Parteien ihre Marschroute und ihre Stellungnahme gegenüber der handarbeitenden Klasse grundsätzlich ändern müßten. Eine derartige Notwendigkeit bestand für sie nicht, wenigstens nicht hinsichtlich des Zieles. Die Partei bekennt sich auch heute wie immer zu dem von der auf christlicher Grundlage fußenden Volkswirtschaftslehre als richtunggebend und zielweisend hingestellten sozialen volkswirtschaftlichen System. Dieses System „bricht nicht mit der privatwirtschaftlichen Ordnung, hebt die wirtschaftliche Selbständigkeit, die Konkurrenz und Selbstverantwortung nicht auf, will keine unmittelbare gesellschaftliche Verantwortung für das Wohl der Gesellschaftsglieder nach sozialistischem Muster. Aber es umhegt und beschränkt die wirtschaftliche Freiheit, die Konkurrenz, gemäß den Forderungen der Gerechtigkeit, des allgemeinen Wohles, regelt und ergänzt sie durch berufliche Organisation und das Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung".[1]) Indem die Zentrumspartei in diesem Sinne maßgeblich die sozialpolitische Arbeit des neuen deutschen Kaiserreiches mitzubeeinflussen suchte, war sie sich bewußt, daß es sich hierbei nur um Mittel handle, die dem höheren Zwecke, der Einordnung der handarbeitenden Klasse als gleichberechtigtes Glied in den staatsbürgerlichen Verband zu dienen

1) H. Pesch, S. J. Lehrbuch der Nationalökonomie, Bd. II.



berufen seien. Auch die Zentrumspartei erkannte es stets als ihr Ziel, „aus den Industrieuntertanen ‚Industriebürger' zu machen, die bei Festsetzung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben" (Naumann). Nachdem durch die Revolution die politischen Forderungen der handarbeitenden und weiterhin der weniger besitzenden Klasse in weitestem Umfange Erfüllung gefunden hatten, war es klar, daß jene, die die Revolution durchgeführt hatten, sich hierbei nicht begnügen würden, vielmehr konsequent der politischen Demokratie auch die *wirtschaftliche Demokratie* folgen lassen wollen. Ihr dient der Sozialisierungsgedanke, an dem zum erstenmale die Parteien ihre Auffassung von der Berechtigung und den Grenzen der wirtschaftlichen Demokratie erproben konnten. Was die Haltung der Zentrumspartei anlangte, so hat sie sich bekanntlich bei der Beschlußfassung über das Sozialisierungsgesetz und das Gesetz über Regelung der Kohlenwirtschaft an die Seite der Sozialdemokratie gestellt und mit ihr erst beide Gesetze ermöglicht. Das ihr hierbei vorschwebende Ziel formulierte und begründete der katholische Volkswirtschaftler H. Pesch[1]) in folgender Weise:

„Ein nicht geringer Teil der Menschen wird sich erst dann bei dem Erwerb materieller Güter *zufrieden* und glücklich fühlen, wenn sie sich zugleich wirtschaftlicher Selbständigkeit erfreuen. In der Selbständigkeit finden sie die Möglichkeit der vollen Entwicklung, freudige Betätigung und Entfaltung ihrer Kräfte. Da ermutigt sie die Hoffnung, auf der sozialen Leiter emporzusteigen; und selbst, wenn diese Hoffnung gar manche trügen sollte, wenn sie in abhängiger Stellung über reichlichere Mittel verfügen würden als jetzt, sie wollen doch tausendmal lieber ihre eigenen Herren bleiben, als in Lohn und Sold eines Fremden stehen. Alles Streben nach *konstitutioneller Fabrikverfassung*, nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung des Arbeiters u. dergl., was ist es im Grunde genommen anders als eben dieses gewaltige, aus der menschlichen Persönlichkeit

1) ebenda S. 269.



als solcher herauswachsende Sehnen und Ringen nach Selbstgeltung und Selbständigkeit? Wehe der Gesellschaft, die jenes Streben verkennt!"

Pesch meint alsdann weiter, es könne „doch unmöglich als ein sozial befriedigender Zustand gelten, wenn die Leitung nahezu des gesamten Wirtschaftslebens schließlich in der Hand einer kleinen Gruppe großkapitalistischer Unternehmer ruht." Folgerichtig leugnet er deshalb auch den endgültigen Wert gewisser Reformen z. B. zugunsten „der Privatbeamten" (Pensionsversicherung, besonderes Privatbeamtenrecht, Ausschüsse in größeren Betrieben, Kammern u. dergl.). Mag dadurch die „Selbständigkeit" jener Beamten erhöht werden, sie bleiben dennoch Beamte, gewinnen eine größere Selbständigkeit im fremden Betrieb, nicht die Selbständigkeit des eigenen Betriebes, wie sie die Glieder des alten Mittelstandes auszeichnete."

In diesem Sinne war denn auch die München-Gladbacher Richtung orientiert und sie hat innerhalb der Partei bei der Beschlußfassung über die erwähnten Gesetze triumphiert. Das, was bisher in volkswirtschaftlichen Systemen als notwendig zu erreichendes Ziel gefordert wurde, beginnt jetzt Leben und Wirklichkeit zu werden, drängt an das Licht des Tages. Die Theorie legt ihr graues Kleid ab und wird Praxis, aber indem sie es wird, hat sie auch zu zeigen, daß sie nicht ein blutleeres Schemen unter ihrer Hülle verbarg, sondern auch ein Gebilde in prangender Kraft und Fülle darstellt, von dem neue Kräfte ausgehen, die belebend unseren ganzen Wirtschaftsorganismus durchkreisen, ihn mit edleren und höheren Empfindungen erfüllen und seinen Gliedern echte Befriedigung und Lebensfreude gewähren.

Der Ausgangspunkt für die praktische Durchführung des Gedankens der „Verselbständigung" des Angestellten und Arbeiters durch die konstitutionelle Fabrik bezw. die Betriebsräte ist die Einsichtnahme und Teilnahme beider Kategorien an der Leitung des Betriebes. Sie sollen nicht mehr vom Unternehmen und seinem Besitzer regiert werden, ihn vielmehr selbst mitregieren. Hierdurch wird also z. B. nicht der



Lohn, das Gehalt von einem „Fremden" bestimmt, sondern die Festsetzung erfolgt nach der Mitentscheidung der Lohn- und Gehaltsempfänger selbst, die naturgemäß auch über das Gehalt der leitenden Beamten, ebenso wie diese selbst, mitentscheiden. Da die christliche Volkswirtschaftslehre das Privateigentum nicht angetastet wissen will, Sozialisierung (Verstaatlichung, Kommunalisierung usw.) aber nur für gewisse hiefür „reife" Betriebe als dem Allgemeinwohl dienlich erklärt, ist also festzustellen, daß die wirtschaftliche Verselbständigung der genannten Kategorien in erster Linie durch das Mitbestimmungsrecht in einem nicht im Mitbesitz der darin arbeitenden, also fremden Betriebe erreicht werden soll. Unter Hinweis auf das eben Zitierte erscheint mir in der Formulierung des Begriffs „selbständig" eine Inkongruenz in der Auffassung Pesch's zu bestehen, wenn er einmal den Privat- also z. B. Aktienbesitz als conditio sine qua non anerkennt, auf der anderen Seite aber die Selbständigkeit des eigenen Betriebes auch für den Lohnarbeiter fordert und zwar durch das Mitbestimmungsrecht in einem doch eben nicht eigenen Betrieb. Entweder ein Bergwerk gehört allen darin Tätigen oder es gehört einem oder mehreren „Fremden". Wer keinen Kapitalanteil hat, arbeitet also in einem fremden Betrieb. Diesen Nichtbesitzenden erklärt Pesch als nicht selbständig im Sinne des „alten Mittelstandes" und eben diese Selbständigkeit fordert er auch für den Lohnarbeiter, d. h. er kann sich in der Tat mit einem Mitbestimmungsrecht nicht zufrieden geben. Er fordert hier also mehr, als er auf der anderen Seite, nämlich vom Standpunkt des privaten Besitzes und der kapitalistischen Wirtschaftsform zu geben bereit ist. Diese Inkongruenz bedarf einer Korrektur und er scheint sie selbst zu geben, indem er an anderer Stelle[1]) schreibt: „Dem modernen Arbeiter steht die Anerkennung seiner Gleichberechtigung als Mensch, als Bürger, die gebührende Achtung seiner Persönlichkeit, die Anerkennung

1) ebda. S. 277.



seiner Bedeutung für das Wohl des Ganzen weit höher als Geld und Gut." Hier legt er also offenbar im Gegensatz zu der ersteren Auffassung nicht den Hauptwert auf das Arbeiten, auf „Selbständigkeit im eigenen Betrieb", sondern auf die praktische Anerkennung als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben, sei es auch im fremden Betrieb. Diese Gleichberechtigung, das Mitbestimmungsrecht, die Konstitution im Fabrikbetrieb genügt ihm hier zur Überwindung des Begriffes „fremd", setzt zwar nicht an seine Stelle den „eigenen" Besitz, erfüllt aber immerhin den fremden angeblich mit Leben und Inhalt. Diese weniger weitgehende Auffassung war auch zweifellos für das Zentrum bei der Beratung des Sozialisierungsgesetzes maßgebend und ließ sie ausdrücklich die von der Sozialdemokratie ursprünglich abgelehnte „Entschädigungspflicht" des Staates bei der Verstaatlichung von Betrieben in das Gesetz aufnehmen. Was sucht dieses Gesetz in der Praxis zu verwirklichen?

Die Arbeiter werden in den sozialistischen Unternehmungen künftig einen tieferen Einblick in die gesamte Lage ihrer Unternehmer gewinnen. Sie werden ihren Einfluß im Interesse der Arbeiterschaft, ganz abgesehen von dem Wege über die Arbeiterausschüsse (Betriebsräte), geltend machen können und sie werden das Bewußtsein in sich tragen, daß sie mit ihrer Arbeitskraft nicht etwa vornehmlich Privatinteressen dienen, sondern daß ihre Arbeitsleistung, die des Unternehmens selbst, dem Gesamtwohl zugute kommt und nach den Gesichtspunkten des Gesamtwohles gewertet und organisiert wird. Gerade darin liegt der soziale Wert der neueren Sozialisierungsgesetzgebung, ein Fortschritt, ohne den wir zum inneren sozialen Frieden nicht gelangen." („Kölnische Volkszeitung" Nr. 208 v. 15. März 1919.)

Praktisch sollte dieses Ziel zunächst im Kohlenbergbau verwirklicht werden. Hier haben jetzt auf jedem Zechenbetrieb die Angestellten und Arbeiter gemeinsam einen Betriebsrat zu wählen, der zusammen mit den oberen Beamten als Vertretern der Gewerkschaft, Aktiengesellschaft oder aber dem Alleinbesitzer selbst die Arbeitsgemeinschaft zu bilden hat.



Ihre wichtigste und nächstliegende Aufgabe dürfte die Festsetzung der Kohlenpreise sein, wie überhaupt jeder Betriebsrat einer Fabrik sich zunächst über den Preis des zu verkaufenden Produktes schlüssig werden muß. Indem dies geschieht, wird das ganze Problem der Produktion, die Festlegung der Betriebskosten, der Gehälter, die Lohnfestsetzung vor allem, aufgerollt werden und hierdurch wiederum erhält der Delegierte und durch ihn der Arbeiter einen Einblick in den Betrieb, fühlt sich mitverantwortlich an der Ertragsfähigkeit des Unternehmens, tritt dem Unternehmer als gleichwertiger und gleichgeachteter Mitarbeiter gegenüber, fühlt sich als selbständig subjektiv Handelnder in der Betriebsgemeinschaft, nicht aber als ein untergeordnetes, objektiv behandeltes Individuum. Angeblich wenigstens! Erfüllt sich in der Tat diese von unseren Sozialpolitikern erhoffte Wirkung des Sozialisierungsgesetzes, so würde dieses Ergebnis gewiß mit Befriedigung begrüßt werden. Erscheint aber nicht die Frage berechtigt, ob diese Annahme auf falschen psychologischen Voraussetzungen beruht? Wie denn, wenn der moderne Arbeiter sich nicht mit der Gleichberechtigung begnügt, wenn er auch nach einer materiellen Verbesserung seiner Lage verlangt, woran doch gar nicht zu zweifeln ist, ein Ziel, das vielfach auch nicht als unbillig bezeichnet werden kann? Es liegt doch auf der Hand, daß die oben beschriebene Arbeitsgemeinschaft gar nicht vorbeigehen kann an der Frage der Ertragsfähigkeit eines Unternehmens. Gesetzt den Fall eine Gewerkschaft erzielt einen Jahresüberschuß von 200000 Mark. Dieser Betrag ist an eine gewisse Zahl von Gewerken abzuführen. Was sind das für Leute? Arbeiten sie im Betrieb? Nein. Dann haben sie auch keinen Anspruch auf eine derartige Summe. Der Betriebsrat bezw. die Arbeiterschaft verlangt, daß z. B. nur 50000 Mark an die Gewerke und der Rest an die Arbeiter zu verteilen sind. Ist diese Forderung nicht psychologisch naheliegend? Wird nicht die Frage der Gewinnverteilung jedem Arbeiter am wichtigsten dünken oder aber, wenn auch vielleicht nicht den besonnenen

so doch jedenfalls den radikalen Elementen? Es bedarf wohl kaum eines Beweises, daß hier das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft einer gefährlichen Belastungsprobe ausgesetzt wird, daß die Frage der Gewinnverteilung jene des Privatbesitzes an den kapitalistischen Produktionsmitteln in denkbar schärfster Form doch wieder zur öffentlichen Diskussion stellt. Für die christliche Volkswirtschaftslehre existiert diese Frage nicht, sie verneint sie; aber übersieht sie nicht vielleicht, daß auf dem Wege zur „Verselbständigung" des Arbeiters diese Frage nicht zu umgehen ist, daß sie um den Preis von Unruhen und Anarchie auch Antwort verlangt, wenn nicht das Ziel der Höherentwicklung der handarbeitenden Klasse, der Befreiung aus gar zu engen Fesseln der wirtschaftlchen Konjunktur und dergleichen mit anderen Mitteln versucht wird, als solchen, die ihm einen unbilligen, weil unmöglichen Einfluß auf das innere Getriebe des Wirtschaftslebens geben? Wird denn der Arbeiter oder Angestellte durch den geschilderten Einfluß selbständig? Doch gewiß nicht. Er bleibt Lohn- bezw. Gehaltsempfänger in einem fremden Betrieb. Über diese Grenze wird er nie hinauskommen, wenn er nicht selbst Kapitalanteile des Werkes, in dem er tätig ist, erwirbt. Auch dann ist seine Selbständigkeit in Hinsicht auf eben diesen Betrieb auch nur eine ebenso fiktive wie die irgend eines kleinen Aktionärs. Genau so gut, nein sicherlich noch besser, könnte er sein Geld in einem Stückchen Land anlegen, das er in seiner freien Zeit bebaut. Was er also durch den Betriebsrat erreichte, wäre ein Einblick in die ganze Lage des Unternehmens, ein freierer Einfluß auf die Lohngesetzgebung usw. Aber gewinnt er, der einzelne Arbeiter, diesen Einblick in der Tat? Doch gewiß nicht. Ihn erhält der Delegierte, erst durch ihn seine Kameraden. Die Unselbständigkeit verbleibt, sie wird lediglich gemildert durch eine entgegenkommendere Behandlung, durch ein vertrauensvolleres Überlegen und Zusammenarbeiten mit den leitenden Beamten und Besitzern. Alle sozialen Maßnahmen, die



diesem Ziele dienen, müssen in die Tat umgesetzt werden, aber gehört hiezu der Betriebsrat?

Wie gesagt, ist der einzelne Arbeiter ganz von dem Votum seines Delegierten abhängig. Muß dieser Delegierte unbedingt Arbeiter auf der Zeche sein? Würde seine Funktion z. B. nicht auch von einem Gewerkschaftsbeamten ausgeübt werden können? d. h. muß jeder Betrieb seinen „Rat“ haben, oder würde es nicht genügen, wenn für einen bestimmten Industriebezirk eine ständige Instanz besteht, die mit der Unternehmerschaft Lohnfragen regelt, Mißstände auf den einzelnen Gruben beseitigt rc.? Im Gegenteil scheint mir durch eine derartige Institution in viel stärkerem Maße die Reibungsmöglichkeit, wie sie sonst durch die Betriebsräte auf den einzelnen Gruben besteht, auf ein Minimum herabgedrückt zu werden. „Wie ein einsichtiger Sozialdemokrat über das System der Betriebsräte urteilt, hat eine Konferenz der Verbandsvorstände der freien Gewerkschaften erkennen lassen. Das Korrespondenzblatt der freien Gewerkschaften (Nr. 6, 1919) berichtet hierüber u. a.:

Beim ersten Punkt der Tagesordnung: Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit, bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausschaltung und Vergewaltigung der Gewerkschaften, wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Eingriffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu versagen. Das Rätesystem sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zersplittere es die Einheit des Berufszweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hörten hier auf; jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. **Ein Bedürfnis für das Rätesystem liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar.** Vielleicht empfehle es sich, prä=

ziser als in dem Regierungsentwurf die wesentlichen gewerkschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen.

Diese scharfe Verurteilung wurde durch Berichte aus einzelnen Berufszweigen ergänzt. „Im Steindruckgewerbe, das zu zwei Dritteln auf den Export angewiesen ist, haben die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohntreibereien geradezu eine tolle Verwirrung angerichtet."

Hier empfindet ein Kenner der Arbeiterverhältnisse und der Psyche der Arbeiterschaft den Betriebsrat nicht als eine Notwendigkeit — im Gegenteil sogar — und er darf es um so mehr, als der Betriebsrat den Arbeiter nicht geachteter und den anderen Klassen gleichwertiger macht, als es bereits durch die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, die Errichtung von Arbeitskammern, insbesondere aber durch die am 18. November 1918 vertraglich festgelegte Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geworden ist.

„Mit diesem Dokument, schreibt C. Noppel S. J.,[1]) müßte eigentlich die Kriegsgeschichte der deutschen Sozialpolitik schließen. Bedeutet es doch recht eigentlich den sozialen Friedensschluß, den Friedensschluß unter den Volksgenossen selbst. Die Gleichberechtigung des Arbeiters und seiner Berufsverbände neben dem Unternehmer und seinen Verbänden war tatsächlich errungen und vertraglich sicher gestellt. Nimmt man hinzu, daß das gleiche und allgemeine Wahlrecht für Preußen inzwischen ebenfalls gesichert war, so konnte man eigentlich das große Werk der Einordnung und Gleichberechtigung des vierten Standes als vollendet ansehen."

Und nun fordert diese Einordnung als Voraussetzung auch noch die Betriebsräte? Einerseits machen sie den Arbeiter nicht selbständiger, als er es ist oder nicht ist, während ihm andererseits durch die erwähnten sozialpolitischen Errungenschaften alles das gegeben ist, worauf er billigerweise Anspruch erheben konnte, ohne daß die Freiheit des Unternehmers und Besitzers derart eingeschränkt worden wäre, daß sie Gefahr lief, vernichtet

1) Stimmen der Zeit, 49. Jahrgang, Heft V.

zu werden. Aber fast hat es den Anschein, als ob es im Gebiet der Sozialpolitik kein Maß und keine Grenzen mehr gäbe. Ist denn alles das, was Noppel als Errungenschaft der Sozialpolitik des Krieges preist, überhaupt schon zur Anwendung gelangt, hat man mit der Errichtung der Arbeiterkammern begonnen, ist die Arbeitsgemeinschaft der Verbände bereits in Wirksamkeit getreten? Man hört sehr wenig davon, und schon müssen neue einschneidende Maßnahmen Gesetz werden? Wenn die Arbeiterschaft eines Betriebes Vertrauensmänner wählt, die gegenüber dem Arbeitgeber, den Arbeiterkammern, der Behörde als Sprecher in Lohnfragen usw. auftreten, so entspricht diese Einrichtung einem natürlichen Verlangen und kann sie unbedingt das eben gekennzeichnete Zusammenwirken zwischen beiden Parteien, Arbeitgeber und -nehmer, in genügendem Maße verwirklichen. Alle darüber hinausgehenden Befugnisse sind geeignet, die Schranken, die das Besitzrecht des Unternehmers, sein Eigentum und den Ertrag dieses Eigentums umhegen, niederzureißen und dem demokratischen Sozialismus und damit der Untergrabung aller freien Unternehmertätigkeit die Wege zu ebnen. Und dies geschieht, wenn die konstitutionelle Politik Wirklichkeit wird, d. h. wenn die Arbeiterschaft jedes einzelnen Betriebes durch ihre Delegierten eine Art Mitleitung des Betriebes ausüben und dadurch eine fiktive „Selbständigkeit" erhalten, die sie zwar nicht selbständig macht, — denn sie arbeiten weiter in einem fremden Betrieb —, wohl aber die Ertragfähigkeit des Unternehmens sehr ungünstig zu beeinflussen vermag. Ich bin sicher, daß letzteres nicht immer und überall der Fall sein wird, aber ich bin ebenso sicher, daß, wie schon gesagt, die meisten Betriebsräte nicht halt machen werden vor der Verteilung der Gewinne und ihre Bemühungen darauf richten, daß auf Kosten der Dividende die Löhne entsprechend höher gestaltet werden. Daß dies in manchen Betrieben mit gutem Grunde geschehen kann, soll nicht geleugnet werden, aber bei der Mehrzahl bleibt es ein Unding. Was hier geschehen kann, müßte auch auf dem Wege über die Arbeiterkammern



zu erreichen sein, wie überhaupt sie die berufenen Stellen sind, den Konnex zwischen beiden Parteien herzustellen und je nachdem, spezielle oder generelle Entscheidungen zu treffen. Hierzu rechne ich auch die Preisfestsetzung der Produkte. Soll das etwa für die Kohle jede Zeche selbst besorgen? Es liegt doch auf der Hand, daß für ganze Industrien diese Festsetzung von einer Stelle zu geschehen hat. Also Vertrauensmänner zur Regelung kleinerer Fragen, aber keinerlei Mitleitung an den Betrieben, im übrigen haben die Kammern, die Verbände bezw. die erwähnte Arbeitsgemeinschaft die Erledigung aller wichtigen Streitpunkte zu besorgen. Ihnen obläge es auch, die Angestellten und Arbeiter durch gemeinsame Publikationen über den Stand der Industrie, wie auch über die Abstellung von Mißständen in einzelnen Betrieben usw. jeweils zu unterrichten.

Es fragt sich, ob die Zentrumspartei durch Anerkennung der Betriebsräte mit ihren weitgehenden Vollmachten nicht in gleicher Weise die Grenzen einer gesunden, d. h. einer dem Allgemeinwohl gerecht werdenden Sozial- und Wirtschaftspolitik überschreiten würde, wie es bei Pesch in der erwähnten Inkongruenz festzustellen ist? Den Schlüssel für die Beantwortung dieser Frage bildet das angedeutete Ziel Pesch's, aus den jetzt in fremden Betrieben Abhängigen (Lohnarbeitern, Angestellten) freie, unabhängige Wirtschaftspersönlichkeiten zu schaffen, wie es die „Glieder des alten Mittelstandes" waren. Pesch sieht in dem selbständigen Mittelstand eine ideale Lösung der sozialen Frage, wobei er von der Voraussetzung ausgeht, daß das Arbeiten in einem fremden Betrieb in abhängiger Stellung unbefriedigend, unsozial sei, und auch von den Arbeitern und Angestellten in diesem Sinne empfunden werde. Daß diese Empfindung vielfach vorhanden und auch gerechtfertigt ist, kann natürlich nicht bestritten werden. Aber ich bezweifle, daß die Angestellten und Arbeiter sich durchweg in einer kleinen selbständigen Stellung (denn nur um eine solche kann es sich handeln) wirklich glücklicher fühlen werden als in einer ge-

sicherten und angemessen bezahlten abhängigen Stellung. Das deutliche Ziel Pesch's, die Angestellten und Lohnarbeiter gewissermaßen in einen selbständigen Mittelstand durch die „konstitutionelle Fabrik“ zu verwandeln, wird durch die Einrichtung der Betriebsräte nur teilweise gelöst, denn es gibt den in Frage kommenden Kategorien nur ein Mitbestimmungsrecht in einem fremden Betrieb, oder aber beide haben durch Kapitalbesitz ein Mitbesitzrecht an dem Unternehmen, — in jedem Falle ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Hunderte von den im Betrieb Tätigen und Mitbesitzern ein Chaos heraufbeschworen haben, an dessen Ende der Untergang des Unternehmens steht. Haben etwa die in ihrem eigenen Betrieb tätigen Handwerker, kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden mehr Glück, Zufriedenheit, Lebensfreude, weniger Sorgen und Nöten als die abhängigen Arbeiterkategorien? Ich meine, das anzunehmen, wäre eine nicht minder große Täuschung wie die, daß die konstitutionelle Fabrik (Betriebsräte) den Arbeitern eine effektive Selbständigkeit und nur sie Gleichwertigkeit gegenüber dem Unternehmer gäben. Daß Arbeiter und Angestellte heute alles an Gleichberechtigung haben, was sie nur wünschen und billigerweise verlangen können, daran ist doch wohl nicht zu zweifeln. Es ist soviel geschehen, daß es sich jetzt nicht darum handeln kann, das Geschehene zu vermehren, sondern darum, es nunmehr auszuführen und zur praktischen Anwendung zu bringen. Die Lohnarbeiterschaft in selbständige Wirtschaftspersönlichkeiten im Sinne „des alten Mittelstandes“ zu verwandeln ohne die moderne Industrie der Vernichtung anheimzugeben, ist unmöglich.

Es ist ein Anachronismus, unserer Sozialwirtschaft ein Ziel zu geben, das unter den einfacheren, viel kleineren industriellen und gewerblichen Verhältnissen der Vergangenheit möglich war. Damals war der unabhängige, im eigenen kleinen Betrieb arbeitende Mittelstand das Gegebene und er ist es für gleichartige Berufe (Schuhmacher, Tischler, Fleischer ꝛc.) auch heute noch. Aber für einen Bergwerksbetrieb, ein Stahl-



werk, Hochofenbetrieb wird er immer eine Unmöglichkeit sein. Sie erfordern abhängige Wirtschaftsexistenzen und sie dürfen es auch vom sozialen Standpunkt aus, denn Abhängigkeit ist nicht immer das, was unangenehm empfunden wird und eine rückschrittliche Lebensform darstellt. Die Beamtenschaft und die sozialdemokratische Partei sind beide Beweise für diese Auffassung. Denn die Abhängigkeit, in die doch der extreme Sozialismus alle schlagen will, hat die Lohnarbeiterschaft nicht abgehalten, in Massen in deren Partei einzutreten. Wenn die Zentrumspartei heute glauben sollte, etwa den Gedankengängen Pesch's folgend in der Befreiung der Lohnarbeiter aus den Banden der Abhängigkeit von einigen Kapitalisten das Ziel ihrer Sozialpolitik sehen zu müssen und deshalb auch die konstitutionelle Fabrik (Betriebsräte) als berechtigte und notwendige Faktoren im Wirtschaftsorganismus anerkennt, so muß festgestellt werden, daß sie hier Bahnen folgt, auf denen das Allgemeinwohl nimmermehr zufrieden ist. Nicht wirtschaftliche Selbständigkeit kann das Ziel der christlichen Sozialpolitik sein, sondern der Schutz der wirtschaftlich Schwächeren gegenüber ungerechtfertigten Übergriffen der Stärkeren. Das war bisher auch für die Sozialpolitik der Zentrumspartei Richtschnur und Ziel, alles das aber, was über dieses Ziel hinausgeht — dazu gehört die *konstitutionelle Fabrik* (der mitleitende Betriebsrat) — muß mit *aller Entschiedenheit abgelehnt* werden. Es ist gewiß richtig und Wort für Wort zu unterschreiben, wenn Pesch sagt: „Nur wo durch einen breiten, wirtschaftlich selbständigen und lebenskräftigen Mittelstand von der Tiefe zur Höhe hinauf Stufen gebildet werden, da kann es ein befriedigendes soziales Aufsteigen geben, bleibt die absolute Vorherrschaft der neuen Geldaristokratie ausgeschlossen, ist nicht das ganze mit der Hand arbeitende Volk Proletariat ohne Hoffnung" (S. 270), aber so muß hinzugefügt werden, darf nicht der trügerische Gedanke für die sozialpolitische Praxis maßgebend sein, daß die Verbreiterung des Mittelstandes durch die konstitutionelle Fabrik erzielt werden könne.



In der modernen Industrie das hierarchische Verhältnis vom Lohnarbeiter bis zum Generaldirektor und Besitzer antasten, hieße die Industrie vernichten. Die bisherige Organisation, der ganze Aufbau muß bleiben, wie er ist; was lediglich zu geschehen hat, ist dies: seine Schäden auszubessern und zwar durch die erwähnten Mittel und neue solcher Art, die den Organismus als solchen nicht ruinieren.

Übrigens gibt ein vom „Reichsministerium" unterzeichnetes Flugblatt zu denken, das anläßlich der Hallenser und Berliner Unruhen verteilt wurde und worin folgende bemerkenswerte Stellen zu finden sind: „Die Betriebsräte werden in die Verfassung verankert, können also nicht mehr aufgehoben werden, sie erhalten Aufsichtsrechte über die sozialisierten Betriebe. . . . Arbeiter geht an die Arbeit! Dann fällt euch die wirtschaftliche Macht von selbst in den Schoß. Dann kann der Sozialismus von niemand mehr aufgehalten werden." Was bedeutet das? Ist das der Weg, auf dem das Zentrum die „Verselbständigung" des Arbeiters und Angestellten „im Sinne des alten Mittelstandes" zu erreichen hofft? Wird in der Tat die „konstitutionelle Fabrik" (Betriebsrat) das richtige Mittel zu diesem Ziele sein? Ich denke, nein! Die konstitutionelle Fabrik ist ein Gebilde, das völlig aus dem Rahmen der bisherigen Sozialpolitik der Zentrumspartei herausfällt und — wie es ja auch ganz zutreffend in dem erwähnten Flugblatt zum Ausdruck gelangt — als Wegebereiterin der sozialistischen Wirtschaftsordnung empfunden wird. Für den italienischen Volkswirt Labriola bedeutet Sozialismus wesentlich die Übernahme der Gesellschaft durch die assoziierten Arbeiter, die Überführung der „kapitalistischen" Fabrik in die „gewerkschaftliche"[1]) (oder wie sie sagten in die „konstitutionelle"). Auf dem Wege zu diesem Ziele befindet sich heute auch die Zentrumspartei und dieses Ziel liegt nicht mehr in der Richtung des alten Kurses, sondern folgt einem völlig

1) Riforme e rivoluzione sociale (1904).

neuen, eben dem sozialistischen. Wenn die Partei heute glauben sollte, den Gedanken Pesch's von der konstitutionellen Fabrik zur Verwirklichung reif zu halten, so fragt sich also ernstlich, ob dieser Gedanke nicht auf irrigen psychologischen und auch allgemeinwirtschaftlichen Voraussetzungen, wie sie eben durch den Massenkonsum und dementsprechend die Massenproduktion geschaffen sind, beruht, und dringend revisionsbedürftig ist. Ich bin der Meinung, daß dieser Gedanke das Problem beim falschen Ende, nämlich der Spitze anpackt, anstatt die Heilung bei der Wurzel zu suchen.

XLIX.

Über Familienfideikommisse, Fideikommißrecht und Fideikommißwirtschaft.

Wenn ein bedeutender Mann aus diesem Leben scheidet, so ehren seine Freunde dessen Andenken und die Gegner, welche er im Leben hatte, pflegen sie nicht daran zu hindern, und wenn sie ehrlich sind, halten auch sie nicht zurück in der Anerkennung manches Guten, das sie ihm nicht bestreiten wollen oder können.

So möge es mir nicht verwehrt sein, der durch einen Akt der Gesetzgebung in Bayern abgeschafften Einrichtung der Familienfideikommisse einen Nachruf zu widmen.

Das Wort Fideikommiß heißt auf deutsch „Der Treue übergeben." In der Tat ist der Hauptinhalt der Einrichtung „Treue." Treue Fürsorge für die Zukunft der Familie mit Einschluß der noch ungeborenen zukünftigen Träger ihres Namens war Anlaß der Stiftung. Treue Hingabe der Töchter und der nachgeborenen Söhne an das Interesse der Gesamtfamilie, an die Erhaltung des Familienbesitzes läßt diese die schweren Opfer, die ihnen die Einrichtung auferlegt, auf sich nehmen. Treue Hingabe an das Familieninteresse legt dem Besitzer Einschränkungen auf, welche der



freie Besitz nicht kennt, so vor allem jene der Verfügungs-freiheit unter Lebenden und auf Todesfall. Der Treue des glücklichen Vaters, der eine Reihe blühender Töchter aber keinen Sohn sein eigen nennt, ist keine leichte Aufgabe gestellt, das ihm nicht nur zum Genusse sondern zur Erhaltung überlassene Gut gewissenhaft zu verwalten.

Der Treue der Verwaltung legte die Beschränkung der Belastung gerade in unserer Zeit schwere Opfer auf, zu einer Zeit, welche an die Erhöhung der Betriebsmittel so ungemessen hohe Anforderungen stellt, wie dies in den letzten fünfzig Jahren der Fall war.

Mir ist durchaus nicht unbekannt, daß das Fideikommiß-recht in Bayern einer weit über Bayerns Grenzen hinaus verbreiteten Stimmung der öffentlichen Meinung zufolge gefallen ist, der zu widerstehen auch der Regierung eines monarchischen Staates schwer geworden wäre.

Ein durchschlagender Grund für diese Stimmung der öffentlichen Meinung ist mir nicht ersichtlich. Manche Momente, die für deren Begründung in das Feld geführt werden, treffen für Bayern nicht zu, wie z. B. ein volks-wirtschaftlich nachteiliges prozentuales Überwiegen des Groß-grundbesitzes im Verhällnisse zur Gesamtfläche land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Bodens.

Daß der Vorwurf ungenügender Bereitstellung land- und forstwirtschaftlicher Bodenerzeugnisse seitens des Groß-grundbesitzes gerade für uns in Bayern nicht zutrifft, ist oft genug beweiskräftig dargetan worden. Ebenso konnten die Vorwürfe der fideikommissarischen Bindung großer Ländereien durch Ausländer und der Aufforstung des für den Anbau von Nahrungsmitteln notwendigen Bodens nicht in dem Umfange als berechtigt nachgewiesen werden, den sie nach dem lauten und dauernden Wiederholen der Anschuldigungen vielen einzunehmen schienen. Übrigens wäre es für die Gesetz-gebung nicht schwer gewesen gegen derartige Schädigungen des Volkswohles geeignete Riegel vorzuschieben, ohne die Einrichtung selbst tötlich zu treffen.



Ein Schlagwort von gewaltiger Tragweite ist das Wort „Bauern legen“ geworden. Zur Rechtfertigung gegen diesen Vorwurf darf ich dem bayerischen gebundenen Grundbesitz mit gutem Gewissen die Behauptung auf den Leichenstein schreiben, daß es um den bäuerlichen Besitz nur gut bestellt wäre, wenn er keine anderen Schäden zu beklagen hätte als die durch die behauptete Aufsaugung seitens der bestehenden Fideikommisse nachweislich entstanden sind.

Der hier geschilderte wesentliche Inhalt des Fideikommißrechtes stellt daher gewiß alles eher dar als ein Vorrecht des Standes, dessen Bedürfnissen es angepaßt ist. Nur in einer Richtung greifen dessen Bestimmungen in die Rechte Dritter ein, die mit Fideikommissen Rechtsgeschäfte abschließen. Im Falle des Konkurses kann der Fideikommißgläubiger sich zur Befriedigung seiner Forderungen nur an die Früchte nicht an die Substanz des fideikommissarisch gebundenen Vermögens halten. Das ist ein Vorrecht, aber die praktische Erfahrung hat bewiesen, daß die Vermögensverluste, welche Gläubiger in den tatsächlich wenigen Fideikommißkonkursen erlitten haben, verschwindend klein sind im Vergleich mit jenen, welche täglich durch die Zwangsvergleiche des gemeinen Konkursrechtes Gläubiger sich gefallen lassen müssen. Übrigens kann Niemand Fideikommißgläubiger werden, der sich nicht frei dieser Bestimmung unterwirft.

Mit einer Rechtsordnung, die auf dem Phantom der Gleichheit aller menschlichen Verhältnisse aufgebaut ist, ist das Fideikommißrecht allerdings unvereinbar. Die große französische Revolution hat sich vergeblich bemüht, eine Rechtsordnung zu schaffen, die auf der inneren Unwahrheit der Gleichheit aller menschlichen Verhältnisse aufgebaut werden sollte. Die Geschichte hat diese Bestrebungen ad absurdum geführt. Auch heute wird und kann ein Streben, das natürliche Bedingungen von oberst zu unterst kehrt, keinen anderen Erfolg haben.

Für den adeligen Familienbesitz hielten die Beteiligten die Einschränkungen freier Verfügung, die das Fideikommiß-

recht auferlegt, für notwendig und die Opfer, die sie auferlegten, im Interesse der Erhaltung der sozialen Stellung der Familien für geboten. Auch für die Erhaltung bäuerlichen Besitzes wären ähnliche Einschränkungen der Verfügungsfreiheit von Nutzen gewesen; das Fideikommißrecht des Adels hat deren Einführung, da wo nicht der Widerstand der Beteiligten sie ausschloß, kein Hindernis in den Weg gelegt.

Ohne das Fideikommißrecht wird der Grundbesitz bisher als adelig anerkannter Familien im Laufe weniger Generationen der Erbteilung verfallen, insoferne nicht schon vorher der Wegfall der Verfügungsbeschränkungen unter Lebenden ihn der Güterzertrümmerung in die Hände führt, über deren Gefahren für den bäuerlichen Grundbesitz alle Welt einig ist.

Ich bin weit entfernt, allen denjenigen, deren dem Fideikommißrecht feindselige Stimmen jetzt die öffentliche Meinung bilden, den Vorwurf zu machen, daß sie den Verfall der schönen adeligen Güter, welcher die notwendige Folge der Aufhebung des Fideikommißrechtes sein wird, in vollbewußter Absicht anstreben, aber daß solche Bestrebungen die wesentliche Unterlage der seit Jahrzehnten gegen das Fideikommißrecht mit allen Mitteln der Lüge und der Verläumdung durchgeführten Angriffe bilden, glaube ich, wird niemand bestreiten, der die Vorgänge mit offenen Augen ansieht und sich den Sinn für Gerechtigkeit gewahrt hat.

Das Fideikommißrecht hat sein natürliches Korrelat in den Pflichten, welche dasselbe dem Nutznießer auferlegt. Diese sind abgesehen von den Obliegenheiten, die im einzelnen Falle von den Bestimmungen der Stiftungsurkunde gegeben sind, nachstehende.

Fürs erste unterscheidet sich die deutsche Rechtsanschauung auch heute noch von dem römischrechtlichen Eigentumsbegriffe dadurch, daß dieser Willkür und selbst vernunftwidrige Vernichtung des Eigentums als Inhalt des Eigentumsrechtes anerkannte, das deutsche Recht aber im Einklange mit göttlichem Rechte vernunftgemäßen, guten Gebrauch des Eigentumes vorschreibt.



neuen, eben dem sozialistischen. Wenn die Partei heute glauben sollte, den Gedanken Pesch's von der konstitutionellen Fabrik zur Verwirklichung reif zu halten, so fragt sich also ernstlich, ob dieser Gedanke nicht auf irrigen psychologischen und auch allgemeinwirtschaftlichen Voraussetzungen, wie sie eben durch den Massenkonsum und dementsprechend die Massenproduktion geschaffen sind, beruht, und dringend revisionsbedürftig ist. Ich bin der Meinung, daß dieser Gedanke das Problem beim falschen Ende, nämlich der Spitze anpackt, anstatt die Heilung bei der Wurzel zu suchen.

XLIX.

Über Familienfideikommisse, Fideikommißrecht und Fideikommißwirtschaft.

Wenn ein bedeutender Mann aus diesem Leben scheidet, so ehren seine Freunde dessen Andenken und die Gegner, welche er im Leben hatte, pflegen sie nicht daran zu hindern, und wenn sie ehrlich sind, halten auch sie nicht zurück in der Anerkennung manches Guten, das sie ihm nicht bestreiten wollen oder können.

So möge es mir nicht verwehrt sein, der durch einen Akt der Gesetzgebung in Bayern abgeschafften Einrichtung der Familienfideikommisse einen Nachruf zu widmen.

Das Wort Fideikommiß heißt auf deutsch „Der Treue übergeben." In der Tat ist der Hauptinhalt der Einrichtung „Treue." Treue Fürsorge für die Zukunft der Familie mit Einschluß der noch ungeborenen zukünftigen Träger ihres Namens war Anlaß der Stiftung. Treue Hingabe der Töchter und der nachgeborenen Söhne an das Interesse der Gesamtfamilie, an die Erhaltung des Familienbesitzes läßt diese die schweren Opfer, die ihnen die Einrichtung auferlegt, auf sich nehmen. Treue Hingabe an das Familieninteresse legt dem Besitzer Einschränkungen auf, welche der



freie Besitz nicht kennt, so vor allem jene der Verfügungsfreiheit unter Lebenden und auf Todesfall. Der Treue des glücklichen Vaters, der eine Reihe blühender Töchter aber keinen Sohn sein eigen nennt, ist keine leichte Aufgabe gestellt, das ihm nicht nur zum Genusse sondern zur Erhaltung überlassene Gut gewissenhaft zu verwalten.

Der Treue der Verwaltung legte die Beschränkung der Belastung gerade in unserer Zeit schwere Opfer auf, zu einer Zeit, welche an die Erhöhung der Betriebsmittel so ungemessen hohe Anforderungen stellt, wie dies in den letzten fünfzig Jahren der Fall war.

Mir ist durchaus nicht unbekannt, daß das Fideikommißrecht in Bayern einer weit über Bayerns Grenzen hinaus verbreiteten Stimmung der öffentlichen Meinung zufolge gefallen ist, der zu widerstehen auch der Regierung eines monarchischen Staates schwer geworden wäre.

Ein durchschlagender Grund für diese Stimmung der öffentlichen Meinung ist mir nicht ersichtlich. Manche Momente, die für deren Begründung in das Feld geführt werden, treffen für Bayern nicht zu, wie z. B. ein volkswirtschaftlich nachteiliges prozentuales Überwiegen des Großgrundbesitzes im Verhältnisse zur Gesamtfläche land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Bodens.

Daß der Vorwurf ungenügender Bereitstellung land- und forstwirtschaftlicher Bodenerzeugnisse seitens des Großgrundbesitzes gerade für uns in Bayern nicht zutrifft, ist oft genug beweiskräftig dargetan worden. Ebenso konnten die Vorwürfe der fideikommissarischen Bindung großer Ländereien durch Ausländer und der Aufforstung des für den Anbau von Nahrungsmitteln notwendigen Bodens nicht in dem Umfange als berechtigt nachgewiesen werden, den sie nach dem lauten und dauernden Wiederholen der Anschuldigungen vielen einzunehmen schienen. Übrigens wäre es für die Gesetzgebung nicht schwer gewesen gegen derartige Schädigungen des Volkswohles geeignete Riegel vorzuschieben, ohne die Einrichtung selbst tötlich zu treffen.



Ein Schlagwort von gewaltiger Tragweite ist das Wort „Bauern legen“ geworden. Zur Rechtfertigung gegen diesen Vorwurf darf ich dem bayerischen gebundenen Grundbesitz mit gutem Gewissen die Behauptung auf den Leichenstein schreiben, daß es um den bäuerlichen Besitz nur gut bestellt wäre, wenn er keine anderen Schäden zu beklagen hätte als die durch die behauptete Aufsaugung seitens der bestehenden Fideikommisse nachweislich entstanden sind.

Der hier geschilderte wesentliche Inhalt des Fideikommißrechtes stellt daher gewiß alles eher dar als ein **Vorrecht** des Standes, dessen Bedürfnissen es angepaßt ist. Nur in einer Richtung greifen dessen Bestimmungen in die Rechte Dritter ein, die mit Fideikommissen Rechtsgeschäfte abschließen. Im Falle des Konkurses kann der Fideikommißgläubiger sich zur Befriedigung seiner Forderungen nur an die Früchte nicht an die Substanz des fideikommissarisch gebundenen Vermögens halten. Das ist ein Vorrecht, aber die praktische Erfahrung hat bewiesen, daß die Vermögensverluste, welche Gläubiger in den tatsächlich wenigen Fideikommißkonkursen erlitten haben, verschwindend klein sind im Vergleich mit jenen, welche täglich durch die Zwangsvergleiche des gemeinen Konkursrechtes Gläubiger sich gefallen lassen müssen. Übrigens kann Niemand Fideikommißgläubiger werden, der sich nicht frei dieser Bestimmung unterwirft.

Mit einer Rechtsordnung, die auf dem **Phantom der Gleichheit aller menschlichen Verhältnisse aufgebaut** ist, ist das **Fideikommißrecht allerdings unvereinbar.** Die große französische Revolution hat sich vergeblich bemüht, eine Rechtsordnung zu schaffen, die auf der inneren Unwahrheit der Gleichheit aller menschlichen Verhältnisse aufgebaut werden sollte. Die Geschichte hat diese Bestrebungen ad absurdum geführt. Auch heute wird und kann ein Streben, das natürliche Bedingungen von oberst zu unterst kehrt, keinen anderen Erfolg haben.

Für den adeligen Familienbesitz hielten die Beteiligten die Einschränkungen freier Verfügung, die das Fideikommiß-

recht auferlegt, für notwendig und die Opfer, die sie auferlegten, im Interesse der Erhaltung der sozialen Stellung der Familien für geboten. Auch für die Erhaltung bäuerlichen Besitzes wären ähnliche Einschränkungen der Verfügungsfreiheit von Nutzen gewesen; das Fideikommißrecht des Adels hat deren Einführung, da wo nicht der Widerstand der Beteiligten sie ausschloß, kein Hindernis in den Weg gelegt.

Ohne das Fideikommißrecht wird der Grundbesitz bisher als adelig anerkannter Familien im Laufe weniger Generationen der Erbteilung verfallen, insoferne nicht schon vorher der Wegfall der Verfügungsbeschränkungen unter Lebenden ihn der Güterzertrümmerung in die Hände führt, über deren Gefahren für den bäuerlichen Grundbesitz alle Welt einig ist.

Ich bin weit entfernt, allen denjenigen, deren dem Fideikommißrecht feindselige Stimmen jetzt die öffentliche Meinung bilden, den Vorwurf zu machen, daß sie den Verfall der schönen adeligen Güter, welcher die notwendige Folge der Aufhebung des Fideikommißrechtes sein wird, in vollbewußter Absicht anstreben, aber daß solche Bestrebungen die wesentliche Unterlage der seit Jahrzehnten gegen das Fideikommißrecht mit allen Mitteln der Lüge und der Verläumdung durchgeführten Angriffe bilden, glaube ich, wird niemand bestreiten, der die Vorgänge mit offenen Augen ansieht und sich den Sinn für Gerechtigkeit gewahrt hat.

Das Fideikommißrecht hat sein natürliches Korrelat in den Pflichten, welche dasselbe dem Nutznießer auferlegt. Diese sind abgesehen von den Obliegenheiten, die im einzelnen Falle von den Bestimmungen der Stiftungsurkunde gegeben sind, nachstehende.

Fürs erste unterscheidet sich die deutsche Rechtsanschauung auch heute noch von dem römischrechtlichen Eigentumsbegriffe dadurch, daß dieser Willkür und selbst vernunftwidrige Vernichtung des Eigentums als Inhalt des Eigentumsrechtes anerkannte, das deutsche Recht aber im Einklange mit göttlichem Rechte vernunftgemäßen, guten Gebrauch des Eigentumes vorschreibt.

Der Nutznießer des Fideikommisses hat daher die Pflicht, das Fideikommißgut so zu verwalten, daß es eine angemessene Rente gewährt. Angemessen ist die Rente aber nur dann, wenn deren Nachhaltigkeit verbürgt ist. Durch die Bürgschaft der Nachhaltigkeit müssen die Interessen der Familie und der zukünftigen Nutznießer gewährleistet werden.

Die Fideikommißwirtschaft legt durch die Aufgabe, dem Ansehen der Familie und der sozialen Stellung ihrer Mitglieder eine Unterlage zu bilden, dem Nutznießer auch die weitere Verpflichtung auf, in der Pflege der öffentlichen Aufgaben des Grundbesitzes nicht zu versagen. Diese öffentlichen Aufgaben sind mit der Erzeugung von Rohprodukten des Bodens — und zwar in angemessener Menge und Güte — durchaus nicht erschöpft. Die größere Rente, die das Fideikommißrecht dem Nutznießer gewährleistet, verpflichtet ihn auch selbst in Ehrenämtern, dem Volkswohle zu dienen, verpflichtet ihn, seinen Kindern eine Erziehung zu geben, die sie befähigt, ihre Stellung in der Welt ganz auszufüllen, insbesondere aber den präsumptiven Nachfolger im Familienbesitze zur möglichst restlosen Erfüllung seiner Aufgaben heranzubilden.

Die Bewirtschaftung von Fideikommißgütern umfaßt den Betrieb der Forstwirtschaft. Hierüber brauche ich für Bayern nicht viel zu sagen. Daß dieser mit wohl sehr wenig Ausnahmen ein guter, den modernen Ansprüchen durchaus entsprechender ist, wird in der Öffentlichkeit nicht bestritten.

Der Landwirtschaftsbetrieb ist nach lokalen und persönlichen Verhältnissen ein verschiedener. Regiebetrieb, Verpachtung als Gesamtgutsverpachtung und nach Parzellen an den Kleinbesitz. In jeder dieser Formen kann der Fideikommißbesitz einer dem Volkswohle voll entsprechenden Ausnützung zugeführt werden.

Nicht meine Aufgabe ist es, hier den Nachweis zu liefern, daß dem so ist, aber der bayerische fideikommißbesitzende Adel hat eine eingehende mit aller Strenge durchgeführte Untersuchung über die Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht zu scheuen.



Der Eine erfüllt sie durch Regiewirtschaft, die nicht nur zahlreichen Arbeitern Brot und Verdienst gibt, sondern auch Beamten und Angestellten die Bedingungen einer auskömmlichen Lebensführung, die Grundlage für die Verwertung einer sorgfältigen Fachausbildung bietet und durch deren Vermittelung der umliegenden Landbevölkerung praktisch hochgeschätzten Anschauungsunterricht ereilt wird. Nicht ohne allen Zusammenhang damit steht die durch die Erfahrungen der Einkommensteuer bekannt gewordene Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe die höchsten Bruttoerträgnisse und zugleich die geringsten Nettorenten abwerfen.

Das für den Regiebetrieb Gesagte gilt in ganz der gleichen Weise für den großen Pachtbetrieb. Auch er gibt jungen Leuten, die keinen Grundbesitz ihr Eigen nennen, die Gelegenheit, gründliche Fachausbildung zu erwerben und zu verwerten.

Die Parzellenverpachtung brauche ich in einer Zeit, in welcher die Aufteilung des größeren Grundbesitzes für das Ideal einer guten Volkswirtschaft gehalten wird, nicht erst zu verteidigen.

Zum Schlusse erwartet vielleicht mancher Leser, der die Freundlichkeit hatte, meinen Ausführungen bis bisher zu folgen, daß ich noch ein Wort anreihe über die durch die Aufhebung und die Aufteilungsbestrebungen für den bisherigen Fideikommißbesitz geschaffene Lage.

Ich verhehle mir nicht, daß dieselbe in so tiefes Dunkel gehüllt ist, daß nur Gottvertrauen den Mut und die Kraft verleihen kann, Ruhe zu bewahren, den Kopf oben zu halten und da, wo der Wirtschaftsbetrieb in Regie betrieben wird, den auf das äußerste erschwerten Bedingungen einer volkswirtschaftlich ersprießlichen Betriebsführung gerecht zu werden.

Mögen sich die Verhältnisse wie immer gestalten, so muß auf den Winter ein Frühling, auf die Nacht ein Morgen folgen. Wie Mancher, der schon endlos lange Nächte auf schwerem Krankenlager zugebracht und vielleicht nicht wußte, ob für ihn noch ein Morgen kommt, hat doch das Licht des Tages wieder geschaut, dessen Anbruch für die Gesunden so



selbstverständlich war! Eine Bewegung, die sich mit den Tatsachen der Natur oder, um christlich zu reden, mit der im Dekaloge[1]) niedergelegten göttlichen Ordnung der Menschenrechte in Widerspruch setzt, kann Bestehendes umstürzen, kann auch versuchen, Neues an die Stelle des Alten zu setzen, einen Bau begründen, der Zeiten des Sturmes und der Wasserfluten gegenüber stand hält, vermag sie nicht.

L.

Elsaß-Lothringen.

(Eingesandt.)

Seit dem 18. Juli 1918 verfolgte man in Elsaß-Lothringen mit wachsender Erregung den unaufhörlichen Rückzug der deutschen Truppen im Westen. Das Land fühlte sich mehr denn je als Gegenstand des Ringens und als Preis des Siegers, für die einen eine Quelle der Hoffnung und der Freude, für die anderen der Beginn von Angst und Sorgen.

1) „Eine tiefere Umwallung der Menschenrechte, als sie der Dekalog in seinen kurzen bündigen zehn Geboten bietet, ist von keinem Gesetzgeber versucht worden. Die ersten drei Gebote schützen das Verhältnis des Menschen zu seinem Gott und Schöpfer vor Verirrung und geben über Gottes Natur und Wesenheit jene Klarheit, ohne die, wie die Geschichte lehrt, Recht und Sitte nicht bestehen können. Im vierten Gebote wird auf Grundlage der Familie der Bestand menschlicher Autorität gewährleistet. Das fünfte Gebot schützt Leben und Gesundheit des Leibes, im siebenten Gebote ist Begründung und Schutz des Eigentums ausgesprochen, und im zehnten Gebote das Eigentum auch gegen die Begehrlichkeit mit göttlichem Schutze umgeben. Das sechste und neunte Gebot gewährleistet die Ordnung der Fortpflanzung des Menschengeschlechtes und schützt dessen erste sich dauernd erneuernde Grundlage, die Familie." Über katholische Weltanschauung von Sigm. Frhr. v. Pfetten-Arnbach. Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. (Im Selbstverlage des Verfassers.)



Die einheimische Bevölkerung hätte, mit ganz wenigen Ausnahmen, früher niemals einen Krieg herbeigewünscht, um wieder französisch zu werden. Auch noch im August 1914 war die Stimmung im allgemeinen Deutschland nicht ungünstig. Aber die Umkehr unserer Truppen an der Marne und der Übergang zum Stellungskrieg, die vielfach verkehrten Maßregeln der Militärbehörden im Reichsland und gegen die elsaß-lothringischen Soldaten, die Härten des Wohnens im Operationsgebiet und die Lasten ständiger Einquartierung nährten die Sehnsucht nach der Befreiung von der deutschen Herrschaft und nach dem Siege Frankreichs. Man war dieses Enderfolges so sicher, daß jeder anderen Überzeugung mit offener Leugnung oder doch mit stillem Lächeln begegnet wurde. Das Wort des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, daß auch vor einer Revision des Frankfurter Friedensvertrages nicht halt gemacht werden dürfe, gab ihren Ansichten und Hoffnungen recht. Das Schicksal Elsaß-Lothringens war jetzt entschieden: das Reichsland sollte wieder französisch werden.

Die Kunde hievon traf die Eingewanderten in Elsaß-Lothringen wie ein wuchtiger Keulenschlag. Daß auch der innere Zusammenbruch des Deutschen Reiches so bald erfolgen würde, ahnten sie damals noch nicht. Die rote Novemberwoche mit ihren Ausschreitungen weckte in ihnen das Gefühl tiefer Beschämung. So erschien ihnen das bevorstehende Einrücken amerikanischer und französischer Truppen als eine Erlösung; es sollte doch wenigstens wieder die Ordnung in das Land ziehen. Vom Edelmut des Siegers erhofften sie, daß er die 400000 altdeutschen Einwohner gut behandeln würde.

Die Franzosen kamen. Die einheimische Bevölkerung umjubelte sie als die Befreier von 48jährigem Joche. Keine Schilderung vermag den Taumel wiederzugeben, der in den Tagen des November und Dezember 1918 herrschte. Wer von der Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erfaßt ist, mußte sich sagen: hier ist wirklich eine Entscheidung



erfolgt, möge denn Elsaß-Lothringen sich an Frankreich anschließen, wenn dadurch der Friede der Welt gewahrt werden kann.

Leider hat die Besetzung des Reichslandes Erscheinungen gezeitigt, die den Keim künftiger Kriege in sich bergen. Die 400000 Deutschen, die dort ihrem Erwerb nachgingen, sind so tief in ihrem Herzen gekränkt worden, daß sie den Gedanken der Vergeltung mit sich hinaustragen und überall verbreiten werden.

I.

Inmitten der Scharen, die ihrer Begeisterung lauten Ausdruck verliehen, erschienen mit an erster Stelle die Geistlichen und die Ordensschwestern. Frankreich hat die Schule säkularisiert, hat die Kongregationen aufgelöst, hat die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt und dabei den Klerus und die Klöster ihres Besitzes beraubt. Elsaß-Lothringen wandte alljährlich, allein aus Staatsmitteln, 3½ Millionen für den katholischen Kultus auf, wozu noch die Leistungen der Bezirke und Gemeinden kamen, es besaß die konfessionelle Volksschule, über die Hälfte der Mädchenschulen war Ordensfrauen anvertraut, in sämtlichen höheren Schulen gehörte der Religionsunterricht in den Lehrplan, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche war im Vergleich zu Frankreich ein relativ befriedigendes. Und trotzdem diese Haltung! Die Kirchengebäude, die Altäre, die Statuen wurden mit der Trikolore geschmückt, die Kanzeln hallten wieder nicht nur von Willkommenrufen an die „Befreier", sondern auch von ungerechten Reden gegen die „Unterdrücker". Die Klänge der Marseillaise erschollen in den Gotteshäusern, und ihre grausigen Worte wurden von Kinderlippen unter Anleitung der Ordensschwestern, in den Schulen und auf den Wegen gesungen, obwohl man sie in Frankreich kaum hört. An der Abgabe von Gold, das sich noch in ungezählten Mengen vorfand, beteiligten sich auch in starkem Maße Geistliche und Schwestern; die Kongregation von Peltre bei Metz



lieferte allein etwa 90000 Mark in Gold an die französische Behörde ab.

Als Poincaré und Clemenceau am 8. Dezember, dem Sonntag der Unbefleckten Empfängnis, in Metz eintreffen sollten, mußten alle Gottesdienste vor 9 Uhr morgens beendigt sein. Wer hätte es je gewagt, für einen deutschen Herrscher eine solche Anordnung zu verlangen! Der französische Besuch in der Kathedrale galt nicht dem ehrwürdigen Bau, den sie raschen Schrittes durcheilten, nicht den Vertretern der Geistlichkeit, sondern dem Grabe des letzten französischen Bischofes Dupont des Loges. Der Gang zum Straßburger Münster am 9. Dezember wurde als durchaus inoffiziell bezeichnet, und es mußte vorher das Allerheiligste entfernt werden, so verlangte es das Protokoll der französischen Behörde. Die Bischöfe von Metz und Straßburg und der Straßburger Weihbischof blieben der Begrüßung fern. Die Ansprache des Metzer Generalvikars Msgr. Dr. Pelt war kurz und einfach, auch die Worte des Straßburger Domkustos Schikelé waren würdig. Dagegen sagte der Straßburger Generalvikar Jost u. a.:

„Dieser Wunderbau ist zu allen Zeiten von den erlauchtesten Staatsoberhäuptern Europas besucht worden. Aber kein Besuch hat wohl die Seelen so in Schwung versetzt, wie derjenige, den Sie mit diesem ansehnlichen Gefolge ihm abstatten. War doch das Elsaß sterbend und zum Verschwinden verurteilt, während es heute wieder aufersteht, in verklärtem Zustande, dank den herrlichen, vollständigen Siegen, welche die Heere der Entente davongetragen haben . . . Das Elsaß wird es niemals vergessen, Herr Präsident. Da aber die Wohltat allen menschlichen Dank übersteigt, so sagen wir elsäßische Katholiken Ihnen, und zwar aus dem Grunde unseres Herzens, Herr Präsident: Möge Gott, ja, möge Gott es Ihnen vergelten!“

Am 19. Dezember reisten die Straßburger Ehrendomherren Dr. Adloff und Dr. Gaß nach Paris, um dem Kardinal Amette eine Huldigungsadresse der elsässischen Geistlichkeit zu überbringen. In ihr wurde nicht nur in begeisterten



Worten das Lob des französischen Klerus gesungen, sondern auch der Wunsch geäußert, mit ihm die Leiden des Kulturkampfes teilen zu dürfen. Es sei noch bemerkt, daß diese Adresse von insgesamt sechs Geistlichen ausging, ohne daß der übrige Teil des Klerus darum befragt worden war oder etwas davon wußte.

Was in den oberen Sphären noch in gehobener Sprache gesagt wurde, erklang unten in gewöhnlicheren Weisen. Nicht nur, daß manche Kanzel durch ungerechte und lieblose Reden entweiht wurde, insbesondere bemühten sich auch die Zeitungen, Deutschland alles Böse nachzusagen, nicht am wenigsten die meist von Geistlichen geleiteten katholischen Organe. Da andere Zeitungen nicht zu haben waren, mußten die Deutschen die Schmähungen ihres Vaterlandes auch noch mit ihrem Gelde bezahlen. Wie weit der Überschwang ging, zeigt ein Artikel des katholischen „Elsässer“ (Nr. 307, 17. 12. 18), überschrieben „Der deutsche Klerus“, in dem er nicht nur die Kriegstheologen tadelt, „die das Verbrechen an Belgien wie den Wüstengürtel um Nordfrankreich und zuletzt die Stinkgase . . . mit Gottes Wort zu beschönigen versuchten“, dabei insbesondere den „Kölner Erzbischof v. Hartmann und seine engere Gemeinde von Schmeichlern“ erwähnt, sondern auch einen Aufsatz der in der Schweiz erscheinenden „Freien Zeitung“ übernimmt, welcher in die Behauptung ausmündet: „Wohl aber hat seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. ein allgemeines Welt-Bauchrutschen des Klerus vor den deutschen Fürsten eingesetzt.“ Auch die deutschen Katholiken Lothringens mußten in der „Lothringer Volkszeitung“ aus der Feder ihres geistlichen Leiters Worte lesen, die sie nur auf das tiefste verletzen konnten.

Es ist bedauerlich, daß unter dem Eindruck dieser Haltung des Klerus und bei der Ausschmückung der kirchlichen Gebäude und Kultgegenstände mit der Trikolore einzelne Katholiken ihre religiösen Pflichten nicht mehr erfüllten und sogar den protestantischen Gottesdienst besuchten. Bischof Benzler von Metz hatte den Mut, am 5. Januar 1919 einen beson-



deren Hirtenbrief an seine deutschen Diözesanen zu richten, um ihnen Trost zu spenden und Mut zuzusprechen, wobei er zugleich in einem vertraulichen Schreiben die Geistlichkeit aufforderte, christliche Liebe walten zu lassen und die kanonischen Bestimmungen über die Predigt einzuhalten.

Die Wahrheit verlangt zu sagen, daß auch die Vertreter der anderen Konfessionen das gehörige Maß vielfach überschritten haben. Der Metzer Oberrabbiner Dr. Netter suchte in Ansprachen und Predigten die stark deutsch-patriotische Vergangenheit zu verleugnen, die er während des Krieges eingenommen hatte. In der Straßburger Synagoge erklärte Rabbiner Weil: Der schönste Traum der Elsässer sei in Erfüllung gegangen. Das ironische Lächeln der Einheimischen, das ihnen immer wieder von den Deutschen vorgeworfen worden sei, habe nichts anderes bedeutet, als eben den ehrlichen Glauben an Frankreichs Sieg. Der Elsässer habe gewußt, daß Gott Frankreich nicht verlassen würde. Die Israeliten seien besonders glücklich, zu Frankreich zurückzukehren, das den hohen und edlen Gedanken der Freiheit und Menschlichkeit verwirklicht habe (Der Elsässer, Nr. 286, 27. 11. 18). In der Straßburger Neuen Zeitung (Nr. 53, 22. 2. 19) spricht sich ein protestantischer Pfarrer über seine von der französischen Regierung abgesetzten und ausgewiesenen deutschen oder deutschfreundlichen Kollegen also aus: Nicht Bitterkeit haben jene Maßregelungen in weiten Kreisen unserer Kirche hervorgerufen, sondern vielmehr Erleichterung und Genugtuung . . . Uns kommt das Verfahren der französischen Regierung jenen Herren gegenüber noch viel zu nachsichtig vor."

II.

Wenn Kanzel und Presse in dieser Weise arbeiteten, so ist es kein Wunder, daß die Volksmassen ihrer Leidenschaft freie Bahn ließen. Gleich in den ersten Nächten nach dem Einrücken der französischen Truppen wurden die Denkmäler deutscher Kaiser und Feldherren von ihrem Sockel



gestürzt. Es waren meist Zivilisten, die an diesem Werk teilnahmen, und nicht etwa bloß Leute aus dem Pöbel. So lagen denn die bronzenen Leiber da, verhöhnt und beschädigt von den Vorübergehenden. „Der Feldgraue in Eisen" zu Metz, ein Kriegswahrzeichen, konnte nur durch Sprengung beseitigt werden. In denselben Städten zeugen die Standbilder der Kleber und Rapp und Ney und so mancher anderer noch heute davon, daß die Deutschen im Jahre 1870 ihre kulturelle Rolle anders verstanden haben.

Es war eine kluge Vorsicht vieler Deutschen, in den Tagen des Einzugs der Franzosen und in den folgenden Wochen die Straße zu meiden. Wer trotzdem ausging, konnte, besonders im Elsaß, gewärtig sein, öffentlich beschimpft zu werden. In der Straßburger Elektrischen wurde eine einheimische Metzer Dame belästigt und mißhandelt, weil sie mit einer Elsässerin hochdeutsch sprach, das allein für beide das Verständigungsmittel war (Der Elsässer, Nr. 310, 19. 12. 18). Der Hauptlehrer von Epfig wurde auf der Straße angefallen, und die Schulkinder zerstörten die Bibliothek und andere Gegenstände im Schulsaal (Der Elsässer, Nr. 309, 18. 12. 18). In manchen Orten bezeichnete man die Geschäfte der Deutschen mit Aufschriften, oft beleidigender Art. In den größeren Städten fanden regelrechte Erstürmungen und Plünderungen der deutschen Geschäfte statt. So in Straßburg am 26. November, nachdem morgens der feierliche Dankgottesdienst unter Anwesenheit verschiedener Generäle im Münster abgehalten worden war. Mühlhausen erlebte einen zweitägigen Sturm am 29. und 30. November. Metz folgte am 8. Dezember nach, als Poincaré und Clemenceau ihren Besuch abgestattet und der Bürgermeister Prevel eine aufreizende Rede gehalten, in der er um Befreiung von den Deutschen gebeten hatte. Wie wahnsinnig dieser Metzer Herr redet und handelt, geht aus einem Bericht des Elsässer (Nr. 300, 11. 12. 18) hervor, der ihn an jenem Tage sagen läßt: „Wenn ich wüßte, daß ich die Preußen im Paradies antreffen würde, würde ich aufs Paradies verzichten."

Dabei hatten die Erlasse der französischen Militär- und Zivilbehörden den Deutschen ausdrücklich Sicherheit an Leben und Gut zugesagt. Einzelne Zeitungen haben, es soll dies nicht verschwiegen werden, diese wüsten Szenen verurteilt. Dagegen fanden die Präfekten, Generäle und Bürgermeister kaum ein Wort des Tadels für die Zerstörer und Räuber. Der militärische Gouverneur von Metz, General de Maud'huy, wagte sogar zu sagen: „Deutsche haben an den Plünderungen der Geschäfte teilgenommen. Mehrere von ihnen sind festgenommen worden und werden vor das Kriegsgericht gestellt werden. Sie verfallen wegen Plünderung in Banden der Strafe öffentlicher Arbeiten, und die Gerichte werden gegen sie eine mitleidlose Strafe anwenden." Daß die vernichteten Millionen ihren Eigentümern ersetzt werden, davon ist bisher keine Rede gewesen. Die Schädigung hat sicherlich den französischen Befehlshabern Freude gemacht, da das Militär erst eintraf, als das Werk der Zerstörung und Plünderung beendet war, oder gar untätig den wüsten Angriffen zuschaute.

Rachsucht und Geschäftsneid haben sich den Bestrebungen der neuen französischen Regierung zugesellt, um die deutschen Unternehmungen unmöglich zu machen und zu vernichten.

So wurde über eine Reihe von Geschäften das Militärverbot verhängt und diese Verfügung an den davon betroffenen Läden deutlich angebracht. Die einheimischen Unternehmungen dagegen bezeichneten sich als maison indigène, maison française, maison alsacienne, maison lorraine. Außerdem schlossen sich die elsässischen und lothringischen Kaufleute zu einem Verein zusammen, und die Geschäfte dieser Mitglieder wurden durch einen Anschlag der Militärbehörde den Soldaten ausdrücklich empfohlen. Den reinrassigen Elsässern und Lothringern wurde das deutsche Geld zum Kurs von Fr. 1.25 für 1 Mark eingetauscht, während die Deutschen nur 60, später 70 und zuletzt wieder 50 Centimes für die Mark erhielten. Kein Wunder, wenn viele Deutsche ihren Besitz verkauften, um möglichst bald diesen heißen Boden zu



verlassen. Eine Reihe von deutschen Unternehmungen und Privatvermögen sind unter Zwangsverwaltung gestellt, und die Bankguthaben aller Deutschen sind gesperrt. Was aus Hab und Gut dieser Armen werden wird, ist noch ungewiß.

Die Verfolgung beschränkt sich nicht auf Geschäftsleute und Handwerker, sondern trifft auch Beamte und Arbeiter. In Straßburg hat sich eine Union démocratique nationale d'Alsace et de Lorraine gebildet zu dem ausgesprochenen Zweck, die Beseitigung der Deutschen aus allen Geschäften, Betrieben und Verwaltungen, sowie ihre Ausweisung aus Elsaß-Lothringen zu verlangen. In ihren häufigen Versammlungen stachelt sie immer wieder die Leidenschaften auf, um ihr eigensüchtiges und gehässiges Ziel zu erreichen. Selbst der Straßburger Präfekt Maringer hat gegen manche allzu ungestüme Forderungen Einspruch erheben müssen. Im Straßburger Echo (Nr. 57, 8. 3. 19) schreibt Charles Daleth, der politische Leiter dieses nunmehr einheimischen Organs: „Da, wo die Denunziationen aus wirklichen patriotischen Erwägungen erfolgen, können sie noch angehen. In vielen Fällen ist es aber nur schnöder Konkurrenzneid, der die Triebfeder führt, und das Schauspiel unserer wie Aasgeier das deutsche Opfer umkreisenden Landsleute bietet moralisch keinen erhebenden Eindruck."

Wie durch diese Aufreizungen und Kränkungen der Verkehr vergiftet wird, läßt sich denken. Deutsche werden selbst von solchen, denen sie geschäftlich oder persönlich nahestanden, verleugnet oder nicht mehr gegrüßt; allerdings gibt es auch hier rühmliche Ausnahmen. Die Gerichte urteilen nicht mehr objektiv, sondern verhängen über die Deutschen besonders schwere Strafen. Dabei führen die Behörden immer wieder das selbstgefällige Wort von der Gerechtigkeitsliebe der französischen Nation im Munde und die Zeitungsmänner sprechen es ihnen mit scheinheiligem Augenaufschlag nach.

(Schluß folgt.)



LI.

Hat Eichstätts erster Bischof die erste Lebensgeschichte des hl. Bonifatius geschrieben?

Zur Jubelfeier des hl. Bonifatius.

Am 15. Mai des Jahres 719 übergab Papst Gregor II. dem angelsächsischen Mönche Winfrid ein Sonderschreiben, das ihn berechtigte, heidnischen Völkerschaften die Lehre Jesu Christi zu verkünden.[1])

Auf der Rückreise von Rom kam Bonifatius — denn so ward er in dem apostolischen Vollmachtsbriefe benannt —, dessen Ziel Thüringen war, zum erstenmale (wahrscheinlich Juni 719) in die bayerischen Lande, welche er nach seiner dritten Romfahrt in vier Diözesen einteilte, wie uns sein erster Biograph Willibald erzählt.[2])

In dankbarer Erinnerung an dieses erstmalige, wenn auch nur flüchtige Auftreten des hl. Bonifatius in Bayern vor zwölfhundert Jahren soll die Frage untersucht werden: War jener Willibald, dem wir die erste Lebensgeschichte des Apostels der Deutschen zu verdanken haben, der erste Bischof von Eichstätt? Das Leben des hl. Bonifatius ist in vierfacher Aufzeichnung, wie Wölbing[3]) angibt, aus dem

1) M. G. Epist. III, p. 258.

2) Levison, Vitae sancti Bonifatii, Hannoverae 1905 p. 22 (Schulausgabe.)

3) Wölbing, Die mittelalterlichen Lebensbeschreibungen des Bonifatius. Leipzig 1892 S. 1.

Mittelalter der Neuzeit überliefert worden. Levison [1]) bietet jedoch sechs Darstellungen, deren Verfasser zumeist unbekannt sind. Die jüngste Lebensgeschichte trägt den Namen von dem Benediktinermönche Otloh zu St. Emmeram in Regensburg, welcher 1062—1066 in Fulda weilte und dortselbst sein Werk verfaßte. Die älteste, die Grundlage für alle übrigen, hat zum Urheber „den Priester Willibald", wie er selbst in der Widmungsformel angibt: „Den heiligen und in Christo sehr teueren Herrn, den beiden Bischöfen Lul und Megingoz entbietet Willibald, ein nur unwürdiger Priester im Herrn, seinen Gruß." [2])

Es drängt sich sofort die Frage auf: Wer ist dieser Willibald? Ist es Eichstätts erster Bischof, der Verwandte und Zeitgenosse des Apostels der Deutschen?

Schon um das Jahr 846 scheint diese Anschauung verbreitet gewesen zu sein, wie aus einer Abschrift des Mainzer Kodex hervorgeht; Notker macht in seinem Martyrologium den „Priester Willibald" zum Bruder der hl. Walburga. [3]) Otloh schreibt in der Vorrede, daß der „heilige Willibald" die Lebensgeschichte des hl. Bonifatius in schwerverständlicher Sprache verfaßt habe; ihm folgt sein Zeitgenosse, der Anonymus von Herrieden: „Der auserwählte Bekenner Gottes Willibald hat das Leben und das Ende des hl. Martyrers Bonifazius sehr schön entsprechend seiner Weisheit niedergeschrieben." [4])

Da es nur einen heiligen Willibald gibt, dessen Fest auf den 7. Juli fällt, so lag der Schluß sehr nahe, daß

1) Levison, Vitae: p. 1—58 Vita auctore Willibaldo; p. 62—78 Vita altera auctore Traiecteni; p. 79—89 Vita tertia; p. 90—106 Vita quarta auctore Moguntino; p. 107—110 E Vita quinta; p. 111—217 Vita auctore Otloko. Dieser Benediktiner stammt wahrscheinlich von dem Dorfe Antloh im Tegernseer Winkel und hatte daher jenen ungewöhnlichen Namen. Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen, Berlin 1886, II, 5, 60.

2) Arndt, Geschichtsschreiber der deutschen Vorzeit, Lieferung 44. S. 3.

3) Levison, Vitae l. c. p. VII

4) M. G. SS. VII, 255.



der erste Eichstätter Bischof Willibald diese Lebensgeschichte verfaßt habe, obwohl schon Otloh die Bemerkung nicht unterdrücken konnte, daß Willibald aus Unkenntnis der Briefe viele Taten aus dem Leben des gefeierten Erzbischofs nicht aufgeführt habe.[1])

Als Heinrich Canisius, Professor des Kirchenrechtes in Ingolstadt, im Jahr 1603 zum erstenmale das Leben des hl. Bonifatius nach einem Rebdorfer Kodex in seinem großen Sammelwerke: Antiqua lectio veröffentlichte, teilt er die Ansicht, daß der hl. Willibald, Eichstätts erster Bischof, der Verfasser sei.[2]) Denselben Standpunkt nahm Jakob Gretser ein, welchen Suttner den „Vater unserer Diözesangeschichte“ nennt, der sich hiebei auf Trithemius, Baläus, die Magdeburger Centurien, Serarius stützte, und der Benennung Willibalds „eines unwürdigen Priesters“ der Demut des Heiligen zuschrieb. Der gelehrte Historiker verkannte allerdings die Bedenken nicht, welche sein Ordensgenosse, der unermüdliche Forscher Christoph Brower, gegen die Autorschaft des Eichstätter Bischofes Willibald erhob.[3])

Als Heinrich von Falckenstein, welcher 1718 als Hofhistoriograph von dem Fürstbischofe Johann Anton I. nach Eichstätt berufen worden war, seine nordgauischen Altertümer der Öffentlichkeit übergab, sprach er dem hl. Willibald die Ehre ab, das Leben des Apostels der Deutschen verfaßt zu haben und berief sich hiebei auf den Würzburger Diözesanhistoriker Joh. Georg v. Eckhardt.[4])

---

1) Levison, Vitae p. 111, 113.

2) Henrici Canisii Antiquae lectiones, tom. IV, p. II, pag. 341—386.

3) Gretserii Op. tom. X, 785—787.

4) Johann Heinrichs von Falckenstein Antiquitates Nordgavienses. Frankfurt 1733, I, 30 N. 1. Über die Schicksale dieses Konvertiten, welcher am 3. Februar 1760 in Schwabach gestorben ist, siehe: Journal von und für Franken (Nürnberg 1790) S. 90—686. Auch Eckhardt war Konvertit; er starb zu Würzburg 1730; sein bekanntestes Werk: Commentarii de rebus Franciae orien-

Derselben Anschauung huldigte auch der Jesuit Anton Luidl, welcher 1746—1749 Professor der Dogmatik in Eichstätt war und in breitester Weitschweifigkeit, wie Popp sich ausdrückt, das Leben der hl. Walburga, der Schwester des Eichstätter Bischofs Willibald, einer Untersuchung unterworfen hat.[1]) Im Jahre 1845 feierte die Diözese Eichstätt mit großem Gepränge die Erinnerung ihres eilfhundertjährigen Bestandes; damals ging der Domprobst Thomas David Popp den Spuren der Eichstätter Vergangenheit nach; aber er hat es nicht gewagt, den Streit zu entscheiden, ob der hl. Willibald, der Gründer des Bistums, die erste Lebensgeschichte des Apostels der Deutschen geschrieben oder der Mainzer Priester Willibald, den er zum Hilfsbischof des Erzbischofes Lul erhoben hat.[2])

Dagegen hat außerhalb der Diözese Seiters, katholischer Pfarrer in Göttingen, die Autorschaft des hl. Willibald scharf verteidigt.[3]) Dieser Auffassung haben sich der hochverdiente Diözesanhistoriker Suttner und zuletzt Schlecht[4]) angeschlossen, während Heidingsfelder[5]) dieselbe ablehnt.

Ehe wir nun daran gehen, die Richtigkeit der sog. Eichstätter Überlieferung zu prüfen, wollen wir zuerst die Beziehungen zwischen dem hl. Bonifatius und dem hl. Willibald, dem ersten Bischofe von Eichstätt, kurz erörtern. Aus

---

talis et episcopatus Wirceburgensis. 1729. Fol. tom. II. Historisch-diplomatisches Magazin. Nürnberg 1781. Bd. I, S. 130 bis 168.

1) Eichstättisches Heiligtum in dem Leben und Wundertaten und übernatürlichen Ölfluß der hl. jungfräulichen Abbtissin Walburga. (München 1750). I, 174—178. Popp, Anfang und Verbreitung des Christentums, besonders Errichtung der Diözese Eichstätt, 1845. S. 138.

2) Popp l. c. S. 195.

3) Seiters, Bonifacius, der Apostel der Deutschen (Mainz 1845) S. 11.

4) Schlecht, Bayerns Kirchenprovinzen (München 1902) S. 125.

5) Heidingsfelder, Die Regesten der Bischöfe von Eichstätt (Innsbruck 1915) S. 5.



der Lebensgeschichte des hl. Wynnibald, in gewöhnlicher Form Wunnibald geschrieben, geht unzweideutig hervor, daß die beiden Angelsachsen Bonifatius und Willibald in Blutsverwandtschaft zu einander gestanden.

Als der Apostel der Deutschen zum dritten Male gegen das Jahr 737—738 nach Rom gekommen war, hatte er gehört, daß der ehrwürdige Mann Wynnobald in der Hauptstadt der Christenheit verweile. Sogleich lud er ihn ein, in der schweren Arbeit der deutschen Mission durch Verkündigung des göttlichen Wortes ihm hilfreich zur Seite zu stehen, da sie durch die Bande des Blutes miteinander verbunden und verknüpft seien. Wynnibald weigerte sich auch nicht, der Einladung und dem Rufe seines Landsmannes und Blutsverwandten Bonifatius Folge zu leisten.[1]) Vor seiner Abreise traf letzterer auch noch Vorsorge, daß der Bruder Wynnibalds, welcher in Monte Cassino nach seiner Rückkehr aus Palästina das Kleid des hl. Benedikt angezogen hatte, und den Namen Willibald trug, durch Papst Gregor III. ebenfalls nach Deutschland geschickt wurde. Zu Ostern 740 verließ Willibald Rom und schon am 22. Juli 740, dem Feste der hl. Magdalena, wurde er in dem kleinen Marienkirchlein zu Eichstätt, das wohl noch aus der Missionstätigkeit des hl. Rupert stammte, zum Priester geweiht und zwar vom hl. Bonifatius. Ein Jahr darauf — gerade an seinem 41. Geburtstage — erhielt er zu Sulzenbrücken bei Erfurt, wo sein Bruder Winnibald Seelsorgerdienste leistete, durch den nämlichen Oberhirten die bischöfliche Weihe unter Assistenz der Bischöfe Burkhard von Würzburg und Wizo von Buraburg.[2]) Im April 742 nahm Eichstätts erster Bischof Willibald teil an dem sog. ersten deutschen Konzil, das Karlmann zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse seines Reiches berufen hatte; der hl. Bonifatius führte den Vorsitz.[3])

---

1) M. G. S. S. XV, 109.

2) M. G. S. S. XV, 86—106.

3) M. G. Epp. III, 309 nr. 56; Heidingsfelder, Regesten nr. 2.

In Verbindung mit anderen Bischöfen richteten beide Männer: der Erzbischof Bonifatius von Mainz und der Abtbischof von Eichstätt Willibald ein sehr kräftiges Schreiben an den König Arthibald von England, in welchem derselbe nachdrücklichst zur Besserung seines zügellosen Lebens aufgefordert wurde 745—746.[1] Aus diesen Nachrichten geht klar hervor, daß der hl. Bonifatius und der hl. Willibald sich im Leben persönlich nahegestanden, daß die gemeinsame Abstammung aus dem angelsächsischen Volke, daß die verwandtschaftlichen Beziehungen durch die religiöse Weihe und kirchliche Arbeit in der deutschen Mission geheiliget und geadelt worden sind. Und nun nehmen wir die älteste Lebensgeschichte des hl. Bonifatius zur Hand und hören wir, was „der Priester Willibald“ in der Vorrede den beiden Bischöfen Lul und Megingoz zu sagen hat:

„Da Eure väterliche Frömmigkeit durch ihren Einfluß und Wunsch zugleich es mir anbefahl, habe ich, nicht im Vertrauen auf eigene Schulweisheit, sondern im schuldigen Gehorsam gegen Eure Heiligkeit freudig gehorcht, das schwere, mir von Euch aufgetragene Werk mit meinen schwachen Kräften begonnen und den möglichsten Grad der Vollendung bis an sein Ende erstrebt. Doch beschwöre ich Euch, daß, wenn Euch scheint, anders sei das Werk ausgefallen, als in Eurem Wunsch und Wollen lag, Ihr mein schwaches Unvermögen und der gestellten Aufgabe Gewicht billig erwäget, zumal auf meiner Seite die Ehrfurcht einen großen Teil der Beurteilung für sich in Anspruch nimmt, da ich Eurem erhabenen Befehl gehorchend die Arbeit nicht ablehne . . . Es beschloß nämlich Eure Heiligkeit, den Unweisen den Weisen, den wenig Geschickten den Klugen gleichzustellen, ja ihn denselben vorzuziehen, und mir, einem Unwissenden, aufzuerlegen, was Ihr ohne Anstrengung von Eurer Seite in klugen Worten hättet darstellen können . . . Ihr habt mich angetrieben,

1) M. G. Epp. III, 309 nr. 73; König Arthibald von Morien ist im Jahre 757 von seiner Leibwache ermordet worden. Badae Hist. eccl. gent. Anglorum ed Alf. Holder p. 292.



daß ich, nach dem Muster derer, deren keuscher Lebenswandel oder Sittenreinheit hochheilige Väter in eleganten Worten und Wendungen beschrieben und uns aufbewahrt haben, und zwar auf Bitten frommer und gläubiger Männer, zu denen nach Tusciens Landen oder Galliens Gebieten, nach Germaniens Eingängen oder Brittaniens Marken des hl. Martyrers Bonifatius Ruf und seiner Wunder Glanz drang, seines Lebens Anfang, Verlauf und Ende, sowie ich es nach seiner Schüler, die lange bei ihm geweilt und nach Eurem Bericht erkannt niederschreibe . . . Ihr befehlt mir, des seligen Mannes Leben und seine leuchtenden Tugenden, seine tiefe Frömmigkeit und die Kraft seiner Enthaltsamkeit den gegenwärtigen und den kommenden Zeiten zu schildern."[1])

Aus diesen demütigen Äußerungen der Vorrede dürfte zweifellos hervorgehen, daß der Verfasser in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu seinen Auftraggebern gestanden, daß er ferner, wenn wir so sagen dürfen, den Helden seiner Schrift nicht persönlich gekannt habe, daß er nicht dessen Schüler gewesen sei. Konnte das der erste Bischof von Eichstätt sagen, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten? Im ersten Kapitel betont der „Priester Willibald" abermals, daß er nicht nach eigener Kenntnis berichte, sondern nur zusammentrage, was andere aufgezeichnet haben:

„Wir halten es also für unsere Aufgabe, an das herrliche und in Wahrheit selige Leben des hl. hohen Priesters Bonifatius, ferner an seine durch Nachahmung der Heiligen hochgeweihten Sitten — obschon durch das Dunkel der Kenntnis verhindert, dennoch anzuknüpfen als an dem unbedeutenden Grundfaden dieses Werkleins und der einfachen Decke der Geschichte, wie wir es aus den Berichten frommer Männer, die seinem täglichen Gespräche und seiner Frömmigkeit Wandel eifrigst beiwohnten und das Gehörte und das Gesehene den Nachkommen als Beispiel übergaben, erfahren haben — wir wollen also die wenigen Berichte sammelnd und vereinigend, dem Weber nach-

1) **Arndt, Geschichtsschreiber,** l. c. 44, 3; Levison Vitae p. 1.



ahmend, sie entknoten und von Anfang bis zu Ende mit der größten und möglichen Genauigkeit seines göttlichen Wandelns Heiligkeit enthüllen."

Auch im zweiten, vierten und fünften Kapitel beruft sich der Biograph auf die Berichte glaubwürdiger Zeugen, im neunten Kapitel wird der Bischof Sul als Gewährsmann aufgeführt.[1])

Obwohl, wie schon dargelegt worden ist, der hl. Willibald von Eichstätt mit dem hl. Bonifatius blutsverwandt war, weiß gleichwohl der „Priester Willibald" nichts zu berichten über die Familie, über Ort und Zeit der Geburt des Gefeierten, ja nicht einmal die Namen der Eltern werden angegeben.

Es gewinnt fast den Anschein, daß der Leser durch den überreichen Wortschwall über die mangelnde Kenntnis der Jugendgeschichte des Apostels der Deutschen hinweggetäuscht werden sollte, da im fünften Kapitel noch einmal der Gedanke ausgesprochen wird, daß der Verfasser sich auf die Berichte anderer stütze; „Nachdem wir schon zum Teil des heiligen Mannes Tugenden durchlaufen, wollen wir sein übriges Leben, wie es uns durch der Erzählenden Bericht bekannt geworden, offen darstellen."

Zur Entschuldigung der lückenhaften Darstellung verweist man auf das Leben des hl. Willibald von Eichstätt, welches eine unbekannte angelsächsische Nonne von Heidenheim der Nachwelt hinterlassen hat. Obwohl diese Aufzeichnungen nach den eigenen Angaben des Bischofs gefertigt sind, wird auch der Name des Vaters und der Mutter desselben nicht genannt, der Stand und Wohnsitz in der Heptarchie nicht genannt.

Es ist nicht zu leugnen, daß die beiden Lebensbeschreibungen äußere Ähnlichkeiten miteinander aufweisen, daß die eine bei der Abfassung der anderen als Vorlage gedient hat, nach Levison finden sich bei der Nonne von Heidenheim

1) Levison, Vitae p. 4, 8, 13, 18, 56.

Nachahmungen aus der bonifatianischen Darstellung,[1]) aber es ist wohl zu beachten: Als die Nonne von Heidenheim die Erzählung ihres Landsmannes, der die ehrwürdigen Stätten des Morgenlandes geschaut hatte, niederschrieb 778, weilte der hochverehrte Bischof noch unter den Lebenden; ferner stand die „Unwürdige aus dem Sachsengeschlechte, die letzte der Hiehergekommenen", wie sie sich selbst bezeichnet, zu dem Eichstätter Oberhirten in einem anderen Verhältnisse, wie letzterer zu seinem Blutsverwandten Bonifatius, mit dem er die bischöfliche Würde teilte. Außerdem wird niemand in dem Verfahren der ungenannten Klosterfrau einen Vorzug der geschichtlichen Darstellung erblicken wollen.

Um die erste Lebensgeschichte des Apostels der Deutschen dem Eichstätter Bischof Willibald zuweisen zu können, faßt man die Bezeichnung des Verfassers eines „unwürdigen Priesters" als Ausdruck einer demütigen Gesinnung, ähnlich wie sich späterhin der heiligmäßige Gundekar II., welcher 1057—1075 die Diözese Eichstätt regierte, „peccator" genannt habe.[2])

Aber diese angebliche Demut des hl. Willibald erscheint doch in einem eigentümlichen Lichte, wenn er im ersten Kapitel der bonifatianischen Lebensgeschichte von sich selbst schreibt: „So erhob er (nämlich Bonifatius) zwei tüchtige, fleißige Männer zu Bischöfen: Willibald und Burkhard und verteilte unter ihrer Aufsicht die ihm in den innersten Gebieten der Ostfranken und den Grenzbezirken Bayerns übergebenen Kirchen, dem Willibald übertrug er zum Hauptsitz

1) Levison, Vitae p. IX.

2) Das Pontifikale dieses Bischofs, heute noch der kostbarste Schatz Eichstätter Literalien, beginnt mit den Worten: Gundekar peccator, sanctae Aureatensis Ecclesiae non suis meritis, sed divina ordinante clementia Episcopus. Sein Pektoralkreuz, das seit 1731 aus Eichstätt entschwunden ist, hatte die Umschrift: Gundekar peccator me fieri praecipiebat. Past.-Blatt des Bisthums Eichstätt 1856 S. 150—152; Heidingsfelder, Regesten nr. 219.

seines Sprengels einen Ort namens Haeysted (Eichstätt), dem Burkhard aber übergab er Amt und Würde an einem Orte, der Wirzaburch heißt, auch ordnete er seiner Pflege die auf den Grenzen der Franken, Sachsen und Slaven gelegenen Kirchen unter.“[1])

Daß St. Willibald von Eichstätt ein fleißiger, ein tüchtiger Bischof war, wird gewiß niemand in Abrede stellen; aber es will uns doch als eine eigenartige Demut erscheinen, wenn der Verfasser eines Buches in der Einleitung sich eine niedrigere Rangstellung zuweist als ihm tatsächlich gebührt, im Verlaufe der Darstellung aber sich selbst als „fleißig und tüchtig“ hervorhebt und seinen eigenen Namen vor jenen setzt, der als zeitlich früher geweihter Bischof nach kirchlichem Gesetze den Vorrang beanspruchen konnte. Gerade diese Stelle aus der bonifatianischen Lebensbeschreibung bietet nach Brower und den Bollandisten[2]) die Hauptstütze für die Auffassung, daß der hl. Willibald, Eichstätts erster Bischof, die älteste Lebensgeschichte des hl. Bonifatius nicht geschrieben habe, sondern ein anderer Willibald, der Priester in Mainz gewesen ist.

In der von Levison mitgeteilten vierten Biographie, welche gegen das Jahr 1011 von einem unbekannten Verfasser in Mainz zusammengestellt worden ist, wird berichtet, daß Willibald, Priester bei St. Viktor in Mainz, zu einer Zeit, da noch viele Augenzeugen lebten, das Leben des hl. Bonifatius und zwar zunächst auf Wachstafeln, um es von den Bischöfen Lul und Megingoz durchsehen zu lassen, geschrieben und dann erst auf Pergament übertragen habe, damit nicht etwas unvorsichtig oder überflüssig zu Tage trete.[3])

Von der Kirche des hl. Viktor erzählte der ungenannte Verfasser, daß dieselbe von den nachfolgenden Bischöfen an-

1) Levison, Vitae p. 44. Arndt l. c. p. 36.
2) Acta Sanctorum Junii I, 452.
3) Levison, Vitae p. 105: ne quid incaute vel superfluum exaratum appareret.



sehnlich bereichert worden sei und daß Erzbischof Willigis dazu ein neues und herrliches Kloster erbaut, das Gotteshaus in Gegenwart des Kaisers Otto III. zum Andenken an den Martertod des hl. Bonifatius geweiht habe. Da Willigis, welcher 916—1011 den erzbischöflichen Stuhl von Mainz innehatte, beatae memoriae pater „seligen Andenkens" genannt wird, so dürfte der Schluß naheliegen, daß das Werk nach 1011 abgefaßt worden sei. Der Verfasser, welcher wohl selbst Priester bei St. Viktor gewesen sein dürfte, da er mit der Geschichte dieses Klosters vertraut ist, hatte bei Abfassung seiner ergänzenden Nachrichten über das Leben des hl. Bonifatius, wie es aus der Feder des Priesters Willibald geflossen war, wohl sichere lokale Angaben zur Verfügung, welche ihn in den Stand setzten, die kurze Notiz über den Autor der ersten Aufzeichnung zu erweitern. Denn, daß er diese Ergänzungen frei erfunden habe, dürfte schwer zu erweisen sein.[1])

Aus den Lebensbeschreibungen des Priesters Willibald, des Anonymus von Mainz, des Benediktiners Othlo von Regensburg stellte der unermüdliche Kontroversist Georg Wizel, welcher das Luthertum mit den Dogmen der Kirche aussöhnen wollte, in seinem Hagiologium, das 1541 in Mainz erschienen ist, eine kurze Biographie des hl. Bonifatius zusammen, in welcher die Worte des Anonymus von Mainz: „Darnach schrieb Willibald . . . das Leben des Dieners Gottes" in der Fassung gebracht wurden: „Ich Willibald, der Bischof . . . habe die Lebensgeschichte zusammengeschrieben:

---

1) Acta Sanct. Junii I, p. 473. Will, Regesten zur Geschichte d. Mainzer Erzbischöfe (Innsbruck 1877) führt aus dem reichhaltigen Leben des Erzbischofes Willigis (I, 117—144) nur zwei Handlungen zu Gunsten der Kirche St. Viktor zu Mainz an: c. 995 verleiht Willigis der Kirche St. Viktor zu Mainz Gastzehnten und Salzzehnten (nr. 114) und 997, Juli 17 interveniert Willigis bei K. Otto III., welcher der Kirche St. Viktor einige Dörfer schenkt (nr. 125). Nach Levison, Vitae p. 105 fällt die Weihe von St. Viktor auf den 5. Juni 997.

Ego Willibaldus episcopus . . . et vitam et passionem conscripsi."[1])

Auf Grund dieses willkürlich geänderten Textes haben dann Heinrich Canisius, der Jesuit Serarius, der Benediktiner Mabillon den ersten Bischof von Eichstätt als den Verfasser der ältesten Lebensgeschichte des hl. Bonifatius bezeichnet. Aber schon 1695 hat der Jesuit Gotfrit Henschen in dem großen Sammelwerke von Heiligenleben, das von dem Begründer Bollandus den Namen trägt, diese Auffassung in Zweifel gezogen, da in der Biographie keinerlei Andeutung gegeben sei, daß Bonifatius und Willibald blutsverwandt gewesen seien; hauptsächlich aber stieß sich der besonnene Kritiker an der Art und Weise, wie Willibald als Bischof von Eichstätt eingeführt worden sei.[2])

Wenn der Verfasser Priester in Mainz war, dann versteht man auch dessen demütige Haltung gegenüber dem Erzbischofe Lul, welcher als Nachfolger des hl. Bonifatius diesen Stuhl inne hatte nnd bis 16. Oktober 786 die Inful trug. Aus den bonifatianischen Briefen geht hervor, daß derselbe nicht vor 732 in die deutsche Mission aus England gekommen ist;[3]) im Jahre 751 erscheint er als Priester, einige Zeit später als Chorbischof, für welchen Bonifatius bei König Pippin ein Wort einlegt, daß er nach seinem Ableben in dieser Würde anerkannt werden möge.[3]) Wirklich wurde auch Lul der Nachfolger seines Lehrers auf dem erzbischöflichen Stuhle zu Mainz. Die Beziehungen zwischen dem Apostel der Deutschen und dem Chorbischofe Lul waren sehr innige: Bonifatius nannte ihn voll Zärtlichkeit seinen

1) Über den eifrigen Schriftsteller und Vermittlungstheologen Georg Wizel vergl. Räß, die Convertiten I, 123; Pastor, die kirchlichen Reunionsbestrebungen 1897 S. 140; Acta Sanctorum mense Junii I, 453; Nürnberger, De Vitis s. Bonifatii Commentatio p. 22.

2) Verum re penitus nunc discussa, malumus appellare Willibaldum presbyterum. Act. Sanct. l. c. I, 453.

3) M. G. Epp. III, 297.



„Sohn“ Filiolum; daher konnte sich Willibald bei seiner literarischen Arbeit mit gutem Grunde auf die Angaben des Mainzer Oberhirten stützen. Aber auffallend erscheint es, daß mit keinem Worte der ernstlichen Bestrebungen des Apostels der Deutschen gedacht wird, den Bischofsstuhl von Köln als Metropolit zu erlangen. Von seinem Nachfolger in Mainz wird jedoch rühmend hervorgehoben: „Als jedoch der heilige Mann (Bonifatius) von Krankheit des Körpers beschwert, nicht mehr alle Synoden und Konzile besuchen konnte, beschloß er mit Beirat und Zustimmung des glorreichen Königs, der vorerwähnten Herde einen passenden Hirten zu geben und bestimmte den Lul, seinen mit hohen Geistesgaben ausgerüsteten Schüler, zum Lehrer der großen Volksmenge, erhob ihn zum Bischof, weihte ihn und übergab ihm die in Christus in anhaltender Arbeit gewonnene Erbschaft. Lul war aber sein im Herrn getreuer Begleiter auf seiner Pilgerfahrt und ein Zeuge an beiden, in seinem Leiden und seiner Tröstung.“ 1)

Zu den erfolgreichsten Arbeiten des hl. Bonifatius gehört ohne Zweifel die Gründung des Klosters Fulda durch den edlen Bayernjüngling Sturmi am 12. März 744. Eigil erzählt umständlich, mit welcher Sorgfalt letzterer zu Werke ging, um einen passenden Platz ausfindig zu machen, wie er den Rat, die Zustimmung des Bischofes in Seloheim einholte, wie derselbe sich selbst zum Frankenkönige Karlmann begab, um eine Schenkungsurkunde des gewählten Platzes in der Buchonia zu erwirken, wie er den Bau der neuen Niederlassung überwachte, wie er das Leben der Mönche regelte und Sturmi als Oberen bestellte. Gerne zog sich der vielbeschäftigte Missionär nach Fulda zurück, „dann arbeitete er eifrig mit seinen Händen und saß oft auf seinem geliebten Bischofsberge in eifriges Forschen der hl. Schriften versenkt oder Christum treu im Gebete anrufend“. Willibald nun erwähnt im achten Kapitel seiner Lebensgeschichte

1) Levison, Vitae p. 45; Arndt, Geschichtschreiber 44, 37.

kaum den Namen Fuldas, indem er den hl. Bonifatius vor seiner Abreise nach Friesland an Lul die Worte richten läßt: „Bewirke auch du die Vollendung der von mir an der Fulda bereits begonnenen Basilika und führe dorthin meinen durch vieler Jahre Lauf gealterten Leib.“

Aber gerade die Darstellung Willibalds läßt erkennen, daß Lul nicht gesonnen war, den Leichnam des von den Friesen erschlagenen Glaubensboten nach Fulda überführen zu lassen: er sollte zu Mainz zur letzten Ruhe bestattet werden, wie es auch der König Pippin wünschte. Sturmi jedoch, sagt Eigil, und die mit ihm aus der Einöde dorthin (nach Mainz) gekommen waren, behaupteten steif und fest, daß der hl. Bischof, der so oft bei ihnen geweilt, sowohl den Ort bezeichnet, wo sie seinen Körper beisetzen sollten, als auch ausdrücklich den Willen ausgesprochen habe, daß er dort in der Einöde habe ruhen wollen. Während sie nun so stritten und Lul den Bischof jener Stadt auf jede Weise verhindern wollte, daß des hl. Martyrers Körper nach der Einöde käme, erschien der hl. Bischof einem Diakon des Nachts und sprach: „Warum zögert Ihr, mich zu meiner Stätte Fulda zu führen?“ „Lul jedoch, der dortige Bischof, wollte anfangs durchaus nicht an die Enthüllung des hl. Martyrers glauben, bis jener, der die Vision gesehen, seine Hand auf den heiligen Altar gelegt und mit einem Eide der Wahrheit dessen, was er gesehen, bestätigt hatte.“[1])

Willibald jedoch weiß von diesem eigentümlichen Verhalten Luls nichts zu berichten: er stellt die Sache so dar, als ob der Mainzer Erzbischof von dem Wunsche des Königs und dem Begehren der Bürger, den Leichnam des hl. Bonifatius in Mainz zurückzubehalten, keine Kenntnis gehabt habe, indem er sagt: „Auch der genannte Bischof des Herrn, der Nachfolger im heiligen Amte, der zu jener Zeit sich in der Königspfalz aufhielt und der dieser ganzen Sache gänzlich unkundig, sowie von der Ankunft des Leichnams keineswegs

1) Arndt, Geschichtschreiber 44, 86.

benachrichtigt war, kam zu ein und derselben Stunde, ja in demselben Augenblicke an."

Wer die späteren Streitigkeiten des zweiten Erzbischofes von Mainz mit dem Abte Sturmi von Fulda, den Lul, wie Will[1]) sagt, nur als Unterabt ansehen wollte, über der Jurisdiktion dieses frisch aufblühenden Klosters berücksichtigt, wird Wattenbach nicht Unrecht geben, wenn er diese Lücke so unerklärlich findet, daß der Verdacht, Luls Zensurstriche möchten hier verwirrend und verstümmelnd eingewirkt haben, kaum abzuweisen ist.[2]) Levison will allerdings im Anschlusse an Nürnberger, der behauptet: Willibald habe mehr die Gepflogenheit eines Hagiographen als eines strengen Historikers befolgt, diese Vermutung nicht teilen; aber das achte Kapitel der willibaldinischen Arbeit weicht schon in seiner stilistischen Fassung so merklich von den übrigen ab, daß sich dem unbefangenen Leser von selbst der Gedanke aufdrängt: Hier habe eine Persönlichkeit eingegriffen, welche ein Interesse daran hatte, die Wahrheit zu verschleiern, den Sachverhalt zu verdunkeln. Nur ein Erzbischof von Mainz, nur Lul, konnte die Vorlage eines Mainzer Priesters derartig überarbeiten! Hätte sich der unmittelbare Nachfolger des heil. Bonifatius wohl auch dem Bischofe von Eichstätt gegenüber ein solches Zensoramt erlaubt? Welche Gründe hätten den Biographen im fernen Eichstätt abhalten können, diese wenn auch unliebsamen Vorkommnisse angesichts der Leiche des hl. Martyrers zu erzählen, da jene Streitigkeiten zwischen Sturmi und Lul über die Beisetzung in Fulda nicht dem hl. Bonifatius zur Unehre gereichen konnten, sondern nur seinen Amtsnachfolger in einem eigentümlichen Lichte erscheinen ließen?

In der Begrüßung wird auch der Bischof Megingoz-Megingund genannt. Ob derselbe ein Angelsachse war, oder dem ostfränkischen Grafengeschlechte der Motto entstammte,

1) Will, Regesten I, 36, Nr. 20.

2) Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen I, 128.



ist eine vielumstrittene Frage.[1]) Im Kloster Fritzlar findet sich nach dem Tode des Abtes Wigbert I. ein Diakon Megingoz 735 bis 737.[2]) Die Bestätigungsurkunde des Klosters Fulda vom 12. März 747 ist von dem Würzburger Bischofe Burkhard und dem Priester Megingund unterzeichnet. In gleicher Weise findet sich sein Name in der Urkunde des Königs Pippin, welche zu Attigny im Juni 753 dem Kloster Fulda ausgestellt worden ist, jedoch wird die Echtheit dieses Diploms von den Forschern in Zweifel gezogen.[3])

Als Burkhard von Würzburg seinen Hirtenstab 753 niederlegte, wurde Megingoz von dem hl. Bonifatius, ehe er nach Friesland abreiste, zum Bischofe geweiht Juli oder August 753. In Würzburg besuchte ihn Wynnibald, der reformeifrige Abt von Heidenheim am Hahnenkamme, als er zum Grabe des hl. Bonifatius pilgerte;[4]) in der Totenrotel von Astigny 762 findet sich Megingoz Name an zwölfter Stelle, während Willibald als Bischof „des Klosters Eichstätt" erst in der einundzwanzigsten Reihe aufgeführt ist.[5])

Mit dem Erzbischof Lul scheint Megingoz eine eingehende Korrespondenz unterhalten zu haben, drei Briefe sind noch vorhanden.[6]) Diese Beziehungen dürften wohl auch den Verfasser der bonifatianischen Lebensgeschichte veranlaßt haben, die Namen beider Oberhirten in der Begrüßungsformel aufzuführen. Der Bischof von Würzburg muß in dem Kreise der Jünger des hl. Bonifatius sehr bald, wie Stamminger bemerkt, eine bevorzugte Stellung eingenommen haben, denn er war es, der mit dem Mainzer Erzbischofe

1) Stamminger, Franconia sancta, (Würzburg 1881), I. Bd., S. 401 bis 412.

2) M. G. Epp. III, 289. Dümmler, der Herausgeber der bonifatianischen Briefe, hält ihn identisch mit dem späteren Bischofe von Würzburg.

3) Heidingsfelder, Regesten nr. 6.

4) Grothe, der hl. Richard und seine Kinder 1908, S. 69.

5) Oelsner, Jahrbücher des fränkischen Reiches unter König Pippin S. 363.

6) M. G. Epp. III, 417, 420, 421.



dem Priester Willibald den Auftrag gab, die Geschichte des Apostels der Deutschen zu schreiben und sodann gemeinsam mit jenem den Entwurf einer sorgfältigen Prüfung unterzog.[1])

Wenn der hl. Willibald, erster Bischof von Eichstätt, diese wertvolle Lebensgeschichte seines großen Landsmannes verfaßt hätte, würden wohl Lul und Megingoz ihren Mitbischof, der sogar zu den Blutsverwandten des gefeierten Martyrers zählte, ebenso schülermäßig behandelt haben?

Um die Abfassungszeit der ersten Lebensgeschichte des hl. Bonifatius zu bestimmen, haben die Forscher als äußerste Grenze das Jahr 786 bezeichnet, da in demselben der zweite Erzbischof von Mainz gestorben ist.[2]) Wann aber ist Megingoz der Zeitlichkeit entrückt worden? Gleich seinem Vorgänger Burkhard legte auch Megingoz sein bischöfliches Amt nieder und zog sich in das Schloß Rorlach a. M. zurück, in dessen Nähe er in der Folge das Kloster Neustadt a. M. gründete.[3]) Zuvor aber bestellte er als Nachfolger den Mönch Bernworf und legte ihm die Hände auf unter Mitwirkung der Bischöfe Lul von Mainz und Willibald von Eichstätt. Da ersterer sicher im Jahre 786, den 16. Oktober in Hersfeld gestorben ist, so wird gewöhnlich die Bischofsweihe Bernwolfs in das Jahr 785 verlegt.

Hiegegen ist zu bemerken, daß die Lebensgeschichte Burkhards, welcher diese Angaben entnommen sind, erst gegen das Jahr 1145 von Egilward, Mönch von St. Stephan und späterhin Abt von St. Burkhard in Würzburg, verfaßt worden ist; in gleichzeitigen Quellen findet sich kein Anhaltspunkt für die Teilnahme des ersten Bischofes von Eichstätt an der Konsekrationsfeier Bernwolfs und kann daher auch kein Schluß gezogen werden, daß der hl. Willibald erst im Jahre 786 gestorben sei. Die Bollandisten haben daher die Weihe des dritten Bischofes von Würzburg in das Jahr 769

1) Stamminger, Fram. I, 406.
2) Will, Regesten I, 44 nr. 82.
3) Kirchenlexikon von Hergenröther u. Kaulen XII, 1774.

verlegt;[1]) Levison weist sie in die Jahre 763 bis 769.[2]) Arndt hält sich daher berechtigt, der Meinung Ausdruck zu geben: „die Zeit der Abfassung der Lebensgeschichte des hl. Bonifatius werden wir wohl kaum über das Jahr 768 hinausrücken dürfen.“[3])

Wenn wir nunmehr unsere Darlegungen zusammenfassen, so glauben wir den Satz erhärtet zu haben: Eichstätts erster Bischof, der hl. Willibald, hat die erste Lebensgeschichte des hl. Bonifatius, seines Blutsverwandten nicht geschrieben, sondern ein Priester Willibald in Mainz.

Greding. Hirschmann.

LII.

Der Diplomat und Schriftsteller Karl Heinrich von Gleichen.

(Schluß.)

In seinen ästhetischen Urteilen zeigt sich Gleichen als ein Kind seiner Zeit, aber als ein Kind, das sich doch nicht mehr durchaus gängeln läßt durch ihre Vorurteile. Der Geschmack für das Rokoko ist während seiner publizistischen Lebensperiode bereits erloschen. An Stelle der unruhigen Pracht und der gebrochenen Linie preist er die edle Einfachheit des Klassizismus. Von der Fassade der Londoner Börse sagt er, sie bestehe nur in einer einfachen Reihe von dorischen Säulen. „Ich kenne nichts Schöneres in der antiquen und neuen Bauart, als dieses Gebäude von mittelmäßiger Größe.“ Und als eine Hauptregel der Architektur möchte er hinstellen: „Die senkrechten und wagrechten Linien an einem Gebäude

1) Heidingsfelder, Regesten nr. 20, Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen II, 352.

2) Levison, Vitae p. 1 u. 3, conf. p. IX u. 7.

3) Geschichtschreiber der deutschen Vorzeit 44 p. XV.



muß man so ununterbrochen verfolgen, als es nur möglich ist." Von einer historischen Beurteilung der deutschen Vergangenheit, wie sie die Romantik anbahnte, trennt seine Zeit noch ein Berg von Vorurteilen. Zwar hatte der junge Goethe schon anfangs der siebziger Jahre sich vorübergehend begeistert für „deutsche Art und Kunst". Aber die verfrühte Knospe war unter dem Reif seiner antikisierenden Welt- und Lebensauffassung verkümmert und, wie E. Firmenich-Richartz (Die Brüder Boisseré, Jena 1916) zeigt, auch durch die lebhaften Bemühungen von Sulpiz Boisseré zu keinem eigentlichen Leben mehr zu erwecken, als der Frühling der Romantik bereits angebrochen war. Da ist es nun bemerkenswert, daß in dem nämlichen Jahre, in dem Wackerrode „die Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders" (1797) herausgab, Gleichen für die Gotik Interesse gewinnt, ihre Vorzüge gegenüber dem Barok anerkennt, ja eine Lanze für sie einlegt. „Wenn die gotische Bauart, sagt er, nicht beim ersten Anblicke durch ihre häßlichen Figuren und kleinen garstigen Säulen (?Fialen) unser Auge so sehr beleidigte, so würden wir gewiß ihr leichtes und doch festes, ihr niedliches und doch erhabenes Ansehen weit mehr bewundern, als wir es tun. Ihre pyramidalischen Gewölber sind weniger künstlich als die gerundeten, folglich ist die Überzeugung von ihrer Festigkeit faßlicher; denn je platter ein Gewölbe ist, je mehr Mühe hat das Auge, seine Haltbarkeit einzusehen. Die gotische Bauart erhöht ihre Gebäude vorzüglich vor der römischen. Ihre langen spitzigen Türme sind weit eleganter als die unsrigen mit runden Kuppeln, und die senkrechte Linie, nach welcher sie ihre Werke erhoben hat, gibt eine viel wesentlichere Empfindung von Größe, als die wagrechte Linie tun kann, welche eigentlich nur die Weitläufigkeit ausdrückt. Ganz besonders aber zeichnet sich die gotische Bauart durch die Kunst aus, die Gebäude größer scheinen zu lassen, als sie sind, und dieses bewirkt sie durch den Kontrast ihrer kleinen, zarten und niedlichen Zierraten mit der Größe der Maße, welche sie ausschmücken" (Gedanken über ver-



schiedene Gegenstände der Politik und freien Künste, S. 167). Dieses Interesse an der Gotik steigert sich bei Gleichen bis zu einer Form, die überrascht. Ganz im Gegensatz zu dem selbstgenügsamen und durchaus unhistorischen Aufklärungsgeist regt sich bei ihm jener geschichtliche Sinn, von dessen späterer Pflege ein neues Zeitalter ausgehen mußte. „Es wäre wohl der Mühe wert, so meint er, den Ursprung dieser sonderbaren Bauart aufzusuchen, die Grundsätze zu erforschen, nach welchen sie erfunden worden, und zu entdecken, woher eine von allen anderen so verschiedene Architektur gekommen ist, die, ohne die gewöhnlichen Stufen der Vervollkommnung zu durchwandern, auf einmal wie ein Komet erschien und nach drei Jahrhunderten wieder verschwunden ist, — mit einer Verachtung beladen, die ich für unbillig halte, weil sie sich blos auf Machtsprüche einer Wissenschaft gründet, die nur auf konventioneller Ohnfehlbarkeit beruht: denn die mathematische Wahrheit der vier Säulenordnungen ist noch lange nicht erwiesen" (S. 17).

Ich wende mich zu den politischen Ansichten Gleichens. Mit einer gewissen Spannung werden wir den Ausführungen des Diplomaten und Staatsmannes gerade auf diesem Gebiete entgegensehen. Aber die philosophische Ruhe der Betrachtung, die ihm sonst zu eigen ist, scheint bei ihm hier von vornherein zu versagen. Und wenn wir etwa erwarten sollten, in dem ehemaligen königlich dänischen Gesandten, der den Titel des Freiherrn führte, weil ihn Ludwig XV. versehentlich einmal so genannt hat, und der mit Stolz den königlich dänischen Danebrogorden trug, einen überzeugten Verfechter der Monarchie kennen zu lernen, so erleben wir eine bittere Enttäuschung. — Auf dem praktischen Gebiete der Politik scheint sich seine materialistische Weltauffassung zu rächen. Auch hier sieht er nur ein System absoluter Kräfte wirksam. Von einer gottgewollten Ordnung, von einer Herleitung der rechtlichen aus der sittlichen Ordnung, von dem echt philosophischen und zugleich christlichen Ge-

danken, daß alle rechtliche Gewalt zuletzt von Gott stammt, findet sich bei ihm keine Erwähnung.

Nur mit Verbitterung kann Gleichen auf das menschliche Gesellschaftsleben im Allgemeinen sehen. Als Motto seiner „Anthropologischen Diatribe" wählt er den Gedanken Montaignes: „Es scheint mir, daß wir niemals genug nach Verdienst verachtet werden." Und er selbst führt aus: Man mag dieses von Menschen ausgebildete und so oft umgeschaffene Ganze, das man die menschliche Gesellschaft nennt, von welcher Seite betrachten als man will, so sieht man, daß es ein elendes oder ein abscheuliches Ding ist, eine gährende Zusammensetznng von Torheiten und Widersprüchen, die alles, was rein und vollkommen ist, von sich stößt" (50). „Wer strenge Tugenden ausüben will, der muß ein Einsiedler oder ein Märtyrer sein" (53).

Nun kann es aber doch nicht lauter Einsiedler geben. Ohne gesellschaftliche Ordnung, ohne öffentliche Gewalt ist nicht auszukommen; irgend eine Staatsform muß naturnotwendig bestehen. Bei der Entwicklung des Staatsideals zeigt sich Gleichen als einen Demokraten vom reinsten Wasser, freilich als einen Demokraten, der schließlich kein besseres Auskunftsmittel kennt als die absolute Monarchie. Er nennt sie schroff „Despotismus".

Seine Abhandlung „Über den Despotismus" (1794) leitet er mit dem Bekenntnis ein, daß er ursprünglich die Republik „für die schönste und wünschenswerteste von allen Regierungsformen" gehalten habe, die Republik, „bei welcher wie er sagt, das Volk im zurückerhaltenen Besitze aller seiner Rechte nur für sich selbst regiert, arbeitet und ficht" (58) Aber die jüngste Geschichte Frankreichs habe ihn eines anderen belehrt, und er findet überhaupt in der republikanischen Verfassung Mängel, die schwer zu beheben sind. So kommt er auf die Monarchie, aber nur nicht beschränkt durch eine ständische Verfassung! Diese entspringe der Selbstsucht und beeinträchtige die Rechte des Königs und Volkes zugleich. Nur der Eigennutz habe den Menschen vorgepredigt, „es



müßten zwischen dem Monarchen und dem Volke schützende Gewalten stehen und daher seien Adel, Geistlichkeit und ein Korps von Magistratspersonen die köstlichsten Stützen eines Reichs". Nein, eine absolute Monarchie! „Meiner Meinung nach, sagt er, ist der Aristokratismus das Gift einer jeden Staatsverfassung" (63). „Außer der Geißel des bürgerlichen Krieges kenne ich keine schrecklichere für die Menschheit als die des Aristokratismus" (65). Kurz, er kommt zu dem Ergebnis: „Da die Welt unmöglich aus lauter Regenten bestehen kann, so ist das kürzeste und leichteste, wenn die ganze Welt gehorcht. Ohne Zweifel wäre zu wünschen, man gehorchte nur den Gesetzen. Aber zu ihrer Abfassung, Erläuterung, Vollstreckung hat man entweder einen Einzigen oder mehrere Menschen nötig, und diese Menschen würden immer damit aufhören, sich zu Gebietern aufzuwerfen. Nun ist's aber besser, nur einen einzigen Gebieter zu haben; denn ein notwendiges Übel darf, um etwas Gutem das Gleichgewicht zu halten, nicht vervielfacht werden, und der Mißbrauch der Gewalt eines Einzigen ist außer allem Zweifel weniger fürchterlich als die mißbrauchte Gewalt von mehreren: eine Hydra ist weit gefährlicher als eine Schlange, und man bedarf viel weniger Schafe zur Erhaltung eines Löwen als zur Sättigung einer Herde von Wölfen. — Laßt uns denn ohne Umschweife sprechen: Die dem Menschengeschlechte notwendige Staatsverfassung ist — Despotismus" (66).

Aber soll es nun gar keine Einschränkung der Macht des Monarchen geben, soll das Volk keinen Einfluß auf ihn auszuüben imstande sein? Doch, Gleichen kennt ein Mittel von dieser Wirkung, freilich ein von einem fast komisch einseitigen Aufklärungsenthusiasmus zeugendes, die Preßfreiheit. „Es gibt ein mächtiges und heilsames Verbesserungsmittel gegen alles, was der Despotismus nur Schreckliches haben mag, die Preßfreiheit. Sie ist das köstlichste und nützlichste Geschenk, das ein philosophischer Despot seinen Nachfolgern und der Nachkommenschaft machen könnte. Durch sie würde er der Nation eine weit natürlichere und unbestechlichere



Repräsentation, als irgend eine republikanische ist, bewilligen. Die öffentliche Meinung, diese Weltbeherrscherin, verdient alleine den Tron mit dem unumschränkten Monarchen zu teilen und kann ohne Nachteil an seiner Seite Platz nehmen." Gleichen schließt seine Abhandlung über den Despotismus mit einem Appell an die Fürsten: „Leset, sagt er, leset vorzüglich die Klagen des Volkes; studieret seine Rechte mehr als die eurigen, und glaubt, die erhabenste aller Regierungskünste bestehe in der Wissenschaft über den durch Aufklärung geleiteten Willen seiner Untertanen zu herrschen!" —

Zu einem auch in der Gegenwart viel behandelten Gegenstand äußerte sich Gleichen im Jahre 1796 in dem „Versuch eines Entwurfs zu einem ewigen Frieden". Der Gedanke eines ewigen Friedens war im 18. Jahrhundert zuerst von dem französischen Geistlichen St. Pierre (1713) behandelt worden. Dieser hatte die Gründung eines Friedensbundes der christlichen Staaten Europas angeregt.

Die löbliche Absicht St. Pierres, meint Gleichen, sei der Traum eines guten Mannes gewesen. Des ungeachtet habe es auch Kant kürzlich („Zum ewigen Frieden" 1795) versucht, „jene Aufgabe in die Form seines modischen Systems zu gießen" und so ein schönes Luftschloß zu bauen. Gleichen will für jenen Gedanken wenigstens einen Schatten von Möglichkeit aufsuchen und macht zu diesem Zweck folgende Vorschläge: Die Annahme eines Normaljahres für den Bestand der europäischen Staaten, die Gründung eines europäischen Gesellschaftsvertrags, die Einsetzung eines von allen Fürsten beschickten unbestechlichen Gerichtshofes.

Einen Erfolg würde er sich versprechen, wenn ein mächtiger Monarch von anerkannter Rechtschaffenheit die des Schutzes bedürftigen kleinen Souveräne um sich vereinigte zum Zwecke einer provisorischen Neutralität. „Sobald dieser Bund ein Übergewicht über die nicht mit ihm Verbündeten erhielte, alsdann müßte er alle möglichen Überredungs- und Zwangsmittel zur Vergrößerung seiner Partei und zur Erreichung seines beglückenden Zweckes anwenden." —



Gleichen scheint nicht zu sehen, daß, indem er von Zwangsmitteln spricht, er das Gespenst des Krieges bereits wieder an die Wand malt. Richtig ist der erste Satz der Abhandlung, mit dem er das Thema hätte ad acta legen können: „Die Aufgabe eines ewigen Friedens ist in der Politik eben das, was in der Chemie der Stein der Weisen ist." Kriege wird es im Organismus der Völker leider immer wieder geben, wie Krankheiten im Organismus des einzelnen Lebewesens. —

Über die religiöse Seite von Gleichens Leben ist in seinen bisher berücksichtigten Schriften wenig zu finden, so wenig, daß man Mühe hat, die Art seines angeborenen Bekenntnisses festzustellen. Nach seinen metaphysischen Ketzereien zu schließen, könnte man geneigt sein, hier überhaupt eine unausgefüllte Lücke dieses Wesens vorauszusetzen. Um so auffälliger ist es nun aber, daß er zwei Jahre nach jenem Werke, nämlich 1793 — er stand damals in seinem 60. Lebensjahre — eine Art Konversionsschrift erscheinen ließ unter dem Titel: „Glaubensmethode für Glaubensbedürftige von dem Verfasser der metaphysischen Ketzereyen". Er bekennt sich darin als einen „zurückkehrenden Freidenker", wie er sich ausdrückt. Er habe sich mit ein paar gewissenhaften und gelehrten Männern beraten. „Sie meinen, sagt er, daß ein öffentliches Bekenntnis der Veränderung meiner bekannt gewesenen Denkungsart für mich eine Pflicht und für andere ein ermunternder Aufruf sein könnte." Was hat ihn wohl zu seiner Sinnesänderung veranlaßt? „Niemand, so gesteht er, ist mehr vom Glauben entfernt gewesen als ich; allein nachdem ich alle Zweifel erschöpft hatte, so war ich müde, ohne ausruhen zu können. Ich fühlte Bedürfnis und überließ mich dem Wunsch zu glauben. Ich fand, daß der Stolz unseres Verstandes auch seine lächerliche Seite hat und gebrauchte seine Waffen wider ihn selbst." Den Glauben nennt er das Notwendigste und Schwerste für den Christen. Er könne nicht anbefohlen werden. „Nur ein Schicksal, das die Theologen Gnade nennen, und unser Bedürfnis

entwickeln ihn." Der letztere Gedanke spielt nun bei ihm eine wichtige Rolle, das Glücksbedürfnis. „Wird wohl im gemeinen Leben, so fragt er, ein müder, verirrter Reisender nicht eher demjenigen nachfolgen, der ihn in eine herrliche Herberge zu führen verspricht, als demjenigen, der ihm eingesteht, daß er selbst nicht wisse, wohin er gehe?" „Wir sehen die Belohnung der anhaltenden Bemühung zu glauben in der heiteren Freudigkeit wahrer Christen." —

Eine rückhaltlose Hingabe an das Christentum offenbart die Schrift nicht und der Utilitarismus obsiegt darin über sonstige Glaubensmotive. Ob das Greisenalter ihn hierin einer Läuterung und Reife entgegenführte, vermögen wir nicht zu sagen. —

Sollte diese flüchtige Skizze nicht dazu angetan sein, für die Persönlichkeit Gleichens durchaus Sympathie zu wecken, so trägt die nach Sachlichkeit strebende Charakteristik seines Wesens und Wirkens nicht allein die Schuld. Eine Zeit rastlosen Schaffens ist nicht mehr so leicht geneigt wie die Aufklärungsperiode, das Prädikat des homme de mérite zu verleihen. Sie verlangt mehr Berufsarbeit, mehr positive Leistungen, wohl auch mehr geistige Tiefe und Abgeglichenheit. Das rechte Größenmaß für ein öffentliches Denkmal werde sie an ihm wahrscheinlich nicht mehr finden.

Immerhin begegnen uns sympathische Züge in seinem Wesen, Züge, wie sie ein nach dem Humanitätsideal ringendes Leben stets bieten wird. Er erfüllt durch ein vielseitiges Interesse die ihm vom Schicksal reichlich in den Schoß geworfene Mußezeit. Er erweist sich als Künstler in den Charakteristiken berühmter Zeitgenossen und leistet durch sie der Geschichte einen Dienst. Er zeigt als Aufklärer nirgendwo die widerliche Grimasse des von ihm „hochgeschätzten Voltaire, dieses Satyrs des Verstandes, wie der Däne Andersen sagt". Er bekennt in seiner Glaubensmethode, „daß auch der Stolz des Verstandes seine lächerliche Seite habe", und bemüht sich nach langen, okkultistischen Irrgängen den Weg endlich dorthin zu finden, wo das Geheimnisvolle



normaler Weise zu suchen ist, in Religion und Christentum. Und so wird sein Denkmal nicht zum Steine des Anstoßes, schon deshalb nicht, weil es für den tiefer Blickenden mehr als die Erinnerung an einen zufälligen Sterblichen festhält, weil das von der Sphinx bekrönte Monument das vielsagende Sinnbild einer ganzen Zeit bedeutet.

LIII.

Zur Frage des Schutzes nationaler Minoritäten.

Die Frage des Schutzes der nationalen Minoritäten, die inmitten der durch den Weltkrieg aufgeworfenen oder verstärkten großen Probleme nicht allseits genug erkannt wurde, ist nach dem für die Mittelmächte so traurigen Ausgange des Krieges noch schwieriger geworden.

Die Beschwerden und die Forderungen nationaler Minoritäten sind in verschiedenen Ländern, unter verschiedenen Verhältnissen, zu verschiedenen Zeiten naturgemäß verschieden und können und sollen darum auch nur in verschiedener Weise behoben, beziehungsweise befriedigt werden. Insbesondere können Beschwerden und Forderungen staatsrechtlicher Natur nicht mit demselben Maße gemessen und nicht analog behandelt werden, wie solche nationaler, beziehungsweise kultureller Art.

So ist auch der Umstand, daß schon die einseitige Staatsbetonung zu bösen nationalen Unterdrückungen geführt hat, im entsprechenden Zusammenhange mit der Wahrheit richtig zu würdigen, daß jedes unterdrückte oder sich für unterdrückt haltende Volk freie kulturelle Entwicklung fordert. Selbstverständlich sind die berechtigten Klagen der Ukrainer in Rußland und Galizien, die der Vlamen in Belgien, die beide ja schon unter sich dem Grade nach verschieden sind, nicht in eine Linie zu stellen mit den doch übertriebenen Klagen und während des Krieges noch für unerfüllbar gehaltenen



Aspirationen der preußischen Polen, wie ja auch die früheren staatsrechtlichen Ziele der Tschechen und Südslaven, die schließlich auf die Vergewaltigung deutscher Minoritäten hinausliefen, sich nicht mit den Forderungen der ungarländischen Deutschen oder Slovaken nach kultureller Autonomie vergleichen lassen.

Eines der großen Probleme, deren glückliche Lösung wesentlich zur Förderung des inneren Friedens national gemischter Staaten beitragen, irredentistischen Bestrebungen den Boden entziehen und dadurch mittelbar in den Beziehungen auch der äußeren Politik wenigstens zahlreiche Vorwände zur künstlichen Erzeugung internationaler Reibungsflächen aus der Welt schaffen würde, bleibt unter allen Umständen die prinzipielle Regelung, beziehungsweise Feststellung der Rechte nationaler Minoritäten. Daß eine solche nicht schematisch fixiert werden kann, ist selbstverständlich. Und daß es sich bei einem derartigen Versuche anläßlich der nunmehr ganz einseitig eingeleiteten internationalen Friedensverhandlungen nur um Richtlinien allgemeiner Natur, nur um Minimalforderungen handeln kann, ist ebenso klar, wie, daß eine allseitige Befriedigung auch auf diesem Wege nicht erreicht werden kann, weil es eben viele unberechtigte und unerfüllbare Forderungen auch nationaler Minoritäten gibt.

Der gewichtigste Einwand dürfte bezüglich der Schaffung internationaler Garantien gegen die internationale Minierarbeit erhoben werden, wie sie insbesondere von russischer Seite unter dem Deckmantel der panslavistischen Idee zur Unterhöhlung der Türkei und Österreich-Ungarns jahrzehntelang konsequent betrieben worden ist. Die Besorgnis liegt ja nahe, daß internationale Vereinbarungen dieser Art leicht als willkommene Vorwände zur Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten benützt werden könnten, denen man Verlegenheiten bereiten möchte, und daß hieraus nur neue internationale Verwicklungen und Konflikte entstehen dürften. Andererseits läßt sich auch nicht die Schwierigkeit bestreiten, solchen internationalen Vereinbarungen die nötigen



Sanktionen zu verleihen, die ihre Wirksamkeit sichern würden. Gerade der Weltkrieg hat die außerordentliche Labilität internationaler Abmachungen erwiesen, die eben für den Kriegsfall getroffen worden waren.

Dieser Einwand läßt sich jedoch schließlich gegen alle Arten von Verträgen erheben. Trotz der Möglichkeit, daß Verträge nicht gehalten werden, müssen aber doch immer wieder Verträge geschlossen werden. Vielleicht ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß aus den Erfahrungen des Weltkrieges doch eine festere internationale Moral hervorgeht. Und wenn kein Korrektiv dafür gefunden wird, daß in national gemischten Staaten nationale Minoritäten von der Majorität, bezw. von der Staatsgewalt unterdrückt werden, so bleibt ein Zündstoff für Reibungen zwischen den einzelnen Völkern bestehen. Das Solidaritätsbewußtsein mit Stammesgenossen in anderen Staaten dürfte künftig eher eine Steigerung als Abschwächung erfahren und könnte ja auch als Stufe zu der allerdings recht zweifelhaften allgemeinen Menschheitsverbrüderung nur willkommen geheißen werden.

Darum sollte an dem Gedanken festgehalten werden, daß bei den früher oder später einsetzenden Friedensverhandlungen neben den Versuchen, internationale Reibungen zwischen Staaten zu vermeiden, ihnen die Spitze abzubrechen oder sie durch schiedsgerichtliche Verhandlungen in die Bahnen friedlicher Entscheidung zu leiten, ähnliche Veranstaltungen auch für nationale Reibungen zwischen Völkern eines und desselben Staates anzustreben sind, wofür sich die Formen ohne Beeinträchtigung des Ansehens der betreffenden Staatsgewalt treffen lassen, die in solchen Fällen meistens Partei ist. Auch wenn der von den Ententemächten geplante Völkerbund nicht zu Stande kommen oder gegenüber den Realitäten der Rivalität zwischen Staaten und Völkern keinen Bestand haben sollte, werden die Erfahrungen des Weltkrieges doch zur Erkenntnis geführt haben, daß eine gründliche Reorganisation des noch jungen Schiedsgerichtssystems, wenn schon nicht zur Verhinderung von Kriegen,



so doch vielleicht wenigstens zu einer Vermeidung von Auswüchsen des Völkerhasses und der Volksleidenschaften unbedingt nötig ist und nach nunmehriger Beendigung des Krieges in Angriff genommen werden sollte.

In den Rahmen des künftigen internationalen Schiedsgerichtswesens müssen sich unschwer die Modalitäten einfügen lassen, nach denen die Nichteinhaltung der in den Friedensverträgen festgestellten Richtlinien für den Schutz nationaler Minoritäten zu internationaler Erörterung und Beschlußfassung gelangen kann. Wenn aber trotz der feierlichen Erklärung der Ententemächte, daß sie den Krieg neben der Befreiung des deutschen Volkes vom Militarismus zur Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der kleinen Nationen führen, was einen Schutz nationaler Minoritäten in noch verstärktem Maße bedeuten würde, solche Richtlinien keinen Platz unter den Friedensbedingungen finden sollten, wäre die Aufstellung solcher Richtlinien unter Zustimmung aller in Betracht kommenden Staaten eine besonders wichtige Arbeit der Schiedsgerichtsinstitution.

Der Zerfall Rußlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie hat dem von der Entente als Lockspeise für unzufriedene Volkssplitter hingeworfenen Schlagwort von der Selbstbestimmung kleinerer Völker eine ungeahnt weite Anwendung gegeben. Aber gerade die begonnene oder angestrebte Errichtung eines finnischen, eines baltischen, eines litauischen, eines polnischen, eines ukrainischen und dann eines tschecho-slovakischen, südslavischen und deutschösterreichischen Staates hat die Notwendigkeit des Schutzes nationaler Minoritäten in klares Licht gestellt. Wäre es für den Bestand, für die innere Ruhe und Konsolidierung auch nur der ehemals russischen Randstaaten oder der selbständig gewordenen neuen und an Gebiet und Bevölkerung gewachsenen alten Donaustaaten nicht von großer Bedeutung, daß die Schweden in Finnland, die Deutschen in den baltischen Ländern, in Litauen, Polen und in der Ukraine, die Polen in der Ukraine, die Deutschen und Magyaren in der Tschecho-



slovakei und im serbisch-kroatisch-slovenischen Königreich internationale Bürgschaften für ihren nationalen Bestand und für ihre kulturelle Entwicklung gewinnen? Und welche Erleichterung für eine Rekonstruktion eines auch nur wirtschaftlichen Verbandes der ehemals österreichisch-ungarischen Länder mit oder ohne Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland würde es sein, wenn im sicheren Falle der Nichterfüllbarkeit aller weitgesteckten staatsrechtlichen, bezw. Selbständigkeitsforderungen dieser Völker die Erhaltung ihrer nationalen Individualität durch internationale Abmachungen und Bestimmungen gesichert werden würde! Hätten nicht auch Deutschland und Frankreich Grund, nach den Erfahrungen der Bindestrichamerikaner und der französischen Kanadier Sorge zu tragen, daß ihre Stammesgenossen von den im Kriege geweckten Volksleidenschaften nicht allzu sehr behelligt werden?

Mag auch die Frage des Schutzes nationaler Minoritäten noch wenig ausgereift, mögen auch die Modalitäten der Ausführung des Gedankens noch sehr strittig sein, so dürfte doch die Aktualität und die Bedeutung dieses Problems unbestreitbar sein und ernste allseitige Erwägung verdienen.

LIV.

Elsaß-Lothringen.

(Schluß.)

III.

Eine der schlimmsten Maßregeln der französischen Militärbehörde ist die Ausweisung der Deutschen aus dem ehemaligen Reichslande. Von dieser Härte werden getroffen nicht etwa bloß solche, denen wegen ihrer gehässigen Haltung gegen Einheimische ein begründeter Vorwurf zu machen wäre, sondern alle Personen von Einfluß, ferner Beamte, Geschäftsleute, Handwerker, Arbeiter, je nachdem sie einem Anwärter der



Regierung Platz machen müssen oder einen Feind oder Neider in ihrer Nähe haben. In einer auf den 16. Februar anberaumten Versammlung der Union démocratique nationale zu Straßburg stand als zweiter Punkt auf der Tagesordnung: „Warum müssen wir Elsässer und Lothringer als Franzosen die Ausweisung der Deutschen verlangen?" (Straßburger Echo, Nr. 39, 15. 2. 19). Von Großmoyeuvre in Lothringen wurde berichtet, daß der frühere Bürgermeister des Ortes, Engel, bisher Mitglied der Zweiten Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtags, ausgewiesen wurde, nachdem 72 Bürger in einem Gesuch an den Metzer Präfekten Mirman diese Maßregel verlangt hatten (a. a. O.). Die Regierung leitet dabei nicht nur der Gedanke, Raum zu schaffen für französische Beamte, Geschäftsleute, Handwerker und Arbeiter, sondern auch im Falle einer Abstimmung eine ihr gefällige Mehrheit zu besitzen, Elsaß-Lothringen als durchaus französisch erscheinen zu lassen.

Die deutschen Beamten, desgleichen einzelne altelsässische und altlothringische, werden ihres Amtes enthoben, ohne Anspruch auf Weiterzahlung ihres Gehaltes oder auf Pension, mögen sie nun im Dienste des Staates oder der Gemeinden stehen. Vom 1. Februar ab ist auch tatsächlich die Auszahlung der Pensionen an Deutsche eingestellt worden. Für diese so brotlos Gewordenen ergibt sich die Auswanderung von selbst, wenn nicht zugleich die Ausweisung zwangsweise erfolgt.

Am 2. Dezember eröffnete ein Zug von 38 Personen die endlose Reihe der Vertriebenen. Nur mit Handgepäck versehen, mußten sie zu Fuß über die Kehler Rheinbrücke, vom hohen und niederen Pöbel verhöhnt, angespieen und geschlagen. Seither haben Hunderte und Tausende den Leidensweg über den Rhein gehen müssen, unter ihnen Greise, Kinder und Frauen. Der Karikaturenmaler Hansi hat eine solche Auswanderung aus Colmar, die Sonntag, den 8. Dezember, stattfand, in dem Pariser Blatte Le Matin mit Wort und Bild geschildert, ein Schandfleck für ewige Zeiten. In



Metz mußten die armen Opfer sogar noch vorher ins Gefängnis, von wenigen Ausnahmen abgesehen, um am folgenden Tag, oft aber auch erst nach vielen Tagen oder gar vielen Wochen, ohne jedes Verhör abgeschoben zu werden. Das Leben im Gefängnis war anfangs noch erträglich. Als aber französische Peiniger an Stelle der deutschen Beamten traten, wurde die Behandlung hart und grausam. Zwei Mitglieder des Metzer Polizeipersonals machten Selbstmordversuche; die übrigen verließen das Gefängnis halbverhungert und mit erfrorenen Gliedmassen. Der Abschub der Metzer Gefangenen war besonders quälerisch und entehrend. Unter militärischer Eskorte wurden sie zum Bahnhof geführt und nach Straßburg gebracht, wo sie, mit ihrem Gepäck beladen, bewacht wie Verbrecher, zu Fuß durch die Straßen zogen, dann stundenlang in einem Hof oder Gang stehen mußten, bis endlich ein Lastautomobil sie durch die neugierige Volksmenge hindurch zur Kehler Brücke fuhr. Hier erwartete sie die Untersuchung ihres Gepäcks und ihrer Person. Fälle der Auskleidung bis auf die Haut, auch von Damen in Gegenwart französischer Offiziere, sind nicht selten gewesen. Gegenstände, die den Soldaten gefielen, wurden weggenommen. Gold und französische Banknoten wurden in deutsches Geld umgetauscht, das aber die Summe von 2000 Mark insgesamt nicht übersteigen durfte. Nachdem die Deutschen beim ersten Geldwechsel in Elsaß-Lothringen nur 60 oder höchstens 70 Centimes für die Mark erhalten hatten, empfingen sie jetzt nur 80 Pfennig für den Franken. Also erst für 100 Mark höchstens 70 Frs., dann für 70 Frs. 56 Mark: ein Verlust von wenigstens 44 Prozent! Nach stundenlangen Qualen ging es dann über die Brücke, bis endlich auf der anderen Seite die Gewißheit feststand, daß man nun seinen Peinigern entronnen sei.

Glücklicher waren oder sind diejenigen, die mit einem Zug von Ausgewiesenen oder freiwillig Auswandernden bis nach Kehl, jetzt bis Offenburg durchfahren durften oder dürfen.



Die Mißhandlung und Ausweisung deutscher Bürger ist umso ungerechter, als nicht nur vor und bei dem Einrücken der Franzosen allen Einwohnern Sicherheit versprochen worden war, sondern die Beamten sogar aufgefordert worden waren, ihre Tätigkeit weiter zu versehen.

Es hat nicht an Versuchen Einheimischer gefehlt, für ihre bisherigen altdeutschen Mitbürger einzutreten; es sei dies zur Ehre mancher gesagt. Allein ihre Bemühungen blieben wirkungslos, und sie selbst gerieten in Gefahr, der Deutschfreundlichkeit beschuldigt zu werden. Das Vorgehen der französischen Behörden war eben systematisch. Das zeigt sich auch darin, daß in einer Reihe von Fällen einheimischen Frauen, deren altdeutscher Mann ausgewiesen werden sollte, der Vorschlag gemacht wurde, sich von ihm scheiden zu lassen, mit der Versicherung, das Gericht werde die Scheidung ohne weiteres aussprechen. Die Zumutung ist stets mit Empörung zurückgewiesen worden. Eine Lothringerin erklärte sogar dem Offizier: und wenn sie zehn Franzosen bekommen könnte, so würde sie doch ihren Boche diesen zehn vorziehen.

Zu den Opfern französischer Rachepolitik gehören auch viele entlassene Angehörige des Soldatenstandes. Als sie ahnungslos in die Heimat zurückkehrten und sich, dem Befehle gemäß, bei der französischen Militärbehörde meldeten, wurden sie in Haft genommen. Die Behandlung auf den Forts war oft derart, daß die zur Bewachung bestellten schwarzen Soldaten Mitleid hatten und den Hungernden von ihrem Essen mitgaben. Mehrere der Verhafteten sind nach Frankreich geschleppt worden; was aus ihnen geworden ist, weiß man bis heute nicht.

Die Ausweisungswut hat auch vor der Geistlichkeit nicht halt gemacht, weder vor der katholischen noch vor der protestantischen. Mitglieder der Pfarrgeistlichkeit oder Vertreter der Wissenschaft, sobald sie Altdeutsche waren und sich irgendwie hervorgetan hatten, mußten den Wanderstab ergreifen. Einen schweren Schlag hat auf diese Weise die katholisch-theologische Fakultät zu Straßburg erhalten. Nur noch die

beiden Altelsässer Professoren Dr. Müller und Dr. Lang sind geblieben. Ihre Absicht ist, die Fakultät weiter zu führen. Ob mit Erfolg, scheint sehr zweifelhaft.

IV.

Prunkvolle Besuche, Paraden, Bälle, das waren die Mittel, mit denen die neue französische Regierung sich in Elsaß-Lothringen einführte. Durch Befriedigung der Rachsucht, des Hasses und des Neides der einheimischen Bevölkerung suchte sie die gute Stimmung aufrecht zu erhalten. Die Zufuhr von Lebensmitteln trug auch ihr Teil dazu bei. Allein die Wirklichkeiten des Lebens haben sich bald wieder eingestellt und den Taumel bedeutend abgekühlt.

Wohl stehen Lebensmittel, mit Ausnahme von Kartoffeln, den Bewohnern zur Verfügung. Allein die Arbeit für Kriegszwecke ist weggefallen, und die hohen Löhne sind bedeutend gesunken. Früher, so hört man vielfach sagen, gab es Geld, aber keine Lebensmittel, jetzt gibt es Lebensmittel, aber kein Geld. Infolge der vielen Ausweisungen sind die Werte der Liegenschaften und die Mieten gesunken und viele kaufkräftige Abnehmer aus dem Lande verschwunden. Die elsäßischen und lothringischen Weine können es mit den französischen nicht aufnehmen, so daß den Winzern schon angeraten worden ist, ihre Weinberge größtenteils zu vernichten. Streiks sind an der Tagesordnung, und die Frage der Arbeitslosen ist auch für die französische Regierung beängstigend geworden. Selbst die Ausweisungen werden von besonnenen Leuten als verderblich hingestellt, wie z. B. der Sozialist Grumbach sagt: „Alle Berufe und Berufsabteilungen zusammenfassend, kann man auf Grund der Statistik sagen, daß auf 980 000 im gesamten Erwerbsleben Elsaß' und Lothringens stehende Personen mindestens 300 000 Leute sich befinden, die als Deutsche abgeschoben werden müßten, was zum unvermeidlichen wirtschaftlichen Ruin des Landes führen würde." Zudem sind die hohen und einflußreichen Stellen im Lande nicht an Einheimische, sondern an Ur-



Franzosen verliehen worden, eine bittere Enttäuschung für manche Streber und eigennützige Patrioten. So heißt es in der Lothringer Volkszeitung (No. 72, 26. 3. 19): „Diese Ernennungen haben nur provisorischen Charakter. Später, so heißt es, werden alle besseren Stellen im Lande, und nicht bloß im Schulgebiet, von Franzosen jenseits der Vogesen besetzt. Uns Lothringer und Elsäßer hält man offenbar für zu dumm und inferior. . . Sollten wir am Ende gar aus dem Regen in die Traufe geraten?“

Allgemein wird im Lande geklagt, daß es der französischen Regierung am nötigen Organisationsgeist fehle. Ein Artikel der Pariser Zeitung Le Journal (13. Febr. 1919) macht der neuen Verwaltung solche Vorwürfe und spendet den deutschen Behörden ein solches Lob, daß auch ein Deutscher es nicht anders geschrieben haben würde.

„Was das soziale Gebiet anbelangt“, heißt es da, „so hatte Deutschland auf reiflich durchdachten und durch die Erfahrung bestätigten Grundlagen aufgebaut: den Arbeiterschutz, die strenge Regelung des Lehrlingswesens, die Überwachung der Frauen und Minderjährigen, die Versicherung gegen Krankheit, Alter, Unfälle und Arbeitslosigkeit; auf fiskalischem Gebiet ein gerechtes Steuersystem; auf dem Gebiete des Erziehungswesens die Entwicklung der Universitäten, die Ausdehnung des technischen Unterrichts und des Fortbildungsunterrichts; auf religiösem Gebiet die absolute Kultusfreiheit unter dem Schutze strenger Neutralität; auf demjenigen Gebiete endlich, das am tiefsten in das öffentliche Leben eingreift, einen fast vollkommenen Betrieb in den Verwaltungszweigen, der Post, der Telegraphie, der Eisenbahnen, und die gewissenhafte Beobachtung der Gesundheitsvorschriften. Außerdem besaß Elsaß-Lothringen, politisch unter dem Joche stehend, eine selbständige Verwaltung, deren Mittelpunkt und fast unabhängige Leitung in Straßburg lag, so daß es den Einwohnern möglich war, ohne Verzug und ohne unnütze Formalitäten die meisten dringenden Angelegenheiten und schwebenden Streitfragen erledigen zu lassen.“ Der Verfasser gibt als ersten Grund der nunmehr eingetretenen Des-



organisation an: „Zunächst sind unter dem Vorwand der Säuberung mit einemmal die meisten höheren Beamten entlassen worden. Im Prinzip ist dieser Beschluß vorzüglich, aber in seinen Folgen abscheulich, weil man, anstatt sie durch sorgfältig ausgewählte und auf ihren Beruf vorbereitete Männer zu ersetzen, oft solche an ihre Stelle gebracht hat, die zwar guten Willens, aber durchaus unfähig sind und deshalb außerstande, Fragen, die sie nicht verstehen, eine sofortige Lösung zu geben."[1]) Ein neues Lob der bisherigen deutschen Regierung, zugleich einen Hieb auf manche Einrichtungen Frankreichs und Widerstände in der französischen Bourgeoisie enthalten die Worte: „Der Beweis liegt vor, daß man das Los der Arbeiter verbessern kann, ohne die Arbeitgeber zum Ruin zu führen; daß man sich auch in vielen Fällen auf die Steuerpflichtigen verlassen kann, ohne daß die öffentliche Ordnung gestört wird; daß man durch anständige Gehälter höfliche, geschäftsgewandte und zuverlässige Beamte erhält; daß man, ohne die Regierungsform zu gefährden, die Kleinen der Erziehung durch Frauen mit der Schwesternhaube anvertrauen kann; daß die religiöse Freiheit durchaus vereinbar ist mit der Meinungsfreiheit, daß die Züge pünktlich abfahren und ankommen können, und manches andere noch. Die Elsaß-Lothringer müssen durchaus überzeugt sein, daß ihnen dies niemand nehmen wird. Dann muß ihnen gezeigt werden, daß auch wir einer guten Organisation fähig sind. Freiheiten ohne die Freiheit, so lautete die Formel, nach der noch vor drei Monaten die Elsaß-Lothringer lebten. Sie dürfen nicht die einen um der andern willen verlieren; deshalb haben sie nicht 48 Jahre gelitten."

Es hieße die Tragkraft dieser Auslassungen des Pariser Berichterstatters Lucien Chassaigne abschwächen, wollten wir sie weiter erläutern. Nur das eine Zugeständnis sei hervorgehoben, daß es in Elsaß-Lothringen **Freiheiten** gegeben

1) Vielleicht denkt der Verfasser hier an die Stadt Straßburg, deren kommissarische Verwalter ihre Entlassung einreichten und durchsetzten, weil sie unter dem Präfekten nichts zu sagen hatten und mit dem neuen Personal nichts erreichen konnten.



hat. Sonst ist immer nur von Knechtschaft die Rede, aber in unbewachten Augenblicken wird doch die Beibehaltung mancher guten Einrichtung gefordert, so der sozialen Gesetzgebung, der Fürsorge für Landwirtschaft und Handwerk, insbesondere auch der konfessionellen Schule und des konkordatären Verhältnisses von Staat und Kirche.

V.

Wenn irgend etwas angetan war, vor der französischen Herrschaft Furcht einzujagen, so mußte es deren religiöse Politik sein. Kein Zweifel, eine zur richtigen Zeit eingeleitete Neutralitätsbewegung hätte gerade aus diesem Gesichtspunkte heraus Erfolg gehabt. Aber als die Niederlage Deutschlands und besonders sein innerer Zusammenbruch sicher war, trug der Taumel für den Anschluß an Frankreich den Sieg auch über die religiösen Bedenken davon, zumal angesichts der ungewissen Zukunft der kirchlichen Verhältnisse im neuesten Deutschen Reich.

Seither ist mancher wieder zur Besinnung gekommen. An der Spitze der Senatskommission, welche die zukünftigen Schul- und Kultusverhältnisse in Elsaß-Lothringen ordnen soll, steht ein so ausgesprochener und fanatischer Freimaurer wie Debierre, der noch am 16. September 1918 zum Vorsitzenden des Konventes des Großorients erwählt worden ist und selbst als seinen Wahlspruch ausgegeben hat: Ni Dieu ni maître. Der frühere Reichstagsabgeordnete für Metz, Georges Weill, ist in der Presse eifrig für ein vollständiges Aufgehen von Elsaß-Lothringen in Frankreich eingetreten, ohne jede Sonderstellung auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts; höchstens könne man den jetzigen Inhabern der geistlichen Ämter ihre Bezüge lassen.

Daß er nur die Ansichten der Regierung ausspricht, beweist ein Artikel eben jenes Debierre in Le Pays (22. 1. 19), in dem er erklärt, es sei „am besten, unter Wahrung der materiellen Interessen der kirchlichen Personen sofort die Trennung der Kirchen vom Staat einzuführen" (Straßburger Echo Nr. 27,



1. 2. 19). Und in Paris-Midi sagt er: „In Frankreich ist der Charakter des Unterrichts weltlich, in Elsaß und Lothringen ist er konfessionell. Der Unterschied zwischen der französischen und der elsäßischen und lothringischen Volksschule springt in die Augen. Es ist nicht zulässig, daß das elsäßische und lothringische Schulwesen vom französischen abweicht. Es fragt sich nur, ob man das französische Gesetz sofort oder nach einer Übergangsperiode anwenden soll. Der Volksunterricht in Elsaß und Lothringen ist gut; um ihn den französischen Gesetzen anzupassen, muß man ihn verweltlichen.“ Und an einer andern Stelle: „Der Schule endlich die Gewissensfreiheit bringen, heißt ihr die Toleranz, Unabhängigkeit der Meinungen und des Glaubens geben. Das ist das Programm der Republik“ (Straßburger Echo, Nr. 39, 15. 2. 19).

Diese und andere Ausführungen haben die Vertreter verschiedener Kulte sowie die kirchlich gesinnte Presse auf den Plan gerufen. Schon vor dem Einmarsch der Franzosen konnte man lesen, daß die französischen Generäle und auch Präsident Poincaré den Elsaß-Lothringern bezüglich ihrer „Gewohnheiten, Traditionen und Überzeugungen“ Zusicherungen gemacht hätten. Man verstand darunter besonders die Erhaltung der deutschen Sprache, der konfessionellen Schule sowie des Verhältnisses von Staat und Kirche. Freilich, wer die französische Regierungsweise kennt, konnte damals schon wissen, daß die Generäle nach Friedensschluß nichts mehr zu sagen haben werden und daß auch der Präsident der Republik vor Beschlüssen der Kammermehrheit sich beugen muß. Deshalb appellieren Leute wie der elsässische Titularbischof Herrscher, früher Bischof von Langres, Jules Pfender, Präsident der Vereinigung der reformierten evangelischen Kirchen Frankreichs, und Israel Lévy, Oberrabiner beim israelitischen Zentralkonsistorium, an das Ehrgefühl der Regierenden und an die Klugheit der Parlamentarier, damit das elsaß-lothringische Volk keine Enttäuschung in seinen Hoffnungen erlebe und nicht mißgestimmt werde gegen seine neuen Herren (Der Elsässer Nr. 288,

29. 11. 18). Seither sind Monate vergangen, und die Zuversicht der kirchlich gesinnten Elsaß-Lothringer ist nicht größer geworden, im Gegenteil. Daher haben sich die führenden Männer der bisherigen Elsaß-Lothringischen Zentrumspartei wieder zusammengefunden, und eine Versammlung zu Straßburg, die Mitte Februar abgehalten wurde, stellte als Forderungen auf: die Erhaltung der religiösen Grundlage der Volksschule und die Erhaltung der traditionellen Rechte der Kirchengemeinschaften. In Colmar ist eine Zeitschrift gegründet worden, die Revue scolaire d'Alsace et de Lorraine, die nicht nur der Schule ihre Erziehungsaufgabe und ihren christlichen Charakter erhalten wissen will, sondern auch für die Muttersprache als Ausgangspunkt alles Unterrichtes eintritt.

Möge der so begonnene Feldzug Erfolge zeitigen; viel Hoffnung dazu ist nicht vorhanden. Mehr und früher als manche elsaß-lothringische Zeitung hat die Pariser Croix vor den neuen Männern gewarnt und den Elsaß-Lothringern zugerufen: „Ihr habt 40 Jahre lang der deutschen Unterdrückung widerstanden: haltet euch bereit, mit derselben Tatkraft der freimaurerischen Unterdrückung zu widerstehen."

Wie die französische Regierung mit der Kirche umspringt, zeigt nicht nur die Ausweisung von Geistlichen, sondern auch die Behandlung, die der lothringische Präfekt Mirman dem Metzer Bischof Benzler hat zuteil werden lassen. Der ehrwürdige Oberhirte, der während des Krieges so viel zur Verteidigung seiner Geistlichen und der einheimischen Bevölkerung getan, hatte auf den 1. Dezember eine feierliche Andacht in seiner Kathedrale ausgeschrieben, um Gott für die Bewahrung seiner Diözese vor weiteren Verwüstungen zu danken, und zu ihr auch den kommissarischen Präfekten Mirman eingeladen. Am Tage vorher erschien im Metzer französischen Zeitungsorgan ein Brief dieses Beamten, in dem er die Einladung zurückwies, weil sie von einem deutschen Bischof stamme, der nicht gegen die Kriegsgreuel seiner Landsleute protestiert habe und diese Feier sicher nicht zur Ver-



herrlichung der französischen Siege halte. Diese Art eines offenen Briefes und die schroffe Sprache waren nicht dazu angetan, den neuen Herren die Zuneigung der kirchlich gesinnten Bevölkerung Lothringens zu erwerben.

Seither ist noch mancherlei geschehen.

Die höchsten Schulbehörden in Straßburg, Colmar und Metz „stehen“, wie es in der Libre Parole (20. 3. 19) heißt, „dem katholischen Glauben fremd oder gar feindselig gegenüber und sind statt dessen eifrige Anhänger des Laienschulsystems. . . Der Minister des öffentlichen Unterrichtswesens hat 500 000 Schulbücher in die wiedereroberten Provinzen hinaussenden lassen. . . . Eine gewisse Anzahl dieser Moral- und Geschichtshandbücher und gewisse Lesebücher glänzen in der Reihe jener Schulbücher, welche die französischen Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 14. September 1909 feierlich verurteilt haben“. Und die Lothringer Volkszeitung (Nr. 72, 26. 3. 19) meldet: „Etwas ganz Unerhörtes, schier Unglaubliches ist die Ernennung des famosen maître d'école Gillet, dessen gehässige, antireligiöse Ausfälle sogar den indifferentesten Familienvätern in Chaudenay und anderen Orten schließlich zu viel geworden war, nach Straßburg und obendrein an die Münsterschule. Ob sich die Elsässer diese Taktlosigkeit bieten lassen, wird sich bald zeigen“.

VI.

Zu den „Gewohnheiten“, deren Erhaltung Elsaß-Lothringen zugesichert worden ist, gehört auch die deutsche Sprache, die für 88 Prozent der Bevölkerung die Muttersprache ist. Die deutsche Regierung hatte wohl in allen Schulen das Deutsche als Unterrichtssprache eingeführt, aber im französischen Sprachgebiet war das Französische als Fach beibehalten worden, wie auch der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wurde. In den französisch redenden Gemeinden erschienen alle Veröffentlichungen zweisprachig, und die Amtssprache dieser Gemeinden war die französische geblieben. Erst der Krieg mit seinen Härten hat auch hier



störend eingegriffen; die deutschen Militärbehörden haben die schonenden Verordnungen beseitigt, die die deutschen Zivilbehörden im Interesse des Volkes und auch der Eingewöhnung in das Reich erlassen hatten.

Viel rauher noch als das deutsche Militär, hat die neue französische Regierung zugegriffen, nur diesmal zu Ungunsten der deutschen Sprache. Mit einer Hast, als wollte sie das Geraubte in Sicherheit bringen, hat sie für die Schulen der deutschredenden Bevölkerung das Französische als Pflichtfach und, wo der Lehrer es vermag, als Unterichtssprache eingeführt, selbst als noch keine Schulbücher vorhanden waren. Wo der Lehrer des Französischen nicht genug mächtig war, konnte jeder sich zu diesem Unterricht anbieten, selbst der Geistliche. In der Praxis hat sich ja die Neuerung nicht sofort durchführen lassen, auch in der Verwaltung und im Gerichtswesen nicht, für die ebenfalls das Französische als Amtssprache angeordnet worden ist. Die französischen Präfekten und Unterpräfekten, die des Deutschen nicht mächtig sind, haben schon die Schwierigkeiten erkannt, im rein deutschen Sprachgebiet nur mit dem Französischen auskommen zu wollen. Lehrer, Rechtsanwälte und Richter sind nicht auf die französische Terminologie eingeschult, und mancher wird doch wieder nach Deutschland ziehen, wenn er es nicht erleben will, zur bessern Angewöhnung der französischen Sprache ins innere Frankreich geschickt zu werden. Schon sind eine Reihe höherer Beamten aus der bisherigen französischen Verwaltung hereingenommen worden. Der Historiker Henri Welschinger und der Ästhet Maurice Barrès haben bereits ihre warnende Stimme erhoben, damit nicht Mißstimmung an die Stelle des ersten Jubels trete. Bischof Fritzen von Straßburg hat sich an den Hl. Vater gewandt, mit der Bitte, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Gebrauch der deutschen Sprache so lange gestattet werde, als das religiöse Interesse es verlange. Über die Erfolge der Französierungsmanie berichtet eine einheimische Stimme (Lothringer Volkszeitung Nr. 72, 26. 3. 19): „Wissen Sie



was die französische Schulverwaltung im okkupierten Oberelsaß in den vier Jahren fertig gebracht hat? Sie war nicht weit davon entfernt, fast lauter Analphabeten zu züchten, die weder deutsch noch französisch ordentlich lesen oder schreiben konnten, vom Rechnen usw. ganz zu schweigen."

Der Französierung sind auch die Namen der Straßen und Plätze unterworfen worden. Was vor 1870 bestanden hatte, wurde wieder aufgenommen; da gab es keine Schwierigkeit. Doch mußte auch hier mancher alte Name irgend einem französischen General der Gegenwart Platz machen. Die seit 1870 für neue Straßen eingeführten Benennungen sind bereits größtenteils verschwunden, oft sogar unter Mißachtung des Lokalpatriotismus, wie es dem (Sebastian) Brantplatz in Straßburg ergangen ist, der nunmehr Place de la Délivrance heißt. Es ist sicher, daß die französische Verwaltung die Doppelsprachigkeit in den Straßenschildern nicht so lange beibehalten wird, wie es die deutschen Behörden getan hatten. In Metz waren bis Kriegsausbruch die Bezeichnungen der Straßen und Plätze noch zweisprachig; heute schon sind sie nur noch französisch. Ebenso hatten die deutschen Eroberer die Namen der französischen Berühmtheiten, auch der Generäle bestehen lassen und aus Lokalpatriotismus das Aufkommen neuer geduldet, so in Metz eine Guisestraße, eine Vaubanstraße, eine Bossuetstraße. Von diesem Sinn fürs Geschichtliche beim Franzosen keine Spur; er kennt nur die Befriedigung seiner Eitelkeit und seiner Rachsucht.

* * *

Die Stimmung unter den Elsässern und Lothringern ist nicht rosig. Vielleicht würden sie, wenn es heute zur Abstimmung käme, sich zwar nicht für Deutschland, aber doch für die Neutralität entscheiden. Die Möglichkeit ist ihnen genommen, da die beiden Provinzen Frankreich von vornherein zugesichert worden sind. Ob sie immer bei Frankreich bleiben werden? Wer weiß es? Jedenfalls haben



die Franzosen alles getan, um die einheimische Bevölkerung zu verbittern und die ausgestoßenen Deutschen mit Rachegedanken zu erfüllen. Sie haben eine böse Saat gesät. Wird sie einmal aufgehen?

LV.

Die freie Schule.

Haben wir die freie Schule?

Durch die Verordnungen des bayerischen Ministers für Unterricht und Kultus „ist die Schule von der Kirche befreit worden", wie in kirchenfeindlichen Versammlungen rühmend verkündet wurde; aber das ist etwas ganz anderes, als wenn die „freie Schule" geschaffen worden wäre. Durch diese Verordnungen über die Volksschulen in Bayern ist ein Stein ins Rollen gekommen, der ein gewaltiges Getöse erregte und allen, die davon betroffen werden, heftigen Schmerz verursacht. Wie lange wird es dauern, bis die Ruhe wieder hergestellt ist? Ob diejenigen, welche die Aufregung hervorriefen, nicht schon bereuen, daß sie den Schritt wagten? Er war allerdings wohl überlegt und längst herbeigesehnt; dennoch scheint er übereilt, da die Verfügung bereits in den wenigen Wochen, die inzwischen verflossen, Folgen zeitigte, die man gewiß nicht wünschte und die vielleicht nötigen werden, sie wieder zurückzunehmen.

Der Beweggrund war, wie man vorgab, die Absicht, denjenigen, welche freier, religiöser Anschauung huldigen, die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Kinder frei von jedem Einfluß einer der bestehenden Kirchen zu erziehen.

Daß sie diese Möglichkeit anstreben, läßt sich begreifen; aber unerhört ist es, wenn sie in ihrem Übereifer über das Ziel hinausschießen und denjenigen, welche anderer Anschauung sind, die Fessel anlegen, welche sie selbst nicht tragen wollen. Sie begehen den Fehler, daß sie an Stelle der



christlich konfessionellen Schule die sozialdemokratisch konfessionslose Schule setzen, anstatt die „freie Schule" anzustreben und einzurichten.

Sie hätten doch ein schönes Muster in der freien Schule gehabt, welche das kleine Holland besitzt.

Das holländische bürgerliche Gesetzbuch (Grondwet voor het koninkryk der Nederlanden naar wyziging van 1917) sagt am Beginn der Nummer 192: „Der Unterricht ist ein Gegenstand andauernder Sorge der Regierung." Dasselbe ist bei uns erwünscht. Ein ungebildetes Volk wäre ein bedeutungsloses, ein armes und bedauernswertes Volk. Hat uns der hohe Stand der Volksbildung auf die Stufe gebracht, auf welcher wir uns befinden, so muß Sorge getragen werden, daß wir von dieser Kulturstufe nicht wieder herabsinken, vielmehr wo möglich weiter gefördert werden. Es muß für allgemeine Bildung gesorgt werden, aber dabei dürfen nicht alle über einen Kamm geschoren werden, wie es durch die neueste Verfügung über die Volksschulen in Bayern geschah. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein; wollen die Freigesinnten „der Fessel der Kirche" los werden, so dürfen sie den Kirchlichgesinnten nicht die Fessel der Konfessionslosigkeit anlegen. Sie dürfen nicht die christlich-konfessionelle Schule durch eine konfessionslose ersetzen, sondern müssen die „freie Schule" anstreben, wie Holland sie hat.

Das holländische bürgerliche Gesetzbuch erklärt in der bereits genannten Nummer: „Das Unterrichtgeben ist frei mit Vorbehalt der Beaufsichtigung durch die Behörde und, insoweit es den allgemeinen, sowohl niederen als höheren Unterricht betrifft, mit Vorbehalt der Prüfung der Lehrer auf ihre Befähigung und Sittlichkeit, welche durch das Gesetz zu regeln ist." Damit ist dem Staat sein volles Recht gewahrt und doch zugleich die Freiheit der einzelnen Bürger gesichert.

Diese Freiheit ist nicht nur wünschenswert, sondern geradezu ein Gebot der Notwendigkeit. Das fühlt der Frei-



gesinnte wie der Kirchlichgesinnte; denn nur so ist es dem Einzelnen möglich, sich religiös zu betätigen oder konfessionslos zu verhalten, wie seine Überzeugung ihn drängt.

Religiöse Überzeugungen müssen geachtet und berücksichtigt werden. Dies geschieht durch das holländische Schulgesetz. „Der öffentliche Unterricht wird durch das Gesetz mit Achtung der religiösen Gesinnung eines jeden geregelt" heißt es an der erwähnten Stelle. Und viel glücklicher und gerechter als die Männer unserer provisorischen Regierung bestimmen die Holländer: „In jeder Gemeinde wird auf Anordnung der Behörde in einer genügenden Anzahl von Schulen öffentlicher Volksschulunterricht erteilt." Das ist die staatliche Schule, die konfessionslos ist wie der Staat selbst. In vernünftiger und gerechter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse und der persönlichen Bedürfnisse der einzelnen Bürger wird dann verfügt: „Von dieser Bestimmung kann nach den durch das Gesetz gegebenen Normen eine Ausnahme gewährt werden, vorausgesetzt, daß genügend Gelegenheit zu derartigem Unterricht gegeben wird." Darnach können in Holland neben der konfessionslosen Schule ebenso konfessionelle bestehen. Und sie bestehen und zwar Volksschulen, Gymnasien, Lehrerbildungsanstalten und sogar eine katholische Universität. Für solche Schulen und Anstalten sorgt jeder Bischof in seiner Diözese, indem er geeignete Persönlichkeiten abstellt, damit sie sich an staatlichen Anstalten die entsprechenden Kenntnisse erwerben, die vorgeschriebenen Prüfungen ablegen und die notwendigen Zeugnisse erhalten. Mit diesen ausgerüstet, genießen dieselben auch staatlicherseits alles Ansehen und besitzen sie alle gesetzlichen Rechte, so daß Schüler, welche bei ihnen Unterricht genossen und Reifezeugnisse erwarben, überall dieselben Anrechte haben, wie wenn sie die staatliche Normalschule besucht und absolviert hätten. „Die Forderungen der Befähigung, welche an den ganz oder teilweise aus der Staatskasse bezahlten Unterricht zu stellen sind, werden, wenn es sich um Privatunterricht handelt, durch das Gesetz unter Wahrung der Freiheit ihrer Richtung



geregelt. Für die Volksschulen erfolgt die Regelung dieser Forderungen so, daß die Güte des ganz aus der Staatskasse bezahlten Privatunterrichtes in gleicher Weise verbürgt wird wie die des öffentlichen Unterrichtes. Bei dieser Regelung wird namentlich die Freiheit des Privatunterrichtes in der Wahl der Lehrmittel und in der Anstellung der Lehrer gewürdigt." Wohlgemerkt, die an solchen Privatschulen wirkenden Lehrer beziehen ihren Gehalt vom Staat. „Der private Volksschulunterricht, welcher den durch das Gesetz gestellten Bedingungen genügt, wird nach demselben Maßstabe wie der öffentliche aus der Staatskasse bezahlt. Ebenso stellt das Gesetz die Bedingungen fest, unter welchen für den privaten Mittelschul- und Hochschulunterricht Beiträge aus der Staatskasse gewährt werden." Und all das ist nicht nur durch einfaches Gesetz geregelt, sondern in der Verfassung des Landes festgelegt (Art. XIII), so daß die Bürger keineswegs zu fürchten brauchen, ihr gutes Recht über kurz oder lang zu verlieren.

Ähnliche Bestimmungen müßte unsere Regierung treffen, wenn schon einmal Änderungen unter Mißachtung des prinzipiellen Rechtes der Kirche auf die Schule vorgenommen werden sollen und die „freie Schule" einrichten, ohne daß die Bürger ein Unrecht erleiden und das Erziehungswerk beeinträchtigt wird. Dazu muß sich wohl oder übel auch unsere Regierung verstehen, wenn sie nicht den Vorwurf auf sich laden will, daß sie, obwohl mit der Obsorge für Unterricht und Kultus betraut, unpädagogisch handelt und den Erfolg einer ersprießlichen Erziehung in Frage stellt, ja vereitelt und daß sie grausam und ungerecht gegen ungezählte Tausende von Bürgern vorgeht, die sie geistig vergewaltigt und durch ihre neue Verfügung in die größte Gewissensbedrängnis versetzt.

Reisach. P. Redemptus a Cruce Wenninger, Carm. Disc.



LVI.

Lenin.

Von Fritz Zinnecke.

Ein junger Russe von der Wladimiruniversität in Kiew, Bolschewik bis auf die Knochen, sagte mir einmal: „Eigentlich hat die Menschheit zur Zeit nur drei große Männer: Wilson, Lenin und Benedikt XV.“ Betrachtet man die Zusammensetzung unserer Regierung und der Friedensdelegation, die doch die Blüte der Nation umfassen sollen, oder die in Paris versammelten Staatsmänner der Entente, die gar eine neue Epoche begründen wollen, so gewinnt dieser Ausspruch eine besondere Bedeutung. Wenn aber ein Bolschewist trotz des Gegensatzes der Weltanschauung Benedikt XV. einen großen Mann nennt, dann darf wohl auch ein Katholik die Persönlichkeit Lenins, von dem ihn nicht nur in religiösen Dingen Sternenweite trennt, behandeln und ihr gerecht zu werden versuchen.

Mehr denn einmal habe ich während meines Aufenthaltes in der Ukraine mit Russen gesprochen, die Lenin persönlich kannten, die entweder unter ihm politisch gearbeitet oder gegen ihn gestritten hatten. Darin aber war sich Freund und Feind einig: Lenin ist Idealist. Sein Ideal ist die Verwirklichung des Kommunismus, nicht um seiner selbst willen, sondern weil er darin, wie Kautsky in der Sozialisierung, „eine Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung“ sieht. Die Realisierung der kommunistischen Idee ist das unverrückbare Endziel des bolschewistischen Staatsmannes, und alle übrigen Ziele, die er in Wort und Schrift als erstrebenswert hinstellt und durch die Tat zu erreichen sucht, wie Weltfriede, Weltrevolution und Diktatur des Proletariats, sind nur Mittel zum Zweck, die er bald schärfer, bald lässiger betont je nach der internationalen Lage und den innerrussischen Verhält-



nissen. Lenins Idealismus bekundet sich nicht nur in seiner persönlichen Immunität gegen jede Art der Bereicherung und Bestechung, sondern auch darin, daß er letzten Endes alles von der siegenden Macht geistiger Kräfte erhofft und der Waffengewalt und dem Terror nur untergeordnete Bedeutung zumißt. „Nur dann, wenn das Proletariat und die Bauernschaft in sich genügende Ideenstärke und Selbstaufopferung zu finden vermögen, wird der Sieg des Sozialismus gesichert sein“ erklärt er in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees vom 29. April 1918. In die Sprache des russischen Volkes übersetzt er dies: „Führe genau und gewissenhaft Rechnung über dein Geld, wirtschafte sparsam, sei kein Tagedieb, stehle nicht, zeige die strengste Zucht bei der Arbeit! Die Durchführung dieser Sätze ist für den Sieg des Sozialismus genügend.“ Wer nur einigermaßen den Russen kennt, muß hier den Psychologen bewundern, der die Fehler seines Volkes weiß und den Ton, durch den er auf dessen Seele einzuwirken vermag.

Daß Lenin bei aller idealen Auffassung seiner Aufgabe und bei aller Zielbewußtheit in deren Durchführung kein Schwärmer und Prinzipienreiter ist, hat er bewiesen, wenn es galt, sich an Unvermeidliches klug anzupassen, Undurchführbares zeitweilig zurückzustellen und irrige Wege zu verlassen. Bei allem Pazifismus z. B. weiß er die ultima ratio regum zu würdigen — „Einen militärischen Widerstand kann man nicht anders als mit militärischen Mitteln brechen“ — und wie die derzeitige russische Front vom Weißen bis zum Schwarzen Meer beweist, zu gebrauchen. Das eine Mal verkündet er die Diktatur des Proletariats bis zum Terror, ein ander Mal aber, da er die Wahrheit des Wortes von Wilhelm Liebknecht: „Wir springen nicht mit einem Satz in den Sozialismus hinein“ eingesehen hat, prägt er das geflügelte Wort von der „Einstellung der Offensive“, ja rät sogar an „die Anwendung von vielem, was an Fortschrittlichem und Wissenschaftlichem im Taylorsystem vorhanden



ist", ein System, das ihm sonst als verfeinerte „Grausamkeit der bürgerlichen Ausbeutung" erschien.

Auf dem Wege der Entwicklung ist Lenins extremes Ziel, die Verwirklichung des Kommunismus, nicht zu erreichen, es bedarf dazu des gewaltsamen Umsturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in allen Kulturländern. Sein nächstes und intensivstes Bestreben geht daher auf die Revolutionierung der Welt. Die Weltrevolution hat dort die beste Aussicht zum Durchbruch zu kommen, wo infolge des Weltkrieges eine weitgehende Verelendung der Massen eingetreten und infolgedessen der Wille zur Beseitigung der herrschenden Schicht besteht, der das Proletariat die Schuld an diesem Kriege und seiner Notlage beimißt. In Lenins Plane mußte es daher liegen, diesen Krieg möglichst lange sein verheerendes Werk tun zu lassen. Andererseits verlangte das kriegsmüde russische Volk von ihm die Einlösung seines Versprechens, das er im Kampfe gegen Kerenski gegeben: Frieden zu machen, Frieden um jeden Preis. In der Vereinigung dieser beiden heterogenen Ziele, dem Friedensbedürfnis des Volkes zu entsprechen und den Krieg nicht einschlafen zu lassen, zeigte sich Lenins politische Genialität. Er verstand es, in Brest-Litowsk selbst den gegnerischen Imperialismus sich dazu dienstbar zu machen. Der dort abgeschlossene Gewaltfriede ermöglichte einerseits dem russischen Bauer die Heimkehr und erhöhte im In- und Auslande das Ansehen Lenins als Verfechter der Friedensidee; andererseits öffnete er durch das ihm folgende Ukraineabenteuer, durch die Finnlandexpedition und durch die ganze Randstaatenpolitik der bolschewistischen Propaganda in Heer und Volk der Mittelmächte Tür und Tor.

Die deutsche Revolution an sich hat der Weltkrieg geboren. Sowjetrußland aber hat dabei Amme gestanden. Rakowski in Kiew, Joffe in Berlin und Radek in Moskau handelten und schrieben im Sinne und im Auftrag Lenins. Vom Kreml, dem Brennpunkte des Bolschewismus, aus hat dieser die Lohe der Revolution nicht nur in Deutschland

und Österreich entfacht, auch in die Zentren der Ententestaaten hat er glühende Funken geschleudert, ja darüber hinaus in seinen Bannkreis gezogen „die Grenzen der Erde". Die jüngsten Streiks in Indien trugen bolschewistische Züge; in Amerika sah sich der Senat veranlaßt, ein Gesetz vorzuschlagen, das bolschewistische Propaganda gleich Verschwörung und Verrat an der Republik ahndet; durch die Ermordung des Führers der „Propagandakommission für China" bekam neulich das erstaunte Europa ein Bild von der Ausdehnung des Leninschen Tätigkeitsfeldes.

Die Propagierung und Organisierung der Weltrevolution ist nur eines der Gebiete, die Lenin bearbeitet, ein zweites nicht minder großes ist das innerrussische, auf dem es sich darum handelt, der Menschheit das Beispiel eines kommunistischen Staatswesens zu geben. Um ein solches aufzurichten, war es vorerst nötig, derjenigen Bevölkerungsklasse die politische Macht zu übertragen, die willens war, diesen Ideen die nötige Stoßkraft zu verleihen. Er erklärte daher die Diktatur des Proletariats, das, wie wir gesehen, die Sprengung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erstrebte, und gab ihr in dem Rätesystem die entsprechende Form. Damit trennte sich der Bolschewismus von der Auffassung der Sozialdemokratie, die Jaurès in den Worten ausdrückt: „Das, was den Adel des Sozialismus darstellt, ist, daß er kein Regiment der Minderheit sein will." Die Schaffung der Räterepublik betrachtet Lenin als sein ureigenstes Werk, wie aus einer Stelle seines Buches „Aufgaben der Sowjetmacht" hervorgeht: „... indem wir einen eigenen Typus des Sowjetstaates geschaffen haben ..." und aus der Rede, die er am 6. Januar 1918 bei Auflösung der Konstituante gehalten hat: „Unsere Schaffung der Räte ist etwas Neues in der Geschichte der Weltrevolution." Diese Räterepublik sollte den politischen Rahmen abgeben, innerhalb dessen sich die Sozialisierung verwirklichen und die gesamte kommunistische Lebensweise abspielen sollte bis zu jenem berühmten Zeitpunkte, da das „Absterben des Staates", von dem er in seinem vor der Oktoberrevolution geschrie-

denen Werke „Staat und Revolution“ spricht, vor sich gehen würde und die Menschheit den Idealzustand erreicht hätte.

Einstweilen aber ist sie davon noch ebensoweit entfernt wie das russische Volk von einer Wirtschaftsordnung nach kommunistischer Lehre. Wohl ist die alte Wirtschaftsordnung eingerissen, wohl bedecken deren Trümmer das weite Reich, wohl blutet das Volk aus tausend Wunden, aber noch immer will kein neues Leben aus den Ruinen erblühen. Ansätze sind gemacht, Halbheiten zustande gekommen, waghalsige Unternehmungen wieder rückgängig gemacht oder zusammengebrochen. „Lenin ist ein grausamer Experimentator“, sagt Gorki. Einzelne dieser Experimente, ihr anfängliches teilweises Gelingen und späteres völliges Mißglücken habe ich in meinem Aufsatz „Wirtschaftspolitisches aus Großrußland“ (Histor.-polit. Bl. Band 162 S. 697 ff.) zu beschreiben versucht. Die damals obwaltenden Verhältnisse sind, soweit sich dies aus größerer Entfernung beurteilen läßt, um nichts besser geworden. Die Unordnung aller Verhältnisse und die Zerstörung aller Werte haben nur noch zugenommen. Trotz dieser Konsequenzen der Leninschen Ideen darf man ihn selbst nicht, wie es im Volksmunde häufig geschieht, als Anarchisten bezeichnen, da sein Ziel nicht etwa das eines Bakunin oder Alexander Herzen ist, der den Satz geschrieben: „Es lebe das Chaos!“, sondern wie bereits mehrfach gesagt, die Aufrichtung eines neuen kommunistischen Gemeinwesens.

Die Tatsache, daß diese Staats- und Wirtschaftsordnung bisher trotz aller Experimente, trotz aller Tatkraft und Rücksichtslosigkeit der führenden Männer in Rußland nicht zustande kommen konnte, tut besser denn alle theoretischen Beweise die Unausführbarkeit der marxistischen Ideologie dar, denn der geplante russische Kommunismus ist weiter nichts als reiner Marxismus. Daß Marxismus überhaupt bloß ein „unter wissenschaftlichem Gewande versteckter Kommunismus ist“, hat schon Bernstein gesagt, und wer dies bestreitet, sieht Karl Marx eben durch die Brille Kautskys. Eine Erklärung dafür, daß die Sowjetmacht nicht schon längst zu-



sammengebrochen und hinweggefegt worden ist, ja daß sie neuerdings eine Macht ins Feld zu stellen hat „gleich der des Islam zur Zeit seiner Höhe“, gibt der von Lenin selbst stammende Satz: „Unter hundert Bolschewisten befinden sich ein Idealist, neunundzwanzig Verbrecher und siebzig Dummköpfe.“ Diese weltfremden Ideologen und urteilslosen Dutzendmenschen bilden die Führer und die Geführten, „auf die“, wie Gerlich in den ‚Süddeutschen Monatsheften‘ so treffend sagt, „der chiliastische Charakter des Marxismus seine Anziehungskraft ausübt und die er mit der werbenden Kraft der religiösen Wahnidee befällt“. Der Prophet dieses neuen Glaubens ist Lenin.

Lenins Charakterbild setzt sich somit zusammen aus den Zügen des genialen Politikers, des umfassenden Organisators und des unentwegten Experimentators auf dem düsteren Hintergrunde fanatischen Prophetentums.

Von diesem fanatischen Prophetentum beseelt, hat Lenin zur Erreichung seiner utopischen Ziele eine systematische Politik der Zerstörung betrieben, die den Ruin Rußlands herbeigeführt, Deutschland dem Abgrund entgegentreibt und die Demokratien des Westens in ihrem Bestande bedroht. Einen großen Mann im Sinne des Wertesetzers und Werteschaffers kann man ihn daher nicht nennen, seine Mission im Plane des Weltgeschehens ist die eines Attila und Tamerlan, die einer Gottesgeißel für die Sünden der Völker. Werden sich — das ist die bange Frage — die von Lenins Lehren berauschten Massen nur gleich einer Welle über die Menschheit ergießen, sie geißelnd, und dann abfluten, oder werden die roten Armeen die moderne Kultur mit Stumpf und Stiel vernichten wie jene germanischen Horden die antike? Werden dann nach dem Versagen der zwar edlen, aber doch nur rein menschlichen Ideen des großen Mannes in Washington jene ewig gültigen Ideale die zur Herrschaft gelangten Schichten durchdringen, beleben und veredeln, denen vor eineinhalb Jahrtausend die siegreichen Barbaren sich beugten und deren Träger und Verkünder zur Zeit der eingangs erwähnte dritte Große ist? — Für uns ist das keine Frage!

LVII.

Der Bolschewismus in Ungarn.

— 10. April.

Die Bolschewiken Rußlands machen Schule. Seit dem 21. März hat auch Ungarn eine Bolschewiken-Regierung. Es ist, wie wenn der Bolschewismus von Osten nach Westen fortschreiten wollte. Vielleicht deutet er damit schon selber an, daß sein Wesen der Rückschlag jenes Schablonenliberalismus ist, der mit der großen französischen Revolution seinen Weg von Westen nach Osten angetreten und nun am Ural seine Schranke gefunden hat. Ist mit 1789 in Paris das verzerrte Prinzip des Individualismus siegreich geworden, so im Jahre 1918 in Moskau das ebenso verzerrte Prinzip des Kommunismus. Der bloße Rückschlag kann eben die Fehler eines theoretisch wie praktisch unrichtigen Systems nicht beseitigen, er kann sie nur in anderer Form wiederholen.

Wie aber ist gerade Ungarn zu seinem heutigen Bolschewismus gekommen? Dadurch, daß es seine gegebene politische Basis verlassen hat. Wie Rußland dadurch, daß es den Czarismus einfach umstürzte, anstatt ihn zeitgemäß zu reformieren, allen Halt verloren hat und seither vergeblich nach einem festen Stützpunkt sucht, so hat Ungarns Ministerpräsident Wekerle, als er am 16. Oktober v. J. den Realverband Ungarns mit den übrigen Ländern der Habsburger-Monarchie für gelöst erklärte, die politische Basis Ungarns verlassen, ohne ihm eine andere Grundlage zu bieten. Wohl hat Wekerle geglaubt, Ungarn könne sich auf die Basis der Personalunion zurückziehen, und auch dabei, meinte er, solle man nicht stürmisch vorgehen. Aber das war eben sein großer, sein unverzeihlicher Fehler, daß er gerade in dem Momente, wo das Schicksal der Monarchie ohnehin auf der Spitze des Schwertes stand, auch noch von innen her dieselbe Schicksalsfrage aufwarf. Man kann es nicht anders bezeichnen, als daß Wekerle damit selber die Rolle des trojanischen Pferdes übernommen hat. Bei den magyarischen Gegnern des sogenannten 1867er Ausgleichs hat es sich überhaupt nie um

bloße Verfassungsänderungen, sondern um ganz andere Dinge gehandelt, und am 16. Oktober, also wenige Wochen nach dem (gegen Ende September erfolgten) bulgarischen Frontbruch konnte von solchen Auskunftsmitteln schon gar keine Rede mehr sein. Wenn Wekerle dies nicht selbst begriff, so haben es ihm doch der Tschechen-Obmann Stanek im Wiener Reichsrat und Graf Karolyi im ungarischen Parlament förmlich in die Ohren geschrien. Die Stanek-Partei in Cis und die den Kossuthismus noch überbietende Karolyi-Partei in Trans hatten namentlich vom bulgarischen Frontbruch an hauptsächlich nur noch den einen Gedanken: durch Anschluß an die Entente oder Überlauf zu dieser ihren Ländern günstige Friedensbedingungen zu sichern. Der Hochverrat und Treubruch, worüber damals so viel geklagt wurde, hatten zweifellos diesen häßlichen, sehr ordinären Untergrund. Der Unterschied war dann nur der, daß Stanek den Anschluß wirklich erreichte, Karolyi aber ihn verfehlte. Dadurch aber, daß Wekerle in diesem Moment die Frage der Auflösung des Monarchieverbandes in die Öffentlichkeit warf, hat er der Stanek- und Karolyi-Partei nur wirksamsten Vorschub geleistet.

Karolyi hat dann auch dem Dr. Wekerle sofort erwidert: „Wenn wir (Magyaren) nicht stürmisch die Gemeinsamkeit mit Österreich aufheben, werden wir nicht blos den Krieg, sondern auch den Frieden verloren haben.“ Und um noch deutlicher zu werden, forderte Karolyi, daß Ungarn auf der Friedenskonferenz durch einen besonderen Minister des Äußern vertreten werde. In der gekennzeichneten Tendenz hat Karolyi dann auch weiterhin jeden Anlaß dazu benützt, die Regierungsgewalt in seine Hand zu bekommen. Bei einem ersten solchen Anlaß, am 23. Oktober, erklärte er, es müsse unbedingt eine solche Regierung gebildet werden, in der auch die Nationalitäten, die Radikalen und die Sozialisten vertreten wären, überhaupt müsse man sich auf die breiten Massen stützen. Und dieser Forderung stimmten jetzt — ob mit voller Erkenntnis der Konsequenzen? — ausdrücklich auch Andrassy und Apponyi zu. An diesem Tage wurde

Karolyi in Gödöllö vom Kaiser empfangen und erwartete die Betrauung mit der Kabinetsbildung. Doch täuschte er sich diesmal noch. Das aber war für ihn nur der Anlaß, einen Schritt weiter zu gehen. Seine Anhänger kündigten am 25. Oktober die Bildung eines Nationalrates — Niemand konnte im Zweifel sein, was damit gesagt sein wollte — an für den Fall, daß die ausgebrochene Ministerkrise nicht in ihrem Sinne gelöst wurde. Auch ein signifikanter Straßenkrawall fand an diesem Tage statt: Studenten und Gesindel hatten versucht, an der Ofner Burg eine rote Fahne zu hissen. Am nächsten Tag (26. Oktober) wurde der sogenannte Nationalrat wirklich konstituiert; „wir müssen die Macht in die Hand nehmen", erklärte Karolyi bei diesem Anlaß. Und als die Stockung trotzdem anhielt, fand am 28. Oktober neuerlich ein Straßenaufzug statt, wobei ein Redner den Karolyi von Volkes wegen zum Ministerpräsidenten proklamierte. Diesen Volksbeschluß wollte man dem inzwischen zum homo regius (vom König bezeichnete Mittelsperson) bestellten Erzherzog Josef von der Straße aus mitteilen. Militär jedoch verstellte den Weg über die Kettenbrücke und gab Feuer. Einige Tote und mehrere Verwundete. In Gödöllö beratschlagte man weiter. So gab es denn am 30. Oktober noch einen dritten Straßenaufzug für Karolyi, der jetzt der Menge erklärte: „Die Stunde der Tat hat geschlagen." Teile der Menge drangen in Gefängnisse und Kasernen, befreiten Häftlinge und Deserteure, ein Teil der Soldaten gab wieder Feuer, aber die Besatzung des Platzkommandos ging zu den Demonstranten über, ein Beispiel, welchem auch Post- und Telegraphenpersonal usw. folgten.

Am 31. Oktober endlich wurde Karolyi wirklich mit der Kabinetsbildung betraut. Die Straße jubelte. Aber kaum hatte Karolyi (mit den anderen Ministern) den üblichen Eid geleistet, als er sich davon am nächsten Tage (1. Nov.) auch schon wieder entbinden ließ mit der Motivierung, im Volke, dem sog. Nationalrat, dem die Führer der Straße angehörten, seien Stimmung und Tendenz inzwischen weiter gegangen, es müsse jetzt auch die Frage der Änderung der

Regierungsform ins Regierungsprogramm aufgenommen werden. Auch bildete sich an diesem Tag der erste Soldatenrat und der neue Kriegsminister Linder verkündete im Nationalrat, die neue Regierung habe den ungarischen Truppen an allen Fronten die sofortige Waffenniederlegung anbefohlen, womit die denkbar vollständigste Lossagung von der alten Monarchie vollzogen war. Am selben Tage wurde Tisza ermordet, ohne daß bisher auch nur ein ernstlicher Versuch zur Ausforschung der Mörder gemeldet worden wäre. Am gefolgten 2. November dann, dem Allerseelentag, erklärte sich das Kabinet Karolyi zum bloßen Exekutivorgan des Nationalrates, womit also faktisch die Karolyi-Republik eingeführt war, wenngleich die formelle Proklamierung derselben und zwar wieder unter voraus erwirkter Zustimmung des Monarchen, der sich inzwischen nach Eckartsau zurückgezogen hatte, erst am 16. November erfolgte.

Jetzt also hatte Karolyi tatsächlich alle Zügel der Landesregierung in seiner Hand vereinigt. Nun aber mußte er auch beweisen, daß er wirklich die Eigenschaften des pater patriae besaß, als welchen er sich von seinen Anhängern — oder sollen wir Kreaturen sagen? — im Vorhinein hatte feiern lassen. Ausdrücklich aber muß hiezu noch konstatiert werden, daß Karolyi bei allen diesen seinen Unternehmungen seitens der anderen alten Parteien nicht die geringsten Hindernisse und Schwierigkeiten, eher alle moralische Unterstützung gefunden hat. Das alte Abgeordnetenhaus löste sich freiwillig auf und das Magnatenhaus sistierte seine Tätigkeit.

Die Entente ihrerseits kam dem Standpunkte Karolyi's, d. h. dem selbständigen Ungarn vorerst wohl insofern entgegen, als sie mit ihm einen besonderen Waffenstillstandsvertrag einging, also damit Ungarns Selbständigkeit anzuerkennen schien. Aber erstens war auch diese Anerkennung nicht zweifellos ausgesprochen, und zweitens für die Hauptsache, für die territoriale Integrität Ungarns, um derentwillen allein Karolyi so tätig gewesen, hatte die Entente nicht einmal einen Schein. Doch hoffte Karolyi, ein Mann seiner Art schmeichelt sich eben immer selber, er hoffte, die

Entente werde ihn nicht im Stiche, seine zweifellosen Verdienste und Dienste nicht unbelohnt lassen. Also fuhr er fort, auf Deutschland zu schimpfen und Wilson zu preisen. Aber je eifriger er sich in die Entente hineinredete, desto fester und enger schloß sie ihn in ihre Fäuste. Just am Neujahrstage zogen die Tschechen in die alte Krönungsstadt Preßburg ein, die Rumänen rückten von Osten, die Serben von Süden immer tiefer ins Land. Karolyi radikalisierte Mitte Jänner sein Kabinett noch mehr, indem er die Zahl der sozialdemokratischen Minister von zwei auf vier verdoppelte und zugleich eine Anzahl Kommunisten einkerkerte. Auch das half nicht. Die Entente verlangte von ihm mit Note vom 19. März, daß er seine Truppen noch weiter zurückziehe und außerdem den Tschechoslowaken den Donauweg überantworte. Jetzt endlich verstand Karolyi die Sprache der Entente. Er übergab das Regierungsszepter dem Proletariat und fuhr nach demselben Wien, von dem auf ewige Zeiten zu trennen das Grunddogma aller seiner Politik gewesen war. Er hätte übrigens die Regierung auch niemand Anderem übergeben können, weil die alten bis vor Kurzem noch so tigerhaften Parteiführer sich alle aus dem Staube gemacht hatten und am 20. März selbst die jüngste bürgerliche, die radikale Partei sich dahin beschlußmäßig äußerte, der Parlamentarismus sei unbrauchbar geworden, nur die Disziplin der sozialistischen Armee könne die Ereignisse noch günstig beeinflussen. Sozialisten und Kommunisten fielen sich darauf in die Arme, teilten die Regierungsstellen unter einander brüderlich auf und verkündeten dies mit Flugzeug den Genossen in Moskau.

Also finis Hungariae? Es ist noch nicht lange her, daß Ungarn mit gewohntem lärmenden Pomp seinen tausendjährigen Bestand gefeiert hat. Heute besteht von diesem tausendjährigen Reich, das sich das marianische Königreich und dessen Monarch sich apostolischer König nannte, äußerlich kaum noch erheblich viel mehr als eine kommunistische Regierung in Budapest, von deren 30 Mitgliedern, wie behauptet wird, nicht weniger wie 24 Juden sind. Ist dies nun wirklich

das Ende Ungarns? Jedenfalls scheint das Land, soweit es noch als eine politische Gemeinschaft in Betracht kommen kann, von den vierjährigen Aufregungen, Anstrengungen, Schrecken und Enttäuschungen des Krieges bis zur Unvermögenheit ermüdet, erschlafft, von einer krankhaften Sehnsucht nach Ruhe überwältigt zu sein. Das Ende Ungarns aber kann man aus diesen Umständen allein schon deshalb kaum deduzieren, weil wohl die Hälfte des Landes vom Feinde besetzt und tatsächlich auch die andere Hälfte in seiner Gewalt sich befindet. Freilich gibt auch diese Auffassung keinerlei Gewähr dafür, daß sich das Land je wieder zu seiner alten Bedeutung erheben wird; Wekerle und Karolyi können eventuell den Anspruch erheben, unter seinen Totengräbern in erster Linie genannt zu werden.

Vom Bolschewismus übrigens als theoretischem System wird Ungarn im allgemeinen schwerlich viel zu spüren bekommen, denn über den Umkreis von Budapest und ein paar anderer Städte reicht der moderne Proletariatsbegriff nicht hinaus, es gibt da kein solches Proletariat, folglich wird es auch keine allgemeine Herrschaft ausüben können. Und agrarisch-kommunistische Tendenzen sind in dem magyarischen Gegenden wohl ebensowenig verbreitet, dieses Schlagwort kann eher unter den Nationalitäten (Rumänen, Slowaken ꝛc.) seine Wirkung tun, und in den Blättern ist auch wirklich gemeldet worden, daß jedenfalls die rumänische, wenn nicht auch die tschechische Regierung sich in Paris über die agrarkommunistischen Umtriebe beschwert haben, die von Ungarn aus in die rumänischen Gebiete getragen würden. So wird man also von den Tatsachen selber dazu gedrängt, ungarischen Bolschewismus zunächst ebenfalls nur als ein Glied in der Reihe der großen politischen Verwicklungen zu betrachten, die jetzt in der Pariser Konferenz ihren Ausgangs- und zugleich Konzentrationspunkt haben. Demnach hatte die vorerwähnte Note der Entente wirklich, wie Karolyi sie gedeutet, den hauptsächlichen Zweck, den Rumänen usw. den Besitzstand, den sie zurzeit in Ungarn innehaben, definitiv zu sichern, und es war also insofern auch logisch richtig,

wenn Karolyi glaubte, daß auf diese Note nicht er, sondern nur der mit Moskau verbündete Kommunist Bela Kun die passende Antwort geben könne. Der Budapester Bolschewismus, so aufgefaßt, ist zunächst nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, er hat nicht eigentlich bolschewikischen, sondern politischen Sinn; er soll der Entente sagen, daß die Magyaren, vom größten Latifundienbesitzer Karolyi an bis zum enragiertesten Kommunisten Bela Kun entschlossen sind, eher ihr Haus selber anzuzünden, bevor sie es sich von der Entente zerstückeln lassen; die „territoriale Integrität" Ungarns steckt dem Bela Kun, wenn er es auch ableugnet, nahezu ebenso fest im Kopf wie dem Grafen Karolyi.

Trifft aber diese Auffassung wenigstens in der Hauptsache zu, so ist die wichtigste Frage dabei wohl die: einerseits ob es den Budapester Bolschewiken gelingt, die militärische Allianz mit den Moskauer Genossen auch wirksam zu machen, andererseits ob die Hilfstruppen der Entente (Serbien, Rumänen, Polen, Tschechen) diesen militärischen Zusammenschluß der russischen und magyarischen Bolschewiken zu hindern vermögen. Bolschewiken finden sich heute überall, im tschechischen Militär so gut wie im rumänischen, und die tschechischen Bolschewiken werden außerdem auch aus nationalen Gründen ihre Gewehre nicht begeistert gegen ihre russischen „Brüder" kehren. Die Flammen also, die vom brennenden magyarischen Gehöft herausschlagen mögen, können wohl auch die Nachbarhäuser in Brand setzen. Gerade ganz leichtes Spiel sonach wird die Entente selbst mit den Budapester Bolschewiken nicht haben.

Die Schlußfolgerung bleibt immer die: Paris ist heute der Kopf der kapitalistischen, Moskau ebenso der Kopf der antikapitalistischen Weltordnung. Paris steht für die Erhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung ein, hätte also insofern die Kraft des Positivismus für sich, Moskau dagegen will das Bestehende zerstören, ohne jedoch über den Neubau irgendwie Klarheit zu haben, in Moskau überwiegt also die bloße Negation. Wenn aber der Pariser Positivismus, wie schon seit über fünf Monaten, mit seinen Entschei-

dungen noch weiter zögert und schwankt, wenn er sich als schöpferisch unfähig erweist, wird es unvermeidlich, daß die Negation immer weitere Fortschritte macht und vielleicht für kurze Zeit sogar siegt. Das könnte dann wirklich der „große Kladderadatsch" werden, den der alte Liebknecht, wie man weiß, so beharrlich angekündigt hat. J—l.

LVIII.

Kürzere Besprechung.

Deutschland und der Katholizismus. Es sind während des Weltkrieges nicht wenige Stimmen aus dem nichtkatholischen Lager laut geworden, die die Organisation und Tatkraft, die Anpassungsfähigkeit an gewordene Verhältnisse seitens der katholischen Kirche bewundert haben. Namentlich die bedeutsame Abwehrschrift „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg" hat eine einstimmige glänzende Beurteilung gefunden. Die Zeichen der Zeit hat sodann auch das Buch von Professor Faßbender „Des deutschen Volkes Wille zum Leben" erfaßt, das mit seinen ausgezeichneten fachmännischen bevölkerungspolitischen und volkspädagogischen Abhandlungen über die Erhaltung und Förderung der deutschen Volkskraft ein wissenschaftliches und praktisch brauchbares Material darbietet, wie es in keiner zweiten Arbeit über das Bevölkerungsproblem mit solchem Ernste und solcher Gründlichkeit vorhanden ist. Nunmehr hat der Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg unter dem Titel „Deutschland und der Katholizismus" ein zweibändiges Werk erscheinen lassen, das „Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Geistes- und Gesellschaftslebens" darbieten will. Es ist von Dr. Max Meinertz und Dr. Hermann Sacher herausgegeben und bei Herder in Freiburg verlegt (2 Bde. geb. 31.90 Mk.).

Um das Christentum und insbesondere um die katholische Kirche ist jetzt der helle Kampf entbrannt. Es gilt abzuwehren und aufzubauen. Da bietet sich dieses zweibändige Werk als ein gewaltiges Arsenal mit den brauchbarsten Waffen dar. Es

ist eine Ehrenpflicht für jeden gebildeten Katholiken, sich mit diesem Reichtum an Kräften zu bereichern, sich diese fruchtbaren Quellen zur Abwehr und zum Angriff zu nutze zu machen. Die Welt erhält auf geistigem und gesellschaftlichem Gebiete ein verändertes Antlitz. Die katholische Kirche hat noch alle Stürme der Weltgeschichte überdauert. Das wissen wir aus der Verheißung Christi und aus der Geschichte. Aber sie will am Neuaufbau der menschlichen Gesellschaft mit ihren wunderbaren seelischen Kräften und sozialen Fähigkeiten mitarbeiten. Die ganze Fülle der verfügbaren Kräfte auf allen Gebieten liegt in dem Werke „Deutschland und der Katholizismus" vor uns ausgebreitet. Es ist gar nicht möglich, auf engem Raume den reichen und starken Inhalt des Werkes mitzuteilen. Wagen wir einen Versuch, uns mit dem Hauptsächlichsten bekannt zu machen! Wenn das Werk auch noch im Zeichen der Siegeshoffnung geschrieben ist, so tut das seiner Brauchbarkeit keinen Eintrag. Das ist ja gerade ein Beweis für die hohe und gewaltige Kraft des Katholizismus, daß die grundsätzliche Sicherheit seines Standpunktes durch nichts erschüttert werden kann.

Der erste Band behandelt das Geistesleben. Professor Krebs bringt den Weltkrieg in Beziehung zu den Grundlagen unserer geistig-sittlichen Kultur. Heinrich Schrörs legt dar, wie der Katholizismus als konservative Macht, aber auch als Prinzip des Fortschritts der modernen Welt- und Lebensauffassung gegenüber sich verhält. Clemens Bäumker schildert die philosophischen Welt- und Lebensanschauungen und zeigt die Notwendigkeit der Verbindung der philosophischen mit der idealistisch-religiösen Weltanschauung. Sodann zeigt Gerhard Esser, wie die katholische Kirche den Kampf gegen den Unglauben aufnimmt. Joseph Zahn begründet die Fruchtbarkeit der Frömmigkeit und die Segenskraft des Gebetes; über die äußeren Andachtsmittel, die Reichtümer unserer Liturgie, über die echte Sonntagsweihe findet er prächtige Worte. P. Chrysostomus Schulte verbreitet sich in theoretischen und praktischen Erörterungen über die pastoralen Aufgaben der Friedensseelsorge. Eine feinsinnige Studie ist der Beitrag von P. Ildefons Herwegen über Weltarbeit und klösterliches Ideal. Gerade die Klöster sind für unsere Zeiten not-

wendig als Stätten des Friedens und der Liebe und der Heiligung. Sinn und Wesen der Missionen behandelt Max Meinertz. Eine sehr wichtige Aufgabe wird nach dem Kriege der Ausbau des Laienapostolates sein. Über den Begriff, die Notwendigkeit und die Art des Ausbaues dieser Zeitforderung macht Franz Ostermann praktische Ausführungen. Es folgen Kapitel über Bildungs- und Berufsideale von Franz Kaufmann, über Jugenderziehung und Jugendpflege von Joseph Stoffels, über die Grundlagen des Schulwesens von Joseph Göttler, über die Volksschule von Franz Weigl, über die höhere Bildung der männlichen und der weiblichen Jugend von Simon Widmann und Pauline Herber. In diesen Kapiteln findet der Schulmann, der Geistliche, der christliche Politiker den christlichen Erziehungsgedanken nach allen Seiten hin begründet und in praktischen Darlegungen ausgeführt.

Für die katholischen akademischen Kreise sind die Kapitel über Hochschule und Wissenschaft von Heinrich Finke und über das Studentenwesen von Karl Benz von größter Bedeutung. Finke rollt die Frage der sogen. Inferiorität in historischer Beleuchtung auf und zeigt die Mittel und Wege, die die deutschen Katholiken einschlagen müssen, um hier zur Gleichberechtigung zu gelangen. Benz entwirft eine ausgezeichnete Schilderung des katholischen Akademikertums für beide Geschlechter mit Sachkenntnis, Liebe und Begeisterung. Es wäre zu wünschen, daß diese Ausführungen in allen katholischen Studentenkorporationen eifrig gelesen und debattiert werden möchten. Eine Übersicht über die bisher geleistete Arbeit auf dem Gebiete des freien Volksbildungswesens, die Enttäuschungen, die man erfahren, die Fehler, die gemacht wurden, sowie die einzuschlagenden richtigen Wege bietet Hermann Herz in einem kritischen und sehr wirksamen Aufsatze. Sodann folgt ein Aufsatz über die Presse von Karl Hoeber, über das literarische Schaffen von Hermann Cardauns, über das Theater als Bildungsstätte von Jakob Overmanns, Artikel, die den katholischen Weltanschauungsstandpunkt in klarer Weise vortragen und die mit reichlicher zweckdienlicher Kritik gewürzt sind. Der erste Band schließt mit einem von Weitblick zeugenden, alle Einwände und Gegensätze überbrückenden, geistvollen Aufsatze von Fr. Xaver Kiefl

über den Katholizismus als völkerverbindende Macht der Zukunft. Im Anhang ist sodann noch das gemeinsame Hirtenschreiben der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands am Feste Allerheiligen 1917 beigefügt, das das Kulturprogramm der deutschen Katholiken für die nächste Zukunft enthält und eingehendes öfteres Studium verdient.

Der zweite Band ist dem Gesellschaftsleben gewidmet. Dieser Band dient in hohem Grade den Bedürfnissen des öffentlichen praktischen Lebens. Der Wiederaufbau unseres heutigen Gesellschaftslebens stellt an die katholische Kirche große Anforderungen. In diesem Bande ist zu allen praktischen Einzelfragen Stellung genommen. Joseph Mausbach eröffnet ihn mit einem großzügigen Aufsatze über „Das soziale Prinzip und der Katholizismus". Vom katholischen und nationalen Standpunkte aus behandeln Fritz Tillmann und Franz Walter die so brennenden Fragen der Ehe und Familie, sowie des Kinderreichtums als Quelle der Volkskraft. Über die Nationalitätenfrage, über Deutsche Stämme, Landschaften, Einzelstaaten liefern Aloys Schulte und Gustav Schnürer ausgezeichnete historisch vertiefte Beiträge. Weitere Kapitel behandeln die Beziehungen zwischen der Volksfreiheit und dem monarchischen Prinzip von Martin Spahn, sowie zwischen Recht und Gesetz von Peter Klein. Vaterland und politische Betätigung heißt die Abhandlung von Johann Zehnter. Ein vortrefflicher Kenner der Paritätsfrage, Andreas Granenberg, behandelt die Stellung der Katholiken in Deutschland, während Joseph Pole in ungemein klarer und sachlicher Weise den Weg zeigt, auf welchem unter den Konfessionen der Friede hergestellt werden könnte. Er betont das Einigende und erläutert die Stellungnahme zu den trennenden Gesichtspunkten. Ein klares und umfassendes Programm unserer sozialen Arbeit nach dem Kriege, unserer Caritasarbeit, sowie der Vertiefung der sozialen Kultur in Stadt und Land bieten die altbewährten Namen August Pieper, Benedikt Schmittmann und Anton Heinen. In Spezialgebiete führen uns hinein: Hedwig Dransfeld in Frauenberuf und Frauenarbeit, Theodor Brauer in Arbeiterbewegung und Industrie, während Martin Faßbender über den Kulturwert des Landes

und Joseph Graßl über die Volksgesundheit und öffentliche Sicherheit in glänzenden Ausführungen unterrichten.

Es folgen noch einige Kapitel über Staatssozialismus und Privatwirtschaft von Heinrich Posch, über den modernen Kapitalismus von Franz Keller, über den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft von Adolf Weber, über die künftige Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft von Goetz Briefs, über Deutschland und seine Verbündeten, über Deutschland und das Papsttum von Godehard Ebers und über die Rechts- und Friedenseinheit unter den Völkern von Hermann von Grauert; Kapitel, die freilich durch den Gang der Ereignisse überholt sind. Ausführliche Inhaltsübersichten, sowie Personen- und Sachregister sind beigefügt.

Das Werk ist, alles in allem genommen, eine ganz ausgezeichnete Aufklärungs- und Verteidigungsarbeit geworden. Die hervorragendsten Köpfe unter den Gelehrten und Praktikern der deutschen Katholiken haben ihr Bestes gegeben, um alle Kräfte vorzuführen, die Deutschland bei seinem Wiederaufbau vom Katholizismus erwarten darf. Es ist ein festbegründetes Kulturprogramm, das vor den Augen der ganzen deutschen Kulturwelt aufgerollt vor uns liegt. Nach den hier angegebenen Richtlinien muß gearbeitet, auf dem hier gezeigten Wege muß die Verständigung mit dem Katholizismus gesucht werden, wenn anders der Katholizismus in Deutschland zur Geltung und zum Einfluß auf die großen Aufgaben und Ziele der nächsten Zukunft kommen soll. Wir dürfen stolz sein auf dieses Werk Enthält es doch gleichsam den Feldzugsplan und die gesamte Kriegsausrüstung für die deutschen Katholiken in den kommenden Kämpfen, bei denen es sich um nichts geringeres dreht, als um die Geltung und Vertiefung der Grundsätze des Christentums im deutschen Volke. Die Führer des katholischen Volkes können mit Verlaß und größtem Nutzen auf dieses Standardwerk des katholischen Kulturprogramms zurückgreifen. Wir möchten die Anschaffung allen studentischen Korporationen, allen sozialen und wirtschaftlichen katholischen Organisationen, allen Frauenbünden, den Vereinigungen der katholischen Akademiker, vor allem jedem gebildeten Katholiken empfehlen, der einen sicheren und tatkräftigen Führer im Kampfe um die Geltung der katholischen Weltanschauung sich wünscht. In seinen großzügigen und sehr oft bis in die wichtigen Einzelheiten vordringenden Darbietungen bildet das Werk einen Markstein für den Katholizismus im neuen Deutschland, indem es rückwärts schauend, auf dem Boden der heutigen Verhältnisse mit sicherer Hand in die Zukunft hineingeleiten will. Dr. Hans Rost.



LIX.

Die Einführung des Christentums in Rußland.[1])

Von Universitätsprofessor Dr. theol. F. X. Seppelt.

Ebenso wie die Kirche von Konstantinopel seit dem 6. Jahrhundert bemüht war, ihre Gründung auf einen Apostel, den „erstberufenen“ Andreas zurückzuführen, um mit diesem Merkmal der apostolischen Gründung die Vorrangstellung gegenüber den altehrwürdigen Patriarchalstühlen des Ostens besser zu begründen, will auch die russische Kirche ihr Entstehen auf den Apostel Andreas zurückführen; Andreas sei von Cherson den Dnjepr aufwärts gezogen und auf dem hochgelegenen Flußufer da, wo sich später Kiew erhob, habe er ein Kreuz aufgerichtet. Während in der Chronik des Nestor das nur als Sage berichtet wird, galt dies später

1) Quellen und Literatur. Über die Quellen zur ältesten russischen Kirchengeschichte vgl. den Artikel Nestor von Bonwitsch in Haucks Realencyklopädie XIII³, 722 f.; außerdem Fr. Miklosich, Chronica Nestoris tomus I Vindobonae 1860; Louis Leger, Chronique dite de Nestor, traduite sur le texte slavon-russe. Paris 1884. — Zusammenstellung der Literatur bei K. Krumbacher, Geschichte der byzantinischen Literatur² (München 1897) S. 1035 f. — Besonders genannt seien: A. Pichler, Geschichte der kirchlichen Trennung zwischen dem Orient und Occident Bd. II, München 1865. — Philaret, Geschichte der Kirche Rußlands I; ins Deutsche übersetzt von Blumenthal, Frankfurt 1872. — L. Boissard, L'église de Russe. tom. I. Paris 1867. — C. J. Hefele, Die russische Kirche, Beiträge zur Kirchengeschichte, Archä-

der russischen Kirche als feststehende Tatsache, und so wurde Andreas der Patron und Nationalheilige Rußlands.

In Wirklichkeit ist aber die erste Berührung der slavischen Stämme im Norden des byzantischen Reiches, im heutigen Rußland, mit dem Christentum erst viel später erfolgt, frühestens im Laufe des 9. Jahrhunderts. Man pflegt diese Slavenstämme mit dem Sammelnamen der Russen zu bezeichnen, wobei aber nicht zu vergessen ist, daß diese Benennung (*Ῥῶς*) ursprünglich der Name war, der den kühnen normannischen Eroberern, den Warägern, von den bodenständigen Slaven gegeben wurde; er ist also erst — ähnlich wie es bei den Bulgaren war — von den Eroberern auf die Unterworfenen übergegangen. — Von Anfang an haben mancherlei Beziehungen zwischen den Russen und dem byzantinischen Reich bestanden; sie waren keineswegs nur freundschaftlicher Art wie Handelsbeziehungen; wir wissen von Heereszügen der Russen gegen Konstantinopel. Unter diesen Umständen ist es von vornherein wahrscheinlich, daß von Byzanz aus die ersten christlichen Einflüsse sich bei den Russen geltend machten. Photius, der hervorragende Patriarch von Konstantinopel und große Gegner Papst Nikolaus I., hat in seiner Enzyklika von 866 seiner Freude über die Unterwerfung der Russen unter das Christentum Ausdruck gegeben und von ihnen gerühmt, daß sie einen Bischof angenommen hätten und viel religiösen Eifer zeigten. Man hat

---

ologie und Liturgik I (Tübingen 1864) 344 ff. — Th. Schiemann, Rußland, Polen und Livland bis ins 17. Jahrhundert I. 1886. — Giovanni Markovic, Gli Slavi edi papi I. II. Zagrabia 1897. — E. Golubinskij, Geschichte der russischen Kirche I², Moskau 1901. — L. K. Goetz, Das Kiewer Höhlenkloster als Kulturzentrum des vormongolischen Rußlands, Passau 1904. — J. L. Gondal, L'eglise russe. Paris 1905. — Michael Hrusevskyj, Geschichte des ukrainischen (ruthenischen) Volkes I Leipzig 1906 (mit sehr reichen Literaturzusammenstellungen). — Albert Ehrhard, Die orthodoxe Staatskirche, Süddeutsche Monatshefte Juli 1915. — Felix Haase, Russische Kirche und römischer Katholizismus, Katholik 1918, 145 ff.



gegen diese Angabe in neuerer Zeit mancherlei Einwendungen erhoben, doch ist die Nachricht durchaus nicht unwahrscheinlich. Freilich darf man sich nicht etwa übertriebene Vorstellungen von raschem Fortschritt und weitem Umfang der Christianisierung machen. Eine unzweifelhaft sichere Nachricht über das Vorhandensein von Christen in Rußland haben wir erst aus dem Jahre 945; damals wurde ein Friedensvertrag zwischen den Byzantinern und den Warägern abgeschlossen, und in diesem wurde bestimmt, daß der Vertrag von den Christen unter den Warägern in der Kirche des hl. Elias zu Kiew beschworen werden sollte. Damals war also ein Teil des Adels der Waräger sicher schon christlich.[1] Wenige Jahre später, im Jahre 957, hat sich dann die Witwe des Großfürsten Igor Olga in Konstantinopel taufen lassen und den Namen Helena angenommen. Bald danach aber hat sich Olga an Kaiser Otto I. gewandt und um Entsendung eines Bischofs und von Geistlichen in ihr Reich gebeten. Otto I. ging bereitwillig auf die Wünsche ein: an Weihnachten 959 ließ er den Mönch Libertius aus dem St. Albanskloster in Mainz vom Bremer Erzbischof Adaldag in Frankfurt zum Bischof des russischen Volkes weihen; noch während der Vorbereitungen zu der Missionsreise ist Libertius aber gestorben. An seiner Stelle wurde nun der Mönch Adalbert aus der Abtei St. Maximin bei Trier für die russische Mission bestellt. Von seiner Wirksamkeit in Rußland ist nichts Näheres bekannt; schon 962 ist er, offenbar ohne irgend erhebliche Erfolge erzielt zu haben, nach Deutschland zurückgekehrt. Adalbert wurde dann zunächst Abt von Weißenburg im Elsaß, 968 bestieg er als erster den Magdeburger Erzstuhl. Die Erfolglosigkeit seiner missionarischen Bemühungen erklärt sich einmal aus seiner Unkenntnis der slavischen Sprache, dann aber

1) Daß in Kiew schon in dieser Zeit eine Christengemeinde bestand, ist auch durch Ausgrabungen und archäologische Funde erwiesen; vgl. hierüber Revue d'histoire ecclesiastique XI (1910) 220 f.



auch daraus, daß das Christentum überhaupt bei den Russen noch heftigem Widerstand begegnete; büßten doch mehrere seiner Gefährten ihr Leben ein, und ist doch auch Olgas Sohn Swatoslaw trotz aller Bemühungen der Mutter Heide geblieben. Man darf aus der Entsendung der Gesandtschaft nach Deutschland seitens Olgas nicht zu weitgehende Schlüsse ziehen. Diese Entsendung war offenbar durch augenblickliche Zerwürfnisse irgend welcher Art mit Konstantinopel veranlaßt. Schwerlich aber wird man behaupten können, daß hier ein ernstliches Schwanken zwischen der griechischen und der lateinischen Kirche in Frage gestanden wäre, wie dies etwa bei den Bulgaren der Fall war.

Als sich der Enkel Olgas Wladimir (980—1015) zur Annahme des Christentums entschloß, konnte kaum ein Zweifel sein, daß er sich dieserhalb nach Konstantinopel wandte. Die russische Chronik weiß mancherlei zu berichten von fremden Gesandtschaften, die dem Großfürsten ihre Religion empfahlen; da seien Kama-Bulgaren gekommen, die ihm den Islam anpriesen, dann seien Deutsche als Gesandte des Papstes erschienen, auch chasarische Juden hätten sich um den Großfürsten bemüht, schließlich habe ein griechischer Philosoph Wladimir die Grundlagen des Christentums dargelegt und ihm den Unterschied der byzantinischen und römischen Kirche klargemacht. Von einem griechischen Bischof habe sich infolgedessen dann Wladimir taufen lassen. Der ganze Bericht ist aber durchaus unglaubwürdig. — Die Taufe Wladimirs ist im Jahre 987 erfolgt; mit Recht hat man dieses Datum als den Beginn der russischen Kirchengeschichte bezeichnet. Neben religiösen Beweggründen haben unzweifelhaft auch politische die Annahme des Christentums durch Wladimir veranlaßt: Wladimir ließ sich taufen in Cherson nach der Eroberung dieser alten griechischen Stadt; dann vermählte er sich mit der „purpurgeborenen" Prinzessin Anna, der Schwester Basilius II., des Bulgarentöters, mit dem er schon vorher ein Bündnis eingegangen war. Wie bei der Bekehrung der Germanen die Taufe der Fürsten

und Großen das Volk gleichfalls aus Treue zur Annahme des christlichen Glaubens bewog, so gab auch im russischen Reiche Wladimirs Taufe den Anstoß zur Christianisierung des Volkes. Nun wurden die Götzenbilder — besonders das des Perun — zerstört, und nicht ohne Zwang und ohne gebührende Vorbereitung wurden Massentaufen des Volkes im Dnjepr vorgenommen.

Allmählich ist dann in der Zeit bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts die völlige Christianisierung des weit ausgedehnten russischen Reiches erfolgt. Daß es geraume Zeit dauerte, bis der zunächst rein äußerlichen Christianisierung der einzelnen russischen dem Großfürsten von Kiew unterstehenden Teilfürstentümer auch die innere Loslösung von der bisherigen heidnischen Sitte und Lebensart folgte, ist nicht verwunderlich. Durch Wladimir, den „Apostelgleichen", wie er später genannt wurde, ist auch der Grund gelegt worden zur Organisation des Christentums in Rußland, so daß er von russischen Chronisten gern mit Konstantin dem Großen verglichen wird; von diesem ist ja auch sein Beiname der „Apostelgleiche" entlehnt. Aber in Wladimirs Regierungszeit fallen doch nur die Anfänge der Christianisierung. Sein Sohn Jaroslav (1019—1054) hat dann das Werk der Festigung des Christentums fortgesetzt. Der russische Chronist vergleicht das Wirken der beiden anschaulich folgendermaßen: „Wie ein Mann die Erde bearbeitet, und ein anderer sät, und andere ernten und essen reichliche Speise, so auch hier; sein Vater Wladimir bearbeitete das Land und erweichte es, nämlich er erleuchtete es durch die Taufe. Dieser aber (Jaroslav) besäte die Herzen der Gläubigen mit den Worten der Schrift, und wir ernten und empfangen die Lehre der Schrift."[1])

Da die Christianisierung Rußlands von Konstantinopel aus erfolgt war, so war die Folge, daß die russische Kirche als Tochter der byzantinischen ganz nach deren Muster

1) Vgl. L. K. Goetz, Staat und Kirche in Altrußland. Berlin 1908, S. 19.



eingerichtet wurde: die russische Kirche bildete einen Teil der byzantinischen. Ganz Rußland bildete eine Metropolie, die dem Patriarchen von Konstantinopel unterstand; in der Reihe der Provinzen des konstantinopolitanischen Patriarchatsprengels wurde die russische Kirche erst an 61., später gar an 70. Stelle gezählt. Sitz des Metropoliten war seit dem Jahre 1035 Kiew. Diesem Metropolitansitz wurden alle Bischofssitze unterstellt, die mit dem Fortschreiten der Christianisierung in Altrußland begründet wurden; deren Zahl betrug schließlich sechzehn, von denen etwa die Hälfte — und zwar werden genannt: Tschernigow, Belgorod, Wladimir, Nowgorod, Rostow, Turow, Polock und Tmutorakan — bis in die Zeit Wladimirs hinaufreicht. Die Rechte des Patriarchen von Konstantinopel über die russische Kirche waren folgende: er ernannte — abweichend vom altkirchlichen Recht — die Metropoliten für Rußland; ihre Weihe fand in Konstantinopel statt. Diese Metropoliten waren mit wenigen Ausnahmen Griechen, die also aus dem byzantinischen Reich nach Rußland kamen und hier als Vertreter des Patriarchen und der griechischen Kirche — und indirekt auch des Schutzherrn der griechischen Kirche, des Kaisers — wirkten. Dieser griechische Charakter der Metropoliten sicherte in dieser Periode, da Rußland politisch fast ständig durch die Kämpfe der Teilfürsten zerrissen war, die kirchliche Einheit und sicherte die Kirche davor, daß sie in ihrem obersten Repräsentanten so in die Wirren hineingezogen wurde, wie dies sonst unausbleiblich gewesen wäre. Zweimal haben die Großfürsten ihrerseits die Einsetzung von Metropoliten versucht, und zwar solcher russischer Nationalität. Der erste derselben war Hilarion, den Jaroslaw der Weise in der Mitte des 11. Jahrhunderts einsetzte. Und hundert Jahre später hat der Großfürst Isjaslaw Mstislawitsch den Mönch Kliment zum Metropoliten bestellt. Das rief heftigen Widerstand von geistlicher wie weltlicher Seite wach, so daß Kliment sich nur solange behaupten konnte, als Isjaslaw lebte; dann nahm wieder ein Grieche

Konstantin den Metropolitanstuhl ein. Auch die Inhaber der übrigen Bischofsstühle, die von den russischen Teilfürsten eingesetzt wurden, waren zumeist Griechen, während der niedere Klerus sich aus den Einheimischen ergänzte. Wenn der russische Metropolit in der inneren Verwaltung der russischen Kirche auch selbständig war, so daß der Patriarch von Konstantinopel für gewöhnlich in diese nicht eingriff, so stand letzterem doch das Recht zu, den Metropoliten im Falle ungesetzlichen Vorgehens vor sein Gericht zu ziehen; der Patriarch berief ihn ferner zur Teilnahme an der Patriarchalsynode; er nahm auch Appellationen vom Urteilsspruch des Metropoliten an. Was das Recht des sogenannten Stauropigions betrifft, das heißt das Recht des Patriarchen, Kirchen und Klöster der Gewalt der Diözesanbischöfe zu entziehen, sie zu eximieren und direkt seinem Schutz zu unterstellen, so hatte dieses Recht für diese Periode, in der die russische Kirche noch im Missionszustand war, nur geringe praktische Bedeutung. — Der Metropolit seinerseits wiederum hatte den Diözesanbischöfen gegenüber im allgemeinen die Rechte, die der Patriarch dem Metropoliten gegenüber besaß, also das der Weihe, der Oberaufsicht, der Appellation, des Obergerichtes. Wie die äußere Verfassung, so gestaltete sich auch das ganze innere Leben der russischen Kirche nach dem griechischen Vorbild. So haben die griechischen Missionare auch die griechische Liturgie nach Rußland gebracht; aber die Zahl derselben war doch zu gering, als daß auch das Griechische als Kirchensprache sich hätte auf die Dauer durchsetzen können; der niedere Klerus war ja, wie schon erwähnt, vorwiegend russisch, und so ist die Liturgie in dem slavischen Sprachgewand, das ihr die Slavenapostel und deren Schüler gegeben hatten, in Rußland zur Herrschaft gekommen. Damit aber wurde die Entwicklung der russischen Kirche zur Landeskirche, zur russischen Staatskirche, die Nationalisierung der russischen Kirche, mächtig gefördert.

Besondere Bedeutung hat schon früh in Altrußland das Mönchtum erlangt. Wie überhaupt im griechischen Osten



so wurde auch in Rußland das Mönchtum höher geachtet als der Weltklerus. Das kam daher, weil dem Mönchtum, dem zahlreiche Mitglieder der höheren Gesellschaftsklassen angehörten, eine höhere Bildung zu eigen war, und weil das Mönchtum als Stand höherer Vollkommenheit von der Meinung des Volkes angesehen wurde. Die tiefe Kluft, die noch heute im griechischen Orient wie in Rußland den schwarzen Klerus von dem weißen Klerus scheidet, geht in jene frühen Zeiten zurück: aus dem schwarzen Klerus allein, wie der Ordensklerus von der Farbe des Mönchgewandes genannt wird, gingen die Bischöfe hervor, für die seit Justinians Zeiten Ehelosigkeit verlangt ward, indes der weiße, das heißt der in Priesterehe lebende niedere Weltklerus, sich schwer über das Niveau der Kultur bezw. Unkultur der breiten Volksmassen erhob. Aber gerade deswegen, weil das kulturelle Niveau in Altrußland ein sehr niedriges war, war die Kulturmission, die das Mönchtum in geistiger wie materieller Hinsicht in Rußland zu erfüllen hatte, um so größer. Und so ist das sogenannte Höhlenkloster in Kiew, das angesehenste und hervorragendste altrussische Kloster, geradezu als Kulturzentrum des vormongolischen Rußland erwiesen und gefeiert worden. Dieses Kloster, in dem auch die älteste russische Chronik des sogenannten Nestor verfaßt ward, ist aber keineswegs das erste und älteste in Rußland. Schon aus der Zeit Wladimirs, der das Christentum zur Staatsreligion erhob, hören wir von Klöstern und Mönchen. Und das ist keineswegs verwunderlich. Denn wie überhaupt das Mönchtum durch den Rückhalt, den es an der Klostergemeinschaft hat, und durch seine Unabhängigkeit für die Missionstätigkeit besonders geeignet ist, so haben sicher auch in Altrußland die Mönche das Hauptkontingent der Missionäre gestellt, zumal der Weltklerus seiner Unbildung wegen und behindert durch die Bande des Familienlebens kaum ernstlich für missionarisches Wirken in Betracht kam. — Die ersten Klostergründungen in Rußland sind nach den Nachrichten der Chroniken durch die Initiative der Fürsten erfolgt; so

wird z. B. zum Jahre 1037 berichtet, daß Jaroslaw das Kloster des hl. Georg und das der hl. Irene errichtet habe. Das bedeutendste Kloster, das schon genannte Kiewer Höhlenkloster, ist aber nicht ein fürstliches Kloster, sondern eine Privatstiftung zweier Russen, des Antonius und seines Schülers Theodosius. Wie stark auch auf diese Klostergründung das griechische Vorbild eingewirkt hat, ist daraus zu entnehmen, daß der eine der beiden den Athos besucht hatte, der andere die Regel des Studienklosters von Konstantinopel einführte, so daß also das Kiewer Kloster nach griechischer Mönchsregel organisiert wurde. Welche Bedeutung dann dieses Kloster für die altrussische Kirche gewann, ist auch daraus zu entnehmen, daß bis zum Jahre 1240 mehr als zwanzig Mönche desselben auf Bischofssitze an zwölf verschiedenen russischen Diözesen erhoben wurden.

Den besten Einblick in die kirchlichen Zustände in Altrußland geben die alten kirchenrechtlichen Quellen, die höchst interessante kulturgeschichtliche Einzelheiten enthalten.[1]) Als solche kirchenrechtliche Quellen sind zu nennen das Statut Wladimirs und das des Großfürsten Jaroslaw. Durch neuere Untersuchungen dürfte die Echtheit der sogenannten Kirchenordnung Jaroslaws erwiesen sein,[2]) deren eigentlicher Inhalt „die staatliche Anerkennung des kanonischen Rechts bedeutet, das damit im ganzen Gebiet des russischen Reichs Geltung erhält", während die ebenfalls dem Jaroslaw zugeschriebene Bußordnung, von einigen Ergänzungen abgesehen, sogar auf

1) Leopold Karl Goetz, Kirchenrechtliche und kulturgeschichtliche Denkmäler Altrußlands nebst Geschichte des russischen Kirchenrechts Stuttgart 1905 (Ulrich Stuck, Kirchenrechtliche Abhandlungen 18./19 Heft) hat diese kirchenrechtlichen Quellen in Übersetzung und mit Kommentar samt einer Übersetzung der „Geschichte des russischen Kirchenrechtes" von Paolov herausgegeben.

2) Karl Fritzler, Die sogenannte Kirchenordnung Jaroslaws, ein Denkmal russisch-germanischen Rechts. I. Teil. Berliner Phil. Dissertation 1917. Vom zweiten Teil, der die Bußordnung Jaroslaws behandelt, und der später erscheinen soll, gibt F. S. 49 f. eine Übersicht des Inhalts und seiner Forschungsergebnisse.

Wladimir zurückgehen soll; und zwar sei der Einfluß des byzantinisch-kirchlichen Rechtes auf diese Bußordnung nur ganz geringfügig, wohingegen sie große Ähnlichkeit mit den skandinavischen Christenrechten aufweise. Von sonstigen kirchenrechtlichen Quellen seien noch genannt die kanonischen Antworten des Metropoliten Johanns II. (1080—1089) und die Fragen des Kirik, Sabbas und Elias samt den Antworten des Bischofs Niphon von Nowgorod und Anderer (1136—1156), welche das ganze Gebiet des kirchlichen und sittlichen Lebens der damaligen Zeit umfassen. Aus all diesen Quellen ergibt sich, daß auch in kirchenrechtlicher Hinsicht das byzantinische Kirchenrecht die Vorlage und Grundlage gebildet hat, die man aber dann den besonderen Erfordernissen und Verhältnissen des russischen Volkes angepaßt hat. Und zwar zeigt sich da, daß diese Umbildung und Anpassung des griechischen Kirchenrechtes inhaltlich in verschiedener Hinsicht eine Milderung, eine Rücksichtnahme, ein Rechnenmüssen mit schier unausrottbaren heidnischen Sitten und Gebräuchen darstellt. Da muß zum Beispiel nachdrücklich gegen Trunkenheit des Klerus, gegen Zechgelage in Klöstern, gegen schwere sittliche Verfehlungen, gegen abergläubische Bräuche und gegen Zauberei angekämpft werden, und auch die hohe Bedeutung, die den zahlreichen liturgischen Vorschriften und dem Fasten beigemessen wird, tritt schon stark in Erscheinung.

Da die russische Kirche die Tochter der byzantinischen Kirche war, wurde auch sie in den Gegensatz zur lateinischen Kirche hineingezogen. Die kärglichen Anfänge der russischen Theologie beschränkten sich, von Reden und asketischen Schriften abgesehen, auf Polemik gegen die Lateiner. Diese polemische Literatur arbeitet natürlich durchaus mit den von der byzantinischen Kirche übernommenen Vorwürfen gegen die Lateiner, die aber noch durch so manche spezifisch russische Anschauung vermehrt wurden. Zu dieser antilateinischen polemischen Literatur waren dadurch immer neue Anregungen gegeben, daß die Nachbarn Rußlands, wie die Polen und Ungarn, der abendländischen Kirche angehörten. Mit den Herrschern

dieser Staaten schlossen die russischen Fürsten bei ihren Kämpfen des öfteren Bündnisse und wiederholt auch Familienverbindungen. Das veranlaßte den Metropoliten Johannes II. die altchristlichen Bestimmungen über die Heiraten von Christen mit Häretikern einzuschärfen: „Töchter des edelsten Fürsten als Bräute zu Völkern (an Leute) zu geben, die mit ungesäuertem Brot kommunizieren, ist unwürdig und sehr unziemlich. Denn wenn der durch die Gnade Gottes fromme und sehr rechtgläubige Fürst solche Ehen seiner Kinder vollzieht, wird er kirchlich bestraft werden."[1]) Auch der Handelsverkehr brachte vielfältige Beziehungen zu römischen Katholiken mit sich. Da ist es nun bezeichnend für die Stimmung der altrussischen Theologen gegenüber dem abendländischen Klerus, daß in kirchenrechtlichen Vorschriften mehrfach[2]) die Varjägerpriester — das ist die gewöhnliche Bezeichnung für den abendländischen Klerus — auf eine Stufe mit den heidnischen Zauberern in Rußland gestellt werden, indem die gleiche Strafe von sechs Wochen Kirchenbuße darauf gesetzt war, wenn Frauen ihre kranken Kinder zum Zauberer tragen, wie wenn sie dieselben zum Varjägerpriester statt zum orthodoxen Geistlichen zum Gebet bringen.

Immerhin haben aber doch in dieser ganzen Missionsperiode der russischen Kirchengeschichte verschiedentlich Beziehungen zwischen Rußland und der römischen Kurie bestanden. So sind zur Zeit Wladimirs mehrfach päpstliche Gesandtschaften an dessen Hofe erschienen, ohne aber den doch zunächst erstrebten Zweck, die Anknüpfung näherer kirchlicher Beziehungen mit Rom, zu erreichen. Während ferner die Nachricht, daß Adalbert von Prag in Rußland als Martyrer gestorben sei, rein legendär ist,[3]) hat, wie schon erwähnt,

1) L. K. Goetz, Kirchenrechtliche und kulturgeschichtliche Denkmäler Altrußlands, S. 139.

2) Vgl. L. K. Goetz, Staat und Kirche in Altrußland, S. 60.

3) Vgl. Theodor Ediger, Rußlands älteste Beziehungen zu Deutschland, Frankreich und der römischen Kurie. Phil. Diss., Halle 1911, S. 85 ff.

Adalbert, der spätere Magdeburger Erzbischof, tatsächlich, wenn auch ohne Erfolg, als Missionar in Rußland gewirkt. Abendländische Berichte, wie z. B. von Petrus Damiani († 1072) in seiner Vita des Romuald, schreiben Bruno von Querfurt[1]) die Bekehrung Rußlands zu, doch das ist eine Verwechslung der Russen mit den Preußen (Pruzzen). Aber Bruno von Querfurt hat doch tatsächlich in Rußland gewirkt. Im Jahre 1005 hat dieser Sachse aus edlem, dem Ottonengeschlecht verwandtem Stamme, voll Begeisterung für die Ausbreitung des christlichen Glaubens, in dem Gebiet der sogenannten schwarzen Ungarn, das im östlichen und südöstlichen Ungarn (Gegend von Kronstadt) zu suchen ist, missionierend gewirkt. Da aber seiner zwei Jahre dauernden Tätigkeit der Erfolg so gut wie völlig versagt blieb, ging Bruno Ende des Jahres 1007 an den Hof von Kiew. Daß Großfürst Wladimir, der, wie wir wissen, solche Gespräche liebte, sich mit Bruno auch über die Unterschiede der abendländischen Kirche gegenüber der morgenländischen unterhalten haben mag, ist anzunehmen; aber das griechische Kirchenwesen war doch schon in Rußland viel zu fest gewurzelt, als daß Bruno eine Annäherung an die römische Kirche hätte erreichen können. Brunos eigentliche Absicht war, zu den Petschenegen zu gehen, die östlich von Siebenbürgen am unteren Dnjepr bis zu den Donaumündungen hin wohnten. Offenbar hoffte Bruno, daß, wenn es ihm gelänge, diese zur Annahme des Christentums zu bewegen, auch der Widerstand der ihnen stammverwandten schwarzen Ungarn gegenüber dem Christentum sich werde brechen lassen. Wladimir suchte anfangs Bruno zum Aufgeben seines Planes zu be-

1) Über Bruno von Querfurt vgl. H. G. Voigt, Bruno von Querfurt, Mönch, Eremit, Erzbischof der Heiden und Martyrer. Stuttgart 1907; derselbe, Bruno von Querfurt als Missionar des römischen Ostens, Sitzungsberichte der Kgl. böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften in Prag, Histor. Klasse 1908; derselbe, Bruno von Querfurt und seine Zeit, Neujahrsblätter der historischen Kommission für die Provinz Sachsen, Nr. 33. Halle 1909.

wegen, da die Reise zu diesem wilden Volke ihm den sicheren Tod bringen würde. Aber vergebens. Da hat Wladimir, nachdem er Bruno einen Monat gastfreundlich beherbergt hatte, ihm schließlich selbst das Geleit bis zur Grenze seines Reiches gegeben. Daß die Pläne Brunos bei den Petschenegen, nämlich deren Christianisierung, schließlich auf die Zurückdrängung der griechischen Kirche hinausgingen, da Bruno ja als päpstlicher Legat mit der Vollmacht zur Gründung von Kirchen und Bistümern zu ihnen ging, und daß das Gelingen dieser Pläne auch auf die Stellung der griechischen Kirche in seinem eigenen Herrschaftsgebiete nicht ohne Rückwirkung bleiben würde, hat Wladimir sicherlich erkannt. Und so mag er vor allem deswegen, nicht bloß aus persönlicher Besorgnis um Bruno, dessen kühnes Auftreten, wie wohl verständlich, nicht ohne tiefen Eindruck auf den Barbarenfürsten geblieben ist, ihn anfangs von seinem Plan abzubringen versucht haben. Unter vielfacher Bedrohung — mehreremal geriet er in ernste Lebensgefahr — wirkte Bruno durch fünf Monate im Peteschenegenlande, das er zum großen Teil missionierend durchzog. Seine Missionspredigt blieb auch nicht ohne Erfolg. Ja, man faßte zu ihm solches Vertrauen, daß ihm die Friedensvermittlung bei dem russischen Großfürsten übertragen wurde. Sein Auftrag ging dahin, Wladimir zu übermitteln, daß, wenn er diesen Frieden halten würde, die Petschenegen insgesamt Christen werden würden. Bruno übernahm die Vermittlung. Wladimir ging auf die Vorschläge der Petschenegen ein und war sogar bereit, den Petschenegen einen seiner Söhne als Geisel zu stellen. Mit diesem entsandte Bruno einen seiner Gefährten als Bischof des Petschenegenlandes. Über das Schicksal dieses Bischofs verlautet nichts; und auch Bruno hat sich nunmehr von Kiew nach anderen Missionsgebieten begeben, so daß sein Wirken in Rußland eine Episode blieb. Bei den heidnischen Preußen fand er schon im folgenden Jahre den ersehnten Martertod (14. Februar 1009). — Wenige Jahre nach Bruno von Querfurt ist der Bischof Reinbern von Kolberg



nach Rußland gekommen; er begleitete die Tochter des polnischen Königs Boleslaw I., die mit Wladimirs Stiefsohn Swjatopolk vermählt wurde. Beide sind aber bald aus politischem Argwohn in den Kerker geworfen worden und in demselben gestorben. Was von Erfolgen des Reinbern erzählt wird, ist unglaubwürdig.[1])

Als die päpstlichen Legaten im Jahre 1054 die Exkommunikationsbulle gegen den Patriarchen Michael Kerularios auf den Altar der Hagia Sophia von Konstantinopel niedergelegt hatten und damit der endgiltige Bruch zwischen der abendländischen und der morgenländischen Kirche eingetreten war, kehrten sie über Rußland nach Rom zurück. Ihre Absicht war offenbar, zu verhindern, daß die russische Kirche in Verbindung mit der griechischen bliebe und dadurch gleichfalls in das Schisma hineingezogen würde. Dieses Bemühen mochte damals nicht ganz aussichtslos erscheinen, da gerade ein ernstliches Zerwürfnis mit Konstantinopel bestand, das auch dem Großfürsten Jaroslaw den Anlaß gegeben hatte, erstmals einen Russen, den Mönch Hilarion, zum Metropoliten zu bestellen. Aber die alte Verbindung der russischen Kirche mit der griechischen war doch zu stark und festgewurzelt, als daß sie noch hätte gelöst werden können. Und so ist allmählich auch die russische Kirche in das Schisma der byzantinischen Kirche hineingezogen worden, und die Abneigung und der Haß gegen die abendländische Kirche, die zunächst auf die Kreise der Theologen beschränkt waren, drangen dann mehr und mehr auch in die breiten Schichten des Volkes.

Trotzdem fehlte es aber auch fernerhin nicht an Beziehungen zum Papsttum. Diese gestalteten sich besonders interessant zur Zeit des Großfürsten Isjaslaw.[2]) Dieser war von seinen Brüdern vertrieben worden (1073); nach vergeblichen Versuchen, beim Polenkönig und bei Heinrich IV. Unterstützung zu finden, sandte er seinen Sohn Jaropolk an

1) Vgl. über Reinbern Ediger, a. a. O. 88 ff.

2) Vgl. zum folgenden Ediger, a. a. O. S. 95 ff.

Papst Gregor VII. Aus einem Schreiben desselben vom 17. April 1075 ersehen wir, daß der Papst auf Bitten des Sohnes des Großfürsten das russische Reich diesem als Lehen des hl. Petrus gegeben hat, daß also der Großfürst sich und sein Reich dem apostolischen Schutz unterstellt hatte. Eine besondere Gesandtschaft überbrachte das päpstliche Schreiben dem Großfürsten. Als Isjaslaw aber wieder zur Macht und Herrschaft gekommen war, hat er nichts getan, um sein Reich Rom zu unterwerfen und sich der abendländischen Kirche anzuschließen. Daß ihm dies, wenn er ernstlich gewollt hätte, möglich gewesen wäre, ist kaum zu bezweifeln; denn die Trennung der morgenländischen und der abendländischen Kirche war erst kürzlich erfolgt und der Lateinerhaß hatte noch nicht in den breiten Volksschichten Wurzel gefaßt. Das ganze Verhalten des Großfürsten zeigt, daß die Anknüpfung einer Verbindung mit Rom ein Schritt war, zu dem ihn nur die augenblickliche Not veranlaßt hatte, daß aber von einer ernstlichen Hinwendung zur abendländischen Kirche bei ihm keine Rede war. So haben die kühnen Hoffnungen, die das Erscheinen der russischen Gesandtschaft an der Kurie geweckt haben mochte, keine Erfüllung gefunden. In der Folge hat dann das große Ringen der Päpste mit dem Kaisertum die Kurie gehindert, ihr Augenmerk auf das ferne Rußland zu richten. Und als dann Papst Innocenz III. wieder mit Energie den Gedanken der Vereinigung der russischen Kirche mit der abendländischen zu betreiben begann, da hatten diese Bemühungen keinen Erfolg und konnten ihn nicht haben; denn die Trennung der beiden Kirchen hatte schon damals, namentlich infolge des vierten Kreuzzuges und seit der Zeit desselben, eine zu tiefe Entfremdung und Abneigung gegenüber dem Westen herbeigeführt. Diese Entfremdung und kulturelle Kluft wurde noch tiefer und schier unüberbrückbar, als seit Beginn des 13. Jahrhunderts das russische Reich durch die Einfälle der Mongolen heimgesucht wurde und schließlich auf lange Zeit unter deren Herrschaft kam.



LX.

Neue Beiträge zur Geschichte König Max II. von Bayern.

(Von Anton Doeberl.)

I.

Wie Max II. zu Karl von Abel gestanden, das aufzuhellen hat in mancher Hinsicht seinen Wert. Zunächst reizt schon das bisherige Urteil des einen und des anderen Historikers zum Widerspruch. Man hat sich darin gefallen, den Gegensatz zwischen den beiden über Gebühr aufzubauschen, die Linien, die die beiden verbanden, zu übersehen, ohne eine Ahnung, wie nahe sie sich namentlich später gestanden. Da erscheint dann der jugendliche Kronprinz wie ein Siegfried, der gegen die düstere Gestalt des Hagen, des reaktionären Ministers streitet. Diese Darstellung, mehr mit der Feder des Parteipolitikers als mit dem Griffel des Historikers geschrieben, stimmt nicht in alleweg. Kronprinz Max billigte einen guten Teil des Abel'schen Systems. Dafür werde ich den Beweis erbringen. Aber über die persönlichen Beziehungen hinaus werfen die Schriftstücke, die ich erstmals benützen konnte, manches Licht auf wichtige Fragen der deutschen Politik, der inneren Staatsverwaltung Bayerns, sie lassen zum Teil auch in das Parteigetriebe klarer schauen.

Ich beginne mit der Kronprinzenzeit.

Das war das Unglück, daß Max II. keinen Erzieher hatte, der ihn auf religiösem Gebiete ganz befriedigt hätte. Der Schottenmönch Mac-Iver, dem König Ludwig I. ein knappes Erziehungsprogramm entwarf, war zu alt, besaß jedenfalls nicht das Zutrauen des Prinzen. Ein Brief des Domkapitulars Schwäbl an Bischof Sailer beleuchtet blitzartig, wie einflußlos Mac-Iver auf den Prinzen geworden, zeigt, daß er unmöglich geworden.[1]) Aber auch sein Nach-

1) „Der Kronprinz feiert heute seinen 17. Geburtstag. Ich werde abends meinen Glückwunsch abstatten. Als ich jüngst bei ihm war,



folger, „der wackere, redliche Oettl, hatte neben Hormayr eine falsche Stellung und verliert wohl mehr und mehr an Einfluß, da man eine unbequeme Stimme wie die seinige nicht gern hört". So beklagt Oberkamp in einem Brief an Pfeilschifter (26. II. 1829) die Wendung der Dinge, die für den Eoskreis auf nahenden Sturm standen. Und Oettl selbst muß vor Ablauf desselben Jahres in einem Jammerbrief an Bischof Sailer (8. XII. 1829) von einer verlorenen Partie sprechen; er sei ein Fremdling am Hofe geworden, seit er zwei Monate fort gewesen, man habe auch den Thronerben gegen die Klerikalen umgarnt; nur auf den guten Willen des Königs sei noch zu rechnen. Auch diese Gunst sollte Oettl verlieren. Ich habe es jüngst in meinem Reisach-Artikel schon angedeutet. Der antiultramontane Juste-Milieu-Minister, dem der Görreskreis aus guten Gründen ein gerüttelt Maß von Liebe entgegenbrachte, hatte natürlich kein Interesse, diese Entwicklung zu stören. So geriet der Kronprinz immer mehr in das liberale Fahr- und Altwasser. Nicht zur Freude des Königs.

Unter dem Ministerium Abel setzten nun verschiedene Versuche ein, den Kronprinzen dem konservativen Programm nahe zu bringen. Abel mußte schon deshalb seine Karten mischen, um sein Ministerium zu halten. Über der persönlichen Sorge um den Ministersessel stand ihm natürlich die Sicherung der seit 1837 zum Zug gekommenen katholischen konservativen Politik. Hierin begegnete er auch den Ansichten

erzählte er mir, wie sehr er darüber beunruhigt sei, daß ihm nebst Oettl General von Werneck beigegeben werde. „Ich habe zwei Nächte", so sprach er, „geweint, gebetet und geseufzt. Ich weiß wohl, was man alles untereinander gemacht hat, um dieses zu bewirken. Aber ich versichere Sie, ich lasse nimmermehr von Oettl." Er fragte mich auch, ob ich Mac-Iver gesehen? Als ich dies bejahte, sprach er: „Ich wünschte, daß er längst wieder wäre, wo er hin gehört. Mit diesem Mann ist ja kein vernünftiges Wort zu reden. Ich habe mich mit ihm entzweit." Wir wurden unterbrochen, ohne das Gespräch fortsetzen zu können." Sch. an S. 28. XI. 1827.

seines königlichen Herrn, mit dessen Wissen und Willen die verschiedenen politischen Bekehrungsversuche an dem Kronprinzen geschahen. Ich sehe nun ab von dem jüngst mitgeteilten Schreiben Zanders an den Kronprinzen, weil es noch in die Zeit Wallersteins fällt, obwohl ich vermute, daß hinter diesem Schreiben Graf Rechberg stand. Interessant ist es immerhin, denn Zander ist ein Ausläufer des Görreskreises. Ich will hier von drei anderen Versuchen reden.

Noch ehe Abel definitiv Minister geworden, setzt er ein. Er greift in einem Brief an den Regierungspräsidenten Eduard von Schenk (10. III. 1838) zurück auf einen Plan, der dem König bereits während des Landtags 1837 vorgeschwebt hatte, den früheren konservativen Minister als einen politischen Mentor dem Kronprinzen an die Seite zu geben. Darnach sollte Schenk unter dem Scheine in den Staatsrat einberufen werden, in der Hauptsache aber als „erläuterndes und manche andere Einflüsse ausgleichendes und berichtigendes Organ der echt landesväterlichen Absichten und des ganzen großartigen, auch die ferne Zukunft umfassenden Regierungssystems unseres herrlichen Monarchen bei seinem dereinstigen Thronfolger dienen“. Der Kronprinz lehnte aber noch vor Ende März 1838 den nichtgewünschten Ratgeber mit aller Entschiedenheit ab. Gleichwohl wurde Schenk in den Staatsrat berufen, war bis 1841 Monate lang trotz der teueren Diäten in München nicht zum Besten der Verwaltungsgeschäfte der Oberpfalz.[1]) Aber der König wollte es und dann spielte auch die Geldfrage keine Rolle. Ob Schenk Einfluß gewann auf den Kronprinzen, wenigstens um das Jahr 1840, läßt sich nicht ohne weiteres verneinen. Die Ausgaben sprechen für einen gewissen Erfolg.

Einen zweiten Versuch unternahm Bischof Schwäbl, der altvertraute Ratgeber des Prinzen. Der Prinz gab selbst

1) „In München Staatsrat sein, in Regensburg Präsident sein wollen und dabei für die Bühne einen Adolph von Nassau schreiben, wo ist der Tausendkünstler, der so etwas zusammenreimen könnte?“ Schwäbl an Abel, 9. I. 1841.

den Anlaß. Bei einem Besuch in Regensburg (11. Oktober 1838) entschlüpfte dem Prinzen die Ansicht, „er glaube, daß Klöster nicht mehr für unsere Zeit passen". Bischof Schwäbl schilderte sofort, wie er dem Minister noch unterm 18. Oktober mitteilte, „in gedrängter Kürze die großen Leistungen der Klöster inbezug auf Wissenschaft, Erziehung, Unterricht, Krankenpflege," und erbat sich weiteren Wink vom König, ob er die abgebrochene Unterredung schriftlich wieder aufnehmen solle. Der König wünschte Fortsetzung der Korrespondenz und zum Geburtstage des Kronprinzen (28. November) kam das bestellte Schreiben in dessen Hände. Der Kronprinz antwortete am 5. I. 1838 zwar spät, „durch mannigfache Geschäfte in Anspruch genommen", aber recht wohlgesinnt. „Interessant sei ihm gewesen, was ich ihm über das Kapitel der Klöster mitgeteilt; ich solle überzeugt sein, daß er alles, was zugunsten derselben angeführt, gewiß im gebührenden Grade würdige, da er wie von meiner Erfahrung so auch von der Reinheit meiner Absichten überzeugt sei." Und dann spricht der Kronprinz ein Wort aus, das man wohl auch heute noch zu würdigen weiß, weil es uns wie kaum ein anderes aus der Seele des Prinzen lesen läßt: „Bayerns Glück und Ehre ist der Gedanke, der meine Seele erfüllt, mit dem ich erwache und zu Bette gehe; der Allmächtige möge mir beistehen, meine hohen, aber schweren Ziele zu erreichen." Begreiflich, daß der gute Bischof diese Frohbotschaft gleich dem Minister und dem König meldet. „Der Faden ist angeknüpft", so frohlockte er, „und ich werde Gott danken, wenn ich das Mindeste werde beitragen können, um ihn für die erleuchteten Regierungsgrundsätze seines königlichen Vaters einzunehmen.

Ein dritter Vorstoß in dieser Richtung erfolgte aus dem Ministerium des Innern selbst. Auf die Bitte des Kronprinzen verfaßte Ministerialsekretär Zwehl eine „Denkschrift über die Amtsführung des Ministers Abel", die mit einiger unwesentlichen Kritik sich anerkennend ausspricht. Man hat fast den Eindruck einer bestellten Arbeit, jedenfalls

ist sie zuerst dem Minister und dem König vorgelegen (1. III. 1840), ehe sie in die Hände des Kronprinzen kam. Um dieselbe Zeit schrieb der Minister, obwohl überarbeitet während des Landtags, für den Kronprinzen eine umfangreiche Abhandlung über die Rechte der Krone und des Landtags. Der Erfolg war eine gewisse Annäherung des Kronprinzen. Der Kronprinz ließ am 2. September 1841 durch Hofrat und Professor Herrmann dem Minister Abel eröffnen, „wie sehr S. K. H. die Rechtlichkeit, die Tätigkeit, die Geschäftskenntnisse und Geschäftsgewandtheit sowie überhaupt die Einsicht des Ministers von Abel — mit Ausschluß der geistlichen Angelegenheiten — achte, daß aber S. K. H. wünschen müßten, daß der Minister des Innern dem Kronprinzen doch öfter entgegen komme". Der Vorbehalt war nicht nach dem Sinn des königlichen Herrn Vaters. Ein Signat Ludwig I. an Abel vom 6. September 1841 lautet: „Mit was in den geistlichen Angelegenheiten derselbe mit Minister Abels Ansichten nicht einverstanden ist, ob vielleicht ihm solche beigemessen werden, die er nicht hat, dieses möchte ich ergründet wissen mit Anführung der Tatsachen, die er genanntem Minister vorwirft."

An Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kronprinzen und dem Minister hat es auch später nicht gefehlt. Die Opposition gegen Abel lag natürlich dem Kronprinzen immer zu Ohr. Und der war noch zu wenig politisch gereift, zu unselbständig, ewig zögernd und zaudernd. In der Ministerkrisis des Jahres 1842 — ich werde auf diese nach vielen Seiten hin interessante Sache noch zu anderer Zeit zu reden kommen — beklagt sich der Minister dem Könige gegenüber auch über „die tief verletzenden und seinen (des Ministers) persönlichen Charakter angreifenden Äußerungen S. K. H. des Kronprinzen" (10. I. 1842). Die Koalition scheiterte an dem Vertrauen, das der König unentwegt dem Minister bewahrte. Der Kronprinz verließ diese Koalition. Am 25. IV. 1842 spricht Rechberg von dem Gerücht, das in München kolportiert wurde: „In der Stadt erzählt man sich, daß Sie mit dem

Kronprinzen ganz ausgesöhnt seien." Was Rechberg hier anführt, wird durch andere Briefe bestätigt.

Der Kronprinz hat die guten Dienste des Ministers wiederholt in persönlichen Angelegenheiten erbeten und erhalten, ein Zeichen, daß eine Entspannung nunmehr eingetreten war. Freilich für seinen Herzenswunsch, seinen Doenniges bei sich zu behalten, konnte weder Frhr. v. Tann noch der Minister behilflich sein. Es ist falsch, wollte man Abel Schuld beimessen an der Entfernung Doenniges. Dieser hat selbst später in einem Brief an Abel, der bei den Akten liegt, anerkannt, daß Abel hierin ohne Schuld sei. Es war der Wille des Königs, der da entschied.

* * *

Ich gebe zwei Briefe Eduards von Schenk an Minister von Abel bei. Sie sind interessant auch für die Entwicklung des katholischen Gedankens. Die enge Freundschaft zwischen Schenk und Abel, bisher unbekannt, dürfte manchen befremden. Denn Schenk, der Freund Sailers, der Romantiker und Dichter, war ohne Zweifel um einige Schattierungen verschieden von dem nüchternen, nur den Amtsgeschäften lebenden Nachfolger. Aber beide verband die Opposition gegen Wallerstein und den Liberalismus, verband die kirchliche Anschauung. So sind diese Briefe ein Erweis der Kontinuität der katholischen Bewegung vom Sailerkreis zum Görreskreis.

(Regierungspräsident Eduard von Schenk an Minister von Abel.)

1.

Verehrtester Freund!

Ihr gefälliges Schreiben vom 10ten, empfangen den 11. dieses Monats, konnte mich nur mit dem tiefsten Gefühle neuen und gerührtesten Dankes gegen unsern allergnädigsten König und Herrn erfüllen und diesen Dank kann ich nur dadurch bestätigen, daß ich Seinem huldvollen Vertrauen möglichst zu entsprechen, Seinem gebietenden Winken zu folgen mich beeile.



Schon im verflossenen Jahre geruhten Seine Majestät den Wunsch auszusprechen, mir wieder in München eine bleibende Stellung zu geben und das hauptsächlichste Motiv dieses Wunsches war damals schon die Rücksicht auf Se. Königliche Hoheit den Kronprinzen, Höchstwelcher sich, ohne alle Veranlassung von Seite seines Herrn Vaters, mir gleich nach meiner Ankunft in München mit huldvollem Zutrauen und wohlwollender Erinnerung an frühere Zeiten genähert und während Seiner Anwesenheit beim Landtage vielfältig meine Ansichten sowohl über ständische als auch andere Angelegenheiten hatte vernehmen wollen. Dieses entgegenkommende Vertrauen des jungen Fürsten hätte mir auch den Mut eingeflößt, schon damals den allergnädigsten mich in so hohen Grade ehrenden Wünschen Seiner Majestät, — die mir immer Befehle sind, — unbedingt Folge zu leisten und aus Allerhöchst Seiner Hand eine Stellung in München zu empfangen, in welcher ich, — äußerlich unabhängig von dem Kronprinzen, — doch als erläuterndes und manche andere Einflüsse ausgleichendes und berichtigendes Organ der ächt landesväterlichen Absichten und des ganzen großartigen, auch die ferne Zukunft umfaßenden Regierungs-Systems unseres herrlichen Monarchen bei seinem dereinstigen Thronfolger hätte dienen können. Das einzige Motiv, welches mich im verflossenen Jahr bestimmte und bestimmen mußte, die huldvollsten Königlichen Anerbietungen zwar mit dem heißesten Danke, jedoch zugleich mit der ehrerbietigsten Bitte, um Belassung auf meiner dermaligen Dienstesstelle zu erwiedern, ist Seiner Majestät bekannt und von Allerhöchstdenselben gewürdigt worden; es war nicht die Freude an meinem gegenwärtigen schönen Wirkungskreise und an meinen Verhältnissen in dem mir anvertrauten Regierungsbezirke, die sich immer glücklicher gestalten, — dem ich mit liebevoller Begeisterung und treuester Anhänglichkeit hingegeben bin — es war ausschließlich die Rücksicht auf die leidende Gesundheit meiner Frau, für welche eine Übersiedelung nach München durch ärztliches Gutachten als lebensgefährlich bezeichnet worden war.

Seitdem hat sich zwar der Gesundheitszustand meiner Frau



merklich gebessert, allein ihr fortdauerndes Brustleiden bedarf noch der äußersten Schonung und würde sich, so lange es nicht gänzlich gehoben, durch Versetzung in ein weniger mildes Klima nach dem Ausspruch der Ärzte alsbald wieder verschlimmern. Ich darf es daher noch nicht wagen, eine bleibende Übersiedlung nach München mit meiner Familie als vereinbarlich mit meiner Pflicht als Gatte zu betrachten.

Auf der andern Seite aber fordert eine nicht minder teure und noch höhere Pflicht mich gebieterisch auf, dem Königlichen Willen Folge zu leisten und, da die Huld Seiner Majestät mir vergönnt, ehrerbietigst den Weg zu bezeichnen, auf welchem beide Pflichten in Einklang gebracht werden könnten, so erlaube ich mir, Ihnen, verehrter Freund, in dieser Beziehung meine Ansichten und Wünsche vorzutragen.

Meine Stellung in München soll, in so weit sie des Kronprinzen Königliche Hoheit berührt, nicht eine bestimmt ausgesprochene sein; sie würde dadurch einen großen Teil ihrer Wirksamkeit verlieren. Sie soll, — wenn ich nicht irre, — nur eine Fortsetzung und nähere, innigere Gestaltung des Verhältnisses möglich machen und begründen, welches der Prinz im verflossenen Jahre so gnädig mit mir angeknüpft und seitdem auch nicht fallen gelassen hat. Wäre es aber für diesen Zweck nicht hinreichend, wenn Seine Majestät der König mich in meiner Eigenschaft als Staatsrat, im außerordentlichen Dienste nach § 4 der allerhöchsten Instruktion vom 18. November 1825 unter Anführung irgend eines ostensibeln Grundes auf längere Zeit in den Staatsrat einzuberufen geruhen würden? Meine hiesige Stelle könnte alsdann vorderhand unbesetzt und meine Familie in Regensburg bleiben. Außer der oben angedeuteten Rücksicht bestimmt mich zu diesem unzielsetzlichen Vorschlage noch die Erwägung, daß der Kronprinz, obwohl ein Herr von den trefflichsten Anlagen, dem reinsten Willen und dem ernstlichsten Streben nach Bildung und Belehrung, doch in seinen persönlichen Zuneigungen und in seinem Vertrauen noch etwas schwankend ist. Sollte dasselbe aufhören, so wäre mir natürlich die Möglichkeit eines schleunigen Rücktritts auf meinen gegen-



wärtigen Posten sehr erwünscht. Erhält sich jenes Zutrauen und gestalten sich — wie ich hoffe — meine häuslichen Verhältnisse heiterer, so bin ich ohnehin den weitern allerhöchsten Befehlen Seiner Majestät über meine künftige Bestimmung freudig und unbedingt unterworfen. Geruhen Seine Majestät diesen ehrerbietigsten Vorschlag zu genehmigen, so bleibt mir, in Beziehung auf mich, nur noch ein Wunsch, nur noch eine Bitte übrig. Sie betrifft eine Seite, die ich nur mit innerem Widerstreben berühre, jedoch als Familienvater zu berühren verpflichtet bin, — nämlich die finanzielle.

Ich besitze eben sowenig Geld-, als Ehrbegierde, allein ich habe dem Staatsdienst, seit meiner Beförderung auf die höchsten Stufen desselben, schon so viele und große pekuniäre Opfer gebracht und außerdem haben mir in den beiden letztverflossenen Jahren die Krankheit meiner Frau, die Verheiratung meiner Tochter, die Universitätsstudien meines Sohnes und endlich die zehnmonatliche Anwesenheit beim Landtage, so viele und bedeutende außerordentliche Ausgaben herbeigeführt, daß ich mit den besten Willen weitere Opfer zu bringen nicht mehr vermöchte. Mein Erbteil an dem nicht sehr beträchtlichen Vermögen, welches mein Vater im Staatsdienste sich erworben, habe ich in treuem Staatsdienste eingebüßt. Weit entfernt von dem Gedanken mich im Dienste meines Königs und Herrn bereichern zu wollen, wünsche ich bloß Befreiung von drückenden Sorgen und darum wird es gewiß der huldvolle, väterlich gesinnte Monarch nicht mißdeuten, wenn ich während meines längeren Aufenthaltes in München als Staatsrat im außerordentlichen Dienste um allergnädigste Bewilligung von Diäten oder einer angemessenen Funktionszulage oder einer andern Entschädigung zu bitten wage, deren Art und Weise ich nur dem Allerhöchsten landesherrlichen Ermessen anheimstellen kann. Meine Bitte dürfte um so weniger als unbescheiden erscheinen, da meine Abwesenheit von hier doppelte Haushaltung und doppelte Mietwohnung notwendig macht und ich während derselben mein Reisekostenaversum als Regierungspräsident dem meine Stelle vertretenden Vizepräsidenten zu der unbedingt erforderlichen Be-

reisung sämtlicher an die Oberpfalz neu gekommenen Amtsbezirke zurücklassen muß. —

Indem ich Sie, verehrtester Freund, ersuche, diese ehrerbietigsten Wünsche und Bitten Seiner Majestät zu Füßen zu legen und mich von Allerhöchstderselben weitern Befehlen in Kenntnis setzen zu wollen, beharre ich mit innigster Verehrung und unwandelbarer Freundschaft

Euerer Hochwohlgeboren
Regensburg, den 13. März 1838. treu ergebener
v. Schenk.

2.

Verehrtester Freund!

Vor allem meine freudigsten, aus ganzer und voller Seele kommenden Glückwünsche zu Ihrer Ernennung zum wirklichen Minister des Innern und meinen herzlichsten Dank, daß Sie mir diese Ernennung schon vor deren öffentlicher Bekanntmachung durch unsern verehrungswürdigen Bischof mitteilen zu lassen die Güte hatten. Der herrliche König hätte dazu keinen treffenderen Zeitpunkt wählen können als den gegenwärtigen, in welchem Ihre Feinde über Sie zu triumphieren hofften und schon allenthalben die Kunde Ihres Rücktritts aus dem Ministerium und den Eintritt Rudhardts, Stürmers, ja selbst Armanspergs in dasselbe verbreiteten. Ich hatte nie daran gezweifelt, daß der König Ihre großen Verdienste auf solche Weise lohnen werde, allein, daß es so bald geschehen würde, hatte ich nicht gehofft und so gesellt sich denn zu meiner Freude über das Ereignis selbst auch noch die der Überraschung. Für Sie aber, verehrtester Freund, ist es nicht bloß Belohnung, sondern auch Genugtuung, zur Beschämung Ihrer Gegner im Inlande, wie im Ausland, an der Isar wie an der Spree. Unter allen Gutgesinnten dagegen wird nur eine Stimme der freudigsten Teilnahme über Ihre Erhebung herrschen, namentlich ist den Beamten der inneren Verwaltung dadurch wieder die Aussicht auf jenen Einklang der Bewegung mit der Tätigkeit, auf jene Ruhe im Fortschreiten gesichert, welche von jeder guten Verwaltung un-

zertrennlich ist. Der Stecken des Treibers ist gebrochen und an seine Stelle tritt der leitende Stab des Hirten; die Übermacht des Formenwesens ist verschwunden, es wird nicht mehr höher angeschlagen, als es wirklich gelten soll, und der Beamte, vom Druck desselben befreit, hat wieder Zeit und Lust, des Landes wahres Wohl in dem ihm zugewiesenen Kreise zu fördern. Wie sehr sich auch die Kirche Bayerns jenes Ereignisses zu freuen hat und freut, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Darum noch einmal meinen heißesten Glückwunsch mit der herzlichsten Bitte um Fortdauer Ihrer alten Freundschaft, Ihres mir so oft bestätigten Wohlwollens! —

Und nun zur Beantwortung Ihres gütigen Schreibens vom 29. v. M. — Daß des Kronprinzen K. H. mich mit solcher Entschiedenheit abgelehnt, hat mich zwar nach so vielen unverkennbaren Merkmalen des Vertrauens, die Er mir im verflossenen Jahr und selbst noch vor wenigen Wochen gegeben, etwas überrascht, jedoch nur insofern betrübt, als jene Ablehnung entweder eine Anerkennung der Motive meines Handelns während der letzten Monate der jüngsten Ständesitzung, dessen Zeuge Er nicht mehr war — oder das bei Ihm mehrmals hervortretende Mißtrauen gerade gegen die Männer des königlichen Vertrauens zugrunde zu liegen scheint; im verflossenen Jahr ahnte er nicht, daß Sein Herr Vater Seine häufigen Besprechungen mit mir gewünscht oder auch nur gewußt habe. Im übrigen und abgesehen von dem betrübenden Eindruck, den dieses Ereignis auf das Vaterherz S. M. gemacht hat, ist mir, von rein persönlichem Standpunkt aus, dasselbe in mancher Beziehung nicht unerwünscht. Das Streben und der Wille des Kronprinzen sind fest, aber Seine Neigungen sind sehr schwankend und der Boden, auf welchem man an seiner Seite wandelt, ist höchst schlüpfrig. Alle seine Erzieher und Begleiter haben dies erfahren. Zudem würde meine Berufung nach München, verbunden mit Offenlassung meiner hiesigen Stelle, manche amtliche Schwierigkeiten und Anstände herbeigeführt haben; ich sehe täglich, wie vieles während meiner letzten langen Abwesenheit von hier geschehen, was hätte unterlassen oder anders angegriffen werden,

wie vieles unterlassen, was hätte geschehen sollen. Ohne Anmaßung und Unbescheidenheit und ohne den Verdiensten des wackeren Vizepräsidenten von Sautter zu nahe treten zu wollen, glaube ich behaupten zu dürfen, daß meine fortdauernde Anwesenheit in dem mir anvertrauten Regierungsbezirk für das Wohl desselben förderlich ist. Was mich aber am meisten über die Ablehnung des Kronprinzen tröstet, ist die Hoffnung, daß Ihn die Zeit auch in dieser Beziehung enttäuschen werde, — und das erhebende Bewußtsein der fortdauernden Huld und des Vertrauens S. M. unseres herrlichen Königs. Auch die herzliche Teilnahme, welche Sie, verehrter Freund, mir bei diesem Anlaß abermals bewiesen, hat mich innigst gefreut und wahrhaft erquickt.

Was übrigens die Wahl eines jungen Geschäftsmannes betrifft, den der Kronprinz in seine Nähe zu ziehen wünscht, so habe ich Ihm hiezu bereits im vorigen Jahr Seiner Aufforderung entsprechend den hiesigen Regierungssekretär Franz Graßer vorgeschlagen. Ich weiß auch jetzt keinen besseren Vorschlag und bin daher so frei, Ihnen meine Personalnotiz über diesen jungen, sehr ausgezeichneten Mann beizulegen, um davon beliebigen Gebrauch machen zu können.

Mit dem Ausdrucke innigster und ausgezeichnetster Hochachtung und unwandelbarer Freundschaft

Regensburg, den 4. April 1838.

ganz der Ihrige
Schenk.

3.

Kronprinz Max an Minister von Abel.

Franzensbad, 30. Juli 44.

Herr Minister! Im Vertrauen auf Ihre billige und redliche Gesinnung richte ich diese Zeilen an Sie; sie betreffen Professor Doenniges.

Aus früheren mündlichen Unterredungen wissen Sie, welchen Wert ich darauf lege, mir diesen Mann zu erhalten. Er ist brav, sehr gründlich unterrichtet und dabei mir von persönlicher Annehmlichkeit durch sein heiteres Wesen und durch einen leicht



faßlichen von aller Pedanterie freien Vortrag. Sie werden zugeben, daß dieser Verein von Eigenschaften nicht leicht zu finden ist. Daß ich einen so begabten, tüchtigen Mann zum literarischen Referenten bedarf, braucht wohl keine nähere Erörterung; unmöglich kann ich alle erscheinenden interessanten Werke selbst lesen und meine Bibliothek selbst besorgen. Dann, was vor allem zu berücksichtigen ist, erleichtert mir ein solcher Mann das oft angreifende, mühsame Selbst- und Alleinstudium durch mündliche, gedrängte Vorträge, die gewöhnlich in Auf- und Abgehen gehalten werden. Mein Kopf wird geschont und Zeit, die so kostbar ist, gewonnen.

Wer und was meinen Vater gegen Doenniges so sehr eingenommen, weiß ich nicht, obwohl ich darüber mehr wie Vermutungen habe. Soviel aber kann ich mit gutem Gewissen auf das bestimmteste behaupten, daß nichts begründetes gegen denselben angeführt werden kann. Sie selbst gaben zu, daß mein Vater schon von ungünstiger Meinung über Personen zurückgekommen ist, wenn er selbst sich oder durch andere vom Gegenteil überzeugte. Sie haben nun durch mich veranlaßt Doenniges kennen gelernt und sind durch eigene Anschauung imstande über ihn zu urteilen und ich glaube zu seinen Gunsten.

Er ist Protestant, aber alle, die in näherer Berührung mit ihm gekommen, werden bezeugen, daß er ein sehr gemäßigter, gut denkender Mann ist und daß jede polemische religiöse Tendenz gänzlich aus seinem Gesichtskreis und Charakter liegt. Was nun meine gut katholische Gesinnung betrifft, so habe ich stets bewiesen und gewiß niemanden berechtigt daran zu zweifeln; ja mit Indignation erfüllt mich der Gedanke, wenn man glaubte, daß jemand auf meinen katholischen Glauben Einfluß haben könnte.

Daß Doenniges kein Bayer ist, bedauere ich, doch ist er ein gut monarchisch gesinnter Deutscher und mit Wahrheit kann ich sagen, daß ich jahrelang, vor ich denselben in meine Nähe zog, im Land gesucht und keinen gefunden, der gerade die benötigten speziellen Eigenschaften im genügenden Grade besaß, und daß ich noch keinen zu finden weiß, der mir ihn genügend



ersetzte. Nach meinem guten Gewissen liegt mir nichts so sehr am Herzen und ist mir so heilig als die Erweiterung meiner Bildung. Wie empfindlich mir daher sein Verlust, begreifen Sie, Herr Minister. Abgesehen von allem aber berge ich nicht, ich fühle mich sehr verletzt, daß mir, einem Manne von bald 33 Jahren in meiner Stellung jemand genommen werden soll, gegen den mit Grund nichts gesagt werden kann.

Ich verlangte ja keine Staatsstellung für ihn, sondern nur daß man ihn ruhig in meiner Nähe läßt, eine Vergünstigung, die dem letzten Untertan nicht versagt werden kann! Dabei hat Doenniges eine größere wissenschaftliche Arbeit für mich begonnen, deren Ausarbeitung auf fortwährender mündlicher Besprechung basiert; die schriftliche bildet gewissermaßen nur den Kern des ausführlicher mündlich besprochenen. Unvollständig oder lückenhaft würde die schon weit geförderte Arbeit werden, würde mir Doenniges entzogen, so auch nicht unbedeutende Kosten umsonst gemacht sein.

Wie nachteilig eine solche Kränkung auf Gemüt und Körper zurück wirken muß, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Diese Bemerkungen war ich mir selbst schuldig, Herr Minister, und der Ehre des Mannes. Überzeugt bin ich von der Liebe und der Billigkeit meines Vaters, daß, sähe er die Sache, wie sie wirklich ist, er mich, seinen Sohn, der ich ihm so von Herzen ergeben bin, und das gewiß auch treulich gezeigt habe und stets zeige, nicht unnötig kränken wollte. Daß, wie gesagt, es mir sehr erwünscht wäre, mir Doenniges zu erhalten, begreifen Sie. Dennoch aber kenne ich meine Pflicht als guter Sohn und weiß dem väterlichen Willen mich zu fügen. Sie, Herr Minister, sind nun von der Sachlage unterrichtet. Ich überlasse Ihnen nun das Zweckmäßige hierin zu tun. Ihr wohlgesinnter Maximilian, Kronprinz.

Die Antwort bitte ich poste restante nach Waldsassen zu senden, von da werde ich sie abholen lassen.



LXI.

Aus Karl Ernst Jarckes Leben.

In der Geschichte der katholischen Reformbewegung des Vormärzes wird Karl Ernst Jarcke, der kaiserliche Rat in außerordentlichen Diensten der Staatskanzlei Metternichs, stets mit Ehren und Dank genannt werden. Als bedeutender Kriminalist, als hervorragender Universitätslehrer, als geistvoller Publizist und ständiger Mitarbeiter an den für die Entwicklung der Reform so bedeutungsvollen Histor.-politischen Blättern, als Mittelpunkt und Führer eines großen katholischen Kreises in Wien leistete Jarcke Großes für Staat und Kirche. So verdiente er sich den Dank der Zeitgenossen und auch späterer Geschlechter. Infolge seines längeren Wirkens in den Rheinlanden und in Berlin, durch seine innigen Beziehungen zu den Führern der katholischen Bewegung in München und durch seine hervorragende Stellung in der katholischen Restauration in Österreich stellt er in seiner Person gleichsam die Verbindung der großen Reformmittelpunkte dar. Daher finden wir ihn auch in Verbindung mit den führenden Männern der Zeit.

Abgesehen von den kurzen Angaben der verschiedenen Konversationslexika orientieren außer seinen eigenen Werken eine Reihe von Artikeln über sein Leben und Wirken, seine Werke und Anschauungen. Der Kirchenrechtslehrer Phillips widmete seinem langjährigen Freund und Mitarbeiter bald nach dessen Tode einen schönen Nachruf und ein kurzes Lebensbild.[1]) Ein ungenannter Freund ehrte den teuren

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 31 (1853) 66—68 und 277—290; dann wieder abgedruckt in: Phillips, Vermischte Schriften 2. Bd. 599—616 und auch in: Prinzipienfragen. Politische Briefe an einen deutschen Edelmann nebst gesammelten Schriften von Carl Ernst Jarcke. Paderborn 1854. S. 534—551.



Toten in einer kleinen Lebensskizze mit besonderer Berücksichtigung des religiösen Entwicklungsganges.[1]) Förstemann, der Neffe Jarckes, gab wertvolle Aufschlüsse über Familienverhältnisse, Jugendzeit und Studienjahre und den Wiener Freundeskreis des hochgeachteten Mannes.[2]) Wurzbach nahm auch eine kurze Lebensskizze und Charakteristik auf.[3]) Alle späteren Schriftsteller stützen sich auf diese angeführten Aufsätze. Rosenthal behandelte vorzüglich den religiösen Entwicklungsgang des berühmten Konvertiten.[4]) Eisenhart lieferte in der allgemeinen deutschen Biographie einen Artikel, in dem er sich den Anschein redlicher Bemühung gibt, der Persönlichkeit und Bedeutung des Konvertiten gerecht zu werden.[5]) In letzter Zeit gab Martin Spahn im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft einen Lebensabriß und eine Charakteristik der politischen Anschauungen Jarckes.[6]) Am Schluß bemerkt er, daß die ältere dürftige Literatur nur wenig bereichert worden sei.[7]) Verstreute Nachrichten und Notizen finden sich freilich noch in manchen anderen Werken. Aber damit dürften die hauptsächlichsten Arbeiten genannt sein. Ein Vergleich derselben zeigt, daß sie in manchen Angaben besonders in der Chronologie Unterschiede und Abweichungen aufweisen. Eine genauere Durchsicht der Schriften und Papiere, die Jarckes edle Witwe den Redemptoristen, zu denen Jarcke in sehr nahen Beziehungen stand, übergab und die in der theo-

1) Prinzipienfragen, S. V—XX.

2) Histor.-polit. Blätter 95 (1885) 733—749; 96 (1885) 785—805; 97 (1886) 161—177 und 445—460.

3) Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaisertums Oesterreich 10, 95—100.

4) Rosenthal, Konvertitenbilder I, 435—55 und im Nachtrag noch 171—176 (er verwertet hier die Artikel von Förstemann).

5) Allgemeine deutsche Biographie 13, 711—721.

6) Staatslexikon II, 1326—1334.

7) Turba veröffentlichte aus dem Nachlaß Jarckes eine Denkschrift Metternichs und Jarckes über Ungarn aus dem Jahre 1841 in den Histor.-polit. Blätter 135 (1905) 26—47 und 170—182.



logischen Lehranstalt in Mautern aufbewahrt werden, ermöglicht einige Ergänzungen.[1]) Vor allem kann an der Hand der Dokumente die Lebenschronologie festgelegt werden.

I. Aus den Studienjahren.

Am 10. November 1801 schenkte Frau Renata Jarcke geb. Block ihrem Manne Christian Ernst einen Sohn und ihren beiden Töchtern einen Bruder. Der Kleine erhielt bei der Taufe am 6. Dez. in der protestantischen Dreifaltigkeitskirche den Namen Karl Ernst. Mit seinem Vater, einem sehr praktisch veranlagten, klar denkenden Manne, teilte der Sohn die klare und scharfe Auffassung der Dinge und Ereignisse, den stark ausgeprägten rechtlichen Sinn und die strenge Gewissenhaftigkeit, aber auch eine gewisse Herbheit, Einseitigkeit und Heftigkeit des Charakters. Von seiner Mutter, die eine ruhige, mild denkende, nur für ihr Haus lebende Frau war, erbte er wohl die Tiefe des Gemütes. In dem großen Haus und Garten ihres Vaters, der Gold- und Silberfabrikant und Stadtverordneter seiner Heimatstadt Danzig und Kirchenpropst der Trinitatiskirche war, verlebte er mit seinen Geschwistern eine ziemlich einsame Jugend. Freilich machten die Ereignisse der napoleonischen Kriege, die auch seine Vaterstadt in harte Mitleidenschaft zogen, einen tiefen Eindruck auf den geweckten Knaben und störten seine Schulausbildung. Den ersten Unterricht erhielt Karl Ernst in der Deutschen Bürgerschule bei der Trinitatiskirche nahe bei seinem Vaterhaus. Am 14. Juni 1813 trat er

---

1) Förstemann, Histor.-polit. Blätter 97, 161, gibt an, daß Jarckes Nachlaß im Kloster zu Matzleinsdorf bei Wien liege, wo Jarckes Witwe die letzten Lebensjahre verbrachte. Aber ein Redemptoristenkloster existierte dortselbst nie. Die Papiere kamen vielmehr, wie der Dankbrief des P. Pernitza bezeugt, in das Kolleg nach Maria am Gestade in Wien und von da nach Mautern in Steiermark. Die Angabe Förstemanns hat auch Dyroff übernommen; Dyroff Carl Jos. Windischmann und sein Kreis. Köln 1916. Erste Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft 1916, S. 102.

in die lateinische Oberpfarrschule zu St. Maria in Danzig ein, wo er schon im August befördert wurde. Das Abgangszeugnis, das ihm der Rektor der Schule Dr. Theodor Friedrich Kniewel am 1. April 1815 ausstellte, rühmt seinen immer regen Fleiß und sein anständiges Betragen. Er gehörte zu den besten Schülern. Er hätte, wie es im Zeugnis heißt, wegen seiner trefflichen Fortschritte schon nach einem halben Jahre wieder befördert werden können, wenn er nicht die gelehrte Laufbahn verlassen und sich dem Kaufmannsstande gewidmet hätte. Nach dem Willen und Wunsche seines Vaters kam der junge Jarcke in das Komptoir des großen Handelsgeschäftes Tönniges-Konopacki, wo er zur vollsten Zufriedenheit und in treuer Pflichterfüllung bis zum 23. Juli 1817 arbeitete. Wie er selbst später in seiner Eingabe an das Stadtgericht von Danzig wegen der Aufhebung der Vormundschaft (1822) erklärte, verließ er den Kaufmannsstand, weil er weder seinen Neigungen noch seinen Fähigkeiten angemessen war und weil nur der gelehrte Beruf seinem Wunsche entsprach. Dennoch waren auch diese Jahre für ihn von großer Bedeutung, denn er gewann Einblick in manche Lebensverhältnisse; die dienende Stellung zeigte ihm die Notwendigkeit der Eingliederung in die menschliche Gesellschaft und übte so einen veredelnden Einfluß auf sein sensibles Temperament. Zu Michaelis 1817 nahm er seine unterbrochenen Studien am akademischen Gymnasium wieder auf. Hier genoß er den Unterricht des hervorragenden damals noch jungen Philologen Meineke. Das am 3. Okt. 1818 ausgestellte Zeugnis sagt von ihm, daß er ein pflichttreuer, rastlos strebender Schüler war, der in kurzer Zeit viel geleistet habe. In den Lehrstunden zeigte er strenge Aufmerksamkeit und machte zu Hause oft noch freiwillige schriftliche Arbeiten. Seine grammatikalischen Kenntnisse ließen freilich zu wünschen übrig und erschwerten das Verständnis der griechischen und lateinischen Klassiker. In Mathematik machte er mittelmäßige Fortschritte; er scheint auch in späteren Jahren kein besonderer Freund dieser Dis-

ziplin gewesen zu sein. Seine deutschen Arbeiten aber zeichneten sich sehr aus und das Zeugnis hebt dabei besonders den edlen Ausdruck und die Kraft der Gedanken hervor, also Eigenschaften, die auch seine spätere schriftstellerische Eigenart gut charakterisieren. Im Sommer des folgenden Jahres schied er nach Abschluß der Studien vom Gymnasium. Sein Entlassungszeugnis vom 18. Juli 1819 bemerkt, daß seine Kenntnisse dem lobenswerten Fleiß und beharrlichen Eifer entsprächen.

Als Lebensberuf wählte er nun die Jurisprudenz; die Gründe sind uns unbekannt. Er richtete seine Blicke nach der im Jahr zuvor neuerrichteten Universität in der Rheinstadt Bonn, an die einige tüchtige Kräfte berufen worden waren; zudem entsprach das Studium in einer Provinzstadt seinen finanziellen Verhältnissen und die nur in der Vaterstadt verlebte Jugend mochte in ihm den Wunsch nach der Ferne geweckt haben. Vor seiner Abreise meldete er sich am 5. August bei der Militärbehörde in Danzig zum Dienst als Einjährig-Freiwilliger; nach dem 23. Lebensjahr sollte er seinen Dienst machen, wurde dann aber später in Bonn als zu schwach erklärt. Mit zwei Freunden trat er die Reise an, die über Berlin, Wittenberg, Leipzig, Halle, Kassel, Frankfurt a.M. und von Mainz rheinabwärts nach Bonn führte. Er sandte interessante Reiseberichte nach Hause, die seine Beobachtungsgabe, seine Liebe zur Natur offenbaren, manche treffende und auch jugendlich-radikale und nur nach dem engen Horizont der Vaterstadt orientierte Urteile über Ereignisse und Persönlichkeiten enthalten.[1])

So begann für Jarcke eine neue Zeit, die der strebsame und stille Student eifrig zu seiner Ausbildung ausnützte. Denn das manchmal allzu tolle Treiben der Studenten in Bonn sagte ihm nicht zu. Schon von Danzig aus hatte er im Juli mit dem Sekretär Oppenhoff wegen eines Quartieres verhandelt und nahm nun Wohnung bei der Witwe Karth.

1) Förstemann, 96, 785—794.

Er war damals ein schlanker Jüngling mit gelbbleichem Gesicht und blonden Haaren, Augenbrauen und Bart.[1]) Am 9. September erfolgte die Immatrikulation an der neu aufstrebenden Universität. Durch drei Semester besuchte er in Bonn die Vorlesungen. Im Wintersemester 1819/20 hörte er bei dem seiner Gesinnung nach versöhnlichen Dekan Welcker Enzyklopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft verbunden mit den Institutionen des römischen Rechtes; bei dem Historiker und Nationalökonomen Hüllmann Geschichte des Altertums und bei dem noch jugendlich feurigen van Calker Logik und Einleitung in die Philosophie. Im folgenden Sommersemester hatte er bei Mackeldey, der sich seiner besonders annahm und an den er sich enger anschloß, Geschichte und Institutionen des römischen Rechtes, bei Welcker Naturrecht, Völkerrecht und Politik, bei Hüllmann Kulturgeschichte und Staatsrecht des germanischen Mittelalters belegt. In seinem letzten Semester in Bonn, Winter 1820/21, studierte er bei Mackeldey die Pandekten und die Lehre von der Restitutio in integrum, bei Mittermaier, dem Herausgeber des Archivs für Kriminalrecht, den gemeinen deutschen und französischen Zivilprozeß, sowie den preußischen Zivilprozeß, bei Hüllmann englische Geschichte. In diese Bonnerzeit fiel der Tod seines Vaters, der ihn tief erschütterte. Er war am 10. April 1820 fast plötzlich aus dem Leben geschieden. Damit schien sein Studium wieder in Frage gestellt und er sah sehr trüb in die Zukunft.

Der Umstand, daß seine Schwester Wilhelmine mit ihrem Gatten Förstemann nach Nordhausen in die Nähe von Göttingen zog, veranlaßte Jarcke, seine Studien an der Göttinger Universität fortzusetzen. Am 10. April 1821 wurde er dort immatrikuliert. Er besuchte Vorlesungen über juristische Enzyklopädie, Institutionen, Geschichte und Altertümer des römischen Rechtes, Naturrecht, Pandekten, gelehrte Geschichte des Rechtes, deutsches Privatrecht, Lehnsrecht, Staatsrecht

1) Angaben des Reisepasses.

der deutschen Bundesstaaten, Kirchenrecht, Völkerrecht, Kriminalrecht und Kriminalprozeß, Nationalökonomie und neueste Geschichte. Auch in Göttingen arbeitete er mit dem gleichen Eifer wie in Bonn. Hier übte vor allem Hugo auf ihn einen großen Einfluß aus, der Begründer der historischen Rechtsschule, der sich um die Förderung des Quellenstudiums und die historische Erforschung des römischen Rechtes große Verdienste erwarb. Wie verständnisvoll Jarcke auf die Gedanken und die Richtung seines Lehrers einging, zeigte die von ihm bearbeitete Preisfrage: Commentatio de summis principiis juris Romani de delictis eorumque poenis, inprimis de notione et fine poenarum, de natura et quantitate delictorum, atque de adplicatione legum poenalium. Dafür erhielt er am 4. Juni 1822 von der Juristenfakultät den Preis zugesprochen. Seine Freude darüber war sehr groß. Als Motto wählte er die Worte: In magnis voluisse sat est. Die Schrift widmete er seinen beiden Lehrern und Gönnern Mackeldey und Hugo. In der kurzen Einleitung betont er, daß die neue historische Richtung der Rechtswissenschaft auch im Kriminalrecht zur Geltung kommen müsse. Darum wolle er das Problem geschichtlich untersuchen und auf die Quellen des römischen Rechtes zurückgehen und nicht in erster Linie auf die spätere Literatur sich stützen. Er behandelt in diesem Sinn die Auffassung des römischen Rechtes von den Verbrechen und den Strafen und der konkreten Anwendung der Strafen. Diese Schrift reichte er auch zur Promotion ein. Am 1. August verteidigte er in öffentlicher Disputation acht lateinische Thesen.[1]) Zwei Tage später wurde er zum Doctor juris promoviert.

---

1) Die Thesen lauten: 1. Actione negatoria agens, nil nisi dominium probare debet. 2. Exceptioni tempore praescribi potest. 3. Mulier non potest SCto Vellejano renunciare. 4. Compensatio fit ipso jure. 5. Superficiarius non nisi jus in re aliena habet. 6. In processu inquisitorio, sententia absolutoria definitiva propter novas probationes retractari potest.



Über seine weitere Tätigkeit und den Lebensberuf war er sich schon klar geworden. Nach dem Tode seines Vaters hatte er in einem Briefe an seine Mutter den Gedanken ausgesprochen, als akademischer Lehrer oder auch als praktischer Jurist in den Rheinlanden zu bleiben.[1]) Nun entschied er sich für das erstere, durch seine Lehrer dazu aufgemuntert, die den talentvollen und fleißigen Juristen sehr schätzten. In jenen Tagen sandte er sein Erstlingswerk an den Unterrichtsminister mit folgendem Schreiben:

Indem ich Eurer Exzellenz die beyliegende Schrift, meinen ersten literarischen Versuch, als ein schwaches Zeichen meiner tiefsten Verehrung überreiche, erfülle ich eine besonders heilige Pflicht, da Ew. Exzellenz den Wissenschaften und denen, die sich damit beschäftigen, stets ihren gnädigen Schutz geschenkt haben.

Ich wage es, denselben auch für mich in Anspruch zu nehmen, da ich von dem reinsten Eifer für den Staat, dem ich anzugehören das Glück habe, getrieben ihm nicht besser dienen zu können glaube, als wenn ich meine geringen Kräfte dem akademischen Lehramte widme, zu welchem Zwecke ich mich auf der Königlichen-Preußischen Rheinuniversität als Privatdozent der Rechte zu habilitieren Willens bin. Meine beschränkten Vermögensumstände schrecken mich von diesem Vorsatze umso weniger zurück, da ich in einer rein wissenschaftlichen Beschäftigung Ersatz für die Entbehrungen zu finden hoffe, die mir auch durch jene auferlegt werden. Ob ich aber für die Zukunft einer Unterstützung von Seiten des Staats gewürdigt werde, stelle ich gänzlich der Gnade Ew. Excellenz anheim.

In tiefster Ehrfurcht verharre ich . . .

Auch an einen der Führer der aufblühenden historischen

7. In integrum restitutio ex clausula generali Praetoris non ad absentiam restringenda est. 8. Filii illigitimi quamvis per subsequens matrimonium legitimati, non succedunt in feuda.

1) Förstemann 96, 798.

Rechtsschule (Savigny oder Roßhirt)[1]) schickte der junge Gelehrte seine Erstlingsarbeit mit einem Brief, in dem er seine wissenschaftliche Stellungnahme klar ausspricht.

Obgleich ich nicht das Glück habe, Ew. Hoch=Wohlg. persönlich bekannt zu sein, bin ich dennoch so frey, Ew. Hoch=Wohlgeboren beyliegende Schrift, meinen ersten literarischen Versuch, als ein Zeichen meiner besonderen Hochachtung und Verehrung zu überreichen. Vorzüglich der Lektüre Ihrer Schriften verdanke ich es, daß ich die historische Ansicht der Rechtswissenschaft mir zu eigen gemacht habe, durch die das Studium dieser Wissenschaft mich erst angezogen und begeistert hat. Mit dieser Ansicht das Kriminalrecht und das öffentliche

1) Es liegt eine von Jarcke geschriebene Besprechung vor über: Roßhirt, Dr. C. F., Lehrbuch des Kriminalrechtes, nach den Quellen des gemeinen deutschen Rechts und mit besonderer Rücksicht auf die Darstellung des römischen Kriminalrechts. Heidelberg 1821. Einleitend betont er, daß kein Teil der Jurisprudenz außer dem Naturrecht den nachteiligen Einflüssen der Aufklärerphilosophie so ausgesetzt gewesen sei wie das Kriminalrecht. Die Meinung mancher Gelehrter, daß man hier mit einem abstrakten philosophischen Satz, mit einem oft unbewiesenen höchsten Prinzip wie mit einer Zauberformel Alles entscheiden und vom Standpunkt der Spekulation aus ein allgemeingültiges, apriorisches Kriminalrecht konstruieren könne, habe eine Unzahl philosophischer Systeme des Strafrechts und mit ihnen eine Ungewißheit über die ersten und höchsten Sätze in der Theorie und ein Schwanken in der Praxis erzeugt. In der neuesten Zeit sei hierin ein glücklicher Wandel eingetreten, indem auch die Bearbeiter des Kriminalrechtes, im Anschluß an das leuchtende Vorbild der ersten Rechtsgelehrten der Zeit in der Behandlung des römischen und deutschen Rechts, auf den für die Jurisprudenz ersprießlichsten Weg der historischen Forschung und Ergründung des Geistes des Positiven zurückgeführt haben. Unter den Werken dieser Art verdiene das vorliegende die ehrenvollste Erwähnung und vielleicht den ersten Platz. Ein besonderer Vorzug des Buches sei das Zurückgehen auf die Quellen. Am Schluß der eingehenden Rezension spricht er die Hoffnung aus, daß auch das Kriminalrecht durch die historische Methode viel gefördert werde. Damit gibt er selbst die Richtung seiner wissenschaftlichen Arbeiten an. Ich konnte nicht feststellen, ob diese Besprechung in einem juristischen Fachorgan erschien.

Recht zu bearbeiten, so weit meine Kräfte reichen, habe ich mir zur Aufgabe des Lebens gemacht, denn vor allem scheint mir gerade unsere Zeit es zu fordern, daß auch hierin die historische Ansicht die herrschende werde. Die lebhafte Überzeugung hievon und die rege Liebe zur Rechtswissenschaft, besonders zu dem historischen Teil derselben, ist es auch zunächst, die mich bestimmte, mich dem akademischen Lehramte zu widmen, wozu ich wenigstens Lust und Eifer und den tüchtigen Willen etwas zu leisten mitbringe.

Mit vorzüglicher Hochachtung und Ergebenheit . . . [1])

(Fortsetzung folgt.)

LXII.

Naturwissenschaft — Sozialdemokratie — Revolution.

Zeitgemäße Erinnerungen.

Naturwissenschaft — Sozialdemokratie und Revolution — eine merkwürdige Zusammenstellung! Der Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Revolution ist ja klar; daß aber zur Erstarkung der Sozialdemokratie gerade die moderne Naturwissenschaft ihr gut Teil beigetragen hat, darüber sind sich vielleicht oder sogar wahrscheinlich viele noch nicht klar geworden. Und was diese beide gemeinsam haben, das ist die Feindschaft gegen die Religion oder richtiger gesagt, da sie selbst ja auch eine Religion wollen, die Feindschaft gegen das Christentum.

Jüngst wurde in einer Zeitung die Erinnerung an ein Wort aufgefrischt, welches der ältere Liebknecht auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Halle gesprochen hat: „Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion

1) Die Briefe und Aktenstücke, die Jarcke schrieb und die im Aufsatz verwertet sind, liegen teils im Konzept, teils in reiner Abschrift vor, manche auch in Konzept und Reinschrift.

des Einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen; die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert, der Schulmeister gegen den Pfaffen; richtige Erziehung beseitigt die Religion. Die Wissenschaft sorgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen Religion." In ganz ähnlichen Gedankengängen bewegt sich der Deutsche Monistenbund, vorab dessen Vorsitzender Ostwald. Er schreibt: „Der Deutsche Monistenbund kennt unter seinen vielen wichtigen Aufgaben keine größere und folgenreichere, als die Umwandlung der Ethik aus ihrer unwissenschaftlichen, durch Priestertum und philosophischen Mystizismus verhüllten und verzerrten Form zu einer reinen und klaren Wissenschaft bewerkstelligen zu helfen. Die hier zu überwindenden Schwierigkeiten sind besonders groß. Denn der eben geschilderte Vorgang der allmählichen Verwissenschaftlichung sämtlicher Disziplinen des menschlichen Denkens erfordert eine entsprechende Emanzipation dieser Wissenschaften aus den Händen der Priesterschaft."[1]) In einer anderen Schrift meint derselbe Ostwald: „Es muß . . . an die Stelle der Kirche eine neue Organisation, und es braucht an dieser Stelle nicht noch erst bewiesen zu werden, daß diese neue Organisation nirgendwo anders als in der Wissenschaft gefunden werden kann. Da die grundsätzliche Anerkennung der Wissenschaft als der einzigen Quelle für die Welterkenntnis und die Weltgestaltung gegenwärtig am bewußtesten und konsequentesten vom Deutschen Monistenbund vertreten wird, so darf man in der Organisation des modernen Monismus diejenige Form erblicken, welche an die Stelle der bisherigen Kirche zu treten hat."[2]) Die Wissenschaft soll alles leisten! Die folgenden Sätze sind nur die folgerichtige Fortspinnung der obigen Gedanken: „Das Problem der Vereinigung von Freiheit und Bindung, von willensgemäßem Leben für jeden einzelnen und harmonischem Zusammenwirken all dieser einzelnen zu dem Leben der Nation und der Mensch-

1) Ostwald Wilhelm, Das Christentum als Vorstufe zum Monismus. Leipzig 1914. S. 36.

2) Ostwald Wilhelm, Religion und Monismus. (Arbeiten zum Monismus Nr. 2). Leipzig 1914. S. 26 f.



heit kann auf keine andere Weise gelöst werden als durch restlose Anwendung der Wissenschaft auf die gesamte Lebensgestaltung. Somit ist es nicht im mindesten übertrieben, ja man darf sagen, es ist noch zu wenig gesagt, wenn man die Wissenschaft als den Heiland, den Messias unserer Zukunft anerkennt." „Friede auf Erden durch die Wissenschaft."[1]) Wenn es so ist, dann hat ja Peus vollkommen recht, wenn er ausruft: „Baut Volkshäuser statt Kirchen! Hat man bisher unermeßliche Summen für Kirchen ausgegeben, in denen zu Gott, dem Geschöpf menschlicher Phantasie, gebetet und über metaphysische (übernatürliche) Dinge gepredigt wurde, so baue man jetzt Volkshäuser, Vortragssäle, Lesesäle, schaffe Bibliotheken aller Art, stelle Unterrichtszimmer und Lernräume jedem, der lehren und lernen will, in vollster Liberalität kostenlos zur Verfügung, damit eine denkbar reich und tief beeinflußte öffentliche Meinung entstehe, auf Grund deren dann die berufenen Instanzen den öffentlichen Unterricht so gut und so zweckmäßig wie möglich einrichten werden."[2])

Daß man auch über die Bildung des Volkes und der Massen, wie sie hier träumend erhofft wird, geteilter Meinung sein kann, beweist z. B. Oskar A. H. Schmitz, der über die Halbbildung recht scharfe Worte fallen läßt. So meint er einmal: „Man lasse sich nicht täuschen durch die angebliche Teilnahme des Volkes an sozialen Bildungsbestrebungen. Es ist zwar begreiflich, daß Dankbarkeit, Eitelkeit, einfältige Neu- oder meinetwegen Wißbegier, die kindliche Freude, wichtig genommen zu werden, Strebertum, blinde Hochachtung vor dem Unverständlichen und zahllose andere gute oder böse Menschlichkeiten das Volk lernbereit machen, aber es ist unmöglich, daß selbst nach einem Achtstundentag der Geist eines Handarbeiters ernsthaft Genugtuung findet in der Versenkung in die Zwiespalte Tassos oder Tristans, oder beim Anhören einer Sinfonie. Die Empfindungen, welche solche Werke auszulösen bestimmt sind,

1) Ostwald Wilhelm, ebda. 70.

2) Peus Heinrich, Die freie Wahrheit (Monistische Bibliothek Nr. 3). München 1917. S. 30.



können nur gedeihen, wo Muße ist, und wir sehen selbst auf den höchsten Bildungsstufen stark beschäftigte Menschen nach einem Tag im Laboratorium oder im Kontor die derberen Reize der Singspielhallen einer Strindbergvorstellung, einem Beethovenkonzert oder nun gar dem bildenden Vortrag eines Gelehrten vorziehen. Das ist nur natürlich und scheint dem Haushalt der Lebenskräfte durchaus zu entsprechen." [1]) Einige Seiten später schreibt Schmitz: „Viele, die heute absichtlich einer möglichst vollständigen Intellektualisierung durch Erziehung und Bildung Vorschub leisten, scheinen sich allzu oft mit dem Hervorsprossen leerer, unfruchtbarer Hülsen zu begnügen. Die Kluft zwischen Oberen und Unteren ist niemals durch Verstandesbildung zu überbrücken, sondern nur durch gemeinsame Gemütserregungen vaterländischer oder religiöser Art. Vielleicht stehen sie uns dichter bevor, als wir ahnen. Vorläufig aber sproßt allenthalben das geile Unkraut der Halbbildung." [2])

Mag sein, daß bei diesen Volksbildungsplänen die Überbrückung der „Kluft zwischen Oberen und Unteren" eine Rolle spielt; ganz gewiß wird damit auch noch etwas anderes beabsichtigt, wie es klar und unzweideutig aus den oben mitgeteilten Stellen hervorgeht. Man setzt die Wissenschaft in Gegensatz zur Religion, man hält beide für unvereinbar mit und nebeneinander und will den Massen dadurch, daß man ihnen Wissen beibringt, die Religion langsam, aber sicher rauben. Das geht umso leichter, je seichter und oberflächlicher die Bildung ist, die man der Masse beibringt; wenn man ihr nur zu schmeicheln versteht und ihren Wünschen entgegenkommt. Vergebens würde man hier auf ein Verständnis rechnen können für die prächtigen Worte, mit denen einst Pasteur einen etwas neugierigen Schüler abfertigte: „Weil ich nachgedacht und studiert habe, bin ich gläubig geblieben wie ein Bretone. Und wenn ich mehr nachgedacht und mehr studiert hätte, so würde ich gläubig geworden sein wie eine Bretonin."

1) Schmitz Oskar A. H., Die Weltanschauung der Halbgebildeten. München, 1914², S. 115.

2) Schmitz, a. a. O., S. 120.



Insbesondere ist es die Sozialdemokratie, die sich die Volksbildung sehr angelegen sein läßt und über deren Verhältnis zum Christentum ein Zweifel nicht obwalten kann. Gleichwohl sei das interessante Urteil und Geständnis des sozialistischen Schriftstellers Anton Fendrich über diesen Punkt hier wiedergegeben: „Es muß — so schreibt er — nicht als Vorwurf sondern als rein sachliche Feststellung gesagt werden, daß die Stellung der Sozialdemokratie zum Christentum von jeher programmatisch zwar neutral, in Wirklichkeit aber feindlich war. Nicht einmal Nietzsche hat schroffer als Marx und Engels das Christentum abgelehnt. In Bebels Broschüre aus den siebziger Jahren über das Christentum tritt eine geradezu erschreckende Verständnislosigkeit für das Wesen des christlichen Glaubens an den Tag. Daß die übergroße Zahl der Parteigenossen sich als bewußte Gegner des Christentums fühlen, das wird von keinem Kenner der Dinge bestritten werden. Die kluge Art der Parteimehrheit, jeder Erörterung religiöser Fragen grundsätzlich aus dem Wege zu gehen, hat keineswegs im praktischen Leben, der täglichen Agitationsarbeit, in der Presse und im Versammlungssaal die gebührende Beachtung und Nachahmung gefunden. Gegen keinen Satz des Parteiprogramms ist so häufig verstoßen worden wie gegen den von der Erklärung der Religion zur Privatsache".[1]) Wer sich von der Richtigkeit dieser Sätze überzeugen will, lese nur einige Nummern einer sozialistischen Zeitung; es braucht noch nicht einmal die radikalste zu sein!

Bei der Volksaufklärung und Bildung fällt eine große Rolle der modernen Naturwissenschaft zu. Sie allein ist Wissenschaft, alles übrige hat nichts zu sagen. Sie gilt in besonderem Maße als die Antipodin der Religion, als Trägerin des antireligiösen Geistes. Man höre doch das Urteil des berühmten Physikers Lord Rayleigh: „Viele ausgezeichnete Leute wollen von Naturwissenschaft nichts wissen, weil sie zum Materialismus führe. Daß eine solche Furcht existieren kann, ist nicht über-

1) Fendrich Anton, Vom inneren Frieden des deutschen Volkes.



raschend, denn leider gibt es Schriftsteller, die als Wortführer der Wissenschaft auftreten und sich ein Geschäft daraus machen, solche Ansichten zu verbreiten."[1]) Es muß freilich zugegeben werden, daß die Beschäftigung mit der Naturwissenschaft zum Materialismus führen **kann**, aber sie muß nicht dahin führen. Beweis sind die zahlreichen Gelehrten und Vertreter aller möglichen naturwissenschaftlichen Fächer, die nicht im Materialismus landeten, sondern ihrem Kindheitsglauben, dem Christentum treu geblieben sind. Gesammelt sind diese Zeugen in dem eben angeführten Buch von Kneller (vgl. Anm. 1) und von dem protestantischen Theologieprofessor Otto Zöckler in seinem Buch „Gottes Zeugen im Reich der Natur".[2]) Davon freilich erfahren die breiten Massen nichts, denen wird nur vorgesetzt, was man für passend hält, und das ist der von Männern der Naturwissenschaft vertretene Materialismus. Die Sozialdemokratie, dem Materialismus innerlich verwandt, fand in dem berüchtigten Dreigestirn Büchner, Karl Vogt und Moleschott einen trefflichen Bundesgenossen. Sie verkündeten „urbi et orbi", daß eine neue wissenschaftliche Offenbarung den Erdball erleuchte und daß endlich das Schöpfungsgeheimnis enthüllt sei. Das Publikum, seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts an die wunderbaren Fortschritte der exakten Wissenschaften gewöhnt und durch die großartigen Entdeckungen geblendet, die alle materiellen Lebensbedingungen von Grund aus umgestalteten, nahm nur zu rasch begeistert eine wissenschaftliche Theorie auf, die das ewige Rätsel von der Entstehung der organischen Welt in einer selbst für Ungebildete faßlichen Form zu erklären schien. Die Aussicht, den Weltenschöpfer entthront zu sehen, die Freude, von der Religion und dem moralischen Zwang befreit zu sein, den diese den menschlichen Begierden und Leidenschaften auferlegte, mußte jener Theorie die Sympathie des unwissenden Volkes erwerben, dem sie mit einem Schlage eine vielleicht wenig verlockende, doch um viele Jahrtausende zurückreichende

1) Kneller Alois S. J., Das Christentum und die Vertreter der neueren Naturwissenschaft. Freiburg 1912 [3 u. 4] S. 1.

2) Erschienen in zweiter Auflage 1906 in Gütersloh.



Ahnenreihe gab."[1]) Kein Wunder darum, wenn man auch heute noch billige Ausgaben ihrer, der Materialisten, Schriften in den sozialdemokratischen Buchhandlungen findet.

Der Hauptverbündete der Sozialdemokratie freilich war und blieb Ernst Haeckel. Der berühmte Petersburger Physiologe Elie von Cyon urteilt über ihn in seinem, wie es scheint, leider zu wenig beachteten Werk „Gott und Wissenschaft" wie folgt: „Als Redner und Schriftsteller ebenso weitschweifig wie oberflächlich, weiß er den niederen Instinkten seiner Zuhörer und Leser zu schmeicheln und auch den Ungebildeten die gewagtesten Phantasien als wissenschaftlich unwiderlegliche Wahrheiten mundgerecht zu machen, wobei ihm ein unbestreitbares Talent populärer Darstellungsweise zu Hilfe kommt. In seinen zahllosen Schriften, die es zu hohen Auflagen gebracht haben und in alle Sprachen übersetzt sind, sucht man vergebens nach einem neuen oder persönlichen Gedanken, der es verdiente, auf die Nachwelt zu kommen. Er behandelt die Darwinschen Theorien wie heilige Dogmen, die weder Beweise nötig haben, noch irgend eine Diskussion erlauben, und verbreitet sie mit allen Mitteln im Volke. Bald spinnt er sie mit großem Geschick weitläufig aus, um ihre schwachen Seiten zu verhüllen, bald zieht er aus ihnen die gewagtesten Schlüsse. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Sektierer. Beschränkt und halb unbewußt, wie es Sektierer zu sein pflegen, besitzt er in hohem Maße den Starrsinn des Fanatikers, der sicherer zum Erfolge führt als der klare Verstand des Denkers, zumal wenn das Ziel, das der Fanatiker erstrebt, und der Ehrgeiz, der ihn antreibt, völlig harmonieren."

„Der verfolgte Zweck und der Gegenstand des Ehrgeizes sind hier leicht zu erkennen. Sie kehren als ewiges Leitmotiv in den zahlreichen Schriften wieder, mit denen Haeckel seit mehr als 40 Jahren umso verschwenderischer ist, als es eigentlich immer dasselbe Buch bleibt, nur mit anderen Titeln und in verschiedenen Formaten . . . Stets handelt es sich um die

1) Cyon Elie von, Gott und Wissenschaft. 1. Band. Psychologie der großen Naturforscher. Leipzig 1912. S. 7.



gleiche These: Die Zerstörung der christlichen Kirchen, zumal der katholischen Kirche, deren machtvolle Hierarchie dem Hereinbrechen der allgemeinen Anarchie noch widersteht. Durch Entschleierung der Naturgeheimnisse soll Gott entthront, die Bibel durch die „Schöpfungsgeschichte", die Kirche durch phylogenetische Museen, und das Christentum durch den Protozoenkult ersetzt werden, dessen unsterblicher Prophet Haeckel für ewige Zeiten sein wird."[1]) Schon viel früher als Cyon hatte der edle Marburger Botaniker Albert Wiegand den im Darwinismus neu aufgeputzten Materialismus zurückgewiesen und Haeckel war dabei sehr unter die Räder gekommen.[2]) Als dann die „Welträtsel" erschienen, erfuhren sie eine Kritik, wie sie vielleicht noch keinem Werke zuteil geworden. Paulsen hat „mit brennender Scham dieses Buch gelesen, mit Scham über den Stand der allgemeinen Bildung und der philosophischen Bildung unseres Volkes. Daß ein solches Buch möglich war, daß es geschrieben, gedruckt, gekauft, gelesen, bewundert, geglaubt werden konnte bei dem Volke, das einen Kant, einen Goethe, einen Schopenhauer besitzt, das ist schmerzlich!"[3]) Nicht weniger scharf und durchaus ablehnend urteilten der Philosoph Adickes, der Theolog Loofs, der Physiker Chwolson und viele andere. Was halfs? Welchen Erfolg hatte das alles? Haeckel antwortete auf die zahlreichen schwersten Angriffe — mit einer billigen Volksausgabe seiner „Welträtsel", über deren Verbreitung als völlig unverdächtiger Zeuge uns Wilhelm Ostwald Aufschluß geben mag; er muß es wohl wissen, denn er schreibt: „Nicht nur, daß sie in deutscher Sprache die unerhörte Auflage von mehr als 300 000 Exemplaren erreicht haben, auch in die fernsten Länder, wo man eben anfängt, sich die Schätze europäischer Kultur anzueignen, sind die Welträtsel gedrungen und dienen dort als kurze, klare und durchgreifende Zusammenfassung der Gesamtheit wissenschaftlicher Er-

1) Ebenda S. 52/53.

2) Wiegand Albert, Der Darwinismus und die Naturforschung Newtons und Cuviers. III. Bd., S. 235 ff.

3) Paulsen Friedrich, Philosophia militans. Berlin 1908, 3. und 4. Aufl. S. 211.



gebnisse des europäischen Denkens. In indischen Schulen, im japanischen Elementarunterricht lernen die Kinder wissenschaftliches Denken zunächst an Haeckels Welträtseln; und in den dürren Wüsten Südwestafrikas erquicken sich die weltverlorenen Europäer, Farmer wie Soldaten, in ihrer Einsamkeit an dem Studium dieses Buches. Von zuständigster Seite ist mir berichtet worden, daß Haeckels Welträtsel in jenen Gegenden den Namen der südwestafrikanischen Bibel erhalten haben, so regelmäßig findet man sie in dem Besitz solcher Europäer, die sich den Zusammenhang mit der europäischen Kultur auf geistigem Gebiete zu erhalten bestrebt sind." [1]) Im Mai 1911 erzählte ein indischer Brahmane dem Missionär Lübke, die Welträtsel Haeckels seien das verbreitetste Buch unter der indischen Studentenwelt. „Haeckel wird von vielen als der Befreier von schweren Fesseln und Ketten gepriesen, in die sie und ihre Vorfahren seit Jahrtausenden durch ihre Religion geschmiedet waren. [2]) Inzwischen dürften es statt der 300 000 Exemplare 500 000 geworden sein, überdies wurde das Buch in 25 Sprachen übersetzt. Haeckel hat damit ein wahrhaft gigantisches Zerstörungswerk vollbracht. Er kann darauf stolz sein.

Einer anderen Frage darf wohl an dieser Stelle auch noch ein wenig nachgegangen werden, wenn anders diese Erinnerungen etwas mehr als bloße Erinnerungen sein sollen — nämlich der Frage, wie es kam, daß Haeckel solch ungeheuren Erfolg hatte? Die Gründe dafür sind sicherlich verschiedener Natur: einmal die Tatsache einer geringen philosophischen Bildung und Urteilsfähigkeit in solchen Fragen nicht nur bei der Masse, sondern auch bei Gebildeten. Hier hat sichs gerächt, daß man im Laufe des 19. Jahrhunderts einerseits den propädeutisch-philosophischen Unterricht von der Schule entfernte, während andererseits philosophisches Studium auf der Hochschule nur von wenigen Berufen verlangt wird. Zu dieser — wir wollens

1) „Monistisches Jahrhundert." Nr. 22 vom 16. Februar 1913, S. 719.

2) Was wir Ernst Haeckel verdanken. Herausgegeben von Heinrich Schmidt-Jena. Leipzig 1914. I. Bd., S. 159/60.



einmal Prädisposition der Massen nennen — kommen noch Gründe, die im Werke selbst zu suchen sind. Darüber äußert sich der Philosoph Messer folgendermaßen: „Es ist wohl zu verstehen, wie ein Buch wie Haeckels Welträtsel dem philosophischen Bedürfnis von Hunderttausenden Befriedigung gewähren kann. Gerade weil Haeckel mit geschichtlich-philosophischer Gelehrsamkeit wenig belastet ist, trägt sein Philosophieren eine gewisse naive Frische und Ursprünglichkeit . . . . So werden solche, die auf eigene Faust zu philosophieren anfangen, sich von Haeckels Art sympathisch berührt fühlen. Er spricht zudem ausführlich über die großen Fragen, die das erwachende philosophische Interesse zuerst fesseln, die Fragen nach Gott, Unsterblichkeit, Freiheit — Fragen, die für unsere Fachphilosophen meist hinter die Beschäftigung mit spezielleren oder ferner liegenden Fragen zurückgetreten sind. — Er löst auch die „Welträtsel“ mit einer Bestimmtheit, die jener naiven Voraussetzung entspricht, daß auf jede vernünftige Frage doch eine zweifelsfreie Antwort müsse gegeben werden können — zum mindesten von der „Wissenschaft“, vor allem von der Naturwissenschaft, deren „glänzendste Entwicklung“ doch alle Welt rühmt.

„Anziehend wirkt dann endlich nicht zum mindesten, daß Haeckels „Welträtsel“buch ein Buch des Kampfes ist, ein Buch des Kampfes gegen Kirche und Christentum, gegen das, was gewissermaßen als Weltansicht der Gutgesinnten und Korrekten von den offiziellen Autoritäten in Staat, Kirche und Gesellschaft approbiert ist. So finden denn die oppositionell gesinnten Kreise, vor allem die sozialdemokratischen, an ihm ein „köstliches Erbauungsbuch“; hier, so meinen sie, spricht ein ehrlicher und mutiger Mann offen aus, was Tausende von Gebildeten und Gelehrten ebenfalls denken, aber lieber verschweigen, damit sie nach obenhin keinen Anstoß erregen, oder damit „dem Volke die Religion erhalten werde.“[1]) Der Haeckelsche Darwinismus oder sein materialistischer Monismus ist so zur wissenschaftlichen

1) Messer August, Die Philosophie der Gegenwart. Leipzig 1916. S. 60/61.

Grundlage des Sozialismus geworden. Kein anderer als der Sozialistenführer Bebel selbst hat dies zum Ausdruck gebracht, als er in seiner Reichstagsrede vom 16. September 1876 erklärte: „Nach meiner Auffassung hat Herr Prof. Haeckel, der entschiedene Vertreter der Darwinischen Theorie, tatsächlich, weil er die Gesellschaftswissenschaft nicht versteht, keine Ahnung davon, daß der Darwinismus notwendig dem Sozialismus förderlich ist, und umgekehrt der Sozialismus mit dem Darwinismus in Einklang sein muß, wenn seine Ziele richtige sein sollen."[1]) Man behauptet nicht zuviel, wenn man Haeckels Tätigkeit revolutionär nennt, wenn man ihn zu den Hauptschrittmachern der Revolution rechnet. Was hat man dagegen getan? Nichts — oder doch nichts von Bedeutung. Paulsen zweifelt sogar nicht daran, daß nach dem Empfinden mancher Einsichtigen hier die Zensur am Platze gewesen wäre; „eine Art geistiger Hygiene gehört eigentlich doch zu den Pflichten der Gesamtheit gegen sich selbst und ihre Glieder, vor allem gegen die Jugend, so gut als der Schutz gegen die Vergiftung des Leibes."[1]) Paulsen selber freilich denkt nicht so.

Ein solches Vorgehen wäre vielleicht als Geistesknebelung verschrieen worden, oder als Terror schlimmster Art. So schlimm, wie wir ihn aber in den letzten Monaten in zahlreichen Fällen erleben mußten, wäre er immerhin nicht gewesen. Man ließ den Haeckelismus gewähren; man gebrauchte keine Gewalt; es handelte sich ja um geistige Ideen. Welche Angriffe mußte Reinke über sich ergehen lassen, als er im preußischen Herrenhaus dagegen auftrat! Freilich, Haeckels Vorgehen richtete sich ja unmittelbar nicht gegen den Thron, sondern nur gegen die Religion des Christentums; dagegen aber hatte man nicht so viel einzuwenden, ja man hat es vielleicht nicht einmal so ungern gesehen in gewissen Kreisen. Man war kurzsichtig und verblendet genug, um an die schlimmen Folgen nicht ent-

1) Zitiert nach Hower, Bedeutung der Naturwissenschaft für die moderne Weltanschauung. München 1908. S. 33.

1) Paulsen, Philosophia militans, S. 219.



fernt zu denken. „Und doch braucht mank ein Leibniz zu sein — so meint Cyon — um vorauszusehen, welchem Abgrund die Kulturmenschheit durch solche Lehren entgegengeführt wurde — Lehren, die im öffentlichen Unterricht eine Hauptrolle spielten, die in zahllosen populär-„wissenschaftlichen" Werken angepriesen und in leichtfertiger Weise als Ergebnisse des wissenschaftlichen Fortschrittes aufgenommen wurden. Der Kampf ums Dasein, dieses verkehrte Wirtschaftsprinzip, als einzige Triebfeder menschlichen Handelns, als ultima ratio unseres Fühlens und Trachtens hingestellt, mußte notwendig zur Entsittlichung und Verblendung der ungebildeten Massen führen. Das¦ allgemeine Prinzip des Kampfes ums Dasein verwandelte sich in diesen leeren, beschränkten Köpfen naturgemäß zu einem Kampf gegen das Dasein der Mitmenschen. Die nihilistische Neuerung der Dynamitattentate als wirksames Mittel des menschlichen Fortschritts, die Greuel der Zerstörung während der russischen Revolution von 1905/06, sowie der kürzliche Ausbruch des Zerstörungswahns in Barcelona — alle diese Erscheinungen geistiger Anarchie, welche die moderne Gesellschaft ergriffen hat, gingen von der Lehre der transformistischen Evolution durch den Kampf ums Dasein aus. Nur das Leben der Anarchisten, der Urheber oder Anstifter jener Attentate und Zerstörungen, bleibt unantastbar und geheiligt in den Augen eines Geschlechtes, das die religiöse Moral und den Gottesglauben aufgegeben und jede Orientierung verloren hat.

„Als Universitätsprofessor und Lehrer an der medizinischen Akademie in St. Petersburg konnte ich die Entwicklung dieser Anarchie in Universitätskreisen von Anfang an verfolgen. Schon 1873 wies ich in einer akademischen Rede auf ihre Gefahren hin. In zahlreichen späteren Schriften habe ich den Darwinismus und besonders die Theorie von der Affenabstammung des Menschen bekämpft; ich sah voraus, welche unwiderstehliche Kraft sie den zerstörenden Ideen und der zunehmenden Anarchie verleihen würden. Zu meinem Schmerz mußte ich die tragische Erfüllung meiner schlimmsten Befürchtungen erleben; aus der gewonnenen Erfahrung glaube ich philosophische Lehren folgern zu können. Nun aber ist dies die lehrreichste Lehre, die ein Naturforscher

aus der genauen Kenntnis der furchtbaren Revolutionswirren des Jahres 1905 gewinnen kann: daß das russische Volk diese Wirren **einzig und allein** durch die unzerstörbare christliche Frömmigkeit, die es im Busen trägt, zu überwinden vermocht hat."[1])

Ob man sich bei uns in Deutschland nach den furchtbaren Ereignissen der letzten Monate auch endlich zu dieser Auffassung durchringen wird? Vorerst sind Anzeichen für einen solchen Umschwung kaum vorhanden; im Gegenteil — man sucht durch sehr einseitige Erlasse die Religion noch mehr in den Hintergrund zu drängen, um die kostbaren Errungenschaften der Revolution zu retten. Das müssen freilich sonderbare Dinge sein, die solcher Mittel bedürfen um sich durchzusetzen. Es wird ganz gewiß noch heiße Kämpfe kosten, bis das Christentum wieder als anerkannte Staatsreligion seine zentrale Stellung, die ihm gebührt, wird behaupten können. Denn gar vieles ist auf unserer Seite versäumt worden durch Gleichgültigkeit und Verkennen mancher Gefahr.[2]) Aber auch diese Zeit der Prüfung

---

1) Elie von Cyon, Gott und Wissenschaft I. Bd., S. IX/X. — Es mag hier noch erwähnt werden, daß im „**Vorwärts**"-**Verlag** auch ein Gebetbuch erschienen ist für die modernen „Naturreligiösen" unter dem Titel „**Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur**". Über dieses Büchlein schrieb der bekannte Münchner Naturforscher und Monist R. H. Francé gelegentlich einer Besprechung im Kosmos (Jhrg. 1906, S. 152): „Alle Achtung vor der Sozialdemokratie, wenn sie an der Kulturförderung in solcher Weise mitarbeitet . . . Wenn jemand zu mir käme und sagte: ich will eine Summe für eine kulturelle Wohltat stiften, wie soll ich das anfangen? — ich würde ihm wahrlich raten, er möge um das Geld diese Schrift verschenken an die vielen tausend wissenshungrigen und kenntnisdurstigen Armen im Lande, um die geistige Not zu lindern, die nicht geringer ist als die materielle." Geschrieben ist das so glänzend empfohlene Buch von Kurt Grottewitz und der bekannte W. Bölsche hat ein Vorwort beigesteuert. — Über den eben erwähnten „Kosmos" wäre auch noch ein Wort am Platze. Wer kann ermessen, wie groß der von ihm angerichtete Schaden ist? Die Abonnentenzahl beträgt mehr als 100000, die Zahl der Leser ist natürlich ganz erheblich größer.

2) Beispielsweise sei erinnert an das geringe Interesse, welches unsere sehr empfehlenswerte einzige naturwissenschaftliche Zeitschrift „Natur und Kultur" gefunden hat.



und Läuterung wird ein Ende haben und der Sieg wird, muß unser sein. Unsere Hoffnung und unser Siegeszeichen ist, wenn „die Kinder dieser Welt klüger sind als die Kinder des Lichtes“:
Stat crux dum volvitur orbis — et stabit.

LXIII.

Die Entwicklung der sozialen Revolution.

Von L.

Nach dem wirtschafts-, staats- und kulturphilosophischen Grundgedanken des hegelianischen Marxismus, unter dessen entscheidendem Einfluß die sozialistische Doktrin und sozialdemokratische Bewegung steht, entwickelt sich der geschichtliche Werdeprozeß in dialektischen Widersprüchen nach der Formel: „Thesis, Antithesis, Synthesis.“ Der Thesis des Kapitalismus steht die Antithesis des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats gegenüber; Thesis und Antithesis vereinigen sich in der höheren Einheit der sozialistischen Synthese, in der die früheren Gegensätze zugleich enthalten und aufgelöst sind. Hiebei ist unter Kapitalismus nach der materialistischen Geschichtsauffassung zunächst der wirtschaftliche Kapitalismus als die reale Grundlage der Entwicklung, und sodann der staatliche, gesellschaftliche und kulturelle Kapitalismus als der ideelle Überbau des wirtschaftlichen Kapitalismus verstanden. Und ebenso ist der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats sowohl wirtschaftlicher, wie staatlicher, gesellschaftlicher und kultureller Art. Die sozialistische Ordnung verbindet die materiellen und geistigen Produktiv- und Organisationskräfte des Kapitalismus mit der revolutionären Aufhebung der kapitalistischen Wirtschafts-, Rechts-, Gesellschafts- und Kulturordnung zur übergreifenden, jeden Zwiespalt aussöhnenden Einheit des Sozialismus.

Die tatsächliche Entwicklung der „sozialen“ Revolution hat den völligen Zusammenbruch dieser grundlegenden theoretischen Konstruktion des „wissenschaftlichen“ oder „realistischen“ Sozialismus erbarmungslos dargetan und



damit die Widersprüche der in ihrem innersten Wesen unwahren und zwiespältigen sozialistischen Lehre schonunglos entblößt. Kraft jener inneren Dialektik und immanenten Gesetzlichkeit, mit der sich nach dem Begründer des Marxismus die Selbstauflösung des Kapitalismus und die Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung vollziehen soll, ist die Selbstzersetzung eben jenes Sozialismus erfolgt. Der Marxismus stirbt gegenwärtig an seinen inneren Widersprüchen. Ich habe vor Monaten in diesen Blättern (s. oben S. 138 ff.) diese Selbstauflösung des Marxismus im Hinblick auf seine wirtschaftsphilosophischen Anschauungen darzulegen gesucht; aus der Thesis des Kapitalismus und der Antithesis des wirtschaftlichen revolutionären Klassenkampfes folgt nicht die Synthesis einer die Produktionskräfte nicht nur erhaltenden, sondern sogar steigernden sozialistischen Wirtschaftsordnung, sondern der Zusammenbruch der Produktivkräfte. Der von Marx, Engels und Kautsky immer wieder betonte und auch ins Erfurter Programm übernommene Satz, daß der Zwiespalt der kapitalistischen Produktivkräfte und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der „Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form“ (Marx, Kapital III 421), die Unvereinbarkeit des „Privateigentums an Produktionsmitteln mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entfaltung“ (Erfurter Programm) den Sozialismus aus sich heraus erzeuge und heranreifen lasse, ist falsch; kapitalistische Produktivkräfte und wirtschaftliche Revolution lassen sich nicht zur Einheit des Sozialismus verbinden; der Marxismus ist vielmehr gezwungen, entweder den Sozialismus preiszugeben um die Produktivkräfte zu erhalten, oder die sozialistischen Folgerungen zu ziehen und damit der Produktivkräfte des Kapitalismus verlustig zu gehen.

Diesem in der Wirtschaftsphilosophie des Marxismus wurzelnden innern Widerspruch entspricht genau die innere Gegensätzlichkeit, die die Staats-, Rechts-, Gesellschafts- und Kulturphilosophie des deutschen Sozialismus spaltet. Überall finden sich hier zwei innerlich fremde Bestandteile, die sich



weder theoretisch noch gar praktisch versöhnen lassen; und überall ist der eine, nicht revolutionäre Bestandteil ein Erzeugnis des Liberalismus. Das gilt nicht nur für die sozialistische Wirtschaftsauffassung, wo der Zusammenhang zu Tage liegt, sondern auch für die sozialistische Kultur- und Staatsauffassung. Nennt man den andern, sozialrevolutionären Bestandteil den „kommunistischen", so ist der deutsche Sozialismus ein Bestand von Liberalismus und Kommunismus. So soll die sozialistische, d. h. sozialistisch organisierte Wissenschaft eine unvollziehbare Synthese der liberalen Organisation der Wissenschaft und der kommunistischen Revolutionierung des Bildungswesens sein. So steht die marxistische Auffassung der Religion zwischen der liberalen Anschauung (Religion ist Sache des Individuums, also Privatsache) und der kommunistischen, wonach Religion nichts anderes ist als ein der kapitalistischen Ausbeutung dienender Volksbetrug und daher im revolutionären Klassenkampf nicht minder zerbrechen muß wie die kapitalistische Wirtschaft. So ist die sozialistische Gesellschaft eine Synthese der atomisierten liberalen Gesellschaft und der in der Glut der Revolution zur „Masse" zusammengeschweißten kommunistischen Gesellschaft, d. h. die Gesellschaft, bei der die Klassenunterschiede aufgehoben sind. Und so ist endlich die sozialistische Staatsphilosophie eine Synthese liberaler und kommunistischer Bestandteile, der marxistische politische Sozialismus ist „Sozial-Demokratie". Soweit der marxistische Staat „sozialistisch" ist, deckt er sich durchaus mit dem kommunistischen Staat; und insofern hat Lenin durchaus Recht, wenn er (Staat und Revolution, I. Kapitel) dartut, daß der Bolschewismus wurzelhafter Marxismus ist. Seit 70 Jahren haben die Lehrer des deutschen Sozialismus eine Staats- und Rechtsauffassung gepredigt, die dem nächsten Ziele des Kommunismus vollkommen entspricht. Der Staat, die politische Gewalt, ist von Anfang an für den gesamten, unter spinozaistischem und hegelianischem Einfluß stehenden Marxismus nichts anderes als „die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung der andern" (kommunistisches Manifest) „eine



Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung der äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse" (Engels, Entwicklung des Sozialismus, S. 48). „Die Gesetze bezwecken im Staate der Klassenherrschaft die Aufrechterhaltung eines Zustandes der Ausbeutung und Unterdrückung der einen durch die andern, nicht das Einhalten des gleichen Wegs zur Wahrung von Interessen, die allen gemeinsam sind." (Kautsky, Parlamentarismus und Demokratie S. 18). Und Engels zieht resolut die Folgerung daraus: „Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Erscheinung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn von freiem Volksstaat zu sprechen." Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen (Brief Engels an Bebel vom 18./28. März 1875, veröffentlicht in Bebel, Aus meinem Leben, II S. 320). Die Diktatur des Proletariats ist so ein selbstverständlicher Ausfluß der revolutionären Bestandteile der marxistischen Staatsauffassung. Der Staat ist ein „Instrument der Klassenherrschaft" (Kautsky), der Unterdrückung, der kapitalistische Staat ein Instrument der Unterdrückung des Proletariats, der proletarische Staat ein Instrument der Unterdrückung der Bourgeoisie.

Mit dem andern liberalen Bestandteil ist die marxistische Staatsphilosophie demokratisch, sie huldigt den Forderungen einer radikalen parlamentaristischen Demokratie. Es ist durchaus bemerkenswert, daß sich dieser demokratische Grundzug keineswegs nur bei den Revisionisten, die die liberalen Bestandteile des Marxismus ausbeuten, sondern ebenso bereits bei Marx und bei dem orthodoxen Marxismus Kautskys (vgl. vor allem Kautsky „Parlamentarismus und Demokratie" und das Erfurter Programm) findet. Die Synthesis der Thesis der bürgerlichen Demokratie und die Antithesis

der revolutionären Diktatur des Proletariats soll wiederum die sozialistische Ordnung darstellen, die die Vorteile der bürgerlichen staatlichen Organisation mit der revolutionären Diktatur zur höhern Einheit einer staatenlosen sozialistischen Gesellschaft verbindet. Nirgends freilich zeigt sich so klar wie hier, daß der „wissenschaftliche" Marxismus, der sich so hoch über den utopischen und rationalistischen Sozialismus erhaben fühlt, die innerlich fremden Bestandteile seiner Konstruktion nur durch eine offensichtliche Utopie miteinander zu verbinden vermag.

So durchzieht das gesamte Gebäude des Marxismus ein klaffender Riß. Die innere Zwiespältigkeit und Unwahrheit der Lehre war aber für den Sozialismus lange Jahre nicht so sehr ein Nachteil als ein Vorteil; sie ermöglichte es ihm, je nach den taktischen Bedürfnissen, bald die eine sozialrevolutionäre, bald die andere liberale Seite des marxistischen Januskopfes zu zeigen. Ward der Vorwurf des Revolutionismus gegen die Sozialdemokratie auf irgend einem Gebiete erhoben, so verwies sie triumphierend auf die liberalen und demokratischen Programmteile; ward sie der Schlappheit und der Versumpfung durch die Revolutionäre geziehen, dann kehrte sie die revolutionistische Seite des Programms hervor. Dieses Doppelspiel war so lange möglich, als der theoretische Zwiespalt keine praktischen Konsequenzen nach sich zog. In der Zeit der kapitalistischen Hochblüte war der Widerspruch zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Bestandteilen der marxistischen Wirtschaftsauffassung verhüllt; der Nebel des Zukunftsideals verschleierte den Riß. In der Zeit der politischen und kulturellen Opposition konnte die Kluft zwischen den liberalen und sozialrevolutionären Bestandteilen der marxistischen Staatsphilosophie umso mehr verborgen werden, je mehr gerade die liberalen Ideen dem Marxismus die taktische Möglichkeit der kommunistischen Propaganda boten. Demokratische und liberale Grundsätze waren die Mittel, die revolutionäre Staats-wirtschafts- und Kulturauffassung zu allgemeinem Gehör zu bringen, die sozialistischen Lehren frei und ungehemmt ver-

künden zu können. Sie boten dem sozialistischen Proletariat das „Kampffeld“ (Kautsky), auf dem es sich frei zu rühren vermochte. „Die Demokratie, sagt der Wortführer des deutschen Marxismus, ist für das Proletariat, was Luft und Licht für den Organismus; ohne sie kann es nicht seine Kräfte entfalten.“ „Sie ist unentbehrlich als Mittel, das Proletariat für die soziale Revolution reif zu machen; aber sie ist nicht imstande, diese Revolution zu verhindern.“ (Kautsky, Die soziale Revolution 2 A. 1906, S. 50.) Die Verhüllung der Kluft zwischen der liberalen und der kommunistischen Grundidee des Marxismus war um so leichter möglich, als der Marxismus in jener Phase nur den negativen, subversiven Bestandteil der liberalen Idee herauszugreifen und den positiven Bestandteil, der in der wirtschaftlichen Blüte, der Entwicklung der Einzelwirtschaften nicht minder zum Ausdruck kommt wie in dem demokratischen, auf dem freien Spiele der politischen Kräfte beruhenden Machtstaat, zurückzustellen brauchte. So konnte der Marxismus fast ungestört Jahrzehnte seine zwiespältige Taktik entfalten.

Das Bild aber änderte sich gründlich, als der in erster Linie durch die marxistische Zersetzung verursachte innere Zusammenbruch des deutschen Volkes auch den äußern und und den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches sowie die Revolution zur Folge hatte. Zwar brachte der Sozialdemokratie die erste Entwicklungsphase der Revolution, die mit den Revolutionswahlen abschloß, einen beträchtlichen äußeren Erfolg, den sie der zunächst ungestraften Fortführung der alten Taktik verdankte. Die Novemberrevolution und die ihr folgenden Ereignisse hatten — und zwar nicht nur für die Augen der zunächst Beteiligten — die furchtbare Krisis des Marxismus noch verhüllt. Gemeinsam hatten noch in jenen Tagen die von der U. S. P. mitgerissene Mehrheitspartei und der radikale Liberalismus die Reste der „feudalen“ Verfassungs- und Gesellschaftsordnung beseitigt und die neue republikanisch-demokratische Staatsform geschaffen; das lockende Bild einer kapitalistisch-sozialistischen

Staats- und Wirtschaftsordnung mit gemeinsamer Staats- und vor allem Kulturpolitik, das Bild einer neuen politischen Großaktiengesellschaft, bei der die Sozialdemokratie einige vermeintlich leblose Prinzipien, die bürgerliche Demokratie einiges Kapital als Versicherungsprämie gegen den Kommunismus opferte, hob sich bereits in so scharfen Umrissen vor dem dunkeln Hintergrund der Zukunft ab, daß das eine Hauptorgan des revolutionären Kapitalismus, die Frankfurter Zeitung. (vom 23. Januar 1919) jede andere politische Kombination als die demokratisch-sozialistische in den Bereich der politischen Unmöglichkeit verwies.

Da erhob die leonäische Hydra der „sozialen" Revolution aufs neue ihre stets nachwachsenden Häupter, jene soziale Revolution, die immer neue Nahrung zog aus dem wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruche, den der Marxismus verschuldet hat. Gerade der äußere Triumph, der der Sozialdemokratie den Besitz der politischen Macht verschaffte, enthüllte die innere Krisis und stellte, nachdem die Voraussetzungen des früheren Doppelspiels in Wegfall gekommen waren, den Marxismus vor eine klare, scharfe Alternative: entweder rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Programmteil mit all seinen wirtschafts- und kulturpolitischen Konsequenzen oder aber offene und klare Vertretung der revolutionären, kommunistischen Programmpunkte.

Geschah das Erste, so war damit nicht nur ein Bruch mit der eigenen Haltung während der Novemberrevolution, die noch lebendig in den Seelen der Massen nachwirkte, gegeben, sondern vor allem ein Bruch mit den Jahrzehnte lang vertretenen kommunistischen staats- und wirtschaftspolitischen Auffassungen. Stets hatte man an den eng miteinander verbundenen revolutionären Grundsätzen des Marxismus, der Verwerfung des nicht-proletarischen Klassenstaats im Sinne der Gleichsetzung des Klassenstaats mit dem Staat als solchem und der Verwerfung des Privateigentums im Sinne der Gleichsetzung der privaten Wirtschaftsordnung mit dem Kapitalismus festgehalten. Und nun mit einem Male



sollten die sozialistischen Massen umlernen, sie sollten verstehen, daß es auch einen Staat geben kann, der nicht auf der Unterdrückung einer Klasse beruht; sie sollten einsehen, daß eine Wirtschaftsordnung möglich ist, die auf dem Privateigentum und dennoch nicht auf der Ausbeutung des Proletariats beruht! Sie sollten erkennen, daß der Träger der marxistischen Tradition nicht wahr gesprochen, als er verkündete: Es „kann das Proletariat den ersten großen Sieg über das Kapital, den ihm die politische Macht in die Hände spielt, gar nicht anders verwenden, als zur Aufhebung der Kapitalverhältnisse" (Kautsky, Die soziale Revolution, S. 51)! Sie sollen lernen, daß die Theorie, in der sie aufgezogen, in dem entscheidenden Punkte falsch ist, wenn sie behauptet: „Die Expropriation der ausbeutenden Klassen stellt sich als eine reine Machtfrage heraus; sie geht mit Notwendigkeit aus den ökonomischen Bedürfnissen des Proletariats hervor, wird also die unabwendbare Folge seines Sieges sein." (a. a. O., S. 75.) Und die machtberauschten Massen sollen lernen, daß es ein Verbrechen wäre, das auszuführen, was nach Engels selbstverständliche Pflicht des obsiegenden Proletariats ist: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum!"

Wesentlich verschärft wurde diese Lage dadurch, daß das staatliche und wirtschaftliche „Ordnungsprogramm" der Sozialdemokratie durchaus liberale Züge trägt, wirtschaftspolitisch die des Kapitalismus, staatspolitisch die der parlamentaristischen Demokratie als des adäquaten staatlichen Ausdrucks des wirtschaftlichen Kapitalismus. Jetzt, wo die Sozialdemokratie in den Besitz der politischen Macht gelangt war, handelte es sich nicht mehr darum, die negativ-zersetzende Aufgabe des demokratischen Liberalismus zu erfüllen; man mußte sich zu dem positiven Machtprogramm vor allem des staatspolitischen Liberalismus bekennen und war dadurch gezwungen, sich auf allen Gebieten genau derselben Kritik auszusetzen,



die man schonungslos Jahrzehnte geübt und zu deren radikaler Handhabung man die Massen planmäßig erzogen hat.

So bestand die ungeheuere Gefahr einer Massenabwanderung der getäuschten und betrogenen Massen nach dem kommunistischen Lager, und dies um so mehr, je mehr die Bindungen der Parteidisziplin und nicht nur die Bindungen der Staatsautorität und der allgemeinen Interessensolidarität, deren Forderungen in diesem Falle völlig mit denen der Parteidisziplin zusammenfielen, gelockert waren.

Diesem Nachteil der ersten Alternative standen allerdings wesentliche Vorteile gegenüber, einmal die Möglichkeit der Wahrung der durch den Kommunismus aufs äußerste bedrohten wirklichen Interessen des Proletariats und die weitere Möglichkeit, diese Wahrung auch machtpolitisch zu gewährleisten; das entschiedene Bekenntnis zur nicht revolutionären Demokratie gab der Sozialdemokratie auch die politischen und militärischen Machtmittel ausnahmslos in die Hand, entfernte sie aber auch ebendamit immer weiter vom Sozialismus.

Geschah aber das Zweite, d. h. zog die Sozialdemokratie nicht aus ihren demokratischen, sondern aus ihren revolutionären Programmteilen die praktischen Folgerungen, so setzte sich der Marximismus nicht nur zu den letzten Zielen des sozialistischen Programms (dem wirtschaftlichen und kulturellen Wohl der Massen), und nicht nur zur eigenen demokratischen Tradition in unvereinbaren Gegensatz, es bestand vielmehr das weitere Dilemma, daß entweder ungenügende Zugeständnisse an den Kommunismus die Abwanderung der Massen doch nicht zu verhüten im Stande waren, oder aber allzuweitgehende Konzessionen die Grenzlinien zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus völlig verwischten und damit die Existenzberechtigung einer eigenen sozialdemokratischen Partei aufhoben.

Diese Alternative, die den Marxismus unaufhaltsam zwingt, entweder die demokratischen oder die revolutionären Programmteile preiszugeben, scheint nun dadurch umgangen werden zu können, daß man, wie der Revisionismus früher vorschlug, die demokratische politische Taktik zum Mittel



der Verwirklichung der kommunistischen wirtschaftlichen Ziele macht; daß man also behauptet, daß es möglich sei, unter Verzicht auf die Diktatur des Proletariats durch legitime, antirevolutionäre, demokratische Entwicklung zum sozialistischen wirtschaftlichen Endziel der Vergesellschaftung gelangen zu können. Der Ausweg aber ist theoretisch deshalb völlig ungangbar, weil die Aufhebung des Privateigentums und die Diktatur des Proletariats, m. a. W. die Wirtschaftsphilosophie und Staatsphilosophie des Kommunismus in der marxistischen Theorie wie tatsächlich logische **Korrelate** sind und weil beides sich wechselseitig fordert. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen der Verwirklichung des Sozialismus im Sinne des Marxismus dann gegenseitig ausschließen, wenn nicht unter den politischen Voraussetzungen die Diktatur des Proletariats verstanden wird. Sind die politischen Voraussetzungen wie gegenwärtig gegeben, so fehlen die wirtschaftlichen; der Kommunismus als Massenerscheinung ist ein sozialpathologisches Symptom des wirtschaftlichen (staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen) Zusammenbruchs; die wirtschaftliche Zerrüttung ist für ihn nicht minder Voraussetzung wie Ergebnis. Sind aber die wirtschaftlichen Voraussetzungen (kapitalistische Hochblüte) gegeben, dann fehlen die politischen; denn die wirtschaftliche Stärkung des Kapitalismus kann nicht ohne politische Rückwirkung bleiben, ist vielmehr notwendig an die politische Stärkung als der Bedingung der Entfaltung der Produktivkräfte gebunden. Der Versuch der radikalen Vergesellschaftung konnte also nicht ohne die Diktatur des Proletariats gemacht werden und hätte dann zudem wieder den wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge.

Auf der anderen Seite sähe sich ein Sozialismus, der an der bisherigen Eigentums- und Rechtsordnung als an der vorläufigen Bedingung der Beseitigung dieser Ordnung festhalten muß, vor das Dilemma gestellt, entweder den Beweis zu erbringen, daß jene Ordnung nicht notwendig den Interessen der von ihm vertretenen Massen widerspricht — womit die Falschheit des kommunistischen Wirtschafts-



programms erwiesen wäre, oder aber auf die Durchführbarkeit dieser Aufgabe offen zu verzichten — woraus dann der Bankerott des revisionistischen Kommunismus folgte. Würde man im ersten Falle die eingeschlagene Politik eine sozialistische nennen, so wäre dies eine offensichtliche Täuschung. Eingreifende soziale Reformen auch produktionspolitischer Art sind durchaus auch auf der Voraussetzung der grundsätzlichen Anerkennung des Privateigentums möglich, und dies ist ja gerade das Auszeichnende der revisionistischen Politik, daß sie — wenn auch gezwungenermaßen — an diesen Voraussetzungen festhält. Erschwert wird eine solche Politik allerdings um so mehr, je mehr die privatwirtschaftlich aufgebaute Wirtschafts- und Rechtsordnung von liberalen Grundsätzen beherrscht wird. Ein Netz von unentwirrbaren Widersprüchen fesselt eine Partei mit kapitalistisch-sozialistischem Programm; dient sie durch soziale Fürsorge den Interessen ihrer Anhänger, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen den Forderungen ihrer sozialistischen Programmteile, so schwächt sie die Produktionsbedingungen und verletzt die Interessen der von ihr Vertretenen, ohne grundsätzlich weiter zu kommen. Will sie durch Herstellung von Ruhe und Ordnung, durch produktionspolitische Maßregeln die Bedingungen der Produktion sichern, so verstößt sie gegen die eigenen sozialistischen Grundsätze und ruft eine Kritik wach, gegen deren Argumente sie wehrlos ist.

Unmöglich erscheint es, auf dem Standpunkt des Programmes zu verbleiben, unmöglich aber auch, diesen Standpunkt zu verlassen. Denn die Verbindung der sozialistischen Ziele mit der demokratischen Taktik stellt ein Existenzminimum für die Partei in dem Sinne dar, daß nach Preisgabe auch dieser Position der letzte Rechtfertigungsgrund für die Existenz einer selbständigen Partei wegfällt. Jedes Abrücken von dem formaldemokratischen Standpunkt bedeutet eine Preisgabe der einzigen Stellung, von der aus eine Überbrückung der programmatischen Gegensätze möglich ist, bedeutet das nackte Zugeständnis des völligen inneren Zusammenbruches. Das Schicksal der U.S.P., die von Anfang an diesen Weg gegangen

und deren gesamte politische Bedeutung sich in der Vorbereitung des Kommunismus erschöpft, ist eine warnende Lehre.

In diesen Zusammenhängen sind die wahren — innerpolitischen — Kräfte der sozialen Revolution begründet. Die innere Schwäche des deutschen Marxismus ist für Spartakus die eigentliche Lebensquelle. Nichts wäre darum irriger, als die politische und geistige Macht der sozialen Revolution nach Maßgabe der Wahlergebnisse zu beurteilen und in der Bewegung nichts anderes zu sehen, als das terroristische Treiben einer Handvoll Hetzer. In den Brandreden der Kommunisten von heute ist die wilde Agitation von Jahrzehnten investiert und die Massen, in denen die bolschewistische Propaganda enden kann, reichen bis zum äußersten rechten Flügel des Mehrheitssozialismus.

LXIV.

Kürzere Besprechung.

Julius Echter von Mespelbrunn, Fürstbischof von Würzburg und Herzog von Ostfranken (1573—1617) von Th. Henner. München und Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot 1918 (Gesellschaft für fränkische Geschichte. Neujahrsblätter 13. Heft.) 96 S.

Der 300jährige Todestag des großen Würzburger Fürstbischofes Julius fiel in das Tosen des Weltkrieges; gleichwohl ging dieser Tag nicht spurlos vorüber. Die Universität beging ihn mit Redeakt des Rektors und Festrede Merkles, das Domstift mit einer Festschrift: „Julius Echter von Mespelbrunn, Fürstbischof von Würzburg und Herzog von Franken (1573 bis 1617), herausgegeben von Domprobst Heßdörfer", (1917) worin verschiedene Verfasser Leben und Wirken von Julius nach verschiedenen Seiten hin beleuchteten (s. unsere Anzeige in diesen Blättern 191, S. 686—688). Nun trägt auch die „Gesellschaft für fränkische Geschichte" im 13. Neujahrsblatte eine Dankesschuld am Andenken des großen Fürstbischofs ab durch eine Schrift des Würzburger Historikers Henner. Der Ver-



fasser beansprucht nicht ein erschöpfendes Bild von Julius zu geben; dazu sind die Vorbedingungen noch nicht gegeben, aber er bringt doch einzelne neue Forschungsergebnisse. Seine Hauptaufgabe erblickt er darin, zu zeigen, in welchem Sinne Julius eine epochemachende säkulare Bedeutung beizumessen ist. Sie wird mit Recht gefunden in der kirchlichen Restauration und in Gründung von Juliusspital und Universität.

Der Verfasser schildert die Zustände in Würzburg vor Julius, seine Familie, seinen Eintritt ins Domkapitel und die Wahl zum Bischof, seine Verdienste um die Territorialverwaltung (Neue Hof-, neue Kurfürstliche Kanzleiordnung, zahlreiche zeitgemäße Mandate, seine erfolgreiche Finanzverbesserung, Forst- und Waldordnung, seine Kodifikation des heimischen Zehntrechts u. a.), besonders wurden aber seine Bemühungen um die kirchliche Restauration als epochemachend für die damalige Zeit eingehend gekennzeichnet und wird darin mit Recht seine eigenartige Bedeutung für jene Zeit der großen kirchenpolitischen Kämpfe erblickt. Im Kampf um das Stift Fulda schnitt Julius weniger gut ab. Dagegen weiß Henner die Kulturpolitik von Julius, die in der Gründung des Juliusspitals und in der Neugründung der Universität gipfelt, in hellstes Licht zu rücken. Weniger bedeutend erscheinen Julius Verdienste um die **Kunst**. Ihm einen eigenen **Juliusstil** zuzuschreiben lehnt der Verfasser ab, bezeichnet Julius aber als den gewaltigsten Bauherrn, von dem außerdem auch Plastik und Münzprägung fördernden Einfluß erfuhren. Gegenüber diesen Verdiensten um Caritas und Wissenschaft, Erziehung und Kunst tritt Julius Wirken auf dem Gebiete der äußeren Politik in den Hintergrund. Eine liebevolle Zeichnung der Persönlichkeit Julius bringt uns zum Schluß den großen Kirchenfürsten auch menschlich näher. Im Anhang teilt Henner aus der Ganzhornschen Chronik zwei Abschnitte mit, wie Julius Administrator des St. Fulda anno 1576 wurdt und wie anno 1582 zu Wyrzburgk eine neue universität uffgericht wurde. Die Schrift Henners, die überall auf die einschlägige neueste Literatur bezug nimmt, gibt in wohlabgewogenen Urteilen ein treffendes Bild von dem großen Würzburger Bischof, dessen Bildnis aus dem Jahre 1586 die Schrift schmückt.

Würzburg. Prof. Remigius **Stölzle**.



LXV.

Die blutige Revision der Ideen und Tatsachen.[1])

XVI.

Wenn man sieht, wie jetzt die großmächtigen Diktatoren eines Weltfriedens zur Vergewaltigung der Menschheit der Frage nach der Schuld am Kriege sorgfältig auszuweichen suchen, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie sich in der stillen Heimlichkeit ihres Gewissens sehr unbehaglich fühlen.

Wie Jedermann, der mit Vernunft die Vorgeschichte und den Verlauf des Krieges überdenkt, können sie darüber nicht im Unklaren sein, daß eines so wahnsinnigen Verbrechens nur eine Welt fähig sein konnte, welche sich hinsichtlich der höchsten Fragen des Lebens ganz und gar dem Unglauben überantwortet hat.

Ein unparteiischer Gerichtshof, wenn es einen solchen geben würde, könnte kaum lange im Zweifel sein, welches zur Zeit die Hauptrepräsentanten dieses Unglaubens seien: sie stehen sich in Versailles wie in einem Kampf auf Leben und Tod gegenüber. Ihrem innersten Wesen nach sind sich die Häuptlinge der roten und goldenen Internationale so ziemlich gleich. — Keine Spur von Liebe und Versöhnlichkeit, noch weniger von Wahrheit und Gerechtigkeit. Mit dem Anspruch, in Weise eines allgemeinen Völkerbundes oder auf dem Wege der Weltrevolution die ganze Welt zu erobern,

---

1) S. oben S. 385 ff.



schwören sie beide auf die absolute Autonomie des Menschengeistes, der für sein Tun und Lassen keinem Gott und keinem Herrn verantwortlich ist und sich darum im Drang seiner unersättlichen Begehrlichkeit, wenn es sich darum handelt, über den Besitz und Genuß der Güter dieser Welt mit absoluter Willkür zu verfügen, keine Schranken setzen läßt. Offenbart sich in den unerhört grausamen Friedensbedingungen der Entente das innerste Wesen der Freimaurerei, so zeigt sich andererseits in der Neigung zum Bolschewismus, welche der glaubenslosen Sozialdemokratie unaustilgbar im Blute liegt, die ganze Unnatur des antichristlichen Sozialismus.

Maximalismus und wahnsinnige Überspanntheit hier wie dort — Maximalismus der Verblendung, wie nur der vollendete Unglaube eine solche erzeugen kann — und dementsprechend ein Maximalismus des Elendes und der Schmach, wie sie nur hervorgehen können aus der Sünde, welche den höchsten Gipfel der Perversität erreicht hat. Die hl. Schrift würde sagen: Si abundaverit iniquitas refrigescet caritas.

Nun rüstet sich diese gottvergessene und weltverliebte Raserei zu neuen Werken der Vernichtung. Anderes ist ja von glaubenslosen Kulturfanatikern überhaupt nicht zu erwarten. Es ist ganz undenkbar, daß der Unglaube, aus welchem die moderne, mammonistische und sozialistische Welt die obersten Grundsätze und leitenden Motive für ihre widerchristliche Kulturschwärmerei entnommen hat, jemals etwas Ersprießliches zum Besten der Menschheit wirken könnte. Was derselbe angeblich zur Einigung und zum Frieden der Völker mit seiner in allen Farben des Irrtums und der Sünde schillernden Freiheitsfahne der in sich zerrissenen Menschheit voran trägt, ist jenes verdächtige, von Gott und Christus gänzlich losgelöste Weltmenschentum, welches sich begrifflich beinahe vollkommen deckt mit dem, was in der Sprache des Glaubens Erbsünde heißt. Diese ist allerdings etwas allgemein Menschliches, hat aber nie zur Sammlung und Einigung gedient, sondern stets, wie ein Mißton ewig unvereinbarer Unstimmigkeit, die Geister entzweit und ent-



fremdet. Alle Versuche, die Menschen durch eine Spekulation auf diese allgemeine Krankheit der Selbstsucht einander nahe zu bringen, müssen das Gegenteil dessen bewirken, worauf sie abzielen. Welt und Mensch haben in der Weltmenschenweisheit der Loge einen wesentlich anderen Sinn als im Munde des Weltheilandes, der von der Welt und den Weltmenschen niemals sprach, ohne an die Sünde und den Teufel zu denken. Eine Welt, welche von Gott und Christus nichts wissen will, wird, weil sie am Erbübel der gefallenen Menschheit grundsätzlich festhält, diese beiden Giftquellen des Unheils, aus denen alle Übel hervorgehen, nie loswerden können.

Nie läßt sich von einer Weltmenschenweisheit, wie sie jetzt unter dem Einfluß der Loge die Geister beherrscht, gleichviel, ob sie Männer des Geldes oder Fanatiker der gottvergessenen Arbeit sind, etwas anderes als Unheil erwarten. Dieser Geist hat sich völlig identifiziert mit der Ursünde Satans und mit der Erbsünde Adams und heißt seinem innersten Wesen nach Lüge und Haß, Unrecht und Gewalt. Es liegt in seiner Natur, von der Menschenwelt alles fern zu halten, was ihr zum Heil und zur Genesung sein könnte, dagegen alles über die unglückliche Nachkommenschaft Adams auszuschütten, was ihr Tod und Verderben bringen muß.

Die gottvergessene und von bösen Geistern besessene Geisteshoffart des gefallenen Menschen hat, so lange sie mit ihren niedrigen Begierden die Welt umklammert hält, als wäre sie das einzige und höchste Gut, nach dem sterbliche Menschen verlangen können, nie eine wirklich schöpferische und Leben schaffende Kraft entfaltet, so daß sie dauernde Kulturwerte hätte hervorbringen können, Werte, die nicht den Würmerfraß der Zerstörung naturnotwendig in sich getragen hätten. Was sie schuf, sind stets nur schnellverrauschende Schein- nnd Schimmerwerte gewesen, Blüten der Unfruchtbarkeit, weil Kräfte des Todes nichts wahrhaft Lebendiges wirken können.

Jede menschliche Wirksamkeit, welche getrennt und unabhängig von der Allwirksamkeit der weltschöpferischen Gottes-



kraft aus sich selbst mit ureigener Kraft sich betätigen will, verbindet sich durch diese gottwidrige Tendenz zufolge ihrer schlechthin sündhaften Willensrichtung mit dem Urprinzip des Bösen und mit dem Geist des Aufruhrs und der Lüge von Anbeginn, der lang vor Beginn der menschlichen Weltzeit eben deshalb zu Grunde ging, weil er seine eigene autonome Selbstherrlichkeit dem unendlichen Schöpferwillen gleichwertig gegenüberstellen wollte.

Alle jene, welche durch ihr schlechthin autonomes Weltmenschentum sich den Alleinbesitz und Alleingenuß der Güter dieser Welt sichern möchten, vergessen bei diesem Attentat gegen die Majestät des Unendlichen, daß bereits ein anderer und ungleich Stärkerer die Welt der Gräber und Ruinen als Alleinherrscher des Todes inne hat. Alles was dem sogenannten Positivismus, der sein Licht vom Lügengeist entlehnt, vor allem wertvoll und einzig begehrenswert erscheint, alles Sinnfällige und Hinfällige, was vergänglich und unzulänglich ist, liegt im Herrschaftsgebiet und im Domänenbereich jener Schlange, die zufolge ihrer Wahlverwandtschaft mit dem Tod dazu verurteilt ist, beständig Staub zu fressen und alles Nichtige und Flüchtige sich wie etwas ihr Eigenes zu assimilieren. Kein Wunder, wenn dieselbe hl. Schrift, welche die diesseitige Welt in ihrer Isolierung auf sich selbst dem Nichts gleich zu achten pflegt, den Satan geradezu als den Gott dieser Welt bezeichnet.

Wenn der Mensch im stolzen Bewußtsein seiner selbstherrlichen Souveränität sich einbildet, seine Kulturbestrebungen ohne jede Rücksicht auf den Schöpfer und Erlöser der Welt aufs irdische Diesseits beschränken zu dürfen, wenn er glaubt, sein zeitliches Wohlergehen im ärmlichen und erbärmlichen Dasein dieser Welt am besten dadurch zu fördern, wenn das Gebiet der sinnfälligen und handgreiflichen Sichtbarkeit gegen die höhere Lichtregion des unsterblichen Geistes hermetisch abgeschlossen wird, dann bewegt sich sein Kurs auf ganz gleicher Linie mit den Schlangenwindungen der staubfressenden Dämonen. Auf allen Punkten einer solchen Kulturentwick-



lung zeigen die Wegweiser jener Weltweisheit, die im Sinn der hl. Schrift gleich Torheit ist, die trostlose Aufschrift des bekannten Heilandwortes: Die Toten begraben ihre Toten. All dieses nichtige Schaffen und Wirken ohne Gott ist sowohl nach seinem Ursprung wie in seinem Endziel und Schlußerfolg nichts anderes als ein beständiges Staubfressen, eine Bewegung, welche fortwährend ausgeht vom Nichts und darum stets enden muß im Nichts.

Und das nennt sich Positivismus oder auch, wenn man will Monismus und Freimaurerei. Diese erkennt ja ebenso wie der Monismus und der Positivismus ihr ureigenstes Wesen in der sympathischen Fühlungnahme mit allem, was dem Geist dieser Welt angemessen ist und darum der Macht des Fürsten dieser Welt Vorschub leistet. Der Geist des allgemeinen Weltmenschentums, der den Allerweltspatriotismus des Geldes ebenso beseelt, wie die vaterlandslosen und heimatlosen Kinder der Freizügigkeit, die Proletarier, verlangt gebieterisch eine Weltherrschaft ohne Gott und ein irdisches Paradies ohne jeden Beigeschmack eines übernatürlichen Lebens der Unsterblichkeit im ewigen Jenseits. Das Unschuldsparadies der Stammeltern ist ja nach dem gemeinsamen Dafürhalten der Proletarier und Plutokraten ebenso eine Fabel der Mythologie wie der Himmel des Welterlösers, — also frisch voran auf der wilden Jagd nach den Gütern und Reizen dieser Welt mit der Fahne Luzifers, auf der geschrieben steht: Eritis sicut dii scientes bonum et malum! Es gibt keinen Unterschied von gut und bös! Alles ist erlaubt! Hoch Nietzsche, Gurlitt und Wyneke! Erst die volle Autonomie des Menschengeistes, welche das ganze christliche Glaubenssymbol vom ersten bis zum letzten Artikel, vom Gottesglauben bis zur Himmelshoffnung über Bord wirft, schafft Übermenschen und starke Geister, wie man sie braucht, um der tyrannischen Gewalt blutdürstender Raubtiere zum Siege zu verhelfen. Sind die Menschen bisher im Verlauf der Kulturgeschichte nur mit schüchterner Halbheit dem Ruf der Schlange gefolgt, um mit allerlei frommen

Ausflüchten den Göttern nicht etwa gleich sondern nur ähnlich zu werden, jetzt gilt es, da die Weltzeit mit ihren Kulturfortschritten offenbar zu Ende geht und den Höhepunkt erreicht, das Äußerste zu unternehmen — warum sollten die titanischen Kulturkämpfer der letzten Zeit zurückschrecken vor dem Wagnis, im Satanismus es dem Luzifer selber gleich zu tun? So erst wird der Mensch, wenn er in der rückhaltlosen Selbstbehauptung seiner angeborenen Sündhaftigkeit, oder was dasselbe ist, seiner gänzlich autonomen Unabhängigkeit das ganze Unheil der Erbschuld Adams wie ein Recht der Natur beansprucht, durch die vollkommene Entfaltung seiner von Gott losgelösten Humanität, ein Mensch der Sünde und ein treues Ebenbild des Teufels werden. Wer sich in seinem unbegrenzten Vertrauen auf die Machtsprüche der modernen Wissenschaft mit ganzer Seele aufs irdische Diesseits versteift und sich mit dem ganzen Ingrimm jener Überzeugung, womit der kategorische Imperativ ihn zur Problematik einer ewig unsicheren Erkenntnis verurteilt, gegen den Gott der Offenbarung sträubt, dem bleibt nichts anderes übrig, als in irgend einer Form jenem höchsten Wesen zu huldigen, welches mit dem biblischen Sprachgebrauch Fürst und Gott dieser Welt genannt wird. Mag er sich in der Bewunderung dieses höchsten Wesens nennen wie er will, mag er als Pantheist und Monist auf Hegel oder Häckel schwören, mag er sich in seiner vermeintlichen Frömmigkeit einen Deisten oder Theosophen nennen — für jeden Fall wird er im stolzen Bewußtsein seiner weltmännischen Humanität autonom und unabhängig sein — autonom und an kein Gesetz gebunden, welches die Willkür des eigenen Willens einschränken könnte, alles zu tun, was ihm nach Maßgabe seiner Macht und nach dem Drang seiner unersättlichen Begierden zu tun möglich ist; unabhängig von allen Richtlinien einer Kultur, welche ihr Ziel über den Bereich der fünf Sinne hinaus verlegt, weil sie weiß, daß sich das irdische Dasein des Menschen nur insoweit verschönern läßt, soweit es gelingt, die Menschen sittlich zu veredeln und zu bessern. Der jetzt

wütende Kulturkampf der Plutokraten und Proletarier ist im Grunde nichts anderes als ein Kampf von Wahnsinnigen, die sich im Hochgefühl ihrer eingebildeten Freiheit autonom und unabhängig nennen, weil sie in der grenzenlosen Verblendung ihres Unglaubens nicht merken, daß sie als Sklaven ihrer verkehrten Neigungen Hörige jenes harten Herrn sind, von dem in der Parabel vom verlorenen Sohn die Rede ist.

Ein Blick auf die entsetzlich traurigen Zustände der Gegenwart läßt kaum einen Zweifel übrig, daß das irdische Jammertal überall dort, wo die vielgepriesene Diesseitskultur des antichristlichen Zeitgeistes sich hat frei entfalten können, sich in eine wirkliche Hölle umgewandelt hat, wo Menschen und Teufel durch Lüge und Falschheit und durch ruchlose Bosheit sich einander zu übertreffen suchen. Ob jemand Gelegenheit hat, im Machtbereich der Entente die Grausamkeit der Männer des Geldes kennen zu lernen oder ob er so glücklich ist, in der Schreckenszone der Diktatur des Proletariats zu leben, macht keinen Unterschied: hier wie dort dieselbe erbarmungslose Hartherzigkeit und himmelschreiende Verlogenheit; die einen wie die andern gefallen sich im heuchlerischen Pharisäismus ihrer übermenschlichen Gerechtigkeit, während sie die armen Kriegsgefangenen im Elend ihrer unerhörten Mißhandlungen verschmachten und die unschuldig ihrer Freiheit beraubten Geiseln in den Gefängnissen verhungern lassen.

Infolge ihrer geistigen Wahlverwandtschaft trifft sich die Sozialdemokratie trotz ihrer gegensätzlichen Kampfstellung zur Loge mit dieser immer wieder in gleichen Maßnahmen des Kampfes und der Taktik. Hier wie dort verbindet sich die geheime Wühlarbeit der in sicherem Versteck arbeitenden Führer und Häuptlinge mit dem Straßenlärm der öffentlichen Volksbetörung durch bezahlte Hetzer und Schwätzer, welche die Aufgabe haben, den Massen durch die süßen Worte schöner Phrasen zu verbergen, was die Wölfe im Schafspelz insgeheim im Schilde führen. Und was sie zu verbergen haben, ist nicht wenig. Die Henker des Völker-



bundes wissen so gut wie die Tyrannen der Weltrevolution, warum sie über die Presse das Interdikt verhängt und die öffentliche Meinung durch das Monopol einer sogenannten allgemeinen Volksaufklärung für sich in Beschlag genommen haben. Mörder und Diebe können das Licht des Tages nicht vertragen, sie bedürfen zu ihrem Schutz für ihre Werke der Finsternis des Dunkels der Nacht. Wenn es ihnen gelingt, rechtzeitig mit reicher Beute zu verschwinden, dann mag das betrogene Volk zwischen den Trümmern seiner Habe klagen und weinen, wenn es vom ererbten Kulturkapital der Vergangenheit nichts mehr in Händen hat als kahle Knochenreste, weil sich am seelenlosen Volkskadaver jene Leichenwürmer der Verwesung vollgefressen haben, die sich Bolschewisten nennen.

Würden die hochgefeierten Bannerträger des modernen Geistes, die mit der Thronerhebung der autonomen Vernunft und der unabhängigen Moral den Gipfel menschlicher Weltweisheit erklommen zu haben glaubten, jetzt angesichts des unermeßlichen Elendes, in welches die Welt infolge der Verstiegenheit ihrer gottlosen Gedanken hineingeraten ist, das System ihrer neuen Weltanschauung nochmal einer ernsten Nachprüfung unterziehen, dann müßte ihnen klar werden, daß die gesamte Geistesarbeit ihrer Empörung gegen Gott und Christus, welche man Kulturkampf zu nennen beliebte, in Wahrheit nichts anderes war als ein blödsinniges Ankämpfen gegen die Kultur, ein Kampf um das Nichts und für den Tod.

Wie sehr im jetzigen Weltwirrwarr alles auf Tod und Vernichtung abzielt, zeigt sich jetzt augenscheinlich dadurch, daß im selben Moment, wo man zum Abschluß des Krieges um eine allgemeine Weltfriedensformel sich bemüht, der Weltkrieg in ganz anderer Form aufs neue loszubrechen droht. Die rote und die goldene Internationale stehen sich, beide erfüllt von gleichen Gesinnungen gänzlicher Gottvergessenheit, auf Leben und Tod gegenüber. Nach Form und Inhalt bedeuten sie beide nichts anderes für die mensch-



liche Gesellschaft als Unheil und Verderben. Ihr Geist ist völlig gleich mit dem Urprinzip der Verneinung alles dessen, was dem Menschen für sein geist=leibliches Doppelwesen unerläßlich notwendig ist. Als wirkliche Mächte der Finsternis stehen sich die Atheisten des Goldes und der Arbeit mit gänzlicher Außerachtlassung aller Kraftquellen des Lebens nicht anders gegenüber als zwei Totengerippe, die sich den Vorrang hinsichtlich der Zerstörung aller wahren Kulturwerte streitig machen wollen; wohl ausgerüstet steht sozusagen der Positivismus des Geldes dem Nihilismus der Arbeit gegenüber, um sich mit kahlen Knochenhänden zu berühren: hier ein Skelett mit dem Helm des Imperialismus in glänzender Uniform, dort eine ebenso kahle Knochengestalt mit der Jakobinermütze über den feuerglühenden Augenhöhlen; als wollten sich die beiden Hauptübel der Neuzeit, der Militarismus und die Revolution, statt sich für immer zu entwaffnen, für alle Zukunft verewigen, stehen sie beide sprungbereit vor einander und zwischen ihnen liegt, tiefer und breiter als irgend ein Schützengraben, der Abgrund des unvermeidlichen Todes. Wer wird siegen? Wird einer den andern überwältigen? Oder werden sie beide zugrunde gehen? Das ist jetzt die große Frage der Zeit.

Soviel ist sicher — das Heil der Welt läßt sich von keiner Seite dieser beiden Geistesrichtungen erwarten. Licht und Leben kann nicht von daher kommen, wo der Tod seine Beute bewacht. Die Sozialdemokraten und Plutokraten sind Geschwister und Zwillingskinder eines und desselben Geistes, so gewiß die Freimaurerei enge verwandt ist mit dem antichristlichen und glaubensfeindlichen Sozialismus. Dieser hat, wenn die Frage ist, woher der Krieg gekommen ist und was die furchtbaren Übel der jetzigen Zeit verursacht hat, alle Veranlassung, auch mit einem tiefempfundenen mea culpa an die eigene Brust zu klopfen. Hätte sich die große Masse der Arbeiter nicht von jeher von der Freimaurerei als Werkzeug gebrauchen und mißbrauchen lassen, um die Grundlagen der



christlichen Rechtsordnung zu untergraben, dann hätten die im Volke noch lebendigen Kräfte des Glaubens genug Widerstandskraft besessen, um als christlicher Sozialismus der allgemeinen Auflösung der christlich-sozialen Rechtsgemeinschaft Halt zu gebieten und dem Prinzip der Solidarität über den egoistischen Individualismus zum Siege zu verhelfen. Indem die Sozialdemokratie es vorzog, statt für die Interessen der Arbeiter die mächtigen Einflüsse des Christentums nutzbar zu machen, Hand in Hand mit der Freimaurerei den Geist des Unglaubens zu propagieren, hat sie mit der Plutokratie den Materialismus hochgebracht und damit den Kapitalismus und sein Schoßkind, den Militarismus, gefüttert. Und darin liegt auch der Grund, warum sie jetzt nach der entsetzlichen Katastrophe des Unheils, das sie großenteils selbst verschuldet hat, den Übeln der Zeit nicht nur gänzlich machtlos gegenübersteht, sondern mit jedem Tag mehr sich überzeugen muß, daß sie zugleich mit der Freimaurerei das große Hindernis ist, welches alle Versuche einer Sanierung der Gesellschaft aussichtslos und unmöglich macht. Soviel ist gewiß, wenn die neue Zeit keine anderen Geburtshelfer haben wird als das gottlose Zwillingspaar der Loge und der Anarchie, dann muß die Welt unrettbar zu grunde gehen.

Sowohl die liberalen Illusionäre des Geldes und der Loge wie auch die radikalen Utopisten der Arbeit müssen jetzt zu ihrem Entsetzen wahrnehmen, daß all das zum Verderben und zum Unheil der Völker ausschlagen muß, was nach ihren Lehrmeinungen und Programmforderungen deren Freiheit und Wohlergehen hätte fördern sollen; sie müssen in Ausführung ihrer prahlerischen Versprechungen Schritt für Schritt sich überzeugen, daß sie durch all das, wodurch sie Befreier und Retter der Völker werden wollten, deren Henker und Mörder sein müssen. Beide können ihr Ziel nur mit Gewaltmitteln erreichen. Die Plutokraten bemühen sich ebenso umsonst, das Faß der Danaiden zu füllen, wie die Radikalisten des Proletariates mit dem Stein an kein Ende kommen, den sie beständig aufwärts wälzen und immer wieder abwärts



rollen sehen. Die einen wie die anderen wollten die Völker vom kostspieligen Kriegsspiel der Waffen befreien und sehen sich jetzt genötigt, mit tyrannischer Gewalt den Krieg in der verstärkten Form einer noch nie erlebten Sklaverei zu verewigen. Wie ein zweischneidiges Schwert wendet sich der Fluch des Vae victis gegen Sieger und Besiegte zugleich. Das Geld sieht sich genötigt, gegen seinen unentbehrlichen Lebensnerv, gegen die Arbeit, Front zu machen, und die Arbeit schickt sich an, ihre vornehmste Hilfsquelle, das Kapital, außer Kurs zu setzen auf die Gefahr hin, damit sich selbst zu vernichten. Zu den Mordinstrumenten des Krieges hat sich ein neues Werkzeug der Vernichtung gesellt, furchtbarer als alle anderen, der Streik, das zweischneidige Racheschwert jener gott- und pflichtvergessenen Proletarier, die sich zwar Arbeiter nennen, aber gleichwohl für sich als erstes Recht das Nichtstun und als vornehmste aller Pflichten die niemals zur Ruhe kommende Unzufriedenheit in Anspruch nehmen. Warum sollten sie sich im Recht, gänzlich sinnlose und unmögliche Forderungen zu stellen, irgendwelche Schranken setzen lassen? Auf Grund der absoluten Autonomie des menschlichen Willens, welche ihnen aus der Lektüre ihrer Evangelisten Häckel und Nietzsche geläufig ist, betrachten sie sich ebenso als absolute Herren ihrer Arbeitskraft, für welche sie keinem Gott und keinem Herrn verantwortlich sind, wie die Plutokraten ihrerseits sich für absolute Herren ihres Geldes ansehen, so daß ihnen nichts im Wege steht, den Generalstreik der Arbeiter mit einer allgemeinen und vollständigen Kreditsperre zu beantworten. So hängen sich die Atheisten des Geldes und der Arbeit mit der Absicht, sich wechselseitig zu erdrosseln, an der Gurgel mit Gewaltmitteln der Erpressung, die nur Unheil bringen und Zerstörung schaffen können. So trägt die selbstherrliche Autonomie des Menschengeistes, welche in ihrem Kulturstreben alles ganz unabhängig von Gott durch eigene Selbstbestimmung ordnen und regeln will, nicht blos die Möglichkeit sondern geradezu die Notwendigkeit in sich, sich selbst als

eine Macht des Unheils zu betätigen zum eigenen Verderben.

Und das geschieht nur zu häufig eben dann, wenn sie im eitlen Wahn, Herrin des eigenen Schicksals zu sein, sich der verhängnisvollen Verblendung hingibt, einen Zustand eingebildeter Glückseligkeit mit den ihr zu Gebot stehenden Machtmitteln erzwingen zu können.

Sind etwa diese Machtmittel nicht groß und ausgedehnt genug, um auf einen sicheren Erfolg rechnen zu können? Dehnt sich nicht das eiserne Netz der Dampferlinien ebenso wie der Strom des Geldes zu Land und Wasser über alle Weltteile aus? Liegen nicht ungeheure Schätze nach allen Richtungen über dieses Netz ausgebreitet wie ebenso viele Lockmittel und Köder, um die Habgier und Beutelust zu reizen? Wie verlockend wäre es, wenn es einer Macht oder einer Machtgruppe gelingen würde, gleich einer Riesenspinne sich mitten in dieses Netz hineinzusetzen, um von dort aus nach allen Seiten auf fremdes Gut Jagd zu machen? Damit hätte der Positivismus des Geldes das höchste Ziel seiner Wünsche erreicht.

Ja wenn zwischen und über den Kräften und Wirkungen, die der Leitung des Menschen unterliegen, nicht noch andere Ursachen wirksam wären, die seiner Macht nicht unterworfen sind? Mit der Macht des Geldes und mit den Kräften der Arbeit hat der Mensch noch lange nicht alle Quellen des Glückes in seiner Hand. Weder das Geld noch die Arbeit ist für sich allein ein ausschlaggebender Faktor der Kultur. Ja selbst beide zusammen sind für sich allein unvermögend, wahre Lebenswerte zu erzeugen. Wenn die Rohstoffe mangeln und wenn zwischen den Produzenten und Konsumenten die Verkehrsvermittlung fehlt, sind beide zur Ohnmacht verurteilt.

Nur so lang unter allen Dampfkesseln die Kohlenfeuer brennen, rollen die Räder und Walzen und regen sich die geschäftigen Hände der schaffenden Arbeit — aber auch nur so lange, als auf den Fluren der Landwirtschaft das Wachstum



der Ernten keine Unterbrechung erleidet. Was dann, wenn zwischen der Wechselwirkung des Geldes und der Arbeit eine dieser Bedingungen fehlt? Könnte, wenn sich Millionen von Menschenhänden zu einer vernichtenden Streikbewegung verbinden, nicht auch der Allvater des Lebens einmal zu einem Generalstreik sich rüsten und der Wärme und dem Regen verbieten, sich über ein Geschlecht zu ergießen, welches sich mit jedem Tag mehr seiner väterlichen Liebe unwürdig zeigt?

In Anbetracht solcher Möglichkeiten eröffnet sich jetzt für die nächste Zukunft eine furchtbare Perspektive.

Bisher waren sowohl die Männer des Geldes wie auch die Massen der Arbeiter, indem sie ihre stolzen Blicke auf das große Triebwerk der wirtschaftlichen Massenwirkung richteten, fasziniert von dem Gedanken, daß nichts der vereinigten Macht des Proletariats oder dem Druck und Drang des Geldes zu widerstehen vermöge. Als wären sie gleich den Israeliten von feurigen Schlangen gebissen, steigerte sich angesichts der rastlos vom Dampf getriebenen Räder und der im Goldstrom hin- und herflutenden Geldrollen das Fieber der Habgier und leidenschaftlichen Lebsucht; glaubten die einen an die Allmacht des Geldes, so glaubten die andern an die unwiderstehliche Kraft ihrer nervigen Fäuste; gewohnt in ihren stolzen Gedanken einzig nur auf sich selbst zu vertrauen, ließen sie gegen das Dogma ihres göttergleichen Bewußtseins, der Mensch habe als Schmied seines Glückes sein Schicksal und seine Glückseligkeit ganz in der eigenen Hand, nicht den mindesten Zweifel aufkommen. Wälzte sich doch die produktive Kraft der allzeit glühenden Erze und Kohlen und der gold- und silberglänzende Strom der Edelmetalle vor ihren Augen unaufhaltsam dahin. Dieser unermeßliche Glühstrom der Erze und Metalle schloß doch die Möglichkeit in sich, sich im Verhältnis zu den unersättlichen Begierden des Menschen in stets steigender Progression zu verstärken und zu erweitern? Oder nicht? Sollte etwa gar der Gedanke zulässig sein, er könnte sich wieder merklich vermindern oder gar einmal gänzlich ins Stocken geraten?

Wie, wenn durch ein Massensterben Millionen von Menschenhänden plötzlich erlahmen würden? Wenn Riesenverluste das Material der Stoffe vermindern und die Bewegung der Triebwerke stillegen würden? Wenn gegensätzliche Spannungen das Ineinandergreifen und Zusammenwirken der weltwirtschaftlichen Kräfte stören und aufhalten würden? Wenn katastrophale Umwälzungen im Kreislauf der Natur und im Weltlauf der Geschichte hemmend sich geltend machen würden? Könnte auf diese Art die in der unablässig genährten Glut der Dampfmaschinen sich dahinwälzende Feuerschlange der Industrie und des Verkehrs nicht einmal völlig erkalten und erstarren?

So würde vor den Augen der ganzen Welt die gesamte Götzenherrlichkeit, welche sich der Mensch mit den Machtmitteln des Geldes und der gottvergessenen Arbeit zu seinem Verderben selbst geschaffen hat, als das erscheinen, was sie in Wahrheit ist, als ein Blendwerk des Truges und der Täuschung. Gleich wie beim Anblick einer ehernen Schlange, die am Galgen hängt, würde die fieberheiße Lüsternheit sich ernüchtern durch die Erkenntnis, daß für die blöde Augenlust weit mehr Ursache gewesen wäre, sich über diese Herrlichkeit zu entsetzen, statt daran sich zu ergötzen.

So vielversprechend das Paradies der kapitalistischen Weltwirtschaft sich anfangs zu gestalten schien, so trostlos ist jetzt das Ödland der Verwüstungen, welches sie angerichtet hat: anfangs schien alles im Sinn eines unerschöpflichen, reichen und gehaltvollen Positivismus Leben und Fruchtbarkeit zu sein, jetzt ist alles Negation und trostlose Leerheit; alles Schimmern und Glänzen dieser Kultur war nur ein flüchtiger Augenschmelz von Tauperlen, welche weithin über Spinnengewebe verstreut die Blicke täuschen und die naschhaften Hände von Kindern irre leiten — ein Griff nach solchem Schein und die Perlen sind weg, das Netz ist zerrissen und die Hände sind leer.

LXVI.

Aus Karl Ernst Jarckes Leben.

(Fortsetzung.)

II. In Bonn und Köln.

Der jugendliche Privatdozent begann seine Lehrtätigkeit mit einem schönen Erfolg. Am 19. Oktober 1822 hielt er seine Antrittsvorlesung „Über die im Mittelalter rechtlich erlaubte Selbsthilfe", die bei den zahlreich versammelten Studenten reichen Beifall fand.[1] Mackeldey sprach einige einleitende Worte und beglückwünschte am Schluß als erster seinen ehemaligen Schüler als Kollegen. Halb las Jarcke, halb sprach er auswendig.

Einleitend betonte er, daß die Wurzel dieser eigenartigen Rechtsbildung im germanischen Nationalcharakter zu suchen sei. Die erste Zeit bis zur Gründung des fränkischen Reiches kannte kein eigentliches Kriminalrecht, sondern das Fehderecht und besonders den Zweikampf. Im fränkischen Reich und auch später setzte die energische Bekämpfung dieser rechtlichen Selbsthilfe ein durch Ausbildung eines Staatsrechtes und Kriminalrechtes. Unter ungünstigen politischen Verhältnissen kam dann freilich das Faustrecht auf. Eine Schutzwehr und Einschränkung der Selbsthilfe bildete nur der Gottesfriede und Landfriede. Diese beiden preist er als eine große Segnung des Christentums und sagt, daß der Klerus das Licht durch die Nacht der Barbarei fortpflanzte und im ganzen Mittelalter der Menschheit unzählige Wohltaten bereitet habe. Im späteren Mittelalter verschwand die rechtliche Selbsthilfe allmählich infolge des veränderten Kriegswesens, der Ausbildung des Rechtes und der steigenden Kultur. Den stärksten Stoß empfing sie durch das Verbot des Konzils von Trient. Zweikämpfe wegen verletzter Ehre blieben noch vielfach. Ordentliche Gerichte traten an die Stelle der Selbst-

1) Sie liegt noch im Konzept und in Reinschrift vor.

hilfe. Nicht die Gewalt eines Gesetzgebers hat sie verdrängt, sondern allein die Zeit, die unwiderstehlich das Veraltete und dem veränderten Leben des Volkes Widersprechende ausstößt. Am Schluß erklärt er, daß er im Geiste Hugos und Savignys als Lehrer des Kriminalrechtes arbeiten wolle. „Das Thema führt mich auf eine Frage, die ich hier, beim Beginnen einer neuen Laufbahn, wenn auch nur andeutend, aber dennoch berühren muß, weil aus ihrer Beantwortung die Grundansicht des Kriminalrechts hervorgeht, die mir zur Überzeugung geworden ist. Es ist die Frage: Hat überhaupt die Geschichte des Kriminalrechts für das heutzutage geltende unmittelbar praktische Kriminalrecht einen Wert? Und wohl tut es not, diese Frage aufzuwerfen, denn fast in keinem anderen Teile der Rechtswissenschaft hat die jüngst vergangene unhistorische Zeit und die Spekulation, die keine Geschichte anerkennt, mehr alle geschichtliche Forschung unterdrückt und auf selbstgeschaffenen Prinzipien das Gebäude der Theorien zu gründen versucht, die dem wirklich bestehenden fremd sind und ihm widersprechen. Das Recht wird aber nicht erbaut durch Menschenhände, nicht geschaffen durch die Willkür eines Gesetzgebers oder eines gesetzgebenden Körpers, aber auch nicht erfunden und erdacht durch Philosophen, am wenigsten durch die, die über der Geschichte zu stehen wähnen und doch nicht einmal ihre Gegenwart begriffen haben, weil sie die geheimen unsichtbaren Fäden nicht erkannten, durch die die Gegenwart an die Vergangenheit gekettet ist. Und wie überhaupt alles Recht nur ein Teil und zugleich ein Produkt der Geschichte ist, so kann auch das Kriminalrecht unserer Zeit nicht verstanden werden, wenn nicht der innere notwendige Zusammenhang ergründet wird, in dem das Strafrecht mit dem Volksleben und der Sitte steht, die ihre Wurzeln in der Vorzeit haben. So ist denn also die Geschichte des Kriminalrechts nicht etwa bloß eine lehrreiche Beispielsammlung oder ein Spiegel, der unserer Zeit vorgehalten wird, damit sie die oft nur scheinbare Barbarei der Altvordern bemitleidend, sich ihrer eigenen Kultur überhebe, sondern in dem wir erkennen, wie es war, lernen wir, was da ist und wie es ist.



Wir lernen ferner, daß alle Gesetzgebung ein fruchtloses Streben ist, wenn sie nicht in dem Geiste wirkt, den die Zeit von ihr fordert und daß nur die Gesetze Dauer und wahres Leben gewinnen, die das durch Zeit und Umstände notwendig Gewordene zur rechten Zeit und Stunde aussprechen. Und endlich erhellt aus der Geschichte des Kriminalrechts, das in diesen wie in allen übrigen Teilen des Rechts, die Sitte des Volks und sein eigentümliches Leben und dessen Fortbildung, die unsichtbare, schaffende Gewalt ist, die das Recht erzeugt und fördert ohne Eingreifen der Menschen und ihrer Willkür. Mein Zweck aber war es besonders, diese Ansicht auch durch diese meine Vorlesung auszusprechen."

In diesen Schlußworten gab Jarcke den Hinweis auf seine schon geplante Richtung der späteren wissenschaftlichen Arbeit und zugleich einen Maßstab zur Beurteilung der Verdienste, die er sich selbst durch die Bearbeitung des Kriminalrechtes erwarb. Mit jugendlicher Begeisterung begann er sein Kolleg über Geschichte des Kriminalrechtes im Mittelalter. Für das erste Jahr erhielt er eine außerordentliche Remuneration von 150 Talern.

Er fand auch liebe Freunde und Gönner in Bonn. Das innige Verhältnis zu Mackeldey löste sich etwas und er verkehrte jetzt mehr mit dem protestantischen Theologen Augusti, der sich schon seit mehr als einem Jahrzent vom Rationalismus weg einer positiven Richtung zugewandt hatte.[1]) Dann trat er besonders dem Juristen Franz Walter, dem Schwiegersohn Windischmanns, näher. Es wurde für ihn von der größten Bedeutung, daß er durch diesen in den Kreis des edlen und geistvollen Philosophen und Mediziners Karl Josef Windischmann eingeführt wurde. Da wurde er mit dem Theologen Lücke so heimisch, daß beide bald als Titular-„Söhne" galten. Es bildete sich in der Folge sogar das Gerücht, daß sich Jarcke mit einer Tochter Windischmanns verlobt habe. Die Beziehungen zu diesem hervor-

1) Förstemann, 97, 169.



ragenden katholischen Gelehrten wurden in mehrfacher Hinsicht für Jarcke sehr bedeutungsvoll. Da mit dem anregenden und einflußreichen Professor viele berühmte Persönlichkeiten verkehrten, gewann der Privatdozent Beziehungen zu führenden Männern und wertvolle Bekanntschaften. Er lernte hier sicher auch hervorragende Katholiken kennen. Auch für seine geistige Entwicklung wurde der Verkehr mit Windischmann ausschlaggebend und entscheidend.[1])

Aber mit der Zeit wurde es ihm immer ungemütlicher an der Bonner Universität. Dazu trugen mehrere Umstände bei. Er klagte über den besonders an der Juristenfakultät herrschenden Liberalismus. Mit Mackeldey, Augusti, Walter und Windischmann bildete er eine geringe Minorität, die unter dem allgemeinen Haß viel zu leiden hatte.[2]) Zu derselben Zeit herrschte an der Universität große Aufregung und unter den Professoren gegenseitige Befeindung und Erbitterung wegen des Streites um Hermes. In der Vorrede seines Werkes „Versuch einer Darstellung des zensorischen Strafrechts der Römer" (1823) sprach er sich gegen Hermes aus. Er stand da zu Windischmann, dem größten Gegner des Hermes.[3]) Leider enthalten die Papiere gar nichts über seine damalige und seine spätere Stellung in den hermesianischen Wirren. Diese durch die Zeitverhältnisse geschaffene Verbitterung, Überanstrengung und eine ohnehin schon vorhandene Kränklichkeit zerrütteten schließlich seine Gesundheit ganz. Das machte ihn bei seinem heftigen, leicht erregbaren Temperament noch empfindlicher und unnahbarer. Er fühlte sich sehr niedergedrückt.

Im März 1824 reichte Jarcke ein Gesuch an das Ministerium für geistliche Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten ein mit der Bitte um Beförderung zum Extra-

1) Dyroff, Carl Jos. Windischmann (1775—1839) und sein Kreis. Köln, Bachem, 1916. Erste Vereinsschrift der Görresgesellschaft 1916. S. 60 und 101.

2) Förstemann, 97, 164.

3) Dyroff, a. a. O. 102.



ordinarius. Das Gesuch ging von da zum Regierungskommissär der Universität, dem Geheimen Regierungsrat Rehfues, der Jarcke sehr gewogen war. Von diesem wurde es am 10. April der Juristenfakultät zugestellt, die ihr Urteil abgeben mußte. Noch vor der Erledigung sah sich der Privatdozent gezwungen, seine Vorlesungen vor Schluß des Semesters einzustellen. In der Mitteilung an die Fakultät sagt er, daß die zerrüttete Gesundheit besonders aber heftige Brustschmerzen das laute, anhaltende Sprechen unmöglich machten. Er war überzeugt, daß er mit der weiteren Fortsetzung der Lehrtätigkeit sein Leben aufs Spiel setzen würde. Bereits im Herbst 1823 hatte Jarcke daran gedacht, in den praktischen Justizdienst überzutreten und er hatte sich darüber in unverbindlicher Aussprache dem Regierungsbevollmächtigten Rehfues gegenüber geäußert. Es kam aber nicht zur Ausführung. Jetzt nahm er den Plan wieder auf. Er beabsichtigte, um einen einjährigen Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit, zur Vollendung literarischer Arbeiten und zu eigener wissenschaftlicher Ausbildung zu bitten. Vor allem aber reifte in ihm der Entschluß, seine bloß theoretischen Kenntnisse als Lehrer des Kriminalrechtes und Kriminalprozesses durch Eintritt in den praktischen Justizdienst zu ergänzen. Er hatte dies während der zweijährigen Lehrtätigkeit als eine Notwendigkeit erkannt. Am 7. September 1824 reichte er ein ärzliches Zeugnis ein mit der Bitte um einen einjährigen Urlaub; zugleich erneuerte er das Ansuchen um Beförderung zum Ordinarius. Er wünschte die Ernennung, um nach der zeitweiligen Unterbrechung seine Rückkehr zum Lehramt nicht zu erschweren. Darum wies er am Schluß noch darauf hin, wie traurig seine Zukunft sein würde, wenn er nach zweijähriger Lehrtätigkeit ohne Anerkennung seiner Tauglichkeit und seiner Leistungen aus dem so lieb gewordenen Lehramt scheiden müßte. Die Juristenfakultät reichte ein sehr günstiges und empfehlendes Gutachten ein. Außerdem unterstützte sie seine Bitte um Urlaub und sprach den Wunsch nach baldiger

Rückkehr zu den Vorlesungen aus. Schon zu Beginn des Monats September war er verständigt worden, daß das Unterrichtsministerium geneigt sei, ihn zum Extraordinarius zu ernennen. Nach den Eingaben der Juristenfakultät vom 4. September und 18. November erfolgte die günstige Erledigung der Gesuche. Am 20. November 1824 erfolgte eine vertrauliche Mitteilung und am 20. Dezember wurde die Ernennung Jarckes zum außerordentlichen Professor öffentlich bekannt gegeben. Am 12. Januar legte er den Eid ab. Der Ernannte sprach gleich dem Unterrichtsminister Altenstein seinen Dank aus.[1]) Er beteuerte, daß er nach

---

1) Der Wortlaut der Briefe ist laut gütiger Mitteilung des Herrn Dr. Ewald Reinhard folgender:

Hochgeborener Freyherr!
Hochgebietender Herr Geheime Staats-Minister!
Gnädiger Herr!

Die Gnade Ew. Exzellenz durch welche ich zum Außerordentlichen Professor auf hiesiger Universität ernannt bin, macht es mir zur Pflicht, Ew. Exzellenz meinen ehrerbietigen Dank für diese ehrenvolle Auszeichnung unterthänigst abzustatten. — Ich fühle mich dazu doppelt verpflichtet, indem ich Ew. Exzellenz zugleich einen einjährigen Urlaub verdanke, der mir sowohl in Beziehung auf die Wiederherstellung meiner Gesundheit, als auch in Rücksicht meiner litterärischen Würksamkeit ein unschätzbares Geschenk ist.

Geruhen Ew. Exzellenz die Versicherung zu genehmigen, daß ich nach meinen besten Kräften streben werde, dem mir anvertrauten Lehramte, so wie der Wissenschaft Ehre zu machen, und daß ich vornähmlich suchen werde, durch Lehre und Schrift dieselbe Gesinnung der Anhänglichkeit an den Staat und der Treue an den König unsern Herrn, unter den Studierenden zu verbreiten, von der ich mich rühmen kann, daß sie mich beseelt. Denn nach meiner Ueberzeugung ist es vornähmlich in unserer Zeit die Pflicht des juristischen Lehrers, der die einflußreiche Wichtigkeit seines Amtes begriffen hat, sich diesen Zweck, vor allen andern zur Aufgabe zu erwählen, und mit allen seinen Kräften, dem Einfluße irriger und gefährlicher Zeitneigungen entgegen zu arbeiten.

Den mir gnädigst verwilligten Urlaub, werde ich zuvörderst zur Vollendung einer litterärischen Arbeit, dann aber dazu verwen-



seinen besten Kräften streben werde, im Lehramt und als Schriftsteller der Universität Ehre zu machen. Zugleich wolle er dieselbe Gesinnung der Anhänglichkeit an den preußischen Staat unter den Studenten befördern, die ihn selbst belebe und beseele. Er sehe es als Pflicht jedes juristischen Lehrers an, der die Wichtigkeit seines Amtes begriffen habe, daß er nach Kräften dem Einfluß irriger und gefährlicher Zeitmeinungen entgegenarbeite.

Windischmann hatte Hegel in Berlin gebeten, sich für die Beförderung des Privatdozenten zu verwenden; zugleich ermunterte er Jarcke, seine Schrift über das zensorische Strafrecht der Römer an Hegel zu senden.[1]) Auch anderen Per-

---

den, daß ich bey einem Königlichen Gerichtshofe im Fache des Kriminalverfahrens mich praktisch beschäftige. Im nächsten Wintersemester hoffe ich alsdann meine Vorlesungen wieder eröffnen zu können.

Indem ich mich und meine fernere Laufbahn der Gnade Ew. Exzellenz empfehle, verharre ich

Ew. Exzellenz
Ergebenster
Dr. C. E. Jarcke
außerord. Professor der Rechte auf der
königl. preuß. Rhein-Universität.

Bonn, d. 30. Dec. 1824.

1) Dyroff, a. a. O. 101. Die Konzepte zu den Dankschreiben an die verschiedenen Persönlichkeiten sind noch erhalten. Bei der Angabe Dyroffs muß es also auffallen, daß sich darunter kein Schreiben an Hegel findet. Herr Dr. Ewald Reinhard hatte übrigens die Güte, den nachstehenden Brief, welcher voraussichtlich an Hegel gerichtet sein dürfte, zur Verfügung zu stellen:

Hochwohlgeborener Herr!
Hochgeehrtester Herr Professor!

Die Veranlassung zu gegenwärtigem Schreiben, ist die beyliegende kleine Schrift, deren Vorrede einen Gegenstand berührt, von dem ich glaube daß er vielleicht Ew. Hochwohlgeboren Aufmerksamkeit würdig seyn könnte. — Ich wage es also, obgleich ich das Glück der persönlichen Bekanntschaft Ew. Hochwohlgeborn nicht genieße, dazu ermuntert von dem Herrn Prof. Windischmann, dessen Umgang und Freundschaft ich mich erfreue, Ew. Hochwohlgeborn dieselbe mit der Bitte zu überreichen, sie

sönlichkeiten, Beamten des Unterrichts- und Justizministeriums mußte er für gütige Vermittlung danken. Vor allem fühlte er sich Kamptz, dem späteren Justizminister, gegenüber zum Dank verpflichtet. Er hatte bei seinem ersten Aufenthalt in

---

gütig aufzunehmen, und namentlich die vorausgeschickte Abhandlung der Beachtung Ew. Hochwohlgeborn zu würdigen.

Schon vor längerer Zeit kam ich auf den Gedanken, daß die mir bisher bekannten s. g. philosophischen Begründungen des Kriminalrechts, schwerlich eine tiefer gehende Kritik aushalten möchten, und es erregten mir dieselben einen recht aufrichtigen Widerwillen, gegen alle Beschäftigung mit dieser Philosophie. — Je mehr ich mich aber auf historische Untersuchungen legte, und namentlich neben dem römischen Rechte auch das so sehr interessante germanische und kirchliche Strafrecht kennen lernte, desto mehr wurde ich überzeugt, daß allen positiven Strafrechtssystemen eine Idee zur gemeinschaftlichen Wurzel diene, die nur dem Menschen, je nachdem sein Standpunkt ist, verschieden erscheint. — Ich fand ferner daß diese Idee der Strafe das eigentlich Immanente und Ewige derselben, die Strafe also nicht etwas von Menschen Erfundenes, und für irgend einen Nützlichkeitszweck Erdachtes sey.

Zu meiner großen Freude sah ich späterhin, als ich vornämlich durch Herrn Prof. Windischmann zuerst Ew. Hochwohlgeborn philosophisches System kennen lernte, das, was ich geahnet und dunkel gefühlt hatte, in diesem klar und scharf ausgesprochen, und ich muß bekennen, daß jetzt erst meine historischen Bestrebungen eine Idee, und also nicht eigentlich einen Centralpunkt, um den sich alle historische Ausbeute anschließen kann, erhalten hat.

Diese Idee des Strafrechts auszusprechen, dann aber auch zu zeigen, wie sie zu verschiedenen Zeiten verschieden ins Leben getreten ist, das ist der Zweck, dem ich bey der Bearbeitung des Strafrechts in Schrift und Vorträgen nachstrebe, und ich hoffe, daß ich, indem ich diesen festhalte, der Wissenschaft nicht bloß in einzelnen Theilen, sondern in ihrem ganzen Fundamente dienstlich seyn kann.

Immer aber werde ich dankbar der Belohnung eingedenk seyn, die mir durch Ew. Hochwohlgeborn Naturrecht geworden ist, und aus welcher ich jene Ansicht und Tendenz, in der ich wirke, geschöpft habe.

Indem ich mich dem Wohlwollen Ew. Hochwohlgeborn empfehle, verharre ich Ew. Hochwohlgeborn

Ergebenster

Bonn, d. 5. Maerz 1824. Dr. Jarcke.



Berlin auf der Reise nach Bonn sich sehr abfällig über diesen Mann geäußert.[1]) Aber bereits wenige Jahre später hatte er sein Urteil völlig geändert. Er begrüßte den Eintritt dieses Mannes in das Justizministerium am 20. Juni 1824 als ein großes Glück; er hoffte, daß der Einfluß der Liberalen durch ihn bedeutend geschwächt werde.[2]) In den ersten Jännertagen des Jahres 1825 sandte Jarcke sein Dankschreiben an Kamptz. Darin sprach er die Hoffnung aus, am Ende des Jahres die Vorlesungen mit erneuten Kräften wieder aufnehmen zu können. Zugleich gab er dem hohen Gönner die Versicherung, daß er sich aus allen Kräften bestreben werde, den Einfluß, den das Amt als akademischer Lehrer gebe, dahin zu benutzen, gesunde und richtige Begriffe von Recht und Staat, von Treue und Anhänglichkeit und Gehorsam gegen den letzteren in die Gemüter der studierenden Jünglinge einzupflanzen. Er könne sich rühmen, die Verderblichkeit der irrigen Zeitmeinungen über das öffentliche Leben und die Natur und das Wesen des Staates tief und lebendig erkannt zu haben; nach seiner Überzeugung sei es vorzüglich heilige Pflicht und Beruf des juristischen Lehrers, sich die Ausrottung der revolutionären Sophismen zum höchsten Zweck aller seiner Bestrebungen zu setzen, die im Leben und in der Wissenschaft die traurigsten Erscheinungen hervorgebracht haben. Man sieht, wie tief und ernst Jarcke seinen Beruf auffaßte. Bereits früher hatte Jarcke bei Oswald, dem Präsidenten des Appelationsgerichtshofes in Köln, nachgesucht, ihm als akademischem Lehrer die Aufnahme in den Gerichtshof zum praktischen Studium des Kriminalrechtes zu gewähren. Der Präsident erklärte ihm aber, dieser Fall sei noch nie vorgekommen und er könne die Erlaubnis nicht geben sondern nur das Justizministerium. Darum richtete Jarcke sein Gesuch am 18. Jänner dorthin und bat, ihn während des gnädig bewilligten ein-

1) Förstemann, 96, 789.
2) Förstemann, 97, 166.



jährigen Urlaubes als praktischen Hilfsarbeiter ohne Remuneration beim Landesgericht und beim Appelationshof eintreten zu lassen. Er erklärte sich bereit, den Amtseid zur Wahrung des Geheimnisses abzulegen. Das Justizministerium gab am 25. Jänner die Weisung, er solle als Auskultant eintreten und dispensierte zugleich von der ersten Prüfung. Jarcke hatte seinen Plan auch Kamptz mitgeteilt.

In seinem Antwortschreiben vom 13. Jänner lobte der hohe Gönner den Eifer Jarckes. Das Kriminalrecht bedürfe unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als jeder andere Zweig der Rechtswissenschaft fester Grundsätze und Ansichten. Kamptz billigte den Plan der praktischen Ausbildung und schlug ihm zu diesem Zweck die Gerichtshöfe von Berlin vor. Allein darauf konnte Jarcke unmöglich eingehen. Zwar hätte er hoffen können, bei den ersten Richterkollegien der Residenz reiche Erfahrungen zu sammeln und sehr gewünscht, das preußische Verfahren in Kriminalsachen genau und gründlich kennen zu lernen. Allein seine pekuniären Mittel verboten einen solchen Versuch. Denn mit der Ernennung wurde über seinen künftigen Gehalt nichts entschieden und da er auch keine Unterstützung vom Staat erhielt, war er auf den kleinen Rest seines unbedeutenden Vermögens beschränkt. Zudem bot sich keine Aussicht, daß er während des Urlaubes in Köln etwas erwerben könnte. Diese Gründe legte er in einem Briefe an Kamptz auseinander und erklärte, er müsse zu diesem Zweck vorläufig Köln wählen. Sollten sich später seine Verhältnisse bessern, so würde er sehr gern nach Berlin gehen. In Köln könne er wenigstens das französische Verfahren kennen lernen, für das er allerdings keine besondere Vorliebe habe. Andererseits könne er wenigstens auf diese Weise durch eigene Ansicht sich vom Vorwurf freimachen, den man gewöhnlich denen mache, die von der Vortrefflichkeit des französischen Systems besonders des Geschworenengerichtes nicht überzeugt seien. Zum Schluß versprach er eifrige wissenschaftliche Arbeit im Kriminalfach. „Ich habe den redlichen Willen, im Kriminalrechte, dessen



Studium ich mir zur eigentlichen Lebensaufgabe gemacht habe, etwas recht Tüchtiges zu wirken und die Wissenschaft nach meinen besten Kräften zu fördern. Dazu gehört nach meiner Ansicht nicht bloß die praktische Auffassung des jetzt Geltenden, auch nicht bloß das historische Durchforschen der Vergangenheit, obwohl beide Wege durchaus und notwendig eingeschlagen werden müssen, sondern es gilt, im Kriminalrecht, wie überhaupt heutzutage in jeder wissenschaftlichen Bestrebung, die Grundsätze der Wahrheit gegen die Sophismen der Zeit zu verteidigen. Haben gleich falsche Theorien im Strafrechte eine weniger in die Augen fallende schädliche Tendenz als in der Lehre vom Staate, so knüpfen sich auch da nicht minder verderbliche Konsequenzen an den Irrtum. Diese Irrtümer im Kriminalrechte, denen die Mehrzahl der Zeitgenossen huldigt, und deren Alles paralysierende Wirkung die ganze Geschichte der neuesten Zeit unwidersprechlich manifestiert, sind zu bekämpfen und dazu hat jeder die Verpflichtung, der so glücklich gewesen ist, frühzeitig gewarnt, ihre Verderblichkeit einzusehen. Auf der anderen Seite habe ich es mir aber auch zur Regel gemacht, diesen Kampf nicht durch leidenschaftliche Polemik, sondern durch eine ruhige und klare Darstellung der Wahrheit zu führen." In den Schlußsätzen des Briefes kündigt sich auf diese Weise schon der spätere Publizist an.

So ging Jarcke Ende Jänner oder in den ersten Februartagen nach Köln. An dem durch seine literarische Tätigkeit und durch seinen edlen Charakter bekannten nachmaligen Kriminaldirektor Hitzig gewann er einen väterlichen Freund, mit dem er auch in späteren Jahren noch in Verbindung blieb. Außerdem verkehrte er viel mit dem Sohne Schillers, der als Assessor am Appellationshof angestellt war. In dieser Zeit gewann Hitzig den jungen Kriminalisten als Mitarbeiter für seine „Zeitschrift für die Kriminalrechtspflege in den Preußischen Staaten". Jarcke ließ darin einen Aufsatz „Über die Lehre vom unvollständigen Beweis in Bezug auf außerordentliche Strafen" drucken, der für



sein späteres Leben entscheidend werden sollte. Er hoffte, über diese damals sehr umstrittenen Gegenstände manche auch in praktischer Hinsicht nicht unwichtige Meinung aufstellen und begründen zu können. Besonders erforderten die in der königlich-preußischen Kriminalgerichtsordnung vorkommenden Strafen eine genaue Beachtung und gründliche Bearbeitung. Nach seiner Ansicht ließen sich dieselben gegen die in neuerer Zeit gemachten Vorwürfe vollkommen rechtfertigen. Außerdem glaubte er, genügend dartun zu können, daß auf dem Organismus des ganzen in der königlich-preußischen Kriminalordnung aufgestellten Beweissystems die Gefahr, daß ein unschuldig Angeklagter auf bloßen Verdacht verurteilt werde, dabei nicht stattfinde. Ebenso lasse sich beweisen, daß nach dem französischen Kriminalprozeßrecht die Strafen auf mangelhaften Beweis ebenfalls stattfinden, nur mit dem Unterschied, daß sie hier nicht gelinder als ordentliche Strafen sind. Obwohl er durch eine genaue Interpretation der einschlägigen Gesetzesstellen genügend begründen konnte, so blieb dennoch der Wunsch, seine Arbeit durch Erzählung praktischer in königlich-preußischen Gerichtshöfen entschiedener Rechtsfälle dieser Art eine größere Klarheit und Anschaulichkeit zu geben. Darum wandte er sich an den Justizminister mit der Bitte, ihm aus der Registratur des Kriminalteiles des königlich-preußischen Kammergerichtes in Berlin einige diesbezügliche Akten zur Verfügung stellen zu lassen.

Aber noch in einer anderen Beziehung wurde der Kölner Aufenthalt entscheidend für sein Leben. Denn hier kam bald eine bedeutsame Entwicklung seines Lebens zum Abschluß. In den letzten Jahren hatten ihn neben den wissenschaftlichen Problemen vor allem religiöse Fragen beschäftigt. Der seichte Rationalismus, in dem er in seinen Jugendjahren erzogen wurde, mag seiner religiös empfänglichen Seele und seinem Gemüt wenig zugesagt haben. Wie tief religiöse Eindrücke auf seine Seele wirkten, zeigte sich auf der Reise nach Bonn. Als er in Kassel in der katholischen Kirche ein Bild, das

Christus und die Ehebrecherin darstellte, betrachtete, wurde er ganz ergriffen; ja er kehrte noch einmal in die Kirche zurück. Bei seinem ersten Besuch in Köln als Student bewunderte er den herrlichen Dom; einen tiefen Eindruck machte auf ihn das Bild der Kreuzigung Petri von Rubens in der dortigen Peterskirche. Den protestantischen Gottesdienst besuchte er während seiner ersten und zweiten Bonnerzeit herzlich wenig, weil er einen so jämmerlichen Redner wie den Pastor nicht hören wollte. Dafür ging er umso lieber in die Jesuitenkirche und hörte die hl. Messe. Sicher übte der Umgang mit dem positiv gewordenen protestantischen Theologen Augusti auch einen heilsamen Einfluß auf ihn aus. Eine der frühesten religiösen Anregungen und zugleich eine Hochschätzung des Katholizismus gewann er aus der Lektüre von Schillers Maria Stuart. Mortimers Schilderung des katholischen Kultus haftete bis an sein Lebensende in seinem Gedächtnis und Schiller blieb sein Lieblingsdichter.[1]) Darum war es für ihn eine besondere Freude, mit dem Sohne Schillers in Köln Freundschaft schließen zu können. Aber noch andere Umstände förderten ihn auf dem Wege zur Kirche. Als klarer und konsequenter Denker mußte er die volle Wahrheit suchen und finden, wenn er einmal den religiösen Fragen größere Aufmerksamkeit schenkte. Außerdem besaß er eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Erkenntnis der Wahrheit, nämlich die Reinheit des Herzens und Wandels, wie er in einem Briefe an seine Mutter versichern konnte.[2]) Ferner mußte die konservative Grundrichtung seines Wesens und Denkens die Bedeutung der größten konservativen Macht, der katholischen Kirche, klar erkennen und sich zu ihr hingezogen fühlen. Sie verfocht ja mit göttlicher Autorität jene konservativen Grundsätze gegen die Revolution, deren Verteidigung er als seine Lebensaufgabe ansah, wie er es besonders in den Briefen an Kamptz aussprach. Nicht ro-

1) Rosenthal, a. a. O. 1, 437.

2) Förstemann, 96, 798.

mantische Schwärmerei, sondern klares, konsequentes Denken und juristisches Studium und Gerechtigkeitssinn bahnten ihm den Weg zur Kirche. Aber noch im Jahre 1821 dachte er absolut nicht daran, katholisch zu werden. Bedeutungsvoll wurde für ihn die Freundschaft mit Windischmann besonders für seine religiöse Entwicklung. Wie er noch in seinen letzten Lebenstagen erklärte, verdankte er vor allem diesem Manne die Erkenntnis der Wahrheit und den Weg zur Kirche. Der katholische Philosoph wirkte tief auf ihn und hatte die hauptsächlichste Entscheidung bei seinem Übertritt zur katholischen Kirche. Als Jarcke von Bonn schied, hatte er sich schon zur vollen Klarheit und Sicherheit durchgerungen. Gleich in den ersten Wochen zog er in Köln die Konsequenzen seiner tiefen Überzeugung. Denn bereits am 16. Februar 1825 legte er das katholische Glaubensbekenntnis ab.

(Fortsetzung folgt.)

LXVII.

Die Hamburger Fälschungen.

Der berühmte Hamburger Geschichtsforscher J. M. Lappenberg sammelte in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts in unermüdlicher Arbeit alle Hamburger Urkunden, die er irgendwo auftreiben konnte. Im Jahre 1842, genau 200 Jahre nach der ersten Veröffentlichung der Lebensbeschreibung des heiligen Anskar, erschien dann der erste Band seines Hamburgischen Urkundenbuches, worin die ältesten Diplome zur Kirchengeschichte des Nordens abgedruckt stehen. Er hatte sie in dem Landdrosteiarchive zu Stade gefunden, das in der Schwedenzeit das Archiv des früheren Erzstiftes Hamburg-Bremen fast ganz in seine schützende Hut genommen hatte. Später gelangten diese Archivalien zusammen mit anderen hierher gehörigen in das Preußische Staatsarchiv zu Hannover, von wo vielleicht auf dem Tauschwege diese kostbaren Schätze für Hamburg zurückgewonnen werden könnten.



Nicht lange dauerte es, da sprach sich die historische Kritik über den Wert dieser ältesten hochstiftlichen Urkunden aus und das Urteil lautete im allgemeinen auf Fälschung. K. Koppmann promovierte 1866 mit einer Dissertation in Göttingen über „die ältesten Urkunden des Erzbistums Hamburg-Bremen". Sein schon ungünstiges Urteil wurde in der Folge noch verschärft, sodaß man von Lappenberg angefangen bis heute eigentlich nur von einer fortgesetzten Ansehensminderung und Entwertung dieser Archivalien sprechen muß.

Es ist von Interesse zu lesen, welche Werte mehrere Forscher bei der Erörterung des Hamburger Problems gebraucht haben. Der wackere und gelehrte Dehio spricht von einem der „Trugbilder, welche Fälschung und Irrtum vorgeschoben haben". Ein anderer Forscher ist über die „plumpe Fälschung" entrüstet. Michael Tangl, der Berliner Historiker, der am schärfsten gegen die Hamburger Urkundenüberlieferung vorgegangen ist, äußert sich über eine Urkunde Karls des Großen für Halberstadt als „berüchtigte Fälschung", die zusammen mit einer Bremer Urkunde eine Gruppe bilde, an der „die Forschung seit vielen Jahren wie an einem richtigen Schulbeispiel die Lösung der Frage übt, in welchem Ausmaße auch die Fälschung noch Erkenntnisquelle bleibt".

Angesichts einer solchen Sachlage verstehe ich es, wenn jüngst geäußert worden ist: „Die Hamburger Urkunden retten? Das ist ganz unmöglich. Bei anderen Fälschungsgruppen mag man das mit einer kleinen Hoffnung auf einen Teilerfolg versuchen. Die Beweise für die Fälschung der nordischen Diplome jedoch sind zu fest und unerschütterlich, als daß ein Gelehrter sich dort etwas anderes als eine Niederlage holen könnte, wenn er einen Rettungsversuch unternähme." Der berühmte G. Waitz sprach einmal von „dilettantischem Treiben" gegenüber dem unglücklichen Versuch mit ungeeigneten Gründen „eine Urkunde als echt zu bezeichnen, die seit 100 Jahren fast niemand mehr in Schutz zu nehmen wagte".

Alles das setzt aber voraus, daß die für das Ver-

dammungsurteil der Diplome angeführten Gründe durchaus zwingender Natur sind, sonst gälten sie nicht „seit Längerem als Schulbeispiele von Fälschungen". Hiergegen anzugehen erforderte großen Mut, eine ungeheure Gelehrsamkeit, vor allem aber einen Scharfsinn, der sich fast zur Intuition steigern mußte. Und der Mann hat sich gefunden, der diese Eigenschaften besitzt und das Ergebnis seiner mühe- und entsagungsreichen Arbeiten liegt in einem Buche vor, das in den nächsten Wochen erscheinen wird und den Titel führt: „Untersuchungen zu Urkundenfälschungen des Mittelalters von Wilhelm M. Peitz. I. Teil: Die Hamburger Fälschungen."[1])

Der Verfasser erörtert darin die Diplome für Hamburg-Bremen bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts. Der besseren Übersicht halber teilt er das in Frage kommende Material in drei Gruppen ein: 1. Die mit der Begründung des Erzbistums Hamburg zusammenhängenden Urkunden; 2. die Urkunden, die die Ansprüche des Erzbischofes von Cöln auf Bremen betreffen; 3. die Pallien- und Bestätigungsurkunden. Für die erste Gruppe mag die folgende endgültig festgelegte Reihenfolge von Ereignissen als Anhaltspunkt dienen. Im Jahre 788 legt Karl der Große die Grenzen des Bremer Bistums fest. Papst Gregor IV. erläßt 832 die Gründungsurkunde für das Bistum Hamburg. Zwei Jahre später bestätigt Ludwig der Fromme diese schon von seinem Vater geplante Gründung und bestimmt die genaueren Grenzen. 839 geht die wertvolle Besitzung Thorout für Hamburg verloren und 840 ist die Zerstörung Hamburgs durch die nordischen Piraten zu beklagen. Der Erzbischof Anskar muß fliehen und findet Unterkunft in dem in der Diözese Verden gelegenen Ramelsloh. Dieser Besitz wird dem Erzstift von Ludwig dem Deutschen 842 verbrieft. 845 erneute Plünderung Hamburgs durch die Dänen. Unmittelbar darauf verzichtet der Bischof von Verden auf seine Jurisdiction über

1) Inzwischen erschienen im Ergänzungshefte zu den Stimmen der Zeit II. Reihe Forschungen 3. Heft, Freiburg, Herder 1919.
Der Herausgeber.



Ramelsloh. Als nun der Bischof Leuderich von Bremen gestorben war, wird 847 Bremen an Anskar übertragen und 858 wird er in Bremen durch königliche Bevollmächtigte eingeführt. Erzbischof Günther von Köln erteilt 862 seine Zustimmung zur Entlassung Bremens aus dem Kölner Metropolitanverband. Bischof Salomon von Konstanz reist als kaiserlicher Gesandter nach Rom und erwirkt am 31. Mai 864 die Vereinigungs- und Bestätigungsbulle für Hamburg-Bremen und Tags darauf eine zweite Bulle zur Bestätigung der geistlichen Oberhoheit Hamburgs für das in dem Verdener Sprengel gelegene Ramelsloh. Endlich ergeht 881 ein königliches Diplom, das die früheren Abmachungen bestätigt.

Das ist die schrittweise Entwicklung des Erzbistums Hamburg-Bremen, die eine Flut von Büchern, Schriften und Aufsätzen in den letzten 80—90 Jahren hervorgerufen hat.

Wenn auch Erzbischof Günther von Köln auf sein Suffraganbistum Bremen verzichtet hatte, so gedachten seine Nachfolger nicht, diesen Verzicht auch ihrerseits anzuerkennen. Es brach ein langwieriger Streit aus, den Peitz im zweiten Teile seiner Arbeit behandelt, als Erzbischof Hermann von Köln am 31. Oktober 890 in einem Schreiben an den Papst Stephan V. Bremen als Suffraganat von Köln erklärte. Die Verhandlungen gehen hin und her, bis Papst Formosus 893 anordnet, daß Hamburg Bremen behalten dürfe, bis es eigene Suffraganbistümer habe. Im Mai 895 werden auf einer Synode und Reichsversammlung zu Tribur die Ansprüche Hamburgs auf Bremen für ungültig erklärt, was Papst Formosus auch kurz darauf bestätigt. Zwischen 905 und 908 entscheidet Papst Luzius III. auf Vorstellungen des Erzbischofes Adalgar von Hamburg, daß die Triburer Beschlüsse eine Rechtsverletzung darstellen, die Hauptanstifter derselben, die Erzbischöfe von Köln und Mainz, werden bestraft und die erzbischöfliche Gewalt Hamburgs wird im Norden wieder hergestellt.

Dieser mit großer Erbitterung geführte Prozeß endigte so mit einem vollen Siege von Hamburg-Bremen.



Die Pallien- und Bestätigungsurkunden des dritten Teiles sind friedlicher Natur, geben aber ein großartiges Zeugnis für den Scharfsinn des Verfassers, wie wir sehen werden.

* * *

Die Gelehrten sind sich nicht einig darüber, wann die Fälschungen des Hochstiftes entstanden seien. Diese Frage ist aber für uns mehr untergeordneter Natur. Es muß uns aber interessieren zu hören, wie Peitz im Laufe seiner Untersuchungen auf Grund seiner Ergebnisse die angeblichen Hamburger Fälscher kennzeichnet. Das ist in der feinen Ironie oder in dem zurückhaltenden Sarkasmus, der Peitz gelegentlich aus der Feder fließt, durchaus unterhaltend zu lesen.

Da heißt es an einer Stelle: „Der Fälscher müßte die päpstliche Kanzlei und deren Bräuche auf das allergenaueste gekannt haben; er müßte gegen alle Wahrscheinlichkeit geglaubt haben, durch ein recht auffälliges und ungewöhnliches Diktat statt des allgemein bekannten Formulars seinem Machwerk leichter Eingang zu verschaffen". Etwas weiter lesen wir: „Und in Rom sollen die Fälschungen 1123 als echte Urkunden anerkannt und beglaubigt worden sein! Aber dann mußte notwendig die päpstliche Kanzlei mit den Fälschern unter einer Decke stecken . . . War aber die päpstliche Kanzlei mitschuldig bei der Fälschung und ihrem Hamburg günstigen Ergebnis, wozu dann überhaupt die Fälschung? Dann konnte man den beabsichtigten Zweck weit einfacher erreichen. In Hamburg hätte man überdies von einer solchen Stimmung in Rom bereits Kunde haben, der geradezu unglaublichen Nachricht schon gewiß sein müssen, bevor man das ganze Fälschungswerk in Angriff nahm. Sonst konnte man einen derartigen, unter jenen Umständen geradezu wahnwitzigen Anachronismus überhaupt nicht ersinnen." Für die Vertreter der Fälschungstheorie dürfte die Beantwortung der folgenden Frage schwer sein: „Ob nicht gerade ein Fälscher hätte Bedenken tragen müssen, sich dermassen eng an die echte Urkunde zu halten? Oder besaß man in Hamburg zu Beginn des 11. Jahrhunderts so vor-



züglich geschulte Papstdiplomatiker?“ Und nach einigen weiteren Sätzen schreibt Peitz: „Also haben wir richtig einen ganz gewiegten Papstdiplomatiker im Hamburg des 11. Jahrhunderts, der sogar die Formulare des Liber Diurnus nach dem Gedächtnis handhaben kann!“

Im Anschluß an die Erörterung der Rasuren auf den Hamburger Pergamenten schreibt Peitz mit aller wünschenswerten Bestimmtheit das Folgende: „Hat also der Schreiber die Urkunden aus Eigenem aufgesetzt? Denn wenn der Auftraggeber die Diktate lieferte, mußte er sich doch wohl auch zuerst klar sein, wem er die einzelnen Fälschungen zuweisen wollte. Wie kam aber dieser später dazu, das Ganze wieder umzustoßen? Und wenn der Schreiber die Urkunden selbst zu verfassen in der Lage war, wie konnte er dann andererseits so ungeschickt sein, und zuerst Dinge in beabsichtigte und sorgfältig aus allen möglichen Quellen mit offenbar gutem Verständnis zusammengearbeitete Fälschungen hineinsetzen, die sich nachher als unbrauchbar herausstellten? . . . Sonderbares Vorgehen fürwahr bei einem Fälscher. Ein Elementarschüler, der mit einer gefälschten Unterschrift befürchteter Strafe sich zu entziehen versucht, könnte es wahrhaftig kaum plumper und törichter anstellen . . . Unglaubliche Torheit ferner und unbegreifliches Glück zugleich bei jenen Leuten. Sie besitzen echte Vorlagen, Palliumverleihungen und Besitzbestätigungen in Brief und in Siegel. Noch Magister Adam (von Bremen) kann sich auf sie stützen. Was sie angeblich brauchten und wollten, wäre nur eine geringfügige Interpellation. Denn das Wenige an besonderen Rechten, was sie für Hamburg durch ihre Fälschung erschleichen wollten, wäre mit ein paar eingeschobenen Worten oder Sätzen in echten Urkunden mit Leichtigkeit zum Ausdruck gebracht. Statt dessen fertigen sie mit Hilfe von Schere und Leimtopf eine ganze Reihe von neuen Urkunden, werfen die alten beiseite und vertrauen auf ihr Machwerk mehr als auf alle echten Bullen. Texte und Siegel, die kaum 50 Jahre zurückliegen, fälschen sie, um sie der päpstlichen Kanzlei vorzulegen — und haben durchschlagenden Erfolg damit. Man glaubt ihnen aufs Wort und besiegelt

die ganze Fälschung, so grundlos und plump sie auch ist, mit einer neuen hochoffiziellen Bestätigung. Das heißt doch der päpstlichen Kanzlei mit ihren Registern und Verwaltungsbüchern, mit ihren Archiven, ihrer Überlieferung und ihrem gutgeschulten Personal etwas mehr zutrauen als angeht. Und wie zweckwidrig zugleich! Die Leute wollen allerhand Rechte für ihre Kirche herausschlagen und setzen Bullen auf, von denen die späteren sehr viel weniger enthalten als die früheren! Zum Fälschen gehört doch etwas mehr als bloße Dreistigkeit. Auch hier traut man dem Hamburger zu, daß er auch den gewöhnlichsten Hausmannsverstand vergraben habe, bevor er sich ans Handwerk legte. Und trotzdem gelang das Stückchen. An die Fälschung glaubten schließlich sogar der Papst und die päpstliche Kanzlei und gaben ihre Unterschrift. Aber hier überstieg — man verzeihe — die Frechheit der Fälschung doch so ziemlich jedes Maß des Möglichen. . . . Kurz die Sache ist so töricht angelegt, als nur denkbar ist. Und in der päpstlichen Kanzlei, wo sonst jedes Vorrecht sorgfältigst geprüft wird, wo man durch die fortwährende Vorlage alter Urkunden aus aller Herren Länder in der Beurteilung der Kanzleierzeugnisse vergangener Zeiten wohl geübt ist, nimmt man diese ganze Riesenfälschung, auf der die Tinte kaum trocken geworden ist, gutgläubig hin und besiegelt sie fast unbesehen als echt." Und etwas weiter unten finden wir die Bemerkung: „Das Privileg, das hier etwa ersetzt werden sollte, konnte nach Lage der Dinge im 9. Jahrhundert für Hamburg kaum einen andern Wortlaut haben als eben den, der sich in der Fälschung findet. Sie war also völlig zwecklos. Außerdem aber war sie ganz ungemein töricht. . . ."

Ich übergehe eine Reihe von kleineren Bemerkungen, um mit zwei letzten Zitaten diese hochinteressante Kennzeichnung der angeblichen Fälscher abzuschließen: „Hätte ein Fälscher die Bulle Nikolaus' I. (vom 31. Mai 864) für Hamburg auf dem Gewissen: er müßte mit überraschender Feinheit den Ton der Zeit getroffen haben. Er hätte überdies statt einer echten Urkunde eine gleichlautende Fälschung an deren Stelle gesetzt. Wenn aber ein angeblicher Fälscher sich darauf beschränkte, eine echte

Urkunde, die alle zwingenden Merkmale der Echtheit an sich trägt, unverändert abzuschreiben; worin liegt dann der Charakter der Fälschung?"

Genau den gleichen Gedanken muß Peitz bei einem Diplom von 911 geltend machen. Wenn es Fälschung ist, „so hat", bemerkt der Verfasser, „der Hamburger Fälscher des 12. Jahrhunderts eine ganz staunenswerte Kenntnis der Gebräuche der päpstlichen Kanzlei besessen, obwohl er die Urkunde nicht etwa bald nach ihrem Datum, sondern etwa zwei Jahrhunderte später verfaßt haben soll, zu einer Zeit, da die Papstkanzlei ihre alten Vorlagen bereits seit mehr als hundert Jahren auf das stärkste und in der mannigfachsten Weise umgearbeitet hatte."

* * *

Angesichts einer solchen Abrechnung mit den Vertretern der Fälschungstheorie — denn im Grunde genommen richten sich alle diese Erörterungen und Einwendungen gegen sie — erhebt sich die Frage, wie es möglich war, daß so viele kluge und gelehrte Menschen übereinstimmend eine Sache verurteilen konnten, die von Peitz als höchst wertvolles und echtes Erbgut der nordischen Metropole in Anspruch genommen wird?

Ganz im Rohen gesprochen mag man die Sache folgendermaßen deuten:

Die Forscher fanden datierte und zum Teil besiegelte Urkunden vor, deren ganze äußere Form durch Rasuren und Ähnliches Verdacht erweckte. In fast allen Fällen erwies sich der Inhalt der Urkunden als in schreiendem Gegensatz zu der Zeit stehend, die im Datum zum Ausdruck kam. Mithin, so lautete der Schluß, werden die schweren Verdachtsmomente, die sich aus der äußeren Form herleiten, durch die Unmöglichkeit des Inhaltes gesteigert und berechtigen zu der allgemeinen Verurteilung der Diplome als Fälschungen.

Im Rahmen unserer bisherigen kritischen Methode gegenüber den älteren Papsturkunden war das ein durchaus normaler Vorgang, sonst hätten sich nicht alle Stimmen auf das Urteil geeinigt. Es muß allerdings betont werden, daß



diejenigen Gelehrten, die sich der Mühe unterzogen, den Inhalt als solchen genauer zu untersuchen, unabhängig von dem angeblichen zeitgeschichtlichen Zusammenhang, der durch das Datum gegeben war, zur Erkenntnis kamen, daß manche der Urkunden recht gut im Ganzen oder zu einem Teile aus der päpstlichen Kanzlei stammen könnten, allerdings aus einer anderen Periode als der des Datums. Wer sich dagegen fast ausschließlich an die äußere, höchst bedenkliche Ausstattung der Urkunden hielt, kam — im Allgemeinen gesprochen — auch zu dem schärfsten Verdammungsurteil.

Welches ist denn nun die mehr oder minder übliche Auffassung der gelehrten Welt über die mittelalterlichen Fälschungen an sich? An der Hand derselben werden wir leicht verstehen, daß es den hochstiftlichen Urkunden so ergehen mußte, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist.

In der mittelalterlichen Kirchengeschichte sowohl wie in der Profangeschichte gibt es eine ganze Reihe von Fälschungen, die berühmt geworden sind. Die einen umfassen nur eine oder einige Urkunden, während die anderen sich auf umfangreiche Gruppen von solchen erstrecken. Der Eindruck, den man erhalten muß, wenn man immer wieder auf Fälschungen stößt, von denen gar manche sich auf bedeutsame und wichtige Dinge beziehen, ist der, daß in jenen entlegenen Jahrhunderten die Fälschung, Verfälschung oder Verunechtung von Urkunden und Überlieferungen nicht als eine sittlich anstößige Tat empfunden worden sei. Wäre dem nicht so, so wäre es ausgeschlossen, daß man auf so ungeheuer viele kleine, kleinere, große und größte Fälschungen wirklich stößt. Ein großer Gelehrter sagte mir jüngst: „Ich glaube nicht, daß es in damaliger Zeit irgend ein Kloster gegeben hat, in dem man nicht wenigstens einmal eine Fälschung begangen hätte."

Man pflegt diese Fälschungen in solche einzuteilen, die man gewissermaßen nur für den Privatgebrauch oder ohne einen bestimmten Zweck im Auge zu haben machte, und in solche, die in den öffentlichen oder privaten Rechtsbeziehungen von Personen oder Körperschaften eine Rolle zu spielen be-

rufen waren. Es gab Fälschungen, die man beging, um drohende Schäden abzuwehren, es gab solche, die man zur Erlangung von Vorteilen, Ehren und anderen erstrebenswerten Gütern benutzte. Der eine Fälscher ging in harmlos dummer Weise vor, weil ihm Verständnis und Befähigung zu feinerer Arbeit auf diesem Gebiete mangelte, andere Fälscher zeigten annehmbare Geschicklichkeit und ganz wenige erwiesen sich als Meister in der Nachahmung von fremden Urkunden.

Man fälschte Siegel; man fälschte den Inhalt; man fälschte Daten; man fälschte ganze Urkunden; alles wurde je nach Bedarf in den Kreis der Bearbeitung gezogen, wenn man sich auch gar oft ganz vergeblich fragt, welchen Zwecken eine solche Fälschung irgendwie gedient haben könnte.

Bei alledem muß man im Auge behalten, daß bei einer Reihe von berühmten Fälschungen der Umfang der einzelnen derselben unter den Gelehrten umstritten ist, indem die einen noch diese oder jene Urkunde als echt ansehen möchten, über die andere Forscher das Verdammungsurteil aussprechen.

Man sagt nicht zu viel, wenn man die ziemlich umfangreiche Urkundengruppe des Hamburger Erzstiftes mit zu den „berüchtigtsten Fälschungen" des Mittelalters rechnet.

Wie kam nun Wilhelm Peitz dazu, dieses Problem mit ganz anderen Augen anzusehen als alle seine Vorgänger? Ich will versuchen, in gemeinverständlicher Weise den Weg zu zeigen, auf dem der Verfasser zu seinen wahrhaft epochemachenden und in höchstem Grade überraschenden Ergebnissen gekommen ist. Wird ein solches Schulbeispiel, wie es die Hamburger Urkundengruppe bis heute bildete, von der Macht der Beweise gefällt, so ist das wegen der notwendigen Ausstrahlung auf andere angebliche Fälschernester von höchster Wichtigkeit. Es handelt sich also um das erste Glied einer Kette, deren Länge noch gar nicht ermessen werden kann.

Der erste Ausgangspunkt zur eingehenden Untersuchung des alten Hamburger erzbischöflichen Archivs war für den Verfasser seine Beschäftigung mit dem Liber Diurnus. Dieser ist bekanntlich ein Briefsteller, eine bis ins graue kirchliche



Altertum hinaufragende Sammlung von Musterbeispielen für die Abfassung päpstlicher Urkunden, die in der päpstlichen Kanzlei andauernd gebraucht und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend stets umgearbeitet wurde. Sie wurde, wie wir sagen, immer auf dem Laufenden erhalten. Die Geschichte und die Bedeutung dieses amtlichen Kanzleihilfsbuches hat auch den aus Hamburg stammenden berühmten Gelehrten Lucas Holste in höchstem Grade interessiert, als er erst des Kardinals Francesco Barberini und dann des Heiligen Stuhles Bibliothekar war.

„In den Geschäftsbereich der mittelalterlichen Papstkanzlei gehörte eine Menge hochwichtiger geistiger und weltlicher Angelegenheiten — Wahl und Weihe der kirchlichen Würdenträger, Ernennungen für die verschiedenen Verwaltungsposten auf dem ausgedehnten Grundbesitz des Apostolischen Stuhles in Italien, Sizilien, Ägypten, Gallien, Deutschland. Ihr oblag die Regelung der Rechtsstellung der verschiedenen Klöster und sonstigen geistlichen Anstalten zu den Vertretern der kirchlichen Hierarchie, in deren unmittelbarem Bereiche sie standen, die Übertragung von kirchlichen Vollmachten und Auszeichnungen usw. All das erheischte eine Menge von Urkunden und schriftlichen Ausfertigungen. Die Grundlage zur Benutzung von Vorlagen war damit gegeben, fast eine Notwendigkeit.“

Der berühmte Kirchenrechtsforscher des 11. Jahrhunderts und Zeitgenosse Gregors VII. (1073—1085) der Kardinal Deusdedit, gibt uns Kunde von einem in der päpstlichen Kanzlei gebrauchten Vorlagenbuch. Indem er mehreres daraus in seine Werke aufnahm, bemerkte er beiläufig, daß man es Liber Diurnus, das heißt täglich gebrauchtes Handbuch, nenne. Diesen Namen hat das Werkchen dann für alle Zeiten beibehalten.

Als es seinem Inhalte nach allmählich veraltete, namentlich nachdem um das dreizehnte Jahrhundert herum eine neue Technik in der Urkundensprache der päpstlichen Kanzlei eingeführt worden war, geriet es auch in Vergessenheit. Erst im 17. Jahrhundert tauchte es im Kolleg Louis-le-



Grand der Jesuiten in Paris in einer alten Handschrift wieder auf. Der vorhin genannte, aus Hamburg gebürtige Bibliothekar des Kardinals Francesco Barbarini, Lucas Holste, hörte davon, lieh sich die Handschrift aus und druckte sie, weil er ihre ungeheure Wichtigkeit für die Erforschung der ältesten päpstlichen Kanzleigeschichte erkannte. Der Druck ist nie veröffentlicht worden und nur einige Exemplare haben sich bis zu uns herüber gerettet.

Bald darauf, im Jahre 1681, erschien jedoch eine Druckausgabe des Jesuiten Garnier in Paris, in der der Herausgeber aus zeitgeschichtlichen Anspielungen in den Formularen des Liber Diurnus folgerte, daß derselbe frühestens 681 abgefaßt worden sein könnte. Anderseits legten andere Notizen nahe, anzunehmen, daß das Vorlagenbuch nicht nach dem Jahre 732 entstanden war. Damit erschien die Abfassung des Kanzleibuches für die Zeit von 682 bis 732 genau bestimmt.

Neben dem Pariser Exemplar des Liber Diurnus, das in der Revolutionszeit völlig verloren ging, besitzen wir ein zweites, das nach allerlei Schicksalen im Vatikanischen Geheimarchiv einen endgültigen sicheren Unterschlupf gefunden hat. Eugène de Rozière gab 1869 einen kritisch brauchbaren Text dieser Handschrift heraus, blieb aber seinerseits auch bei der Ansicht stehen, daß das Werk ein einheitliches sei, dem 8. Jahrhundert entstamme und hauptsächlich auf bekannten Briefen Gregors des Großen fuße.

Theodor von Sickel, der geniale Wiener Urkundenforscher, schuf völlig neue Grundlagen. In einer meisterhaften kritischen Ausgabe der Vatikanischen Handschrift wurde diese zum ersten Male peinlich genau im Drucke wiedergegeben. In den Erläuterungen hierzu stellte Sickel fest, daß um 625 eine erste Sammlung von Formularen entstand, der um etwa 700 weitere 17 zuwuchsen und nach 795 kam die dritte Vermehrung um viele Formulare. Statt der früher behaupteten Einheitlichkeit erwies Sickel drei



Schichten und die Wissenschaft von heute rechnete damit wie mit einem der sichersten Forschungsergebnisse.

Peitz wurde durch die Formulare für Briefe, wie sie nach jeder Papstwahl hinausgesandt wurden, veranlaßt, sich mit dem Sickel'schen Ergebnis zu befassen. Er gelangte dabei zu höchst überraschenden Schlußfolgerungen. Mit voller Sicherheit stellte er fest, „daß zunächst der erste Teil des Werkes, wie ihn Sickel abgegrenzt hatte (625), bereits längst vor Gregors des Großen Zeit in der päpstlichen Kanzlei bekannt war und als ständig verwertetes Handbuch in altvertrautem Gebrauche stand". Sickels erste Zeitbestimmung des Jahres 625 war damit also gefallen. Aber auch für die zweite Gruppe von Formularen ergab die genauere Untersuchung, daß sie vorgregorianischen Ursprunges sei. Damit war also das ganze Gebäude der ungemein scharfsinnigen und gelehrten Untersuchungen in seinen Grundfesten völlig erschüttert und der Vatikanische Kodex des Kanzleibuches stellt somit eine noch viel wertvollere Quelle dar, als Sickel es uns schon gelehrt hatte. „Die Untersuchung ergab", so berichtet Peitz, „daß eine Anzahl seiner Formulare sogar in die vorkonstantinianische Zeit zurückreicht, daß bereits vor der Mitte des 3. Jahrhunderts — also etwa um 220—240 — eine Papstkanzlei bestanden hat, die mit dem ursprünglichen, im Laufe der Jahrhunderte teilweise umgestalteten Kanzleibuch arbeitete."

Aber noch mehr. „Bei diesen Untersuchungen", heißt es weiter, „wurde eine Gruppe von Formularen zu besonderer Wichtigkeit. Sie gestattete die Anfänge der Papstkanzlei selbst bis in die Mitte des 2. Jahrhunderts zurückzuverlegen und führte weiter zur Aufhellung einer der Kernfragen der altchristlichen Theologie, der Geschichte des Apostolischen Glaubensbekenntnisses."

Man wird gerne zugeben, daß das Einreißen des Gebäudes eines so berühmten Mannes, wie Theodor von Sickel es war und ist, nicht zu bedauern ist, wenn dafür ein Bau erstellt wird, der jenes um so vieles überragt. Die Peitz'schen



Ergebnisse seiner Liber Diurnus-Forschung sind von einer Wichtigkeit und Bedeutsamkeit, die man vielleicht zur Zeit noch gar nicht einmal voll übersehen kann. Die Beweise für seine grundstürzenden Feststellungen sind andererseits von einer Tragfähigkeit, der gegenüber alle etwa zu machenden Einwendungen und Kritiken werden verstummen müssen.

Von diesem uralten Zeugnisse päpstlicher Kanzleitätigkeit ausgehend, wandte sich Peitz der urkundlichen Überlieferung des nordischen Hochstiftes zu.

Unter den Hamburger Diplomen gibt es eine größere Zahl von solchen, wodurch den Hamburger Erzbischöfen das Recht verliehen wird, das auszeichnende Gewandstück der Erzbischöfe, das sogenannte Pallium, an bestimmten Tagen beim feierlichen Gottesdienste innerhalb ihres Sprengels zu tragen. Peitz hatte aus den Musterbeispielen für die Übertragung des Palliums, wie wir sie im Liber Diurnus finden, und den zweifellos echten Pallienurkunden für andere Erzbischöfe ganz genau bestimmen können, welche Wandlungen der Wortlaut dieser Diplome im Laufe der Zeit durchgemacht hatte. Dadurch wurde es möglich, Texte, deren Zeitbestimmung zweifelhaft war, die aber inhaltlich sich mit einer der festgestellten Textüberlieferungen deckten, einem engbegrenzten Zeitraum als Entstehungszeit zuzuweisen.

Indem Peitz sich nicht durch die vielfach ganz unmöglichen Daten der erzstiftlichen Urkunden blenden und auf eine falsche kritische Bahn treiben ließ, sondern sich an den Urkundeninhalt hielt, vermochte er den Zugang zum Geheimnis der Hamburger Überlieferung zu enthüllen. Hierbei zeigte sich dann, „daß die angeblich sicheren Hamburger Fälschungen in den Pallienurkunden bezüglich feinster Einzelheiten des Diktats, der Rechtsbestimmungen, des Formulargebrauches jeweils auf einen ganz bestimmten Zeitpunkt der päpstlichen Kanzleigeschichte eingestellt waren, daß sie in Diktat und rechtlichem Gehalt so sehr den Eigentümlichkeiten des päpstlichen Kanzleigebrauches während einer engumgrenzten Zeitspanne und jedes Mal zum Unterschiede von allen anderen

Pallienurkunden der Hamburger Kirche sich näherten, daß eine derartige Fälschung im Mittelalter weder erklärbar noch überhaupt möglich war. Diese Urkunden mußten echt sein und konnten keine Fälschungen darstellen. Und doch fanden sich bei ihnen alle jene Merkmale, die das Verdikt ‚Fälschung‘ bei der ganzen Hamburger Urkundengruppe begründet hatten.“

Es galt also eine Erklärung für jene Dinge zu suchen, die bisher für den Erweis der Fälschung ins Feld geführt worden waren. Diese Erklärung mußte wissenschaftlich so verankert werden, daß ihre Annahme zwingend wurde. Gelang das und wurden die Pallienurkunden als echt erwiesen, dann ergab sich die Möglichkeit, daß auch die übrigen Urkunden, die aus den gleichen Gründen und im Zusammenhang mit den Pallienurkunden als Fälschungen verworfen worden waren, gleichwohl echt waren. Damit war dann das Problem der gesamten Hamburger Urkundenüberlieferung aufgerollt.

Eine Unterlage von erheblicher Tragfähigkeit für dieses kühne Vorgehen war geschaffen worden, als Peitz tatsächlich den Nachweis erbracht hatte, daß die berühmte Lebensbeschreibung des ersten Hamburger Erzbischofes, des heiligen Anskar, in ihrer wahren und ursprünglichen Gestalt zwar schon längst gedruckt vorlag, aber von der Wissenschaft zu Gunsten einer stark erweiterten nnd überarbeiteten gänzlich bei Seite geschoben worden war. Im XXII. Band der Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte veröffentlichte Peitz einen Aufsatz darüber unter dem Titel: „Rimberts Vita Anskarii in ihrer ursprünglichen Gestalt“ (Seite 135 bis 167). Diese von Philipp Caesar im Jahre 1642 veröffentlichte Lebensbeschreibung des Apostels des Nordens steht nun in dem denkbar besten Zusammenhang mit dem Inhalte der Urkunden, während der überarbeitete Text an sehr vielen Stellen gegen die Urkunden zeugte. Der so gewichtige, aus der Vita Anskarii hergeleitete Fälschungsnachweis für die Urkunden war also nach Klarstellung dieser Sache haltlos in sich zusammengebrochen.



Nach Leistung dieser Vorarbeiten, die schon sehr beträchtliches Aufsehen und auch einiges Unbehagen in den Kreisen der Vertreter des Fälschungsgedankens hervorgerufen hatten, war das Feld für die Untersuchung der „berüchtigten Hamburger Fälschungen" frei.

(Schluß folgt.)

LXVIII.

Rom und Frankreich.

In der düsteren Zeit, die wir durchmachen, richtet sich der Blick aller Katholiken und vieler anderer nach Rom und man ruft den Papst an, „daß er den harten Sinn der Feinde mildern möge". Nachdem berichtet worden ist, daß eine Anzahl unserer Kirchenfürsten eine Bitte in diesem Sinn an den Papst gerichtet haben, erübrigt nur, mit Vertrauen und Geduld die Entschließung zu erwarten, welche die Weisheit und die die ganze Menschheit umfassende Güte des Vaters der Christenheit finden wird. Wir — namentlich die Laien — können nur mit der Kirche bitten: „Omnipotens, sempiterne Deus, miserere famulo tuo Pontifici nostro et dirige eum secundum clementiam tuam in viam salutis aeternae, ut te donante tibi placita cupiat, et tota virtute perficiat." Damit hätten wir alles getan, was wir, die Laien, bezüglich der Haltung und Sprache des Papstes in dieser Weltlage tun können.

Rom befindet sich äußerst schwer zu behandelnden Verhältnissen gegenüber, denn in allen Ländern warten die Feinde der Kirche darauf, dieselbe als Gegnerin der nationalen Wünsche darzustellen. Inmitten des Krieges hat der Papst oftmals seine Stimme erhoben, um der Versöhnung einen Pfad zu bahnen, aber stets war es umsonst. Sowohl in Frankreich als in Italien hatten die treuen Söhne der Kirche eine dornenvolle Aufgabe zu lösen, als es für sie notwendig



wurde, Rom gegen den törichten aber boshaften Vorwurf zu verteidigen, daß Rom ohne Wohlwollen für Frankreich und Italien sei. Friedfertige Worte des Papstes wurden so ausgelegt, als nehme der Papst Partei für Deutschland. Ähnlich erging es dem Kardinalstaatssekretär Gasparri, als er in Briefen an den Erzbischof von Lyon und andere Bischöfe bestrebt war, die Gedanken auf den Frieden und die Versöhnung unter den Völkern zu lenken. In der französischen Presse erhob sich dagegen ein heftiger Sturm, der, ob er gleich künstlich angefacht war, doch weite Kreise zog, und die katholische Presse nötigte, die Schritte Roms in einer Weise zu erklären, die von Sinn und Zweck derselben nicht viel übrig ließ. Man braucht nur den in Avignon erscheinenden „Courrier du Midi" aus jenen Tagen zu lesen, um erstaunliche Proben der Dialektik zu haben. Gerade für die kleine Provinzpresse war die Aufgabe, das hohe Ziel, das Rom im Auge hatte, nicht verdunkeln zu lassen, unendlich schwer. Die großen Pariser Blätter hatten es leichter, da sie es größtenteils mit einem Leserkreis zu tun haben, der die Dinge klarer übersieht. Es ist der ganze Unterschied zwischen Paris und Avignon.

Jene Äußerungen des Papstes, die zum großen Teil in Unterredungen mit französischen Bischöfen und Priestern fielen, und die, wie es gewollt war, ihren Weg ins Volk nahmen und die Mahnungen des Kardinalstaatssekretärs, — was waren sie anders, als jene Rufe an das Gewissen der Menschheit, jene Ermahnungen zum Frieden und zur Versöhnung unter den Völkern, welche man heute vom Papst begehrt? Rom hat auf diesen Appell nicht gewartet. Rom hat zum Frieden und zur Versöhnung geraten — unter großen Gefahren für sich selbst und unter nicht geringen Gefahren für den unerschütterten Bestand der kirchlichen Einheit, denn es gab in Frankreich Kreise, die, angesichts der Friedfertigkeit und Unparteilichkeit des Papstes, zum Schisma trieben, — als sämtliche Völker noch voll Kriegseifer waren und auf keine Friedensstimme hören wollten.



Man darf ferner nicht übersehen, daß die Ententemächte, unter anderen im Londoner Vertrag von 1915, die Mitwirkung des Papstes beim Friedensschluß ausgeschaltet haben und daß schon im Haag dasselbe Ziel verfolgt wurde. Der Papst soll in Diplomatie und Politik nicht mittun und nicht mitreden dürfen. Weshalb nicht? Weil Art und Ziel dieser Politik diametral entgegengesetzt sind dem Geist, der im Vatikan waltet. Derselbe hätte ja nicht nötig gegen die Versailler Friedensbedingungen zu sprechen. Rom allein ist der Protest gegen die Politik des vae victis; nicht heute oder gestern, sondern zu allen Zeiten.

Es gibt Leute, meistens Akatholiken oder Liberale, welche, unter Hinweis auf die geschichtliche Rolle des Papsttums, ja erwarten, wenn nicht gar zu verlangen scheinen, daß der Papst, unter Verzicht auf alle politische Kunst und diplomatische Formeln, einfach ein Veto gegen die Unterdrückung Deutschlands einlege. Mit anderen Worten, daß er wie Gregor VII., Benedikt III. und andere Päpste den Kampf gegen die materielle Macht aufnehme, auf die Möglichkeit hin, daß sich eine Welt gegen ihn erhebt. Was wollen die, die so denken? Etwa eine Enzyklika oder eine feierliche Proklamation, die den Versailler Friedensvorschlag verurteile. Auffallenderweise traten solche Gedanken gerade dort auf, wo man in bewegter Zeit am schnellsten bereit war, die päpstlichen Bullen zu verbrennen.

In diesen Erwartungen, die vielfach in akatholischen Kreisen an die Haltung Roms geknüpft werden, birgt sich ein verständlicher und berechtigter Kern: man hat dort die Erkenntnis, das dunkle Bewußtsein, daß der Papst zum Schiedsrichter in der Welt berufen sei, kraft göttlichen Rechtes. Und ferner, daß es mit den Völkern besser bestellt sein würde, wenn das Papsttum das entscheidende Wort spräche. — Auf derselben Linie etwa bewegen sich die Vorstellungen vom Völkerbund und die Enttäuschung, welche die Haltung Wilsons geschaffen hat, kann gar nicht anders, wenigstens nicht



auf die Dauer, als die Frage anregen: Wie würde ein Völkerbund unter der Führung Roms sich darstellen? Sicher ganz anders als dieser Völkerbund Wilsons. Um es kurz zu sagen: was ist ein wahrer Völkerbund anderes als was man die Christenheit nennt? Die Versöhnung unter den Völkern ist nur im Zeichen des Kreuzes möglich.

Wie wollte man auch Völker dauernd bei Frieden und Versöhnung erhalten, welche die Aufgabe, die den Völkern gesetzt ist, in der Steigerung ihrer Macht und in der Ausdehnnng ihrer Grenzen erblicken? Sie müssen auf diesem Weg, nach längeren oder kürzeren Intervallen, in Streit geraten. Und selbst innerhalb dieser friedlichen Intervalle können die Völker nicht den Frieden genießen, weil eine gott- und menschenfeindliche Philosophie und ihr entsprechend die Politik die Geister aufeinander hetzt.

Ein wahrer Völkerbund ist nur im Zeichen des Kreuzes möglich und schon daran, daß der Papst von dem Völkerbund Wilsons ausgeschlossen wurde, konnte man das Gaukelspiel erkennen.

Mag es nun sein, daß dem Papst die herkömmlichen Mittel der Politik und der Diplomatie zur Zeit nicht anwendbar erscheinen, um für einen echten Frieden unter den Völkern zu wirken, so bleibt dem Papste neben dem höchsten und mächtigsten Mittel, dem Gebet, doch die beständige Mahnung an die Völker, nicht zu vergessen, daß alles, was Menschenantlitz trägt, zu Höherem berufen ist als zu den Zielen der Politik, wie sie heute betrieben wird. Wenn auch nicht unter den Politikern, so doch unter den Völkern und den vielen von der Gnade erleuchteten Männern werden diese Mahnungen einst fruchtbar.

Es war ein katholischer Führer, welcher unlängst in einer öffentlichen Ansprache, als er die Versailler Friedensbedingungen und ihre Härte besprach, ausrief: „Gibt es keinen Bischof, keine fromme Frau, deren Stimmen sich gegen solche Härte, die das deutsche Volk vernichten will, erheben?“

Es wäre keine leichte Aufgabe für einen französischen Bischof, öffentlich von der Kanzel, im Hirtenbrief oder auf andere Art, gegen die Versailler Friedensbedingungen aufzutreten. Es würde sofort ein Kesseltreiben gegen ihn einsetzen, das Verwirrung selbst in das katholische Lager in Frankreich tragen würde und von dessen Raffiniertheit und Maßlosigkeit man sich kaum eine Vorstellung machen kann. Man darf nicht vergessen, daß eine jahrelange beispiellose Hetze und Verleumdung das französische Volk für alle Eigenschaften des deutschen Volkes blind gemacht hat und daß überdies die Furcht jene Pläne zur Zerstörung Deutschlands eingibt.

Nur ein einziger französischer Prälat, der Kardinal de Cabrières, Erzbischof von Montpellier, könnte vielleicht das Wort zur Milderung der Versailler Friedensbedingungen ergreifen; Ansehen und Liebe des Volkes würden den hochbetagten, ehrwürdigen Prälaten über jede Anfeindung hinwegtragen. Montpellier ist die Stadt des heiligen Rochus, dessen Geburtshaus noch in einer Seitenstraße wohlerhalten steht. Wieviel auf den Tod verwundete Menschen und Völker könnten von Montpellier aus gerettet und geheilt werden, wollte der ehrwürdige Kirchenfürst dort ein Wort für die Versöhnung der Nationen sagen! Ein solches Wort würde in der ganzen Welt widerhallen. —

Es gibt ein ausgezeichnetes wissenschaftliches Werk, das in lateinischer Sprache unter der Regierung König Ludwig XIV. in Paris gedruckt wurde und den Titel führt „Gallia Christiana“. Alle Schöpfungen der christlichen Jahrhunderte in Gallien, auch die an beiden Ufern des Rheins sind auf das ausführlichste darin geschildert. Unter der französischen Geistlichkeit wird wohl eine große Zahl den Wunsch hegen, die Bevölkerung dieser rein deutschen Gebiete nicht in ihren nationalen Empfindungen zu verletzen. Von da an bis zur Erkenntnis, daß es gut sei, „dem Zäsar zu geben, was des Zäsar, und Gott, was Gottes ist“, wird nicht als weiter Weg erscheinen. Wenn die berühmten, beredsamen und



von echter Frömmigkeit beseelten Kanzelredner, an denen Frankreich gewiß keinen Mangel hat, herabsteigend von den Kalvarienstätten ihrer Heimat, den Blick auf die Leiden anderer Völker richten, — alsdann an diesem Tag wird die Binde des Hasses von den Augen der Franzosen fallen, und schneller, sicherer als auf sozialistischen Bahnen wird auf christlichen Bahnen die Annäherung zwischen den Völkern Deutschlands und Frankreichs erfolgen können.

LXIX.

Aus der Regierung des Kaisers Franz Josef.

Der letzte österreichische Ministerpräsident Dr. Heinrich Lammasch, von dem man wohl sagen kann, er habe dem hinscheidenden Österreich die Augen zugedrückt, hat vor einiger Zeit in der „Kölnischen Volkszeitung“ einen Artikel über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher veröffentlicht, dessen Inhalt später auch in der Form eines Interviews durch die Blätter gegangen ist. Die Tendenz des Artikels war ausgesprochenermaßen die, darzutun, daß das nationale Selbstbestimmungsrecht, das Wilson für die Tschechen und Südslaven anerkannt habe, auch für die Deutschösterreicher gelten müsse. Die Begründung dieser These führte den Verfasser zu einer Skizzierung der Geschichte des Streites zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen, und in dieser Skizze findet sich auch der Satz: „Das ewige Lavieren des Kaisers Franz Joseph von der einen Seite zur anderen und wieder zurück, spannte bald die nationalen Hoffnungen aufs Höchste und enttäuschte sie dann wieder aufs Schwerste.“

Gewiß war es dem Verfasser ganz ferne gelegen, mit diesem Satze so nebenbei einen Vorwurf gegen die Regierung



des Kaisers Franz Josef zu erheben, sondern er wollte damit nur eine unbestreitbare Tatsache konstatieren. Auf die meisten Leser aber wird der Ausdruck „ewiges Lavieren“ doch den Eindruck gemacht haben, als hätten die großen innerpolitischen Schwankungen, die ja in der Regierungszeit des Kaisers Franz Josef offen zu Tage liegen, in der Unentschlossenheit, oder wie man es nennen will, dieses Monarchen ihren Grund gehabt. Wenigstens hinsichtlich einer der wichtigsten dieser Schwankungen soll hier eine andere Auffassung zu begründen versucht werden, und vielleicht wird dann, wenn dieser Versuch einigermaßen gelingt, überhaupt die ganze Regierung des Kaisers Franz Josef in einem etwas anderen Lichte erscheinen.

Die größte Schwenkung oder Schwankung in der Regierung Franz Josefs war zweifellos die im Jahre 1867 erfolgte Einführung des Dualismus in der Monarchie.

Im Juli 1865, nachdem die oktroyerte Februarverfassung Schmerlings als völlig unausführbar sich erwiesen hatte, war Richard Belcredi berufen wurden, um mittels einer Konstituante, die Belcredi „außerordentlichen Reichsrat“ nannte, eine einheitliche parlamentarische Verfassung für die ganze Monarchie ins Werk zu setzen; was dem Oktroi Schmerlings nicht gelungen war, sollte nach Belcredis Plan der außerordentliche Reichsrat leisten. Die Wahlen für diesen Reichsrat wurden auch durchgeführt, aber inzwischen hatte der Krieg von 1866 eine völlig veränderte Situation geschaffen und Kaiser Franz Josef hat sodann zugestimmt, daß Beust den sogenannten ungarischen Ausgleich, eben den Dualismus, also eine Doppel- statt einer einheitlichen Verfassung zur Einführung brachte.

Am 8. Juni 1867 ist die feierliche Krönung Franz Josefs zum König von Ungarn erfolgt und damit, soweit Ungarn in Frage kam, die dualistische Verfassung beschworen worden.

Es hat vor diesem folgenschweren Schritt natürlich an Mahnungen, Warnungen, Gegenvorstellungen nicht gefehlt. Eines der noch kurz vor der Krönung eingereichten Memo=

randen hatte den Sinn: Bosnien ist kein hinreichender Ersatz für das, was der Kaiser als solcher durch die ungarische Königskrönung verliert. (Denn bekanntlich haben die Ungarn im Jahre 1867 nicht einmal den Kaisertitel, geschweige dessen staatsrechtliche Bedeutung anerkannt.)

Also war Bosnien einer der Hauptgründe, wenn nicht gar der Hauptgrund für die Einführung des Dualismus.

Wer hat im Frühjahr 1867 von Bosnien gesprochen oder auch nur daran gedacht? Erst volle zehn Jahre später ist Bosnien wirklich aktuell geworden und zwar durch den im Jahre 1877 ausgebrochenen Krieg zwischen Rußland und der Türkei. Sonach war dieser Krieg schon im Jahre 1867 vorgesehen. Zweifellos lag in diesem Krieg der Preis, mit welchem Preußen im Jahre 1866 die Neutralität Rußlands oder wenigstens den Prager Frieden erkauft hat, und die Ausführung dieser Abmachung ist durch den dazwischen gefallenen deutsch-französischen Krieg verzögert worden. Sei dem wie ihm wolle: der Verfasser des erwähnten Memorandums war schon im Frühjahr 1867 in Kenntnis davon, daß in naher Zeit die politische Herrschaft über Bosnien zu vergeben sein werde.

Die heutigen Wilson-Leute werden triumphieren, da sieht man ja wieder, wie in den früheren Zeiten die Völker wirklich wie Steine im Spiel herumgeschoben worden sind; für das verlorene Venetien also ist Österreich einfach mit Bosnien entschädigt worden!

Gar so einfach liegen hier die Dinge doch nicht, wie man denn überhaupt jetzt alle Tage klarer sieht, daß die Völker nie zuvor so willkürlich am Seziertisch herumgezogen worden sind, wie es gerade jetzt am Pariser Kongreß geschieht. Vergegenwärtigen wir uns nur einmal die damalige Situation.

Es war also 1867, wie gesagt, beschlossene Sache, daß die Türkei vom europäischen Boden weiter zurückgedrängt werden solle, so zwar, daß entschieden werden mußte, unter welche Herrschaft in diesem Falle Bosnien zu gelangen hätte.



Daß die Zurückdrängung der Türkei nicht von Österreich zu bewerkstelligen sei, welches eben erst zwei Feldzüge (1859 und 1866) verloren hatte, war selbstverständlich, Deutschland kam überhaupt nicht in Frage, es konnte nur Rußland sein, das die Scharte des Krimkrieges auszuwetzen wünschte und darin zugleich eine gewisse Kompensation für die Vergrößerung Preußens erblickte. Wer sollte nun Herr über Bosnien werden, wenn die Türkei, wie beabsichtigt, hinter die bosnische Linie zurückgedrängt würde? Befragen wir die Landkarte. Konnte in diesem Falle überhaupt Bosnien allein in Frage kommen? Der oberflächlichste Blick auf die Karte muß Jedermann sofort sagen: In diesem Falle war das Schicksal Bosniens auch jenes von Dalmatien; wer immer in Bosnien an die Stelle des türkischen Gouverneurs trat, dem fiel ganz von selbst auch Dalmatien zu.

Entweder also mußte Bosnien an den Herrn von Dalmatien, oder umgekehrt Dalmatien mußte an den Herrn von Bosnien fallen, ein Drittes gab es nicht.

Den ebenso langen wie schmalen Küstenstrich Dalmatien hatte Österreich auch bisher nur deshalb zu behaupten vermocht, weil im Hinterland Bosnien eine Macht regierte, die auf Dalmatien nicht nur keine Anziehungskraft ausübte, sondern vielmehr selber geradezu abstoßend wirkte, eben die türkische Macht, die überdies in maritimer Beziehung so geschwächt war, daß sie im adriatischen Meer nicht einmal in kommerzieller, geschweige in militärischer Hinsicht eine größere Rolle spielen konnte. Dieses Kräfteverhältnis aber änderte sich mit einem Schlage vollständig, sobald der Halbmond aus Bosnien verschwand. Dalmatien war für Österreich im selben Momente rettungslos und unwiderruflich verloren, wo in Bosnien an Stelle des Halbmondes eine andere als die österreichische Fahne sich erhob. Mochte das benachbarte Serbien, wie es ja sein heißes Begehren war, mochte das ebenfalls benachbarte Montenegro, das nicht weniger darnach gierte, mochte gar Rußland selber in Bosnien sich fest-

setzen, in jedem dieser denkbaren Fälle war es für Österreich um Dalmatien geschehen, Dalmatien fiel mit elementarer Notwendigkeit dem neuen Herrn von Bosnien in den Schoß.

Ganz unmöglich also konnte eine Macht daran denken, Österreich für den Verlust von Venetien mit Bosnien entschädigen zu wollen, sondern die Frage stand im gegebenen Falle vielmehr so, ob Österreich, nachdem es Venetien bereits verloren hatte, nun auch noch Dalmatien verlieren und so vom Meere vollständig abgeschlossen werden solle; denn auch Triest war — darüber ist jedes weitere Wort überflüssig — ohne Dalmatien weder entwicklungsfähig noch überhaupt militärisch haltbar. Für den Kaiser Franz Josef bestand demnach in diesem Falle gar keine Wahl: er konnte und durfte Bosnien nicht in andere Hände geraten lassen, sondern mußte bis zum letzten Atemzuge alles daransetzen, um zu verhindern, daß Bosnien der Hebel werde, mit welchem das alte Reich aus den Angeln gehoben werden konnte.

In den Mitteln mag Kaiser Franz Josef öfter sich vergriffen haben, und von diesem Gesichtspunkt aus mag insbesondere auch die Anwendung des Dualismus als eines solchen Mittels sehr anfechtbar sein, worüber jedoch hier kein Urteil gefällt werden soll; aber geschwankt in seinen Grundsätzen und Zielen hat Kaiser Franz Josef nicht.

LXX.

Die Entwicklung der sozialen Revolution in Bayern.

Von L.

Quis tulerit Gracchos de seditione querentes?

Die Selbstzersetzung der deutschen Sozialdemokratie (vergl. oben S. 628 ff. den Aufsatz die Entwicklung der sozialen Revolution) geschieht nicht nur mit der erbarmungslosen Logik der Naturgesetzlichkeit, sie zeigt auch, weil die Erzeugung der Voraussetzungen des Zusammenbruchs das eigenste Werk des Marxismus ist, das Walten einer furchtbaren Gerechtigkeit. Während des Krieges hatte der deutsche Sozialismus mit gewohntem Geschick das Doppelspiel einer zugleich legal-demokratischen und revolutionären Politik getrieben. Er war national und kapitalistisch-imperialistisch aus den gleichen Gründen, aus denen er gegenwärtig antirevolutionär ist; er war es, weil er sich der Einsicht nicht verschließen konnte, daß der Versuch der Verwirklichung des eigenen revolutionären internationalen Programms zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, also zu Folgen führen müsse, unter denen das Proletariat nicht weniger furchtbar leiden würde wie die „Kapitalisten“. Er war aber zugleich revolutionär und antimilitaristisch und zersetzte in der Front und in der Heimat, im Verein mit dem revolutionären Liberalismus und begünstigt durch schwere Fehler und Schwächen der von ihm bekämpften Politik und des von ihm befehdeten Systems, die Grundlagen der nationalen Widerstandskraft in einem Maße, daß sie unter dem Druck der militärischen Wendung und unter dem Stoß der kommunistisch-unabhängigen Aktion kraftlos zusammenbrachen. Diese zugleich nationale und revolutionäre Politik, die eine der wichtigsten Ursachen des militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands darstellt, führte den Sozialismus auf die Höhe der



politischen Macht, aber eben damit an den Abgrund des eigenen Verderbens, weil es fortab nicht mehr möglich war, zugleich revolutionär-antinational und demokratisch-national zu sein.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und der politische Sieg der deutschen Sozialdemokratie haben den staats-, wirtschafts- und kulturphilosophischen Zwiespalt, der den Marxismus durchzieht, nicht allein nach außen enthüllt, sondern auch die innerlich einander widerstrebenden Triebkräfte der sozialistischen Bewegung, die jahrzehntelang dank der Gunst der Zeitlage trotz ihrer inneren Gegensätzlichkeit in gleicher Richtung gewirkt hatten, mit einem Male gegeneinander gekehrt. Der Marxismus glich nicht mehr einem doppelarmigen Leuchter, an dem die revolutionäre und die demokratische Flamme einträchtig brannte, sondern einer Kerze, die an beiden Enden angesteckt ward; in der Glut der gierig von unten lodernden revolutionären Flamme droht das in langer Parteidisziplin gehärtete Wachs zu schmelzen und träufelt in raschem Fluß herab zum Kommunismus.

Der Marxismus in Deutschland ist im Allgemeinen, als er vor die Wahl gestellt ward, sich entweder zur Verwirklichung der demokratischen, nationalen oder der revolutionären Programmpunkte zu bekennen, den Weg der nationalen Demokratie, wenn auch mit großen Schwankungen, gegangen; er ist im wesentlichen zu einer revolutionären, nationalen, militaristischen, extrem radikalen Partei geworden, deren revolutionäres Wirtschaftsprogramm völlig im Nebel der Zukunft verschwand. Die Motive für diese Entwicklung lagen dabei etwa wohl auf wirtschaftlichem wie auf außerpolitischem Gebiet. Seit der Mehrheitssozialismus als Inhaber der politischen Gewalt auch die volle Verantwortung für die Außenpolitik des Reiches übernommen hatte, war an die Verwirklichung der Forderungen der revolutionären Internationale um so weniger zu denken, als die Gesinnungsgenossen des Marxismus in den gegnerischen Ländern den Konflikt zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Prole-



tariats und den revolutionären Forderungen des Programms genau so gelöst hat bezw. lösen wird wie der deutsche Marxismus; dies zum mindesten in dem Falle, wo der Stellungnahme der sozialistischen Vertretung eines Landes nicht nur demonstrative sondern wirklich entscheidende Bedeutung zukam. Ermöglicht wurde diese grundsätzliche Schwenkung, die in der Bildung von Koalitionsministerien ihren äußeren Ausdruck fand, nur durch die straffe Disziplin der in ihren inneren Organisationen durchaus demokratisch aufgebauten Partei. Eben daraus erklärt sich die zunächst seltsam anmutende Tatsache, daß die Durchtränkung mit revisionistischen Ideen keineswegs prädisponierend und begünstigend auf diese demokratische Entwicklung eingewirkt hat. Denn der Revisionismus hatte mit dem marxistischen Programm auch die sozialistische Disziplin und politische Zucht zersetzt und so eine Labilität der Massen geschaffen, die den inneren Zusammenhalt der Partei aufs schwerste gefährdete.

Auch die straffste Parteidisziplin konnte indes den Massenabfall der in dem revolutionären Programm erzogenen und in ihren spezifisch sozialistischen Hoffnungen getäuschten Massen nicht verhindern. Trotz der zahlenmäßigen Stärke, trotz des Besitzes der politischen Machtmittel befindet sich darum der Mehrheitssozialismus des Reiches in einer furchtbaren inneren Krisis, deren Lösung nicht anders erfolgen kann, als entweder durch formellen Verzicht auf die revolutionären Programmteile und gründliche Revision des Erfurter Programms, oder aber durch klares, unverhülltes Bekenntnis zu diesen Programmteilen und rücksichtsloses Ziehen der Konsequenzen. Als die bedeutsamsten Symptome der Krisis erscheinen der Ausfall der Nachwahlen, der Verlauf des zweiten Rätekongresses, die radikale Bewegung in den Gewerkschaften und die zweifellos in hohem Maße zu konstatierende Abwanderung der Intellektuellen ins unabhängige Lager.

Ganz anders war die Entwicklung in Bayern, vorab in München. Von jeher war es die Taktik der bayerischen Sozialdemokratie gewesen, unter dem Schutz der demokra-



tischen „Legalität“, unter Abweisung der sozialistisch-revolutionären Gebärde und unter Anlehnung an den linken Flügel des Liberalismus die demokratisch-liberalen Programmforderungen auf die Spitze zu treiben, die von der liberalen Politik fast immer gesetzten Schranken des Liberalismus (vor allem politischer und kultureller Art) zu zersetzen, und die Demokratie selbst zu revolutionieren. Die Revolution ward so aus der fernen sozialistischen Zukunft in die demokratische Gegenwart gelegt; der Vorbereitung und der Schaffung der geistigen Voraussetzungen für diese demokratische Revolution diente die Agitation in Presse und Parlament. Diese „opportunistische“ Zielsetzung ermöglichte es auch dem bayerischen Revisionismus partikularistisch zu sein, im Gegensatz zum Marxismus im Reiche, dessen unitarische Anschauungen eine Folge der eigentlich sozialistischen staats- und wirtschaftsphilosophischen Programmpunkte sind. In dem Augenblicke nun, in dem das nächste Ziel der demokratischen Revolution erreicht war, schoben sich zwar die eigentlich sozialistischen Ziele näher heran; die Taktik aber änderte sich in keiner Weise, sie blieb „revisionistisch“ und evolutionistisch. Demokratisch allerdings wie in der Zeit der Opposition konnte diese Taktik unmöglich sein; die „negative“, d. h. kritische, subversive Demokratie, die während der Oppositionszeit gepflegt wurde, war durch die Erlangung der politischen Macht gegenstandslos geworden. Jene Demokratie aber, die fortan nur möglich war, die „positive“ Demokratie, die im souveränen Landtag, in der Freiheit auch der gegnerischen Presse, in der dem Parlamentarismus entsprechenden Wirtschaftsordnung, kurz im nichtrevolutionären parlamentarischen Rechtsstaat ihren Ausdruck findet, sollte ja gerade überwunden werden. Revolutionär auf der andern Seite sollte die Taktik wieder nicht sein, weil, wie der Führer dieser Bewegung, Kurt Eisner, wohl sah, weder die wirtschaftlichen, noch die politischen, noch die psychologischen Voraussetzungen für die sofortige Verwirklichung des kommunistischen Programms gegeben waren. Blieb also nur ein Verfahren, das halb demo-



kratisch, halb revolutionär war, ein Verfahren der behutsamen, möglichst mit demokratischen Schlagworten gedeckten Vorbereitung, der planmäßigen Herstellung der Voraussetzungen der eigentlich sozialistischen Revolution, jene Methode des langsamen, stetigen, durch zahlreiche Übergänge vermittelten Hinübergleitens zum Kommunismus, die in der Verfassungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Militärpolitik Eisners zum Ausdruck kam. Nicht gering waren die Anforderungen, die solche im innersten Wesen unwahre, im Kerne verlogene Taktik an die Geschicklichkeit des Führers stellte. Alles hing von der Behutsamkeit ab, mit der bestehende Grenzen verwischt, der Zeitpunkt des jeweiligen Fortschreitens der Entwicklung richtig bestimmt werden sollte. Grundlegende Voraussetzungen für das Gelingen dieser revolutionistisch-kommunistischen Taktik waren einmal die Gewinnung des radikalen Bauerntums und sodann die Herstellung der sozialistischen Einheitsfront.

Um das erste zu erreichen, hat Eisner keine Mühe gescheut und kein Mittel verschmäht. Neben weitgehenden Zugeständnissen der verschiedensten Art, Zugeständnissen, die mit den sozialistischen Voraussetzungen schlechterdings unvereinbar waren, ist hier vor allem die geschickte Ausbeutung der partikularistischen Bewegung zu nennen, die Eisner um so leichter in seinen Dienst stellen konnte, als sein evolutionistischer Bolschewismus im schroffsten innen- und außenpolitischen Gegensatz zum Demokratismus der Mehrheitssozialisten im Reiche stand. Eisner erkannte wohl, daß ohne die Einbeziehung der radikalen agrarischen Kreise sein Plan von vornherein aussichtslos sei, und er erkannte ebenso, daß die agrarische Struktur Bayerns nicht nur kein Hindernis, sondern im Gegenteil ein Moment der Förderung des Bolschewismus sei oder sein konnte. Wesentlich erleichtert wurden die agrarischen Bemühungen Eisners durch die Tatsache, daß die Kriegswirtschaft einen Teil des bayerischen Bauerntums in eine sittliche Verfassung versetzt hatte, die ihn zur Aufnahme der Eisnerischen Ideen durchaus reif machten.



Schwieriger noch war die zweite Aufgabe, die Herstellung der sozialistischen Einheitsfront. Die evolutionistisch-revolutionäre Taktik bot an sich die Mittel, sowohl den rechten, demokratischen Flügel des Sozialismus durch die Betonung des evolutionistischen Charakters des Vorgehens wie den linken kommunistischen Flügel durch die Betonung des revolutionären Zieles zu gewinnen. Krystallisationspunkt der Vereinigung war naturgemäß die U. S. P., deren Münchner Gruppe sich von vornherein durch starken Radikalismus auszeichnete. Voraussetzung aber war einmal, daß es gelang, den Kommunismus zum Abwarten zu bestimmen; Eisner erkaufte sich das kommunistische Einverständnis oder suchte es wenigstens zu erkaufen durch eine bedingungslose Duldung der kommunistischen Agitation, die sofort die mehrheitssozialistischen Organisationen zu durchdringen begann. Damit schien zugleich die zweite Voraussetzung gewährleistet, nämlich die, daß der Mehrheitssozialismus, also jene sozialistische Gruppe, die es mit den demokratischen Programmteilen ernst zu nehmen behauptete, auf eben dieses demokratische Programm verzichtete; die Aushöhlung und Unterminierung des Mehrheitssozialismus ward so zur Bedingung der evolutionistisch-revolutionären Taktik; die Phasen dieses Zermürbungsprozesses sind darum auch die Phasen der sozialen Revolution in Bayern.

Während der ersten Phase der Entwicklung, der Zeit des Ministeriums Eisner und Auer, waren es vor allem zwei Fragen, in denen der Gegensatz des demokratischen Sozialismus und des evolutionistischen Kommunismus schärfsten Ausdruck fand, die verfassungspolitische und das militärpolitische Problem; praktisch bedeutsamer war von vornherein das letztere, weil von seiner Lösung die verfassungspolitische Gestaltung abhängen mußte. Eisners Politik war darum in erster Linie darauf gerichtet, aus dem bayerischen „Heer", d. h. aus den „regulären", von vornherein in viel höherem Grade als die Fronttruppen demoralisierten Garnisonstruppen unter der Maske der Be-



kämpfung des Militarismus ein gefügiges Werkzeug, ein für die künftige rote Armee brauchbares Material zu schaffen. Die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Regierung, denen gleichbegabte und entschlossene Führer fehlten, ließen es in ihrer bayerisch-revisionistischen Neigung zu Halbheiten und faulen Kompromissen, vielleicht auch in Verkennung der Tragweite der Eisner'schen Pläne an einer energischen Abwehr anfänglich völlig fehlen. Zu spät steifte sich Roßhaupters (des Militärministers) Widerstand gegen das unbeschränkte Regiment der unter Saubers Führung stehenden Soldatenräte; der Konflikt Roßhaupter-Sauber endete kurz vor der Einberufung des Landtags mit einer völligen Niederlage der mehrheitssozialistischen Regierungsmitglieder.

Nicht wesentlich anders war die verfassungspolitische Entwicklung. Mit allen Mitteln sträubte sich Eisner gegen die Einberufung der Nationalversammlung, die er doch wieder auf der andern Seite grundsätzlich in Aussicht stellte; es dünkten ihm eben die Bedingungen (die militärpolitischen und die massenpsychologischen) für die formelle Beseitigung der Demokratie noch nicht vorhanden; der Landtag sollte erst zusammentreten, wenn die Grundlagen seiner Macht und seiner Autorität völlig unterhöhlt worden seien. Die Aufzwingung des „Staatsgrundgesetzes", dieser Mischung von Scheindemokratie und Diktatur des Proletariats, stellt den Triumph dieser Eisner'schen Taktik dar. Erst nach langem wechselvollen Ringen (am 20. Februar) gelang es den unter dem Druck der Parteiinstanzen von Land und Reich stehenden mehrheitssozialistischen Mitgliedern des Kabinetts, die Zusammenberufung des Landtags und den vorläufigen Rücktritt Eisners zu erzwingen. Eisner wich sicher nur in der Überzeugung, daß ihm der Austritt aus dem Kabinett die Weiterführung seiner Taktik nicht erschweren, sondern erleichtern würde.

Wie belanglos dieser „Sieg" der Mehrheitssozialisten war, das bewiesen die Ereignisse des nächsten Tages, des „blutigen Freitags", die zeitlich mit der Ermordung Eisners



zusammenfallende gewaltsame Sprengung des Landtags, die zum mindesten von der militärischen Schutzwache des Landtags geduldet wurde, sowie die Ereignisse, die diesen Attentaten folgten. Bayern kam am 21. Februar zum ersten Mal unter die Herrschaft der Räte, während noch am Tage zuvor die mehrheitssozialistische Landeskonferenz sich feierlich und bedingungslos auf die Programmpunkte der Demokratie festgelegt hatte. Der Mehrheitssozialismus wurde zunächst völlig von der Woge der zweiten Revolution verschlungen; der Rätekongreß, dessen weitaus überwiegende Mehrheit aus Mitgliedern der S. P. bestand, geriet ebenso wie die Truppen unter radikalen Einfluß. Der Zentralrat ward zur Verkörperung der den Mehrheitssozialismus innerlich zersetzenden Bestrebungen. Ein am nächsten Tage von einigen mehrheitssozialistischen Führern gemachter Versuch, wenigstens die demokratischen Hauptpunkte durch ein Kompromiß mit Mitgliedern der U. S. P. zu retten, blieb ebenso wirkungs- und erfolglos wie ein Putsch auf die kommunistischen Mitglieder des Kongresses. Auch die Nürnberger Richtlinien vom 5. März, die das Maß der Zugeständnisse wesentlich vergrößerten, vermochten nicht die Billigung des Rätekongresses und des Zentralrates zu finden. Und erst das Aktionsprogramm vom 7. März mit seinen weitgehenden, wenn auch dehnbaren Zugeständnissen fand die Billigung des Kongresses und wurde so zur schwankenden Grundlage für die weitere politische Entwicklung; das Ministerium Hoffmann übernahm nach einer erstaunlich kurzen Tagung des Landtags mit diktaturähnlichen Vollmachten die Regierung.

Bereits in dieser Phase waren die Garnisonstruppen d. h. die Gesamtheit jener völlig demoralisierten Horden von Nichtstuern, die im Besitze der militärischen Machtmittel des Staates waren, zu einem bestimmenden Faktor der bayerischen Politik geworden. Diese militärische Situation wurde noch verschärft durch die nach Eisners Ermordung erfolgte Bewaffnung des Proletariats, die in erster Linie — was auch immer die Absichten der Urheber der Bewaffnung gewesen



sein mögen — den Kommunisten zugute kam. Berücksichtigt man weiterhin, daß den Maßstab für die richtige Bewertung der kommunistischen Kräfte keineswegs äußere Kriterien (Wahlresultate, Stärke der Organisationen), sondern das Maß der inneren Zersetzung der herrschenden Partei abgeben konnte, so wird vielleicht die Haltung der bürgerlichen Parteien zu jener Zeit verständlich. Der Schlüssel zur politischen Situation lag jedenfalls in jenem Punkte der Vereinbarung vom 7. März, der die sofortige Entlassung des stehenden Heeres forderte. Das Ministerium Hoffmann hat indes nicht den Mut gefunden, diese durch Pflicht, Vernunft und Vereinbarung geforderte Machtprobe auf sich zu nehmen; statt dessen zog es vor, die Taktik der progressiv sich steigernden Zugeständnisse beizubehalten; die Durchführung des Reichswehrgesetzes wurde verhindert, die Werbung für das Freikorps Epp unter strenge Strafen gestellt. Neurath ward berufen, eine Zentralstelle für sozialistische Volksaufklärung wurde ganz im Sinne der Räteherrschaft geschaffen. Unbekümmert darum, ob seine Maßregeln durch das Ermächtigungsgesetz gedeckt waren oder nicht, betrieb das Kabinett in den persönlichen und sachlichen Fragen eine Politik der sozialistischen Einheitsfront, eine Politik der bewußten Brüsquierung der bürgerlichen Parteien, eine Politik der grundsatzlosen Liebedienerei nach links.

Die Folgen waren, wie sie nicht anders sein konnten; die Zersetzung des Mehrheitssozialismus ward durch die Nachgiebigkeit nicht aufgehalten, sondern beschleunigt, die Massenflucht der mehrheitssozialistischen Arbeiter zum Kommunismus nahm fortschreitend zu. Die Begehrlichkeit der Radikalen ward nicht gestillt sondern geschärft. Herd der Gärung und Ausgangspunkt der weiteren Bewegung war der Zentralrat, dessen Vorsitzender Niekisch (ein junger Lehrer, der sich noch in der zweiten Revolution als Mehrheitssozialist ausgab) die Augsburger A. und S. Räte für den Rätegedanken gewann. An dem Tage, an dem eine Delegation der Augsburger Räte nach München kam, um die



Ausrufung der Räterepublik zu fordern (4. April), erklärten die Münchener Garnisonstruppen, sie würden dem Landtag, der zu einer kurzen Sitzung zusammentreten sollte, ihren Schutz versagen. Der Zentralrat verbot gleichzeitig die Einberufung des Landtags. Am gleichen Tage begannen zwischen den Vertretern der drei sozialistischen Parteien, dem Zentralrat und Mitgliedern der Regierung die Verhandlungen über die Herstellung der sozialistischen Einheitsfront und die Errichtung der bayerischen Räterepublik. Die Quellen, die von diesen Verhandlungen berichten,[1]) fließen naturgemäß ziemlich dürftig; immerhin dürften folgende Tatsachen als verhältnismäßig gesichert gelten: Die kommunistische Gruppe unter Levin und Leviné lehnten die Gründung einer auf der sozialistischen Einheitsfront aufgebauten Räterepublik ab, weil sie glaubte, daß der Zeitpunkt zur Ausrufung noch nicht gekommen sei. Eine Ausnahme bildeten nur die Anarcho-

1) Die Hauptquellen, die bis jetzt (Mitte Mai) über diese Vorgänge vorhanden sind, sind folgende: Darlegung der Entstehungsgeschichte der Räterepublik von Arbeitersekretär Otto Thomas in der Münchener „Roten Fahne" vom 12. April. Thomas ist einer der geistigen Führer des aus dem Marxismus ohne russische Vermittlung hervorgegangenen Kommunismus, in der Form maßvoll, in den Schlußfolgerungen völlig radikal, reich begabter Autodidakt, in der sozialistischen Literatur sehr belesen, Typ des persönlich unantastbaren enthusiastischen Ideologen. An seiner Glaubwürdigkeit zu zweifeln, besteht kein Anlaß. Weiter kommt in Betracht die öffentliche Erklärung der Münchener U. S. P. vom 7. April, eine am 6. April in Nürnberg gehaltene Rede des Militärministers Schneppenhorst (Fränk. Volkstribüne vom 9. April), eine weitere am 12. April in Bayreuth gehaltene Rede Schneppenhorsts (Fränk. Volkstribüne vom 16. April); eine Rede des unabhängigen Handelsministers Simon in Nürnberg vom 21. April (Freistaat Nr. 15 vom 25. April); die Aprilnummern der „Roten" Fahne, die Rechtfertigungserklärung Schneppenhorsts (Münchener Post Nr. 105, 6. Mai); eine Einsendung über Schneppenhorst „Neue Zeitung" vom 14. Mai.



Sozialisten Landauer, Mühsam, Sontheimer usw. Schneppenhorst sucht zwar die Entwicklung so darzustellen, als ob die Anregung von der kommunistischen Partei ausgegangen sei. Seine Behauptungen stehen aber in schroffem Widerspruch zu der öffentlichen Erklärung der K. P. vom 6. April (vgl. auch „Rote Fahne" vom 12. April), zur Erklärung der U. S. P. und zur Darstellung von Otto Thomas.

Die Unabhängigen fanden es gleichfalls seltsam, „daß dieselben Genossen, die kurze Zeit vorher die Souveränität des Landtags anerkannt hatten und noch in den letzten Stunden über die parlamentarische Verfassung Bayerns ... verhandelten, den Zusammentritt des Landtags als Grund ansahen, um sich gegen den Landtag überhaupt zu erklären und die Räterepublik zu fordern". (Erklärung vom 7. April.) „Es schien uns", so fährt das bemerkenswerte Aktenstück weiter, „als ob die Räterepublik nicht aus Überzeugung, sondern nur aus Opportunitätsgründen gefordert wird, weil einige der betreffenden Führer merken, daß die revolutionären Massen ihnen die Gefolgschaft versagen." Die U. S. P. stellte deshalb eine Reihe von Bedingungen für ihre Mitwirkung, die sachlich eine völlige Akzeptierung des kommunistischen Programms darstellen.

Die Mehrheitssozialisten hielten am Abend des 4. April eine Parteiversammlung ab, in der nach der Darstellung von Otto Thomas „der Rätegedanke marschierte". (Rote Fahne vom 12. April.) Auch das mehrheitssozialistische Organ (Münchener Post vom 17. Mai, „Wie steht es um die Partei") muß zugeben, daß „schließlich fast die Hälfte der Anwesenden knieschwach" wurde. In dieser Versammlung wurde ein Aktionsausschuß gebildet, der die weiteren Verhandlungen mit den anderen sozialistischen Gruppen führte (zunächst im Kriegsministerium). Nach der öffentlichen, unwidersprochen gebliebenen Erklärung der U. S. P., sowie nach den Ausführungen von Thomas haben die mehrheitssozialistischen Vertreter die Bedingungen der U. S. P. angenommen und sich damit „eigentlich auf den Boden des Kommunismus



gestellt" (Thomas). Die mehrheitssozialistische Beamtengewerkschaft versandte bald darauf ein Kreistelegramm an die gesamte Beamtenschaft Bayerns, in dem die Beamtenschaft von der geplanten Ausrufung der Räterepublik verständigt und zur unbedingten Unterwerfung aufgefordert wurde.[1]) Am 6. April nahm der sozialdemokratische Parteitag Oberbayern und Schwaben den Antrag Nimmerfall an, der sich mit der Errichtung der Räterepublik einverstanden erklärte, wenn sich die Mehrheitspartei, die U. S. P. und die kommunistische Partei an der Durchführung beteiligten. An einer kurz darauf abgehaltenen Urabstimmung der Münchener S. P. beteiligten sich von 20 000 Mitglieder 7 000; davon stimmte ungefähr die Hälfte für die Räterepublik. Daß die nicht abstimmenden 13 000 keineswegs als Gegner der Räterepublik zu betrachten waren, ist selbstverständlich und wird auch von mehrheitssozialistischer Seite (Münchener Post vom 17. Mai) zugegeben. Vervollständigt wird das Bild durch die Tatsache, daß am 28. April die Münchener Gewerkschaften beschlossen haben, „für die Räterepublik und das Proletariat zu kämpfen" und die „Betriebsräte als souveräne Macht anzuerkennen". (Rede Tollers auf der Versammlung der Betriebsräte vom 28. April; s. Münchener Post Nr. 99.)

Von der Regierung haben sich an den Verhandlungen beteiligt: Schneppenhorst als Verhandlungsführer, Segitz und Dürr; Hoffmann war zu jener Zeit in Berlin. Zur Rechtfertigung seiner Maßnahmen gibt Schneppenhorst (Nürnberger Rede) an, die Verhandlungen seien angeknüpft worden, um einen für den 4. April geplanten größeren Putsch der Garnison zu vermeiden. Nach der Mitteilung eines an den Verhandlungen beteiligten Unabhängigen (Neue Zeitung vom 14. Mai) hat Schneppenhorst in der Sitzung erklärt, daß er und Dürr die Soldaten der Münchener Garnison am

1) Gegen diese — besonders krasse — Einzelheit hat später der Justizminister Endres Stellung genommen (Eisenbahner vom 25. April).



Vormittag des 4. April, also zu jener Zeit, wo der landtagsfeindliche Beschluß der Garnison gefaßt wurde, aufgefordert haben, bei kommenden Ereignissen nicht auf die Arbeiter zu schießen; um einen Putsch gegen die Regierung zu vermeiden, hat also der bayerische Kriegsminister der Münchener Garnison verboten, mit Waffengewalt eine gegen die Regierung gerichtete hochverräterische Insurrektion zu unterdrücken. Diese Behauptung entspricht dem eigenen Eingeständnisse Schneppenhorsts, der in der Bayreuther Rede sagte, er habe auf die Nachricht, daß ein kommunistischer Putsch geplant sei, sofort dem Berichterstatter der Roten Fahne gesagt, „das Ministerium Hoffmann denkt nicht daran, das Proletariat niederschießen zu lassen, im Gegenteil, wenn die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und Sozialisten derart sind, daß sie nicht überbrückt werden können, sind wir die ersten, die eine Verständigung herbeiführen". Wir bemerken hiezu, daß der Minister für militärische Angelegenheiten diesen „Standpunkt" auch nach der Ausrufung der Räterepublik im Einverständnis mit Hoffmann eingenommen hat; noch am 12. April erklärte Schneppenhorst (Bayreuther Rede): „Wir wollen kein Blut fließen lassen, alle Soldaten haben Weisung, nur dann sich zu wehren, wenn sie (!) mit Waffengewalt angegriffen werden ... Was wir brauchen, ist vor allem Ruhe und Ordnung ... Das muß durchgeführt werden in Bayern, aber nicht durchgeführt werden mit Waffengewalt, oder mit der Firma Mühsam und Landauer, auch nicht mit Preußen oder Epp. Wir brauchen kein Freikorps unter Epp gegen Unruhen in Bayern; das haben wir nicht nötig, weil die Soldaten in Bayern mit der großen Mehrheit der Vernünftigen wissen, daß wir diesen Spinnern nicht nachzulaufen brauchen." Der entscheidende Umschwung in der Militärpolitik der Regierung Hoffmann-Schneppenhorst ist erst am 17. April erfolgt.

Was nun die sachliche Stellung anlangt, die Schneppenhorst in den Verhandlungen des 4. April eingenommen hat, so geht aus der von ihm veröffentlichten Erklärung nur



hervor, daß er und seine Gesinnungsgenossen den entscheidenden Entschluß so lange aufgeschoben wissen wollten, bis die Parteivertreter im Lande davon Stellung genommen hätten. Daß Schneppenhorst persönlich unter gewissen Voraussetzungen (Herstellung der sozialistischen Einheitsfront, Befragung der sozialistischen Landesorganisation) für die Räterepublik eingetreten ist, beweisen nicht nur die Ausführungen von Thomas, Simon und der Neuen Zeitung, vielmehr auch sein eigenes Eingeständnis (Nürnberger Rede vom 9. April): „Die Münchner Genossen (die Mehrheitssozialisten) haben in einer Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt seien, mitzuwirken; es wurde dabei gesagt, im Augenblick der Gefahr dürfen wir nicht bei Seite stehen." „Ich neige der Ansicht zu, daß die Entwicklung nicht aufzuhalten ist; die Räterepublik kann unter Umständen das Schlimmste bringen, aber beiseite zu stehen in der Gefahr, konnte ich nicht übers Herz bringen".[1]) In Schneppenhorsts Rede vom 12. April befindet sich aber ein ähnlicher Hinweis nicht mehr. Schneppenhorst reiste am 5. April ab, die Münchener warteten aber das Ergebnis seiner Ermittlungen nicht ab, sondern riefen auf eigene Hand die Räterepublik aus.

Überblickt man auf Grund dieses kurz skizzierten Materials die Entstehungsgeschichte der Münchner Räterepublik, dann wird das Urteil verständlich, mit dem Otto Thomas seine Darstellung abschließt: die dritte Revolution sei durch eine Überrumpelung zu Stande gekommen; diese Überrumpelung war dadurch entstanden, daß eine Anzahl Mitglieder der Landtagsregierung, eine Anzahl

1) Nach einer Mitteilung des mehrheitssozialistischen Rechtsanwalts Dr. Ph. Löwenfeld in der „Neuen Zeitung" (vom 21. Mai) hat sich Schneppenhorst während der Verhandlungen ehrenwörtlich verpflichtet, für die Räterepublik zu wirken; außerdem habe Schneppenhorst die Äußerung getan, „er brauche ein Militär, das bereit sei, unter Umständen auch gegen den Landtag zu marschieren".



Mitglieder des Zentralrats auf Grund der Vorgänge in Augsburg zu übereilten Entschlüssen kamen, die dann in den Händen Landauers und Mühsams zusammenliefen." Ganz ähnlich versichert der Gewährsmann der „Neuen Zeitung", daß nach seiner Ansicht „Landauer und Mühsam und verschiedene andere Herrn durch die Bereitwilligkeit der Mehrheitssozialisten (womit der Einsender hauptsächlich Schneppenhorst meint) in dem Gedanken der Verwirklichung der Räterepublik bestärkt worden" seien.

Zwei Tatsachen können nach allem als feststehend angesehen werden.

Erstens: Mitglieder (zum wenigsten ein Mitglied) der vom Landtag bestellten Regierung, die einer Partei angehörten, die sich „grundsätzlich" zur Demokratie bekennt, haben mit notorischen Hochverrätern nicht nur Unterhandlungen angeknüpft, sondern waren auch — wenigstens zeitweise — gewillt unter gewissen, im entscheidenden Punkt belanglosen Voraussetzungen und mit gewissen Bedenken bei diesem Hochverrat mitzumachen; belanglos sind die Voraussetzungen hier deshalb, weil auch das Einverständnis der sozialistischen Landespartei nichts an dem Charakter der geplanten Umwälzung geändert hätte. Der Minister für Militärangelegenheiten hat außerdem das Münchner „stehende Heer", das er nach Punkt 5 des Aktionsprogramms vom 5. März hätte sofort auflösen müssen, wissen lassen, daß die Truppen etwa geplante hochverräterische Maßnahmen nicht mit Waffengewalt abwehren dürften, daß im Falle hochverräterischer Bestrebungen er und die Regierung sich mit den aufrührerischen Elementen „verständigen" würde; er hat dies getan, obwohl er wissen mußte, daß solche Stellungnahme die an sich schon völlig zuchtlosen Horden direkt und unmittelbar zum Hochverrat reizen mußte. Zudem ist die Frage noch völlig ungeklärt, auf wessen Veranlassung die Truppen den Putsch ausführen wollten, zu dessen Vermeidung nach Schneppenhorst die Verhandlungen erforderlich gewesen sind.



Zweitens: Führende Persönlichkeiten der Münchner mehrheitssozialistischen Partei und ebenso die offizielle Organisation dieser Partei (Gautag) haben die gleiche Politik der Preisgabe ihrer demokratischen Grundsätze getrieben; große Parteiorganisationen sowie sehr erhebliche Teile der Partei und der ihr nahestehenden Organisationen haben sich in den Dienst des Hochverrats gestellt.

Ohne diese Haltung der Regierungsmitglieder und der mehrheitssozialistischen Partei wäre menschlicher Voraussicht nach die Gründung der Räterepublik in München in jenen Tagen gescheitert. Die Motive für solche Stellungnahme liegen auf der Hand: Man wollte die entgleitenden Massen wieder in die Hand ihrer Führer bringen, man wollte die schwankende persönliche und politische Macht der Führer und der Partei wieder festigen, man wollte zugleich auf die links der Mehrheitspartei stehenden sozialistischen Gruppen einen mäßigenden Einfluß gewinnen. All das kann aber die Preisgabe der Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates weder rechtfertigen, noch konnte es den Gang der Dinge irgendwie entscheidend beeinflussen. Der Stein kam ins Rollen, er blieb zunächst auf jenem Teil der abschüssigen Ebene liegen, der von den Unabhängigen eingenommen ward, er rollte dann durch seine Schwerkraft weiter zum Kommunismus, und die Blutdiktatur der Levin und Egelhofer schloß die Entwicklung.

LXXI.

Die Hamburger Fälschungen.

(Schluß.)

Vorhin hatte ich gesagt, daß der Ausgangspunkt der Forschungen von Peitz die Beschäftigung mit dem Liber Diurnus gewesen sei. Durch die Anwendung seiner Forschungsergebnisse auf diesem Gebiete sind zwar sehr viele Fragen der Hamburger Überlieferungen geklärt worden, aber ein anderer großer Teil der Schwierigkeiten hätte sich damit allein doch nicht ausräumen lassen. Da kam der tief in die tatsächlichen Verhältnisse eindringende Verstand des Verfassers der Lösung des Rätsels auf die Spur. Er fragte sich: wie kommt es, daß völlig einwandfreie Urkundentexte unter falschem Ausstellernamen und falschem Datum laufen? Die Antwort fand Peitz, indem er sich das Schicksal der alten Urkunden vergegenwärtigte.

Ungefähr bis in die Mitte des 11. Jahrhunderts hinein verwendete die päpstliche Kanzlei für ihre Urkunden den Papyrus. Dieser aus Ägypten und Sicilien stammende Beschreibstoff wurde aus einer Binsenart angefertigt und war nicht sehr haltbar. Die römische Kanzlei beschrieb den Papyrus mit einer weit laufenden, raumverschwendenden Schrift, wodurch auch Urkunden mäßigen Umfanges schon eine räumliche Ausdehnung erhielten, von der sich der Laie nur schwer einen Begriff machen kann. Bei den ungemein großen Zeilenabständen und der Unterbringung von durchschnittlich zwölf bis vierzehn Worten auf einer Zeile wuchsen

sich die päpstlichen Papyrusdiplome zu meterlangen Papyrusstreifen aus. Bei den Hamburger Diplomen handelt es sich, roh gerechnet, um Schriftstücke von 550 bis 1500 Worten, woraus man ungefähr entnehmen kann, wie groß die Zeilenzahl derselben gewesen sein muß. Da der Papyrus gegen das Zusammenfalten recht empfindlich war, so pflegte man die Urkunden durchgängig zu rollen, meistens so, daß der Anfang nach innen und das Ende mit dem Bleisiegel nach außen kam.

Die Schriftart, die man in der päpstlichen Kanzlei verwendete, war eine ganz genau vorgeschriebene und unterschied sich von derjenigen in anderen Kanzleien und in anderen Ländern scharf. Auch waren ganz bestimmte Merkmale in der Anordnung des Urkundentextes üblich, wie das in jeder geordneten Kanzlei, erst recht aber in einer so ehrwürdigen und alten, wie es die päpstliche ist, vorgeschrieben war.

Die Hamburger Urkunden, wie sie uns heute im Staatsarchiv von Hannover vorliegen, sind im Gegensatz zu diesen Erfordernissen erstens auf Pergament, statt auf Papyrus geschrieben, zweitens weisen sie nicht die römische Schriftgattung, die päpstliche Kanzleikuriale, auf, sondern sind in deutscher Urkunden- und Buchschrift geschrieben, drittens sind die aus Blei geprägten Siegel, die in ganz bestimmter Weise an den Urkunden befestigt wurden, hier einfach an die einzelnen Pergamentblätter angebunden oder liegen auch nur lose bei. Gegenüber einem solchen Befund mußte sich gewiß gleich der Verdacht einer Fälschung regen, wenn man annahm, daß diese Pergamenteinzelblätter den Anspruch erhoben, als vollwichtige päpstliche Originalurkunden zu gelten. Denn an der äußeren Form fehlte so ziemlich alles, was in dieser Beziehung das Wesen einer kurialen Originalbulle ausmachen muß.

Die zweite Möglichkeit ist, daß wir es mit bloßen Abschriften von originalen Papyrusurkunden zu tun hätten. Die Pergamentblätter wären dann als Originalersatz anzusprechen. Um das zu können, müßte aber die Technik



des Aufbaues der Urkunden als völlig einwandfrei erwiesen werden in dem Sinne, daß die Päpste, denen die Urkunden zugeschrieben werden, und die als ausführende Kanzleibeamte in den Urkunden genannten Personen jeweils nachweisbar zu einander gehören; ebenso wäre erforderlich, daß die Bleisiegel nachweisbar auch dem Papste zugewiesen werden könnten, an dessen Urkunde sie hängen. Um es kurz zu sagen, die gesamte Textanordnung und der gesamte Einzelinhalt sowohl wie die Gesamtheit des Inhaltes müßte den Anforderungen entsprechen, die wir aus unserer Kenntnis der päpstlichen Kanzlei heraus für jede einzelne Urkunde als notwendig erweisen zu können glauben. Zudem müßten die zeitgeschichtlichen Beziehungen, die in den Urkunden vorkommen, mit dem übereinstimmen, was uns auch anderseitig glaubwürdig überliefert ist.

Erfüllen die Hamburger Pergamenturkunden solche von der Urkundenkritik erhobenen Forderungen nicht, dann wird das Urteil auf Fälschung lauten müssen.

Nun finden wir weiterhin, daß die Formen der Eigennamen in den Diplomen vielfach einer späteren Zeit angehören, beispielshalber daß man etwa Ludwig schrieb, wo man einem früheren Brauche entsprechend Ludewig hätte erwarten müssen. Im Text der Urkunden werden Dinge erzählt, die erst viel später möglich gewesen sind. „Rechte", so sagt der Verfasser zusammenfassend, „die erst dem 11. Jahrhundert angehören können, sind hier schon in der Mitte des 9. Jahrhunderts aufgezählt, Gewohnheiten, die in Rom selbst erst im 10. Jahrhundert in Aufnahme kamen, werden hier bereits im Hamburg des 9. und 10. Jahrhunderts als päpstliche Ehrenrechte vorausgesetzt."

„Kurz wenn irgendwo, so scheinen hier innere und äußere Merkmale sich zu vereinigen, um die Urkunden nicht nur zu verdächtigen, sondern für die Zeit, in die sie versetzt waren, als ganz unmöglich mit Sicherheit zu erweisen. Eine Fälscherarbeit und einen Fälschungszweck brauchte man ebensowenig lange zu suchen. Sie lagen sozusagen auf der Hand. Sie

entsprachen zudem vollkommen dem Bilde, das man sich nach dem Berichte eines Augen- und Ohrenzeugen . . . Adams von Bremen, von den ehrgeizigen Bestrebungen der Hamburger Erzbischöfe gegen Ende des 11. Jahrhunderts machen mußte. Die Annahme einer bewußten Fälschung schien naheliegend und unabweisbar.

Dazu kam ein Weiteres: Eine hochgeschätzte Quelle, die mit den Anfängen der Hamburger Kirche sachlich und zeitlich im engsten Zusammenhang steht, die Lebensbeschreibung des ersten Hamburger Erzbischofes St. Anskar, von (Rimbert) seinem treuesten Schüler und vertrautesten Begleiter, seinem Nachfolger auf dem Erzstuhle selbst verfaßt, schien die Fälschung geradezu zu verbürgen. . . . Zudem trafen sich bei der Untersuchung der älteren Hamburger Urkundenüberlieferung die Diplomatik der Kaiser- und Königsurkunden und die Papstdiplomatik in ihren Urteilen. Kaiserliche und königliche Urkunden für das nordische Erzbistum waren ganz frei erfunden oder stark verfälscht, und die gleichen Fälschungsanzeichen wie in den päpstlichen Bullen fanden sich auch hier. Die Gleichheit der Mache und das gleiche Maß der Unkenntnis wie die Fälscherdreistigkeit schienen bei beiden Gruppen klar."

Diese Ausführungen aus der Feder von Peitz geben ein ungemein anschauliches Bild von dem, was alles auszuräumen war, sollte die Hamburger Urkundenüberlieferung wieder makellos dastehen.

Wenn man die Beobachtung ausspricht, daß die angeblichen Hamburger Fälschungen nur genau so weit reichen, wie der Gebrauch des Papyrus in der päpstlichen Kanzlei reichte, so wird mancher Sachverständige entgegnen, daß damit keine besondere Entdeckung ausgesprochen wird. Wenn dem so ist, so wird man wohl mit der Bemerkung antworten können: „Wenn Ihr das längst gewußt habt, warum habt Ihr es dann versäumt, daraus auch die entsprechenden Folgerungen zu ziehen?" Peitz erwähnt diese Beobachtung des zeitlichen Zusammenfallens in seinem Buche, zieht aber



daraus Schlüsse von solcher Tragweite, daß man daraus die Genialität des Peitz'schen Vorgehens klar ablesen kann.

Man muß im Auge behalten, daß es im Mittelalter allgemeinste Gepflogenheit war, sich die Rechte und Vorrechte, die man besaß, von Zeit zu Zeit von Papst und Kaiser neu verbriefen zu lassen, weil man darin mit Recht eine gesteigerte Festigung derselben erblickte. Wollte man das, dann war es notwendig, daß man der päpstlichen Kanzlei sowohl wie der kaiserlichen den rechtmäßigen Besitz der Rechte und Vorrechte glaubhaft machen mußte. Und das konnte nur durch Vorlegung von früheren Verbriefungen, von sogenannten Vorurkunden geschehen.

In damaliger Zeit war der Verkehr mit Rom, wenn man von der nur in beschränktem Umfange möglichen Benutzung der Wasserstraßen absieht — die aber für Italien aus geographischen Gründen ausgeschlossen war — nur zu Pferde möglich. Wenn auch die Erzbischöfe oder deren Abgesandte wohl mit einem oder zwei Saumtieren reisten, die das notwendige Gepäck für eine mehrmonatliche, die Alpen zweimal kreuzende Fahrt trugen, so mußten eben die umfangreichen Papyrusrollen doch eng gepackt werden. Peitz macht hierzu folgende lehrreiche Bemerkungen:

„Die Untersuchung der Pallienformulare des Liber Diurnus in ihrem Verhältnis zu den verhältnismäßig wenigen überlieferten Pallienurkunden ... gibt uns auch den Grund, warum gerade diese Urkunden in kurzer Zeit so stark leiden und eben in Anfang und zu Ende auf das Schwerste beschädigt werden mußten. Seit Alters waren in Rom bei Gesuchen um Übertragung des Palliums an den neugewählten Inhaber eines Erzstuhles die Palliumurkunden der Vorgänger zur Beglaubigung des beanspruchten Ehrenrechtes einzureichen. Eine solche Vorlage aber konnte naturgemäß in einer Zeit, da noch der Papyrus die päpstliche Kanzlei beherrschte, für jene älteren Bullen nur die allerverhängnisvollsten Folgen haben. Anfang und Ende mußten bei den Papyrusrollen in kurzer Frist zugrunde gehen und damit waren Protokoll und Eschatokoll dem Verluste oder



der Vernichtung preisgegeben. Die schweren Bleibullen, der weite Weg, die Art des Transportes, mußten die Zerstörung beschleunigen. Wer wochenlang zu Pferd fast verkehrslose, weltentlegene Tropengegenden über Berg und Tal . . . durchzogen hat, kann sich eine Vorstellung davon machen, wie solche Fahrten auch bei denkbarster Vorsicht auf ähnlich gebrechlichen Schreibstoff, auf solch umfangreiche Rollen wirken mußten. Nur weil Hamburg schon so bald um sein Daseinsrecht zu kämpfen hatte, war man hier gezwungen, Abschriften der älteren, für den eigenen Bestand grundlegenden und maßgebenden Urkunden anzufertigen. Bevor diese der gänzlichen Vernichtung anheimgefallen waren, war man genötigt, bei der öfteren Erneuerung des Prozesses auch die alten Urkunden aufs neue zu vervielfältigen und in Bereitschaft zu halten. Wie oft sind nicht nachweislich die Bullen Gregors IV. und Nikolaus' I. in Rom vorgelegt worden!"

Zu dieser anschaulichen Schilderung passen einige andere Bemerkungen, die im Texte verstreut sind und hierher gehören:

„Die älteren (Pallienbullen) waren damals (gegen Schluß des 12. Jahrhunderts) bereits in elendestem Zustande, die jüngeren nur am oberen Rande stark verletzt, am unteren teilweise noch erhalten. Sämtliche Urkunden aus der Zeit des Papyrus wurden nun in Einzelabschriften übertragen, die abgefallenen Bleibullen, so gut es glücken wollte, verteilt." Von besonderer Bedeutung ist der folgende Hinweis: „Verständlich wird das Ganze, wenn ein altes Urkundenfragment die Vorlage bildete. Dann wird der ganze Zusammenhang der Hannoverschen Einzelabschriften klar. Es handelt sich um das Bestreben, von dem alten Archivbestand zu retten, was zu retten war. Die Papyrusoriginale gingen unaufhaltsam der völligen Vernichtung entgegen. Man versuchte, sie durch Abschriften zu ersetzen, war aber jetzt darauf angewiesen, die Fragmente mit eigenen Hilfsmitteln zu ersetzen." Wie man sich das zu denken hat, besagt eine andere Bemerkung des Verfassers: „ . . . als man die Einblattabschriften fertigte, waren die alten Papyrusurkunden zerfetzt, die Schlußstreifen mit den Bleibullen waren abgefallen, — man fügte die Fragmente den Urkunden an, so wie es eben zu passen schien."



Das, was in Hamburg geschehen war, stellt sich demnach als ein außerordentlich einfacher, verständlicher und notwendiger Vorgang dar. Man hatte einen großen Haufen Brocken daliegen, die aus Bruchstücken von Texten, aus Urkundenköpfen und Urkundenenden bestanden. Bei den ungemein geringen Hilfsmitteln kritischer Art, die man damals in Hamburg für die Ordnung eines solchen Chaos hatte, kamen dann in aller Gutgläubigkeit die verwegensten Zusammenstellungen zustande, die ein heilloses Durcheinander bedeuteten. Und doch hatte man nur die Absicht gehabt, den alten Bestand soweit tunlich wieder aufzubauen. Wenn die Hamburger Kleriker daran jämmerlich gescheitert sind, so mag man das betonen, so kräftig man will, aber man lasse jede Fälscherabsicht beiseite, denn davon kann hier offensichtlich nach keiner Richtung hin die Rede sein.

Einzig und allein dieser so naheliegende und doch vor Peitz noch nie in seinen hochbedeutsamen Folgen erkannte Werdegang der heute vorhandenen Pergamente klärt den Befund restlos auf. Das ist ein Verdienst, das man mit größter Dankbarkeit anerkennen muß, weil dadurch der Erforschung der älteren Papsturkunden überhaupt völlig neue Wege gewiesen werden. Diese Wege kann aber nur der mit Sicherheit gehen, der in alle Geheimnisse des kurialen Vorlagenbuches, des Liber Diurnus, eingedrungen ist.

Im Einzelnen möchte ich noch auf einige Besonderheiten bei diesem Abschriftenvorgang hinweisen.

Wir können auf den Pergamentblättern eine ganze Reihe roh ausgeführter Rasuren sehen. Dieselben sind zum Teil so oberflächlich gemacht, daß man noch den zuerst geschriebenen Text mit einiger Mühe entziffern kann. Man hatte sich also gar keine Mühe gegeben, die nachträglichen Eintragungen durch sorgfältiges Radieren und Wiederglätten des Pergamentes zu verschleiern. Ein Fälscher wäre in dieser Beziehung zweifellos ganz anders vorgegangen. Die ganze Sache liegt also ungemein harmlos nach jeder Richtung hin.



In den päpstlichen Diplomen steht bekanntlich der Name des ausstellenden Papstes stets an der Spitze der Urkunde zusammen mit der Formel servus servorum Dei, Knecht der Knechte Gottes, und dann folgt der Name und Titel des Empfängers der Urkunde mit einem Segenswunsche. Nun ist es auf einer der Pergamentabschriften sogar vorgekommen, daß man den Namen des Papstes ausradiert und einen andern darüber geschrieben hat. Das kam daher, daß man nachträglich gemeint hatte, daß der Inhalt der Urkunde nicht in die Zeit des zunächst gewählten Papstes passen könnte, sondern mit mehr Recht einem anderen zugeschrieben werden könne. Man wollte also, und das ist das Interessante dabei, keine, wenn auch unfreiwillige Fälschung begehen und löschte darum den ersten Namen und schrieb den für richtig gehaltenen zweiten hinein.

Mit den Schlußzeilen der Datierungen ergaben sich womöglich noch größere Schwierigkeiten. Die Datierung der päpstlichen Urkunden erfolgte nicht so, daß man das Jahr nach Christi Geburt hineinschrieb, sondern nur die Regierungsjahre des Papstes und öfters auch die des Kaisers werden genannt. Zum Beispiel: Gegeben am 1. Juni durch die Hand des Primicerius des Heiligen Apostolischen Stuhles unter der Herrschaft des ehrwürdigen Papstes im 15. Jahre seiner Regierung und der zwölften Indiktion. Stünde in diesem Datum auch der Name des Papstes, dann wäre schon vieles gewonnen; so aber boten die verschiedenen abgebröckelten Datumszeilen nur in den allerseltensten Fällen den ungemein bescheidenen und engen kritischen Behelfen der damaligen Hamburger erzbischöflichen Kurie brauchbare Handhaben zu richtiger Verwendung.

Von den Bleisiegeln ist gesagt worden, sie seien auch Fälschungen. Niemand hat sich aber die Mühe gegeben, uns anzudeuten, wie man ein so apodiktisches Urteil ohne jede Begründung zu verstehen habe. Peitz hat darum Recht, wenn er Aufschluß verlangt, indem er schreibt: „Wie denkt man sich ferner eigentlich die Technik derartiger Bullen-



fälschungen? Handelte es sich um Nachguß? Den müßte man sofort erkennen können. Oder schnitt man für jede einzelne dieser angeblichen Fälschungen zunächst die entsprechenden zwei Stempelmatrizen und prägte damit die Bleibulle? Wurde aber so viel Mühe auf die Fälschungen verwandt, warum dann nicht etwas mehr Sorgfalt in deren Ausführung, in der Behandlung der Schrift, in der Auswahl der passenden Bullenvorlagen, in den aus vorhandenen Urkunden zu entnehmenden Datierungen und Protokollen?

Wie man sieht, zerpflückt Peitz mit einer Reihe geschickter Fragen die Fälschungstheorie ganz unbarmherzig. Man hatte ein solches Urteil abgegeben, ohne sich auch nur zu fragen, ob angesichts des Befundes und der Formulare im Liber Diurnus nicht eine andere Erklärung notwendiger Weise vorhanden sein müsse.

Auf Grund meiner eingehenden Beschäftigung mit den päpstlichen Siegelbeamten — den Bullatoren — des 13. bis 16. Jahrhunderts kann ich feststellen, daß es eine ungemein harmlose Ansicht ist, wenn man glaubt, daß man im Mittelalter leicht überall Bleibullen hätte fälschen können. Wenn die päpstliche Kanzlei innerhalb zwei bis drei Wochen nach der Wahl eines neuen Papstes durchschnittlich im Stande war, den Namensstempel desselben herstellen zu lassen, so mußte man anderwärts, wenn man Stempel- und Siegelschneider in Anspruch nehmen wollte, oft recht weit ins Land hineinschicken. Sie waren außerordentlich dünn gesät. Meines Wissens haben wir keine einwandfrei beglaubigte sichere Kunde aus dem früheren Mittelalter bis etwa 1100, daß zum Zwecke der Fälschung einer oder einiger Bleibullen ein so kostspieliger Apparat in Bewegung gesetzt worden wäre, wie es für jene Zeiten die Beschaffung von entsprechenden Prägestöcken für diese Fälschungen gewesen wäre. Hierbei schließe ich die mehr oder weniger wahrscheinlichen Behauptungen solcher Vorgänge natürlich aus. Was wir sicher wissen, ist, daß spätere Fälscher die Bleibulle des lebenden Papstes nachgeschnitten haben, um mit



den falschen Stempeln eine Fülle von gefälschten Urkunden zu versehen, die sie für teures Geld verkauften. Das hatte, wenn man so will, einen Sinn. Das andere Verfahren, Bullen längstverstorbener Päpste zu einmaligem Gebrauch herzustellen, lag den mittelalterlichen Fälschern völlig ferne. Das sollte man aus der Urkundenkritik ausschalten, bis es einmal gelingen wird, dafür den schlüssigen Beweis zu liefern. Fragen der Bleibullenkritik, die man nicht beantworten kann, mit der bequemen Behauptung abzutun, die Bullen seien gefälscht, ist meines Erachtens sehr wenig wissenschaftlich, zumal dann, wenn man sich nicht einmal die Mühe gibt, den Nachweis der Fälschung zu versuchen und die Art der Herstellung glaubhaft zu machen.

Am Schluß des dritten Abschnittes, in dem Peitz die Pallienurkunden untersucht hat, schreibt er in seiner vorsichtigen, zurückhaltenden und doch recht deutlichen Weise:

„Die Urkundentexte selbst, wie sie vorliegen, können keine Fälschungen sein. Die angeblich sicheren Fälschungsmerkmale können nur gegen Urkundenteile geltend gemacht werden, in denen sie sich finden: Protokoll bezw. Eschatokoll. Das heißt aber nichts anderes, als daß zur Zeit, aus der unsere Abschriften stammen, in Hamburg der Versuch gemacht wurde, herrenlose Urkundenstücke unterzubringen. Reste von Papyrusoriginalen, die den abgebrochenen Anfangs- und Schlußteilen der Bullen entsprechen, wurden ergänzt, so gut es gehen wollte, und den Urkunden zugeteilt, so gut man es verstand. . . . Gelehrte antiquarische Arbeit des 12. oder 13. Jahrhunderts, nicht Fälschung, hat uns gerade von einem deutschen Erzbistum fast die ganze Kette der älteren Palliumverleihungen erhalten. Auf die Datierungsangaben der Urkunden freilich, das ergibt sich daraus ebenso, ist kein voller Verlaß: Vertauschung von Eschatokollen und Eschatokollresten kam nachweislich vor. In dem einen oder anderen Falle mag es sich auch um einen rein willkürlichen Ergänzungsversuch durch Beifügung frei erfundener Formelteile als Ersatz für verlorene Fragmente handeln. Zudem ist jedenfalls nicht der gesamte Urkundenbestand der ältesten



Hamburger Kirche uns gerettet worden. Datierungen der überlieferten Kopien können verlorenen Originalen angehören."

Wilhelm Peitz hat in Aussicht gestellt, daß er auch noch andere Fälschungsnester von hohem Ruf auszuheben gedenkt, da deren Inhalt mit ebenso unzulänglichen Gründen unrechtmäßiger Weise verdächtigt worden ist.

Es entspräche aber der universalen Auffassung, die Peitz von seiner Tätigkeit hat, wenig, wenn er sich bei diesen epochemachenden Ehrenrettungen beruhigen wollte. Er strebt nach Höherem. An einigen Stellen seines Buches deutet er seine Absichten an. Dieselben gehen auf eine Neufundierung der Urkundenkritik für die mittelalterliche Zeit aus, eine Möglichkeit, die durch eine sinnvolle anatomische Zerlegung die Formulare des päpstlichen Kanzleibuches, genannt Liber Diurnus, in die Wege geleitet wird. Die sorgfältige Bloßlegung der in vielen Formularen des Vorlagenbuches angehäuften Schichtungen führt bis ins graueste christliche Altertum, fast bis an das Totenbett des letzten Apostels, des heiligen Johannes, der um das Jahr 100 starb, hinauf. Peitz hat die fast unglaubliche Tatsache daraus bewiesen, daß damals, gegen Anfang des zweiten Jahrhunderts, schon eine mit festen Formularen arbeitende päpstliche Kanzlei bestand. Die Auseinandersetzungen über diese Frage finden wir in seinem oben beiläufig erwähnten Aufsatze: „Das Glaubensbekenntnis der Apostel", der im Märzheft (1918) der Zeitschrift: „Stimmen der Zeit" erschienen ist. An der Hand der Formulare 73, 84 und 85 des Liber Diurnus erschließt Peitz vor dem staunenden Auge des Lesers schrittweise rückwärts gehend das lateinische Ursymbol oder Bekenntnis der römischen Kirche. Dasselbe erweist sich aus rein philologisch-sprachlichen Rücksichten als aus dem Aramäischen übersetzt, also aus der Mutter- und Umgangssprache der Apostel. Das Gleiche trifft für die griechische Fassung zu.

All das bedeutet nicht mehr und nicht minder, als daß wir es hier mit einem Glaubensbekenntnisse zu tun haben,



das von allen Aposteln in der von ihnen vereinbarten aramäischen Fassung überall hingetragen und dann jeweils in die Landessprachen übersetzt wurde.

In diesen trockenen Kanzleiformularen liegt also der Beweis für eine der wichtigsten und am meisten umstrittenen Fragen der christlichen Überlieferung, nämlich der Apostolizität des ursprünglichen Glaubensbekenntnisses verborgen.

Am Schlusse des zweiten Abschnittes lesen wir:

„.... Sind aber solche, wie man bisher annahm, entscheidende und unbedingt sichere Kennzeichen „plumper Fälschung" nicht maßgebend, so ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, bezüglich der Echtheitsuntersuchung der überlieferten päpstlichen Urkunden ganz andere Wege einzuschlagen, als bisher begangen wurden. Daß solche Ergebnisse auch für die Kritik der Königsurkunden nicht ohne Einfluß sind, ist ebenso gewiß. Für die Urkundenforschung ist diese Erkenntnis von hoher Bedeutung. Sie führt uns aus einer Sackgasse heraus und schafft wieder freie Bahn für neue Forschung. Sie wird uns zugleich zahlreiches neues Quellenmaterial, das als unbrauchbar beiseite geworfen wurde, als wertvolles Baugut zuführen, durch das unsere Darstellung ergänzt und in zahlreichen Punkten berichtigt werden muß. Unsere Ansicht über die weitgehende Verfälschung der Überlieferung und über die Stellung des Mittelalters zu Wahrheit und Lüge in geschichtlicher und urkundlicher Bezeugung erfährt dadurch eine grundlegende Berichtigung."

In seinem Schlußworte greift Peitz die vorstehenden Gedanken wieder auf, führt sie weiter aus und ergänzt sie durch andere Erwägungen.

Es heißt da: „Die Erkenntnis, daß Urkunden, die aus scheinbar zwingenden Gründen als Fälschungen verworfen wurden und seit langem als Schulbeispiele von Fälschungen gelten konnten, gleichwohl eine vertrauenswürdige Überlieferung verlorener Originale darstellen, hat für unsere Urkundenlehre die allergewichtigsten Folgen. Nicht nur für die Diplomatik der Papstbullen, auch für jene der mittelalterlichen Kaiser- und Königsurkunden müssen wir in wesentlichen Punkten neue Forschungswege ein-



schlagen und die Grundlagen unserer Wissenschaft erneuter Nachprüfung unterziehen. Die Folgerungen, die sich in methodischer Hinsicht ergeben, werden erst später, wenn noch eine Reihe weiterer angeblicher Fälschungsgruppen untersucht sein wird, in eigenen Beiträgen zur Methodik zusammenzufassen sein. Denn nicht nur bei den Hamburger Urkunden, auch bei jenen für Passau-Lorch, Grado-Aquileja usw. wird sich zeigen, daß die für durchaus sicher bewiesen gehaltene Annahme von Fälschungen tatsächlich echte Urkunden ohne Grund verwarf.

„Für die Geschichte der nordischen Mission ergibt sich aus der geänderten Auffassung der Quellen die Notwendigkeit einer Neubearbeitung. Schon bald nach Unterwerfung der Sachsen hat Karl der Große die Missionstätigkeit in den neuerworbenen Ländern organisiert. Das Erzbistum Hamburg sollte den Schlußstein im großen Gebäude bilden, das er hier zu errichten gedachte, das jedoch erst unter seinem Nachfolger zur Vollendung gedieh. Nicht politische Gründe waren es in erster Linie, die Ludwig den Frommen zur Errichtung des neuen Erzbistums bewogen: der Missionsgedanke stand durchaus im Vordergrund. Die Zerstörung Hamburgs, die Gründung von Ramelsloh, die Vereinigung mit Bremen, die Stellung Ebbos, die Tätigkeit Anskars, das Verhältnis der Erzbischöfe zu den Kölner Metropoliten und ihren Suffraganen, zu König und Papst stellen sich in ganz neuem Lichte dar. Und was dort im Norden sich bildete und ausbreitete, das war nicht eine romfreie fränkische Reichskirche: Papsttum und Kaisertum arbeiteten Hand in Hand, von Hamburg aus gewinnt die Kirchenpolitik der Karolinger und ihrer Nachfolger auf dem deutschen Thron ganz neue Beleuchtung. Auch die Überlieferung einer anderen Quelle, die mit der Geschichte Hamburgs in engstem Zusammenhang steht, erfährt neue Aufschlüsse. Der Text Adams von Bremen mit seinen Zusätzen, Erweiterungen und Scholien wird durch die veränderte Auffassung von der Überlieferung der vita Anskarii von einer ganz neuen Seite erschlossen. . . , Und bei der textkritischen Behandlung unserer abschriftlichen Urkundenüberlieferung sind Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die bislang völlig über-



sehen wurden. . . . Erscheint uns hier die mittelalterliche Überlieferung in einem Lichte, das zu unserer bisherigen Art sie anzuschauen, im schärfsten Gegensatze steht, so dürfen wir wohl auch hier bereits die Folgerung ausschließen, daß Wahrheit und Lüge im Mittelalter keineswegs eine andere Beurteilung erfuhren, als wir heute ihnen gegenüber haben. Die Voraussetzungen, aus denen heraus wir unser ungünstiges Urteil über die Stellung des Mittelalters zur Erlaubtheit oder Unerlaubtheit der Fälschung schöpfen, waren irrig. Geschichtliche Aufrichtigkeit und Unbefangenheit nötigen uns, unser Urteil zu verbessern und auch in diesem Punkte unseren Altvorderen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen."

So weit Peitz in seinem Schlußworte.

* * *

Jean Mabillon, der große französische Benediktiner von St. Germain-des-Prés bei Paris, gab im Jahre 1681 das epochemachende Werk De re diplomatica (von der Urkundenlehre) heraus. Im Jahre 1704 erschien dann noch ein Supplementum dazu. Jean Mabillon hat mit diesem Werke die wissenschaftliche Urkundenlehre geschaffen und begründet und wir alle stehen dankbarlichst auf seinen Schultern. Er hat uns die Wege gewiesen, er hat die ersten Lehrsätze über die Urkundenkritik mit großartiger Meisterschaft aufgestellt, er hat damit ein Werk erstellt, das heute noch ein notwendiges Lehr- und Lernbuch für alle Geschichtsforscher ist.

Wilhelm M. Peitz ist im Begriffe, ein zweiter Mabillon zu werden. Ich bin mir durchaus dessen bewußt, was ich damit ausspreche. Ich sage es aber auch in vollster Kenntnis der bisherigen Arbeiten dieses Gelehrten. Dieselben sind so tiefgründig und so aufschlußreich, wie man schon seit langem keine in der Literatur der geschichtlichen Methodik hat antreffen können. Sie zielen, und das ist das Entscheidende bei meiner Beurteilung, alle mittelbar oder unmittelbar auf eine fast vollständige Erneuerung unserer Urkundenbehandlung und Urkundenkritik hin, sie vertiefen in ungeahnter Weise



unsere Kenntnis der Arbeitszweige in den großen Kanzleien des Mittelalters, sie leuchten mit scharfem Lichtstrahl in bisher ganz dunkle Räume und Ecken der Kanzleien und werden schließlich in ein großes Buch auslaufen, das man auch mit dem historisch gewordenen und berühmten Titel des Mabillon'schen Werkes wird schmücken dürfen: De re diplomatica.

Das sind keine Phantastereien, das sind keine Schmeichéleien, sondern nüchterne Folgerungen aus nüchtern angeschauten Tatsachen.

Am Schlusse seiner ersten Arbeit über den Liber Diurnus mit dem Titel: Überlieferung des Kanzleibuches und sein vorgregorianischer Ursprung, bringt Peitz dem großen Benediktiner den Tribut seiner hohen Verehrung dar. Zugleich gedenkt er des großen Wiener Meisters, Theodors von Sickel, den er „den Neubegründer wissenschaftlicher Diplomatik in unserer Zeit" nennt. Er ging von der Überzeugung aus, „daß die Lehre von dem Wesen der Diplome auf die Originale basiert werden muß" und dadurch seien seine Forschungen neben dem Werke Mabillons zur Grundlage und zum Ausgangspunkte der neueren Urkundenlehre geworden.

Diese freudige Anerkennung der Verdienste derer, die ihm die Wege zu seinen epochemachenden Studien geebnet haben, wollte ich hier nicht verschweigen, da sie das Bild, das wir uns von dem bescheidenen Gelehrten zu machen haben, in vornehmer Weise abrundet.

Die Alma Mater Vindobonensis, die ehrwürdige Universität in der Wiener Stadt, kann auf ihren Schüler Wilhelm M. Peitz ungemein stolz sein und der große Benediktiner Mabillon wird in dem Jesuiten Peitz einen würdigen Nachfolger haben.



LXXII.

Aus Karl Ernst Jarckes Leben.

(Fortsetzung.)

Den Seinen in Danzig gab er von diesem wichtigen Ereignis erst im Herbst Kunde.[1]) Aber schon wenige Tage nach der Konversion verfaßte er ein Konzept zu einem Schreiben, das vielleicht an den Unterrichtsminister oder an Kamptz gerichtet wurde, der eben Geheimer Rat und Direktor im Justizministerium geworden war.[2]). Darin schildert er seinen religiösen Entwicklungsgang. Dies Schriftstück ist gewiß eines der interessantesten seines Lebens.

Die Natur des Gegenstandes, den ich wage, Ew. Excellenz vertrauensvoll zu eröffnen, wird es entschuldigen, daß ich dabey den gewöhnlichen Weg der offiziellen Mittheilung verlasse und mich unmittelbar an Ew. Excellenz wendend, Hochderselben eine konfidentielle Eröffnung mache, die meine religiöse Überzeugung betrifft, welche Ew. Excellenz zu verschweigen mir mein Gewissen verbietet.

Ew. Excellenz kann ich nicht verhehlen, daß ich in allen politischen und religiösen Irrthümern unserer Zeit auferzogen und aufgewachsen bin, daß ich selbst den verderblichen Theorien, die Staat und Religion in ihrem Fundamente vernichten, anhing, weil auf diese mich alles leitete, was ich seit frühester Kindheit gehört, gelesen und gelernt hatte. Statt der Religion, die wie ein unbeweglicher Angelpunkt die unerschütterliche Basis des ganzen Lebens seyn soll, war mir der Zweifel überliefert, und ein seichter Deismus diente nur dazu, mir die traurige Lücke, die aus der gänzlichen Abwesenheit alles sicheren und positiven Glaubens entstand, zu verdecken.

---

1) Förstemann, 97, 176.

2) Das Konzept trägt keine Adresse; es ist auch möglich, daß es für den Geheimen Rat Rehfues bestimmt war.

Nur eines war mir in dieser Armuth des geistigen Lebens geblieben, nämlich die Sehnsucht nach der Wahrheit und der entschlossene Wille, nie wider mein Gewissen zu handeln oder meine Überzeugung aus unlauteren Gründen zu unterdrücken. So hat mich denn zuerst die göttliche Vorsehung durch ein eifriges Studium der Jurisprudenz und ihrer historischen Grundlagen zu der festen Überzeugung geführt, daß der Gehorsam gegen das bestehende Recht die heilige Pflicht des Einzelnen sey und daß es in jeder Beziehung zum Verderben führe, wenn man die subjektive Freyheit des Individuums als das unveräußerlichste Menschenrecht, die subjektive Überzeugung aber als die einzige und höchste Autorität hinstellt. Unmittelbar an diese gewonnene Ansicht aber, welche mich entschieden den liberalen Grundsätzen der Zeit gegenüberstellte, schloß sich die Überzeugung, daß alle Staats- und Rechtswissenschaft nur in der positiven Religion eine sichere und unerschütterliche Grundlage finden könne, ein Satz, auf den ich umso unvermeidlicher kommen mußte, als die Schriften der liberalen Wortführer unserer Zeit unaufhörlich auf den engen Zusammenhang zwischen den religiösen und politischen Ansichten verweisen. Je lebendiger diese Überzeugung in mir wurde, desto lebhafter fühlte ich den Mangel fester religiöser Grundsätze und an mir selbst wurde ich mit Erstaunen gewahr, wie der Rationalismus in der Religion alles Positive vernichtend nur den leeren Namen des Christenthums hatte bestehen lassen. Denn ich selbst erfuhr erst um jene Zeit etwas von der Menschwerdung Gottes in Christo, welche Wahrheit meine ganze Erziehung mich nur als orientalischen Redeschmuck hatte betrachten lehren und ich sah mit Erstaunen, daß ich, und mit mir so viele Andere mitten in Deutschland, wo das Evangelium vielleicht schon seit anderthalb Jahrtausenden gepredigt war, mich bisher genau auf demselben Standpunkte befunden hatte, welchen auch schon die Völker des Alterthums vor der Erscheinung des Herrn theilten.

Hatte ich einmal diesen Gesichtspunkt gefaßt, so war es moralisch unmöglich das lebendige Interesse zu unterdrücken, welches ich daran gewonnen, diesen Faden weiter zu verfolgen,



aber schon der nächste Schritt führte mich auf den Punkt, wo die Wege der katholischen Kirche und des Protestantismus sich scheiden.

Ew. Excellenz werden nach dem, was ich soeben über meinen früheren Religionsunterricht bemerkt habe, es gewiß nicht mißbilligen, daß ich hier vollkommenste Unparteylichkeit zu bewahren suchte. Auf keinen Fall konnte ich aber den Haß so vieler jetzt Lebenden gegen alles Katholische theilen und ich hielt es für ein Unrecht Partey zu ergreifen ohne den zu Verdammenden erst gehört zu haben.

So mußte ich also, um mir ein eigenes Urtheil möglich zu machen, neben den Quellen der protestantischen Konfessionslehre auch die symbolischen Bücher der katholischen Kirche lesen und diese Untersuchungen haben mehrere Jahre hindurch alle meine Nebenstunden ausgefüllt und mein angestrengtes Forschen in Anspruch genommen. Ich würde mich selbst verachten und verdammen müssen, wenn ich mich scheuen sollte auszusprechen, daß das Resultat dieser Untersuchung und eigenen Prüfung schon seit geraumer Zeit bey mir die feststehende Überzeugung ist, daß die objektive Wahrheit allein in der katholischen Kirche niedergelegt ist und daß von der Anerkennung und Aufnahme dieser Wahrheit das Heil meines geistigen Lebens abhängt. Denn wiewohl ich glaube, daß die göttliche Liebe den, der im guten Glauben einer Ansicht folgt, die objektiv nicht die richtige ist, seines unverschuldeten Irrthums wegen nicht verstoßen wird, so enthält das bewußte Abläugnen und Widerstreiten gegen die erkannte Wahrheit einen Verrath an dem Göttlichen, den ich nicht auf mein Gewissen laden will, und die Wahl zwischen der Verachtung der Welt, ja vielleicht der Zerstörung meines ganzen Lebensglücks und meinem innern Frieden ist mir keinen Augenblick zweifelhaft gewesen. Ich habe also das gethan, was ich nach den Anordnungeu meines Gewissens nicht unterlassen konnte, indem ich vor wenigen Tagen das römisch-katholische Glaubensbekenntnis ablegte.

Ich würde diesen Schritt gänzlich mit Stillschweigen übergehen, da die Weisheit unserer Gesetzgebung jedem Unterthanen



des preußischen Staats das Recht der politischen Gewissensfreyheit garantiert und die Verschiedenheit der Confession lediglich als Privatsache behandelt und habe ihn auch, um alles Auffallende zu vermeiden und dadurch der Universität Bonn nicht nachtheilig zu werden, lediglich als solche behandelt und in möglichster Stille gethan. Aber meine Stellung als akademischer Lehrer auf einer paritätischen Universität legt mir die Pflicht auf, Ew. Excellenz diese Anzeige zu machen und zugleich hieran einige Bemerkungen zu knüpfen, durch welche ich die Besorgnisse, welche sich, wie ich nicht verkennen kann, leicht bey Ew. Excellenz erzeugen könnten, zu entfernen hoffe.

Es ist mein fester und entschiedener Vorsatz, nie mich einer fanatischen Heftigkeit und eines zudringlichen Glaubenseifers bey der Vertheidigung der Wahrheit schuldig zu machen, zu welcher ich zurückgekehrt bin. Vielmehr bin ich fest überzeugt, daß, nachdem im christlichen Europa der Riß einmal entstandener Trennung durch den Lauf von Jahrhunderten erweitert worden ist, auch kein Einzelner, am wenigsten ich, im Stande seyn kann der Geschichte eine entscheidende Wendung zu geben, ja daß ein solcher Versuch und Vorsatz von Seiten des Einzelnen eine frevelhafte Vermessenheit ist, welche den Wegen der Vorsehung vorzugreifen sucht. Die Pflicht des Einzelnen, wie auch seine religiöse Überzeugung seyn möge, ist zumal nach unsern heutigen Staatsverhältnissen immer, die duldsamste Friedfertigkeit gegen die Andersdenkenden zu beobachten, die im Staate gleiche Rechte genießen, da das entgegengesetzte Verfahren nur zu einer größeren Entfremdung der Gemüther führen kann. In diesem Sinne gedenke ich auch mein akademisches Lehramt ferner wie bisher zu üben, und ich wage hiebey Ew. Excellenz noch darauf aufmerksam zu machen, daß die Fächer, mit denen ich mich bisher beschäftigt habe, nämlich das Criminal- und Staatsrecht so wie auch der Vortrag des preußischen Landrechts, den ich später zu übernehmen gesonnen bin, ohnedies auf die Verschiedenheit der Confession nicht den mindesten Bezug haben.

Was übrigens meine weitere irdische Zukunft betrifft, so nöthigt mich gegenwärtige Veranlassung Ew. Excellenz auch



hierüber meine unterthänigsten Wünsche zu eröffnen. Nachdem ich durch eine zweijährige Thätigkeit als Privatdozent das Glück gehabt habe mir den gnädigen Beyfall Ew. Excellenz zu erwerben, ist mir am Ende des vorigen Jahres von Einem hohen Ministerio die ehrenvolle Ernennung zum außerordentlichen Professor geworden, wodurch meine weitere Laufbahn als akademischer Lehrer eine gesicherte und feste Grundlage erhalten hat. Den mir gnädigst dabey verwilligten Urlaub benütze ich, wie ich bereits früher die Ehre hatte Ew. Excellenz zu bemerken, dazu, mir eine praktische Anschauung des Criminalverfahrens zu verschaffen, zu welchem Zweck ich Cölln zu meinem Aufenthalte gewählt habe; nach Verlauf dieser Zeit aber gedenke ich mit erneuten Kräften und erweiterten Kenntnissen auf den Posten zurückzukehren, den mir die Gnade Ew. Excellenz anvertraut hat. Hierbey wage ich aber die unterthänige Bitte, zu welcher mich der allgemein bekannte Edelmuth Ew. Excellenz und die wahrhaft freysinnige Duldung, welche Ew. Excellenz auch der abweichenden Überzeugung angedeihen lassen, ermuthigen, Ew. Excellenz wolle mir die gnädige Unterstützung in meiner weiteren Laufbahn nicht entziehen, ohne welche meine Existenz unmöglich ist. Geruhen Ew. Excellenz zu erwägen, daß ich auf meine Ausbildung zu dem gegenwärtigen Amte eine Reihe von Jahren und mein väterliches Erbtheil verwendet habe, wodurch mir, auch abgesehen davon, daß mich meine Neigung unzertrennlich an das akademische Lehramt knüpft, unmöglich gemacht ist, mich jetzt einer andern Laufbahn zu widmen. Ich würde, wenn Ew. Excellenz, was ich jedoch zu fürchten weit entfernt bin, mir Vertrauen und Gnade entzögen, mich, ohne Vermögen und ausgebreitete Bekanntschaft und ohne sonstige Hülfsmittel, die mein Fortkommen befördern könnten, in einer Lage befinden, die um so unglücklicher wäre, als sie mich verhinderte zumeist einem innigst geliebten Vaterlande mit allen meinen Kräften zu dienen. Dagegen verspreche ich aber nochmals, durch ein vollkommen vorsichtiges und friedfertiges Benehmen mich der väterlichen Gnade Ew. Excellenz durchaus würdig zu machen.



Indem ich also mein gesamtes Geschick und das Wohl und Weh meiner Zukunft in die Hand Ew. Excellenz lege, verharre ich . . .

Der glaubensbegeisterte und mutige Konvertit sollte es nur zu bald erfahren, daß er ein treuer Jünger des Gekreuzigten geworden war. Denn seine Überzeugungstreue wurde auf eine harte Probe gestellt. Von jetzt ab begann auch sein Leben ein klarer Beweis für die gehässige Intoleranz der preußischen Regierung gegen Katholiken, vor allem gegen katholische Beamte und Universitätslehrer zu sein.

Da er nicht mehr nach Bonn zurück wollte, bat er im Frühjahr, am 18. April 1825, um eine Versetzung an die Berliner Universität. Allein seine Bitte wurde vom Unterrichtsministerium abgeschlagen. Es wurde ihm bekannt gegeben, daß er durch seine Anstellung weder auf Gehalt noch auf Beförderung Anspruch hätte. Ja man legte ihm nahe, den akademischen Lehrstand zu verlassen, und er wurde angewiesen, die Laufbahn eines praktischen Juristen einzuschlagen.

Er reichte nun am 7. Juni eine Gegenvorstellung an das Unterrichtsministerium ein, um seine Existenz zu sichern und seine Ehre zu retten.

Er weist darauf hin, daß auch nach der Auffassung der Juristenfakultät in Bonn der einjährige Urlaub nur eine zeitweilige Unterbrechung der Lehrtätigkeit sein solle. Wenn er früher dem Regierungsbevollmächtigten an der Universität mündlich und vertraulich den Plan mitgeteilt habe, sich ganz aus dem akademischen Lehrberuf zurückzuziehen, so sei eine so streng vertrauliche Mitteilung doch durch seine späteren Eingaben an das Ministerium widerrufen worden. Auch bei Erteilung des Urlaubs und bei der Ernennung zum außerordentlichen Professor vor einigen Monaten sei keine Erklärung abgegeben worden, die auf derartige Maßregeln schließen ließ. Er weist darauf hin, daß in diesen Maßregeln für ihn ein Zwang zur unglücklichsten und trostlosesten Lage gegeben sei. Er habe sein kleines Vermögen dazu verwendet, sich zum akademischen Lehrer auszubilden, und sei daher berechtigt, von dieser Laufbahn seinen



Lebensunterhalt zu erwarten. Infolgedessen sei er einfach außerstande, eine Laufbahn zu ergreifen, die ihn erst nach einer Reihe von Jahren zu einer Anstellung und einem Einkommen führen würde. Die Erklärung und Weisung des Ministeriums komme also in ihrer Wirkung einer Dienstentsetzung gleich und mache ihn für die ganze Lebenszeit unglücklich; er sei aber außerstande, einen Grund für diese Maßregeln zu finden. Die Verfügung lasse auf einen hohen Grad von Strafbarkeit schließen, aber eine Erklärung könne er sich nicht geben. Er glaube nicht, daß auch nur irgend ein Verdacht auf sein Leben, seine Lehre oder die Lauterkeit seiner Gesinnung in Bezug auf den Staat vorliegen könnte. Wenn ihm nicht ein Ausweg eröffnet werde, sehe er sich gezwungen, gegen den ausgesprochenen Willen des Ministeriums nach Bonn zurückzukehren.

Er schlägt nun dem Minister einen solchen Ausweg vor. Er bittet um eine Anstellung als Advokat in dem rheinischen Appellationsgerichtshof oder an einem königlichen Landgericht, unter denen er Koblenz vorziehen würde. Er spricht die Hoffnung aus, daß er als akademischer Lehrer und als Mitglied des Spruchkollegiums der Juristenfakultät in Bonn für eine solche Stelle hinreichend qualifiziert sei. Da aber dieser Fall wohl noch nie vorgekommen sei, so bittet er den Minister, er wolle die Gnade haben, sich beim Justizminister über seine hinreichende Qualifikation und seine Person vorteilhaft aussprechen, seinen Antrag bei demselben unterstützen und erwirken, daß er mit Dispensation von den sonst gewöhnlichen Forderungen ohneweiters als Advokat zugelassen werde. Er schließt mit dem für sein ausgeprägtes und tief verletztes Rechtsgefühl bezeichnenden Satze: „Sollten Ew. Exzellenz meine Rückkehr in den akademischen Lehrstand zu meinem innigen Bedauern nicht zu wünschen Gründe haben, so werden Ew. Exzellenz die soeben ausgesprochene Bitte gerechtfertigt finden, denn ohne Gewährung derselben wäre eine anderweitige Möglichkeit meiner Existenz vernichtet, und eine Dienstentsetzung ohne die geringste und leiseste Schuld von meiner Seite würde auch dem Geiste der Gerechtigkeit und Milde, der

das Ministerium Ew. Exzellenz stets bezeichnet hat, moralisch unmöglich seyn."

Jarcke wandte sich in dieser Angelegenheit auch an den einflußreichen Kamptz. In einer Eingabe teilte er zunächst den Erlaß des Ministeriums mit. Dann geht er zur Verteidigung über.

„Wäre ich mir einer strafwürdigen, den Grundsätzen des preußischen Staats widersprechenden Gesinnung bewußt, so würde ich mich nicht im Geringsten durch ein Verfahren graviert fühlen, welches die vollständige Wirkung einer Dienstentsetzung hat. Der Fall, in dem ich mich befinde, ist indessen gerade umgekehrt, denn die jetzige Rüge, zu der sich Ein hohes Ministerium während meiner Laufbahn als akademischer Lehrer veranlaßt gefühlt hat, ist dadurch herbeygeführt, daß ich, aufgefordert durch die Dreistigkeit, mit der sogenannte vorgeblich philosophische Lehren, deren unhaltbares Produkt in so vielen Staaten der Hochverrat ist, den hohen Ministerial-Reskripten gleichsam zum Spott und mit dem plumpsten Hohn wider die Grundsätze der Legitimität öffentlich vorgetragen und gedruckt werden, vielleicht mit zu großer Energie bestritt. Eine andere Ursache, die einen so hohen Grad des Mißfallens, der sich in den gegen mich erlassenen Verfügungen ausspricht, herbeigeführt haben könnte, ist mir vollkommen unbekannt geblieben, aber die eben angegebene Ursache kann zu einer unfreiwilligen Entfernung aus dem akademischen Lehramt umso weniger den Grund abgeben, als die besagten Reskripte Eines hohen Ministerii ausdrücklich jeden akademischen Lehrer zum Kampf gegen die schlechten Grundsätze auffordern. Mit so tiefem Schmerz ich nun aus der akademischen Laufbahm scheiden würde, so bleibt mir doch kein anderer Ausweg, meinen Lebensunterhalt zu gewinnen, als der in der Anlage angegebene. Ich muß gestehen, daß ich ungern auf die Universität Bonn zurückkehren würde, da Ein hohes Ministerium die gegen mich getroffenen Maßregeln auch anderweitig mitgetheilt und dadurch zur allgemeinen Kenntnis des Publikums gebracht hat. Ich würde also dem Kampf gegen den Liberalismus nicht mehr gewachsen seyn,



nachdem das Publikum durch jene Bekanntmachungen in die Meinung gekommen seyn dürfte, daß Ein hohes Ministerium in dem Kampf der Grundsätze Parthey genommen hat."

In der Beilage teilte er sein Gesuch an das Unterrichtsministerium mit und bat um Unterstützung desselben. Zugleich ersucht er Kamptz, ihn von dem schweren Schicksal zu retten, sich durch das vielleicht zu energische Aussprechen seiner eigenen politischen Grundsätze auf Lebenszeit der Möglichkeit einer sicheren Existenz beraubt zu haben. Er habe sich an ihn gewendet, weil er ihn mit inniger Hochschätzung stets als einen Verfechter der Grundsätze des Rechtes und der Ordnung gegen die liberalen Prinzipien betrachtet habe. Er machte zum Schluß dem Direktor des Justizministeriums noch den Vorschlag, er möge noch einmal über ihn Erkundigungen einziehen und zwei Männer befragen, deren Ruf, Alter und sonstige Stellung sie über jeden Verdacht der Parteilichkeit erhebe und denen er seit einer Reihe von Jahren bekannt sei. Er nannte den Konsistorialrat Professor Augusti und den Geheimen Justizrat Mackeldey in Bonn.

Am 20. Juni wurde ihm vom Justizministerium die Erklärung zugestellt, daß eine Dispensation von den nach der Verfassung zur Ausübung der Advokatur erforderlichen Prüfungen nicht erteilt werde. Da er den Advokatenkurs nicht einmal angetreten, geschweige denn beendigt habe, könne er weder vom Referendariatsexamen noch von dem zur Qualifikation als Advokat erforderlichen Examen dispensiert werden. Der Regierungsbevollmächtigte an der Bonner Universität eröffnete ihm aber, daß seiner Rückkehr nach Bonn kein Hindernis im Wege stehe. Daraufhin beschloß Jarcke, seine Vorlesungen an der Bonner Universität im Wintersemester wieder aufzunehmen.

Aber vor Beginn der Vorlesungen wollte er noch einen letzten Versuch machen, eine Änderung herbeizuführen. Denn er wäre nur mit großem Widerwillen in Bonn geblieben. Darum reiste er im Oktober nach Berlin, um persönlich bei



Kamptz vorzusprechen und eine Berufung nach Berlin zu erbitten. Kamptz nahm ihn freundlich auf und spendete ihm großes Lob wegen des Aufsatzes über die Lehre vom vollständigen Beweis in Bezug auf außerordentliche Strafen. Diese Arbeit führte nun eine Entscheidung herbei, da sich Kamptz für ihn verwendete. Jarcke reichte ein Gesuch an den Unterrichtsminister ein mit der Bitte um Versetzung an die Berliner Universität und Gewährung eines festen Gehaltes.

„Bey dem Ablaufe des mir gnädigst verwilligten Urlaubs und vor der Wiedereröffnung meiner Vorlesungen fühle ich mich verpflichtet, Ew. Excellenz eine Anzeige zu machen, die ich bloß deshalb bis jetzt verschoben habe, um mit ihr zugleich persönlich vor Ew. Excellenz erscheinen zu können.

Es ist mir nämlich nach langer ernstlicher Prüfung, und nachdem gegen die mir einmal gewordene ruhige Überzeugung, im Verlauf von mehreren Jahren auch nicht der leiseste Zweifel sich erhob, klar geworden, welche große Schuld ich auf mich laden, ja auch dem Staate gegenüber unredlich handeln und ihn täuschen würde, wenn ich gegen mein besseres Wissen und Gewissen einen Glauben verläugnete, den ich für den wahren halte und hieraus ging für mich die Nothwendigkeit hervor, mich öffentlich zur katholischen Kirche zu bekennen.

Der edle Grundsatz, nach welchem der preußische Staat beyden christlichen Confessionen eine gleiche rechtliche Existenz und dem Gewissen des Einzelnen staatsrechtliche Freyheit gewährt, so wie die persönliche großmüthige Toleranz Ew. Excellenz, entbindet mich von der Verpflichtung diesen Schritt durch Darlegung der Gründe, die ihn herbeyführten, zu rechtfertigen, wohl aber verpflichtet mich mein persönliches Verhältnis als akademischer Lehrer hieran eine Versicherung zu knüpfen, durch die ich jede etwaige Besorgnis, daß ich in meiner künftigen akademischen Wirksamkeit die bestehenden Verhältnisse nicht schonen dürfte, zu entfernen hoffe.

Ich bin nämlich fest überzeugt, hierüber auch ausdrücklich von Seiten katholischer Geistlichen belehrt, daß, sowie auf der einen Seite schlechthin die Verbindlichkeit obwaltet, eine er=



kannte Wahrheit nicht zu verläugnen, es auf der anderen Seite auch die Pflicht eines jeden Gliedes der katholischen Kirche ist, durch Intoleranz und Fanatismus nicht den theuer erkauften Frieden zwischen beyden Religionspartheyen zu stören, und daß es überhaupt den Layen nicht zukömmt, auf die Verkündigung der Lehre der katholischen Kirche auszugehen, zu der er nicht berufen ist, am wenigsten in Verhältnissen, wo ein solches Bemühen nur feindselige und entzweyende Wirkungen erzeugen könnte. Endlich bin ich sehr weit von der Eitelkeit entfernt zu glauben, daß eines Menschen persönliche Bemühung die religiösen Differenzen aufheben könnte, die im Laufe von Jahrhunderten sich befestigt haben, und welche der jetzt Lebende in Liebe und Geduld ertragen muß.

Auf den Rath mehrerer der Verhältnisse kundiger Männer wage ich aber bey dieser Gelegenheit die unterthänige Bitte: Ew. Excellenz wolle höchstgeneigtest meine Versetzung auf die königliche Universität zu Berlin anordnen, welche mir auch aus dem Grunde besonders wünschenswerth erscheint, weil ich, nachdem ich mit der französischen Criminalpraxis mich hinreichend bekannt gemacht habe, alsdann hier auch Gelegenheit finden würde, die Praxis der preußischen Criminalgerichte kennen zu lernen.

Nachdem ich ferner mich bemüht habe durch eine Schrift über die außerordentlichen Strafen, über welche sich bereits erfahrene Sachkenner zu meinen Gunsten ausgesprochen haben, die Bedingung zu erfüllen, von der Ew. Excellenz die Bewilligung eines Gehaltes abhängig zu machen geruhten, geht mein unterthäniges Gesuch zugleich dahin: Ew. Excellenz wolle die Gnade haben durch Festsetzung meines Gehaltes, welche bey meiner Ernennung zum außerordentlichen Professor nicht erfolgt ist, meine Existenz in Berlin möglich zu machen.

Zum Schluß betont er dann noch die schlechte finanzielle Lage und bittet um baldige Entscheidung, da seine ganze Lage, besonders aber der Aufenthalt in Berlin eine solche notwendig gebiete.

Sein Wunsch ging wenigstens teilweise in Erfüllung,



denn er erhielt eine Stelle als außerordentlicher Professor an der Berliner Universität, aber keinen Gehalt.[1]) Doch freute er sich über diesen schwer errungenen Erfolg. Bereits zum hohen Weihnachtsfest sandte er den ersten Brief aus der Residenzstadt an die Seinen in Danzig. Nach den vorausgegangenen Erfahrungen während seiner lehramtlichen Wirksamkeit in Bonn schied er wohl gern von dieser Universität, die für ihn die Anziehungskraft vollständig verloren hatte. Nur etwas zog ihn noch mit Macht und Liebe nach der schönen Universitätsstadt am Rhein — seine Jugendliebe.

(Fortsetzung folgt.)

1) Gerade bei diesem Lebensabschnitt Jarckes weichen die Zeitangaben von einander ab. So sagt schon Phillips irrtümlicherweise, daß Jarcke im Jahre 1823 zum außerordentlichen Professor ernannt worden sei. Ihm folgt auch Rosenthal. Nach Wurzbach geschah es gar erst im Jahre 1826. Spahn gibt das Frühjahr 1823 als Zeitpunkt der Ernennung an, während Phillips auf das Wintersemester 1823/24 wies. Demgegenüber steht nach den amtlichen Dokumenten fest, daß die Ernennung am 20. Dezember 1824 erfolgte. Ebenso finden sich abweichende Zeitangaben über die Konversion. Phillips verlegt sie in den März des Jahres 1824. An seine Angabe schließt sich Spahn. Wurzbach gab das richtige Datum, den 16. Februar 1825. Rosenthal bietet im Text die Datierung Phillips und in der Anmerkung die von Wurzbach. Förstemann verwies auf beide Angaben und meinte dann, daß die feierliche Aufnahme in die Kirche erst 1825 erfolgte, während eine private Ablegung des Glaubensbekenntnisses schon früher erfolgt sei. In seinem letzten Aufsatz aber korrigiert er diese Kombination der beiden falschen Angaben. Er brachte nun aus einem Briefe Jarckes nach Danzig den sicheren Beweis, daß die Konversion am 16. Februar 1825 in Köln stattfand. Mit Berufung auf ihn bezeichnete nun Rosenthal in seinem Nachtrag dies richtige Datum.

LXXIII.

Zum 80. Geburtstage Otto Willmanns.[1])

Krieg und Revolution haben manches literarische Unternehmen unterbunden und vereitelt. Sie waren aber nicht imstande, die literarische Ehrung eines Mannes zu verhindern, dessen Name mit Hochschätzung genannt wird, soweit die deutsche Wissenschaft in Ansehen steht, und dem namentlich von den Katholiken deutscher Zunge eine unbegrenzte Verehrung, verbunden mit aufrichtiger Dankbarkeit entgegengebracht wird. Otto Willmann war es vergönnt am 24. April dieses Jahres seinen 80. Geburtstag zu feiern, und aus diesem Anlaß erschienen die „Beiträge", zu denen eine beträchtliche Anzahl von Freunden und Verehrern des Jubilars — immerhin nur ein kleiner Bruchteil der sehr vielen — beigesteuert hat. Es sei gestattet über den stattlichen Band und seine einzelnen Abhandlungen kurz zu berichten.

Die Festgabe ist nach Inhalt und Richtung wie auch nach der literarischen Art ihrer Mitarbeiter durch den Haupttitel zur Genüge gekennzeichnet. Das beigegebene Bildnis Willmanns zeigt den Jubilar für jene, die ihn in den letzten Dezennien kannten, kaum geändert. Für seine unverminderte geistige Rüstigkeit und Schaffensfreude spricht die willkommene Mitteilung des Herausgebers, daß wir einer Autobiographie aus der Feder Willmanns entgegensehen dürfen, in der er den Gang seines Lebens und seiner wissenschaftlichen Entwicklung vor Augen führen wird, daß ein Werk von ihm über „Pythagoräische

1) Beiträge zur Philosophia und Paedagogia Perennis. Festgabe zum 80. Geburtstage von Otto Willmann. Herausgegeben von Dr. Wenzel Pohl, Professor an der Theolog. Lehranstalt in Leitmeritz. Mit einem Vorwort von Bischof Josef Groß in Leitmeritz. Mit einem Bildnis von Otto Willmann. gr. 8°. (X u. 304 S.) 24 M. Freiburg, Herder.



Erziehungweisheit“ druckfertig vorliegt und ein anderes sprachwissenschaftlichen und sprachphilosophischen Inhalts seiner Vollendung entgegengeht. Möge es Willmann beschieden sein, seine Autobiographie zum Abschluß zu bringen und uns so das Bedauern ersparen, das der kürzlich erschienene Torso der Autobiographie des Grafen Hertling verursacht!

Ein warm empfundenes Geleitwort gibt der Festschrift mit Bischof Josef Groß von Leitmeritz, jener Stadt, in der Willmann seit 1910 seinen Wohnsitz aufgeschlagen hat. Die Stadt rechne es sich zur hohen Ehre, den bedeutendsten katholischen Pädagogen der Gegenwart in ihren Mauern zu bergen. Willmann sei der erste gewesen, welcher der Pädagogik wieder eine höhere Orientierung gegeben und sie wieder auf die allein giltigen und unersetzbaren christlichen Fundamente gestellt habe. Die Abhandlungen umrahmen zwei Beiträge des Herausgebers Wenzel Pohl-Leitmeritz. Unter dem Titel „Drei Jubiläen“ denkt er an den 80. Geburtstag Willmanns und an das Erscheinen der Enzyklika Aeterni Patris vor vierzig Jahren und des ersten Bandes von Willmanns Geschichte des Idealismus. Die Enzyklika gestaltet sich den großzügigen und gedankentiefen Ausführungen des Verfassers zufolge nach der tatsächlichen Selbstauflösung der neuzeitlichen Philosophie zu einer Rehabilitation der Philosophie überhaupt, beruhend auf der Rechtfertigung und Erneuerung der Philosophie der Vorzeit und auf der Wiederherstellung der Lehre von den objektiv-idealen Prinzipien. Als großer historischer Kommentar zur Enzyklika habe vor 25 Jahren Willmanns Geschichte des Idealismus ihr Erscheinen begonnen. In beiden komme gegenüber dem „ἄνθρωπος μέτρον ἁπάντων“ das die philosophia perennis kennzeichnende „θεός μέτρον ἁπάντων“ zum Ausdruck. Vom Herausgeber stammt auch ein dem Festbande in zweckmäßiger Weise angefügtes Nachwort über „Otto Willmanns Leben und Werke“.

Die Beiträge der Mitarbeiter sind in zwei Gruppen aufgereiht, von denen die erste die philosophischen, die zweite die pädagogischen Abhandlungen umschließt. Dazwischen findet sich die Antrittsvorlesung von P. Constantin Hohenlohe, dem



Nachfolger von Scherer und Eichmann an der Wiener Universität. Die Reihe der philosophischen Abhandlungen eröffnet Jos. Donat-Innsbruck „Der Idealismus und seine Geschichte". Idealismus ist, so führt er aus, das Streben nach der einen und unwandelbaren objektiven Wahrheit und die Hingabe an dieselbe. Ächte Philosophie muß ihrem Wesen nach Idealismus sein. Dagegen bedeute die moderne Philosophie, sofern sie sich in den Formen des Agnostizismus und Subjektivismus auslebe, eine Abkehr vom Idealismus und damit von wahrer Philosophie als solcher. Zum Belege hiefür werden die Bekenntnisse vielgenannter moderner Philosophen herangezogen. Ihr Weisheitsstreben werde in Wahrheit zu einer Gefahr für den Idealismus im Denken und Streben. Hierauf zeigt Donat an der Hand von Willmanns „Geschichte des Idealismus" und meist mit dessen eigener unnachahmlicher Gedankenformulierung Aufstieg und Niedergang des Idealismus in alter und neuer Zeit. — Ernst Seydl-Wien „Rudolf Eucken über Otto Willmann" benützt eine Besprechung Euckens von Willmanns vorhin genanntem Hauptwerk zu einer fesselnden Gegenüberstellung der beiden Männer, die aus derselben Schule (Trendelenburgs) hervorgegangen, mannigfache Berührungspunkte aufweisen und doch wieder von grundverschiedenen Überzeugungen getragen sind. Denn Idealismus bedeutet bei Willmann den Theismus, der in der Tradition und in der katholischen Autorität seine Orientierung findet, bei Eucken eine Richtung, die in einem hypostasierten Gedankengebilde gipfelt, als was Seydl mit Recht dessen verstandesmäßig schwer zu fassenden Begriff des „Geisteslebens" hinstellt. — Eugen Rolfes-Köln-Lindenthal „Zwei wichtige Kapitel aus Aristoteles' *Περὶ ψυχῆς*" beabsichtigt den daselbst im vierten und fünften Kapitel geführten Unsterblichkeitsbeweis darzustellen und dabei auf Grund langer Beschäftigung zugleich etwas zum besseren Verständnis des Textes beizutragen. Er bietet eine Übersetzung der beiden schwierigen Kapitel und fügt ihr einen eingehenden und lichtvollen Kommentar an. — Durch ein Kabinettstück anziehender Charakteristik schmückt die Festschrift Joseph



Stiglmayr-Feldkirch, indem er „Das Weisheitsideal bei Seneka" schildert und die geistreichen und sentenziösen Äußerungen des stets interessanten Stoikers zu einem fein gefügten Mosaik gestaltet, auf dem der Abglanz klassischer Formenschönheit ruht. — In erschöpfender Weise und streng referierend behandelt Franz Schindler-Wien „Begriff und Wesen der Liebe bei Thomas von Aquin". — Mit der ihm eigentümlichen Gelehrsamkeit würdigt der beste Kenner der Scholastik Martin Grabmann-München „die Schrift De ente et essentia und die Seinsmetaphysik des hl. Thomas von Aquin", dieses Frühwerk des Aquinaten, das er vielleicht als Baccalaureus an der Universität Paris verfaßte, nach der literarhistorischen und philosophiegeschichtlichen Seite. Er führt die sämtlichen Kommentare an von Armandus de Bellovisu bis Emile Bruneteau und erwähnt auch die Übersetzung ins Griechische durch Georgios Scholarios, den späteren Patriarchen Gennadios. Der Inhalt des Schriftchens, so meint Grabmann, ist am besten durch den alten Titel De entium quididate ausgedrückt. Es ist eine Art Kompendium der Metaphysik, welches das ganze metaphysische Lehrgebäude des Heiligen bereits wie in einem Modell zeigt. — P. Alois Pichler-Katzelsdorf „Die Einfühlung in der „Philosophia perennis" sucht zu zeigen, daß der in dem Begriffe der Einfühlung enthaltene Sinn sich vielfach dort schon fand und findet, wo der Begriff selbst nicht nachweisbar ist. — Eine Skizze zu dem Thema „Das Ziel der Geschichte" entwirft Jos. Ant. Endres-Regensburg. Er lehnt als letztes Geschichtsziel irdische Gemeinschaftsgestaltungen ab und sieht dasselbe im Individuum und seiner geistigen Vollendung und Befriedigung, welche nur durch eine jenseitige Vereinigung mit Gott möglich werden. — Theodor Czermack-Preßbaum führt in seiner Abhandlung „Willmann und Görres" aus, beiden Männern schwebt als Ziel und Lebensarbeit vor die Überwindung der Ideenverwirrung in der Welt- und Lebensanschauung, beide betrachten als Mittel dazu die geschichtliche Besinnung. Durch sie wollte Görres die großen Gebiete von Wissenschaft, Kunst und Gesellschaft erneuern; er wollte es vor



allem durch den Hinweis auf die Kirche: „Grabet tiefer, und ihr werdet überall auf katholischen Boden stoßen!“ Vermöge des Idealismus seiner Gesinnung ist es so Görres gelungen, eine Weltanschauung mit den Mittelpunkten Gott, Christus, Kirche in den Grundzügen festzustellen. Willmann war es beschieden, durch die Hingabe an die wissenschaftlichen Forschungsresultate für eine solche ein System nicht so fast aus sich zu entwickeln als vielmehr wieder zu finden. — Christoph Willems-Trier „Der Entwicklungsgang der englischen Philosophie“ bietet eine interessante beschreibende und kritische Übersicht über die englische Philosophie von Baco von Verulam bis zur Gegenwart und ihre Grundrichtungen (Nominalismus, Positivismus, Utilitarismus) mit einem Seitenblick auf den Einfluß, den sie seit Kant auch auf das deutsche Geistesleben, nicht zu seinen Gunsten, ausgeübt hat. — Die Reihe der pädagogischen Abhandlungen eröffnet Rudolf Hornich-Wien mit dem Thema „Willmann über das Lehrgut“. An der Hand eines von Willmann in der Gehestiftung zu Dresden 1891 gehaltenen Vortrags will er nicht nur einen Leitbegriff der Didaktik gegen weitverbreitete falsche Auffassungen wahren, sondern auch dem mit Willmanns Forschungs- und Darstellungsweise weniger Vertrauten ein Bild davon geben, wie bei ihm die Pädagogik zum Bindeglied wird zwischen den einzelnen Teilen der Philosophie, insbesondere den in ihrer Bedeutung für das Erziehungswerk bis in die jüngste Zeit arg verkannten Wissenschaften der Metaphysik und Logik. — Georg Grunwald-Braunsberg gibt seinem originellen Beitrag den Titel „Pädagogische Antinomien und Erziehungsziele“. Als Antinomien stehen nebeneinander die verschiedenen Erziehungsziele mit ihren voneinander abweichenden Forderungen. Es ist aber ein Ausgleich möglich durch das religiöse Erziehungsziel. Der Religionspädagogik kommt daher eine besondere und überragende Bedeutung zu gegenüber der Didaktik, Moral- und Kunstpädagogik. „Die Religion faßt zusammen und bringt zur höchsten Vervollkommnung, was in Wissenschaft, Sittlichkeit und Kunst an deren Grenzen oder Höhepunkten leise anklingt, die Erkenntnis Gottes und den Glauben an ihn, die Unterwerfung



unter Gottes Gesetz und die Liebe zu ihm, die beseeligende Hingabe an ihn und die vertrauensvolle Aussprache mit ihm." — In der Abhandlung „Aristoteles als Pädagog und Didaktiker" bietet Justinus Albrecht-Emaus-Prag eine gedrängte Übersicht über die Hauptgedanken von Willmanns gleichlautender 1909 erschienenen Schrift. —

Zu einem sehr aktuellen Thema „Die Organisation des Schulwesens" ergreift das Wort Franz Krus-Innsbruck. Er sieht in seinem noch vor dem Abschluß des Krieges verfaßten Aufsatz die überstürzten Erziehungsreformen der Gegenwart voraus. Leider werden seine Ausführungen für die Männer des Umsturzes und der Gewalt in den Wind gesprochen sein. Das ganze Jugendbildungswesen und insbesondere die Schulorganisation, so meint er, wird nur insoweit wahre Fortschritte machen, als die von Willmann ausgebaute Bildungslehre zur Anerkennung gelange. Nach der Kennzeichnung mehrerer ungenügender Grundlagen für die Bildungsreform (die psychologische von Meumann, die nationalistische von Kerschensteiner, „Begabtenauslese", „Einheitsschule" etc.) geht er auf die Anschauungen Willmanns ein und zeigt, wie die Organisation die Rücksicht auf Individuum und Gemeinschaft ins richtige Verhältnis setzen, in Autorität und Tradition unerläßliche Bedingungen besitzen soll, endlich stellt er gewisse Grundgesetze eines organischen Ausbaues der Bildungsveranstaltungen dar. — Wendelin Toischer-Prag, „Lorenz von Stein und die Pädagogik" behandelt das Verhältnis, das Stein in den beiden Bearbeitungen seiner Verwaltungslehre zur Pädagogik einnimmt, macht auf die Unterschiede, Vorzüge und Mängel, in den beiden Bearbeitungen der Verwaltungslehre aufmerksam und berührt auch die Beziehungen von Willmann und Stein nach der wissenschaftlichen und persönlichen Seite. — In dem Aufsatz „Das Verhältnis der Schule zu Gesellschaft, Staat und Kirche nach dem Gedankenkreise Willmanns" führt Joh. Jos. Wolff-Bergheim bei Köln aus, daß die geistigen Güter, über die die Schule verfügt, einen Gemeinschaftswert darstellen

und auch wieder der Volksgemeinschaft vermittelt werden sollen, ein gewisser Bestand notwendiger Erkenntnisse durch die Volksschule an alle Volksgenossen, ein anderer durch die höheren Schulen an die zur Führung bestimmter Volksgenossen, durch die sie den übrigen zugute kommen. Als Vermittler und Träger der geistigen Güter kommen Familie und Gesellschaft, Kirche und Staat in Betracht, sodann aber namentlich ein eigener Stand, der Lehrstand, zu dem seiner Aufgabe nach auch der der geistliche Stand zu rechnen ist. — In dem Beitrag von Willibald Kammel-Wien ist „Der Begriff der Anlage bei den Pädagogen des 12. bis 16. Jahrhunderts" zu suchen. — Das Thema „Der Erziehungswert des katholischen Gottesdienstes" von Joh. Bapt. Seidenberger-Bingen a. Rhein macht besonders anziehend, daß es nicht von einem Theologen und so etwa in pastoraler Hinsicht, auch nicht etwa mit geschichtlichem Einschlag zur Darstellung gebracht ist, sondern von der persönlichen Erfahrung eines gläubigen Laienpädagogen aus und nach dessen unwillkürlichen Eindrücken und Reflexionen. Liturgischer Gottesdienst und Volksandachten sind auf die gleiche Stufe gestellt, auch ist das ganze kirchliche Leben in seiner erzieherischen Bedeutung mit in den Rahmen der Darstellung gezogen.

Die Festschrift für Willmann ist durch ihr Erscheinen und durch die Mannigfaltigkeit ihres Inhalts ein sprechender Beweis für die lebendigen und dauernden Interessen, für welche der Gefeierte bis zur Stunde gewirkt hat. Gar mancher Gelehrte, der das achtzigste Lebensjahr erreicht und solange wie Willmann von seiner offiziellen Wirksamkeit sich zurückgezogen hat, gehört nur mehr der Geschichte an. Willmanns Werk ist so tief verankert, so keimkräftig und fruchtbar, daß sich an ihm bewährt: Vita brevis, ars longa. Gar mancher von jenen, die in Konstantin Österreichs Neubearbeitung des vierten Bandes von Überwegs Grundriß der Geschichte der Philosophie unter den Modernen einen unverhältnismäßig breiten Raum zugebilligt erhielt, wird durch die Wurfschaufel der Geschichte als Spreu

erfunden werden. Willmann gehört — und wer denkt hier nicht unwillkürlich auch an einen anderen katholischen Philosophen des alten Reichsdeutschland, Graf Hertling — zu jenen überragenden Geistern, die in der Geschichte wachsen und deren Lebenswerk eingegliedert ist in den Organismus der philosophia perennis.

J. A. Endres.

LXXIV.

Die Ursachen des revolutionären Sieges des Proletariats.

„Der Sozialismus und die Revolution sind nur der Atheismus, angewandt auf Gesellschaft und Staat. Die materielle Ordnung stürzt ein, weil die sittliche nicht mehr im Gewissen feststeht."

Joseph Lukas.

Bereits vor 70 Jahren verkündete der größte katholische, mit einem divinatorischen Scharfblick begabte Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts den Sieg der sozialen Revolution. Er mahnte auf Grund seiner pessimistischen Voraussicht die Katholiken zum politischen Quietismus, da jener Sieg nicht mehr aufzuhalten sei.

Die Revolution, sagt Donoso Cortès,[1]) wird der Untergang der Gesellschaft sein. „Die europäische Gesellschaft stirbt .... Sie stirbt, weil sie vergiftet wurde. Sie stirbt, weil der Irrtum tötet und weil die Gesellschaft auf dem Irrtum begründet ist. Die Gesellschaft ist verloren, nicht, weil sie in der absoluten Unmöglichkeit ist, sich zu retten, sondern weil es nach meiner Ansicht klar ist, daß sie sich nicht retten lassen will."

„Der Baum des Irrtums ist heute bei seiner Reife angekommen. Gepflanzt durch kühne Irrlehrer, begossen durch eine nachfolgende Generation, bedeckte er sich zur Zeit unserer

1) Nach K. Mäder in der „Schildwache", Jahrg. 1918/19, Nr. 38.



Großväter mit Blättern, zur Zeit unserer Väter mit Blüten und heute steht er vor uns, beladen mit Früchten. Was unsere Zeit verhängnisvoller macht als die andern, das ist nicht die Frechheit, mit der sie theoretisch Irrtümer verkündet, sondern die satanische Kühnheit, mit der sie die Irrlehren vergangener Jahrhunderte anwendet auf die Gesellschaft. Jeder Irrtum wird ein Konflikt, jede Irrlehre eine Revolution, jedes stolze Nein eine riesenhafte Katastrophe!"

„Der gegenwärtige Kurs wird unfehlbar zu einer demagogischen Herrschaft führen, die heidnisch in ihren Grundlagen und satanisch in ihrer Größe ist. Die Thronbesteigung dieser kolossalen Macht kann durch die Inkonsequenz der Menschen und durch die göttliche Barmherzigkeit verzögert werden. Wenn aber die Gesellschaft ihren Weg nicht ändert, scheint dieser Herrschaftsantritt für sehr nahe Zeit unvermeidlich."

Der spanische Staatsmann sah die Grundursache der kommenden Katastrophe in dem wachsenden Abfalle vom historischen Christentume, von der Kirche. Auch wir erblicken den Hauptgrund der europäischen Revolution in der Abwendung von Kirche und Glaube, deren Keime bereits vor vier Jahrhunderten gesät wurden. Wir sehen ihn außerdem, und in Verbindung mit dieser Abkehr in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 70 Jahre, in einer Entwicklung, welche mit Triumphgeschrei begrüßt wurde und dem heute im darniederliegenden Volke ein gemeinsamer Schmerzensruf entgegentönt.

Wir haben die revolutionäre Katastrophe kommen sehen, weil es keine Ursachen ohne Wirkung gibt, weil der Fels, der den Abhang hinabgeschleudert wird, zuletzt eine zerstörende Wirkung äußern, weil der aufgehäufte Zündstoff endlich zur verheerenden Flamme werden muß. Wie wir einst von den Ursachen auf die Wirkung schlossen, so wollen wir heute von den Wirkungen auf die Ursachen zurückschließen. Dieser Rückschluß wird uns zugleich ein ungefähres Bild der wirtschaftlichen, religiös-sittlichen und sozialen Entwicklung der letzten sieben bis acht Jahrzehnte liefern.



I.

Die am gewaltigsten in die äußere Erscheinung tretende Ursache der Revolution lag in dem Anwachsen des Proletariates. Bereits im Jahre 1895 berechnete Werner Sombart[1]) die proletarischen Volksschichten des Deutschen Reiches auf $35^{1}/_{10}$ Millionen oder 67,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Drei Gründe trugen vor allem zu dem Anschwellen der Massen der „Enterbten" bei: die Auflösung der alten Ständeordnung, die Ausbreitung der Großindustrie und die Zunahme der Großstädte.

1. Die einschneidendste sozial-rechtliche und sozial-ethische Umänderung, welche uns das neunzehnte Jahrhundert gebracht, war die Beseitigung der Ständeordnung. Den Ausgangspunkt oder Ansturm zu dieser grundstürzenden Änderung bildete die französische Revolution: die Fleischwerdung der liberalen Prinzipien. Die Revolution brachte den extremsten Individualismus zur Herrschaft und löste die alte Gesellschaft in ihre Atome auf: „Il n'y a que l'état et l'individu."

Die Prinzipien der Revolution im Staats- und Gesellschaftsleben zu verwirklichen bildete die weltgeschichtliche Aufgabe des politischen Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts. Der Liberalismus ist im Wesen Individualismus: Autonomie des Ich. Die Bindung der Individuen, ihre sozialen, rechtlichen und sittlichen Beziehungen, die Organisation der Gesellschaft, das alles mußte fallen oder schwinden. An die Stelle der historischen Stände trat ein Zahlenmaterial, eine Summe gleich gedachter Einzelwesen, die nur der eiserne Reif der staatlichen Gewalt mechanisch zusammenhält.

Die Auflösung der berufsständisch gegliederten Gesellschaft: der größte revolutionäre Akt der neueren Geschichte, führte notwendig zur amorphen Massen- und Klassenbildung: zum abstoßenden Gegenbilde des Bildes der alten

1) Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Berlin 1909. S. 495.

Sozietät. Die modernen Völker, die ihre überkommenen Organisationen zerstört haben, statt dieselben fortzuentwickeln, sagt ein großer Soziologe,[1]) „sind in Pöbelmassen verwandelt worden. Sie handeln daher auch in der Verachtung jeder Autorität, der göttlichen und menschlichen, pöbelhaft, und man wird daher der neueren Bedeutung des Wortes Pöbel getreu, dasselbe — wenn man es überhaupt in Anwendung bringen will — denjenigen Volksteilen beilegen, welche in die politische und soziale Desorganisation, in die Herabsetzung der göttlichen und menschlichen Autorität, bereitwillig eingehen und damit Pöbelsinn an den Tag legen."

Die traditionelle und legale Gesinnung, die ethische Auffassung des Berufes und der Berufsarbeit erbt sich nur im Stande fort; die Massen, die „Pöbelhaufen" sind traditionslos und pietätslos, mögen sie in den unteren oder oberen Regionen der heutigen Gesellschaft sich finden. Weil die Massen den historischen Grund verloren haben, weil sie weder Ideale noch Ziele kennen, sind ihre Bewegungen rücksichtslos und berechnungslos und bilden eine immer vorhandene Gefahr für die staatliche und gesellschaftliche Ruhe und Ordnung. An die Stelle der Stände die Massen und Klassen stellen heißt die immer drohende Revolution an die Stelle der Sicherheit und Ordnung setzen.

2. Die Massen und die Massenanhäufung in der einseitigsten Weise zu entwickeln, sie nach bestehenden Berufsständen in rascher Folge in Klassen umzubilden und die Klassengegensätze zu verschärfen, dazu schien vor allem unsere Großindustrie berufen.

Die Großindustrie: die kapitalistische und technische Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts schufen die Arbeiterklasse und den „Nur-Arbeiter": Begriffe, welche der ganzen christlichen Vorzeit fremd waren. Das Mittelalter kannte den Klerus und den Adel, es kannte Bauern, Handwerker

1) Die sozialen Lehren des Frhrn. Karl von Vogelsang. St. Pölten 1894, S. 264.



und Handelsleute, aber es kannte mit Recht keine besondere, als „Arbeiter" titulierte soziale Schicht. Denn die Arbeit ist in einer christlichen Gesellschaft soziale Pflicht und göttliches Gebot oder göttliche Strafe; arbeiten in irgend einer Form muß jeder Arbeitsfähige. Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fluge.

In Deutschland setzte die Entwicklung einer auf rein kapitalistischen Grundlagen ruhenden Industrie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ein. Ihrer raschen Ausbreitung kamen zu Hilfe der technische Erfindungsgeist und das neue, in Kürze alle Länder erfassende Verkehrswesen. Das Entstehen der Großindustrie wurde außerdem, unmittelbar oder mittelbar, gefördert durch die kommende Freiwirtschaft, durch die damit zusammenhängende liberale soziale bezw. antisoziale Gesetzgebung, welche in der Einführung der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit und Verehelichungsfreiheit, in der Beseitigung der Geschlossenheit des landwirtschaftlichen Besitzes, der Gesindeordnung usw. sich äußerte. Die letzten Reste der sozialen Ordnungen wurden kurz vor und mit Beginn des Deutschen Reiches aufgelöst. „Seit 1867", sagt Dr. Rudolf Meyer,[1] „ist die ‚Gesellschaft' des Deutschen Reiches von Grund und Boden umgeschaffen, ihrer letzten ständischen Organismen beraubt und demokratisiert worden, und das durch Gesetze, nicht durch Naturgewalten. Innerhalb der neuen ‚Gesellschaft der Gleichen', deren Grundgesetz das allgemeine gleiche Wahlrecht wurde, unterscheidet nur mehr noch das Maß von Besitz die Klassen in Arme und Reiche. Alles dieses ist von Staatswegen geschaffen worden."

Die neue industrielle Entwicklung hatte unter allen alten Erwerbsständen am meisten der Handwerkerstand zu fühlen. Vollzog einerseits ein unerheblicher Teil der handwerklichen Kleinbetriebe die Umbildung zum industriellen Großbetrieb, so wurde anderseits ein Großteil jener Betriebe

1) Der Emanzipationskampf des vierten Standes. Bd. 1. Berlin 1875. S. 477. (Vgl. auch S. 473 desselben Bandes.)



von der Industrie aufgesogen. Der in seinem Berufe gründlich ausgebildete Geselle sank zum Fabrik- und Maschinenarbeiter herab, der einst stolze bürgerliche Handwerksmeister zog in der Folge gleichfalls in die Fabrik oder fristete als Reparatur- und Kleinmeister sein Dasein. Nur das mit der Herstellung von Lebensmitteln sich befassende Gewerbe behauptete im Ganzen seine alte Wohlhabenheit.

Wie das Handwerk wurde ein Teil der Bauernschaft proletarisiert. Der Zug in die Stadt ergriff auch die bäuerliche Bevölkerung, insbesondere deren dienenden Teil, um dort zum Arbeiter oder Handlanger herabzusinken. Die auch auf dem Lande, allwo ein Schienenstrang vorbeiführte, errichteten Fabrikanlagen bildeten viele ehemals rein ländliche Bezirke in Industriebezirke um, fast regelmäßig zum Nachteil von ererbter Sitte und religiösem Leben, zum Nachteil meist der Erziehung in Familie, Schule und Öffentlichkeit. Der Proletarisierung der Stadtbevölkerung folgte die Proletarisierung der Landbevölkerung.

Mit der durch die Kapitals- und die staatlichen Mächte bewirkten Förderung der Industrie ging so parallel die Zurückdrängung und Auflösung des Mittelstandes. Die bestimmenden Kreise, beherrscht von den liberalen ökonomischen Anschauungen, hatten jedes Verständnis für eine richtige Mittelstandspolitik verloren. Prinzip und Streben der herrschenden Ökonomie war die plutokratische Reichtumsansammlung, für eine organische, alle Stände bedenkende Volkswirtschaft fehlten die geistigen Voraussetzungen. An die Stelle der einzigen idealen Sozialpolitik, d. i. der Mittelstandspolitik, trat die Klassen- und Massenpolitik: Arbeitermassen auf der einen, Kapitalsmassen auf der anderen Seite. In voller Unkenntnis der Wirtschaftsgeschichte sah man nicht, daß „mit dem wachsenden Reichtume noch jedes Volk zugrunde ging, nachdem vorher der selbständige Mittelstand in Stadt und Land fast verschwunden war und im Volke nur noch die Allzureichen auf der einen und die



Proletarier auf der anderen Seite sich gegenüberstanden".[1])

Die mittelständische Wirtschaftsordnung war die Wirtschaftsorganisation des katholischen Mittelalters. Sie war der Ausgleich von Arbeit und Besitz, von Reich und Arm, die rechtliche Sicherung der ökonomischen Betriebe und Kreise, die organische Gliederung der erwerbstätigen Gesellschaft. Der christlich-soziale Geist, der Geist der Kirche hatte diese Ordnung beeinflußt, geheiligt und mit ihren Segnungen begleitet; sie hat sich in unserem Lande im Wesentlichen erhalten bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts,[2]) bis ihr die kapitalistisch-technische und liberal-staatliche Ära ihren raschen Niedergang bereitete. Damit wurde zugleich der religiöse und kirchliche Geist des Volkes in der ungünstigsten Weise beeinflußt, denn die mittleren Gesellschaftsgruppen, der mittlere Besitz und das mittlere Einkommen bildeten stets den günstigsten sozialen Boden für die Blüte des religiösen und sittlichen Lebens. Die Zerstörung des Mittelstandes bereitete den Boden für das Emporwachsen einer in ihrer Mehrheit dem überlieferten Glauben gleichgiltig und endlich der Kirche abgeneigt gegenüberstehenden plutokratischen Unternehmer- und einer enterbten Arbeiterklasse.

3. Die rasche Ausbreitung der Großindustrie, der zunehmende Schienenverkehr und die gesetzliche Freizügigkeit verursachten in erster Linie das Anwachsen der Groß- und Industriestädte. In wenigen Dezennien dominierte die Stadtbevölkerung über die Landbevölkerung und das städtische Proletariat über das ländliche. Die Bildung und Vergrößerung der Großstädte, der Halb- und Ganz-Millionenstädte, bedeutete eine unmittelbare soziale und eine mittelbare revolutionäre Gefahr für die Staaten und Völker. Bereits

1) Dr. G. Ruhland, Volkswirtschaftliche Grundbegriffe. Eine Orientierungstafel. Berlin 1911. S. 7.

2) Vergl. Werner Sombart i. Obg. S. 3 ff.; ferner Frz. Hoermann, Glücklicher Mittelstand, Trier 1912, S. 25 f.



am 17. Dezember des Jahres 1819 schrieb vorahnend Lamennais: „Die Städte sind Brennpunkte der Zerrüttung und der Anarchie geworden. . . . Europa wäre gerettet, wenn es nur Weiler hätte.“

Die Zunahme der deutschen Städte und Großstädte erfuhr eine Steigerung mit der Gründung des Deutschen Reiches und der neuen, der Zentralisation des Kapitals und der Betriebe günstigen Gesetzgebung. Das alte Bürgertum verschwand mit seinen alten Straßen, an die Stelle der bescheidenen Läden und Werkstätten traten Riesenauslagen, Bazare, Warenhäuser und großkapitalistisch bezw. bankmäßig geleitete industrielle Betriebe. Der traditionslose Bourgeois und Parvenü bevölkerte die feinen Lokale, die ebenso traditionslose, sich potenzierende Arbeiterklasse die übrigen Schankstätten. Der Verkehr und der Zuzug vom Lande und der Kleinstadt brachte jeden Tag neue Großstadtbewohner, im Jahre 1910 zählte das Deutsche Reich bereits 201 Städte mit über 25000 und 20 Städte mit über 1/4 Million Einwohner.

Wo die Menschen sich zu gewaltigen Massen anhäufen, wo die Versorgung mit den notwendigsten Bedarfsartikeln eine schwierige ist, wo die Armenviertel jährlich an Ausdehnung gewinnen, wo das Gespenst des Hungers und der materiellen Not täglich große Mengen bedroht, wo die aufgestachelten Gefühle der Leidenschaft und des Hasses ansteckender und einigender als in dünn bevölkerten Bezirken wirken, wo Presse und Versammlungsfreiheit einen unberechenbaren Einfluß ausüben, da ist die Gefahr des Aufruhrs, der Revolte, der blutigen Straßen- und Klassenkämpfe ungleich mehr als auf dem Lande und in der Kleinstadt gegeben.

War es Kurzsichtigkeit und Gedankenlosigkeit der modernen Nationalökonomie, die Ausdehnung der Großindustrie zu begrüßen, dann war es ausgesprochener Wahnsinn, sich über die Zunahme der Großstädte zu freuen. Die Großstädte



nennt der Kulturhistoriker W. H. *Riehl*[1]) in einem treffenden Vergleiche „die Wasserköpfe der modernen Zivilisation“; unförmliche und ungesunde Bildungen am Körper des Volkes und des Staates. Sie saugen alle Säfte des im ganzen noch gesunden Volksorganismus auf, sie lähmen die freie Beweglichkeit seiner äußeren Organe und Glieder, sie bieten die stete Gefahr, die Erkrankung des Hauptes auch auf die übrigen Teile des Körpers zu übertragen. Die großstädtische Presse und die großstädtischen Sendlinge sind es zumeist, welche die das Volk bis in die äußersten Bezirke verwirrenden und vergiftenden Ideen hinaustragen, die alle alten, religiös gefestigten Grundlagen des Glückes und der Zufriedenheit unterwühlen, welche die mittleren und unteren Volkselemente zu sozialdemokratisieren, zu proletarisieren und zu revolutionieren suchen. Die Großstädte herrschen heute über das Land und ihre Herrschaft, verkündete Riehl[2]) bereits vor sechzig Jahren, „wird zuletzt gleichbedeutend sein mit der Herrschaft des Proletariats.“

II.

Die Auflösung der ständisch gegliederten Gesellschaft, die ihr folgende Klassen- und Massenbildung, die Industrialisierung und Proletarisierung der Länder und Völker, das Anwachsen der Großstädte schufen die latente Gefahr einer kommenden revolutionären Überflutung und Verwüstung. Eine noch größere, eine akute Gefahr erwuchs in der Erschütterung der religiösen Mächte und in der Vernichtung des alten Glaubens in weiten Volkskreisen.

1. Wenig beachtet oder unterschätzt, aber desto folgenschwerer wirkte für die kommende Gesellschaft die *Entchristlichung des öffentlichen Lebens* und das *Verschwinden der christlichen Sitte* und des *christlichen Brauches*. Wir haben die einschneidenden Konsequenzen dieses Verblassens ehrwürdiger Überlieferungen mehrfach, wenn auch

---

1) Land und Leute, Stuttgart 1861. S. 118.

2) Ebenda S. 120.



ohne sichtbaren Eindruck, gezeichnet und wir wiederholen in anderen und kürzeren Worten unsere früheren Ausführungen.

Hatte sich das staatliche Leben und Wesen von Christentum und Kirche mehr oder minder emanzipiert, so war doch das Gepräge unseres gesellschaftlichen und geselligen Lebens noch vor siebzig Jahren im ganzen ein christliches geblieben. Es unterschied sich auf dem Lande und in der Kleinstadt kaum wesentlich von demjenigen des Mittelalters. Die Tagesarbeit und das Tagesleben waren vom religiösen Brauche und Herkommen umrankt, das Kirchenjahr mit seinen Festen und Festzeiten mit dem Volksleben enge verknüpft, das Familienleben in all seinen sichtbaren Äußerungen von der Religion und der religiösen Sitte getragen. Man scheute sich nicht, auf der Straße nnd im Gasthause seinen Glauben zu bekennen, man hielt es des Gebildeten nicht unwürdig, sich an öffentlichen kirchlichen Festen, Umzügen und an Wallfahrten zu beteiligen, man konnte noch nicht die Auffassung begreifen, daß die religiöse Betätigung sich nur innerhalb der Wände des Gotteshauses und der verschlossenen Kammer abzuspielen habe. Die Sonntagsruhe, die verbotenen Zeiten, alle Anordnungen der Kirche wurden noch willig respektiert, man dachte noch kirchlich und christlich; erklärte Gottesläugner und Kirchenfeinde zählten zu den großen Ausnahmen.

Dieser christlich-gläubige Geist der Öffentlichkeit und des gesellschaftlichen Lebens schwand schrittweise und wenig beachtet mit der sozialen Entwicklung seit Mitte des vorigen Jahrhunderts. Mit der Verflüchtigung der christlichen Sitte reduzierte sich auch das christliche und kirchliche Denken. Der Geist wurde irdisch, das Leben ideallos und profan. Die göttlichen und kirchlichen Gebote und die Glaubenswahrheiten übten nicht mehr die ehemalige mächtige und verpflichtende Wirkung aus. Es kann nicht „bestritten werden, daß die Lehre von den letzten Dingen, Tod, Gericht, Himmel, Hölle, auf einen nicht geringen Teil der Katholiken (und übrigen Christen) nicht mehr dieselbe Eindruckskraft besitzt, die ihnen zukam und ihrer Bedeutung nach zukommen muß .... Es kann

gar keinen Zweifel dulden, daß die Heilsfurcht im Mittelalter ganz unvergleichlich größer war als in der Gegenwart".[1])

Unser ganzes Leben, unser Fühlen, Sinnen und Sorgen ist verweltlicht. Es wurde verweltlicht zuerst in den Kreisen derer „von Bildung und Besitz", es wurde verweltlicht in den Kreisen des dem Liberalismus sich zuwendenden Bürgertums und der der Sozialdemokratie sich anschließenden Arbeitermassen, es ist heute in weitgehendem Maße auch verweltlicht und vermaterialisiert in unserer Bauernschaft. Neben den sich häufenden leichten und schweren Diesseitssorgen scheint man ernste Jenseitssorgen wenig mehr zu kennen. Speziell übten auf das Landvolk, außer dem materialistischen Geiste der Zeit, der großstädtische Fremdenverkehr, das an den kleinsten Orten sich ansässig machende heimatlose Händlertum, Kasernen- und Kriegsleben erkältend und ertötend auf das warme kirchliche und ernste sittliche Leben. Die Kaserne ist keine Schule christlicher Zucht und religiöser Pflichterfüllung für die in der reifen Jugend stehende männliche Bevölkerung. Kaum jemals kamen die Söhne christlicher Familien sittlich gebessert, wohl aber in tausend Fällen verschlechtert von der mehrjährigen militärischen Dienstzeit ins Elternhaus zurück. Da hilft oder half alle offizielle Ableugnung nicht viel. Der Weltkrieg, und insbesondere die Ruhezeit in den Etappen, demoralisierte unser Militär in noch höherem und weitgehenderem Maße als die Kaserne der Friedenszeit. Da verblaßten die Ideale einer frommen Jugend, da wurden das Gebet und die religiösen Übungen aufgegeben, da erinnerte man sich nicht mehr des dem König und dem Vaterlande geleisteten Eides, da reifte die Giftsaat revolutionärer Gedanken und verbrecherischer Pläne, da wurde in vier Jahren eine seelische Zermürbung und Gesinnungsänderung vollzogen, welche bei Hunderttausenden die letzten Spuren einer christlichen Vergangenheit austilgte, um an deren Stelle das Bild einer antichristlichen Zukunft zu setzen.

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 142, S. 710 f.



2. Die Verweltlichung und Entchristlichung unseres gesellschaftlichen Lebens war teils eine Folge, teils eine Ursache des **Unglaubens** des neunzehnten Jahrhunderts. Der Unglaube ist das größte Verbrechen, welches die christliche Lehre kennt; der Unglaube muß die größten Strafgerichte für die Einzelnen wie für die Völker hervorrufen, da sie denjenigen verleugnen, welcher den Glauben unter der Androhung der ewigen Verdammnis gefordert hat.

Der Glaube an Gott, an Sünde und Strafe, an Himmel und Hölle ist in der modernen Menschheit schwach geworden; der Ruf von Ludwig Feuerbach: „Konzentration aufs Diesseits!", die Ablehnung alles Göttlichen und Übernatürlichen ist heute die Lebensmaxime von Millionen. „Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen", schreibt **Lehmann-Hohenberg**[1]), „daß die Mehrzahl der Gebildeten — neun Zehntel nach billiger Schätzung — schon lange nicht mehr an die Gottheit Christi glaubt." „Andere gehen noch weiter und behaupten, daß es nicht bloß mit dem Christentum, sondern überhaupt mit jeder Religion ein Ende habe. Wissenschaftlich, heißt es, ist die religiöse Weltanschauung längst überwunden, darüber sind wohl alle einig .... Durch unsere Entdeckungen und wissenschaftlichen Fortschritte ist nicht bloß die mittelalterliche religiöse Anschauung, sondern überhaupt die ganze Welt- und Lebensauffassung ins Wanken geraten, weil innerlich unwahr und unhaltbar.[2])

Der Unglaube mochte keine unmittelbare Gefahr darstellen, so lange er das Reservat kleiner Schichten bildete; er mußte aber den Bestand der ganzen Gesellschaft bedrohen, so bald er von oben nach unten durchzusickern begann, so bald er in das Volk und in die proletarischen Massen drang. Darin liegt die riesenhafte Verantwortung der auf der Höhe

1) Einiges Christentum, Band 1, S. 50. Zitiert nach A. M. **Weiß** O. Pr., Die religiöse Gefahr, Freiburg i. Br. 1894, S. 19.

2) Ebenda S. 20 f.



des Lebens Stehenden: daß das Beispiel von oben stets ansteckend und verheerend in den Tiefen wirkt. „Immer und immer haben euch bei eurem Treiben", apostrophierte Sebastian Brunner[1]) kurz vor der Märzrevolution die ungläubigen Reichen, „die Proletarier auf die Hände gesehen, und es wird eine Zeit kommen, in der ihr staunen werdet, was sie alles von euch profitiert haben und wie sehr gelehrig sie gewesen sind." —

Der Unglaube ist heute Gemeingut der der Sozialdemokratie verfallenen Massen geworden. Denn die Sozialdemokratie, sei sie gemäßigter oder radikaler Art, ist nicht nur Häresie, sie ist Antikirche und Antichristentum.[2]) Der in die sozialistischen Reihen Eintretende ist entweder atheistisch wie seine Führer gesinnt, oder er verfällt in der Folge dem Atheismus. Die Sozialdemokratie ist der Tod der christlichen Kultur, der Tod der in Gott gegründeten Autorität und der religiös gefestigten Pietät, der Tod der ohne Autorität unmöglichen Erziehung und damit auch der Bildung.

Die umfangreiche Statistik, welche Adolf Levenstein-Berlin[3]) in dem Jahre 1907 anstellte, ergab den unwiderleglichen Beweis für die Religionslosigkeit der übergroßen Majorität der sozialdemokratischen und für fast die Hälfte der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Es wäre verhängnis-

---

1) Mane, thekel, phares! Ein letztes Wort an die armen Reichen. 5. Aufl. Regensburg 1891. S. 14.

2) Selma Lagerlöf nennt den Sozialismus geradewegs den Antichristen. Nicht weil er sich mit den äußeren Formen der gesellschaftlichen Entwicklung befasse, wohl aber, weil er beständig die geistige Erneuerung der Gesellschaft verhöhne, die inwendigen Lebensbedingungen aller gesellschaftlichen Reform in ihrer ganzen praktischen Unentbehrlichkeit verkenne, statt das Außenwerk dem Innenwerk unterzuordnen." (Dr. Jos. Eberle, Zertrümmert die Götzen! Innsbruck 1918. S. 162.)

3) Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psychophysischen Einwirkungen auf die Arbeiter. München 1912.



voll, sich gegenüber dieser Tatsache einer gewollten Täuschung hinzugeben. Diese Religionslosigkeit ist und bleibt die erste Ursache des geradezu diabolischen, bis zur Kriegserklärung gegen Gott[1]) entwickelten Radikalismus sozialdemokratischer Führer und Verführter.

(Schluß folgt.)

---

1) Vergl. Histor.-polit. Blätter Bd. 163, S. 335.

LXXV.

Neue Beiträge zur Geschichte König Max II. von Bayern.

(Von Anton Doeberl.)

II.

„Einer der meistgesuchten Ratgeber des Königs Max II. war seit dem Herbste 1848 wie in anderen politischen Angelegenheiten so auch in den verschiedenen Stadien der deutschen Frage der ehemalige Minister des Innern Karl von Abel." Diese Tatsache war bis jetzt völlig unbekannt. Da fanden sich im Nachlaß des Ministers nicht weniger als 300 Schreiben aus dem Kabinette König Max II., Schreiben der Kabinettssekretäre Schilcher und Pfistermeister, freilich meist nur Begleitschreiben in wenigen Worten zu wichtigen offiziellen Schriftstücken, die wieder an das Kabinett zurückgingen, sobald Abel seinen Rat erteilt hatte, aber darunter auch Schreiben von besonderem Werte: rund 100 Schreiben des Königs selbst. Die Gutachten Abels finden sich nicht im Nachlaß selbst, sie sind natürlich in amtlichem Verwahr. Für eine Geschichte der Regierung König Max II., aber auch für eine Darstellung der Ansichten des Staatsrats von Abel sind sie ohne Zweifel von hohem Wert.

König Max II. hat die staatsmännischen Eigenschaften



Abels hochgeschätzt, ebenso wie die damaligen Minister von Bray, Kleinschrodt, Zwehl, Ringelmann, von denen sich einige Briefe im Nachlaß finden. „Ihr Beirat, lieber Herr Gesandter von Abel“, so schreibt König Max II., Nymphenburg, 9. Nov. 1848, „ist mir von großem Gewicht.“ Und ein ander Mal, Hohenschwangau, 4. August 1849: „Es ist mir lieb, daß Sie wieder in München verweilen. Sie wissen, welches Vertrauen ich in Sie setze. Vielen Dank bin ich Ihnen schuldig.“ Es gab wohl keine wichtige Frage der inneren und äußeren Politik Bayerns, zu der nicht der König von Abel Gutachten verlangte. Und das bis zu den letzten zwei Jahren vor dem Tod des Ministers († 1859), wo sich die Vorzeichen der Erschöpfung bei dem früher so rastlosen Staatsmann zeigten. Und noch nach dem Tode Abels sprach der König der Witwe, Friederike von Abel, aus, was ihm der Heimgegangene gewesen.

Die Aktenstücke, die ich im Nachfolgenden erstmals bringen kann, sind nur ein Ausschnitt aus dem Kapitel „Bayern und Deutschland“. Aber sie stammen aus jener Zeit, da dies Kapitel besonders aktuell war, und sie dürften gerade jetzt besonderes Interesse beanspruchen. Wiederholt in diesen bangen Tagen, wo wir alle so schwer getragen an einem Verhängnis unseres engen und weiteren Vaterlandes, das uns immer noch wie ein schwerer Traum anmuten möchte, wiederholt habe ich mir die Frage vorgelegt: Wäre es nicht besser gewesen, wenn die Idee König Max II. zum Zug gekommen wäre? Ich kann die Frage nicht lösen, aber ich möchte dies Material nicht länger zurückhalten, vielleicht regt es zu einer neuen Überprüfung der bayerischen und der deutschen Politik seit 1848 an.

Den Archivalien glaube ich nur ein paar Worte vorausschicken zu sollen.[1]) König Max fürchtete 1848/49 von unten und von oben. Er fürchtete von unten, von den „souve-



1) Vgl. M. Doeberl, Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert, München 1917.

ränen" Volksvertretern und ihren Grundrechten. Das Frankfurter Verfassungswerk schien ihm zum zentralisierenden Einheitsstaat zu führen, in dem die Krone der Wittelsbacher in den Staub rollen und bayerische Eigenart verschwinden würde. Er fürchtete von oben, von der Feder der preußischen Staatsmänner und dem Schwert des preußischen Militärs. Das Kaiserprojekt schien ihm wie der Scheidebrief zwischen Deutschland und Österreich, Österreich selbst der Verslavung preisgegeben und damit das Deutsche Reich selbst krachend in allen Fugen. Von dieser Auffassung aus hat er alle Hebel ins Werk gesetzt gegen die Grundrechte, gegen das preußische Kaiserprojekt, hat die bayerische Diplomatie, die bayerischen Abgeordneten in Frankfurt, die bayerische Presse mobil gemacht, hat er immer wieder für die Direktorialidee geworben. Abel war ihm hierin Berater und Werkzeug. Das ergibt sich schon aus diesen Akten, eine spätere Forschung, der das ganze Material zur Verfügung steht, wird sicher noch neue Gesichtspunkte entdecken.

Noch vor wenigen Monaten wäre man wohl über die Befürchtungen des Königs lächelnd zur Tagesordnung übergegangen. Aber heute? Österreich zerfallen und das Reich wehrlos und nun gar die Selbständigkeit Bayerns und seiner Eigenart und seiner Kultur bedroht!

Wie ein Schrei für Bayerns Recht sollen diese Akten sprechen. — —

Herr Gesandter rc. von Abel. In der Anlage übersende ich Ihnen den Bericht Xylanders über sein Votum bezüglich der Grundrechte, damit Sie Mir Ihre Ansicht mitteilen, ob selbes genüge, oder ob noch etwas beizufügen, insbesondere, was auf eine gewisse Bereitwilligkeit von Seite Bayerns deutete. Ferner wünsche Ich, zu vernehmen, ob Sie glauben, daß man jetzt schon bei Österreich und Preußen Schritte tun solle, damit diese, noch ehe die ganze Verfassung beraten ist, über dasjenige, was sie von den Grundrechten nicht oder nur teilweise anerkennen wollen, sich Frankfurt gegenüber aussprechen. Auch darüber wollen Sie sich verbreiten, ob nicht auf **Österreich** und **Preußen** dahing ewirkt werden solle, daß von **diesen aus** die



übrigen Staaten bestimmt werden, keine Erklärung bezüglich der Grundrechte abzugeben und selbe auch nicht vor die Stände zu bringen, bis nicht die ganze Reichsverfassung vollendet ist. Mit bekannten Gesinnungen

Nymphenburg, den 3. Januar 1849

Ihr wohlgewogener König
Max.

Herr Gesandter rc. von Abel. Obgleich Ich schon öfter die Frage besprochen, ob ein österreichisches oder preußisches deutsches Kaisertum weniger nachteilig für Bayern, wenn es, was Gott verhüten möge, überhaupt je zu einem Kaisertum kommen sollte, so wünsche Ich doch, daß auch Sie Mir Ihre Ansicht hierüber nebst Gründen schriftlich mitteilen.

Zu meinem gestrigen Schreiben in Bezug der Grundrechte muß Ich nachträglich noch beifügen, daß Ich auch darüber Ihre Meinung zu vernehmen wünsche, ob nicht geradezu von Bayern aus Schritte geschehen sollten bei den teutschen Höfen, um diese zu veranlassen, nur nach genommener gegenseitiger Rücksprache und Vereinbarung über die Grundrechte Frankfurt gegenüber sich auszusprechen.

Schließlich bemerkte Ich noch, daß Mir heute Nachrichten zugekommen, als wolle man in Süddeutschland und namentlich auch in Bayern Adressen zu Gunsten des preußischen Kaisertums hervorrufen. Glauben Sie, daß man die Behörden in kluger, vorsichtiger Weise auffordern solle, dieselben zu verhindern oder halten Sie es für geraten, jetzt schon vorbeugend Adressen dagegen vorzubereiten? Mit bekannten Gesinnungen

Nymphenburg, den 4. Januar 1849

Ihr wohlgewogener König
Max.

Herr Minister von Abel! Ich habe eben erfahren, daß der pfälzische Abgeordnete Stockinger den Posthalter Stöcker hieher zu senden in Absicht habe und zwar zu dem Zwecke, die Bauern und den übrigen minder gebildeten Teil der Abgeordneten in Klubs nach demokratischer Art zu organisieren. Ich glaube Ihnen



dieses mitteilen zu sollen, damit Sie so viel möglich das Prävenire spielen und die nötigen Maßnahmen ergreifen können. Glauben Sie, es sei notwendig, daß, wenn Österreich und Preußen bezüglich Frankfurts und der dortigen Beschlüsse mit einer Abgabe ihrer Erklärungen noch längere Zeit zögern, von Bayern aus entschieden und offen erklärt werden soll, wie man niemals einem Kaisertum sich unterordnen werde und auf der Vereinbarung in Betreff der Verfassungsfrage bestehe; möchte es nicht am Ende heißen: „qui tacet, ubi loqui potuit et debuit, consentire videtur", wenn Bayern eine solche Erklärung zu rechter Zeit abzugeben versäumt hat. Ein Mittel, dem preußischen Kaisertume Einhalt zu tun, läge vielleicht auch darin, daß man gegen den Tarif der Freihändler (free—traders) Ansprachen an den Reichstag zu Frankfurt veranlaßte oder auch Versammlungen und Erklärungen von Männern des Faches gegen diesen Tarif ins Leben riefe? Halten Sie dieses für zweckmäßig und für ausführbar? Und durch welche Mittel? Gelegentlich will Ich Sie auch noch erinnern an jene Frage bezüglich des Presseplanes, die Ich Ihnen gestellt; wie Sie Mir geschrieben, hatten Sie bei Meinem Preßplane noch Zusätze bezüglich der beitretenden Personen und der beizuziehenden Blätter zu stellen. Dabei wünsche Ich noch Ihre Meinung zu vernehmen, ob Sie Bayern gegen die vielseitigen Anfeindungen für hinlänglich literarisch vertreten erachten und ob und was in dieser Beziehung noch geschehen könne.

Ich sende Ihnen in der Anlage einen Bericht Xylanders, worin derselbe die Abwesenheit des Lasaulx von Frankfurt während der Beratung der Oberhauptsfrage im Ausschusse zu wiederholten Malen sehr bedauert. Wann Sie denselben eingesehen, wünsche Ich ihn zurück zu erhalten.

Ferner teile Ich Ihnen den Antrag des Grafen Bray zu baldigem Gutachten über dessen Zweckmäßigkeit mit. Nach Meiner Ansicht ist ja Alles schon geschehen, was von Bayern aus geschehen sollte und konnte. Mit bekannten Gesinnungen

Nymphenburg, den 10. Jänner 49.

Ihr wohlgewogener König
Max.



Herr von Abel! Anliegend empfangen Sie das Mir soeben Vorgelegte wieder zurück, wobei Ich Ihnen den Wunsch ausspreche, Mir nach reiflicher Erwägung mitzuteilen, ob in dem Ausdrucke „politische Einheit" nichts Bedenkliches liege. Nach Meiner Ansicht möchte hierin schon die Anerkennung des Bundesstaates liegen: einer Form, welcher Österreich und Würtemberg und andere Staaten nicht geneigt sein dürften: es könnte hiedurch den Staaten die Meinung eingeflößt werden, als wollte Ich selber einen Bundesstaat; Ich könnte sie beirren über das, was Ich selber anstrebe und ihnen das Anstreben eines Staatenbundes sehr erschweren. Mit Sehnsucht erwarte Ich Ihre Antwort; um Zeit zu gewinnen, habe Ich veranlaßt, daß Mir dieselbe durch Meine Kanzlei gleich nach deren Empfang zugesendet wird. Wollen Sie daher Ihr Schreiben der Kanzlei zur Beförderung übergeben. Mit bekannten Gesinnungen

Ihr wohlgewogener König

Nymphenburg, 20. I. 49. Max.

Herr Minister von Abel! Es ist Mir wichtig, in Bälde Ihre Ansicht zu vernehmen, ob es jetzt an der Zeit, die Kammern zu einer Erklärung über Nichtanerkennung eines Kaisertums, wenn ein solches von Frankfurt aus dekretiert werden sollte, zu veranlassen, und ob dann von der bayerischen Regierung auf eine solche gestützt, auch ohne die in Aussicht stehende Erklärung Österreichs und Preussens abzuwarten, ein analoger Schritt in Frankfurt zu geschehen hätte. Mit bekannten Gesinnungen

Nymphenburg, 24. I. 49.

Ihr wohlgew. K. Max.

Herr Minister von Abel! Ich glaube Sie aufmerksam machen zu sollen, daß der preußische Gesandte in München Alles aufbietet, um eine für Preußen günstige Stimmung hervorzurufen: vielleicht sind Ihnen Mittel bekannt, dieser Tätigkeit entgegen zu wirken. Ferner scheint es Mir sehr nötig, rechtzeitig von dem, was in den Kammern und Ausschüssen vorgeht, sowie von demjenigen, was in diesen vorbereitet wird, fortlaufend genau Kenntnis zu erhalten. Können Sie Mir diese



verschaffen oder halten Sie es für zureichend, daß Sie um diese Vorgänge wissen und Mir das Erheblichste und Dringendste mitteilen? Mit ꝛc.

Nymphenburg, 28. I. 49. König Max.

Herr Minister von Abel. Die Beschlüsse der Reichsversammlung über das Reich und die Reichsgewalt werden Sie wohl zu handen haben. Ich wünsche, daß Sie Mir darüber mit Ausschluß der Grundrechte in möglichster Bälde Ihr Gutachten mitteilen. Den Standpunkt, von welchem hiebei auszugehen, kennen Sie ohnehin: kein Opfer zu bringen, welches nicht als unabweisbar erscheint. Mit ꝛc.

Nymphenburg, 4. II. 49. König Max.

Herr Minister von Abel. In der Anlage schicke Ich Ihnen eine Denkschrift der Würtembergischen Regierung an das österreichische Kabinett. Es wäre Mir sehr erwünscht, wenn Sie eine ähnliche ausarbeiten wollten, in welcher alle jene Fragen beleuchtet sind, durch die Österreich aufgeklärt und auf den ganzen Umfang der Gefahren aufmerksam gemacht werden kann und auf die Folgen des seither von Preußen gegen Österreich und Deutschland beobachteten Verfahrens. Soviel Ich vernommen, hat auch der König von Würtemberg den österreichischen Ministerresidenten auffordern lassen mit der Vorlage eines Gegenentwurfes der in erster Lesung von der Reichsversammlung angenommenen Verfassungsbeschlüsse ohne Zögern hervorzutreten. Mit ꝛc.

Nymphenburg, 25. II. 49. König Max.

Herr Minister von Abel. Ich wünsche, daß Sie die Anlage über die deutsche Reichsverfassung durchsehen und das, was allenfalls von den Meinem Gesandten Graf Lerchenfeld erteilten Instruktionen darüber abweichen sollte, mit Rotstift anzeichnen. Mit ꝛc.

Nymphenburg, 17. März 1849. König Max.

Herr Minister von Abel. Ich wünsche baldigst Ihre Ansicht darüber zu vernehmen, ob man sogleich eine Proklamation an das bayerische Volk gegen ein preußisch-deutsches Kaisertum erlassen oder damit noch zuwarten solle, bis Preußen



sich über Annahme oder Nichtannahme dieser Würde ausgesprochen. Gleiches wünsche Ich auch zu erfahren über eine sofortige oder später erst zu sendende Protestnote in diesem Bezuge an die verschiedenen Höfe. Mit . . .

Nymphenburg, 31. III. 1849. König Max.

Herr Minister vou Abel. In der Anlage erhalten Sie jene Note, welche schon einmal nach Wien abgegangen und nun wieder dahin abgehen soll, um vom Fürsten Schwarzenberg unterschrieben zur Punktation eines Staatsvertrages zu dienen. Graf Bray stimmt keineswegs für die Absendnng des Staatsrates Fladt, er ist aber sehr für die des Frhrn. von Aretin nach Wien. Ich wünsche darüber baldest Ihre Ansicht zu vernehmen, da die bezüglichen Instruktionen heute noch auszufertigen wären. Mit ꝛc.

München, 8. April 1849.

König Max.

Herr Minister von Abel! Ich wünsche möglichst bald Ihre Ansicht darüber zu vernehmen, ob die beabsichtigte Zurückberufung der österreichischen Deputierten von Frankfurt durch ihre Regierung, „weil jene ihr Mandat überschritten und die Verfassung vollendet wäre“, im Augenblick ratsam sei, ob deren Bleiben daselbst bei weiterer Ausbildung einer deutschen Verfassung durch die Vereinbarnng nicht von Nutzen, wie andererseits ihr Austreten aus der Nationalversammlung nicht schädlich sei, sowohl in Bezug auf die öffentliche Meinung als durch völliges Einräumen des Feldes und dadurch freien Spielraum für die preußische Partei? Mit ꝛc.

München, den 10. 4. 49. König Max.

Herr Minister von Abel! Obgleich Ich mit der beiliegenden Erklärung ganz einverstanden bin und für gut halte, so wünsche Ich der größeren Sicherheit halben doch Ihre Ansicht darüber zu hören, ob die im Absatze: Aus allen diesen Erwägungen (Blatt 4, mit ? bezeichnet) aufgezählten Nachteile hinreichend seien oder ob es gut, weitere aufzuzählen und ob der unmittelbar darauffolgende Aufsatz (gleichfalls mit ?? bezeichnet) namentlich dessen letzter Satz stehen bleiben kann und nicht etwa eine ab-

fällige spätere Oktevierung (?) ausschließe. Die Sache drängt, Ich erwarte schnellstens Antwort, am besten durch den Überbringer Mit ꝛc.

München, 23. 4. 49. König Max.

E. E.

erlaube ich mir ehrfurchtsvoll den Wunsch Seiner Majestät hiemit schriftlich vorzutragen, Ew. Exzellenz Ansichten über die jetzt notwendige provisorische Gestaltung sowohl als über die künftige definitive einer Trias oder eines Direktoriums kurz aber tunlichst bald schriftlich dargestellt zu erhalten.

München, 21. März 49. Pfistermeister.

E. E.

habe ich im Auftrage S. M. Allerhöchst derselben Wunsch auszudrücken, E. E. Ansicht darüber zu vernehmen,

was, im Falle Österreich nicht beitreten könnte, mehr fromme, ob eine Trias, in welcher Preußen und Bayern ständige Stimmen hätten, während die 3te alternierend wäre, oder ob ein Direktorium, ferner ob solches sodann aus 5 oder aus 6 Mitgliedern zu bestehen hätte?

München, 25. May 1849. Pfistermeister.

LXXVI.

Der Versailler Text und die Folgen von Ablehnung oder Annahme.

Ist die Freundschaft mit Amerika oder jene mit England der Trumpf in der Hand der französischen Politiker? Die Frage mag im Augenblick müßig erscheinen, aber für die Entwicklung hat sie Bedeutung. Es ist klar, daß ein auf Grund der bekannten Versailler Friedensbedingungen, selbst wenn sie „gemildert" werden, organisiertes Europa keinen Bestand haben kann; daß es zu Verschiebungen in dem Allianzsystem kommen wird und daß die Imponderabilien, die Stimmungen, Sympathien und Antipathien unter den Völkern sich auf anderen Linien bewegen werden; ganz wie die Interessen.



Darauf beruht nicht zuletzt die politische Zweckmäßigkeit des Widerstandes gegen den Versailler Text und des Willens zur Nicht-Unterzeichnung. Daß dadurch die Milderung einiger Bedingungen erreicht werden kann, wäre nicht von entscheidendem Gewicht angesichts der möglichen Folgen der Ablehnung des Vertrages. Diese Folgen brauchten niemand zu schrecken, wenn das gesamte deutsche Volk von dem brennendheißen Nationalgefühl beseelt wäre, welches das Geschlecht von 1813 zur Erhebung trieb und dem Görres beredtsamen und mannigfaltigen Ausdruck gab; um nichts zu sagen von dem nationalen Stolz der Sizilianer, der zur sizilianischen Vesper geführt hat; nichts von der Vaterlandsliebe der Spanier, die sich in dem einen Wort Saragossa ausdrückt, nichts von dem Nationalstolz der Franzosen, der sich Valmy zum zündenden, nicht versagenden Schlagwort gewählt hat. Die Dinge liegen anders in Deutschland. Und zwar nicht erst seit heute. Seit 1916 bekundeten sich, langsam, aber von Monat zu Monat deutlicher werdend, die Lauheit, die „Bedingtheit“ des Nationalstolzes in weiten Kreisen des deutschen Volkes. Die englische Blockade, die Hungersnot, der Mangel an Komfort, Kleidung, Schuhen und Arzneien zermürbten die Kraft. Schon 1917 konnte Lloyd George im Parlament mitteilen, daß nach zuverlässigen Nachrichten die Kraft Deutschlands erlahme infolge der Not und daß die Agenten der Entente erfolgreich arbeiten.

Kann man heute erwarten, daß der passive Widerstand im deutschen Volke gegen die Okkupationsmächte, die ganz Deutschland besetzt haben würden, stärker und dauernder sein wird als 1918 im Feld? Wie die Artikel im Versailler Text, betreffend die „commission de réparation“, zeigen, werden die Ententebehörden die Lenkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in ganz Deutschland nach der Besetzung in die Hand nehmen. Woher soll die Gegenwirkung, der Widerstand kommen? Die akademischen, die bürgerlichen Kreise sind nicht mehr von dem Geist von 1813 erfüllt; die materielle Weltanschauung herrscht vor, und wenn es auch nicht an Idealismus, Edelsinn fehlt, so werden diese Eigen-

schaften doch nicht zahlreich und stark genug sein, das eigentliche Volk mit dem Schwung der Seele zu erfüllen, ihm das starke Wollen zu geben, das Opfermut, Kampfsinn, Entschlossenheit zum Sieg erzeugt. Es kann vielmehr die Besorgnis nicht abgewiesen werden, daß eine Entwicklung anheben mag, ähnlich wie vor, in und nach dem 30jährigen Krieg, als die Fremden, zu ihrem Vorteil, Deutschland durch Deutsche beherrschten. Damals lieferte der Religionsstreit den Vorwand zum Eindringen der Franzosen, denn was war Gustav Adolf anderes, als ein Werkzeug Richelieu's? seit 1914 hat man sich des Sozialismus bedient, um die Revolution in Deutschland zu entfachen. Die heutigen Unruhen werden in größerem Umfang als von den Bolschewisten, von den Agenten und Geldern der Entente genährt, die auch 1916—1918 die Hauptarbeit getan. Wie kommt es, daß die Länder, wo die Entente (mit Recht oder Unrecht) sozialistische Tendenzen voraussetzen mochte, Ausbruchstätten und Herd der Revolution waren? In Schleswig-Holstein, in den Welfenländern, in Bayern haben die Agenten und Gelder der Entente so erfolgreich gearbeitet, daß die Geister so gründlich betört wurden, daß sie noch lange Zeit nicht gesund werden.

Wenn Deutschland okkupiert wird, so werden sich sozialistische Tendenzen von den Fremden leicht schaffen lassen. Die Interessen haben die natürliche Tendenz, sich der Macht, die sie finden kann, zu unterwerfen. Schon verlautet, daß manche Leute in der Arbeiterwelt, im Bürgertum, einflußreiche Kreise der Industrie und der Finanz einer Okkupation Deutschlands keine tiefe Abneigung entgegenbrächten. Wie werden sich die Dinge in den besetzten Gebieten entwickeln, wenn die Fremden, wozu sie das Recht beanspruchen, die Zollgesetzgebung ändern, Deutschland wirtschaftlich isolieren, die Rheinländer und Elsässer (unter dem Vorwand der Fremdenlegion) in das französische Heer stellen können?

Zu dem Ausgangspunkt dieser Betrachtungen zurückkehrend, mag hier der Gedanke zum Vortrag gelangen, daß die Ablehnuug des Versailler Textes und die folgende

Okkupation Deutschlands eine schwere Belastung der deutschen Volksenergie darstellen wird. Seit 1916 wissen die Gegner, wie die Reden Lloyd Georges und andere dartun, daß diese Energie nicht unüberwindbar ist. Wären die Gegner anderer Ansicht, so würden sie, dessen mag man versichert sein, den Versailler Text niemals angebracht haben. Derselbe ist unter anderen eine Formel, in welcher Franzosen, Engländer, Amerikaner ihre Geringschätzung des deutschen Volkscharakters zum Ausdruck bringen. Wäre es anders, niemals hätten die Staatsmänner jener Länder uns solche Bedingungen und gar die Auslieferung unserer Heerführer und des Kaisers angesonnen. —

Die Feinde hegen keine Befürchtung, daß die Okkupation von ganz Deutschland ihnen ernste Schwierigkeiten machen würde; mit ihren geworbenen Truppen, selbst in geringer Zahl, und einer zahlreichen Gensdarmerie, zum größten Teil aus Deutschen, sind sie überzeugt, die Herren zu bleiben ohne passiven oder aktiven Widerstand besorgen zu müssen.

Anders stellt sich das Problem des Versailler Textes dar, wenn man nach den möglichen Wirkungen der deutschen Ablehnung auf internationalem Gebiet fragt.

Der Wilson'sche Völkerbund, — mag jetzt noch widersprechen, wer da will — ist in den Augen der Völker schon heute erledigt. Er hat seine Dienste getan, als er das deutsche Volk so betört, daß es seine Waffen fortwarf und sich der Gnade des Feindes anvertraute. Der Waffenstillstand von 1918 und die deutsche Revolution sind die Hauptfrüchte der Wilson'schen Friedens- und Völkerbunds-Phraseologie.

Wie konnten die Völker jemals einen anderen Verlauf erwarten, nachdem die alliierten und assoziierten Mächte den Papst von der Schwelle ihrer Beratungen fernhielten? Ein Bund der Völker, ohne den Papst an der Spitze als Berater und Leiter, wird stets ein Trugbild sein und bleiben.

Die deutsche Annahme des Versailler Textes würde den Austritt des deutschen Volkes aus der Reihe der Nationen bedeuten. Die folgende Besetzung Deutschlands würde keinen

Zustand schaffen, der politisch, sozial, wirtschaftlich drückender wäre, als die Herrschaft der commission de réparation.

Die Ablehnung des Versailler Textes andererseits würde die alliierten und assoziierten Mächte nötigen, die Linien ihrer eigenen Interessen innerhalb der Allianzen und Assoziationen zu ziehen. Während ihre Behörden und Truppen in Deutschland walten, würden sich die Keime der Differenzen in ihrem Verhältnis untereinander entwickeln. Keine Kunst der Staatsmänner, keine noch so geschickte Lenkung der Presse in den verschiedenen Ländern würde diese Entwicklung von Differenzen auf die Dauer hindern.

Wenn aber die alliierten und assoziierten Mächte schon jetzt sich veranlaßt sehen, ihre Interessen untereinander, wenn auch mit noch so weiter Marke, abzustecken, so wird sich für sie die Notwendigkeit ergeben, auf Deutschland Rücksicht zu nehmen.

Als Fürst Lichnowsky sich 1914 von Earl Grey verabschiedete, sagte ihm derselbe, daß er erwarte, sich Deutschland beim Friedensschluß wieder zu nähern. Auch ohne diese Bemerkung Grey's müßte man Ähnliches in Rechnung setzen. England ist nicht so sehr Gegner Deutschlands als Gegner der jeweilig stärksten Kontinentalmacht. Wenn Frankreich sich einen großen Teil von Deutschland politisch und wirtschaftlich unterwirft, so ergäbe sich für Frankreich ein solcher Machtzuwachs, daß die Revanche für Faschoda an Stelle jener für Sedan treten würde. Entwickelt sich Frankreich zur Industriemacht, so treten automatisch die Gründe in Wirkung, die zur Rivalität Englands gegen Deutschland geführt haben.

England muß mit der Rivalität Frankreichs in Zukunft rechnen. Gelänge es ferner England, sich in Nord- und Ostdeutschland eine Vormachtstellung zu schaffen, so würde die Rivalität Frankreichs erst recht herausgefordert.

Aus solchen und anderen Erwägungen fließt die Vermutung, daß Frankreich bestrebt sein wird, Anlehnung bei den Vereinigten Staaten zu suchen, welche ihm eine Garantie gegen die Rivalität Englands böte.



Seitdem im Jahre 1776 der amerikanische Kongreß den Bevollmächtigten Silas Deane und bald darauf Franklin nach Paris geschickt hatte, um das Bündnis mit Frankreich fest zu gestalten, haben die Beziehungen zwischen beiden Ländern in allen wichtigen Phasen die Phraseologie der Völkerbrüderschaft nicht verleugnet. Schon kurz vorher, 1775, hatte der amerikanische Kongreß einen „Ausschuß für Korrespondenz mit unseren auswärtigen Freunden" errichtet, der dieselbe Arbeit leistete wie in unserer Zeit die Presse, die Rhetorik von Wilson und Genossen und die Betriebsamkeit von André Tardieu und anderer Unterhändler.

In dem Unabhängigkeitskrieg der Amerikaner gegen England gab das Bündnis mit Frankreich, das den Hinzutritt von Holland und Spanien gegen England herbeiführte, den Ausschlag. An der Kapitulation des englischen Heeres bei Yorktown am 19. Oktober 1781 hatte das Erscheinen der französischen Flotte in der Chesapeake-Bai den größten Anteil.

Man kann es verstehen, daß der amerikanische General, der 1918 mit den Offizieren der ersten größeren in Frankreich gelandeten Truppenmacht, sich auf den kleinen Kirchhof in Picpus in Paris an das Grab Lafajettes begab mit den Worten: „Lafajette, here we are". Der amerikanische Admiral Mahan, der in seinem Werke „Politik und Seemacht" im Weltkrieg den Sieg der stärksten Seemacht zuschreibt, hat zwar die Bedeutung der französischen Hilfe für Amerika nicht so hoch eingeschätzt. In Frankreich wird man jedoch nichts unterlassen, was das Bündnis mit Amerika befestigen kann; die Rhetorik und die Art von Publizistik und Literatur, wie man sie in beiden Ländern bevorzugt, begünstigt diese Absicht. Nicht minder gilt dies von den wirtschaftlichen und finanziellen Plänen der Amerikaner in Frankreich, die in Paris — weniger in der Provinz — begünstigt werden. Andererseits muß erwartet werden, daß der amerikanische Markt sich der Einfuhr aus Frankreich gern darbietet.

Bleibt die Hauptfrage; die nach der Entwicklung der

englisch-amerikanischen Beziehungen. Dabei muß beachtet werden, daß auf beiden Seiten der Wille zur Eintracht besteht. Ob jedoch die Interessen beider Mächte auf der See, in Südamerika, Asien usw. die erfolgreiche Betätigung dieses guten Willens ermöglichen — das ist die Frage.

Der Wilsonsche Völkerbund und seine schiedsrichterlichen Absichten bilden, das läßt sich heute schon erkennen, keine Bürgschaft des dauernden Friedens in der Welt.

Jede Hoffnung würde vollends verschwinden, wenn der Versailler Text auf Deutschland zur Anwendung käme. Binnen kurzer Zeit würde Deutschland zum Kampfplatz, auf dem die rivalisierenden Mächte, die großen alten, wie die kleinen neuen, ihren Streit ausfechten werden.

Die Beseitigung des Versailler Textes ist ein Postulat des Friedens in der Welt. Die deutschen Noten mögen den Franzosen als Zeit- und Papierverschwendung erscheinen. Sie werden nützlich und heilsam gewirkt haben, wenn sie den alliierten und assoziierten Mächten die Erleuchtung bringen, deren sie offenbar bedürfen.

LXXVII.

Jugendbewegung und politische Erziehung.

Es war ein alter und gewiß nicht unberechtigter Grundsatz der gesamten bürgerlichen Jugendbewegung, daß die Politik aus ihren Arbeiten und Bestrebungen auszuschalten sei. Zudem war ja auch durch § 17 des Reichsvereinsgesetzes den Jugendlichen unter 18 Jahren jede Beteiligung am politischen Leben untersagt. Was diese letztere Bestimmung bezweckte, ist bekannt, ebenso, daß dieser Zweck keineswegs erreicht worden ist. Eher das Gegenteil. Die sozialistische Jugendbewegung ist trotz, oder vielleicht auch wegen reichlicher Anwendung des Jugendparagraphen in den letzten Jahren vor dem Kriege gewaltig gewachsen; sie hat auch den Krieg, der ihr in mancher Beziehung sogar Erleichterung und Förderung zuteil werden ließ, verhältnismäßig

gut überstanden. Und wer weiß, wie viel Anteil an dem Umsturz vom 9. November v. Js. die Sozialdemokratie gerade der geschickt arbeitenden Vorbereitung ihrer Jugend auf das politische Leben zu danken hat. Jedenfalls hat sie ihm zahllose begeisterte und opferwillige Kämpfer zugeführt.[1])

1) Vgl. Histor.-polit. Blätter Bd. 162, S. 456 ff.

Sollten nun die veränderten politischen Verhältnisse auch bei uns im Punkte der politischen Schulung und Aufklärung eine Änderung bedingen? Oder soll der Satz „Politisch Lied ein garstig Lied" auch fernerhin wenigstens in der katholischen Jugendbewegung seine Geltung behalten? Ohne weiteres lassen sich jedenfalls diese Fragen weder mit Ja noch mit Nein beantworten; sie verlangen vielmehr sorgfältiges Prüfen und Abwägen der Gründe, die sich für und gegen eine politische Betätigung in den katholischen Jugendvereinen vorbringen lassen. Trotzdem läßt sich, ohne berufenen Instanzen vorzugreifen, schon heute wohl soviel sagen: Unsere Jugend muß, da sie für die Folge bedeutend früher als ehedem zur Teilnahme am politischen Leben, namentlich zu den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, berufen wird, auch weit früher und eingehender auf diese Tätigkeit vorbereitet und hingewiesen werden. Staatsbürgerlicher Unterricht schlechthin dürfte kaum genügen, auch nicht für die weibliche Jugend, deren geistiger Entwicklung übrigens in dieser wie in sonstiger Beziehung nicht geringere Aufmerksamkeit als den Jungmännern geschenkt werden muß! Andererseits bestehen gewichtige Bedenken, den Streit um politische Tagesfragen in unsere katholische Jugendvereine hineinzutragen, ganz abgesehen davon, daß die Besprechung der Letzteren gerade dort ein nicht geringes Maß politischer Kenntnisse erfordern würde. Am ehesten dürfte sich deshalb wohl ein Mittelweg empfehlen, ähnlich demjenigen, den die sozialistische Jugendbewegung vor dem Kriege einzuschlagen sich bemüht hat. Wie diese damals es sichtlich vermieden hat, rein politische Tagesfragen in ihren Kreisen zur Erörterung zuzulassen, dagegen das ganze Schwergewicht ihrer Arbeit darauf verlegte, die Scharen junger Leute, die ihrer Bewegung zuströmten, mit dem Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu erfüllen, wie sie jede Ge-



legenheit wahrnahm, ihre jugendlichen Anhänger auf das wirkliche oder vermeintliche Unrecht der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den Proletariern hinzuweisen, so muß es mehr als bisher unser Bestreben sein, unserer Jugend Interesse für den heutigen Staat, sein geschichtliches Werden, seine großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben einzuflößen, nicht zu vergessen aber der Pflichten, die aus der Zugehörigkeit zum Staate jedem Bürger, ob alt und jung, erwachsen. Die Jugend muß eingeführt werden in die Entwicklung des heutigen Parteiwesens, in die Stellungnahme der Parteien zu den großen Problemen religiöser, wirtschaftlicher und sozialer Natur, in die Schwierigkeiten der Gesetzgebung, namentlich bezüglich des Ausgleichs der Interessen der einzelnen Stände. Dabei kann mitunter ein Beispiel aus der Tagespolitik zweckmäßigerweise angeführt werden, ohne damit dem Grundsatze der Fernhaltung der politischen Tagesstreitfragen untreu zu werden. Wenn aber auf solche Weise dem heranwachsenden Geschlecht, dessen zweifellos gewaltige Aufgaben harren, eine solide Grundlage politischen Wissens und vor allem Verständnis für die verwickelten Verhältnisse im politischen Leben bereits frühzeitig mit auf den Weg gegeben wird, wenn insbesondere die ethischen Grundsätze politischen Denkens, Wollens und Handelns scharf hervorgehoben werden, — und zwar muß dies nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande geschehen, — dann dürfte trotz der veränderten Verhältnisse und der leider fast allzu starken Linksentwicklung unseres gesamten öffentlichen Lebens dennoch unsere Jugend den Idealen treu bleiben, deren Hochhaltung und Verteidigung unsere politische Arbeit gilt.

Jos. Kipper, Köln-Riehl.





